AR7185 8/18

RW-HOD: ADLER-RUDEL: WWI + POST WAR JEWISH EMIGRATION 1921-1956

B6 f 1

World War I and its aftermath, particularly with regard to the problems, especially of postwar employment, of Jewish emigrants and refugees from the eastern European countries on arrival in Germany.

Reports of the conditions observed in the internment camps (prisoners of war; refugees, particularly Jews; and criminals) at Stargard in Pomerania, consisting of inmates mainly of Polish origin.

Thema Erster Weltkrieg und
seine Folgen

Bestanden naar
deze kopie
Inkomstenplaatsen Hoogwoud

Zobel

Anfang 1921

Material über die ostjüdische Ein- und Durchwanderung.

Vorbemerkung: Eine absolut zuverlässige Statistik über die Ausländer in Deutschland und speziell über die Ostjuden gibt es nicht. Auch das statistische Material der Polizeibehörden ist lückenhaft und aus verschiedenen Gründen für eine Ostjudenstatistik in dieser Form nicht zu verwerten, da es naturgemäss keine spezielle amtliche Ostjudenstatistik in Deutschland gibt, sondern nur eine Ausländerstatistik, die auch die anderen Ausländer mit umfasst. Das Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands, das über insgesamt 19 haupt- und nebenamtlich besetzte Zweigstellen in Deutschland verfügt, dürfte allein in der Lage sein, Annäherungswerte für eine Ostjudenstatistik zu ermitteln. Die nachfolgenden Darlegungen, die verschiedene Statistiken, insbesondere der überseeischen Auswanderung in Betracht ziehen, dürften daher ein ziemlich genaues Bild über die Ziffern und Art der Einwanderung ergeben, weil die ganz überwiegende Mehrheit der Ostjuden, vor allen Dingen der ostjüdischen Arbeiter in Deutschland, sich zwecks Rat und Hilfe in den verschiedensten Angelegenheiten an das Arbeiterfürsorgeamt gewandt hat. Zu bemerken ist endlich noch, dass die nachstehenden Darlegungen mit auf Berechnungen und Statistiken beruhen, die uns speziell, was die Auswanderung und überseeische Wanderung angeht, von dem Zentralbüro für jüdische Emigrationsangelegenheiten beim "Hilfsverein der deutschen Juden" übermittelt worden sind.(Anerkannt durch das Reichswanderungsamt als offizielle Auswanderungsstelle.)

1. Die alte Ostjudensiedlung:

Zur Beurteilung der ganzen Frage ist es wesentlich, festzustellen, dass eine sogenannte alte Ostjudensiedlung bereits vor dem Kriege und bevor das Thema der ostjüdischen Einwanderung so beliebt wurde, eine zahlen-

mässig recht starke Ostjudensiedlung in Deutschland bestanden hat, die nur wenig kleiner war als die Zahl der jetzt noch in Deutschland befindlichen, seit 1914 neu hinzugewanderten Ostjuden. Es interessiert in diesem Zusammenhange, darauf hinzuweisen, dass im damaligen Königreich Preussen im Jahre 1905 bereits 38.844 Ostjuden ansässig waren, - für Sachsen betrugen 1905 die entsprechenden Ziffern 10.960, für Hessen z. B. 1787 - , sodass im Jahre 1910 in Berlin bereits 21.683 Ostjuden gezählt wurden. Man kann also für das Jahr 1914 mit grosser Sicherheit für das Reich auf eine Zahl von etwa 45.000 - 50 000 rechnen, wenn man eine Abwanderung gegenüber dem Jahre der russischen Revolution 1905 in Betracht zieht.

2. Einwanderung:

Den kern nun der neuen ostjüdischen Einwanderung in Deutschland bilden - das muss immer wieder hervorgehoben werden - jene ca. 15 000 ostjüdischen Arbeiter, die von der deutschen Heeresverwaltung zwangsweise nach Deutschland gebracht wurden, um, ähnlich wie die belgischen Arbeiter, die an die Front gehenden deutschen Arbeiter in der Kriegsindustrie zu ersetzen. Besonders nach der Einführung des sogenannten "Hindenburg"-Programms nahmen die Ueberführungen jüdisch-polnischer Arbeiter einen grösseren Umfang an. Hinzu kamen aber noch zu dieser Zahl von 15.000 diejenigen, die auf sogenannten freien Kontrakt durch Vermittlung der Deutschen Arbeiterzentrale für Deutschland angeworben worden sind. Ihnen wurde - auch das ist in weiten Kreisen unbekannt - die Rückkehr nach Polen durch Verordnungen der Generalkommandos - es seien hier nur die kommandierenden Generäle Stettin, Münster, Frankfurt/M. genannt - während des ganzen Krieges unmöglich gemacht, sodass sie, die zunächst nur auf 6 Monate angeworben waren, bis zum Kriegsen-

de in Deutschland verbleiben mussten. Die Zahl dieser "freiwillig" nach Deutschland gekommenen Arbeiter dürfte mindestens der der zwangsweise nach Deutschland gekommenen gleich sein.

Es kann nicht geleugnet werden, dass ein Teil dieser ca. 30.000 jüdischen Arbeiter nach dem Ausbruch der Revolution wieder nach Polen zurückgegangen ist, richtiger wäre es allerdings wohl, zu sagen, nach Polen abgeschoben worden ist, denn die Demobilmachung des Heeres, mit der naturgemäss die wirtschaftliche Demobilmachung parallel ging, brachte eine ungeheure Arbeitslosigkeit in Deutschland mit sich. So war es begreiflich, dass man mit allen Mitteln versuchte, die fremdländischen Arbeiter wieder in ihre Heimatländer zurückzubefördern. Freilich vergass man dabei, dass man diesen Menschen im Heimatlande die Existenzbedingungen durch die infolge der Kriegsnotwendigkeiten erfolgte Zerstörung der Industrie genommen hatte. So kam es, dass diese Arbeiter, die sich bei dem ersten Massenansturm des zurückflutenden Heeres auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland nicht hatten halten können und nach Polen zurückgegangen waren, dort mangels jeglicher Existenzmöglichkeiten und insbesondere angesichts der Verfolgungen, die sie als "Deutsch-Gesinnte" bei den national-polnischen Staatsbürgern des neuen polnischen Staates ausgesetzt waren, mit allen Mitteln versuchten, nach Deutschland, wo sie jahrelang gearbeitet hatten, zurückzukehren und dort Beschäftigung zu finden. Die Zahl dieser auf einige Monate nach Polen zurückgekehrten Arbeiter, die aber seit Jahren in Deutschland gearbeitet haben, ist sehr beträchtlich. Sie figurieren im allgemeinen bereits unter der Einwanderung, die als Folge der durch die Revolution bedingten Oeffnung der Grenzen dargestellt wird, während diese Einwanderung in Wahrheit eine direkte Folge der im Kriege erfolgten Ueberführung ostjüdi-

scher Arbeiter nach Deutschland ist.

Eine zweite Ursache der speziell im Jahre 1919 und auch noch in den ersten Monaten des Jahres 1920 vor sich gehenden ostjüdischen Einwanderung waren die im Osten ausbrechenden Pogrome, speziell im polnischen Staatsgebiet, die eine panikartige Flucht der jüdischen Bevölkerung veranlassten. Hierbei ist allerdings sofort einzuschalten, dass nach dem Aufhören der akuten Pogrome der grösste Teil dieser vor einer bestimmten Gefahr Flüchtenden sofort wieder zurückging und nur ein Bruchteil in Deutschland zurückblieb.

Einen dritten Teil endlich der Einwanderer stellen die Emigranten nach Uebersee dar, insbesondere nach Amerika und zum kleinen Teil nach Palästina, die zum Aufenthalt nach Deutschland auf einige Monate, zum Teil auf einige Jahre gezwungen waren. Endlich ist noch zu erwähnen eine schnell vorübergehende leichte Steigerung der Einwanderung an dem Zeitpunkt, als die bolschewistischen Truppen bis zur deutschen Grenze vordrangen. Es handelt sich hier um Deserteure und Refraktäre der polnischen Armee, denen nach den völkerrechtlichen Grundsätzen Asyl gewährt wurde.

Die gesamte ostjüdische Einwanderung betrug nach den Ermittelungen, die das Arbeiterfürsorgeamt - in dieser Form allerdings erst seit Ende des Jahres 1919 hat anstellen können - einschliesslich der ca. 30.000 in der Kriegszeit nach Deutschland gekommenen jüdischen Arbeiter im Höchstfalle 100.000. Von diesen sind bereits im Jahre 1919 insbesondere die Flüchtlinge, die vor plötzlichen Pogromen geflüchtet waren, zum grossen Teil zurückgegangen. Im Jahre 1920 vergrösserte sich die Zahl der Rückwanderer, insbesondere nach der tatsächlichen Beendigung des russisch-polnischen Krieges erheblich - <u>eine Zuwanderung war seit dem Herbst v.J. überhaupt nicht mehr zu verzeichnen.</u> -

2. Abwanderung:

Die Rückwanderung wurde endlich zu Beginn des laufenden Jahres so stark, dass in den Monaten Januar bis Mai 1921 allein durch das Arbeiterfürsorgeamt Berlin und auf dessen Kosten über 2000 ostjüdische Flüchtlinge nach Polen zurückbefördert wurden. Zur richtigen Bewertung dieser Zahl muss darauf hingewiesen werden, dass ausser dem Arbeiterfürsorgeamt Berlin noch zahlreiche andere Stellen, insbesondere die sächsischen Fürsorgestellen, die Flüchtlinge über Tschechien heimbefördern, ferner die Fürsorgestellen in Königsberg und Breslau viele Flüchtlinge auf Kosten der Zentrale in die Heimat zurückbefördert haben. Ferner ist die Zahl derjenigen in Betracht zu ziehen, die die Hilfe des Arbeiterfürsorgeamtes nur durch Passbeschaffung in Anspruch genommen haben. So wurden im Jahre 1920 in 5000 Fällen allein bei der Zentrale Berlin Heimatpapiere besorgt. Ein grosser Teil dieser Personen ist dadurch in den Stand gesetzt worden, nach Hause zurückzukehren.

Es muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass, wenn ostjüdische Flüchtlinge in grösserem Masstabe die Möglichkeit zur Rückkehr gefunden haben, dies einzig und allein die Personen sind, die die Hilfe des Arbeiterfürsorgeamtes in Anspruch genommen haben. Der Staat ist nicht imstande gewesen, irgendwelche zahlenmässig in Betracht fallenden Mengen über die Grenze zu bringen.

Man kann mit einiger Sicherheit annehmen, dass mindestens 12 000 Personen auf diese Weise nach Polen zurückgewandert sind.

3. Auswanderung.

Die Auswanderung nun der nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge nach Amerika war ebenfalls recht beträchtlich. Die jüdische Auswanderung über Danzig, Hamburg, Bremen

betrug im Jahre 1920 62.000 Emigranten. Insgesamt 78.000 Emigranten sind jedoch in den Vereinigten Staaten angekommen. Die Differenz erklärt sich dadurch, dass ein Teil der Emigranten über Antwerpen, Rotterdam und Le Havre ging. Alle diese - das muss hervorgehoben werden- gingen durch Deutschland und auch von den über Danzig nach den Vereinigten Staaten gelangenden Emigranten sind mindestens 25%, wenn nicht mehr, aus Deutschland gekommen. Es ergeben sich also für die Auswanderung aus Deutschland über Danzig ca. 13.000, über französische und belgische Häfen ebenfalls etwa 15.000 Personen.

Das Arbeiterfürsorgeamt hat vor längerer Zeit - im September v. J. - bereits einmal dem Ministerium des Innern eine kurze Denkschrift über die Abwanderung ostjüdischer Arbeiter aus deutschen Gross- und Industriestädten nach Frankreich und Belgien überreicht. Bei der Beurteilung der Zahl der in Deutschland befindlichen Arbeiter ist selbstverständlich diese von uns unterstützte Abwanderung in Betracht zu ziehen. Die Gründung der Fürsorgestellen in Köln und Saarbrücken diente insbesondere diesem Zwecke, und es ist auf diese Weise gelungen, einige tausend jüdische Arbeiter drüben im Wiederaufbaugebiet und in der französisch-belgischen Industrie unterzubringen. Für die von uns und unseren Zweigstellen nach Frankreich und Belgien verschickten Arbeiter wurde von uns im September v. J. die Zahl von 2500 angegeben. Die wirkliche Zahl der Abgeordneten - und das betonten wir damals schon - ist natürlich bedeutend grösser. Man wird nicht fehlgehen, wenn man die Gesamtzahl der Abgewanderten, von denen ein grosser Teil zweifellos die Reise nach Uebersee angetreten hat, auf 5000 schätzt.

Wenn man die hier angegebenen Zahlen noch einmal prüfend überblickt, so ergibt sich folgendes Resultat:

Etwa 30.000 ostjüdische Arbeiter sind im Kriege nach Deutschland gekommen. Von ihnen ging ein Teil unmittelbar nach Kriegsende zurück, um nach wenigen Monaten im Jahre 1919 wiederzukehren. Die Gesamtzahl der Einwanderer der Jahre 1919 und 1920, wobei zu bemerken ist, dass die Einwanderung immer schwächer wurde und im Herbst des Jahres 1920 überhaupt aufhörte, beträgt einschliesslich der Durchwanderer, die sich nur einige Monate und noch kürzere Zeit hier aufhielten, im Höchstfalle 70 - 75.000, was zusammen mit den oben genannten 30.000, von denen wiederum ein Teil in dieser Zahl von 70.000 einbegriffen ist, eine Gesamtzahl von höchstens 100.000 ergibt.

Mindestens 12.000, wahrscheinlich aber bedeutend mehr, sind in der gleichen Zeit durch direkte oder indirekte Unterstützung des Arbeiterfürsorgeamtes und seiner Zweigstellen oder von sich aus nach den Heimatländern zurückgekehrt.

Mindestens 15.000 haben den Weg nach Amerika über Danzig genommen und ungefähr weitere 15.000 sind über die französischen und belgischen Häfen aus Deutschland ausgewandert.

Etwa 5000 jüdische Arbeiter sind durch Vermittlung des Arbeiterfürsorgeamtes in die westlichen Industrieländer abgewandert. Demnach dürften in Deutschland etwa 55.000 jüdische Arbeiter verblieben sein. Diese Zahl, die mit unseren letzten Erhebungen im Einklang steht, stellt die tatsächliche Höchstziffer dar.

In diesem Zusammenhange und zur Erläuterung dieser Zahlen dürfte es interessieren, kurz einige Zahlen aufzuführen, die von amtlichen Stellen angegeben worden sind.

Die Zahl der unerlaubt über die Grenze gekommenen Personen beziffert sich nach amtlichen Angaben auf 11548, wovon 6169 wieder zurückgeschoben wurden. Selbst bei einem sehr grossen, sehr weitgehenden Misstrauen in diese amtlichen

Zahlen wird man bei objektiver Würdigung der Verhältnisse eine Fehlerquelle von nicht mehr als 100% annehmen können und selbst dann ergibt sich im ganzen Jahre 1920 eine unerlaubte Einwanderung von nur ca. 10.000 Personen, von denen keineswegs etwa alle Ostjuden sind.

Der Oberbürgermeister von Elberfeld teilt am 20. 11.20, also zu einem Zeitpunkt, in dem die Einwanderung bereits völlig zum Stocken gekommen war, mit, dass seit November 1918, also in einem Zeitraum von 2 Jahren, insgesamt 595 Ostjuden zugezogen sind. Dabei ist zu bemerken, dass das rheinisch-westfälische Industriegebiet selbstverständlich als Hauptgebiet der Arbeitsbeschaffung eine starke Anziehungskraft auf die ostjüdischen Arbeiter ausübt.

Die amtliche Statistik für Breslau stellte für das Jahr 1919 fest, dass von 128.908 Zuzügen nur 2502 aus den östlichen Gebieten stattfanden. Dabei kamen noch 998 Abzüge in Betracht. Im Jahre 1920 betrug in den Monaten Januar und Februar der Zuzug aus dem Osten 259, der Abgang 93.

Selbst in einer Stadt wie Berlin betrug der Zuzug im Februar 1920 in einem Moment, wo ein starker Zuzug zu verzeichnen war, nur 1568 Ost-Ausländer, die keineswegs alle als Juden zu betrachten sind. Er fiel im März rapide auf die Hälfte, um nach und nach völlig zu verschwinden.

4. Die Berufsschichtung der ostjüdischen Einwanderung:

Die Berufsschichtung der ostjüdischen Einwanderung, auf die hier auch noch kurz einzugehen ist, zeigt ein ganz anderes Bild als die in der Oeffentlichkeit verbreiteten Gerüchte es darstellen. Die ostjüdische Einwanderung in Deutschland ist eine Einwanderung von proletarischen arbeitenden Elementen. Wenn der Prozentsatz der im Handelsgewerbe tätigen gemäss der nachstehend eingefügten Tabelle

ein so geringer ist, so ist dies wohl der beste Beweis dafür, dass das Gerede von der Masseneinwanderung der galizischen Händler und Schieber den Tatsachen in gar keiner weise entspricht. Dabei ist zu bedenken, dass die Ziffern der Tabelle insofern einen recht hohen Wert besitzen, als sie die Ziffern des Jahres 1920, die an anderer Stelle bereits einmal mitgeteilt wurden, bestätigen und durch Vervollkommnung der Organisation von einer grösseren Zahl von Personen, die damals 6000 betrug, genommen worden sind. Die Berufe sind von etwa 10.000 Personen angegeben, in denen die Leute in ihren Heimatländern bereits gearbeitet haben. Daraus erklärt sich z. B., dass nur 0,21 als im Bergbau befindlich angegeben sind, während wir im Ruhrgebiet ca. 4000 ostjüdische Arbeiter unter Tag arbeiten. Die Gesamtzahl der in Deutschland befindlichen ca. 55.000 Ostjuden verteilt sich nach den Berichten unserer Fürsorgestellen etwa folgendermassen:

im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 13.000 - 15.000 ostjüdische Arbeiter, wovon 4000 - wie bemerkt - unter Tag arbeiten, 4000 in den Hüttenwerken, der Rest Industriearbeiter.

im sächsischen Industriegebiet ca. 6000,

mehrere tausend Arbeiter auf dem Lande - fordern doch pommersche Rittergüter zum 3. und 4. Male jüdische Landarbeiter- der Rest bis auf den kleinen Prozentsatz der Frauen und kinder (ca.6000) Handwerker in den grösseren Städten. Ihre Zahl dürfte etwa 17.000 betragen, ein weiterer Teil (ca. 6000) Kleinhändler.

Ein gewisser Prozentsatz, auf den auch in der Broschüre des Arbeiterfürsorgeamtes "Die Einwanderung der Ostjuden - eine Gefahr oder ein sozialpolitisches Problem" des öfteren hingewiesen worden ist, entzieht sich natürlich der Kontrolle des Arbeiterfürsorgeamtes Es sind die wohlhabenden

und reichen Kreise der russischen Kolonie, die, dem russischen Kulturkreis angehörend, in den westlichen Stadtteilen Wohnung genommen haben und dort ihre Geschäfte betreiben oder, von der bolschewistischen Regierung vertrieben, hier als Rentner leben. Freilich muss man sich darüber klar sein, dass die Zahl dieser Personen, soweit sie Juden sind, sehr gering ist. Sie dürften kaum mehr als 10% der gesamten jüdischen Einwanderung betragen.

Berufsgruppe	Prozentsatz
1) Landwirtschaft	4.55
2) Bergbau	0,21
3) Steine	0,09
4) Goldarbeiter	1,11
5) Uhrmacher	1,34
6) Metallverarbeitung und Industrie d. Maschinen, Instrumente und Apparate	0,92
7) Chemische Industrie	0,59
8) Spinnstoffgewerbe	1,78
9) Buchbinder und Papierindustrie	2,12
10) Lederindustrie	2,48
11) Tischler,Drechsler,Böttcher	3,19
12) Bürsten- und Korbmacher	0,51
13) Müller	0,24
14) Bäcker	3,28
15) Fleischer	2,14
16) Zigarren- u.Tabakarbeiter	0,17
17) Schneider	13,04
18) Schuh- und Schäftemacher	8,33
19) Barbiere	1,62
20) Kürschner, Mützen- u. Hutmacher	3,20
21) Maurer u. Zimmerer	0,16
22) Anstreicher	1,44

23) Glaser	0,35
24) Dachdecker	0,08
25) Vervielfältigungsgewerbe	1,74
26) Maschinisten, Maschinenarbeiter ohne nähere Bezeichnung	12,80
27) Handelsgewerbe	13,15
28) Gast- und Schankwirtschaft	0,77
29) Häusliche Dienste	2,20
30) Tagelöhner aller Art	9,19
31) Freie Berufe	6,12
32) Lehrlinge	1,09

Wie mit amerikanischem Gelde dem Pogrom Opfer gebracht werden kann.

von Jakob Leszczinski

im „Vorwärts" New-York vom 11. III. 21.

In Berlin besteht ein sogenanntes „Arbeiter-Fürsorge amt" das mit wenigen Dollars, sehr viel für die jüdischen Flüchtlinge, die vor allem aus dem Osten hierher geflüchtet sind.

Durch Berlin ziehen traurende Flüchtlinge, Opfer des Krieges und der Pogrome. Viele tausende dieser Leidenden und verfolgten haben ihre ständigen Wohnsitze aufgeschlagen. Die erste Sorge der neuen ersuchen „Arbeit" von einem jeden Arbeit zu verschaffen damit sie nicht den verschiedenen Wohltätigkeits und Bettel-Anstalten verfallen, in denen man es sehr ungern gelernt hat, wie die deutsch-jüdischen Gemeinden am leichtesten loszuwerden sind, und wie man von Gemeinde zu Gemeinde wandern kann.

Für jüdische Flüchtlinge Arbeit zu schaffen ist ~~keine~~ leichte Aufgabe, denn in vielen Fällen um nicht qualifizierte Arbeiter handelt, denen mit der Angabe der Adresse einer Fabrik die Arbeit genügt wenig geholfen ist. Denn hat hier mit einem fast unentwirrbaren Kanal von Beschäftigungen zu tun, so dass es oft ein wahres Kunststück ist einen oder den anderen dieser Flüchtlinge zu einer ordentlichen Beschäftigung zu verhelfen

Da ist ein ehemaliger Kaufmann aus einer polnischen Kleinstadt, dem noch sein früherer Beruf am Herzen abzulesen ist, doch – Berliner Juden und Berliner Synagogen können derartige Kauderen nicht kennen. Da ist eine junge Frau mit einem Säugling an der Brust, drei andere Kinder hängen sich scheu an ihren Kleidern, – sie hungern und wollen nicht weg sein. Da sitzt ein sechszehnjähriges Mädchen – eine gut bürgerliche Tochter, doch es weiß ihr heute nicht, wo sind die Eltern geblieben? Sie weiß es nicht, zu Beginn des Krieges wurde sie irgendwo nach Russland verschleppt, wo blieb in Polen bei Verwandten, jetzt sucht sie Arbeit und Brot um leben zu können, bis sie die in Amerika lebenden Brüder gefunden hat und zu ihnen kann. Und hier sitzen zwei Waisen Kinder, Jungen von 10- und 12 Jahren. Für ich ein kann in den Vierziger, vor nicht langer Zeit, war er noch in der Ukraine ein angesehener Bürger, besitzt einen Hotel, ein allgemein geachtetes Name. Er darf nicht lange warten, er muss verdienen, denn er ist nicht allein, die Last einer ganzen großen Familie lastet auf seinen schwachen Schultern.

Es ist unsere zu erkennen, dass Arbeitsbeschaffung für derartige Elemente, weit wichtiger ist als für gewöhnliche Arbeiter.

Das „Amt" ist diesen schwierigsten gewachsen entgegengetreten, es schuf einen beinahe glänzenden Apparat um diese bedeutende Aufgabe einer geordneten Bearbeitung zuzuführen.

Vor allem wurden ein Informationsdienst eingerichtet, dessen Aufgabe es ist freie Arbeitsstellen

festzustellen. Benötigte irgend ein Fabrikant oder Gutsbesitzer dringend Arbeitshilfe, so wandte er sich mit unqualifizierten arbeitern sogar mit jüdischen Filialen nehmen. Das „Amt" schrieb dem Gutsbesitzer oder Fabrikanten, das er von diesen qualifizierte Arbeiter habe aber nüchterne und christliche Arbeiter. Die Leute die arbeiten wollen und müssen. Die Arbeitgeber wurden darauf aufmerksam gemacht, dass, wenn sie zu diesen Leuten ohne Vorurteil und Feindseligkeit herangehen würden, und wenn sie bestrebt blieben ihre Arbeitsenergie zu verwerten, sie schon nach der ersten Probewoche mit ihren Leistungen zufrieden sein würden. Und wirklich! Hunderte einfache Juden arbeiten bei ~~Gutsbe~~ auf den Gütern als Hunderbeiter, Hunderte in den Fabriken als „schwere Arbeiter".

Das „Amt" hat noch mehr, es schuf eine Liste von mehr als 5000 ~~Leute~~ jüdische Unternehmen in Berlin allein. Zu alle diese Unternehmen wurden Aufrufe verschickt in denen an ihre jüdische Gefühle appelliert wurde und sie beeinflusst wurden jüdische Arbeitshilfe einzustellen. Nicht wenige jüdische Kinder stellen in jüdischen Familien; viele jüdische Frauen die ihre Kinder nicht zurückbekommen konnten, erhielten ~~Berücksichtigung~~ Heimarbeiten, das „Amt" hetzte auch diesen Frauen Nichtjuden gegen Kinderpflege.

Wegen eines Kindchens oder einer Frau, war es oft notwendig einige Mal zu schreiben und manchmal zu telephonieren. Die Beamten des „Amtes"

eine indeleten Jedoch nicht, denn sie erkannten wie wichtig es sei diese ~~Individuen~~ Leute von Betteleï und Almosen zu retten.

Selbst jene die schon früher Arbeiten waren, konnten nur sehr schwer in Arbeitsstellen gebracht werden. Jüdische Arbeiten sind größtenteils Schuster und Schneider und wie beschäftigte man Berg und Fabrikarbeiten. Und mit Hilfe der „Gutes" sind damende jüdische Arbeiten in Fabriken und Bergwerke eingedrungen. Das „Gut" hat 20 Provinzstellen die in einer ständigen Verbindung mit der Berliner Centrale arbeiten.

Die Resultate sind glänzend, denn in Deutschland arbeiten jetzt bis 15 000 jüdische Arbeiter in der Kommandite und in Bergbau. Hunderte jüdische Arbeiter, arbeiten während der Sommermonate als Landarbeiter, viele hunderte arbeiten in den speziellen jüdischen Berufen, als Schneider, Schuster, Tischler und anderen — alle verdienen genügend. — Es sind auch (bereits) solche vorhanden die eigene Werkstätten haben ~~mit~~ in denen sie gute Gesellen machen.

Noch eine Seite der Arbeit des „Gutes" soll besonders erwähnt werden, die ~~bisher~~ ganze Tätigkeit wurde darauf verwandt gefährliche (nicht nur gelungene) Ehe zu verhindern denn jüdische Arbeiter für Geschäftsleute und Fabrikanten werden, sondern sie

sind auch die guten Gewerkschaftsmitglieder auch
sichtigen Frauen geworden. Die Deutsche Arbeiterschaft
bezeugt ihnen daher Unterstützung und Hilfe
zu ihren Kämpfen. Die deutschen Gewerkschaftsführer
treten für die jüdischen Frauen ein obwohl
die Antisemiten eine neue Hetze veranstalten
wollen die Regierung daraus geht jüdische
arbeiten als „lästige Ausländer" auszuweisen.

Die bereits erwähnt ist die Arbeitsbe-
schaffung für die Flüchtlinge eine schwierige
schwierige Sache, man muss daher sagen dass
die Flüchtlinge, die nicht Arbeit finden, nicht nicht
heimlos in den Strassen und auf den Bahn-
höfen herumstehen, das die jüdische Frauen
meist zu Hause gelernt an denen es keine
Kleidung gibt. Das Schiff nun eine Heim für
die nach Berlin verschlagene Flüchtlinge, ist ein
altes ehr grosses ~~Haus mit~~ helles Gebäude
mit vielen Zimmern. Im Heim sind ~~vorhanden~~
14 Betten à 50 Betten und fast alle sind belegt
dann stehen gibt es eine Frauen Arbeitsleitung in
der einige Studentinnen Platz finden. Das Heim
ist von deutsche Art eingerichtet — ~~alte~~ Heim, mit
Bade und Duschräumen und wenn Desinfektions-
räumen für alle neu ankommende. Dort sind
sind 20 Frauen und 50 Kinder verbunden und —
es sei meine Schande für uns — Juden in meinen
zu Heim bleibt erst gerichtet werden. Im
ersten Heim erhielt man die erste Lebe-

-dorn, jeder neu zu kommende — nun seine Kleider
desinfizieren, — er nun baden und nun sich
tüchtig ordentlich waschen.

Die Frauen der Männer sind ~~nicht~~ mit
der Frauenreinigung nicht immer zufrieden und
klagen oft über die Beherbergung; es ist
klar, das im letzten Fall ihre Klagen berechtigt
sein können, doch was die Frauenreinigung
betrifft ist das „laut" in Berlin — denn nun
so können ~~wir~~ unbekannte Krankheit und
Schmutz zurückbringen vermieden werden.

arbeitslosen
Die Frauen der Heimen erhalten alle
unentgeltlich — Wohnung, Verpflegung, Kost und
Medikamente. Auch bekommt sie Bekannt und
eine Bescheide; auch kann sie Zeitungen deutsch, englisch,
hebräisch und manchen Zeitschriften nicht, ob auch
zu. werden Vorträge ~~gehalten~~ über verschiedene Fragen
belehrliche Themen gehalten. Es ist klar dass wir
der Kinder Arbeit mit dem Amt nicht
einverstanden sein können und wir bekämpfen
es für eine Dummheit, wenn nicht ärger, dass
hebräisch gelernt und jüdische vermieden wird.

Die jungen Frauen die in Berlin in Arbeit
stehen können noch einige Zeit im Heim
wohnen durch zahlen für alle Leistungen
die sie erhalten haben.

Für die Frauen ist das Heim ein großes
Glück als für die Männer, sie können hier
ihre Kinder in schöne Obhut wenn sie zur Arbeit
gehen.

Einige Frauen erhalten hier Unterstützung und arbeiten für gute Gehälter, für die Frauen sind das „Amt" eine Zeitvertreib erwachter wo gute arbeiten, die erst dann Arbeit annehmen, unter Leitung einer geübten Näherin wird hier Wäsche genäht die von Frauen Vereinsamen hergestellt wird. Diejenigen die hier Arbeiten erhalten Lohn und Verpflegung, für gewöhnlich können sie bereits noch wenigen Monaten selbständig zu ihre Arbeiten

Wie wir gehört haben, hilft das „Amt" er für seine Aufgaben die Flüchtlinge ökonomisch zu helfen.

Diese Tätigkeit wäre jedoch unmöglich - oder zu mindest wenigst schwierig, wenn nicht gleichzeitig eine politische Arbeit geführt würde:

Viele Flüchtlinge könnten hierher ohne Papiere ohne dem Recht auch nur 24 Stunden zu Hamburg bleiben zu dürfen, und selbst jene die mit Papieren herkommen dürfen nicht länger hier bleiben. Arbeit zu erlangen ist ~~eine~~ äußerst schwierige oft unmöglich. Erreichen jedoch das Regierung und Polizeibehörden, die vom Amte ausgestellte Legitimationen anerkennen wäre eine der schwierigsten Aufgaben. Und doch wurde dieses erreicht, wohurch auch Anerkennung der Papiere des „Amtes". In allen Behörden werden die Bescheinigungen des Amtes anerkannt; allerdings ist dies und bei der Ausstellung sehr vorsichtig zu

zu verhindern, dass antisemitische oder ver-
brecherische Elemente sich ihren verwerflichen
Bis heute hat man an Berlin noch
keinen Juden abgeschoben. - Das Amt
ist bemüht solange bei allen möglichen Behörden,
bis die Ausweisung die letzt von allen Instanzen
endgültig von einem Minister bestätigt
wird.

Gen. Ausnahmegesetze gegen Antisemitische
Juden verhindern ist schwerarbeit, da zu
gelosen eine gewisse Dosis Energie, Ausdauer,
und Frechheit doch hauptsächlich ~~Fechte~~ die
gone Fechte zur Sache, Mitgefühl für die
tragische Lage der Flüchtlinge.

Doch nicht nur darin besteht die
politische Arbeit des Amtes.

Es vergeht kein Monat in dem die
Antisemiten keine Hetze gegen Staaten
ein Reich oder Fremdlen inszenieren. Es ver-
geht kein Tag an dem die antisemitische Presse
nicht unser politisches und alltägliches Leben
mit Ehrentitel „wie Schwindler, Diebe, Schieber, u.ä.
bedenken will. Das Amt jedoch stellt seine Mitar-
beiter allen den sozialistischen Abgeordneten zur Verfügung
um denen zu ersehen ist wie die Lage der
Juden tatsächlich ist, wie gross die Zahl
und mit welchen Zahlen sie mit der Wahrheit
ob die 600.000 Staaten wirklich eine Belastung
für Deutschland sind.

Es festgestellt werden, dass die Arbeit in Berlin, nur deshalb so produktiv war, weil die „Joint Hamen" ihre Gelder davon Gaben, sondern den lokalen Hilfen die Möglichkeit gaben selbständig die Arbeit zu führen. Von Lokale Hilfe die die Verhältnisse kannten und die mit dem Menschenmaterial Bescheid wissen können die Hilfsbedürftigkeit derart suchen von geholfen.

B E R I C H T

über die Zustände im Internierungslager S T A R G A R D.

Meine Reise nach Stargard hatte den Zweck, festzustellen, wie weit die in der Oeffentlichkeit kursierenden Gerüchte über schlechte, ja grausame Behandlung der Internierten, richtig sind. Ich lasse nun, die mir von fast allen, sowohl jüdischen als auch christlichen Internierten übereinstimmend gemachten Mitteilungen folgen :

I. Die Behandlung im Allgemeinen.

Die Belegschaft des Lagers betrug am 28. 5. 21. ungefähr 192 Personen in den Baracken und ca. 60 im Lazarett, davon eine überwiegend grosse Zahl jüdischer Internierter, von denen nur eine kleine Minderheit vorbestraft war. Das Wohl und Wehe dieser Internierten ist den jeweiligen Wachposten überliefert. Schimpfworte und Beleidigungen gemeinster Natur (Saujude, Schweine, Schieber, Bande) gelten in der Regel als Anruf. Bei der geringsten Gelegenheit wird man gestossen, verprügelt, sehr oft mit dem Gewehrkolben arg misshandelt. Ich werde am Schluss dieses Berichtes einige Tatsachen anführen, deren Zahl sich jedoch beliebig vermehren lässt. Die kleinsten Vergehen werden mit Arreststrafen bestraft und als Vergehen wird schon jede Beschwerde über ungerechte Behandlung angesehen. Das Lagergericht, das offenbar dazu bestimmt ist, um Beschwerden uns begangenes Unrecht an den Internierten zu untersuchen, schenkt in der Regel den einzelnen Wachsoldaten mehr Glauben, als einer beliebigen Zahl von Internierten und selbst als es einmal gelungen war, das Gericht vom Unrecht dreier Wachsoldaten zu überzeugen und man versprochen hatte, diese zu entlassen, tauchten sie doch nach wenigen Tagen schon als Wachthabende wieder auf, mit dem Erfolg, dass die Internierten noch mehr schikaniert wurden, als bisher.

Die Post der Internierten ist offenbar einer strengen Zensur unterworfen; ganz besonders scheinen Briefe, die nach dem Auslande gehen, unterschlagen oder zurückgehalten zu werden, ohne dass man jedoch den Internierten davon Mitteilung macht. Mit Rücksicht darauf, dass es gerade die Briefe nach dem Ausland sind, die für die Internierten von grösster Wichtigkeit sind, da es sich um Gesuche, um Geld und Einreisspapiere, oder Besorgung von Pässen handelt, ist das Zurückhalten solcher Briefe geradezu unerhört. Als Beweis für die Richtigkeit dieser Annahme diene Folgendes :

Der Internierte Fingermann, dessen Eltern in Amerika leben, erhält von denselben regelmässig Briefe und Geld. Doch in jedem Brief verlangen die Eltern eine Bestätigung über den Empfang des Geldes und behaupten, nur einen Brief von ihrem Sohn erhalten zu haben. Dabei erklärt Fingermann, dass er mindestens einmal wöchentlich seinen Eltern In ihrer Ratlosigkeit haben sich die Eltern an einen Herrn namens Weinberg in Frankfurt a/M. gewandt und dieser hat erst nach Anfrage beim Arbeiterfürsorgeamt den Eltern vom Befinden ihres Sohnes Mitteilung machen können.

Trotz der warmen Jahreszeit werden die Internierten um 8 Uhr abends in die Baracke eingesperrt, die sie dann nicht mehr verlassen dürfen. Wer später seine Notdurft verrichten muss, muss erst beim Wachposten um die Erlaubnis bitten. Bevor diese erfolgt, wird der Internierte fast immer vom Wachposten mit Jude, Schieber, Sau, verrecken sollst du, beleidigt, auch sind Fälle vorgekommen, in denen der Wachposten erklärt hat, er lässt überhaupt nicht hinaus. Aber auch während des Tages sind die Internierten genötigt trotz der schlechten Luft in der Baracke zu bleiben, da es infolge des Fehlens von Sitzgelegenheiten im Hof unmöglich ist, sich dort bei brennender Sonnenhitze stehend aufzuhalten.

Klagen über die Verpflegung sind ganz allgemein. Der

grösste Teil der Internierten ist nicht in der Lage, sich durch die Kantine selbst zu versorgen und wer nur auf das Essen, dass er im Lager erhält, angewiesen ist, der hungert, denn das Essen ist oft ungeniessbar und zu wenig. Die Ration von 250 gr. Brot , die man täglich erhält, ist meist schimmlig und steinhart. Die Suppe, nichts anderes, als Wasser mit etwas Reiss oder Bohnen, schmutzig und schlecht zubereitet. Fleisch hat eswährend der ganzen Zeit überhaupt nicht gegeben.

Die Wachposten richten sich nicht nach den Vorschriften (wenn solche überhaupt bestehen) und tun was ihnen beliebt. Als am Pfingstsonntag einige Internierte aus dem Lager entsprungen sind, hat der Wachposten ohne Verfügung des Lagerdirektors, am Pfingstmontag um zwölf Uhr Mittags die Baracke bis nächsten Morgen abgesperrt und niemandem die Erlaubnis erteilt, dieselbe zu verlassen. Wenn man bedenkt, das in einer niedrigen Baracke, in der die Betten übereinanderstehen, achtzig Personen wohnen, dass infolgedessen die Luft schlecht ist, so wird man verstehen, dass eine solche Massnahme an einem warmen Sommertag durchgeführt, eine geradezu unerhörte Turtur der Internierten anzusehen ist, deren Gesundheit dabei unbedingt ernsten Schaden nehmen muss.

II. Der Barackenbrand.

In der Nacht vom 25. 5. bis 26. 5. brach aus unbekannten Gründen in der Baracke 8 Feuer aus, Als die Internierten dies bemerkten und um sich zu retten durchs Fenster springen wollten - der Wachposten verweigerte das Oeffnen der Türen - wurden sie von der Wachpo daran gehindert, mit Erschiessen bedroht und der Wachposten erklärte, "die jüdischen Schieber mögen drin bleiben, bis sie mitsamt der Baracke verbrennen". Diejenigen, die trotz der Drohung mit dem Erschiessen aus dem Fenster sprangen, die Internierten Meier Berger und Josef Bloch, wurden von sämtlichen Wachposten derart misshandelt, dass sie zusammen-

stürzten. Inzwischen retten sich auch die anderen Internierten aus den Fenstern, da die Wache noch immer nicht die Tür öffnen wollte und nach wenigen Minuten war die Baracke vollständig niedergebrannt. An dem Ort, wo sie stand, sind heute nur noch einige Ziegelsteine zu sehen. Infolge des Vorgehens der Wache, die eine Rettung aus dem Feuer verhinderte, wurden die Habseligkeiten der Internierten ein Raub der Flammen, viele büssten dabei ihre sämtlichen Kleider, Wäsche und Geldbeträge ein, was jedoch am bedauerlichsten ist, ist dass viele ihrer Heimatsdokumente, auf Grund derer sie früher oder später ihre Heimatspässe und damit auch ihre Freilassung bewirkt hätten, nun verlustig wurden, was als einen geradezu unersetzbaren Schaden für die Leute bedeutet. Kennzeichnend für die Zustände in diesem Lager ist, dass in den Holzbaracken keinerlei Löschvorrichtung, ja auch kein Wasser vorhanden ist. Nach der übereinstimmenden Aussage sämtlicher Internierten hätten 2 oder 3 Kübel Wasser genügt, um die Ausbreitung des Feuers zu verhindern. Trotzdem bereits drei Tage seit dem Brand verstrichen waren, hatte die Lagerdirektion noch nicht einmal eine Liste der durch den Brand an ihrem Eigentum geschädigten Internierten zusammengestellt. Schwere Brandwunden erlitt der christliche Interniert Julius Czerwinski, Brandwunden leichten Grades der jüdische Interniert Uscher Montag, beide befinden sich z. Zt. im Lazarett.

Am Morgen nach dem Brande, als die Internierten zum Appell antraten, erklärte der wachthabende Feldwebel " wartet nur ihr jüdischen Schieber, wenn ich beim nächsten Brand dabei bin, lasse ich keinenvon euch aus der Baracke, verbrennt die Baracke, so müsst ihr mitverbrennen" .

III. Misshandlungen.

1. Meier B e r g e r wurde während und nach des Brandes von einem Wachposten mit einem Gewehrkolben derart misshandelt, dass

der Gewehrkolben entzweibrach.

2. Der Interniert C h e n z i e w s k i, der in Weinen ausbrach, als man Berger misshandelte, wurde nur deshalb so arg verprügelt, dass die Spuren noch zu sehen sind.

3. Der Interniert Josef B l o c h, der während des Brandes als erster aus dem Fenster sprang, wurde derart misshandelt, dass er zusammenbrach.

4. Hermann S c h a p i r a, 36 Jahre alt, wurde grundlos von zwei Wachsoldaten derart geschlagen, dass man ihn ins Lazarett bringen musste. Dem sie befragenden Arzt erklärten die Soldaten, dass Schapira aus dem Bett gefallen sei. Trotzdem er noch krank war, wurde er aus dem Lazarett entlassen, wieder misshandelt, und für 3 Tage in den Arrest geworfen.

5. Josef E i c h e n s t e i n befragte den Posten am Pfingstmontag, weshalb man ihnen dies Unrecht tue und die Baracke absperre, für die Frage wurde er misshandelt. Nach dem Appell wollte er Wasser holen, der Wachposten erklärte, der Eimer sei schmutzig und nachdem Eichenstein den Eimer eine Stunde lang geschauert hatte, wurde er von zwei Soldaten zum Arrest heruntergeführt und dort arg verprügelt.

6. D i a m a n t, Salomon trug bei der Einlieferung ins Lager einen guten Anzug. Als er zum Kartoffeltragen beordert wurde, hat er den Wachposten um Lagerkleidung ersucht, diese wurde ihm nicht gegeben, hingegen wurde er misshandelt.

Diese Liste könnte, wie schon oben bemerkt, nach Belieben vergrössert werden, derart häufig sind die Misshandlungen.

IV. Wer interniert wird.

Zum Schluss soll noch die Tatsache erwähnt werden, die charakteristisch ist dafür, wer interniert wird. Im Lager befindet sich ein Mann namens Isaak Jakob Pinkus. Er ist 54 Jahr alt und in Grodno geboren. Pinkus ist offenbar geistesgestört oder minderwertig. Trotz aller

Mühe, mich mit ihm zu verständigen, konnte ich nur herausbekommen, dass er seit 3½ Jahren in Deutschland lebt, die ganze Zeit in Bonn a/Rh. gearbeitet hat, vor ungefähr 14 Tagen nach Berlin gekommen ist. Wie und weshalb er nach Stargard gekommen ist, weis der Mann nicht. Es bestehen hier nun zwei Möglichkeiten, entweder, dass der Mann im Polizeipräsidium Berlin, wo er offenbar eingesperrt war, derart behandelt wurde, dass er den Verstand verloren hat, oder, dass er an sich geistig minderwertig ist, dann gehört er aber in eine Irrenanstalt und keineswegs in ein Internierungslager. Allenfalls halte ich es für ausgeschlossen, dass irgend ein nur deutsch sprechender Beamter sich mit diesem Mann nur im geringsten hätte verständigen können.

Schlussbemerkung .

Neben den jüdischen Internierten befinden sich auch eine grössere Zahl christlicher Internierter und auch diese beklagen sich über die Art der Behandlung und bitten dringend, man möge der Oeffentlichkeit von den Zuständen im Lager berichten,denn alle Briefe, die sie an die konsularische Vertretung ihrer Heimatsstaaten gesandt haben, blieben unbeantwortet, es besteht deshalb die begründete Vermutung, dass diese Briefe oder die Antwort auf dieselben von der Lagerverwaltung zurückgehalten werden.

Ru/M.

31.5.21.

2. Bericht über die Verhältnisse im Internierungslager Stargard vom 1.6.21.

Vorbemerkung.:

Mein Besuch diente in erster Linie einer erneuten genauen Nachprüfung der von den Internierten gemachten Angaben, ferner der allgemeinen Verhältnisse des Lagers, sowie der Feststellung, welche Elemente eigentlich interniert worden sind.

1. Die sanitären Verhältnisse:

Die sanitären Verhältnisse sind äusserlich erträglich. Das Lager macht an sich einen sauberen und ordentlichen Eindruck. Bei näherer Untersuchung stellte es sich allerdings heraus, dass das Lager verwanzt ist. Das wurde wenigstens von den Sanitätsmannschaften auf Befragen zugegeben. Die Instrumente sind, wie der Lagerdirektor persönlich angab, durch 6und 7jährigen Gebrauch natürlich stark abgenutzt und verbraucht. Instrumente zu einer regelrechten Zahnbehandlung sind nicht vorhanden. Die sanitären Verhältnisse im Lager selbst sind, wie in allen Lagern, naturgemäss nicht gute, zumal die Baracken um 9 Uhr abends abgesperrt werden. Nach der Lagerordnung soll Seifenpulver zum Wäschewaschen an Bedürftige umsonst abgegeben werden. Das ist nach den Angaben der Internierten bisher nicht geschehen.

Was noch die Lazarettbehandlung angeht, so sind Aussagen gemacht worden, dass Geschlechtskranken die weitere Behandlung verweigert wird, wenn sie nicht eine bestimmte Summe für eine bestimmte Kur hinterlegen.

2. Lagerordnung:

Eine Lagerordnung, die auch vom Ministerium des Innern genehmigt ist, existiert zwar. Sie soll auch jedem Ankömmling vorgelesen werden. Natürlich können die Internierten eine so schnell hergelesene Lagerordnung niemals behalten. In jedem Lager ist es daher nottwendig, dassin den einzelnen Baracken mindestens ein Exemplar der Lagerordnung angebracht

ist. Dies ist nicht der Fall gewesen. Auch in der abgebrannten Baracke i entgegen derzuerst aufgestellten nebenbeigefallenen Bemerkung des Lagerdirektors ein Exemplar der Lagerordnung nicht vorhanden gewesen.

3. Beschwerden und Strafen:

Die Internierten sagen übereinstimmend aus, dass die Posten oft offenbar von sich aus Strafen verhängen, und dass es für sie die Möglichkeit einer Beschwerde im allgemeinen überhaupt nicht gibt. Soweit Strafen vom Lagerdirektor selbst verhängt werden, bestätigt der Lagerdirektor lediglich die von einem Major von P f ö r t n e r getroffenen Vorentscheidungen. Der Lagerdirektor selbst hat erklärt, dass er gemäss den Vorschlägen des Majors die Entscheidung fällt.

4. Verpflegung:

Für die Verpflegung ist ein Satz von Mk.3,13 bis höchstens Mk.3,50 vorgesehen. Dass mit diesem Verpflegungssatz nichts Ausreichendes beschafft werden kann, ist evident. Das Essen ist demnach auch ganz unzureichend. Charateristisch ist, dass der Lagerdirektor sich darüber beklagte, er habe teure Lebensmittel von einer Reichsstelle kaufen müssen die er jetzt im freien Handel viel billiger beziehen könnte. So sei eine Verbesserung des Essens unmöglich. Den Satz von Mk.3,30 hält auch der Lagerdirektor für ungenügend. Das zustehende Fleisch, gemäss dem Speisezettel 15 gramm, kommt in die Suppe. Der Effekt ist natürlich, dass überhaupt von Fleisch nichts zu spüren ist. Für die Woche erhalten die Internierten einen Löffel Marmelade am Sonntag. Das Brot war eine Zeit lang schimmlig. Auch diese Tatsache wurde vom Lagerdirektor zugegeben, der sie damit erklärte, dass das Brot in Stettin, von wo es bezogen wird, viel zu frisch verladen wird.

5. Beschimpfungen und Drohungen:

Es sind insbesondere nach dem Brand der Baracke schwere Beschimpfungen

und Drohungen der Internierten vorgekommen, insbesondere auch Misshandlungen, über die nachher berichtet werden wird. So hat die Wache einem Internierten, der als freiwilliger Sanitäter mit den deutschen Truppen gekämpft hat und bei Lodz verwundet worden ist, gegenüber geäussert:

" Ihr verfluchten Judenhunde, Ihr könnt Euch in die Hosen scheissen, Ihr Schieber, Ihr Gauner. Halten Sie die Fresse, Sie verfluchter Jude".

Die wache hat dann , auf den Russenfriedhof zeigend, erklärt, "Ihr kommt alle da rüber; da liegen schon 8000, dann werden es eben 8200 sein. Als Zeugen für diese Aeusserungensind zu benennen die Internierten Uscher M o n t a g, Max G o l d w a s s e r und Josef B r e s l a u e r . Für die Aeusserungen des Wachthabenden am Morgen nach dem Brand;

"Wenn das nächste mal bei meiner Wache Feuer ausbricht, stelle ich bei jedem einen Posten auf und lasse niemanden heraus; wenn die Baracke brennt, sollen alle mit verbrennen."

sind zu benennen die Internierten B a u m w o l l, Johann S e h m i e r d z i n s k i und Meyer B e r g e r.

Zu dem Internierten Heinrich C z e n z e w s k i, der mit Kolbenschlägen bearbeitet wurde, dass ernoch am 1. Juni, also ca. 8 Tage nach dem Brand, sehr deutliche Wunden am Ellenbogen und an der Schulter hatte, hat der Sanitäter geäussert:

"Die Hand ist noch nicht zerbrochen? Ihr müsst noch mehr Keile kriegen, Ihr seid noch viel schlimmer als Verbrecher."

Misshandlungen:

Ausser den bereits im vorigen Bericht angeführten Misshandlungen, die erneut bestätigt wurden, werden folgende Misshandlungen berichtet: Simon B a u m w o l l wollte beim Appell austreten. Der wachhabende erlaubte es. Er wurde trotzdem von Wachmannschaften fest gehalten und geschlagen. Zeuge der Pole Z a w o d a. Er wurde dann ins Arrest geführt,

und Drohungen der Internierten vorgekommen, insbesondere auch Misshandlungen, über die nachher berichtet werden wird. So hat die Wache einem Internierten, der als freiwilliger Sanitäter mit den deutschen Truppen gekämpft hat und bei Lodz verwundet worden ist, gegenüber geäussert:

" Ihr verfluchten Judenhunde, Ihr könnt Euch in die Hosen scheissen, Ihr Schieber, Ihr Gauner. Halten Sie die Presse, Sie verfluchter Jude".

Die Wache hat dann, auf den Russenfriedhof zeigend, erklärt, "Ihr kommt alle da rüber; da liegen schon 8000, dann werden es eben 8200 sein. Als Zeugen für diese Aeusserungen sind zu benennen die Internierten Uscher M o n t a g, Max G o l d w a s s e r und Josef B r e s l a u e r. Für die Aeusserungen des Wachthabenden am Morgen nach dem Brand:

"Wenn das nächste mal bei meiner Wache Feuer ausbricht, stelle ich bei jedem einen Posten auf und lasse niemanden heraus; wenn die Baracke brennt, sollen alle mit verbrennen."

sind zu benennen die Internierten B a u m w o l l, Johann S c h m i e r d z i n s k i und Meyer B e r g e r.

Zu dem Internierten Heinrich C z e n s e w s k i, der mit Kolbenschlägen bearbeitet wurde, dass erneoh am 1. Juni, also ca. 3 Tage nach dem Brand, sehr deutliche Wunden am Ellenbogen und an der Schulter hatte, hat der Sanitäter geäussert:

"Die Hand ist noch nicht zerbrochen? Ihr müsst noch mehr Keile kriegen, Ihr seid noch viel schlimmer als Verbrecher."

Misshandlungen:

Ausser den bereits im vorigen Bericht angeführten Misshandlungen, die erneut bestätigt wurden, werden folgende Misshandlungen berichtet:

Simon B a u m w o l l wollte beim Appell austreten. Der wachhaltende erlaubte es. Er wurde trotzdem von Wachmannschaften fest gehalten und geschlagen. Zeuge der Pole Z a w o d a. Er wurde dann ins Arrest geführt,

erneut geschlagen. Die gleichfalls im Arrest befindlichen Internierten S p i e g e l, B o r i t z k i und B a u m g a r t e n haben das Schreien gehört. Der Wacht älteste erklärte B a u m w o l l:

"Ja, Du bist geschlagen worden, aber uns glaubt man doch mehr als Euch; wenn wir sagen, es ist nichtgeschlagen worden , dann ist nicht geschlagen worden.

Der Pole Siegmund E l l r i s c h, ebenfalls nicht Jude, hat gesehen, wie die Internierten B r o e z i n s k i, Meyer B e r g e r , sowie ein dritter Internierter C z e n s e w s k i geschlagen wurden.

Der Internierte Paul D a m e n s t e i n wurde so geschlagen, dass er ins Lazarett kommen musste. Der ebenfalls nicht jüdische Internierte Alois G r u m bestätigt ebenfalls die Misshandlung von B r o e z i n s k i. Er selber hat auch gesehen, wie der Wachtposten auf Meyer B e r g e r eingeschlagen hat.

Leon D a v i d s wurde nach Zapfenstreich, als er noch Karten spielte , arretiert und geschlagen. Zeuge Josef G o t t s c h a l k.

Als die Angelegenheit des Leon D a v i d s vor das Lagergericht kam, hat der Richter erklärt, "die Internierten wollen doch nur den anderen helfen, deshalb wird der Wache mehr geglaubt, als ihnen." Zeugen der Internierte F r e u n d l i c h und der Internierte Albert K u s c h (Nichtjude).

Geschlagen wurde nach einem Fluchtversuche der Internierte Adam Drewoz(ebenfalls Nichtjude). Der seit 1868 in Berlin ansässige 57 Jahre alte Ascher M o n t a g, der wie oben erwähnt, unglaublich beschimpft wurde, wurde ebenfalls geschlagen und im Arrest mit Füssen getreten und mit Kolben geschlagen. Der Internierte Ernst N e t t e r, Tschechoslovak wurde ebenfalls nach dem Brande mit dem Gewehrkolben bearbeitet. Heinrich C z e n s e w s k i, der bereits ebenfalls oben erwähnt wurde, wurde mit dem Gewehrkolben so bearbeitet, dass er umfiel. Er hat noch heute eine

Wunde auf der Schulter und einen verbundenen Arm, herrührend mit= von den Schlägen mit dem Kolben.

7. Der Brand:

Uebereinstimmend geben die Internierten, Juden wie Nichtjuden, an, dass man, als der Brand ausbrach, die Tür der Baracke, die gemäss der Lagerordnung um 9 Uhr geschlossen war, nicht geöffnet hat , sodass die Internierten aus dem Fenster springen mussten, wobei sie bedroht wurden. Die Posten haben tatsächlich , wenn auch in die Luft, geschossen. Der Lagerdirektor hat zugegeben, dass die Tür der Baracke nicht geöffnet wurde und hat das damit erklärt, dass der Brand auf der Seite der Baracke ausbrach, die der Tür gegenüber liegt. Der Posten, der den Schlüssel hatte, hätte am andern Zaun gestanden und hätte demgemäss nichts merken können. Demgegenüber steht die Behauptung, dass die Flamme plötzlich ungeheuer hoch geschlagen sei. Der schwer verbrannte Pole Julius Czerlenski gab wiederholt nachdrücklichst an, dass er nicht zum zweiten male heringelaufen sei und seine Kleider geholt habe, wie dies von dem mich begleitenden Sanitäter behauptet wurde.

Schon heute versuchen die Wachtmannschaften, um die Sache zu vertuschen, die Behauptung aufzustellen, der Brand sei von den Internierten gelegt worden. Demgegenüber muss schon jetzt festgestellt werden , dass die eben wiedergegebenen Angaben, die sich als unrichtig herausgestellt haben, zur grössten Vorsichtnahmen müssen, dass trotz der Annahme der Brandstiftung der Umstand entgegensteht, dass ein grosser Teil der Internierten , und zwar gerade den Juden, Kleidungsstücke, Geld und Papiere verbrannt sind. Aber selbst in dem Falle, dass Brandstiftung vorliegen sollte, konnte nichts die Wachtmannschaften berechtigen, derartig vorzugehen.

8. Art der Internierten:

Die schlimmsten Befürchtungen, die in der Hinsicht bestanden, dass wahllos und vorzugsweise unschuldige Elemente der Internierung verfal=

len würden, sind übertroffen worden. Die Minderheit der Internierten sind kriminelle Elemente, die grosse Mehrzahl anständige, arbeitswillige personen. Zur charakteristischen Darstellung, wen man interniert hat, seien hier einige Fälle genannt:

Polnische Landarbeiter - es handelt sich um die Internierten Albert K u s z und Adam D r e w i z , die seit Jahren, letzterer seit 1907 in Deutschland gearbeitet haben - wollten ihre Arbeitsstellen wechseln. Drewiz hat 75 Mk. für die Legitimationskarte und Mk.100,- Kaution hinterlegt. Er erhielt einen Wochenlohn von Mk.63,60 . Er hat nach seiner Angab keinen Ausweisungsbefehl erhalten. Dafür, dass er sich eine andere Arbeitsstelle suchen wollte, wurde e interniert.

Uscher M o n t a g, ein 57jähriger Mann, der seit 1868 in Berlin lebt und ganz zweifellos ein typischer Staatenloser ist, der als freiwilliger Sanitäter in deutschen Diensten bei Lodz verwundet wurde. Er ist im Hilfsdienst verwendet worden, behauptet überhaupt preussischer Staatsangehöriger zu sein. Am 12.4. wurde er verhaftet und nach Stargard gebrac

Die unglaublichsten Fälle sind aber vielleicht diejenigen der drei tschechoslovakischen Landarbeiter:

Johann S u c h y, Matthäus K u p e z y und eines dritten. Diese drei wurden mit einer Gruppe von 73 Personen für das Rittergut C ü r t o w durch die Deutsche Arbeiterzentrale angeworben. Sie sollten pro Tag 10,- Mk. und Kost erhalten. Der Gutsbesitzer zahöte ihnen jedoch nur Mk.6,83 aus. Daraufhin schickte die Gruppe die drei Leute nach Berlin, um mit dem Tschechoslovakischen Konsulat die verbindung aufzunehmen. Sie wurden jedoch mit einem Gendarm nach Stargard gebracht und ihnen nach dem Sammellager der abschriftlich anliegende Ausweisungsbefehl des Landrates von Arnswalde , ohne Stempel, unterschrieben von einem Kreissekretär, zugestellt.

Dem Internierten G o l d w a s s e r hat der Obersekretär Mainzin-

ger

des Berliner Polizeipräsidiums erklärt, dass seine Ausweisung aufgehoben sei. Daraufhin ist Goldwasser hier verblieben und kam nach Stargard. Jakob und Abraham S l o t s c h e w s k i, ferner Josef F e i n m a n n aus P a p i t z , Prov. Sachsen sind von papitz fortgezogen und haben sich in Oetsch, Markkleebenz angemeldet und erhielten von Papitz auch die Abmeldung, wurden in Papitz jedoch verhaftet, desgleichen Leute, die nach Berlin gekommen sind, keine Ausweisung erhalten haben und ihre Steuern bezahlt haben.

N i s s e n b a u m, der schon seit 9 Monaten interniert ist, wurde , obwohl er in Kohlengruben gearbeitet hat, lediglich deshalb interniert, weil er sich einige Tage in Magdeburg aufgehalten hat, ohne Anmeldung. Er war bei seinem Bruder zu Besuch.

Im Lager befinden sich auch einige Frauen polnischer Landarbeiter mit Kindern. Auch sie werden als Internierte behandelt . Der Lagerdirektor hat diese, wie er angibt, aus Mitleid mit den Frauen und Männern aufgenommen. Um dies rechtlich tun zu können, mussten, wie der Lagerdirektor angab, diese Frauen, die kaum einige Worte deutsch sprechen und bestimmt nicht lesen und schreiben können, als politisch besonders verdächtig von den betreffenden Regierungspräsidenten bezw. Landräten ausgewiesen werden, da, wie der Lagerdirektor angibt, nach Anweisungen des Ministeriums nur besonders politisch verdächtige Frauen interniert werden sollen.

Die Pläne des Ministeriums betreffend Beschäftigung der Internierten, sind völlig ins Wasser gefallen. Arbeitsame anständige Elemente sind zum Herumlungern verurteilt und müssen notwendigerweise durch das Monate lange Nichtstun demoralisiert werden.

Berlin den 31. Mai 1921.

S/SCH.

A B S C H R I F T !

Warschau, den 7.November 1921

1. Das Problem. Das Flüchtlingsproblem - Heimlose nennt man sie hier - ist im Prinzip durchaus das gleiche wie in Deutschland. Unlegitimiert über die Grenze gekommene Flüchtlinge haben Polen überflutet, wobei das "Ueberfluten" genau so aufzufassen ist, wie in Deutschland, d.h. für Polen werden übereinstimmend Zahlen von 40 000 bis höchstens 60 000 Heimlose angegeben. Von diesen hat sich ein Teil bereits eingeordnet. Die Flüchtlinge haben sich, z.T. freiwillig, z.T. gezwungen in einer Reihe von Stätten konzentriert, und die Regierung wünscht unter allen Umständen die Vertreibungdieser Heimlosen aus Polen durchzuführen. Ein grosser Teil s.Z. eingewanderter Flüchtlinge ist bereits ausgewandert bezw. rückgewandert, ein gewisser Teil hat Möglichkeiten, in den nächsten Monaten zu emigrieren, ein Rest hat keine Aussicht, aus Polen westwärts/heraus-/zu/kommen.

2. Die Lage und die Stellung der einheimischen Juden. Es ist klar, dass mutatis mutandis die gleichen Mittel zur Bewältigung des Problems anzuwenden sind, wie etwa in Deutschland oder Frankreich. DasvRefugee Department des J.D.C. hat, soweit ich sehen kann, in Warschau und den Distrikten Wilna, Rowno, Baranowicz, Lemberg überall die schlimmste Not der Flüchtlinge gelindert. Darüber hinaus sind gewisse Ansätze zur dauernden produktiven Hilfe vorhanden, von denen nachher zu sprechen sein wird. Eine Lösung des Problems in grossem Massstabe ist, soweit ich sehe, bisher nicht angestrebt worden und konnte wohl auch aus verschiedenen, gleich zu besprechenden Gründen, nicht in Angriff genommen werden.

Denn die polnische Regierung machte und macht auch noch zurzeit jede wirklich produktive Fürsorge, die immerhin mit einer gewissen Stabilität der Verhältnisse rechnen muss, unmöglich durch die völlige Rechtlosigkeit, in dersie die Heimlosen hält. Die Beschränkungen, die die in Polen nur als Transmigranten geduldeten Heimlosen insbesondere hinsichtlich der Freizügigkeit

auferlegt sind, erschweren auch ungemein die Durchführung der Vorschläge, die ich selbst weiter unten machen werde, wie sie überhaupt der Durchführung einer systematischen Arbeit hindernd im Wege stehen. Die Durchführung meiner Vorschläge wird wesentlich von der Haltung der Regierung abhängen, bezw. von der Intensität und Geschicklichkeit, mit der die diesbezüglichen Forderungen bei ihr vertreten werden. Die Beschränkungen der Heimlosen hinsichtlich des Wohnrechtes schliessen dieselben zunächst einmal von allen Wojewoden-Städten und Gouvernements-Städten grundsätzlich aus; gerade diese Kategorie Städte aber hat als Sitz der für die Produktivierung durch Arbeit in Betracht kommenden Industrie besondere Bedeutung; sie fesseln zweitens aber den Heimlosen an die Stadt, wo er einmal freiwillig oder gezwungen Wohnung genommen hat. Ein Verlassen dieses Platzes ist nur mit einem besonderen Pass, der nur auf gewisse Unterlagen hin erteilt wird /Visabeschaffung/, möglich. Diese Verordnungen werden mit Hilfe eines grossen Militär- und Dienstaufgebotes sehr streng durchgeführt, sodass tatsächlich die Flüchtlinge an den Orten, wo sie konzentriert sind, bleiben. Versuche, zu entfliehen aus dem Wohnort und sich zu zerstreuen, sind sehr selten. Hinzu kommt die Unsicherheit der Existenz, die Unmöglichkeit der Legalisierung an anderen Orten, sodass die Heimlosen selbst die Initiative, sich zu zerstreuen, verlieren.

Es ist nach vorstehendem klar, dass und wie wünschenswert eine Verbindung der sozialen und der politischen /hier juridisch genannten/ Arbeit ist. Hierfür wäre natürlich eine einheitliche positive Stellung der polnischen Judenheit dem Heimlosen-Problem gegenüber Vorbedingung. Dann könnten die Mittel des J.D.C. ausserordentlich wirksam als Subsidien eingesetzt werden. Von dieser einheitlichen positiven Stellung ist hier jedoch keine Rede. Die Tatsache, dass die einheimischen Juden keine oder fast keine Gelder für die soziale Arbeit aufbringen, zwingt zunächst zur Abtrennung der sozialen Arbeit für die Heimlosen. J.D.C. ist gezwungen, die soziale Arbeit völlig oder fast völlig allein zu tun bezw. zu überwachen. Mit dieser Tatsache könnte man sich abfinden, wenn sonst wenigstens jene zu fordernde positive, einheitliche

Stellungnahme dem Flüchtlingsproblem gegenüber bei den einheimischen Juden vorhanden wäre. Das ist, wie gesagt, nicht der Fall. Parteiische und persönliche Differenzen führen dazu, dass das politische Flüchtlingsproblem ganz unzureichend behandelt wird. Von allen Dingen sind bei den Zionisten ganz unglaubliche Ansichten über die Regelung des Flüchtlingsproblems verbreitet.

Stellung der Zionisten. Der zionistische Sejmdeputierte Herr Grünbaum hat mir erklärt, dass die Heimlosen in Polen nicht bleiben könnten, dass man für Emigration sorgen müsse, dass eine andere Lösung nicht denkbar sei, dass die Lage der polnischen Judenheit eine Belastung durch sas Heimlosen-Problem nicht mehr vertrage und dass sie (die Zionisten) kein Interesse daran hätten die Heimlosen in Polen zu behalten. Dies, obwohl ich natürlich nur von denen sprach, die eben nicht emigrieren können. Dann müssen Emigrationsländer gefunden werden, war etwa seine Antwort. Gewisse Vorschläge, die ich ihm machte, versprach er zwar zu unterstützen, doch beurteilte er die Aussichten äusserst schlecht. Der ganze Eindruck, den ich vonbder Besprechung mitnahm, war der, dass die Zionisten nichts tun wollen und darum auch nichts tun können, und dass sie mehr oder weniger das Heimlosen-Problem unter dem Gesichtspunkte betrachten, die Notwendigkeit des Palästina-Zionismus nachzuweisen.

Stellung des Ukrainer Komitees. Positiver ist die Stellung des Ukrainer-Komitees, das offiziell in Ministerialerlassen in ähnlicher Weise wie das A.F,A., nur in weit begrenzterem Masse zur Vorbereitung der Legitimierung der Heimlosen, jedoch nur mit Ausländerpässen, zugelassen ist. In diesem Komitee sind alle Parteien ausser den Arbeitern und den Zionisten vertreten, die wichtigste ist natürlich die volkistische Partei. Nach der Information, die ich einzog und meinem persönlichen Eindruck ist die Arbeit des Komitees eine relativ gute, jedoch noch unsystematisch. Aspirationen auf Ausbreitung sind natürlich stark vorhanden, und man wird eine gewisse Vorsicht auch dem Ukrainer Komitee gegenüber betrachten müssen. Immerhin ist eine systematische, produktive Arbeit, die der politisch-juridischen Arbeit unbedingt be-

darf, nur im engsten Zusammenarbeiten mit dem Ukrainer Komitee denkbar.

Coordinierungs-Komitee. Diese enge Zusammenarbeit hat bis in die letzten Zeiten gewisse Schwierigkeiten gehabt, weil in dem sogenannten Coordinierungskomitee das Ukrainer Komitee nicht vertreten ist. Man hat hier aus drei Gründen den Versuch gemacht, eine Art "Vertretersammlung", eine gemeinsame, wenn auch den Vollmachten nach begrenzte Repräsentanz zu schaffen. Erstens, um die praktische Arbeit (gewisse Sitzungen, Besprechungen etc.) zu erleichtern, zweit ens um die Vielfältigkeit und Zweispältigkeit in der Arbeit zu beseitigen und drittens, um Geld und Mitarbeit von den Einheimischen zu erhalten. Die gesteckten Ziele sind unvollkommen, z.T. garnicht erreicht worden. Das Ukrainer Komitee hat abgelehnt, dem Coordinationskomitee beizutreten, das demnach nur aus Joint, Hias, Flüchtlingen und Nationalrat (Zionisten) besteht. Geld ist bisher nicht eingegangen. Die praktische Arbeit hat zweifellos eine gewisse Erleichterung erfahren. Die Autorität des Coordinierungskomitees ist natürlich gering, da als wesentlicher Geldgeber nur J.D.C. in Betracht kommt. Immerhin bin ich nach sorgfältiger Prüfung des Für und Wider doch, nicht ganz in Uebereinstimmung mit Herrn Schweitzer, der Ansicht, dass man zunächst einmal diesen Versuch zur Heranziehung der einhäimischen Juden fortführen soll. Auch wird der allerdings allerseits pessimistisch beurteilte Versuch gemacht werden müssen, das Ukrainer Komitee und die Arbeiterparteien dennoch zur Anteilnahme zu bewegen. Gewissen Machtgelüsten des Coordinierungskomitees wird man rechtzeitig entgegentreten müssen. Endlich wird die Aufnahme von in Galizien, der Wilnaer Gegend und in Wolhynien arbeitenden Komitees zu fordern sein. Für Galizien ist bereits seinerzeit durch Herrn Schweitzer ein Coordinierungskomitee geschaffen worden, für Wilna käme "Ekopo" in Frage und für Wolhynien wäre ein Coordinierungskomitee mit Leichtigkeit zu bilden. Evtl. liesse sich später aus Vertretern Galiziens, Wilnas, Wolyniens und Kongresspolens eine Art Rat zur Beratung gemeinsamer Angelegenheiten bilden. Zur Erreichung einer gewissen Selbständigkeit des

Coordinierungskomitee wäre das Ausscheiden der amerikanischen Organisationen Hias und Joint später wohl wünschenswert, doch setzt eine derartige Aktion selbstverständlich eine Verständigung mit Hias voraus und auf alle Fälle ist für die nächste Zeit eine abwartende positive Haltung dem Coordinierungskomitee gegenüber einzunehmen. Ein Ausscheiden des Joint im jetzigen Augenblick würde die Auflösung des Coordinierungskomitee bedeuten. Das ist jedoch nach dem Gesagten keineswegs wünschenswert.

Ansätze zur Produktivierung durch Arbeit. In der letzten Zeit, auch schon nach den Evakuierungen sind verschiedene bis jetzt noch unsystematische Versuche gemacht worden, die in aller Munde befindliche Phrase von der "konstruktiven Hilfe" in die Tat umzusetzen. Es gab und gibt zwei Wege. a/ Errichtung von Werkstätten, Arbeitsschulen und b/ Arbeitsvermittlung.

Was zunächst die erste Möglichkeit angeht, so ich sie m.A. nach im allgemeinen zu verwerfen. Erfahrungsgemäss werden von gesellschaftlichen Institutionen eingerichtete und geleitete Werkstätten meistenteils mit offenen oder versteckten Defiziten arbeiten und ausserdem erfordert die Errichtung von Werkstätten auch nur für einige hundert Menschen so bedeutende Mittel, dass diese Art Hilfe im allgemeinen nicht angewandt werden kann. Günstiger liegt es zum Teil bei selbständigen Cooperativen, aber auch hier ist das bereitzustellende Kapital, wenn es nicht zum grossen Teil von den Genossen aufgebracht wird, viel zu gross, will man auch nur in einigermassen breitem Ausmass arbeiten. Trotz dieser grundsätzlichen Bedenken halte ich eine spezielle Art produktiv-konstruktiver Hilfe, die vom J.D.C.. Warschau, geschaffen worden ist, für zweckmässig. Es handelt sich um eine Kombination von Werkstatt, Arbeitsschule und Heim für heimlose Mädchen. Hier ist die Ausbildungszeit auch für qualifizierte Arbeiterinnen immerhin beschränkt und für diese Heim-Arbeitsschulen hat man auch eine gewisse Unterstützung von Seiten der einheimischen Bevölkerung bekommen.

Bestehende Cooperativen von Handwerken hingegen werden nur dann durch Vergebung von Aufträgen zur Verarbeitung von Rohstoffen zu unterstützen sein, wenn sie nach Ueberwindung gewisser begreiflicher Anfangsschwierigkeiten

konkurrenzfähig sind. Die Vergebung von Arbeiten jedoch nur zur Beschäftigung solcher Cooperativen ohne Rücksicht auf die etwa entstehenden Mehrkosten gegenüber dem Einkauf auf dem freien Markt ist meiner Ansicht nach als eine neue Art Chaluka unbedingt zu unterlassen. - Die Lehrlingsfrage konnte ich bisher nicht untersuchen.

Arbeitsvermittlung. Der meiner Ansicht nach einzig in grossem Umfange nach Massgabe der zur Verfügung stehenden Mittel in Betracht kommende Weg ist Arbeitsvermittlung, d.h. Eingliederung der Heimlosen in die polnische Wirtschaft. Hier sind gewisse Ansätze ebenfalls vorhanden. ORT hat, durch J.D.C. subventioniert, wie mit der Errichtung von Werkstätten auch mit der Errichtung von Arbeitsbüros begonnen. Und zwar ist beabsichtigt, diese Büros an den Punkten, wo die Heimlosen konzentriert sind, zu errichten. Solche Arbeitsbüros befinden sich bis jetzt in Warschau, Wolomyn und Lemberg; in Baranowicz und Rowno sind sie in Vorbereitung. Die Organisation ist, insbesondere was die Erfassung der freien Stellen angeht, noch mangelhaft, wie das schon aus der ganz geringen Zahl der in 8 Monaten vermittelten Arbeiter hervorgeht. J.D.C. hat für die Tätigkeit von ORT in dieser Hinsicht eine Frist bis zum 1.12.21 gesetzt. Nach diesem Termin gewinnt J.D.C. auf dem Gebiete der konstruktiven Hilfe, Arbeitsvermittlung, seine volle Handlungsfreiheit wieder, während jetzt die Arbeit formal ORT übergeben ist, Von allen Dingen halte ist die Errichtungvon Arbeitsbüros nur an den Plätzen der Konzentration der Heimlosen für unzureichend.

3. Arbeits- und Aufbauplan. Wenn ich nun dazu übergehe, mit wenigen Strichen einen Plan zu skizzieren, gewisse Schwierigkeiten aufzuweisen, die sich wohl seiner Durchführung entgegenstellen werden, so muss ich von vornherein bemerken, dass ich hier die praktischen Erfahrungen, die ich bisher lediglich im Bezirk Warschau machen konnte, zugrunde legen muss.

Das Problem ist meiner Ansicht nach mit Aussicht auf Erfolg nur dann in Angriff zu nehmen, wenn man ihm systematisch von verschiedenen Seiten

beizukommen sucht. Das heisst:

a/ Es müssen nach sorgfältigster Prüfung der juridischen (politischen) und ökonomischen Lage (Wirtschaftsstudium) ausser an den Konzentrationspunkten der Heimlosen auch überall dort, wo Arbeitsmöglichkeiten zunächst ausserhalb der Wojewoden-, Gouvernementsstädte und der Grenzbezirke denkbar sind, Arbeitsbüros geschaffen werden, die in engster Verbindung miteinander stehen und systematische die Heimlosen dezentralisieren. Der Vorgang hätte sich so zu vollziehen, dass auf Grund der durch die an den Konzentrationspunkten der Heimlosen errichteten Arbeitsbüros anzufertigenden Listen aus dem Arbeitslosenreservoir heraus immer neue Arbeiter den an den verschiedenen Industrieplätzen errichteten Arbeitsbüros zu überweisen wären. Das setzt naturgemäss eine gut funktionierende Verbindung zwischen den einzelnen Arbeitsbüros voraus. Die Arbeitsbüros brauchen, da ihre Zahl selbstverständlich nur beschränkt sein kann, die Unterstützung von Vertrauensleuten an allen irgendwie in Betracht kommenden Orten. Ich denke hierbei besonders an Westgalizien, die Bialystoker Gegend, den Lodzer Bezirk und Oberschlesien. Um diese Arbeitsbüros einigermassen arbeitsfähig zu machen its

b/ enge Verbindung mit den örtlichen Organisationen, den Gemeinden und insbesondere auch mit den Arbeitern notwendig. Dazu wiederum ist eine stärkere Fühlungnahme mit den einheimischen Juden, ihren zentralen Organisationen so z.B. in Warschau der Versuch, die Gemeinde zu interessieren, wünschenswert. Die Aussichten werden allerdings pessimistisch beurteilt. Gegebenfalls ist das Coordinierungskomitee in dieser Richtung auszubauen.

c/ Mit allem Nachdruck ist eine politische Aktion einzuleiten, die zum Ziel haben muss, von der polnischen Regierung generell die Freizügigkeit der Heimlosen, vielleicht mit Ausnahme gewisser Städte zu erwirken. Und zwar wird man das Ziel vorsichtigerweise beschränken müssen zunächst auf solche Heimlose, für die bestimmte Komitees die Fürsorge (Arbeitsbeschaffung) übernehmen. Diese Komitees wären entweder vom Joint oder von der politischen Organisation, die die Verhandlungen führt - in Betracht käme wohl nur das

Ukrainer Komitee - oder vielleicht am besten von beiden zu autorisieren. Der Erfolg einer solchen Aktion ist zweifelhaft. Deshalb muss von Fall zu Fall in den einzelnen Distrikten schon jetzt bei den einzelnen Starosten durch Organisationen, die juridische Hilfe ausüben, entsprechende Vorfühlung erfolgen. Die Jointstellen in der Provinz sind schon jetzt über die geplante Arbeit aufzuklären. Sie haben entsprechende Versuche zur Vorfühlung in der angedeuteten Weise durch die einheimischen örtlichen Organisationen zu inaugurieren, bezw. sich über die allgemeine politische Lage in ihrem Bezirk und die vorhandenen Möglichkeiten genau zu unterrichten. Für die Heimlosen in Wolomyn z.B. ist eine derartige Freizügigkeit nach Massgabe des dort stationierten juridischen Beraters der dort konzentrierten Flüchtlinge vom Ukrainer Komitee vom Starosten zu erwirken.

Naturgemäss bedeutet es eine Hemmung der ganzen Arbeit, dass wir zur Durchführung dieser politischen Aktion auf die Hilfe anderer Organisationen und also auch anderer Menschen, die doch nicht in so enger Beziehung zu dem Hilfswerk stehen, angewiesen sind. Erfahrungsgemäss setzen sich solche Persönlichkeiten, für die das Heimbosenproblem doch nur ein relativ kleines Teilproblem in ihrem politischen Kalkül darstellt, niemals so ein, wie Menschen, die ganz in der Arbeit stehen und mit ihr verbunden sind. Doch ist ein anderer Weg nicht gangbar. Auch wird sich ein endgültiges Urteil über die Durchführbarkeit und Zweckmässigkeit der Errichtung zahlreicher derartiger Arbeitsbüros wahrscheinlich erst nach persönlicher Prüfung der Verhältnisse in den betreffenden Distrikten ermöglichen lassen. Ich werde mich zu diesem Zweck nach Galizien begeben.

<u>Reemigranten und Reconstruction Department.</u> Mein Bericht muss, um vollständig zu sein, noch die Frage der Reemigranten und der Stellung zum Reconstruction Department berühren. Zunächst ist festzustellen, dass Reconstruction hier <u>überhaupt noch nicht arbeitet.</u> Irgendwelche Fonds werden von Reconstruction nicht zur Verfügung gestellt. Andererseits sind wir, Refugee Department, um nicht eine reine unproduktive Zeduketätigkeit auszuüben, ge-

zwungrn, in gewissem Sinne konstruktive Arbeit zu leisten. Lonns an Handwerker, Kaufleute etc. spielen schon jetzt eine grosse Rolle, besonders im Wilnaer Distrikt. Besonders schwierig ist die Frage jedoch beinden Reemigranten, bei denen, da sie eine juridische Sicherheit haben, Möglich-keiten zur konstruktiven Hilfe stärker vorhanden sind. Es handelt sich oft um Darlehen z.B. zur Remontierung von Häusern, Aufgaben, die wir zurzeit/oft not gedrungen mit den Mitteln unserer Etats erfüllen müssen, obwohl dieser Etat zweifellos doch nur für die relativ geringe Zahl der Heimlosen, aber nicht für die viel grössere der Reemigranten bestimmt ist. Hinzu kommt, dass der Leiter des Reconstruction Department, Herr Freund, den ich persönlich ausserordentlich hoch schätze und dessen Rat oft zweifellos sehr wertvoll sein kann, auf Grund der Wiener Beschlüsse zu unseren einzelnen Projekten auch örtlicher Natur die Zustimmung von Reconstruction Department für notwendig ansieht. Dies, obwohl, wie gesagt, das Reconstruction Department aus seinen Fonds nichts zur Verfügung stellt. Man hat sich schliesslich in einer grundsätzlichen Aussprache dahin verständigt, dass das Refugee Department wie bisher weiter konstruktive Arbeit durch Darlehen, aber auch evtl. durch für den Winter notwendige Instandsetzungsarbeiten im mässigem Umfange tut. Das ist aber keine befriedigende Lösung. Viel-mehr ist zu fordern, dass erstens grundsätzlich die Reemigrantenfürsorge, soweit sie über die erste Hilfe hinausgeht, vom Refugee Department abgetrennt wird und dass zweitens, da diese Trennung nur theoretische Bedeutung hätte, da eben Reconstruction noch nicht arbeitet, fürdie konstruktive Arbeit für die Reemigranten dem Refugee Department von Reconstruktion gewisse Beträge zur Verfügung gestellt werden. Später kämen evtl. auch gewisse Kategorien Heimloser in Betracht, wenn es gelingt, ihre juridische Lage so zu gestalten, dass sie aufhören würden, "Heimlose" zu sein. Nur unter dieser Bedingung könnte man sich mit der die Arbeit ungemein verzögernden jedesmaligen Verständigung bezw. Ueberweisung mit Reconstruction abfinden. Am zweckmässigsten wäre natürlich eine Ueberweisung gewisser Raum

allzu bedeutender Fonds zur produktiv-konstruktiven Fürsorge für Reemigranten vom Reconstruction Depart ment an das Refugee Department.

gez. Dr. Senator

Ein Ausnahmegesetz gegen ausländische Arbeiter.

von Alfred Berger.

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung hat einen Entwurf betreffend Verordnung über die Beschäftigung ausländischer Arbeiter Ende Oktober fertiggestellt, der bisher in der Oeffentlichkeit noch nicht bekannt geworden ist. Insbesondere die Gewerkschaften sind bisher von diesem Entwurf nicht in Kenntnis gesetzt worden, obwohl es sich um Fragen handelt, die nicht nur den ausländischen Arbeiter, sondern auch die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterschaft aus das stärkste berühren. Umso erstaunlicher ist es, dass das Reichsarbeitsministerium den Arbeitgeberverbänden diesen Entwurf zur Stellungnahme bereits übersandt hat. Der bekannte gunstige Wind hat uns ein Rundschreiben der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände auf den Tisch geweht, in dem diese Verordnung wiedergegeben ist. Beim Studium der Verordnung wird aber sofort klar, aus welchen Gründen das Reichsarbeitsministerium es nicht für notwendig empfunden hat, die Arbeitnehmerverbände von dem Entwurf bisher in Kenntnis zu setzen. Ein Sturm der Entrüstung muss sich erheben, wenn dieses reaktionäre Machwerk in Arbeiterkreisen bekannt wird.

Zunächst interessiert, dass die Regelung der Arbeitsverhältnisse der auslandischen Arbeit in Zukunft auf den berühmten „Verordnungswege" erfolgen soll. Die viel gepriesene formale Demokratie ist offenbar noch nicht reaktionär genug und man zieht lieber einen Erlass des längst eingegangenen Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilmachung heran, um auf Grund dessen die ausserordentlich wichige Materie zu regeln, anstatt den allein zulässigen Weg der parlamentarischen Gesetzgebung zu wahlen. Es ist unerhört, dass man es wagt, derartig wichtige Gesetze auf dem Verordnungswege einführen zu wollen. In § 1 dieses famosen Entwurfs wird die Rechtlosigkeit, die im gesegneten altpreussischen Staate

der Arbeiter russischer Staatsangehorigkeit und polnischer Nationalität genoss, prinzipiell auf sämtlich ausländische Arbeiter ausgedehnt. Damit bestimmt, dass ein ausländischer Arbeiter, der nach Deutschland reist, um zu arbeiten, die Einreisegenehmigung nur bekommt, wenn der Vorsitzende des für den Arbeitsort zuständigen Landesamts für Arbeitsvermittlung (Landesarbeitsamt) die Genehmigung erteilt.

Abgesehen von den sachlichen Bedenken gegen eine derartige Bürokratisierung fällt zunächst auf, dass ausgerechnet der Arbeiter von Deutschland ferngehalten werden soll. Der ausländische Schieber, der Wucherer und Ausbeuter hat nicht nötig eine besondere Genehmigung einzuholen, wenn er seinen Wirkungskreis auf Deutschland erstrecken will und die fürstlichen Familien, die in Zukunft Kapital verschieben wollen, brauchen keine Furcht zu haben, dass die Reichsregierung ihren ausländischen Agenten irgend welche Einreiseschwierigkeiten machen wird. Die ausländischen Arbeiter aber, die vielleicht Sozialisten sein könnten, werden gesiebt nach fünffacher Manier, bevor sie zugelassen werden. Schon dieser § 1 beweist die vollkommene Unhaltbarkeit des Entwurfs, denn er widerspricht in allem und jedem dem Friedensvertrag, den wir angeblich nach besten Kraften halten wollen. Es ist bezeichnend, dass man ihn seelenruhig in den Punkten zu brechen wagt, in denen es sich gerade um den Schutz der ausländischen Arbeiter handelt. Man rechnet wohl damit, dass die kapitalistischen Regierungen der Entente in diesen Fragen nachgiebig sein werden. Aber zu klären ist noch, wer die Landesarbeitsämter sind, denen diese ausserordentliche Vollmacht übergeben werden soll. Trotz aller schönen Versprechungen sind die Landesarbeitsämter so stockreaktionäre Behörden geworden,wie sie werden mussten, nachdem in sie die alten Beamten der Provinzialverwaltungen hineingepfercht worden sind. Die rheinisch-westfälischen Betriebsräte und Gewerkschaften wissen ein Lied zu singen von den rückschrittlichen Tendenzen der Landesarbeitsämter in Münster, Duisburg und Bochum, die heute schon gefügige Werkzeuge der grossen Industrie-

Herrensixxx sind. Die Leichtfertigkeit und die Gedankenlosigkeit, mit der diese Verordnung zusammengestellt worden ist, wird treffend bewiesen durch den § 2 , nach dem alle ausländischen Arbeiter, auch die bereits ansässigen, der Genehmigung des Landesarbeitsamtes unterliegen. Das Reichsamt kennt offenbar nicht die Tatsache, dass in Deutschland zahlreiche Ausländer seit Jahren ansässig sind, deren Existenz durch einen Federstrich auf administrativem Wege in Frage gestellt wird. Das Reichsamt weiss ferner nicht mehr die Tatsache, auf welchem Wege während des Krieges die ausländischen Arbeiter nach Deutschland gebracht wurden. Wir sind gerne bereit ihm mit einigem Material zu dienen und den Berichten über die zwangsweise Abschiebung von Belgiern und Franzosen einmal die nich minder schöne Tatsache der zwangsweisen Abschiebung von Polen, Juden und Litauern aus dem Osten anzufügen. Diese Menschen, die damals in der grauenvollsten Weise von Haus und Hof losgerissen wurden und zur Zwangsarbeit nach Deutschland geschleppt wurden, sollen jetzt rechtlos gemacht werden, nachdem ihnen Dank der deutschen Kriegsführung und einer systematischen Vernichtung der Industrie in den besetzten Gebieten die Weiterarbeit in ihrer östlichen Heimat unmöglichn gemacht worden ist. Besonders bezeichnend ist auch § 3. Hier wird auch endlich die Stelle erwähnt, von der man annehmen kann, dass in ihr auch Arbeitnehmerinteressen vertreten werden, die kommunale Arbeitsnachweisstelle. Der Herr Vorsitzende des Landesarbeitsamtes ist verpflichtet sie „anzuhören". Ob er ihrem Rat folgt, ob er Wert darauf legt, davon ist nichts gesagt. Die übrigen §§ schliessen sich den vorstehend gekenntzeichneten würdig an. Alle atmen denselben Geist einer absoluten Wirtschaftsfragenbürokratie, die nicht nu meilenweit entfernt von jedem sozialpolitischen Verständnis, ist, sondern auch den Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft vollkommen unwissend gegenübersteht.

Erwähnt werden soll nur noch der § 8. Hier wird ein neuer Typ des Arbeitgebers in Deutschland gesch ffen oder besser gesagt ein bereits bestehender zur gesetzlichen Macht erhoben. Nämlich der Arbeitergeber als Polizeiorgan. Den ausländischen Arbeitern gegenüber soll der Arbeitgeber, und was wir jetzt schreiben ist kein Scherz, sonders so bestimmt es der Entwurf, tatsächlich als Polizeistelle dienen.. Es heisst wörtlich: „Die ausländischen Arbeiter sind verpflichtet, dem Arbeitgeber die erforderliche Auskunft über die verschiedensten Dinge (Staatsangehörigkeit, Aufenthaltserlaubnis, Einreisegenehmigung usw) zu erteilen und die Einsicht in die einschlägigen Urkunden zu gestatten. Dementsprechend hat auch der Arbeitgeber nach § 9, genau wie die Behörden das Recht, genau wie eine Staatsanwaltschaft bei unrichtigen Angaben des Arbeiters die strafrechtliche Verfolgung zu beantragen. Zu welchen Konsequenzen das führen wurde, brauchen wir hier nicht auszumalen. Der ausländische Arbeiter würde ein wöllenloses Werkzeug in der Hand jedes kleinen Aufsichtsbeamten werden, insbesondere wären die landwirtschaftlichen Wanderarbeiter noch mehr als bisher der Fuchtel ihrer Vorschnitter ausgeliefert.

Es ist klar, dass ein so ungeheuerlicher Entwurf selbst auf dem Verordnungswege nicht gesetzliche Kraft erlangen kann. Nicht nur wegen der Arbeiterfeindlichen Tendezen , sondern, wie bereits betont, weil die Kräfte unseres Wirtschaftslebens diese Verordnung sofort über den Haufen rennen würde. Wir aber haben zu fordern, dass die Regelung des Arbeitsverhältnisses der ausländischen Arbeiter in einem ganz anderen Geist und einem ganz anderen Sinne aufgefasst und aufgebaut wird, wie es hier versucht wird. Zunächst ist prinzipiell festzustellen, dass

die ausländischen Arbeiter nicht schlechter gestellt werden dürfen, als andere ausländische Staatsangehörige. Das Recht der Einreise, das jedem ausländischen Kapitalisten und Schieber zusteht, steht auch dem ausländischem Arbeiter zu. Die deutsch. Arbeiterschaft hat des weiteres kein Interesse daran, die paar ausländischen Arbeiter, die in Deutschland arbeiten wollen, auszusperren. Bei den deutschen Jammerlöhnen werden schon nicht allzu viel kommen und das Märchen von der Vergrösserung der Arbeitslosigkeit durch ausländische Arbeiter, beweist nur aufs Neue, die absolute Unfähigkeit der Regierung, des Problems der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Es ist wieder der alte Versuch, die berechtigte Erregung der Masse gegen ihre Ausbeuter abzulenken auf ihre ausländischen Klassengenossen. Aber abgesehen davon hat der deutsche Arbeiter ein Interesse daran, dass ihm sein Fortkommen im Auslande gerade im Augenblick nicht durch gesetzliche Massnahmen des deutschen Reichs unmöglich gemacht wird. Eine solche Ausnahmeverordnung gegen ausländische Arbeiter müsste, wenn sie zustande kommt, sofort Repressalien des Auslandes gegen deutsche Arbeiter nach sich ziehen. Wir wissen zwar, dass die festangestellten pensionsberechtigten Beamten des Reichsamts und der Landesarbeiterämternicht notwendig haben, auszuwandern und daher persönlich nicht getroffen werden von dem Schaden, den sie mit ihrer Politik anrichten. Aufs schärfste getroffen aber wird derjenige Teil der deutschen Arbeiter, dem sich vielleicht in absehbarer Zeit eine Stellung im Auslande bietet, in der es ihm möglich ist, wieder einmal halbwegs menschenwürdig zu leben. Mit schärfster Energie muss gefordert werden, dass der Menschhandel mit ausländischen Arbeitern, wie er von den deutschen Agrariern immer noch getrieben wird endlich aufhört. Die Sonderstellung der deutschen Arbeiterzentrale, deren Vorrechte und deren Sünden in Arbeiterkreisen viel zu wenig beachtet werden, muss verschwinden. Gefordert werden muss, dass der ausländische Arbeiter, der in Deutschland arbeitet, in keine

Weise als Lohndrücker wirkt. Auch nicht in der Weise, dass er mit Unterkunftsräumen und Verpflegung auf den Gütern des Grossgrundbesitzes vorlieb nimmt, die einem deutschen Arbeiter sogar von agrarischen Arbeitgebern nicht einmal mehr zugemutet werden. Gefordert werden muss vor allem, dass die Frage der Regelung des Arbeitsverhältnisses der ausländischen Arbeiter eine Frage der internationalen Arbeiterschaft ist, und die Gewerkschaft und die Betriebsräte durch die Bestimmungen aufzubauen, wie sie sich mit ihren Arbeitsbrüdern aus dem Auslande verständigen wollen. Ausbahmegesetze auf dem Verordnungswege für ausländische Arbeitsbrüder wollen und werden sie auf keinen Fall zulassen.

Greuel im Stargarder Internierungslager.

Die während des Krieges von der Ludendorff-Regierung zur Zwangsarbeit verschleppten Ostjuden, die jahrelang aufs skrupelloseste vonden deutschen Kapitalisten ausgebeutet wurden, befinden sich gegenwärtig in Internierungslagern, wo sie als „lästige Ausländer" der Willkür und Rohheit ihrer Bewachungsmannschaften ausgeliefert sind. Die antisemitische Hetze der nationalen Reaktionäre, die diese verarmten, heimatlosen Menschen als Gesindel und Verbrecher beschimpfte, ist natürlich nicht wirkungslos geblieben.

Die „Jüdische Arbeiterstimme", das Organ der jüdischen sozialistischen Arbeiter, veröffentlicht über die Vorgänge in diesem Musterlager folgenden charakteristischen Bericht:

Vor einigen Tagen brach im Lager Stergard in einer Baracke ein Brand aus. Da die Barackentüren verschlossen waren, wollten die Internierten zum Fenster hinausspringen. Die Wachtposten bedrohten sie daraufhin mit Erschießen. Da inzwischen der Brand einen außerordentlichen Umfang annahm, keinerlei Löschgeräte vorhanden waren, bereits mehrere Personen schwere Brandwunden erlitten hatten, wagten die Unglücklichen doch den Sprung aus dem Fenster. Der sollte ihnen schlecht bekommen. Die ersten, die heraussprangen, — wurden jämmerlich mißhandelt. Anstatt das Feuer zu löschen und den Leuten zu helfen, schlugen die Wachtposten mit Kolben auf die Internierten ein. Das wenige Hab und Gut der Leute, ihre Kleider, Geld, ihre Papiere sind verbrannt. Mehrere Internierte liegen mit schweren Brandwunden im Lazarett. Ein Feldwebel erklärte am folgenden Tage beim Appell, daß bei einem nochmaligen Brande niemand herausspringen würde. „Die Juden sollen ruhig verbrennen!"

Die Greueltaten und Verbrechen der „Ordnungstruppen", die sich täglich mehren, gehören zu dem Kampf, den die Bourgeoisie gegen das Proletariat führt. Auch hier handelt es sich um Arbeiter, besitz- und heimatlose Massen, da ist kein Mittel grausam und gemein genug, sie zu unterdrücken. 200 000 russische Konterrevolutionäre befinden sich in Deutschland, halten Monarchistenkongresse ab, ungehindert von der Regierung der „freiesten Republik".

Der Minister Dominicus hat eine Untersuchung versprochen. Die „Freiheit" hofft auf „positive Erfolge". Auch diese Untersuchung wird nichts zutage fördern. Für das Proletariat Kolbenschläge und Bajonettstiche, da hat kein Richter etwas einzuwenden!

Aus dem Kerker der Republik.

Wie man in der Republik mit den in ihre Klauen geratenen Opfern mörderisch umspringt, kann man täglich an neuen Beispielen erleben. Allmählich wird bekannt, wie man in dem Internierungslager Stargard in Pommern mit den dort untergebrachten Ostjuden Schindluder treibt und dabei allen sadistischen Gelüsten einer vertierten Kriegsverbrecherbande frönt. Die Internierten sind jüdische Arbeiter, die während des Krieges aus den östlichen besetzten Gebieten gemäß der in Belgien angewandten Schandmethoden zwangsweise nach Deutschland verschleppt wurden und hier zwangsweise im Interesse der deutschen Kriegsführung und im Interesse des Kriegskapitals für billiges Geld sich abrackern mußten. Jetzt werden sie von den deutschen Kulturträgern zum Dank eingesperrt, mißhandelt und schlimmer als ein Vieh behandelt. So werden die unter dem Druck der Entente in Leipzig zur Sprache gebrachten und so überaus milde bestraften Kriegsverbrechen noch heute in deutschen Gefangenenlagern aufs niederträchtigste fortgesetzt.

Nach Angabe der sozialistischen „Jüdischen Arbeiterstimme" brach neulich im Lager Stargard in einer Baracke ein Brand aus, bei dem die sich durch Sprung aus dem Fenster rettenden Arbeiter jämmerlich mißhandelt wurden. Anstatt das Feuer zu löschen und den Leuten zu helfen, schlugen die Wachtposten mit Kolben auf die Internierten ein. Mehrere Internierte liegen mit schweren Brandwunden im Lazarett. Ein Feldwebel erklärte am folgenden Tage beim Appell, daß bei einem nochmaligen Brande niemand herausspringen dürfe. „Die Juden sollen ruhig verbrennen!"

Nach dieser verrohten Denk- und Handlungsweise beamteter Hüter der Ordnung entspricht auch das Verfahren, das man überall gegen Proletarier und besonders Kommunisten anzuwenden pflegt. Ihre Leichen liegen zahllos in Deutschland erschlagen und verscharrt. Was von der Sipo und anderen bewaffneten Horden mit der Waffe in der Hand an ihnen begangen wird, das vollendet, falls der Ausgang kein tötlicher ist, die Rachejustiz der weißen Henker im schwarzen Talar.

Wie die weißgardistischen Elemente der Gegenrevolution hausen, das ersieht man ferner aus einem uns zur Verfügung gestellten Protokoll das uns die Organisation für Rechtsschutz in der Heitstedter Mordsache der „standrechtlich" erschossenen Arbeiter Kegel-Pleckert zur Verfügung stellt. Durch die Aussagen völlig unbeteiligter nichtkommunistischer Zeugen kommt die bestialische Ermordung und Verscharrung der beiden völlig unschuldigen Arbeiter völlig klar an den Tag. Aus den Einzelheiten des beweiskräftigen Protokolls sei hier nur die Aeußerung eines Beamten wiedergegeben, der nach echt wilhelminischen Muster frech und gottesfürchtig erklärte, „hier dürfe kein Pardon gegeben werden, ob Weib oder Mann, die müßten alle an die Wand gestellt und niedergeknallt werden"! Ein Polizeibeamter nahm die Frau des Ermordeten fest, riß sie an der Schulter, stieß sie nach vorn und schrie: „Verfluchtes Schweineweib, ein bißchen fix, es ist ja doch euer letzter Gang!" Dabei mußte diese Frau als völlig unschuldig vom Untersuchungsrichter nachher ohne weiteres aus der Haft entlassen werden, die freilich ohne Vernehmung bereits über 14 Tage gedauert hatte.

Arbeiter, wie lange noch wollt Ihr die Mißhandlung und die Schmach des weißen Terrors erdulden? Jagt das verbrecherische Gesindel der gegenrevolutionären Bourgeoisie zum Teufel!

Arbeiter-Zeitung Wien
Morgen-Ausgabe vom 7.11.

* **In einem Internierungslager für Ostjuden.** Der Berliner „Vorwärts" berichtet: Ueberaus skandalöse Zustände herrschen in dem Internierungslager Stargard. Es handelt sich hier um ein Internierungslager ganz eigener Art, weder für Verbrecher noch für Gefangene, sondern für Leute, zu deren Freiheitsberaubung eigentlich gar kein Grund vorliegt. Eine große Anzahl Ostjuden sollte aus Deutschland unter dem Kurse Koch als „lästige Ausländer" ausgewiesen werden. Da aber die Ausweisung wegen der Grenzsperre der östlichen Staaten praktisch unmöglich war, so ist die preußische Regierung dazu geschritten, für diese Ausländer Internierungslager zu errichten. Aber nicht nur, daß man Leute hier zusammenpfercht und ihrer Freiheit beraubt, deren einziges Verbrechen darin besteht, Ausländer zu sein, setzt man sie auch einer skandalösen Behandlung aus. Die „Jüdische Arbeiterstimme", das Organ der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter, veröffentlicht folgende charakteristische Episode: Vor einigen Tagen brach im Lager Stargard in einer Baracke ein Brand aus. Da die Barackentüren verschlossen waren, wollten die Internierten zum Fenster hinausspringen. Die Wachtposten bedrohten sie daraufhin mit Erschießen. Da inzwischen der Brand einen außerordentlichen Umfang annahm, keinerlei Löschgeräte vorhanden waren, bereits mehrere Personen schwere Brandwunden erlitten hatten, wagten die Unglücklichen doch den Sprung aus dem Fenster. Der sollte ihnen aber schlecht bekommen. Die ersten, die heraussprangen, wurden jämmerlich mißhandelt. Anstatt das Feuer zu löschen und den Leuten zu helfen, schlugen die Wachtposten mit Kolben auf die Internierten ein. Das wenige Hab und Gut der Leute, ihre Kleider, Geld, ihre Papiere sind verbrannt. Mehrere Internierte liegen mit schweren Brandwunden im Lazarett. Ein Feldwebel erklärte am folgenden Tage beim Appell, daß bei einem nochmaligen Brande niemand herausspringen würde. „Die Juden sollen ruhig verbrennen." Das sozialdemokratische Blatt verlangt, daß die Regierung sofort eine scharfe Untersuchung dieser Zustände eintreten läßt, die Schuldigen rücksichtslos bestraft und dafür sorgt, daß sofort menschenwürdige Zustände unter der Kontrolle zuverlässiger Personen eintreten, wenn man sich nicht entschließt, das Internierungslager überhaupt aufzuheben. Das wäre um so gerechtfertigter, als es sich bei der Mehrzahl der Internierten um jüdische Arbeiter handelt, die während des Krieges aus Polen u. s. w. zur Zwangsarbeit nach Deutschland — ähnlich wie die Belgier — hereingeschleppt wurden, und die nun noch dafür mißhandelt werden, daß sie während des Krieges als Bürger anderer Staaten für Deutschland arbeiten mußten.

Z. Zt. im Sammellager zu Stargard i/Pom.

Stargard d. 24. Mai 1921.

Eingem. Berlin
Präs. 31. MAI 1921

Echt!

Teure Leider! Habt Ihr ein so
für eure glaubens Leider, Habt Ihr
ein Mitgefühl für eure leidende Leider
so erbarmt euch über Sinn! Ihr
sind ein großes Aergernis ein großes
Aergernis! Leider für alle Lehren
zu einem Falle 18 C. Juden
erneut anfassigen in Berlin seiner
ist da bei der Jahn seit 1868 in
Berlin wohnt ansässig, gut gehendes
Geschäft in Berlin hat eine alte Mutter
von 86 Jahren in Berlin zu ernähren
ist am 12. April aus dem Cafe Achinger
fest genommen worden für nicht
existierender nicht, für anderen sitzen sein
seit 6. Januar in J. U., man Falschaus
Verdacht! Ihr gehen alle so elendlich
zu Grunde Leider ist übergehen die klage
Dem Herrn Dr Klee oder dem Reichstag
abgeordneten Herrn Rechtsanwalt
Dr Oskar Cohn man soll klagt gegen
etwas antisemitischen zu machen
Jude ist wird für fest Inhaltlos zu
gestalt in einem freien Staat
Gesetz endlich zu Grunde, Lieben
Leiden Leider Gott sein! Heraus
aus dem Joch der preußischen Schutzstaffel
der preußischen Knechtschaft!

[illegible] [illegible]

[illegible]

eine Parole für das ganze Volk
was nann uns fürbaß!
Frieden! gedenket an unseren Leiden
Kommet fürwahr! stillet unser
elend mit an! für alle Gefan
gen auf dem Hilfe & erbarmen
heit aus dem preußischen
Regierden! aus dem preußischen
Elend Erlösung von Unglück!!
im Namen allergefangenen & im
Auftrage gehorsamst ganz Ergebenst
Sicher Montag
Z.Z. in Sargard i/P.
im Sammellager
Baracke 10. im Lazarett

Dem Arbeiter-Fürsorge zur gefälligen weiteren Veranlassung ergebenst übersandt.

Berlin, den 2ten Mai 1921.

Vorstand der städtischen Gemeinde.

Schriftlich. unter Anlagen

Amt für Ausgleichsstelle 17

J. V.

Dr Meisl

יודען בני רחמנים !

האט איהר שוין באמת פערגעסען אין אייערע אינטערנירטע ברודער אין שטארגארד ? וואס ליידען צרות און הונגער זייט אייניגע וואכען.

וויא קענט איהר שווייגען און רוהיג זיטצען ווען געגען אייער אייגען פלייש און בלוט ווירד אנגעווענדעט פערשיעדענע מערטירערייען און ענוים, וואס איז נישט געהערט געווארען אין די אלטע „שפאנישע אונקוויזיציע".

ברודער! די קינדער פון אברהם יצחק ויעקב ווי זענין אייערע רחמנות'דיגע געפיהלע ?

יודען! האלט דאס נישט פיר אקלייניגקייט, אונד ערלעזט אונז פון די שטארגארדער צרות און פיין.

אלטע און יונגע! טהוט וואס אין אייער כח איזט, זייט מקיים אין אונז די מצוה פון פדיון שבוים, פערגעסט נישט דאס אלטע העברעאישע שפריכווארט „לא חרב וחנית, אך רצון אדיר" נישט קיין שווערד און שפיז העלפט נור דער אייזערנער רצון, אין דאס פערלאנגען וויר פון אייך

מאכט אסיפות און פערזאמלונגען, רעטעט אייערע הונדערטע ברודער

בעפרייט אונז פון אונזער שמאכט און עלענד פון דעם שטארגארדער לאגער.

די אינטערנירטע ליידענדע יודען

אין שטארגארד.

B E R I C H T

über die Zustände im Internierungslager S t a r g a r d.

Meine Reise nach Stargard hatte den Zweck, festzustellen, wie weit die in der Oeffentlichkeit kursierenden Gerüchte über schlechte, ja grausame Behandlung der Internierten richtig sind. Was ich in Stargard von fast allen Internierten, sowohl jüdischen und christlichen über die Art der Behandlung gehört habe, ist selbst dann, wenn man die begreifliche Uebertreibung der Internierten in betracht zieht, derart unerhört, dass es fast unmöglich erscheint, dass derartige Zustände heute noch existieren.

I. Die Behandlung im Allgemeinen.

Die Belegschaft des Lagers betrug am 28.5.21. ungefähr 192 Personen in den Baracken und ca. 60 im Lazarett, davon eine überwiegend grosse Zahl jüdischer Internierter, von denen nur eine kleine Minderheit vorbestraft war. Das Wohl und Wehe dieser Internierten ist den jeweiligen Wachposten überliefert. Die nun entweder der Meinung sind, dass die Internierten allesamt Verbrecher und Schieber sind oder bereits jedes Gefühl für die Behandlung der ihnen anvertrauten Internierten verloren haben. Schimpfworte und Beleidigungen gemeinster Natur gelten in der Regel als Anruf. Bei der geringsten Gelegenheit wird man gestossen verprügelt, sehr oft mit dem Gewehrkolben arg misshandelt. Ich werde am Schluss des Berichtes einige Tatsachen anführen, deren Zahl sich jedoch beliebig verlängern lässt. Die kleinsten Vergehen werden mit Arrest - strafen bestraft und als Vergehen wird schon jedes Beschwerde über ungerechte Behandlung angesehen. Das Lagergericht, das offenbar dazu bestimmt, ist um Beschwerden und begangene Unrecht an den Internierten zu untersuchen, schenken in der Regel den Wachsoldaten mehr Glauben, als einer beliebigen Zahl Internierten und selbst als es einmal gelungen

war, das Gericht vom Unrecht dreier Wachsoldaten zu überzeugen und versprochen wurde, diese zu entlassen, tauchten sie doch nach wenigen Tagen schon als Wachthabende wieder auf, mit dem Erfolg, dass die Internierten noch mehr schikaniert wurden, als bisher. Die Post der Internierten ist offenbar einer strengen Zensur ganz besonders scheinen Briefe, die nach dem Auslande gehen unterschlagen oder zurückgehalten zu werden, ohne dass man jedoch den Internierten davon Mitteilung macht. Mit Rückicht darauf, dass es gerade die Briefe nach dem Ausland sind, die für die Internierten von grösster Wichtigkeit sind, da es sich um Gesuche um Geld und Einreisepapiere oder Besorgung von Pässen handelt, ist das Zurückhalten solcher Briefe geradezu unerhört. Als Beweis für die Richtigkeit meiner Annahme möchte folgendes anführen:

Der Internierte Fingermann, dessen Eltern in Amerika leben, erhält von denselben regelmässig Briefe und Geld. Doch in jedem Brief verlangen die Eltern eine Bestätigung über den Empfang des Geldes und daraufhin behaupten nur einen Brief von ihrem Sohn erhalten zu haben. Dabei erklärt Fingermann, dass er mindest einmal wöchentlich seinen Eltern schreibt. In ihrer Ratlosigkeit haben sich die Eltern an einen Herrn namens Weinberg in Frankfurt a/M. gewandt und dieser hat erst durch das Arbeiterfürsorgeamt den Eltern vom Befinden ihres Sohnes Mitteilung machen können.

Trotz der warmen Jahreszeit würden die Internierten um 8 Uhr abends in die Baracke eingesperrt, die sie nicht mehr verlassen dürfen. Wer später seine Notdurft verrichten muss, muss erst beim Wachtposten um die Erlaubnis bitten. Dabei folgt gewöhnlich Gemeinheit und Beleidigung des Internierten durch den Wachtposten und es sind Fälle vorgekommen, in denen der Wachtposten erklärt hat, er lässt überhaupt nicht heraus. Aber auch während des Tages sind die Internierten genötigt sich trotz der schlechten Luft in der Baracke aufzuhalten, da es infolge des Fehlens von Sitzgelegenheiten im Hof unmöglich ist, sich dort bei brennender Sonnenhitze stehend aufzuhalten.

Klagen über die Verpflegung sind ganz allgemein. Der grösste Teil der Internierten ist nicht in der Lage, sich durch die Kantine selbst zu versorgen und wer nur auf das Essen, dass er im Lager erhält, angewiesen ist, der hungert ununterbrochen. Da das Essen oft ungenießbar und zu wenig ist. Die Ration von 250 gr. Brot, die man täglich erhält, ist meist

schimmlig und ~~ungenießbar~~ steinhart. Die Suppe die man erhält, ist ~~meist~~ nichts anderes, als Wasser mit etwas Reise oder Bohnen, schmutzig und schlecht zubereitet. Fleisch hat es während der ganzen Zeit überhaupt nicht gegeben.

Die Wachtposten richten sich überhaupt nicht nach den Vorschriften (wenn solche überhaupt bestehen) und tün was ihnen passt. Als am Pfinstsonntag einige Internierte aus dem Lager entsprungen sind, hat der Wachtposten ohne Verfügung des Lagerdirektors am Pfingstmontag um zwölf Uhr Mittags die Baracke bis nächsten Morgen abgesperrt und niemanden die Erlaubnis erteilt, die Baracke zu verlassen. Wenn man bedenkt, das in einer niedrigen Baracke, in der die Betten übereinanderstehen, achtzig Personen wohnen und wo infolgedessen die Luft ohnehin schlecht ist, eine solche Massnahme an einem warmen Sommertag durchgeführt, als eine geradezu unerhörte Turtur der Internierten anzusehen, deren Gesundheit dabei unbedingt ernsten Schaden nehmen muss.

II. Der Barackenbrand.

In der Nacht vom 25.5. bis 26.5. brach ausunbekannten Gründen in der Baracke 8 Feuer aus. Als die Internierten dies bemerkten und sich daudrch retten wollten, dass sie aus dem Fenster sprangen, wurden sie von der Wache daran gehindert, mit Erschiessen bedroht und der Wachtposten erklärte von ihm aus bleiben die Internierten solange bis sie zusammen mit der Baracke verbrennen. Die ersten, die trotz der Drohung mit dem Erschiessen bedroht wurden, die Internierten Meier Berger und Josef Bloch wurden von sämtlichen Wachposten derart misshandelt, dass sie zusammenstürzten. und Inzwischen retteten sich auch die anderen Internierten aus den Fenstern und nach wenigen Minuten war die Baracke vollständig niedergebrannt, an dem Ort wo sie standen sind heute nur noch einige Ziegelsteine zu sehen. Infolge des unerhörten Vorgehens der Wache, die eine Rettung aus dem Feuer verhinderte, wurden die Habseligkeiten der Internierten einer Raub der Flammen, sehr viele haben dabei ihre sämtlichen Kleider, Wäsche und Geldbeträge eingebüsst, was jedoch am schmerzlichsten ist, dass viele ihre Heimatsdokumente in der Baracke hatten, auf Grund derer sie früher oder später ihre Heimatspässe und damit auch ihre Freilassung bewirkt hatten, verloren haben, was als ein geradezu ungeheurer

Schaden für die Leute angesehen . Charakteristisch für die Zustände in diesem Lager ist, dass in den Holzbaracken keinerlei Löschvorrichtung, ja auch kein Wasser vorhanden ist. Nach der übereinstimmenden Aussage sämtlicher Internierten hätten 2 oder 3 Kübel Wasser genügt, um die Ausbreitung des Feuers zu verhindern. Trotzdem bereits drei Tage seit dem Brand verstrichen sind, hat die Lagerdirektion noch nicht einmal eine Liste der durch den Brand an ihrem Eigentum geschädigten Internierten zusammengestellt. Schwere Brandwunden erlitt der christliche Interniert Julius Czerwinski, leichten Grades der jüdische Interniert Bacher Montag, beide befinden sich z.Zt. im Lazarett.

Am Morgen nach dem Brand, als die Internierten zum Appell antraten, erklärte der Wachthabende Feldwebel " wartet nur ihr jüdischen Schieber wenn ich beim nächsten Brand dabei bin, lasse ich keinen von euch aus der Baracke" "ich verbrenne die Baracke, so müsst ihr mitverbrennen" dies die Verfassung der Leute, denen man das Schicksal hunderter von Menschen überlässt..

III. Misshandlungen.

1. Meier B e r g e r wurde während und nach des Brandes mit einem Gewehrkolben derart misshandelt, dass der Gewehrkolben entzwei brach.

2. Der Interniert Chenziewski, der in Weinen ausbrach, als man einen anderen Internierten misshandelte, wurde nur deshalb arg verprügelt.

3. Der Interniert Josef B l o c h, der während des Brandes als erster aus dem Fenster sprang, wurde derart misshandelt, dass er zusammenbrach.

4. Hermann S c h a p i r a, 36 Jahre alt wurde grundlos von zwei Wachsoldaten derart misshandelt, dass man ihn ins Lazarett bringen musste, die Soldaten erklärten, den sie befragenden Arzt, dass Schapira aus dem Bett gefallen sei. Trotzdem er noch krank war, wurde er aus dem Lazarett entlassen, wieder misshandelt und für 3 Tage im Arrest eingesperrt.

5. Josef E i c h e n s t e i n befragte den Posten am Pfingstmontag, weshalb man ihnen dies Unrecht tue und die Baracke schliesse

für die Frage Wunddeer misshandelt. Nach dem Appell wollte er Wasser holen der Wachtposten erklärte, der Eimer sei schmutzig und nachdem Eichenstein den Eimer eine Stunde lang gescheuert hatte, wurde er von zwei Soldaten zum Arrest heruntergeführt und dort arg misshandelt.

6. D i a m a n t, Salomon trug bei der Einlieferung ins Lager einen guten Anzug. Als er zum Kartofeltragen beordert wurde, hat er den Wachtposten um Lagerkleidung ersucht, diese wurde ihm nicht gegeben, hingegen wurde er misshandelt.

Diese Liste könnte, wie schon oben bemerkt nach Belieben vergrössert werden, derart häufig sind die Misshandlungen.

IV. Wer interniert wird.

Zum Schlusse soll noch eine Tatsache erwähnt werden, die charakteristisch ist, dafür wer interniert wird. Im Lager befindet sich ein Mann namens Isaak Jakob Pinke. Er ist 54 Jahr alt und in Grodno geboren. Pinke ist offenbar geistesgestört oder minderwertig. Trotz aller Mühe, mich mit ihm zu verständigen, konnte ich nur herausbekommen, dass er seit 3 ½ Jahren in Deutschland lebt, die ganze Zeit in Bonn a/Rh. gearbeitet hat, vor ungefähr 14 Tagen nach Berlin gekommen ist. Wie und weshalb er nach Stargard gekommen ist, weiss der Mann überhaupt nicht. Es bestehen hier nun zwei Möglichkeiten, erstens, dass der Mann im polizeipräsidium Berlin, wo er offenbar eingesperrt war, derart behandelt wurde dass er den Verstand verlor, oder dass er an sich geistig minderwertig ist, dann gehört er aber in eine Irrenanstalt und keineswegs in ein Internierungslager. Allenfalls halte ich es für ausgeschlossen, dass irgend ein deutsch sprechender Beamter sich mit diesem Mann nur im geringsten hat verständigen können.

Schlussbemerkung.

Neben den jüdischen Internierten befinden sich auch eine grössere Zahl christlicher Internierter und auch diese beklagen sich über die Art der Behandlung und bitten dringend, man möge der Oeffentlichkeit von den Zuständen im Lager berichten, denn alle Briefe, die sie an die konsularische Vertretung ihrer Heimatsstaaten gesandt haben, blieben unbeantwortet, es besteht deshalb die begründete Vermutung, dass diese Briefe oder die Antwort von der Lagerverwaltung zurückgehalten werden.

Eine jüdische Arbeiterkonferenz in Deutschland.

Das jüdische Leben im Osten ist zerstört und vernichtet. Der Krieg und die Pogrome die er in seinem Gefolge hatte, machen es den jüdischen Massen schwer, oft unmöglich, ihre vernichteten Existenzen wieder aufzubauen. Die Folge dieser ökonomischen Vernichtung ist eine selbst im jüdischen Leben noch nie gesehene Auswanderung nach den Ländern jenseits des Ozeans. ~~Am Wege der jüdischen Durchwanderung~~ Deutschland leigt am Wege der jüdischen Durchwanderung und wohl für lange Zeit werden jüdische Arbeiter gezwungen sein, hier zu leben. Doch nicht alle sind aus eigenem freien Willen über die Grenze gekommen. Der grösste Teil , der in Deutschland lebenden jüdischen Arbeiter wurde von der deutschen Soldateska während des Krieges aus Polen nach Deutschland gebracht, um die im Felde stehenden deutschen Arbeiter bei der Munitionserzeugung zu ersetzen. Heute sind sie unangenehme Zeugen einer längst vergangenen Zeit. Das "neue " Deutschland, das so oft verkünden lässt, es sei anders und besser als das Deutschland der Hohenzollern- scheinte sich zur Pflicht gemacht zu haben, den wehrlosen jüdischen Arbeitern zu beweisen dass zwischen dem alten und neuem Deutschland kein wesentlicher Unterschied besteht- wenn es sich darum handelt, armen und verfolgten Menschen das Recht auf Arbeit zu nehmen und sie dem Hungertode auszusetzen. Wir haben schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, wie man die jüdische Arbeiter erst von ihrer Arbeit fernhält, um sie dann wegen Arbeitslosigkeit ausweisen zu können. ~~Heute ist man mit Ausnei-~~

Die erzwungene Arbeitslosigkeit auf der einen Seite , die Unmöglichkeit der Rückkehr nach Polen oder Rssland auf der anderen Seite bringt jüdische Arbeiterschaftm in eine unerhörte katastrophale Lage. Vor ihr steht das Problem des Schutzes für jene die in Arbeit stehen, Arbeitsbeschaffung und soziale Hilfe für jene die Arbeit suchen und in Not leben, Schutz gegen reaktionäre Massnahmen für alle jüdische Arbeiter in Deutschland.

Wer soll diese Aufgabe erfüllen ?

In ihrem Kampfe um das Recht auf Leben undArbeit steht die jüdische Arbeiterschaft allein.

Das jüdische Bürgertum in Deutschland , das reiche und das reichgewordene hat kein Interesse für jüdische Fragen, jüdische Probleme bestehen für sie nicht oder nur so weit als dass sie sich bemühen, den Beweis zu erbringen, dass sie nichts anderes als "Deutsche Staatsbürger Jüdischen Glaubens "sind, die mit den Schnorrern aus dem Osten nichts gemein haben. Dort wo sich das jüdische Bürgertum zuweilen doch herbeilässt, einige lumpige tausend Mark zur Linderung der ungeheuren Not der jüdischen Arbeiter zu geben, geschieht es nur deshalb , um die deutsche Oeffentlichkeit nicht allzu viel von der Armut undNot der jüdischen Arbeiterschaft merken zu lassen. Dort aber, wo das jüdische Bürgertum zusammen mit den jüdischen Arbeitern die jüdischen Hilfsgelder aus Amerika verwaltet, verhindert sie es jede grosszügige soziale und produktive Hilfe und ist immer bestrebt, die geschaffenen Institutionen zu Instrumenten bügerlicher Wohltätigkeit zu machen, wo der jüdische Arbeiter zum Almosenempfänger wird. Wenn es im

letzten Jahre doch noch gelungen ist, da unddort einige Verbesserungen zu schaffen und Verständnis für die Tiefe der hier vorhandenen Probleme zu wecken, so ist dies nur dem unermüdlichen und schwerem Kampfe der Arbeitervertreter in den Hilfsorganisationen zuzuschreiben.

Vom jüdischen Bürgertum möge es assimilatorisch sein, oder sich national nennen, kann und wird die jüdische Arbeiterschaft in ihrem Existenzkampf keine Hilfe erhalten.

Der natürliche Instinkt der jüdischen Arbeiterschaft , ihre sozialistische Erziehung, die sie genossen hat, weist ihre einen natürlichen Verbündeter-das deutsche Proletariat. Hier könnte Verständnis geweckt und Unterstützung gefunden werden. Denn wir zweifeln nicht einen Augenblick, dass der klassenbewusste deutsche Arbeiter auch dem jüdischen Arbeiter gegenüber Solidarität beweisen wird, dass die sozialistischen Parteien des deutschen Proletariats die mächtigen deutschen Gewerkschaften berufen und verpflichtet sind, der jüdischen Arbeiterschaft beizustehen und in ihrem Kampfe zu unterstützen. Es ist dies auch jetzt schon geschehen, doch noch immer nicht in dem Masse , als es notwendig erscheint, um der jüdisch n Arbeiterschaft die primitivsten Rechte zu sichern.

An der jüdischen Arbeiterschaft liegt es , das deutsche Proletariat über ihre Leiden aufzuklären und es aufzufordern, ihr beizustehen. Wer soll d ese Arbeit leisten ?

Die jüdische Arbeiterschaft war infolge der fortwährenden Verfolgungen seitens der deutschen Regierungen und ihren subalternen Polizeibeamten nicht in der Lage eine eigene starke Bewegung zu schaffen,

die berechtigt wäre, im Namen der gesamten jüdischen Arbeiterschaft zu sprechen und ihre Interessen zu vertreten. Die vielfältigen Richtungen und Bestrebungen der aus der alten Heimat mitgebrachten Parteiegoismus hat das seinigedazu getan, um die schwachen Ansätze, die da und dort für eine solche Bewegung vorhanden waren, zu vernichten. Die Not der Stunde, die heute für die jüdische Arbeiterschaft in Deutschland grösser denn je ist, zwingt nun die jüdischen Arbeiter dazu, sich enger zusamm zu schliessen, zu erkennen, dass es falsch ist, auch in Deutschland durch Bildung von Parteien und Grüppchen die Selbsthilfe der jüdischen Arbeiterschaft zu erschweren, denn Selbsthilfe nur allein ist der Weg, um die Lage zu erleichtern, die Not zu bekämpfen.

Als erster Schritt auf dem Wege zur Selbsthilfe müsste eine Konferenz aller jüdischen Arbeiter in Deutschland unabhängig von ihrer Parteirichtung einberufen werden. Bei dieser sollen die Probleme erörtert und die Wege zur Lösung gesucht werden. Eine Vertretung der jüdischen Arbeiter nach aussen hin muss geschaffen werden, mit dem Recht, im Namen dergesamten jüdischn Arbeiterschaft sprechen zu dürfen.

Die Konferenz soll nicht die Parteien und Organisationen, die bestehen, ersetzen oder überflüssig machen. Sie soll lediglich jene ökonomische und politische Aufgaben behandeln, an denen die ganze jüdische Arbeiterschaft interessiert ist. Ueber ihre Realisierung im nächsten Artikel.

Eine jüdische Landarbeiterversammlung.

Am 21.August fand in der Uckermark die erste jüdische Landarbeiterversammlung statt,die von Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands und vom Jüdischen Arbeitsamt einberufen worden war.Sicherlich die erste derartige Veranstaltung in Deutschland.Obwohl infolge technischer Schwierigkeiten der Besuch nicht so zahlreich war als angenommen wurde,so waren doch Vertreter von auf 10-15 Gütern beschäftigten Arbeitern anwesend. Es wurde festgestellt,dass in der Uckermark mehrere 400 jüdische Landarbeiter seit längerer Zeit arbeiten.Es ist das erste Mal,dass von den genannten Organisationen ein solcher Versuch in Deutschland gemacht wurde und man kann sagen,dass damit ein ebenso interessanter wie in jeden Interesse nützliches Unternehmen begonnen worden ist.Bedenkt man,dass nach einer Mitteilung des »Arbeitsnachweises für Deutschland« in der Mark Brandenburg von über 30000 angeforderten ausländischen Landarbeitern nur ungefähr 20000 eingetroffen sind,so lässt sich feststellen,dass auf vielen Gütern die Ernte nur mit Hilfe der jüdischen Arbeiter eingebracht werden konnte.Fast auf allen Gütern lauten die Urteile überdie Leistungen der jüdischen Arbeiter recht befriedigend,wenn es sich natürlich auch in Anfang bemerkbar machte,dass die Leute zum ersten Male in die Landarbeit gegangen waren. Wären auf sehr vielen dagegen nicht sowohl Behandlung wie Unterkunft in vieler Beziehung unter dem,was Menschen sich im Allgemeinen bieten lassen können,~~so schwer~~,so wären die Aussichten,in Deutschland durch Landarbeit vielen ostjüdischen Einwanderern auf Jahre hinaus zu einer Existenz zu verhelfen noch viel besser.Unter diesen Umständen kann die Landarbeit für die ostjüdischen Einwanderer,solange sie in Deutschland sind,nur eine Durchgangsarbeit von längerer Dauer bedeuten,die grade diejenigen unter ihnen,die unter den bisherigen sozialen Verhältnissen nicht in der Lage waren,ein Fach zu erlernen, Gelegenheit gibt für ihre spätere Zukunft Grundlage zu legen.Bekanntlich dürfen z.B.nach Kanada nur solche Leute einwandern,die als Landarbeiter zu bezeichnen sind.Die Versammlung

der Gründung eines jüdischen Landarbeiterverbandes näher zu treten und die genannten beiden jüdischen Organisationen mit der Durchführung der Vorbereitung für die Winterarbeit zu betrauen. Einer der Landarbeiter bezeichnete es als eine denkwürdige Tat, dass zum ersten Mal jüdische Landarbeiter in Deutschland sich zusammenfänden, um sich zu organisieren und dass ein neues Gebiet produktiver Arbeit sich den jüdischen Massen erschlossen habe. So kann auch dieser unter der Not der Verhältnisse vom Jüdischen Arbeitsamt zunächst sehr zögernd begangene Weg als ein unter allen Umständen nützlicher und fruchtbringender bezeichnet werden.
Es wird notwendig sein, falls im nächsten Frühjahr noch die Notwendigkeit besteht, schon frühzeitig auf Grund der Erfahrungen dieses Jahres mit der Organisierung und der Landarbeit zu beginnen unter Vermeidung der in diesem Jahre notwendigerweise begangenen Fehler.
Jüdische Landarbeiter sollen ihre Adresse dem Jüdischen Arbeitsamt, Auguststr.17 mitteilen!

אַ קורצער בעריכט װעגן דער מזרח-יודישער אײנװאנדערונג קײן דײטשלאנד און דער טעטיגקײט פון א ר ב ײ ט ע ר-פ ע ר ז אָ ר ג ו נ ג ס - א מ ט .

דער גרויסער װאנדער-שטרום, װעלכער האָט זיך שוין אָנגעהויבן בעת דער מלחמה און בעזונדערס נאָך דער מלחמה, האָט אויך ארײנגעבראכט קײן דײטשלאנד אנ'ערך 200,000 מזרח-יודען. די מזרח-יודישע ארײנװאנ- דערונג האָט אזוי װי אין אלע לענדער, זיך אונגעשטויסען אויף זעהר שטארקע װידערשטאנדען מצד דער הײמישער בעפעלקערונג און אָפט אויך מצד דער הײמישער יודישער בעפעלקערונג. ס'איז אָבער אין דײטשלאנד געלונגען צוזאמענצושליסען די יודישע עפענטליכקײט און צוזאמענצוברינגען די אײנהײטליכע שריט. אלע גרויסע יודישע אָרגאניזאציעס פון דײטשלאנד און די גרעסטע יודישע געמײנדע פון דײטשלאנד, די יודישע גמײנדע פון בערלין זענען זיך צונויפגעקומען און האָבען געגרינדעט דאָס ארבײטער-פערזאָר- גונגס-אמט פון די יודישע אָרגאניזאציעס אין דײטשלאנד. א דאנק דער דאָזיגער צוזאמענשליסונג פון אלע יודישע כחות איז עס געלונגען, צו געװאונען א פאָליטישע שטארקע פאָזיציע און שטענדיג צו בעאײנפלוסען דאָס רעגולירען די מזרח-יודען פראגע, װעלכע איז ענטשטאנען אין דײטשלאנד דורך דער ארײנװאנדערונג. דאָס ארבײטער-פערזאָרגונגס-אמט איז שטענדיג אנערקענט געװאָרען מצד דער רעגירונג אלס א האלב אָפיציעלע שטעל און האָט בעקומען צום טײל זעהר ברײטע פולמאכטען. אזוי צ.ב. איז דער דיפּלאָמאטיש-פאָליטישער טעטיגקײט פון אבײטער=פערזאָרגונגס-אמט געלונגען צו דערגרײכען דאָס לעגיטימירען א גרויסען טײל פון די מזרח- יודישע הײמלאָזע, װעלכע זענען אָן גענוגענדע אויסװײז-פאפּירען געקומען קײן דײטשלאנד. אויף דער פאָדערונג פון ארבײטער-פערזאָרגונגס-אמט בעקומען די ארײנגעװאנדערטע, אויב זײ קענען נישט בעקומען קײן הײמישע פעסער, אויסגעשטעלט דײטשע לעגיטימאציע=פאפּירען. בײם ארויסשיקען װערט שטענדיג אויסגעהערט די מײנונג פון ארבײטער-פערזאָרגונגס=אמט, אזוי, אז מ'האָט דאָ צו טון מיט א אינסטאנץ, װעלכע קען גענוי דעם מצב פון די יודישע הײמלאָזע און יודישע ארײנװאנדערער און איז שטענדיג בכח צו

שטערן דאָס אנגעענדען שטרענגקייטען. אויסערדעם שטעהט דאָס ארבייטער-פערזאָרגונגס-אמט אין ענגסטער פערבינדונג מיט די קאָנסולאטען פון די פערשידענע מזרח-מלוכות און בעזאָרגט, ווי ס'איז נאָר מעגליך, די נויטיגע הײמאט-פאפירען, וועלכע זיינען נויטיג אויף אויסצושטעלען א פאס. אין זיין ארויס- און צוריקוואנדערונג-אבטײלונג ווערט איבערגענומען דאָס בעזאָרגען וויזעס. לויט דער צאָהל פון דער קאָנסולאריש-טיפלאָמאטישער טעטיגקייט פון ארבייטער-פערזאָרגונגס-אמט בעקומט מען אזא בילד:
אין פערלויף פון יאָהר לויט א סטאטיסטיק האָבען אנ'ערך 65,000 געווענדעט אין ביוראָ פון ארבייטער-פערזאָרגונגס-אמט אין בערלין. ביי אנ'ערך 11,000 בעהאנדעלטע ארויסשיקונגס-בעפעהלען איז געלונגען אין איבער 90 פראָצענט פון די פאלען צו שטערען דאָס ארויסשיקען, אין דער גרויסער צאהל פון פון די איבריגע פאלען איז דעם בעטרעפענדעם דורך דער פערמיטלונג פון ארבייטער-פערזאָרגונגס-אמט געגעבען געוואָרען די געלעגענהייט צו עמיגרירען און ס'איז געשאפט געוואָרען דאָס נויטיגע וויזום. אין 12,380 פאלען זיינען בעזאָרגט געוואָרען דייטשע לעגיטימאציע-פאפירען, און אין איבער 5000 פאלען א אויסלאנדס-פאס (הײמאטס-פאס).

אויסער דער דאָזיגער קאָנסולאריש-דיפלאָמאטיש-פאָליטישער טעטיגקייט האָט דאָס ארבייטער-פערזאָרגונגס-אמט איבערגענומען אין א ברייטען מאסשטאב די סאָציאלע פערזאָרגונג. אזא פערזאָרגונג איז דעריבער געווען אויסערגעוועהנליך נויטיג, ווייל דער גרעסטער טייל פון די הײמלאָזע איז געקומען קיין בערלין פאָלשטענדיג אָן מיטלען און איז אויפ'ן וועג אהער אויסגערויבט געוואָרען פון גרעניץ-שמוגלער. פאר דער לייטונג פון דער ארבייטער-פערזאָרגונגס-אמט -דער פערשטאָרבענער פריץ מרדכי קויפמאן איז געווען דער גענעראל-סעקרעטאר פון אמט- איז פון אָנהויב אָן געווען קלאָר, אז פאר די אסך טויזענטער פון הײמאטלאָזע וועט נישט בלויז געניג זיין א ריין פילאנטראָפּישע הילף. מ'האָט אָנגעהויבען מיט אלע מיטלען צו שאפען פראָדוקטיווע הילף דורכ'ן שאפען ארבייט. דער ערפאָלג פון דער דאָזיגער פראָדוקטיווער הילף צום ערשטען מאָל אין גרויסען סטיל, דורכ'ן שאפען ארבייט איז געווען אויסערגעוועהנליך גרויס. פון אנ'ערך 55-60 טויזענט נייע ארייגעוואנדערטע מזרח-יודען אנ'ערך 90 פראָצ. פון זיי בעקומען ארבייט

אין דער אינדוסטריע און דורך מלאכה. אויך דאָ זענען נויטהענדיג געווען שווערע, כסדרדיגע פּאָליטישע אונטערהאנדלונגען מיט די פערשידענע רעגירונגס-אינסטאנצען, כדי בכלל צו בעקומען די מעגליכקייט אויף צו בעשעפטיגען די מזרח-יודישע ארבייטער, און כדי פאר זיי צו שאפען א לעגאלע ארבייט. די דאָזיגע אונטערהאנדלונגען זענען דערמיט אויסערגעווענליך דערלייכטערט געוואָרען, וואָס דאָס ארבייטער-פערזאָרגונגס-אמט איז געווען בכח, אנצוווייזען אויף פּאָזיטיווע לייסטונגען אין זיין סאָציאלער פּאָליטיק און אונטערשטיצונג. די היימלאָזע זענען פון די גרויסע שטעדט, וואו זיי האָבען זיך צונויפגעזאמעלט, און ווי דאָס שאפען ארבייט איז אָפט שווער געווען, ארויסגעפיהרט געוואָרען און זיי זענען פערטיילט געוואָרען אויף ארבייט אין דער אינדוסטרי און בעל-מלאכה אין קליינע שטעדט. אויף דער אנדערער זייט זענען אין ברענפּונקטען פון מזרח-יודישען לעבען אין דייטשלאנד איינגעאָרדנעט געוואָרען ארבייטער-פערזאָרגונגס-שטעלען, וועלכע האָבען איבערגענומען פאר זייער בעצירק אלע אויפגאבען פון ארבייטער-פערזאָרגונגס-אמט אין בערלין (די צענטראלע). צו די דאָזיגע אויפגאבען געהערט און ס'געהערט אין א גרויסען מאסשטאב די סאָציאלע פערזאָרגונג דורך שאפען לאָקאלען, דורך שאפען ארבייטסקליידונג, א כסדרדיגע סאָציאלע פערזאָרגונג בעזונדערס פאר פאמיליעס, סאניטארע פערזאָרגונג דורך בעהאנדלען אין שפיטאלען א.אז.וו. געבען רייזעגעלד אויף צו פאָהרן אין דער ארבייטסשטאדט און ארויסגעבען פּראָדוקטיווע הלואות געגנאָסענשאפטען און איינצעלנער פערזאָנען. די דאָזיגע טעטיגקייט, וועגען וועלכער ס'געבען א געניגען פערמעט=דה בעגריף די אונטערשטעהענדע ציפערן, האָט זעלבסט-פערשטענדליך געפאָדערט אויסערגעוועהנליכע בעדייטענדע סומעס געלד. די דאָזיגע ציפערן בעציהען זיך אויף די צענטראלע אין בערלין, וועלכע האָט געעפענט אין אָקטאָבער 1920 א היים פאר היימלאָזע, וועלכע איז מצד זאך-קענער אנערקענט געוואָרען פאר די בעסטע פון די מינים אין מזרח-און מערב-איראָפּא. אין דער היים פאר היימלאָזע אויף דער וויזענשטראסע זענען פון אָקטאָבער 1920 ביז צום 31 מאי 1921 אויפגענומען געוואָרען איבער 80,000 פערזאָנען, און אין משך פון 1.1/2 יאָהר; זענען יעדען חודש אין בערלין גופא ארויסגעגעבען געוואָרען דורכשניטליך 20,000 מיטאָגען, איבער

7000# פריהשטיקן און 6500 אװענד-מאָלצײַטן. דערפון אַלײן קען מען זיך מאַכן אַ בילד, װאָס פאַר אַ בעדײַטענדע מיטלען ס'זענען דערצו/ נויטיג געװען, כדי צו פינאַנסירן די דאָזיגע מאַסן-פערזאָרגונג. מ'דאַרף דערבײַ װיסן, אַז דיזעלבע צאָהל געלדמיטלען זענען אויך נויטיג געװען פאַר פאַר די 18 פראָװינץ-שטעלען פון אַרבײַטער-פערזאָרגונגס-אַמט אין דײַטשלאַנד. דאָס דײַטשע יודענטום האָט נישט צוגעטראָגן די דאָזיגע געהעלדיגע מיטלען און האָט זיך לכח - אַפּס הפחות נישט געקאָנט צונויפזאַמלען, אין אַ צײַט װען אַ צאָהלרײַכע דײַטש-יודישע אינסטיטוציעס האָבן געמוזט צוליב'ן מאַנגעל אין מיטלען אָבשטעלען זײער טעטיגקײַט.

דאָס אַרבײַטער-פערזאָרגונגס-אַמט האָט אַלס פערטרעטערין פון אַמעריקער „דזשאָינט דיסטריביושן קאָמיטעט" פון מײַ 1920 ביז צום 30 יוני ד.י. בעקומען אַ חודש'דיגע סובװענציע פון אַנ'ערך 5000 דאָלאַר, צום סוף האָט זי װעניגער בעקומען. די דאָזיגע סובװענציע פון אַנ'ערך 70000 דאָלאַר, װאָס בעטרעפט לויט דער דײַטשער װאַלוטאַ אַנ'ערך 4,1/2 מיליאָן מאַרק, איז װי דער דירעקטאָר פון „דזשאָינט" __פעליקס װאַרבורג__ האָט זיך אויסגעדרוקט װעגען אַ בעזונדערער אַנערקענונג פון פאַרדינסט פון אַרבײַטער-פערזאָרגונגס-אַמט, בענוצט געװאָרן אין אַ פּראָדוקטיװען אופן לטובת די מזרח-יודישע הײמלאָזע. אויסערדעם האָבן אויך די דײַטשע יודען, און דאָס מוז געזאָגט װערען, געגעבען בעדײַטענדע סומען געלדער, אַלץ צוזאַמען בעטרעפט נישט אַ סך װעניגער װי 3 - 3 1/2 מיליאָן מאַרק פאַר גאַנץ דײַטשלאַנד. די סובװענציע פון „דזשאָינט" איז זײַט דעם 30 יוני אָפּגעשטעלט געװאָרען. ס'איז נישט פאַרהאַן קײן צװײפעל, אַז דאָס דײַטשע יודענטום איז גרײט, צו ברינגען פאַר'ן מזרח-יודישען הילפס-װערק גרעסערע קרבנות װי ביז איצט. די אַקציעס אין דער דאָזיגער ריכטונג, װאָס װערען אונטערגענומען מצד דעם אַרבײַטער-פערזאָרגונגס-אַמט בעזונדערס בײַ די געמײנדעס און בײַ פּריװאַטע פערזאָנען געבען האָפנונגען אויף אַ גוטען ערפאָלג. טראָץ דעם מוז מען אָבער װיסען, אַז ס'איז פולשטענדיג אויסגעשלאָסען צו שאַפען אין דײַטשלאַנד די נויטיגע סומען אויף אויסצוהאַלטען די אינסטיטוציע. דאָס דײַטשע יודענטום איז אָנגעװיזען אויף דער אונטערשטיצונג פון די יודען בעזונדערס פון די לענדער, װאו ס'איז פאַרהאַן

א הויכע וואלוטע. דײטשלאנד, אלס דאָס ערשטע לאנד, װאָס האָט אויסצוהאלטן גרויסע מאסן פון מזרח-ײדן האָט דאָס רעכט צו פארלאנגען װײטערדיגע אונטערשטיצונגען מצד אמעריקא.

ס'איז גאָר ניט פארהאן קײן צװײפל, אז אויב דאָס ארבײטער-פערזאָרגונגס-אמט זאָל זײן געצװאונגען צוליב'ן מאנגל אין מיטלען אָפצושטעלן אירע סאָציאלע טעטיגקײט, װעט פאר די מזרח-ײדישע הײמלאָזע ענטשטעהן א אומבעשרײבליכער מצב, א מצב, װעלכער װעט אװעקשטעלן אין סכנה די פאָליטיש-קאָנסולארישע טעטיגקײט פון ארבײטער-פערזאָרגונגס-אמט און דערפיט װעט דײטשלאנד װאַרשײנליך װערען א לאנד פאר רדיפות אויף מזרח-ײדען, װאָס איז ביז איצט געשטערט געװאָרען דורך דער טעטיגקײט פון ארבײטער-פערזאָרגונגס-אמט. כדי צו געבען א בעגריף װעגען דער טעטיגקײט פון ארבײטער-פערזאָרגונגס-אמט מיט אײניגע פאקטען, קען מען אָנװײזען אויף אײניגע בעזונדערע ערפאָלגען פון ארבײטער-פערזאָרגונגס-אמט.

ס'איז געלונגען דער ײדישער ארבײטער-פערזאָרגונגס-שטעלע אין אויבערשלעזיען, װאָס ארבײט לויט דער אָנװײזונג פון דער בערלינער צענטראלע און װעט מצד איר פינאנציעל אונטערשטיצט, צו האלטען בײ דער ארבײט אײניגע טויזענט מזרח-ײדישע ארבײטער, װעלכע האלטען זיך אויף אין אויבערשלעזיען און ארבײטען אין אינדוסטרי-שטח, בעת דער גאנצער צײט פון דער פראנצעזישער אָקופאציע ביז נאָך דעם פלעביסציט, כאָטש אלע, װעלכע האָבען ניט געהאט דאָס רעכט צו שטימען האָבען אײניגע װאָכען פאָר'ן פלעביסציט געמוזט פערלאָזען דאָס לאנד.

בעת'ן בעזעצען דאָס רהײן-לאנד, זענען פאר די ײדישע ארבײטער ענטשטאנען גרויסע שװיריגקײטען, װײל זײ האָבען זיך ניט געקענט בעזאָרגען קײן פעסער פון זײער הײמאטס-לאנד. די ארבײטער-פערזאָרגונגס-שטעלען אין רהײנלאנד, בעזונדערס אין קעלן און דויסבורג איז געלונגען צו שליסען א אָפמאכען מיט פערשידענע קאָמאנדאנטען, לויט װעלכען יעדער ײדישער ארבײטער קען אומגעשטערט בלײבען אויף זײן ארבײטס-שטעל, כאָטש אײניגע פונקטען פון פעראָרדנונגען זענען מצד אונטערשטע אנטיסעמיטישע אָרגאנען אויסגענוצט געװאָרען, כדי ארויסצוטרײבען געגען די מזרח-ײדישע ארבײטער.

ENL AWAL OSSONGAL GALISLTICT.

SI N GATNG GACAI NII NAGCA USO NI.L M.I X TLI.OAL OSO TAISLTO
TATACAI L. OATG.CDMO SI ADI.OO.LAI' USO IN TAMNGAI L. OATG.CDMO
O,TAO.TO I.L M.I OCTU N OSI.S.A' ASO USO N OL OI.IATO OILAI
IAI TANUNITTAI NII.L OOSIOOAGGAI LSO TAUNTLGAI L. DLNTDA N'NI'U'
USO C.OO TADIOAI DAI U.GK OII LLI.OAI L'U' OII NI.OQNTL' USO I.
O.OST NII O.O N OO.D CLI.O' NI.C LSO NLCMOAL-OALISLTICTO-NOO
ENL L. UNOQSIA' L. UNOQSIA OIIAI I.I UNTO TATCIAI CSL O.O N
TANUNITTAI SOSIOOAGGAI LSO NLI.OTACAI OL.UMO.DAI NII SUACL-AOAI
CALLSUO' L. GNOITT OII NLCMOAL-OALISLTICTO-NOO M.I OI.I TAUSLAI
SIG.C,I AGACOAI O.TNCS.AGGAI OSC OII NLCMOAL-OALISLTICTO-NOO
OIGOOACTL.T CAIM.TO TAUSL,AI N LNTD LAL OAL.S.T.OAL U.GK- IATAI
NI L. DLAI' N OOXLD ONLOOLMOA DLACD XU.OAI OILU-.ILAI M.I
GA ALOSGTAI -O,OII LS LALMMMA LALI.L NI.OOALDIMO TAONCO UALAI'
ATOGI.OACLA OII OILU-T.UCIO' NGA L. LSI.TA OSG.O.OA NII OSS.N-
TIOAI TAUSLAI NGA O.OGAI' CL. SI TACAI N OATOG.CA ADO.OOACS L.
NII CAOTAUNTL UALO OATG.I LAI.TO.DX.LO' NII.' NI O,IATAI STTA-
LSLO TAOITAI I.I OOLNL-DILOAI' O,UALAI TATACAI CALAL! L. UAO
SOOUGITT O.O N LSDOSL CLUO' USI L. DLNTDA UALAI NIOSIOO CAUNTLGGO'
.ILLOA UNOQSIA' LSLO M.I NNTTSQLLATO TAUSLAI N OAL.S.T.OA
TAONCO TAUSLAI ONL N NOU,L.TA UNO ONL L. N LILCOSULACL.TA OILU-
N NI.I' USO DAI NLATTOOAI M.I I.K M.CAL 0009 OALISTAI NII M.I
SIO OIK OII LS LALONCO UALAI L. UNO ONL .ILLOA UNOQSIA'

Die ostjüdische Immigration nach Deutschland .

Zu den Ländern, die in den letzten Jahren eine Bedeutung für die Wanderbewegung der jüdischen Massen erlangt haben, gehört auch Deutschland. Ostjüdische Einwanderer hat es in Deutschland schon vor dem Kriege gegeben, doch war ihre Zahl eine derart geringe, dass sie selbst im Verhältnis zu dem kleinen Prozentsatz der einheimischen Juden in Deutschland kaum bemerkbar wurden. So zählte man im Jahre 1905 in Preussen 32844, in Sachsen 10,960, in Hessen 1757 ausländische Juden. Wenn man zu dieser Zahl auch noch die ausländischen Juden aus den anderen Teilen des deutschen Reiches dazurechnet, so hätten wir höchstens 60 - 70000 ausländische Juden für ganz Deutschland. In Berlin allein lebten im Jahre 1919 ungefähr 20000 Ostjuden.

Der Charakter der ostjüdischen Siedlung in Deutschland vor dem Kriege ist bekannt. Es sind dies grösstenteils kleine Händler, Handelsangestellte, Hausierer und Agenten gewesen, und nur wenige arbeiteten als Schneider, Kürschner und Tabaksarbeiter. Ihrem Auswanderungslande nach gehörte der grössere Teil den ehemaligen oestreichischen Ländern, Galizien, Oestreichisch-Schlesien, Böhmen und Mähren an, nur ein geringer Teil stammte aus Polen, Litauen und dem übrigen Russland, doch waren diese meist Intellektuelle, die aus politischen Gründen aus Russland flüchten mussten oder Studenten, die an den russischen Universitäten keine Aufnahme finden konnten und in Deutschland nur bis zur Beendigung ihrer Studien blieben. Die erst erwähnte Kategorie jedoch, die sich hier für dauernd niederliess und ihren Geschäften nachging, konzentrierte sich auf bestimmte Teile der Gross-Städte und bildete ein fest zusammen gehöriges Centrum, von dem nur selten der eine oder

der andere nach einem anderen Stadtteil zog.

Dieser Teil der Vorkriegsimmigranten interessiert uns bei unserer heutigen Betrachtung weniger, vielmehr wollen wir uns mit jenen Emigranten und deren Schikasl beschäftigen, die während des Krieges und später nach Deutschland eingewandert sind. Während wir vor dem Kriege ein ausschliesslich handeltreibendes Element beobachten konnten, so trägt die jetzige Einwanderung alle Merkmale einer Arbeiterwanderung, die sich aus fast nur unverheirateten und arbeitenden Elementen zusammensetzt.

Bei einer näheren Beobachtung können wir folgende Kategorien feststellen :

I. Arbeiter, die während des Krieges von der deutschen Heeresleitung aus Polen nach Deutschland deportiert oder zur Arbeit angeworben wurden.

II. Kriegsgefangene.

III. Pogrom- und Militärflüchtlinge.

IV. Durchwanderer, die in Deutschland nur das Eintreffen von Geld und Reisedokumenten abwarten wollten.

I.

Die Tatsache, dass der grösste Teil Polens von den deutschen Truppen kurz nach Ausbruch des Krieges okkupiert wurde, bewirkte, dass die Bevölkerung dieses Gebiets von der militärischen Aushebungweniger betroffen wurde als andere Teile Russlands . Infolgedessen befand sich in Polen eine grosse Zahl von arbeitswilligen und arbeitsfähigen jungen Menschen, die keinerlei Möglichkeit hatten, Arbeit zu finden, da in der ersten Zeit der Occupation ein ziemlicher Stillstand im ökonomischen Leben eintrat und später von den deutschen „Befreiern" wertvolle Maschinen und andere Industriewerkzeuge aus Gründen der " Kriegsnotwendigkeit " zerstört wurden - es

sei nur an die Zerstörung der Textil- und Webemaschinen im Gouvernement L o d z erinnert - . Die Folgen waren eine ungeheure Arbeitslosigkeit und Verelendung der jüdischen Massen Polens .

In Deutschland jedoch bestand ein grosser Bedarf/ an Arbeitern, die die im Felde stehenden deutschen Arbeiter ersetzen sollten. Die Oberste Heeresleitung der deutschen Armeen war daher dauernd bestrebt, Arbeiter nach Deutschland zu schaffen und bediente sich dabei der verschiedensten , meist nicht einwandfreien Mittel. Erst wurden in verschiedenen Städten arbeitsfähige und kräftige Menschen zusammen getrieben und nach Deutschland gebracht, um hier bei den Befestigungsarbeiten beschäftigt zu werden, zum Teil wurden sie auch an die Industrie abgegeben. Die Industrieunternehmungen jedoch, "bedankten " sich sehr bald bei der Obersten Heeresleitung für die ihnen zugewiesenen Arbeiter , da diese den an ihnen gestellten Anforderungen in keiner Weise entsprechen konnten, was in Anbetracht der wahllosen Zuweisung und der schlechten Behandlung kaum Wunder nehmen kann. So wurden ca. 15.000 jüdische Arbeiter aus Polen und einem Teile Litauens nach Deutschland zwangsweise gebracht, wo sie unter unmenschlichen Verhältnissen arbeiten mussten. Die Occupationsbehörden sahen nun ein, dass der deutschen Industrie mit der zwangsweisen Zuweisung von Arbeitern wenig gedient sei und beschlossen, das bisherige System zu ändern. Die Leute wurden nicht mehr wahllos zusammengetrieben, sondern nach bestimmten Grundsätzen ausgesucht und auf Grund ihrer Berufe an die Unternehmer zugewiesen. Sie mussten sich verpflichten, 6 Monate in Deutschland zu bleiben und einen Vertrag zu unterschreiben, den sie meist nicht verstanden. Als sie nach Ablauf der 6 Monate in ihre Heimat zurückkehren wollten, wurde ihnen dies nicht gestattet, sondern sie mussten auf ihrer Arbeitsstelle bleiben. ~~Gleichzeitig~~ Später hin wurde ein Verbot der Einwanderung von ungelernten ~~Ar~~ Ostjuden erlassen.

Erst mit der Grindung der jüdischen Abteilung der deutschen Arbeiterzentrale in Warschau, der es dann gelungen hat, die Zurücknahme des Einwanderungsverbotes zu erwirken, trat eine gewisse Besserung der Verhältnisse ein. Die späteren Arbeitertransporte haben sich auch viel besser bewährt und in vielen Fällen zur Zufriedenheit ihrer Arbeitgeber gearbeitet. Zusammen mit den zwangsweise Deportierten sind über 30.000 jüdische Arbeiter während des Krieges nach Deutschland gebracht worden.

Als mit Beendigung des Krieges die Beschäftigung in der Kriegsindustrie aufhörte und infolge der Demobilisierung eine ökonomische Krise in Deutschland ausbrach, mussten viele Tausende jüdischer Arbeiter, die nun seit einigen Jahren in der deutschen Industrie gearbeitet und hier festen Fuss gefasst hatten, ihre Arbeitsstellen verlassen, um den zurückkehrenden deutschen Arbeitern den Platz zu räumen. So kehrten Ende 1918 und Anfang 1919 ein grosser Teil der zwangsweise nach Deutschland gebrachten oder hier festgehaltenen Arbeiter nach Polen zurück. Infolge der ökonomischen Zerrüttung in Polen konnten sie dort keine Arbeitsmöglichkeit finden. Da sie grösstenteils im militärpflichtigen Alter standen, wurden sie von der militärischen Aushebung bedroht und gezwungen, nach kurzer Zeit wieder nach Deutschland zurückzukehren. Aus diesen Gründen ist der grösste Teil der 30.000 Arbeiter, die während des Krieges hierherkamen, hier geblieben.

II.

Unter den Hunderttausenden russischer Soldaten, die während des Krieges in deutsche Gefangenschaft gerieten, befanden sich auch viele Tausende jüdische Gefangene. Gleich den anderen Gefangenen wurden sie schon während des Krieges an verschiedene Unternehmer

hauptsächlich Gutsbesitzer als Arbeiter kommandiert. Bei Ausbruch der Revolution wurde ein grosser Teil dieser auf Arbeit kommandierten Kriegsgefangenen von den Soldatenraten als freie Arbeiter entlassen. Viele jüdische Gefangene, die sich hauptsächlich in den kleineren Städten Mecklenburgs und Ostpreussens befanden, verblieben auf ihren Arbeitsstellen. Viele wurden selbständig als Schneider und Schuster und gaben es auf, jemals wieder nach Russland zurückzukehren. Die deutschen Polizeibehörden versuchten später, ganz besonders im Jahre 1921 auf Grund eines Ministerialerlasses diese ehemaligen Kriegsgefangenen auszuweisen und sie dazu zu zwingen, die Existenz, die sie sich hier geschaffen hatten aufzugeben und nach Russland zurückzukehren; es ist dies ihnen jedoch nur in wenigen Fällen gelungen. Diese ehemaligen Kriegsgefangenen, die in Deutschland geblieben sind und auf 4 - 5000 Personen zu schätzen sind, bilden einen sehr wertvollen Teil der ostjüdischen Arbeiter in Deutschland. Während der Kriegsgefangenschaft an schwere Arbeit gewöhnt, haben nur wenige von ihnen die Arbeit aufgegeben und sich kaufmännischen oder anderen Berufen zugewandt. Diejenigen, die von früher einen Handwerksberuf hatten, in der Mehrzahl waren es Schneider, Schuhmacher, Tischler und Schlosser üben denselben auch weiter aus, teils als Arbeiter, teils als selbständige Kleine Handwerker. Sehr viele sind auf ihren Arbeitsstellen als Landarbeiter verblieben, doch werden gerade diese Emigranten von den jüdischen Hilfsinstitutionen kaum erfasst, da sie als verlässliche und zuverlässige Arbeiter von den Gutsbesitzern sehr gesucht sind und auch bereits über genügende Ortskenntnisse verfügen, um sich nötigenfalls Arbeit an anderer Stelle allein beschaffen zu können.

III.

III.

Die Pogromwelle, die mit Kriegsende in der Ukraine und in Polen einsetzte, die ökonomische Zerrüttung Polens, die wir schon oben erwähnt haben und die imperialistischen Tendenzen des neuen Polen, die sich in den ununterbrochenen Kriegen gegen Russland und Litauen auswirkten, zwangen viele dazu, ihre Heimat zu verlassen und aus Polen zu fluchten. Deutschland als einer der nächst gelegenen Staaten war das Ziel dieser wandernden Masse, die hier Sicherheit erhoffte und die Möglichkeit einer Weiterwanderung abwarten wollte, Von irgend einer Planmässigkeit dieser Wanderung konnte keine Rede sein, denn die nach Deutschland aus diesen Gründen kommenden waren weder Emigranten noch Durchwanderer mit einem bestimmten Ziel im Auge, sondern eine in Bewegung geratene Masse, deren einzige Sehnsucht es war, der Hölle, in der sie sich befanden, zu entrinnen, ihr Leben in Sicherheit zu bringen wenigstens für eine kurze Spanne Zeit frei aufatmen zu können. Da sie weder Geldmittel noch irgend welche Papiere besassen, waren sie gezwungen, in Deutschland zu bleiben und hier zu arbeiten.

IV.

Die in den Jahren 1919 und 1920 aus Polen und Litauen einsetzende starke Auswanderung nach Amerika, Argentinien und Kanada veranlasste viele jüdische Arbeiter und Auswanderer, die aus verschiedenen Gründen in Polen nicht das Eintreffen der Auswanderungspapiere und Reisemittel abwarten konnten, über die Grenze nach Deutschland zu gehen, um von hier aus ihre Reise in geordneten Verhältnissen antreten zu können. Ungefähr 15-20000 Auswanderer, die sich kurze Zeit in Deutschland aufgehalten haben

sind von hier nach Amerika und Argentinien weitergereist. Viele, die mit der gleichen Absicht Ende 1920 und 1921 ebenfalls nach Deutschland kamen, konnten ihre Reise jedoch nicht fortsetzen, da sie von den in dem Jahre 1921 einsetzenden Einwanderungsbeschränkungen nach den Vereinigten Staaten sowie nach Kanada überrascht wurden. Da es sich zumeist um junge und militärpflichtige Menschen handelte, die nach Polen nicht zurückkehren konnten, verblieben sie in Deutschland und begründeten mit dem Gelde, das sie für die Reisespesen von ihren Verwandten aus Amerika erhielten, kleine Schneider- und Schuhmacherwerkstätten.

Nicht unbeträchtlich ist auch die Zahl jener Durchwanderer, die in den letzten 3 Jahren über Deutschland nach Belgien und Frankreich gereist sind. Auch hier ist mit einer Zahl von 8-10.000 ~~15-20000~~ Personen zu rechnen, die sich einige Zeit in Deutschland aufgehalten haben und dann weiter gewandert sind.

Ueberhaupt konnte man bei einer genaueren Beobachtung der Durchwanderer feststellen, dass dieselben immer stärker nach dem Westen hin tendierten. Während wir in den Anfangsjahren der Wanderung die grössere Zahl der Auswanderer in den, den östlichen Grenzen näher gelegenen preussischen Städten finden, so verschiebt sich später das Bild und es ist leicht festzustellen, dass eine immer grössere Zahl nach dem Rheinland und von dort weiter nach Belgien, Frankreich und Luxenburg herübergeht.

V.

Die jüdische Einwanderung nach Deutschland ist eine Arbeitereinwanderung. Sie wäre es in einem noch stärkeren Masse, wenn nicht die kurzsichtigen und volkswirtschaftlich schädlichen

Tendenzen der deutschen Bürokratie Tausende von jüdischen Arbeitern gezwungen hätten, kleine Unternehmer und Händler zu werden. Und dies kam so : Als mit Beendigung des Krieges Hunderttausende und Millionen demobilisierter Soldaten in ihre Heimat zurückkehrten und sich infolge der Einstellung der Arbeit für die Kriegsindustrie eine immer grössere Arbeitslosigkeit bemerkbar machte, wurden von der deutschen Regierung Demobilmachungsbestimmungen erlassen, die neben vielen wichtigen sozialen Gesetzen (Achtstundentag, Verhinderung der Doppelbeschäftigung) auch manches Unsinnige ja Schädliche enthielten. Um den Zustrom nach den Grossstädten einzudämmen, wurde bestimmt, dass in den Städten, die über 100000 Einwohner haben, nur solche Arbeiter beschäftigt werden dürfen, die bereits vor dem 1. August 1914 hier ihren Wohnsitz hatten. Diese an sich vielleicht vernünftige Bestimmung wurde durch eine allzu konsequente Durchführung oft ad absurdum geführt. So wurden z.B. zu einer Zeit, da von seiten der Reichsregierung grosse Aufträge für die Anfertigung von Anzügen für die abgerüsteten Soldaten an die Konfektionäre vergeben wurden und ein Mangel an Schneiderarbeitern bestand, ausländischen Schneidern, die vor 1914 nicht in Deutschland gelebt hatten, die Bewilligung zur Arbeitsaufnahme nicht erteilt. Durch diese Massnahme wurde es Tausenden von jüdischen Arbeitern unmöglich gemacht, ihrem Beruf nachzugehen, wenn sie kein Geld hatten, um eine eigene Nähmaschine anzukaufen und selbständig zu werden. Die Folge ist eine ungewöhnlich grosse Zahl selbständig ~~zu werden~~ arbeitender jüdischer Schneider, die mit geringem Kapital ihre Werkstatt begründet haben und von jeder Erschütterung des wirtschaftlichen Lebens am stärksten getroffen werden. In diesen tausenden kleinen Werkstätten arbeiten trotz aller Verbote und Strafen sehr viele jüdische Arbeiter, oft in der Form, dass sie

als Teilhaber der Werkstätten eingetragen sind. Dass auf diesem Boden Ausbeutung und Uebervorteilung der Arbeiter dauernd vorkommen, muss nicht erst gesagt werden. Aehnlich sind auch die Verhältnisse im Schuhmachergewerbe, auch hier eine Unzahl kleiner Meister oder Werkstätten mit vielen Teilhabern. Im allgemeinen jedoch konnte festgestellt werden, dass qualifizierte Arbeiter fast immer leicht Arbeit finden konnten, wenn sie auch oft gezwungen waren, sich über die gesetzlichen Vorschriften hinwegzusetzen, um leben zu können.

Weit schwieriger und komplizierter lagen die Verhältnisse bei den ungelernten Arbeitern und jenen Arbeitern, die in den Städten keine Beschäftigung finden konnten. Hier kam vielen Immigranten und ehemaligen Kriegsgefangenen die Tatsache zustatten, dass sie sich während des Krieges an schwere körperliche Arbeit gewöhnt hatten. Im Gegensatz zu der Arbeitslosigkeit in den Städten stand der Arbeiterbedarf der Eisen- und Kohlenindustrie sowie der Landwirtschaft. Der allmählich beginnende Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft war in grossem Masse von der Kohlenproduktion abhängig. Infolge der Unterernährung und Ueberanstrengung während des Krieges hatte jedoch die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter abgenommen. Sollte die Produktion gehoben werden, so mussten neue Arbeitskräfte herangezogen werden. Die Arbeitslosen der Städte kamen dafür nur wenig in Betracht, da es sich meist um qualifizierte Arbeiter handelte, die nur selten ihren Wohnort und ihre Familie verlassen, um zu Schwer- und Schwarzarbeit zu greifen. Ueberdies ~~44~~ wurden sie durch die staatliche Hilfe vor äusserster Not bewahrt.

Anders aber stand es um die jüdischen Immigranten. Ihre

Notlage war ungeheuer, die Hilfe, die ihnen zuteil wurde , bot zum Leben zu wenig und Zum Sterben zu viel. Wollten sie nicht verhungern und im Elend verkommen, so mussten sie jede Gelegenheit wahrnehmen, die ihnen eine Lebensmöglichkeit gab. Nach ersten schüchternen Versuchen strömten sie zu Tausenden in das Rheinisch-Westfalische Industriegebiet und nahmen willig jede Arbeit an. Allen Theorien zum Trotze bewährten sie sich auch hier und errangen die Zufriedenheit ihrer Meister und Arbeitskollegen. Gleich vielen anderen Ausländern, die seit Jahren im Kohlengebiet beschäftigt sind , verrichten sie jene schweren und unangenehmen Arbeiten, die von deutschen Arbeitern abgelehnt werden, doch haben sich in den Jahren bereits viele zu vollwertigen Arbeitern ausgebildet. Wir sind weit entfernt davon zu glauben, dass die 12 - 15000 jüdischen Arbeiter, die jetzt im Rheinland als Kohlen- und Industriearbeiter über und unter Tag arbeiten, dort für immer bleiben werden. Es findet ein ständiger Wechsel statt. Arbeiter, die jahrelang gearbeitet haben, verlassen die Arbeitsstellen, kehren nach Hause zurück oder wandern weiter ; neue junge Menschen kommen her und beginnen zum ersten Mal in ihrem Leben Schwerarbeit. Es hat sich bereits so etwas wie eine Tradition geschaffen. Die Legende der Untauglichkeit ist zerstört, jüdische Arbeiter haben bewiesen, dass sie unter guten Bedingungen jeder Arbeit verrichten können und dies scheint uns ein grosser Gewinn. Dass die ganze Art der Arbeit und des Lebens im Industriegebiet jedoch schwere Gefahren für Leib und Seele mit sich bringen, ist eine Tatsache, die nicht geleugnet werden darf.

Weniger bedeutend, doch immerhin erwähnenswert ist die Arbeit der Immigranten in der Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft ist seit jeher auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Schon vor dem Kriege kamen jährlich 250-300000 ausländische Landarbeiter nach Deutschland.

Sie kamen mit Beginn des Frühlings und zogen Ende Herbst wieder in ihre Heimat. Da es sich meist um Polen handelte, war die Preussische Regierung immer darauf bedacht, dass sie nicht dauernd in Deutschland bleiben, um das polnische Element Preussens nicht zu vermehren. Im Kriege hatte man diese Arbeiter nicht mehr nötig, da genügend Kriegsgefangene vorhanden waren. Als nach dem Kriege jedoch die Gefangenen abtransportiert wurden, machte sich der Leutemangel in der Landwirtschaft stark bemerkbar. Es war aus verschiedenen Gründen nicht mehr möglich, Arbeiter in der nötigen Anzahl aus Polen oder Russland einzuführen; an ihrer Stelle begann man in Deutschland Arbeiter für die Landwirtschaft zu suchen.

Jüdische Arbeiter meldeten sich erst einzeln, dann aber auch in grösseren Gruppen, Im Anfang war ihnen diese ganz ungewohnte Arbeit schwer, doch später arbeiteten sie ganz gern. Es gibt auch solche, die zwei und drei Jahre sich auf Landarbeit begaben. Die Gutsbesitzer waren im allgemeinen mit den Leistungen zufrieden. Bei den verschiedenen landwirtschaftlichen Maschinen, an die man sie stellte, bewährten sie sich sogar besser als die polnischen Arbeiter. Nur wer diese Arbeit gesehen hat und weiss, welch unerhörte Zustände noch heute in der deutschen Landwirtschaft herrschen, der kann ermessen, was es bedeutet, dass 2500 - 3000 jüdische Arbeiter diesen Verhältnissen gewachsen waren. Auch hier kann von einem dauernden Zustand keine Rede sein. - Angesichts der schmutzigen Baracken, schlechten Behandlung und schlechtem Essen, der geistigen Verrohung erscheint ~~es~~ ohne auch nicht wünschenswert. Im letzten Jahr sind nur wenige Immigranten auf Landarbeit gegangen. Das Abflauen der Arbeitslosigkeit in den Städten ermöglichte hier leichtere Arbeit zu besseren Bedingungen.

VI.

Die chaotisch und planlos hereinbrechende Immigration, die sich in bestimmten Abständen über die deutschen Grenzen ergoss, hätte zu einer ungeheuren Katastrophe für die Immigranten und Flüchtlinge werden können, wenn nicht rechtzeitig eine grosszügig angelegte Hilfsorganisation eingegriffen hätte, die den Emigranten mit Rat und Tat zur Seite stand. Diese Organisation war das Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands, dessen Tätigkeit hier ganz kurz gestreift werden soll. Schon während des Krieges, als die Zahl der jüdischen Arbeiter aus dem Osten immer grösser wurde, wurde auf Initiative einer Reihe jüdischer Organisationen im Einverständnis mit der General-Kommission der deutschen Gewerkschaften " das Sekretariat für ostjüdische Arbeiter " bei der Zentralkommission der Gewerkschaften gegründet, dessen Aufgabe es war, die Interessen der ostjüdischen Arbeiter wahrzunehmen, sie den Gewerkschaften zuzuführen, ihnen rechtlichen und politischen Schutz angedeihen zu lassen. Parallel mit dem Sekretariat wurde dann von den vereinigten jüdischen Organisationen Deutschlands, das Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands gegründet, dass die soziale Fürsorge für die Arbeiter übernahm.

Als mit Ende des Krieges das ostjüdische Sekretariat der Gewerkschaften liquidiert wurde, übernahm das Fürsorgeamt auch den politischen Schutz. Durch Zusammenfassen aller jüdischen Kräfte Deutschlands, einschliesslich der proletarischen sowie durch eine geschickte politische Taktik ist es gelungen, das Arbeiterfürsorgeamt zu einer Stelle auszubauen, wie sie im jüdischen Leben kaum noch vorhanden ist. In einer Reihe von Erlassen der preussischen Regierung,- der erste stammt bereits aus dem Jahre 1919,- wird das Arbeiterfürsorgeamt als jene Stelle bezeichnet, die berufen und berechtigt

ist, die Interessen der Ostjuden in Deutschland zu vertreten. Dadurch, dass dem Arbeiterfürsorgeamt gleichzeitig gewisse amtliche Funktionen übertragen wurden, wie Prüfung von Heimatspapieren, Ausstellung von Pässen, Veto bei Ausweisungen etc. erhielt es gewissermassen amtlichen Charakter. Da das Arbeiterfürsorgeamt im Februar 1920 auch die deutsche Stelle des Joint Distribution Comitee wurde, war es in der Lage, auch eine weitverzweigte soziale Tätigkeit zu entfalten. Zusammen mit dem ursprünglich von den Zionisten begründeten Jüdischem Arbeitsamt, das die Arbeitsvermittlung besorgte, schuf das Arbeiterfürsorgeamt ein Netz von Zweigstellen in den wichtigsten Städten, besonders des Industriegebietes. Von diesen Stellen aus wird nun die gesamte Immigration geregelt und verteilt. Hier erhalten die Neuangekommenen oder Arbeitslosen Essen und Herberge, hier werden ihre Papiere geprüft und ihnen Pässe besorgt, hier werden die Arbeitsmöglichkeiten in den einzelnen Orten untersucht und freie Stellen gefunden, hier werden die gesetzlichen Bestimmungen über die Rechte der Ausländer erläutert und die Immigranten vor den Behörden vertreten usw. Von hier aus wird die deutsche Oeffentlichkeit über den wirklichen Verlauf der jüdischen Einwanderung unterrichtet und der sehr oft notwendige parlamentarische Kampf gegen Ausnahmegesetze und Verfolgungen der Regierung und Behörden organisiert. Nur dadurch konnte erreicht werden, dass die rechtlichen Verhältnisse der ostjüdischen Arbeiter in geregelte Bahnen gelenkt und schwere Erschütterungen vermieden wurden. Das Arbeiterfürsorgeamt, das bei all seiner Arbeit sicher nicht fehlerfrei ist, ist zweifellos eine der interessantesten jüdischen Organisationen. Ueber seinen Aufbau und seine Gesamttätigkeit werden wir bei anderer Gelegenheit ausführlicher berichten.

VII.

Zwei besondere Merkmale unterscheiden die neue Einwanderung von der alten. Waren es früher Händler, so sind es jetzt Arbeiter, sammelten sich früher die Emigranten an einigen Stellen, starke Zentren bildend, so ist die jetzige Emigration zerstreut und ohne inneren Zusammenhang. Die Dezentralisierung und Zerstreuung jedoch, die von den ökonomischen Verhältnissen bedingt ist, trägt grosse Gefahren für den Einwanderer.

Der jüdische Arbeiter, der nach Amerika oder Canada wandert, kommt dort in pulsierendes jüdisches Leben. Wohl sind es neue Verhältnisse und neue Bedingungen, doch allzurasch unterliegt er ihnen nicht. Er findet Freund und Landsleute, mit denen er über die Heimat sprechen kann. Die Tradition der alten Heimat spinnt sich fort. Anders in Deutschland. Hier leben die jüdischen Arbeiter in kleinen Gruppen, bestenfalls einige Hundert zusammen, die Eigenart der Bergarbeit, - Tag- und Nachtschicht-bewirkt es, dass auch diese wenigen sich nicht oft sehen können. Geistige Interessen die der eine oder der andere zu Hause gehabt hat, gehen verloren. Intellektuelle Kräfte, selbst für eine spärliche Kulturarbeit fehlen, Leitungen kommen selten. So wird der Emigrant dem jüdischen Leben entfremdet und gerät in ernste Gefahr, geistig und seelisch zu verkommen. Dazu kommt noch, dass die Aehnlichkeit zwischen jiddisch und deutsch es dem Arbeiter wohl leichter machen, sich den neuen Verhältnissen anzupassen und seinen Arbeitskollegen näher zu kommen. Da seine Interessen für geistige Dinge, soweit sie jüdisch sind, keine Anregung finden und er die deutsche Sprache nicht so beherrscht um seine geistigen Bedürfnisse in ihr befriedigen zu können, verfällt er dem Kino, der Kneipe, dem Tanzsaal und den Dirnen. Die Geschlechtkrankheiten nehmen infolgedessen rasch zu und bilden

eine ernste Gefahr , gerade für die jüngeren Einwanderer. Die ostjüdischen Intelektuellen, die jetzt in Deutschland leben und den gesitigen Verfall der Arbeiter mitansehen, ohne ihnen zu helfen, haben eine schwere Schuld auf sich geladen.

All diese Umstände bewirken eine gewisse Unbeständigkeit und Lässigkeit der Arbeiter. Die Arbeitsstellen und der Wohnort werden häufig gewechselt. Die ununterbrochene Fluktuation zerreist den Zusammenhang der Arbeiter und erschwert jede organisatorische Zusammenfassung. Auch die Gewerkschaften führen häufig Klage darüber, dass gerade die jüdischen Mitglieder so rasch verschwinden, um dann in einer anderen Stadt wieder aufzutauchen. Dabei ist die Beziehung der organisierten Arbeiterschaft zu ihren jüdischen Genossen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine gute. Sie treten oft gegen die Verfolgungen seitens der Behörden auf und bemühen sich auch, Arbeitslose in die Betriebe zu bringen. Als ein Beispiel, von vielen, möge der folgende Brief des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für Rheinland-Westfalen in Düsseldorf angeführt werden :

" Dem Bezirkssekretariat des A.D.G. wurde mitgeteilt, dass auf Grund einer Verordnung die eingewanderten Ostjuden aus den Arbeitsstellen, die sie innehaben, entfernt werden sollen, um arbeitslosen einheimischen Arbeitskräften Platz zu machen. Des weiteren sollen diesen Leuten Schwierigkeiten in Bezug auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemacht werden. Das Bezirkssekretariat hat an mehreren Stellen Erkundigungen eingezogen und überall die gleichlautende Antwort erhalten, dass gegen den Aufenthalt ostjüdischer Einwanderer in unserem Bezirk Einwendungen nicht erhoben werden. Dass vornehmlich auch die Anwesenheit der Ostjuden auf den Wohnungsmarkt einen grösseren Einfluss nicht ausüben kann, weil es sich meist um jüngere Arbeiter handelt, die in Barakken, Herbergen, Fürsorge-

stellen oder in möblierten Zimmern wohnen. Familienwohnungen werden kaum von ostjüdischen Arbeitern in Anspruch genommen. Wir teilen dieses mit, damit keine falschen Ansichten entstehen können über die Ansichten der organisierten ⁄ Arbeiter. Wenn die Wohnungsnot dazu benutzt werden sollte, um gerade den Ostjuden Schwierigkeiten zu machen, wäre darauf zu verweisen, dass nach unserer Kenntnis ebensoviel holländische, italienische und andere ausländische Arbeiter als Ostjuden im Bezirk vorhanden sind."

Aber nicht nur die freien sozialistischen Gewerkschaften treten für die jüdischen Arbeiter ein. Auch die demokratischen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sind sehr oft für sie eingetreten. Im schweren Kampf, den die jüdischen Arbeiter um ihre Existenz in Deutschland führen müssen, sind die Symptome der deutschen Genossen ein heller Lichtstrahl.

VIII.

Die neue jüdische Einwanderung nach Deutschland, die im Verlauf von 5 Jahren die ostjüdische Siedlung mehr als verdoppelt hat, ist keine normale Erscheinung. Sie begann als eine Folge des Krieges und stand im Zeichen der Deportationen, der Pogrome und der militärischen Aushebungen. Es erscheint deshalb verfehlt, Deutschland als Einwanderungsland b sondere Bedeutung beizulegen. Mannigfache Hindernisse stehen einer grösseren Einwanderung im Wege. Doch hat Deutschland eine wichtige Bedeutung als Durchgangsland und Ruhepunkt. Jede jüdische Katastrophe im Osten, jede militärische Aushebung wird jüdische Menschen nach Deutschland bringen, trotz aller Grenzsperren und aller Strafen. Hier werden jüdische Arbeiter oft jahrelang bleiben , Berufe erlernen und Arbeiter werden, bvor sie ihre Weiterwanderung antreten. Dauernd hier blei-

ben werden nur wenige, Zerstreut über ganz Deutschland, ohne inneren Zusammenhang, werden sie keine besondere Bedeutung für die jüdische Volksgemeinschaft erlangen.

בעת אין אנדערע לענדער איז די יודן שטענדיג אויסגעקוי-
מען אריינצודרינגען נאָר אין די העכערע סטאַפּעס פון דער ווירטשאַפט און
צו שפּילן די ראָלע פון'ם פאַרמיטלער צווישן פּראָדוצענט און קאָנסומענט
איז די סיטואַציע אין דייטשלאַנד געווען אַן אנדערע. געווים זיינען דאָ
אויך אַ געוויסער טייל פון די יודישע ארבייטער זוכנדיג פּרנסה געוואָרן
[illegible] הענדלערס, דאָס רוב געהאַנדלט מיט אַלטס פּאַפּיר און מיט
שמאַטעס, אַ פּראָפעסיע מיט וועלכע דייטש פאַרנעמט זיך גאָר זעלטן.
דער גרעסטער טייל פון דער יודישער ארבייטערשאַפט אָבער, וואָס האָט
געזוכט ארבייט און האָט געוואָלט ארבייטן איז געווען געצוואונגען צו נעמען
אויף זיך די סאַמע שווערסטע און שמוציגסטע ארבייטן אין דער קוילן און
אייזן-אינדוסטריע, ארבייטן וועלכע דער דייטשער ארבייטער פלעגט אָפטמאָל
נישט אָננעמען ווייל זיי זיינען געווען צו שווער פאַר אים. אזוי למשל
האָב איך באַגעגנט יודישע ארבייטער אין קאָקס-פאַבריקן, אַ מורא'דיג
שווערע ארבייטן ביי וועלכע מען שטעלט מיטן פּנים צו אַ גליענדיגן אויוון
בעת די פּלייצעס ווערן פון'ם ווינט און פון'ם רעגן גענעצט און פאַר-
פרוירן. צו דער ארבייט פלעגן דייטשע ארבייטער בכלל נישט גיין אָדער
נאָר דענצמאָלט ווען זיי האָבן זיך געפונען אין דער גרעסטער נויט.
יודישע ארבייטער אָבער פלעגן צו הונדערטער דאָרט חדשים-לאַנג ארבייטן.
אַ דאַנק זייער ארבייטסגרייטקייט און זייער עקשנות האָבן זיי זיך אריינ-
געריסן אין דער גאַנצער דייטשער גרויס-אינדוסטריע פון ריינלאַנד
וואו מ'געפונט היינט ביז 15000 יודישע ארבייטער. אנ'ערך 5000 ארבייטן
אין די קוילנשאַכטן אונטער דער ערד און ווער ס'האָט זיי געזען מוז
מודה זיין, אַז מ'וואָלט דאָס קיינמאָל נישט געגלויבט אַז יודישע
ארבייטער זאָלן אין אַזאַ קורצער צייט און אזוי גיך צוגעוווינען צו
אזוינע שווערע ארבייטן. איך האָב אין ריינלאַנד באַגעגנט יודישע
ארבייטער וואָס ארבייטן שוין 5 און 6 יאָר אויף אַ קוילנגרוב און וואָס
זיינען צופרידן פון זייער ארבייט, [illegible]
[illegible], אַז ווען ס'איז ווען אַ אַנטיסעמיטישער אינספּעקטאָר זיי פון דער
ארבייט ארויסוואַרפן. ביי דער געלעגנהייט איז כדאי פעסטצושטעלן, אַז
ס'איז די יודישע ארבייטער אין אַ גאָר גרויסער מאָס געלונגען צו
געוואונען פאַר זיך די סימפּאַטיעס פון זייערע דייטשע ארבייטסחברים.
עס זיינען פאַרהאַן אַ גאַנצע ריי פון דאָקומענטאַרישע באַווייזן וואו
אָפטמאָל האָבן זיך די דייטשע ארבייטער פון אַ גאַנצער שטאָט אָדער פון
אַ גרויסן באַטריב אָנגענומען די קריוודעס פון די יודישע ארבייטער.
די סיבות פון די סימפּאַטיעס מצד די דייטשע ארבייטער זיינען קלאָר,
ווייל די יודישע ארבייטער אפילו די אומבאַהאָוסטזיניגע זיינען קיינמאָל

ד״ר דוד װערנער-סענאטאָר

די ידיעה פון דעם פּריצײטיקן טויט פון ד״ר דוד װערנער-סענאטאָר, װעלכער איז מיט פאַר טעג צוריק נפטר געװאָרן אין דער עלטער פון 57 יאָר אין אַטלאַנטאַ, נאָרד-אַמעריקע, באַדײט אַ שװערן פאַרלוסט פאַרן העברעאישן אוניװערזיטעט אין ירושלים און גאָר אַ גרױסע אבידה פאַר זײַנע פּערזענלעכע פרײַנט.

זײט דעם יאָר 1937, איז װערנער-סענאַטאָר געװעזן דער הױפּט-אַדמיניסטראַטאָר פון דעם העברעאישן אוניװערזיטעט און איז אױך אױסגעװײלט געװאָרן אַלס װיצע-פּרעזידענט פון דער עקזעקוטיװע פון דעם אוניװערזיטעט. ער האָט זיך געפונען אין אַמעריקע אין אַ שליחות פאַרן אוניװערזיטעט און אױך געהאַט די כונה, צו באַזוכן ייד-אַמעריקאַנער לענדער. הגם, ער איז געװעזן זײט אַ סך יאָרן אַ שװער קראַנקער מענטש, האָט ער קײנמאָל נישט אָפּגעשטעלט זײַן אַרבעט פאַרן אוניװערזיטעט, װעלכער איז געװאָרן דער גאַנצער תוכן פון זײַן לעבן.

געטרײשאַפט, אחריות און פליכט-געפיל פאַר יעדער אױפגאַבע װאָס ער האָט איבער-גענומען, זײַנען געװעזן די כאַראַקטעריסטישע סימנים פון זײַן באַציאונג צו געזעלשאַפט-לעכער אַרבעט. מענטשן װי ער קאָן מען נאָר פאַרשטײן, װען מען זעט זײ און מען שאַצט זײ אָפּ צוזאַמען מיט דער תקופה פון װעלכער זײ זײַנען אַרױסגעװאַקסן.

אַ זון פון אַ אָנגעזעענער אַסימילירטער דײטש-אידישער פאַמיליע אין בערלין, (זײַן פאָטער איז געװעזן אַ באַקאַנטער מעדיקער), איז װערנער סענאַטאָר צוגעשטאַנען אין דעם יאָר 1913, צו אַ ציוניסטישער יוגנט באַװעגונג. ער האָט געהערט צו יענער קלײנער גרופּע פון יונגע דײטשע אידן װאָס האָבן זיך אין דער ערשטער װעלט-מלחמה, אַלס אָפיצירן אָדער אַלס סאָלדאַטן פון דער דײטשער אַרמײ, צום ערשטן מאָל באַקענט מיט די גרױסע מאַסן פון דער אידישער באַפעלקערונג אין מזרח-אײראָפּע: פּױלן, ליטע, אוקראַינע א.א.װ. װאוהין דער גורל פון דער מלחמה האָט זײ פאַרװאָרפן. די פּלוצימדיקע באַגעגעניש מיט אידן און אידישקײט אין מזרח-אײראָפּע, האָט געמאַכט אױף אַ סך פון זײ, באַזונדערס אָבער אױף װענער-סענאַטאָר אַ טיפן רושם און האָט באַשטימט דעם גאַנצן גאַנג פון זײער שפּעטערדיקן לעבן. דער דאָזיקער קרײז פון יונגע דײטשע אידן האָט זיך קאָנצענטרירט אין די יאָרן פון דער מלחמה און נאָך דער מלחמה, אַרום דעם „אידישן פאָלקס-הײם" אין בערלין. די „פאָלקס-הײם" איז געװעזן אַ נײע אינסטיטוציע, געשאַפן אין דעם אָרימען אידישן געגנט פון בערלין מיט דער כונה, צו דערציען און משפּיע צו זײַן אױף די קינדער פון דער אָרימער מזרח אידישער אימיגראַציע, װעלכע האָבן אָנגעפילט ביז גאָר די ענגע פינסטערע דירות אין דעם אָרימסטן טײל פון בערלין.

די „ פאָלקס-הײם" איז נישט געװעזן קײן צדקה-אינסטיטוציע אין טראַדיציאָנעלן זין, נאָר אַ נײער פּרואװ, באַשטימט פונם געדאַנק, אַז מען דאַרף העלפן דער יוגנט אױפנעמען אין זיך די קולטורעלע װערטן פון דער סביבה אין װעלכער מ׳לעבט און מיט דער צײט פאַרװאַרצלט װערן אין אידישקײט אין מאָדערנעם זין פון װאָרט. די יוגנט פון דער אידישער אָרימקײט איז צוגעפירט געװאָרן צו דער שײנקײט פון דער אידישער ליטעראַטור, אידישער קונסט און דעם אידישן פאָלקס-ליד. אָבער אױך דער-צױגן געװאָרן זיך צו גרײטן לערנען פּראָדוקטיװע פּראָפעסיעס, מיטן ציל אױף צו באַזעצן זיך אין ארץ-ישראל. די יונגע מענטשן װאָס האָבן געשאַפן און געפירט די „פאָלקס-הײם" האָבן געבראַכט מיט זיך אַ נײעם געדאַנק פון סאָציאַלער אחריות פון דעם כלל לגבי דעם יחיד. דער דאָזיקער געדאַנק, איז אױך אַרײַנגעדרונגען אין די מוחות פון די אָרימע קינדער, װעלכע האָבן זיך קאָנצענטרירט אַרום זײ.

פאַר אַ סך פון דער אומגעװאַקסענער יוגנט, איז אַרױסגעװאַקסן דער אידעאַל פון איבערגעבן זיך צו פּראָפעסיאָנעלער סאָציאַלער אַרבעט. די „פאָלקס-הײם" איז אין זײַנע ערשטע יאָרן געשטאַנען שטאַרק אונטער דער השפּעה פון חײם אַרלאָזאָראָװ ז"ל און זלמן שזר, װאָס האָט דאַמאָלט געלעבט אין בערלין, זיגפריד לעהמאַן, דער גרינדער און פירער פון דעם קינדער-דאָרף, בן_שמן און פון דעם פרי-פאַרשטאָרבענעם פריץ-מרדכי קױפמאַן, װעלכער האָט אין די קורצע יאָרן פון זײַן לעבן, באַװיזן צו װערן אײנער פון די אינטערעסאַנטסטע און שענסטע פיגורן צװישן די דײטשע אידן פאַר און נאָך דער ערשטער װעלט-מלחמה. פריץ קױפמאַן, װעלכער איז אין זײַנע פריע יאָרן געװען אַ ציוניסט איז קורץ פאַר דער ערשטער װעלט-מלחמה געקומען אונטער דער השפּעה פון ד"ר נתן בירנבוים. ער האָט געשאַפן אין 1913, דעם חודש זשורנאַל „ די פרײַ-שטאַט" נישט קײן ציוניסטישער זשורנאַל, אָבער אַ נאַציאָנאַלע טריבונע פון גרױסן פאַרנעם. אױף די שפּאַלטן פון „פרײשטאַט" האָבן זיך אפשר צו ערשטן מאָל אין דער געשיכטע פון אונזער נאַציאָנאַלער באַװעגונג באַגעגנט: בונדיסטן און פּועלי ציון, אידישיסטן און ציוניסטן, העברעאישע און אידישע שרײַבער. די מלחמה האָט פאַרענדיקט דאָס דערשײַנען פון דעם זשורנאַל. אָבער די 12 העפטן װאָס זײַנען דערשינען אין משך פון זײַן אײן יאָריקער עקזיסטענץ, זענען נאָך הײַנט אַן אוצר פאַר יעדן װאָס אינטערעסירט זיך צו שטודירן די נאַציאָנאַלע און עקאָנאָמישע פּראָבלעמען פון דעם פּעריאָד פון פאַר דער ערשטער װעלט-מלחמה.

Fritz Mordechai Kaufmann.

Fritz Mordechai Kaufmann lebtnicht mehr . Das fast unmöglich Erscheinende ist Wirklichkeit geworden. Einer der besten jüdischen Menschen in Deutschland ist von uns gegangen. Wir stehen noch allzusehr unter dem fürchterlichen Eindruck dieses traurigen Geschehens, um heute schon die ganze Bedeutung dieses eigenartigen Menschen würdigen zu können. Denn Kaufmann gehörte entschieden zu den interessantesten jüdischen Persönlichkeiten in Deutschland. Das deutsche Judentum hat wohl eine ganze Reihe von bedeutenden Köpfen hervorgebracht, da und dort war auch der Ansatz für eine Persönlichkeit vorhanden, doch keinem war es gelungen, so jung und doch so zentrale Persönlichkeit des jüdischen Lebens in Deutschland zu werden .

F.M.Kaufmann, der kaum das 30. Lebensjahr überschritten hat,-war-- ist am Rhein geboren, also dort wo Deutschland am deutschesten ist und wo Juden und Judentum fast ganz unbekannt sind . Von der deutschen Jugend-und Wanderbewegung stark beeinflusst, fand der früh den Weg zum Zionismus. Die ganze Art dieses Menschen war eine solche , dass sie nicht stehen bleiben konnte beim blossen Bekenntnis zur Idee , sondern dass er auf den tiefsten Grund der Probleme dringen musste , um sie auf ihre Richtigkeit, ihre Wahrhaftigkeit hin zu erforschen, sie zu vertiefen oder abzulehnen und zu bekämpfen.

So vertiefte sich Kaufmann in jüdische Probleme und allzubald erkannte dieser tief schürfende Geist die Halbheit des bürgerlichen Zionismus, die Plattheit und Einseitigkeit ,mit der er sich an die Lösung des jüdischen Problems heranmacht. In seiner weiteren Entwickelung stiess Kaufmann auf Nathan Birnbaum, ~~die~~xxxxxxxxxxxxxxDie eigenartige Persönlichkeit Birnbaums übte wohl auf den jungen Kaufmann einen ungewöhnlich starken

Einfluss aus . Hier fand er Bestärkung in seiner Ablehnung des Zionismus und in seiner Bejahung des lebendigen Judentums. Hier ward ihm wohl der stärkste Anstoss zu intensiver Beschäftigung mit jüdischen Dingen. 1912 begegnete Kaufmann bei der 5. Weltkonferenz der Poale Zion in Krakau. Eine bisher unbekannte und ungesehene Welt offenbarte sich ihm hier. Trotzdem er der Verneiner des Zionismus auch die zionistische Einstellung der Poale Zion ablehtt, offenbarte sich ihm hier die eigenartige Kraft und der Ideenreichtum , die der jüdischen Arbeiterschaft innewohnen. Hier in Krakau begegnet er zum ersten Male jüdischen Massen, jüdischem Volk in seiner Eigenart, in seiner Kleinheit und in seiner Grösse, jenen Massen, zu denen ihn eine ungeheuer starke Sehnsucht zog. Von Krakau ging Kaufmann nach Wien, wo um dieselbe Zeit der Zionistische Kongress stattfand. Hier offenbarte sich ihm die ganze Kläglichkeit des bürgerlichen Zionismus und wenn er bis dahin noch etwas für ihn übrig hatte, er wurde in Wien voll und ganz davon geheilt.

Nach Berlin zurückgekehrt, begründete Kaufmann die "Freistatt",eine alljüdische Revue, wie sie in Deutschland auch bis heute nicht mehr gesehen wurde.~~xAusxlxxxxxx~~ Hier sollte nach Kaufmanns Wort ein Platz für J ü d i s c h k e i t in Deutschland geschaffen werden. Hier sollten all die drängenden Probleme des jüdischen Lebens nicht einseitig vom Standpunkt einer bestimmten Partei behandelt werden, sondern allen Richtungen und Kräften , die im jüdischen Leben wirken und ans Licht drängen, sollte in der „Freistatt" eine Freistatt geboten werden. In der "Freistatt"beginnt nun Kaufmann seinen Kampf gegen die engstirnige und engherzige Parteiführung im Zionismus. Hier wird zum ersten male die altjüdische Idee verkündet. Birnbaums Gedanke des Alljudentums findet hier einen heissem und begeisterten Verfechter, von dem selbst seine Gegner

~~bestätigen~~ müssen

anerkennen müssen, dass er das Problem in seiner ganzen Grösse erfasst. Bei aller Schärfe der Kritik, die Kaufmann an seinen Gegnern geübt hat, muss man doch anerkennen, dass diese in ihrem Wesen nie zerstörend,sondern bauend und weitertreibend war. Seine Auseinandersetzung mit der Poale Zion lässt an Schärfe und Gründlichkeit wenig zu wünschen übrig . Doch selten war das Wort eines Kritikers und Gegners so geschätzt,wie das Wort Fritz Mordechai Kaufmanns. Seine Entwickelung , die nicht stillstand,drängte ihn immer mehr zum den arbeitenden Massen des jüdischen Volkes und zu ihrer Sprache, und so erleben wir das eigenartige Schauspiel, dass gerade in Deutschland , wo das jidische die Sprache der jüdischen Volksmassen kaum dem Namen nach bekannt ist, in ihm, dem Westjuden, einen leidenschaftlichen Verehrer und Vorkämpfer findet. In der Freistatt wird eine regelmässige Rubrik über jidisches Leben und Literatur eröffnet, die den deutschen Juden ein wesentlich anderes Bild über das Leben der jüdischen Massen bieten musste, ein anderes Bild, als man aus zionistischen und ähnlichen Zeitschriften erhielt.

Wie immer , blieb ~~auch~~ Kaufmann auch hier nicht bei einem platonischen Bekenntnis. Sonem mit einem geradezu erstaunlichen Ausdauer begann er jidisch zu lernen und sich in die jidische Literatur zu versenken und ~~xxxxxxxxxxxxxx~~ es gelang ihm, wie nur wenigen Menschen, die ganze Tiefe und Schönheit des Jidischen zu ergründen. Er wurde zu einem der besten Kenner der jidischen Literatur. Dessen Aufsätze über Mendele sicherlich zu den besten gehörten die geschrieben wurden . Der Krieg unterbrach das Erscheinen der „Freistatt" und zwang Kaufmann in den Schützengraben. Mit Beendigung seiner Dienstzeit machte er sich mit verdoppeltem Eifer an seine Studien über Jidisch . Mit besonderem Liebe

widmete er sich dem jüdischen Volkslied und es gibt heute wohl keine einzige Sammlung und keine einzige Arbeit über dieses Problem, das ihm unbekannt war. Mit der ihm eigenen Ausdauer wirkte er für verbreitung und Würdigung des jüdischen Volksliedes in Deutschland, veröffemtlichte später im Jüdischen Verlag eine kleine Sammlung von Volksliedern, die wohl eine der schänsten Sammlungen überhaupt ist.

Die vor einem Jahr einsetzende Hilfsarbeit für die in Deutschland lebenden jüdischen Flüchtlinge, die durch die aus Amerikakommenden Hilfsgelder ermöglicht wurde, gab Kaufmann die Möglichkeit, auf einem neuen Gebiete für die Interessen der notleidenden jüdischen Massen namentlich für die jüdischen Arbeiter einzutreten. Er übernahm die Leitung des Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands, das aus kleinen Anfängen zu der Zentralstelle fast der gesamten jüdischen sozialen Fürsorge in Deutschland machte . Mit verhältnismässig kleinen Mitteln hat Kaufmann es verstanden, ein ganzes Netz von Fürsorgestellen im Reiche zu schaffen, die der Fürsorge der jüdischen Arbeiterschaft dienten . Es liegt im Wesen dieser ungeheuer komplizierten Arbeit, dass sie nicht vollständig und lücknlos sein kann. Doch kann man immerhin von dem von Kaufmann geleiteten Hilfswerk sagen, dass es sich des denkbar besten Rufes erfreute und dass all jene üblen Nachreden, die den amerikanischen Hilfsinstitutionen in den verschiedenen Ländern nachgesagt werden, hier ganz fehlten. Denn das Vertrauen aller Kreise zu Kaufmann war ~~in geradezu~~ überaus gross, und er hat dieses durch seine unermüd liche Tätigkeit gerechtfertigt. Er blieb nicht stehen bei der sozialen Arbeit für die Juden in Deutschland, sondern darüber hinaus versuchte er die gesamte jüdische Hilfsarbeit zu beeinflussen . Er beteiligte sich an der Welthilfskonferenz in Karlsbad und erfreute sich auch hier bald des allgemeinen vertrauens.

Ueberall seiner Tätigkeit, über seine ganze literarische und gesellschaftliche Arbeit steht uns doch Kaufmann der Mensch.

In dieser eigenartigen Persönlichkeit war die seltene Kraft vorhanden, nicht nur Ideen zu predigen, sondern auch ihnen zu leben. Judentum und Jüdischkeit , soziale Arbeit und soziale Hilfe waren für ihn nicht nur Worte, denn er stellte sein ganzes Leben danach ein, lebte so, wie er schrieb, lebte so, wie er es von anderen forderte. So wurde Kaufmann zu dem eigenartigsten und interessantesten Typus des jüdischen Lebens in Deutschland. Er stand in keiner Partei und was im jüdischen Leben wohl selten ist, man zedierte ihm das Recht, über den Parteien zu stehen, denn man erkannte, dass in diesem Menschen ganz ungeheure Fähigkeiten und Kräfte vorhanden sind, die sich nicht in den Grenzen einer Partei einspannen lassen, für die die Partei zu eng und zu schmal sei.

Mit Fritz Kaufmann verliert das jüdische Leben einen seiner besten Menschen, die jüdische Arbeiterschaft einen Freund, der ihr nahestand und bereit war, mit all seinen Kräften für sie tätig zu sein. Wir betrauern in ihm einen unserer Besten.

Inländische und Ausländische Juden im Reich und wichtigen Gebieten 1880 – 1910

	1880		1890		1900		1910	
	Jüdische Bevölk.	Davon Ausländ.	Jüd. Bevölkg.	Davon Ausländ.	Jüd. Bevölk.	Davon Ausländ	Jüd Bevölk	Davon Ausl.
Reich	561612	15000	567884	22000	586833	41113	615021	78746
Preussen	363790	10.000	372059	11390	392322	21800	415926	48166
Sachsen	6516	1000	9369	2800	12416	5637	17578	10278
Berlin	53916	2954	79286	5077	92206	11.651	143965	21683
Dresden	2280	269	2585	933	3096	1244	3734	1985
Leipzig	3265	731	4136	1496	6117	3577	9434	6376
München	4144	367	6108	794	8739	1905	11083	3030

Jerusalem 29.4.1956

Herrn Dr. Robert Welsh
Leo Baeck Institut
London N.W.3.
8. Fairfax Mansions.

Lieber Welsh,

verbindlichen Dank für Ihren Brief vom 18. ds.
Soweit es sich um das Jahrbuch handelt sehe ich die Situation völlig klar und kann nur wiederholen, dass Sie mit meiner Arbeit so verfahren können wie es Ihnen gute scheint. Da ich aber doch mit der Möglichkeit rechne, dass Sie einen Teil bringen können und ich hierfür nur die ersten 6. Kapitel für geeignet halte, sende ich Ihnen anbei für jeden Fall 2 Tabellen die noch in den ersten Teil gehören; u. zw. ist Tabelle I auf Seite 15, einzufügen, Tabelle II. ist als Seite 25 gedacht, diese fehlt im Manuskript, was aber leicht übersehen werden konnte, da ich es leider unterlies darauf hinzuweisen.

Mir fällt dabei ein, dass ich vielleicht unterlassen habe einige Korrekturen in dem Ihnen gesandten Exemplar vorzunehmen. Es handelt sich um ~~einige~~

kleinere Fehler, die aber sinnstörend sind, und Ich wäre dankbar wenn Sie das Manuskript darauf durchsehen.

Es handelt sich um Seite 14, II. Absatz 6. und 7. Zeile wo es heißt hat seinen muss 1886/87. Seite 15, 4. Zeile von oben vorletzte Zahl muss sein 1313, und 5 Zeile letzte Zahl (22%) ferner dieselbe Seite II. Absatz, 4. Zeile von oben muss sein 770.

Die Frage ob das LBI die Arbeit evtl. außerhalb des Jahrbuches herausgibt ist nicht, wann die Entscheidung hierüber in Jerusalem liegt weiß ich, es wäre mir nur lieb wenn der Vorschlag von Herrn Bäumer, wofern Sie die Arbeit für geeignet und gut halten.

Meine Absicht die letzten 2 Kapitel jetzt noch zu schreiben scheitert an der Unruhe die der Kongreß mit sich gebracht hat. Abgesehen davon dass ich Delegierter bin und an ~~allen~~ vielen Sitzungen außerhalb des Kongresses teilnehme, muss ich so viele Leute sehen, dass von Arbeit keine Rede sein kann. Da ich überdies annehme dass der letzte Teil der Arbeit für das Jahrbuch ohnehin nicht mehr in Frage kommt werde ich diesen erst nach dem Kongreß fertig schreiben.

Ihre Nachrichten erwartend bin ich mit den besten Grüßen immer Ihr

Provinzen	1881 – 1890		1891 – 1900
Volkszählungs Erg. d. J	355.790		372054
Ausländische J	8,000		3390
Überschuß d. Geb. u. St.	33,065		24895
Zuwanderung	3390		
	400.245		400,339
Verminderungen:			
Auswanderung	12,926		27153
Taufen u. Ausl.	1467		3979
	385,842		369201

1103	1184
81	81
1184	1265

TABELLE II

Inländische und ausländische Juden
im Reich und einigen wichtigen Gebieten
1880 – 1910 x)

	1880			1890			1900			1910			
	Jüd. Bevölk.	Ausl. Juden	%	Jüd. Bevölk.	Ausl. Juden	%	Jüd. Bevölk.	Ausl. Juden	%	Jüd. Bevölk.	Ausl. Juden	%	
Reich	561 612	15 000	2·6	567 884	22 000	3·9	586 833	41 113	7·0	615 021	78 746	12·8	
Preussen	363 790	10 000	2·7	372 059	11 390	3·0	392 322	21.800	5·6	415 926	48.166	11·6	
Sachsen	6 516	1 000	15·5	9 368	2 800	30·0	12 416	5637	45·5	17 578	10 378	59·0	
Berlin	53 916	2 954	2·5	74 286	5077	6·4	92 206	11 651	12·6	143 965	21 683	15%	
Dresden	2 280	299	12·0	2585	933	37·0	3096	1244	40·0	3734	1985 ~~6376~~	53·0 ~~66·5~~	
Leipzig	3 265	331	22·5	4136	1696	41·0	6117	3577	58·5	9434	6376	67·5	
München	4 144	367	9·0	6108	794	13·0	8739	1905	22·0	11 083	3030	27·5	

x) Die Zahlen beruhen auf Veröffentlichungen der Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden Jahrgänge 1905–1913.

Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen
Deutschlands.

Der Krieg und die mit ihm im Zusammenhang stehende Verminderung der deutschen Arbeiterschaft bewirkten während der Kriegsjahre eine ziemlich starke Abwanderung jüdischer Arbeiter aus dem Osten, insbesondere aus Russisch-Polen. Diese Abwanderung war teils freiwillig, teils zwangsmässig (Deportation).

Die Lage dieser während des Krieges nach Deutschland eingewanderten ostjüdischen Arbeiter, die über fast ganz Deutschland versprengt waren, war in mehr als einer Hinsicht schlecht. Der Sprache unkundig, sowie in Unkenntnis der während des Krieges erlassenen rechtlichen Bestimmungen, setzten sie sich häufigen Strafen aus, darüber hinaus waren sie der Willkür ihrer Arbeitgeber fast restlos ausgeliefert. Als Ausländer, unter Kriegsausnahmerecht stehend, war es ihnen nicht möglich, selbst ihre Interessen wahrzunehmen, insbesondere in Auseinandersetzungen mit ihren Arbeitgebern über aus dem Arbeitsverhältnis resultierende Streitfragen einzutreten. Die Tatsache der Schutz- und Rechtlosigkeit dieser ostjüdischen Arbeiter veranlasste die Begründung des "Sekretariats für ostjüdische Arbeiter bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" in Berlin. An jüdischen Organisationen waren bei der Begründung des Sekretariats beteiligt:

U.O.B.B.

Die Grossloge für Deutschland, der Hilfsverein der deutschen Juden, das Komitée für den Osten, die Zionistische Vereinigung für Deutschland.

Das Sekretariat, das seinen Sitz im Hause der Gewerkschaftskommission am Engelufer 10 hatte, begann seine Tätigkeit am 1. Januar 1918 unter der Leitung des Poale-Zionisten Herrn Isaak Kornfeld. Dieses Sekretariat war von nun an die Interessenvertretung der ostjüdischen Arbeiter in Deutschland. Seine Tätigkeit erfolgte im engsten Einvernehmen mit der Generalkommission der Gewerkschaften.

Nach Beendigung des Krieges und mit Inkrafttreten der Demobilmachungsbestimmungen wurde die Aufgabe des Sekretariats erweitert. Es wurde automatisch zum Rechts- und Schutzbüro aller in Deutschland lebenden ausländischen Juden. Es regelte die mit dem Einsetzen der Demobilmachungsbestimmungen entstandenen Fragen der Entlassung der ostjüdischen Arbeiter und ihres Abtransportes nach den Heimatländern, was infolge der Entstehung der neuen Staaten im Osten vielfach auf unüberwindliche Schwierigkeiten stiess. Da die neuen Staaten die ostjüdischen Arbeiter, die während des Krieges in Deutschland hauptsächlich in der Kriegswirtschaft beschäftigt waren, nicht übernehmen wollte, stand das Sekretariat vor der schwierigen Aufgabe, diese Arbeiter in Deutschland zu versorgen bezw. ihre Legitimierung und allmähliche Abwanderung nach dem Westen durchzuführen.

Die Zahl der in Deutschland befindlichen Ostjuden erfuhr durch die nach dem Kriege einsetzenden Pogromwelle im Osten, die viele tausende Juden dazu zwang, nach Deutschland zu flüchten, eine starke Vermehrung. Auch diese Flüchtlings wandten sich an das Sekretariat um Schutz und Hilfe. Das Sekretariat war aber in seiner ursprünglichen Zusammensetzung nicht mehr in der Lage, diesen verstärkten Anforderungen zu entsprechen. Es wurde daher eine Reorganisation und Verbreiterung seiner Basis notwendig, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Hilfsansprüche der Flüchtlinge

auch in materieller Hinsicht so gross wurden, dass ihre Bewältigung aus in Deutschland aufzubringenden Geldmitteln allein nicht mehr möglich war.

A, 31.12.1919 stellte das Sekretariat seine Tätigkeit ein, am 4.1.1920 erfolgte die Gründung des "Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands." An der Gründungskonferenz nahmen teil: Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die Deutsche Zentrale für jüdische Wanderfürsorge, die Grossloge für Deutschland U.O.B.B., der Hapoel Hazair, der Hilfsverein der deutschen Juden, die Jüdische Gemeinde Berlin, die Jüdisch-sozialdemokratische Arbeiterorganisation Poale-Zion, das Komitee für den Osten, der Verband der Ostjuden, die Zionistische Vereinigung für Deutschland. Diese Organisationen beschlossen die Gründung des Arbeiterfürsorgeamtes und verpflichteten sich durch jährlich zu zahlende Beiträge die Verwaltungskosten aufzubringen. Die Kosten der direkten sozialen Fürsorge für die Flüchtlinge wurden vom American-Joint-Distribution-Comitee in New York übernommen, das das Arbeiterfürsorgeamt mit der Bearbeitung der für die ostjüdischen Flüchtlinge notwendigen fürsorgerischen Massnahmen betraute.

Die umfangreiche Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes, die schon einige Monate vor der offiziellen Gründung eingesetzt hat, war nur im engsten Zusamnehang mit den Reichs- und Staatsbehörden durchzuführen.

Besondere Bedeutung hatte das Zusammenarbeiten mit den Staatsbehörden in Preussen, durch die das Arbeiterfürsorgeamt in dem Erlass des Minister des Innern vom 1.XI.1919 - IV b 2719 - der sich mit der Regelung der Verhältnisse der nach Deutschland deportierten ausländischen Juden befasst, als Fürsorgeorganisation anerkannt wurde. Die Zusammenarbeit

mit den Behörden gestaltete sich derart, dass das Arbeiterfürsorgeamt bei allen die Ausländer betreffenden Erlassen gutachtlich gehört wurde, und dass die Polizeibehörden bei Erlass von Ausweisungsverfügungen gegen Ausländer die Meinung des Arbeiterfursorgeamtes anhörte und sein Eingreifen in allen jenen Fällen veranlasste, in denen Gefahr bestand, dass die Ausländer der Oeffentlichkeit zur Last fallen könnten.

In der Gründungssitzung des Arbeiterfursorgeamtes vom 4.1.1920 wurde Herr Fritz Mordechai Kaufmann in die Leitung des Arbeiterfürsorgeamtes berufen.

Die Eigenart des Arbeiterfursorgeamtes bestand darin, dass hier zum ersten Male in Deutschland und wahrscheinlich in Europa eine Stelle vorhanden war, die die sogenannte Ostjudenfrage nicht als eine Gefahr, sondern als ein sozialpolitisches Problem ansah, dessen Bewältigung nur auf sozial-politischem Wege und nicht durch Polizei und Zwangsmassnahmen erfolgen könnte. Diese Auffassung des Ostjudenproblems ist in der von Fritz Mordechai Kaufmann und seinem Mitarbeiter Dr. Werner Senator herausgegebenen Broschüre des Arbeiterfursorgeamtes "Die Einwanderung der Ostjuden" Berlin 1920, Weltverlag, ausführlich dargelegt.

Neben den Massnahmen des politischen Schutzes ergab sich auch, wie bereits erwähnt, die Notwendigkeit bedeutender fürsorgerischer Massnahmen für die Flüchtlinge. An Stelle des völlig unzulänglichen Unterkunftswesens für Juden in Berlin schuf das Arbeiterfürsorgeamt durch Uebernahme des dem Berliner Asylverein gehörenden Asyl in der Wiesenstrasse eine neuzeitliche, den Anforderungen der Zweckmässigkeit und Hygiene entsprechende Unterkunftsstätte, in der die Flüchtlinge Monate, ja manche

Familien Jahre lang untergebracht wurden. Hier erfolgte auch die Beköstigung und ärztliche Behandlung. Für die Familien, die Kinder im schulpflichtigen Alter hatten und sich längere Zeit in Berlin aufhalten mussten, wurde eine Schulklasse eingerichtet, in der sie von sprachkundigen Lehrkräften in ihrer jiddischen Muttersprache unterrichtet wurden. Dank der verständnisvollen und auf die Eigenart der Flüchtlinge eingehenden Behandlung durch das Arbeiterfürsorgeamt, gelang es im Laufe der Jahre den Flüchtlingsstrom über Deutschland weiter zu leiten und ihn nach überseeischen Ländern, namentlich nach Nord- und Südamerika zu führen. Diese Aufgabe konnte besonders dank der engen Zusammenarbeit mit dem Hilfsverein der deutschen Juden gelöst werden.

Diejenigen Flüchtlinge, die aus Deutschland nicht herauskommen konnten, wurden durch Arbeitsbeschaffung der deutschen Volkswirtschaft eingegliedert. Diese Arbeit erfolgte in Verbindung mit dem jüdischen Arbeitsamt (s.a. Arbeitsämter).

In den Jahren 21, 22 und 23 wurde die Ostjudenfrage zu einem Kampfobjekt der politischen Parteien. Es gab zahlreiche Interpellationen im Landtag und im Reichstag, in denen auch die Tätigkeit des A.F.A. lobend und kritisierend häufig erwähnt wurde. Die öffentlich rechtliche Behandlung der Ausländer unterlag gemäss der an - und abschwellenden antisemitischen Bewegung mancherlei Verschiedenheiten. Die Frage war inzwischen dadurch kompliziert geworden, dass zahlreiche Ausländer infolge der Gesetzgebung ihrer Heimatstaaten staatenlos geworden waren und damit die Möglichkeit zur Abwanderung verloren hatten (s.Staatenlose). Das galt insbesondere für die aus den Successionsstaaten der ehemals österreich-unga-

rischen Monarchie, für die aus Polen und Litauen und für die aus Russland stammenden Juden. Zum Teil wurden diesen Flüchtlingen die Bürgerrechte einfach aberkannt (z.B. in Russland), zum Teil wurden die Friedensverträge in einer Weise zur Anwendung gebracht, die diesen Juden das Heimatrecht nicht gaben (z.B. Deutsch-Oesterreich). Ein grosser Teil der Flüchtlinge war daher nicht mehr in der Lage, Ausweisungsbefehlen nachzukommen. Um die Flüchtlings trotzdem zur Ausreise zu zwingen, wurden Internierungslager eingerichtet, gegen die das A.F.A. einen sehr heftigen Kampf führte, der aber erst nach Jahren, im Jahre 1924, zur Auflösung der Internierungslager führte. Besonders zugespitzt hatten sich die Verhältnisse in Bayern. Di- Internierungslager Lechfeld und Ingolstadt zählten mit zu den traurigsten Erscheinungen des nachrevolutionären Deutschland. Auch hier hat das A.F.A. durch seine Münchener Stelle mit mehr oder weniger Erfolg einzugreifen versucht. Denn inzwischen waren seinem ausserordentlichen Aufgabenkreis entsprechend in ganz Deutschland Zweigstellen des A.F.A. entstanden. Im Jahre 1923 gab es folgende Stellen: Berlin, Beuthen, Bochum, Breslau, Cöln, Duisburg, Frankfurta/M., Hamburg, Königsberg, Mannheim, Minchen. Mit der immer stärker werdenden Abwanderung, mit der Beruhigung der öffentlichen Meinung, verkleinerten sich auch die Aufgaben des A.F.A., das im Jahre 1924 seine fürsorgerische Tätigkeit an die Berliner Jüdische Gemeinde bezw. an die örtlichen Gemeinden übergab und sich wiederum allein der politischen und rechtlichen Arbeit widmete. Nach dem Tode von Fritz Mordechai Kaufmann im März 1921 wurde das A.F.A. von Dr. Werner Senator und Alfred Berger geleitet. Seit

Ausscheiden dieser beiden Herren wird es von Herrn S. Adler-Rudel geleitet, der seit dem Jahre 1920 dem A.F.A. angehört. Dem Präsidium gehören z.Zt. folgende Herren an:

Alfred Berger, Eugen Caspary, Dr. Oscar Cohn, Dr. Berthold Haase, Dr. Paul Nathan, Nathan Rabinowicz, Dr. Martin Rosenblüth, Leg.Rat Prof. Df. Sobernheim.

Im	Jahre	1920	wurden	ca.	35 000	Fälle	vom	A.F.A.	behandelt
"	"	1921	"	"	25 000	"	"	"	"
"	"	1922	"	"	21 000	"	"	"	"
"	"	1923	"	"	12 360	"	"	"	"
"	"	1924	"	"	8 990	"	"	"	"
"	"	1925	"	"	5 150	"	"	"	"

Alfred Berger

Lit. Schriften des Arbeiterfürsorgeamtes d.jüd.Organisationen Deutschl.
I. Die Einwanderung der Ostjuden, eine Gefahr oder ein sozialpolitisches Problem. Vier Aufsätze, Welt-Verlag Berlin 1920
II. Ostjuden in Deutschland. Philo-Verlag Berlin SW.68.1921
Dr. Paul Nathan. Die Ostjuden in Deutschland und die antisemitische Reaktion. Philo-Verlag Berlin 1922.
Rudeolf Bertram, Die Ostjuden in Deutschland.Philo-Verlag Berlin 1924
Protokolle der Sitzungen des Preuss.Landtages
1921. 41, 42, 43. Sitzung
1922. 148, 149, 188. "
1923. 250. "

Abschrift.

Der Reichsminister des Innern

II B 5135

Berlin NW 40, den 20. Juli 20.
Königsplatz 6, Moltkestr. 6.

Um gefl. Mitteilung der Entschliessung des preuss. Staatsministeriums auf mein Schreiben vom 31. Mai 20, betr. Massnahmen zur Abwehr der Zuwanderung fremdstämmiger Ausländer, beehre ich mich zu ersuchen.

Ergänzend darf ich bemerken:

wie mir der Herr Reichsarbeitsminister mitteilt, haben die Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Wohnungwesens in letzter Zeit eine steigende Verschärfung erfahren. Die Zahl der Wohnungssuchenden wächst ständig. Allein in Berlin suchen etwa 80 000 Haushaltungen Wohnungen. Der Nachfrage steht ein verschwindend geringes Angebot von Wohnungen gegenüber. Der Flüchtlingszustrom wächst. In den letzten Wochen sind viele tausende deutscher Beamten und Staatsarbeiter aus den an Polen abgetretenen Gebieten ausgewiesen worden. Die vertriebenen Deutschen sind gezwungen, zum Teil in Güterwagen, Baracken oder anderen unzulänglichen Unterkunftsangelegenheiten zu wohnen. Unter diesen Umständen erregt es bei der Bevölkerung steigenden Unwillen, dass viele tausende fremdstämmiger Ausländer im Inland Wohnraum innehaben.

Auch die Lage des Arbeitsmarkts hat sich verschlechtert; die Zahl der Erwerbslosen ist namentlich in den Grossstädten in schnellem Wachstum begriffen . Die Fernhaltung fremdstämmiger Ausländer durch die Wohnungsnot und Mangel an Arbeitsgelegenheit für die einheimische Bevölkerung verschärft werden, wird daher immer dringlicher.

In meinem Schreiben vom 31. Mai 20 habe ich eingehend dargelegt, dass der Erlass des vormaligen Herrn Ministers des Innern vom 1.Nov- 19 auf dem Gebiete der Fremdenpolizei ein Sonderrecht allein zu Gunsten der Ostjuden geschaffen und damit die ostjüdische Einwanderung mittelbar begünstigt,ihre Bekämpfung erschwert hat. Der Erlass des jetzigen Herrn Ministers des Innern vom 1. Juli 20 schränkt zwar,wie ich gern anerkenne,die von seinem Herrn Amtsvorgänger getroffene Regelung in einzelnen Punkten ein,aber auch er belässt es dabei,dass den Ostjuden besondere Vorzugsrechte auf dem Gebiete der Fremdenpolizei gewährt werden. Es bleibt dabei,dass in Preussen - entgegen der Uebung in allen Ländern des Reichs - die Ostjuden gegen Verletzung der Passvorschriften bei Ueberschreitung der Grenze nicht ausgewiesen werden dürfen, (! !)

dass die preuss. Polizeibehörden verpflichtet werden,den Ostjuden schon dann Personalausweis auszustellen,wenn die jüdischen Fürsorgeorganisationen erklären,für ihre Personenfeststellung die Gewähr zu übernehmen (!!)

dass ostjüdische,durch die jüdischen Fürsorgeorganisationen vermittelte Arbeiter,in Betrieben,in denen nicht mehr als 10 ausländische Arbeiter beschäftigt werden,ohne Prüfung des Bedürfnisses zuzulassen sind (!!)

dass die Ausweisung von Ostjuden wegen Arbeitslosigkeit oder mangelnden Unterkommen erst zulässig ist,wenn den jüdischen Fürsorgeorganisationen eine Frist zur Unterbringung gegeben und fruchtlos verstrichen ist, (!!)

dass von der Festnahme von Ostjuden zur Vorbereitung der Ausweisung dann in der Regel Abstand zu nehmen ist,wenn die jüdische Fürsorge erklärt,die Kontrolle über den betroffenen Ostjuden zu übernehmen.(!!)

Wegen der Wirkungen dieser Regelung darf ich auf die eingehenden Darlegungen meines Schreibens 1920 Bezug nehmen.

Ich weise nochmalsdarauf hin,dass irgend welche Gründe,die eine Vorzugsbehandlung dieser Gruppe der fremdstämmigen Ausländer rechtfertigen könnten,jetzt jedenfalls nicht mehr bestehen und wiederhole,dass mir eine alle fremden Rassen und Nationen gleichmässig behandelnde weder Vorzüge noch Nachteile für einzelnen Gruppe schaffende Regelung aus Gründen der Gerechtigkeit und Gründen der äusseren und inneren Politik notwendig erscheint.

An den
Herrn Präsidenten des Preuss.Staatsministeriums.

A2 7185 D/19
RW-ADO; ADLER-RUDEL; re EAST EUROPEAN Jews, 1882-1919

July 1918 - Copy of a letter from Dr. Franz Oppenheimer, representative of the "Committee for the East" to the German Consul General in Berne, assessing the attitude of Swiss Jews as anti-german and pro-British, and outlining strategies by which this feeling might be neutralized or reversed.

April 1887 - Report by Dr. Rulf to the "Permanent Committee for Aid to the Needy Russian Israelites", recommending that they be helped to emigrate.

Autumn 1918 - Proclamation by the "Jewish National Secretariat of the Ukraine" of its aims and purposes in establishing the promised Jewish autonomy in the region, under the provisional national assembly.

August 1914 - Proclamation by the commanders of the United German and Austro-Hungarian armies to the Jews of Poland, promising fair treatment in return for help against the Russians

Autumn 1919 - Regulations as to disposition of indigent and unemployed Jews in Prussian areas - i.e. either support by the local or Prussian State Jewish community, or return to Poland. Signed by the Prussian interior minister 11-1-19

May 1919 - Report by "Peretz" to the aid committee of Königsberg in regard to the information survey of the Polish-Jewish refugees in the Suwalk area.

(No date) - Circular # x of the "Jewish National Secretariat of the Ukraine", calling on the Jewish communities of the Ukraine to express their outrage at the recent pogroms in Poland and to raise funds for relief of the victims.

הועד הפועל הלאומי
— של —
יהודי אוקרינה.

חוזר 2.

אל הקהלות באוקרינה.

הולך ומתגשם חלומם ההיסטורי של הפולנים.

שלשת חלקי הארץ המפוררה והנדכאה מתאחדים למלוכה אחת חפשית גדולה. וחג פולני זה, חג השחרור הלאומי נכתם בדם יהודים.

בו ביום שהוסרה היד החזקה של האוקופציה האשכנזית, התחילו על פני חוצות ורשה ויתר ערי פולין הריגות של יהודים. וסמוך לזה באו הפוגרומים—הפוגרום בקילץ, ברדום, הפוגרומים בכל פלך חלם, שורת הפוגרומים בגליציה—בזטור, פולזנה, שירשה, פוסישטקוב—ולסוף שחיטת ימי הבינים ההמונית בלמברג.

לא בפעם הראשונה נפלו יהודים חלל ע"פ חוצות פולין. בפרעות הנוראים של החיל הרוסי-קוזקי על יד חבל החזית בפולין ובגליציה בראשית המלחמה—היתה היד הצבועה של המסירה הפולנית באמצע.

אבל אלה היו הימים האפלים של הריאקציה והשעבוד הכללי. עכשו נתקה פולין את כבליה, ובכל זאת הרי אדמתה כמקודם בית-קברות לאוכלוסיה היהודים.

בקצור מודיע הטלגרף ע"ד המעשה הנורא בלמברג. ימים מספר כבר עברו, ומי יודע אולי אין רציחת למברג האחרונה; אולי הולך עוד ונשפך דם היהודים בגליציה ובפולין.

אל דמי לנו!

הועד הפועל הלאומי של יהודי אוקרינה ביחד עם באי-כח הועד המרכזי של הקהלות ברוסיה, החליט לאחז, מבלי להכית אף רגע, בכל האמצעים כדי לשים קץ לרציחות בפולין, וראשית כל לעורר תנועת מחאה חריפה בכל הארץ, להחריד את דעת הקהל אשר מסביב ולהשפיע שיושם קץ לשחיטת היהודים.

הועד הפועל הלאומי פונה בקול קורא זה לכל הקהלות אשר באוקרינה, בכדי שתכף תתעורר תנועה רחבה, אשר תביע את כאבנו העמוק וזעמנו הקשה, ומשום זה דורשים אנו מאת הקהלות:

לקרוא לישיבות פומביות ולקבל החלטות נגד שפיכת-דם היהודים,

לסדר לשם מחאה אספות-עם,

לפרסם את המחאות בעתונות המקומית,

ולהתחיל בקבוץ-כסף פומבי לטובת נגוע הפרעות.

אל נא נתן לרעל השיבוזם לשגשג ולפרח על דם ורמע יהודים!

אל נא נתן שהצבור האנטישמי הפולני יהיה המושל הבלתי-מגבל והיחידי של מיליוני היהודים אשר בפולין, כי ע"י פרעות בלי-הפוגות—בימי שקט ושפיכות דמים—בימי סער ידכאו את העם העברי.

דער אידישער
נאציאנאלער סעקרעטאריאט
אויף אוקראינע.

צירקוליאר 2.

צו די קהלות אין אוקראינע.

עס ווערט איצט פאַרווירקליכט דער הסטאָרישער טרוים פון די פאָליאַקען. די דריי מיילען פון זייער צוריסען און ביז איצט דערשטיקטען לאַנד פאַראייניגען זיך אין איין גרויסער פרייער מלוכה. און דער יום טוב פון דער פוילישער נאציאָנאַלער באַפרייאונג איז באַפלעקט געוואָרען מיט אידיש בלוט.

ווי נאָר די אייזערנע האַנד פון דער דייטשער אָקופאַציע איז אַראָבגענומען געוואָרען, שוין אין דעם זעלבען טאָג האָבען זיך אויף די גאַסען פון וואַרשא און אַנדערע פוילישע שטעדט אָנגעהויבען אידישע הריגות, און באַלד זיינען געקומען די פאָגראָמען—דער פאָגראָם אין קיעלץ, אין ראַדאָם, די פאָגראָמען איבער גאַנץ כעלמער גובערניע, אַ רייהע פאָגראָמען אין גאַליציע—אין זאטאָר, פילזנע, שיערשא, פוסישטקאָוו און אַנדערע, און איצט ענדליך די שרעקליכע מיטעלאַלטערישע מאַסען-שחיטה אין לעמבערג.

ניט צום ערשטען מאָל פאַלען אידישע קרבנות אין די גאַסען פון פוילען. אין די שוידערליכע רוסישע קאַזאַצקע מיליטער-פאָגראָמען ביים פראָנט-געגענד אין פוילען און גאַליציע אין אָנפאַגג מלחמה האָט זעהר אָפט געשטעקט די יעזואיטישע האַנד פון דער פוילישער מסירה.

געווען איז עס אָבער אין די פינסטערע טעג פון רעאַקציע און אלגעמיינער אונטערדריקונג. איצט האָט פוילען אירע קייטען אַראָבגעוואָרפען—און דאָך ווי פריהער בלייבט דאָס פוילישע לאַנד אַ בית-הקברות פאַר דער אידישער באַפעלקערונג.

קורץ מעלדעט דער טעלעגראַף וועגען די אכזרינות אין לעמבערג. עס זיינען פון יענער צייט אַ צאָל טעג פאָראיבער, און ווער ווייס—אפשר איז לעמבערג ניט די לעצטע רציחה, אפשר גיסט זיך נאָך איצט אידיש בלוט איבער גאַליציע און פוילען.

מיר טאָרען ניט שווייגען. דער אידישער נאציאָנאַלער סעקרעטאַריאַט, צוזאַמען מיט די פאָרשטעהער פונ'ם צענטראַל-ועד פון די אידישע קהלות אין גרויס-רוסלאַנד, האָט באַשלאָסען גלייך, ניט וואַרטענדיג קיין מינוט, אָנצונעהמען מיטלען כדי אָבשטעלען די פוילישע רציחות, און ראשית כל אויפהויבען אַ שאַרפע פראָטעסט-באַוועגונג איבערן לאַנד, אויפצושטורמען די אַרומיגע געזעלשאַפטליכע מיינונג און ווירקען, אַז עס זאָל אַ כוף צו די אידישע שחיטות געהמען.

דער נאציאָנאַלער סעקרעטאַריאַט ווענדעט זיך מיט דעם קול קורא צו אַלע קהלות אויף אוקראינע, אַז עס זאָל אויף די ערטער גלייך אויפגעהויבען ווערען אַ ברייטע באַוועגונג, כדי אויס צודריקען אונזער טיפען וועהטאָג, אונזער גרויסען צאָרן.

צו דעם צוועק פאָדערן מיר אויף די קהלות:

צינויפצורופען תיכף עפענטליכע זיצונגען און אָננעמען רעזאָליוציעס געגען דער אידישער בלוט-פאַרגיסונג.

אָרגאַניזירען גרויסע פאָלקס-פאַרזאַמלונגען מיט פראָטעסטען,

פאַרעפענטליכען די פראָטעסט-רעזאָליוציעס אין דער גאַנצער אָרטיגער פרעסע,

אָנהויבען אַנ'עפענטליכע געלד-זאַמלונג לטובת די פאָגראָם קרבנות.

מען טאָר ניט דערלאָזען, אַז אויף אידיש בלוט און טרערען זאָל אויפבליהען די גיפטיגע בלום פון שאָוויניזם, אַז די אַנטיסעמיטישע פוילישע געזעלשאַפט זאָל ווערען דער זעלבסט-שטענדיגער בעל-דבית איבער עטליכע מיליאָן פוילישע אידען

אם גם לא כל העם הפולני השתתף באופן בלתי אמצעי בשפיכת דם היהודים, בכל זאת הרי האחריות מוטלת על פולין כלה, שלא עמדה על המשמר ולא אחזה באמצעים, בכדי שהאיבה הבוערת של האנטישימיות הפולנית תכבה ולא תביא לידי שחיטת־אנשים. הסכנה, המרחפת על פני היהדות הפולנית מתגברת באופן איום מיום ליום ומשעה לשעה, והדימוקרטיה העולמית מחויבת להתערב בדבר, לערב את הזכויות האזרחיות של המעוט היהודי בפולין ובגליציה.

ערבות זו צריכה להיות תנאי מוכרח לעמידתה ברשות עצמה של פולין.

בזה אנחנו מודיעים אתכם את החלטת המחאה בדבר הפרעות בפולין, שנתקבלה בישיבת הועד הפועל של יהודי אוקרינה:

„ברצח ודם, בבז ובלע: כסו הפרעות ביהודים בפולין וגליציה את שחר הרוחה של פולין על מפתן הכנסה אל משפחת העמים התרבותיים והחפשיים.

על האומה היהודית, שתמיד נלחמה בשורות הראשונות בעד היושר והחופש של העמים הנדכאים, נפלו שוב בלהות של מעשי רצח ואלמות באנשים נקיים מעון, הנעשים על ידי אלה, אשר רק אתמול מעמו אתה יחד את מרירות העבדות והרדיפות. דמי ההרוגים והנפצעים קורעים שמים בזעקתם, ויהודי אוקרינה, כחלק בלתי נפרד מן היהדות העולמית מביעים על ידי „הועד הפועל הלאומי" את מרי קצפם, התרגזותם ואת מחאתם העמוקה נגד מעשי האונס, שעשה חלק מן החיל והתושבים הפולניים ביהודי פולין וגליציה.

ולפני הקברים הרעננים, קברות האחים, מתוך הכרה מלאה של חובתנו אל העם, שדמו נשפך כעת כמים, אנחנו מכריזים: אנו לא נתן להביא אותנו ואת צאצאינו לקרבן, לא נתן לנוגשים, שכורי־השחרור, לרדפנו עד חרמה. אנחנו מטילים את האחריות גם על הדימוקרטיה הפולנית על שלא הפסיקה את מעשי האלמות.

אנו דורשים, שיושם תיכף קץ לפרעות האכזריות, ושבהשתתפות של באי כח העם העברי תעשה חקירה שלמה ומלאה בעד הפרעות, שישלמו את הנזק לכל אלה, שסבלו מהפרעות, ושיבטלו לגמרי את כל התנאים, הנותנים מקום לחרש שוב מעשים ברבריים כאלה, ע"י הבטחה גמורה ושלמה להמעוט היהודי בפולין וגליציה לא רק של הזכויות האזרחיות והפוליטיות, אלא גם של הזכויות הלאומיות.

אנו פונים אל ברית־העמים, המתהוה עכשיו, אל נושאי נס השלום והיושר, שיבואו לעזרתנו במלחמה בעד חיינו, כבודנו ורכושנו".

הועד הפועל הלאומי של יהודי אוקרינה.

אז מיט שטילע פאגראמען אין די רוהיגע צייטען און מיט בלוט, פאגראמען אין דער צייט פון שטורם זאל מען דערשטיקען די אידישע באפעלקערונג.

ניט אלע עלעמענטען פון דער פוילישער געזעלשאפט האבען א דירעקטיין אנטייל גענומען אין דער אידישער בלוט־פארגיסונג. דאך פאלט די פולע אחריות אויף גאנץ פוילען און אירע רעגירענדע און פירענדע קרייזען, וועלכע האבען ניט פארהיט און קיינע מיטלען ניט אנגענומען, כדי דער ברענענדער פוילישער אנטיסעמיטישער האס זאל פארלאשען ווערען און ניט ברענגען צו מענשען־שחיטות. די סכנה, וועלכע שוועבט איבער'ן קאפ פונ'ם פוילישען אידענטום, ווערט פון טאג צו טאג שרעקליכער, און די וועלט־דעמאקראטיע מוז זיך גלייך אריינמישען, כדי עס זאל גאראנטירט ווערען דער אידישער מינאריטעט אין פוילען און גאליציע אירע מענשליכע און נאציאנאלע רעכט. נאר אזא גאראנטיע דארף זיין די קאטעגארישע באדינגונג פאר דער פוילישער זעלבסטשטענדיגקייט.

דערביי ווינען מיר אייך מודיע די רעזאלוציע, וועלכע ס'האט אנגענומען דער אידישער נאציאנאלער סעקרעטאריאט אויף אוקראינע געגען די פאגראמען:

„מיט רציחה און בלוט, מיט שאנד און שפאט האבען די אידישע פאגראמען אין פוילען און גאליציען פארדעקט די ערשטע פרייהייטס־שטראלען פון פוילען אויפ'ן שוועל פון איר אריינטריט אין דער משפחה פון קולטורעלע פרייע פעלקער. די אידישע נאציע, וועלכע האט אין די ערשטע רייהען שטענדיג געקעמפט פאר פרייהייט און עהרע פון די אונטערדריקטע פעלקער, איז ווידער פול מיט שרעקען פון בלוטיגע גוואלדטהאטען איבער אונשולדיגע, מצד די זעלבע, מיט וועלכע זי האט ערשט נעכטען אינאיינעם געטיילט דעם יאך פון קנעכטשאפט און רדיפות. דאס פארגאסענע בלוט שרייט צום הימעל, און דאס אידענטום פון אוקראינע, אן ארגאנישער טייל פון דער אלוועלטליכער אידישער נאציע, דריקט אוים דורך דעם נאציאנאלען סעקרעטאריאט פאר דער גאנצער קולטורעלער וועלט זיין צארן און אויפרעגונג און זיין הייסען שארפען פראטעסט געגען די גוואלדטהאטען, וועלכע עס איז באגאנגען א טייל פון דעם פוילישען מיליטער און פון דער באפעלקערונג געגען די אידען אין פוילען און גאליציע.

שטעהענדיג פאר די פרישע קברים פון אונזערע ברידער, מיט'ן פולען באוואוסטזיין פון אונזער חוב בנוגע צום פאלק וואס געהט איצט ווידער אפ מיט בלוט, ערקלערען מיר, אז מיר וועלען ניט דערלאזען, אז מען זאל אונז און אונזערע ברידער ברענגען פאר א שטומען קרבן, אז מיר זאלען געיאגט און געפלאגט ווערען פון די נצחון־פארשכירטע אונטערדריקער. מיר מאכען פאראנטווארטליך אויך די דעמאקראטיע פון פוילען וועלכע האט דערלאזט צו אזעלכע גוואלדטאטען.

מיר פאדערען, אז ס'זאלען גלייך אבגעשטעלט ווערען די אונמענשליכע רציחות, אז ס'זאל באשטימט ווערען א אויספארשונג וועגען די פארגעקומענע פאגראמען, מיט'ן אנטייל פון פארשטעהער פון דער אידישער נאציע, אז מען זאל א מקערען דעם שאדען די געליטענע פון די פאגראמען, און אז ס'זאלען להלוטין אבגעשאפען ווערען די באדינגונגען, וועלכע מאכען מעגליך אזעלכע בארבארישע אקטען. דורך אן אבסאלוטע גאראנטיע ניט בלויז פון די בירגערליכע און פאליטישע,—נאר אויך די נאציאנאלע רעכט פון דער אידישער מינאריטעט אין פוילען און גאליציע. מיר רופען דעם פעלקער־בונד, וואס ווערט איצט געבילדעט, דעם טרעגער פון וועלט־שלום און יושר, אונז צו העלפען אין דעם קאמף פאר אונזער לעבען, כבוד און אייגענטום."

דער אידישער נאציאנאלער סעקרעטאריאט
אויף אוקראינע.

KOMITEE FÜR DEN OSTEN

Bericht über die im Auftrage des Königsberger Hilfskomitees im Mai 1919 nach dem S u w a l k e r Bezirk unternommene Informationsreise in Angelegenheit der jüdisch-polnischen Flüchtlinge.

Am 5. Mai d. Js. trat unsere Kommission, bestehend aus den Herren J e s e r s k i, L i e b e c k, R a w r a w a y und dem Unterzeichneten, die ihr von dem Königsberger Hilfskomitee aufgetragene Reise nach dem S u w a l k e r Bezirk an, um einer Anregung unseres Oberpräsidenten B a t o c k i entsprechend, uns der dort befindlichen jüdischen Flüchtlinge aus Polen anzunehmen; nicht damit sie, wie es in dem Schreiben des Oberpräsidenten heisst, „auf ihre Glaubensgenossen in den anderen Ländern in einer den Anmassungen der Polen entgegenwirkenden Richtung einzuwirken," sondern um einfach eine menschlich brüderliche Pflicht an diesen unseren ~~Glaubensgenossen~~ bedrängten, notleidenden und hilflosen Glaubensgenossen zu erfüllen. Wir kamen am 6. Mai nachmittags über M a r g g r a b o w a in S u w a l k i an und beeilten uns, bald noch an demselben Nachmittage bei dem deutschen Kreishauptmann von S u w a l k i, Regierungsrat V e n s k e, vorzusprechen, an den wir Empfehlungsschreiben vom Oberpräsidenten mitbekommen hatten und von dem wir nähere Anweisungen für die Durchführung unserer Aufgabe zu erhalten hofften. Regierungsrat V e n s k e war aber nicht anwesend, und wir wurden von seinem Vertreter, einem Friedensrichter M e n z e l empfangen, der uns aber über die dortigen jüdisch-polnischen Flüchtlinge wenig zu sagen wusste und über die ganze Angelegenheit offenbar gar nicht orientiert war. Er dachte vielmehr von uns Näheres über die Flüchtlinge zu erfahren, was natürlich nicht möglich war, und gab uns schliesslich ~~einige~~ die Namen einiger Vertreter der dortigen

jüdischen

jüdischen Gemeinde und diejenigen amtlichen Stellen ~~auf~~ in S u w a l k i auf, von denen wir evtl. Näheres zur Sache hören würden. -

Bei dem allgemeinen Gespräch mit dem von amtlicher deutsche Seite unterstützten Vertreter des Kreishauptmanns über eine mögliche Hilfeleistung für die sich dort aufhaltenden geflüchteten Juden wurde der Plan ins Auge gefasst, diese jüdischen Flüchtlinge in einem Lager in dem von den Deutschen besetzten Litauen unterzubringen, wo sie unter dem Schutze der deutschen Behörden vor den Verfolgungen der Polen sicher sein würden. Die Unterhaltung, Verpflegung usw, dieser Schützlinge müsste das jüdische Hilfskomitee in Deutschland übernehmen.

Der Besuch auf dem deutschen Kreisamt hatte uns zu der Ansicht gebracht, dass man bei den deutschen Behörden in S u w a l k i im ganzen nur wenig Bestimmtes über die jüdischen Flüchtlinge aus Polen weiss, und dass wir in dieser Hinsicht am ehesten etwas Näheres von den jüdischen gemeindlichen Stellen in S u w a l k i erfahren dürften. Wir setzten deshalb unsere Besuche bei den übrigen amtlichen Stellen der deutschen Verwaltung zunächst nicht weiter fort, sondern suchten am nächsten Vormittag vorerst die uns von dem Herrn M e n z e l aufgegebenen Vertreter der jüdischen Gemeinde auf: zuerst einen Advokaten D a n i l e w i t s c h, Mitglied der Städtischen Rada (Stadtverwaltung), der uns aber erklärte, dass er sich seit längerer Zeit nicht mehr um die jüdischen Hilfsangelegenheiten kümmere, und dann einen Buchhändler R o s e n t h a l, einem früheren Lehrer, auch Mitglied der Städtischen Rada, bei dem wir dann ~~auch~~ an den richtigen Mann gekommen waren, der uns selber über alles Wissenswerte in unserer Sache orientierte und auch schnell eine Versammlung der Gemeindevertreter und des jüdischen Hilfskomitees des Ortes nach dem Gemeindehause berief, sodass wir uns mit den in der dortigen Hilfsarbeit

stehenden Herren- ausführlich über alle uns interessierenden Fragen aussprechen konnten. Bei dieser Gelegenheit gewannen wir auch persönlich einen Einblick in das grosse Armengetriebe der Gemeinde , das sich dort im Gemeindehause unvorbereitet vor uns abspielte. Die Treppen und alle Zimmer des Gemeindehauses waren dicht gedrängt von Armen: Männer, Frauen und Kindern, die dort ihre kleine Tagesunterstützung abholten oder sich neu zur Unterstützung beim Hilfskomitee meldeten. Wir hatten Mühe, durch dieses Gedränge der Hilfesuchenden in das Sitzungszimmer der Verwaltung hindurch zu kommen. Wenn wir nichts weiter von unserer Reise mitgenommen hätten, als dieses traurige Bild einer massenhaften, stürmenden jüdischem Armut, von einer Art, wie wir sie hier garnicht kennen lernen, um es unseren deutschen, so unvergleichlich glücklicher lebenden Glaubensgenossen vor Augen zu führen und ihre Herzen dafür wachzurufen, so wäre uns unsere Reise schon von wesentlichem Nutzen erschienen.

Im Sitzungszimmer hatten sich in kurzer Zeit die Mitglieder des Gemeindevorstandes, eine Anzahl Mitglieder des Gemeinderates und mehrere, zufällig in Hilfsangelegenheiten dort anwesende Rabbiner aus den Nachbarorten eingefunden. Die Besprechung mit den Herren erstreckte sich naturgemäss nicht nur auf die uns besonders angehenden Fragen der jüdischen Flüchtlinge aus Polen, sondern auf das ganze jüdische Armenelend des S u w a l k e r Bezirkes und die allgemeine Lage der dortigen jüdischen Bevölkerung. Ich kann hier nur kurz zusammenfassen, was wir in dieser Hinsicht darüber dort gehört haben:

Die Gemeinde S u w a l k i bildet den Mittelpunkt der jüdischen Armenbewegung des ganzen Bezirkes. Die Stadt hat etwa 8000 ansässige jüdische Mitglieder, davon sind kaum 300 einigermassen bemittelt, darunter einige aber ausserordentlich reich. Die Gemeinde zählt ca. 1500 jüdische Kinder, entsprechend den allgemeinen Verhältnissen der

Mit

der Mitglieder zum weit überwiegenden Teile ganz arm und das Notwendigste entbehrend. - Ausserordentlich grossen und rührig ist die Wohltätigkeit der Gemeinde. Trotz der allgemeinen Armut der Gemeindemitglieder werden laufend durch Umlage grosse Summen von ihnen für Armenzwecke aufgebracht und umfangreiche Hilfseinrichtungen für die Armen unterhalten. Eine Armenküche verabreicht täglich an alle Armen ein Mittagessen und verteilt Brot für die übrigen Zeiten. Die unzähligen Kranken erhalten freie oder vergünstigte Krankenbehandlung mit Arzt und Medizin und Verpflegung. Für die armen Kinder wird besonders gesorgt. Der Frauenverein nimmt sich speziell der kranken Frauen an und gewährt ihnen Unterstützung. Eine besondere Veranstaltung wurde für Pessach zu Gunsten der Armen getroffen. Aus einer besonderen Sammlung in der Gemeinde für den Zweck, die 80 000 M erbrachte, wurde Mehl zu Mazzes gekauft, die dann an die wohlhabenderen Gemeindemitglieder für höhere Preise, an die Armen aber unentgeltlich abgegeben wurden, sodass noch Mittel für andere Hilfszwecke übrig blieben. - Im ganzen sind die laufenden Kosten für die Armenunterhaltung der Gemeinde auf monatlich 75 000 M zu schätzen, denen an laufenden Einnahmen aber nur 25 000 M aus der Gemeinde gegenüberstehen. - Die Not der zahlreichen Armen der Gemeinde, die sich noch durch die Armen der Nachbarorte und die dauernd grosse Zahl der durchreisenden Armen vermehrt, ist ganz ausserordentlich und bedarf notwendig und schnellstens der Hilfe seitens der grossen jüdischen Hilfsorganisationen der Welt. - Wie zwingend diese Massennot der dortigen Juden zu jedem Unbeteiligten spricht, ist auch daraus zu ersehen, dass die amerikanische Hilfskommission für das Entente-Polen, zu dem also S u w a l k i vorläufig nicht gehört, als es durch S u w a l k i kam und das dortige Elend

unter

unter den Juden sah, entgegen ihrer Bestimmung auf eigene Verantwortung 35 000 M Unterstützungsgelder und 125 Ztr. Roggen, 125 Ztr. Mehl und 41 Ztr. kondensierte Milch für die dortigen jüdischen Armen zurückliessen. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, diese Not der S u w a l k e r jüdischen Gemeinde, dem Hilfsverein der deutschen Juden zur Kenntnis zu bringen und dessen schnelle Hilfe für die Gemeinde und den Bezirk eindringlich zu erbitten. -

Unter den S u w a l k e r Armen befinden sichnun auch viele jüdischen Flüchtlinge aus Polen, von denen wir einzelne dort auch selbst gesprochen haben. Diese Flüchtlinge, die kein oder nur kurzes Aufenthaltsrecht haben, auch aus sonstigen Gründen es scheuen, besonders hervorzutreten, verlieren sich zum Teil in der Masse der anderen Armen des Ortes, zum Teil gehen sie nach wenigen Tagen weiter ins Land, von Orte zu Ort,sich dort versteckt haltend, oder versuchen auch über die deutsche Grenze nach Reichsdeutschland zu kommen. Sie gehen und ergänzen sich täglich durch neue Flüchtlinge, ohne dass ihre Zahl, die aber als ganz beträchtlich geschätzt wird, näher angegeben werden ~~können~~ kann. Sie werden natürlich vonder S u w a l k e r jüdischen Armenverwaltung entgegenkomme nd und hilfreich aufgenommen und nach Kräften untersützt. - Ueberhaupt muss gesagtwerden, dass wir von der Armenverwaltung der jüdischen Gemeinde zu S u w a l k i einen vorzüglichen Eindruck gewonnen haben und beobachten konnten, dass sie sich mit ganzem Herzen und vollem Eifer, mit Geschick und Tatkraft der dortigen Armut annimmt. --

Ueber die politische Lage der dortigen Juden noch ein kurzes Wort: Die S u w a l k e r Juden haben zunächst unter der Herrschaft der Deutschen gelitten; aber allmählich haben sich die Beziehungen

zwischen

zwischen beiden etwas freundlicher gestaltet und die Juden haben dann auch die Wohltat der Sicherheit, der deutschen Ordnung und der von den Deutschen hingebrachten Kultureinrichtungen, besonders im Schulwesen, sehr schätzen gelernt. Jetzt zittern die dortigen Juden bei dem Gedanken, dass die Deutschen nun bald abziehen und sie wieder der polnischen Wirtschaft, dem polnischen Hasse und der ihnen von den Polen drohenden Progromgefahr überlassen werden. Die ihnen aus dem nahen W i l n a e r Bezirk täglich zukommenden grausigen Nachrichten besagen ihnen ja genug, was sie von der wiederkehrenden Herrschaft der Polen zu erwarten haben. - Der S u w a l k e r Bezirk ist wirtschaftlich und administrativ schon jetzt ganz unter polnischer Herrschaft; nur die ~~polnische~~ Polizeigewalt wird noch von den Deutschen ausgeübt. Daneben macht sich noch der Einfluss der Litauer als nördlicher Grenznachbar in mancher Weise bemerkbar. S u w a l k i wird demnach zur Zeit von drei Herren regiert: von Deutschen, Polen und Litauern. Das kommt den Juden dort zugute, denn alle drei werben noch, solange sie die äussere Gewalt nicht allein oder vorwiegend besitzen, um die Gunst der Bewohner und vermeiden darum gegenwärtig auch ein zu strenges Auftreten gegen die Juden. Aber die Juden sind überzeugt, dass die Polen ganz anders gegen sie auftreten werden, sobald die Deutschen abgezogen und die Polen sich als die alleinigen Herren im Lande fühlen können. - Die Deutschen andererseits sind jetzt ganz besonders auf jede Unterstützung im Lande angewiesen und sie würden den Juden dort noch mehr, auch in der Rücksichtnahme auf ihre Flüchtlinge aus Polen entgegenkommen, wenn nicht andererseits die polnisch-russischen Juden als starke Anhänger des Bolschewismus fürchteten, den sie vor allen Dingen so

weit

weit wie möglich von der deutschen Grenze abzuhalten suchen. Die Vertreter der S u w a l k e r jüdischen Gemeinde sind überzeugt, dass die flüchtenden polnisch-russischen Juden keineswegs in dem Masse bolschewistisch gesinnt sind, wie seitens der Deutschen allgemein von ihnen angenommen wird; dass vielmehr darunter sehr viel politisch ganz harmlose und ruhige Menschen sind, die nichts weiter wollen, als eine sichere, ihnen ein bescheidenes Leben ermöglichende Wohnstätte.

Die Besprechung mit den Vertretern der jüdischen Gemeinde nahm den ganzen Vormittag des 2. Tages in Anspruch. Sie zeigte uns die Leiden und Nöte der dort ansässigen und dorthin geflüchteten polnischen Juden. Sie liessuns aber noch keinen Weg finden zur Hilfe für die jüdischen Flüchtlinge, um derentwillen wir dorthin gekommen waren. -

Diese Aussicht eröffnete sich uns erst aus einer Besprechung, die ich am Nachmittage dieses Tages allein mit dem Chef der deutschen geheimen Feldpolizei, Hauptmann S c h ö n b e r g, hatte, in dessen Händen die eigentliche Leitung der deutschen Verwaltung im S u w a l k e r Bezirk zu liegen scheint und an den wir auch von dem Vertreter der deutschen Kreishauptmannschaft in erster Reihe verwiesen waren. Hauptmann S c h ö n b e r g erwartete uns bereits und hatte einen grossen Notizenzettel vor sich liegen, nach dem er mir wohl eine Stunde lang über die dortige politische und militärische Lage der Deutschen Eröffnungen machte. Das Wesentlichste daraus für uns war folgendes: Die Spannung zwischen den Deutschen, Polen und Litauern werde von Tag zu Tag schärfer. Von Kongresspolen befürchte man nach vollständiger Rückkehr des H a l l e r'schen polnischen Heeres aus Frankreich einen Angriff gegen die Deutschen. Die Litauer schwenkten mehr und mehr zu den Polen über, sodass bald ein offizielles Bündnis zwischen beiden gegen die Deutschen zu befürchten sei.

Die

Die Lage der Deutschen im S u w a l k e r und L i t a u e r - Gebiet werde also immer schwieriger. Es sei bereits Befehl gegeben worden, die schärfsten Absperrungsmassnahmen gegen Polen vorzunehmen. Der Verkehr mit Kongresspolen soll aufs engste beschränkt und nur durch einige Verkehrstore für ganz streng gesichtete Personen, im wesentlichen nur für deutschstämmige, gestattet werden. Den aus Polen flüchtenden Juden soll der Grenzübergang, soweit es sich um politisch unverdächtige und nicht bolschewistische Elemente handelt, an den Verkehrstoren frei stehen. Sie müssten sich aber durch Ausweise von unsererseits in Polen bestellten Vertrauenspersonen erkennbar machen, von unseren Hilfsorganisationen im S u w a l k e r Bezirk übernommen, verpflegt und von jeder politischen Betätigung abgehalten werden. Es wurden auch militärisch frei gewordenen Räumlichkeiten in S u w a l k i für Unterbringung der Flüchtlinge in Aussicht gestellt. Zur Durchführung dieses Hilfswerkes sei aber auch die grundsätzliche Zustimmung der polnischen Behörde, die die innere Verwaltung des Landes in Händen hat, erforderlich. Hauptmann S c h ö n b e r g meinte, dass man diese wohl am leichtesten von der G r o d n o e r Zentralverwaltung mit Hilfe der amerikanischen Kommission erlangen würde. - Am Ende aber riet er, in den nächsten Woche noch von jeder Massnahme zur Ausführung dieses Planes Abstand zu nehmen, da gerade die allernächste Zeit plötzlich wesentliche Veränderungen der politischen Lage für die Deutschen in S u w a l k i bringen könnte, die auch diesen Hilfsplan für die geflüchteten Juden verändern oder gar unmöglich machen könnte. - Ich hatte gegen die Vorschläge des Hauptmann S c h ö n b e r g nur eines wesentlich einzuwenden, nämlich, dass wir es ablehnen müssten, Vertrauensleute

für Flüchtlinge in Kongresspolen zu bestellen, die gewissermassen die Fluchtbewegung der dortigen Juden begünstigen und sich geheimpolitisch gegen die Polen betätigen sollten. Wir hätten nur humanitäre Absichten gegenüber den polnisch-jüdischen Flüchtlingen, halten uns von jeder politischen Betätigung dabei fern und müssten die Begünstigung einer Fluchtbewegung unter den jüdischen Bewohnern Polens auch deshalb ablehnen, weil wir solch grosser Aufgabe wirtschaftlich und finanziell garnicht gewachsen seien. - Ich hielt diese Einwendungen für notwendig, um auch vor den deutschen Behörden nicht in dem falschen Lichete zu erscheinen, als begünstigten wir allgemein die militärische Fahnenflucht der Juden, und ich bemerkte noch ausdrücklich, dass die Annahme, dass die flüchtenden Juden zumeist solche seien, die sich der polnischen Militärpflicht entziehen wollen, nicht von uns stammt, sondern von der Regierung in Ostpreussen; dass wir vielmehr meinen, dass es sich in den meisten Fällen um Progromfurcht und wirtschaftliche Not bei den Flüchtenden handelt. -

Diese Unterredung mit dem Chef der deutschen geheimen Feldpolizei hatte uns neben dem, was wir über die allgemeinen jüdischen Verhältnisse im S u w a l k e r Bezirk von den Vertretern der dortigen jüdischen Gemeinde erfahren, so reichliche und wesentliche Unterlagen für die für die dortigen jüdischen Flüchtlinge zu unternehmenden Hilfsmassnahmen geboeten, dass wir von der am anderen Tage noch unternommenen Informationsreise nach A u g u s t o w o von vorneherein nur noch wenig Neues und Wichtiges für unseren Zweck erwarten konnten. Wir hörten in der Tat von den jüdischen Gemeindevertretern im allgemeinen ~~auch~~ nur das Gleiche wie in S u w a l k i, nur, dass der grössere Strom der dauernd vor der polizeilichen Kontrolle auf Wanderung bleibenden Flüchtlinge sich mehr durch A u g u s t o w o,

der

der Eisenbahnendstation, als durch S u w a l k i selbst zu ziehen scheint. Es heisst, dass dort täglich gegen 50 solcher jüdischen Flüchtlinge durchkommen, die einzeln oder in kleinen Trupps von Dorf zu Dorf ziehen und sich den Augen der deutschen Feldpolizei zu verbergen suchen. -

Am 8. Mai kehrten wir von unserer Reise nach K ö n i g s b e r g zurück. -

Fragen wir uns nun, welcher Art die Hilfe sein kann, die von deutscher, jüdischer Seite den polnisch-jüdischen Flüchtlingen und den grossen Armenmassen im S u w a l k e r Bezirk geboten werden kann, so möchten wir folgende Vorschläge dafür unterbreiten:

1. Zur Linderung der grossen Armennot im S u w a l k e r Bezirk ist der Hilfsverein der deutschen Juden dringlichst anzugehen, evtl., sobald es sein kann, gemeinsam mit dem amerikanischen Hilfskomitee regelmässig grössere Unterstützungssummen an das gemeindliche jüdische Hilfskomitee in S u w a l k i zur Verwendung für den ganzen Bezirk zu senden.

2. Für die jüdischen Flüchtlinge aus Polen, die jetzt nach dem nahe bevorstehenden vollständigen Rückzuge der Deutschen aus S u w a l k i und L i t a u e n sich in immer grösserer Zahl auf das eigentlich deutsche Gebiet nach Ost- und Westpreussen flüchten, sollte von der Regierung die Erlaubnis zu erwirken gesucht werden, dass sie, soweit sie sich nicht politisch lästig machen, unbehelligt im Lande bleiben dürfen und besonders nicht nach Polen, wo ihnen nach ihrer Flucht doppelte Gefahr droht, abgeschoben werden. - Den armen Flüchtlingen müsste von Vertrauensmännern des deutschen jüdischen Hilfskomitees möglichst

bald

bald an der Grenze Beistand geboten werden, und sie müssten von dort entweder bald nach Arbeitsstellen im Lande geleitet werden, wo Arbeitskräfte fehlen, oder durch die Zentralstelle nach dem Auslande befördert werden. Alle nicht gleich unterzubringenden hilflosen Flüchtlinge wären bis auf weiteres in einem Flüchtlingsheim zu halten. Den Schutz des deutschen Hilfskomitees ausserhalb des Flücht. lingsheimes sollen nur solche Flüchtlinge geniessen, die sich von jeder politischen Betätigung fern halten und arbeitswillig sind. Alle anderen müssen ihrem Schicksal selbst überlassen werdem.

3. Um aber schon die Grundursache all dieses schrecklichen Fluchtelends zu beseitigen und den Juden in Polen selbst ein gesichertes Leben zu ermöglichen, ist notwendig, dass, sobald es die politischen Verhältnisse nur eben gestatten, die Hilfeder Amerikaner im Namen der Menschheit zum Schutze der Juden in Polen anzurufen und jedeweitere Progromgefahr und sonstige Lebensbedrängnis von ihnen abzuwenden.

Es konnte fraglich erscheinen, ob es möglich sein dürfte, die Genehmigung der deutschen Regierung zu solchen Hilfsmassnahmen für polnisch-jüdische Flüchtlinge zu erlangen. Aber das bisherige Verhalten der hiesigen Regierung, wie die Vorschläge der S u w a l k e r geheimen Feldpolizei lassen doch schon erkennen, dass man grundsätzlich, gleichviel aus welchen Motigen, zu einem Entgegenkommen gegen diese Flüchtlinge geneigt ist. Der Regierung muss es auch erwünschter sein, dass diese Flüchtlinge sich unter ihrer und unserer Kontrolle in Deutschland aufhalten, und hier den wirtschaftlichen Aufbau unseres Landes fördern helfen, als dass sie sich wild und unkontrolliert

im Lande verteilen und für dieses ohne Nutzen bleiben. - Dass man auch bei der Reichsregierung in B e r l i n zu einem Entgegenkommen bereit ist, besagt auch eine Mitteilung im Geschäftsausschuss-Protokoll unserer Grossloge Bne Berith, in dem über Verhandlungen jüdischer Vertreter mit dem Reichsarbeitsamt in Sachen ost-jüdischer Flüchtlinge berichtet wird. -

Für die im weiteren Rahmen unserer Hilfspläne für die bedrängten, notleidenden polnisch-.jüdischen Glaubensgenossen liegenden Aufgaben kann unser Hilfskomitee im ganzen nur Anregungen und allgemeine Anweisungen an die grossen jüdischen Hilfsvereine geben. Wir wollen im Interesse der Armen hoffen, dass sich recht viel davon in nicht zu langer Zeit verwirklichen wird. Aber die drängende Not der schon an unsere Türen klopfenden Flüchtlinge fordert in mancher Hinsicht auch sofortige Hilfe. Wir wollen demgegenüber nicht warten, bis alles von den allgemeinen Verbänden im Grossen beraten und genehmigt worden ist, sondern wollen bald schon im einzelnen und Kleinen praktische Hilfe besonders für die Flüchtlinge zu schaffen suchen. Die Verhandlungen mit unserer ostpreussischen Regierung wegen Belassung dieser Flüchtlinge in Ostpreussen soll ohne Verzug auf der bereits mit der Regierung vereinbarten Basis weitergeführt werden. In den Grenzgemeinden wollen wir schnellstans Vertrauens- und Hilfspersonen für die Flüchtlinge bestellen, die ihnen Unterkunft und Arbeitsgelegenheit verschaffen. Und in einem Netz von Zweigstellen soll unser ganzes ostpreussisches Hilfswerk dieser Art zusammengefasst und zu einem einheitlichen gemeinsamen Ganzen vereinigt werden.

Wir Mitglieder der Reisekommission haben den besonderen Wunsch,dass aus unserem ersten Bemühen um die Sache der jüdischen Flüchtlinge von Polen reicher lindernder Segen für sie hervorgehen möge.

P e r i t z.

A N H A N G

I.

M A T E R I A L I E N

Aufruf der Generalkommanden der vereinigten Armeen Deutschlands und Oesterreichs!

JUDEN IN POLEN!

Die siegreichen Armeen der verbuendeten Grossmaechte Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind mit Gottes Beistand in Polen eingerueckt.

Der Krieg, den wir jetzt fuehren, ist kein Krieg gegen die Bevoelkerung, sondern nur gegen die russische Tyrannei. Der russische Despotismus ist unter den starken Schlaegen unserer tapferen Heere zusammengebrochen.

Juden in Polen! Wir kommen als Freunde und Erloeser zu Euch. Unsere Fahnen bringen Euch Recht und Freiheit: Gleiches, volles Buergerrecht, wirkliche Glaubensfreiheit und Lebensfreiheit auf allen wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten. Zu lange habt Ihr unter dem eisernen Joche Moskaus gelitten. Wir kommen als Befreier zu Euch. Die tyrannische Fremdherrschaft ist gebrochen, eine neue Epoche beginnt jetzt fuer Polen, mit allen unseren Kraeften werden wir die Erloesung der ganzen polnischen Bevoelkerung foerdern und sichern. Auf sicheren Grundlagen und durch Gesetze garantiert werden wir die volle Gleichberechtigung der Juden nach west-europaeischem Muster in Polen durchfuehren.

Lasst Euch nicht durch die falschen Versprechungen der Russen betoeren! Im Jahre 1905 gab Euch Russland das heilige Versprechen der Gleichberechtigung. Brauchen wir Euch zu erinnern, Euch erzaehlen, wie der Moskowitzer Wort gehalten hat? Denkt an Kischinew, Homel, Bialystock, Odessa, Siedlce und hundert andere blutige Pogrome!

Erinnert Euch an die Massenausweisungen und -vertreibungen. Ohne Erbarmen mit menschlichem Leide hat der Peiniger Euch mit Weib und Kind wie die wilden Tiere gejagt und gehetzt.

Vergesst nicht des Beilis-Prozesses und anderer Blutbeschuldigungen, da die russische Regierung selbst von Amts wegen die niedertraechtige Luegenanklage des Ritualmordes erhob.

Denkt an alle die beschraenkenden Gesetze gegen Euch, die sich unter der Zarenherrschaft von Stunde zu Stunde mehren. Die Tore des Lebens hat man vor den Juden zugeschlagen, die Tore der Bildung - vor den juedischen Kindern. Eure Soehne und Toechter sind aus den russischen Schulen, aus den russischen Staedten und Doerfern gejagt worden. Nur mit gelben Paessen, als Prostituierte, durften sie in Russland wohnen. So hielt Russland sein heiliges Versprechen, das es Euch gab, als es sich in Not befand.

Und jetzt ist Russland wieder in Not, und deshalb begann es, Euch mit neuen Versprechungen zu fuettern.

Juden in Polen! Die Stunde der Vergeltung ist gekommen. Die tapferen Armeen der Grossmaechte Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind in Polen, und sie werden mit Gottes Hilfe mit Euren Bedrueckern und Peinigern abrechnen. Ihr aber habt die heilige Pflicht, alles zu tun, um die Erloesungsarbeit zu foerdern. Alle Kraefte des Volkes: Eure Jugend, Eure Gemeinden, Eure Vereine, Euch alle muesst Ihr wie ein Mann in den Dienst der heiligen Sache stellen. Jeder von Euch muss uns mit allen seinen Kraeften helfen. Denn wenn Ihr uns helfet, helft Ihr Euch selbst. Unser Feind ist auch Euer Feind. Die Raenke unseres gemeinsamen Feindes muessen durch aller Wachsamkeit zerstoert werden. Wir erwarten, dass Ihr durch die Tat beweisen werdet, was Eure Intelligenz und Euer Eifer zu leisten imstande ist. Vor unseren Soldaten braucht Ihr nichts zu fuerchten. Kein Haar wird Euch gekruemmt werden. Was Ihr uns liefern werdet, werden wir Euch bar und gut bezahlen, und wenn Ihr ein Anliegen habt, so wendet Euch vertrauensvoll an die Befehlshaber, die Kommandanten unserer Truppe.

Helft bei der Niederringung des Feindes und arbeitet fuer den Sieg von Freiheit und Gerechtigkeit !

Berlin, August 1914

Die Generalkommanden der vereinigten Armeen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.

ERLASS DES PREUSSISCHEN MINISTER DES INNERN VOM 1.XI.1919(IVb 2719).

"Waehrend des Krieges ist eine grosse Anzahl von Arbeitern aus den Preussen oestlich benachbarten Gebieten ins Land gekommen, fuer welche es nach Beendigung des Krieges Arbeitsgelegenheit nicht mehr gab. Die ueberwiegende Masse dieser Auslaender ist inzwischen in ihre Heimat zurueckgekehrt. Zurueckgebliebene sind dagegen in ihrer Mehrzahl die aus dem jetzigen Polen stammenden Juden; sie sind nicht bloss nicht abgezogen, sondern haben sich unter dem Druck der politischen Verhaeltnisse, die in Polen zu Pogromen und umfassenden militaerischen Rekrutierungen gefuehrt haben, durch Zuzug neuer, zum Teil ligitimationsloser Elemente noch vermehrt. Dieser Einwanderung ist mit Ruecksicht auf die Ernaehrungsschwierigkeiten und die starke Arbeitslosigkeit im Inlande nach Moeglichkeit, wenngleich nicht mit durchschlagendem Erfolge durch Sperrung der Grenze entgegengetreten worden. Es soll dies auch kuenftighin geschehen.

Dagegen verbietet es sich zur Zeit bis auf Weiteres trotz der Noete der inlaendischen Bevoelkerung aus voelkerrechtlichen und aus Gruenden der Menschlichkeit, die im Lande bereits befindlichen Ostjuden, selbst wenn sie unter Umgehung der Grenzsperre und ohne im Besitze der vorgeschriebenen Legitimationspapiere und der Einreiseerlaubnis zu sein, eingewandert sind, zwangsweise in ihre Heimat zurueckzuweisen, weil sie dort nach Lage der Verhaeltnisse vielfach unmittelbarer Gefahr fuer Leib und Leben, jedenfalls aber der Bestrafung wegen Fahnenflucht und Wehrpflichtentziehung ausgesetzt waeren. Auch die Ausweisung nach einem anderen Lande ist wegen der in Europa noch allgemein bestehenden Pass- und Sichtvermerkspflicht nicht tunlich, weil die Einreiseerlaubnis von den Regierungen der in Betracht kommenden Laender grundsaetzlich versagt zu werden pflegt. Unter diesen Umstaenden bleibt nur uebrig, die vorgedachten Auslaender, soweit sie persoenlich einwandfrei sind, bis auf Weiteres im Inlande zu dulden, auch wenn dadurch die Moeglichkeit einer gewissen Beeintraechtigung der Arbeitsgelegenheit fuer Inlaender gegeben ist. Es bedarf indessen gewisser Sicherungsmassnahmen, um Ordnungswidrigkeiten vorzubeugen und die tunlichste Anpassung jener, zum groesseren Teil einer fremden und nicht gleichwertigen Kultur entstammenden Bevoelkerungselemente, so lange sie sich hier aufhalten, an die sozialen und wirtschaftlichen Verhaeltnisse in Deutschland herbeizufuehren.

Ich bestimme demnach Folgendes:

1.) Ohne Ruecksicht auf die ihnen erwachsenden Nachteile sind gleich anderen Auslaendern diejenigen Ostjuden auszuweisen, welche von einem deutschen Gericht wegen Verbrechens oder Vergehens erheblicherer Art rechtskraeftig verurteilt sind oder in deren Person nachweislich Tatsachen vorliegen, die eine Gefaehrdung der oeffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit befuerchten lassen.

2.) Voraussetzung der Duldung in jedem Falle ist das Vorhandensein eines Unterkommens und einer nutzbringenden Beschaeftigung. Fehlt eine dieser Voraussetzungen, so ist die Ausweisung grundsaetzlich gerechtfertigt.

Zur Vermeidung der eingans erwaehnten Haerten soll indessen dann von ihr abgesehen werden, wenn eine der anerkannten juedischen Hilfsorganisationen die Fuersorge fuer den Betreffenden derart uebernimmt, dass er der oeffentlichen Armenpflege oder der Erwerbslosenfuersorge nicht zur Last faellt. Als derartige Hilfsorganisationen kommen in Betracht:

a) in Berlin: Das Arbeiter-Fuersorgeamt der ostjuedischen Organisationen Deutschlands,
b) in Breslau: Das juedische Arbeiter-Fuersorgeamt,

c) in den uebrigen groesseren Orten die von der zu a) genannten Stelle bezeichneten Organisationen,

d) in denjenigen Orten, fuer die eine besondere Organisation nicht besteht, die juedischen Gemeinden.

Das Eintreten der Hilfsorganisationen kommt besonders fuer diejenigen Faelle in Betracht, in denen die Arbeitsstelle auf Grund der Verordnung des Demobilmachungsamtes vom 28. Maerz 1919 verlassen werden musste, oder in denen eine voruebergehende Rueckkehr nach den Laendern des Ostens (zum Besuch von Verwandten oder dergl.) zur Aufgabe der hiesigen Arbeitsstelle gefuehrt hatte.

3.) Vor jeder Ausweisungsverfuegung und in Aussicht genommenen Zwangsabschiebung ist der juedischen Fuersorgeorganisation Gelegenheit zu geben, die Interessen des Betreffenden wahrzunehmen. Soll die Ausweisung wegen Arbeitslosigkeit erfolgen, so ist sie erst dann statthaft, wenn der juedischen Fuersorge-Organisation eine angemessene Frist zur Beschaffung von Arbeit fuer den Beteiligten gesetzt worden ist, und diese Frist fruchtlos verstrichen ist.

4.) Zur Vorbereitung der Ausweisung hat eine Festnahme nur dann zu erfolgen, wenn durch deren Unterbleiben die Durchfuehrung der Ausweisung gefaehrdet erscheint. Das wird in der Regel dann nicht der Fall sein, wenn die juedische Fuersorge-Organisation erklaert, die Kontrolle ueber den Beteiligten zu uebernehmen.

5.) Alle Personen, welche im Widerspruch zu diesen Vorschriften festgenommen worden sind, sind in Freiheit zu setzen. Ausweisungen, die bereits verfuegt sind, duerfen nur ausgefuehrt werden, wenn die Ausweisung nach den vorstehenden Grundsaetzen zulaessig ist.

6.) Die im allgemeinen Interesse wuenschenswerte schnelle Unterbringung beschaeftigungsloser ostjuedischer Arbeiter in geeigneten Arbeitsstellen ist dadurch erschwert worden, dass es nach den bestehenden allgemeinen Vorschriften zu ihrer Beschaeftigung der jedesmaligen Genehmigung des Regierungspraesidenten, bei landwirtschaftlichen Arbeitgebern des Landrats bedarf. Diese Genehmigungspflicht verfolgt bekanntlich den Zweck, der Arbeitslosigkeit inlaendischer Arbeiter (infolge Einstellung auslaendischer

Arbeiter) vorzubeugen. Sie hat besondere Bedeutung fuer Grossbetriebe, bei denen es sich um die Beschaeftigung einer groesseren Anzahl von auslaendischen Arbeitern zu handeln pflegt. Bei der Einstellung eines einzelnen auslaendischen Arbeiters oder weniger auslaendischer Arbeiter wird allenfalls auf sie verzichtet werden koennen. Zur Vermeidung der oben erwaehnten Schwierigkeiten wird deshalb bestimmt, dass bei solchen ostjuedischen Arbeitern, deren Einstellung durch Vermittlung einer der vorstehend in Ziffer 2 genannten Hilfsorganisationen erfolgt, die besondere Genehmigungspflicht fortfaellt, sofern in dem beteiligten Betriebe im Ganzen nicht mehr als 10 auslaendische Arbeiter beschaeftigt werden. Jedoch ist die Einstellung von den vermittelnden Hilfsorganisationen alsbald dem Regierungspraesidenten bezw. dem Landrat anzuzeigen.

7.) Die notwendige Voraussetzung eines ordnungsmaessigen Fremdenprotokolles ist die polizeiliche Anmeldung jedes Auslaenders gemaess den bestehenden Meldevorschriften. Von den Polizeibehoerden ist die Entgegennahme der Anmeldung von Ostjuden aber haeufig verweigert worden, weil diese sich infolge ueberstuerzter Ausreise aus ihrem Heimatlande nicht im Besitze irgendwelcher ihre Persoenlichkeit nachweisender Papiere befanden. Auf diese Weise ist die Anmeldung unterblieben und dadurch jede weitere geordnete Fremdenkontrolle unmoeglich gemacht. Hierdurch wiederum ist mittelbar der Gefaehrdung der oeffentlichen Ordnung in vielen Faellen Vorschub geleistet worden. Den ohne Legitimationspapiere hierher gekommenen Polen wird die Ausstellung eines polnischen Passes durch das hiesige polnische Generalkonsulat versagt. Um ihre polizeiliche Anmeldung zu ermoeglichen, bestimme ich deshalb, dass denjenigen Polen, fuer deren Personenfeststellung die in Ziffer 2 genannten Hilfsorganisationen die Gewaehrleistung uebernehmen, seitens der Passbehoerden Personalausweise gemaess Ziffer 9 der Ausfuehrungsvorschriften vom 24. Juni 1916 zur Passverordnung vom 21. Juni 1916 (jetzt Passverordnung vom 10. Juni 1919) - R.G.Bl. S.601 - auszustellen sind, deren Geltungsdauer jedoch auf 6 Monate zu beschraenken ist.

Die Herren Regierungspraesidenten wollen die ihnen unterstellten Behoerden gemaess Vorstehendem gefaelligst mit Anweisung versehen. Die fuer die Landraete und Polizeiverwaltungen in den Stadtkreisen erforderlichen Umdrucke liegen bei.

Heine".

A N H A N G

I.

M A T E R I A L I E N

Aufruf der Generalkommanden der vereinigten Armeen Deutschlands und Oesterreichs!

JUDEN IN POLEN!

Die siegreichen Armeen der verbuendeten Grossmaechte Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind mit Gottes Beistand in Polen eingerueckt.

Der Krieg, den wir jetzt fuehren, ist kein Krieg gegen die Bevoelkerung, sondern nur gegen die russische Tyrannei. Der russische Despotismus ist unter den starken Schlaegen unserer tapferen Heere zusammengebrochen.

Juden in Polen! Wir kommen als Freunde und Erloeser zu Euch. Unsere Fahnen bringen Euch Recht und Freiheit: Gleiches, volles Buergerrecht, wirkliche Glaubensfreiheit und Lebensfreiheit auf allen wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten. Zu lange habt Ihr unter dem eisernen Joche Moskaus gelitten. Wir kommen als Befreier zu Euch. Die tyrannische Fremdherrschaft ist gebrochen, eine neue Epoche beginnt jetzt fuer Polen, mit allen unseren Kraeften werden wir die Erloesung der ganzen polnischen Bevoelkerung foerdern und sichern. Auf sicheren Grundlagen und durch Gesetze garantiert werden wir die volle Gleichberechtigung der Juden nach west-europaeischem Muster in Polen durchfuehren.

Lasst Euch nicht durch die falschen Versprechungen der Russen betoeren! Im Jahre 1905 gab Euch Russland das heilige Versprechen der Gleichberechtigung. Brauchen wir Euch zu erinnern, Euch erzaehlen, wie der Moskowitzer Wort gehalten hat? Denkt an Kischinew, Homel, Bialystock, Odessa, Siedlce und hundert andere blutige Pogrome!

Erinnert Euch an die Massenausweisungen und -vertreibungen. Ohne Erbarmen mit menschlichem Leide hat der Peiniger Euch mit Weib und Kind wie die wilden Tiere gejagt und gehetzt.

Vergesst nicht des Beilis-Prozesses und anderer Blutbeschuldigungen, da die russische Regierung selbst von Amts wegen die niedertraechtige Luegenanklage des Ritualmordes erhob.

Denkt an alle die beschraenkenden Gesetze gegen Euch, die sich unter der Zarenherrschaft von Stunde zu Stunde mehren. Die Tore des Lebens hat man vor den Juden zugeschlagen, die Tore der Bildung - vor den juedischen Kindern. Eure Soehne und Toechter sind aus den russischen Schulen, aus den russischen Staedten und Doerfern gejagt worden. Nur mit gelben Paessen, als Prostituierte, durften sie in Russland wohnen. So hielt Russland sein heiliges Versprechen, das es Euch gab, als es sich in Not befand.

Und jetzt ist Russland wieder in Not, und deshalb begann es, Euch mit neuen Versprechungen zu fuettern.

Juden in Polen! Die Stunde der Vergeltung ist gekommen. Die tapferen Armeen der Grossmaechte Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind in Polen, und sie werden mit Gottes Hilfe mit Euren Bedrueckern und Peinigern abrechnen. Ihr aber habt die heilige Pflicht, alles zu tun, um die Erloesungsarbeit zu foerdern. Alle Kraefte des Volkes: Eure Jugend, Eure Gemeinden, Eure Vereine, Euch alle muesst Ihr wie ein Mann in den Dienst der heiligen Sache stellen. Jeder von Euch muss uns mit allen seinen Kraeften helfen. Denn wenn Ihr uns helfet, helft Ihr Euch selbst. Unser Feind ist auch Euer Feind. Die Raenke unseres gemeinsamen Feindes muessen durch aller Wachsamkeit zerstoert werden. Wir erwarten, dass Ihr durch die Tat beweisen werdet, was Eure Intelligenz und Euer Eifer zu leisten imstande ist. Vor unseren Soldaten braucht Ihr nichts zu fuerchten. Kein Haar wird Euch gekruemmt werden. Was Ihr uns liefern werdet, werden wir Euch bar und gut bezahlen, und wenn Ihr ein Anliegen habt, so wendet Euch vertrauensvoll an die Befehlshaber, die Kommandanten unserer Truppe.

Helft bei der Niederringung des Feindes und arbeitet fuer den Sieg von Freiheit und Gerechtigkeit !

Berlin, August 1914

Die Generalkommanden der vereinigten Armeen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.

ERLASS DES PREUSSISCHEN MINISTER DES INNERN VOM 1.XI.1919(IVb 2719).

"Waehrend des Krieges ist eine grosse Anzahl von Arbeitern aus den Preussen oestlich benachbarten Gebieten ins Land gekommen, fuer welche es nach Beendigung des Krieges Arbeitsgelegenheit nicht mehr gab. Die ueberwiegende Masse dieser Auslaender ist inzwischen in ihre Heimat zurueckgekehrt. Zurueckgebliebene sind dagegen in ihrer Mehrzahl die aus dem jetzigen Polen stammenden Juden; sie sind nicht bloss nicht abgezogen, sondern haben sich unter dem Druck der politischen Verhaeltnisse, die in Polen zu Pogromen und umfassenden militaerischen Rekrutierungen gefuehrt haben, durch Zuzug neuer, zum Teil ligitimationsloser Elemente noch vermehrt. Dieser Einwanderung ist mit Ruecksicht auf die Ernaehrungsschwierigkeiten und die starke Arbeitslosigkeit im Inlande nach Moeglichkeit, wenngleich nicht mit durchsch lagendem Erfolge durch Sperrung der Grenze entgegengetreten worden. Es soll dies auch kuenftighin geschehen.

Dagegen verbietet es sich zur Zeit bis auf Weiteres trotz der Noete der inlaendischen Bevoelkerung aus voelkerrechtlichen und aus Gruenden der Menschlichkeit, die im Lande bereits befindlichen Ostjuden, selbst wenn sie unter Umgehung der Grenzsperre und ohne im Besitze der vorgeschriebenen Legitimationspapiere und der Einreiseerlaubnis zu sein, eingewandert sind, zwangsweise in ihre Heimat zurueckzuweisen, weil sie dort nach Lage der Verhaeltnisse vielfach unmittelbarer Gefahr fuer Leib und Leben, jedenfalls aber der Bestrafung wegen Fahnenflucht und Wehrpflichtentziehung ausgesetzt waeren. Auch die Ausweisung nach einem anderen Lande ist wegen der in Europa noch allgemein bestehenden Pass- und Sichtvermerkspflicht nicht tunlich, weil die Einreiseerlaubnis von den Regierungen der in Betracht kommenden Laender grundsaetzlich versagt zu werden pflegt. Unter diesen Umstaenden bleibt nur uebrig, die vorgedachten Auslaender, soweit sie persoenlich einwandfrei sind, bis auf Weiteres im Inlande zu dulden, auch wenn dadurch die Moeglichkeit einer gewissen Beeintraechtigung der Arbeitsgelegenheit fuer Inlaender gegeben ist. Es bedarf indessen gewisser Sicherungsmassnahmen, um Ordnungswidrigkeiten vorzubeugen und die tunlichste Anpassung jener, zum groesseren Teil einer fremden und nicht gleichwertigen Kultur entstammenden Bevoelkerungselemente, so lange sie sich hier aufhalten, an die sozialen und wirtschaftlichen Verhaeltnisse in Deutschland herbeizufuehren.

Ich bestimme demnach Folgendes:

1.) Ohne Ruecksicht auf die ihnen erwachsenden Nachteile sind gleich anderen Auslaendern diejenigen Ostjuden auszuweisen, welche von einem deutschen Gericht wegen Verbrechens oder Vergehens erheblicherer Art rechtskraeftig verurteilt sind oder in deren Person nachweislich Tatsachen vorliegen, die eine Gefaehrdung der oeffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit befuerchten lassen.

2.) Voraussetzung der Duldung in jedem Falle ist das Vorhandensein eines Unterkommens und einer nutzbringenden Beschaeftigung. Fehlt eine dieser Voraussetzungen, so ist die Ausweisung grundsaetzlich gerechtfertigt.

Zur Vermeidung der eingans erwaehnten Haerten soll indessen dann von ihr abgesehen werden, wenn eine der anerkannten juedischen Hilfsorganisationen die Fuersorge fuer den Betreffenden derart uebernimmt, dass er der oeffentlichen Armenpflege oder der Erwerbslosenfuersorge nicht zur Last faellt. Als derartige Hilfsorganisationen kommen in Betracht:

a) in Berlin: Das Arbeiter-Fuersorgeamt der ostjuedischen Organisationen Deutschlands,
b) in Breslau: Das juedische Arbeiter-Fuersorgeamt,

c) in den uebrigen groesseren Orten die von der zu a) genannten Stelle bezeichneten Organisationen,

d) in denjenigen Orten, fuer die eine besondere Organisation nicht besteht, die juedischen Gemeinden.

Das Eintreten der Hilfsorganisationen kommt besonders fuer diejenigen Faelle in Betracht, in denen die Arbeitsstelle auf Grund der Verordnung des Demobilmachungsamtes vom 28. Maerz 1919 verlassen werden musste, oder in denen eine voruebergehende Rueckkehr nach den Laendern des Ostens (zum Besuch von Verwandten oder dergl.) zur Aufgabe der hiesigen Arbeitsstelle gefuehrt hatte.

3.) Vor jeder Ausweisungsverfuegung und in Aussicht genommenen Zwangsabschiebung ist der juedischen Fuersorgeorganisation Gelegenheit zu geben, die Interessen des Betreffenden wahrzunehmen. Soll die Ausweisung wegen Arbeitslosigkeit erfolgen, so ist sie erst dann statthaft, wenn der juedischen Fuersorge-Organisation eine angemessene Frist zur Beschaffung von Arbeit fuer den Beteiligten gesetzt worden ist, und diese Frist fruchtlos verstrichen ist.

4.) Zur Vorbereitung der Ausweisung hat eine Festnahme nur dann zu erfolgen, wenn durch deren Unterbleiben die Durchfuehrung der Ausweisung gefaehrdet erscheint. Das wird in der Regel dann nicht der Fall sein, wenn die juedische Fuersorge-Organisation erklaert, die Kontrolle ueber den Beteiligten zu uebernehmen.

5.) Alle Personen, welche im Widerspruch zu diesen Vorschriften festgenommen worden sind, sind in Freiheit zu setzen. Ausweisungen, die bereits verfuegt sind, duerfen nur ausgefuehrt werden, wenn die Ausweisung nach den vorstehenden Grundsaetzen zulaessig ist.

6.) Die im allgemeinen Interesse wuenschenswerte schnelle Unterbringung beschaeftigungsloser ostjuedischer Arbeiter in geeigneten Arbeitsstellen ist dadurch erschwert worden, dass es nach den bestehenden allgemeinen Vorschriften zu ihrer Beschaeftigung der jedesmaligen Genehmigung des Regierungspraesidenten, bei landwirtschaftlichen Arbeitgebern des Landrats bedarf. Diese Genehmigungspflicht verfolgt bekanntlich den Zweck, der Arbeitslosigkeit inlaendischer Arbeiter (infolge Einstellung auslaendischer

Arbeiter) vorzubeugen. Sie hat besondere Bedeutung fuer Grossbetriebe, bei denen es sich um die Beschaeftigung einer groesseren Anzahl von auslaendischen Arbeitern zu handeln pflegt. Bei der Einstellung eines einzelnen auslaendischen Arbeiters oder weniger auslaendischer Arbeiter wird allenfalls auf sie verzichtet werden koennen. Zur Vermeidung der oben erwaehnten Schwierigkeiten wird deshalb bestimmt, dass bei solchen ostjuedischen Arbeitern, deren Einstellung durch Vermittlung einer der vorstehend in Ziffer 2 genannten Hilfsorganisationen erfolgt, die besondere Genehmigungspflicht fortfaellt, sofern in dem beteiligten Betriebe im Ganzen nicht mehr als 10 auslaendische Arbeiter beschaeftigt werden. Jedoch ist die Einstellung von den vermittelnden Hilfsorganisationen alsbald dem Regierungspraesidenten bezw. dem Landrat anzuzeigen.

7.) Die notwendige Voraussetzung eines ordnungsmaessigen Fremdenprotokolles ist die polizeiliche Anmeldung jedes Auslaenders gemaess den bestehenden Meldevorschriften. Von den Polizeibehoerden ist die Entgegennahme der Anmeldung von Ostjuden aber haeufig verweigert worden, weil diese sich infolge ueberstuerzter Ausreise aus ihrem Heimatlande nicht im Besitze irgendwelcher ihre Persoenlichkeit nachweisender Papiere befanden. Auf diese Weise ist die Anmeldung unterblieben und dadurch jede weitere geordnete Fremdenkontrolle unmoeglich gemacht. Hierdurch wiederum ist mittelbar der Gefaehrdung der oeffentlichen Ordnung in vielen Faellen Vorschub geleistet worden. Den ohne Legitimationspapiere hie her gekommenen Polen wird die Ausstellung eines polnischen Passes durch das hiesige polnische Generalkonsulat versagt. Um ihre polizeiliche Anmeldung zu ermoeglichen, be stimme ich deshalb, dass denjenigen Polen, fuer deren Personenfeststellung die in Ziffer 2 genannten Hilfsorganisationen die Gewaehrleistung uebernehmen, seitens der Passbehoerden Personalausweise gemaess Ziffer 9 der Ausfuehrungsvorschriften vom 24. Juni 1916 zur Passverordnung vom 21. Juni 1916 (jetzt Passverordnung vom 10. Juni 1919) - R.G.Bl. S.601 - auszustellen sind, deren Geltungsdauer jedoch auf 6 Monate zu beschraenken ist.

Die Herren Regierungspraesidenten wollen die ihnen unterstellten Behoerden gemaess Vorstehendem gefaelligst mit Anweisung versehen. Die fuer die Landraete und Polizeiverwaltungen in den Stadtkreisen erforderlichen Umdrucke liegen bei.

Heine".

V I I I V

I.

M A T E R I A L I E N

Aufruf der Generalkommanden der vereinigten Armeen Deutschlands und Oesterreichs!

JUDEN IN POLEN!

Die siegreichen Armeen der verbuendeten Grossmaechte Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind mit Gottes Beistand in Polen eingeruckt.

Der Krieg, den wir jetzt fuehren, ist kein Krieg gegen die Bevoelkerung, sondern nur gegen die russische Tyrannei. Der russische Despotismus ist unter den starken Schlaegen unserer tapferen Heere zusammengebrochen.

Juden in Polen! Wir kommen als Freunde und Erloeser zu Euch. Unsere Fahnen bringen Euch Recht und Freiheit: Gleiches, volles Buergerrecht, wirkliche Glaubensfreiheit und Lebensfreiheit auf allen wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten. Zu lange habt Ihr unter dem eisernen Joche Moskaus gelitten. Wir kommen als Befreier zu Euch. Die tyrannische Fremdherrschaft ist gebrochen, eine neue Epoche beginnt jetzt fuer Polen, mit allen unseren Kraeften werden wir die Erloesung der ganzen polnischen Bevoelkerung foerdern und sichern. Auf sicheren Grundlagen und durch Gesetze garantiert werden wir die volle Gleichberechtigung der Juden nach west-europaeischen Muster in Polen durchfuehren.

Lasst Euch nicht durch die falschen Versprechungen der Russen betoeren! Im Jahre 1905 gab Euch Russland das heilige Versprechen der Gleichberechtigung. Brauchen wir Euch zu erinnern, Euch erzaehlen, wie der Moskowitzer Wort gehalten hat? Denkt an Kischinew, Homel, Bialystock, Odessa, Siedlce und hundert andere blutige Pogrome!

Erinnert Euch an die Massenausweisungen und -vertreibungen. Ohne Erbarmen mit menschlichem Leide hat der Peiniger Euch mit Weib und Kind wie die wilden Tiere gejagt und gehetzt.

Vergesst nicht des Beilis-Prozesses und anderer Blutbeschuldigungen, da die russische Regierung selbst von Amts wegen die niedertraechtige Lueganklage des Ritualmordes erhob.

Denkt an alle die beschraenkenden Gesetze gegen Euch, die sich unter der Zarenherrschaft von Stunde zu Stunde mehren. Die Tore des Lebens hat man vor den Juden zugeschlagen, die Tore der Bildung - vor den juedischen Kindern. Eure Soehne und Toechter sind aus den russischen Schulen, aus den russischen Staedten und Doerfern gejagt worden. Nur mit gelben Paessen, als Prostituierte, durften sie in Russland wohnen. So hielt Russland sein heiliges Versprechen, das es Euch gab, als es sich in Not befand.

Und jetzt ist Russland wieder in Not, um deshalb begann es, Euch mit neuen Versprechungen zu fuettern.

Juden in Polen! Die Stunde der Vergeltung ist gekommen. Die tapferen Armeen der Grossmaechte Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind in Polen, und sie werden mit Gottes Hilfe mit Euren Bedrueckern und Peinigern abrechnen. Ihr aber habt die heilige Pflicht, alles zu tun, um die Erloesungsarbeit zu foerdern. Alle Kraefte des Volkes: Eure Jugend, Eure Gemeinden, Eure Vereine, Euch alle muesst Ihr wie ein Mann in den Dienst der heiligen Sache stellen. Jeder von Euch muss uns mit allen seinen Kraeften helfen. Denn wenn Ihr uns helfet, helft Ihr Euch selbst. Unser Feind ist auch Euer Feind. Die Raenke unseres gemeinsamen Feindes muessen durch aller Wachsamkeit zerstoert werden. Wir erwarten, dass Ihr durch die Tat beweisen werdet, was Eure Intelligenz und Euer Eifer zu leisten imstande ist. Vor unseren Soldaten braucht Ihr nichts zu fuerchten. Kein Haar wird Euch gekruemmt werden. Was Ihr uns liefern werdet, werden wir Euch bar und gut bezahlen, und wenn Ihr ein Anliegen habt, so wendet Euch vertrauensvoll an die Befehlshaber, die Kommandanten unserer Truppe.

Helft bei der Niederringung des Feindes und arbeitet fuer den Sieg von Freiheit und Gerechtigkeit !

Berlin, August 1914.

Die Generalkommanden der vereinigten Armeen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.

ERLASS DES PREUSSISCHEN MINISTER DES INNERN VOM 1.XI.1919(IVb 2719).

"Waehrend des Krieges ist eine grosse Anzahl von Arbeitern aus den Preussen oestlich benachbarten Gebieten ins Land gekommen, fuer welche es nach Beendigung des Krieges Arbeitsgelegenheit nicht mehr gab. Die ueberwiegende Masse dieser Auslaender ist inzwischen in ihre Heimat zurueckgekehrt. Zurueckgebliebene sind dagegen in ihrer Mehrzahl die aus dem jetzigen Polen stammenden Juden; sie sind nicht bloss nicht abgezogen, sondern haben sich unter dem Druck der politischen Verhaeltnisse, die in Polen zu Pogromen und umfassenden militaerischen Rekrutierungen gefuehrt haben, durch Zuzug neuer, zum Teil ligitimationsloser Elemente noch vermehrt. Dieser Einwanderung ist mit Rucksicht auf die Ernaehrungsschwierigkeiten und die starke Arbeitslosigkeit im Inlande nach Moeglichkeit, wenngleich nicht mit durchschlagendem Erfolge durch Sperrung der Grenze entgegengetreten worden. Es soll dies auch kuenftighin geschehen.

Dagegen verbietet es sich zur Zeit bis auf Weiteres trotz der Note der inlaendischen Bevoelkerung aus voelkerrechtlichen und aus Gruenden der Menschlichkeit, die im Lande bereits befindlichen Ortjuden, selbst wenn sie unter Umgehung der Grenzsperre und ohne in Besitze der vorgeschriebenen legitimationspapiere und der Einreiseerlaubnis zu sein, eingewandert sind, zwangsweise in ihre Heimat zurueckzuweisen, weil sie dort nach Lage der Verhaeltnisse vielfach unmittelbarer Gefahr fuer Leib und Leben, jedenfalls aber der Bestrafung wegen Fahnenflucht und Wehrpflichtentziehung ausgesetzt waeren. Auch die Ausweisung nach einem anderen Lande ist wegen der in Europa noch allgemein bestehenden Pass- und Sichtvermerkspflicht nicht tunlich, weil die Einreiseerlaubnis von den Regierungen der in Betracht kommenden Laender grundsaetzlich versagt zu werden pflegt. Unter diesen Umstaenden bleibt nur uebrig, die vorgedachten Auslaender, soweit sie persoenlich einwandfrei sind, bis auf Weiteres im Inlande zu dulden, auch wenn dadurch die Moeglichkeit einer gewissen Beeintraechtigung der Arbeitsgelegenheit fuer Inlaender gegeben ist. Es bedarf indessen gewisser Sicherungsmassnahmen, um Ordnungswidrigkeiten vorzubeugen und die tunlichste Anpassung jener, zum groesseren Teil einer fremden und nicht gleichwertigen Kultur entstammenden Bevoelkerungselemente, so lange sie sich hier aufhalten, an die sozialen und wirtschaftlichen Verhaeltnisse in Deutschland herbeizufuehren.

Ich bestimme demnach Folgendes:
1.) Ohne Rucksicht auf die ihnen erwachsenden Nachteile sind gleich anderen Auslaendern diejenigen Ostjuden auszuweisen, welche von einem deutschen Gericht wegen Verbrechens oder Vergehens erheblicherer Art rechtskraeftig verurteilt sind oder in deren Person nachweislich Tatsachen vorliegen, die eine Gefaehrdung der oeffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit befuerchten lassen.

2.) Voraussetzung der Duldung in jeden Falle ist das Vorhandensein eines Unterkommens und einer nutzbringenden Beschaeftigung. Fehlt eine dieser Voraussetzungen, so ist die Ausweisung grundsaetzlich gerechtfertigt.

Zur Vermeidung der eingans erwaehnten Haerten soll indessen dann von ihr abgesehen worden, wenn eine der anerkannten juedischen Hilfsorganisationen die Fuersorge fuer den Betroffenden derart uebernimmt, dass er der oeffentlichen Armenpflege oder der Erwerbslosenfuersorge nicht zur Last faellt. Als derartige Hilfsorganisationen kommen in Betracht:

a) in Berlin: Das Arbeiter-Fuersorgeamt der ostjuedischen Organisationen Deutschlands,
b) in Breslau: Das juedische Arbeiter-Fuersorgeamt,

c) in den uebrigen groesseren Orten die von der zu a) genannten Stelle bezeichneten Organisationen,

d) in denjenigen Orten, fuer die eine besondere Organisation nicht besteht, die juedischen Gemeinden.

Das Eintreten der Hilfsorganisationen kommt besonders fuer diejenigen Faelle in Betracht, in denen die Arbeitsstelle auf Grund der Verordnung des Demobilmachungsamtes vom 28. Maerz 1919 verlassen werden musste, oder in denen eine vorubergehende Rueckkehr nach den Laendern des Ostens (zum Besuch von Verwandten oder dergl.) zur Aufgabe der hiesigen Arbeitsstelle gefuehrt hatte.

3.) Vor jeder Ausweisungsverfuegung und in Aussicht genommenen Zwangsabschiebung ist der juedischen Fuersorgeorganisation Gelegenheit zu geben, die Interessen des Betroffenden wahrzunehmen. Soll die Ausweisung wegen Arbeitslosigkeit erfolgen, so ist sie erst dann statthaft, wenn der juedischen Fuersorge-Organisation eine angemessene Frist zur Beschaffung von Arbeit fuer den Beteiligten gesetzt worden ist, und diese Frist fruchtlos verstrichen ist.

4.) Zur Vorbereitung der Ausweisung hat eine Festnahme nur dann zu erfolgen, wenn durch deren Unterbleiben die Durchfuehrung der Ausweisung gefaehrdet erscheint. Das wird in der Regel dann nicht der Fall sein, wenn die juedische Fuersorge-Organisation erklaert, die Kontrolle ueber den Beteiligten zu uebernehmen.

5.) Alle Personen, welche im Widerspruch zu diesen Vorschriften festgenommen worden sind, sind in Freiheit zu setzen. Ausweisungen, die bereits verfuegt sind, duerfen nur ausgefuehrt werden, wenn die Ausweisung nach den vorstehenden Grundsaetzen zulaessig ist.

6.) Die im allgemeinen Interesse wuenschenswerte schnelle Unterbringung beschaeftigungsloser ostjuedischer Arbeiter in geeigneten Arbeitsstellen ist dadurch erschwert worden, dass es nach den bestehenden allgemeinen Vorschriften zu ihrer Beschaeftigung der jedesmaligen Genehmigung des Regierungspraesidenten, bei landwirtschaftlichen Arbeitgebern des Landrats bedarf. Diese Genehmigungspflicht verfolgt bekanntlich den Zweck, der Arbeitslosigkeit inlaendischer Arbeiter (infolge Einstellung auslaendischer

Arbeiter) vorzubeugen. Sie hat besondere Bedeutung fuer Grossbetriebe, bei denen es sich um die Beschaeftigung einer groesseren Anzahl von auslaendischen Arbeitern zu handeln pflegt. Bei der Einstellung eines einzelnen auslaendischen Arbeiters oder weniger auslaendischer Arbeiter wird allenfalls auf sie verzichtet werden koennen. Zur Vermeidung der oben erwaehnten Schwierigkeiten wird deshalb bestimmt, dass bei solchen ostjuedischen Arbeitern, deren Einstellung durch Vermittlung einer der vorstehend in Ziffer 2 genannten Hilfsorganisationen erfolgt, die besondere Genehmigungspflicht fortfaellt, sofern in dem beteiligten Betriebe im Ganzen nicht mehr als 10 auslaendische Arbeiter beschaeftigt werden. Jedoch ist die Einstellung von den vermittelnden Hilfsorganisationen alsbald den Regierungspraesidenten bezw. den Landrat anzuzeigen.

7.) Die notwendige Voraussetzung eines ordnungsmaessigen Fremdenprotokolles ist die polizeiliche Anmeldung jedes Auslaenders gemaess den bestehenden Meldevorschriften. Von den Polizeibehoerden ist die Entgegennahme der Anmeldung von Ostjuden aber haeufig verweigert worden, weil diese sich infolge ueberstuerzter Ausreise aus ihrem Heimatlande nicht im Besitze irgendwelcher ihre Persoenlichkeit nachweisender Papiere befanden. Auf diese Weise ist die Anmeldung unterblieben und dadurch jede weitere geordnete Fremdenkontrolle unmoeglich gemacht. Hierdurch wiederum ist mittelbar der Gefaehrdung der oeffentlichen Ordnung in vielen Faellen Vorschub geleistet worden. Den ohne Legitimationspapiere hier her gekommenen Polen wird die Ausstellung eines polnischen Passes durch das hiesige polnische Generalkonsulat versagt. Um ihre polizeiliche Anmeldung zu ermoeglichen, bestimme ich deshalb, dass denjenigen Polen, fuer deren Personenfeststellung die in Ziffer 2 genannten Hilfsorganisationen die Gewaehrleistung uebernehmen, seitens der Passbehoerden Personalausweise gemaess Ziffer 9 der Ausfuehrungsvorschriften vom 24. Juni 1916 zur Passverordnung vom 21. Juni 1916 (jetzt Passverordnung vom 10. Juni 1919) - R.G.Bl. S.601 - auszustellen sind, deren Geltungsdauer jedoch auf 6 Monate zu beschraenken ist.

Die Herren Regierungspraesidenten wollen die ihnen unterstellten Behoerden gemaess Vorstehenden gefaelligst mit Anweisung versehen. Die fuer die Landraete und Polizeiverwaltungen in den Stadtkreisen erforderlichen Umdrucke liegen bei.

Heine".

הועד הפועל הלאומי
— של —
יהודי אוקרינה.

חוזר 1.

אל הקהלות באוקרינה.

היהדות האוקרינית יסדה סוף כל סוף מרכז, שיצור את צורות חייה הפנימיים האבטונומיים.

הקביץ היהודי באוקרינה, הראשון בין קבוצי הגולה, שהשיג במשך הפרוצס של הריבולוציה את האבטונומיה הלאומית-האישית, הגיע אחרי שנה ומחצה של המון תלאות והרפתקאות לידי יצירת מוסדיה הנבחרים של הריפריזנטציה הלאומית באוקרינה.

על ידי צירים מיופי-כח, בחירי כל הקהלות הדמוקרטיות נתכונן המוסד הנבחר העליון של האבטונומיה הלאומית שלנו— הכנסיה הלאומית הזמנית, בעלת כח הרשאה מן העם, וזכויות של בית-נבחרים—פרלמנט מוקדם—עד שהועד הכנסיה המכונגת.

על ידי הכנסיה הזמנית הונחה אבן הפנה לבנין האבטונומיה שלנו בעזרתם של כחות היצירה של האומה עצמה ולפי רוחה.

נתגשמה שאיפה של דורות רבים לצרף את כחות הצבור הישראלי המפוררים ולסדרם לשם עבודת יצירה לאומית בהתאמה לרצון העם בהמוניו הגדולים. הצעד הראשון בדרך זו נעשה על ידי הסתדרותן של הקהלות המקומיות; עכשו הושמה בראשונה גם גולת הכתרת—בית-הנבחרים הלאומי.

בימי כ"ח חשון—ז' כסלו תרע"ט (3—11 לנויבר) נתכנסה הכנסיה הלאומית הזמנית בקיוב לישיבות הסיסיה הראשונה.

המלה הראשונה, שנשמעה שם, היתה מחאה חריפה נגד בטול האבטונומיה הלאומית-האישית ודרישה נמרצה לשוב להקימה.

בשעה היסטורית זו אי-אפשר היה לכנסיה הלאומית, בית-הנבחרים הדימוקרטי היחידי בעולמנו העברי, להסתפק רק בענינים המקומיים, האוקריינים—יהודיים בלבד, והיא ראתה את עצמה מוכרחת להעמיד את הפרובלימה הלאומית שלנו בכל מלוא היקפה.

הכנסיה הלאומית החליטה להבוע מאת קונגרס-השלום ומאת באי-כח ומנהיגי כל עמי התבל להכיר את עם ישראל בתור גוי אחד בכל הארצות, להכניסו לאגודת העמים, באחד מהם לכל דבר, לערוב ליהודים זכויות אזרחיות ופוליטיות מלאות, חפשהדת בכל העולם ואבטונומיה לאומית-אישית במדינות, שהם גרים בהן באוכלוסין מרובים וכמו כן ביתר הארצות עפ"י דרישתם; לקומם על השבונו של חפינד לריקונסטרוקציה העולמי את

דער אידישער
נאַציאָנאַלער סעקרעטאַריאַט
אויף אוקראינע.

ציִרקוליאר 1.

צו די קהלות אויף אוקראינע.

דאָס אוקראַינעד אידענטום האָט ענדליך זיין נאַציאָנאַלען צענטר געגרינדעט, דעם צענטר, וועלכער דאַרף שאַפען זיינע אינערליכע אויטאָנאָמע לעבענספאָרמען.

דער אידישער קבוץ אין אוקראַינע איז דער ערשטער צווישען אַלע טיילען פונ'ם אַלוועלטליכען אידענטום, וועלכער האָט אינ'ם פראָצעס פון דער רעוואָלוציע דערגרייכט די נאַציאָנאַל-פערסאָנאַלע אויטאָנאָמיע און האָט איצט, נאָך אַנדערטהאַלבען יאָהר פון שווערען קאַמף, נאָך גרויס מיה און מאַטערניש, ענדליך באַשאַפען דעם אויסדערוועהלטען אָרגאַן פון זיין נאַציאָנאַלער פאָרשטעהערשאַפט. דער דאָזיגער העכסטער אָרגאַן פון אונזער אויטאָנאָמיע—די צייטווייליגע נאַציאָנאַלע פאַרזאַמלונג איז געשאַפען געוואָרען דורך פאָרשטעהער, אייסדערוועהלטע פון אַלע דעמאָקראַטישע קהלות אויף אוקראַינע, און האָט די רעכט פון אַ אידישען פאָר-פאַרלאַמענט—ביז עס וועט געשאַפען ווערען די מעגליכקייט צוגוויפצורופען די אידישע גרינדונגס-פאַרזאַמלונג.

מיט דער צייטווייליגער נאַציאָנאַלער פאַרזאַמלונג איז געלעגט געוואָרן דער גרונדשטיין פאַר'ן בנין פון אונזער אויטאָנאָמיע דורך די שאַפונג'ס-כחות פונ'ם פאָלק זעלבסט. עס איז מיט דעם פאַרווירקליכט געוואָרען דער לאַנגיאָריגער טרויס וועגען פאַראייניגען די צעברעקעלטע כחות פון דער אידישער געזעלשאַפטליכקייט אין אָרגאַניזירען זיי פאַר אַ נאַציאָנאַלער שאַפונג'ס-אַרבייט אין אָנקלאַנג מיט דעם ווילען פון די ברייטע מאַסען.

דער ערשטער שריט אויף דעם דאָזיגען וועג איז געמאַכט געוואָרען מיט דעם, וואָס עס האָבען זיך אָרגאַניזירט די קהלות אויף די ערטער. איצט איז דער בנין געקרוינט געוואָרען דורך דער בילדונג פון אַ נאַציאָנאַלען פאָרשטעהערשאַפט'ס-אָרגאַן—דער צייטווייליגער נאַציאָנאַלער פאַרזאַמלונג.

די צייטווייליגע נאַציאָנאַלע פאַרזאַמלונג האָט אָבגעהאַלטען אין קיעוו, אין די טעג פונם 3 ביז'ן 11 נאָיאַבר 1918 (כ"ח חשון—ז' כסלו תרע"ט) איהר ערשטע סעסיע. דאָס ערשטע וואָרט, וואָס האָט זיך געלאָזט אויף דער פאַרזאַמלונג הערען, איז געווען אַ שאַרפער פראָטעסט געגען דער אָבשאַפונג פון דער דערגרייכטער נאַציאָנאַל-פערסאָנאַלער אויטאָנאָמיע אויף אוקראינע און אַג'ענטשידענע פאָדערונג, אַז די אויטאָנאָמיע זאָל צוריק אויפגעשטעלט ווערען.

אינ'ם איצטיגען היסטאָרישען מאָמענט איז אָבער פאַר דער דאָזיגער, לעת-עתה איינציגער, דעמאָקראַטישער פאָרשטהערשאַפט אין דער אידישער וועלט, אונמעגליך געווען זיך באַגרעניצען בלויז מיט די אָרטיגע אידיש-אוקראַינישע ענינים, און זי האָט דער בער געפונען פאַד איהר וויכטיגסטען חוב אַוועקצושטעלען אונזער נאַציאָנאַל-היסטאָרישע פראָבלעם אין דעם גאַנצען ברייט און פאַרנעהם.

און די צייטווייליגע נאַציאָנאַלע פאַרזאַמלונג האָט אָנגענומען אַ באַשלוס צו פאָדערען פונ'ם שלום-קאָנגרעס, ביי די פאָרשטעהער און פיהרער פון אַלע פעלקער, אַז אידען, ווי צושפרייט און צוגלידערט זיי זאָלען ניט זיין איבער גאָר דער וועלט, זאָלען אַנערקענט ווערען אַלס אַ נאַציאָנאַלע קערפערשאַפט, אַלס איין פאָלק און אַרייַנטרעטען אינ'ם פעלקער-בונד אַלס אַ גלייכבאַרעכטיגטער מיטגליד; אַז עס זאָלען אידען גאַראַנטירט ווערען ביר-

משק היהודים, שנחרב בשנות המלחמה העולמית, ולבסוף להבטיח את כל התנאים הנחוצים לקומם מחדש את המרכז הלאומי-המדיני של עם ישראל בארצו ההיסטורית — בארץ-ישראל.

הכנסיה הלאומית החליטה לדרוש שבקונגרס-השלום ישתתפו באי-כח העם הישראלי יחד עם באי-כח כל העמים ולקרא לקונפרנציה של יהודי כל העולם כולו על יסוד בחירות דימוקרטיות. קונפרנציה זו, שישתקפו בה כל הזרמים של האומה הישראלית, תהא באת-כחה המשפטית של היהדות העולמית ומוסדה העליון והיא תקבע בהחלט את דרישותינו מאת קונגרס-השלום ותנהל את מלחמתנו בעד זכויותינו וקיומנו הלאומי.

אבל בעבודה זו צריך להתחיל תיכף בלי דחוי, ולכן בחרה האספה הלאומית הזמנית במלאכות מיוחדת בת 5 אנשים, כדי להגן ולהמליץ על הדרישות הלאומיות, שנתקבלו ע"י הכנסיה הלאומית הזמנית. להבלית זו צריכה המלאכות להתקשר עם הדלגציות הדומות של יתר הקבוצים היהודיים לפעולות משותפות.

לתוך מלאכות זו נבחרו: מ. אוסישקין, א. גנצבירג (אחד העם), ש. אהרנסון, א. גרוזנברג ומ. קריינין.

הכנסיה הלאומית, בהעריכה את חשיבותו המרובה של המומנט, שאנו חיים בו, החליטה לגשת תכף לסדור בנין חיינו הלאומיים בכחותינו הפנימיים ולהקים את מוסדות-ההנהגה העליונים של האבטונומיה היהודית.

בית-המחוקקים העליון שלנו, עד בוא האספה המכוננת, היא הכנסיה הלאומית הזמנית.

הנהגת חיינו האבטונומיים נמסרה לידי הועד הפועל הלאומי, שנבחר במספר שבעה אנשים: י. אלישקובסקי, י. ברמן, י. גרינפלד, פ. כהן, מ. קליינמן, א. קפלן ומ. שורצמן.

כדי לחזק את הקשר שבין הכנסיה הלאומית והועד הפועל שלה, נבחרה עד הכיסיה השניה, על יסודות פרופורציונליים מבאי-כח כל המפלגות, כנסיה קטנה במספר של עשרים וחמשה איש. הכנסיה הקטנה משגחת על עבודתו של הועד הפועל ומאשרת את הנוסח האחרון של הצעות החקים. הכנסיה הלאומית עשתה איפוא מעשה רב-ערך בשביל הישוב היהודי באוקרינה ואולי גם בשביל יתר קבוצי הגולה הגדולים. עבודה זו, שראשיתה נעוצה בפעולתיהם של המיניסטריום היהודי ושל המועצה הלאומית הזמנית, הרי היא פרק חדש בשרשרת ההתפתחותה של האבטונומיה היהודית.

בשעה אחראית קשה נגש הועד הפועל למלא במדה האפשרית את תפקידו. בשנה הראשונה ישאף לבצר את האבטונומיה הלאומית ואורגניה המרכזיים ולבסס את הקהלות במקומותיהן על יסוד משפטי ופיננסי איתן. ראשית מעשיו תהיה לאשר בדרך חוקי המדינה את הצעות החוקים, שנתקבלו בכנסיה הגדולה, ע"ד הקהלות, בנינן הפנימי, חוג זכויותיהן ויפוי כחן, זכות הטלת מסים ויתר מקורות ההכנסה. מובן מאליו, שמבלי לחכות לאשור החיצוני, מחויבות הקהלות לקים עליהן, עד כמה שהדבר תלוי בהן, את כל החוקים והתקנות שנתאשרו על ידי נבחריהן בכנסיה הגדולה.

כשום כך חושב הועד הפועל את עצמו לאחראי בעד מהלך הענינים בתוך הקהלות וחושב את הקהלות לאחראיות בעד קיומם ואפשרות עבודתם של האורגנים המרכזיים.

הועד הפועל רואה את חובתו לעמוד בקשר אורגני עם הקהלות, לחדור לכל פרטי חייהן ולספק את צרכיהן.

הקהלות מצדן מחויבות להתקשר תיכף עם הועה"פ ולהודיע לו מכל הנעשה בקרבן ומכל אשר הן אומרות לעשות.

הכנסיה הלאומית מלאה את ידי הועד הפועל לכרות מלוה בסכום שלש מאות אלף רובל. זהו דמי-נימים הדרוש בשביל שאפשר יהיה להתחיל בעבודה. כשיתאשר החוק ע"ד מס החובה והנכויים מסכומי הממלכה יתבצר מצבן הפיננסי של הקהלות ושל האורגנים המרכזיים.

ואולם העבודה אינה סובלת דחוי, והקהלות מחויבות לגשם בכחות משותפים את ההלואה הנזכרת, ועליהן מוטלת האחריות בעד זה.

העבודה העומדת לפנינו ענקית היא ומרובת צדדים, ונחוצים הרבה כחות ואמצעים גדולים כדי לפנות את המכשולים המונחים על דרכנו.

חיים אנו בתקופה הרת עולם, של חורבן ויצירה. העולם הישן הולך ונחרב ועל משאותיו הולך ונבנה עולם חדש על יסודות חדשים.

הדימוקרטיה העולמית מסתדרת ולוקחת בידיה את גורלם של הגוים. ואין ספק שגם הדימוקרטיה היהודית תתעורר ותרכז את כל כחותיה לשם יצירת חיים לאומיים חדשים.

היעד הפועל הלאומי של יהודי אוקרינה.

נערליכע און פאָליטישע פֿילבאַרעכטיגונג און רעליגיאָנס-פֿרייהייט אין אַלע לענדער, און נאַציאָנאַל-פּערסאָנאַלע אויטאָנאָמיע דאָרט, וואו אידען וואוינען אין גרויסע קבוצים, ווי אויך דאָרט, וואו די אידישע באַפעלקערונג וועט אזא פאָדערונג אַרויסשטעלען; אז עס זאָלען ווידער אייפגעשטעלט ווערען אויפ'ן חשבון פונ'ם אַלוועלט-ליכען רעקאָנסטרוקציאָנס-פאָנד די אידישע ווירטשאַפטען, וועלכע זיינען פון דער מלחמה חרוב געוואָרען; און צום לעצט, אז ס'זאָלען גאַראַנטירט ווערען די אַלע באַדינגונגען, וועלכע זיינען נויטיג כדי צוריק אויפשטעלען דעם נאַציאָנאַל-פּאָליטישען צענטער פונ'ם אידישען פאָלק אין זיין היסטאָרישען לאַנד — אין ארץ ישראל.

די צייטווייליגע נאַציאָנאַלע פאַרזאַמלונג האָט באַשלאָסען צו פאָדערען, אז צום שלום-קאָנגרעס זאָלען צוגלייך מיט אַלע פעלקער צוגעלאָזען ווערען אויך די פאָרשטייער פונ'ם אידישען פאָלק און צו שאַפען אַן אַלגעמיינע קאָנפערענץ פון אַלע טיילען פונ'ם אידענטום, געגרינדעט אויף דעמאָקראַטישע יסודות, וואו עס וועלען קומען צום אויסדרוק אַלע שטרעמונגען אינ'ם אידישען פאָלק, און וועלכע זאָל ווערען די פאָרשטעהערשאַפט פונ'ם אַלוועלטליכען אידענטום און זיין אַלהעכסטער אָרגאַן. דער דאָזיגער אָרגאַן וועט אונזערע פאָדערונגען פאַר דעם שלום-קאָנגרעס אַרויסשטעלען און אָנפֿירען מיט דעם קאַמף פאַר אונזערע רעכט און פאַר אונזער נאַציאָנאַלען קיום.

דער דאָזיגער קאַמף מוז אָבער תיכף ומיד אָנגעהויבען ווערען, און די צייטווייליגע נאַציאָנאַלע פאַרזאַמלונג האָט אויסגעקליבען אַ ספּעציעלע דעלעגאַציע פון 5 פּערזאָן, וועלכע דאַרף געשיקט ווערען צום שלום-קאָנגרעס כדי צו פאַרטיידיגען און שיצען די נאַציאָנאַלע פאָדערונגען, וואָס זיינען אָנגענומען געוואָרען פון דער צייטווייליגער נאַציאָנאַלער פאַרזאַמלונג.

מיט דעם צוועק דאַרף די דעלעגאַציע צונויפבינדען זיך מיט עהנליכע דעלעגאַציעס פון אַלע איבעריגע טיילען פונ'ם וועלט-אידענטום, כדי צו שאַפען אַ פאַראייניגטע נאַציאָנאַלע אַקציאָן.

אין דער דאָזיגער ספּעציעלער דעלעגאַציע זיינען אויסגעוועהלט געוואָרען: אחד-העם (א. גינזבערג) מ. אוסישקין, ש. אהרנסאָן, א. גרוזענבערג און מ. קריינין.

די צייטווייליגע נאַציאָנאַלע פאַרזאַמלונג האָט גענומען אין אַנבעטראַכט די גרויסע וויכטיגקייט פונ'ם מאָמענט, וועלכען מיר לעבען איצט איבער, און האָט באַשלאָסען דעם נאַציאָנאַלען בנין גלייך אָנהייבען צו בויען מיט אייגענע הענד און מיט אונזערע אינערליכע כחות, און זי האָט באַשאַפען די פֿיהרענדע אינסטיטוציעס פון דער אידישער אויטאָנאָמיע.

דער העכסטער געזעצגעבערישער אָרגאַן, ביז די אידישע גרינדונגס-פאַרזאַמלונג וועט פאָרקומען, איז — די צייטווייליגע נאַציאָנאַלע פאַרזאַמלונג.

די אָנפֿיהרונג מיט אונזער נאַציאָנאַל-אויטאָנאָמען לעבען איז איבערגעגעבען אין די הענד פון דעם נאַציאָנאַלען סעקרעטאַריאַט („ועד הפועל“), וועלכער באַשטעהט פון פאָלגענדע 7 אויפגעוועהלטע פּערזאָן: י. אַלעשקאָווסקי, י. בערמאַן, י. גרינפעלד, פ. כהן, א. קאַפּלאַן, מ. קליינמאַן און מ. שוואַרצמאַן.

כדי צו פאַרשטאַרקען די צוזאַמענבינדונג צווישען דער נאַציאָנאַלער פאַרזאַמלונג און דעם נאַציאָנאַלען סעקרעטאַריאַט איז, ביז דער צווייטער סעסיע, אויסגעקליבען געוואָרען אַ „קליינע נאַציאָנאַלע פאַרזאַמלונג“ פון 25 פּערזאָן פּראָפּאָרציאָנעל פון אַלע פּאַרטייען. די „קליינע נאַציאָנאַלע פאַרזאַמלונג“ קאָנטראָלירט די אַרבייט פון דעם סעקרעטאַריאַט און באַשטעטיגט די ענטגילטיגע רעדאַקציע פון די אָנגענומענע געזעץ-פּראָיעקטען.

אָט דאָס איז די גרויסע אַרבייט, וועלכע די נאַציאָנאַלע פאַרזאַמלונג האָט אייפגעטאָן — אַן אַרבייט, וואָס האָט אַ היסטאָרישע באַדייטונג פאַר דעם אידישען ישוב אין אוקראַינע און אַפשר אויך פאַר די איבעריגע טיילען פונ'ם אַלוועלטליכען אידענטום.

די דאָזיגע אַרבייט האָט איהר פאָרגעשיכטע אין דער טעטיגקייט פון דעם אידישען מיניסטעריום און פון דעם צייטווייליגען נאַציאָנאַל-ראַט און איז, אַ נייער פּרק אין דער אַנטוויקלונג פון דער אידישער אויטאָנאָמיע.

אין אַ שווערען פאַראַנטוואָרטליכען מאָמענט טרעט דער נאַציאָנאַלער סעקרעטאַריאַט צו צו דער אַרבייט. ער אָנערקענט די גרויסע אחריות, וועלכע ליגט אויף איהם, ווי אויף דעם אויס-פֿיהרענדען אויספֿיהר-אָרגאַן פון דער צייטווייליגער נאַציאָנאַלער פאַרזאַמלונג. אין דער ערשטער רייהע וועט ער זיך שטעלען די אויפגאַבע צו פאַרפעסטיגען דעם בנין פון דער אידישער אויטאָנאָמיע און איהרע אינסטיטוציעס, און פאַרשטאַרקען דעם פּאָליטישען און פינאַנציעלען קיום פון די קהלות אויף די ערטער. זיין ערשטע אַרבייט וועט זיין לעגאַליזירען און דורכפֿיהרען אין לעבען די אָנגענומענע אויף דער צייטווייליגער נאַציאָנאַלער פאַרזאַמלונג געזעץ-פּראָיעקטען וועגען די קהלות, וועגען זייער אינערליכען בוי, זייערע רעכט און קאָמפּעטענץ, דעם רעכט אויף צוואַנגס-שטייער און אַנדערע הכנסות.

ניט וואַרטענדיג אויף קיינע באַשטעטיגונגען מן הצד, זיינען די קהלות מחויב, אויף וויפיעל עס הענגט פון זיי אָב, דורכצופֿיהרען אין לעבען אַלע החלטות און געזעצען, וועלכע זיינען אויף דער נאַציאָנאַלער פאַרזאַמלונג אָנגענומען געוואָרען.

דער נאַציאָנאַלער סעקרעטאַריאַט פֿיהלט זיך פאַראַנטוואָרט-ליך פאַר דעם צושטאַנד און גאַנג פון דער אַרבייט אין די קהלות, און די קהלות פון זייער זייט זיינען פאַראַנטוואָרטליך פאַר דער עקזיסטענץ און אַרבייטס-מעגליכקייט פון די צענטראַלע אָרגאַנען.

דער נאַציאָנאַלער סעקרעטאַריאַט האַלט פאַר זיין חוב אַריינצוגעהן אין אַ נאָהענטער פאַרבינדונג מיט די קהלות און, ווי ווייט מעגליך איז, באַפרידיגען אַלע זייערע הצטרכות'ן. דער חוב אויף די קהלות ליגט, אַז זיי זאָלען זיך תיכף פאַרבינדען מיט'ן נאַציאָנאַלען סעקרעטאַריאַט, רעגעלער מודיע זיין איהם וועגען אַלעס וואָס ביי זיי אין לעבען קומט איצט פאָר און וועגען אַלע פּלענער און פאָרבאַרייטונגען אויף להבא.

די נאַציאָנאַלע פאַרזאַמלונג האָט באַפולמעכטיגט דעם נאַציאָנאַלען סעקרעטאַריאַט צו מאַכען אַ הלואה ביז 300 טויזענט רובל, כדי צו דעקען די הוצאות פון דער אַרבייט. דער דאָזיגער סכום איז דער מינימום, וועלכער איז נויטיג, כדי מען זאָל קאָנען צוטרעטען צו דער אַרבייט. ווען עס וועט דורכגעפֿיהרט ווערען אין לעבען דער געזעץ וועגען צוואַנגס-שטייער און וועגען דעם חלק דכנסות, וועלכע די מלוכה דאַרף אונז אָבטיילען, וועט דער פינאַנציעלער יסוד פון די קהלות און פון די צענטראַלע אָרגאַנען זיין פעסט און געזיכערט. די אַרבייט אָבער קאָן אין טאָר דערווייל ניט פאַרהאַלטען ווערען ביז יענער צייט, און אויף די קהלות ליגט דער חיוב צו העלפען מיט פאַראייניגטע כחות רעאַליזירען די הלואה פון 300 טויזענט רובל.

די אַרבייט, וועלכע שטעהט אונז פאָר, איז אונגעהויער גרויס. עס זיינען נויטיג פיל כחות און מיטלען.

מיר לעבען אין אַ צייט פון גרויסען חורבן און גרויסער אויפלעבונג. די אַלטע וועלט געהט אונטער און אויף איהרע חורבות ווערט אַ נייע וועלט באַשאַפען. די וועלט דעמאָקראַטיע אָרגאַניזירט זיך, נעמט דעם גורל פון פעלקער אין איהרע אייגענע הענט און עס איז קיין שום ספק ניט, אַז אויך די אידישע דעמאָקראַטיע וועט אַלע איהרע כחות אָנווענדען, כדי צו שאַפען אויך פאַר'ן אידישען פאָלק אַ נייעם פרייען נאַציאָנאַלען לעבען.

דער אידישער נאַציאָנאַלער סעקרעטאַריאַט אויף אוקראַינע.

[illegible]

[illegible]

-.-.-.-.-.-.-.-

Mit tiefstem Bedauern haben wir wahrnehmen müssen, wie alle Tätigkeit und Sorgfalt sich nur den südrussischen Glaubensgenossen zuwendet und man auch für die Folge nur Auswanderer und Flüchtlinge der südrussischen Städte zu befördern geneigt zu sein scheint. Es ist ja wahr, dass diese am meisten gehetzt und geängstigt, misshandelt und geplündert worden und infolge dessen am meisten sich zur Berücksichtigung und Beförderung herzurangen; darüber jedoch die westrussischen Juden ganz aus dem Auge verlieren, wäre ein schwere und verhängnisvolle Verkennung der Lage. Haben wir uns in diesen Voraussetzungen geirrt, so sollts uns freuen. - Die nachfolgenden Erörterungen werden trotzdem am Platze sein und zur Aufklärung des Sachverhalts das Ihrige beitragen.

Seitdem mir das Gottesgeschick die Stelle und Stellung an diesem exponirten Punkte, an diesem schweren und verantwortungsvollen Posten angewiesen hat, beschäftigt mich Lage und Frage meiner russischen Glaubensgenossen unausgesetzt, weil ich sofort, als ich vor 16 Jahren nach dem hiesigen Orte kam, erkannte, dass hier, es koste , was es wolle, Abhilfe geschafft werden müsse. Sachverhalten zu müssen - wovon man draussen in der Welt auch heute noch keine rechte Ahnung hat- dass auch in besseren Zeiten in den überfüllten und übervölkerten westrussischen, meist von Juden bewohnten Städten und Städtchen täglich Menschen Hungers sterben, musste auch ein nur einigermassen empfängliches Gemüth bis in seine tiefsten Tiefen erschüttern.

Während der entsetzlichen Hungersnot im Jahre 1868/69 war ich, verschiedenster der respectabelsten Einladungen Folge gebend, nach Nowno gereist, um die Uebersiedelung nothleidender Glaubensgenossen aus den Grenzbezirken nach dem Innern Russlands anzuregen und organisiren zu helfen.

Das Nähere findet man in der diesbetreffenden Schrift: " Meine Reise nach Kowno etc." Am 26. Mai 1869, 3 Uhr nachmittags, kamen eine Anzahl der angesehendsten Banner aus Kowno und Wilna in der Wohnung des derzeitigen Gouverneurs, Fürst Obolenski, zusammen und traten in Berathung, wie die gesetzlichen Schwierigkeiten der Uebersiedelung zu überwinden und der Süden und das Innere des ungeheuren Reiches den Glaubensgenossen zu erschliessen sei. Eine Art Freizügigkeit geniesst nur der bereits fünf Jahre zur ersten Gilde gehörige jüdische Kaufmann, der studirte und der zünftige Handwerker. Das will sage:: das Indigenat können sie alle ausserhalb der "Judengrenze" trotzdem nicht erlangen. Sie empfangen blos einen Pass und können dann hinziehen und ihr Geschäft betreiben, wo sie wollen, müssen aber alljährlich ihren Pass erneuern lassen und bleiben an dem Orte, woselbst sie als Einwohner verschrieben sind, mit ihren Kindern steuer- und militairpflichtig. Die saubere Logik des Herrn Ignatieff hat nun den Apothekern gegenüber geltend gemacht: ja ihr könnt wohnen, wo ihr wollt, aber von Geschäftsbetrieb ist dabei nicht die Rede, während doch in diesem Falle Freizügigkeit durchaus weiter nichts besagen will, als überall sein Geschäft betreiben zu können. Freilich hat der Hass eine ganz andere Logik als der gesunde Menschenverstand.

In einer späteren Sitzung, am 29. Mai. wurde beschlossen:" Vorbehaltlich der Regierungsbestätigung, eine über einen grossen Theil von Russland sich verzweigende Gesellschaft zu begründen, welche zu allernächst die Auswanderung der westrussischen Israeliten nach dem Innern und Süden des Reiches bezwecken; dann die Erwerbung von Grund und Boden für die Ackerbautreibenden anstreben solle."

Von allen diesen ist nun freilich - fast möchte ich sagen zu gutem Glücke - nichts geschehen. In den Sessionen jedoch, wie in den gemeinschaftlichen Besprechungen wurde vielfach zur Sprache gebracht, was auf Grund des status quo zur Uebersiedelung der Unglücklichen vorgenommen werden könne.

Es hatte es sich denn ergeben, dass, wenn es nicht der Zukunft wegen, wenn es nicht um deswillen geschehen müsse, um überhaupt bessere Zustände für den russischen Juden anzubahnen, man vorläufig der weiteren Organisation und der Regierungsbestätigung entbehren könne. Der Gouverneur war es, welcher vorzugsweise auf diesen Umstand hinwies. Ueberhaupt hat die Regierung damals die Uebersiedelung begünstigt, derselben wenigstens auch nicht das geringste Hinderniss entgegengesetzt.

Hunderttausende - Handwerker, Gelehrte, Kaufleute, - hatten sich bereits in den betreffenden Gegenden angesiedelt und die Nichthandwerker wanderten nach den "Colonien", woselbst sich die Juden bereits damals schon seit 25 bis 30 Jahren sesshaft gemacht und woselbst für weitere Hunderttausende noch heute Raum ist.

In kaum glaublichen Massen und Zügen wandte sich der Auswanderungsstrom seitdem dem Innern und dem Süden zu. Ein Städtchen in unserer Nähe, Plungian geheissen, hatte damals in einem Zeitraum von etwa 6 Monaten ungefähr 60 Familien dorthin entsandt und hat bis auf den heutigen Tag fast die Hälfte seiner 5 bis 6000 Einwohner nach dem Innern und Süden wandern sehen. Es ist kaum glaublich, mit welchen geringen Mitteln diese Uebersiedelung bewerkstelligt wurde. Fünf bis sechs Familien thaten sich zusammen, kauften sich Pferd und Wagen für etwa 30 bis 40 Rubel, luden ihre geringen Habseligkeiten auf und fort gings mit Weib und Kind dem Ziele zu, wohin den Mann bestimmte Hoffnungen und Erwartungen, wohl auch die Einladungen von Freunden und Verwandten, zu wandern veranlassten. Seit dieser Zeit, etwa seit 14 Jahren, hat die jüdische Bevölkerung im Süden und im Innern sich nicht etwa blos verdoppelt, sondern vielleicht verfünffacht und hat sich dort gehalten, trotz aller Chikane, Hetzen und Exzesse, die eigentlich nie aufgehört haben. Besonders hat die Stadt Kiew darin sich stets gross gezeigt. Gewöhnlich am Freitag Abend wurde plötzlich das Judenviertel gesperrt und alle Häuser nach Passlosen Juden untersucht, die denn auch gewöhnlich zu Hunderten bei Nebel und Nacht

aus der Stadt getrieben wurden. Allein was halfs? Zu einem Thor trieb man sie hinaus, zum anderen kamen sie wieder herein - so in Kiew, so in allen anderen Städten: Petersburg, Moskau, Odessa, Orel etc, etc.

Wie man sieht, sind diese Südrussen gar keine Südrussen, sondern fast alle oder vielleicht nur Westrussen. Hier sind sie allein heimathberechtigt.

Ich war von jeher ein entschiedener Gegner aller Auswanderung und zur Seite stand mir alles, was in Russland reich und einflussreich ist, vorzugsweise die gesammte jüdische Intelligenz, die Gebildeten und Studirten. Letztere hingen mit einer wahren Schwärmerei an ihrem Russland, das ihnen das Non-plus-ultra eines geistreichen und liebenswerthen Vaterlandes erschien. Es galt ihnen ihr Volk, was galt ihnen ihr Glaube? r u s s e n w o l l e n w i r s e i n und k e i n e J u d e n ! - das war ihr Grundsatz. Nach den jüngsten Ereignissen hat gerade bei dieser Classe der Gebildeten und Studirten ein greller fast Entsetzen erregender und doch so natürlicher Gesinnungsumschlag sich vollzogen. Gerade diese haben vollständig mit Russland gebrochen und wollen nur auswandern. Auswanderung um jeden Preis, und zwar mit der Masse des Volkes, als seine Führer, Begleiter, Beschützer. Ihr Volk und ihr Glaube, das ist ihnen das höchste. Diesen anzugehören, für diese zu stehen und zu streiten bis zum letzten Athemzuche haben sie sich angelobt. Solch eine Begeisterung für Volk und Glauben des Judenthums, wie gegenwärtig unter den jüdischen Studenten Russlands sich kundgiebt - und diese zählen nach Tausenden - ist wohl selten erlebt worden.

Als neulich Strelnikow in Odessa, einer der schlimmsten Judenfeinde Russlands - es ist derselbe, der auch im ersten Kiewer Hetzprozess sich als der grimme Feind der Juden so vortheilhaft bei Herrn Ignatieff insinuirt hatte - ermordet wurde, da hegte man anfangs in Russland den Verdacht, das könnten Juden von der studirenden Jugend gethan haben; denn auf diese hatte es der Unmensch ganz besonders abgesehen. Gegen die Jugend der südrussischen Universitäten hat er mit einer wahnhaften Tollwuth sich geberdet. Auf die leise-

leisesten grösstenteils ungerechtfertigten Verdachtsgründe hin liess er allein in Kiew 34 jüdische Studenten einkerkern und that öffentlich die Aeusserung, er wolle einmal der Welt ein Schauspiel zum Besten geben, wie sie bis dato noch kein zweites geschaut, einen grossen Nihilistenprozess, in welchem lauter Juden figuriren sollten. Als er nun in Odessa durch die Kugel des Sohnes eines hohen russischen Staatsbeamten niedergestreckt wurde, was war natürlicher als der Verdacht, dass es ein jüdischer Student gewesen, der seine Comilitonen an dem Ungeheuer habe rächen wollen? Allein man beruhigte sich bald - ein solcher konnte es nimmer sein. Haben sich doch alle jüdischen Studenten die Hand gegeben, keiner politischen, am wenigsten aber einer nihilistischen Partei in Russland angehören zu wollen und fordern nur ihrem Volke und ihrem Glauben zu leben. Gottlob, die Juden sind keine Nihilisten, keine Attentäter und Mörder! Russland hat sicherlich keine besseren Staatsbürger, als seine Juden. --

Auf die gegenwärtige furchtbare Katastrophe, welche ein einzelner kann, dem freilich der allgemeine Bildungs- und Gesittungszustand des gegenwärtigen Russland sich äusserst günstig und entgegenkommend erwies, könnte freilich niemand gefasst sein.

Seit vierzehn Jahren habe ich mich in Gemeinschaft mit gleichgesinnten Mithelfern mit aller Macht dem Strom der Auswanderung entgegengestellt, beziehungsweise demselben eine andere Richtung zu geben getrachtet und habe zu verhindern gesucht, dass nicht der Westen von russischen Glaubensgenossen überschwemmt werde. Und trotzdem, wenn doch einmal einer über die Grenze kam und ich demselben nach genauester Information eine Reiseempfehlung mitgab, dann sprach man in Deutschland und anderwärts:" O, dieser Dr.Adolf will uns schliesslich alle russischen Schnorrer auf den Hals laden ." Und trotzdem habe ich seit diesen vierzehn Jahren sicher keine 300 Empfehlungsbriefe ausgestellt. Wären es statt dieser 300 heute 300,000 - ich würde mich glücklich schätzen.

Wir können uns hier unmöglich länger dem Strome der Auswanderer entgegenstellen und stammen aus leichtbegreiflichen, aus den vorher besagten mit Nothwendigkeit sich ergebenden Gründen. Durch die jüngste Katastrophe ist der Strom der Uebersiedelung aus den über alle Massen überfüllten und übervölkerten westrussischen Städten nach dem Innern und Süden Russlands nicht nur gehemmt, - nein, er ist ganz und gar zurückgestaut worden. Niemand kann mehr aus der "Judengrenze" heraus, um nach dem Innern und Süden zu wandern und auch die bereits dorthin Uebergesiedelten müssen zurück. Was wollen die wenig hundert Menschen bedeuten, welche dort über die oesterreichische Grenze geflüchtet sind, gegen die vielen Tausende, die sich ihrer westrussischen Heimat zugewandt haben. Alle die Tausende, welche die Verfolgung ihrer Wohnstatte beraubt, welche die Furcht treibt, ihre Heimat zu verlassen, welche zu Hunderten und Tausenden aus den Städten des Südens und des Innern ausgewiesen werden, wenden sich ihrer westlichen Heimath zu vereinzen dort den Raum nochmehr, nehmen in der einen oder anderen Weise den Polnischen das überaus karge Stückchen Brot vor dem Munde fort. Von einer auskömmlichen Ernährung der drei Millionen westrussischer Juden kann schon lange nicht mehr die Rede sein. " Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel", das ist das charakteristische Merkmal ihres seit Jahren andauernden Nahrungsstandes und schon jetzt ist es so weit gekommen, dass das Brot auch nicht mehr zum Sterben zu viel ist, sodass gerade zureicht.

Die Bevölkerung kann gar nicht länger in dem westrussischen Ghetto aus- und haushalten. Abgesehen von allen Verfügungen, Kränkungen, Misshandlungen treibt die Noth zur Auswanderung, deren Strom jetzt aber vollständig umgelenkt ist. Wie früher anstatt nach Osten, drängt er jetzt nach Westen. Und wenn Russland die schon scharf genug gesperrte westrussische Grenze durch eine eiserne Mauer verschliessen wollte und wenn der Grenzcordon der Kosaken eine dreifachpolte, dicht geschlossene Gliederreihe bilden würde- " Noth bricht Eisen!" - Dieser mächtige Auswanderungsstrom würde einen Weg

sich bahnen mitten durch die eiserne Mauer und die geschlossenen Glieder russischen Grenzsoldaten.

Ein Beispiel, für mich ausserordentlich bezeichnend und so auch für jeden, der sich in die Lage hineindenken kann. Im verflossenen Sommer machte ich mit meiner Familie und in Gemeinschaft mit noch anderen befreundeten Familien, welche uns zu dieser Fahrt eingeladen hatten, mit den gebräuchlichen Legitimationen versehen, eine Spazierfahrt über die Grenze nach dem 3 Meilen entfernten Grenzstädtchen Garsden, welches neben etwa 500 christlichen etwa 1500 jüdische Einwohner hat. Mit Windeseile hatte sich die Nachricht verbreitet, der Dr. Hilf ist hier und nun fing man an zu calculiren und diskutiren: Was will der hier? Kurz vorher hatten "Haggid" und "Melitz" , die bekannten hebräischen Zeitschriften, die Auswanderung nach Spanien diskutirt und sofort stand die Meinung fest: der Dr. Hilf ist hierhergekommen, um sich die Auswanderer nach Spanien auszuwählen. Aus dem Beth-Hamidrasch heraustretend, woselbst ich den mir sehr bekannten und befreundeten Rab einer Jaffé aufgesucht hatte, sah ich mich plötzlich von einer grossen Menschenmenge umgeben; etwa 50 Personen verlangten zur Auswanderungnach Spanien notirt zu werden. Man muss diese Menschen kennen, die vielleicht nie über die Mauern ihres Städtchen gekommen, nie einen geregelten Schulunterricht genossen, die von "Aspamia" nur so viel wussten, dass er auch schon im Talmud erwähnt werde; wie weit muss es mit diesen gekommen sein, wenn sie sich als Auswanderer zu den " Mohren" nach Spanien melden. " Aber ihr Leute", frag ich, " was wollt ihr denn in Spanien treiben?" " Wir sterben hier Hungers; vielleicht können wir uns dort doch ernähren," war die Antwort.

So viel steht also fest:

1) Alle Hilfsthätigkeit muss sich von nun an auf die Auswanderung beschränken,
2) Das Augenmerk der Hilfscomités hat sich vorzugsweise, wenn nicht ganz ausschliesslich auf die Westgrenze zu richten.

Immer näher und näher wälzt sich der Westgrenze zu der Strom der Auswanderer, dessen herumbrausende Fluth wir nicht mehr aufhalten können; der vorzugsweise ist es unsere Stadt, welche sie dabei im Auge haben und behalten: Erstlich als See-,Handels- und Grenzstadt, welche mit Russland in den mannichfaltigsten Verbindungen und Beziehungen steht, zweitens weil unsere Gemeinde in Mosaik von Juden aus allen Theilen Russlands darbietet; drittens weil die russischen Juden seit vielen Jahren am hiesigen Orth Rath und Hülfe zu suchen sich gewöhnt haben; viertens weil das hiesige Comité an den Unterstützungen und Agitationen des verflossenen und laufenden Jahres einen hervorragenden Antheil genommen hat.

Dem wird den Worten des Unterzeichneten um so grösseres Gewicht beizulegen missen, als er sich zu legitimiren in den Stand gesetzt ist, nicht in seinem Namen allein, sondern im Namen von drei Millionen westrussischer Glaubensgenossen zu sprechen. Wie die Auswanderung zu organisiren und wohin die Masse der Auswanderer zu lenken sei, muss den Hauptcomités zu bestimmen anheimgestellt werden. Nur eine einzige Bitte habe ich den verschiedenen Comités im Namen und Auftrage aller und mit der eindringlichen Kraft und Macht vorzutragen, als ob diese Bitte aus dem Herzen und dem Munde von drei Millionen gequälter und geängstigter Menschen käme. Diese Bitte lautet:

Vertheilt, vereinzelt, zerstreut uns nicht über den ganzen Erdboden; bringt uns an Orte, wo wir zusammen wohnen, weilen und wirken können als eine einheitliche Volksgemeinschaft, gegliedert und abgestuft, wie eine jede geordnete menschliche Gesellschaft, wo wir unbehelligt und ungekränkt Juden sein und den einzig -einigen Gott bekennen und verehren dürfen.

Wien am Raumonatstage des Ijor (19.April) 5642
1882

DAS STÄNDIGE HÜLFSCOMITÉ FÜR DIE NOTHSTADENDEN RUSSISCHEN ISRAELITEN.

Im Auftrage:

Dr. A l f .

Abschrift

Wir haben bis jetzt aus Gründen der Diskretion die Originale der von uns an die Behörden gegebenen Berichte im allgemeinen nicht an unsere Ortskomitees versandt. Wir machen in diesen Falle mit dem von Prof. Oppenheimer an den Delegierten der Schweizer Gesandtschaft gerichteten Bericht eine Ausnahme, weil er uns von grossem Interesse zu sein scheint. Wir müssen Sie aber bitten, diesen Bericht als lediglich an die Mitglieder der Ortsgruppen persönlich gerichtet zu betrachten und darüber ganz besonders strenge Vertraulichkeit zu bewahren.

Berlin, den 1.Juli 16.

Herrn Konsul S m e n d,
Hochwohlgeboren,
Kais.Deutsche Gesandtschaft,
_B_e_r_n._

Hochverehrter Herr Konsul!

Meinem Versprechen gemäss beeile ich mich, nach meiner Rückkehr Ihnen meine in der Schweiz gemachten Erfahrungen mitzuteilen und die Vorschläge auszusprechen, die sich mir daraus zu ergeben scheinen.

Sie äusserten mir gegenüber den Wunsch, dass ich mich über die Stimmung der neutralen, insbesondere der zionistischen Judenheit informieren und möglichst im Sinne der Zentralmächte auf sie wirken möchte. Ich habe (um diesem Wunsche zu entsprechen), sowohl in Basel, wie in Zürich in zionistischem Kreise über ein streng wissenschaftliches Thema vorgetragen (Genossenschaftliche Kolonisation in Palästina) und mich dabei bemüht, in diskretester Weise die Bemühungen der mitteleuropäischen Regierungen um eine

befriedigende Lösung der Judenfrage in das günstigste Licht zu stellen. Trotzdem ich mich in diesem Kreise eines ziemlich hohen Ansehens zu erfreuen glaube, war bereits die Aufnahme der wenigen, das Gebiet der Politik streifenden Sätze eine kalte, ja feindselige. Ich wurde nur an diesen Stellen durch Murren und Widerspruch unterbrochen, während im übrigen meine Ausführungen warmen, fast begeisterten Beifall fanden.

Die Besprechungen mit vielen einzelnen führenden Persönlichkeiten aus Basel, Zürich und Bern, die sich an diese Vorträge anschlossen, haben den von mir gewonnenen Eindruck noch verstärkt: Die Stimmung der neutralen Juden - denn man kann ohne Fehler die Schweizer Juden als Repräsentanten der Allgemeinstimmung auffassen- ist scharf antideutsch, schon weil sie scharf proenglisch ist. England hat es meisterhaft verstanden, diese einflussreiche internationale Gruppe für sich zu gewinnen.

Ich darf einschieben, dass diese Gruppe sich ihres Einflusses voll bewusst ist, ja, eher geneigt ist, ihn zu überschätzen. Man weiss sehr wohl, dass das jüdische Votum auf den Ausfall der Wahlen im Staate New-York von sehr bedeutendem Einfluss ist, dass der Staat New-York den Ausschlag für die Wahlen mindestens des gesamten Ostens der Vereinigten Staaten zu geben pflegt, und dass jeder Politiker der Union aus diesem Grunde gezwungen ist, die jüdischen Belange mit ernsten

Nachdruck zu vertreten. Man glaubt ferner -und vielleicht nicht mit Unrecht- dass der Einfluss der jüdischen Intelligenz auf das neue Russland sehr stark sein wird;- und man ist sich schliesslich der ungeheueren Macht durchaus bewusst, die die starke Betsiligung der jüdischen Intelligenz an der internationalen grossen Presse mit sich bringt; eine Folge der Ausschliessung der Juden aus so vielen anderen Zweigen der Betätigung in den meisten Ländern, kurz, man fühlt sich mehr oder weniger als das Zünglein an der Wage oder als ein Bauer in dem grossen Schachspiel, das durch die Konstellation zu einer Figur erster Bedeutung geworden ist. Ich muss bekennen, dass mir diese Auffassung nicht als gänzlich unberechtigt erscheint.

Jedenfalls zeigt das Vorgehen der Ententemächte, dass sie in der jetzigen Weltlage auf die Sympathie der kleinen, aber durch ihre Intelligenz, ihren Einfluss auf die Presse und die Parlamente, und schliesslich ein wenig auch durch ihre Finanzmacht bedeutsamen internationalen Gruppe das grösste Gewicht legen. Bei vielen Gesandtschaften, namentlich in Neutralien, sind Juden oft in führender Stellung vertreten; die Beziehungen zur Presse werden mit allen Mitteln und grossen "Mitteln" gepflegt, und jede Gelegenheit wird ergriffen, um den Philosemitismus in bengalischem Lichte erscheinen zu lassen. Namentlich der Zionismus, der sich in der Tat aus kleinen Anfängen heraus zur Repräsentanz des gesamten, politisch aktiven Judentums der ganzen Welt herausgewach-

sen hat, wird mit aller Auszeichnung behandelt und mit allen Kräften gefördert. Die Tatsachen sind bekannt: England erntet jetzt die Früchte einer durch viele Jahre hindurch fortgesetzten, klug vorausschauenden philozionistischen Politik.

Es ist vergeblich, den Neutralen zu sagen, dass die Juden für England nur eine Figur in dem grossen Schachspiel sind, die es ohne weiteres opfern wird, um einen vorteilhaften Tausch zu machen. Die geringeren politischen Köpfe glauben allen Ernstes an den guten Willen und die ehrlich judenfreundliche Politik der Engländer; die besseren politischen Köpfe geben die Behauptung ohne weiteres zu, stellen sich aber auf den Standpunkt, dass die Judenschaft gerade deshalb mit England gehen müsse. Denn jüdischer und englischer Vorteil gingen nun einmal zusammen; und entscheidend sei, dass die im tiefsten Grunde antisemitischen Zentralmächte auch dann keine freundliche Judenpolitik treiben würden, wenn ihr eigener klarer Vorteil es forderte.

Es machte gar keinen Eindruck, wenn ich demgegenüber auf die entschieden judenfreundlichen Verlautbarungen des deutschen Reichskanzlers, Freiherrn von Hertling, des Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen, des Grafen Czernin, des Gross-Vezirs Talaat Pascha usw. und auf die judenfreundlichen Erlasse der deutschen und österreichischen Befehlshaber im Osten hinwies. Die Antwort war immer, dass es sich hier nur um Worte handele, denen niemals Taten gefolgt seien. Es wurde schon be-

stritten, dass auch nur die führenden Männer Deutschlands und Oesterreichs sämtlich auf nicht entschieden antisemitischem Standpunkt ständen; als Beweis wurde hingewiesen auf die Verhaftung der jüngsten Pogrome in Galizien durch die Oesterreicher, und vor allem auf die in der Tat sehr unbefriedigende Lösung der Judenfrage in Rumänien, an der man auf Grund angeblich zuverlässiger Informationen die Schuld einzig den deutschen Unterhändlern zuschreibt.

Vor allem aber wird überall festgestellt, dass die besten Absichten der führenden Männer der Mittelmächte Absicht bleiben müssen, weil es ganz und gar unmöglich sei, die ausführenden Organe, die seit Jahrzehnten zum praktischen Antisemitismus erzogen seien, in die neue Richtung zu zwingen. Als Beweis dafür gelten Erscheinungen, wie die immer wieder auftauchenden "Judenzählungen", gelten angeblich massenhafte Zurücksetzungen deutscher und österreichischer Juden im Heeres- und Zivildienste und gilt vor allem die in der Tat furchtbare Notlage der Juden in den besetzten Gebieten des Ostens, eine Notlage, die wir gezwungen waren, noch zu unterstreichen, weil die Mission des gleichzeitig in der Schweiz befindlichen Leutnant Hermann Struck ja gerade darin bestand, die Sperre zur Aufhebung zu bringen, die die amerikanische Regierung über die jüdischen Hilfsgelder für Litthauen verhängt hat.

Ich brauche nicht erst zu versichern, dass ich

gegen die geschilderte Auffassung mit allen Kräften gekämpft habe, soweit das Gewissen es irgend zuliess. Ich habe betont, dass England es leicht habe, den Juden Palästina zu schenken, das den Türken gehöre; und dass es sich in dem judaisierten Palästina nur einen der Brückenpfeiler von Aegypten und Indien sichern wolle; ich habe ferner hervorgehoben, dass die Notlage der Juden im Osten nur auf den Kriegszustand und die von England herbeigeführte Seesperre bezogen werden dürfe; ich habe die Stellung der deutschen Juden unter Berufung auf meine eigenen persönlichen Erfahrungen als Dozent an der Berliner Universität in das günstigste Licht zu stellen versucht und scharf mit der unerträglichen Abhängigkeit der amerikanischen Ordinarien von unverantwortlichen Privatleuten kontrastiert: ich wurde mit angeblichen Tatsachen über Übergriffe, Beleidigungen und Misshandlungen von Juden im besetzten Osten geradezu überschüttet, deren Authentizität zu prüfen ich nicht in der Lage war - und das einfache Nichtglauben machte keinen Eindruck.

Es steht leider so, dass die langjährige antisemitische Praxis der zentralen Regierungen die neutralen Juden geneigt gemacht hat, alles ungünstige zu glauben und alles günstige zu bezweifeln. Und alle Versicherungen, dass eine neue Aera zu erwarten sei, dass in den obersten Stellen die ehrliche Absicht bestehe, den Juden ihr Vollbürgerrecht nicht weiter zu verkümmern und sich

in der Frage palästinas im Sinne der zionistischen Forderungen zu orientieren, stösst immer wieder auf di Abweisung: "Das sind nur Worte, und nur Taten können uns überzeugen."

Bei verständigeren und weniger aufgehetzten Persönlichkeiten findet die Darlegung Gehör, dass Deutschland nicht die Absicht haben kann und unter der gegenwärtigen politischen Konstellation auch kann die Macht besässe, seinen türkischen Bundesgenossen dazu zu zwingen, auchweitgehenden zionistischen Wünschen gerecht zu werden. Sie verstehen, dass die neue Türkei nicht Neigung haben kann, sich in Palästina ein n neuen Libanon zu schaffen. Aber sie ziehen gern den Schluss, dass die Judenschaft ihre Sympathie der englischen Bestrebung auf Expropriierung der Türkei aus ihren sämtlichen, nicht reintürkischen Provinzen zu schenken habe. Es ist nur Auswirkung des sozialpsychologischen Grundgesetzes, dass sie von diesem Gesichtspunkt aus von dem Obsieg der Entente allein den Fortschritt der allgemeinen Kultur erwarten.

Verstärkt wird diese Stimmung noch durch die geradezu groteske Furcht, die alle Neutralen, nicht etwa nur die Juden, sondern auch Christen: Holländer, Deutsch-Schweizer, die im übrigen offenbar mit ihrem Herzen auf der deutschen Seite stehen, vor der deutschen "Weltherrschaft" haben. Es nutzt nichts, sie darauf hinzuweisen, dass in Deutschland niemand an eine solche Weltherrschaft

denkt, dass deutsche Art gerade darin besteht, den Wert des Fremden anzuerkennen, vielleicht sogar zu überschätzen; es nutzt ebensowenig, festzustellen, dass die Welt die im höchsten masse brutale und hochmütige Herrschaft Grossbritanniens seit Jahrhunderten trägt, ohne sich dabei besonders unglücklich zu fühlen: der Refrain ist immer und überall der gleiche: die Herrschaft des Engländers ist zu ertragen, weil er viel zu hochmütig ist, um sich um das Leben der beherrschten Völker mehr zu kümmern, als es im Interesse der Herrschaft selbst unbedingt nötig ist. Der Deutsche aber "steckt seine Nase in alles" und präskribiert und reguliert und kontrolliert in einer Weise, die jedes Gefühl empören muss.

Dieser für den Nicht-Deutschen und eigentlich sogar für den Nicht-Preussen- in der Tat schwer erträgliche "Ton" ist, wie mir scheint, der eigentliche Grund, oder vielmehr der eigentliche, gutgläubig autosuggerierte Vorwand für das geringe Mass an Sympathie, dessen sich Deutschland leider bei fast allen Neutralen erfreut, mitdenen man zusammentrifft - und meine Gewährsmänner gehören fast durchweg zu der höchsten Schicht akademisch gebildeter Intelligenz jeder Rasse und jeden Glaubens. Dieser "Ton" wird mit seltsamer Blasiertheit betrachtet als der Ausfluss und Ausdruck des "Militarismus", der wieder als das eigentliche Gesicht des "Junkertums" erscheint. Man fürchtet Deutschlands Führerschaft, weil man des Glaubens ist, sie werde die

Vergewaltigung durch eine Klasse sein, die man als auf einem sehr tiefen Kulturniveau befindlich betrachtet.

Als Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung müssen noch immer Einzelfälle, wie der Fall Brösenitz und Zabern herhalten; und alle Einwendungen dagegen werden neuerdings mit dem Widerstande der preussischen Landtagsmehrheit gegen die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts siegreich abgetan.

Ich hatte die Ehre, Herr Konsul, Ihnen mündlich die Gründe auseinanderzusetzen, aus denen ich nichts weniger als ein begeisterter Anhänger der alleinigen Macht grosser Zentralparlamente bin: aber mir scheint, dass diese m.E. objektiv nicht gar so bedeutsame Frage des preussischen Wahlrechts in diesem Zeitpunkte nicht nur innerpolitisch, sondern auch ausserpolitisch das Shibboleth der Entscheidung geworden ist; und ich bin fest davon überzeugt, dass eine tatkräftige Politik der Reichsregierung in dieser Beziehung das grösste, fast das einzige Mittel darstellt, umdem Reiche die öffentliche Meinung der neutralen Länder zu gewinnen.

Soviel vom Allgemeineren. Wenn ich Ihrem Wunsche entsprechen soll, Schritte namhaft zu machen, durch die die Reichsregierung insbesondere den Juden Neutraliens vertrauenswürdiger gemacht werden könnte, so möchte ich vor allem folgende Schritte empfehlen:

Erstens ein stärker betontes praktisches Wohlwollen für die Juden des gesamten Ostens. Es geschehen von untergeordneten Organen Quälereien und Schikanen genug; mein Komitee ist in der Lage, eine lange Liste davonaufzustellen. Es würde sehr nützlich sein, wenn einmal oder einige Male in voller Oeffentlichkeit ein gelindes Exempel statuiert würde.-Ferner bestehen z.B. noch heute in Polen die vom Zarismus erlassenen, aber inRussland selbst aufgehobenen und auch praktisch ausser Kraft gesetzten Ausnahmegesetze gegen die Juden noch fort, während sie in Oberost längst ausser Kraft gesetzt worden sind. Es würde einen ausgezeichneten Eindruck machen,wenn die Presse mitteilen könnte, dass die deutsche Regierung beim polnischen Staatsrat die Aufhebung dieser Gesetze angeregt hat. Vor allem aber sollte darüber gewacht werden, dass die rumänische Regierung die von ihr in der Judenfrage gemachten Einräumungen auch wirklich loyal durchführt. Hierüber besteht unterden Juden, und zwar nicht nur denen der neutralen Länder, die äusserste Skepsis; und die -richtige- Meinung herrscht vor, dass es sich hier um einen längst fälligen Wechsel handele, der Deutschlands Giro durch Bismarck's Unterschrift trägt; -und dass es -das war auch des Fürsten Bismarck Empfindung- für Deutschland geradezu eine Ehrensache sei, diesen faulen Schuldner endlich zur Zahlung zu zwingen.

Und noch eine Anregung zum Schlusse, die nur rät, ein Selbstverständliches und längst Versprochenes

zu beschleunigen. Es stehen eine ganze Anzahl von Söhnen ausländischer, namentlich russischer Juden in unserer Front, die kriegsfreiwillig eingetreten sind. Man hat seinerzeit, wie es selbstverständlich war, diesen jungen Leuten die Aufnahme ihrer Eltern und Geschwister in das deutsche Bürgerrecht zugesagt. Die Einlösung dieses Versprechens soll lediglich durch den Widerstand eines Beamten im preussischen Ministeriums des Innern verhindert werden. Die Verschiebung, angeblich bis zum Ende des Krieges, hat bei der unerwartet langen Dauer des Völkerringens bereits die peinlichsten Folgen gehabt. Mir selbst sind zwei Fälle bekannt geworden, in denen der Sohn (einer davon als Assistenzarzt mit dem Eisernen Kreuz I.Klasse dekoriert) vor dem Feinde gefallen ist, ohne dass die Eltern die wiederholt angesuchte Naturalisation erlangen konnten.

Es kann sich hier äussersten Falls um ein paar Dutzend Fälle handeln und dabei um eine Vermehrung der reichsdeutschen Judenschaft, die wirklich der verrannteste Antisemit nicht für eine Gefahr für das deutsche Reich erklären kann; es kann auch keinen Zweifel unterliegen, dass das Reich hier Ehrenschulden kontrahiert hat, die es früher oder später wird einlösen müssen. Warum dann nicht lieber früher als später? Wenn eine offizielle Verlautbarung der verbündeten Regierungen erschiene, des Inhalts, dass alle ausländischen Staatsangehörigen, deren Söhne in der Front stehen, auf einfachen Antrag das deutsche Bürgerrecht erhalten, so

würde das in der neutralen Welt einen ganz ausgezeichneten Eindruck machen, und zwar nicht nur bei den Juden. Und den Vertretern des Deutschtums würde ihre Aufgabe der Aufklärung und Propaganda ausserordentlich erleichtert werden.

Ich wiederhole: es handelt sich hier nicht im mindesten um eine Forderung oder gar Zumutung, sondern durchaus nur um die beschleunigte Erfüllung eines gültigen und selbstverständlichen Versprechens, dessen sofortiger Erfüllung nichts anderes im Wege steht, als die langjährige Praxis des preussischen Ministeriums des Innern. Hier wäre einmal eine Gelegenheit für die führenden Männer Deutschlands, um sozusagen ohne Auslagen einen erheblichen politischen Gewinn einzuheimsen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, dass dieser Hinweis genügen würde, um jeden Widerstand zu beseitigen. Sollte ich mich darin täuschen, so darf ich Ihnen kein Hehl daraus machen, dass alle Bemühungen, selbst der angesehensten deutschen Israeliten, auf Gewinnung der neutralen Glaubensgenossen erfolglos bleiben müssen. Diese Fälle sind im Auslande bekannt und werden von den Feinden Deutschlands ausserordentlich geschickt verwertet.

Weitere Vorschläge hat mein Kollege im "Komitee für den Osten", Rechtsanwalt Dr. Adolf Friedemann, in seiner Eingabe vom 16.März cr. gemacht. Er schlug darin vor: die Anstellung angesehener deutscher Israeliten bei den neutralen Gesandtschaften in irgendwelcher

offiziellen oder halboffiziellen Eigenschaft; die Schaffung eines deutschfreundlichen, aus angesehenen reichsdeutschen Juden bestehenden gesellschaftlichen Zentrums in der Schweiz, das sich nach aussen lediglich wissenschaftliche und künstlerische Aufgaben stellt; ferner die Veranstaltung geeigneter Vorträge durch solche deutschen Juden, die in der jüdischen Bewegung sich eines guten Namens erfreuen und schliesslich evtl. die Begründung einer deutschfreundlichen jüdischen Zeitung. Ich weiss aus unserer Unterredung, dass Sie, Herr Konsul, auf diesen letzten Punkt grosses Gewicht legen. Sollten Sie den Wunsch haben, dass mein Komitee sich nach dieser Richtung hin weiter bemüht, so sind wir dazu gern bereit.

Ich bedauere lebhaft, dass ich Ihnen kein günstigeres Bild zeigen konnte. Aber ich glaube, es dem Reiche wie mir selbst schuldig zu sein, überall dort, wo ich zu berichten aufgefordert werde, meine Eindrücke ohne jede Retouche wiederzugeben.

Indem ich Sie bitte, in allen Sie interessierenden, in das Gebiet meiner Arbeit fallenden Fragen auch in Zukunft ganz rückhaltlos über mich verfügen zu wollen, habe ich die Ehre, Sie zu begrüssen

mit ausgezeichneter Hochachtung

gez. Prof. Dr. Franz Oppenheimer.

1. Vorsitzender des
"Komitees für den Osten".

AR 7185 8/20

RW-ADD: ADLER-RUDEL; RE STATUS RUSSIAN JEWS IN OCCUPIED TERRITORY; 1915-1959.

B 6f 3

1915 – Correspondence and publications regarding the status of the Jews in lands occupied by the armies of the Central Powers in Russian Territory.

The "Komitee fur den Osten"

(All mostly in photostatic form).

Als Nachtrag folgendes

Otto Lehmann: Bericht über die Reise nach Russisch Polen

Kaplan-Kogan: Die Juden in Polen

Paul Rohrbach: Die Juden in Polen und Germanisierung

Heinrich Loewe: Die Südd. Presse Juden

Roman Brandt: Über die südd.-deutsche Presse

[illegible] [illegible] [illegible]
(1'3")

Nebenbei die Konten für den Osten

Paul Nathan: Die Ostjuden in D.
und die Antisemitenfrage

Rudolf Nathan: Die Ostjuden in D.

Abschrift

Graphos STATIONERY 1330 .DD

Vertraulich

M E R K B L A T T
des
"Komitees fuer den Osten"

Berlin
November 1915

Das "Komitee fuer den Osten" ist zu Beginn des Krieges begruendet worden in der Absicht, sich durch seine Kenntnisse und Beziehungen unter den Juden des Ostens und der neutralen Laender den Interessen der Zentralmaechte dienlich zu erweisen.

Das Komitee besteht aus Mitgliedern grosser juedischer Organisationen Deutschlands und hervorragenden juedischen Einzelpersoenlichkeiten. Sein Sitz ist in Berlin, Behrenstrasse 7; es hat Zweigkomitees in mehreren Staedten Deutschlands begruendet. Den Vorsitz fuehrt Dr.Franz Oppenheimer, Berlin. Dem geschaeftsfuehrenden Ausschuss gehoeren an: Justizrat Dr.Bodenheimer,Coeln; Rechtsanwalt Dr.Adolf Friedemann, Berlin; Geh.Justizrat Dr.Eugen Fuchs, Berlin; Rudolf von Goldschmidt-Rothschild, Frankfurt a.M.; Justizrat Dr.Horwitz,Berlin; Alfred Lisser, Hamburg; Prof.Dr.Mittwoch, Berlin; Justizrat Magnus, Berlin; Prof.Dr.Sobernheim, Berlin; Kunstmaler Hermann Struck, Berlin; Geh.Justizrat Timendorfer, Berlin.

Vorsitzender des Komitees in Coeln a.Rh. ist Justizrat Ludwig Cahen, Hildeboldplatz; in Frankfurt a.M. Rudolf von Goldschmidt-Rothschild, Bockenheimer Anlage 46; in Hamburg: Logenpraesident Alfred Lisser, Koenigstr.11; in Muenchen-Gladbach: Hermann Meyer; in Posen: Justizrat Placzek, Friedrichstr.4. In anderen Staedten hat das Komitee Vertrauensmaenner, z.B. Kommerzienrat Berliner in Hannover, Rechtsanwalt Marxheimer in Wiesbaden, M.A.Straus in Karlsruhe. Die Mitglieder des Komitees gehoeren allen politischen und religioesen Richtungen der deutschen Juden an.

In Wien ist ein Komitee mit gleichlaufenden Bestrebungen gebildet, dessen Geschaeftsfuehrung Vorsitzender Dr.von Gomperz und Schriftfuehrer Herr Dr.Bruno Pollak, Edler von Parnau, uebernommen haben.

Das "Komitee fuer den Osten" ging bei seiner Taetigkeit von der Voraussetzung aus, dass einmal bei einem Siege der Zentralmaechte eine wesentliche Erleichterung der Lage der Juden des Ostens eintreten wuerde. Andererseits war das Komitee davon ueberzeugt, dass die Gewinnung der oestlichen Juden gleichzeitig eine Staerkung des deutschen Gedankens im Osten bedeuten wird. Entscheidend war fuer uns die Tatsache, dass die Juden des Ostens durch ihre Sprache und Geistesbildung ein dem Deutschtum verwandtes Kulturelement darstellen.

Wir haben unsere Taetigkeit mit der Entsendung eines unserer Herren nach Amerika begonnen, der dort in engsten Zusammenhang mit dem Kaiserlich Deutschen Botschafter Grafen Bernstorff und dem Staatssekretaer Dr.Dernburg fuer die Gewinnung der meist aus Russland stammenden Massen des Ghettos

und ihrer Presse taetig gewesen ist. Seine Aufklaerungsarbeit hat u.a. im Lusitaniafall, der, abgesehen von der deutschen, fast nur noch von der Jargonpresse in gerechter,fuer Deutschland guenstiger Weise besprochen wurde, lebhafte Anerkennung seitens der Reichsbehoerden gefunden, vor allen des Kaiserlichen Botschafters, Grafen Bernstorff in Washington, dessen Erklaerung ueber die zukuenftige Rechtsstellung der deutschen Juden noch in aller Erinnerung ist. Diese Arbeit wird dauernd fortgesetzt.
Wir haben ausserdem in Deutschland und im neutralen Auslande eine ausgedehnte Pressetaetigkeit entfaltet.

Bis zum Ausbruch des italienisch-oesterreichischen Krieges sind wir in aehnlicher Weise auch in Italien taetig gewesen.

Bei unserer Arbeit im Osten sind wir von dem Gedanken ausgegangen, dass es notwendig sei, die Zivil- und Militaerbehoerden ueber die Lebensverhaeltnisse, die Stimmungen und Wuensche der oestlichen Judenheit sachverstaendig zu unterrichten.

Andererseits haben wir uns bemueht, die Verwaltung darauf hinzuweisen, welche Vorteile den verbuendeten Maechten aus einer sympathischen Stellungnahme der oestlichen Juden fuer sie erwachsen koennten. Zu diesem Zwecke haben wir folgende Taetigkeit ausgeuebt:

1. Das Komitee hat nach laengeren und eingehenden Verhandlungen mit dem Hauptquartier des Ostens und den Reichsbehoerden im Mai d.J. Vertreter nach Polen entsandt, um Untersuchungen ueber die Lage der Bevoelkerung und den Zustand der Schulen und oeffentlichen Einrichtungen anzustellen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind in einer Denkschrift, die den massgebenden Regierungsstellen zugesandt worden ist, niedergelegt.

2. Zur wissenschaftlichen Orientierung ueber die Ostjuden sind Denkschriften ueber die Geschichte der Juden in Polen, ueber das Wesen der juedischen Sprache und ueber die Statistik der juedischen Bevoelkerung herausgegeben worden. Andere Denkschriften sind in Vorbereitung.

3. Das "Komitee fuer den Osten" hat mit dem Obersten Polnischen Nationalkomite und dem Reichsraetlichen Polenklub in Wien eingehende Verhandlungen ueber einen Ausgleich zwischen dem polnischen und juedischen Bevoelkerungsteil; insbesondere ueber die Schul- und Sprachenfrage gefuehrt. Das Ergebnis der Verhandlungen ist schriftlich niedergelegt worden. Die Verhandlungen selbst sind noch nicht zum Abschluss gelangt.

4. Verhandlungen mit den massgebenden Fuehrern der Ruthenen in Wien haben voellige Uebereinstimmung der Interessen ergeben.

5. Zwei unserer Vorstandsmitglieder haben im September d.J. Gelegenheit gehabt, den hoechsten militaerischen Stellen im K. und K. Hauptquartier und den dort vertretenen Zivilbehoerden in sehr eingehender Weise die Wuensche, Hoffnungen und auch Klagen der juedischen Bevoelkerung vorzutragen, und es ist ihnen Beruecksichtigung des Vorgebrachten zugesagt worden. Diese Reise hat im Einverstaendnis mit den Herren des oesterreichischen "Komitees fuer den Osten" stattgefunden.

- 3 -

6. Das "Komitee fuer den Osten" hat die Erreichung seiner Ziele durch Unterhandlungen mit hervorragenden Politikern und Parlamentariern angestrebt und eine grosse Reihe von Zustimmungserklaerungen massgebender Persoenlichkeiten erhalten. Dem Wunsche des Komitees nach Errichtung eines juedischen Dezernats in Warschau ist Rechnung getragen worden.

In politischer Beziehung halten wir einen gesetzlichen Schutz der Minoritaeten fuer erforderlich. Er darf sich nicht nur auf die allgemeine staatsbuergerliche Gleichberechtigung in der Verfassung beschraenken, sondern muss auch die Moeglichkeit der Erhaltung der Juden in ihrer religioesen und kulturellen Eigenart sichern. Fuer den Fall der Schaffung eines polnischen Gemeinwesens haben wir die Einrichtung von Matriken erwogen, die als Grundlage fuer die Bildung von besonderen Sprach- und Kulturgemeinschaften dienen sollen. Diesen Gemeinschaften, die wie fuer die Juden auch fuer die anderen Minoritaeten, wie Deutsche, Ruthenen, Litauer usw., errichtet werden muessten, soll eigenes Steuerumlagerecht und vollkommene selbstaendige Ordnung ihrer Schul- und Sprachangelegenheiten zustehen. In wirtschaftlicher Beziehung halten wir die systematische Ueberfuehrung der Juden zur Industrie und Heimarbeit, vor allem aber zur Landwirtschaft, fuer dringend erforderlich. Mit der Linderung der furchtbaren Not der oestlichen Massen und der Besserung ihrer wirtschaftlicher Verhaeltnisse wird denn auch ihre moralische Hebung Hand in Hand gehen.

Wir sind ueberzeugt davon, dass es weder im Interesse der Ostjuden noch der deutschen Juden liegt, wenn nach dem Kriege eine Massenauswanderung aus Polen einsetzt. Wir glauben, dass die von uns oben skizzierten Plaene der juedischen Bevoelkerung eine wesentliche Erleichterung ihrer Lage im Lande bringen und sie fest an die Heimat binden werden.

So wird die heute unzufriedene und deshalb zur Auswanderung neigende Bevoelkerung zu zufriedenen Staatsbuergern herangebildet werden.

"KOMITEE FUER DEN OSTEN".

Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker, Berlin W.8

30.Januar 1959

Herrn
Rabb. Dr.Sch.A.Levi,
9, Jagur St.,
Kirjath Bialik,

Sehr geehrter Herr Dr.Levi,

Haben Sie verbindlichen Dank fuer Ihre freundlichen Zeilen vom 27.ds. und verzeihen Sie, wenn ich Ihnen im Zusammenhang mit dem in frage kommenden Gegenstand deutsch schreibe, da es sich ja darum handelt, eventuelle Aenderungen im deutschen Text der Proklamation der Deutschen Heeresleitung vorzunehmen. Dies ist insofern moeglich, als der Aufsatz, den Sie in Yearbook II gelesen haben, nur ein Kapitel aus einer groesseren Arbeit ist, die demnaechst in Buchform in Deutsch erscheinen wird.

Zur Sache selbst moechte ich folgendes sagen:

Der von mir benutzte deutsche Text des Aufrufs ist dem "Juedischen Archiv", Mitteilungen des Komitees "Juedisches Kriegsarchiv", Lieferung 6-7, Wien, Oktober 1916 entnommen. Die Einfuehrungsnotiz zu der dort gebrachten deutschen und jiddischen Version der Proklamation lautet wie folgt:

> " Proklamation der Generalkommanden der vereinigten Armeen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns an die Juden in Polen. Bei ihrem siegreichen Einzuge in Russisch-Polen haben sich die Oberkommandanten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns mit einem in juedischer Sprache verfassten Aufrufe an die Juden des eroberten Gebietes gewendet. Die Uebersetzung des in Millionen von Exemplaren im Lande verteilten Aufrufes, der auf Seite 3 im Original wiedergegeben ist, lautet: "

Der deutsche Textstimmt mit dem seinerzeit in der Tagespresse veroeffentlichten Form ueberein. Der gleichzeitig im Juedischen Archiv veroeffentlichte jiddische Text ist eine ziemlich genaue Uebersetzung des deutschen Textes und ich neige zu der Annahme, dass das Archiv, trotzdem es behauptet, den Aufruf im Original wiederzugeben, eine jiddische Uebersetzung des deutschen Textes benutzt hat. Zu dieser Annahme komme ich deshalb, weil ich die zwei Exemplare der Zeitschrift "Kol Hamevasser", die im August/September und Oktober 1914 erschienen sind, besitze. In beiden Ausgaben sind sowohl der jiddische als auch der hebraeische Text des Aufrufs veroeffentlicht. Der hebraeische Text weicht nur geringfuegig von dem jiddischen Text ab. Hingegen sind groessere Abweichungen zwischen dem von mir

zitierten deutschen Text und dem im "Kol Hamevasser" veroeffentlichten jiddischen Text festzustellen. Diese sind jedoch nicht so weitgehend, dass sie den Sinn des Aufrufs wesentlich veraendern wuerden.

Ich habe uebrigens die von mir gebrachte Version der Proklamation bereits im Jahre 1923 in meiner Broschuere "Die Ostjuden in Deutschland" (Rudolf Bertram) veroeffentlicht, ohne dass irgendeine Beanstandung erfolgt waere, was doch bei der Aktualitaet des Themas in jenen Jahren der Fall gewesen waere, wenn eine andere Version bestanden haette.

Trotzdem bin ich fuer Ihren Hinweis aufrichtig dankbar. Er wuerde mir jedoch nur dann eine Richtigstellung ermoeglichen, wenn Sie in der Lage waeren, mir eine Abschrift der von Ihnen angefertigten Uebersetzung - ohne die Ludendorff'schen Verbesserungen - zukommen zu lassen. Ich wuerde auch gern wissen, ob Sie das jiddische Original des Aufrufs besitzen, damit ich dieses mit der Version im "Kol Hamevasser" vergleichen kann.

Nach all dem scheint es mir, dass offenbar verschiedene Versionen desselben Aufrufs vorhanden sind, und dass es schwer sein wird festzustellen, welche Version in der Tat in Polen verteilt wurde. Obwohl ich den Aufruf nur als eine Illustration der damaligen Intensionen der deutschen Heeresleitung brachte und nicht weiter auf seine Geschichte eingehe, waere es mir trotzdem lieb, den Sachverhalt moeglichst genau richtigzustellen.

Ich wuerde mich freuen noch einmal von Ihnen in dieser Sache zu hoeren.

Mit verbindlichen Empfehlungen

bin ich

Ihr sehr ergebener

S. Adler-Rudel

Uebersetzung aus dem Hebraeischen.

Rabb. Dr.S.A.Levi

Kirjath Bialik, 27.1.1959

An das Leo Baeck Institut,
Jerusalem.

Sehr geehrte Herren,

Bei der Durchsicht des Yearbook II bin ich auf eine Sache gestossen, die den Tatsachen nicht entspricht und ich erlaube mir, der historischen Genauigkeit wegen, Sie darauf hinzuweisen. Es handelt sich um die auf Seite 162 als Anhang zum Aufsatz von A-R veroeffentlichte Proklamation der Hoechsten Heeresleitung der Vereinigten Armeen von Deutschland und Oesterreich aus dem Jahre 1914. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass der dort gebrachte Text voellig anders als der authentische Text dieser Proklamation lautet.

In jenem Kriege gehoerte ich als Feldrabbiner der genannten Heeresleitung an und hatte Gelegenheit, die Einzelheiten dieser Angelegenheit zu kennen. Eines Tages wurde ich von General Ludendorff gebeten, den hebraeischen und jiddischen Text, der ihm zur Verbreitung in dem eroberten Polen zugegangen ist, ins Deutsche zu uebersetzen. Beim Durchlesen der Uebersetzung fand Ludendorff verschiedene Stellen, die ihm missfielen und er aenderte den Text der Proklamation durch Auslassungen und Hinzufuegungen, bis er schliesslich eine gemaessigtere, weniger scharfe und vorsichtigere Form als das Original erhielt.

Sollte einmal ein Historiker den in Ihrem Buche enthaltenen bekannten Text der Proklamation benutzen, koennte er zu irrtuemlichen und nicht basierten Konsequenzen kommen.

gez. Rabb.Dr.S.A.Levi

Uebersetzung aus dem Hebraeischen.

Rabb. Dr.S.A.Levi

Kirjath Bialik, 27.1.1959

An das Leo Baeck Institut,
Jerusalem.

Sehr geehrte Herren,

Bei der Durchsicht des Yearbook II bin ich auf eine Sache gestossen, die den Tatsachen nicht entspricht und ich erlaube mir, der historischen Genauigkeit wegen, Sie darauf hinzuweisen. Es handelt sich um die auf Seite 162 als Anhang zum Aufsatz von A-R veroeffentlichte Proklamation der Hoechsten Heeresleitung der Vereinigten Armeen von Deutschland und Oesterreich aus dem Jahre 1914. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass der dort gebrachte Text voellig anders als der authentische Text dieser Proklamation lautet.

In jenem Kriege gehoerte ich als Feldrabbiner der genannten Heeresleitung an und hatte Gelegenheit, die Einzelheiten dieser Angelegenheit zu kennen. Eines Tages wurde ich von General Ludendorff gebeten, den hebraeischen und jiddischen Text, der ihm zur Verbreitung in dem eroberten Polen zugegangen ist, ins Deutsche zu uebersetzen. Beim Durchlesen der Uebersetzung fand Ludendorff verschiedene Stellen, die ihm missfielen und er aenderte den Text der Proklamation durch Auslassungen und Hinzufuegungen, bis er schliesslich eine gemaessigtere, weniger scharfe und vorsichtigere Form als das Original erhielt.

Sollte einmal ein Historiker den in Ihrem Buche enthaltenen bekannten Text der Proklamation benutzen, koennte er zu irrtuemlichen und nicht basierten Konsequenzen kommen.

gez. Rabb.Dr.S.A.Levi

Kirjath Bialik 12.2.59

Sehr geehrter Herr Adler-Rudel!

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich auf Ihre Zuschrift vom 30.1. erst heute antworte, weil ich erst in der letzten Zeit zur Durchsicht meiner Akten gelangte. Auf Grund dieser kann ich feststellen:

Es gibt recht eigentlich drei von einander abweichende Texte der Proklamation. 1.) der, den Sie im Yearbook II gebracht haben u. der, wie Sie selbst bemerken mit erheblichen Abweichungen im Jüd. Volk erschienen ist. In meinem Besitz sind zwei Exemplare von jiddisch-hebräischen Flugblättern, die im allgemeinen eine verkürzte Ausgabe der unter 1 genannten darstellen, aber sich von einander dadurch unterscheiden, dass No 2 sich auf Abkürzungen beschränkt, No 3 aber, den ich als den Ludendorffschen kenne, besonders markante Streichungen (wie z.B. die Person des Zaren) u. Zusätze (wie die diplomatische Erklärung des Falles Kalisch wo ein deutscher Kommandant ein Blutbad unter der jüd. Bevölkerung angerichtet hatte) aufweist.

Diese Divergenzen dürften sich folgendermaßen erklären lassen: Es gab einen Urtext. Dieser wurde, so viel ich weiss, vom „Komitee für den Osten" verfasst, dem H. Struck, Friedemann, Franz Oppenheimer, Bodenheimer Korgan u. wenn ich nicht irre auch der zionistische Graf von Oppersdorf angehörten. Diesen Urtext haben Sie in den „Mitteilungen des Komitees Jüd. Kriegsarchiv" in Wien vorgefunden. Dieser Text wurde vom oesterreichischen Oberkommando in stark verkürzter Form verbreitet, u. der Ludendorffsche erfuhr seine Streichungen u. Zusätze, an denen ein Historiker nicht vorübergehen kann, weil sie charakteristisch sind für die Überlegungen des deutschen Oberkommandos.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Rabb. Dr. A. Levy

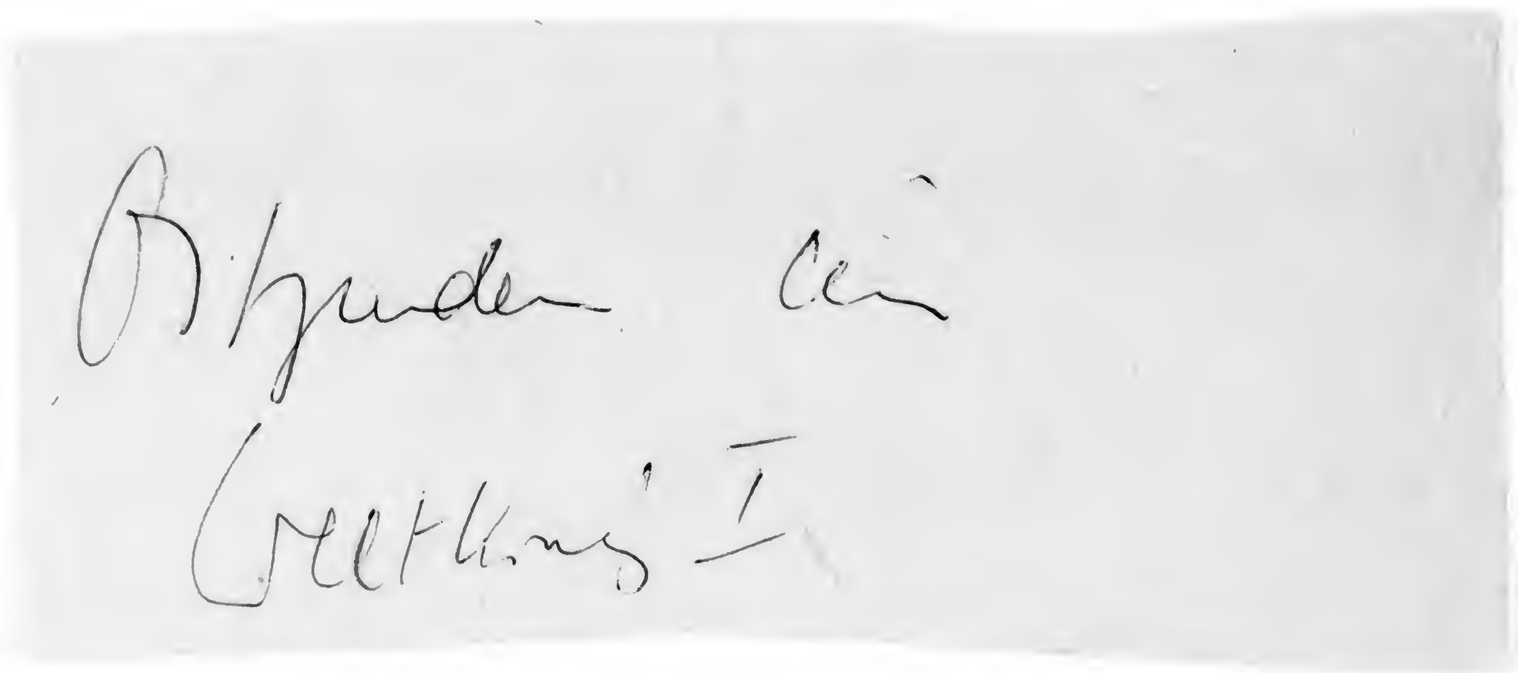
דפוס מכתב

נא לרשום את כתובת השולח בתוך המסגרת

שמעון בן-יוסף 13
רח' הגפן 7
ת"ד 1234/ כפר הדקל

משרד החינוך והתרבות
המחלקה לחינוך מבוגרים

דפוס מכתב



Betr.
Verhütung der Einwanderung jüdischen Proletariats aus den besetzten Gebieten Russ=lands ins deutsche Reich.

Darmstadt am 10.Sept.1915

28

1

15/9 15

Euerer Excellenz Aufmerksamkeit beehre ich mich auf eine Sorge zu lenken,die weite Kreise des deutschen Volkes erfüllt,deren Besprechung aber in der Presse aus nahe liegenden Gründen entweder garnicht oder nur unvollkommen zum Ausdruck kommt.Es ist dies die Möglich=keit einer erneuten und stärkeren Einwanderung jüdischen Proletariats aus den in deutscher und österreichischer Verwaltung befindlichen Teilen Russlands ins deutsche Reich und die Besorgniss,dass die im Reiche geltende Freizügigkeit auch auf jene Gebiete ausgedehnt werden könnte.

Was diese Einwanderung schon bedeutete,als sie noch mit den grössten Schwierigkeiten zu Kämpfen hatte, strenger Grenz=und Passkontrolle,haben wir vor einigen Jahren erlebt,als die Revolution und die Judenprogrome in Russland stattfanden.Bis hierher ergoss sich damals der Strom jüdischer Einwanderer.Sie wurden an einigen Orten eine solche Plage,dass sie die Behörden,z.B. dieser benachbarten Stadt Frankfurt a.M.schliesslich

Sr Excellenz
den Kaiserl.Generalstatthalter
V.BESELER
Warschau

über die Grenze wiesen.Sie fielen dann den hessischen Gemeinden zur Last,von denenz.B.Offenbach und Neu-Isenburg schwer zu leiden hatten.Ich erinnere mich von damals der wiederholten Klagen aus der dortigen Bevölkerung und Beamtenschaft.So sei z.B.die Verhältnisszahl der Gemeindesteuer zur Staatssteuer in Neu-Isenburg von 1.2 fast auf 2 gestiegen infolge der Ausgaben für die Unterstützung der eingewanderten, meist ganz mittellosen Juden,während hier in Darmstadt gegenwärtig diese Zahl nur 1.3 ist.
Aber es wurden nicht nur etwa die in der Nähe Frankfurts gelegenen Orte von dem polnisch-jüdischen Proletariat heimgesucht,sondern bis in die Nähe von Viernheim an der badischen Grenze hatten eine grosse Anzahl von Städten und Dörfern den mehr oder weniger zahlreichen Besuch dieser ungebetenen Gäste zu beklagen.

Ich möchte hervorheben,dass meine Wahrnehmung dieser Verhältnisse sich nur auf den südlichen Teil von Hessen bezieht,dass mir aber auch aus anderen Teilen Deutschlands gelegentlich Klagen ähnlicher Art zu Ohren gekommen sind.Eine baldige gründliche Klarstellung des Umfanges dieser Einwanderug erscheint mir ebenso geboten wie ihre schleunige Verhinderung für die Zukunft,zumal die kleineren Stadt=und Landgemeinden Deutschlands gerade jetzt näher liegende Aufgaben und Aufwendungen zu leisten haben.

Da mir das letztgenannte Ziel ein dringendes Gebot

der Gegenwart zu sein scheint,wende ich mich mit diesen Darlegungen an Eure Excellenz,zumal der amtliche Apparat unserer Reichsleitung noch immer so langsam arbeitet, dass dort selbst dringliche Aufgaben leider nicht mit der nötigen Beschleunigung erledigt werden können.Ausserdem halte ich es für wahrscheinlich,dass weder Eure Excellenz noch der Herr Reichskanzler von diesen Zuständen amtlich Kenntniss erhalten haben;denn es ist beispielsweise in unserem „liberalen" Lande tatsächlich weder für die Regierung noch für die Volksvertretung ganz leicht irgend etwas gegen „diese armen Flüchtlinge",diese „Opfer der Tyrannei"zu unternehmen,zumal da sie an einigen grösseren Orten ,wie beispielsweise in Darmstadt von ihren „Glaubens=genossen"ganz anerkennenswert unterstützt werden.Wer aber seit Jahr und Tag immer wieder die lebhaften Klagen von Vertretern und Angehörigen kleinerer Gemeinden vernommen hat,vermag den Schaden dieser Einwanderung zu verstehn.

Diese neueste Auswanderung in das „gelobte" Land wird aber ganz andere Ausdehnungen annehmen,wenn ihr keine Schranken gesetzt werden,sobald sich die wirtschaftliche Lage der Ausgewanderten hebt und die Kunde davon in die alte Heimat dringt.Schon jetzt hört man glaubhaft erzählen, wie sich in Polen und Kurland jüdische Hausierer und Lieferanten für diese Frage interessieren und sich bei unseren Offizieren erkundigen:„Wenn mer erst sind daitsch, kenn mer dann hinsziehn, wo mer wollen?"(Diese aus der

Erinnerung wiedergegebene kleine Probe macht auf zuverlässige Wiedergabe der Mundart keinen Anspruch)

Wenn man zu alledem die missliche soziale Lage des polnisch-jüdischen Proletariats und das schlechte Verhältniss zur polnischen Bevölkerung berücksichtigt, die schon oft das Bestreben gezeigt hat sich dieser unbequemen Mitbürger zu entledigen, so ist die Annahme wohl nicht übertrieben, dass sich mangels wirksamer Vorbeugungsmassnahmen bald ein Auswanderungsstrom jener „Entrechteten" wie ein Heuschreckenschwarm über das deutsche Reich ergiessen wird. Zu verlieren haben sie nichts, sie können nur gewinnen, wenn sie sich in die kultivierten Gebiete des Reiches wenden, zumal nach dem wohlhabenden Westen. Es dürfte daher zweifellos geboten sein dieser drohenden Gefahr bald einen Riegel vorzuschieben.

Es sei mir gestattet, bei dieser Gelegenheit des ~~f~~ sehr glücklichen Ausspruches des Herrn Reichskanzlers in seiner letzten Reichstagsrede zu gedenken: „wir haben die Sentimentalität verlernt". Es wäre in der Tat Zeit! Denn das deutsche Volk hat die Gefühlspolitik teuer genug bezahlen müssen und dem Ansehn des Reiches hat sie schwer geschadet. Ein schwerer Schaden würde dem deutschen Volkskörper auch durch eine sentimentale oder gleichgültige Behandlung der polnisch-jüdischen Einwanderungsgefahr erwachsen. Ihre schädlichen Wirkungen würden viel folgenschwerer sein, als es auf den ersten Blick erscheinen mag in physischer, moralischer und sozialer Hinsicht und die ganze Angelegenheit kann garnicht schnell, gründlich, weitschauend und zugleich vorsichtig genug behandelt werden.

Ein eigenartiges Licht wirft auf das Gesagte ein Aufsatz der Frankfurter Zeitung(1.Morg.Blatt v.3.Sept.d.J.), den ich mir beizulegen erlaube.Hier liegt wieder einmal ein klassisches Beispiel dafür vor,wie schnellund geschickt, zielewusst und selbverständlich das Volk von der s starken und ausgesprochenen Sonderart" sogar mit der Forderung „eingehender und rücksichtsloser Klarstellung" nicht etwa nur die„Berücksichtigung der Rechte der Juden",sondern auch die „Sicherstellung der Deutschen Interessen" zu vertreten weiss.

Aber die „Grosstat", welche hier von deutschen Staatsmännern erwartet wird, müsste ein Problem lösen,das demjenigen der Quadratur des Zirkels nahe käme.Sie muss jedenfalls in Einklange mit einer der gesichertsten Tatsachungender Geschichte stehn,dass nämlich das Judentum zu allen Zeiten Ein Schädling unter den Völkern gewesen ist,weil es ,wie einer unserer ersten Geschichtsforscher,der politisch einwandsfrei zugleich „liberal"zu nennende Mommsen,sich ausdrückt,zu allen Zeiten ein „Element der Decomposition" gewesen ist.

Ich verbleibe

Euer Excellenz

sehr gehorsamer

K. Sellenstin

Text Komitee an f. Zs. Haas

14/11 15. g.

Die „Deutsche Vereinigung für die Interessen der osteuropäischen Juden“ ist am 22. September 1915 begründet worden. Die Erwägungen für das Zusammentreten dieser Vereinigung sind die folgenden gewesen.

Die Entwicklung des Krieges gegen Rußland ist in ein Stadium getreten, daß in absehbarer Zeit mit einem Friedensschluß und demgemäß mit der Notwendigkeit gerechnet werden muß, bleibende Einrichtungen zu treffen, die auch über das Schicksal der nach Millionen zählenden osteuropäischen Juden die Entscheidung bringen werden Mit den Aufgaben, die damit an die Juden Deutschlands herantreten, beschäftigen sich bereits andere jüdische Organisationen. Ihre Tätigkeit erschien uns nicht ersprießlich, und zwar weder vom jüdischen noch vom deutschen Standpunkt aus. Segensreich kann nach unserer Überzeugung nur gewirkt werden, wenn die notwendigen Entschlüsse ebensowenig unter dem orthodox-religiösen wie unter einem nationalistisch-jüdischen Gesichtspunkt in ausschließlicher Weise gefaßt werden. Die neugebildete Vereinigung steht bewußt auf dem Standpunkt jener ganz überwiegenden Masse der Juden unseres Vaterlandes, die fest im Deutschtum wurzeln und die sich zugleich bewußt von jeder einseitigen religiösen Parteinahme fernhalten. Unter dieser Voraussetzung war es möglich, Vertreter der großen deutschen jüdischen Organisationen und auch der verschiedenen religiösen Richtungen, auch der orthodoxen, in unser Komitee aufzunehmen.

Das Endziel unserer Bestrebungen würde sein, den osteuropäischen Juden jenes Maß von Freiheit zu bringen, das ihnen eine menschenwürdige Existenz sichert. Dazu gehört vor allem die Gleichberechtigung mit jenen Bevölkerungsmassen, unter denen sie leben. Da es sich um 6—7 Millionen Juden in Osteuropa handelt, wird die Lösung dieser Frage in nicht unerheblichem Umfang auch von politischer Bedeutung sein. Die Dankbarkeit dieser 6—7 Millionen Juden wird Deutschland gesichert sein, wenn ihre Befreiung aus deutscher Initiative hervorgegangen ist.

Aber darüber hinaus wird eine solche Entwicklung auch Deutschland fest wurzelnde Sympathien bei den Juden der neutralen Länder verschaffen, insbesondere auch in den Vereinigten Staaten. Ebenso werden die Juden des Orients, die bisher durch die Wirksamkeit der Alliance Israélite Universelle in Paris vielfach mit ihren Sympathien Frankreich zugewandt waren, sich alsdann in noch höherem Grade, als das schon bisher durch den Hilfsverein der Deutschen Juden in Berlin angebahnt worden ist, nach Deutschland hin orientieren. Gerade die orientalischen Juden können aber, weiter befruchtet mit deutscher Bildung und zugleich im Oriente wurzelnd, ein wertvolles und nützliches Bindeglied zwischen dem Deutschen und dem Osmanischen Reiche bilden.

Eine von humanem Geiste diktierte Lösung der osteuropäischen Judenfrage wird also zugleich politische Folgen haben, die dem Deutschen Reiche nützlich sind.

Die Vorbedingungen für die Aufstellung eines festen Programms in bezug auf die Behandlung der osteuropäischen Juden sind erst dann vorhanden, wenn sich die Großmächte, insbesondere Deutschland und Oesterreich-Ungarn, über das für sie aus allgemein-politischen Gesichtspunkten im Osten Erstrebenswerte endgültig schlüssig gemacht haben.

Voraussichtlich aber werden Millionen Juden, wie die Entscheidungen auch fallen mögen, beim russischen Reiche verbleiben, und es muß vom deutschen Standpunkte aus wiederum als politisch wertvoll erscheinen, daß diese dem russischen Reiche verbliebenen jüdischen Massen auf jene ihrer Glaubensgenossen, die durch den Krieg von russischer Tyrannei befreit worden sind, als auf durch das Schicksal Begünstigte blicken. Wenn es aber gelingen sollte, durch deutsche Einwirkung bei den Friedensverhandlungen auch für die in Rußland verbliebenen Juden bessere Lebensbedingungen zu schaffen, so würde damit eine starke und rührige Bevölkerungsmasse Rußlands in Dankbarkeit Deutschland verbunden bleiben.

Sind zugunsten jener von Juden bewohnten Teile Rußlands, die vom Zarenreiche in irgendeiner Form demnächst abgetrennt werden, fest formulierte Anträge erst dann vorzubringen, wenn die Grundlagen für die politische Zukunft jener Gebiete sich klar erkennen lassen, so steht doch schon jetzt fest, daß solche Anträge, die den Bedürfnissen Deutschlands entsprechen müssen, zugleich aus der Kenntnis der Individualität der osteuropäischen Juden heraus zu gestalten sind.

Für den Augenblick ist eines erstrebenswert: Vermeidung aller Maßregeln, die die Empfindungen der osteuropäischen Juden stark verletzen müssen, vor allem Respektierung ihrer religiösen Empfindungen, die bei ihnen als Juden orthodoxer Richtung sehr stark entwickelt sind. Mißgriffen kann leicht vorgebeugt werden, wenn die Militär- und Zivilverwaltung in Polen von Juden beraten wird, die richtig die Tragweite derartiger Maßregeln abzuschätzen vermögen. Wir haben es daher mit größter Dankbarkeit begrüßt, daß der Reichstagsabgeordnete Dr. Haas als Jude und für jüdische Angelegenheiten der Zivilverwaltung in Warschau angegliedert worden ist. Wir würden es für besonders zweckmäßig erachten, wenn auch für das Gebiet von Suwalki und für den eroberten Teil der Ostseeprovinzen gleichfalls ein Jude als Berater für jüdische Angelegenheiten herangezogen werden würde, und wir erlauben uns, für diesen Posten Herrn Dr. E. Spiegelberg, der bisher Syndikus bei dem Bankhaus M. M. Warburg & Co. in Hamburg gewesen ist und der jetzt als Unteroffizier d. R. (Ernst Spiegelberg, Etappen-Kommandantur Poniewicz, Njemen-Armee) im Felde steht, in Vorschlag zu bringen.

Auch die Zentralinstanzen in Berlin dürften bei vielfachen Entscheidungen, die sich auf die Verhältnisse der osteuropäischen Juden beziehen, wohl einen sachverständigen Beirat als erwünscht betrachten. Unser Arbeitsausschuß wird für Auskünfte jederzeit zur Verfügung stehen. Es wäre aber in noch höherem Grade wohl empfehlenswert, eine feste Verbindung zwischen der Deutschen Vereinigung für die Interessen der osteuropäischen Juden und den

zentralen deutschen Staatsinstanzen herzustellen. Als dieses Bindeglied erlauben wir uns, Herrn Professor Dr. Eugen Mittwoch von der Universität Berlin angelegentlichst zu empfehlen. Er ist bereits jetzt in der Zentrale für den Auslandsdienst seitens der Reichsbehörden beschäftigt; er stammt aus der Provinz Posen, und er kennt als streng religiöser Jude die jüdischen osteuropäischen Verhältnisse; er kennt aber zugleich als Orientalist das ottomanische Reich, was gleichzeitig für die weiter unten zu erwähnende etwa einzuleitende Auswanderung osteuropäischer Juden in das ottomanische Reich von Vorteil wäre.

Während des heute bestehenden unklaren Übergangszustandes in den eroberten Gebieten würde einer vom deutschen Standpunkte aus günstigen Weiterentwicklung am besten gedient sein, wenn die Hoffnung der jüdischen Massen auf eine Besserung ihrer Lebensbedingungen durch Einwirkungen der deutschen Politik nicht zerstört wird, und wenn andererseits die Juden bei der Unübersichtlichkeit der Zukunft doch auch noch nicht gezwungen werden, zwischen Anschluß an das Deutschtum oder an das Polentum zu optieren. Bei dem starken Antisemitismus der Polen würde jede offensichtliche Orientierung der Juden nach Deutschland hin diese einer verstärkten Verfolgung seitens der Polen aussetzen, ohne daß die Juden doch vor einer endgültigen Regelung der Verhältnisse eine entsprechend feste Stütze an der deutschen Verwaltung finden könnten. Die Schwierigkeiten und die Beunruhigung, die damit in den eroberten Gebieten auftreten können und die auch unerwünscht für die deutsche Verwaltung sein müßten, werden vermieden, wenn an den bestehenden öffentlichen Zuständen so wenig wie irgend möglich zunächst auf Gebieten geändert wird, die vom polnischen Nationalstandpunkt aus Bedeutung haben. Das gilt vor allem vom Schulwesen.

Nachdem das Russische aus dem Schulbetriebe in Polen ausgeschaltet worden ist, wäre es zweckmäßig, zunächst die Frage der Unterrichtssprache nicht zu einer prinzipiellen Entscheidung zu bringen. Eine Entscheidung hierüber kann nur im Zusammenhang mit den Beschlüssen über das endgültige politische Schicksal der in Betracht kommenden Gebiete gefällt werden. Und solange diese letzteren nicht vorliegen, wird jede provisorische Maßregel große Beunruhigung erzeugen, den Gegensatz zwischen Polen und Juden zuspitzen, ohne daß doch die Gewähr geboten wird, daß die vorläufigen Maßregeln eine entsprechende Grundlage für die endgültige Gestaltung der Verhältnisse bieten könnten. Bei den jetzigen ungeregelten Zuständen in Polen wird es als kleineres Übel erscheinen müssen, wenn die Schulfrage solange in der Schwebe bleibt, bis sie von festem politischen Fundament aus zu abschließender Regelung gebracht werden kann.

Werden in der Schulfrage einschneidende Maßregeln zunächst vermieden und wird die religiöse Empfindung des konservativen Judentums, das sich von allen extremen politischen Bestrebungen aus Prinzip fernhält und das auch aus diesem Grunde unter den jetzigen Umständen als politisch besonders wertvoll erscheinen muß, vorsichtig geschont — durch entsprechende Respektierung der hohen jüdischen Feiertage, durch ein Unterlassen, die Markttage auf den Sabbath zu legen, wodurch die Juden wirtschaftlich schwer geschädigt werden müßten, denen Kaufen und Verkaufen am Sonnabend durch das religiöse Gesetz verboten ist —, wird auf

diesen Gebieten — wie zugesagt — eine schonende Rücksicht geübt, so ist es unzweifelhaft, daß die Stimmung des osteuropäischen Judentums in einem Zustande erhalten bleiben wird, die für jegliche weitere politische Entwicklung der deutschen Politik eine nützliche Stütze bieten kann.

Es wird in Zweifel gezogen, ob aus den osteuropäischen Juden und insbesondere aus den Juden Polens jemals brauchbare Staatsbürger irgendeines Staatslebens moderner Art sich würden heranbilden lassen. Unumwunden muß zugegeben werden, daß die Juden der russischen Grenzprovinzen vielfach sich in einem vom modernen Standpunkt aus bedauerlichen Zustand kultureller Unentwickeltheit befinden. Die Vergangenheit dieser Gebiete erklärt die Entwicklungsstufe der Juden. Sie sind unter polnischer Herrschaft, zu willigen Dienern der Schlachta herabgedrückt, ausgenützt, und als unsaubere, untergeordnete Helfershelfer bei der Aussaugung des Volkes depraviert worden. Sie haben dann die furchtbare Zeit der russischen Herrschaft, die kaum vorübergehend durch Lichtblicke aufgehellt wurde, über sich ergehen lassen müssen. Diese Vergangenheit hat die Juden, die im sogenannten „Rayon" eng zusammengepreßt, ohne die Möglichkeit der Bildung und geordneten Erwerbs wohnen mußten, am Emporsteigen gehindert. Für die politische Fortentwicklung entsteht nun die Frage, ob aus solchen Elementen sich gleichwohl nützliche Staatsbürger heranbilden lassen. Auf dem Wege der Spekulation würde sich diese Frage niemals entscheiden lassen. Eine Entscheidung kann nur die praktische Erfahrung bringen. Diese Erfahrungen liegen nach zwei Richtungen hin vor.

Als Friedrich der Große die polnischen Gebiete seinem Reiche einverleibte, sind dieselben Erwägungen über die Zukunft der mitübernommenen Juden angestellt worden, wie sie heute angestellt werden. Und es stellte sich heraus, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die übernommene jüdische Bevölkerung sich in die neuen Verhältnisse in gebotener Weise günstig eingelebt hat. Das Ergebnis zeigte sich während der Befreiungskriege.

Im Jahre 1847 wurde dem vereinigten Landtag eine „Denkschrift des Ministers des Innern über die Ausdehnung der Militärpflicht der Juden" vorgelegt. Die Angaben der einzelnen Generalkommandos werden mitgeteilt, und alsdann wird als Ergebnis ausgeführt:

> „Faßt man den Inhalt dieser Ermittlungen zusammen, so darf man als erfahrungsmäßiges Resultat annehmen, daß die Juden des preußischen Heeres von den Soldaten der christlichen Bevölkerung im allgemeinen nicht erkennbar unterschieden sind, daß sie im Kriege gleich den übrigen Preußen sich bewährt, im Frieden den übrigen Truppen nicht nachgestanden haben. Daß ferner insbesondere die jüdischen Religionsverhältnisse nirgends als ein Hindernis beim Kriegsdienste hervorgetreten sind."

Wenn an dieser Stelle auf die Bewährung der Juden im Kriege hingewiesen wird, und zwar auf Grund des militärischen Aktenmaterials, so beziehen sich diese Worte auf die Vorgänge während der Befreiungskriege, d. h. nicht ein Menschenalter nach der Einverleibung der polnischen Gebiete in Preußen haben die Juden auf dem Gebiet, das stets bei uns als ein Maßstab für die Erfüllung bürgerlicher Pflichten gegolten hat, die Probe bestanden.

Ebenso eindrucksvoll ist die Umwandlung, die mit jüdisch-polnischen Einwanderern in den Vereinigten Staaten, vor allem in New York sich vollzieht. New York birgt heute in seinem Eastend über eine Million Juden, überwiegend aus Rußland stammend. Und diese Elemente sind durch Schulen der verschiedensten Art, durch Lesesäle, durch Handwerkerschulen, die ihnen von ihren amerikanischen Glaubensgenossen zur Verfügung gestellt werden, in drei bis fünf Jahren vollkommen umgewandelt. Ein Studium der dortigen Verhältnisse muß zu der Überzeugung führen, daß eine verhältnismäßig kurze Spanne Zeit den osteuropäischen Juden bei entsprechender Gewährung von Freiheit und Bildungsmöglichkeiten zu einem brauchbaren Mitglied eines modernen Staates umgestaltet, das in achtbarer Weise für sein Fortkommen zu sorgen imstande ist.

Diese Bildungsmöglichkeiten müssen natürlich vor allem der Jugend, alsdann aber auch jüngeren Frauen und Männern, aber auch selbst Männern in höheren Jahren zugänglich gemacht werden. Nur auf diese Weise ist es erreichbar gewesen, diese Massen osteuropäischer Juden dem amerikanischen Staatskörper ohne jede stärkere Störung einzuverleiben.

Es ist selbstverständlich, daß auch die deutschen Juden es als eine Ehrenpflicht betrachten würden, jene jüdischen Massen in Gebieten, die dem Deutschen Reiche in irgendeiner Form einverleibt oder angegliedert werden, unter Aufbietung ihrer materiellen und ideellen Hilfsmittel auf eine höhere Stufe moralischer und intellektueller Bildung zu heben. Und es ist nicht daran zu zweifeln, daß bei der Bildungsfähigkeit des osteuropäischen Juden diese Versuche von Erfolg gekrönt sein werden.

Ohne die religiösen, überwiegend streng konservativen Anschauungen der osteuropäischen Juden anzutasten, würde eine solche Entwicklung sich in verhältnismäßig kurzer Zeit herbeiführen lassen. Durch die Gründung von Seminaren, um zweckmäßig gebildete Lehrer und Rabbiner zu beschaffen, und durch die Heranbildung von Kindergärtnerinnen, die schon die junge Generation von frühester Jugend an in eine andere Lebenssphäre heben müssen, sodann durch die Einrichtung von Volksschulen, von höheren Lehranstalten, von Handwerkerschulen, von Schulen für Erwachsene kann dieser Prozeß der Umbildung schnell zum Abschluß gebracht werden.

Die Voraussetzung für einen schnellen Erfolg wäre, daß die jüdische Bevölkerung der östlichen Gebiete Vertrauen zu diesen Neuschöpfungen hat, und daß die nötigen Gelder aus staatlichen Quellen, von seiten der einzelnen Gemeinden, sowie endlich freiwillig gespendete Beiträge der Juden Deutschlands in ausreichendem Umfang vorhanden wären.

Daß unser Komitee, das an diesen Aufgaben mitzuarbeiten bereit ist, sich der nötigen Autorität und des nötigen Vertrauens bei den Glaubensgenossen in Osteuropa erfreut, ist sicher. Die Männer, die das jetzige Komitee bilden, haben seit Jahrzehnten den russischen Juden während der traurigen Zeit furchtbarer Unterdrückungen, die sich immer erneuert haben, bleibend helfend zur Seite stehen müssen. Einzelne Mitglieder unseres Komitees haben immer wieder Rußland zu humanitären Zwecken bereisen müssen, und es ist kaum zuviel gesagt, wenn behauptet wird, daß die Namen einer Reihe unserer Komiteemitglieder selbst in den entlegensten

jüdischen Gemeinden Rußlands bekannt sind und in dankbarem Gedächtnis bewahrt werden. Unser Komitee würde also für seine Aufgaben auf das nötige Vertrauen seitens der osteuropäischen Glaubensgenossen unbedingt rechnen können.

Die Zusammensetzung des Komitees bürgt aber auch dafür, daß ein Aufruf an unsere Glaubensgenossen in Deutschland, für die Wiederaufrichtung der osteuropäischen Juden materielle Mittel zu spenden, ein entsprechendes Ergebnis haben würde.

Wenn die deutschen Behörden unsere Bestrebungen wohlwollend zu unterstützen bereit sind, und wenn die lokale Regierungsgewalt der in Betracht kommenden Gebiete der jüdischen Bevölkerung mit Gerechtigkeit und ohne Voreingenommenheit, mit jenem Wohlwollen entgegenkommt, wie es durch ein trauriges Geschick herabgedrückte Menschenkinder wohl erwarten können, so sind wir überzeugt, daß im Verlauf einer kurzen Spanne Zeit aus der jüdischen Bevölkerung der jetzt besetzten Gebiete brauchbare und dem Deutschen Reich in Dankbarkeit anhängende Massen, die nach Millionen zählen, herangebildet werden können.

Dabei erscheint es als selbstverständlich, daß während der Übergangszeit diesen Massen die Freizügigkeit nach Deutschland — gleichviel, wie der politische Aufbau der in Betracht kommenden Gebiete gedacht sei — nicht leicht gewährt werden kann. Das liegt auch im Interesse der osteuropäischen Juden, die so, wie sie heute beschaffen sind, sich nicht ohne weiteres in die deutschen Verhältnisse einfügen lassen. Und entsprechende Maßregeln werden sich auch, ohne daß dadurch Rückschläge herbeigeführt werden, durchführen lassen unter gewissen Voraussetzungen; wenn nämlich, wie wohl sicher vorauszusetzen ist, die polnische Bevölkerung der in Betracht kommenden Gebiete vorerst gleichen Beschränkungen unterworfen wird. Ohne daß Juden und Polen in dieser Beziehung völlig gleichmäßig behandelt werden, würde der Jude sich zu einem Staatsangehörigen zweiter Klasse herabgedrückt fühlen, mit allen jenen verderblichen Nachteilen in seinem Verhältnis zu den Polen und in bezug auf das jüdische Selbstgefühl, die eine solche Degradierung zeitigen müßte. Ist aber auch in dieser Beziehung Pole und Jude gleichgestellt, so werden sich aus der besonderen Stellung der erworbenen Gebiete als östliche Grenzmark neben dem Deutschen Reiche, schwerere Kontroversen kaum ergeben.

Auch die Lösung der Frage, ob die jüdischen Massen, die im wesentlichen in den Städten zusammengedrängt sind, in den polnischen Gebieten bleibend eine ausreichende wirtschaftliche Existenz finden können, erscheint nicht hoffnungslos. Bei geordneter Verwaltung, bei entsprechender Anlage von Wegen und Eisenbahnen, ist Polen volkswirtschaftlich noch in hohem Grade entwicklungsfähig. Die Dichtigkeit der Bevölkerung kann wesentlich zunehmen, und dementsprechend wird auch die Lebensmöglichkeit für Handwerker und der Absatz für Fabrikate jeder Art gesteigert. Das letztere ist um so notwendiger, da die polnischen Fabriken zum überwiegenden Teil ihren Absatz nach Rußland hinein gehabt haben, der ihnen nur dann erhalten werden wird, wenn durch einen entsprechenden Handelsvertrag mit Rußland diese Absatzgebiete ihnen offengehalten bleiben, zum wenigsten für eine möglichst lange Übergangszeit. Läßt sich dies erreichen, so würde durch ein Aufblühen Polens die Fabriktätigkeit weiter

gesteigert werden können, und damit würden auch jüdische Arbeitermassen in den Fabriken Arbeitsgelegenheit finden. Sodann müßte auf eine Hebung der Qualitätsleistung der Handwerker und auf eine bessere theoretische und praktische Ausbildung der dem Handelsstand Angehörigen durch entsprechende Unterrichtsanstalten — Fortbildungsschulen und Handelsschulen — hingewirkt werden. Endlich kann dem Mittelstand durch Kreditkassen, wie sie jetzt schon durch jüdische Initiative ins Leben gerufen worden sind, emporgeholfen werden.

Es hat sich aber in Südrußland gezeigt, daß mit Erfolg auch Juden der Landwirtschaft zugeführt werden können, sobald hierfür nur die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind. Ein Hinüberleiten städtischer jüdischer Massen in die Landwirtschaft, vor allem auch in landwirtschaftlich-industrielle Betriebe, wäre also keineswegs ausgeschlossen.

Daß die osteuropäische Judenfrage durch Auswanderung gelöst werden kann, ist hingegen eine Illusion. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Auswanderung einer jüdischen Familie aus Osteuropa unter 2000 ℳ nicht bewirkt werden kann. Nimmt man an, daß eine Familie durchschnittlich aus vier Köpfen besteht, so würde eine jährliche Auswanderung von 4000 Köpfen oder 1000 Familien bereits 2 Millionen Mark erfordern. Bleibend Beträge von dieser Höhe und darüber hinaus aus Wohltätigkeitsmitteln aufzubringen, neben den Mitteln, die für andere Zwecke unter allen Umständen gespendet werden müssen, ist nicht leicht und wäre überdies nutzlos. Denn die Abwanderung von 4000 Personen und auch erheblich mehr wäre gegenüber dem natürlichen Zuwachs der jüdischen Bevölkerung ohne jede erhebliche Bedeutung.

Jede Politik, die mit den Tatsachen rechnet, muß also an der Voraussetzung festhalten, daß im wesentlichen die osteuropäische Judenfrage nur in Osteuropa selbst gelöst werden kann, und zwar nur dadurch, daß die Juden für ihre Existenz menschenwürdige Bedingungen erlangen. Werden diese nicht gewährt, so sind Massenauswanderungen die notwendige Folge, mit ihrer unerwünschten Rückwirkung auf jene Länder, durch welche diese Massendurchzüge stattfinden, wie auch auf jene anderen Länder, in welchen die Auswanderer schließlich sich niederlassen.

Deutschland ist das Durchzugsland für die russische Massenauswanderung, und die Vereinigten Staaten sind vor allem das Einwanderungsland. Deutschland hat daher ein wohlbegründetes Interesse, bei künftigen Friedensverhandlungen darauf hinzuwirken, daß ein Zustand in Rußland beseitigt wird, der die deutschen Grenzen immer wieder der Überflutung durch bettelarme Auswandererscharen aussetzt; ein Zustand, der politisch unerwünscht sein muß und der die deutschen Juden Jahr für Jahr zu enormen Aufwendungen zwingt, die bei einem Versagen der Privatwohltätigkeit in gewissem Umfange auf das Reich fallen würden. Nimmt Deutschland eine Regelung der osteuropäischen Judenfrage in die Hand — durch Einwirkung auf Rußland — und wird durch deutsches Betreiben vor allem die russische, durch die Kriegsereignisse schon schwer erschütterte Gesetzgebung über den Judenrayon beseitigt — so würden die Sympathien der Gesamtheit der Juden auch über den Kreis der neutralen Länder hinaus dem deutschen Reiche zuströmen; es würden die Vereinigten Staaten im

wohlverstandenen eigenen Interesse sich solchem deutschen Vorgehen anschließen müssen, und selbst England könnte sich schwerlich der Unterstützung einer darauf abzielenden Politik entziehen.

Die Lösung der osteuropäischen Judenfrage kann freilich zum Teil, aber doch nicht in sehr erheblichem Umfange, auch durch Auswanderung erleichtert werden.

Die Auswanderung vollzieht sich schon heute automatisch. Die Massen der osteuropäischen Juden, die sich in den Vereinigten Staaten niedergelassen haben, lassen ihre Familie und ihre Verwandten, auch Freunde, sobald sie nur festen Boden drüben unter den Füßen gefunden haben, nachkommen. Diese Auswanderung wird auch nach der Neugestaltung der osteuropäischen Verhältnisse anhalten, und sie kann sich steigern, sobald die Zwangsmaßregeln, die die russische Regierung gegen die Auswanderung erlassen hat, die Paßschwierigkeiten, die hohen Paßgebühren bleibend in Fortfall gekommen sind.

Es ist aber von der Deutschen Vereinigung für die Interessen der osteuropäischen Juden auch bereits eine Abwanderung von Glaubensgenossen aus den polnischen Gebieten nach dem Orient ins Auge gefaßt worden. Eine solche Abwanderung nach dem Orient wird niemals in absehbarer Zeit den Umfang der Auswanderung in die Vereinigten Staaten erreichen können. Aber wohl kann der Orient etwa in einem Umfange, wie Argentinien und Brasilien, osteuropäische jüdische Einwanderer aufnehmen. Wir beabsichtigen, eine Studiengesellschaft zu bilden, die diese Frage durch Untersuchungen an Ort und Stelle eingehend zu prüfen haben wird. Wir erachten es für erreichbar, daß auch in den Orient in gewissem Umfange osteuropäische Juden verpflanzt werden können.

Wir denken nicht daran, gleich den Zionisten für diese Verpflanzung vor allem Palästina ins Auge zu fassen. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten in Palästina sind außerordentlich beschränkte. Die Zahl der Juden, die sich in Palästina unterbringen lassen, würde in jedem Falle nur eine kleine sein. Und das ganze Unternehmen wäre aus dem Grunde zur Aussichtslosigkeit bestimmt, weil die ottomanische Regierung sich bekanntlich in entschiedener Weise einer Masseneinwanderung nach Palästina in den Weg stellt. Sie fürchtet, daß durch ein Zusammendrängen einer erheblichen Anzahl von Juden in Palästina eine neue Nationalitätenfrage im ottomanischen Reiche entstehen würde, und sie will die politischen Schwierigkeiten, die sich damit ergeben würden, unter allen Umständen vermeiden.

Der Plan der Zionisten ist gewiß von schönem Idealismus eingegeben; aber er erscheint uns völlig utopisch, insbesondere bei der jetzigen Weltlage. Schon der Versuch seiner Durchführung müßte zu einem Konflikt mit der ottomanischen Regierung führen, und zudem wird der internationale Zionismus — der wie alle internationalen Bestrebungen durch den jetzigen Weltkrieg außerordentlich geschwächt worden ist — auch des genügenden materiellen Rückhaltes für seine Bestrebungen entbehren. Nur Utopisten und jene Antisemiten, die auf dem Umweg über den Zionismus den Gedanken der Abschiebung von Juden propagieren wollen, können die Palästinapläne heute in den Vordergrund rücken.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß nur in vollster Übereinstimmung mit der ottomanischen Regierung sich eine erheblichere Einwanderung von osteuropäischen Juden in den Orient vollziehen könnte. Und wir sind daher der Ansicht, daß sowohl aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen eine Konzentrierung der jüdischen Auswanderung in Palästina vermieden werden muß. Es sollten vielmehr die Einwanderer dort angesetzt werden, wo sich diese Einwanderung als wirtschaftlich zweckmäßig und zugleich als politisch erwünscht — vom Standpunkt der ottomanischen Regierung aus — durchführen läßt. Sind diese Grundsätze maßgebend, so kann diese Einwanderung sich allmählich steigern, und sie wird dann auch wirtschaftliche und in gewissem Umfange auch politische Vorteile für Deutschland bieten können.

Die in den Orient eingewanderten osteuropäischen Juden, die durch deutsche Initiative in neue Lebensverhältnisse gebracht worden sind, werden nach Deutschland auch fernerhin gravitieren, und sie sind durch ihre Sprache, den Jargon — ein in der Entwicklung steckengebliebenes Deutsch — mit Deutschland verknüpft. Das Schulwerk des Hilfsvereins der Deutschen Juden im Orient hat, gestützt auf diese gegebenen Bedingungen, schon seit Jahrzehnten feste und nutzbringende Beziehungen zwischen den orientalischen Juden und Deutschland geknüpft. Und zwar zunächst in heftigem Gegensatz zu der Alliance Israélite Universelle, die diese Vorteile für Frankreich seit länger als einem Menschenalter zu monopolisieren versucht hat, und die schließlich den offenen Kampf gegen den Hilfsverein der deutschen Juden entsprechend dem wachsenden deutschen Einfluß in Konstantinopel hat aufgeben müssen. In dieser Richtung kann eine Fortentwicklung noch reiche Früchte bringen.

Die gewaltigen Probleme, die der noch heute tobende Weltkrieg der deutschen Regierung zur Lösung aufdrängt, sind im Osten verknüpft zugleich mit einer sachgemäßen Lösung der Judenfrage. Diese Lösung ist nach unserer Ansicht erreichbar unter voller Wahrung aller Interessen Deutschlands. An dieser Lösung mitzuarbeiten, ist die Deutsche Vereinigung für die Interessen der osteuropäischen Juden bereit: die Voraussetzung hierfür ist, daß die Reichsregierung geneigt ist, sich der Kräfte der Vereinigung zum Nutzen Deutschlands und zum Segen einer Wiederaufrichtung des intellektuell begabten, aber in einer düsteren Vergangenheit zurückgebliebenen osteuropäischen Judentums zu bedienen.

Damit die Regierungsstellen nicht von zu vielen Seiten — und auch von Unberufenen — mit Ratschlägen bestürmt werden, haben wir es unternommen, die leistungsfähigen jüdischen Elemente der verschiedensten Richtungen in unserer Vereinigung zusammenzufassen. Eine ersprießliche Wirksamkeit ist für uns natürlich nur möglich, wenn die Reichsbehörden uns von jenen Plänen, die über das Schicksal der osteuropäischen Juden die Entscheidung bringen, verständigen werden, wenn sie unsere Ansicht über diese Pläne einfordern, damit wir sodann mit unserem Einfluß die Durchführung erleichtern können.

Wir erlauben uns ganz ergebenst, unsere Wünsche nochmals kurz zusammenzufassen:

1. Einstellung von Herrn Dr. S p i e g e l b e r g als Berater für die Verwaltung in Litauen und in den Ostseeprovinzen.

2. Einstellung von Herrn Professor Dr. Mittwoch in Berlin, Kirchstraße 23, zur Verfügung der Zentralbehörden in Berlin.

Ich hoffe, dass wir dahin auf dem nächsten Wege sind. B

3. Möglichstes Hinausschieben des Erlasses einschneidender Maßnahmen, die den heutigen Zustand der Juden in Polen usw. verändern, bis zu dem Zeitpunkt, da die politische Zukunft der in Betracht kommenden Gebiete feststeht.

4. Vorsichtige Schonung der religiösen Empfindungen der Juden in den eroberten Gebieten.

Selbstverständlich B.

Für später:

Wenn russische Gebiete an Deutschland kommen sollten:

5. Zunächst keine Freizügigkeit für alle Bewohner jener Gebiete nach Deutschland hinein.

6. Errichtung von Seminaren, Kindergärten, Schulen usw. sowie Kreditkassen in Polen und Litauen usw.

7. Überleitung der Juden zur Landwirtschaft und zu landwirtschaftlichen Betrieben.

8. Abwanderung in den Orient unter Ablehnung aller politisch-zionistischen Bestrebungen; ferner nach Argentinien und Brasilien und wie bisher in die Vereinigten Staaten; doch kann Abwanderung nur als begleitendes Milderungsmittel der Übervölkerung in Betracht kommen. Die osteuropäische Judenfrage kann nur in Osteuropa selbst gelöst werden, und zwar vor allem durch Beseitigung der russischen Judengesetzgebung, die auf engstem Raum die jüdischen Massen zusammendrängt.

Ende Oktober 1915.

Sehr klar, massvoll und beachtenswert! B.

Druck von H. S. Hermann in Berlin

Wien pers Frank 5/5 16

1). K.u.K. Kreiskommando Nowo-Radomsk 259/S schreibt an Herrn Gabriel W i e n e r , der ein Gesuch eingereicht hatte zur Eröffnung einer Schule für jüdische Analphabeten: "Die Schule für jüdische Analphabeten wird gebilligt mit Ausschluß der hebräischen Sprache, an deren Stelle die deutsche Sprache eingeführt werden kann. Oberst P e t z o l d . "

(Dieser Erlaß begünstigt einseitig das Polnische und beeinträchtigt die Juden. Das Deutsche konnte natürlich nicht verboten werden.

2). K.u.K. Kreiskommando Opatow, unterschrieben"Oberst F e h m e l " 14/11 1915 enthält folgende Ausdrücke gegen die Juden: "Verdächtige Individuen aus jüdischen Kreisen verbreiten beunruhigende Nachrichten über die Rückkehr der Russen. Wir werden den uns heiligen Boden der polnischen Nation zu schützen wissen. Diese Verbrecher und diese Kreaturen verbreiten die Nachrichten, um am Rubelkurs zu gewinnen." Dieser Aufruf wurde unter Pauken- und Trompetenschlagwährend der Markttage zweimal in der Woche öffentlich vorlesen.

3). Vizepräsident vonRadom, H. G l o g e r , veröffentlichte am 11. Dezember 1915 einen Aufruf, in dem gemäß dem Befehl des Generalgouverneurs vom 20.11.1915 Nr. 10 896 der Verkauf von jüdischen Zeitschriften mit hebräischen Buchstaben verboten wird, auch wenn sie aus Oesterreich ausgeführt werden.

Kiel, 10/2 1917

15/212

Hochverehrter Herr Professor,

mit meinem Rücksatz in „Zeitschrift für Physik“: Über die Absorption von Röntgenstrahlen und ihre Beziehung zum Atombau, bitte ich Sie, mir Ihr Urteil darüber zu sagen, ob es sich für eine Veröffentlichung in Ihrer Zeitschrift eignet. Ich habe mich bemüht, meine Ergebnisse möglichst klar darzustellen, doch ist mir Ihr Urteil darüber sehr wertvoll. Ich habe mich bemüht, die Absorption von Röntgenstrahlen in Abhängigkeit von der Wellenlänge und der Ordnungszahl des absorbierenden Elements zu untersuchen, und glaube, daß meine Ergebnisse für die Theorie des Atombaus von Interesse sind. Ich habe mich bemüht, die Absorption von Röntgenstrahlen in Abhängigkeit von der Wellenlänge und der Ordnungszahl des absorbierenden Elements zu untersuchen, und glaube, daß meine Ergebnisse für die Theorie des Atombaus von Interesse sind. Ich habe mich bemüht, die Absorption von Röntgenstrahlen in Abhängigkeit von der Wellenlänge und der Ordnungszahl des absorbierenden Elements zu untersuchen, und glaube, daß meine Ergebnisse für die Theorie des Atombaus von Interesse sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihrer ergebener

Heisenberg.

Pol. Dt. Denkschrift.

15/2 K

Abschrift.

Brief des Professors Reincke an den Herrn Generalgouverneur.

Kiel, den 10.2.1917.

Hochverehrteste Exzellenz !

Auf meinen Aufsatz im „Tag" : Was geht in Polen vor? erhielt ich unter vielen anderen auch anliegende, offenbarvon poln. Seite herrührende Zuschrift.Obgleich ich sonst anonyme Schreiben sogleich in den Papierkorb zu befördern pflege, scheint mir doch diese Schrift trotz offenbarer Unrichtigkeiten und vielfachen Übertreibungen soviel Beachtenswertes zu enthalten, dass ich sie Euerer Exzellenz zur Kenntnis bringen möchte. Der Verfasser könnte ein polnischer Oberlehrer, Arzt oder Apotheker sein, der einst meine Vorlesungen gehört hat. - Mit Exzellenz Zimmermann bin ich persönlich garnicht bekannt.

In vorzüglicher Hochachtung

Euerer Exzellenz sehr ergebener

gez. Reincke.

Berlin, den 7.2.17.

Hochgeehrter Herr Professor !

Als ehemaliger Schüler von Ihnen pflege ich alles, was aus Ihrer Feder kommt, mit der grössten Aufmerksamkeit zu lesen .Ich tat das auch mit Ihrem Artikel : " Was geht in Polen vor ? " In der letzten Sonntagsnummer des"Tag" .-Es drängt mich, Ihnen einige Worte zu schreiben, die zu Ihrer Aufklärung dienen mögen.

Es ist selbstverständlich nicht zu leugnen, dass das neue Regime in Polen bei der Masse des Volkes , namentlich bei den Bauern sowie bei dem Kleinadel auf starkes Misstrauen stösst,

und die führenden Geister haben viele Mühe, dieses Misstrauen zu zerstreuen. Allein darüber braucht man sich nicht zu wundern, zumal wenn man die preussische Polenpolitik, besonders das famose Enteignungsgesetz und den Sprachenparagraphen bedenkt und dazu erwägt, dass die russische Regierung, während sie mit der deutschen Liebesbeteuerungen und Treuschwüre wechselte, nicht müde wurde, durch ihre Organe und Agenten dem polnischen Volke die preussische Polenpolitik in den grässlichsten Farben zu malen und die Deutschen als Erzfeinde der Polen hinzustellen, die nur danach trachteten, die in ihrem eigenen Vaterlande zu einem Bettelvolk herabzudrücken und sie ihrer Sprache zu berauben, während Väterchen zärtlich für sie sorgte, ihnen polnische Schulen baute, und am Ende bereit war, ganz Polen zu vereinen und glücklich zu machen. Seit Jahren bestand in Polen die allmächtige nationaldemokratische Partei, die in diesem Sinne wirkte, und deren bester und eifrigster unfreiwilliger Mitarbeiter der Ostmarkenverein war. Es ist nur zu begreiflich, dass so eine mächtige Partei, die sich einer so wirksamen Mitarbeiterschaft erfreute, nicht im Handumdrehen verschwindet und dass Gefühle, die solange mit solcher Zähigkeit eingewurzelt wurden, nicht im Nu ausgerottet werden können, zumal es sich um eine Landbevölkerung handelt.

Das meiste Misstrauen erweckt jedoch die Art, wie die deutsche Regierung die <u>Judenfrage</u> in Polen behandelt. In zahlreichen geheimen Flugschriften, welche Sie erwähnen, spielt dieses Moment die grösste Rolle. Es scheint, dass die deutsche Regierung sich in den Kopf gesetzt hat, die russische Tradition des Divide et Impera fortzusetzen, und die Juden gegen die Polen auszuspielen, und zwar bedient sie sich dazu derselben polenfeindlichen, aus Russland nach Polen gekommenen Juden, auf denen einst die russische Regierung ihre Herrschaft über Polen zu begründen trachtete. Es hat den Anschein, dass die deutsche Regierung in Polen eine Art jüdisch-deutschen Sonderstaat im Staate zu gründen beabsichtigt, dessen sie sich bedienen könnte, um die Polen im Schach zu halten. Zu diesem

Zwecke bedient sie sich der Berliner Juden verschiedener Richtungen: Des Hilfsvereins der deutschen Juden, des Komitees für den Osten, der Zionisten und der freien Vereinigung für das orthodoxe Juden - tum. Fortwährend kommen die Vertreter der einen oder anderen Orga - nisation nach Polen , treten hier als Abgesandte oder Bevollmäch - tigte der deutschen Regierung auf und organisieren die Juden zum Kampfe gegen das Polentum. Die Hauptideen aller dieser Vereinigungen sind, dass die Juden in Polen " nationale Rechte " beanspruchen dürfen und dass die deutsche Regierung ihnen diese " Rechte " gegen die Polen erkämpfen und sie in deren Ausübung schützen werde. Diese "Rechte" sollen darin bestehen, dass der jüdische Jargon , der der deutschen Sprache nahe verwandt ist, in Polen als gleichberechtigt mit der polnischen Sprache in Schule, Parlament, Rechtspflege und Verwaltung anerkannt wird, dass die Juden als eine gesonderte natio - nale Körperschaft in Polen organisiert werden. Das Ganze ginge darauf hinaus, dass Polen in eine Art Juden-Polonia verwandelt würde und der jüdisch-nationale Staat im Staate eine Art deutscher Wacht in Polen bilden würde, stets bereit, gegen die polnische Nation ins Treffen geschickt zu werden. Im "Tag" erschien im September 15 ein Leitartikel von dem Gouverneur von Puttkamer, in dem ausge - führt wurde, dass die Juden in Polen " die germanische Idee " im Kampfe gegen die Polen zu vertreten hätten. In der Frankfurter und in der Vossischen Zeitung erschienen kurz nach der Einnahme von Warschau ausführliche Artikel, in denen dargelegt wurde, die Deutschen hätten die Aufgabe, sich mit den Juden in den polnischen Städten zu verbünden , um diese ihres polnischen Charakters zu ent - kleiden, sie der polnischen Nation zu entreissen, um sie zum Sitz einer "deutsch-jüdischen Kultur" zu machen. Alle Zionistischen Blät - ter, die in Berlin, Wien, Frankfurt a.M. und München erscheinen, bringen fort und fort Artikel und Abhandlungen in diesem Sinne. Eine Flut von Broschüren und Flugschriften gleicher Tendenz ist in Deutschland erschienen und hat grosse Verbreitung gefunden. Die

Berliner"Jüdische Presse" vom 20.August 1915 legte der Regierung den Plan nahe, den polnischen Bauern ihren Boden wegzunehmen und die Juden darauf anzusiedeln, um diese zu hindern, in Massen nach Deutschland einzuwandern, und sich in ihnen gleichzeitig ein gefü - giges Element zu schaffen, welches stets zu ihrer Verfügung bereit stehen wird. Die deutsche Regierung tut nicht nur nichts , um diesen Quertreibereien zu steuern, sondern sie scheint ihnen alle Förderung angedeihen zu lassen. Lesen Sie den beifolgenden Bericht über eine Äußerung von Exz. Zimmermann an ein jüdisches Blatt in Amerika betreffend die Zukunft der polnischen Juden. Daraus geht hervor, dass die deutsche Regierung den polnischen Juden einen Anteil an der Regierung des Landes zu sichern gedenkt, und sie zu - gleich von der Pflicht , in der polnischen Armee zu dienen, be - freit wissen will ! Alle paar Tage kommen aus Berlin nach Warschau neue jüdische Emissäre, die die Juden aufwiegeln und sie im Voraus gegen den polnischen Staat organisieren. Und das geschieht unter Duldung, sogar, wie es scheint, unter Förderung der deutschen Re - gierung. Der Rabbiner Dr. C o h n aus Ansbach in Bayern hat sich in Warschau dauernd eingenistet, und obwohl er kein Wort polnisch ver- steht, arbeitet er daraufhin, mit Hilfe der deutschen Regierung den Posten eines Oberrabbiners der polnischen Juden an sich zu reissen und in Polen eine Art jüdisch-deutscher Theokratie aufzu - bauen. Den polnischen Juden wird schon recht bange vor allen die - sen Geschenken, welche die deutsche Regierung mittels der Berliner Juden ihnen machen zu wollen scheint. Denn sie ahnen, dass man sie zu einem permanenten Krieg gegen ihre polnischen Mitbürger pressen zu wollen scheint, was ihnen sehr übel bekommen könnte. Die Haltung der deutschen Regierung in dieser ganzen Sache ist sehr unklar und zweideutig. Es wird offenbar mit den Juden nur gespielt, den Na - tionaldemokraten und anderen russophilen Elementen wird aber damit nur eine gefährliche Waffe gegen die Deutschen in die Hand gedrückt Die Bauern und der Landadel werden dahin aufgeklärt, dass man von

ihnen verlange, sie sollen eine Armee aufstellen,welche sich nicl
nur für den König von Preussen zu schlagen hätte, sondern auch n
dafür, dass in Zukunft Polen sich in einen Judenstaat verwandele,
in welchem der jüdische Jargon die Staatssprache bilden, und die
Juden in Vertretung der Deutschen die Polen beherrschen sollen;
den Bauern soll der väterliche Boden weggenommen und den Juden
übertragen werden. Daher erklärt sich das mächtige Anschwellen
der antisemitischen Strömung in Polen seit mehr als einem Jahre.
Auf die Juden aber hat diese zweideutige und höchst fragwürdige
Haltung der Regierung eine, der offenbar beabsichtigten gerade e
gegengesetzte, Wirkung geübt: Die Streber und berufsmässigen Agi
tatoren unter ihnen lassen sich freilich zu offenkundigen Demon-
strationen gegen den polnischen Staat hinreissen; so hat u.a. di
zionistische Fraktion im Warschauer Stadtrat beim Ausbringen des
Hochs auf die Unabhängigkeit Polens sich ostentativ nicht von ih
Sitzen erhoben. Die Masse der Juden dagegen ist unsicher gewordei
fühlt instinktiv , dass man sich ihrer hier zu Zwecken bedienen
will, die ihren vitalsten Interessen entgegenlaufen, und dass ma
Gefahren über ihr Haupt heraufbeschwört, denen sie nicht gewachs
ist. Darum schwenkt auch sie vom deutschfreundlichen Lager in da
entgegengesetzte ab. Begreifen Sie also , hochverehrter Herr Pro
fessor, warum es dem Staatsrat und den um ihn herum gruppierten
loyalen Elementen so schwer wird, die erwünschte polnische Armee
auf die Beine zu bringen? Mir ist Ihr Artikel im "Tag" besonders
nahe gegangen, weil er von einem Manne herrührt, dessen Geist un
Wahrhaftigkeit ich überaus hoch schätze , und dem ich mit die ti
sten geistigen Anregungen verdanke. Da Sie , hochgeehrter Herr P
fessor , wie ich genau weiss, auf die entscheidenden Regierungs
stellen einen grossen Einfluss ausüben, hätten Sie es in der Han
zur Beseitigung der von Ihnen beklagten Übelstände viel beizutra
Bemühen Sie sich zu Exz. Zimmermann und legen sie ihm die obigen
führungen dar und bewegen Sie ihn folgende Massregeln zu ergreif

1.) Den Herrn vom Hilfsverein der deutschen Juden und den Zionisten zu verbieten, alle paar Tage nach Warschau zu kommen und die Juden gegen die Polen aufzuwiegeln.

2.) Das Komitee für den Osten aufzulösen und dies in den Zeitungen bekannt zu machen, damit das Märchen aus der Welt geschafft werde, dass die Regierung sich mit den polenfeindlichen - Agitationen dieses Komitees identifiziere .

3.) Den Rabbiner Dr. Cohn aus Warschau zu entfernen,

4.) in der Norddeutschen Allgemeinen und in der Deutschen Warschauer Zeitung eine Erklärung zu erlassen, wonach alle Gerüchte , dass die Regierung den polnischen Bauern den Boden wegnehmen wolle, um ihn den Juden zu geben, und dass sie in Polen einen Judenstaat mit dem Jargon als derpolnischen Sprache gleichberechtigt errichten wolle,aus der Luft gegriffen seien. Gleichzeitig müssen die Juden ermahnt werden, die lächerliche Chimäre von einer ." nationalen Autonomie ", die ihnen von Petersburger und Berliner Agitatoren suggeriert worden ist, fahren zu lassen, für sich keine Sonderrechte zu verlangen, sondern sich mit der bürgerlichen und politischen Gleichberechtigung zufrieden zu geben, wie dies in allen zivilisierten Staaten der Welt der Fall ist; dass sie den Frieden mit ihren polnischen Mitbürgern suchen müssen und dass sie sich den allgemeinen Pflichten gegen ihr polnisches Vaterland nicht entziehen dürfen.

Dadurch würde die deutsche Regierung über die Absichten in Polen Klarheit schaffen, Zweideutigkeit und Misstrauen beseitigen und eines der grössten Hindernisse auf dem Wege zur Verwirklichung ihrer Pläne und zur Errichtung einer Armee aus dem Wege räumen. Klarheit und Ehrlichkeit in der Politik Polen gegenüber wäre aber nicht nur praktisch nützlicher, sondern der deutschen Regierung auch viel würdiger als das jetzige Vorgehen.

Ich bitte Sie, in diesem Brief nur den Beweis meiner grossen Hochschätzung und meines tiefen Vertrauens zu Ihrer Persönlichkeit zu erblicken. Mein Name ist Schall und Rauch und tut nichts zur Sache.

A u s z u g

aus " Neue Freie Presse vom 4.Februar 1917.

Die Neuordnung im Königreich Polen.

Staatssekretär Dr.Zimmermann über die religiöse Autonomie der Juden in Polen.

Berlin, 3.Febr. 1917.

Eine Äusserung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes , Zimmermann, über die Lage der polnischen Juden entnimmt die "Voss. Zeitung " dem " American Jewish Chronicle ". Dieses Blatt hatte an den deutschen Botschafter in Washinton eine Anfrage über die Bedeutung der vom deutschen Generalgouverneur in Polen erlassenen Verordnung gerichtet, welche den Juden religiöse Autonomie verleiht. Der deutsche Botschafter hatte die Anfrage an die deutsche Regierung weitergegeben und darauf folgende Antwort des Staatssekretärs Zimmermann erhalten:

1.) Das neue Gesetz über die Verwaltung und Organisation der jüdischen Gemeinden in Polen übertrifft nach übereinstimmendem Urteil aller Sachkenner bei weitem alle bisherigen Verfassungen für die Juden und vermeidet dadurch die durch die früheren Gesetze verursachten Fehler. Es gibt den Juden weitgehende Selbstverwaltung und die Möglichkeit zur Unterhaltung eigener Schulen auf Grundlage eines eigenen Unterrichtssystems.

2.) Die Frage der nationalen Autonomie ist nur durch die polnische Verfassung zu lösen und konnte durch das jetzige Gesetz nicht vorweg genommen werden. Hierzu ist eine vorhergehende Verständigung zwischen Polen und Juden erforderlich, um einen Interessenkonflikt zu vermeiden.

3.) Jedenfalls ermöglicht die Verordnung die gesunde Entwicklung eines blühenden jüdsichen Lebens und einer ungehinderten Forwärtsentwicklung. Sie schafft Körperschaften mit Selbstverwaltung, die ihre Schulen organisieren, leiten, überwachen und den Lehrplan bestimmen. Sie haben die Befugnis zur Erhebung von Steuern und bilden angesehene Körperschaften zur Wahrnehmung jüdischer Interessen. Die Verwaltungsräte der Kreisgemeinden und der Oberste Rat der Juden, die in dem Gesetz vorgesehen sind, ermöglichen den polnischen Juden, an der künftigen Regierung des Königreichs Polen teilzunehmen.

4.) Eine Zwangsaushebung von polnischen Juden für die polnische Armee erfolgt nicht. Nur freiwillige Meldungen von Polen und Juden für die polnische Legion kommen in Frage.

Warschau, den ~~10. Februar, 1917.~~ Reicher

Sehr geehrter Herr Geheimrat.

Mit verbindlichstem Dank sende ich Ihnen den mir gütigst zugeschickten Aufsatz mit dem Bemerken zurück, dass sein Inhalt von Uebertreibungen und Fehlern strotzt. Ich habe mir erlaubt, durch einige kurze Randbemerkungen auf die hauptsächlichsten Irrtümer des Verfassers hinzuweisen. Uebrigens bin ich für die Zusendung sehr dankbar, denn alle diese Stimmen sind Symptome dafür, mit was für Strömungen und Geistern man hier zu kämpfen hat. Der Verfasser ist offenbar ein ebenso fanatischer Pole wie Antisemit. Es ist selbstverständlich gar keine Rede davon, dass wir Deutschen hier beabsichtigen sollten, aus den Juden einen Staat im Staate zu machen; wir wissen sehr wohl, dass sie sich staatlich im neuen Königreich einfügen müssen, doch wollen wir sie zu gleichberechtigten Staatsbürgern machen und ihnen dabei die Wege zu einer selbständigen, dabei aber freiheitlichen Ausgestaltung ihrer Religion und ihres Gemeindelebens bahnen.

Auch das ist aber den hiesigen Fanatikern schon zu viel, und deshalb suchen sie das tatsächliche in d r von mir angedeuteten Weise zu verdrehen und solche Ansichten in der Oeffentlichkeit zu verbreiten. Wir sind übrigens über dieses Vorgehen nichts weniger wie erstaunt, denn die falsche Beurteilung und Einschätzung unserer ganzen hiesigen Politik ist so weit verbreitet, dass ich mich geradezu einmal wundere, eine verständnisvolle oder beifällige Stimme zu hören. Dass es, wie Sie mir freundlichst mitteilen, doch auch Persönlichkeiten gibt, die den eigentlichen Sinn uns res ganzen politischen Vorgehens hier verstehen, und zu denen ich Sie, hochverehrter Herr Geheimrat rechnen darf, ist dann für mich und meine Mitarbeiter eine Freude. Ich glaube, dass abgesehen von einigen, von Hause aus hakatistischen Kreischefs, in meiner ganzen Verwaltung kaum jemand ist, der den hier eingeschlagenen Weg nicht für recht halten sollte, und ich hoffe bestimmt, dass wir bei folgerichtigem Festhalten an der begonnenen Arbeit zu einem guten Ziele kommen werden. Leider haben wir aber mit sehr schweren Hemmungen zu kämpfen, die ich Ihnen brieflich im einzelnen nicht erläutern möchte.

Ihnen, sehr geehrter Herr Geheimrat bin ich dankbar, dass

Sie Ihre Feder dieser wichtigen Sache auch weiterhin zur Verfügung stellen wollen und werde mich herzlich freuen, wieder einmal von Ihnen einen desbezüglichen Aufsatz zu lesen.

Ich benutzte neulich eine kurze Anwesenheit in Berlin, um mich einmal im Herrehause sehen zu lassen, so aber nicht viel vorlag. Ich hatte gehofft, Sie vielleicht bei dieser Gelegenheit begrüssen zu können. Die mir dort begegnenden Ansichten über die ganze polnische Frage und die von uns einzuschlagende Politik liessen mich einen wenig erfreulichen Einblick in ebensoviel Unverstand wie Uebelwollen tun, und ich bedauere, dass von den leitenden Stellen in Berlin selbst nicht mehr zur Aufklärung in dieser Angelegenheit geschieht.

Mit bester Empfehlung bin ich

Euer Hochwohlgeboren

verehrungsvoll ergebener

gez. Oertel

Hl.
H. Geh. Rat Prof. Dr. Reincke
Kiel
Düsternbrook 17

Inhaltsangaben des Buches Polen und Juden von Dr. Max Rosenfeld

I. GESCHICHTE .

In dem Kapitel Herrennation und Juden gibt der Verfasser einen Überblick über die furchtbaren Unterdrückungen der Juden, die in Galizien das höchste Mass erreicht hätten. Die Sprache sei so unterdrückt, dass es in der offiziellen Statistik keinen Juden gäbe. Jeder Versuch der Betätigung jüdischem Nationalismus wurde als Hochverrat angesehen. Die Polen hätten die Juden assimiliert ohne sie anzuerkennen. Besiegelt wurde die Stellung der Juden durch die Landtagswahlordnung 1914. Die gesamte jüdische Bevölkerung wurde dem poln.Einfluss überliefert, während für die Ruthenen ein eigener Kataster eingeführt wurde.

In dem Kapitel die politischen Führer der Juden wird ein düsteres Bild gemalt. - Sie wären immer angespannt , wenn die herrschende Klasse die andere unterdrücken wollte. Sie assimilierten sich polnisch und deutsch , ja wählen Anti - semiten und Klerikale.

Die jüdische Politik gleiche einer Wetterfahne . Die führenden Männer hatten die eigenen nakten Interessen höhergestellt als das Wohl der Gemeinschaft. Sie wären immer mit den augenblicklichen Gewalthabern gegangen und dadurch bei allen unbeliebt gewesen; die Wandlungen hatten sich sehr schnell vollzogen. Die jüdischen plutokratischen Führer hätten sich selbst der schlimmsten Härten schuldig gemacht und mit selbstenem Geschick den jüdischen nationalen Organismus aus der Welt der Wirklichkeit gestrichen.

Mit dem Entstehen des polnischen Handelsbürgertumes musste der jüdische Konkurrent, der erste und älteste Träger des Handels in Polen vernichtet werden und ein keine Mittel scheuender Antisemitismus begann.

Sinnlose Verdächtigungen, legendärer jüdischer Landesverrat begannen mit dem Mittelalter.

II. ENTWICKLUNG .

Die Geschichte des Verhältnisses der Juden zu den anderen Nationen ist nichts anderes als die Geschichte der Ge- und Umgestaltung der materiellen Verhältnisse des Landes und seiner Werte. Ungünstig ist für die Juden ihre Minorität auch auf dem Gebiete der dichtesten Siedelung.

Insgesamt leben in Polen und Galizien 2620630 Juden !

Die Juden betreiben Handel und Gewerbe sowie freie Berufe ; sie sind mehr Selbständige und Beamte in jedem Beruf, als Arbeiter. Sie haben im Waren- und Geldhandel die Überhand. Mit dem Aufleben des nichtjüdischen Handels auf dem flachen Lande und in den Städten wurde der jüdische Handel verdrängt. Immerhin haben jüdischen Massen eine wirtschaftlich wichtige Funktion, welche für lange Dauer noch nicht von anderen übernommen werden kann. Jahrhundertlange Übung kann nicht durch andere ersetzt werden. Das Verbot des Reisens im Kriege führte in Ostgalizien fast zur Lebensmittelnot, die polnischen Händler konnten den Bedarf nicht befriedigen. Der wütende Antisemitismus ist für breite polnische und ruthenische Schichten vom übel.

LÖSUNG.

In der alten polnischen Adelsrepublik wurde die jüdische Frage als soziale hingestellt. An die Verbauung des jüdisch-nationalen Organismus dachte man so wenig, wie an die des Bauernstandes.

Recept der Polen : Assimilation.

Herr von Jaworski verkündet rechtliche Gleichstellung, dafür Juden treue Bürger des Landes, sie sollen um seine Entwicklung bemüht sein. - Aber das ist ja in Galizien schon der Fall, aber ohne jeden Erfolg, da diese Gleichberechtigung von der Verwaltung des Landes und der Gesellschaft abhängt, nicht der Gesetzgebung. - Die Lösung muss nicht auf dem Gebiete des Rechtes, sondern der Wirtschaft gesucht werdnn .

Jaworski will durch Reformen, Hebung der Kultur und Erschließung neuer Arbeitsgebiete helfen, aber daran glauben die Juden nicht, denn wie Börne sagt, sie werden nicht gehasst weil sie es verdienen, sondern weil sie verdienen.

DER STANDPUNKT DER FÜHRER. (das wäre das Gegenteil. Jetzt das bisherige allmählich verschwindet)

Sicherung der vollen bürgerlichen, vor allem faktischen Gleichberechtigung. Gleichmässig, der jüdischen und christlichen Bevölkerung gewidmete wirtschaftliche und kulturelle Fürsorge. Öffnung neuer Wirtschaftsgebiete, damit einseitige Betätigung der Juden beseitigt wird.
Gesellschaftliche Stellung.

Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, dass die Juden das wollen, das ist ihnen so oft versprochen, sie glauben es nicht mehr. Denn eine solche Lösung müsste neue Nöte bringen.

Die ukrainische Frage ist die Frage, welche am akutesten nach dem Kriege wird, es wird die russ. Achillesferse im Gebiet bis Dnjepr liegen. Die Ukrainer verlangen aber auch den Teil von Galizien bis Jaroslau, der von Ruthenen bewohnt wird. Assimilierten sich die Juden, ~~hätten~~ (würden) sie also im schlimmsten Falle Kampf zwischen Polen und Ruthenen darin und spielten die alte Henkersrolle.

Dem polnischen Staat wollen sie sich in der äusseren Politik , im Kampf gegen den äusseren Feind angliedern.

Wirklicher ~~Feind~~ (Freund) also nach allen Seiten.

Positiv wird gefordert, Ausgestaltung des Kahals und Organisierung des jüdischen Volkes. Dieser neue Verband soll als Vertretung nach aussen ausserdem als der berufenste nationale Führer der Juden gelten.

Organisation:

1) Kultusgemeinde,
2) Landesverbände, 3) Reichsverband.

Grosses Lob spendet er der Verordnung über die jüdische

Religionsgesellschaft, welche hier im Nov. erlassen ist. Wenn ~~sie~~ auch nur von Religionsgesellschaft spräche, würde sie sicherlich ~~nichts~~ mehr werden.

Es wäre ein Schritt zur nationalen Autonomie.

Einen schwereren Schlag, so hocherfreut die Juden über die Proklamation vom 5.11.waren, hätten sie dadurch erhalten, dass kein Jude in den Staatsrat gekommen sei und bei der polnischen Kammer würde es dasselbe werden.

Ein neues Reich braucht Ruhe im Inneren und schon aus gesunder Vernunft , damit die inneren Widerstände nicht wachsen, sollten sich die Polen mit den Juden verbünden.

Das Machtwort der Juden heisst Organisation.

Eine wohlorganisierte Masse sollte den Polen als gefährlicher Faktor angenehm sein.

SCHLUSS .

Das Nationalitätsprinzip ~~singt~~ ringt in diesem Kriege.

Der Unsinn des europäischen Gleichgewichts war dauernd ein Schwanken. - Österreich konnte ohne Kampf den verschiedenen Nationalitäten die Selbstbestimmung einräumen.

Das jüdische Volk darf nicht mit leeren Händen ausgehen.

Im alten Polen war die nationale Autonomie der Juden vorbildlich. Die Juden wollen auch ihrer Tradition leben. Sie wollen keine staatsrechtlichen Errungenschaften, sondern nationale.

Sie wollen die alte Autonomie und Selbststimmung, wie sie in Polen geblüht hat.

Fray

Acc. 90/1953.

1

№ 114

Vertraulich.

9

Rep. 94 Nr. 522

Acc. 90/1953.

Vertraulich.

№ 114

9

Rep. 94 Nr. 522

Bericht

über die im Auftrage des „Komitees für den Osten“
im Mai—Juni 1915 unternommene

Reise nach Russisch-Polen

von

Justizrat Dr. M. I. Bodenheimer (Cöln).

Zweite Ausgabe. Für die Freunde und die Mitglieder
als Manuskript gedruckt.

	Seite
Einleitung	1
Die Bürgerkomitees	3
Gliederung der jüdischen Bevölkerung	6
Geschichtliches	„
Religiöse Gliederung	7
a) Rabbinische Orthodoxie	„
b) Chassidismus	„
c) Liberalisierendes Judentum	8
Soziale Gliederung	9
a) Allgemeines	„
b) Wirtschaftliche Lage der Juden in Lodz	„
Politische Gliederung	10
Frauenfrage	11
Schulen	12
Allgemeine Rückschau	13
Praktische Vorschläge	14

Einleitung.

Das „Komitee für den Osten“ verdankt seine Entstehung der Ueberzeugung, daß bei den kriegerischen Verwicklungen die Interessen der jüdischen Bevölkerung des Ostens, speziell in Russisch-Polen, mit denen unseres deutschen Vaterlandes identisch sind. Eine Anzahl Männer, die seit Jahren durch ihre politische und soziale Tätigkeit mit den Verhältnissen der russischen Juden vertraut geworden sind, vereinigte sich, um ihre Sachkenntnis den Reichsbehörden zur Verfügung zu stellen. Aus der Tätigkeit, die das Komitee seit Beginn des Krieges entfaltete, erscheint es mir notwendig, zwei Arbeitsgebiete hervorzuheben, weil sie mit dem Zweck meiner Reise in unmittelbarem Zusammenhange stehen.

Da sich bei Beginn des Krieges eine unfreundliche Stimmung der jüdischen Presse in Amerika geltend machte, entsandte das Komitee im Einverständnis und unter Mitwirkung des Auswärtigen Amtes einen Vertreter dorthin, um die öffentliche Meinung der amerikanischen Juden für die Zentralmächte zu gewinnen. Als ein gefährlicher Feind des Deutschen Reiches hatte sich nämlich in Amerika wie in der ganzen Welt die allgemein verbreitete Ansicht erwiesen, daß Deutschland der Herd des politischen Antisemitismus sei. Man war daher geneigt, anzunehmen, daß von einem Siege der Zentralmächte nichts Gutes für die russischen Juden erwartet werden könnte. In mühevoller Arbeit ist es unserem Vertreter gelungen, eine Aenderung der Stimmung unter den jüdischen Massen zugunsten Deutschlands herbeizuführen. Dies war ihm nur dadurch möglich, daß er sich auf die zu Beginn des Feldzuges an die Juden Polens gerichteten Erklärungen des Armee-Oberkommandos der verbündeten deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen und auf die Kundgebungen des deutschen Botschafters, Grafen Bernstorff in Washington, in der amerikanisch-jüdischen Presse berufen konnte.

In den Veröffentlichungen war den russischen Juden völlige Gleichberechtigung und Wahrung ihrer kulturellen Eigenart für den Fall eines Sieges der verbündeten Armeen in Aussicht gestellt worden. Die amerikanischen Juden, die aus dem Osten stammen, schenkten diesen offiziellen Aeußerungen von so bedeutender Stelle volles Vertrauen, und so kommt es, daß heute die amerikanische Judenheit in ihrer großen Masse geschlossen mit den Deutschen Amerikas die Sache der amerikanischen Neutralität gegen

die englisch-französischen Kriegshetzer vertritt. Einen glänzenden Beweis für diesen Umschwung in der Stimmung lieferten die Aeußerungen der jüdischen Tagespresse Amerikas zu dem Fall der „Lusitania".

Ein zweites Arbeitsfeld ergab sich für das „Komitee für den Osten", als ein namhaftes polnisches Komitee Verhandlungen mit ihm über eine Verständigung anbahnte.

Im Einvernehmen mit den Reichsbehörden trat das „Komitee für den Osten" in diese Verhandlungen ein, um unter gewissen Voraussetzungen einen verfassungsmäßigen Schutz der nationalen Minderheiten in Russisch-Polen herbeizuführen. Diese Verhandlungen, die auch von den höchsten österreichischen Behörden gefördert wurden, sind noch zu keinem endgiltigen Abschluß gelangt. Sie legten aber den Gedanken nahe, die politischen Beziehungen zwischen Juden und Polen im Lande selbst kennen zu lernen. Auch aus anderen Gründen erschien es notwendig, mit der jüdischen Bevölkerung des besetzten Gebietes Fühlung zu nehmen.

In dieser Absicht hatte sich der Berichterstatter mit dem I. Vorsitzenden des Komitees, Herrn Dr. Franz Oppenheimer, schon Anfang Oktober vorigen Jahres auf Einladung des Generalstabschefs von Ludendorff in das Hauptquartier zu Exzellenz von Hindenburg nach Radom begeben.

Die damalige Tätigkeit des Komitees in Russisch-Polen mußte infolge der vorübergehenden Räumung des Gebietes unterbrochen werden. Sie sollte jetzt durch Entsendung mehrerer Herren nach Polen wieder aufgenommen werden, die zwei verschiedene Aufgaben zu erfüllen hatten.

Die erste bestand darin, die Anschauungen und Bedürfnisse, sowie auch die augenblickliche politische, soziale und wirtschaftliche Gliederung der Juden des Landes näher kennen zu lernen und festzustellen, ob die Voraussetzungen, von denen das Komitee bei seiner bisherigen Arbeit ausgegangen war, sich nach allen Richtungen hin als zutreffend erwiesen.

Eine weitere Aufgabe des Komitees war die Uebermittlung unserer Feststellungen an die Reichsbehörden, um ihnen die von ihnen gewünschten Aufklärungen über die jüdische Bevölkerung zu verschaffen und deren mißverständliche Behandlung nach Möglichkeit zu verhüten.

Es wurde beschlossen, den Schriftführer des Komitees, Herrn Dr. Adolf Friedemann und Herrn Kunstmaler Hermann Struck gemeinschaftlich mit mir nach Polen zu entsenden. Wir stellten uns zunächst dem Chef der Zivilverwaltung, Herrn Präsidenten von Kries, vor, um ihn mit unserer Absicht näher bekannt zu machen.

Der Herr Präsident sagte uns in liebenswürdigster Weise seine Unterstützung zu und empfahl uns den Kreischefs und dem Herrn Polizeipräsidenten von Lodz.

Herr Dr. Friedemann sollte sich durch eine mehrtägige Reise einen allgemeinen Ueberblick verschaffen, während ich selbst einen längeren Aufenthalt in Lodz nahm, um von dort aus andere Teile des besetzten Gebietes zu besuchen. In Lodz wurde ich durch den Herrn Polizeipräsidenten von Oppen ersucht, einen Bericht über das gegenwärtige jüdische Schulwesen in Lodz zu erstatten.

Es bot sich mir Gelegenheit, mit angesehenen und einflußreichen Juden aller Gesellschaftsklassen und politischen, sowie religiösen Richtungen zu sprechen und ihre Ansichten und Wünsche kennen zu lernen. An dieser Stelle

möchte ich all den Herren, die mir behiflich waren, insbesondere Herrn Geh. Regierungsrat Cleinow und Herrn Feldrabbiner Dr. Arthur Levy meinen verbindlichsten Dank für ihre liebenswürdige Unterstützung aussprechen.

Die Bürgerkomitees.

Auf Grund meiner eigenen Beobachtungen in Verbindung mit den Mitteilungen unserer Vertrauensmänner glaube ich ein ziemlich vollständiges Gesamtbild der augenblicklichen Lage der jüdischen Bevölkerung, ihrer Wünsche und Hoffnungen gewonnen zu haben. Für diese, sowie überhaupt für die Psychologie der Juden in Polen, sind die Beschwerden von Bedeutung, die mir von allen Seiten über die polnischen Bürgerkomitees mitgeteilt wurden.

Die Beschwerden waren die gleichen, einerlei, ob die Komitees ausschließlich aus Polen zusammengesetzt sind, oder ob sich ein der jüdischen Bevölkerung einigermaßen entsprechender Teil von polonisierten Juden unter den Mitgliedern befindet. Es ist jedenfalls eine bemerkenswerte Tatsache, dass in den Bürgerkomitees nirgends ein Vertreter der großen jüdischen Masse sitzt, die an ihrer nationalen und religiösen Eigenart festhält.

In Lodz ist das Bürgerkomitee aus Polen und einigen polonisierten Juden, Angehörigen der Großindustrie, zusammengesetzt. Diese haben verschiedentlich erklärt, daß sie sich nicht als Vertreter der Juden, sondern der gesamten Bürgerschaft betrachten und deshalb jüdische Sonderwünsche nicht vertreten können. Sie haben sich auch niemals um jüdische Gemeindeangelegenheiten bekümmert.

Gemäß einer Erklärung, die mir das Mitglied des Bürgerkomitees, Herr Sulowsky, abgab, vertritt das Bürgerkomitee den Standpunkt, weder bei der Armenunterstützung, noch bei der Subvention von Schulen, noch bei der Anstellung von Beamten und Milizianten das Prozentverhältnis der Bevölkerung zu berücksichtigen. Als eine merkwürdige Folge dieses Grundsatzes ergibt sich die Tatsache, daß unter den 60 000 Familien, die überhaupt Unterstützung erhalten, sich nur etwa 10 000 jüdische Familien befinden. Nach dem Verhältnis der Bevölkerung müßte die Zahl der zu unterstützenden jüdischen Familien mindestens doppelt so groß sein, auch wenn man von der Notlage absieht, die unter diesen weit größer ist als unter den nichtjüdischen.

Der Grund hierfür scheint auch darin zu liegen, daß für die Unterstützung die Reviervorsteher maßgebend sind. Da diese in den meisten Bezirken Polen sind, erfahren die Juden vielfach Zurücksetzungen. Infolgedessen ziehen es viele Juden vor, ihre Unterstützungsansprüche überhaupt nicht geltend zu machen.

Es sei übrigens hier auch festgestellt, daß Herr Sulowsky auf eine Beschwerde des Herrn Feldrabbiners Dr. Levy erwiderte: „Herr Rabbiner, warum beschweren Sie sich immer über die Zurücksetzung der Juden durch die Polen? Die Reichsduma ist ja auch für die Beschränkung der Rechte der Juden eingetreten."

Auch bei der Anstellung besoldeter Milizianten (Schutzleute) wurden die Juden zurückgesetzt. Zu der Zeit, als in Lodz noch eine freiwillige unbesoldete Miliz existierte, befanden sich unter den ca. 10 000 Milizianten ungefähr 3000 Juden. Als aber die Miliz besoldet wurde, entließ man die jüdischen „Milizianten" sämtlich und stellte fast ausschließlich Polen ein. Nur als Revieraufseher mußte man eine Anzahl Juden mit Rücksicht auf die überwiegend jüdische Bevölkerung in einigen Bezirken anstellen.

Die freiwillige jüdische Miliz hatte sich durchaus bewährt. Auch könnten die jüdischen Turn- und Sportvereine zweifellos eine genügende Anzahl ihrer Mitglieder als Milizianten stellen. Es bleibt also die Tatsache bestehen, daß die polnische Leitung der Miliz die Polen bevorzugt hat.

Dasselbe wurde mir aus Lenciza und Tschenstochau berichtet.

In Kalisch erhielt ich von zuverlässiger Seite die Auskunft, daß dort die Miliz zum großen Teil aus der Hefe der polnischen Bevölkerung gebildet worden sei.

Die rein polnische Zusammensetzung der Miliz hat zu zahlreichen Klagen über Mißhandlungen und Benachteiligungen der Juden geführt. Jüdische Kleinhändler werden von den Straßen verwiesen, während die polnischen unbehelligt bleiben. Kleine Uebertretungen und Gewerbevergehen von jüdischer Seite werden unnachsichtlich zur Anzeige gebracht, während die gleichen Vergehen von polnischer Seite geflissentlich übersehen werden.

Derartige Fälle sind mir speziell von Lenciza und Sgierz aus glaubhafter Quelle berichtet worden.

In Lodz hat das Bürgerkomitee für die jüdischen Schulen polnische Kuratoren und Visitatoren ernannt und dort sowie in anderen Städten den Versuch gemacht, die polnische Sprache als Unterrichtssprache einzuführen. Dies ist auch, wie ich bemerken möchte, in den deutschen Schulen geschehen. Der Herr Polizeipräsident von Oppen ist diesem Versuche, sobald er hiervon Kenntnis erhielt, energisch entgegengetreten. Den jüdischen Schulen werden nicht die Subventionen zuteil, die ihnen verhältnismäßig zustehen müßten. Es werden die Schulen bevorzugt, welche die polnische Sprache eingeführt haben. Das jüdische Gymnasium, dessen Unterrichtssprache früher außer der russischen die hebräische war, hat keine Subvention erhalten und konnte deshalb nicht wieder eröffnet werden. In Lodz war auch für die jüdischen Elementarschulen seitens der russischen Regierung die Gründung von weiteren 12 Klassen vorgesehen worden. Das Bürgerkomitee hat aber diese neuen Klassen nur in den polnischen Elementarschulen eingerichtet und die jüdischen Schulen übergangen.

Obwohl bei der Unterstützungstätigkeit in den verschiedenen Bürgerkomitees nach ganz verschiedenen Grundsätzen verfahren wird, ergibt sich überall als Resultat, daß die Juden benachteiligt sind.

In Tschenstochau wurde beispielsweise im Gegensatz zu dem Prinzip des Lodzer Bürgerkomitees eine prozentuale Verteilung der Unterstützungsgelder beschlossen. Hierbei wurde zunächst der Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung auf 22% festgesetzt, während er in Wirklichkeit mehr als 30% ausmacht. Der Beschluß der prozentualen Verteilung wurde im Bürgerkomitee gefaßt, als außer einer Zuwendung von Mk. 25 000 für die allgemeinen Hilfszwecke die jüdische Gemeinde eine Spende in Höhe von 20 000 Mark für die Verteilung an die Juden erhielt. Alle für Unterstützungszwecke von außerhalb eingehenden Gelder sollten von nun an in eine Kasse fließen.

Während die Beiträge für den Verein „Schnelle Hilfe“, aus denen in allen Städten hauptsächlich die Volksküchen unterhalten werden, zum größten Teil von jüdischer Seite erfolgen, werden die jüdischen Volksküchen nur unzureichend von diesem Verein unterstützt. Bekanntlich ist aber die jüdische Masse wegen der Speisegesetze ausschließlich auf die jüdischen Volksküchen angewiesen. Es wurde daher notwendig, für die Erhaltung dieser Volksküchen besondere jüdische Vereine zu schaffen.

In Tschenstochau wurde berechnet, daß die Spenden von jüdischer Seite 60% ausmachen. Trotzdem erhalten die jüdischen Volksküchen nur 20 bis 25% der eingezahlten Gesamtspenden.

An vielen Orten beklagte sich die jüdische Bevölkerung, daß die Bekanntmachungen des Bürgerkomitees nur in polnischer Sprache erfolgen. Hier und da wird auch das Deutsche neben dem Polnischen benutzt, nirgends aber die jüdisch-deutsche Sprache. Da viele Juden die deutsche und polnische Schrift nicht lesen können, erhalten sie von dem Inhalt dieser Bekanntmachungen nur mittelbar Kenntnis.

In Lenciza, dessen Bevölkerung überwiegend aus Juden besteht, war bei der ersten Okkupation das Bürgerkomitee in seiner Mehrheit aus Juden zusammengesetzt. Trotzdem es sich durchaus bewährt hatte, wurde bei der Rückkehr der Russen anstelle dessen ein neues Bürgerkomitee eingesetzt, das ausschließlich aus Polen besteht. Dieses neue Bürgerkomitee hat die öffentliche Mehlverteilung auf den Sabbath festgesetzt und auf diese Weise die religiöse jüdische Bevölkerung ausgeschaltet.

Die jüdische Bevölkerung empfindet es schwer, daß die auschließlich polnischen Bürgerkomitees noch heute eine so große Macht in Händen haben. Man behauptet, daß diese Komitees größtenteils aus Mitgliedern der russenfreundlichen „Narodnaja Democratia" zusammengesetzt sind, die den Deutschen wie den Juden gleich feindlich gegenübersteht. Begreiflicherweise suchen die Mitglieder der Bürgerkomitees ihre Zugehörigkeit zur „Narodnaja Democratia" zu verbergen. Es konnten mir daher auch keine Fälle offener Stellungnahme berichtet werden. Es ist aber bezeichnend, daß sich die Judenfeindlichkeit der Polen vielfach als Begleiterscheinung ihrer Hoffnung auf die Wiederkehr der Russen bekundet. Die jüdische Bevölkerung setzt sich den gröbsten Beschimpfungen aus, wenn sie über die Erfolge der deutschen Waffen Freude bekundet. „Deutscher Spion" ist ein landläufiges Schimpfwort der polnischen Bevölkerung gegenüber den Juden.

Von vielen Seiten ist mir berichtet worden, daß man den Juden gegenüber von dem deutschen Militär als von „Euren Soldaten" spricht. Man bedroht sie offen mit Vergeltungsmaßregeln. Es war mir in dieser Richtung auch von großem Interesse, Einzelheiten über die Vorgänge bei der Rückkehr der Russen zu erfahren. Einwandfreie Zeugen bestätigen, daß die polnische Bevölkerung die Juden wahllos der Spionage zugunsten der Deutschen bezichtigt und der Rache der Russen preisgegeben hat. In Lodz sollen sich hierbei besonders die polnischen Zeitungsjungen hervorgetan haben.

Durch diese Ereignisse ist der Zwiespalt zwischen der polnischen und jüdischen Bevölkerung wesentlich vertieft worden. Der Haß der Polen richtet sich vorwiegend gegen die an den alten Sitten und Traditionen festhaltenden Kaftanträger. Der europäisch gekleidete Teil der Juden bleibt von den polnischen Verdächtigungen zumeist verschont.

Von der Gesinnung der Polen gegen die Juden zeugt auch die massenhafte Verbreitung von Postkarten und sogar bemalten Ostereiern, welche einen Ritualmord darstellen. Ich habe mehrere dieser Karten dem Chef der Kriegspresseverwaltung, Herrn Geheimrat Cleinow, übergeben.

Ein Gegengewicht gegen die russenfreundlichen Anhänger der „Narodnaja Democratia" bildet außer den Juden lediglich der Teil der Intelligenz und der Arbeiterschaft, der früher schon in den Reihen der Opposition gegen die russische Regierung gestanden hat. Gegenüber den laut gewordenen Beschwerden soll nicht verkannt werden, daß die Bürgerkomitees in gewissem

Maße für Ordnung und Sicherheit der Bevölkerung Sorge trugen. Ihre Mitglieder sind zum Teil Personen, die über große Gewandtheit und westeuropäische Bildung verfügen, sodaß sich der Verkehr mit ihnen für die Behörden gewiß angenehm gestaltet. Insoweit ihre polnischen Empfindungen geschont werden, werden sie ein williges Werkzeug für die Verwaltungsmaßregeln der Behörden sein. Die Aufrechthaltung dieser Einrichtung ist aber aus einer allgemeinen politischen Erwägung heraus bedenklich. Sie hat in der jüdischen Bevölkerung Beunruhigung über die Absichten der Reichsregierung hervorgerufen und die deutschfreundlichen Elemente verhindert, gegen die polnisch-russischen Uebergriffe offen Stellung zu nehmen. Es ist von jüdischer Seite anerkennend hervorgehoben worden, man betrachte es als ein Zeichen großer Gewissenhaftigkeit, daß von deutscher Seite keine Hoffnungen auf eine Loslösung von Rußland erweckt werden; man betonte aber, daß dies für die jüdische Bevölkerung ohne Belang sei, da sie unter allen Umständen mit Vergeltungsmaßregeln der Russen zu rechnen habe, wenn sie ins Land zurückkommen sollten.

Gliederung der jüdischen Bevölkerung.

Geschichtliches

Nach dem ersten Kreuzzug, vom Beginn des 12. bis zum 15. Jahrhundert ergoß sich ein fast ununterbrochener Strom von jüdischen Auswanderern aus Deutschland nach Polen und Litauen, wo den Juden durch die Großfürsten und Könige mannigfaltige Privilegien eingeräumt wurden. Die Auswanderer kamen im 12. und 13. Jahrhundert aus der Rheingegend, im 14. Jahrhundert namentlich aus Ulm, Nördlingen, Regensburg und Magdeburg.

Sie betrieben in Polen nicht nur Handwerk und Handel, sondern zum Teil auch Landwirtschaft. Nach dem Statut Kasimirs IV. besaßen die Juden volles Bürgerrecht und durften auch Waffen führen. Unter 3700 Kaufleuten Polens befanden sich 3200 Juden. Schon damals gab es aber unter den Juden viele Goldweber und Silberarbeiter. Die Nachfolger Kasimirs entzogen den Juden unter dem Einfluß der Geistlichkeit ihre Privilegien. Erst unter Sigismund I. (1506—48) wurde ihnen wieder Schutz zuteil. Die Rabbiner nahmen eine bevorzugte Stellung ein, verwalteten die Gemeinden und führten den Titel Archi-Rabbiner. Die Auswanderer aus Deutschland verpflanzten die Talmudkunde und die Sitten ihrer Väter nach Polen, Wolhynien, Litauen und Ruthenien. „Aber nicht bloß deutsche Talmudkunde haben die jüdisch-deutschen Flüchtlinge nach Polen verpflanzt, sondern auch die deutsche Sprache in ihrer damaligen Beschaffenheit“. (H. Grätz, „Geschichte der Juden“ Bd. 9 p. 66). So kommt es denn, daß heute ganz Westrußland bis zum Dnjepr, soweit es von Juden bewohnt ist, deutsches Sprachgebiet geworden ist. Da die Städte durchschnittlich eine (von 33% bis 60% variirende) starke jüdische Bevölkerung haben, so sind sie in diesem Gebiete tatsächlich zur Hälfte deutsch.

Dieser Umstand ist bisher von keinem deutschen Politiker beachtet worden. Die Sprache der Juden ist nicht etwa ein auf Handelsreisen erlerntes verdorbenes Deutsch, eine Meinung, die man jetzt vielfach von Offizieren und Beamten in Russisch-Polen hört, sondern die Mutter- und Umgangssprache der Juden. Sie ist nicht vollständig reines Deutsch geblieben, sondern hat auch slavische Bestandteile aufgenommen. Die hebräischen Worte waren vielleicht schon früher in Deutschland organisch in den Dialekt hineingewachsen. Die hebräischen Wurzeln bezeichnen zumeist abstrakte Begriffe, da hierfür der deutsche Sprachschatz vermutlich noch nicht ausreichte, während die hebräische Literatur des Mittelalters eine zweckmäßige Ergänzung gestattete. Dieses

deutsche Sprachgut haben die Juden durch all die Jahrhunderte mit einer Zähigkeit ohnegleichen festgehalten. Während die im Mittelalter eingewanderten Deutschen völlig in dem slavischen Volkstum aufgegangen sind und ihre Sprache preisgegeben haben, ist der jüdisch-deutsche Dialekt für die Juden zu ihrer eigenen Sprache geworden, den sie mit derselben Treue festhielten, wie ihre Religion, ihre Tracht, ihre Sitten und Gebräuche. Regierungsmaßnahmen waren ebensowenig imstande, dies zu ändern, wie die slavische, vor allem die polnische Umgebung. Von außerhalb, insbesondere von Deutschland, wurde den Juden hierbei nicht die geringste Unterstützung zuteil. Im Gegenteil, der jüdische Dialekt ist in Deutschland selbst von den Juden verkannt und verachtet worden, da man ihn als verdorbenes Deutsch betrachtete. Die Schriften von namhaften Gelehrten (Avé Lallemand und Prof. Gerzon aus Dordrecht) haben erst über den wirklichen Charakter der jüdischen Sprache Aufklärung geschaffen. Ich möchte hier ferner auf die Schrift des Herrn Hermann Struck aufmerksam machen, die die Entstehung und die Entwickelung der jüdisch-deutschen Sprache für den mit hebräischen Lettern nicht vertrauten Leser kurz und fasslich behandelt. Die Schrift, die im Auftrage des „Komitees für den Osten“ verfasst wurde, ist allen Mitgliedern und Gönnern des Komitees seinerzeit überreicht worden.

Religiöse Gliederung

a) Rabbinische Orthodoxie

Die streenggläubige Bevölkerung hält mit großer Inbrunst an den ererbten Traditionen und überkommenen Gewohnheiten fest. Sie widmet sich nach wie vor dem Talmudstudium und folgt auch äußerlich in Kleidung und Haartracht der alten Sitte. Die Kinder werden in den religiösen Elementarschulen (Chedarim) erzogen und dort von aller weltlichen Bildung ferngehalten. Diese Weltanschauung bedingt frühes Heiraten für beide Geschlechter. Zu dieser rabbinischen Orthodoxie gehören etwa 60—70% der polnischen Juden.

b) Chassidismus

Die Chassidim führen den Ursprung ihrer Sekte auf die mystischen Schriften der Kabbala zurück. Der Gedankeninhalt dieser Werke stammt schon aus dem jüdischen Altertum. In 13. Jahrhundert fand diese Wissenschaft einen bedeutenden Vertreter in Mosé de Léon. Er ist der Schöpfer des merkwürdigen Buches „Sohar“. Der chassidische Standpunkt charakterisiert sich in dem Ausspruch: „Wehe dem Schuldigen, der behauptet, die Gotteslehre enthalte nur einfache Geschichten, und also nur auf das Kleid sieht. Selig sind die Frommen, welche den rechten Sinn der Lehre suchen“. Diese Lehre, die übrigens auch das christliche Mittelalter wesentlich beeinflußt hat, fand im 17. Jahrhundert Eingang in Russisch-Polen.

Der eigentliche Begründer der Sekte war Israel Baal Schem (der Herr des Namens) (1698—1759). Die innere Ursache der von ihm geschaffenen Bewegung war das Bedürfnis der Masse, sich von dem damals erstarrten Talmudstudium abzuwenden und eine unmittelbare Beziehung zur Gottheit zu gewinnen. Diese unmittelbare Verbindung mit Gott suchte man durch inbrünstiges Beten, das unter heftigen Bewegungen des Körpers bis zur Extase führte. Besonders fromme Meister (Zaddikim, in Westeuropa Wunderrabbis genannt) glaubt man noch heute der Gottheit so nahe, daß ihnen übernatürliche Kräfte zur Verfügung stehen, die sie zum Heil der Gläubigen verwerten können. Ihre Lehre verbreitete sich über ganz Russisch-Polen und Litauen trotz der heftigen Gegnerschaft, die ihr in den Talmudhochschulen und deren Führern erwuchs. Erst das Auftreten des bedeutenden Rabbiners Elia Wilna

in Litauen brachte das Talmudstudium wieder zu einer gewissen Geltung und hemmte die Entwicklung des Chassidismus.

Heute noch genießen zahlreiche Rabbiner in Russisch-Polen, Galizien und Litauen den Ruf als Wundertäter. Sie haben immer noch einen gewissen Einfluß auf ihre Anhängerschaft. Denn statt diese seltsame mittelalterliche Sekte zu reformieren und ihren Widerstand gegen die Einführung europäischer Bildung zu mildern, haben die russische Regierung und die polnisch-galizischen Führer aus politischen Gründen die Macht der Wunderrabbis (Zaddikim) begünstigt. Vermittels dieser Wunderrabbis nämlich verstanden sie einen gewissen Teil der jüdischen Bevölkerung ihren Absichten dienstbar zu machen. Nur mit Hilfe der chassidischen Kreise ist es beispielsweise dem Polenklub gelungen, sogar in Bezirken mit vorwiegend jüdischer Bevölkerung ihre Kandidaten in den Reichsrat zu bringen. Was diese Rabbiner vor allem zu einer solchen Stellungnahme veranlaßte, war die Zusicherung der freien Ausübung ihres Glaubens und das Verlangen, ihre Macht über ihre Anhänger ungestört auszuüben. In Russisch-Polen dürften heute etwa 20% der jüdischen Gesamtbevölkerung als Chassidim zu bezeichnen sein.

c) Liberalisierendes Judentum

Neben der rabbinischen Orthodoxie und dem Chassidismus besteht noch eine kleine Gruppe religiös-fortschrittlicher Elemente, die sich jedoch zu einer Reformgemeinde nach deutschem Muster noch nicht zusammengeschlossen haben. In Deutschland war bekanntlich in der Epoche nach Mendelssohn ein Reformjudentum entstanden, das die Morallehre des Judentums vom Religionsgesetz loslöste. Aehnliches besteht in Russisch-Polen nicht. Es gibt eine dünne Oberschicht, die äußerlich an dem Judentum festhält und einige Religionsgebräuche noch befolgt. Da sich aber ihre Anschauungen nicht auf einem durchdachten philosophischen System aufbauen, sondern nur eine äußerliche Nachahmung des westeuropäischen Vorbildes darstellen, ist bei ihnen das Gefühl der Verantwortung und Solidarität in jüdischen Dingen ihren Stammesgenossen gegenüber wesentlich geringer als in Westeuropa. Sie machen nur 5—10% der gesamten jüdischen Bevölkerung aus.

Nur die an ihren alten Traditionen treu festhaltende jüdische Masse ist geeignet, einen festen Stützpunkt bei der Neuordnung der Verhältnisse abzugeben. Wenn auch gerade dieser Teil der jüdischen Bevölkerung in manchen Aeußerlichkeiten rückständig ist, ihre Sitten und Gewohnheiten uns fremd sind, der Sinn für Reinlichkeit und Ordnung zu wünschen übrig läßt, so sind sie doch dasjenige Volkselement, auf das sich die deutsche Regierung in allen Wechselfällen verlassen kann. Auf keinem anderen Weg kann sie dieses Vertrauen besser gewinnen, als durch zarte Schonung ihrer religiösen Anschauungen. Das wichtigste ist für die religionstreue, konservative Bevölkerung die Möglichkeit, das Sabbathgebot zu beachten, das unter allen Umständen durch eine entsprechende Ausgestaltung der Gewerbegesetzgebung zu schützen ist. Es besteht auch keine ernste Schwierigkeit, der jüdischen Bevölkerung die Sonntagsarbeit zu ermöglichen, soweit sie streng an der Sabbathruhe festhält.

Abgesehen von den Chassidim, die dem politischen Leben gänzlich fernstehen, ist die jüdische Bevölkerung Polens im allgemeinen nicht fanatisch und dem europäischen Einfluß keineswegs abgeneigt, sondern bereit, westlichen Beratern zu folgen, auch wenn diese nicht mehr den orthodoxen Standpunkt einnehmen; natürlich müssen sie in taktvoller Weise auf die Empfindungen der Menge eingehen. Um ihr Vertrauen zu erwerben, bedarf es weniger der vollen Uebereinstimmung in allen Einzelheiten des Ritus, als des

durch die Tat bewährten Verständnisses auch für die weltlichen Dinge ihrer politisch-sozialen Lage und wirtschaftlichen Existenzbedingungen.

Soziale Gliederung

a) Allgemeines

Im 16. Jahrhundert scheint die Bevölkerung der Städte Polens größtenteils aus Juden bestanden zu haben. die den in Polen fehlenden Mittelstand bildeten. Dies war der innere Grund für die Verleihung der zahlreichen Privilegien an die Juden von seiten der polnischen Großfürsten und Könige. Im Jahre 1856 noch machten die Juden ca. 75 % der städtischen Bevölkerung aus mit ungefähr 560 000 Seelen, im Jahre 1910 ca. 42% mit ungefähr 1 619 350 Seelen. Von der gesamten jüdischen Bevölkerung von 1 747 655 Seelen gehören 2,33 % der Landwirtschaft an. Im übrigen ergibt sich folgende Verteilung:

dem Gewerbe gehören an . . .	34,89 %
dem Handel „ „ . . .	39,04 %
dem Transportgeschäft	3,50 %
Dienstboten, Tagelöhner . . .	8,31 %
den freien Berufen	4,38 %
dem Militär	0,99 %
ohne Beruf sind	6,56 %

Besonders interessant ist es, daß die Juden in einem höheren Prozentsatz als die übrige Bevölkerung zum Militärdienst herangezogen werden. Sie bilden 5,1 % des russischen Heeres, während sie nach ihrer Bevölkerungsziffer in ganz Rußland nur etwa 4 % ausmachen dürften. Die gesamte jüdische Bevölkerung Rußlands beträgt circa 7 Millionen Seelen. Man kann diese Bevölkerung in 3 soziale Schichten einteilen:

a) Großindustrie und Großhandel,
b) Kleinindustrie, Handwerk und Kleinhandel,
c) das Proletariat derjenigen, die keinen Beruf haben.

b) Wirtschaftliche Lage der Juden in Lodz

Für Lodz im besonderen gelten folgende Tatsachen:

Die Großindustrie der Textilbranche teilt sich in die Baumwollindustrie und die Woll- und Kammgarn-Industrie. In der ersten sind die Deutschen etwa mit $^2/_3$, die Juden etwa mit $^1/_3$ an der Gesamtproduktion beteiligt. In der Woll- und Kammgarn-Industrie herrscht das umgekehrte Verhältnis; Polen sind in beiden Industrien kaum nennenswert vertreten. Sowohl der Manufaktur-, als der Kolonial- und Galanteriewarenhandel ist ganz überwiegend in jüdischen Händen, ebenso das Speditionsgeschäft, das Agentur- und Kommissionsgeschäft. Die Reisenden sind sämtlich Juden. Unter den Handelsangestellten befinden sich etwa 20000 Juden neben 10000 Polen und Deutschen. Die Bankgeschäfte sind in jüdischen Händen. An den Aktienbanken haben die Juden einen großen Anteil. Von den 9 Kreditgesellschaften auf Gegenseitigkeit sind 4—5, von den 14 Spar- und Leihkassen 5 jüdisch.

In den Fabriken ist die jüdische Arbeiterschaft sehr wenig vertreten, da dort fast nur Polen beschäftigt sind. Es gibt im ganzen nicht mehr als etwa 1000 jüdische Fabrikarbeiter. Dagegen sind die Juden hauptsächlich in der Hausindustrie vertreten. Die Anzahl der jüdischen Lohnweber z. B., Meister mit Gesellen, ist auf etwa 10000 zu schätzen. Die Juden bevorzugen die Arbeit im Hause, da sie ihnen die Einhaltung der Sabbathruhe und die Erfüllung sonstiger religiöser Pflichten ermöglicht. Auch nehmen die christlichen und sogar die jüdischen Fabrikanten jüdische Arbeiter nicht gern auf, weil sie die Feindseligkeit und Abneigung der polnischen Arbeiter fürchten.

In der Hilfsindustrie der mechanischen Weberei, die eine besondere Vorbildung erfordert, stellen die Juden jedoch einen höheren Prozentsatz dar. So sind zum Beispiel ca. 2000 jüdische Kettenscherer in Lodz beschäftigt.

Unter den Arbeiterinnen befindet sich ein nicht unerheblicher Prozentsatz von jüdischen Mädchen, hauptsächlich als Stepperinnen, Nopperinnen und Spulerinnen.

Von Bedeutung ist die mechanische Stickerei-Industrie, die bis vor kurzem in Kalisch blühte. Dort haben zahlreiche Juden als Arbeiter Beschäftigung gefunden. Sowohl in Lodz als in Kalisch ist die Industrie infolge der gegenwärtigen Zustände völlig lahmgelegt.

Das Handwerk und der Kleinhandel in Russisch-Polen sind fast ausschließlich in jüdischen Händen, gewähren aber nur einen kümmerlichen Lebensunterhalt.

Nicht weniger als ca. 7% der Juden hat überhaupt keine geregelte Existenz; sie leben meist von Almosen und von gelegentlicher Beschäftigung. Dieses Proletariat, das sich durch die fortschreitende Industrialisierung des Landes immer mehr vermehren wird, wenn keine Abhilfe erfolgt, ist der Krebsschaden der jüdischen Bevölkerung Russisch-Polens. Aus diesem Proletariat rekrutieren sich zahlreiche verbrecherische Elemente. Es wäre eine segensreiche Aufgabe der künftigen Verwaltung, diesem Uebel abzuhelfen. In der Industrie könnten sie mit Leichtigkeit anständigen Lebenserwerb finden. Die Schulen und die zu diesem Zweck zu schaffenden jüdischen Hilfsorganisationen müßten auf das gemeinsamme Ziel hinwirken, den Uebergang dieser Klasse zur Industriearbeit herbeizuführen. Die Ausstattung der Fabriken mit elektrischer Kraft (evtl. unter Subventionierung, z. B. durch ermässigte Tarife), würde unter anderem hierzu ein geeignetes Mittel bieten, da dadurch ermöglicht würde, die jüdischen Arbeiter am Sonntag statt am Sabbath zu beschäftigen. Das Vorurteil der Juden gegen die Fabrikarbeit wäre systematisch zu bekämpfen. Die polnischen Arbeiter müßten veranlaßt werden, ihren Widerstand gegen die Einstellung von Juden in die Fabriken aufzugeben. Die Vorteile einer sozialen Fürsorge sowie die Regelung der Sabbathruhe und der Arbeiterverhältnisse durch die Gewerbegesetzgebung würden sicher dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen. Daß bisher die soziale Fürsorge fehlte, war eine Hauptursache des Massenelends in den Städten. Die vermehrte Aufstellung mechanischer Webstühle hat allmählich den handwerksmässigen Betrieb und die Heimarbeit der Juden zum Teil ausgeschaltet. Die durch diese Entwicklung brotlos gewordenen Elemente hätten systematisch von den reichen und gebildeten Juden der Landwirtschaft oder der Fabrikarbeit zugeführt werden müßen. Der Einfluß der westeuropäischen Juden kann in dieser Richtung von grossem Segen für die Zukunft dieser Bevölkerung werden.

Bei dieser Bedeutung der Großindustrie für die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung wäre es wünschenswert, womöglich beim Friedensschluß die Textilindustrie von Lodz und die jetzt völlig darniederliegende Stickereiindustrie von Kalisch wieder aufzurichten und zu schützen. Dies könnte durch einen geeigneten Handelsvertrag mit Rußland ermöglicht werden. Es würde aber für einen gewissen Zeitraum nicht nur notwendig sein, die zollfreie Einfuhr der Industrieprodukte Rußisch-Polens nach Rußland zu sichern, sondern es müsste auch dahin gewirkt werden, daß nicht die übermächtige Konkurrenz deutscher Fabrikate die polnische Industrie lahmlegt.

Politische Gliederung

Politisch zerfallen die Juden Polens in Nationaljuden und polonisierte Juden. Zu diesen sind wohl alle diejenigen zu rechnen, welche die polnische

Sprache im Hause als Umgangssprache gebrauchen und das Aufgehen im Polentum als politisches Ideal betrachten. Unter „Nationaljuden" verstehe ich diejenigen, die an den Sitten und Gebräuchen und der Religion ihrer Väter und insbesondere an der jüdisch-deutschen Sprache festhalten; ferner die aufgeklärte, politisch straff organisierte Gruppe der Zionisten. Da ein nicht unerheblicher Teil der Nationaljuden in den größeren Städten den Kaftan abgelegt hat, ist es nicht ohne weiteres an der Tracht erkennbar, zu welcher der beiden Schichten der einzelne gehört. In den größeren Städten haben etwa 30 – 40% der Juden die europäische Tracht angenommen, aber höchstens 10% der jüdischen Bevölkerung kann als polonisiert gelten. In den kleinen Städten bilden die polonisierten Juden eine vereinzelte Ausnahme. Gestützt auf die Förderung der Regierung und der polnischen Führer, haben sie trotzdem einen starken Einfluß auf die großen jüdischen Gemeinden ausgeübt. Entscheidend hierfür war die Tatsache, daß diese Klasse sozial und materiell die Oberschicht der Großindustrie und des Großhandels bildet. Erst in den letzten Jahren haben die Nationaljuden angefangen, die Herrschaft dieser Gruppe zu bekämpfen. Der Einfluß dieser Gruppe ist jedoch in den letzten Jahren schwächer geworden, seitdem sich das Polentum, namentlich in der umfassenden Boykottbewegung der letzten drei Jahre, feindlich gegen die Juden gestellt hat.

Die polonisierten Juden können im allgemeinen als russenfreundlich bezeichnet werden, denn die russische Bürokratie, die sie durch ihre Geldmittel stets zu gewinnen verstanden, hat ihrem materiellen Aufschwung keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt. Andererseits scheinen diese Kreise von dem Anschluß des Landes an Deutschland den Niedergang ihrer Industrie und ihres Handels zu befürchten. Politisch gewährte ihnen das alte Regime großen Einfluß. Sie würden also bei der Rückkehr der Russen sowohl ihre Gemeindeämter, als ihre Aemter in der städtischen Verwaltung behalten können. Daß die Gesamtheit der Juden in ihren Rechten (z. B. durch die „Prozentnorm") beschränkt wird, ist dieser Gruppe gleichgültig. Ihre Macht ist dank ihrem Reichtum so groß, daß sie darunter nicht leidet. Diese egoistische Politik hat in den Führern der Nationaljuden und Zionisten eine entschiedene Gegnerschaft gefunden.

Die Masse der Juden ist russenfeindlich. Sie fürchten aber auch die Polen. Sie hassen die russische Regierung als ihren Peiniger und fürchten das polnische Volk als den Todfeind der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Hebung des Judentums. Diese Kluft ist in absehbarer Zeit unüberbrückbar. Bei einer politischen Gliederung der Juden und Polen, wie sie sich unter einer geordneten Verwaltung vollziehen würde, kann sich zwischen einzelnen Parteien und Gruppen der Juden und Polen eine Annäherung ergeben. Für jetzt aber kommt diese Möglichkeit noch nicht in Frage. Eine gewisse Mittelgruppe befürwortet eine Taktik der Versöhnung mit den Polen, denen sie namentlich in Wohltätigkeitsbestrebungen und bei politischen Wahlen entgegenzukommen wünscht, aber die Masse betrachtet all das als zwecklos und verkehrt. Jene Mittelgruppe wird sich hoffentlich mit den Nationaljuden verschmelzen, sobald sie die Tatsachen eines bessern belehrt haben werden. Die Gruppe der polonisierten Juden wird vermutlich zum größten Teil in absehbarer Zeit durch Taufe und Mischheiraten unter den Polen verschwinden.

Frauenfrage

Die jüdische Frauenfrage ist das schwierigste Kapitel des jüdischen Problems in Russisch-Polen.

Aus der Tatsache des großen Anteils der Jüdinnen an der Prostitution kann man nicht ohne weiteres Schlüsse auf die moralische Minderwertigkeit

der jüdischen Frauen Russisch-Polens ziehen. Denn für die Beurteilung der jüdischen Frau wird leider vielfach nur die Masse der Frauen, denen man auf der Straße begegnet, in Betracht gezogen. Hier sind zwei Kategorien zu unterscheiden: die weibliche Jugend, soweit sie auf der Petrikauer Straße in Lodz und in den städtischen Parkanlagen uns entgegentritt, und die jüdische Handelsfrau auf dem Markt.

Hingegen kommen die zahlreichen Frauen, die im Hause tätig sind, dem Fremden kaum zu Gesicht; unter ihnen sind trotz der Mängel ihrer Schulbildung gewiß große moralische Werte vorhanden, die sich bei der Umgestaltung des politischen Lebens glänzend bewähren werden. Nach der alten Sitte ist der Wirkungskreis der jüdischen Frau auf das Haus und die Familie beschränkt: nur da, wo die falsche polonisierende Erziehung mit der Tradition gebrochen hat, ist die Frau dem Hause entfremdet.

Wie überall gibt es auch hier in der Mittel- und Oberschicht Frauen, die unter dem Einfluß der polnischen Halbbildung, ohne Ernst und sittlichen Halt, der Putzsucht und dem Lebensgenuß in übertriebenem Maße huldigen.

Hier wäre ein weiter Raum und fruchtbarer Boden für eine gesunde Frauenbewegung vorhanden. Die deutschen Frauenvereine könnten in Verbindung mit jüdischen Vereinen keine würdigere Aufgabe finden, als unverzüglich diese organisatorische Arbeit aufzunehmen. Jedoch sind nur solche Frauen zu dieser Arbeit berufen, die durch Ernst und sittliche Lebensführung hervorragen. Insbesondere muß es vermieden werden, mit der Leitung derartiger Organisationen Damen aus den Kreisen der halbgebildeten Assimilation zu betrauen, in denen eine Mißachtung alles Jüdischen herrscht. Das ist die unmittelbare Folge des Einflusses der polnischen Schulerziehung, die ihre Seele mit polnischem Antisemitismus vergiftet hat. Auch hier steckt der gesunde Kern in der Masse der noch auf religiöser Grundlage erzogenen Bevölkerung, die sich die traditionelle Liebe zum Haus und zur Familie erhalten hat.

Eine solche Frauenorganisation sollte zunächst der weiblichen Jugend ihr Augenmerk zuwenden. Sodann sollte eine systematische Hauspflege organisiert werden und durch populäre Schriften die Säuglings- und Kinderpflege verbreitet werden. Der Wert der Reinlichkeit und Hygiene für die Gesundheit ist den Juden schon durch die religiösen Vorschriften vertraut. Es ist nur notwendig, daß sie sinngemäße Anwendung finden.

Schulen.

Bezüglich des jüdischen Schulwesens in Russisch-Polen verweise ich auf meinen ausführlichen Bericht über das jüdische Schulwesen in Lodz vom 22. Mai.

Die Grundlage des Unterrichts bildet das System der Elementarschulen (Chedarim), auf das sich die „Talmud-Thora-Schulen“ als Oberstufe und die „Jeschibas“ als Talmud-Hochschulen aufbauen. Der Zustand der Chedarim und Talmud-Thora-Schulen dürfte überall dem in Lodz entsprechen. Nur in größeren Städten befinden sich Volks- und Mittelschulen nach europäischem Muster. Für ein endgültiges Schulprogramm ist zu fordern, daß die Erziehung im Einklang mit der religiösen Anschauung der Bevölkerung erfolge; sie soll im übrigen die Zöglinge für das bürgerliche Leben vorbereiten, soll körperlich und geistig gesunde Menschen heranbilden und die Anhänglichkeit und Treue zum Staate entwickeln. Für die Ordnung des Schulwesens im gegenwärtigen Augenblick kommen nicht allein die Grundsätze der Pädagogik in Betracht, sondern auch politische Gesichtspunkte von

nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die jüdische Bevölkerung hat von jeher auf die Erziehung der Jugend großen Wert gelegt. Wenn die deutsche Verwaltung die bestehenden Hindernisse für die Schulbildung hinwegräumt, wird sie sich das Vertrauen und die Liebe der Jugend erwerben. Andernfalls werden sich die Polen der Schule bemächtigen und sie zu einem Werkzeug polnischer Interessen formen. Notwendig ist vorläufig die Erhaltung der jüdisch-deutschen Unterrichtssprache. Die hochdeutsche Sprache wird einen breiten Raum als Unterrichtsgegenstand einnehmen müssen. Aber es wäre verfrüht, sie jetzt schon als Unterrichtssprache einzuführen. Dagegen wird das in den Mittel- und höheren Schulen vielfach schon heute möglich sein. Dabei sollte aber die hebräische Sprache als Unterrichtsgegenstand besonders gepflegt werden, um den religiösen Anschauungen der jüdischen Massen Rechnung zu tragen.

An die Umwandlung der Chedarim in europäische Volksschulen ist zur Zeit kaum zu denken. Es erscheint aber nicht ratsam, diese Chedarim sofort zu beseitigen. Man sollte sie vielmehr allmählich durch vermehrte Einrichtung von Volksschulen nach europäischem Muster überflüssig machen. Notwendig ist es aber, die äußere Ordnung dieser Chedarim zu überwachen, für Reinlichkeit, Luft und Licht in den Schulräumen zu sorgen, und allmählich die Melamdim (Lehrer) zu Lehrkräften, die auch einen Begriff von der europäischen Bildung haben, heranzubilden, und soweit das nicht möglich ist, durch vorgebildete Lehrer zu ersetzen.

Eine Reform des gesamten Schulwerks wird dadurch erleichtert, dass die polnischen Juden ohne Unterschied ihrer religiösen Richtung von einem starken Wissensdrang beseelt sind. Sie haben gegen weltliche Bildung keineswegs die Abneigung, die ihnen vielfach nachgesagt wird.

Allgemeine Rückschau.

Die wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Schäden, an denen die jüdische Bevölkerung Russisch-Polens krankt, sind weder auf Eigenschaften der Rasse noch auf die Religion zurückzuführen, sondern lediglich auf die gesetzlichen Beschränkungen und die Feindseligkeit der Verwaltungsbehörden und der nichtjüdischen Umgebung.

Die materielle Notlage unter den Juden ist zum größten Teil die Folge der Bedrückungen, denen sie leider ausgesetzt sind. In allen Ländern, wo den Juden bürgerliche Rechte zu Teil wurden, sind sie zu Wohlstand gelangt. Im Augenblick ist ihr Elend besonders groß, weil sie in den Städten zusammengedrängt leben; die bäuerliche Bevölkerung erholt sich viel schneller von den Leiden des Krieges, da sie durch ihre Ernte vor Hungersnot geschützt ist. Die von Handel und Industrie lebenden Juden aber finden während des Krieges keine nennenswerte Erwerbs- und Ernährungsmöglichkeit; sie sind deshalb in besonderem Maße auf die öffentliche und private Hilfstätigkeit angewiesen. Leider sind sie nicht überall in dem nötigen Maße unterstützt worden, und in einzelnen Bezirken droht noch immer die Gefahr des Hungertyphus; schon aus militärischen Gründen ist diese Tatsache besonderer Aufmerksamkeit wert. Auf die Notstandsaktion näher einzugehen, ist nicht die Aufgabe dieses Berichtes. Dagegen möchte ich mir erlauben, das Komitee noch auf einige Punkte kurz hinzuweisen, deren Studium mir von besonderer Wichtigkeit erscheint. Die radikale Beseitigung der Schäden wird allerdings erst in Angriff genommen werden können, wenn über das Schicksal des Landes endgiltig entschieden sein wird.

Ebenso wie in anderen Ländern haben sich die Juden auch in Russisch-Polen nur in geringem Maße der Landwirtschaft zugewandt. Sie waren nämlich vom Landbesitz ausgeschloßen, da sie den Dorfgemeinschaften, unter die das Land verteilt war, nicht angehörten. Wo die Regierung rein jüdische Dorfgemeinschaften bildete, ist ihre Ueberführung zur Landwirtschaft gelungen, so z. B. in den ca. 70 jüdischen Dörfern Südrußlands und Bessarabiens. Und wenn die Juden es in vereinzelten Fällen erreicht haben, allen Schwierigkeiten zum Trotz auch in Russisch-Polen erfolgreich Landwirtschaft zu betreiben, so ist dies der beste Beweis für ihre Anpassungsfähigkeit und ihre Liebe zum Ackerbau. Die Versuche, die Juden zur Landwirtschaft zu überführen, sollten im Falle endgiltiger Einrichtung der deutschen Verwaltung fortgesetzt werden; man könnte auf diese Weise einen erheblichen Teil des städtischen Proletariats versorgen.

Diese Masse ist zur Zeit in einem sehr beklagenswerten Zustande. Schuld daran tragen vor allem die berüchtigten Maigesetze des Grafen Ignatjew vom Jahre 1882. Der einzelne Jude war von einem System von Stacheldrahthindernissen der Bürokratie umgeben, die ihn auf Schritt und Tritt an seiner Bewegung hinderten. Die Niederlassungsfreiheit war auf die Städte des jüdischen Rayons eingeengt, der Schulbesuch beschränkt durch die „Prozentnorm". Zu den Handwerker-Innungen wurden Juden kaum je zugelassen. Auf dem flachen Lande durften sie keinen Grundbesitz erwerben. Jeder kleinere Beamte oder Schutzmann war in der Lage, die Juden ständig durch Drohungen auszubeuten. Die Staatsgewalt erschien ihnen lediglich in der Gestalt des Peinigers. So lernte das konservativste aller Völker den Staat als seinen Feind zu betrachten. Das körperliche und geistige Elend, die durch verfehlte Erziehung hervorgerufene, dünkelhafte Halbbildung sind die Ursachen, die eine stärkere Neigung zu Verbrechen und Vergehen begreiflich erscheinen lassen. Trotz alledem wird von genauen Kennern bestritten, daß die Kriminalität der Juden größer sei als die der Polen. Nach dem bekannten Zusammenhang von „Beruf und Verbrechen" überwiegen bei den Juden Vermögensdelikte, während Raub, Mord und Roheitsvergehen bei ihnen selten vorkommen.

Bei den an sich berechtigten Klagen unserer Truppen läßt man oft außer acht, daß die gerügten Tatsachen vielfach in Landessitten oder vielmehr Unsitten ihre Ursache haben. Die Soldaten fühlen sich z. B. beim Kauf von Gebrauchsgegenständen oft übervorteilt, weil sie den Preis beim „Handeln" nicht genügend heruntergedrückt haben und halten deshalb die Juden irrtümlich für Betrüger. Sie wissen nicht daß in Russisch-Polen eine regelrechte Preisfixierung nicht üblich ist, sondern noch allgemein der Gebrauch herrscht, auf die Ware aufzuschlagen, weil jedermann zu feilschen gewöhnt ist. Der einzelne wird sich dem allgemeinen Gebrauch kaum entziehen können, da er sonst Gefahr läuft, seine Ware überhaupt nicht los zu werden. Hierdurch ist bei den Deutschen unnötiges Mißtrauen und Feindseligkeit gegen die jüdische Bevölkerung entstanden.

Praktische Vorschläge.

Gewerbe- und Marktpolizei

Um diesen Zustand zu bessern, sollte eine ordnungsgemäße, gerechte, Gewerbe- und Marktpolizei eingeführt werden, die Treu und Glauben im Verkehr heben würde.

Aufklärung der Civil- und Militärbehörden

Die deutschen Militär- und Zivilbehörden sollten über das Wesen der jüdischen Bevölkerung und die Ursachen ihres jetzigen Zustandes aufgeklärt werden. Es kann insbesondere nicht oft genug wiederholt werden, dass der mißachtete jüdische Dialekt deutsches Sprachgut ist.

Erhaltung der jüdisch-deutschen Sprache

Deshalb wäre es wichtig, die jüdisch-deutsche Sprache durch sachgemäße Stützung der jüdischen Tagespresse und Fachliteratur zu fördern. Vorbildlich verfährt in dieser Hinsicht die deutsche Kriegspresseverwaltung. Die jüdische Presse muß interessanten Lesestoff bieten, damit die Masse nicht mehr auf die Zeitungen in polnischer Sprache angewiesen ist. Sie muß daher ebenso wie die anderen Tageszeitungen dem politischen und Handelsteil besondere Aufmerksamkeit widmen.

Anstelle der minderwertigen Literatur, die sich vielfach in der jüdischen Sprache breit macht, müssen ausgewählte literarische Erzeugnisse in der Tagespresse Aufnahme finden. Wo es an passenden Originalen mangelt, sollten die besten Werke der deutschen und Weltliteratur in jüdischen Uebersetzungen verbreitet werden.

Auch das jüdische Theater, das für die Volkserziehung von grosser Bedeutung werden könnte, sollte durch eine zielbewusste Kritik Förderung erfahren und auf den rechten Weg geleitet werden. Vereinsorganisationen und Presse könnten dabei zusammenwirken. In Lodz existieren zur Zeit zwei große jüdische Theater, die durchaus entwicklungsfähig sind.

Gemeindeordnung

Zur Stärkung des deutschen und des jüdischen Elements sollte eine gerechte Gemeindeverfassung geschaffen werden, die dem wirtschaftlichen Gewicht dieser Bevölkerung entspricht Dies Ziel läßt sich am sichersten durch Einführung von nationalen Kurien in die Städte- und Gemeindeordnung auf Grund des gegenwärtigen Wahlrechts erreichen, da in fast allen Städten Russisch-Polens Juden und Deutsche die Majorität der wahlberechtigten Grundbesitzer ausmachen. Sie können dann die städtischen Selbstverwaltungskörper unter der Leitung des Bürgermeisters oder Magistrats führen. Die Zusammensetzung des Stadtverordnetenkollegiums durch Standes- oder Berufsorganisationen aber erscheint nicht unbedenklich, da zur Zeit in allen diesen Organisationen der russophile polnische Einfluß noch allzu mächtig ist.

Wenn die hier erwähnten Vorschläge Berücksichtigung finden, wird die jüdische Masse in ihrem Selbstvertrauen und ihrer Würde gestärkt und auf den Weg der Selbsterziehung zu einer höheren Kultur geleitet werden. Sobald ihre Reorganisation in sozialer und politischer Hinsicht durchgeführt ist, werden die Juden Russisch-Polens keine zwingende Veranlassung mehr haben, nach Deutschland auszuwandern. Die Frage der Freizügigkeit, die heute ein schwieriges Problem der zukünftigen Neuordnung dieser Gebiete bildet, wird sich auf diese Art wesentlich leichter lösen lassen.

Die Durchführung der meisten dieser Vorschläge wird, wie schon gesagt, erst nach dem Friedensschluß erfolgen können. Aber schon heute läßt sich manches bessern: auf dem Schulgebiete, der Wohlfahrtspflege und Presse könnten schon jetzt zweckdienliche Maßnahmen getroffen werden. Das wäre umso wünschenswerter, als die Stimmung des neutralen Auslandes, vor allem Amerikas und Hollands, in nicht geringem Maße davon abhängt, wie sich die deutsche Verwaltung zu den Juden der eroberten Gebiete stellt. Gilt doch das Reich leider noch immer im Auslande als ein Träger antisemitischer Tendenzen.

Jüdisches Dezernat

Aus inneren wie äußeren Gründen wäre es deshalb zweckmäßig, in der Zivilverwaltung Russisch-Polens ein besonderes jüdisches Dezernat zu schaffen. Der Dezernent sollte ein gleichberechtigtes Mitglied der allgemeinen Verwaltungsorganisation sein. Ein jüdisches Dezernat ist ferner erforderlich, um bei der Verwaltung den Anschauungen und Bedürfnissen der jüdischen

Bevölkerung gerecht zu werden und sie auf diese Weise für die Reichsinteressen zu gewinnen. Der Dezernent muß Verständnis und Liebe für die jüdische Bevölkerung Russisch-Polens und für ihre Eigenart besitzen. Nicht jeder reichsdeutsche Jude, der zum höheren Verwaltungsdienst befähigt ist, würde sich ohne weiteres zur Bekleidung dieses Amtes eignen. Er muß das Vertrauen der Bevölkerung durch frühere Tätigkeit besitzen oder durch seine Persönlichkeit zu erwerben imstande sein. Ebenso muß er von der politischen Notwendigkeit durchdrungen sein, die jüdische Bevölkerung für das Deutschtum, seine Kultur und seine Interessen zu gewinnen. Er muß endlich ein taktvoller und charakterfester Mann sein und selbst dem Ideenkreis des jüdischen Ostens durch seine Weltanschauung nahestehen. Vertreter der strengsten Orthodoxie des Westens sind nicht unbedingt hierzu geeignet. Die Erfahruug lehrt, dass manche von ihnen geneigt sind, in Betonung ihres religiösen Standpunktes den übrigen Bedürfnissen der Bevölkerung nicht genügend Rechnung zu tragen.

Die Schaffung eines solchen Dezernats in der Zentralverwaltung und entsprechender Referate bei den bedeutenderen Kreisverwaltungen ist endlich ein unbedingtes Erfordernis der Billigkeit, weil der Eigenart des polnischen Volkes durch Zuziehung reichsdeutscher Polen Rechnung getragen worden ist.

Nur auf diese Art ist es möglich, Mißgriffe zu vermeiden und in der jüdischen Bevölkerung das Vertrauen zur deutschen Regierung und Verwaltung zu stärken.

AR 7185 9/1
ROBERT WELTSCH ADDENDA · ADLER-RUDEL; WUPPERTHAL-ELBERFELD; LIST of SYNAGOGUE COMMUNITY MEMBERS; N.D

Addenda
AR 7185

Box 12
f 1

B8f1

List of members of the synagogue community of Wuppertal-Elberfeld.

Frau H. Stern
Wuppertal-Elberfeld
Kleine Flottbeck 11

M i t g l i e d e r l i s t e d e n

Synagogengemeinde Wuppertal-Elberfeld.

A.

Dr. Siegfried Aaron, Rechtsanwalt	Moltkestr.20
David Abraham	Charlottenstr.74
Josef Abraham	Gesundheitsstr.7
Arthur Ackermann, Ang.	Brunnenstr. 23
Alfred Adler, Kfm.	Wirmhof 8
Norbert Adler, Kfm.	Vogelsangstr. 71 II
~~Siegmund Adler, Kfm.~~	~~Hardtstr. 34~~
Teofil Alpern, Kfm.	Gesundheitstr. 11
Alfred Alsberg, Kfm.	Roonstr.22
Karl Altgenug, Kfm.	~~Vereinsstr. 10~~ Ostst.2
Walter Altgenug, Kfm.	Wortmannstr. 42
Dr. Richard Altgenug, Zahnarzt	~~Vereinsstr.10~~ Ostst.2
Arthur Amberg, Kfm.	Alsenstr. 24
Frau Amalie Andermann	Sandstr.19
Frau Ankersen	Steinstr.22
Frl. Henriette Appel, Gesch.Führ.	Islandufer 5
David Appel, Kfm.	Aue 98
Julius Archenhold, Kfm.	Freyastr. 79
Frl. Selma Archenhold, Teilhaberin	Freyastr.79
Sally Archenhold, Kfm.	Eschenbeekerstr 51
Siegm.Archenhold,Kfm.	~~Wotanstr.5~~ Adersstr.34
Frau Fanny Aron	Adersstr.11
~~Julius Aron,Kfm.~~	~~Neumarkt 1~~
Georg Aronstein, Kfm.	Haarhausstr.6
Fritz Aronstein,Kfm.	Teutonenstr.3

Leiser Aronowitz, Schneider	~~Novalisstr. 53~~ Weinbg. 26 ~~Gneisenaustr. 6~~ Charlottenb. 78
Selma Arronge, Ang.	Schwanenstr. 19
Berthold Auerbach, Kfm.	Sophienstr. 16
Rudolf Auerbach, Kfm.	~~Auc 98~~ Klausb. 8
Wwe. Paula Auerbach, Teilh.	~~Auc 98~~
Rudolf Auerbach, Kfm.	...3 Fehlieper Str. 15
Recha Auerbach	Moritzstr. 2
Max Auerbach, Abt.Leiter	~~Elisenstr. 24~~
~~Erich Auerbach, Dipl.Ing.~~	~~Elisenstr. 24~~
~~Dr. Alice Auerbach, Zahnärztin~~	Bergstr. 65
Josef August, Kfm.	Bergstr. 65
Mary August, Ang.	Grünstr. 22
Frau Rud. Abel	Wall 26
Abr. Aronowitz	Islandufer 5
Hanna Appel	Brillerstr. 13
Lya Andermann, Fotografin	Graf Adolfstr. 2
Rud. Abraham	Meinekestr. 30 b Kurfürstendamm
Günther Appel, Anstreicher	

B.

Alex Boucher
Jul. Buschhoff
Ww. R. Baruch
Zella Bauer
Ursula Bleuh

Eich. Wagnerstr. 2
Beilstr. 50
Kl. Klosbachstr 12
Markgrafenstr. 2
Herzogstr. 1.

B.

Johanne Bachenheimer	Ernststr. 34
Fritz Bachmann, Kfm.	Hofaue 81
~~Lilly Bädorf, Stütze~~	~~Neustadtstr. 7~~
Wwe. Jul. Bäer	Königstr. 83
~~Hans Baer~~	~~Gesundheitstr. 11~~
~~Leopold Bär, Kfm.~~	~~Franz Schubertstr. 30~~
Fritz Ballheimer, Kfm.	Hofaue 95
Mendel Banker, Kfm.	Mathildenstr. 7
Wwe. Helene Bardach, Inhaberin	Victoriastr. 85
Franz Barfuss jun.	Distelbeckerstr. 34
Wwe. Gottfried Barmé	Müllerstr. 52
Siegfr. Barmé, Dir.	Brillerstr. 136
~~Artur Baroch, Metzger~~	~~Döppersberg 17~~
Gertrud Baron, Einkäuferin	Aue 32
Josefine Bartels, Verkäuferin	~~Grünstr. 22~~ Johannisstr. 32
Benjamin Baruch	Wülfingstr. 23
Samuel Baruch	Baustr. 55
~~Wwe. Alf. Busch~~	~~Ostersiepen 47~~
Dr. Fr. Bauer, Arzt	Bankstr. 8
~~Alex Baum, Kfm.~~	~~Schwanenstr. 32/34~~
Alfred Baum, Fabr.	Katernbergerstr. 4
Max Baum, Fabr.	Sternstr. 20
Frieda Beer	Steinstr. 21
Leopold Beer, Kfm.	Hellerstr. 11
Ernst Bein, Gesch. Führer	~~Hardtstr. 80~~ Schliepersk. 19
Heinr. Bender, Schriftsetzer	Taubenstr. 3
~~Max Bendix, Kfm.~~	~~Kriegerheimstr. 46~~
Wwe. Alb. Benjamin	Kastanienstr. 38
~~Hans Benjamin, Kfm.~~	~~Freyastr. 73~~
Frau Marta Benjamin	Grünstr. 8
~~Wwe. Adolf Benjamin~~	~~vorm Holz 1~~

Frau Wolf Baum, früher Schlesinger — Wormserstr. 9

Max Besen + Frau	Mühlenstr. 23
Dr. Hans Berg, Steuersyndikus	Marienstr. 114
Alex Berger, Kfm.	Königstr. 33
Gustav Berger, Ang.	Südstr. 61
Rosalie Berger	Untergrünewalderstr. 30
~~Kurt Berlin, Ang.~~	~~Königstr. 403~~
Erna Bernthal, Gesanglehrerin	Wall 26
~~Joachim~~ Irene Besen, Althändler	~~Paradestr. 76~~ Königstr. 73
Hans Blankenstein, Lagerist	~~Ernststr. 30 a~~
Isaak Blanket, Kfm.	Kurfürstenstr. 3
Isaak Blatt, Kfm.	Reitbahnstr. 28
Sally Bleicher, Kfm.	Bremerstr. 22
Ella Block, Ang.	Vereinsstrasse 17
Oskar Block, Graph. Anstalt	Bleichstr. 18
Alex Blumenau	Ad. Hitlerstr. 86
Frau Blumenfeld	Kasinostr. 38
Dr. Hermann Blumenthal, Zahnarzt	Königstr. 85
~~Frau Toni Blumenthal~~	~~Hansastr. 60~~
Erich Blumenthal, Ang.	Stocksgasse 3
Hugo Blumenthal, Kfm	Victoriastr. 35
Julius Bondy, Kfm	Annenstr. 9
Heinr. Bouscher, Kfm.	Kruppstr. 155
Eduard Bouscher, Fotograf	Kruppstr. 155
Jacob Bornstein, Dekorateur	Kölnerstr. 50 ~~Ad. Hitlerstr. 134~~ Küppersstr. 17
Julius Breyer, Ang.	~~Kipdorf 32~~
~~Max Brodewitz, Kfm.~~	~~Distelbeckerstr. 23~~
Gustav Brück, Rechtsanw.	Wortmannstr. 40
Otto Brück, Kfm.	Kolk 5
Wwe. Gustav Bukofzer	Werner Hannemannstr. 105
Josef Bukofzer, Gesch. Führ.	Markgrafenstr. 16 ~~Mozartstr. 56~~
~~Leo Bukofzer, Ang.~~	~~Blumenstr. 90~~
Charlotte Buscher, Fürsorgerin	Kluserhöhe 27
~~Willi Buscher, Ang.~~	~~Vohwinkel, Kirchstr. 9~~

Wwe. N. Cahn, Teilhaberin	Schlieperstr.17
~~Norbert Cahn, Kfm.~~	~~Gartenstr.85~~
Benj.Cahn, Dipl.Ing.	Nüllerstr.52
Alex Cahnfeld, Kfm.	Grabensbr.4
Max Cahnfeld,Kfm.	Grabenstr.4
Alfred Cahnfeld, Vertr.	Bahnhofstr.44 a
Wwe. Arthur Cahnfeld	Robertstr.7
Leopold Cahnfeld	Ludwigstr.15
Dr. Bernh.Caminer, Arzt	Bergstr.13
Adolf Cappel, Kfm	Königstr.187
Wwe. Friederike Cappel	Adersstr.34
Jacob Cappel, Kfm.	Hellerstr.11
Oskar Cappel,Kfm.	Bembergstr.4
Hugo Carsch, Kfm.	Seilerstr.3
Jacob Chosch, Gesch.Leiter	Königstr.189
Karl Chambré, Kfm.	Barmerstr.92
Bernh. Censer, Ang.	~~Am Gibel 46~~
Siegfr. Censer, Ang.	Üllendahlerstr.10
Wwe.N.Claessen	Königstr.73
Alex Cleffmann, Kfm	Werner Hannemannstr.7
~~Frau Hans Cleff~~	~~Ludwigstr.50~~
Hermann Cohen, Vertr.	Augustastr.91
Dr. Fritz Coppel, Rechtsanw.	Freyastr.77
Frau Heinr. Crott	Ronsdorferstr.133
Claus Cosmann	Am Waldschlößchen 17
Wwe. M. Coppel	Agnesstr. 9
Wwe. Rosa Cohen	Südstr. 69

~~Max Daniel, Schlosser~~ D. ~~Hermannstr.103~~ Jh
Wilh. Dreifuß Buddestr.13
Margot David Königstr.64
Frau M. Devries Königstr.64
Karl Drexler, Kfm. Siegfriedstr.50
~~Hans Dahl, Ang.~~ Hans Dahl, Ang. Hohenzollernstr.40

D.

David Dahl, Kfm. Jägerhofstr.19

Josef Dahl,Kfm. Vereinsstr.19

Hugo Dahl, Kfm. Hohenzollernstr.63

Wwe. Salo Dahl Wotanstr.7

Albert Daniel, Kfm. Hofaue 50

Bruno Daniel, Kfm. Markgrafenstr.16

Dr. Berthold Daniel, Arzt Aue 104

Frau Jeanette Daniel Hofaue 50

Otto Daniel, Kfm. Hofaue 50

Grete Dannenberg Vereinsstr.11
Heinz Dannenberg ?
Wwe. Johanna Dannenberg, Metzgerei Nordstr.56

Dr. Erich Danziger, Chemiker Hardtstr.94

Gustav David, Kfm. Grünstr.6

Wwe. Heinemann David, Bahnstr.13

Harry David, Kfm. Kipdorf 48

Lina David, Händlerin ~~Königstr.38~~ Albrechtstr.57

Karoline David, Künstlerin Albrechtstr.33

Paul Davids, Kfm ~~Barmerstr.91~~ Platzhofstr.2

Max Devries, Ang. ~~Bleichstr.5~~ Königstr.58

Frau Adolf Derner, Artistin Kieselstr.8

Frau Klara Dellweg Ostersbaum 16

Arthur Dosmar, Vertr. ~~Brillerstr.148~~ Lagerstr.6

~~Wilh. Dreifuss, Kfm.~~ ~~Ad. Hitlerstr.~~

Moritz Dreyfuss, Kfm. Königstr.114

~~Dr. H. Dreyfuss, Redakteur~~ ~~Königstr.114~~

Wwe. Wilh. Dreyfuss, Franz Schubertstr.29

Alfred Dreyfuss, Kfm Platzhofstr.17

~~Paul Dreyfuss, Chemiker~~ ~~Königstr.114~~

~~Hermann Drucker, Uhrmacher~~ ~~Kl.Klotzbahn 12 b~~

E.

Wwe. Benj. Ehrlich	Kl.Klotzbahn 12 b
Robert Eichengrün, Kfm.	Königstr.114
Isaak Eichmann, Ob.Telegr. Insp.a.D.	Distelbeckerstr.21
Ludwig Eichmann, Prokurist	Eichenstr.45
Robert Eichenwald, Reisender	Nützenbergerstr.17
Erich Eichenwald, Ang.	Kampstr.30
Frau Herta Einstein, Priv.Sekr.	Mozartstr.61
Eugen Eisak	Königstr.73
Jaques Elkan, Kfm.	Vereinsstr.11
Siegfr. Elsbach, Kfm.	Bahnhofstr.14
~~Julie Elsberg~~	~~Kaiser Wilhelm-Allee 6~~
Selly Emmerich, Kfm.	Irenenstr.3
Salomon Engel, Kfm	Viehhofstr.19
~~Moritz Ephraim, Kfm.~~	~~Kasinostr.38~~
wwe. Regina Epstein	Königstr.73
~~Stephanie Epstein, Ang.~~	~~Dorotheerstr.28~~
wwe. Karl Esser	Ad. Hitlerstr.161
Carol Essinger, Konditor	Friedrichsdulostr.11
Frau Arthur Edler	Hellerstr.6
Carol Eichenberg	Cäcilienstr.41
Hans Eichmann	Neue Hochstr.11

F.

Amalie Falk	Schwanenstr.17
Magnus Falk, Vertr.	Altermarkt 17
Wwe. Jeanette Falk	Wirmhof 8
Hermann Falk, Bez.Dir.	Neue Fuhrstr.29
Berthold Falkenheim, Kfm.	~~Herm Göringstr.8~~ Kaiserstr.
Dr. Jacob Fassbender, Aufwertungssachverst.	Breitestr.8
Hermann Feibusch, Kfm.	Alsenstr.47
Julius Feide lberg, Kfm.	Katernbergerstr.2
Wwe. Justizrat Feist	Königstr.53
~~Hans Günther Felsenthal, Verk.~~	~~Hellerstr.11~~
Leo Ferber, Kfm.	Barmerstr.90
Max Ferber, Kfm.	Kaiser wilhelm-Allee 41
~~Wwe. Theodor Ferber~~	~~Ironenstr.3~~
— Walter Ferber	~~Ironenstr.3~~ Gartenstr.
Max Feuerzeug, Kfm	Wilhelmstr.25
Frau Heinr. Figge	Seilerstr.17
Moses Findling, Rabbiner	Gesundheitstr.104
Mendel Fink, Händler	~~Untergrünewalderstr 14~~ Ane 16
Viktor Fischel, Kfm	Hansastr.60
Gertrud Fischel, Teilh.	Hansastr.60
Hanna Fischel, Schneiderin	Hansastr.60
Hans Fischel, Vertr.	Brillerstr.132
Frau Ernst Flach	Königstr.182
Max Fleischhacker, Kfm	Herzogstr.25
Alfred Fleischhacker, Ang.	Herzogstr.25
Ignatz Fränkel, Kfm.	~~Island 1~~ Wirmhof 8
Albert Frank, Treuhänder	Distelbeckerstr.23
~~Hugo Frank, Kfm.~~	~~Vohwinkel,Kaiserstr.1~~
~~Ernst Frank, Kfm.~~	~~Luisenstr.23-25~~
Julius Frank, Kfm.	Wirmhof 3
Max Frank,Kfm	Königstr.54
~~Wwe. Samuel Frank~~	~~Bankstr.24~~

Emil Frankenberg, Viehhändler	Grifflenberg 86
~~Wwe. B. Freier, Hausiererin~~	~~Friedrichschulstr. 3~~
Adolf Fried, Viehhändler }	~~Luisenstr. 72~~ Barmerstr. 44
Max Fried, Reisender }	~~Luisenstr. 72~~
Max Frogel , Händler	Friedrichschulstr. 3
Gustav Frogel	Neue Nordstr. 26
Nathan Frogel	Bahnhofstr. 82
Max Frost, Händler	Üllendahlerstr. 10
Ernst Friedberg, Pensionär	Schleusenstr. 2
~~Frau Fritz Frohwein~~	~~Roonstr. 14~~
Frau Arthur Fuchs	Altermarkt 10
Isidor Fuchs, Kfm.	Freyastr. ~~75~~ 5
Ida Falk	Barmerstr. 90
Ella Frowein	Wall 29
Herm. Frank, Dipl. Ing.	Barmerstr. 98
Edith Frank, Modistin	Herzogstr. 4

G.

Jacob Gilberg, Schneider	Herzogstr. 40a
Rud. Gottschalk, Gesch. Führer	Herm. Göringstr. 38
Heinz Grünberg, Angest.	Island 1
Alex Gottschalk	Königstr. 152
Moritz Goldberg	Gerstenstr. 19
Hedwig Gans	Ernststr. 12
Jenny Gans	Ernststr. 12
Moses Gans, Bäcker	Nevigeserstr. 79
Wwe. Hedwig Ganz	Sophienstr. 26
Hilde Ganz, Ang.	Sophienstr. 26
Adolf Gehlkopf, Schneider	Friedrichstr. 40-42
~~Abel~~ Wwe. Gehlkopf, Händler	~~Pfeilstr. 1~~ Wilhelmstr. 27
Jenny Gehlkopf, Verk.	Pfeilstr. 1 Hügelstr. 3
Isaak Gerszt, Schneider	~~Karl Theodorstr. 4~~
Wwe. Fanny Giesse, Händlerin	Krugmannsgasse 2
Fanny Glasenapp, Buchhalterin	Ronsdorferstr. 11
Käte Glasenapp, Einkäuferin	Ronsdorferstr. 11
Salomon Glücksmann, Schneider	Dewerthstr. 26
Moritz Glücksmann, Schneider	Wiesenstr. 35
Alfred Glücksmann, Händler	Mäuerchen 7
Schiefa Glücksmann	~~Wiesenstr. 35~~ Oppelerstr. 25
Frau Heinr. Göcken	Kölnerstr. 58
Adelheid Goldbach	Königstr. 73
Felix Goldberg, Dr., Zahnarzt	Mühlenstr. 33
Hermann Goldberg, Kfm.	Brillerstr. 44
Julius Goldberg, Kfm.	Steinstr. 21
Max Goldberg, Kfm.	Brillerstr. 16-18
Dr. Richard Goldberg, früher Rechtsanw.	Wortmannstr. 43
Juda Goldberg , Schneider	~~Ad. Hitlerstr.~~ Ad. Hitlerstr. 50
Moritz Goldberg	Wilhelmstr. 3
~~Albert Goldschmidt, Kfm.~~	~~Kölnerstr. 72~~
Emil Goldschmidt, Kfm.	Kaiser Wilhelmallee 14
Hans Goldschmidt, Rechtsanw.	Königstr. 134
Julius Goldschmidt, Kfm.	Hindenburgstr. 24
Max Goldschmidt, Kfm.	Gesundheitstr. 2
Max Goldschmidt, Kfm	Schlieperstr. 17

Fritz Gutmann	Oststr. 2
Wwe. David Grünewald	Viehhofstr. 19 b/Dahl
Wilh. Gottschalk	Viehhofstr. 55
Herbert Gottschalk, Verk.	Katzbachstr. 4.
Frau Lisa Geller, Putzmacherin	

Julius Goldschmidt, Bäcker	Neue Friedrichstr. 10
Adolf Goldschmidt, Kfm.	~~Steinbeckerstr. 82~~ Ad. Hitlerstr. 82
Ernst Gordon, Kfm.	Wortmannstr. 15
Friedel Gotthelf, Verk.	Dorotheenstr. 1
Grete Gotthelf, Buchh.	Dorotheenstr. 1
Hugo Gottlieb, Gesch. Führ.	Ad. Hitlerstr. 161
Frau Arthur Gottmann	Bandstr. 3 a
Karl Gottschalk, Kfm	Nützenbergerstr. 13
Walter Gottschalk, Kfm.	~~Königstr. 68~~ Viehhofstr. 55
Philipp Gras, Kfm.	Oststr. 4
Wwe. Käthe Grobe, Ang.	~~Dewerthstr. 28~~ Hermannstr. 9
Pinkus Grodzki	Gesundheitstr. 103
Josef Grünberg, Händler	Albrechtstr. 27
Arthur Grünberg, Ang.	Zietenstr. 5
Alfred Grünebaum, Kfm.	Donarstr. 17
Emil Grünebaum, Kfm.	Mozartstr. 7
Dr. L. Grüneberg, Arzt	Aue 98
Louis Grüneberg, Kfm.	Bleichstr. 6
Fritz Grunewald Kfm.	Königstr. 152 a
Irma Grünewald	~~Grifflenberg 96~~
Otto Gumpert, Kfm.	Moltkestr. 40
Daniel Gumpertz, Kfm.	Wotanstr. 1
Georg Gumpertz, Kfm	Wotanstr. 1
Richard Gumpertz	Wotanstr. 1
Leo Gumpertz, Prokurist	Weststr. 3
Werner Gurau, Kfm.	Sadowastr. ~~32~~ 17
Heinrich Gurau, Kfm	~~Herbigstr. 20~~ Schwanenstr. 32/34
Meier Gutreich, Händler	Friedrichschulstr. 6
Abr. Gutreich, Händler	Wilhelmstr. 23

Wwe Arthur Hartmann, Witwe pb. Varen Königsstr. 170

81

H.

Paul Haaren	Islandufer 5
Wwe. Berta Haas	Ulmenstr. 10
Leo Haftel, Kfm.	Klotzbahn 30
Noah Haltrich, Schneider	Oststr. 71
Alfhild Hamberg	Adersstr. 32
Ernst Hamm, Kfm.	Kölnerstr. 94
Wwe. Frieda Hamm	Wall 34
Alfred Hamm, Kfm.	Barmerstr. 96
Walter Harf, Kfm.	Dewerthstr. 122
Frau Dr. Hartel	Königstr. 77
Max Hecht, Kfm.	Gartenstr. 12
John Heilbronn, Justizrat	Lombard, Oben vorm Steeg 135 Wotanstr. 7
Dr. Alfr. Heimann, Arzt	Spphienstr. 8
Josef Heimann, Prokurist	Sophienstr. 12
Bernhard Heimann, Kfm.	Mäuerchen 10
Wilhelm Heimann, Prokurist	Sophienstr. 12
Josef Heinemann, Kfm.	Nützenbergerstr. 24
Hilde Heinemann, Ang.	Nützenbergerstr. 24
Frau Heinr. Hellwinkel	Froweinstr. 26
Frau Emil Herfeld	~~Weikenburgstr. 104~~ Bendahlerstr. 64
Artur Herrmann, Agent	Höfaue 44
Levy Herz, Händler	Pfeilstr. 18
Simon Herz, Händler	Wilhelmstr. 6
Gustav Herz, Vertr.	~~Elisenstr. 28~~ Roonde. 37
Dr. Max Herzberg, Kfm	Kaiser Wilhelmallee 6
Jeanette Hes	Johannisstr. 15
~~Abr. Hess~~	~~Königstr. 73~~
Leopold Hess, Kfm	Mozartstr. 68
Max Heumann, Kfm	~~Lützowstr. 5~~ Bernbergstr. 8
Albert Heumann, Pensionär	Adersstr. 33
~~Philipp Heymann, Kfm~~	~~Bachstr. 44~~
Frau Paul Heim	Grünstr. 1

Hedwig Hirsch	Königstr.73
Josef Hirsch, Dir.	Wasserstr.16
Max Hirsch,Kfm.	Bismarckstr.70
Meyer Hirsch,Kfm.	Kaiser Wilh.allee 13
Simon Hirsch, Kfm.	Zollstr.1
~~Wwe. Siegfr. Hirsch~~	~~Oststr.4~~ Herm.-Göringstr.38
Frau Emil Hirsch	~~Herzogstr.26~~ Friedrichstr.30
Emil Hirschberg, Vertr.	Neue Nordstr.9
Fritz Hirschberg, Monteur	Schwanenstr.17
Max Hoffmann, Maler	Obergrünewalderstr. 12.
Julius Holstein, Schammes	~~Ludwigstr.14~~ Ad. Hitlerstr.~~80~~ 82
Salomon Holstein, Kfm.	~~Sellerstr.23~~ Südstr.68
Frau Herm. Homann	Mittelstr.8
Süsskind Husen, Schneider	Adlerstr.46
Ludw. Heimann	Turmstr.4 ~~Kaiserstr.28~~
Jos. Hertz	Steinstr.22
Emil Hirsch	Neue Fuhrstr.1/3
Ww. Benoit Hirsch	Königstr.73
Heimann Höflich	~~Kaiser Wilhelm-allee~~
~~Hilde Hopf, Kinderpräulein~~	Roonstr.37
Jul. Heilbronn	Ad. Hitlerstr.82
Ellen Holstein	Oststr.4
Wwe. Siegfr. Hirsch	Karlstr.8
Herm. Halber	Herm. Göringstr.40
Kurt Heimann	Schwanenstr.46
Berthold Horowitz, Schneider	Königstr.73
Alex Hirsch	Bleichstr.13
Rob. Heimann, Angest.	Karlstr.8
Max Halber, Kfm.	Brillerstr.112
Trudi Hess	

I, J.

Arthur Inow, Kfm.	Barmerstr.96
Max Inow, Kfm	Brillerstr.34
Gustav Inow, Kfm.	Laurentiusstr. 21
Hugo Israel, [redacted] Rechtsanw.	Kl.Klotzbahn 12
Albert Jacob, Kfm.	Schlieperstr.15
Frau Mirjam Jacobs,	Friedrichstr.30 a.
Paul Jacobsohn, Ingenieur	~~Vogelsangstr.85~~ Arboretstr.15
Frau Hirsch Jacobowitz	Werner Hannemannstr.42
Kurt Jacoby, Kfm	Kaiser Wilhelmallee 43
Frau Moritz Janowitz	Flensburgerstr.18
3da ~~Jetty~~ Janowsky	~~Brüssingstr.19~~ ~~Neue Fuhrstr.15~~ Lüttingstr. 21
Frau Franz Jordan	Wotanstr.15
Abr. de Jongh, Ang.	~~Königstr.74~~ Kölnerstr.70
Isidor de Jongh, Händler	Wilhelmstr.13 a
Emil Jüdell, Kfm.	Barmerstr.94
~~Rebecca Junas, Schneiderin~~	~~Dortstr.53~~
Walter Jacobowski	Rommelspütt 1
Paul Jüdell	Barmerstr.94

K.

Alfred Kadden, Kfm.	Schlieperstr.19
Friedrich Kaddisch, Ang.	Kipdorf 85
~~Philipp Kadisch, Kfm.~~	~~Herm. Göringstr.6.~~
Jacob Kahn, Dir.	Nüllerstr.155
~~Helene Kahn, Hausdame~~	~~Katernbergerstr.2~~
Herm. Kahn, Kfm.	Graf Adolfstr.7
Karl Kahn, Kfm.	Schliperstr. ~~11~~ 15
Dr. Heinz Kahn Erich Kaiser, Ang.	Gesundheitstr.11
Wwe. Benj. Kaliski	Pfeilstr,18
Hugo Kalmann, Kfm.	Kirchplatz 5
~~Kasimir~~ Kalmanowitsch, Kfm.	Wülfingstr.30
Ephraim Kaminski, Händler	Ad. Hitlerstr.143
Gustav Kamp, Vertreter	Gerstenstr.8
Wwe. Kampf	Friedrichstr.33
Frau Julius Kann Helmut Kann, Ang. Alfred Kann, Rechtsanwalt	Gustavstr.1 Gustavstr.1
Rudolf Kann, Kfm.	~~Bahnhofstr.115~~
Abr. Kaplan, Schneider	Hohenzollernstr.66
Karl Karfiol, Kfm.	Morianstr,26
Nathan Karseboom, Kfm.	Wall 29
~~Fräulein~~ Alfred Katz, ~~Vertr.~~	Bankstr.24 Eichenstr.35
Herbert Katz, Vertreter	Augustastr.47
Frau Albert Katz, Viehhändler	Barmerstr. 44 ~~Unterer Borrenberg 2~~
Robert Katz, Prokurist,	Vohwinkel, Bismarckstr. ~~16~~ 107
Albert Katzenstein, Ang.	Sedanstr.41
Wwe. Gustav Katzenstein	Forsthof 21
Klothilde Katzenstein, Buchh.	Hofaue 31-33
Luise Katzki	Königstr.73
Frau H. Kaufhold	Wilhelmstr. 28a ~~Schwanenstr. 56~~

Aron Kirsch	Mathildenstr. 5
Frau Herm. Kaufmann	Herm.Göringstr.6
Hilde Kaufmann, Ang.	Grifflenberg 33
Jacob Kaufmann, Kfm.	Belle Alliancestr. 14
Max Kaufmann, Schneider	Schöne Gasse 1
Isaak Kaufmann, Kfm.	Platzhofstr.11
Bertold Kaufmann, Kfm.	Platzhofstr.11
Julius Kaufmann, Ang.	Sandstr. ~~1~~ 13
Karl Kaufmann, Kfm	Oststr.2
~~Lotte Kaufmann~~	~~Belle Alliancestr.14~~
Wwe. M. Kauffmann	Bahnhofstr.14
Frau Albert Kensy	Teutonenstr.3
Theodor Kerb, Kfm.	Am Forsthof 9
~~Frieda Kern, Studentin~~	~~Ad. Hitlerstr.~~
Pinkus Kerz, Schneider	~~Mathildenstr.7~~ Friedrichstr 41
Alfred Kirschner, Kfm.	Ad. Hitlerstr. 34/36
Emil Kessler, Invalide	Wolkenburgstr.104
~~Wwe. Sebast. Kirmeier~~	~~Alexanderstr.3~~
Levy Kirsch, Schneider	Kieselstr.18
Max Kirschbaum , Kfm.	Adersstr.11
Frau Wladimir Klausner	Mittelstr.15
Siegfr. Klee, Vertr.	Kaiser Wilhelmallee 44
Regina Klein	Bahnstr.13
~~Wwe. Sara Klein~~	~~Neue Fuhrstr.27~~
Louis Klein	~~Altenrath 2~~ Platzhofstr. 12
Erich Klein , Kfm.	Zietenstr.9
Wwe. Marta Knoller	~~Friedrichschulstr.11~~
~~Emma Kohn~~	Marienstr.99
Erwin Köllmann, Ang.	~~Am Holz 1~~ Grunewalderberg 16
Ottilie Köllmann	Hochstr.99a
Sally Königstein, Schuhmacher	~~Königstr.~~
~~Wwe. Samuel Kohn~~	Grünstr.22
Hans Köppler, Bäcker	

Frau Berta Koopmann	Prinzenstr.35
Henriette Korn	Arrenbergerstr.33
Jacob Korn	Werner Hannemannstr.55
Max Kotek	Wülfingstr.22
Abr. Kotek, Kfm.	Wasserstr.20
Siegfr. Kronacher, Kfm	Wülfingstr.30
Frau M. Kugler	Lärchenstr.49
~~Abr. Kulinsko, Händler~~	~~Friedrichschulstr.28~~
~~Benj. Fulinski, Händler~~	~~Brunnenstr.37~~
Josef Kupfermann, Kfm.	Albrechtstr.8
Isaak Kurek, Schneider	Marienstr.53
Hugo Kussel, Kfm.	Vereinsstr.8
Philipp Kussel, Kfm.	Eichenstr.7
Frau Ludw. Klein	Barmerstr. 93
Walter Klein	Hofaue 8
Adm. Kahn	Hofaue 16
Walter Kamp	Ad. Hitlerstr. 134
Walter Kalg, Angest.	Barmerstr. 94
Karl Köllmann	Bankstr. 24
Simon Karsenboom	Bleicherstr. 18 a Block
Marg. Koch, Verkäuferin	Brüderstr. 8
Frau Hugo Keller	

L.

Otto Lochs, Reisender	~~Wasserstr.16~~ Zollstr.9
Jacob Lachmann, Kfm.	~~Albrechtstr.9~~ Beuelerstr.4
Jacob Landau, Kfm.	Bahnhofstr.54
Emil Landau, Ang.	Ernststr.30
Siron Laufer, Kfm	Wilhelmstr.45 Hildebrandtstr.4
~~Wwe. Otto Lazarus~~	~~Augustastr.154~~
Moses Lazarus	Königstr.73
Wwe. Lebach	~~Burgholz 66~~ Annenstr.9
Wwe. Josef Leber, Näherin	Wilhelmstr.25 a
Dr. Isser Lechtmann, Assistent	Dorotheenstr.38
Emmy Leeser, Ang.	Robertstr.7
Max Lehmann, Kfm.	Cranachweg 4
Wwe. Gustav Lehmann	Kölnerstr.50
Moritz van Leeuwen	Königstr.73
Hartoch de Levie, Handlanger	Untersteinenfelderstr.13
~~Heinr.Leiberwitz~~	~~Kurfürst 98~~
Wwe. Ad. Lennhoff	Döppersberg 14
Rudolf Lenneberg, Kfm.	Friedr.Storckweg 4
Dr. Leonhard Leven, San.Rat	Wortmannstr.38
Maxim. Leven, Justizinsp.	Elisenhöhe 1
~~Ruth Levenstein gen.Grützner, Ang.~~	~~Brillerstr.13~~
Julius Levy, Kfm.	Hellerstr.6
Louis Levi, Kfm.	Elisenstr.26
Wwe. Anna Levy	~~Brillerstr.114~~ Platanenstr.3
Paul Levi, Reisender	Stocksgasse 3
Gustav Levison, Vertr.	W. Hausmannstr.107
Else Levy, Kontoristin	Bembergstr.4
Herta Levy, Fotografin } Else Levy	Friedrichstr.69
Gustav Levy, Vertr.	Seilerstr.26
Hugo Levy, Vertr. } Else Levy	Vereinsstr.3
[illegible]	[illegible]str.93

Baruch Levi, Gesch.Führ.	~~Wiesenstr.23~~ Nützenbergerstr. 69
Julius Levi, Vertr.	Vereinsstr.8
wwe. Sam. Levy	~~Neumarkt 1~~ W. Hansemannstr. 7
Selma Levy	Königstr.73
Wilh. Levy	Schwanenstr.26
Walter Levy, Ang.	~~Burgstr.28~~ Gartenstr. 24
Herbert Levy, Ang.	~~Neue Fuhrstr.30~~ Island 11
Doris Levy, Ang.	Burgholz 66
Dr. Friedr.Levy, Rechtsanwalt	~~Teutonenstr.3~~ Victoriastr. 64
Wwe. W. Levy	Burgholz 66
d. Lewen, Viehagentur	Viehhofstr.1
Baruch Lewin, Kfm.	Bogenstr.5
Ella Lewin, Ang.	~~Neumarkt 1~~ Bahnhofstr. 70
~~Alfons Lewonski, Kfm.~~	Viehhofstr.1
Hugo Lewkowitz, Althändler	Untergrünewalderstr.30
Leo Lewy, Ang.	Königstr.54
Siegfr. Leyser, Kfm.	Jägerstr.6
Sabine Lichtmann, Schwester	Königstr.73
Bernhard Liebermann, Händler }	~~Neue Fuhrstr.15~~ Wilsingstr. 19a
Rosa Liebermann, Buchh. }	~~Neuer Kamenzerstr.13~~
Ernst Liebreich, Buchh.	Charlottenstr.22
Mendel Lipinski, Schneider	Albrechtstr.32
Dr. Julius Loeb, Arzt	Herm Göringstr.40
Moritz Loeb, Angestellter	Bleichstr.22
Laura Loebenstein	Grifflenberg 38
Hans Loew, Ang.	~~Wilhelmburgstr.6~~ Gartenstr. 24
~~Frau Max Loew~~	~~Erlenstr.44~~
Sally Loew,Kfm.	Friedrichstr.32
Hildegard Loew, Ang.	Friedrichstr.32
~~Wwe. Sal. Loewe~~	~~Weststr.54~~
Erich Loewenstein,Kfm.	~~Sophienstr.18~~ Victoriastr. 45

wwe. Berta Loewenstein	Roonstr. 37 Yorckstr. 42
Leo Loewenstein, Kfm	~~Zollstr. 9~~
Max Loewenstein, Kfm.	Jägerstr. 7 Hildebergstr 5
Frau Edith Loewenstein	~~Königstr. 73~~
~~wwe. Adolf Loewenstein~~	~~Karlstr. 4~~
Emmy Loewenthal	Breitestr. 27
Leo Loewenthal, Kfm.	Distelbeckerstr. 21
Josef Loewenthal, Kfm	Oststr. 2
Ehefrau Ludwig Loewenthal	Gerberstr. 24
Fritz Loewenthal, Prokurist	Vereinsstr. 17
Arthur Loewy, Kfm.	~~Altermarkt 16 18~~ Königstr. 90
Sal. Loewy, Prokurist	Weiden~~stt~~ Pl. 1
Otto Lorig, Kfm.	~~Hofjue 36~~ Klinke 25
Siegfr. Lorig, Ang.	Gesundheitstr. 2
Hermann Lubnitzki, Händler	Friedrichsschulstr. 5
Fritz Lurch, Gesch.Führ.	~~Pfeilstr. 17~~ Lessingstr. Boldenberg 10
Otto Loewenberg, Rechtsanw. + Notar a.D.	Roonstr. 4
Fin. Fr. Levy	Brillerhöhe 4a
Paul Levy, Reichsbankdir.	Victoriastr. 85
Sophr. Liebermann	W. Hasenmannstr. 13
Heinr. Lehmann	Eichenstr. 5-1
Berta Löwenstein, Kinderfräulein	Königstr. 73
Jacob Lipinski	Wilhelmstr. 27
Ww. Wilh. Levy	Königstr. 134
Robert Levy	Viktoriastr. 64
Alb. Cramer & Marx	Georgstr. 4

M.

Erich Marcus
Jul. Marx, Händler
Moses Marx, San.-Rat Dr.
Meta Marx, Hausgehilfin
Dr. Max Marx

M.

Moritz Magner, Kfm.	Franz Schubertstr. 29
Herrann Mayer	Hedenbergstr. 20
Siegfried Mayer, Kfm.	Sonnborn, Unten vorm Holz
Frau M. Mansohn, Ang.	Albrechtstr. 38
L. Mandelbaum	Herzogstr. 4
Albert Mansberg, Kfm.	Platzhoffstr. 9
Julius Mansberg, Kfm.	Fourierstr. 13
Norbert Mansfeld, Ang.	Luisenstr. 19
Wwe. Max Marcus	Bleichstr. 3
Eugen Marcus, Händler	Platzenstr. 3
Alfred Marcus, Packer	Eichenstr. 52
Frieda Marcus, Hausgehilfin	Alsenstr. 34
Wwe. Alma Marcus	Dewerthstr. 7
Leo Marcus, Kfm.	Island
Samuel Marcus, Polsterer	Reitbahnstr. 17
Leo Marchand	Bahnhofstr. 48
Emil Marcks, Kfm.	Reitbahnstr. 13
Herm. Marowilski, Ang.	vorm Holz 1
Josef Marx, Bäckermstr.	Wupperstr. 9
Josef Marx, Händler	Herm. Göringstr. 46
Leopold Marx, Kfm.	Reitbahnstr. 17
Moritz Marx, Kfm.	Bäckerstr. 31
Rudolf Marx, Drogist	Ad. Hitler- Ecke Dewerthstr.
Arthur Mayer, Reisender	Neue Fuhrstr. 23
Ludwig Mayer, Prokurist	Herm. Göringstr. 38
Siegmund Mayer, Rentner	Luisenstr. 19
Hans Adolf Mayer, Schüler	Gerberstr. 21
David Mayerhoff, Kfm.	Neustr. 20
Friedrich Mayer, Kfm.	Prinzenstr. 80
Alfred Mendel, Vertr.	Rheinischestr. 59
Wwe. Salomon Mendel	Distelbeckerstr. 19

Frau Leuch. Michel

Virnhofs

Ernst Mark, Buchst. — Victoriash. 60
Willi Magnerichef, Händler — Moritzsh. 7
Bernh. Meyer, Metzger — Ravensbergerstr. 61
Liezfr. Meyer — Barmerstr. 94

83

Wwe. Minna Mendel	Breitestr. 12
Wwe. Moritz Mendel, Buchhdl.	Kölnerstr. 58
Julius Mendels, Kfm. }	[redacted] Hofaue 81
Wwe. Theodor Mendels }	[redacted]
Wwe. Berta Mendershausen	Haubahn 11
Erich Mendershausen, Ang.	Wortmannstr. 40
M. Merländer, Agent	Herzogstr. 25
Frau R. Mertens	Hopfenstr. 9
Josef Metzger, Bankbeamter	Ravensbergerstr. 26
Emil Meyer, Kfm.	Kaiser Wilhelmallee 4
Ernst Meyer, Kfm.	~~Trillerstr. 10c~~ KWA 4
~~Isidor Meyer, Kfm.~~	~~Augustastr. 93~~
Matthias Meyer, Kfm.	Brillerstr. 44
Wwe. Leo Meyer	Ludwigstr. 83
[redacted] Meyer, Reisender	[redacted]
Max Meyer, Vertr.	[redacted] Heidesh. 22
[redacted]	[redacted]
Max Meyerstein, Kfr.	Aue 98
Sally Meyerson, Kfr.	Victoriastr. 35
Karl Michels, Kfr.	Jägerhofstr. 15
[redacted]	[redacted]
Wolf Miedzinski, Schneider	[redacted]
David Miedzinski, Händler	Friedrichschulstr. 21
Moses Miedzinski, Bügler	Friedrichstr. 30 a
Meyer Modrezewinski, Schneider	Klotzbahn 11/13
Leopold Moll, Vertr.	Platanenstr. 6
Wwe. Josefine Moll	Königstr. 33
Sally Moser, Vertr.	Bergstr. 48 [redacted]
Arthur Moser, Ang.	Hellerstr. 6
Gustav Mosheim, Kfm.	Herzogstr. 1
Samuel Moskowitz, Schneider	Bandstr. 19

Frau L. Meyer — Schützenstr. 13
Charlotte Meyer
Daniel Marx, Kfm. — Hammerstr. 103

12

N.

Wwe. Robert Nathan	Kaiser Wilhelm-Allee 25
Ludwig Neter, Kfm.	Ronsdorferstr. ~~32~~ 30
Berthold Neuburger, Kfm.	Markgrafenstr. 7
Max Neugarten, Kfm.	Distelbeckerstr. ~~2~~ 19
Selma Neumann, Kassiererin	Lutherstr. 12
Heinrich Neumann, Kfm.	Untergrünewalderstr. 10
Günther Ney, Reisender } Josef Ney &	Bahnhofstr. 12
Max Ney, Vertr.	Königstr. 95 Moritzstr. 8
Frau Frz. Niewöhner	Johannisstr. 20 a
~~Dr. Josef Norden, Rabbiner~~	~~Herm. Göringstr. 16~~
Wwe. Johanna Neugarten	Hofallee 66 a
Jacques Neuhaus	Königstr. 83
Wwe. Sally Nagel	Wilfingstr. 20
Hans Neter, Angest.	~~Westerstr. 43~~ Finckensteinstr. 9.
Mathilde Neugarten, Kontoristin	Hofallee 66 a

O.

Leo Oestreich, Einkäufer	Herm. Göringstr.29
Abr. Ofmann, Schneider	Holsteinerstr.30
Julius Oppenheimer, Kfm.	Island 26
Sal. Oppenheimer, Ang.	Königstr.73
Sally Orbach, Kfm.	[redacted]
Benno Orloff, Reisender	[redacted] Luisenstr.72
Rhema Oratowski	[redacted] Bergstr.19
Dagobert Osser, Reisender	Eichenstr.37
Hanna Oster, Ang.	Weststr.60
Julius Ostwald, Kfm.	[redacted] Grünstr.13
Fritz Ostwald, Kfm.	Roonstr.18
Frau Dr. Karl Oswald	Herm. Göringstr.43
Arthur Oppenheimer	Kerstenplatz 2

P.

Peter Pakula, Schneider	[redacted] Island 1
Wwe. Willi Pasch	Ad. [redacted]str. Alsenstr.25a
Wwe. Josef Peters	Eichenstr.27
Frau Anna Pflanzbaur	[redacted]
Dr. Alfr. Philipp, Rabbiner	Brillerstr.50
Frau Minna Pianka	Sandstr.11
Hugo Pinkus, Vertr.	Lagerstr.23
Julius Plaut, Kfm.	Augustastr.54
Richard Plaut, Kfm.	Sandstr.1
Hugo Plätzer Vertr.	Ronsdorferstr.30
Sally Podolski, Schneider	Königstr.166
Elias Popielarz, Kfm.	Ob. Dorrenberg 2
M. Potaznik, Schneider	Kölnerstr.26
Wwe. S. Prager,	Südstr.61

R.

Sally Rau, Dekorateur	Adersstr. 39
Jacob Reibenbach, Kfr	~~Gartenstr. 65~~ Hofaue 69
Wwe. Helene Reinhold	Bergstr. 13
Harry Rennberg, Kfm.	Jägerstr. 9
Frau Erwin Retzlaff	Königstr. 87 a
Jacob Reuter, wfm.	Brillerstr. 112
Louis Reuter, Kfm.	~~Döppersberg 18~~ Mirkerstr. 57
Rafael Riemer, Dir.	~~Brillenstr. 87~~ Königstr. 87
Wwe. Leo Rindskopf	Jägerstr. 5
Julius Rindskopf	Bankstr. 8
Richard Robens, Kfm	Dorotheenstr. ~~15~~ 19
Emmy Röttgen, Gesch. Führ.	Heimatplan 17
Leo Röttgen, Kfm.	Vereinsstr. 14
Wwe. Josef Röttgen	Gartenstr. 24
Herbert Röttgen, Kfm.	Asternstr. 6
Frau Arnold Rötker	Straßburgerstr. 21
Bernhard Rose, Kfm.	Kampstr. 16
Ernst Rosenbaum, Kfm	Jägerhofstr. 21
Leo Rosenbaum	Katernbergerstr. 2
Ellen Rosenbaum	Simonsstr. 25
Berthold Rosenberg, Kfm	Hofaue 76
Paul Rosenberg, verbr.	Nordstr. 9 I
Sally Rosenberg, Kfm	Hofaue 45
Erich Rosenberg, Ang.	Eichenstr. 47
Emil Rosendahl, Viehagentur	Viehhofstr. 55
Fritz Rosendahl, Viehagentur	Ullendahlerstr. 90 a
Alfred Rosenthal, Kfm.	Herzogstr. 8
Josef Rosenthal, Kfm.	Markgrafenstr. 8
Wwe. Albert Rosenthal	Erholungstr. 9-11
Frau Else Rosenthal	Blutenstr. 3

11

Hedwig Rosenthal, Ang.	Wall 29
Kurt Rosenstock, Kfm.	Pökel 5
Frau Moritz Rosenzweig	Karlstr. 56
Ernst Rothschild, Ang.	Müllerstr. 56
Max Rothschild, Kfm	Barmerstr. 90
Willi Rothschild, Ang.	Bielefelderstr. 19
Siegm. Rottenstein, Kfm	Karlstr. 4
Dr. Paul Rottenstein, Rechtsanwalt	Wortmannstr. 45
Selma Rubens, Säuglingspflegerin	Handtstr. 34
Wwe. Siegfr. Rappoport }	Kaiserbergerstr. 2
Margr. Rappoport }	
~~Frau Ernst Rothschild~~	~~Irenenstr. 3~~
Karl Reichmann	Grünewalderberg 68
Alice Röttgen, Schneidermeisterin	Gartenstr. 24
Frau Reglapp	Königstr. 95
Emil Rosenthal	Klutzhofstr. 8

Willy Sichel Flurstr. 25 29

S.

Ludwig Sachs, Prokurist	Prinzenstr. 30
Ludwig Salinger, Vertr.	Bleichstr. 13
Siegfr. Salinger, Vertr.	Bahnhofstr. 16
Herta Salm, Verkäuferin	Brüningstr. 9
Josef Salomon, Kfm.	~~Grünstr. 22~~ Königstr. 122
~~Karl Salomon, früher Rechtsanw.~~	~~Sadowastr. 58~~
Kurt Salomon, Kfm.	~~Moltkestr. 66~~ Hofane 16
Otto Salomon, Kfm.	Bismarckstr. 63
~~Josef Samson, Kfm.~~	~~Hofane 56~~ Poststr. 9
Alfred Samuel	Katernberger Schulweg 31
Erich Samuel, Buchh.	~~Wallstr. 20~~ Herzogstr. 4
Simson Samuel	Königstr. 28
Walter Samuel	Platanenstr. 3
Frau Clara Samuel	Gesundheitstr. 59
Berta Sassen, Weberin	Ad. Hitlerstr. ~~80~~ 82
Emil Seligmann, Kfm.	Ulmenstr. 4
Oskar Seligmann, Gesch.Führ.	Lagerstr. 23
Siegbert Seligmann, Ang.	Werner Hannemannstr. 69
Siegfr. Seligmann	Seilerstr. 18
Frau Robert Senft	Guerickeweg 9
Frau Richard Sieper	Mittelstr. 13
Wwe. Johanna Sieratzki	Laurentiusstr. 28
Selma Silberbach, Verkäuferin	~~Untergrünewalderstr. 12~~
Arthur Silberberg, Kfm.	Hellerstr. 6
~~Louis Silberstein, Ang.~~	~~Wülfingstr. 8~~ Sophienstr. 18
Alfred Simon, Kfm.	~~Breitestr. 12~~
Hugo Simon	Ernststr. 36
Martin Simon, Vertr.	Kluserplatz 13
Robert Simon, Kfm.	Ernststr. 34
Siegm. Simon, Kfm.	Kl. Klotzbahn 12
Willy Simon, Ang.	~~Poststr. 9~~ Opphoferstr. 44

17

Berta	Südstr. 68
Frieda Simon, Teilh.	Bleichstr.15
Wwe. Lisette Simson	Wilhelmstr.25
Elias Singer, Kfm.	Weststr.6
Emil Singer	
Dr. Heinrich Singer, Arzt	Friedrichschulstr.6
Mendel Skurka , Schneider	Blumenstr.35
Moritz Slager, Kfm	Werner-Hannemannstr.46.
Chaim Slatzick, Schneider	Paradestr.76
Josefine Soicher	Wotanstr.15
Emil Sommer, Kfm.	Grifflenberg 5
Leo Sonnenfeld, Kfm.	Südstr.68 a
Saloron Soyka, Schneider	Annenstr.9
Else Sosthann	
Hildegard Spanier, Verkäuferin	Grifflenberg 38
Fanny Spiegel, Ang.	Eichenstr.43
Moritz	
Fischel Sucher, Händler	Platenstrasse 12
Wwe. Süss	Hellerstr.6
Frau Anna Süsskind	Kipdorf 43
Gustav Sussmann, Oberkantor	Zietenstr.9
Ludwig Specht	Karlstr.56

Scholz, Fritz — Hitlerstr. 64

Sch.

Jacob Schächter, [redacted]	[redacted] 10a
Frau Jacob Schajewitz	Hansastr. 48
Elias Scheingold, Schneider	Werner Hannemannstr. 23
H. Scheschinski, Buchdrucker	Südstr. 69
Frau Dr. Fr. Schiff	Brillerstr. 46
Hermann Schickler, Generaldir.	Vohwinkel, Bismarckstr. 92
Max Schickler, Dir.	[redacted] Königsallee 124
Frau Margarete Schiefel	Haarhausstr. 3
Selig Schlarowitsch	Kl. Klotzbahn 12 a
Gerson Schlechter, Schneider	Mittelstr. 8
Sally Schlesinger, Kfr.	Barmerstr. 94
Meta Schloss, Hausangestellte	Victoriastr. 36
Wwe. Magnus Schmidt	Varresbeckerstr. 133
Leo Schnabl, Dir.	Brillerhöhr 4
Alfred Schnock, Kfm.	Ad. Hitlerstr. 86
Felix Schnock, Kfm.	Schlieperstr. 15
Herbert Schnock	Kl. Bleichstr. 4
Saloron Schneuer, Kfm.	[redacted]
Alex Schönfeld, Kfm.	[redacted] Seilerstr. 11
Emilie Schönfeld, Pension	[redacted] ~~Königstr. 73~~
Wwe. Emil Schönstadt	Blumenstr. 35
Martin Schönthal, Kfm.	Wortmannstr. 45
Ernst Schorn, Metzger	Kipdorf 88
Frau Ernst Schorn	Kieselstr. 14
Hans Schwarz, Ang.	~~Blumenstr. 35~~ Hans. Sachsenstr. 38
Moritz Schwarz, Reisender	Paradestr. 29
Wwe. Regina Schwarz	Albrechtstr. 38
Wwe. Karl Schwarz	Königstr. 85
Frau Marcus Schwarz	Wülfingstr. 23
Frau Georg Schweitzer	[redacted]
Laura Schweizer	Robertstr. 7
Franziska Schweizer	

St.

Sel. Steinberg
Wwe. Straus
Wwe Herm. Stern

W. Hansemannstr. 105
Hofaue 84
Nordstr. 56

St.

Abr. Steilberger	Kölnerstr. 62
Erma und Irma Stein, Pension	Lucasstr. 7
Gustav Stein, Kfm.	Gerstenstr. 8
Ludwig Stein, Buchh.	~~Lucasstr. 85~~
Friedr. Steinberg, Metzgergeselle	Bergstr. 17 Kölnerstr. 62
Josef Steinberg, Kfm.	Victoriastr. 81
Max Steinberg, Metzger	Wirmhof 8
~~Wwe. Dora Stempler~~	~~Friedrichschulstr. 7~~
Alfred Stern, Dir.	Augustastr. 92
Erich Stern, Ang.	Hofaue 36
~~Albert Stern~~	~~Hofaue 36~~
Arthur Stern, Kfm.	Am Forsthof 18
Gustav Stern, Kfm.	Platzhoffstr. 12 Lilienthalstr. 9
~~Heinemann Stern, Kfm~~	~~Moltkestr. 8~~
Julius Stern, Viehagent	Südstr. 85 Küllenhahnerstr. 43
Wwe. Emma Stern Kurt Stern, Ang.	Roonstr. 22
Oskar Stern, Kfm.	Rheinischestr. 45
Willi Stern, Kfm.	Augustastr. ~~93~~ 51
Frau Berta Stern	Kirchplatz 15
Erna Stern	Island 10
Nettchen Stern	Königstr. 73
Wwe. Siegm. Stern	Hopfenstr. 9 Ronsdorferstr. 18
Max Sternberg, Kfm.	Moltkestr. 23
Otto Sternberg , Kfm.	Zollstr. 11
Paul Sternberg, Kfm.	Blumenstr. 35
Frau Fritz Sternberg	Kronprinzenallee 101
Albert Strauss, Vertr.	Ulmenstr. 10
Alfred Strauss, Kfm.	Wortmannstr. 42
Leo Stütinski, Ang. Justin Strauss, Abt. Leiter	~~Kipdorf 84~~ ~~Hochstr. 33~~ Ernststr. 5 Island 11
theo Strauss, Ang.	Schwanenstr. 26
Walter Strauss, Kfm.	Bergstr. 65
Marcus Strizewski, Schuhmacher	~~Adlerstr. 23~~ Ludwigstr. 6
~~Schaul Strizewski, Schneider~~	~~Wilhelmstr. 2~~

J.

Wwe. Teitelbaum — Herm. Göringstr. 36
Frau Herwin Torback — Wilhelmstr. 22
T. — Platanenstr. 7
Dr. Ludwig Taub, Cheriker — ~~Kaiserstr. 9~~
~~Wwe. Teitelbaum~~ — ~~Kaiser-Wilhelmstr.~~ 105
Maria Tisch — Herm. Göringstr. 46
Marcus Ton, Händler — Wilhelmstr. 8 a
~~Abr. Ton, Schneider~~ — ~~Stockmannstr. 23~~
~~Abr. Tonf, Schneider~~ — ~~Ewaldstr. 7~~
Arnold Trauring, Kfm. — Königstr. 115
Josef Trauring, Kfm. — Katernbergerstr. 2
Moses Treistmann, Kfm. — Kronprinzenallee 10
Moritz Tyger, Schneider — Karlstr. 28

Karl Ursell — Herzogstr. 4
U. — Königstr. 163
Julius Udewald, Fellhandlg. — Grifflenberg 40
Willy Ulmann, Kfm — Göbenstr. 16
Frau Dr. Ulmann — Ad. Hitlerstr.
wwe. Max Ulrich — ~~Altermarkt 16-18~~ Alm 90

V.

~~Elsa Vogt~~ — ~~Weidenbaum 3~~
Frau Lotte Vollmond — Bahnhofstr. 54
Julie Vrts — Schimpf 8

	W.	
Emil Wagner, Kfm.		Herm. Göringstr. 38
Max Wahl, Kfm.		Am Forsthof 11
Fanny und Paula Wallach, Inh.		Nützenbergerstr. 29
Toni Wald, Kindergärtnerin		Königstr. 43
Dagobert Walter, Kfm.		Herm. Göringstr. 40
Albert Walter, Kfm.		Königstr. 187
Berta Walter		Grünstr. 22
Kurt Wangenheim, Kfm.		Island 11
Max Wassermann, Schneider		Oststr. 2
Louis Weiler, Kfm.		Albrechtstr. 12
Wwe. David Weinberg, Vertr.		Am Forsthof 5
Leo Weinberg, Kfm.		Hopfenstr. 9 Charlottenstr. 34
Dr. Julius Weinberg, Rechtsanwalt		Adersstr. 32
Wilhelmine Weinberg, Directrice		Herm. Göringstr. 36
Gustav Weinberg, Versich. Agent		Varresbeckerstr. 133
Max Weinberg, Bäcker		Varresbeckerstr. 133
Richard Weingarten, Kfm.		Friedrichschulstr. 11
Bernhard Weinstein, Kfm.		Alsenstr. 39
Julie Weissbarth		Sandstr. 4
Josef Weissfeld, Rohprodukten		Vereinsstr. 8
Samuel Weissfeld, Prokurist		Sternstr. 34
Benno Wendriner, Kfm.		Varresbeckerstr. 131
Max Wertheim, Kfm.		Blumenstr. 25
Wwe. Helene Wertheim		Oststr. 76
Hans Wertheim, Kfm.		Bahnhofstr. 54
Walter Westfeld, Kunsthändler		Wirmhof 8
Wwe. Daniel Westheim		Herzogstr. 2
Siegfr. Wetzlar, Kfm.		Vereinstr. 19
Julius Wetzlar, Kfm.		Hochstr. 28
Dr. Paul Wetzstein, Rechtsanwalt		Hofaue 12
Paul Weyl, Kfm.		Zollstr. 11
Fritz Weyl, Kfm.		Wall 29
		Ad. Hitlerstr. 86

Aron Wechsler, Schneider	Ad. Hitlerstr. 145
~~Mises Michterich, Metzgerges.~~	~~Karlstr. 1~~
~~Frieda Windmüller, Hausangestellte~~	~~Hermannstr. 25~~
Max Winter, Kfm.	~~Ad. Hitlerstr. 9~~
Hardy Winter, Ang.	Kölnerstr. 70
Herm. Wisfinetzki , Kfm.	Wall 40
Frau Bernhard Witte	Selmaweg 11
Wwe. Louis Wolf	Königstr. 103
Hans Wolff, Kfm.	Roonstr. 14
Esther Wolff , Hedwig u. Rosalie Wolff	~~Kasinogartenstr. 17~~ Peterstr. 25
Moritz Wolff, Klempner	Königstr. 73
Willi Wolff, Kfm.	Kasinostr. 36
Ernst Wolff, Kfm.	Moltkestr. 21
Berthold Wolff, Ang.	Ad. Hitlerstr. 148
Abr. Wolkowitz, Schneider	Roonstr. 22
Arthur Wollenberg, Kfm.	Hofaue 44
Ludw. Weismann	Adersstr. 34
Siegm. Wolff	Färberstr. 20
Alfr. Wolff, Druck.	Bismarckstr. 51
Frau Johanne Wetzstein	Zollstr. 11
Wwe. Otto Weyl	Wartenbergstr. 15
Kurt Wolff	Wall 29
John Wloszczowski	Oststr. 9

Z.

David Zacharias, Kfm.	~~Ad. Hitlerstr.~~ Kochstr. 14
Mendel Zayde	Reitbahnstr.17
Emil Zander, Althändler	Klotzbahn 3
Frau Herm. Zander	~~Wall 6~~ Vogelsangstr. 12
Wwe. Jacob Zander, Händler	~~Friedrichstr. 32~~
Selma Zander, Verkäuferin	Casinogartenstr. 17
Myrtill Zander, Ang.	~~Friedrichstr. 32~~
Fritz Zander, Kfm.	Wall 6
Frau Moritz Zander	Platanenstr.1
~~Elly Zander, Kassiererin~~	~~Pökel 6~~ Belle Alliancestr. 16
Herm. Zivi, Oberkantor	~~Mittelstr. 8~~
Wwe. Friedr. Zomber	Brillerstr.18
Samuel Zuckermann, Kfm.	Friedrichschulstr.6
~~Caribla Zivis~~	Luisenstr.124
Wwe. H. Zander	~~Wilhelmstr. 1~~
Chaim Zlociak, Schneider	Königstr. 73
Paul Zivi	Kompeerstr. 31.
	Brillerstr. 18.

Frau S. Israel
Wuppertal-Elberfeld
Kleine Flothahn 12

AR 7185 9/2

RW-ADD: ADLER-RUDEL: HACHSHARAH + CORRESP + CLIPPINGS re; 1936-1968

B8f2

Hachsharah (~~1938~~ 1937-1958
Eivan
Efforts to train Jews for emigration from Germany to European countries as farmers & artisans (Holland, Denmark, Sweden, Poland, England)

Salomon Adler-Rudel & his activity & correspondence in the above
Moshe Shertok on behalf of the Jewish Agency
Correspondence and Reports regarding post-war DP problems, Jewish emigration to Palestine, & reparations.

Adler Rudel correspondence re publication by the LBI in London of his article concerning his activity in Sweden on behalf of rescuing Jews in 1944 (to appear in LBI yearbook XI-1966 (edited by Robert Weltsch

Re Wallenberg - reprint from Michigan Quarterly Review by Marion C Siney - Jan 25, 1964 v.3, no.1

Thema Deutsch - jüdische
Emigration nach Europa

WIRTSCHAFTLICHE AKTIVITAET DER DEUTSCHEN EMIGRANTEN.

Die 5 Jahre, die seit des Beginnes der Auswanderung der Juden aus Deutschland verstrichen sind, sind ein viel zu kurzer Zeitraum, um heute schon sagen zu koennen, ob und wie weit die deutsche Emigration sich wirtschaftlich in den Einwanderungslaendern eingeordnet hat und in welchem Umfange sie zur Bereicherung der Wirtschaft dieser Laender beigetragen hat und beitraegt.

Sofern die oeffentliche Meinung, namentlich in den europaeischen Laendern, sich mit der Frage der Fluechtlinge beschaeftigt, aeussert sie entweder eine sympathische Stellungnahme aus menschlichen Gruenden, die zwingend diktieren, den von einem politischen System verfolgten und entrechteten Menschen Schutz und Hilfe angedeihen zu lassen. Viel haeufiger jedoch sind ablehnende Aeusserungen in der Oeffentlichkeit, wobei fast immer darauf hingewiesen wird, dass die Einwanderung zu einer wirtschaftlichen Belastung der Fluechtlingslaender geworden ist, und dass die Einwanderer eine Konkurrenz der einheimischen Einwohner des Landes darstellen.

Bedauerlicherweise gibt es bis heute kein amtliches Material ueber die wirtschaftliche Aktivitaet der deutsch-juedischen Emigranten in den europaeischen Laendern, aber schon das wenige und bei weitem nicht vollstaendige Material, das von privaten Stellen gesammelt wurde, reicht aus, um den Beweis dafuer zu erbringen, dass die deutsch-juedischen Emigranten in den meisten Faellen nicht nur keine Belastung der Wirtschaft der Einwanderungslaender darstellen, sondern fast immer eine erhebliche Bereicherung der Laender mit sich gebracht haben. Die deutschen Juden, die nach Belgien,

England, Frankreich, Holland und nach den skandinavischen Laendern wanderten, haben fruehor in Deutschland in einem sehr erheblichen Umfange zur Entwicklung des deutschen Handels und der deutschen Industrie beigetragen. Sie waren fast immer Pioniere wirtschaftlicher Neuerungen, sie verfeinerten die Methoden des Handels, sie schufen der deutschen Industrie neue und grosse Absatzmaerkte, ihre intime Kenntnis des Bedarfs der auslaendischen Maerkte bewirkte in sehr erheblichem Umfange die rapide Entwicklung der deutschen Industrie der Vorkriegsjahre, insbesondere aber ihren raschen Wiederaufbau in den Nachkriegsjahren.

Diese Einwanderer nun brachten mit sich Erfahrungen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens, sie brachten mit sich weitreichende Verbindungen und geschaeftliche Beziehungen, eine enorme Erfahrung in der industriellen Produktion und im kaufmaennischen Vertriebe, sie brachten auch mit sich erhebliche Kapitalien, Maschinen und Fabrikeinrichtungen; sie begruendeten in Belgien, Frankreich und Holland neue Industrien oder gestalteten bereits bestehende neue Industrie-Unternehmungen aus. Sie machten diesen neuen Industrien ihre Kenntnisse der auslaendischen Maerkte und Abnehmer dienstbar und es kann aus den Export-und Import-Statistiken der verschiedenen Laender nachgewiesen werden, dass gerade jene Industrie-Gruppen, in denen die deutsch-juedische Emigration eine gewisse Aktivitaet in den Einwanderungslaendern entfaltete, die Export-Ziffern erheblich anstiegen, waehrend die Import-ziffern wesentlich zurueckgingen.

Wenn man davon ausgeht, dass die Zahl der deutschen Emigranten in europaeischen Laendern keinesfalls mehr als 30,000 Menschen betraegt und aus der Kenntnis der Zusammensetzung dieser Emigration weiss, dass viele Tausende mit erheblichem Material in die verschiedenen Laender kamen, wenn man die Zahl der Frauen und Kinder absetzt, ergibt es sich, dass die Zahl jener Arbeiter und Angestellten in den Einwanderungslaendern, die dank der wirtschaftlichen Initiative der deutschen Einwanderung Arbeit und Brot gefunden haben, ein Vielfaches der Zahl an Arbeiter und Angestellten aus den Reihen der Fluechtlinge betraegt, die in den einzelnen Laendern eine Arbeitsstaette fanden. In allen europaeischen Laendern ist die Frage der Arbeitsaufnahme fuer die Emigranten auf das strikteste reglimentiert; jede Arbeitszuteilung erfolgte erst nach gewissenhaftester Pruefung , und sie erfolgte fast immer nur dort, wo die Erlaubnis zur Beschaeftigung keine Konkurrenz einheimischer Arbeitskraefte bedeutete. Auf Grund einer genauen Kenntnis der Aktivitaet der deutsch-juedischen Emigration in den Einwanderungslaendern kann gesagt werden, dass sie direkt, in Betrieben und Geschaeften, die von ihr begruendet wurden, fast 10 Mal so viel Arbeiter und Angestellte beschaeftigt, als deutsche Emigranten Stellungen als Arbeiter oder Angestellte erhalten haben.

Ist es schon schwer, den direkten wirtschaftlichen Nutzen der oekonomischen Aktivitaet der deutsch-juedischen Emigration zu ermitteln, die Hoehe der investierten Betraege

festzustellen, die Anzahl der beschaeftigten Arbeiter, den Umfang des gesteigerten Exports, so ist es fast unmoeglich, den indirekten Nutzen zu errechnen, den die einzelnen Laender durch die deutsche Emigration gezogen haben. Dieser Nutzen ist in einer Befruchtung des Wohnungsmarktes, durch Bedarf neuer Wohnungen entstanden. Die Oberschicht der Emigranten, die Zahlenmaessig eine erhebliche Rolle spielt, hat neue Einrichtungen angeschafft, Arbeiter haben dadurch monatelang Beschaeftigung erhalten, Telefon, Post und Eisenbahn, Elektrizitaet-und Gaswerke, Schiffsverkehr und Versicherungswesen haben direkt aus der Anwesenheit und der Taetigkeit der deutsch-juedischen Emigration eine Steigerung ihres Umsatzes erfahren. Eine Fuelle von deutschen Unternehmungen, die juedischen Besitzern gehoerten, haben ihre Zweigstelle in den benachbarten europaeischen Laendern ausgebaut und allmaehlich zu zentralen Stellen ihrer geschaeftlichen Taetigkeit gemacht. In allen Faellen bedeutete diese Verlegerung der geschaeftlichen Taetigkeit deutsch-juedischer Unternehmungen aus Deutschland nach den Nachbarlaendern einen erheblichen direkten und indirekten maximum wirtschaftlichen Gewinn fuer diese Laender.

Obwohl im einzelnen nur zufaellig zusammengetragenes Material beschafft werden konnte, so bietet doch die nachfolgende summarische Uebersicht ueber die Taetigkeit in den einzelnen Laendern bereits ein gewisses Bild fuer die Richtigkeit dieser Angaben. Darueber hinaus aber muss unterstrichen werden, dass ein erheblicher Teil des aus Deutschland abgewanderten deutsch-juedischen Kapitals

anonym in der Wirtschaft der verschiedenen Laender investiert ist, teils deshalb, weil die Besitzer zu alt waren, um sich selber aktiv an neuen Geschaeftsunternehmungen zu beteiligen, teils deshalb, weil es sich um stille Teilhaberschaften von alt eingesessenen Firmen handelt, die dank dem Zuwachs an Kapital und geschaeftlichen Beziehungen ihre Unternehmungen erheblich erweitern und ausdehnen konnten.

Die nachfolgende Aufzaehlung der Taetigkeiten in den einzelnen Laendern ist deshalb nur als ein Beispiel zu werten, da sie sicherlich nur einen geringen Teil der oekonomischen Aktivitaet der deutsch-juedischen Emigration in diesen Laendern darstellt.

H O L L A N D.

In Holland, wo ungefaehr 8 - 10,000 juedische Auswanderer aus Deutschland eine Zuflucht gefunden haben, ist die wirtschaftliche Aktivitaet dieser Einwanderer aus Deutschland besonders deutlich festzustellen. Dies geht zum Teil daraus zurueck, dass schon seit je her enge verwandtschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen deutscher Juden nach Holland bestanden, die die Einordnung und wirtschaftliche Aktivitaet wesentlich erleichterten. Auf Grund privater Ermittlungen, die keinen Anspruch auf Vollstaendigkeit erheben, sind bis zu Beginn des Jahres 1938 ungefaehr 150 Betriebe und Unternehmungen von deutsch-juedischen Emigranten begruendet worden. In diesen Unternehmungen werden mindestens 5,000 hollaendische Arbeitskraefte beschaeftigt, wobei die diversen Liefer-Industrien fuer diese Unternehmungen 7,500 - 8,000 Menschen zusaetzlich Arbeit geben duerften. Die Liste der Industrien, in denen von deutsch-juedischer Seite neue Unternehmungen geschaffen wurden, ist ungemein reichhaltig. Es gibt in der Textil-Industrie Fabrikation von: Futterstoffen, Kunstseide, Charmeuse, Strumpfe, Trikotagen.

In der Bekleidungsindustrie: In erster Reihe Damenkonfektion, Lingerie, Hutfabriken, Spezial-Schuhfabrikation, div. Modeartikel und Pelzwaren.

In der Metallindustrie: Apparatefabriken, Armaturen, elektr. chirurgische Artikel, Maschinen, Metallschmelzen und Lagerungswerke.

In der chemischen Industrie: Pharmazeutika, chem-techn. Fabrikate, kosm. Artikel.

Ferner verschiedene Fabriken von Lederwaren, Holzwaren und Moebelfabriken .

Besonders hervorstechend ist die Entwicklung der hollaendischen Textil-Industrie, was z.B. aus den folgenden Zahlen der Einfuhr von Damen-Maedchen-und Kinder-Konfektion zu ersehen ist:

	In Millionen Fl.
1933	19,7
1934	12,6
1935	9,7
1936	8,8
1937	6,7

Diese Zahlen zeigen, dass die Einfuhr an Damenkleidung sich in den letzten 4 Jahren um Fl.13 Millionen verringert hat. Der Anteil der inlaendischen Produktion ist von 42% im Jahre 1933 auf etwa 75% im Jahre 1937 gestiegen.

Einen weiteren Beweis fuer die Entwicklung in der Bekleidungsindustrie kann man daraus ersehen, dass die Anzahl der Betriebe mit mehr als 50 Arbeitskraeften von Jahre 1933-1936 von 179 auf 195 angestiegen ist. Die Zahl der in diesen Betrieben direkt beschaeftigten Arbeiter hat sich auf ca 3,000 erhoeht, die in der Heim-Industrie taetigen Arbeiter fuer diese Betriebe haben sich um ca.5,000 vermehrt.

Aehnliche Ziffern lassen sich auch fuer andere Gebiete wie Trikotagen und sonstige bisher aus Deutschland eingefuehrte Gegenstaende zeigen. So werden z.B. in einer neu gegruendeten Fabrik fuer Staubsauger, die unter Leitung eines juedischen Fachmannes aus Deutschland steht, ueber 150 hollaendische Arbeiter beschaeftigt. Im Jahre 1935 betrug die Einfuhr an Staubsaugern nach Holland 77,000 Stueck, im Jahre 1937 nur noch 25,000 Stueck, weil der restliche Bedarf , der sich eher vergroessert hat als zurueckgegangen ist, durch die Eigenfabrikation in Holland gedeckt wurde.

Bei all dem von den deutschen Juden begruendeten Industrien handelt es sich fast durchweg um neue industrielle Terrains, also nicht um eigentliche Konkurrenzbetriebe, sondern um die Schaffung von neuen Arbeitsgelegenheiten, die mit ihren indirekten Wirkungen, Versorgung mit Roh-und Hilfsstoffen aus dem Inland, Maschinenausruestung, dem Fabrikbau und in dem Spezialfalle der Konfektion mit der umfangreichen Heimarbeiter.Beschaeftigung sehr wesentlich zur Vermehrung von Arbeitsgelegenheiten in der hollaendischen Wirtschaft beigetragen haben.

Bei einer Gesamtwuerdigung des wirtschaftlichen Zuwachses den die Emigration mit sich brachte, darf man jedoch nicht uebersehen, dass nicht allein die Einfuehrung neuer Fabrikationen sondern auch die Verpflanzung von grossen Handelsfirmen einen betraechtlichen volkswirtschaftlichen Gewinn bedeuten kann. Nach den grossen Zentren des hollaendischen Handelsverkehrs und der Finanz, nach Amsterdam und Rotterdam, teilweise auch nach den Haag, sind verschiedene Exportfirmen, die vielfach in der Aufbauarbeit mehrerer Generationen von Deutschland aus von Hamburg, Koeln, Frankfurt, Mannheim etc. ein internationales Handelsgeschaeft ausgebreitet hatten. Das gilt fuer eine Anzahl von Unternehmungen des Handelsgeschaefts mit Erzen und Metallen, von Chemikalien, ebenso fuer den Export und Transithandel mit Textilrohstoffen, von Baeuten und Leder u.s.w. Die wirtschaftlichen Ausstrahlungen gerade derartiger Unternehmungen sind mannigfach. Ihre umfangreichen Verschiffungen, Versicherungsabschluesse, Finanzierungen usw. kommen zum grossen Teil hollaendischen Unternehmungen zugute. Ihre Ausgaben fliessen in die Kanaele der hollaendischen Wirtschaft, ohne dass ihre wirtschaftliche Taetigkeit sich irgendwie mit der bereits vorhandener Firmen ueberschneidet.

Dabei handelt es sich um nicht unbedeutende Betraege. Ein Importhaus fuer einen speziellen Textil-Rohstoff, der aus Mittelamerika bezogen wird, transportiert diesen seit der Verlegung nach Holland auf Schiffen der Holland-Amerika-Linie mit Frachtzahlungen von ca. ƒ 10,000 per Monat. Solche Verschiebungen liessen sich vielfach registrieren. Um die Groessenordnung dieser neuen Vorteile aufzuzeigen, haben wir fuer eine kleine Anzahl dieser neuen verpflanzten Handelsfirmen mit internationalem Geschaeft die Aufwendungen, die sie unmittelbar in Holland taetigen, Ausgaben fuer Personal, Miete, Frachten, Versicherung, Provisionen und sonstige Materialausgaben zusammengestellt, die sich allein fuer 5 derartige Betriebe auf mehrere Millionen Fl. belaufen. Der Vollstaendigkeit halber mag noch abschliessend nicht unerwaehnt bleiben, dass eine numerisch zwar kleine aber qualitativ hervorragende Zahl von Kapazitaeten auf verschiedenen technischen Gebieten sowie auch einige Forscher und Wissenschaftler in Holland ihr Domizil und ein Arbeitsfeld finden konnten.

B E L G I E N.

Die genaue Zahl der juedischen Fluechtlinge aus Deutschland, die in Belgien Aufnahme gefunden haben, steht nicht fest. Soviel aber aus der Praxis der belgischen Polizeibehoerden bekannt ist, kann die Zahl der Fluechtlinge dort nicht sehr hoch sein.

Einen Versuch, die wirtschaftliche Aktivitaet der juedischen Immigration von deutschen Juden nach Belgien zu ermitteln , brachte das Ergebnis, dass auch dort, ohne jede Uebertreibung,festgestellt werden konnte, dass der wirtschaftliche Nutzen , den Belgien aus der Immigration gezogen hat, ein ganz enormer ist. In einer von privater Seite angestellten Untersuchung wurden 105 Firmen ermittelt, die von deutschen Juden gegruendet wurden. Dies sind aber noch lange nicht alle Unternehmungen, in denen sich die Aktivitaet der deutsch-juedischen Immigration auswirkt. Insbesondere sind hier kleinere Firmen, die nur wenig Personal beschaeftigen, ueberhaupt nicht beruecksichtigt.

Die Liste der Industrien, in denen die wirtschaftliche Aktivitaet der deutsch-juedischen Immigration entfaltet wurde, ist auch hier sehr reichhaltig. An Industrien, die bisher in Belgien ueberhaupt nicht oder nur sehr unvollkommen vertreten waren, sind erwaehnenswert:

Fabrikation fuer ein neues Aluminium Schmelzverfahren,
Fabrikation von Aluminium Geraeten,
Herstellung von Nickelanoden,
Herstellung von Kuchengeraeten aus Fayence,
Schleiflack-Moebel Fabrikation,
Spritzverfahren fuer Bedrucken von Stoffen,
Offenbacher Methoden der Leder-verarbeitung,
Chemnitzer Methoden fuer Strumpffabrikation.

Daruaeber hinaus diverse Unternehmungen der Bekleidungs-Industrie, Lampen-Industrie, Lebensmittel-Handel, kosmetische Industrie, Waescherei und Faerberei, Banken.

Die von der Untersuchung erfassten 106 Firmen beschaeftigen 2,740 Arbeiter und Angestellte, aber durch die Errichtung der neuen Fabriken, sowie durch ihre Taetigkeit sind andere Gebiete der Wirtschaft und zwar die Industrien, die das Material fuer die Fabrikationen liefern, Speditions- und Versicherungswesen, sowie die direkt mit der Fabrikation noch im Zusammenhang stehenden Unternehmungen in die Lage versetzt worden, weitere ca.3,000 Arbeiter zu beschaeftigen.

Demnach sind durch die wirtschaftliche Aktivitaet der deutsch-juedischen Immigration in Belgien mindestens 6,000 belgische Arbeiter neu eingestellt worden, waehrend die Arbeitserlaubnis fuer Arbeitnehmer aus dem Kreis der Immigration keine 1% betraegt. Dabei darf nicht uebersehen werden, dass die hier gebrachten Zahlen, die relativ nicht hoch sein moegen, im Verhaeltnis zu einem so kleinen Land wie Belgien es ist, fuer die wirtschaftliche Lage dieses Landes doch eine besondere Bedeutung haben.

BERICHT UEBER MEINE REISE NACH POLEN-JUGOSLAVIEN-
ITALIEN - FRANKREICH.

London XI. 36

Im Interesse der von mir betreuten Auslands-Nachsuchenden Juden in Deutschland habe ich in der Zeit von 4. - 25.11.1936 die oben erwaehnten Laender besucht, verschiedene Nachsuchen-Einrichtungen besichtigt und Besprechungen mit unseren Vertrauensmaennern ueber die Weiterfuehrung der Arbeit gehabt.

Obwohl mir fuer die Reise nur eine verhaeltnismaessig kurze Zeit zur Verfuegung stand, habe ich doch sehr viel gesehen und Feststellungen fuer die notwendigen Verbesserungen und Ausgestaltung unserer Arbeit machen koennen. Der Verlauf der Reise, die in dieser Ausdehnung zum ersten Male stattfand, hat mich davon ueberzeugt, wie notwendig derartige persoenliche Besichtigungen sind. Bei den Menschen, die auf Nachsuchen im Ausland untergebracht sind, handelt esmich durchweg um juengere Personen. Die Verhaeltnisse, unter denen sie leben, sind so ausserordentlich primitiv und schwierig, dass man schon aus Verantwortung fuer ihr koerperliches Wohlbefinden sie haeufiger besuchen muesste, um Missstaende, die sich ergeben, abzustellen und Schwierigkeiten, die die Ausbildung unguenstig beeinflussen, zu beseitigen. Hauptsaechlich aber der Frage des Gesundheitszustandes der Menschen muss in Zukunft groesstere Aufmerksamkeit zugewandt werden.

1.) <u>POLEN</u> : - In Polen ist bisher zwei Mal, und zwar im Jahre 1933 und im Jahre 1935, der Versuch gemacht worden, eine geringe Anzahl von Personen aus Deutschland beruflich umzubilden. Die Versuche haben das erste Mal 30 Personen und das zweite Mal 15 Personen umfasst. Beide Versuche haben keine befriedigende Resultate gebracht. Wir sind nun aber doch gezwungen, erneut einen Versuch zu machen, weil die Unterbringung von Auslaendern zur Umschichtung in Deutschland, die zwar dort geboren sind, aber noch immer die polnische Staatsangehoerigkeit besitzen, in den letzten Monaten auf grosse Schwierigkeiten stoesst.

Andererseits ist eine Unterbringung polnischer Staatsangehoeriger in den Laendern, in denen wir Einrichtungen fuer Auslands-Hochschulen besitzen, dadurch erschwert, dass bei polnischen Staatsangehoerigen in den meisten Faellen von den Behoerden die Genehmigung abgelehnt wird.

Auf Grund der Unterlagen werden in den naechsten Monaten ungefaehr 150 - 200 Personen in Polen unterzubringen sein. Die Unterbringung soll von der polnischen Organisation Hechalutz in den von ihr geleiteten Ausbildungs-Einrichtungen erfolgen. Zu zahlen waeren hierfuer Zl.10.0 monatlich pro Person bei Unterbringung in staedtischen Heimen, RM/-/- bei Unterbringung in landwirtschaftlichen Schulen. Die Unterbringung soll in Gruppen von 25 - 30 Personen erfolgen, die zusammen wohnen sollen und von einem in Deutschland ausgebildeten Fuehrer begleitet werden. Als Dauer der Unterbringung sind 1/2 Jahre vorgesehen. Die Orte, die vorlaeufig in Frage kommen, sind: - Baranowicze, Czenstochau, Grochow, Kielce, Lodz, Wilna. -

Ich habe zunaechst die Einrichtungen in GROCHOW, LODZ und WILNA besichtigt, da diese fuer die Aufnahme der ersten Gruppen in Frage kommen.

a) GROCHOW ist ein landwirtschaftliches Gut, ungefaehr 300 Morgen gross, auf dem in wesentlichen intensive Landwirtschaft und Gaertnerei und zwar Blumen und Gemuese, betrieben wird. Das Gut ist mit entsprechendem Viehbestand und Wirtschaftsgebaeuden gut ausgestattet. Zum Gut gehoert ein Wohnhaus, in dem zZt. 160 Leute wohnen. Es sind jedoch nicht alle auf dem Gut taetig, sondern ein grosser Teil ist zZt. im benachbarten Warschau, zum Teil auf anderen Gutshoefen beschaeftigt. Ich habe dieses Gut auch vor drei Jahren einmal besichtigt und war angenehm ueberrascht, um wieviel besser der Zustand ist, in dem sowohl die Wirtschaftsgebaeude als auch das Wohnhaus sich befinden. Die Schlafraeume sind zwar sehr dicht belegt, aber hell und luftig, Aufenthaltsraeume und Essraeume sowie Kueche in einem guten Zustand. Der Gutsbetrieb

serie die Viehhaltung machen jetzt einen sehr ordentlichen und gepflegten Eindruck. Hierher soll eine Gruppe von ungefaehr 30 Chaluzim aus Deutschland kommen. Die Gruppe kann jedoch nicht auf dem Gutshof untergebracht werden, da es hier an den entsprechenden Raeumen fehlt. Wenn eine feste Zusage gegeben wird, muesste fuer die Gruppe in benachbarten Haeusern, und zwar handelt es sich um ganz neu erbaute Wohnhaeuser, entsprechende Wohnungen gemietet werden. Dies ist auch deshalb angenehmer, weil die hygienischen und sonstigen Verhaeltnisse hier besser sind als auf dem Gutshof.

b) LODZ :- Hier handelt es sich um eine sehr grosse staedtische Ausbildungsanstalt , die zur Zeit ueber 340 Personen umfasst. Es ist ein alter Fabrik-Komplex, der fuer Zwecke des Chalus umgebaut wurde. Obwohl die gesamte Einrichtung einen sehr aermlichen Eindruck macht, so sind doch sowohl die Organisation der Betriebe als der Zustand der Menschen so hervorragend, wie ich das bisher nie gesehen habe. Die Gruppe hat eine grosse Anzahl von eigenen Betrieben und zwar : - Schneiderei, Schuhmacherei, Baeckerei, Tischlerei, Schlosserei, Waescherei. Alle Betriebe , mit Ausnahme der Schneiderei, in der 50 Maedchen beschaeftigt sind, sind zwar sehr primitiv, aber doch mit allen notwendigen Werkzeugen ausgestattet. Ich habe eine Anzahl der Dinge gesehen, die in den Werkstaetten hergestellt wurden und sind die Erzeugnisse gemessen an aehnlichen Einrichtungen in Deutschland sehr befriedigend. Ein Teil der dort untergebrachten Personen arbeitet in verschiedenen staedtischen Betrieben in Lodz. Hier koennen bis 50 Chaluzim aus Deutschland untergebracht werden.

c) WILNA: - In Wilna handelt es sich um eine grosse Wohngemeinschaft, die zZt. ungefaehr 165 Personen umfasst. Im Gegensatz zu Orschow und Lodz ist die Unterbringung hier weniger primitiv. Es schlafen durchschnittlich 4 - 6 Personen in einem Raum, die Raeume sind neu hergerichtet, hell und luftig. Waschgelegenheiten sind neu eingebaut und in gutem Zustand. Die Beschaeftigung der hier wohnenden Personen erfolgt in staedtischen Betrieben in der Stadt und zwar im wesentlichen in Betrieben der Holz- und Chemischen Industrie. Hier koennen ungefaehr 40 Personen aus Deutschland untergebracht werden.

In allen drei Einrichtungen sind genuegend Möglichkeiten ~~Einrichtungen~~ fuer geistige Ausbildung vorhanden. wie ueberhaupt das geistige Leben in diesen Einrichtungen ein ueberaus reges ist.

Soweit es sich auf Grund eines kurzen Besuches sagen laesst, ~~bege~~ glaube ich, dass die von uns dort unterzubringenden Personen sich gut ~~[redacted]~~ einleben werden. Dies kann ich namentlich auf Grund der Besichtigung unserer Einrichtung in den anderen Lagern sagen, die noch viel primitiver als diese polnischen Einrichtungen sind.

2) JUGOSLAVIEN : - In Jugoslavien sind zZt. 85 Chaluzin aus Deutschland untergebracht, davon 70 auf dem Gute Pusta Golenice, 9 auf einem kleinen Bauerngut Jagodniak, die anderen 6 auf einem kleinen Gutshof Pustara Brod.

Ich habe hier nur die Gruppe auf dem Gut Golenico besucht. Golenico ist ein Gut von 600 Morgen. Es liegt in einer Berglandschaft, drei Stunden Wagenfahrt von der letzten Eisenbahnstation (Slatina). Es handd t sich hier um einen grossen landwirtschaftlichen Betrieb, bei dem jedoch, infolge des huegeligen Terrains eine Bearbeitung mit Maschinen nicht moeglich ist. Es wird daher im wesentlichen mit Ochsen-und Pferde-Gespannen gearbeitet. Das Gut besitzt 12 grosse Arbeitsochsen, 8 Pferde und 10 Kuehe, eine grosse Schweinezucht-Anlage mit 300 Schweinen. Es arbeiten dort zZt. 70 Chalusin aus Deutschland und zwar 54 Jungen und 16 Maedchen. Die Unterbringung ist denkbar primitiv in einzelnen kleinen Haeusern, die verstreut um den Gutshof herum liegen. Aufenthaltsraeume, Essraeume und Kueche sind in dem etwas groesseren Gutshaus untergebracht. Die Arbeit ist hier ausserordentlich schwierig und anstrengend und geht das ganze Jahr hindurch. Der Betrieb hat bis jetzt darunter gelitten, dass kein landwirtschaftlicher Leiter vorhanden war. Es ist jetzt ein landwirtschaftlicher Leiter angestellt worden, wodurch der Betrieb wohl wesentlich verbessert und rentabler gestaltet wird. Um die Unterbringung zu verbessern, sowie auch um den Gesundheitszustand der Menschen etwas zu heben, werden einige Sonderbewilligungen erforderlich sein. Aber abgesehen von der primitiven Unterbringung und der schweren Arbeit, macht diese Einrichtung einen sehr guten Eindruck. Die menschliche Haltung der Chaluzin ist ueberaus lobenswert, ihr Interesse fuer den Wirtschaftsbetrieb besonders hervorzuheben. Auch das Zusammen-

Zusammenleben der Menschen , die hier ganz isoliert von der Stadt und jeder Abwechslung leben, ist als sehr gut zu bezeichnen.
Aus Colonico sind bisher ungefähr 150 Menschen nach Palaestina gegangen. Das Urteil ueber ihre Leistungen in Palaestina ist sehr gut. Sie sind fast zu 100% in der Landwirtschaft verblieben.

Die anderen 2 kleineren Betriebe in Jugoslavien haben mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kaempfen. Es wird jedoch jetzt versucht, auch dafuer Abhilfe zu schaffen und moeglicherweise an Stelle der zwei kleinen Betriebe einen groesseren, leichter zu ueberwachenden Betrieb zu finden.

3) <u>ITALIEN</u> - Die Hachsrah in Italien besteht zwar seit 2/2 Jahren, hat aber doch mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kaempfen. Insgesamt sind in Italien zZt. 235 Chaluzim aus Deutschland untergebracht und zwar 189 Jungen und 46 Maedchen. Die wesentlichen Schwierigkeiten, mit denen wir dort zu kaempfen haben, resultieren daraus, dass die Menschen in sehr weit entfernten Teilen Italiens untergebracht waren, wodurch sowohl die Uebersicht, als auch der Zusammenhalt der Leute sehr erschwert waren. Durch eine Umstellung, die jetzt durchgefuehrt wurde, ist eine wesentliche Verbesserung der Verhaeltnisse erreicht worden. Es gibt jetzt zwei geschlossene Zentren und zwar in Niccmo di Castellina, wo 120 religioese Chaluzim untergebracht sind. - Diese Gruppe konnte ich nicht mehr besuchen - in der Nahe von Mailand, wo 115 Personen sind, und zwar:-

in Sulora	32 ,
in Lorate Caccivio	17,
in Livorno Ferravis	12,
in Capriasco	12,
in Columbara	16,
in Einzelstellen	26.

Die Gruppen, mit Ausnahme der Einzelstellen habe ich alle besucht und auch dort feststellen koennen, dass die Menschen, trotz der Schwere der Arbeit, sich wohl fuehlen, zwar primitiv aber doch ertraeglich untergebracht sind. Es handelt sich bei diesen Gruppen darum, dass die Gruppen auf Gutshoefen, die 2 - 3000 Morgen gross sind, als geschlossene Arbeitsgruppen taetig sind. Auf diesen Gutern arbeiten 100-120 italienische Arbeiter. Die Chaluzim-Gruppen werden zu allen Arbeiten genau so wie die anderen Arbeiter herangezogen. Sie sind in den Arbeiter-Wohnhaeusern zusammen untergebracht, haben ihre eigene Kueche

und wirtschaften fuer sich selbstaendig. Die Gutshoefe, die alle grossen Vieh- und Pferdebestand haben und zum Teil mit ganz modernen Maschinen ausgeruestet sind, scheinen mir sehr guenstige Ausbildungsmoeglichkeiten zu bieten. Ich habe die einzelnen Gruppen an ihren Arbeitsstellen besucht und konnte oft nicht feststellen, wo es sich um die Chaluzim aus Deutschland und wo es sich um die italienischen Arbeiter handelt, so sehr haben sich die Menschen dort ihrem Milieu und ihren Verhaeltnissen angepasst. Die Gutsherren sind mit den Leistungen der Arbeiter sehr zufrieden. Das Verhaeltnis zu den italienischen Arbeitern auf den Gutern ist ein sehr gutes. Zu wuenschen laesst die Unterbringung in den Schlafraeumen, die sehr primitiv sind, aber doch durch einige Sondermittel, die wir zur Verfuegung stellen, verbessert werden sollen. Auch die aerztliche Ueberwachung ist nicht ganz in Takt, doch wird das Comittee in Mailand sich jetzt fuer eine bessere aerztliche Ueberwachung einsetzen.

Dadurch, dass die Gruppen jetzt in einem Umkreis von 60 km untergebracht sind, wird auch der fruehere Mangel , dass fuer hebraeischen Unterricht und geistige Ausbildung nicht gesorgt werden konnte, behoben werden. Es gibt einen hebraeischen Lehrer, der die Gruppe regelmaessig besucht. In einzelnen Gruppen sind auch Lehrer, die den hebraeischen Unterricht leiten koennen. Zur Erleichterung des Besuches der Gruppe soll ein Motorrad angeschafft werden, damit der Vertrauensmann und der Leiter der hebraeischen Arbeit die Gruppen oefters besuchen kann, was gerade hier, wo die Menschen in einer ganz fremden Umgebung sind, und wo doch aus der schweren Arbeit sich verschiedene Fragen immer wieder ergeben, eine gewisse Erleichterung geschaffen werden kann.

4.) <u>FRANKREICH</u> - In Paris habe ich mit der Leitung des Hechalutz ueber die Liquidierung der Hachscharah in Frankreich verhandelt und zwar deshalb, weil sich sowohl in Frankreich, als auch in Luxemburg im Laufe der Zeit eine Fuelle von Schwierigkeiten teils wirtschaftlicher, teils politischer Natur ergeben haben, die es besser erscheinen lassen, die gesamte Hachscharah dort abzubauen. Zur Zeit sind in Frankreich noch 35 deutsche Chaluzim auf Hachscharah, in Luxemburg 30. Hier sind vorlaeufig die finanziellen Verpflichtungen fuer diese Personen Hechalutz mit dem Hechalutz geregelt worden und vereinbart, dass in moeglichst kurzer Zeit die Ueberfuehrung der Chaluzim aus Frankreich und Luxemburg, soweit sie nicht sehr bald

ihre Zertifikate erhalten koennen, durchgefuehrt wird.

S.A-R

8/1/1937.

NOTIZEN BETREFFS AUSLANDS-HACHSCHARAH.

Die fuer die Zwecke der Auslands-Hachscharah seitens des Council for German Jewry und des American Joint Distribution Committee zur Verfuegung gestellten Betraege sind zum 31.12. 1936 erschoepft. Da im Januar 1937 schon neue Zahlungen zu leisten sind, ergibt sich die Notwendigkeit, noch vor Beratung der allgemeinen Etats fuer die Auslands-Hachscharah gewisse Mittel zur Verfuegung zu stellen.

Zu Beginn des Jahres 1936 befanden sich 1131 Personen aus Deutschland auf Hachscharah im Ausland. Von diesen haben waehrend des Jahres 1936 460 ihre Ausbildung beendet und sind ausgewandert. Neu in die Auslands-Hachscharah kamen 279 Personen. Demnach befanden sich zum 31.12.1936 insgesamt 950 Personen aus Deutschland auf Hachscharah im Ausland und zwar in folgenden Laendern:-

Belgien, Daenemark, Frankreich, Holland, Italien, Jugoslavien, Litauen, Luxemburg, Polen, Schweden, Tschechoslovakei.

Fuer die Erhaltung dieser in der Auslands-Hachscharah befindlichen Menschen haben die zentralen Organisationen im Jahre 1936 ca £10,700 ausgegeben.

Fuer das Jahr 1937 wird ein Betrag von ca. £13,000 erforderlich sein. Die Erhoehung um ca £3000 ergibt sich daraus, dass infolge der Schwierigkeiten fuer die noch in Deutschland befindlichen auslaendischen Staatsangehoerigen eine gewisse Vergroesserung der Hachscharah im Ausland nicht zu umgehen sein wird.

Es muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass die Betraege, die bisher fuer die einzelnen Hachscharah-Stellen zur Verfuegung standen, derart minimal waren, dass sie kaum zur Deckung der primitivsten Lebensbeduerfnisse ausreichen. Dies wirkte sich besonders unguenstig auf den Gesundheitszustand der Menschen aus und hatte haeufig schwere Erkrankungen zur Folge, wodurch den Gemeinden in den Laendern, in denen die Hachscharah stattfindet, oft sehr erhebliche Kosten entstanden.

Die Vertrauensleute und die Gemeinden in diesen Laendern haben in den meisten Faellen erhebliche Betraege sowie Einrichtungsgegenstaende und Kleidungsstuecke zur Verfuegung gestellt, deren Hoehe zwar nicht feststeht, es kann aber mit Sicherheit angenommen werden, dass auf diese Weise fuer die Zwecke der Auslands-Hachscharah nochmals ℔4000 - ℔5000 im Jahr aufgebracht werden.

Da es immer schwieriger wird, diese Betraege in den Laendern aufzubringen und andererseits eine Verbesserung der Lebenshaltung und der Wohnverhaeltnisse nicht mehr zu umgehen ist, wird der voraussichtliche Mehrbedarf mit ca. ℔3000 angesetzt.

Aus diesem Grunde erlaube ich mir, die Bewilligung von ℔13,000 fuer die Zwecke der Auslands-Hachscharah im Jahre 1937 zu befuerworten.

I. TRAINING.

a) in Germany:

31.12.1935 ..... 2578 persons 31.12.1936..... 4806 pers.

II. RETRAINING.

a) in Germany:

31.12.1935 ..... 3637 " 31.12.1936.....1850 "

b) Outside Germany:

31.12.1935 ..... 1131 " 31.12.1936..... 920 "

in 1935 ..... 7346 persons in 1936 .....7576 pers.

16/3/1937.

THE EVIAN CONFERENCE

I.

The invasion of Austria by German troops on March 12th,1938, and the resulting excesses committed against the Jews of Vienna once again turned the eyes of the world towards the intensified sufferings of those Jews who found themselves in the clutches of the Nazis. About 130,000 Jews x) had left Germany during the first five years of Nazi rule, of whom less than 100.000 had managed to settle overseas, 43,000 in Palestine, 55,000 in North America and certain South American republics. The rest of 32,000 remained refugees and, legally insecure and dependent economically on the help of various refugee committees, they eked out a troubled existence in the countries bordering on Germany. They formed a problem that neither international interest nor the Jewish organisations could solve. The occupation of Austria increased by 190,000 the number of individuals who had either to emigrate or flee, so that in the event 40,000 more Jews than at the beginning now found themselves under Nazi rule.

II.

Reports about the brutal treatment and persecution of the Viennese Jews and the attempts by many thousands to cross the borders into Czechoslovakia, Switzerland or Italy shocked public opinion, eespecially in the USA. The interest of President Franklin D.Roosevelt was so aroused that on 23rd March,1938, only 11 days after the occupation of Austria, he advised the Secretary of State to ask the British Government and the governments of "France, Belgium, Netherlands, Denmark, Sweden, Norway, Switzerland and Italy and the governments of all the other American Republics",

x) For the Conference in Evian, Memorandum of the Jewish Council of Germany, Berlin, June 1938

if they "would be willing to cooperate with the Government of the United States in setting up a special committee composed of representatives of a number of governments for the purpose of facilitating the emigration from Austria and presumably from Germany of political refugees." Although the following para 2 of Secretary Hull's letter to the various governments reduced considerably the importants of the President's initiative, " our idea is that whereas such representatives would be designated by the governments concerned, any financing of the emergency emigration referred to would be undertaken by private organizations within the respective countries. Furthermore, it should be understood that no country would be expected or asked to receive a greater number of emigrants than is permitted by its existing legislation". At the same time Roosevelt arranged that requests from would-be emigrants from Germany and Austria should be treated more sympathetically by U.S.A. consulates. As a result there was an immediant and significant increase in the level of emigration to the United States which, up till then, had only reached a fraction of the legally permitted annual quota of 25,957.

According to these figures the U.S.A. was - without any change in the Imigration Law - in a position to accept for the five years since 1933,in round figures, 130,000 refugees from Germany, whereas they permitted for the whole period in question 27,000, not more than about a fifth of the German immigration quota.

Originally, President Roosevelt, upon the advise of James J.Macdonald planned to invite only the European governments except Germany, so that they might deal with the problem not only of the refugees, but also of those threatened with persecution and having no recourse other than emigration. Such a conference would have manifested before the non-European

world the urgency of emigration chiefly to Palestine. Great Britain perceived what that would mean;consequently she negotiated with Washington, she declared her willingness to participate in the Conference under the condition that 1) invitations should be sent only to countries of immigration, 2) that the Conference should deal only with refugees, but not those threatened with persecutions and 3) that Palestine should not be discussed at the Conference"x)

By April 2nd the State Department reported favourable replies from 29 countries xx). The preparation for the Conference progressed and on May 7th, the Secretary of the State informed certain American Diplomatic Representatives as follows:

"Please inform the Government to which you are accredited that as over 30 Governments have now agreed to cooperate in setting up the special intergovernmental committee to facilitate the emigration from Austria and from Germany of political refugees, the President has appointed Mr.Myron C.Taylor with the rank of Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary as the American representative on this committee. In addition, the President has appointed a national committee to coordinate in this country the work of private organizations in behalf of refugees.xxx)

In order that the intergovernmental committeem may meet with as little delay as possible, this Government suggests that it would be desirable that its first meeting be held on Wednesday July 6th at Evian, France. The French Government has already welcomed this suggestion.

Mr.Taylor will be accompanied by one or more technical assistants.

Please telegraph as soon as the Government to which you are accredited approves the suggested time and place of meeting, as well an the

---

x) cit. Mark Wischnitzer: To dwell in Safety. Jewish Publication Society, Philadelphia, 1948

xx) Department of State Press Releases April 2,1948.

xxx) American National Committee on Refugees; Department of State Press Releases, May 21,1938, p.586

name and rank of the representative.

HULL. "

Mr.Taylor who had left for Italy, asked from Rome on May 11th for further information and instructions, but the State Department need about a month's time to clarify the situation and advised to propose the following agenda for the meeting of the intergovernmental committee of political refugees, which is to convene at Evian on July 6th:

"see page 5.

COPY OF NOTE BY MR. ADLER-RUDEL CIRCULATED AT MEETING OF COUNCIL FOR GERMAN JEWRY HELD ON **27TH JUNE 1938.**

TRAINING ABROAD

FOR JEWS FROM AUSTRIA.

The grants made so far by the Council for training and retraining have ot be used entirely for the purposes inside Austria, and an attempt will be made to place a number of persons suitable for taining in training centres in Germany.

After the annexation of Austria a number of young Jews left Austria and went to other countries where training centres are already in existence. There, they applied to be accepted as trainees. The Committees in those countries are not in a position to accept new pupils owing to the lack of means, and the Council has been asked what they intend to do for those young people.

It is urgently requested that a number of people who are in immediate danger should be placed in training centres abroad. I should like to suggest that the Council makes a grant of £2.10.0. per head, per month, for the period of six months for 100 persons, which totals £1,500. 100 persons could then immediately be placed in training centres abroad.

23.6.1938. S.A.R.

S. Adler-Rudel 2nd September, 1938.

TRAINING OF YOUNG JEWISH PEOPLE IN COUNTRIES OUTSIDE GERMANY.

I.

Immediately after the events in 1933 the Reichsvertretung der Juden in Deutschland made it their first duty to train the young Jews and Jewesses in agriculture and handicrafts, in order to prepare them for their future emigration.

This necessitated the establishment in Germany of a large number of agricultural and handicraft, as well as domestic science centres. Advantage was taken of all avaliable places with Jewish farmers and artisans. During the past five years from April 1933 to April 1938, 18,457 persons received their training in Germany and were emigrated, whilst 4,065 persons are still in training there.

II.

The possibilities of training young people in Germany, however, were insufficient, and a number had to be trained in various European countries, in Czechoslovakia, Jugoslavia, Italy, Poland, Lithuania, Latvia, Belgium, France, Holland, Denmark and Sweden. Between April 1933 and 1st.July 1938, 4,773 persons were trained in countries abroad; 4,000 of them were emigrated, whilst 774 persons are still receiving training in various countries.
It was possible, from experience gained during the past years, and owing to various circumstances to improve the training work abroad and to concentrate it in fewer countries. The above-mentioned 774 persons (Table I) are at present in training in Holland, Denmark, Sweden, Jugoslavia and Italy.

III.

The placing of trainees in various countries was made possible only by the co-operation of the Jewish Committees in those countries.

These Committees made all the arrangements with their Governments, formed training centres and contributed part of the money. As a rule the Governments grant permission to trainees to enter the country on the condition that after 1½ - 2 years training they will be emigrated, and during the past five years this has generally been possible, and no difficulties have arisen with the authorities.

IV.

Training is given in agriculture, and, to a lesser degree, in handicrafts. The agricultural training is carried out partly in specially established centres , in Holland, Sweden, Italy and Jugoslavia and Denmark; but the majority of the trainees are placed individually with local farmers, special care being taken to place groups of ten to fifteen on neighbouring farms, so that the young people may not feel lonely, and may spend their free time together. Classes are held in foreign languages and various other subjects.

V.

Special care is taken in the selection of trainees abroad, as the German Government refuses permission for Jewish people to return to Germany. As a rule only those are chosen who have already trained for one year in Germany, who are suited for manual work, and who can give a guarantee that they will remain where they are sent. Experience has proved this system to be satisfactory, as during the past two years there has been no complaint from the authorities or the Committees.

VI.

The training expenses are approximately £2 - £2.10.0 per month, according to the country. It has been found that the training in training centres is considerably more expensive than with farmers, this being due to necessary investments, the purchase or leasing of farms, the purchase of implements, cattle, etc. and the

administmtive cost, which is also high. The training in handicraft is more than twice as expensive as that in agriculture. Young trainees who are placed with farmers, however, generally receive free board and lodging, and in some countries, e.g. in Sweden, the farmers have to pay pocket money. In other countries such as Denmark, the payment of pocket money is not allowed. But apart from the cost of maintenance, considerable expense is incurred for clothing, doctors' fees, and various other necessities, and later.

About half the money required is raised by collections carried out by the Jewish Committees in the various countries, the other half being provided by the central Jewish Organisations, (American Joint Distribution Committee, Council for German Jewry).

Table I.

Particulars of Training in foreign countries:	Male	Female	Total
Belgium	10	1	11
Denmark	135	40	175
Holland	170	61	231
Italy	113	32	145
Jugoslavia	98	24	122
Sweden	54	19	73
Czechoslovakia	14	3	17
	594	180	774

S. Adler-Rudel 2nd September,1938.

The Intergovernmental Committee,
1, Central Hall,
Westminster,
S.W.1.

Dear Sirs,

At the request of Dr. Otto Hirsch of the Reichsvertretung der Juden in Deutschland, and in accordance with his wishes, I have much pleasure in submitting to you a short Memorandum on the present conditions of the training being organised both in Germany and the neighbouring countries for young Jewish people from Germany.

In addition to the information contained in the Memorandum, I would point out that during the past weeks increased difficulties have been met in regard to the training of young people in Germany in preparation for their emigration. It seems to be very urgent, therefore, that the existing possibilities for training abroad should be increased so that a greater number of people could be brought out of Germany. The psychological aspect of such an undertaking must also be taken into consideration, insofar as it would ease the mental strain which is being experienced by the Youth in Germany, so many of whom are being driven to suicide by the continual discrimination and repression.

The representatives of the European States, who participated at the Evian Conference were unanimous in pointing out that their countries will not consider taking any more refugees. They were, however, willing to accept young people for the purpose of training them prior to emigration. In view of this, it would perhaps be possible to place about 1,500 - 2,000 young people in the various countries: i.e. in Norway, Sweden, Denmark, Holland, Belgium, Luxemburg, France, England and Switzerland.

You will see from the enclosed Memorandum that so far the placing of young people for training purposes was possible only with the assistance of the Jewish Committees in the countries where training took place. It is no longer possible to enlarge the training abroad in such way. However, if arrangements for an extended training-scheme could be made with the countries in question, where such training will take place either direct through the Intergovernmental Committee or at least with their special authority, I believe that it should be possible to bring a considerably large number of young people out of Germany and to place them in those countries where their training will take place.

Should this matter be dealt with by an official arrangement with the Governments in question, it would be important to bear in mind the following facts:

(1) Trainees could be placed in industrial posts where the authorities and the Ministry of Labour consider they would be most required.

(2) Payments would be settled according to the laws of the different countries, so that there would be no underpaying and no protests by trade unions. The English Ministry of Labour has already taken steps to ensure that Jewish refugees employed here will receive the same rate and standard of wages and treatment equal to the British workers.

(3) The Intergovernmental Committee - which will, in future, superintend and control all emigration- could provide the various Governments with the necessary guarantees for the emigration of the refugees immediately on the termination of their period of training.

Considering the number of countries available for training purposes, and taking into account that about 2,000 people will have to be trained abroad, only a few hundred people will be placed in each country and, therefore, cannot constitute a burden. Such settlements could be made without any difficulties and would prove an immense help towards the solving of the German Jewish problem.

Because of the training possibilities presented, and the conditions of the labour market, more people will, necessarily, have to be trained for agricultural work, where free board and lodging, as well as a small allowance is assured in almost all countries. Vacancies might also be found in smaller or larger industries, as well as in workshops, where training could be given - should it prove necessary for purposes of future emigration.

I should be grateful if you would give my suggestions your favourable consideration, and shall be glad to provide you with any further information you may require or to discuss this matter with you personally, should you wish it.

Yours faithfully,

הסוכנות היהודית לארץ ישראל

THE JEWISH AGENCY FOR PALESTINE.

TELEPHONE: MUSEUM 3817 (4 LINES).
TELEGRAMS: "ZIONIBURO, LONDON."
CODES: BENTLEY'S AND MOSSE'S.

77, GREAT RUSSELL STREET.
LONDON, W.C.1.

In reply please address the Secretary:

and quote the following Reference No.:

23rd November, 1938.

Dear Sir,

The Jewish Agency for Palestine notes with satisfaction that the Government of your country is prepared to grant a temporary permit for a number of young people from Germany and Austria to stay in your country so as to enable them to undergo there a thorough training in agriculture and crafts.

We understand that such a temporary permit for trainees is subject to the condition that on the conclusion of their training they will not remain in your country but will emigrate to Palestine or to overseas countries.

The Jewish Agency for Palestine affirm herewith that they will use their best endeavours and make every effort to ensure that those trainees who have undergone a two years' training in agriculture or crafts under the control of your organisation and who prove to be suitable both morally and physically, are enabled to emigrate to Palestine on the basis of immigration certificates available.

Yours faithfully,

M. Shertok

EXECUTIVE OF THE JEWISH AGENCY FOR PALESTINE

Copy

23rd November,1938.

Dear Sir,

The Jewish Agency for Palestine notes with satisfaction that the Government of your country is prepared to grant a temporary permit for a number of young people from Germany and Austria to stay in your country so as to enable them to undergo there a thorough training in agriculture and crafts.

We understand that such a temporary permit for trainees is subject to the condition that on the conclusion of their training they will not remain in your country but will emigrate to Palestine or to overseas countries.

The Jewish Agency for Palestine affirm herewith that they will use their best endeavours and make every effort to ensure that those trainees who have undergone a two years' training in agriculture or crafts under the control of your organization and who prove to be suitable both morally and physically, are enabled to emigrate to Palestine on the basis of immigration certificates available.

Yours faithfully,

signed Shertok

EXECUTIVE OF THE JEWISH AGENCY FOR PALESTINE

27.November 1938.

An: Dr.Martin Rosenblueth
Von: Dr.Georg Landauer

Die Histadruth hat beschlossen, 3 Personen: Georg Josephsthal, Osserowitz und Jochewed Bath Rachel (die in den letzten 2 Jahren in Merkas des deutschen Hechaluz gearbeitet hat), ins Ausland zu senden, um die in Deutschland eingeschraenkten Funktionen der Hechaluz-Leitung von Ausland her auszuueben, ein neues Buero zu schaffen und sich insbesondere der Auslands-Hachscharah zu widmen. Die Histadruth denkt daran, noch mehr Delegierte zu entsenden.

Ich habe an Josephsthal heute laut beiliegender Kopie geschrieben. Er wird zunaechst nach London kommen.

27.November 1938.

Herrn Dr.Georg Josephsthal,
Vaad Hapoel der Histadruth,
Tel-Aviv

Lieber Josephsthal,

Im Anschluss an die Verhandlungen im Vaad Hapoel der Histadruth ueber Ihre Arbeit in den naechsten Monaten in Palaestina moechte ich Sie bitten, uns sobald wie moeglich dariber zu berichten, wieviel Mitglieder des Kevutzaus und wieviel ueberhaupt schon fruecher vorgemerkte Zertifikatskandidaten sich in den Grenzlagern befinden und welche Organe sich mit den Palaestinaangelegenheiten in den Lagern befassen.

Ich hatte verstanden, dass Sie sich zunaechst den Aufgaben widmen wollten, die der Fortfuehrung der fruecheren Taetigkeit des Merkas des deutschen Hechaluz entsprechen.

Die Auslandshachscharah muss heute eine viel groessere Rolle als frueher spielen. Die letzten Nachrichten, die wir erhielten, zeigen, dass die objektiven Moeglichkeiten zur Vergroesserung der Auslandshachscharah unter den heutigen Umstaenden doch vielleicht erheblich groesser sind, als noch bis vor kurzem angenommen wurde. Insbesondere ist Nudels Arbeit der Ausweitung der Auslandshachscharah gewidmet. Ich nehme an, dass ein neu zu schaffendes Organ des deutschen Hechaluz fuer die Auslandshachscharah sich dieser Angelegenheit mit besonderem Eifer annehmen wird und weise Sie darauf hin, dass Sie angesichts der Selbstaendigkeit der Hechaluzarbeit in dieser Sache besonders engen Kontakt mit Nudel halten sollen. Es handelt sich da nicht nur um die Beschaffung von Hachscharahstellen, sondern auch um Verhandlungen mit Regierungen und um die Finanzierung der Hachscharah. Inwieweit Angelegenheiten der Jugendlichen-Hachscharah oder Jugendalijah in Ihre

Arbeit hineinspielen, muessen Sie vor allen Dingen mit Eva Stern in Verbindung bleiben.

Ich bitte Sie, uns baldigst Ihren ersten Bericht zu senden.

Mit bestem Gruss

Dr. Georg Landauer.

Abschrift

Nr.J. 575/1b

London, 27.November 1938.

Herrn E. Dobkin,
Immigration Dept.,
Jewish Agency for Palestine,
Jerusalem.

Lieber Herr Dobkin,

Ich schicke Ihnen in der Anlage Abschrift des sog. Garantie-Briefes der Exekutive der Jewish Agency, den Rudel fuer seine Bemuehungen um die Erweiterung der Auslands-Hachscharah seit Wochen verlangt und nach vielen Beratungen, die wir hier mit Ben Gurion und Shertok ueber den Wortlaut des Briefes hatten, endlich auch bekommen hat. Rudel hat vorlaeufig drei Ausfertigungen dieses Briefes nach Skandinavien mitgenommen (Schweden, Norwegen, Daenemark) und wird dort den Brief je nachdem entweder der Juedischen Gemeinde oder dem Zionistischen Landesverband des betreffenden Landes uebergeben, wie es eben am meisten zweckentsprechend ist.

Der Brief ist, wie Sie sehen, von Shertok unterschrieben worden.

Mit bestem Gruss
Ihr

Dr. Martin Rosenblueth

REPORT ON A VISIT TO DENMARK, SWEDEN, NORWAY, HOLLAND.

As the result of the events in Germany at the beginning of November 1938, I was asked by the Reichsvertretung der Juden in Deutschland, to endeavour to make immediate arrangements for training establishments to be set up abroad, which would enable hundreds of trainees to be released from the concentration camps and prisons in Germany into which they had been put.

I visited Denmark, Sweden, Norway and Holland, but in spite of the fact, that there is a nation-wide horror at the attrocities being perpetrated in Germany and a desire to do everything possible to alleviate the suffering of the Jews there, it was very difficult to persuade the leading personalities in these countries to extend their work in aid of the Jews from Germany. All Scandinavian countries are in close economic relationship with Germany, and Nazi propaganda increases daily; even the fact that they are governed by a Social-Democratic Parliament does not prevent an extensive anti-Jewish propaganda. However, there is an authoratative feeling that a stronger stand could be taken in Scandinavia if the backing of the British Government could be relied upon , and if they would officially ask that the authorities in Scandinavia should shoulder their share of the campaign in aid of German refugees.

I.

DENMARK:- At a Meeting held by the Board of Deputies of Denish Jewry in Copenhagen I asked, in my speech, that the number of agricultural trainees from Germany should be increased and that permission should be sought to bring a few hundred children from Germany to Denmark. I also discussed this question with the President of the Jewish Community, Mr.C.B.Henriques, with the Head of the Refugees Committee, Director Lachmann and with the Head of the Trainee Committee, Mr.B. Slor. As the result of these negotiations they agreed to increase the number of trainees immediately from 195 to 330 and promised to eventually raise the number to 400. Up till now, the Jewish Community in Copenhagen have contributed Kr. 20,000 per annum and they agreed to increase this payment to Kr.40,000 for the year 1939.

With the help of a number of non--Jewish Bodies , especially Women's Organisations, a Committee was formed for the placing of children from Germany in Denmark. A Delegation of each Committee was received by the Minister for Justice, who was in favour of the proposals placed before him and promised to ask the Government for a decision within the next week. Meanwhile, a drive was started by the Organisations to meet the financing of the proposed scheme. I estimate that the number of children which will be immigrated to Denmark, will amount to 500 - 600.

II.

SWEDEN:- The position in Sweden is a little better than that in Denmark. The population is extremely anti-Nazi, and the authorities are willing to help by placing agricultural trainees and also by accepting children. For this purpose a new financial appeal was launched , and I addressed a Public Meeting held in the Great Synagogue in Stockholm, at which Rabbi Dr.Ehrenpreis and Professor Gunjar Josefson were also speaking. A second Meeting took place for the leading members of the Jewish Community and Jewish Organisations and at this Meeting I spoke about new actions which were being taken by the Council for German Jewry. At this Meeting, Mr. Bergstroem, a non-Jew and Head of the Social-Democrats of the Swedish Government, also spoke; he is in charge of all the questions concerning refugees. I vivited Mr. Engzell, Head of the Juridical Department of the Foreign Office and spoke to Mr.Druge, who was a member of the Swedish Delegation in Evian. Based on the conferences which I had with leading members of the Jewish Communities, and in agreement with Dr.Glueck, who is the Head of the Trainee Committee, we asked for a prolonged stay in Sweden of two years for the trainees and the admittance of German born Polish and Stateless trainees. Mr.Bergstroem promised to help us as best as he could and agreed to increase the number of trainees from 145 to 327 with the hope of eventually bringing the number up to 500. The Jewish Communities expressed their readiness to increase their financial obligations towards the training scheme.

A new Committee of Jewish and non-Jewish Bodies was set up for the purpose of bringing children from Germany to Sweden and I estimate that they should be able to immigrate about 700 - 800.

III.

NORWAY:- The position in Norway is more difficult than in the two above-mentioned countries. Norway is not a rich country and the Jewish population is only 1,300, most of whom are living in very modest circumstances. I shall endeavour to arrange that a number of trainees who have finished their period of training in Denmark and Swedenm, but are not yet able to emigrate, shall be allowed temporary residence in Norway. In Oslo, I conferred with the following gentlemen: Rabbi Dr.Samuel, Mr.Odd Nansen (son of Fritjof Nansen and Head of the Nansen Help), the Chairman of the Trade Union for Agricultural Workers, the Chairman of the Refugee Committee of the Labour Party, the Director of the Department for Agriculture, the Head of the Juridical Department of the Government, Mr.Platou who was a Delegate for Norway at the Evian Conference, and a number of Jewish and non-Jewish personalities. I formed a Committee for Trainees in Norway and asked the Government to grant permission for the primary admission of 50 trainees.

A decision on this question will be given by the Government, and Mr.Platou promised to let us have the Government's reply within a very short time.

I reached an agreement in Holland, where all Committees are overburdened with work in aid of German refugees, to increase, ~~maximum~~ by 145, the number of trainees in private establishments. Another 100 trainees could be brought to Holland, if sufficient money could be raised for new installtions in the Werkdorf.

** To facilitate the work of bringing children to Denmark and Sweden it would be of great value if the British Committees would put themselves into communication with the Committees in Copenhagen and Stockholm in order to give them information regarding permits granted by the British Government and to advise them of the arrangements being made for the children.

London, 9.12.1938. S.A-R.

WOBURN HOUSE.

S.ADLER-RUDEL.

UPPER WOBURN PLACE.

TELEGRAPHIC ADDRESS:
INLAND: "MIGRATE, KINCROSS, LONDON."
CABLEGRAMS: "MIGRATE, LONDON"

LONDON, W.C.1.

Neue Reise Notizen

1. Februar, 1939.

REISENOTIZ BETREFFS HOLLAND.

Waehrend meines Aufenthaltes in Amsterdam, der vom 27. 1. - 30. 1. 1939 dauerte, habe ich teilgenommen:

(1) an einer Sitzung der Vereeniging Tot Vakopleiding Van Palestina-Pioniers in Deventer, die am 28.1. in Deventer stattfand. Wir trafen eine Vereinbarung zur Unterbringung und Zuschuss laut Anlage (1)

(2) Am 29.1.1939 habe ich an einer Sitzung des Board des Werkdorfes Nieuwesluis teilgenommen, in der die Frage der Vergroesserung des Werkdorfes behandelt wurde, In dieser Sitzung, an der auch Herr Dr.Baeck teilnahm, wurde die Absicht mitgeteilt, dem Werkdorf ein unter selbstaendiger Leitung stehendes Kinderdorf fuer 300 Kinder anzugliedern, dessen Leitung und Finanzierung vom Werkdorf unabhaengig zu erfolgen hat. Betreffs Aufnahme und Zuschuss habe ich in einer Unterhaltung mit Frau van Tijn und Direktor Katznelson in Gegenwart von Herrn Dr.Baeck, Vereinbarungen laut Anlage No.II getroffen.

(3) Am 29.1.1939 hatte ich eine Besprechung mit der Leitung des "Dath Waarets", in ~~denen~~ der ich ebenfalls Vereinbarungen ueber Zuschuss laut Anlage III getroffen habe.

(4) Am 29.1.1939 abends hatte ich eine Besprechung mit den Vertretern der Agoedas Jisroel in Nederland, Enschede, in der Vereinbarungen laut Anlage No.IV getroffen wurden.

Auf Grund dieser Besprechungen und Vereinbarungen ergibt sich nunmehr folgendes:

TELEPHONES: EUSTON 3925/3926

Die Zahl der von der Regierung genehmigten Paetze ist:

Fuer das Werkdorf:	265	Plaetze	
monatlicher Zuschuss pr.Kopf Ł 2.5.0	=		Ł596.5.0
Fuer die Vereeniging:.....	225		
monatlicher Zuschuss pr.Kopf Ł1.0.0	=		"225.-.-
Fuer die Agoedas Jisroel.....	70		
monatlicher Zuschuss pr.Kopf Ł1.10.0	=		"105.-.-
Fuer den "Dath Waarets":.....	60 "		
monatlicher Zuschuss pr.Kopf:			
a) Jungen 44 à Ł2.0.0	" 88.-.-		
b) Maedchen 16 à Ł2.5.0	" 36.-.-		
Plaetze:	620		Ł1,050.5.0

Eventuelle Belastung zu Ende des Jahres:

I. Vereeiniging Tot Vakopleiding,Deventer Fl.1,000 - Fl.1,500
= ca. Ł 120 - Ł180.-

II.Werkdorf Nieuwesluis, Fl.500.- = " Ł 60.-

III.Dath Waarets" Amsterdam Fl.500.- = " Ł 60.-

IV. Agoedas Jisroel, Enschede "500.- = " Ł 60.-

Alle Vereinbarungen, sofern sie von den oben genanntem Organisationen bestaetigt werden, treten am 1.Februar 1939 in Kraft und gelten bis 31.Dezember 1939.

NOTE RE ARRANGEMENTS ON TRAINING ABROAD

A. HOLLAND:

The following five organisations are dealing with the training work in Holland:

1) STICHTING JOODSCHE ARBEID, WERKDORP NIEUWESLUIS, SECRETARIAT: Amsterdam, Lijnbaansgracht 366. :

All trainees are placed at the Werkdorp, partly as agriculturists and partly as artisans.

The central organisations are paying as follows:

for a group of artisans	RM.60.-p.month p.head
for a group of agriculturists	RM.45.-p.month p.head
for another group of agriculturists	RM.30.-p.month p.head
for a group of artisans and agriculturists	£2.5/0 each p.head p.month.

New arrangements will have to be made shortly in order to regulate the payment and to establish a price unit in one currency.

2) TRAININGSAUSSCHUSS FUER JUGENDLICHE IN HOLLAND, SECRETARIAT: AMSTERDAM, Lijnbaangracht 366:

The central organisations are paying

£50.- per month.

to enable this organisation to bring an additional number of 75 children for training in Holland, who are too old for the organisations dealing with children.

3) VEREENIGING TOT VAKOPLEIDING VAN PALESTINA-PIONIERS , DEVENTER, Sandrasteeg 5.:

The Vereeniging places trainee in agriculture and as artisans. A Hostel in Deventer has been established, so that the trainees can be accomodated for the first few weeks, until training places have been found.

The Central organisations are paying £1.p.head p.month, the balance being provided by local collections.

4) AGOEDAS JISROEL IN NEDERLAND, Enschede, Noorderhagen 1B:

The trainees are working with individual farmers, but live together at a Hostel.

The central organisations are paying£1.10.0 p.head p.mon the balance being provided by local collections.

5) "DATH WAARETS", VEREENIGING TOT BEHARTIGING VAN DE BELANGEN VAN MIZRACHISTISCHE CHALOETSIM IN NEDER-LAND, AMSTERDAM, SECRETARY: Miss R.Louvenberg, Amsterdam, Pl.Parklaan 8: (Misrachi)

The trainees are working with individual farmers but live together at a Hostel.

The central organisations
are paying: £2. per month per head for boys
£2.5.-" " " " " girls.

All figures mentioned above are based on arrangements made at the beginning of 1939, but it was understood that the central organisations will grant additional payments during the year for unforseen circumstances, and it was also given to understand that in case of a deficit the various organisations should receive between £60 to £180 at the end of the year.

B. DENMARK:

The following Committee is dealing with the training work in Denmark:

KOMITEEN FOR DE JODISKE LANDVAERNSELEVER,
SEKRETARIATET: Julius Margolinsky, Kopenhagen,
Gothersgade 145:

All trainees are places with individual farmers or with fishermen. There are also two orthodox groups, one for the Agoda and one for the Misrachi, who live together at a hostel, but work with individual farmers.

The central organisations are paying £1. per head p.month and an additional £10. per month, the balance being provided by local contributions. They were given to understand that in exceptional circumstances the Committee could apply for a further grant.

C. SWEDEN:

A special training centre is established in Finja under the name of " HACHSCHARAH I SVERIGE, KIBBUZ SVARTINGSTORP ", FINJA, Sweden, and two hostels for orthodox trainees are provided. The training centre has 50 trainees, all the others are placed with individual farmers.

The central organisations are paying £1.per head p.month but there are always some vacancies kept which vary each month. In the event of unforseen circumstances, special arrangements regarding the required money have to be made with Dr.Emil GLUECK, REGIMENTSVETERINAER, HELSINGBORG, Eric Dahlberg-gaten 73.

D. POLAND:

An agreement was reached with the Coordinating Committee of the Chaluz Organisations, Warsaw, Gesia 14 and the Towarzystwo Opieki nad Chalucami "EZRA", Krakow, Grodzka 9, to place several hundred German refugees at the existing training centres.

The central organisations are paying Zl.10.p.month p.head, but these arrangements will have to be altered shortly.

E. ENGLAND:

The Home Office has granted permits for 1,500 trainees and a sum of £53,750 was allocated by the Council for German Jewry, London, to cover the expenses; and additional sum has been provided by local Committees.

15, (fifteen) training centres with 500 vacancies have been established; 300 (threehundred) trainees have been placed with individual farmers and the placing of the remaining 700 trainees is in preparation.

The following three Committees are dealing with the training work in England:

(1) The Agricultural Sub-Committee of the Co-ordinating Committee, which is responsible for negotiations with the Government and Trade Unions.

(2) The Agricultural Training Committee of the Council for German Jewry, which is responsible for the investigation of all schemes financed by the Council for German Jewry and for the placing of non-Zionist trainees.

(3) The Zionist Agricultural Training Committee, which is supervising the Zionist training centres.

F. The Central Organisations are paying, in Holland an Denmar £25.- each per month for a group of people, who assist the Committees and organisations in the work.

G. All Committees and Organisations have to furnish monthly lists containing the names of the trainees, and payments are made according to these lists.

23/6/1939.

REFUGEES IN ENGLAND.

NOTE FOR THE MEETING CALLED BY THE AMERICAN JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE AND THE HICEM, PARIS, ON THE 22nd AUGUST, 1939, in PARIS.

I.

England, das seit dem Jahre 1933 bereits eine erhebliche Anzahl von Fluechtlingen aus Deutschland und Oesterreich aufnahm, ist in den letzten Monaten zu einem ueberaus wichtigen Faktor in der Hilfsarbeit fuer Fluechtlinge in Europa ueberhaupt geworden. Die oeffentliche Meinung hat sich in den letzten Monaten wiederholt mit dem Problem der Fluechtlinge beschaeftigt. Die fuehrenden Tageszeitungen haben in Leitartikeln die Tendenz der Regierung, den Fluechtlingen zu helfen, Anerkennung gezollt. Die wiederholten Debatten zum Fluechtlingsproblem, die in beiden Haeusern des Parlaments stattfanden, erbrachten erneut den Beweis, dass England bestrebt ist, seiner Tradition, Fluechtlingen und Verfolgten Aufnahme und Schutz zu bieten, treu zu bleiben. Diese im allgemeinen als guenstig anzusehende Stimmung der oeffentlichen Meinung darf jedoch nicht ueber die Tatsache hinweg taeuschen, dass England keineswegs als ein Einwanderungsland betrachtet werden kann. Seine eigentliche Funktion kann nur die eines Durchgangslandes sein. Und um auch in dieser Funktion keine Stoerungen eintreten zu lassen, ist es dringend erforderlich, der englischen Regierung und der englischen Oeffentlichkeit zu zeigen, dass die fuer die Fluechtlinge verantwortlichen Organisationen bestrebt bleiben, die Weiterwanderung unausgesetzt durchzufuehren.

Der Council for German Jewry und die ihm angegliederten Organisationen wie das German Jewish Aid-Committee, Movement for the Care of Children from Germany, Agricultural Training Committee, Professional Committee, sind der Regierung gegenueber fuer den groessten Teil der in England befindlichen Fluechtlinge verantwortlich.

Diese Verantwortung ist sowohl eine moralische als auch eine finanzielle. Moralisch in den Sinne, dass der Council bestrebt ist, darauf zu achten, dass keine Beeintraechtigung der Interessen Englands aus der Zulassung der Fluechtlinge erwaechst; finanziell in dem sie die Verantwortung dafuer uebernahmen, dass die Refugees in keiner wie immer gearteten Form zu einer Belastung der oeffentlichkeit werden.
Die englischen Behoerden haben bis jetzt in dankenswerter Weise die Bemuehungen des Council for German Jewry, Ordnung in der Refugee-Frage zu halten, anerkannt und sogar einer erheblichen Anzahl von Fluechtlingen die Erlaubnis gegeben, durch Ausuebung einer Taetigkeit fuer ihren Lebensunterhalt zu sorgen (selbstaendige Geschaeftsleute, Domestic-worker, Trainees, Clerks).

II.

Bis zum 31.12.1938 waren in England gemeldet:

Fluechtlings aus	Deutschland.....	14,604
"	" Oesterreich	4,915
		19,519
Im gleichen Zeitraum wanderten aus:.....		6,044
Demnach befanden sich am 1.1.39 in England:		13,475
In den ersten 6 Monaten des Jahres 1939 registrierten sich beim German Jewish Aid Committee in London		22,948
In den ersten 7 Monaten des Jahres 1939 wurden im Kitchener Camp untergebracht.....		2,500
Durch das Movement for the Care of Children from Germany wurden im selben Zeitraum untergebracht		7,752
so dass zum 1.August 1939 ..... Fluechtlinge in England aufgenommen wurden.		46,675
Von diesen wanderten in den ersten 6 Monaten		2,018 weiter
mithin war ein Bestand am 1.8.1939 von.....		44,657

In der Zahl von 22,948 der seit dem 1.1. - 1.7.1939 registrierten Fluechtlinge befanden sich:

2,652 Trainees
6,625 Domestic Workers
363 Personen mit Special Permits.

Die Zahl der von German Jewish Aid Committee unterstuetzten Personen betraegt ungefaehr 5,000. Die Ausgaben des German Jewish Aid Committee fuer die ersten 6 Monate betrugen:

(1)	Grants for Maintenance	
	a) weekly and occasional grants	£75,861
	b) other grants	" 5,649
	c) grants made to Sub-Committees.....	" 9,930
(2)	Training & Education	" 4,152
(3)	Emigration	"37,161
(4)	Resettlement	" 8,083
(5)	Organisation & Administration	"42,300
Total:		£183,136

Zu dem vorstehend erwaehnten Betrag von £183,136.- muessen hinzugefuegt werden:

Ausgaben des Movement for the Care of Children	"38,407.-
" " Agricultural Training Committee	"15,000.-
so dass die Gesamtausgaben betrugen:.....	£236,543.-
Kitchener Camp.....	£36,852.
	£273,395

III.

Die Rechtslage der Fluechtlinge ist insofern festgelegt, als sie schon bei ihrer Ankunft in England nach verschiedenen Kategorien gegliedert sind und zwar:

(1) Domestic-workers ohne zeitliche Begrenzung und ohne Nachweis einer Weiterwanderungsmoeglichkeit.

(2) Trainees, mit zeitlicher Begrenzung bis zu 2 Jahren und einem Depot von £100 fuer entstehende Kosten.

(3) Kinder, unter Garantie von Privatpersonen oder Verantwortung des Movement for the Care of Childr

(4) Personen zwischen 18 und 60, gegen Nachweis einer Garantie und Nachweis der Weiterwanderungsmoeglichkeit.

(5) Personen ueber 60 Jahre, gegen Nachweis einer Garantie ohne zeitliche Begrenzung.

Diese Kategorien sind bereits auf Grund der Einreiseerlaubnis festgelegt und eine Aenderung nur in Einzelfaellen mit ausserordentlichen Schwierigkeiten durchfuehrbar.

IV.

Ueber die Aussichten fuer Weiterwanderung koennen detaillierte Angaben nicht gemacht werden., es ist aber anzunehmen, dass die Weiterwanderung fuer die naechsten Monate alle Kategorien umfassend, ungefaehr 500 Personen monatlich betragen wird.

V.

Irgend eine finanzielle Hilfe der englischen Regierung ist bisher nicht bewilligt worden.

VI.

Das vorhandene Kitchener Camp in Richborough wird bis Ende August mit ungefaehr 3,500 Personen voll belegt sein. Eine Aufnahme in das Camp erfolgt fuer Personen im Alter von 18 - 45, sofern sie koerperlich gesund sind und den Nachweis einer Weiterwanderungsmoeglichkeit innerhalb eines Jahres erbringen koennen. Nach Fertigstellung der Bauarbeiten im Camp, bei denen die Fluechtlinge mit gearbeitet haben, wird mit der Einrichtung verschiedenen Trainingswerkstaetten begonnen, die allen hierfuer infrage kommenden Fluechtlingen die Moeglichkeit zur Erlernung eines Berufes in Handwerk, Landwirtschaft oder Gartenbau geben soll.

VII.

Angaben ueber die berufliche Gliederung der Fluechtlinge koennen zur Zeit nicht gegeben werden, es kann aber gesagt werden, dass eine erhebliche Anzahl landwirtschaftliches oder handwerkliches Training erhalten haben oder noch erhalten.

9/8/1939. S.A.-R.

TRAINING AND RETRAINING OUTSIDE GERMANY

REPORT FOR THE YEAR 1939.

(1) In order to facilitate the emigration of Jews from Germany it was decided in the middle of 1933 to transfer part of the training and retraining centres for young people to various European countries. The difference between this enterprise and other measures taken on behalf of refugees is, that it is an organised one and comprises only persons who had been trained for a time in Germany and who, for special reasons, had to leave Germany before emigrating to the country of final destination.

(2) The scheme was based on the following principles:

(a) In the various countries of training, Committees were set up, under the direction of leading Jewish personalities who made themselves responsible to the Governments and undertook to arrange the financial side of the enterprise.

(b) The Committees guaranteed to the authorities that the trainees would remain in the countries concerned for a limited period only (usually 18 months), and that they would comply with all the regulations of the country.

(c) The central Jewish organisations, the AMERICAN JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE and the CENTRAL COUNCIL FOR JEWISH REFUGEES pledged themselves to raise the additional sums necessary for the training work which could not be collected locally, in order that the trainees would not become a charge on public funds.

In accordance with these principles training centres were established between 1933 - 1939 in Belgium, Denmark, England, France, Holland, Italy, Yugoslavia, Latvia, Lithuania, Luxemburg, Poland and Sweden.

However, in the course of time many training centres had to be dissolved on account of the political developments, and, at the beginning of 1939, only Denmark, Holland and Sweden were left; at the end of 1939 England was included in the training scheme.

(3) Since this measures were instituted in 1933, until December 31st,1939 9,213
young people received their training and retraining in the various centres outside Germany, of whom 5,404
were able to emigrate, so that on January 1st, 1940 3,809
========
young people were still in training in the four countries mentioned above.

(4) The year 1939 was of vital importance to the development of the work. Through the occupation of Austria and Czecho-Slovakia by Germany and after the November Pogrom in 1938 it was an urgent necessityto Place at once as many young people as possible in countries outside Germany; this could only be done after the training work was extended to England, and after the Committees in Denmark, Holland and Sweden had succeeded in obtaining the necessary permission from their Governments for a considerable increase in the number of trainees in these countries.

Another new feature of the work was that, while up to 1938 only young people over 18 were trained outside Germany, in 1939 a number of boys and girls between 14 and 17 who were to be emigrated with the help of the Youth Aliyah to Palestine were for the first time being included in the training scheme.

TABLE I

1.1.1939 - 31.12.1939

COUNTRY	NUMBER 1.1. 1939.	ARRIVALS DURING 1939	TOTAL 1939	EMIGRATED DURING 1939	STILL IN TRAINING 31. 12.1939
DENMARK	230	598	828	137	691
SWEDEN	168	347	515	99	416
HOLLAND	362	646	1,008	348	660
ENGLAND	-	1,731	1,731	70	1,661
POLAND	36	398	434	53	381
CZECHO-SLOVAKIA	14	-	14	14	-
ITALY	51	-	51	51	-
YOUGOSLAVIA	88	-	88	88	-
Total:	949	3,720	4,669	860	3,809

(5) Table I shows the numerical development during the year 1939. It can be seen from these figures that on January 1st, 1939, 949 young people were being trained in the various countries; 3,720 more trainees arrived in the course of the year, so that a total of 4,669 people were trained during 1939, out of whom 860 could be emigrated; on January 1st,1940 3,809 people were still in training.

381 of the trainees who were in training centres in Poland, have had a tragic fate. The majority were of Polish nationality and although they had lived for many years in Germany - some of them were born there - they were amongst those who were deported from Germany to Poland at the end of 1938. After they had spent several weeks in camps in "Noman's land" between the Polish-German frontiers, the Central Organisations, American Joint Distribution Committee and Central Council for Jewish Refugees rendered financial assistance and , in co-operation with the Hechaluz organisations in Poland the people were able to resume their training in Poland. Up to the outbreak of war 53 were emigrated to Palestine, 381 were trapped by the war and had to leave their training places. More than half succeeded in reaching Lithuania after having walked long distances; a large number remained in those parts of the country which were either occupied by the Germans or Russians, some of the trainees were killed.

Table I shows further that the training centres in Czecho-Slovakia, Italy and Yugoslavia had to liquidate and that, by the end of 1939, the number of training centres was reduced from 8 to 4, whereas the number of trainees was multiplied fourfold by the end of 1939.

TABLE II

1.1.1939 - 31.12.1939

COUNTRY	TO:EUROPEAN COUNTRIES	PALESTINE	OVERSEAS COUNTRIES	TOTAL
DENMARK	55	66	16	137
SWEDEN	30	40	29	99
HOLLAND	50	246	52	348
ENGLAND	-	59	11	70
POLAND	-	53	-	53
CZECHO-SLOVAKIA	-	5	9	14
ITALY	19	32	-	51
YOUGOSLAVIA	31	57	-	88
Total:	185	558	117	860

(6) Table II shows that out of a number of 860 trainees emigrated, 558 (about 65%) went to Palestine, 117 (about 14%) to other countries overseas, particularly to the U.S.A., and 185 (about 21%) to European countries. In some cases it only meant the continuation of the training in other countries, and in others the reunion with parents or relatives who were following them to one of the European countries.

(7) In the course of time it was essential to adapt the training to the conditions of the various countries and also to consider the financial assistance which was available for this purpose.

TABLE III

1.1.1939 - 31.12.1939

COUNTRY	CENTRES (CAMPS)	SETTLE-MENTS	PRIVATE MASTERS	PRIVATE FARMERS	TOTAL
DENMARK	-	60	-	631	691
SWEDEN	38	128	-	250	416
HOLLAND	375	44	134	107	660
ENGLAND	925	121	-	615	1,661
POLAND	381	-	-	-	381
Total	1,719	353	134	1,603	3,809

Table III shows the various forms of training. It appears from it that 1,719 (about 45%) trainees have been placed in training centres which have been established for that specific purpose. 353 trainees (about 10%) have been placed in settlements, that is, they live in houses which have been rented for them but during the day they work with farmers in the neighbourhood, or, as far as artisans are concerned, they go to the towns. 1,603 trainees (about 42%) have been placed with individual farmers. That does not mean, however, that it is always the same trainees who work for individual farmers or who stay in the training centres because, according to the prevailing conditions, it is often necessary to move trainees from the training centres and place them with farmers in order to make room for those coming to the centres. For financial reasons it is desirable to place as many trainees as possible with individual farmers, always having regard to the regulations of the country in question:- some countries do not allow them to receive wages and in other countries they are not allowed to accept unpaid work. 134 trainees (about 3%) are being trained with artisans in the towns.

TABLE IV

1.1.1939 - 31.12.1939

COUNTRY	AGRICULTURE	CRAFTS	DOMESTIC SCIENCE	OTHER	TOTAL
DENMARK	608	7	76	-	691
SWEDEN	416	-	-	-	416
HOLLAND	358	155	134	13	660
ENGLAND	1,661	-	-	-	1,661
POLAND	341	-	40	-	381
Total	3,384	162	250	13	3,809

(8) Table IV shows how many persons are trained in the various callings. Thus, 3,384, or more than 89% were trained in agriculture. The reason why the majority of the persons were trained in agriculture is that that calling is most suitable for carrying through organised emigration to Palestine and other overseas countries, and that the training facilities and cost of training in agriculture are more favourable than in other callings. Experience has shown that training persons as artisans is, as a rule, three times as costly then training them as agriculturists, and that the former is a far longer training which adds to the cost. It has to be understood that agricultural training includes horticulture and dairy farming. It was generally intended to give a good all-round training; in many cases the pupils received a specialised training in horticulture , or, as has been the case in Holland, in dairy farming.

On the day when the Census was taken, 250 girls (about 6,5%), were doing domestic work, partly as house-keepers and cooks in the training centres and partly in the settlements. Care is taken that all the girls who are training in agriculture do domestic work for a specified period. Only 162 (about 4%) are trained as artisans, partly because of the costs involved and partly because the regulations and technical possibilities are much more unfavourable than for a training in agriculture. 13 trainees (about ½%) are trained neither as agriculturists nor as artisans. They are trained as nurses and in paedagogic work either because they have special talents in that direction or because they are physically unfit for manual work.

TABLE V

31.12.1939

COUNTRY	MALE	FEMALE	TOTAL
DENMARK	615	76	691
SWEDEN	326	90	416
HOLLAND	499	161	660
ENGLAND	1,202	459	1,661
POLAND	260	121	381
TOTAL	2,902	907	3,809

(9) Table V shows that about 76% men and 24% women were in training on January 1st,1940. The small percentage of women who were trained in countries other than Germany is due to the fact that the working conditions for women in

Germany are more favourable for them than they are for men and also that they are not so much subject to persecution.

TABLE VI
1937 - 1939

YEAR	NUMBER OF TRAINEES	CONTRIBUTIONS OF CENTRAL ORGANISATIONS	LOCAL & PRIVATE CONTRIBUTIONS $	TOTAL $
1937	1,361	46,246.-	59,301.-	105,547.-
1938	1,493	48,312.-	90,459.-	138,771.-
1939	4,669	129,008.-	328,694.-	457,702.-

(10) Table VI shows the financial development of the training work during the years 1937, 1938 and 1939. With the increase in the number of trainees from 1,361 in 1937 to 4,669 in 1939 the expenses rose considerably. As set out in table VI, the Central Organisations contributed about 44% of the total costs in 1937; this rate decreased to about 35% in 1938 and still further decreased to about 28% in 1939, in spite of the fact that the financial obligations of the Central Organisations had to be greatly extended. When considering the increase in the proportion of the local and private contributions it must not be overlooked that this is mainly due to the fact that, although England pays one third of the expenses of the Central Organisations, the committees here must be regarded as local organisations as far as the training work in England is concerned.

TABLE VII.

1.1.1939-31.12.1939

COUNTRY	CASH & BANK BALANCES & LOCAL RECEIPTS $	RECEIPTS FROM ABROAD $	TOTAL RECEIPTS WITH BALANCES $
DENMARK	9,651.-	24,326.-	33,978.-
SWEDEN	14,199.-	14,590.-	28,789.-
HOLLAND	89,984.-	75,865.-	165,849.-
ENGLAND	214,859.-	-	214,859.-
POLAND	-	14,225.-	14,225.-
Total	328,693.-	129,006.-	457,700.-

(11) Table VII shows the amount of money raised through local collections and private contributions, the contributions made by the Central Organisations and the total amount of money raised in all countries. It appears from this table that the Central Organisations contributed ₰129,006, of which two-third were paid by the American Joint Distribution Committee and one-third by the Central Council for Jewish Refugees. Appreciation must be expressed to the Office of the American Joint Distribution Committee in Paris for undertaking to carry through the technical side of the work in making the payments and to the Central Council for Jewish Refugees which through their office gave every facility to carry through the work of administration.

TABLE VIII

1.1.1939 - 31.12.1939

COUNTRY	MAINTENANCE AND OTHER EXPENSES ₰	EMIGRAT. EXPENSES ₰	TOTAL FUNC-TIONAL ₰	ADMINI-STRATION EXPRESS ₰	TOTAL FUNCTIONAL AND ADMINIS. ₰
DENMARK	19,283.-	7,693.-	26,976.-	5,198.-	32,174.-
SWEDEN	18,371.-	6,573.-	24,944.-	2,656.-	27,600.-
HOLLAND	146,858.-	8,620.-	155,478.-	17,879.-	173,357.-
ENGLAND	181,225.-	9,450.-	190,675.-	24,184.-	214,859.-
POLAND	14,225.-	-	14,225.-	-	14,225.-
TOTAL	379,962.-	32,336.-	412,298.-	49,917.-	462,215.-

(12) Table VIII shows the total expenditure of all countries; out of a total of ₰462,215.- a sum of ₰379,962.- has been spent on maintenance and other personal needs of the trainees . The emigration expenses amounted to ₰32,336.-. A sum of ₰49,917.- (about 10% of the total expenditure), has been spent on administration. Such low administration expenses were only possible in view of the fact that most of the work was carried out by voluntary helpers and that only persons doing clerical work were paid salaries. Stress was laid upon to avoid the setting up of costly organisations and to leave the supervision of the work in charge of small Committees and honorary helpers who were personally interested in this particular kind of work. Part of the administration work was carried out by the trainees themselves.

(13) In addition to the general training, classes in foreign languages and other subjects were held in order to prepare the trainees for the conditions of the countries of destination, and as the majority was trained for Palestine, close co-operation was established with the Organisations for Jewish Pioneers for Palestine "HECHALUZ".

(14) In order to give a better summary about the way the training work is being carried out in the various countries, a few more details regarding the work of the responsible organisations are set out below:

DENMARK: The trainees are mostly placed with individual farmers. For groups of orthodox people houses have been rented where the trainees live and keep house together, but during the day they work with farmers in the neighbourhood. Two Committees are in charge of the work.

(1) KOMITEEN FOR DE JODISKE LANDVAESENSELEVER COPENHAGEN.

This Committee looks after trainees whose ages range from 18-27. The number of trainees on January 1st, 1940 was 416

(2) KOMITEEN FOR UNGDOMS, COPENHAGEN

which looks after children between 15 - 17 and cooperates closely with the YOUTH ALIYAH. The number of trainees on January 1st,1940 was.... 275

The Danish organisations raised through local collections	$ 9,651.-
The Central Organisations contributed	$24,326.-
The total expenditure amounted to	$32,174.-

SWEDEN: In Sweden the training work is carried out on almost equal lines as in Denmark. Beside placing trainees with individual farmers, a training farm, HAESELHOLM, which has room for about 40 trainees, was established.

Two Committees are in charge of the work:

(1) Organisation HACHSCHARAH IN SWEDEN, HAELSINGBORG,

which looks after trainees between 18 and 27 years of age. The number of trainees on January 1st, 1940 was 296

(2) STIFTELSE FOER LANTBRUKSUTBILDING AV UNGDOM, STOCKHOLM?

Which is mostly concerned with placing YOUTH ALIYAH children. The number of trainees on January 1st, 1940 was 120

The Swedish organisations raised locally.....	$13,212.-
The Central Organisations contributed.....	$14,590.-
The total expenditure amounted to	$27,600.-
The collection for the YOUTH ALIYAH children up to the end of 1939 raised the sum of	$11,250.-

Negotiations as to whether the Central Organisations will participate in the expenditure for the Youth Aliyah children are still pending.

HOLLAND: The training work in Holland was extended year after year. Four Committees are in charge of the work:

(1) STICHTING JOODSCHE ARBEID, AMSTERDAM

Tribute has to be paid to the splendid work of this Committee which, by establishing the WERKDORP in WIERINGEN, enabled young Jewish people from Germany not only to prepare themselves for their future life in countries overseas, but also to give proof of their creative strength if given a fair chance to do real pioneer work. The number of trainees on January 1st,1940 was 282
The WERKDORP is the largest training centre which not only trains agriculturists but also artisans.

The STICHTING has raised through local collections a sum of ƒ56,980.-
The Central Organisations contributed. ƒ58,097.-
The total expenditure amounted to ƒ128,963.-

(2) VEREENIGING TOT VAKOPLEIDING VAN PALESTINA PIONEERS, DEVENTER,

This organisation is particularly concerned with offering their pupils a very thorough agricultural training which is being carried out by placing them with individual farmers. The number of trainees on January 1st, 1940 was 193

The organisation raised locally..... ƒ15,982.-
The Central Organisations contributed..... ƒ 9,005.-
The total expenditure amounted to ƒ27,045.-

(3) "DATH WAARETS" TOT BEHARTIGING VAN DE BELANGEN VAN MIZRACHISTISCHE CHALOETSIM IN NEDERLAND, AMSTERDAM

is the organisation which looks after orthodox Zionists. The number of trainees on January 1st,1940 was 69

The organisation raised locally ..... ƒ 5,527.-
The Central Organisations contributed..... ƒ 5,479.-
The total expenditure amounted to ..... ƒ 9,305.-

(4) AGOEDAS JISROEL, in ENSCHEDE

also looks after a group of orthodox trainees.
The number of trainees on January 1st,1940 was 56

The organisation raised locally ..... ƒ 5,284.-
The Central Organisations contributed..... ƒ 3,282.-
The total expenditure amounted to ..... ƒ 8,044.-

ENGLAND: When England was included in the training scheme it was a great asset to the work. It was particularly due to the efforts of the CENTRAL COUNCIL FOR JEWISH REFUGEES, London that, at the beginning of 1939, permission of the authorities was obtained to place 1,500 agricultural trainees in England. An Agricultural Committee was set up under the auspices of the Central Council for Jewish Refugees, whose task it is to look after these trainees.

The number of trainees placed through this Committee during 1939 either in specially set up training centres or with farmers, was 1,281

The Agricultural Committee is being financed by the Central Council for Jewish Refugees. On equipment, maintenance and administration during 1939 the Committee has spent a sum of £127,624.-

The Organisation BRITISH COUNCIL OF THE YOUNG PIONEER MOVEMENT FOR PALESTINE

has placed 450
YOUTH ALIYAH children on specially established training farms.

For equipment, maintenance and administration the organisation raised with the help of the WOMEN'S APPEAL COMMITTEE a sum of ..... £ 41,782.-

For WHITTINGEHAME FARM SCHOOL, a special enterprise, a sum of ..... £ 36,000.-
has been expended.

****

The above table may show the number of those who were trained in the various countries, and the amount of money which was needed to carry out the work in aid of the young Jewish people from Germany, Austria and Czecho-Slovakia who, through no fault of their own, were forced out of their countries, yet they say very little about the immense work and trouble involved and about the sacrifices the Committees in Denmark, Sweden, Holland and England had to make.

Without such sacrifices it would have been impossible to carry out the task and it is greatly appreciated and thaks is expressed to all those who took part in this work.

THE AMERICAN JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE

and THE CENTRAL COUNCIL FOR JEWISH REFUGEES

the two Central Organisations, have shown great understanding for these productive methods and, in granting considerable sums of money, made possible the salvation of about 10,000 young people. Thanks to their co-operation the additional sums which were needed for the work, could be raised in the various countries.

THE JEWISH AGENCY FOR PALESTINE

has taken a special interest in the training work and when certificates for Palestine are distributed, gives preference to those who have been trained in the various training centres.

The fact that the training could be carried out so effectively bears in itself a tribute to the leading personalities of all the Committees concerned.

****

April 1940

S.Adler-Rudel.

AUSLANDSHACHSCHARAH IM JAHRE 1938

I

Die politischen Ereignisse des Jahres 1938 wirkten sich auch auf die Auslandshachscharah aus und machten ihre Weiterfuehrung erheblich schwieriger, als man zu Beginn des Jahres annehmen konnte. Waehrend die Einbeziehung Oesterreichs und des Sudetengebietes in das Deutsche Reich die Zahl derer vergroesserte, die zur Fortsetzung und Beendigung ihrer Ausbildung in auslaendischen Ausbildungsstaetten untergebracht werden mussten, verminderte die antisemitische Einstellung Italiens nicht nur die Zahl der bisher zur Verfuegung stehenden Ausbildungsmoeglichkeiten, sondern es mussten sogar die dort zu Beginn des Jahres untergebrachten 145 Personen teils zur Auswanderung nach Palaestina, teils zur Beendigung ihrer Ausbildung nach anderen Laendern gebracht werden. Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, konnten nur mit groesster Muehe und erheblichen Opfern ueberwunden werden.

Eine besondere Erschwerung der Liquidation in Italien ergab sich daraus, dass, als ein Teil der aus Italien Ausgewiesenen nach Jugoslavien gebracht wurde, auch die dortige Regierung zu schaerfsten Massnahmen gegen auslaendische Juden griff. Es mussten daher nicht nur die aus Italien Ausgewiesenen sofort weiterbefoerdert werden, sondern, um die Ausweisung der sich in Jugoslavien in Hachscharah befindlichen Personen zu verhindern, musste der Regierung die Liquidation der Hachscharah in Jugoslavien innerhalb einiger Monate zugesagt werden. Diese Liquidation wird im Laufe des Jahres 1939 beendet sein, sofern nicht neue Massnahmen seitens der Polizeibehoerden ein schnelleres Tempo der Liquidation erzwingen.

Der November-Pogrom in Deutschland, in dessen Verlauf eine grosse Anzahl der Ausbildungsstaetten geschlossen und deren Insassen in Konzentrationslager gebracht wurden, stellte der Auslandshachscharah die Aufgabe, sofort neue Plaetze zu schaffen und alles zu tun, um eine moeglichst weitgehende Ausdehnung des Ausbildungswerkes im Ausland zu ermoeglichen. Das charakteristische Merkmal der Arbeit im Jahre 1939 war es demnach, dass das Beduerfnis nach neuen Ausbildungsplaetzen im Ausland erheblich vergroessert wurde, waehrend die Moeglichkeiten durch den Wegfall Italien, Jugoslavien und der Tschecho-Slovakei sich wesentlich verminderten.

II

Der zahlenmaessige Verlauf der Auslandshachscharah waehrend des Jahres 1938, ihre Verteilung auf die verschiedenen Laender und ihre geschlechtliche Gliederung sind in der nachstehenden Tabelle I enthalten:

Tabelle I

Land	Stand 1.1.38	Zugang 1938	Umfang 1938	Abgang 1938	mnl.	wbl.	Stand 1.1.1939
Danemark	175	152	327	97	195	35	230
Schweden	73	142	215	47	137	31	168
Jugoslav.	122	71	193	105	71	17	88
Italien	145	66	211	160	37	14	51
Belgien	11	19	30	30	-	-	-
Cz-Slov.	17	12	29	15	12	2	14
Holland	231	221	452	90	292	70	362
Polen	-	36	36	-	29	7	36
Total:	774	719	1493	544	773	176	949

Wie aus den Zahlen dieser Tabelle zu ersehen ist, haben sich sowohl der Gesamtumfang der im Jahre 1938 von der Auslands-hachscharah erfassten Personen, als auch der Stand zu Ende des Jahres 1938 erheblich vergroessert. Zu den 774 Personen, die sich am 1.1.1938 auf Auslandshachscharah befanden, kamen 719 Personen hinzu, d.h. im Jahre 1938 gingen 1493 durch die Aus-landshachscharah, gegenueber 1361 im Jahre 1937. 544 Personen beendeten ihre Ausbildung und konnten zur Auswanderung gebracht werden, so dass zum Ende des Jahres 1938 sich 949 Personen in Ausbildung innerhalb der Auslandshachscharah befanden. Die Vermehrung ist im wesentlichen erst im letzten Vierteljahr er-folgt, als die Ereignisse sie ohne Ruecksicht auf die budgetaere Lage erzwangen. Der wesentliche Teil der Vermehrung der Aus-bildungsplaetze im Ausland, die im November 1938 eingeleitet wurde, wird erst im Jahre 1939 voll zur Auswirkung kommen.

Bemerkenswert fuer den Stand der Auslandshachschara zu Ende des Jahres 1938 ist es auch, dass sie mit Ausnahme von Jugoslavien, wo die Liquidation noch nicht beendet ist, und Polen, wohin ein Teil der in ihrer Ausbildung befindlichen Chaluzim nach den November-Ereignissen zwangsweise abgeschoben wurden, in wenigen Laendern konzentriert ist und zwar in Holland, Daenemark und Schweden, wozu fuer das Jahr 1939 noch England mit einem sehr erheblichen Anteil kommen wird.

III

Die Berufsverteilung der Auslandshachscharah entspricht ungefaehr dem Stand der vorherigen Jahre. Von 949 Personen erhalten ihre Ausbildung:

728	in der Landwirtschaft
127	in der Hauswirtschaft
94	im Handwerk
949	

Wie aus diesen Zahlen zu ersehen ist, sind nur 10% im Handwerk untergebracht, ein Zustand, auf dessen Bedauerlichkeit bereits in den Verhandlungen, die zu Beginn des Jahres 1939 stattfanden, hingewiesen wurde. So bedauerlich dieser Umstand auch sein mag, eine Aenderung koennte nur durch Zuwendung sehr erheblicher Geldmittel erfolgen, denn die Erfahrung der frueheren Jahre hat gezeigt, dass die Erlangung von Ausbildungsplaetzen in der Landwirtschaft relativ billig und einfach ist. Auch ist die Dauer der Ausbildung in der Landwirtschaft wesentlich kuerzer als im Handwerk. Eine Ausbildung im Handwerk jedoch setzt fast ueberall die Schaffung von Ausbildungsstaetten voraus und die voellige Erhaltung der in Ausbildung befindlichen Personen. Die Investitionen fuer die Errichtung von Ausbildungsstaetten und die Kosten des gesamten Lebensunterhaltes sind jedoch so erheblich, dass im Interesse der Herausbringung einer moeglichst grossen Zahl junger Menschen aus Deutschland auch im Jahre 1938 keine Vermehrung der handwerklichen Ausbildungsmoeglichkeiten erfolgen konnte.

IV.

Die Gesamtkosten der Auslandshachscharah waren im Jahre 1938 hoeher als in den vergangenen Jahren. Dies ist zum Teil auf die Erhoehung der Personenzahl, sowie zum Teil auf die Liquidationskosten, die in Italien und Jugoslavien entstanden, zurueckzufuehren. Trotzdem ist der von den zentralen Organisationen - American Joint Distribution Committee und Council for German Jewry - zur Verfuegung gestellte Betrag nicht wesentlich hoeher als im Jahre 1937, wobei der Gesamtbetrag, der fuer diesen Zweck zur Verfuegung stand, nicht voll ausgenutzt wurde. Die Erhoehung der Kosten erfolgte vielmehr zu Lasten der Laender, in denen die Auslandshachscharah durchgefuehrt wird, sowie zum Teil zu Lasten der Eltern der in Auslandshachscharah befindlichen Personen. Nachstehende Tabelle II gibt einen Ueberblick ueber die Hoehe der Gesamtkosten in den verschiedenen Laendern, wobei die einzelnen Kostentraeger, sowie die Hoehe der von ihnen aufgebrachten Betraege besonders angefuehrt sind:

Tabelle II

£

Land	Inland	Ausland	Selbstzahler	Zusammen
Dänemark	1,250	2,008	-	3,258
Schweden	1,500	340	-	1,840
Cz.-Slov.	108	447	-	555
Holland	9,642	2,903	5,762	18,307
Italien	864	2,979	660	4,503
Jugoslav.	219	2,006	97	2,322
Diverse	-	53.12.2	-	53.12.2
Zusammen:	13,583	10,736.12.2	6,519	30,838.12.2

Die Erhoehung der in den Laendern aufgebrachten Betraege von £9,211.im Jahre 1937 auf £13,583. im Jahre 1938 ist nur den Umstaenden zuzuschreiben, dass es unter dem Eindruck der Ereignisse des November 1938 moeglich war, an groessere Kreise heranzukommen und ihr Interesse fuer die Auslandshachscharah, sowie ihre Gebefreudigkeit zu wecken.

Den Committees der Laender, die sich der Aufgabe der Finanzierung und Betreuung unterzogen, kann nur der waermste Dank fuer ihre Taetigkeit ausgesprochen werden. Ohne ihre wirklich unter groessten Opfern geleistete Hilfe waere es unmoeglich gewesen, die Auslandshachscharah so erheblich zu vergroessern und neue Moeglichkeiten fuer das Jahr 1939 zu erschliessen.

Es waere jedoch verfehlt, aus den Zahlen fuer das Jahr 1938 einen Schluss fuer die Zukunft zu ziehen. Die Aktionen, die zu Ende des Jahres durchgefuehrt wurden zeigten, dass zwar Moeglichkeiten gegeben sind, die Anzahl der Personen zu erhoehen, dass aber die Finanzierung der Auslands-Hachscharah fuer das Jahr 1939 viel schwieriger sein wird, und dass die zentralen Organisationen erheblich groessere Betraege zur Verfuegung stellen muessen, denn die Committees in den drei in Frage kommenden Laendern - Holland, Dänemark und Schweden - sind durch den Zustrom von Fluechtlingen so sehr belastet, dass es kaum moeglich scheint, dort nennenswerte Betraege fuer die Zwecke der Auslandshachscharah aufzubringen.

*****

4/5/1939

S.A.-R.

AUSLANDS-HACHSCHARAH IM JAHRE 1937.

Die Auslands-Hachscharah, die am 1. Januar 1937 einen Stand von 920 Personen aufwies, ist im Laufe des Jahres soweit vermindert worden, dass sie zum 31.Dezember 1937 mit einem Stand von 774 Personen abschliesst. Die Verminderung ist im wesentlichen darauf zurueckzufuehren, dass waehrend des Jahres 587 Personen aus der Auslands-Hachscharah ausschieden. Infolge des Verminderung des Budgets der Auslands-Hachscharah fuer das Jahr 1937 konnten nicht alle Plaetze , die frei wurden, neu besetzt werden.

Ein weiteres Merkmal fuer die Entwicklung der Auslands-Hachscharah im Jahre 1937 ist die Liquidation der kleineren Zentren in Frankreich, Litauen und Luxemburg. Der Versuch, der Ende des Jahres mit einer groesseren Anzahl von Personen in Polen gemacht wurde, musste infolge behoerdlicher Schwierigkeiten ebenfalls liquidiert werden.

Die Zahlen, die den Stand zu Ende des Jahres angeben, bieten kein richtiges Bild der Bewegung innerhalb der Auslands-Hachscharah im Verlaufe des Jahres 1937, denn zu dem Stand von 774 Personen, die sich zu Ende des Jahres noch in Ausbildung befanden, muessen die 587 Personen hinzugezaehlt werden, die waehrend des Jahres 1937 aus der Ausbildung ausschieden. Zaehlt man diese Zahlen zusammen, so ergibt es sich, dass waehrend des Jahres 1937 1361 Personen von der Auslands-Hachscharah erfasst wurden. Eine Uebersicht ueber den Stand in den einzelnen Laendern ist in Tabelle I enthalten:

Tabelle I

Stand der Auslands-Hachscharah	männl.	weibl.	zusammen
Belgien	10	1	11
Dänemark	135	40	175
Holland	170	61	231
Italien	113	32	145
Jugoslavien	98	24	122
Schweden	54	19	73
Tschechoslovakei	14	3	17
	594	180	774

BUDGET DER AUSLANDS - HACHSCHARAH

Bei der Feststellung des Budgets fuer das Jahr 1937 ist fuer die gesamte Auslands-Hachscharah ein Betrag von £10,000 aus zentralen Mitteln eingesetzt worden. Im Hinblick darauf, dass die Festsetzung des Budgets erst im April des Jahres erfolgte, konnten die Ausgaben nicht auf die Hoehe des budgetierten Betrages gebracht werden. Es ergab sich daher die Notwendigkeit, das Budget um £278 zu ueberschreiten.

Wenn auch diese geringfuegige Ueberschreitung des Budgets nur eine Folge des spaeten Termines der Budget-Festsetzung ist, so muss doch bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, dass die Einhaltung des Budgets ueberhaupt nur dadurch erreicht werden konnte, dass die Lebenshaltung der in der Ausbildung befindlichen Personen auf das Allernotwendigste gesenkt wurde und dass wichtige Sonderausgaben bei Krankheitsfaellen sowie zur Verbesserung der Wohnverhaeltnisse ueberhaupt nicht oder nur in unzureichendem Masse bewilligt werden konnten. Fuer die Dauer wird es jedoch nicht moeglich sein, die Lebenshaltung so tief zu halten. Es muss auch ein gewisser Spielraum vorhanden sein, um unvorhergesehene und unvermeidliche dringende Ausgaben decken zu koennen. Aus diesem Grunde wird, selbst wenn eine Erhoehung der Anzahl der in der Auslands-Hachscharah befindlichen Personen nicht erfolgen sollte, eine Erhoehung des Budgets aus zentralen Mitteln nicht zu vermeiden sein. Darueber hinaus aber muss darauf hingewiesen werden, dass die zentralen Mittel weniger als die Haelfte des Betrages darstellen, den die Auslands-Hachscharah im Laufe eines Jahres erfordert. Ein ungefaehr gleich grosser Betrag wird in den verschiedenen Laendern, in denen die Einrichtungen fuer die Auslands-Hachscharah bestehen, durch Sammlungen aufgebracht. Ein gewisser Teil der Kosten wird von den in der Ausbildung befindlichen Personen beigesteuert.

Da die Auslands-Hachscharah seit ungefaehr 5 Jahren in den verschiedensten Laendern untergebracht ist, zeigt sich eine von Jahr zu Jahr deutlicher werdende Ermuedung der Kreise, die die Mittel in den Laendern aufbringen. Schon im letzten Jahr war es nur durch groesste Anstrengungen moeglich, den erforderlichen Betrag aufzubringen. Fuer das Jahr 1938 haben die verschiedenen Committees in den Laendern bereits wissen lassen, dass sie keinesfalls den Betrag erreichen werden, den

sie im Jahre 1937 noch aufbringen konnten. Auch aus diesen Gruenden erscheint eine Erhoehung des Budgets der Auslands-Hachscharah fuer das Jahr 1938 unvermeidlich.

Die Tabelle II gibt einen Ueberblick ueber die Hoehe der Gesamtkosten in den verschiedenen Laendern, wobei die einzelnen Kostentraeger sowie die Hoehe der von ihnen aufgebrachten Betraege gesondert angefuehrt sind.

Tabelle II.

KOSTEN DER AUSLANDS-HACHSCHARAH

Land:	Zuschuss der zentr.Organis. ₤	Sammlungen im Lande: ₤	Kostenbeitrag der Trainees: ₤
Holland	2872.13.4	6227.-	2691.-
Belgien	306.-	81.-	157.-
Jugoslavien	1685.- .8	318.-	45.-
Italien	1975.16.9	713.-	730.-
Tschechosl.	772. 7.10	169.-	105.-
Dänemark	1411.-	1380.-	12.-
Schweden	188.17.4	550 (plus 6200 Inv)	
	9211.15.11	9438.-.-	3740.-.-

IN LIQUIDATION

England	108.-	
Frankreich	96.12.-	
Litauen	117. 4.5	
Luxemburg	9.16.-	
Polen	195.-	₤ 526.12.5
Fuer Vorbereitung eines neuen Training-Zentres in Brasilien:		₤ 540.-.-

Februar,1938

S.A.-R.

BERUFSAUSBILDUNG IM AUSLAND 1937

I

Die Reichsvertretung der Juden in Deutschland hat sofort nach den Ereignissen des Jahres 1933 es als ihre erste und wichtigste Aufgabe betrachtet, die juedische Jugend Deutschlands durch sachgemaesse und systematische Berufsvorbereitung namentlich durch Ausbildung in Landwirtschaft und Handwerk auswanderungsreif zu machen.

Zu diesem Zwecke sind innerhalb Deutschlands eine grosse Anzahl von landwirtschaftlichen und handwerklichen sowie hauswirtschaftlichen Ausbildungsstaetten geschaffen worden. Ueberdies sind saemtliche Moeglichkeiten der Einzelausbildung bei juedischen Landwirten oder Handwerkern mit herangezogen worden. Im Laufe der 5 Jahre, April 1933 - April 1938, sind in diesen Ausbildungsstaetten innerhalb Deutschlands 18,457 Personen beruflich ausgebildet und, abgesehen von den zur Zeit sich noch in Ausbildung befindlichen 4065 Personen zur Auswanderung gebracht worden.

II

Da die Ausbildungsmoeglichkeiten in Deutschland nicht ausreichten, um alle fuer eine berufliche Ausbildung infrage kommenden Personen unterzubringen, ist ein Teil des Ausbildungswerkes nach verschiedenen europaeischen Laendern verlegt worden. Und zwar gab es im Laufe der Jahre aus Deutschland kommende Jugendliche zur Berufsausbildung in der Tschecho-Slovakei, in Jugoslavien, Italien, Polen, Litauen, Lettland, Belgien, Frankreich, Holland, Dänemark und Schweden. In der Zeit von April 1933 - 1.Juli 1938 sind insgesamt 4773 Personen zur Ausbildung im Ausland untergebracht worden. Von diesen sind rund 4000,Personen ausgewandert, so dass sich gegenwaertig noch 773,Personen in den verschiedenen Laendern des Auslandes befinden. Auf Grund der Erfahrungen, die im Laufe der Jahre gesammelt wurden, ist das Ausbildungswerk straffer organisiert und auf wenige Laender konzentriert worden. Die oben erwaehnten 773 Personen (Tafel I)befinden sich zur Zeit in Holland,Daenemark,Schweden,Jugoslavien und Italien.

III

Die Unterbringung in den verschiedenen Laendern erfolgte dank der Vermittlung juedischer Committees in den Laendern, die die Verhandlungen mit den Regierungsstellen fuehrten, Arbeitsplaetze ermitteltenund zur Finanzierung der gesamten Aktion beitrugen. In der Regel ist die Erlaubnis zur Ausbildung von den Regierungen gegen eine Verpflichtung der juedischen Organisationen erteilt worden, dass die zur Ausbildung untergebrachten Personen nach 1½-2Jahren das Land verlassen und zur Auswanderung gebracht werden. Waehrend der 5 Jahre, in denen diese Arbeit durchgefuehrt wurde, konnten die uebernommenen Verpflichtungen soweit erfuellt werden, dass es, von gewissen Ausnahmen abgesehen, zu keinen Schwierigkeiten mit den Landesbehoerden kam.

IV

Die Ausbildung erfolgt groesstenteils in landwirtschaftlichen Berufen und nur zu einem geringen Umfange in handwerklichen Berufen. Die landwirtschaftliche Ausbildung erfolgt zum geringeren Teil in eigens fuer die Zwecke der Ausbildung geschaffenen Ausbildungsstaetten und zwar gibt es derartige zentrale Ausbildungsstaetten in Holland, Schweden, Italien und Jugoslavien. Der groessere Teil der Auszubildenden ist jedoch bei Einzelbauern untergebracht, wobei allerdings Wert darauf gelegt wird, dass eine gewisse Anzahl, 10 - 15 Personen, auf benachbarten Hoefen untergebracht werden, damit die Jugendlichen sich nicht vereinsamt fuehlen und nach ihrer Arbeit die Moeglichkeit haben, ihre Freizeit zusammen zu verbringen, wobei ein grosser Teil der Freizeit Sprachunterricht und sonstigen Bildungsmassnahmen vorbehalten ist.

VI

Seitdem die deutsche Regierung juedischen Personen, die Deutschland fuer laengere Zeit verlassen haben, verboten hat, nach Deutschland zurueckzukehren, wird bei der Auswahl der fuer eine Ausbildung infrage kommenden Personen besondere Vorsicht geuebt und zwar werden nur solche Personen

ins Ausland gebracht, die bereits eine gewisse Zeit, in der Regel 1 Jahr, in Deutschland ihre Ausbildung erhalten haben, also sich fuer koerperliche Arbeit geeignet erweisen und auch in ihrer Gesamthaltung Gewaehr dafuer bieten, in den Ausbildungsstellen zu bleiben. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass dieses System sich bewaehrt hat, da es in den letzten zwei Jahren kaum einen Fall gab, der zu irgend einer Beanstandung, sei es seitens der Behoerden, sei es seitens der Committees Anlass gegeben haette.

VII.

Die Kosten fuer die Ausbildung bewegen sich zwischen £2. und £2.10.- pro Kopf und Monat, wobei sie jedoch in den verschiedenen Laendern verschieden geartet sind. Im allgemeinen kann festgestellt werden, dass die Ausbildung in eigens fuer diesen Zweck geschaffenen Anstalten wesentlich teurer ist, als die Ausbildung bei Einzelbauern. Ferner ist die Ausbildung im Handwerk mehr als doppelt so teuer als in der Landwirtschaft. Die Erhoehung der Kosten in den Ausbildungsanstalten ist darauf zurueckzufuehren, dass in der Regel erhebliche Investitionen fuer die Anschaffung von Geraeten, Vieh und Wohneinrichtungen erforderlich sind, dass Pachtung oder Kauf von Gueteern ebenfalls erhebliche Betraege erfordern und dass auch die Verwaltung grosserer Anstalten mit wesentlichen Kosten verbunden ist. In den Plaetzen jedoch, wo die Ausbildung von Einzelbauern erfolgt, erhalten die Jugendlichen in der Regel freie Kost und Wohnung; in manchen Laendern, wie in Schweden, ist der Bauer verpflichtet, den Jugendlichen ein Taschengeld zu geben, in anderen Laendern, wie z.B. in Daenemark, ist es gesetzlich verboten, ein derartiges Taschengeld zu geben. Aber ausser den Kosten fuer die reine Lebenshaltung, entstehen erhebliche Kosten fuer Kleidung, Arzt, Fahrgelder und sonstige kleine Beduerfnisse, fuer die gesorgt werden muss.

Die Aufbringung der Mittel erfolgt in der Weise, dass zum Teil die juedischen Committees in den verschiedenen Laendern Sammlungen fuer diesen Zweck durchfuehren, zum Teil stellen die zentralen juedischen Organisationen Geldmittel zur Verfügung

Es kann gesagt werden, dass die Haelfte der Kosten in den Laendern aufgebracht wird, waehrend die andere Haelfte von den zentralen juedischen Organisationen (American Joint Distribution Committee, Council for German Jewry), gezahlt wird. In gewissen Einzelfaellen sind auch die Eltern der Zoeglinge manchmal in der Lage, kleinere Betraege zur Verfuegung zu stellen.

VIII.

Die Verhaeltnisse in Deutschland haben sich im Laufe der letzten Monate so ausserordentlich zugespitzt, die Schaffung neuer Berufsausbildungsstaetten ist derart erschwert und die Erhaltung der bestehenden Berufsausbildungsstaetten so sehr gefaehrdet, dass es dringend notwendig erscheint, die Ausbildung im Ausland wesentlich zu erweitern.

****

S.A.-R. 26/8/1938.

TRAINING AND RETRAINING OF REFUGEES OUTSIDE GERMANY

REPORT FOR THE YEAR 1939

INDEX

(1) INTRODUCTION

(2) TABLE I: NUMERICAL DEVELOPMENT

(3) TABLE II: EMIGRATION

(4) TABLE III: FORMS OF TRAINING

(5) TABLE IV: TRAINING IN VARIOUS CALLINGS

(6) TABLE V: DISTRIBUTION OF MEN AND WOMEN

(7) TABLE VI: NUMERICAL AND FINANCIAL DEVELOPMENT

(8) TABLE VII: LOCAL AND PRIVATE CONTRIBUTIONS

(9) TABLE VIII: DISTRIBUTION OF EXPENDITURE FOR 1939

(10) COOPERATING ORGANISATIONS AND THEIR ACTIVITIES

(11) CONCLUSION.

April 1940

E. Adler-Rudel.

TRAINING AND RETRAINING OF REFUGEES OUTSIDE GERMANY

REPORT FOR THE YEAR 1939

(1) In order to facilitate the emigration of Jews from Germany it was decided in the summer of 1933 to transfer part of the training and retraining centres for young persons to various European countries. The plan comprised only persons who had been trained for a time in Germany and who, for special reasons, had to leave Germany before emigrating to the country of final destination.

It was based on the following principles:

(A) In the countries of training Committees were set up, under the direction of leading Jews who made themselves responsible to the Governments and undertook to arrange the finance of the enterprise.

(B) The Committees guaranteed to the authorities that the trainees would remain in the countries for a limited period only (usually 18 months), and would comply with all the regulations of the country.

(C) The Central Jewish Organisations, the American Joint Distribution Committee and the Central Council for Jewish Refugees pledged themselves to raise the additional sums necessary for the training work, beyond what was collected locally, so that the trainees should not become a charge on public funds.

Training centres were established between 1933 - 1939 in Belgium, Denmark, England, France, Holland, Italy, Yugoslavia, Latvia, Lithuania, Luxemburg, Poland and Sweden.

Gradually, many training centres had to be dissolved on account of political developments; and at the beginning of 1939, only Denmark, Holland and Sweden were left. At the end of 1939 England was included in the scheme.

Since the measures were instituted in 1933 until December 31st, 1939..... 9,813
young persons received their training and re-training in the centres outside Germany, of whom 5,404
were able to emigrate, so that on Jan. 1st, 1940.. 3,809
were still in training in the four countries mentioned.

The year 1939 was of vital importance to the development of the work. Through the occupation of Austria and Czecho-Slovakia by Germany and after the November Pogrom in 1938, it was an urgent necessity to place at once as many young people as possible in countries outside Germany. This could only be done after the work was extended to England, and after the Committees in Denmark, Holland and Sweden had succeeded in obtaining permission from their Governments for a considerable increase in the number of trainees.

Another new feature of the work was that, while up to 1938 only young people over 16 were trained outside Germany, in 1939 boys and girls between 14 and 17 who were to be emigrated to Palestine with the help of the Youth Aliyah were for the first time included in the scheme.

(2)

TABLE 1

NUMERICAL DEVELOPMENT

1. 1. 1939-31. 12. 1939

COUNTRY	NUMBER 1. 1. 1939	ARRIVALS DURING 1939	Total 1939	EMIGRATED DURING 1939	STILL IN TRAINING 31.12.1939
DENMARK	230	398	628	137	491
SWEDEN	168	347	515	99	416
HOLLAND	362	646	1,008	348	660
ENGLAND	-	1,731	1,731	70	1,661
POLAND	56	378	434	53	381
CZECHO-SLOVAKIA	14	-	14	14	-
ITALY	51	-	51	51	-
YUGOSLAVIA	88	-	88	88	-
TOTAL	969	3,700	4,669	860	3,809

TABLE 1 shows the numerical development during the year 1939. It can be seen from those figures that on January 1st, 1939, 949 were being trained in the various countries; 3,720 more trainees arrived in the course of the year, so that a total of 4,669 were trained during 1939; of them 660 emigrated; on January 1st, 1940, 3,909 were still in training.

391 who were in centres in Poland have had a tragic fate. The majority were of Polish nationality; and although they had lived for many years in Germany- some were born there- they were amongst those deported from Germany to Poland at the end of 1938. After they had spent several weeks in camps in "No man's land" between the Polish-German frontiers, they received financial assistance from the Central organisations, AMERICAN JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE and Central Council for Jewish Refugees and, in cooperation with the HICEMA/US Organisations in Poland were able to resume their training in Poland. Up to the outbreak of war 83 emigrated to Palestine; 391 were trapped by the War and had to leave their training places. More than half succeeded in reaching Lithuania after having walked long distances; a number remained in those parts of the country which were occupied either by the Germans or Russians, some were killed.

Table 1 shows further that the training centres in Czecho-Slovakia, Italy and Yugoslavia had to liquidate, and that, by the end of 1939, the number of centres was reduced from 9 to 4, whereas the number of trainees was multiplied fourfold.

(3)

TABLE II

EMIGRATION.

1.1.1939 - 31.12.1939

COUNTRY	TO	EUROPEAN COUNTRIES	PALESTINE	OVERSEAS COUNTRIES	TOTAL
DENMARK		55	66	16	137
SWEDEN		30	40	29	99
HOLLAND		50	246	52	348
ENGLAND		-	59	11	70
POLAND		-	53	-	53
CZECHO-SLOV.		-	5	9	14
ITALY		19	32	-	51
YUGOSLAVIA		31	57	-	88
TOTAL:		185	558	117	860

TABLE 11 shows that out of 860 trainees emigrated, 550 (about 65%) went to Palestine, 117 (about 14%) to other countries overseas, particularly to the U.S.A. and 185 (about 21%) to European countries. In some cases emigration meant the continuation of training in other countries, and in others reunion with parents or relatives who followed them to one of the European countries.

(4) It was essential to adapt the training to the conditions of the various countries, and also to consider the financial assistance which was available for this purpose.

TABLE III

FORMS OF TRAINING.

1. 1. 1939 - 31. 12. 1939

COUNTRY	CENTRES (CAMPS)	SETTLE-MENTS	PRIVATE MASTERS	PRIVATE FARMERS	TOTAL
DENMARK	-	60	-	631	691
SWEDEN	30	126	-	250	416
HOLLAND	379	44	134	107	960
ENGLAND	925	121	-	615	1,661
POLAND	391	-	-	-	391
TOTAL	1,719	353	134	1,603	3,809

TABLE III shows the various forms of training. It shows that 1,719 (about 45%) trainees have been placed in training centres which have been established for that specific purpose. 353 trainees (about 10%) have been placed in settlements, that is, they live in houses which have been rented but during the day they work with farmers in the neighbourhood or, if artisans, they go to the towns. 1,603 (about 42%) have been placed with individual farmers. That does not mean, however, that the same trainees always work for individual farmers or stay in the training centres; according to the prevailing conditions it is often necessary to move trainees from the centres and place them with farmers in order to make room for others. For financial reasons it is desirable to place as many trainees as possible with individual farmers, always having regard to the regulations of the country. Some countries do not allow them to receive wages, and in others they are not allowed to accept unpaid work. 134 (about 3%) are trained with artisans in the towns.

(5)

TABLE IV
TRAINING IN VARIOUS CALLINGS
1.1.1939 - 31.12.1939

COUNTRY	AGRICULTURE	CRAFT	DOMESTIC SCIENCE	OTHER	TOTAL
DENMARK	606	7	76	-	691
SWEDEN	416	-	-	-	416
HOLLAND	359	129	134	13	660
ENGLAND	1,661	-	-	-	1,661
POLAND	341	-	40	-	381
TOTAL	3,304	162	250	13	3,809

TABLE IV shows how many persons are trained in the various callings. 3,304 or more than 89% were trained in agriculture. Agriculture is the calling most suitable for organised emigration to Palestine and other overseas countries, and the training facilities and cost of training are more favourable than in other callings. Experience has shown that training of artisans is, as a rule, three times as costly as training agriculturists, and the former is far longer which adds to the costs. Agricultural training includes horticulture and dairy farming. The general aim is to give a good all-round training; in many cases the pupils received a specialised training in horticulture or, as in Holland, in dairy farming.

When the census was taken, 250 girls (about 6.5%) were doing domestic work, partly as house-keepers and cooks in the centres, and partly in the settlements. Care is taken that all girls who are training in agriculture do domestic work for a specified period. Only 162 (about 4%) are trained as artisans, partly because of the costs involved and partly because the regulations and technical possibilities are much more unfavourable. 13 (about 0.5%) are trained neither as agriculturists nor as artisans, but as nurses and in paedagogic work, because either they have special talents in that direction or they are physically unfit for manual work.

(6)

TABLE V

DISTRIBUTION OF MEN AND WOMEN

31. 12. 1939

COUNTRY	MALE	FEMALE	TOTAL
DENMARK	615	76	691
SWEDEN	326	90	416
HOLLAND	499	161	660
ENGLAND	1,202	459	1,661
POLAND	360	121	381
TOTAL	2,902	907	3,809

TABLE V shows that about 76% men and 24% women were in training on January 1st, 1940. The small percentage of women who were trained in countries other than Germany is due to the fact that the working conditions for women in Germany are more favourable than for men, and also, women are not so subject to persecution.

(7)

TABLE VI

NUMERICAL AND FINANCIAL DEVELOPMENT FOR 3 YEARS.

1937 - 1939

YEAR	NUMBER OF TRAINEES	CONTRIBUTIONS OF CENTRAL ORGANISATIONS /	LOCAL & PRIVATE CONTRIBUTIONS /	TOTAL /
1937 ✓	1,361	46,246.-	59,301.-	105.547.
1938	1,493	48,312.-	90,459.-	138.771.
1939	4,669	129,008.-	328,694.-	457,702

TABLE VI shows the financial development of the work during the years 1937,1938 and 1939. With the increase in the numbers from 1,361 in 1937 to 4,669 in 1939, the expenses rose considerably. The Central Organisations contributed about 44% of the total costs in 1937; this rate decreased to about 35% in 1938 and further decreased to about 28% in 1938 although the financial obligations of the Central Organisations were greatly extended.

(8)

TABLE VII

LOCAL AND PRIVATE CONTRIBUTIONS FOR 1939

1.1.1939 -31.12.1939

COUNTRY	CASH & BANK BALANCES & LOCAL RECEIPTS	RECEIPTS FROM ABROAD	TOTAL RECEIVED WITH BALANCES
DENMARK	9,632.-	24,326.-	33,970.-
SWEDEN	14,199.-	14,590.-	28,789.-
HOLLAND	89,984.-	75,866.-	165,849.-
ENGLAND	214,859.-	.-	214,659.-
POLAND	.-	14,225.-	14,225.-
TOTAL	326,694.-	129,005.-	457,700.-

TABLE VII shows the amount raised through local collections and private contributions, the contributions made by the Central organisations and the total amount raised in all countries. The Central organisations contributed £129,006, of which two-thirds were paid by the American Joint Distribution Committee and one-third by the Central Council for Jewish Refugees. A tribute must be expressed to the office of the American Joint Distribution Committee in Paris for undertaking the technical side of the work in making the payments, and to the Central Council for Jewish Refugees which gave every facility to the work of administration.

(9)

TABLE VIII

DISTRIBUTION OF EXPENDITURE FOR 1939

1.1.1939 - 31.12.1939

COUNTRY	MAINTENANCE AND OTHER EXPENSES £	MIGRAT. EXPENSES £	TOTAL FUNC-TIONAL £	ADMINIST. EXPENSES £	TOTAL FUNCTIONAL & ADMINISTR. £
DENMARK	19,283.-	7,693.-	26,976.-	5,198.-	32,174.-
SWEDEN	18,371.-	6,573.-	24,944.-	2,656.-	27,600.-
HOLLAND	146,858.-	8,620.-	155,478.-	17,879.-	173,357.-
ENGLAND	181,225.-.	9,450.-	190,675.-	24,184.-	214,859.-
POLAND	14,225.-	.-	14,225.-	.-	14,225.-
TOTAL:	379,962.-	32,336.-	412,298.-	49,917.-	462,215.-

TABLE VIII shows the total expenditure of all countries; out of a total of ℳ462.215.- a sum of ℳ379.962 has been spent on maintenance and other personal needs of the trainees. The emigration expenses amounted to ℳ 32.336.-. A sum of ℳ49.917.- (about 10% of the total) has been spent on administration. The low administration expenses were only possible because most of the work was carried out by voluntary helpers, and only persons doing clerical work received salaries. The setting up of costly organisations was avoided, and the supervision of the work was in charge of small Committees and Honorary helpers who were personally interested. Part of the administration was carried out by the trainees themselves.

(10-). COOPERATING ORGANISATIONS AND THEIR ACTIVITIES.

In addition to the general training, classes in foreign languages and other subjects were held to prepare the trainees for the conditions of the countries of destination. As the majority were trained for Palestine, close co-operation was established with the Organisation for Jewish Pioneers for Palestine "Hechaluz".

In order to give a better summary about the way the training is carried out in the various countries, a few more details regarding the work of the responsible organisations are set out below:

DENMARK. The trainees are mostly placed with individual farmers. For groups of Orthodox pupils, houses have been rented where they live and keep house together, but during the day they work with farmers in the neighbourhood. Two Committees are in charge of the work.

(1) KOMITEEN FOR DE JODISKE LANDVAESENSLAERER, COPENHAGEN. This Committee looks after trainees whose ages range from 18-27. The number on January 1st, 1940 was .. 416.

(2) KOMITEEN FOR UNGDOM, COPENHAGEN. which looks after children between 15-17 and co-operates closely with the YOUTH ALIYAH. The number on January 1st, 1940 was..... 275.

The Danish organisations raised locally ℳ9.652.-
The Central organisations contributed..... ℳ24.326.-
The total expenditure amounted to..... ℳ32.174.-

SWEDEN: In Sweden the work is carried out on much the same lines as in Denmark. Besides placing trainees with individual farmers, a training farm, HAMMELHOLM, with a place for about 40 was established. Two Committees are in charge:

(1) ORGANISATION HACHSCHARAH IN SWEDEN, HAMMELHOLM.

which looks after those between 18 and 27 years of age. The number on January 1st, 1940 was 296

(2) STIFTELSE FOER LANTBRUKSUTBILDNING AV UNGDOM, STOCKHOLM

which is mostly concerned with placing YOUTH ALIYAH children. The number on Jan. 1st, 1940 was.....120

The Swedish organisations raised locally.....	£13,212.-
The Central organisations contributed.....	£14,590.-
The total expenditure amounted to	£27,600.-
The collection for the YOUTH ALIYAH children up to the end of 1939 raised.....	£11,250.-

Negotiations about participation of the Central Organisations in the expenditure for the children are pending.

HOLLAND. The work in Holland was extended year after year. Four Committees were in charge:

(1) STICHTING JOODSCHE ARBEID, AMSTERDAM

Tribute must be paid to the splendid work of this Committee which, by establishing the WERKDORP in WIERINGEN, enabled young Jews from Germany not only to prepare themselves for their future life in countries overseas, but also to give proof of their creative ability if given a chance to do real pioneer work. The number on Jan. 1st, 1940 was..... 282 WERKDORP is the largest centre which trains not only agriculturists but also artisans.

The STICHTING has raised through local collections.....		£56,980
The Central Organisations contributed.		£38,097
The total expenditure amounted to....		£126,963

(2) VERENIGING TOT VAKOPLEIDING VAN JOODSCHE PIONIERS IN NEDERLAND.

This organisation is particularly concerned with giving their pupils a thorough agricultural training by placing them with individual farmers. The number of trainees on January 1st, 1940, was.. 195

The organisation raised locally.....	£15,368
The Central organisations contributed..	£ 9,003
The total expenditure amounted to.....	£27,045

(3) "DATH HAARETZ" TOT BEVORDERING VAN DE STICHTING VAN LANDBOUW-NEDERZETTINGEN IN NEDERLAND, AMSTERDAM.

is the organisation, which looks after Orthodox Zionists. The number on ..... January 1st, 1940 was..... 69

The organisation raised locally.....	£2,527
The Central Organisations contributed..	£5,479
The total expenditure amounted to.....	£9,305

(4) AGUDAS JISROEL, AMSTERDAM

also looks after a group of Orthodox trainees. The number on Jan.1st,1940 was 56

The Organisation raised locally.....	£5,284
The Central Organisations contributed	£3,282
The total expenditure amounted to.....	£8,044

ENGLAND. The inclusion of England in the training scheme was a great asset to the work. It was particularly due to the efforts of the CENTRAL COUNCIL FOR JEWISH REFUGEES that, at the beginning of 1939, permission of the authorities was obtained to place 1,500 agricultural trainees in England. An Agricultural Committee was set up under the auspices of the Council to look after them.

The number placed through this Committee during 1939 either in special training centres or with farmers was..... 1,281

The Agricultural Committee is financed by the Central Council. The Committee has spent on equipment, maintenance and administration during 1939..... £137,077

The BRITISH COUNCIL OF THE YOUNG PIONEER MOVEMENT FOR PALESTINE

has placed..... 450
YOUTH ALIYAH children on special training farms

For equipment, maintenance and administration it raised with the help of the WOMEN'S APPEAL COMMITTEE a sum of..... £ 41,782

For WHITTINGHAME FARM SCHOOL

a special enterprise, a sum of..... £ 36,000
has been expended.

****

S.A-R.

The above tables may show the number of those who were trained in the various countries, and the amount of money which was needed to carry out the work in aid of young Jews from Germany, Austria and Czecho-Slovakia who, through no fault of their own, were forced out of their countries. But they say very little about the immense work and trouble involved, and about the sacrifices which the Committees in Denmark, Sweden, Holland and England had to make. Without these, it would have been impossible to carry out the task and deep gratitude is expressed to all who took part in this work.

THE AMERICAN JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE

and

THE CENTRAL COUNCIL FOR JEWISH REFUGEES

the two CENTRAL ORGANISATIONS, have shown understanding for the constructive efforts and by granting considerable sums made possible the salvation of about 10,000 young people. Through their cooperation the additional sums needed were raised.

THE JEWISH AGENCY FOR PALESTINE.

has taken a special interest in the work; and when certificates for Palestine are distributed, gives preference to those who have been trained in the centres.

****

21.Mai 1940

Dr.Tartakower,
c/o Poale Zion,
275 Seventh Avenue,
New York City,
USA.

Lieber Dr.Tartakower,

Ich muss bekennen, dass ich Ihnen gegenueber ein schlechtes Gewissen habe.Ich versprach Ihnen einen Artikel fuer das SAMMELBUCH ueber Refugees zu schreiben und tat dies mit der ernsthaften Absicht, dies Versprechen auch einzuhalten. Und doch habe ich bis heute den Artikel nicht geschrieben und ich fuerchte, ich werde ihn auch so, wie Sie ihn gewuenscht haben und ich ihn urspruenglich dachte, vorlaeufig nicht schreiben. Ich will davon absehen, begruendete Entschuldigungen fuer mein Versagen in diesem Falle vorzubringen, hingegen aber will ich versuchen, Ihnen darzulegen, weshalb es mir schwer, ja fast unmoeglich scheint, in diesen Wochen ueber das Fluechtlingsproblem zu schreiben. Ich muss Sie aber gleich davor warnen, dass die Darlegung dieser Gruende sehr ausfuehrlich sein wird, ja vielleicht glauben Sie am Ende, dass dieser Brief doch zu einem Artikel geworden ist und in Ihr Sammelbuch passt; dann ueberlasse ich es Ihnen, mit diesem Brief zu verfahren, wie es Ihnen zweckmaessig scheint.

Und nun zu den Gruenden, weshalb es mir so schwer oder fast unmoeglich scheint, ueber das Fluechtlingsproblem im allgemeinen zu schreiben. Sie werden verzeihen, wenn ich dabei, d.h.in der Darlegung meiner Gruende etwas weit zurueckgreife :-

I. Es ist jetzt etwas mehr als 20 Jahre her, seitdem ich mich, auf Veranlassung unserer Bewegung, zum ersten Male mit Fluechtlingsfragen beschaeftigte. Daraus ergab sich im Laufe der Jahre meine allgemeine Betaetigung auf dem Gebiete der juedisch-sozialen Arbeit. Aber nach 20 Jahren sehe ich mich wieder dem Problem gegenueber gestellt, das seinerzeit Ausgangspunkt war. Ob ich nun will oder nicht, ich fuehle immer wieder die Notwendigkeit, Vergleiche zwischen jenem Fluechtlingsproblem vor 20 Jahren und dem der Gegenwart aufzustellen.

Es war damals, in den Jahren nach dem Weltkriege, als hunderttausende Juden aus Russland, Polen, Rumaenien und den anderen neuen Randstaaten zu fluechten begannen. Diese Flucht war zwar in einem gewissen Sinne die Fortsetzung jener Fluechtlingswelle, die das russische und oesterreichische Judentum seit Beginn des Weltkrieges erlebte. Aber der Krieg war vorbei, die Neuordnung und langverheissene nationale Befreiung im europaeischen Osten war hereingebrochen. Die Juden, die ihr Leben retten wollten, fluechteten, um den fuer sie blutigen Folgen der neuen Freiheit im europaeischen Osten zu entgehen, Sie ergossen sich ueber Deutschland, sie gingen nach Konstantinopel, wandten sich nach dem fernen Osten und schufen so, neben dem grossen Problem der allgemeinen Flucht aus Russland, unser Spezialproblem, das der juedischen Fluechtlinge oder, wie man damals sagte, der "Ostjuden". Die Masse dieser Fluechtlinge unterschied sich von den juedischen Fluechtlingen der Gegenwart sehr wesentlich. Neben dem zahlenmaessig unbedeutenden Teil der juedischen Intelligenz und des juedischen Buergertums war es die proletarische

oder proletarisierte Masse: Arbeiter, Kinder des juedischen Kleinbuergertums, in ihrer ueberwiegenden Mehrheit junge Menschen, die neben der Notwendigkeit, aus ihren Wohnstaetten zu fluechten, auch die Hoffnung mit sich trugen, Westeuropa, Amerika zu sehen, dort zu leben, zu lernen, frei arbeiten und frei denken zu duerfen.

Das Europa der Nachkriegsjahre war zerruettet und hatte schwer an den Folgen der 4 Kriegsjahre zu tragen. Dies galt im besonderen fuer Deutschland und Oesterreich, die diese Wellen der Fluechtlinge sozusagen als die Vorhallen Europas aufzunehmen hatten. Demobilisierung, Arbeitslosigkeit, Inflation, waren die Schlagworte, die damals Deutschland beherrschten, aber schicksalshaft fuer die juedischen Fluechtlinge zu werden drohten. Und doch, wie geringfuegig war das Problem eigentlich, und wie verhaeltnismaessig leicht schien seine Loesung. Noch war Amerika nicht verschlossen, und eine grosse Zahl dieser Fluechtlinge konnte alle Schwierigkeiten ueberwinden und einwandern. Weitere tausende fanden den Weg nach Palaestina, und als Amerika in den Jahren 1923/24 seine Tore zu schliessen begann, gab es noch Moeglichkeiten in fast allen suedamerikanischen Laendern. Es war ein finanzielles Problem, aber eines, das loesbar schien; die amerikanischen Juden haben damals durch den JOINT wesentlich zu seiner Loesung beigetragen, Jene der Fluechtlinge, die nicht nach ueberseeischen Laendern gelangen konnten, hatten sich im Laufe der Jahre ein gewisses Wohnrecht in Deutschland, Belgien und Frankreich erworben. Sie wurden Arbeiter, kleine Fabrikanten, Kaufleute, schufen sich neue Existenzen und bildeten sozusagen die neue ost-juedische Gemeinschaft in den westeuropaeischen Laendern. Unsere Bewegung, soweit sie in diesen Laendern Fuss gefasst hatte, war ohne diese neue Gemeinschaft nicht denkbar.

In jenen Jahren, als wir zaghaft unsere ersten Schritte in Westeuropa machten, schrieb Salman Rubaschoff einen Aufsatz unter dem Titel "DIE NEUE HERBERGE". Wie recht war der Zustand damit vorausgeahnt. Eine Herberge, nur ein Dach ueber den Kopf fuer voruebergehenden Aufenthalt sollten die westeuropaeischen Laenderr fuer uns werden. Aber nicht nur fuer uns, die wir vor 20 oder 25 Jahren in diese neue europaeische Welt einstroemten, sondern auch fuer jene, die wie die Juden in Deutschland zu tiefst davon ueberzeugt waren, auf dem sicheren und unerschuetterbaren Boden "der Heimat" zu stehen.

Die Probleme jener Jahre waren nicht einfach und die Zeiten grossen Loesungsmoeglichkeiten nicht ohne weiteres guenstig. Aber das westeuropaeische Judentum war intakt. Ob es wollte oder nicht, es musste da und dort mit helfen und in seinem eigenen Interesse darauf bedacht sein, so viel als moeglich zu einer vernuenftigen Loesung beizutragen. Die Fluechtlinge selber waren nicht nur Objekt einer volksfremden Philanthropie, sondern sehr oft erfolgreiches Subjekt selbstaendiger Initiative und verantwortlicher Mitarbeit an all den Versuchen, die zur Linderung der Notlage und produktiven Einreihung der Fluechtlinge unternommen wurden. Und man mag ueber die Rolle und unsympathische Haltung gewisser fuehrender Kreise des deutschen Judentums den Ostjuden gegenueber denken wie man will, man darf doch nicht verkennen, dass auch diese fuehrende Schicht des deutschen Judentums unter dem Einfluss einer, sozialen Erwaegungen zugaenglich und offenen, nicht juedischen Umwelt stehend, bereit war, ein erhebliches Mass von Verstaendnis fuer soziale Loesungsmoeglichkeiten und Mithilfe zu ihrer Durchfuehrung aufzubringen.

Die Fluechtlinge selber, namentlich jene, die aus einer gewissen gesellschaftlichen Taetigkeit oder aus den politischen Parteien des russischen Judentums kamen, entwickelten eine sehr erhebliche Initiative und trugen viel dazu bei, das kulturelle Niveau und das gesellschaftliche Ansehen der Fluechtlinge zu heben. Man muss nur an die Fuelle der Organisationen zurueckdenken, die aus jener Periode entstanden und zum Teile heute noch ihre Taetigkeit fortsetzen: "Ort Ose", EMIG DIREKT", "JUEDISCHE WELT-HILFS-KONFERENZ"; eine Anzahl kultureller und literarischer Vereinigungen, neue Juden-Verlage, Zeitschriften und Sammelbuecher waren der staerkste Beweis fuer die Tendenz der Fluechtlinge, selber ihr Schicksal zu gestalten und von ihren Bemuehungen, bei den verschiedenen Hilfstaetigkeiten und Committees mitbestimmend einzugreifen. So war es z.B. unserer Bewegung in Deutschland moeglich geworden, auf die Gestaltung und Entwicklung der Rechts- und Arbeitsverhaeltnisse der ostjuedischen Fluechtlinge in Deutschland entscheidenden Einfluss zu haben und darueber hinaus gewisse Methoden und Anschauungen, die sich aus der Fluechtlingsarbeit in Deutschland ergaben, den internationalen Koerperschaften in Genf zu unterbreiten.

Trotzdem diese ostjuedischen Fluechtlinge aus allen Ecken des europaeischen Ostens kamen, stellten sie doch in sich eine irgendwie einheitlich geschlossene und erfassbare Masse dar, die Ansatzpunkte fuer soziale, kulturelle und politische Aktivitaet boten. Die Frage ihrer Betreuung war erleichtert dadurch, dass der grosse Fluechtlingsstrom, der nach Kriegsende einsetzte, nach wenigen Jahren eigentlich aufhoerte oder eine nur sehr geringfuegige Vermehrung zeigte, und man daher mit einer zahlenmaessig feststehenden Gruppe rechnen konnte.

II. Wie ganz anders ist die Entwicklung des neuen, im Jahre 1933 beginnenden Fluechtlingsproblems. Ich gehoerte zu denen, die schon kurz nachdem der Nationalsozialismus in Deutschland zur Macht kam, den Standpunkt vertraten, dass die Juden in Deutschland nur durch eine so rasch wie moeglich durchzufuehrende Evakuation gerettet werden koennen. Es gab gewichtige Gruende, die eine oeffentliche Auseinandersetzung ueber diesen Standpunkt damals verhinderten.

Die Welt, - unsere enge juedische und die weite internationale - ist nicht von dem Vorwurf frei zu sprechen, dass sie die Bedeutung dessen, was der Nationalsozialismus sowohl fuer die Juden, als auch fuer die Politik im allgemeinen darstellte, verkannt hat. Man troestete sich damit, dass nach den ersten unruhigen Monaten wieder eine gewisse Stabilisierung der Lage der Juden eintreten wuerde, dass sie zwar einen Teil ihres Vermoegens verlieren und eine schlechtere Behandlung erfahren wuerden, aber dass sie im allgemeinen irgendwie werden leben koennen. Es erfolgte daher keine planmaessige Auswanderung, sondern je nach den Ereignissen sahen sich die Juden gezwungen, ihr Hab und Gut zurueckzu lassen und in die Deutschland benachbarten Laender zu gelangen. Hier, in Holland, in Belgien, in Frankreich, in der Schweiz, in der Tschecho-Slovakei, schufen sie erst das Fluechtlingsproblem, konnte sich doch die juedische Oeffentlichkeit dieser Laender nicht der Pflicht entziehen, den Fluechtlingen eine gewisse Hilfe angedeihen zu lassen. Dort wo die lokalen Mittel der Judenheit dieser Laender nicht ausreichten, halfen dr Joint und der Central Council for Jewish Refugees. Diese Hilfe musste gegeben werden, wenn man nicht den Regierungen der Laender die Handhabe geben wollte, mit Polizeigewalt gegen die Fluechtlinge vorzugehen und sie nach Deutschland zurueckzuschicken. Aber diese Notstandsmassnahmen erforderten derart enorme Mittel, dass sie kaum noch etwas fuer produktive Massnahmen zurueckliessen.

Im Gegensatz jedoch zur ostjuedischen Fluechtlingswelle waren ein erheblicher Teil der deutschen Juden doch in der Lage, groessere Geldmittel mitzunehmen. Und wenn auch der groesste Teil des juedischen Vermoegens in Deutschland verloren ging, so haben doch zehntausende Juden so viel an Geld gerettet, um sich in den neuen Laendern eine Existenz gruenden zu koennen. Und so konnte man wenigstens in den ersten Jahren dieser neuen Fluechtlings-Tragoedie sagen, dass der Unterschied zwischen dem polnischen und deutschen Judentun in der gleichen Situation doch der war, dass das Problem der deutschen Juden durch seine zahlenmaessige Geringfuegigkeit Aussicht auf eine Loesung gab, waehrend das Problem der polnischen Juden schon einfach durch die ungeheure Zahl eine Loesng auf dem Wege der Auswanderung ausschliess. Wir waren bei der Aufstellung dieser Formulierung noch zu naiv, um zu glauben, dass eine Katastrophe von so ungeheuerlichem Ausmass, wie sie das polnische Judentum nun doch betroffen hat, ueberhaupt unmoeglich waere.

Diese neue Fluechtlingswelle hatte auch ihre inneren Schwierigkeiten und eine voellig anders geartete Gliederung als die der Fluechtlinge nach dem Weltkriege, Handelt es sich doch nicht mehr um eine proletarische Masse, um junge, arbeitsgewohnte und arbeitswillige Menschen, sondern um ein hochkultiviertes, der koerperlichen Arbeit entwohntes Buergertum, das zwar in seinen traditionellen freien und kaufmaennischen Berufen als Aerzte, Juristen, Techniker, Chemiker, Forscher, Bankiers, Kaufleute, hervorragendes leisten konnte, aber nicht jenen Typus darstellt, mit dem man grosse konstruktive Versuche machen konnte. Die Ausnutzung der in diesen Fluechtlingen vorhandenen wirtschaftlichen und intellektuellen Potenzen erforderte ein vorsichtiges und wohlwollendes Eingehen auf jeden Einzelfall, um den Menschen erst nach Pruefung all seiner Faehigkeiten und Eigenheiten so zu dirigieren, dass er ein nuetzliches Mitglied der G esellschaft des Einwanderungslandes darstellen konnte. An dieser wohlwollenden Form der Betreuung fehlte es zumeist und man konnte sogar erleben, wie auch an diesem Problem die Geschichte sich immer wiederholt.

Wer gleich mir das Schicksal hatte, ein Jahrzehnt oder mehr Mittler zwischen Ostjuden und deutschen Juden zu sein und spaeter diese Funktion zwischen deutschen Juden und englischen - hollaendischen oder skandinavischen Juden auszuueben hatte, der musste bis ins Tiefste erschuettert sein von der eigenartigen Parallelitaet des juedischen Schicksals. Gab und gibt es doch keine abfaellige Bemerkung, keine beleidigende Bezeichnung, keine gehaessige Verurteilung, die deutsche Juden in ihren schlimmsten Exemplaren ueber Ostjuden vorbrachten, die man nicht in diesen Jahren in jedem europaeischen Lande immer wieder von den einheimischen Juden ueber die deutschen Juden, die als Fluechtlinge zu ihnen kamen. vorgesetzt erhielt. Und die Tatsache, dass die deutschen Juden aus einer so viel hoeheren kulturellen und wirtschaftlichen Schicht kamen, hat ihre Rolle als Fluechtlinge nicht erleichtert, sondern erheblich erschwert.

Ich will hier nicht die Schuldfrage stellen und mich nur mit der Feststellung abfinden, dass sowohl die Juden der verschiedenen Laender, als auch die deutschen Juden, die als Fluechtlinge zu ihnen kamen, ein geruettetes Mass von Schuld an dieser eigenartigen Situation hatten, dass Juden in diesen Laendern zwar bereit waren, enorme Betraege fuer die Fluechtlinge auszugeben, aber in fast keinem Falle die Bereitschaft zeigten, diese Fluechtlinge bruederlich und wohlwollend aufzunehmen, ihnen die geistige und seelische Einordnung zu erleichtern. Aus diesem voelligen Versagen beider Teile ergaben sich Probleme und Schwierigkeiten, die in der ostjuedischen Emigration nach dem Weltkriege

kaum in dieser Schaerfe auftraten. Die Juden der westeuropaeischen Laender sahen in den Fluechtlingen eine Gefahr fuer ihre eigene Existenz und versuchten, sich soweit es irgendwie angaengig war, zu distanzieren und die Fluechtlinge zu isolieren. Die Fluechtlinge, in eine fremde Umgebung gestellt, ohne Sprachkenntnisse, aber mit einer erheblichen Ueberschaetzung der eigenen Bedeutung ihrer Kenntnisse belastet, sahen sich einer voellig fremden und unfreundlichen Welt gegenueber, in die einzudringen es ganz unmoeglich schien. Die durch die polizeiliche Begrenztheit ihrer Aufenthaltsdauer in den Fluechtlingslaendern bedingte Unsicherheit, die Unmoeglichkeit, arbeiten zu duerfen, die materiellen Sorgen des Tages fuer sie selber und fuer jene, die noch in Deutschland geblieben waren, bewirkten eine Erbitterung und Feindschaft der Welt und den Hilfscomitees gegenueber, die vielleicht nicht berechtigt, aber selbstverstaendlich scheint. Dies bewirkte aber auch, dass die Fluechtlinge es fast an jeder Initiative zur Selbsthilfe fehlen liessen, dass sie zu einem willenlosen Objeky einer zwar gutgemeinten, aber beschraenkten und engherzigen Philanthropie wurden.

Die Illusionen der Jahre 1933 und 1934, in denen man sowohl auf eine gewisse Regelung in Deutschland, als auch mit einer allmaehlichen Liquidierung des Problems rechnen konnte, zerstoben vollends, als durch die Einverleibung Oesterreichs, durch die Okkupation des Sudetengebietes, durch die Hinzunahme des Protektorates, durch die Teilung des Tschecho-slovakischen Staates, die Zahl derer, die als potentielle Fluechtlinge in Frage kamen, ungeheuer anschwoll. Und wenn man nun ueber das Fluechtlingsproblem schreiben soll, muss man sich doch fragen - wo ist eigentlich die Grenze ? - wer sind die Fluechtlinge ? Sind es jene Juden, die Deutschland und Oesterreich verlassen mussten oder noch verlassen werden muessen, weil ein System, wie es heute in Deutschland besteht, ihnen keine Lebensmoeglichkeit bietet ? Sind die Juden der Tschecho-Slovakei auch noch Fluechtlinge in dem Sinne, dass sie nie mehr wieder zurueckkehren koennen ? Sind die Juden in Polen mit dazu zu zaehlen, oder sollen wir annehmen, dass eines Tages nach der Wiederherstellung der Tschecho-Slovakei und Polen es fuer die Juden, die diese Laender verlassen haben, und fuer jene, die noch dort geblieben sind, die Moeglichkeit eines geordneten Lebens gegeben wird ? Wird es fuer die deutschen Juden ebenfalls die Moeglichkeit einer Rueckkehr geben ? All dies sind Fragen, auf die es keine Antwort gibt, die unabhaengig sind von dem Ausgang des Krieges.

III. Die tragische Kompliziertheit des neuen juedischen Fluechtlingsproblems hat Formen angenommen, die frueher einmal auch nicht in den schlimmsten Phantasien haetten erdacht werden koennen. Mir ist kein Vorfall in der neueren Geschichte bekannt, in dem 20,000 Kinder von ihren Eltern getrennt und allein in die Welt geschickt werden, ohne die Gewissheit, ja kaum mit der Hoffnung, ihre Eltern jemals wieder zu sehen. Diese Trennung der Kinder von ihren Eltern erfolgte nicht etwa wie waehrend des Buergerkrieges in Russland oder waehrend eines Erdbebens, gewaltsam und ploetzlich, sondern vorbereitet und organisiert; bewusst und bei vollen Sinnen gaben Eltern nicht nur ihre Zustimmung, sondern sie baten und flehten darum, dass man ihre Kinder wegnehme, dass man sie rette aus einer Hoelle, in der das Leben nicht mehr lebenswert schien. 6,000 - 7,000 dieser Kinder sind durch die Jugend Aliyah nach Palaestina gekommen und werden immerhin nicht nur physisch, sondern auch juedisch erhalten bleiben. Das juedische Schicksal der anderen 12,000 - 13,000 Kinder, die verstreut in Holland, Belgien, England und in der Schweiz sind, scheint voellig ungewiss und es fehlt an jeder planmaessigen Ueberlegung, was aus diesen Kindern eines Tages werden soll. Von irgend einer

juedischen Erziehung kann ueberhaupt keine Rede sein. Tausende dieser Kinder teilen das Schicksal von 35,000 oder 40,000 juedischen Fluechtlingen, die gluecklich waren, als sie sich aus Deutschland gerettet glaubten und wenigstens voruebergehend in Belgien und Holland, in Luxemburg und Daenemark eine Unterkunft finden konnten. All die Muehe, all die enormen Kosten und die ungeheuerliche Arbeit, die hier geleistet wurde, scheinen durch den Verlauf, den der Krieg genommen hat, voellig sinnlos, sind doch diese zehntausende juedischer Menschen wieder in den Haenden derer, vor denen sie sich zu retten versuchten.

Fuer den Umfang dieser Tragoedie nur ein Beispiel: Fuer die Chaluzim aus Deutschland ist seit dem Jahre 1933 die Moeglichkeit einer Hachscharah im Ausland geschaffen worden, d.h. Chaluzim, die vorher in Deutschland oder Oesterreich eine Zeit lang ihre Hachscharah hatten, sind genauestens auf ihre koerperlichen und geistigen Faehigkeiten geprueft worden und organisiert nach den verschiedenen Laendern des europaeischen Auslandes zur Fortsetzung ihrer Hachscharah, bis ihre Aliyah sich ermoeglichen laesst, gebracht worden, Von den 4,669 Menschen, die auf diese Weise im Jahre 1939 ausserhalb Deutschlands ihre Hachscharah erhielten, konnten 860 emigrieren, 381 wurden vom Krieg in Polen ueberrascht und ein Teil von ihnen wartet heute in Wilna auf Rettung. Von den restlichen 3,500 sind an 2,000 in Daenemark, Schweden und Holland verblieben und vielleicht fuer immer verloren. Fuer die Hachscharah dieser Menschen sind allein im Jahre 1939 dank dem verstaendnisvollen Interesse des Joint und des Central Council in London sowie der grossen Opferbereitschaft der Juden in diesen Laendern fast $ 250,000.- ausgegeben worden. Dabei koennen die Muehe und die Arbeit, die hier investiert wurden, ueberhaupt nicht abgeschaetzt, die Hoffnung, die in diesen jungen Menschen geweckt wurde, nie ermessen werden.

Wo also soll heute, wo die Welt in Flammen steht, auch nur der Versuch gemacht werden, diese Bemuehungen fortzusetzen oder neu aufzunehmen ?

IV. Die Grenzen des Fluechtlingsproblems sind heute nicht mehr abzusehen und koennen unmoeglich gezogen werden. Es gibt auf der einen Seite die Tatsache, dass aus Deutschland, Oesterreich und der Tschecho-Slovakei 80,000 Juden nach Palaestina gingen, 80,000 nach U.S.A. und 67,000 nach anderen ueberseeischen Laendern. Diese Juden sind keine Fluechtlinge, sondern Einwanderer, mit dem Recht, in den Laendern, in die sie eingewandert sind, sich niederzulassen, zu arbeiten, eine Existenz zu begruenden und eines Tages staatsangehoerig zu werden. Sie stellen nur ein finanzielles und organisatorisches Problem dar, ihnen muss der Uebergang und die Einordnung zum Teil noch ermoeglicht werden. Das Schicksal von ungefaehr 180,000 anderen Juden aus Deutschland, Oesterreich und der Tschech-Slovakei, die sich in den diversen europaeischen Laendern befanden, ist voellig unbestimmt. Zum Teil sind sie, wie in Daenemark, Holland, Belgien und Luxemburg, wieder in den Haenden der Nazis, zum Teil erleben sie, wie in Frankreich, das traurige Schicksal der Internierung als feindliche Auslaender, zum Teil sind sie in England von demselben Schicksal bedroht. Eines aber ist ihnen allen gemein: Ungewissheit ueber ihr Schicksal, Unsicherheit fuer den Tag und kaum eine Hoffnung fuer den Morgen. Wie soll unter diesen Umstaenden geplant werden, was eines Tages mit diesen Fluechtlingen geschehen soll und wie soll mit einer derart zerbrochenen und zerruetteten Masse ueberalteter Menschen - fast die Haelfte d er ~~Menschen~~ Fluechtlinge duerfte das 40zigste Lebensjahr ueberschritten haben - ein konkreter Versuch gemacht werden. Wo sollen die Mittel herkommen, um mit diesem Menschenmaterial kolonisatorische Experimente zu machen. Auch darauf gibt es heute keine Antwort.

Es waere unbescheiden und ueberheblich, den Versuch zu machen, angesichts einer derartigen Situation neue Plaene zu schmieden. Es bleibt daher nichts anderes uebrig, als sich der Hoffnung hinzugeben, dass eines Tages die Menschheit wieder zur Vernuenft und die Welt in Ordnung kommen wird. Wenn es soweit ist, dann werden jene, die ueber die Neuordnung der Welt zu bestimmen haben, nicht daran vorbei gehen koennen, auch dieses Problem mit zu behandeln. Und welches Ende der Krieg auch immer finden mag, eines ist sicher, er wird eine grosse allgemeine Not und Armut zuruecklassen, die Not des juedischen Volkes aber wird ungeheuerlich sein. Wie wir dieser Not entgegentreten sollen, wo wir ansetzen sollen, ist kaum zu uebersehen. Eines ist sicher, dass unbeschadet aller Sorgen und aller Schwierigkeiten, die wir in diesen Jahren in Palaestina erlebten, das Land die Feuerprobe, auch fuer die Loesung des aktuellen Fluechtlingsproblems, bestanden hat und es wird darauf ankommen, dass wir unbeschadet unserer nationalen und politischen Aspirationen, die uns mit Palaestina verbinden, immer wieder auf den entscheidendeh Beitrag hinzuweisen, den es fuer die Aufnahme von Zehntausenden von Fluechtlingen beigesteuert hat.

Wenn darueber hinaus noch weitere kolonisatorische Versuche in irgend welchen fernen Laendern gemacht werden sollten, wie gerade jetzt in San Domingo, dann muss uns eine Erkenntnis klar sein, dass jeder dieser Versuche immer nur einen kleinen Beitrag zur Loesung unserer grossen Not darstellen wird.

Um aber diesen Beitrag so konstruktiv als moeglich und so juedisch als moeglich zu gestalten, muessen wir dafuer Sorge tragen, dass jeder dieser Kolonisationsversuche an Palaestina gebunden ist, im Interesse des juedischen Volkes und im Interesse eines Erfolges dieser Versuche. Das Menschenmaterial, das uns zur Verfuegung steht, ist nicht ohne weiteres fuer Kolonisation geeignet, die Erfahrungen, die wir in Palaestina gesammelt haben, muessen hier nutzbringend angewandt werden. Die Judenheit Palaestinas, die juedische Arbeiterschaft, werden das Opfer bringen muessen, Hunderte und vielleicht Tausende ihrer besten Menschen fuer eine Zeit abzugeben, damit sie Fuehrer und Leiter fuer jeden neuen Kolonisationsversuch stellen. Dieses Opfer wird reichlich Entschaedigung finden, wenn durch den Einfluss dieser Menschen nicht nur die technische Seite der Kolonisation gefoerdert wird, sondern wenn sie auch beispielgebend fuer jene Lebensform werden, die die Grundlage fuer unsere Arbeit in Palaestina bildet. Nur in einer Bindung an Palaestina und nur durch die Mitarbeit palaetinensischer Menschen kann ein fruchtbarer Erfolg all dieser Kolonisationsversuche erzielt werden. Ohne diese Bindung sind sie dazu verurteilt, kurzlebige, philanthropische Experimente zu bleiben, die keine Bedeutung fuer die ungeheuerliche Notlage, der wir nach Beendigung des Krieges gegenueberstehen werden, haben koennen.

- - - - - - - - -

Das ist einiges von den Ueberlegungen, die mir in den Sinn kamen, als ich ueber den von Ihnen gewuenschten Artikel nachdachte. Es ist nicht alles, was ich dazu zu sagen haette, aber schon das hier Gesagte wird Sie davon ueberzeugt haben, dass es wirklich unmoeglich ist, heute ueber das Fluechtlingsproblem zu schreiben, wenn man mehr als einen historischen Abriss geben will - und fuer historische Darstellungen scheint mir der Augenblick ~~nicht~~ wenig geeignet.

Herzlichst

Ihr

S. ADLER-RUDEL.

NOTE FOR MR. KUBOWITZKI.

REGARDING MY FIRST JOURNEY TO SWEDEN.

1. During my first visit to Sweden (February-May,1943) the Swedish Government accepted my suggestion to rescue Jewish children from Nazi occupied countries and decided to approach officially the German Government with the request that Germany should permit the transport of 20,000 Jewish children from German occupied countries into Sweden. The age limit of the children was fixed from 5 to 13 years. They were to be taken from a West-Easterly direction, which means from France, Belgium, Holland, Germany, Czechoslovakia, Poland. This order was suggested as it was presumed that it would be easier to get the approval of the Germans to take first the children from France and then from Poland. It was also taken into consideration that older children from the Western European countries and the youngest from Poland should benefit as these young children would not be able to report about the prevailing conditions.

2. The decision of the Swedish Government was based on the following 3 conditions:

(a) England and America should jointly undertake to provide for the maintanance of the children during their stay in Sweden; (approx.$ 1 per head and day),

(b) the English and American blockade authorities should permit an increase in the import of food for the 20,000 children. (This condition was of psychological importance to avoid public agitation in Sweden where the food situation was at that time not very good).

(c) England and America were to give a joint guarantee to remove the children from Sweden immediately after the war.

3. As soon as I received from the Swedish Government the verbal information about their decision, I visited the American and English Embassies. In my presence they telephoned with Mr.Gustaf Moeller, the Swedish Minister for Social Affairs, who confirmed his Government's decision. Both Embassies reported the matter immediately to their respective Governments.

4. After my return to London I reported to the Foreign Office about my negotiations. They had already the report from the British Embassy in Stockholm. The Jewish Agency suggested to take the decision of the Swedish Government as the first result of the Bermuda Conference. (The Bermuda Conference ended a few days before I returned to London) and they cabled to Dr.Wise in New York informing him about their suggestion. Sir Herbert Emerson was also informed about the decision of the Swedish Government. He was greatly interested and considered the decision to be the first positive step of a neutral Government regarding the rescue of Jews from the Continent. The Foreign Office and Sir Herbert Emerson came to the conclusion that as the matter was of considerable importance it should be dealt with entirely by the British and American Governments and that in order to avoid difficulties the strictest secrecy should be observed.

5. Months passed by and nothing happened, although the Jewish Agency geard from time to time from the British Foreign Office that negotiations were pending between the British and American Governments regarding the guarantees mentioned under paragraph 2 of this note. That the question was under consideration of the two Governments can be seen from the statement made by Dr. Breckinridge Long for the Committee on Foreign Affairs of the House of Representatives on Friday, November 25th,1943, when he referred to "a neutral Government which asked the Germans to release 20,000 Jewish children from German..." "She would take care of them there and we would contribute to their expenses..." The German Government, the request having been made some time ago, has not indicated that it will accept; nevertheless we are trying to get the neutral Government to continue its activities." (Page 29, quoted from JEWISH COMMENT No.23, December 24th,1943).

6. I am not convinced that Mr. Breckingridge Long's statement is entirely correct. It was much later than November 1943 that the American and British Governments replied to the Swedish Government. But it is correct that the Swedish Government, at the end of 1943 was no longer willing to continue its initiative because since April, when they made their decision about the 20,000 Jewish children, the relation between Germany and Sweden had considerably deteriorated. Sweden had at that time cancelled the agreement with Germany regarding the transport of German troops through Sweden, reduced its delivery of iron ore to Germany and, furthermore, much to the annoyance of the Germans, had accepted many thousand Jewish and non-Jewish refugees from Denmark. The time was therefore not very favourable for an approach to the German Government.

7. There is, of course, no guarantee that Germany would have accepted the Swedish suggestion, but the possibility was not to be excluded. If the British and American Governments would have acted quickly, the Swedish Government would have had no reason not to stand to their undertaking. But as it took the two Governments such a long time to agree to the three simple conditions, the Swedish willingness did bring no positive results but demonstrated to the neutral Government that the question of rescue of Jews was not of such importance as I indicated it in my negotiations.

S. Adler-Rudel

22.1.1945

March 23, 1943.

In accordance with the request, presented at yesterday's meeting of the Latvian Committee by Messrs. Feldhun and Raskin, I asked Dr. Tartakower to send at cable at once to Adler Rudel, now in Stockholm, and to ask him

1- Whether he could get and then forward to us some information regarding Baltic Jews;

2- whether a possibility exists of helping them.

TELEGRAM.

KUNGL. TELEGRAFVERKET.

STOCKHOLM 4 APR. 1943 SKEPPSBRON 2

fur=giz

Exp. av

newyork et345 36/35w 30/3 nil cial

VIA GÖTEBORG-RADIO

=nlt=

adler rudel care mosaiska forsamlingen

wahrendorfsgatan 3 stkm

please investigate prospect of realization of suggestion svenska morgenbladet march 29 concerning utilization of empty swedish ships returning from greece for transportation jewish refugees

kubowitzki tartakower

SÅ PÅ BLANKETT ‡ STÖD KAMPEN MOT TUBERKULOSEN

TELEGRA LY

Form. nr 185. (1939)

Lithografiska A.-B., Norrk., 16/4 42. 1,000,000

מתוך: לבי יחיל: הצלת היהודים בדניה
דמוקרטיה שעמדה במבחן.

S.232-234

Der Beginn der illegalen Transporte.

In diesen ersten Oktobertagen sah Abba Munk seine Hauptaufgabe darin, bei der Organisierung, die Juden auf raschestem und sicherstem Wege aus Daenemark ueber die schwedische Kueste herauszubringen, zu helfen. Die illegale Verbindung zwischen Daenemark und Schweden war vorher schon sehr beschraenkt und Abba Munk stand auch kein Apparat, den er haette einsetzen koennen, zur Verfuegung. Er hatte weder Boote, noch Menschen und Geld.

Aus dieser Situation wurden die Menschen der Untergrundbewegung in Schweden durch zwei Faktoren herausgezogen: die Bereitschaft der Schweden - sowohl der Bevoelkerung als auch der Regierung - sich fuer die illegale Rettungsaktion einzusetzen einerseits, und die Initiative einer Anzahl von Juden in Schweden andererseits. Innerhalb der Juedischen Gemeinde in Stockholm bildete sich im Laufe der Verfolgungsjahre ein Kreis von Menschen, die ihre Hauptsorge darin sahen, den von den Nazis verfolgten Juden zu helfen. Es waren dies jene Menschen, die sich - sehr oft ohne Erfolg - um Einwanderungsgenehmigung fuer Hitler-Fluechtlinge, um Ausbildungsmoeglichkeiten von Chaluzim und aehnliches bemuehten und die bereit waren all denen, die sich in Gefahr befanden, zu helfen. Diese Anstrengungen wurden waehrend des Krieges erhoeht. Die Juedische Gemeinde in Stockholm unterhielt eine staendige Verbindung mit den internationalen juedischen Organisationen, die ihrerseits beim Unterhalt der Fluechtlinge und hauptsaechlich bei der Finanzierung von Ueberseetransporten halfen.

Im Mai 1943 kam Adler-Rudel, der Verantwortliche der Jewish Agency for Palestine fuer das Londoner Buero, nach Schweden. Waehrend der Bermuda-Konferenz schlug Adler-Rudel der Agency ein Arbeitsprogramm in den neutralen Zufluchtslaendern, vor allem in Schweden und Portugal, vor. Er selbst fuhr nach Schweden, um Hilfe fuer die europaeischen Juden zu organisieren. Er bat die schwedische Regierung der deutschen Regierung die Freilassung von 20.000 juedischen Kindern zwecks Ueberfuehrung nach Schweden vorzuschlagen. Wenn auch die schwedische Regierung diesen Vorschlag nicht ablehnte, gelangte er nicht einmal in das Stadium eines ernsthaften Versuches. In seiner Unterhaltung ueber dieses Thema mit dem Minister fuer soziale Angelegenheiten (Gustav Moeller) brachte Adler-Rudel auch die Frage der Zukunft der daenischen Juden vor. Er sprach die Befuerchtung aus, dass eines Tages auch die daenischen Juden werden fluechten muessen, mehr noch, er war der Meinung, dass es gut waere, wenn sie Daenemark schon vorher verlassen wuerden. Es war dies um jene Zeit, als eine Anzahl von Chaluzim flohen und damit den Zorn der Deutschen erregten. Gustav Moeller antwortete ihm, dass er es auf sich nimmt dafuer zu sorgen, dass jeder daenische Jude, der an die schwedische Kueste gelangt, wohlwollend aufgenommen wird und wenn - wie Adler-Rudel vermutet - die Lage sich ernstlich verschlechtern sollte, Schweden alles nur moegliche tun wird, um zu helfen. Wie wir gesehen haben, hat Moeller sein Wort gehalten. Aber Adler-Rudel hat sich mit dieser Versicherung nicht zufrieden gegeben. Er hat den Kauf eines

Bootes zur Ueberfuehrung der anderen Chaluzim von Daenemark nach Schweden vorgeschlagen. Mit Hilfe einer Anzahl von Zionisten in der Stockholmer Gemeinde hat er eine Sondersammlung veranstaltet, bei der 30.000 Kr. aufgebracht wurden, welche zum Kauf des Bootes "Julius" erforderlich waren. Das Boot wurde erworben, im Sommer 1943 gesetzlich eingetragen und dem Hechalutz uebergeben. Im Buero von ritz Hollander, dem Teilhaber einer der grossen juedischen Handelsfirmen in Schweden wurde dann mit Initiative von Adler-Rudel ein "Komitee fuer Zusammenarbeit" gegruendet, dem sich fast alle juedischen Organisationen in Stockholm anschlossen. Die Aufgabe dieses Komitees bestand darin, sich offiziell mit Rettungsmoeglichkeiten zu befassen. Einer der Angestellten von Hollander schlug Hollander und seinem Teilhaber Norbert Masur vor, mit der daenischen Untergrundbewegung in Stockholm in Verbindung zu treten, um mit deren Hilfe Rettungsmoeglichkeiten fuer die daenischen Juden zu pruefen. So entstand die Verbindung von Hollander und Masur zu Abba Munk.

F

Zl. [illegible]/44
Sache: Hilfe der internierten Juden
Dr.V.K./EE.

Stockholm, den 20.September 194[illegible]

Stempel: Aussenministerium eingelangt
am 3.Okt.44 Nr.8261

V e r t r a u l i c h

An das Aussenministerium der CSR

in L o n d o n

Zum telegraphischen Erlass Nr.19275/44:

Herr Adler-Rudel hat mich im Buero fuer eine kurze Zeit Freitag den 8.d.M.besucht. Ich habe ihn zu mir nachhause zum Mittagessen eingeladen, weil ich einen Anfall von akutem Rheumatismus hatte, fuer Dienstag, den 12.d.M.

Adler-Rudel erzaehlte von London und im allgemeinen ueber seine Mission in Schweden. Er selbst macht sich keine grossen Illusionen, weil die Hilfsaktion eingeleitet wird zum Zeitpunkt, wo es schon zu spaet ist und eine praktische Hilfe auch nicht mehr moeglich ist. Ich meinerseits informierte ihn vom Ergebnis meiner Intervention beim Gesandten Boheman, dass die Schweden unseren Juden in Ungarn helfen sollen.

Daraufhin sagte mir Adler-Rudel, dass die wertvollsten juedischen Elemente jetzt in Theresienstadt sind. Dort befindet sich die Majoritaet der juedischen Intelligenz, darunter einige Personen von hervorragendem Niveau. Waere es nicht moeglich die Russen zu bitten, dass sie ihre Kriegsoperationen so einrichten, dass sie sich so bald als moeglich des Theresienstaedter Lagers bemaechtigen ? Adler-Rudel ist sich dessen bewusst, dass in diesem Wunsche viel Phantastisches ist, aber es ist tatsaechlich der einzige Weg zu einer wirklichen Hilfe. Koennte ich ihm behilflich sein, dass ihn jemand in der hiesigen Sovjetlegation in dieser Sache empfaengt ? Ich versprach ihm alles was in meiner Macht ist zu tun, sobald mein Fieber vorbeigeht. Zwei Tage spaeter habe ich den Legationsrat Semenov ersucht zu mir nachhause zu kommen und erzaehlte ihm den Inhalt des Gespraechs mit Adler-Rudel und ersuchte ihn, Frau Botschafter Kollontay zu informieren und ihr die Sache zur Erwaegung vorzulegen. Am naechsten Tag, abends den 15.d.M., hat mir schon Adler-Rudel relefoniert, dass er bereits bei Frau Kollontay war, dass sie fuer die Sache das lebhafteste Interesse zeigt und ihm versprochen hat, dass sie selbst die Bitte der Jewish Agency mit ihrer Empfehlung ihrer Regierung vorlegen wird.

Dr.W.Kucera

Vor der Ablage nochmals Dr.Frischer
zur Information

Zum Bericht von Dr.Kucera 73/vertr./44 vom 20.September 44
bemerke ich:

1. Ich bin nicht ganz sicher, ob mein Freund Adler-Rudel sich vorher die Landkarte angesehen hat um festzustellen, wie entfernt Theresienstadt von den jetzigen militaerischen Operationen liegt. Ich weiss auch nicht, ob das Frau Kollontay klargeworden ist. Aber wenn auch in dieser Form der ganze Plan ein bischen phantastisch aussieht, waere es ein Fehler das Interesse, das Frau Kollontay fuer diese Sache gezeigt hat, nicht auszunutzen.

2. Es stimmt, dass in Theresienstadt vielleicht die wertvollsten Elemente des tschechoslovakischen Judentums sich befinden. Wir wissen jedoch, dass zumnidest 7,000 - aber offenbar viel mehr - von ihnen nach Birkenau ueberfuehrt wurden. Es ist zwar bekannt, dass von diesen Opfern 4,000 ermordet wurden, doch das Schicksal der anderen ist, glaube ich, nicht bekannt. Mit Ruecksicht darauf, dass Auschwitz und Birkenau sicherlich viel frueher in den Bereich der Roten Armee sich befinden werden, waere es vielleicht zweckmaessiger fuer diese Lager das zu verlangen, was Adler-Rudel fuer Theresienstadt verlangt hat.

3. Wenn dieser Standpunkt akzeptiert werden sollte, sollte vielleicht an Kucera telegraphiert werden, dass er selbst oder durch Adler-Rudel bei Frau Kollontay in diesem Sinne interveniere.

4. Vielleicht koennte auch der Gesandte Kraus ueber die Sache mit dem Botschafter Lebedev sprechen.

5. Schliesslich schlage ich vor, dass ueber den Bericht von Kucera Ing. Frischer informiert werde. (Aus weiter angefuehrten Gruenden nicht notwendig).

Dr.Fischl: 1. Die Russen aendern nicht und werden nicht aendern ihre Kriegsplaene ausser aus rein militaerischen Gruenden.

2. Theresienstadt wird ueberhaupt noch lange ausserhalb des Rahmens der Operationen sich befinden.

3. In der Sache Auschwitz und Birkenau wird er die Russen sowie die anderen Verbuendeten informieren. (6.D.?) U.S.Flugwaffe hat sich uebrigens bereit erklaert, die Krematorien zu bombardieren.

Dr.Fischl

Stockholm, den 24.Oktober 1944

V e r t r a u l i c h

Nr.: 115/vertr./44
Sache: Adler-Rudel SSSR Hilfe
fuer Theresienstadt
Dr.V.K./EE.

Eingangsstempel:
14.NOV.1944 - 26945.

An das Ministerium des Aeussern der CSR

in L o n d o n

In Ergaenzung der Nr.73/vertr./44 vom 20.September 44.

Herr Adler-Rudel, der sich zur Rueckkehr nach London vorbereitet, hat angefragt, ob aus Moskau irgend eine Antwort auf seine Intervention beim Botschafter Frau Kollontay, eingelangt ist. Der Legationsrat Semenov hat mich informiert, dass aus Moskau nichts gekommen ist und sie erwarten auch keine Antwort. Es versteht sich, dass sie alles unternehmen werden, was die militaerische Situation erlaubt. Es waere auch nicht gut zu viel darueber zu sprechen, damit das die Deutschen nicht erfahren und keine ihrer bewaehrten "Gegenmassnahmen" unternehmen.

Trotzdem wird er in Moskau anfragen, ob sie fuer ihn irgend eine Antwort haben. Sollte sie vor der Abfahrt Adler-Rudels einlangen, wird er mir das sagen, um Adler-Rudel noch informieren zu koennen.

Dr. K.

Zur Kenntnisnahme
Dr.Fischl

15.XI.44
vidi Fischl 20.XI.

Zur Kenntnisnahme Dr.Ondracek - vidi

Juedische Frage - Hilfe fuer Theresienstadt

TELEGRAM.

Skriv tydligt!

Fullständig adress *är av vikt för telegrammets säkra och snabba befordring.*

Mot språkbruket stridande sammansättningar eller förändringar av ord äro icke tillåtna.

Utstrykning eller ändring *å telegramoriginalet skall vara vitsordad av avsändaren eller hans ombud.*

Skiljetecken *avtelegraferas endast på uttrycklig begäran och ingå då i det taxerade ordantalet.*

Väntas svar *å telegrammet, bör avsändaren införa namn och adress i stationens adressbok eller å särskild blankett, som tillhandahålles på begäran.*

Taxerade tjänsteanmärkningar *(skrivas främst i adressen i sin förkortade form och ingå i det taxerade ordantalet), exempelvis:*

= *Lx* = *(lyxblankett)*
= *D* = *(iltelegram)*
= *RP* = *(svar betalt)*
= *TC* = *(kollationeras)*
= *PC* = *(mottagningsbevis)*
= *MP* = *(egenhändigt)*
= *TF* = *(uttelefoneras)*

Avgift:

Sign.:

Anm. ang. expeditionstiden

Avsänt	
Till	*Å app. nr*
Kl.	*Sign.*

Klass	*Nr*	*Ord*	*Datum*	*Kl.*

Tj. anm. och via

Leon Kubowitzki 1834 Broadway
New York

Your letter October 17 ~~[illegible]~~ representative not very reliable as proved by your cable August 18 he was of little help and his baltic report should be accepted with care stop financial situation parcels perturbing first 10000 dispatched under ~~[illegible]~~ personal

Avsändarens namn, adress och telefonnummer *(avtelegraferas icke):*

Form. nr 201
(1941)

Lithografiska A.-B., Norrk., 30/4 41. 1,000,000

TELEGRAM.

Skriv tydligt!

Fullständig adress *är av vikt för telegrammets säkra och snabba befordring.*

Mot språkbruket stridande sammansättningar eller förändringar av ord äro icke tillåtna.

Utstrykning eller ändring *å telegramoriginalet skall vara vitsordad av avsändaren eller hans ombud.*

Skiljetecken *avtelegraferas endast på uttrycklig begäran och ingå då i det taxerade ordantalet.*

Väntas svar *å telegrammet, bör avsändaren införa namn och adress i stationens adressbok eller å särskild blankett, som tillhandahålles på begäran.*

Taxerade tjänsteanmärkningar *(skrivas främst i adressen i sin förkortade form och ingå i det taxerade ordantalet), exempelvis:*

= *Lx* = *(lyxblankett)*
= *D* = *(iltelegram)*
= *RP* = *(svar betalt)*
= *TC* = *(kollationeras)*
= *PC* = *(mottagningsbevis)*
= *MP* = *(egenhändigt)*
= *TF* = *(uttelefoneras)*

Avgift:

Sign.:

Anm. ang. expeditionstiden

3/XII. 44

Avsänt	
Till	*Å app. nr*
Kl.	*Sign.*

Klass	*Nr*	*Ord*	*Datum*	*Kl.*

Tj. anm. och via

guarantee stop costs whole scheme increased through transport to [illegible] dollar expecting your cable remittance ~~[illegible]~~

[illegible]

Gabel Hersch

Avsändarens namn, adress och telefonnummer *(avtelegraferas icke):* Gabel Hersch Furumedigatan 10

6-6-15

Form. nr 201 (1941)

Lithografiska A.-B., Norrk., 30/4 41. 1,000,000

NOTE FOR MR. KUBOWITZKI.

REGARDING MY FIRST JOURNEY TO SWEDEN.

1. During my first visit to Sweden (February-May, 1943) the Swedish Government accepted my suggestion to rescue Jewish children from Nazi occupied countries and decided to approach officially the German Government with the request that Germany should permit the transport of 20,000 Jewish children from German occupied countries into Sweden. The age limit of the children was fixed from 5 to 13 years. They were to be taken from a West-Easterly direction which means from France, Belgium Holland, Germany, Czechoslovakia, Poland. This order was suggested as it was presumed that it would be easier to get the approval of the Germans to take first the children from France and then from Poland. It was also taken into consideration that older children from the Western European countries and the youngest from Poland should benefit as these young children would not be able to report much about the prevailing conditions.

2. The decision of the Swedish Government was based on the following 3 conditions:

(a) England and America should jointly undertake to provide for the maintenance of the children during their stay in Sweden; (approx. $ 1 per head and day).

(b) the English and American Blockade authorities should permit an increase in the import of food for the 20,000 children. (This condition was of psychological importance to avoid public agitation in Sweden where the food situation was at that time not very good).

(c) England and America were to give a joint guarantee to remove the children from Sweden immediately after the war.

3. As soon as I received from the Swedish Government the verbal information about their decision, I visited the American and English Embassies. In my presence they telephoned with Mr. Gustaf Moeller, the Swedish Minister for Social Affairs, who confirmed his Government's decision. Both Embassies reported the matter immediately to their respective Governments.

4. After my return to London I reported to the Foreign Office about my negotiations. They had already the report from the British Embassy in Stockholm. The Jewish Agency suggested to take the decision of the Swedish Government as the first result of the Bermuda Conference, (The Bermuda Conference ended a few days before I returned to London), and they cabled to Dr. Wise in New York informing him about their suggestion. Sir Herbert Emerson was also informed about the decision of the Swedish Government. He was greatly interested and considered the decision to be the first positive step of a neutral Government regarding the rescue of Jews from the Continent. The Foreign Office and Sir Herbert Emerson came to the conclusion that as the matter was of considerable importance it should be dealt with entirely by the British and American Governments and that in order to avoid difficulties the strictest secrecy should be observed.

5. Months passed by and nothing happened, although the Jewish Agency heard from time to time from the British Foreign Office that negotiations were pending between the British and American Governments regarding the guarantees mentioned under paragraph 2 of this note. That the question was under consideration of the two Governments can be seen from the statement made by Mr. Breckinridge Long for the Committee on Foreign Affairs of the House of Representatives on Friday, November 25th 1943, when he referred to "a neutral Government which asked the Germans to release 20,000 Jewish children from German....." "She would take care of them there and we would contribute to their expenses...." The German Government, the request having been made some time ago, has not indicated that it will accept; nevertheless we are trying to get the neutral Government to continue its activities." (Page 29, quoted from JEWISH COMMENT No. 23, December 24th, 1943).

6. I am not convinced that Mr. Breckingridge Long's statement is entirely correct. It was much later than November 1943 that the American and British Governments replied to the Swedish Government. But it is correct that the Swedish Government, at the end of 1943 was no longer willing to continue its initiative because since April, when they made their decision about the 20,000 Jewish children, the relation between Germany and Sweden had considerably deteriorated. Sweden had at that time cancelled the agreement with Germany regarding the transport of German troops through Sweden, reduced its delivery of iron ore to Germany and, furthermore, much to the annoyance of the Germans, had accepted many thousand Jewish and non-Jewish refugees from Denmark. The time was therefore not very favourable for an approach to the German Government.

7. There is, of course, no guarantee that Germany would have accepted the Swedish suggestion, but the possibility was not to be excluded. If the British and American Governments would have acted quickly, the Swedish Government would have had no reason not to stand to their undertaking. But as it took the two Governments such a long time to agree to the three simple conditions, the Swedish willingness did bring no positive results but demonstrated to the neutral Government that the question of rescue of Jews was not of such importance as I indicated it in my negotiations.

22/1/1945.

Report by Mr. Ben Gurion on his visit to the Camps
given at a meeting at 77 Gt.Russell St.,London, W.C.1,
on Tuesday, 6th November, 1945.

Mr. Ben Gurion said that he arrived at Frankfurt on the 19th October, and visited Stuttgart and the camps near Munich which were the largest in the American Zone. In the British Zone the only camp he visited was Belsen. The purpose of his visit was that, believing they were facing a prolonged and difficult struggle, he wished to know whether the internees would be a help or a hindrance in that struggle. Permission to visit the American Zone was easily obtained, but it was rather more difficult in regard to the British Zone. Facilities for travelling in both Zones were provided by the American army.

At the time when Mr. Harrisons's report was compiled, there were about 100,000 Jewish D.P's among the one million D.P's in Germany. Mr.Harrison found that they were kept as prisoners behind barbed wire, under very ~~hard~~ bad food, clothing and sanitary conditions. The rate of mortality was high: all the D.P's were idle, and families were scattered. Mr. Ben Gurion found conditions in the American Zone greatly improved. In Frankfurt he met the Chief of Staff, Lieut. Gen.Smith. When he told him the purpose of his visit. Gen.Smith at once told him that almost all the Jews in Germany wanted to go to Palestine, and refused to go back to their respective countries. Some would like to go to America but knew that this was impossible. He asked Mr. Ben Gurion to report to him on his return and also to see Gen.Eisenhower. He told him that they were expecting a special envoy from America to consult Gen.Eisenhower on Jewish matters. Judge Rifkind arrived the following morning and the idea was that Mr. Ben Gurion should travel with him, but as he was unable to leave immediately, Mr. Ben Gurion proceeded alone.

He first paid a brief visit to the camp at Zeilsheim, where the D.P's were mainly Poles. There was a small Hachshara there and all the people told him they wanted to go to Palestine. He then went to Stuttgart. Here the D.P's were living in the town, where a block of houses had been requisitioned from Germans. They were all from Poland and were nearly all young people between the ages of 18 and 35; there were no children or old people. This applied to all the other camps as well. There were about 500 men, 300 women, and fourteen children, three below 6 and the rest between 6 and 14. 60% of the people wanted to go to Palestine. Of the rest, a number had relatives in America and Argentine and would like to go there, while a number believed they still had relatives in the camps for whom they were searching, and had therefore not yet decided what to do in the future. Here, as everywhere else, there was a Jewish Committee. In Stuttgart all the members of this Committee were Zionists. Mr. Ben Gurion put two questions to the Committee. The first was: if it were necessary, for political reasons, not to accept certificates, from the point of view of the people in the camps could the Jewish Agency adopt this policy or would it result in despair ? The Committee replied that they would not accept certificates if it was against the interests of Zionism; they were prepared to wait if necessary. Mr. Ben Gurion asked whether this was the view of the Committee only or of the people as a whole. They assured him that this was the general view of the people who wanted to go to Palestine. He himself was not convinced that this really was the case. The second question was whether the people who wanted to go to Palestine were ready to go under conditions which might involve a risk of life. The reply was in the affirmative. On this occasion Mr. Ben Gurion felt more convinced that the reply was a true one. They asked for Hachshara, although they said that many of them were not fit

for hard physical work. They asked for books, in Hebrew, Yiddish and Polish. Some of them who had been students would like to continue their studies in Jerusalem.

Mr. Ben Gurion proceeded to the Central D.P.Camp near Munich. Here he met Chaplains Klausner and Maiditch. In this connection, Mr. Ben Gurion mentioned that he had been informed that the Jewish chaplains and Jewish soldiers generally had done a magnificent job, and were doing all they could to provide the D.P'S with food and clothing. He had been very much impressed by Chaplain Klausner's devotion and courage. He went with him to visit the camps in this area. They went first to St.Ottilien, which was really a hospital. It contained 650 beds but only 250 sick people and 550 other Jews. Officially they were considered reconvalescents, but they had turned it into an ordinary camp. There were many children there, some of whom had been born there and in the camps, while many had been brought from Poland recently. The ages of the children range from 2 to 8. A school was now being opened. The food was excellent and the housing satisfactory. Dr.Gruenberg, a Lithuanian Jew from the camp, was in charge. There were Zionists there who were extremely devoted and well-informed; in Mr.Ben Gurion's view they were fit to be on the Zionist Executive. A Kibbutz Hachshara had been established. This was the best camp as far as material conditions were concerned, and people who had recovered from their illness refused to leave it.

Mr. Ben Gurion then proceeded to Landsberg. The official number of Jeww there was 5,500, but actually there were only about 4,500. This discrepancy in numbers (which was to be found in all the camps) was due to two reasons: a) Many people had left to look for their relatives; b) The food, except at St.Ottilien, was not yet adequate, although there had been a great improvement in the American Zone, and it enabled them to receive larger rations. There were a hundred children at Landsberg who had recently come from Poland. The number of these was increasing in all the camps. All the D.P's here had all been living in barracks, twenty to forty in a room and two in a bed. Since the publication of the Harrison Report and visit of Gen.Eisenhower, orders had been given to evacuate all the Germans in order to provide more room for the D.P's, but the orders had not been carried out. So far only 20% of the D.P's at Landsberg were living in houses; many of them were still sleeping two in a bed and were crowded into barracks. There had been some improvement in the food, but it was still unsatisfactory. There were five Kibbutzei Hachshara , as well as a Kibbutz of the Aguda consisting entirely of girls.- There was also a Yeshiva but they had no books.

Mr. Ben Gurion went to Feldafing, where he only had time to address the D.P's. He was told that there was e strong group of Bundists there, numbering abouta hundred, with a large following. Conditions in this camp were worse than anywhere else.

Mr. Ben Gurion thought the people in the camps could be divided into three categories: a) Some who did not care at all about Palestine, but would not return to their countries; b) Some who might stay in Germany; c) Zionists. The Black Market was flourishing. This was due to some extent to the enforced idleness, which caused demoralization. Physically they all seemed fit and it was difficult to believe that they had undergone such hardship for so many years.

Some had tuberculosis and were being taken care of at a special hospital, but the large majority were fit. Morally the position was more disquieting. People had lost faith in themselves, in the world, in the Jewish people, and after seeing Dachau and hearing individual stories it was not difficult to understand this. They were intellectually and psychologically abnormal. But by almost a miracle, a great number were still not only normal but real heroes. They were ready for anything; they could endure physical, moral and psychological torture for the sake of Zionism, and Mr. Ben Gurion doubted whether, even in Palestine, they had more devoted and reliable Zionists than these people. Most of this category had been Zionists before.

Mr.Ben Gurion was asked to speak at all the camps. He told them that the political situation was desperate and that he could not promise them certificates; he could only promise that the best of their people in Palestine would do what was humanly possible to get them over to Palestine. He had talks with the Central Zionist Committee, and put to them the same question about refusing certificates. They told him that they would refuse 1500 certificates even if the Executive decided to accept the offer. There was nothing left for them but to go to Palestine, but if necessary they could wait. The Committee told him that they would not leave until all the others had gone to Palestine. Mr.Ben Gurion had the feeling that they meant what they said. He did not think they represented the views of all the thousands who wanted to go to Palestine, but they did speak for a great many people. What all of them asked for in all the camps was Hachshara: books, Madrichim and material for vocational training. The best people he met were the youngsters. At Foerenwalde, which was a camp for young people only (up to the age of 25) there were many Kibbutzim, and some of the youngsters spoke excellent Hebrew. Many of them said they were determined to remain together in Palestine regardless of movement or political attachments.

After visiting Foerenwalde Mr.Ben Gurion returned to Frankfurt, where he was received by Gen.Smith (Gen.Eisenhower was in London at that time), to whom he told his impressions and recommendations. His recommendations were as follows:

"In order to raise the self-respect, improve the morale, and to prepare the D.P's for useful life in the country of their future permanent residence, the following recommendations were made:

1. The people in each camp and in the entire area should be given a measure of self-government through elected representatives, subject of course to the authority of the Military Administration, to conduct all their internal affairs, to represent the D.P's before the authorities and to advise the authorities on the measures to be taken for improvment of the conditions of the inmates and raising their spiritual level.

2. To concentrate all the Jewish D.P's, as far as possible, in one area, urban and rural, to enable them to live a more full Jewish life and to avoid unnecessary contact with the unfriendly German population.

3. To complete the settling of people in separate rooms and to avoid as far as possible living in barracks where people are deprived of privacy.

4. Agricultural training for the younger inmates who are eager to prepare themselves to return to Palestine and to live there on the soil. Near the camps there are farms available, of former Nazis which the young people in the camps are eager to cultivate.

5. Vocational training for the older people ind different trades - mechanical, electrical, tailoring, shoemaking, nursing, etc. It must be understood that this training will be on a purely voluntary basis and in no way to be imposed on the people. It is expected that at the beginning only a part of the people will avail themselves of those opportunities, but they will serve as an example to the others.

6. Physical training for an hour every day if possible, and training the people in discipline, orderliness and cleanliness. Again, it must be understood that this must be on a purely voluntary basis.

7. What the people need most in camps are books, manuals, papers in Hebrew which cannot be provided after the destruction of all the Jewish centres of learning and culture in Europe and can only be obtained from Palestine. It is necessary that a miliraty plane should visit Palestine once a week to bring the necessary books and also bring instructors from Palestine for agriculture, vocational and cultural training of the people. The plane will also carry mail of the D.P's. in Germany to relatives in Palestine."

With regard to training, Gen. Smith said that this was also their view but it seemed that the people refused to work. Gen.Eisenhower had offered the people at one camp land to work, but they had refused. Mr. Ben Gurion said that there might be people who refused to work but the young people were eager, especially for agricultural work, and many of the older ones would undertake other jobs. It must be on a purely voluntary basis. At first only some would work, but he was sure that later the majority would join in. Gen.Smith promised to fulfil the request for planes to bring books and instructors, and said that the other matters would have to be discussed with Gen.Eisenhower.

Mr.Ben Gurion told him that in all the camps he had met D.P's who had gone back to Poland and other countries, but had later returned, bringing others with them. Gen. Smith said that they were aware of this. There was antisemitism in Poland and they had to save these people. He asked for all Mr. Ben Gurion's recommendations to be put in writing for submission to Gen. Eisenhower. Mr. Ben Gurion said that he was impressed by Gen.Smith: he was intelligent and understood the special problems of the Jewish D.P'S.

Mr. Ben Gurion met Judge Rifkind and outlined to him the recommendations he had made, He found Mr.Rifkind (who was a Zionist) generally inclined to agree with him except on the point of concentrating all the Jews together. He thought that this was impossible, because there were many public works which has to be carried on by the Germans. He believed, however, that if all the other recommendations were carried out, in fact a Jewish area would be created where the Germans would be increasingly fewer in number. He said that he had spoken to Gen.Eisenhower about Mr. Ben Gurion, and Mr. Ben Gurion should meet him on his return from the British Zone.

Mr. Ben Gurion then visited the British Zone. On arrival at Belsen, he met with the Jewish Committee. On the day of liberation there were 48,000 Jews in Belsen. Since then, until the end of July, 31,000 Jews had died. He was sure that many had died because of neglect. The treatment at Belsen was the

nearest thing he could imagine to the Nazi system. All the Jews were under Polish authority officially, although actually there were very few Poles left. Jewish children had to go to the Polish school and be taught in Polish. Jews had to live in the same rooms as Poles, where they are insulted and maltreated. The authorities knew this but said they could do nothing as the people were all Poles. Mr. Ben Gurion was told that there were camps that were worse then Belsen, although some of them were better. He visited the living quarters. One room 4½ metres square contained four beds and thirteen occupants. Another, 2 m x 4 m, contained three beds and seven occupants. Another, 2 x 4, had three beds and seven occupants. There were more than thirty large buildings which were empty. The Major in charge said he had to reserve this accommodation for people who might come back. The food was inadequate. The Joint had offered to send additional food, but were told that if such food arrived, it must be divided amongst the whole camp, as they could not discriminate between different religions. The food was not being sent illegally. Most of the people were between 18 and 35, but a few children remained. A stencilled paper was being published illegally.

Two weeks before Mr. Ben Gurion's arrival, representatives from the Jewish Brigade had come to Belsen. People in all the camps were very cynical, but they had unlimited confidence in and unbounded respect for the people from the Brigade. At Belsen they had been discussing the question of sending children to England. All the people were against it. Mr. Ben Gurion had been very much impressed by Dr.Rosensaft, who was the head of the Jewish Committee at Belsen. Everyone accepted his authority without question.

On his return to Frankfurt, Mr. Ben Gurion met Gen.Eisenhower, who began by saying that he knew that the main problem of the D.P's was a psychological one, and they make an attempt to restore their confidence in themselves and in humanity. He was aware of the Black Market activities, but no one could blame these people. They needed some occupation. He mentioned his offer of land which had been refused. Mr. Ben Gurion repeated what he had told ~~him~~ Gen.Smith and urged stat a start should be made in this respect. Gen.Eisenhower asked when the people would be able to go to Palestine. Mr. Ben Gurion explained ~~this~~ the position. Gen. Eisenhower assured him that they would do all they could for the D.P's as long as they remained in Germany, would treat them with understanding of their problems and would give them all possible facilities for agricultural and other training. He had given instructions to Judge Rifkind to give immediate orders in regard to small improvements. Bigger matters would have to be brought to him but would have a very sympathetic hearing. Mr. Ben Gurion was impressed by his humane approach and felt stat he understood the problem.

Hoechst. 21st Dec.1945

To: U.N.R.R.A. HEADQUARTERS, Germany
Relief Service.

From: S. Adler-Rudel
Representative of the Jewish Refugees Committee, London.

Subject: Evacuation of Jewish Children from D.P.Camps in Germany to England.

(1) The opposition of the Jewish Committees in the Camps in Bavaria and in the British zone to the continuance of the evacuation of the children to England is based on the following two resolutions:

(i) Adopted by the Central Committee of the Jews in Bavaria on the 14th October 1945, which stated: -

"In view of the events in Palestine, where the British Administration did not hesitate to use arms and imprisonment against Jews who tried to find a refuge in Palestine, against the last remnant of the so-brutally persecuted European Jewry who did not wish for more than to find safety in one corner of the globe - in Palestine - where they hoped to return to a normal and peaceful life; the representatives of the Jews in Bavaria state that they have no confidence in the intentions and hospitality of the public in Great Britain who wish to accept Jewish children from the camps, and that they protest strongly against sending the children to England. The meeting instructs the Central Committee to ensure that no one single child should, under any circumstances, be allowed to emigrate to any other country than to the only possible haven for them - Palestine. "

(ii) The Central Jewish Committee in Belsen differed slightly in its opinion when adopting a similar resolution at a meeting on the 21st October 1945, where they stated :-

"A. The transporting of children to England will have to be stopped. "

"B. It is impossible for us to allow the children who have been with us from the very first, in ghettoes and concentration camps, and who have suffered with us, to go wandering from exile to exile. The children must stay with us until their emigration to Palestine."

"C. We demand that the first certificates for Palestine shall be given to our children so as to enable them to emigrate there as soon as possible."

(II) It was unfortunate that the dxlay in the transport of the children to Great Britain coincided with the expected statement in Parliament of the British Prime Minister on the future of Palestine and with conflicts between the Jewish people in Palestine and the British Administration, which resulted in bloodshed and arrests.

The statement in Parliament was postponed several times. News of the unrest in Palestine reached the Jews in camps, creating tension which increased

when they learned of the contents of Mr.Bevin's statement which failed to give them hope of a speedy emigration to Palestine.Protest meetings were held in many camps and towns where Jews were congregated.

(III) The resolutions of both Committees are political documents and have to be considered as a protest against the policy of Great Britain with regard to Palestine. The opposition of the Committees has been primarily political and no reference is made to the situation of the children in the camps, nor is anything said about their intended education in England, but it cannot be overlooked that apart from the political arguments, there a genuine human elements in the objections of the Committees. The leaders of the Jewish Committees are very much attached to the children and, in fact, consider themselves as being in loco parentis to them. It is no exaggeration to say that the presence of the children in the camps, caring for them, watching their development, their occasional performances, lighten somewhat the miserable conditions of camp life, and this adds strength to the arguments against allowing the children to leave the camps for England.

(IV) Such was the situation when I arribe in Germany on the 19th November, intending to consult with the Commoiittes about the children's going to England. Incidentally, I had an opportunity of meeting members of the Committees in Bavaria and Belsen when I arrived in Frankfurt. In our first conversation they told me that as far as they were concerned, the matter was closed and they did not intend to re-open it, but after further conversations they agrred that the matter would again be open for discussion when I had visited the camps and seen conditions for myself.

(V) After several conversations with UNRRA H.Q. in Hoechst, I proceeded to Munich on Friday 23rd November. Immediately upon my arrival in Munich, I contacted the Bavarian Headquarters o UNRRA in Passing and discussed the whole affair with them and arranged for my visits to the camps. From Passing, I returned to Munich, where I met the Central Committee of the Jews in Bavaria for the first time. I tried to explain to them of how little political value was the prevention of the children's going to England, and that the question of whether the children should go to England or not had to be decided only in the light of the children's welfare, I informed them where and how the children would ~~have~~ live in England and that those of them who wished to go to Palestine would be allowed to do so when it was at all possible, and that the children would be educated and trained for their future life in Palestine. Practically all the speakers at the meeting repeated again and again their political objections to sending the children to England. When, after several hours of discussion, a vote was taken, only one member of the fifteen present voted in favour of the suggestions to remove the ban on the children's going to England.

(VI) The following days I visited the camps in Kloster Inzersdorf, Landsberg, Feldafing, St.Ottilien, Deggendorf, Foehrenwalde. The only place where I had a longer conversation with the children was at Kloster Inzersdorf, (a mixed assembly center with some 250 children)) where some 45 children were assembled for their journey to England. I was greatly impressed by the earnestness and sincerity with which the children spoke. They were all very firm in their intentions to go to Palestine but differed from the Committee in thinking that it would do them no harm to go to England and wait until they could proceed to Palestine. The children were tired of the life in the camps and felt that they could use the time of waiting by filling in the gaps in their education and getting proper training to fit them for their future life in Palestine.

In spite of holding opposite views to the Committee on their going to England, the children spoke with respect of the Committee and recognised its authority in deciding such matters for them. At the same time, they said that should the Committee insist on its objection to their going to England, they would not return to the camps but would try to find work and provate accomodation. I all the other camps I could only see the conditions under which the children lived. It did not seem advisable to me to enter into discussions with the children, because it would have created new excitenment and conflicts which I tried to avoid. However, I had many conversations with members of the Camp Committees and some of the UNRRA officials in the camps. Although the conditions for children in the camps have improved of late and attempts to establish schools and training centres have been made, it seems to me impossible to improve the atmosphere of a camp, where the children are constantly influenced by daily events in the camp, where they have no privacy and participate in every phase of adult life. Some of the camp leaders recognised my views and agreed that, form a peronal point of view, they would like to see the children removed from the camps, but they insisted that the political arguments against such a move are still too strong.

Although the discussion was really closed after my first meeting with the Committee, I insisted on a second meeting after my visit to the camps, which took place on Sunday 2nd December. I passed on my impressions of the conditions of the children and of my conversations with the camp leaders and children. I tried to cinvine the Committee that it was wrong of them to insist on the children's remaining in the camps. I suggested that they should not change the political content of their resolution, but that they should agreed to the following points :-

(a) that the children who have relatives in the U.K. or U.S. should not be prevented from going to England;

(b) that those children who have been told to get ready to go to England should be permitted to go.

The meeting accepted the first suggestion regarding the children with relatives in U.K. and U.S., but insisted that the children could only go to close relatives, such as parents, brothers or sisters. With regard to other relatives, such as aunts or uncles, no final decision was reached but it was agreed that it should be decided individually. (I could not ascertain the number of children with rel atives in the U.K. or U.S., but Miss Davidson of the UNRRA Office in Passing undertook to collect the necessary data for the American Zone and to inform the Jewish Refugges Committee in London).

With regard to (b), a new vote was taken but only four of the fifteen members were in favour of it. Two obstained from voting, but there was still a majority of nine against.

(VII) I informed UNRRA Office, Passing, of the result of my negotiations and left Munich for Frankfurt on December 3rd. I gave a verbal report to Headquarters and made preparations for my visit to the British Zone.

I left for Spenge on Friday, Decerber 7th, where I had consultations with the UNRRA Headquarters, British Zone, and where I collected more information on the situation. I left Spenge on Saturday 8th December for Celle. On Sunday 9th December I visited Belsen for the first time.

(VIII) My visit to Belsen coincided with two unpleasant events :-

(a) The President of the Committee (Mr.Rosensaft) was preparing to leave for the U.S. to attentd a conference of Jewish Relief and Palestine Organisations. There was some excitenment over whether the Military authorities would permit him to go or not. It was impossible to arrange a meeting before he left, but from the short conversation I managed to

have with him, I gathered that his Committee was open to discussing the children's situation again.

(b) Ten members of the Jewish Committee in Hannover had to appear before a Military Court in connection with some unpleasant events arising out of the protest meeting which took place after Mr.Bevin's statement in Parliament. The whole Bensen Committee was absorbed in considering ways and means of defending the people in Hannover and had no time to discuss any other questions with me.

I therefore used my time in examining the conditions under which the children lived in camp. In Belsen too some improvements havetaken place. There is a school comprising six groups of children which functions well under the care of qualified teachers. I visited the school several times and can only say that the children seemed to be very happy there. There is also a home for younger children and another is being prepared. Two groups of younger boys and girls, one consisting of Polish Youth, the other of Hungarians, who organised themselves to immigrate into Palestine, have been concentrated in separate blocks where they are living. In spite of the improvement I do not think that the children are well off enough, because there is still a shortage of food and and heating, and the whole atmosphere of camp life is not one which can help them to make a full recovery from their sufferings in the past.

(IX) I had the final meeting with the Belsen Committee on Thursday 13th December. It was a repetition of all the arguments and counter-arguments heard in the Bavarian Zone. The political arguments against sending the children to England were very strong, especially as there was a new bitterness against England resulting from the fact that the trial before the Military Court in Hanover ended in heavy sentences against the members of the Jewish Committee (2 to 6 months' imprisonment). The Committee therefore refused to change its decision on the Children's going to England.

After this meeting,I had long conversations with the Medical Officer of the A.J.D.G., who works at the camp. He explained that from a medical point of view, it is very important that the children should be removed from Belsen. Together we visited the Acting Chairman of the Camp Committee, Dr.Bimko. We suggested that there should be a torough medical examination of all the children in the British Zone, beginning with the children in the Belsen camp and should the result prove unsatisfactory, the children's removal from Belsen should be considered. Dr.Bimko agreed to this suggestion and to participate in the examination of the children. There were further considerations as to what steps should be taken should the doctor remommend the removal of the children. In this privat conversation, three alternatives were suggested :-

A. To evacuate the children to the American Zone, (because the Committee thought the situation might be easier there).

B. To get the Warburg estate at Blankensse derequisitioned from the German soldiers who are still there and to convert all the four buildings of the estate into a large children's home for all the Jewish children in the British Zone.

C. If it should be impossible to evacuate the children to the American Zone, or to get the Warburg estate, then the children would have to be sent to England.

(X) I left the doctors to undertake the task of examining the children and proceeded to Hamburg to see the Warburg estate. It is an ideally situated place and if it should be possible to have it freed from its present occupants (a hospital for German soldiers) to provide sufficient food and have it well staffed, it would be splendid for a children's home.

After visiting Hamburg, I went to the camp in eustadt, where some 700 Jews and 50 children are living. Here, too, the conditions are such that removal of the children - many of whom are suffering from tuberculosis - seems to be an urgent necessity.

(XI) I returned to Belsen on Monday 17th December and again had an unofficial meeting with the Committee when the doctors reported on the results of their examination of the first 45 children, stating that the health situation demands a change in their living conditions as soon as possible. The Committee had another meeting the same day with no outsiders admitted and decided on the three alternatives mentioned above, including the Committee's willingness to allow children to go to the U.K. if they had relatives there or in the U.S. as indicated in para. VI (a).

I was informed by the Committee of its decision, but I told them that although I would like to see the children go to England, it would not ne possible for the Committee in England to keep the reception ~~suggested~~ camp and its staff waiting for an indefinite time. I therefore suggested that they should make their final decision on this point in a fortnight's time, which meant they would have to inform London about the results of their investigations in the first week of January 1946. In the meantime a relief worker of the A.J.D.G. is trying to collect the data on the children with relatives in the U.K. and U.S.

(XII) I left Belsen on Tuesday, 18th December, for Spenge, where I informed UNRRA H.Q., British Zone, of the results of my visit, and returned to Frankfurt, Thursday, 20th December.

In conclusion I would like to state that in my opinion it is in the interests of the children that they shpuld be moved from the camp atmosphere, but I do not believe it advisable to do this by force, as such action might result in serious revolts in the camps. If any change in the opinion of the camp leaders is possible, it can only be achieved by persuasion and by convincing them that it is dangerous for the children to remain in the camps. This point has been reached in Belsen - I do not think it is possible to reach it in Bavaria, because the situation there is better than in the British Zone.

I cannot end my report without expressing appreciation for the friendly reception and assistance shown me at UNRRA Headquarters in Hoechst, Passing and Spenge, and from all the UNRRA officials with whom I came into contact.

S. Adler-Rudel

SAR/LB

31st December, 1945.

The Executive,
Jewish Agency for Palestine,
P.O.Box 92, Jerusalem,
Palestine.

Dear Friends, Re:- Removal of Children from Camps in Germany.

I am attaching herewith the official report to U.N.R.R.A. regarding my mission to Germany in connection with the question of bringing the children from the camps in Germany to England.

In addition to the official report, I feel it an obligation to point out to you that I consider it an urgent necessity that the children from the American and British Zones should be removed from the camps as soon as possible, for the following reasons:-

(1) In spite of the general improvements which have taken place in all the camps in the course of the last eight weeks, the situatio is still such that there is a shortage of food, overcrowded houses and, in some camps, an almost complete lack of heating. Although until now there are no actual signs of infectious diseases, the general health position of the children is deteriorating. A thorough medical examination of the children in Belsen has shown that most of the children are suffering from heart affection and some of them from affection of the lung. Doctors who, for politica reasons, are against sending the children to England, advise at the same time their immediate removal from the camp.

(2) There are certainly some improvements visible with regard to education and schooling for the younger children and organised chalutzick activities for the older ones, but all that is mainly to the credit of the chaverim of the Brigade, who are certainly the strongest moral power in the camps. There is no certainty as to how long they are going to remain in the camps, however, and if they should have to leave, there is practically nobody who will be able to take their place.

contd. ....

(3) The children themselves (and I have spoken to many), if they are alone and not afraid of the presence of chaverim of the Brigade or members of the Camp Committee, do not hesitate to say how much they would like to leave the camps and how they hated to continue living there. Most of them are very decided in their intention to go to Palestine, but they are not willing to see that their coming to England would interfere wi th their going to Palestine. They are certainly not children, in the usual sense of the word. They are very mature and know very well what they want to do. Although it seems that they gave in to the demands of the Committee and the Brigade, to join the opposition to their going to England, psychologically the pressure under which they have been brought does more harm to their Zionist convictions than their removal to England ever would have done. Some of them who were not in the Jewish camps stated very strongly that they would prefer to go and work in some small German place and live in private houses, rather than continue their life in the camps.

The exceptions in this respect are perhaps the few kibbutzim which have been set up outside the camps, where the children are not in contact with the camp population. Even in Zeilsheim, near Frankfurt, where the kibbutz is outside the camp, there is a much better atmosphere than in any of the chalutz groups which are situated inside the camps.

(4) The political value of the demonstration not to allow the children to come to England is controversial. As far as the authorities in Germany are concerned (UNRRA, the American and British Military circles), the objection to letting the children go has certainly done more harm than good. The camp committees and the central committees in Munich and Belsen themselves did not feel very comfortable when they prevented the children from going and probably to relieve their own situation, they said to people in authority on many occasions that the only authority entitled to alter the resolutions of the committee is the Jewish Agency - if the Agency should decide that the children should go to England, they, the people in the camps, would not hesitate for one second to agree to it. This statement promoted the Agency in the eyes of UNRRA and the Military Authorities in Germany to a very important body. They look, therefore, with great expectation to the result of my mission. Although I informed them immediately that I had come with the knowledge of the Agency, but not on behalf of the Agency, and I stressed that I was only able to give advice on this matter and that the Agency is not issuing any orders, they still expected a positive result from my mission.

To obtain such a result would have been very important with regard to the future possibilities of Agency work in Germany. The positive result of my mission would have made easier the bringing in of Palestinian Relief Workers to Camps in Germany.

(5) With regard to the situation in Belsen, there is a certain change, insofar as I have just been informed by telephone from Belsen that the Committee hopes to remove all the children to the Warburg Estate in Blankenese near Hamburg, as mentioned in my report. This would, at least, relieve the children from staying in the camp and may offer possibilities for better physical conditions and improved educational facilities. This will depend on whether we are able to bring into the new camp a considerable number of educators from Palestine and if the Joint will be willing to send to this new camp special supplies to improve the food position.

With regard to the American zone, where the continuous influx of new people from Poland is hindering the progress of improvements, I am convinced that the removal of the children is an urgent necessity. In this respect, I see only two possibilities, (a) either to use the first issue of certificates to take out all the children and to bring them to Palestine or (b) to advise the Committee in Munich not to oppose the going of the children to England.

As Winter in Bavaria continues until the end of April - or even until May - I ask for an immediate decision. I would also suggest that the Agency should officially advise that children who have got close relatives (and this means not only parents, brothers or sisters abroad, but also aunts and uncles who are willing to take the children) should not be hindered, either officially or unofficially from joining such relatives wherever they may be living at the present time. The fact that children who have got relatives are prevented from joining them is creating so much ill-feeling that it does an enormous amount of harm to our cause and to the authority of the Zionist Movement.

I would appreciate it very much if you would give my letter the earliest possible consideration and inform me of the results.

SHALOM,

S. ADLER-RUDEL

Hoechst, 21st Dec. 1945.

To: U.N.R.R.A. HEADQUARTERS, Germany,
Relief Services.

From: S.Adler-Rudel,
Representative of the Jewish Refugees Committee, London.

Subject: Evacuation of Jewish Children from D.P.Camps in Germany to England.

(1) The opposition of the Jewish Committees in the Camps in Bavaria and in the British zone to the continuance of the evacuation of the children to England is based on the following two resolutions :-

(i) Adopted by the Central Committee of the Jews in Bavaria on the 14th October 1945, which stated:-

"In view of the events in Palestine, where the British Administration did not hesitate to use arms and imprisonment against Jews who tried to find a refuge in Palestine, against the last remnant of the so-brutally persecuted European Jewry who did not wish for more than to find safety in one corner of the globe - in Palestine - where they hoped to return to a normal and peaceful life; the representatives of the Jews in Bavaria state that they have no confidence in the intentions and hospitality of the public in Great Britian who wish to accept Jewish children from the camps, and that they protest strongly against sending the children to England. The meeting instructs the Central Committee to ensure that no one single child should, under any circumstances, be allowed to emigrate to any other country than to the only possible haven for them- Palestine. "

(ii) The Central Jewish Committee in Belsen differed slightly in its opinion when adopting a similar resolution at a meeting on the 21st October 1945, where they stated :-

"A. The transporting of children to England will have to be stopped."

"B. It is impossible for us to allow the children who have been with us from the very first, in ghettoes and concentration camps, and who have suffered with us, to go wandering from exile to exile. The children must stay with us until their emigration to Palestine."

"C. We demand that the first certificates for Palestine shall be given to our children so as to enable them to emigrate there as soon as possible."

.. contd...

(II) It was unfortunate that the delay in the transport of the children to Great Britain coincided with the expected statement in Parliament of the British Prime Minister on the future of Palestine and with conflicts between the Jewish people in Palestine and the British Administration, which resulted in bloodshed & arrests.

The statement in Parliament was postponed several times. News of the unrest in Palestine reached the Jews in camps, creating tension which increased when they learned of the contents of Mr. Bevin's statement which failed to give them hope of a speedy emigration to Palestine. Protest meetings were held in many camps and towns where Jews were congregated.

(III) The resolutions of both Committees are political documents and have to be considered as a protest against the policy of Great Britain with regard to Palestine. The opposition of the Committees has been primarily political and no reference is made to the situation of the children in the camps, nor is anything said about their intended education in England, but it cannot be overlooked that apart from the political arguments, there are genuine human elements in the objections of the Committees. The leaders of the Jewish Committees are very much attached to the children and, in fact, consider themselves as being in loco parentis to them. It is no exaggeration to say that the presence of the children in the camps, caring for them, watching their development, their occasional performances, lighten somewhat the miserable conditions of camp life, and this adds strength to the arguments against allowing the children to leave the camps for England.

(IV) Such was the situation when I arrived in Germany on the 19th November, intending to consult with the Committees about the children's going to England. Incidentally, I had an opportunity of meeting members of the Committees in Bavaria and Belsen when I arrived in Frankfurt. In our first conversation they told me that as far as they were concerned, the matter was closed and they did not intend to re-open it, but after further conversations they agreed that the matter would again be open for discussion when I had visited the camps and seen conditions for myself.

(V) After several conversations at UNRRA H.Q. in Hoechst, I proceeded to Munich on Friday 23rd November. Immediately upon my arrival in Munich, I contacted the Bavarian Headquarters of UNRRA in Passing and discussed the whole affair with them and arranged for my visits to the camps. From Passing, I returned to Munich, where I met the Central Committee of the Jews in Bavaria for the first time. I tried to explain to them of how little political value was the prevention of the children's going to England, and that the question of whether the children should go to England or not had to be decided only in the light of the children's welfare. I informed them where and how the children would live in England and that those of them who wished to go to Palestine would be allowed to do so when it was at all possible, and that the children would be educated and trained for their future life in Palestine. Practically all the speakers at the meeting

.. contd..

repeated again and again their political objections to sending the children to England. When, after several hours of discussion, a vote was taken, only one member of the fifteen present voted in favour of the suggestions to remove the ban on the children's going to England.

(VI) The following days I visited the camps in Kloster Inzersdorf, Landsberg, Feldafing, St. Ottilien, Deggendorf, Foehrenwalde. The only place where I had a longer conversation with the children was at Kloster Inzersdorf, (a mixed assembly center with some 250 children) where some 45 children were assembled for their journey to England. I was greatly impressed by the earnestness and sincerity with which the children spoke. They were all very firm in their intentions to go to Palestine but differed from the Committee in thinking that it would do them no harm to go to England and wait until they could proceed to Palestine. The children were tired of the life in the camps and felt that they could use the time of waiting by filling in the gaps in their education and getting proper training to fit them for their future life in Palestine.

In spite of holding opposite views to the Committee on their going to England, the children spoke with respect of the Committee and recognised ~~the~~ its authority in deciding such matters for them. At the same time, they said that should the Committee insist on its objection to their going to England, they would not return to the camps but would try to find work and private accommodation. In all the other camps I could only see the conditions under which the children lived. It did not seem advisable to me to enter into discussions with the children, because it would have created new excitement and conflicts which I tried to avoid. However, I had many conversations with members of the Camp Committees and some of the UNRRA officials in the camps. Although the conditions for children in the camps have improved of late and attempts to establish schools and training centres have been made, it seems to me impossible to improve the atmosphere of a camp, where the children are constantly influenced by daily events in the camp, where they have no privacy and participate in every phase of adult life. Some of the camp leaders recognised my views and agreed that, form a personal point of view, they would like to see the children removed from the camps, but they insisted that the political arguments against such a move are still too strong.

Although the discussion was really closed after my first meeting with the Committee, I insisted on a second meeting after my visit to the camps, which took place on Sunday 2nd December. I passed on my impressions of the conditions of the children and of my conversations with the camp leaders and children. I tried to convince the Committee that it was wrong of them to insist on the children's remaining in the camps. I suggested that they should not change the political content of their resolution, but that they should agree to the following points :-

.... contd.....

(a) that the children who have relatives in the U.K. or U.S. should not be prevented from going to England;

(b) that those children who have been told to get ready to go to England should be permitted to go.

The meeting accepted the first suggestion regarding the children with relatives in the U.K. and U.S., but insisted that the children could only go to close relatives, such as parents, brothers or sisters. With regard to other relatives, such as aunts or uncles, no final decision was reached but it was agreed that it should be decided individually. (I could not ascertain the number of children with relatives in the U.K. or U.S., but Miss Davidson of the UNRRA Office in Passing undertook to collect the necessary data for the American Zone and to inform the Jewish Refugees Committee in London.)

With regard to (b), a new vote was taken but only four of the fifteen members were in favour of it. Two abstained from voting, but there was still a majority of nine against.

(VII) I informed UNRRA office, Passing, of the result of my negotiations and left Munich for Frankfurt on December 3rd. I gave a verbal report to Headquarters and made preparations for my visit to the British zone.

I left for Spenge on Friday, December 7th, where I had consultations with the UNRRA Headquarters, British zone, and where I collected more information on the situation. I left Spenge on Saturday 8th December for Celle. On Sunday 9th December I visited Belsen for the first time.

(VIII) My visit to Belsen coincided with two unpleasant events:-

(a) The President of the Committee (Mr. Rosensaft) was preparing to leave for the U.S. to attend a conference of Jewish Relief and Palestine Organisations. There was some excitement over whether the Military authorities would permit him to go or not. It was impossible to arrange a meeting before he left, but from the short conversation I managed to have with him, I gathered that his Committee was open to discussing the children's situation again.

(b) Ten members of the Jewish Committee in Hanover had to appear before a Military Court in connection with some unpleasant events arising out of the protest meeting which took place after Mr. Bevin's statement in Parliament. The whole Belsen Committee was absorbed in considering ways and means of defending the people in Hanover and had no time to discuss any other questions with me.

I therefore used my time in examining the conditions under which the children lived in camp. In Belsen too some improvements have

taken place. There is a school cmomprising six groups of children which functions well under the care of qualified teachers. I visited the school several times and can only say that the children seemed to be very happy there. There is also a home for younger children and another is being prepared. Two groups of younger boys and girls, one consisting of Polish youth, the other of Hungarians, who organised themselves to i migrate into Palestine, have been concentrated in separate blocs where they are living. Thexexixx In spite of the improvement I do not think that the children are well off enough, because there is still a shortage of food and heating, and the whole atmosphere of camp life is not one which can help them to make a full recovery from their sufferings in the past.

(IX) I had the final meeting with the Belsen Committee on Thursday 13th December. It was a repetition of all the arguments and counter-arguments heard in the Bavarian zone. The political arguments against sending the children to England were very strong, especially as there was a new bitterness against England resulting from the fact that the trial before the Military Court in Hanover ended in heavy sentences against the members of the Jewish Committee (2 to 6 months' imprisonment). The Committee therefore refused to change its decision on the childrens' going to England.

After this meeting, I had long conversations with the Medical Officer of the A.J.D.C., who works at the camp. He explained that from a medical point of view, it is very important that the children should be removed from Belsen. Together we visited the Acting Chairman of the Camp Committee, Dr. Bimko. We suggested that there should be a thorough medical examination of all the children in the British zone, beginning with the children in the Belsen camp and should the result prove unsatisfactory, the children's removal from Belsen should be considered. Dr. Bimko agreed to this suggestion and to participate in the examination of the children. There were further considerations as to what steps should be taken should the doctor recommend the removal of the children. In this private conversation, three alternatives were suggested:-

A. To evacuate the children to the American Zone, (because the Committee thought the situation might be easier there).

B. To get the Warburg estate at Blankenese derequisitoned from the German soldiers who are still there and to convert all the four buildings of the estate into a large children's home for all the Jewish children in the British zone.

C. If it should be impossible to evacuate the children to the American Zone, or to get the Warburg estate, then the children would have to be sent to England.

...contd..

(X) I left the doctors to undertake the task of examining the children and proceeded to Hamburg to see the Warburg estate. It is an ideally situated place and if it should be possible to have it freed from its present occupants (a hospital for German soldiers) to provide sufficient food and have it well staffed, it would be splendid for a children's home.

After visiting Hamburg, I went to the camp in Neustadt, where some 700 Jews and 50 children are living. Here, too, the conditions are such that removal of the children - many of whom are suffering from tuberculosis - seems to be an urgent necessity.

(XI) I returned to Belsen on Monday 17th December and again had an unofficial meeting with the Committee when the doctors reported on the results of their examination of the first 46 children, stating that the health situation demands a change in their living conditions as soon as possible. The Committee had another meeting the same day with no outsiders admitted and decided on the three alternatives mentioned above, including the Committee's willingness to allow children to go to the U.K. if they had relatives there or in the U.S. as indicated in para.VI (a) .

I was informed by the Committee of its decision, but I told them that although I would like to see the children go to England, it would not be possible for the Committee in England to keep the reception camp and its staff waiting for an indefinite time. I therefore suggested that they should make their final decision on this point in a fortnight's time, which meant they would have to inform London about the results of their investigations in the first week of January 1946. In the meantime a relief worker of the A.J.D.C. is trying to collect the data on the children with relatives in the U.K. and U.S.

(XII) I left Belsen on Tuesday, 18th December, for Spenge, where I informed UNRRA H.Q., British zone, of the results of my visit, and returned to Frankfurt, Thursday 20th December.

In conclusion I would like to state that in my opinion it is in the interests of the children that they should be removed from the camp atmosphere, but I do not believe it advisable to do this by force, as such action might result in serious revolts in the camps. If any change in the opinion of the camp leaders is possible, it can only be achieved by persuasion and by convincing them that it is dangerous for the children to remain in the camps. This point has been reached in Belsen - I do not think it is possible to reach it in Bavaria, because the situation there is better than in the British zone.

I cannot end my report without expressing appreciation for the friendly reception and assistance shownme at UNRRA Headquarters in Hoechst, Passing and Spenge,and from all the UNRRA officials with whom I came into contact.

S. ADLER-RUDEL.

WOBURN HOUSE,

UPPER WOBURN PLACE

TELEGRAPHIC ADDRESS:
INLAND: "MIGRATE, KINCROSS, LONDON."
CABLEGRAMS: "MIGRATE, LONDON."

LONDON, W.C.1.

22nd January 1946.

Dear Mr. Stephany,

I am sending you herewith copies of my report which I sent to UNRRA and of a letter which I received from the Central Jewish Committee in Bergen-Belsen regarding the children there.

Should you intend to do anything with the report, other than filing, please have a word with me first.

Yours sincerely,

Adler-Rudel
M.B.E.

S.Adler-Rudel.

Encl.

TELEPHONES EUSTON 3925/3926

Translation.

Central Jewish Committee,
Bergen-Belsen.

4th January 1946.

Dear Mr. Adler-Rudel,

Further to our discussions we would like to inform you about the final decisions of the Central Jewish Committee regarding the children in the camps in the British zone.

The Central Jewish Committee reiterates its opinion that the Jewish children from the British zone should not be evacuated to England but should emigrate directly from Germany to Palestine.

In view of the fact that the conditions in Bergen-Belsen are not favourable for the children, the Central Jewish Committee has, after negotiations with the Mil. Gov., received the promise that the whole of the Warburg estate in Blankenese, Hamburg, will be converted into a children's home. The removal of the children to Blankenese will take place in the very near future. Conscious of the responsibility which we bear for our children, we believe that we have now done everything possible to provide for their physical and mental well-being.

The setting up of the children's home in Blankenese, however, will not interfere with our efforts to do everything in order to get the children, as soon as possible, into Palestine.

Hoping that you will understand our decision,

we are with best regards,

Yours sincerely,

CENTRAL JEWISH COMMITTEE.

COPY

Wassensar 21.3.52

Dear Hestrin,

I had and have all good intentions to report, but it is difficult to do it. Office facilities are so unsufficient that I can't ask anyone to help me ,but there are other circumstance preventing me from going too much into details.

The question about my participation was agreed upon in London, according to that I was to participate in all internal and external meetings of both groups. But L. failed to secure a place for L. it was therefore agreed that Sharett should invite him to act as liason from his delegation to Goldmanns, whereas I should come in for G.group. In the first meeting with the Germans both of us went in with the Gov-delegation, in the second with the organisations L went without me. All that is not very important, it will work out somehow, the atmosphere in general is not bad. We are all working very hard, meetings of both groups, joint meetings and as it will develop, meetings with the Germans take up a lot of time, drafting and discussing of documents are also so complicated, that we hardly leave the hotel.

The first meeting with the Germans took place this morning, The procedure was agreed before, it was very still, no handshakes, no personal words. The Germans - 10 of them - came to our hotel and went first to the meeting room, we came in when they were seated. It was a long narrow room with one long table , we were only five. Gershon Avner read from a list our names, then a German read their names, language was English. Their interpreter translated into German. Then came the statement also read by Gershon, you have seen it in the press. I participated in drafting, we discussed it for hours, but when I heard it recited by Gershon in a clear undramatic way: my eyes became wet and I had to hide my tears. The tension in the room was very depressing, the Germans were sitting their heads bent, one could see how hard it was for them to listen to the recital of the horrors and robberty. After Gershon, the leader of the German delegation Prof. Böhm, got up, a shy and inhibited man, he read very slowly and haltingly their statement in German, the translation followed. After that Giora proposed to adjourn till Monday. Gershon asked the Germans to leave the room first and out they went, the last man of their delegation to leave was an old friend of mine, I was standing at the end of our row, when he passed me, he gave me his hand and I accepted. We had considered that possibility before the meeting, because I knew that he is a member of the delegation, and agreed that if it happened that anyone of them gives his hand we should accept.

The whole affair took about 35 minutes, but the strain was so enormous that all of us were glad when it ended. It is just a few hours since it happened but I am still not able to give a more sober description of the impression it made on me. I have witnessed many historic occasions in my life but I dont remember having been so tired as I am now. I dont know if that is the last act in that great drama of Jews and Germans but I cant get over the disharmony between the purpose of our being here and the place where we are, it is filmland, an old CASTLE in an old village, a beautiful park

with ponds and meadows, the trees are in bloom: and we are sitting down to consider the answer to the German note, which by the way is less pleasant than I xxx expected.

Kind regards for all of you

Yours

Rudel.

COPY

The Hague, 26th March 1952

My first letter concerning the conference here was written under the impression of the first meeting we had. It should be added that the first meeting of the delegation of the Claims Conference with the Germans also took place on the afternoon of that same day. The situation was similar to that described in my first letter about the meeting of the Israel Delegation. Since then nearly a week has passed and three more meetings took place. For the Germans it meant six meetings, because they have one delegation to deal both with the Israelis and with the Claims Conference. The system developed is that the meetings with the Israel Delegation are held in the morning and those with the Claims Conference in the afternoon.

The internal meetings of the Claims Conference are held in the morning, those of the Israel Delegation mainly late in the afternoons or evenings. As far as I am concerned it is a bit complicated because I also have to participate in the meetings of the Claims Conference. The only possibility to do this, is if the meetings between the Israel Delegation and the Germans do not last too long. The situation is not satisfactory because Buckstein has left for New York. I was supposed to take his place informally, but am handicapped by the fact that the internal meetings of the Claims Conference cannot take place at another time but in the mornings when I am busy with the Israel Delegation in their meetings with the Germans. Up to now it was not very important, and as for later we shall see how matters will develop.

The three meetings which took place up to now were devoted to clarify the situation in respect of certain principle matters and to begin discussions on technical details. The procedure in the meetings with the Israel Delegation is about the same as that of the Claims Conference, although the details discussed with the Claims Conference will differ from those under discussion with the Israel Delegation.

The main points of discussion of the Israel Delegation were:

(1) The problem of the relationship between our Conference and the conference which takes place at the same time in London. In the first days the Germans tried to link our Conference here with the London Conference. There is a tentative agreement now that the Israel claims and the amount to be paid to Israel will be settled at our Conference here, whereas the time and method of payment will have to be coordinated with the results of the London Conference, since this is the conference which will have to fix the overall amount of Germany's capacity to pay. It is somehow expected that, whereas London is considering long-term debts - 10 to 50 years - the payments to Israel are considered as short-term obligations.

(2) After Mr.Shinnar's presentation of our case, the Germans started to discuss the motivations of our claim; they indicated that from a legal point of view a number of objections could be raised against the Israel claim, but they recognize that the legal side of the problem is not of great importance because Israel's claim is a moral as well as a historical affair which cannot be framed into the existing legal discussions.

(3) The question of the reasons why so large a number of Jews emigrated to Israel and why so few returned to their country of origin was discussed at some length. The Germans saw in this connection three points:

a) Antisemitism in Eastern Europe

b) The fear for Bolshevism

c) Zionism

Dr.Joseftal gave an excellent answer to all three questions. The Germans accepted his explanations as satisfactory, but it seems that they will return to this point.

(4) The next important point of discussion was the size of the immigration into Israel and the countries of origin of the immigrants. Here too the explanation given to the Germans was accepted but the discussion about this is not yet finished.

(5) The next important item on discussion was the amount of one billion dollars. The Germans wanted to know the basis of our calculations, how much we spent for every immigrant and a complete break-up of the expenditure. The question was discussed today at length and we shall have to furnish some written statement before the Germans will reconsider the whole matter. As far as the German Delegation is concerned,they accepted our information without great diffuclties, but here, as in some other points, they are also referring to their experts at home to whom they will have to send the material for examination. It is quite possible that their excuse that they have to get expert opinion is an element in their intention to play for time. We have very often the impression that they would like to drag the conversations here for some time.

(6) As far as the Claims Conference Delegation is concerned, the situation there seems to be more difficult. The Conference has filed a claim for 500 million dollars and the German Delegation has already indicated that this is an amount much higher than they intended to consider. For the time being the Germans try to create the impression that there is an overlapping between the Israel claim and the Conference claim, but we hope to

find some formula to overcome this difficulty. In principle it seems that the Conference will have a much more difficult situation in these negotiations than the Israel Delegation.

(7) The atmosphere during the negotiations is a bit more friendly than in the beginning; German is more used in the direct conversations. The relationship between the Israel Delegation and the Delegation of the Claims Conference is friendly. All difficult situations and problems are considered jointly and each Delegation informs the other immediately of what happened at the official meetings.

It already seems certain that the negotiations here will probably be interrupted on about the 5th of April for some two or three weeks. It has not been decided yet how to use the interim period and I shall probably write to you about this in my next letter.

(-)

S.Adler-Rudel

The Hague,
26th March 1952.

SAR/mb

The Hague, 26th March 1952.

Mr. J. Hestrin,
Jewish Agency for Palestine,
Jerusalem,
P.O. Box 92.

Dear Hestrin,

You will see from the attached letter that there is some progress, at least as far as thetechnical question of things goes. I hope it will be easier now to write a little more than I did before. The attached report is a continuation of my first letter and I hope you understand that its contents are strictly for the office, that means Locker, Klinov, Baral, Eshkol, and under no circumstances should the letter be circulated to people outside the office, because we here are all on the strictest obligation not to write about the Conference to anybody. It does not matter if certain things contained in my report are already published; the secrecy of the negotiations is a very definite decision of all delegations and I have no intention of breaking it. The Israel Delegation knows about my writing to Jerusalem, but I too feel that the letter should be limited to as small a group of people as possible.

By the way, I do not know if Feigale is still in Jerusalem. If so please tell her about the letter or let her see it. I have not written to her because I thought that she will have left Israel before the letter reaches her. If she is still in Jerusalem, tell her that everything will be in order when she arrives in Marseilles.

You could by the waywrite a few words on what is going on in Jerusalem. We are so isolated here that I hardly know what is going on in the outside world.

With kindest regards, I am

Sincerely yours,

SAR/mb

S. Adler-Rudel.

N° III

The Hague, 4th April 1952.

The end of the second week of the Israel-German negotiations found us in a critical situation. The last two or three meetings which took place at the beginning of the week dealt mainly with technical details where a general agreement was reached. When the Israel Delegation impressed upon the Germans that they have to give an answer to the financial claim put before them and that they have to indicate the amount which they are going to recommend to the German Government on the basis of the negotiations which have taken place up to now, their answer was that they are not in a position to mention any amount here and they asked that the meetings be interrupted for a day to enable them to leave for Bonn to consult there with the Government.

The Israel Delegation agreed to the German suggestion and no meetings took place on Tuesday and Wednesday. When the Germans returned on Thursday they asked for a private meeting with the heads of the Israel Delegation. That meeting, which took place on Thursday lunchtime, did not bring any concrete results because the Germans reported that they were unable to finish their consultations in Bonn and that they will return there during the weekend with the intention of making their suggestions concerning the amount early next week. The Israel Delegation drew their attention to the fact that whatever they want to suggest will have to be done before the conference adjourns for the Easter recess.

At a press conference which the German Delegation had yesterday evening and where they answered questions of journalists for about two hours, the heads of the Delegation confirmed that it is their intention to conclude the negotiations about the amount before Easter and that they will be able to mention the amounts for both Jewish claims early next week.

The meetings between the Germans and the Claims Conference Delegation continue in the meantime and certain progress has been achieved concerning legislation for individuals. The principle question of the collective recompense of the Conference for 500 million dollars has still not been discussed, but here too the Germans indicated that they might be willing to announce their intentions early next week.

Although there is no reason to be over optimistic and though it is to be recognized that the negotiations, especially with the Israel Delegation, have reached a crucial point, it is nevertheless too early to speak of a crisis, as has probably been done in the press after the press conference which took place yesterday. Two points certainly have to be clarified before Easter:

a) The German suggestion about the amount;
b) The date on which the Conference will resume its meetings.

./.

If the German reply to the amount comes somewhere near to being acceptable to the Israel Delegation and if the interruption of the conference will not take more than 2 to 3 weeks, there is no reason to consider the present situation as a crisis.

SAR/mb

S. Adler-Rudel.

London, 15th April,1952.

The last meeting between the Israeli delegation and the Germans took place on the 7th April. The meeting between the Germans and the Claims Conference continued until Wednesday, 9th April. Due to the holidays this report is rather delayed and probably a bit out of date.

I have just seen a cable from Jerusalem stating that the meeting of the Foreign Committee of the Knesset will receive today a complete report about the negotiations in the Hague, and I think that the press will report about everything Sharett had to tell to the Knesset Committee. In spite of that I would like to write to you my impressions of the last meeting we had with the Germans, because it was probably the worst of all the meetings we have had with them.

I was not over-optimistic at the beginning, when the negotiations started, and I am not too pessimistic today, but the meeting was extremely unpleasant. The Germans have been to Bonn for the second time and it was clear that they came back with precise instructions. When they made their offer thatthe Germans were willing to recognise the debt to Israel of $750m., they added immediately that the recognition of the debt does not mean that they will be able to pay part of it in a short period of time. The surprising thing was that Professor Beohm,- who at the first and later meetings behaved like a typical professor, stammering his sentences and being too shy to face,us - changed, dropping his mask of shyness and hesitancy, and became, all of a sudden, a very clever advocat and brought his arguments against us in a very fluent way.

After having heard the first statement of Professor Beehm, and the offer of $750m, conditioned by the German's ability to pay, and by stating that this amount too was at the London debt Conference, we asked for interruption of the meeting for half an hour, considered our reply, and told them after we returned to the meeting that their statement was entirely unacceptable, and that their offer of the recognition of a nominal debt without any precise promise how and when to pay, came as a very unpleasant surprise to us. The discussion continued for about two hours, and the same men who told us at the first meeting how ashamed they were about what the Germans have done to the Jews, and how the whole German people will have to make sacrifices to make good at least part of the material damage; the same men were not impressed by our arguments although they were a repetition of their words at previous meetings

Our three speakers, Josephstal, Shinnar and Avner, were very good in their replies. They had the right arguments and seemed to me very convincing, but they did not convince the Germans, and for the first time during the whole Conference, all of us had the impression of speaking to the wall.

x for he agreed

The Germans answered with economic arguments, that Germany by itself was unable to pay an amount like that in a short period of years, but that it would also be impossible to give priority to the payment for Israel, because Germany still depends on the good will of its other debtors, and any attempt to give priority to Israel would create economic difficulties for Germany with other countries.

When our speakers repeated to them their own sentences at the previous meetings about moral obligations and sacrifices, they answered rather coldly ~~with~~ but ethical phrases. dont harmonize with economic realities

It seems, reconsidering the whole meeting, that the German experts, for the time being, at least, appear to be stronger than Dr. Adenauer himself, and if we are going to achieve anything at all, it can only be done by direct negotiations with Dr. Adenauer before the Conference re-assembles again to discuss technical details - time, and manner of payment.

The Germans promised at first to let us have their reply on the 19th May, when we are supposed to re-assemble, on the same day that the London Conference too re-assembles, because they intended to bring a statement about the fulfilment of their debts to the London Conference as well as to us, but a few hours later we received new information from them that they will not be able to make a precise offer before the 19th June. It is, therefore, difficult to say, at the moment, when the negotiations at the Hague will start again. The Germans seem to have the idea that technical matters should be discussed between the 19th May and 19th June, when we shall be informed about their final suggestions.

We are now expecting the arrival of Nahum here to consult about the next steps. The Claims Conference has had a certain amount of moral success, in so far as individual claims are concerned. A document containing certain points of agreement was initialed. There exists also a second document about a few points where no agreement was reached. These points are open for discussion when the Conference re-assembles, but the points of agreement depend, of course, on the German Government, and the willingness of the German Parliament to introduce the necessary legislation.

The collective claim of the Conference for $500 m. was (~~under~~) not under discussion till now. That will be the main subject when the Conference re-assembles on the 19th May.

The German delegation was rather surprised about the strong re-action which came from us when we heard their statement. They asked us later for a private Conference with Josephstal and Shinnar. That Conference took place, but did not bring any tangible results.

My own opinion is that we went perhaps with too much optimism, into the negotiations, but I still believe that my estimate of $500 m. which Israel should receive is correct. The difficulty will really be to prevent payment from being stretched over too long a period of time.

I have, somehow, the feeling that we still can reach a satisfactory agreement.

S. Adler-Rudel.

Alexandra Kollontai and the Jews of Theresienstadt

by S. Adler-Rudel

WHEN I WAS a young man the name of Alexandra Kollontai, the Soviet woman diplomat who died not long ago, had a special charm for my generation. I do not know the exact reason for this, but to us she was a legendary figure. Perhaps this was so because she left a famous aristocratic family to join the revolutionary movement. Or maybe it was because of her remarkable courage in proclaiming her views regarding relationships between men and women, or because she was the first woman to hold such important diplomatic posts—she was Soviet ambassador first in Mexico and later in the Scandinavian countries. In any case, we followed closely everything she said or did.

I did not dream that I would ever meet her personally. Such an opportunity came during the world war.

IN 1944 THE JEWISH AGENCY sent me to Sweden for the second time in the interests of its rescue work.

I was at that time especially interested in the concentration camp at Theresienstadt because I knew that many of my close friends were there. In this camp the Germans concentrated many Jewish intellectuals from western Europe.

The war was nearing its end. It was evident that it was merely a matter of months before the total collapse of the German armies. I shuddered at the thought of the Jews still remaining in the concentration camps. Though I am not a military expert, it occurred to me that it might be possible to influence the Russians to hasten their march westward toward Theresienstadt.

This may have sounded like a foolish notion, especially since Theresienstadt was not on the direct line of the Russian advance. But I became obsessed with the idea and decided to do all I could to carry it out.

Since as a resident of England I had been brought to Sweden on a British plane, I was duty bound to report to the British embassy all my moves. I therefore went to the ambassador and told him my plan. I begged him to try to arrange an appointment for me with the Soviet ambassador. He said he could not do it without authorization from London. Besides, he added, Madam Kollontai who represented Russia, was sick woman and lived out of town. He had not seen her in months.

I then went to Herschel Johnson, ambassador of the United States, the man who later represented the U. S. at the United Nations session which approved the establishment of Israel. He had always shown interest in my efforts on behalf of the rescue of Jews, and his door was always open before me.

He did not think my idea was at all foolish, but he said he could not intervene in military matters and he doubted whether I could get an appointment with Madam Kollontai.

These two failures did not discourage me. My stubbornness increased. The more I encountered difficulties in my plan the more determined I became to accomplish something in this regard. There were Jews in Czechoslovakia. So I decided to appeal to the Consul of the Czech Government in London in Sweden. This decision was strengthened when I learned that the Consul was a personal friend of Madam Kollontai.

I went to him and told him my plan and asked him to introduce me to her. He liked my idea, but he argued that he first had to consult his government in London. I explained to him that I was not interested in a formal diplomatic introduction, that all I wanted was to make a personal appeal to Madam Kollontai on humanitarian grounds. He thought for a while then promised, not very convincingly, to talk the matter over with Kollontai. His lukewarm promise did not bolster my hopes and I felt that I had to seek other avenues of approach to her.

I then met a high ranking official of the Swedish government who was also a close friend of Kollontai and begged him to help me. He listened to me attentively but also said that he could do nothing without the permission of his government.

"Much time passes before a government acts," I said, "and the danger that the Jews in Theresienstadt will be exterminated is great. We

---

S. Adler-Rudel, long active on behalf of the Jewish Agency, now lives in Israel.

is out of the question . . . I merely ask that you give me a letter of introduction to Madam Kollontai so that she should agree to grant me an audience."

He promised to consider my request.

TO THIS DAY I do not know what did it, but when I returned to my hotel some days later, I found an invitation to come to the Soviet Embassy the following day. Since everyone had told me that Madam Kollontai was not in condition to receive me, I assumed that one of the officials at the Embassy would see me, and I decided to discuss my plan with him.

I came to the Soviet Embassy at the appointed time and gave my name to the doorman. At that instant a young man, who seemed to have waited for me, came up, took my card and said: "Madam Kollontai is expecting you."

The young man left. He returned a while later and escorted me into a small and modestly furnished room. There I was confronted by a handsome elderly woman She did not rise to greet me. Later I learned that due to her illness it was difficult for her to rise. She held my card in her hand and alternately looked from it to me and back again.

Until that minute I had not thought in what language we would converse. My name sounds German but my visiting card was in English and I came as a representative of the Jewish Agency for Palestine. As often happens when people meet for the first time and do not know who should start the conversation, a moment of embarrassment ensued. I broke the silence and asked in English: "Your Excellency, in what language should we speak?"

She once again looked at the card and then at me and answered in German: "Let us speak German. The language did us no harm and all of us studied it well."

Thus it came about that after Stalingrad and at the time when the gas chambers were in action, the ambassador of the Soviet Union and the representative of the Jewish Agency in England discussed the great misfortune of the Jewish people in the German language.

From experience I knew that a talk with an ambassador lasts not more than fifteen or twenty minutes, and that I had to explain the object of my visit within this short time. But even before I was well launched on my talk she showered me with questions such as: What is the Jewish Agency? What are its objectives? Who are its leaders? How were they elected and by whom? I was afraid that she would involve me in such conversation for the duration of the

OFFICE & DISTRIBUTION
EMPLOYEES UNION
LOCAL 99, I.L.G.W.U., A.F.L.
151 WEST 40th STREET NEW YORK 1, N. Y.

In Memory of
HARRY WALDMAN

GASTONIA COMBED YARN
CORPORATION
◈
GASTONIA
North Carolina

Compliments of . . .
CAKE BAKERS UNION
Local 51 of Greater New York
H. HOROWITZ, President N. EHRLICH, Manager
HARRY LOBER, Secretary

Greetings from . . .
EASTERN OUT-OF-TOWN DEPT.
I. L. G. W. U.
•
ISRAEL HOROWITZ, *Gen. Manager*

New Year Greetings to our Many Jewish Friends and Customers
•
from the makers of
OPTIMO CIGARS

interview and that I would not have a chance to discuss the matter which brought me there. Ten minutes passed and she still asked questions. Then she noticed that I was glancing impatiently at my watch and she said:

"You need not hurry. I have enough time for you and we can talk as long as you want."

For about twenty minutes she asked me formal questions only, then she suddenly remarked: "Tell me, is there truth in what the papers write about what Hitler does to the Jews?"

I knew that the Russian papers then published a series of articles by Ilya Ehrenburg, Vassili Grossman and others on the subject of Hitler's plan to annihilate the Jewish people.

"Why do you ask, Your Excellency?" I said. "Didn't you read the descriptions of Ehrenburg and Grossman?"

"I know what they write," she answered. "But they—they are journalists. I want to know the truth."

I told her all I knew about the concentration camps of before the war, about Lublin, about the gas chambers, until I came to talk about the camp at Theresienstadt. I told her what kind of people were kept there—the last remnants of the Jewish *intelligentzia* of western Europe. I told her my fears that when the Germans realized that they had to evacuate Czechoslovakia they would murder everyone in the Theaesienstadt camp. Then I told her my request—that she suggest to the Soviet government to try to take he Germans by surprise and capture Theresienstadt before the Germans could deport or kill the inmates of the camp

I concluded with the following words: "Though the British government brought me to Sweden and I enjoy the hospitality of the Swedish government, I did not come to you on a political errand, but as one human being to another. You are a woman whose name I recall from my earliest youth. I am sure that you will understand the great human tragedy that is now being enacted, and the humanitarian duty to rush assistance as much as possible."

When I finished there was silence in the room. I saw that she tried to restrain her tears and could not utter a word. The silence lasted some minutes. I did not know what to do next, so I waited. She finally regained her composure.

"Many of the things you told me," she said, are new to me. "Others have been confirmed from other sources. But the subject is a military one and in such matters the general staff decides. However, I can assure you that before the day is over I will cable Moscow the entire content of our conversation, and I beg you to believe me that I will do everything in my power to save the people of Theresienstadt."

I thanked her and left.

I HOPED TO RECEIVE an answer from her, but no letter came. Then I was suddenly recalled to London. Some days after my return to that city I was invited to come to the Soviet Embassy. I was received by the secretary of the embassy. He said:

"The Foreign Ministry in Moscow instructed me to inform you that the government had received a report concerning your conversation with Madam Kollontai and that everything will be done to fulfill your request."

I do not know what followed in this regard. I do know that a Russian army and a (Ukrainian) army, coming from different directions, entered Theresienstadt almost simultaneously and that they succeeded in saving thirty thousand Jews there.

HAPPY NEW YEAR

from

WESTCHESTER RACING ASS'N

"BELMONT PARK"

•

GEORGE D. WIDENER
President

A HAPPY NEW YEAR

•

from

BENJAMIN G. BROWDY

•

3 WEST 19th STREET NEW YORK, N. Y.

PHILIP SEGAL AGENCY

INSURANCE

•

Fire, Automobile, Marine Insurance

•

146-05 UNION TURNPIKE
Kew Garden Hills, N. Y.
Phone: REpublic 9-0415 - AXtel 7-3500

ירושלים, ס' בניסן תשכ"א
26.3.61

ביום רביעי, י"ב בניסן תשכ"א (29.3.1961) בשעה 12.45
בצהריים באולם קרן-היסוד בירושלים,
תיערך מטעם
הנהלת ההסתדרות הציונית העולמית

א ס י פ ת ה ת י י ח ד ו ת עם זכרו של

י ע ק ב ה ו ד ס ז"ל

כבודו מוזמן להשתתף באסיפה זו.

הנהלת ההסתדרות
הציונית העולמית.

Jerusalem, March 26, 1961

We wish to inform you that a Memorial Meeting for
JACOB HODESS ז"ל
will be held under the auspices of the Executive of the
World Zionist Organisation on Wednesday, March 29, 1961,
at 12:45 p.m., in the Keren Hayesod Hall, Jerusalem.
You are cordially invited to participate in this meeting.

THE EXECUTIVE OF THE WORLD ZIONIST ORGANISATION

2 Momente bestimmen
das innere Leben der
deutschen Juden in der
Emigration; Die Notwen-
digkeit sich jüdisch in
der neuen Umwelt ein-
zu ordnen und die
Erhaltung dessen was
sie von ihren Vätern
erhielt.

29.November 1965

An LBI, New York
Von LBI, Jerusalem.

Liebes Fraeulein Foerg,

Ich habe folgende Bitte an Sie: Die "Jerusalem Post" veroeffentlicht am 2.Juli d.J. eine aus Washington gesandte sehr ausfuehrliche Notiz ueber die zweideutige Haltung des State Department bezw. des Praseidenten Roosevelt zur Frage der Rettung von Juden aus den Haenden der Nazis waehrend des Krieges. Diese Veroeffentlichung muss auch in der amerikanischen Presse vom gleichen Tage oder etwas frueher erwaehnt worden sein. Ich waere Ihnen sehr dankbar, wenn Sie feststellen koennten, wo die Veroeffentlichung erfolgte, und mir ihren vollen Text besorgen wuerden.

Mit bestem Dank und Gruss
Ihr

S. Adler-Rudel

AR/Z

J. Post 2 F 65

FDR aided State Dep't to block bid to help Jews reach Palestine

WASHINGTON (INA).—Efforts of the U.S. Congress in 1944 to help Jewish refugees from the Nazi holocaust find a refuge in Palestine were blocked by the State Department, with the connivance of President Roosevelt, according to the Department's own confidential documents, just made public.

The documents reveal the vigorous manoeuvering by the State Department against a proposed Congressional resolution that would have called on the U.S. to take measures to help Jews find refuge in Palestine. The Department felt that American-Arab relations outweighed the fate of the Jews, despite knowledge of the Nazi mass murder campaign.

'Unscrupulous'

One influential State Department official described militant Palestinian Jews as "completely unscrupulous."

President Roosevelt, according to the most generous interpretation of the documents, took a pro-Jewish position in public while in private he endorsed State Department manoeuvres.

Congress was prepared to vote in January, 1944, for a resolution designed to give heart to the oppressed. Introduced jointly by a Democrat and a Republican, and approved by the majority and minority leaders, it

"resolved, that the U.S. shall use its good offices and take appropriate measures to the end that the doors of Palestine shall be opened for free entry of Jews into that country, and that there shall be full opportunity for colonization so that the Jewish people may ultimately reconstitute Palestine as a free and democratic Jewish Commonwealth."

'Zionist pressures'

American diplomats in Arab countries were outraged and openly denounced "Zionist pressures."

The Secretary of War, Mr. Henry Stimson, informed Congressional leaders that the pro-Jewish resolutions would "provoke dangerous repercussons" and would "seriously prejudice" the war effort.

The Secretary of State, Cordell Hull, commented: "In view of the military considerations advanced in this regard by the Secretary of War, it is believed that, without reference to its merits, no further action on this resolution would be advisable at this time."

Roosevelt participated in a secret meeting in which it was agreed "that the War Department would try first to kill the resolution by executive session (secret) testimony by army representatives," according to Under-Secretary of State Edward Stettinius. He also revealed that the State Department succeeded in dissuading, to some extent, the chairmen of the Senate and House committees on foreign relations, Senator Tom Connally and Representative Sol Bloom.

In this connection the Department noted approvingly that "Connally had in a few of the outstanding leaders of Jewry for a frank discussion."

Roosevelt told Mr. Stettinius he hoped the War Department testimony would end the Palestine resolution. The President also endorsed and initialled other State Department manoeuvres affecting Jewish interests.

Contact with Weizmann

All through 1944 the State Department, backed by the President, blocked action on the Palestine resolution. Wallace Murray, Director of the Department's Office of Near Eastern Affairs, secured in some manner confidential correspondence between Chaim Weizmann and Abba Hillel Silver. Mr. Murray told Secretary Hull that he had discovered in a private letter from Weizmann to Silver "a very clear indication as to the policy which the Zionists are likely to follow in the next months."

The State Department later noted that it defeated the resolution with little response from the Zionists. "The most likely explanation for the comparative absence of adverse comment is undoubtedly the split within the Zionist leadership, notably the difference of opinion between Rabbi (Stephen) Wise and Rabbi Silver."

lity Watch

ersonal

Yigal Al-
the personal
President of
illiam Tub-
guest of his
iberia's 118th
y celebration
e invitation
Jerusalem by
bassado[redacted]r.
Yancy[redacted]

Agriculture,
i, yesterday
kve Yisrael
ural school

the Ceylon-
Senator Tho-
a, and the
ment, Sir Al
erday visited
iversity and
y the Presi-
Elath.

assador, Mr.
ur, and senior
s will attend
July celebra-
DA House in
rrow evening
Minister of
Akiva Govrin,
greetings of
.

rov, t[redacted]
and Cultural
Soviet Em-
tafi Chtehou-
tative of the
ciety in Jeru-
Victor Illuchin
iv University
were received
Prof. Benzion

l Hiatt Insti-
ramme, spon-
Brandeis Uni-
icially opened
g at Beit Hil-
. Participating
28 American
different uni-

nual garden
dalia chapter
l Religious
zation will be
nny Williams
Emek Refa'-
n Monday at

17. Dezember 1965

An: LBI- Jerusalem
Von: LBI - New York

Betr.: Notiz in der "Jerusalem Post" v. 2.Juli 1965
ueber zweideutige Haltung des amerik.State Dept.
u. Praesident Roosevelt

Lieber Rudel,

wir waeren Dir sehr dankbar, wenn Du uns eine Photokopie dieser Notiz ueber die zweideutige Haltung sowohl des State Department als auch Praesident Roosevelt zur Frage der Rettung von Juden aus den Haenden der Nazis, die in der "Jerusalem Post" erschienen ist. Vielleicht wird es uns an Hand der Notiz gelingen, naehere Nachforschungen anzustellen.

Ich kann Dir aber im uebrigen als Ergebnis meiner eigenen Forschungen mitteilen, dass die Haltung von Roosevelt und der amerikanischen Regierung gegenueber den Refugees absolut skandaloes war und man muesste einmal einen besonderen Artikel darueber schreiben.

Im uebrigen habe ich heute lt. Abschrift, die einliegt, an Reuwen Michael geschrieben und wie Du daraus ersehen wirst, das noetige veranlasst.

Mit freundlichen Gruessen

Dein

Max Kreutzberger

Anlage: Kopie d.Br. an Reuwen Michaelis vom 17.12.65

MK:DZ

28.April 1966

An LBI, New York
Von LBI, Jerusalem.

Liebes Frl.Foerg,

ich schrieb Ihnen am 29.November 65 betr.einer Veroeffentlichung in der "Jerusalem Post", im Zusammenhang mit der zweideutigen Haltung des State Department. Ich erhielt hierauf einen Brief von Dr.Kreutzberger vom 17.Dezember. Aufgrund dieses Briefes sandte ich am 27.Dezember an Dr.Kreutzberger eine Photokopie der in Frage kommenden Notiz aus der "Jerusalem Post" mit der Bitte festzustellen, aufgrund welchen Materials diese Veroeffentlichung erfolgte. Leider habe ich bis heute keine Antwort auf diesen Brief erhalten. Da ich mitten in einer dringender Arbeit bin, waere ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mich moeglichst bald wissen liessen, ob es Ihnen gelungen ist, die Quelle dieser Veroeffentlichung festzustellen.

Ich hoffe bald von Ihnen zu hoeren und bin mit bestem Dank und Gruessen wie immer

Ihr

S. Adler-Rudel

AR/Z
YB XI

9 B XI

27.Dezember 1965

An LBI, New York
Von LBI, Jerusalem.

Betr.: Notiz in der "Jerusalem Post" - zweideutige Haltung des amerik.State Dept. ...

Lieber Kreutzberger,

/ zu Deinem Schreiben vom 17.ds. sende ich Dir anbei Photokopie der in der "Jerusalem Post" vom 2.Juli 65 erschienenen Notiz. Leider ist aus der Notiz nicht genau zu ersehen, um welche Veroeffentlichung des State Dept. es sich handelt. Ich nehme an, dass man dies durch eine Anfrage bei INA in Washington erfahren kann. Es ist moeglich, dass die Veroeffentlichung in "Foreign Relations of the U.S." fuer das Jahr 1944 enthalten ist. Falls dieser Jahrgang bereits erschienen ist - es ist moeglich, dass es sich um 2 oder um 3 Baende handelt - duerfte dort wichtiges Material enthalten sein und ich waere dankbar, wenn Du veranlassen wuerdest, dass auch fuer uns ein Exemplar besorgt wird.

Deine Auffassung ueber die Haltung der amerikanischen Regierung trifft zweifellos zu. Ich werde einiges darueber in meinem Artikel ueber meine Mission in Schweden, an dem ich jetzt arbeite, erzaehlen.

Vor mir liegt eine Anzahl von Briefen und Abschriften Deiner Briefe an Dr.Moses, auf die ich Dir in den naechsten Tagen ausfuehrlich antworten werde. Ich muss hierzu auch die Frage der Weitergabe des Materials aus Ostdeutschland mit Kulka klaeren, was keine einfache Angelegenheit ist.

Herzlich Dein

S. Adler-Rudel

AR/Z

2.Mai 1966

An LBI, London
Von LBI, Jerusalem.

Lieber Weltsch,

vielen Dank fuer Ihre Zeilen vom 23.4. Ich hoffe, dass Sie die Grippe losgeworden und wieder wie ueblich an der Arbeit sind.

Was meinen alten Schweden betrifft, so hat die Begegnung in Tiberias stattgefunden. Etwas naeheres hierueber finden Sie in der beigefuegten Notiz im "Maariv" vom 22.4. Ich muss allerdings sagen, dass ich an dem Erscheinen dieser Notiz voellig schuldlos bin. Ausser dem Mann und mir hat nur noch ein Beamter des Missrad Hachutz an der Unterhaltung teilgenommen. Wie die Geschichte an den "Maariv" kam, ist mir unerfindlich. Aber ich will dem nicht weiter nachgehen. Ob der Mann helfen koennen wird, ist nicht sicher, denn in Schweden duerfen Archiv-Materialien erst nach 50 Jaehren veroeffentlicht werden. Ohne darauf zu warten, ob der Mann nach seiner Rueckkehr nach Schweden Material senden wird, arbeite ich an dem Artikel weiter und hoffe, dass er zustande kommen wird.

Ihre Beunruhigung ueber die Gesamtlage des LBI verstehe ich. Ich habe Ihnen meine Meinung hierueber bereits geschrieben und moechte vorlaeufig von meiner weniger pessimistischen Beurteilung nicht abgehen. Ich hoffe noch immer, dass die Dinge sich irgendwie einrenken werden. Wir hier haben nichts von dem neuen Mann gehoert. Dass Ihnen Dr.Moses nicht geschrieben hat haengt damit zusammen, dass er einige Tage in Urlaub war und erst jetzt wieder zu arbeiten anfaengt.

Ich habe inzwischen Band X des Year Book durchgesehen und kann diesen Brief nicht schliessen, ohne Ihnen zu sagen, wie sehr ich wieder von dieser ausserordentlichen Leistung beeindruckt bin. Was immer Sie ueber das LBI und Ihre Mitarbeit denken, so kann man nicht an der Tatsache vorbeigehen, dass Sie wieder eine so enorme Fuelle von interessantem und wichtigem Material zusammengebracht haben, dass jeder, der sich mit der Geschichte der deutschen Juden in dieser Zeit beschaeftigt, Ihnen zu groesstem Dank verpflichtet ist. Ich hoffe sehr, dass es Ihnen vergoennt sein wird, gerade diese, wie ich glaube, bedeutende Leistung des LBI, noch fuer lange Jahre fortzusetzen.

Herzlichst
Ihr

AR/Z

Pr.
YB X, XI

LEO BAECK INSTITUTE
129 EAST 73rd STREET • NEW YORK 21, N. Y. • RHinelander 4-6400

6. Mai 1966

An: LBI - Jerusalem
Von: LBI - New York

Betr.: Veroeffentlichung in der JERUSALEMER POST ueber die zweideutige Haltung des State Department - Ihre Briefe v.22.2.66 u. 28.4.66

Sehr geehrter Herr Adler-Rudel,

ich muss Sie sehr um Entschuldigung bitten, dass wir erst heute auf die obige Korrespondenz zurueckkommen: So peinlich uns die Sache ist, muessen wir Ihnen gestehen, dass wir Ihre uns so freundlicherweise zugestellten Photokopie der Notiz, die seinerzeit in der JERUSALEMER POST erschien nicht auffinden koennen.

Wenn es Ihnen moeglich waere, uns noch einmal eine Photokopie zu schicken - die wir versprechen wie unseren Augapfel zu hueten - waeren wir Ihnen ausserordentlich dankbar. Dann waere uns auch die Moeglichkeit gegeben, der Sache weiter nachzugehen.

Bitte sind Sie uns nicht boese ueber die unnoetige zusaetzliche Bemuehung.

Mit freundlichen Gruessen

Ihre
Dora Ziegellaub

Dora Ziegellaub

CONTRIBUTIONS TO THE LEO BAECK INSTITUTE ARE TAX DEDUCTIBLE

1966 'J' - 2

Jerusalem, 1.Juni 1966

Lieber Tramer,

verabredungsgemaess sende ich Ihnen anbei meinen Artikel fuer das naechste Jahrbuch. Der Titel "Rettungsversuche" ist nur als Arbeitstitel gedacht. Der eigentliche Titel wird noch mit Weltsch festgelegt werden.

Besten Dank und Gruss
Ihr

S. Adler-Rudel

EXPRESS

2.Juni 1966

Lieber Weltsch,

da hier das Geruecht zirkuliert, dass Sie bereits seit Dienstag im Lande sind, begruesse ich Sie herzlich. Ferner moechte ich Ihnen mitteilen, dass mein Artikel fuer das Jahrbuch sozusagen fertig ist. Bevor ich den deutschen Text hier uebersetzen lasse, moechte ich Sie sprechen und Ihnen die bisher vorliegenden vierzig Maschinenseiten - doppel - space - zur Durchsicht zeigen, sowie beraten, ob Sie damit einverstanden sind, dass ich noch weitere zehn Seiten anfuege. Der Artikel wuerde dann einschliesslich Documentation hoechstens 32 Druckseiten haben.

Ich waere Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mich nach Erhalt dieses Briefes entweder vormittags im Buero, oder nachmittags und abends zuhause (Nr.32107) anrufen wuerden.

Herzlichst

Ihr

Herrn
Dr.R.Weltsch
c/o Frau Suse Gumpert
Hasorea St.,
Kfar Shmarjahu

6.Juni 1966

Liebe Mym,

ich habe eine Bitte an Sie: Die Jugend Alijah in London hat im Jahre 1944 ein kleines Erinnerungsbuch an Wilfried Israel herausgegeben. Mein Exemplar ist abhanden gekommen und ich brauche das Buechlein jetzt dringend. Eva Michaelis meint, dass im Buero in London noch Exemplare vorhanden sein duerften. Ich werde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie danach sehen, dass mir ein Exemplar per Luftpost geschickt wird.

Bei dieser Gelegenheit noch eine Zeile um Sie wissen zu lassen, dass wir voraussichtlich in der Zeit vom 1.-20. August in London sein werden. Ich hoffe, dass das nicht gerade in Ihre Urlaubszeit faellt.

Wir haben seit Wochen nichts ueber Lauer gehoert und sind sehr beunruhigt darueber. Es waere lieb von Ihnen, wenn Sie schreiben wuerden, wie es ihm geht.

Besten Dank und Gruss

Ihr

Miss Mina Tym,
153 A Goldhurst Terrace,
London NW 6

Tyan JB

9th June, 1966.

S. Adler-Rudel Esq.,
1, Saadya Gaon Street,
Jerusalem,
ISRAEL.

My Dear Rudel,

I just received your letter of 6th June. We have turned our archives upside-down and the only thing we could find is the "dummy" for a book on Wilfred Israel. I could not possibly remember ever having seen the printed book and have such a feeling that it was Werner Behr who dealt with it and not Youth Aliyah. However, as you appear to need it very urgently, I am sending you the "dummy" by separate airmail, but must ask you to return it to our archives after it has served your purpose.

I shall be back from my holiday on 31st July and am looking forward to seeing you and Fanny in London as soon as you let me!

I am most surprised that you did not hear anything about Camillo. Leo told me that he had written to you twice. Camillo is better, but he is still in hospital and we are all waiting now for a place to become vacant in Bishop's Avenue. What Camillo needs now is good care, nursing, and good food. I saw him yesterday and told him that you have written to me, and he sends you and Fanny his very best regards.

With all my Love to you both

Ruyan

TO OPEN SLIT HERE

Sender's name and address:

Miss M. Tym,

233, Baker Street,

London, N.W.1.

ENGLAND.

AN AIR LETTER SHOULD NOT CONTAIN ANY ENCLOSURE; IF IT DOES IT WILL BE SURCHARGED OR SENT BY ORDINARY MAIL.

FIRST FOLD HERE

SECOND FOLD HERE

BY AIR MAIL
PAR AVION
AIR LETTER
AEROGRAMME

LONDON N.W.1
15PM
9 JNE
1966

6
SIXPENCE POSTAGE

S. Adler-Rudel Esq.,

1, Saadya Gaon Street,

JERUSALEM,

ISRAEL.

JB

Uebersetzung des Jahrbuchaufsatzes von Adler-Rudel

22 Seiten a 727 Zeilen a 12 Worte = ca 9,000 Worte

30.6.66

LEO BAECK INSTITUTE
Founded by the Council of Jews from Germany
JERUSALEM · LONDON · NEW YORK

LONDON
4, DEVONSHIRE STREET, W.1
LANGHAM 3493

6. Juli 1966

Lieber Herr Adler-Rudel,

Betr.: Year Book XI - Ihr Aufsatz

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie einige Kleinigkeiten für uns nachprüfen würden. Es handelt sich um Zitate.

S. 6 - Linton letter, letzter Satz

"on emergency arise" - wahrscheinlich "should an emergency arise" oder so ähnlich.

S. 8 - Wilfrid Israel summary

"225 bodies" doch ganz sicher "bodied"

S. 20 - Johnson letter, 2. Absatz, 3. Zeile

"human" doch sicher "humane" (das ist auch im Text immer falsch übersetzt.

Die letzten beiden Stellen werden wir verbessern, wie wir das auch mit anderen offensichtlichen Druckfehlern in den Zitaten getan haben, aber bei der ersten Stelle bitte ich auf jeden Fall um Nachricht.

Ihr Aufsatz geht dieser Tage zum Drucker, aber wir können das ja dann hinterher in der Fahne korrigieren.

Recht herzliche Grüsse

Ihr

Arnold Paucker

Arnold Paucker

8.Juli 1966

S. Adler-Rudel

Liebe Anna, lieber Daniel,

ich habe eine grosse Bitte, die ich an Euch beide richte, da ich nicht weiss, wer von Euch sich gerade jetzt waehrend der Sommermonate, in Stockholm befindet. Es handelt sich dabei um folgendes:

Ich habe im Zusammenhang mit gewissen offiziellen Veroeffentlichungen des State Department eine groessere Arbeit ueber meine Reisen nach Schweden waehrend des Krieges geschrieben, die bald erscheinen wird. Ich brauche hierfuer einige Bilder und zwar denke ich an folgende:

1. Koenig Gustav
2. Dr.Ehrenpreis
3. Gustav Moeller
4. Raoul Wallenberg.

Ich waere Euch sehr dankbar, wenn Ihr mir diese Bilder besorgen und moeglichst umgehend schicken koenntet. Sofern Kosten dafuer entstehen, wird das Leo Baeck Institute diese gern zurueck erstatten. Die Bilder sollen auf Glanzpapier in normaler Groesse, fuer Buchreproduktion geeignet sein.

Ich habe lang nichts von Euch gehoert - auch die Chronica kommt nicht mehr - hoffe aber, dass es Euch gut geht und wuerde mich freuen, wenn Ihr dies bald bestaetigen wuerdet und auch sonst mitteilt, was Ihr treibt und wieviel Dutzend Buecher Ihr in den letzten Jahren produziert habt. - Da ich gegen 25.Juli fuer laengere Zeit ins Ausland reise, waere ich fuer eine Bestaetigung des Erhalts dieses Briefes und fuer baldige Erledigung besonders dankbar.

Herzlichst
Euer

Herrn und Frau Brick,
Wallhallavaegen 104 II
Stockholm.

Kopie an
Kungsgatan 37

13.Juli 1966

An LBI, London
Von LBI, Jerusalem.

Betr.: Year Book XI - Mein Aufsatz.

Lieber Herr Paucker,

zu Ihrem Schreiben vom 6.ds. moechte ich folgendes bemerken:

S. 6 Linton letter: es soll natuerlich "an emergency" heissen.

S. 8 Wilfrid Israel summary: in meinem Exemplar heisst es "bodied".

S.20 Johnson letter: im Original heisst es "human", was mir richtig scheint.

Bei dieser Gelegenheit bitte ich Sie noch um folgende Korrekturen:

S. 5 II, 2.Zeile von oben: ~~mit~~ (Ist am Ende des Satzes) mit No.2a ist die folgende Fussnote einzusetzen: "Political Report of the London Office of the Executive of the Jewish Agency, submitted to the 22nd Zionist Congress at Basle, December,1946".

S.11 2.Absatz, 5.Zeile: vor European ...ist einzusetzen "his".

6.Zeile: Judenrat sowie die naechsten zwei Worte bis zur Schlussklammer streichen und ersetzen durch "Jewish Social Selfhelp".
In derselben Zeile nach Cracow neue Fussnote No.4a: See: Michael Weichert, Juedische Alleinhilfe 1939-1945 (Yiddish). Verlag "Menorah", Tel-Aviv, 1962".

Diese letzte Fussnote ist zwar nicht sehr wichtig, das Buch jedoch ist wenig bekannt, enthaelt aber sehr wichtigesund in europaeischen Sprachen unbekanntes Material. Deshalb erscheint es mir richtig, diese Quelle zu erwaehnen.

Besten Dank und Gruss
Ihr

S. Adler-Rudel

AR/Z
YB

Political Report of the London Office of the Executive of The Jewish Agency submitted to the Twenty-second Zionist Congress at Basle December 1946

8 APRIL SUNDAY 9

9 כ"ג ניסן יום ראשון (אסרו חג)

10

11

12 Jüdische soziale

13 Selbsthilfe Warschau X

14

15

16 Archivmaterial für

17 Kibbutz Europäischer Juden

X Michael Weichert, Jüdische Selbsthilfe 1939–1945 (Yiddish) Verlag "Yedioth" Tel-Aviv 1962

p. 364 Entering in
Hans of Representatives
18.3.1943

LEO BAECK INSTITUTE
Founded by the Council of Jews from Germany
JERUSALEM · LONDON · NEW YORK

LONDON
4, DEVONSHIRE STREET, W.1
LANGHAM 3493

4. Oktober 1966

An: LBI Jerusalem
Von: LBI London

Betrn: Year Book XI

Lieber Herr Adler-Rudel,

wir haben bisher noch nicht die korrigierten Fahnen Ihres Aufsatzes erhalten. Wir schickten die Fahnen vor einigen Wochen über Dr. Tramer an Sie. Ich hoffe, wir können sie in den nächsten Tagen zurückerwarten, denn der Aufsatz muss allerspätestens am 12. Oktober an den Drucker abgehen. Ich glaube, wir haben alles hier in Ordnung gebracht, wie z.B. die schlecht kombinierten Dokumenten-Fussnoten und Aufsatz-Fussnoten Nummern. Wir haben dieses gelöst, indem wir letztere aus den Zitaten in den Text versetzt haben. Wenn es sonst etwas Wichtiges gibt, wäre ich dankbar, wenn Sie mir das sofort mitteilen würden. Eine weitere Fahne haben wir nicht mehr hier zur Verfügung, und ich hoffe also, dass Sie Ihre ordnungsgemäss erhalten haben.

Mit herzlichen Grüssen
Ihr

Arnold Paucker

Arnold Paucker

Jerusalem, 9.Oktober 1966

An LBI, London
Von LBI, Jerusalem.

Betr.: Year Book XI.

Lieber Herr Paucker,

ich erhalte soeben Ihre Zeilen vom 4.ds. und nehme an, dass Sie inzwischen die Korrekturfahnen erhalten, sowie meinen Brief vom 5.ds. an Dr.Weltsch gesehen haben. Ich bin nicht sehr gluecklich ueber die Eile, mit der die Drucklegung des Artikels betrieben wird, namentlich deshalb nicht, weil das Manuskript offenbar unredigiert an den Drucker ging. Ich lege daher Wert darauf, eine zweite Korrektur zu erhalten, um festzustellen, wieweit Korrekturen erfolgt sind, sowie um noch kleinere redaktionelle Aenderungen vornehmen zu koennen. Ferner bitte ich auch um Mitteilung, bis zu welchem Termin das Bildmaterial beschafft werden muss. Achten Sie bitte unter allen Umstaenden darauf, dass ich von den naechsten Korrekturen jeweils zwei Fahnen erhalte.

Besten Dank und Gruss
Ihr

S. Adler-Rudel

AR/Z

5.Oktober 1966

Lieber Weltsch,

Betr.: Bilder zu meinem Aufsatz.

Ihrer Anregung entsprechend versuchte ich, einige Bilder fuer den Artikel zu erhalten, und zwar wandte ich mich dieserhalb an die bekannte Photographin, Anna Riwkin in Stockholm. Ich erhielt nun von ihr zwei Bilder, und zwar ein sehr schoenes Bild von Koenig Gustav und eines von Prof.Ehrenpreis, sowie den nachstehend im Auszug beigefuegten Brief:

> "The reason for my late reply to your letter of July oth is that Daniel and I were on vacation in Yugoslavia and only returned a few days ago. Of the four photographs you wish to habe I have unfortunately only two - King Gustav and Dr.Ehrenpreis - and those I am sending you today under separate cover.- If you have any real difficulty in obtainung the other two I could try to buy them for you from a photo agency here in Stockholm. Regarding payment. My price here in Sweden for the reproduction right of a black-white photograph in a book is 100 Kronor, but, if that is too high for the Leo Baeck Institute please feel free to write me and let me know how much they are able to pay. "

Ich weiss nicht, was ich antworten soll, da ich keine Ahnung habe, wieviel Sie fuer Bilder bezahlen und mir der Preis sehr hoch erscheint. Aber wenn Sie weniger zahlen wollen, schreiben Sie vielleicht direkt an Frau Anna Riwkin-Brick, Kungsgatan 37, Stockholm.

Ich wuerde es fuer sehr gut halten, wenn wir noch ein Bild von Moeller bringen koennten und eines von Alexandra Kollontai. Um das letztere habe ich mich noch nicht bemueht, glaube jedoch, dass es mit Hilfe der Soviet Botschaft in London oder hier zu erlangen ist. Vielleicht kann man auch Frau Riwkin bitten, sich darum zu bemuehen. Dasselbe gilt fuer ein Bild von Gustav Moeller.

Wenn Sie mich evtl.wissen lassen, wieviel Bilder Sie bringen moechten und wie hoch die Kosten dafuer sein duerfen, kann ich auch die Korrespondenz mit Frau Riwkin weiter fuehren. Da ich ihr den Erhalt der zwei Bilder noch nicht bestaetigt habe, waere ich Ihnen dankbar, wenn ich IhrenAntwort bald erhalten koennte.

Mit besten Gruessem
Ihr

AR/Z

S. Adler-Rudel

5.Oktober 1966

Lieber Weltsch,

ich bin nun seit einigen Tagen wieder zurueck und versuche, mich in dem Berg von Papieren zurecht zu finden.

Ich habe die Fahnen meines Artikels durchgesehen und soweit ich Druckfehler korrigieren konnte, dies getan. Ich glaube jedoch, dass die Korrektur der Druckfehler allein nicht ausreichend ist. Der Artikel scheint direkt vom Uebersetzer zum Drucker gegangen zu sein, waehrend ich sicher war, dass er von Ihnen noch redigiert werden wird. Da ich nicht weiss, ob Sie das noch vorhaben, moechte ich auf jeden Fall auf einige Stellen hinweisen, die einer besonderen Beachtung bezw. Korrektur beduerfen. Die rote Numerierung auf den Fahnen bezieht sich auf solche Stellen.

1) Die Bemerkung betr. des Briefes von Prof.Hill ist nicht zutreffend. Ich habe erst jetzt das Original des Briefes aufgestoebert und sende Ihnen anbei eine volle Abschrift. Daraus werden Sie ersehen, dass der Brief am 2.Maerz erschienen ist und dass er die sehr wichtige Nachricht betr. einer von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneten Motion im Parlament enthaelt. Der Brief scheint mir in mancher Hinsicht wichtig. Ich wuerde daher vorschlagen, dass Sie ihn voll aufnehmen, wozu nur der Zusammenhang mit wenigen Worten hergestellt werden sollte; d.h. anstelle des Absatzes 1 soll nach der dritten Zeile der Brief eingefuegt werden.

3) South America, das hier zum ersten Mal erwaehnt wird, ist in einfacher Schrift gesetzt, waehrend es zwei Zeilen tiefer zum Teil in fetter Schrift gesetzt ist. Entscheiden Sie, welche Schreibweise Ihnen richtig erscheint.

2) Hier sollte vielleicht verdeutlicht werden, dass die summary, die ja mit einer persoenlichen Anrede beginnt, an den British Ambassador in Madrid gerichtet war.

4) Hierbei handelt es sich um folgendes: Die zitierten Briefe enthalten hinweisende Nummern auf Anmerkungen. Im Druck ist dies jedoch nicht angedeutet. Ich glaube, man sollte dort, wo der Text aufhoert und die numerierten Anmerkungen gebracht werden, eine duenne Linie ziehen, damit der Leser sich leichter zurecht findet. Dies betrifft mehrere mit rot 4 bezeichnete Stellen.

5) Hier sind die zwei Anmerkungen umzusetzen, d.h. 43 kommt zuerst und nachher 44.

6) Die Zeile "Sir Herbert acknowledged..." ist hier an falscher Stelle. Sie gehoert zu Nr. 7 .

Ich blieb bemueht, so wenig als moeglich zu beanstanden, hoffe aber, dass Sie die englische Fassung noch einmal lesen werden.

Ich waere Ihnen dankbar, wenn Sie veranlassen, dass die naechsten Fahnenabzuege in zwei Exemplaren hierher kommen, denn ich kann auf evtl. Rueckfragen nicht antworten, da ich das eine Exemplar zurueckschicke.

Mit besten Gruessen
Ihr

S. Adler-Rudel

AR/Z

LEO BAECK INSTITUTE

Founded by the Council of Jews from Germany

JERUSALEM · LONDON · NEW YORK

LONDON
4, DEVONSHIRE STREET, W.1
LANGHAM 3493

12. Oktober 1966

An: LBI Jerusalem
Von: LBI London

Lieber Rudel,

ich habe mich sehr gefreut, wieder von Ihnen zu hören nach Ihrer Rückkehr nach Jerusalem, und ich hoffe, dass es Ihnen gut geht. Man sagte mir, dass Sie in der Schweiz etwas Beschwerden hatten.

Die Änderungen und Korrekturen in Ihrem Aufsatz haben wir ausgeführt nach Ihrem Wunsch und auch den Brief aus der 'Times' haben wir hereingenommen. Freilich geht daraus nicht hervor, was aus dem beabsichtigten Antrag der Leute geworden ist. Im Grunde ist das natürlich heute auch schon ganz egal. Man hat allmählich eine gewisse Abneigung, all die schönen Reden von einst abzudrucken.

Was nun die Bilder zu~~r~~ Ihrem Aufsatz betrifft, so sind m.E. King Gustav und Dr. Ehrenpreis von viel geringerem Interesse als evtl. dieser Möller. Ein Bild von Alexandra Kollontai war, wie ich mich erinnern kann, enthalten in dem Buch, das der Malik Verlag in Berlin in den zwanziger Jahren von ihr veröffentlicht hat. Das Buch ist mir, so wie vieles andere, abhanden gekommen, aber vielleicht ist es irgendwo auffindbar. Für solche Bilder einen so enormen Preis zu zahlen, lohnt sich für uns nicht. Im allgemeinen haben wir nie mehr als £1.1.- bis £2.2.- für ein Bild bezahlt. Von Ehrenpreis gibt es Bilder genug, die wir ohne Bezahlung bringen könnten und wahrscheinlich auch von König Gustav. Der springende Punkt ist nur dieser Möller, aber wenn er nicht zu haben ist, kann man auch nichts machen. Ihrem Wunsch gemäss werde ich an Frau Riwkin in Stockholm schreiben. Jedenfalls danke ich Ihnen sehr für Ihre Bemühungen in dieser Sache.

Was die Übersetzung selbst betrifft, so habe ich sie bei Übernahme durchgesehen und eigentlich keine Fehler entdeckt. Aber ich gestehe, dass ich mich in dieser Hinsicht auf Übersetzer verlasse, wenn diese als qualifiziert abgestempelt werden, wie es ja hier der Fall ist. Es würde zu weit führen, hohe Honorare für Übersetzungen zu zahlen und diese dann nochmals nachzupfüfen. Im grossen ganzen bin ich überzeugt, dass die Übersetzung befriedigend ist.

Mit besten Grüssen, Ihr

Robert Weltsch

Gruss an Ruth Riwkin mit Dank für ihren Brief.

LEO BAECK INSTITUTE
Founded by the Council of Jews from Germany
JERUSALEM · LONDON · NEW YORK

LONDON
4, DEVONSHIRE STREET, W.1
LANGHAM 3493

14. Oktober 1966

An: LBI Jerusalem
Von: LBI London

Betr.: Year Book XI

Lieber Herr Adler-Rudel,

ich erhalte gerade Ihre Zeilen vom 9. Oktober betreffs Ihres Aufsatzes. Dr. Weltsch hat Ihnen ja bereits vor zwei Tagen geschrieben, dass Sie sich um Ihren Aufsatz keine Sorgen machen sollen. Wir glauben, alles in Ordnung gebracht zu haben, haben den Aufsatz auch typografisch verbessert und ebenfalls die Frage der Fussnoten auf uns befriedigend erscheinende Weise gelöst. Wir finden, dass Ihr Aufsatz sich sehr gut liest und dass das Englisch jetzt sehr ordentlich ist. Nur mit den Bildern wird das nicht gehen, denn sie sind wirklich viel zu teuer.

Wie Sie wissen haben wir in diesem Jahr durch die Verhandlungen mit dem Drucker mehrere Monate verloren und müssen die Sache jetzt beschleunigen, damit das Year Book noch irgendwie rechtzeitig erscheint. Wir erhalten keine nächsten Fahnen mehr, sondern bereits einen paginierten Umbruch. Nach unserem neuen Vertrag mit dem Drucker können wir später keine Autorenkorrekturen oder sonstige Änderungen mehr unternehmen, sondern nur noch Druckfehler verbessern, die bei den früheren Korrekturen passiert sind. Autoren der Aufsätze erhalten keine Korrekturen mehr, aber Dr. Weltsch meint, dass man Ihnen natürlich ausnahmsweise eine Umbruchkorrektur schicken könnte. Wie gesagt, wir müssen uns bei diesem letzten Stadium auf das Korrigieren der Druckfehler beschränken.

Mit besten Grüssen
Ihr

Arnold Paucker

Arnold Paucker

RIWKIN
Kungsgatan 37
Stockholm
Sweden

S. Adler-Rudel
Leo Baeck Institute
33 Bustanai Street
Jerusalem
Israel

Dear Friend,

The reason for my late reply to your letter of July 8th is that Daniel and I were on vacation in Yugoslavia and only returned a few days ago.

Of the four photographs you wish to have I have unfortunately only two -- King Gustav and Dr. Ehrenpreis -- and those I am sending you today under separate cover (by Air Mail).

If you have any real difficulty in obtaining the other two I could try to buy them for you from a photo agency here in Stockholm.

Regarding payment. My price here in Sweden for the reproduction right of a black/white photograph in a book is 100 Kronor, but, if that is too high for the Leo Baech Institute please feel free to write me and let me know how much they are able to pay.

All is well with me at the present and I even hope to be able to come to Israel in October, although it is not yet definate. There will be an exhibition of my photographs at the ZOA House in Tel-Aviv which will be co-sponsored by the Cultural Dept. of the City of Tel-Aviv. At the same time there is quite a large possibility that I will be making a new book about Israeli youth - so I hope it will work out that I can come to Israel this fall.

Daniel is well and sends you also his very best greetings.

Herzlichst,

Anna Riwkin-Brick

Anna Riwkin Brick

ÖPPNAS HÄR · OPEN HERE

AEROGRAM

FLYGPOST
PAR AVION

S. Adler-Rudel
Leo Baeck Institute
33 Bustanai Street
Jerusalem
ISRAEL

AVSÄNDARE
SENDER
EXPÉDITEUR
ABSENDER

Kungsgatan 37
Stockholm/Sweden

FLYGBEFORDRAS ÖVER HELA VÄRLDEN UTAN TILLÄGGSAVGIFT. BEFORDRAS ICKE SOM AEROGRAM, OM NÅGOT LÄGGES INUTI.

GODKÄNT AV KUNGL. POSTSTYRELSEN

OUVREZ ICI · HIER ÖFFNEN

25.Oktober 1966

Liebe Anna,

zunaechst und vor allem herzlichen Dank fuer die prompte Erledigung meiner Bitte. Verzeihen Sie, wenn ich infolge meiner langen Abwesenheit von Israel erst heute dazu komme, Ihnen den Empfang des Schreibens sowie der zwei Bilder zu bestaetigen. Ich musste dieserhalb mit Dr.Weltsch in London korrespondieren. Er findet die Preise besonders hoch, wollte Ihnen aber noch direkt schreiben, was er wohl inzwischen getan haben wird. Ich behalte die beiden Bilder vorlaeufig hier, bis ich aus London hoere, was dort beschlossen wurde.

Wir haben uns sehr gefreut zu hoeren, dass Sie Aussicht haben nach Israel zu kommen und wir hoffen sehr, dass Sie sich bald nach Ihrer Ankunft bei uns melden werden.

Mit nochmaligem Dank und herzliche Gruesse fuer Sie und Daniel

Ihr

S. Adler-Rudel

AR/Z
YB

Frau
Anna Riwkin-Brick
Kungsgatan 37
Stockholm

25.Oktober 1966

Lieber Weltsch,

vielen Dank fuer Ihre Zeilen vom 12.Oktober. Es geht mir einigermassen gut, wenigstens so weit, dass ich ohne Schwierigkeiten gehen kann. Mein Arzt troestet mich und behauptet, dass die Heilung derartiger Beschwerden immer sehr viel Zeit erfordert. Bleibt mir nichts anderes uebrig, als ihm zu glauben und zu hoffen, dass es eines Tages wieder gut werden wird.

Ich bin Ihnen dankbar fuer die Beruecksichtigung der von mir vorgeschlagenen Aenderungen und Korrekturen zu meinem Aufsatz, insbesondere fuer die Aufnahme des Briefes aus der "Times". Obwohl ich eine Anzahl Hansards aus dieser Zeit besitze, konnte ich doch nicht feststellen, was mit dem Antrag geschehen ist. Seine Erwaehnung soll nur ein Beweis mehr dafuer sein, wie wenig Wert die schoenen Reden und die guten Absichten der Politiker haben, wenn die Buerokratie nicht mittun will. Die Ausgrabung und Wiederveroeffentlichung des Briefes von Prof.Hill scheint mir ein nicht unwichtiger Beitrag zur Materialsammlung ueber die Rettungsversuche, die in jenen Jahren gemacht wurden, zu sein, denn die Initiative zu dem Antrag kam doch aus juedischen, will sagen, unseren Kreisen. Im uebrigen akzeptiere ich wie immer, Ihr Urteil.

Was das Bild von Moeller betrifft, habe ich dieser Tage mit Norbert Masur, der jetzt schwedischer Generalkonsul in Tel-Aviv ist, gesprochen und er hat mir zugesagt, sich darum zu bemuehen.

Sonst ist es bei uns ruhig, wenn man von den Irrungen und Wirrungen, die sich bei den Ehrungen unseres Nobelpreis-Traegers ergeben haben, absieht.

Herzlichen Gruss
Ihr

S. Adler-Rudel

AR/Z
YB

25.Oktober 1966

An LBI, London
Von LBI, Jerusalem.

Lieber Herr Paucker,

Zu Ihrem Schreiben vom 13.ds. tut es mir leid Sie wissen zu lassen, dass die am 4.Oktober abgesandten 6 Londoner Arbeitsberichte - da sie mit gewoehnlicher Post gingen -erst heute hier ankamen. Den spaeter abgegangenen Bericht "Vom "eltkrieg zur Weimarer Republik" haben wir bereits vor einer Woche erhalten.

Abgesehen davon, dass es mir falsche Sparsamkeit erscheint, Sachen dieser Art mit gewoehnlicher Post zu schicken, waere ich Ihnen auch dankbar, wenn Sie in Zukunft vom vervielfaeltigten Material, das wir fuer die Mitglieder des Boards benoetigen, uns jeweils 20 Exemplare zukommen liessen.

Vielen Dank fuer Ihr Schreiben vom 14.ds. betr.meinen Jahrbuch-Aufsatz. Falls ich die Umbruchkorrektur erhalte, werde ich mich nur auf die aller notwendigsten Korrekturen beschraenken.

Ihr Schreiben vom 14.ds. betr.Prof.Wilhelm Treue: Ich habe bereits von Dr.Grunwald gehoert, dass Prof.Treue hierher kommt. Dr.Grundwald ist mit ihm in Verbindung und wir werden uns bemuehen ihn mit Leuten, die an der Wirtschaftsgeschichte interessiert sind, zusammenzubringen.

Besten Gruss
Ihr

S. Adler-Rudel

RIWKIN

93

Stockholm, October 31, 1966

Mr. S. Adler-Rudel
Leo Baeck Institute
33 Bustanai Street
Jerusalem
Israel

Dear Friend,

Thank you for your letter of October 25th. I received a letter from Mr. Robert Weltsch from Leo Baeck Inst. London saying that they have decided not to have any photographs at all because the one they want are difficult to obtain.

Regarding price: I had written you in my last letter that although my price for the reproduction right of a black/white photograph in a book is 100 Swedish Kronor that I would be willing to lower it for the Leo Baeck Institute.

At any rate I ask you to kindly return the 2 photographs I sent to you.

Best wishes from Daniel also.

Herzlichst,

Anna Riwkin Brick

Anna Riwkin Brick

Hej
Anna

Kungsgatan 37 · Stockholm/Sweden · Telefon 20 02 44, 10 70 94 · Postgiro 15 10 90

NORBERT MASUR
CONSUL GENERAL OF SWEDEN

J 13
12 8

P.O.B. 1013,
Tel-Aviv.

Tel-Aviv, November 9, 1966.

Mr. Adler Rudel,
The Leo Beck Institute,
Bustenay Street,
Jerusalem.

Dear Adler Rudel,

The birth date of Gustaf Möller, the former Swedish Minister for Social Affairs is 6.6.1884.

With best regards,

Yours sincerely,

Norbert Masur

NM/JM

LEO BAECK INSTITUTE
Founded by the Council of Jews from Germany
JERUSALEM · LONDON · NEW YORK

LONDON
4, DEVONSHIRE STREET, W.1
LANGHAM 3493

11. November 1966

An: LBI Jerusalem
Von: LBI London

Lieber Herr Adler-Rudel,

besten Dank für Ihr Schreiben vom 25. Oktober. Wir haben vorgemerkt, dass Ihnen in Zukunft jeweils 20 Exemplare von allem vervielfältigten Material zugehen. Ungefähr Ende nächster Woche gehen 20 Exemplare des Protokolls unserer letzten Boardsitzung vom 12. Oktober an Sie ab. Wir werden sie Ihrem Wunsche folgend mit second class airmail schicken. Ehrlich gesagt sind wir in der letzten Zeit in dieser Beziehung absichtlich etwas sparsamer geworden, da sich hier die Portokosten neuerdings so sehr erhöht haben.

Mit gleicher Post erhalten Sie eine von uns noch nicht korrigierte Umbruchkorrektur Ihres Aufsatzes für Year Book XI. Sie wird bestimmt hier sehr sorgfältig durchgesehen, und es wird wohl nicht nötig sein, dass Sie uns Ihre Korrektur zurückschicken. Nur für den Fall, dass Ihnen etwas Besonderes auffällt, bitte ich um umgehende Benachrichtigung, da der Umbruch in etwa acht Tagen wieder zum Drucker zurückgehen soll.

Mit besten Grüssen
Ihr
Arnold Paucker
Arnold Paucker

14. November 1966

Frau Irma Fraenkel,
Ängskärsgatan 4 ,
Stockholm NO.

Liebe Frau Irma ,

Vielen Dank fuer Ihre freundlichen Zeilen vom 4.November, insbesomdere fuer die Besorgung der zwei Bilder von Möller, die wirklich besonders gut sind. Ich habe die Bilder bereits nach London weitergegeben und, um Zeit zu sparen, empfohlen, falls Rueckfragen vorhanden sind, direkt an Sie und nicht auf dem Umweg ueber Jerusalem zu schreiben. Ich glaube zwar nicht, dass dies geschehen wird, aber nur damit Sie wissen, dass es sich auf Ihren Brief an mich bezieht.

Besten Dank und Gruss
Ihr

S.Adler-Rudel

AR/G

15. November 1966

Frau Anna Riwkin Brick
Kungsgatan 37 ,
Stockholm.

Liebe Anna ,

In Erledigung Ihres Briefes vom 31. Oktober sende ich Ihnen heute die zwei Photos zurueck, mit der Bitte um Entschuldigung fuer die Muehe, die ich Ihnen machte und mit dem Dank fuer Ihre Bemuehungen.

Mit herzlichsten Gruessen fuer Sie und Daniel bin ich

wie immer Ihr

S.Adler-Rudel

AR/G

Jerusalem, 21. November 1966

An : LBI London
Von : S.Adler-Rudel, Jerusalem.

Betrifft: Korrekturen meines Artikels.

S. 1, letzte Zeile, Anmerkung. Die Zeile soll richtig heissen:

Dipl. Papers, 1943 Vol. I General. Washington 1963.

S. 1, Abs. 2, vorletzte Zeile soll heissen:

... Distribution Committee, The Central British Fund and other Jewish ...

S. 1, letzter Absatz, Zeile 5 von unten: einfugen nach "labelled":

by the Germans as horror-stories, ...

S. 1, vorletzte Zeile von unten soll heissen:

... had embarked systematically on their plan ...

S. 2, Abs. 2, Zeile 3 von oben: statt: continental Jewries soll es heissen:

... the fate of the Jews on the Continent.

S. 2, Abs. 2, Zeile 5 von oben:

... Because of the paper shortage...

S. 2, Abs. 3, Zeile 2 von oben: statt: sinister meaning soll es heissen:

sinister aspect.

S. 2, naechste Zeile: statt poignant:

terrifying.

S. 3, Zeile 1 von oben. Der Satz soll heissen:

On 17th of December ~~the~~ a question was put to Anthony Eden , then Foreign Secretary, by Sydney Silverman, the Labour M.P. He asked whether the Foreign Secretary could confirm ... end of the year. In reply the Foreign Secretary read out a declaration by the Allied Governments:[2]

S. 3, Absatz 4, Zeile 5 von unten: Das Wort "Parliament" ist zu streichen, denn es ist eine technische Bezeichnung."Parliament consists technically of the King, House of Commons and House of Lords," Es muesste daher: "all members of Parliament" gestrichen werden, und der Satz soll heissen:

"and all those present rose from their seats" ...

S. 3, letzter Absatz,soll wie folgt beginnen:

The following dates clearly demonstrate the dilatory manner in which the Allied Governments proceeded after the declaration of the 17th of December

das heisst, dass die letzten 2 Zeilen durch die obige Formulierung ersetzt werden sollen und S. 4 dann mit dem neuen Satz:

More than ... beginnt.

S. 5, Zeile 3 von oben soll heissen:

there will not be a Jewish problem ...

S. 5, Abs. 2, Z. 2 von unten:

... allowed to happen one can read in the memoirs of ...

S. 7, am Ende der letzten Zeile: fehlt ein Punkt:

... (mutilated).

S. 8, Abs. 2, vorletzte Zeile soll nicht heissen: ... with the care work, sondern

... case work ...

S. 7 und 8 muessten typographisch geaendert werden, denn die Teilung der Anmerkung von Seite 7 zu Seite 8 ist haesslich und ungeschickt. Sie kann vermieden werden, wenn die letzten 3 Zeilen von Seite 8 zu Seite 7 genommen werden und der Text auf Seite 8 weniger dicht gesetzt wird.

S. 9, Abs. 1, Zeile 8. Es muesste heissen:

Gustav Moeller, Swedish Minister for Social Welfare

und zwei Zeilen weiter:

Sir Victor Mallet, British Ambassador in Stockholm.

S. 9, Abs. 3, Zeile 3 von oben, waere es besser wenn es heisst:

2 o'clock in the morning.

S. 10, Abs. 2, Zeile 6 von oben muesste heissen:

Norbert Masur mit s, nicht mit z.

S. 10, Abs. 2 , soll von Anfang bis zur Zeile 8 von oben wie folgt lauten:

Men like Hillel Storch, Daniel Brick, Dr. Emil Glueck, Fritz Hollaender, Norbert Masur and Prof. Hugo Valentin, the leaders of the Zionist Organisation, were warm-hearted and more helpful; although they received me with great cordiality, ~~that~~ doubted that my mission stood a chance of succeeding. Storch, a wealthy businessman who had lost part of his family during the German occupation in Riga lived as a refugee in Sweden and was tireless in his effort to save human lives.

S. 11, Z. 3 von unten muesste heissen:

... the writer Marika Stiernstedt ...

S. 15, Z. 7 von oben: E.C.Boheman ist hier irrtuemlich als Foreign Secretary genannt. Er war jedoch Chief Secretary of the Government.

S. 26, Abs. 3, Z. 3 von unten:

Norbert Masur mit s.

22. November 1966

An : LBI London
Von : LBI Jerusalem.

Lieber Herr Pauker ,

Vielen Dank fuer Ihr Schreiben vom 25.Oktober. Ich verstehe sehr wohl die Gruende, die Sie veranlassen, manche Sendungen mit einfacher Post zu senden. Leider ist diese so unzuverlaessig, dass Sie doch Sachen, die einen etwas dringenderen Charakter haben, mit Luftpost senden sollten.

Was nun die Umbruchkorrekturen meines Aufsatzes betrifft, so hoffe ich, dass Sie auf Grund Ihrer Jiddisch-Studien bereits gelernt haben, was ein "Nudnik" ist. Ich hasse es, einer zu sein, es laesst sich aber zuweilen nicht vermeiden. So auch in Sachen meines Aufsatzes. Ich schicke Ihnen anbei eine Anzahl Korrekturen, die zum Teil Druckfehler, zum Teil kleine stilistische Aenderungen betreffen, mit der Bitte, diese noch aufzunehmen. Zu Ihrer leichteren Orientierung habe ich die Worte, auf die es ankommt, unterstrichen. Ich mache Sie besonders aufmerksam auf Seite 1, Abs. 2, wo"The Central British Fund" eingefuegt werden soll. Dies ist wichtig, denn unsere Freunde Stephany, Kapralik, Oscar Joseph usw., werden nicht verzeihen, dass wir diese fuer die Rettungsarbeit wichtigste Organisation der englischen Juden nicht erwaehnt haben. Sehr wichtig scheint mir auch Seite 3, Abs. 4, die Entfernung des Wortes "Parliament" zu sein. Das Parlament kann sich nur von seinen Sitzen erheben, wenn alle Faktoren, aus denen es besteht, zusammensitzen. In diesem Fall handelt es sich jedoch, entsprechend meiner "gegebenen Erklaerung" aus dem Lexikon, nur um das House of Commons, das zwei Zeilen spaeter genannt wird. Bei den Korrekturen auf Seite 9 handelt es sich um eine bessere Stilisierung, ebenso auf Seite 10. Auf Seite 11 ist der Name Stiernstedt richtiggestellt.

Ich nehme an, dass die von mir angezeichneten Druckfehler auch von Ihnen entdeckt wurden. Ich fuerchte, dass ich manche uebersehen habe.

Lassen Sie mich bitte wissen, ob Sie die Korrekturen noch aufgenommen haben. Ich habe, wie Sie sehen, das Umbruchexemplar hier behalten, um Ihnen auf eventuelle Rueckfragen antworten zu koennen.

Besten Dank und Gruss
Ihr

S.Adler-Rudel

AR/G

LEO BAECK INSTITUTE
Founded by the Council of Jews from Germany
JERUSALEM · LONDON · NEW YORK

LONDON
4, DEVONSHIRE STREET, W.1
LANGHAM 3493

29. November 1966

Herrn S. Adler-Rudel
Jerusalem

Year Book XI

Lieber Herr Adler-Rudel,

Ihr Telegramm und Brief kamen noch rechtzeitig vor der Zurückstellung des Umbruchs an. Wir sind Ihnen soweit wie möglich entgegengekommen und alle sachlichen Verbesserungen haben wir selbstverständlich eingefügt. Nur in einigen wenigen Fällen, so stilistisch Ihre Änderungen auch erwünscht waren, war es in diesem Stadium nicht mehr möglich, eine Reihe von Zeilen oder einen ganzen Absatz umzusetzen.

Als Bilder zu Ihrem Aufsatz bringen wir übrigens Moeller und Alexandra Kollontaya.

Wir wären Ihnen ferner dankbar, wenn Sie folgende Auszahlungen für uns vornehmen würden.

Für Beiträge zu Year Book XI:

Professor Rotenstreich	I£ 200
Dr. Toury	I£ 300

Sollten die Herren allerdings Ihnen gegenüber erklären, dass sie eine Zahlung in Deutschland oder England wünschen, so werden wir das selbstverständlich gerne tun. Andernfalls belasten Sie uns bitte entsprechend, und wir werden dann im nächsten Jahr unser Konto mit Dr. Tramer endgültig abrechnen.

Mit besten Grüssen
Ihr

Arnold Paucker

Arnold Paucker

LEO BAECK INSTITUTE
Founded by the Council of Jews from Germany
JERUSALEM · LONDON · NEW YORK

LONDON
4, DEVONSHIRE STREET, W.1
LANGHAM 3493

29. Dezember 1966

An: LBI Jerusalem
Von: LBI London

Lieber Rudel,

Ich erhielt heute Ihren Expressbrief in Bezug auf eine Ergänzung Ihres Artikels.

Obwohl das Jahrbuch bereits im Druck ist, wäre es, glaube ich, technisch möglich, noch einen kurzen Zusatz zu bewerkstelligen. Ich habe dafür schon aufgrund Ihrer Mitteilung einen Entwurf gemacht. Mein Bedenken ist allerdings ein sachliches. In Ihrer heute eingetroffenen Mitteilung steht nicht ein einziges Wort, was nicht schon in Ihrem Artikel selbst stünde, mit Ausnahme der ja nicht so überaus interessanten Tatsache, dass Herr Kulka den Brief des Gesandten Kučera im Archiv gefunden hat. Was dieser Kučera berichtet hat, erwähnen Sie ja selbst schon in Ihrem Artikel. Das ist also kein genügendes Material, aus dem man einen zweiten Artikel konstruieren könnte. Die Tschechen scheinen sich bei dieser Gelegenheit ja nicht ausgezeichnet zu haben, wie aus den von Ihnen erwähnten Bemerkungen des Sachbearbeiters hervorgeht. Jedenfalls ist diese Sache nicht sehr aufregend, aber wir werden unser Möglichstes tun.

Ich danke Ihnen auch für Ihre viel zu ausführliche Information über Werner Goldstein. Ich habe das natürlich alles schon gewusst und besitze auch einige oder alle seine Kommentare zu Buber. Ich wollte nur wissen, ob Sie jetzt mit ihm Beziehungen haben und was Sie von ihm halten.

Viel mehr interessiert mich die Frage des Beitrages über die Konferenz von Evian. Diesen Vorschlag begrüsse ich sehr. Man braucht dazu garnicht den 30. Jahrestag abzuwarten. Ich bin unbedingt dafür, dass Sie das Material für einen solchen Aufsatz sammeln. Sie haben wahrscheinlich auch von dem törichten Roman des Hans Habe gehört, der sich mit der Konferenz von Evian beschäftigt[x]. In den jüdischen Zeitungen jener Zeit wird auch Material darüber sein. Evian war meine letzte Auslandsreise von Berlin, und ich habe später sogar dem

---

[x] auch in Aufbau abgedruckt

Referenten am Propagandaministerium, dessen Name ich leider vergessen habe, darüber berichtet.

Ich finde, dass eine solche Arbeit sogar den Vorrang verdient vor den zeitraubenden Büroarbeiten, die vielleicht auch jemand anderer erledigen kann.

Meine Korrespondenz mit Arthur Prinz ist nicht sehr ergiebig, und ich werde sie Ihnen demnächst zuschicken.*)

Mit herzlichen Grüssen
Ihr

Robert Weltsch

*) Inzwischen wiedergefunden, liegt hier bei im Original, erhalte Rücksendung

Jerusalem, 22.Dezember 1966

Lieber Weltsch,

Betr.: Mein Jahrbuch-Artikel.

Ich weiss nicht, wie weit der Druck des Jahrbuchs fortgeschritten ist und ob noch etwas an meinem Artikel angefuegt werden kann. Fuer jeden Fall halte ich mich fuer verpflichtet, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Otto Kulka, der wieder in Jerusalem ist, hat mich soeben angerufen und mir mitgeteilt, dass er einen Brief von seinem Vater, Eric Kulka aus Prag erhalten hat, in dem meine Versuche, die Russen nach Theresienstadt zu bringen, erwaehnt werden. Den Inhalt der Mitteilungen Kulkas finden Sie in der Anlage, wobei zu beachten ist, dass er den tschechischen Text des Briefes mir am Telefon ins Deutsche uebersetzte. Falls es noch moeglich ist, koennte diese Nachricht auf Seite 28 der Korrekturen vor dem Post scriptum eingefuegt werden.

Ich schreibe mir gleicher Post an Eric Kulka nach Prag mit der Bitte, Photokopien seines Materials an Sie direkt zu senden und ueberlasse Ihnen die Entscheidung ueber seines zweckmaessige ~~Entscheidung~~ Verwendung. Mir scheint diese amtliche Bestaetigung meines Berichtes eine wichtige Ergaenzung des Artikels zu sein.

Sollte sich an dem Artikel nichts mehr aendern lassen, werden wir vielleicht, nachdem ich weiteres Material von Kulka aus Prag erhalten habe, eine ergaenzende Notiz oder einen kurzen Artikel in Year Book XII bringen. Vielleicht koennten Sie in Ihrer Einleitung zu Year Book XI darauf hinweisen, dass waehrend des Drucks meines Artikels ergaenzendes Material gefunden wurde, das im folgenden Band zur Veroeffentlichung kommen wird. Schliesslich handelt es sich bei Theresienstadt um einen der wenigen Versuche, die im letzten Moment noch zur Rettung einer grossen Zahl von Juden fuehrten.

Lassen Sie mich bitte bald wissen, ob Sie die Ergaenzung noch anbringen konnten.

Besten Dank und Gruss
Ihr

S. Adler-Rudel

AR/Z

H.s. antwoord dato 29.12.66. bei 98/4.

22.Dezember 1966

Notiz betr.: Rettungsaktion in Schweden.

Aus einem Brief von Eric Kulka, Prag, an seinen Sohn Otto Kulka in Jerusalem:

Auszuege aus einem Dokument des Auswaertigen Amtes der tschechischen Exilregierung in London bezueglich der Taetigkeit von S.Adler-Rudel in Schweden:

Der Vertraute der tschechischen Exilregierung in Schweden, Adler-Rudel, sandte durch den tschechischen Gesandten in Stockholm, Dr.Kutschera, am 20.September 1944 einen Brief, in dem es u.a.heisst: "Man sollte die Russen ersuchen, ihre militaerischen Operationen so zu leiten, dass sie so bald wie moeglich das Lager Theresienstadt erreichen. Die sovjetische Gesandte in Schweden, Frau Kollontaya, wurde hierueber informiert, und sie versprach, die Bitte der Jewish Agency ihrer Regierung mit einer Empfehlung vorzulegen ".

In einam anderen Brief schrieb Adler-Rudel: "Die wertvollsten juedischen Elemente sind in Theresienstadt. Dort befindet sich der groesste Teil der juedischen Intelligenz, unter ihnen einige Menschen von hoechster Bedeutung ".

Auf diesem Brief Kutscheras sind handschriftliche Bemerkungen des Sachbearbeiters der tschechischen Exilregierung in London:

" 1.) Die Russen werden ihre Plaene nicht aendern, falls keine rein militaerischen Gruende dafuer vorliegen. x)

2.) Theresienstadt wird sicherlich noch lange ausserhalb des Rahmens der (militaerischen) Operationen liegen.

3.) In Sachen Auschwitz und Birkenau informierten wir sowohl die Russen als auch die anderen Alliierten. Die britischen und die amerikanischen Luftwaffen haben sich einverstanden erklaert, die Verbrennungsanlagen zu bombardieren ".

Auf diesem Brief ist auch eine zusaetzliche handschriftliche Bemerkung: " vidi. Frischer 1.10.1944 ".

x) Die Annahme des Sachbearbeiters traf nicht zu. Denn wie aus dem letzten Teil meines Artikels zu ersehen ist, sind die Russen doch unerwartet in Thresienstadt einmarschiert.

S. A.R.

22.Dezember 1966

Notiz betr.: Rettungsaktion in Schweden.

Aus einem Brief von Eric Kulka, Prag, an seinen Sohn Otto Kulka in Jerusalem:

Auszuege aus einem Dokument des Auswaertigen Amtes der tschechischen Exilregierung in London bezueglich der Taetigkeit von S.Adler-Rudel in Schweden:

Der Vertraute der tschechischen Exilregierung in Schweden, Adler-Rudel, sandte durch den tschechischen Gesandten in Stockholm, Dr.Kutschera, am 20.September 1944 einen Brief, in dem es u.a.heisst: "Man sollte die Russen ersuchen, ihre militaerischen Operationen so zu leiten, dass sie so bald wie moeglich das Lager Theresienstadt erreichen. Die sovjetische Gesandte in Schweden, Frau Kollontaya, wurde hierueber informiert, und sie versprach, die Bitte der Jewish Agency ihrer Regierung mit einer Empfehlung vorzulegen ".

In einam anderen "rief schrieb Adler-Rudel: "Die wertvollsten juedischen Elemente sind in Theresienstadt. Dort befindet sich der groesste Teil der juedischen Intelligenz, unter ihnen einige Menschen von hoechster Bedeutung ".

Auf diesem Brief Kutscheras sind handschriftliche Bemerkungen des Sachbearbeiters der x tschechischen Exilregierung in London:

" 1.) Die Russen werden ihre Plaene nicht aendern, falls keine rein militaerischen Gruende dafuer vorliegen. x)

2.) Theresienstadt wird sicherlich noch lange ausserhalb des Rahmens der (militaerischen) Operationen liegen.

3.) In Sachen Auschwitz und Birkenau informierten wir sowohl die Russen als auch die anderen Alliierten. Die britischen und die amerikanischen Luftwaffen haben sich einverstanden erklaert, die Verbrennungsanlagen zu bombardieren ".

Auf diesem Brief ist auch eine zusaetzliche handschriftliche Bemerkung: " vidi. Frischer 1.10.1944 ".

x) Die Annahme des Sachbearbeiters traf nicht zu. Denn wie aus dem letzten Teil meines Artikels zu ersehen ist, sind die Russen doch unerwartet in Thresienstadt einmarschiert.

S. A.R.

22.Dezember 1966

Herrn
Erich Kulka,
U.Smaltowny 20
P r a h a.

Sehr geehrter Herr Kulka,

durch Ihren Sohn erfahre ich soeben, dass in Prag Material ueber die von mir in Schweden gemachten Versuche zur Rettung von Juden vorhanden ist. Diese Mitteilung ist im Moment sehr wichtig fuer mich, da in dem demnaechst erscheinenden Jahrbuch des Leo Baeck Institutes ein Artikel von mir ueber meine Arbeit in Schweden enthalten sein wird. Ich bin natuerlich sehr daran interessiert, dieses Material, das eine Dokumentation zu meinem Bericht sein koennte, noch zu benutzen.

Ich waere Ihnen besonders dankbar, wenn Sie moeglichst umgehend zu unseren Lasten zwei Photokopien anfertigen liessen und eine an Dr.Robert Weltsch, 4, Devonshire St., London W.1 und eine an mich hierher senden wuerden.

Ihnen jetzt schon fuer Ihre Bemuehung und Ihre Freundlichkeit bestens dankend, bin ich

Ihr
sehr ergebener

S. Adler-Rudel

AR/Z

ERICH KULKA
U SMALTOVNY 20 - G
PRAHA 7

Praha, 4. 1. 1967.

Herrn
S. Adler - Rudel,
Leo Naeck Institut,
33 Bustanai Street, Jerusalem.

Sehr geehrter Herr Adler - Rudel,

erst heute war es mir möglich für Sie die Kopien Ihrer Nachrichten über die von Ihnen gemachten Versuche zur Rettung von Juden, zu besorgen. Die Qualität ist leider nicht sehr zufriedenstellend, weil die vorhandene Aparatur z. B. nicht mit Tinte Geschriebenes reproduziert. Deshalb musste ich handschriftlich diese Bemerkungen an den Kopien nachschreiben. Mikrofilme würden sehr lange Zeit in Anspruch nehmen und dieses war die einzige Möglichkeit schnell Ihr Gesuch zu erledigen. Gleichzeitig übersende ich eine Kopie nach London, jedoch ohne die hanfschriftliche Bemerkungen, da ich nicht weiss wie Sie selbe benützen, oder auswerten wollen.

In Zusammenhang mit meiner vorbereiteten Arbeit " Die fünf Fluchten aus Auschwitz und deren Wiederhall", interessiert mich dieses Material sehr und ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie mir dabei auch behilflich sein könnten. Sollte ich beim weiteren Studium, Sie betreffendes Material begegnen, werde ich Sie selbstverständlich darüber informieren.

Mif frenundschaftliche Grüssen

Ihr ergebener

Erich Kulka

E. Kulka

4 Beilagen.

P. S.
Für die Einsendung Ihres Bulletins wäre ich Ihnen sehr verbunden. Hier.

10. Januar 1967

Herrn Erich Kulka
U Smaltovny 20 - G
Praha 7

Sehr geehrter Herr Kulka,

mit bestem Dank bestätige ich Ihren Brief vom 4. Januar nebst beiliegenden Fotokopien, die heute eingetroffen sind. Der Brief war mir bereits von Herrn Adler-Rudel avisiert worden. Inzwischen haben wir in dem Jahrbuch, das sich gerade im Druck befindet, noch im letzten Moment eine kleine Notiz einfügen können, die über das Auffinden dieser Korrespondenz berichtet.

Mit freundlichen Grüssen
Ihr

Robert Weltsch

c.c. Mr. S. Adler-Rudel

Jerusalem, den 13.Januar 1967

Lieber Weltsch,

Betr.: Mein Jahrbuch-Aufsatz.

Die Beantwortung Ihres Briefes vom 29.Dezember ist verzoegert worden, weil ich auf die Antwort von Kulka aus Prag wartete. Diese ist nun gestern eingegangen. Wie ich aus dem Schreiben Kulkas ersehe, hat er Abschrift des Materials an Sie gesandt. Allerdings fehlen darin gewisse handschriftliche aber nicht wichtige Bemerkungen.

Anbei sende ich Ihnen die hier vorgenommene Uebersetzung der drei Dokumente ins Deutsche.

Was ich nun zu sagen habe, geschieht unter der Voraussetzung, dass der Druck noch nicht zu weit fortgeschritten ist. Obwohl diese drei Dokumente nicht wesentlich neues sagen, bestaetigen sie doch manche Behauptung und runden das Bild ab. Interessant ist dabei, dass es sich bei dem Sachbearbeiter, der sich zum Bericht Kuceras aeussert, um unseren alten Freund Victor Fischl (jetzt Arie Dagan, Israel Gesandter in Jugoslavien) handelt.

Wenn Sie das Material in irgend einer Form benutzen oder darauf hinweisen wollen, dann tun Sie das unter der Bezeichnung " Aus den Akten der Auslandsdelegation der tschechischen Exilregierung in London". Namen, wie der von Kulka, sollen nicht erwaehnt werden.

Man koennte das Material entweder ganz oder auszugsweise nach dem Absatz II auf Seite 28 bringen, wobei nach der Erwaehnung Mr.Johnsons Dr.Kucera eingefuegt werden sollte. Ich wuerde dann das wort postscript ueber dem letzten Absatz des Textes setzen, wodurch sich, auch wenn Sie die Dokumente z.T. woertlich wiedergeben, der Text keineswegs mehr als die Seite 29 fuellen wuerde.

All dies unter der Voraussetzung, dass Sie ueberhaupt noch etwas tun koennen, um darauf hinzuweisen, dass auch "phantastische Vorschlaege" manchmal wichtig waren. Der Hinweis von Fischl auf die Landkarte trifft die Sache nicht, weil er nicht begriffen hat, dass dieser Vorschlag darauf beruhte, dass Theresienstadt abseits von der strategischen Linie lag.

Falls Sie nichts mehr tun koennen, dann wuerde es sich fuer das naechste Jahrbuch nicht um einen Artikel, sondern um einen Brief oder eine Nachbemerkung handeln, die nicht mehr als eine Seite umfassen wird.

Besten Dank und Gruss
Ihr

S. Adler-Rudel

Číslo: 73/dův/44. Stockholm dne 20.září 1944. 23119

Věc: Pomoc internovaným Židům.

Dr.V.K./EE.

D A MINISTERSTVO ZAHRANIČNÍCH VĚCÍ
3 - OCTO 1944
Došlo dne ____ Čj 9761

Ministerstvu zahraničních věcí Referent

v L o n d ý n ě.

K telegrafickému výnosu čísla 19273/44:

Pan Adler Rudel mne navštívil v kanceláři na krátko v pátek dne 9.t.m. Pozval jsem ho na oběd k sobě domů, protože jsem dostal zánětlivé revmatismu, na úterý 12.t.m.

Adler Rudel vyprávěl o Londýně a všeobecně o svém poslání ve Švédsku. Dám si málo velkých iluzí, protože pomocná akce se dává do pryčdu v době, kdy už je pozdě a kdy praktická pomoc už ani není možná. Řekl jsem mu ze své strany o výsledku své intervence u vyslance Ruhemanna, aby Švédové pomohli našim Židům v Maďarsku.

Na to mi Adler Rudel řekl, že nejcennější židovské živly jsou nyní v Terezíně. Tam je většina židovské inteligence a mezi tím několik lidí vynikajících úřadů. Nebylo by možno zvrátit zkázu, aby naší vojenští operaci zařídili tak, aby se zmocnili co nejdříve terezínského tábora? Adler Rudel si je vědom, že v tomto plánu je hodně fantastického, ale je to opravdu jediná cesta skutečné pomoci. Mohl bych mu dopomoci, aby ho někdo ve zdejší švédské legaci v této věci přijal? Slíbil jsem, že udělám co bude moci, jakmile mi přejde horečka. Dva dny na to jsem požádal leg.rada Semenova, aby ke mně přijel domů a vyprávěl jsem mu obsah hovoru s Adler Rudelem a požádal ho, aby informoval p. velvyslankyni Kollontay a předložil jí věc k úvaze. Den na to, večer 15.t.m. mi

./.

M. Fl. Květena

Před založením
ještě jednou dr.
Frivcheno mi adresu.

Nr.: 73/vertr./44
Sache: Hilfe der internierten Juden
Dr.V.K./EE.

Stockholm, den 20.Sept.1944
Stempel: Aussenministerium eingelangt
am 3.Okt.44 Nr.8261

V e r t r a u l i c h

An das Aussenministerium der CSR
in L o n d o n.

Zum telegraphischen Erlass Nr.19275/44:

Herr Adler-Rudel hat mich im Buero fuer eine kurze Zeit Freitag den 8.d.M.besucht. Ich habe ihm zu mir nachhause zum Mittagessen eingeladen, weil ich einen Anfall von akutem Rheumatismus hatte, fuer Dienstag, den 12.d.M.

Adler-Rudel erzaehlte von London und im allgemeinen ueber seine ~~Sendung~~ Mission in Schweden. Er selbst macht sich keine grossen Illusionen, weil die Hilfsaktionn eingeleitet wird zum Zeitpunkt, wo es zu schon zu spaet ist und eine praktische Hilfe auch nicht mehr moeglich ist. Ich ~~xxxxxxxxx~~ meinerseits ~~sagte~~ informierte ihm, vom Ergebnis meiner Intervention beim Gesandten Boheman, dass die Schweden unseren Juden in Ungarn helfen sollen.

Daraufhin sagte mir Adler-Rudel, dass die wertvollsten juedischen Elemente ~~hier~~ jetzt in Theresienstadt sind. Dort ~~ist~~ befindet sich die Majoritaet der juedischen Intelligenz, darunter einige Personen von hervorragendem Niveau. Waere es nicht moeglich die Russen zu bitten, dass sie ihre Kriegsoperationen so einrichten, dass sie sich so bald als moeglich des Theresienstaedter Lagers bemaechtigen ? Adler-Rudel ist sich dessen bewusst, dass in diesem Wunsche viel Phantastisches ist, aber es ist tatsaechlich der einzige Weg zu einer wirklichen Hilfe. Koennte ich Ihnen behilflich sein, dass ~~Sie~~ Ihm jemand in hiesiger Sovjetlegation in dieser Sache empfaengt ? Ich versprach ihm alles was in meiner Macht ist zu tun, ~~xxxx~~ sobald mein Fieber vorbeigeht. Zwei Tage spaeter habe ich den Legationsrat Semenov ~~xxx~~ ersucht zu mir nachhause zu kommen und erzaehlte ihm den Inhalt des Gespraeches mit A-R und ersuchte ihn, Frau Botschafter Kollontay zu informieren und ihr die Sache zur Erwaegung vorzulegen. Am naechsten Tag, abends den 15.d.M., hat mir schon A-R telefoniert, dass er ~~schon~~ bereits bei Frau Kollontay war, dass sie fuer die Sache das lebhafteste Interesse gezeigt ~~hat~~ und ihm versprochen hat, dass sie selbst die Bitte der Jewish Agency mit ihrer Empfehlung ihrer Regierung vorlegen wird.

Dr.W.Kucera

Vor der Ablage nochmals Dr.Frischer
zur Information.

Ke zprávě Dr.Kučery 73/div/44 : 20.září 44

Pozn.zprávy:

1./Nejsme si zcela jisti,že se náš přítel Adler Rudel

podíval přesně na mapu,aby si zjistil,jak takový terén

od dnešních vojenských operací. Ani nevíme,zda si to zjistila

paní Kollontay. Avšak i když se v této formě celý plán zdá být

trochu fantastický,bylo by o věci,kdybychom nevyužili zájmu,který

o věc projevila paní Kollontay.

2./Je pravda,že v Terezíně jsou snad nejlepší lvly

československého židovstva. Více než,že napoň 9000 -ale přesně

mnohem více- z nich bylo odvezeno do Birkenau. Je stav zdánso,že

4000 z tohto obnosu bylo zavražděno,avšak mezi ostatních,kteří

nemí znám,vzhledem k tomu,že se čtvrtletně z Birkenau odvážou j stě

daleko dříve v dosahu ofenzivy Rudé armády,bylo by snad účelnější

žádat pro tato tábory to,což Adler Rudel žádal pro Terezín.

3./Kdyby tato stanovisko bylo příjato,šlo by se snad

telegrafovat Kučerovi,aby si náš názor přečetl osobně projednal

u paní Kollontay v tomto smyslu.

4./Snad by o věci sobě pronluvit také vysl.Kraus a vel-

vysl.Ross z Lotyšska.

5./Konečně navrhuji,aby o Kučerově zprávě byl informován

inž.Frischer. (z nižeuvedených důvodů není žádoucí)

Dr. Fischl: 1) Zprávě nerozumím a nehodlám měnit úsudky vojenské, leda z důvodů vojenských.

2) Terezín bude ještě dlouho důležitý různé operace

3) Ve věci Grafeneck a Bikenau jsme dnes zároveň i ústně informováni. B.B - U.V. letectvo se ostatně zabývá

Vše nejspíš o Hitlerově rozkazu - bombardováním Evakuační jízdě.

Zum Berichte von Dr.Kucera ~~bemerke ich:~~ 73 (vertr.)44 vom 20.Sept.44
bemerke ich:

1. Ich bin nicht ganz sicher, ob ~~man~~ mein Freund Adler-Rudel sich vorher die Karte angesehen hat um festzustellen, wie ~~weit~~ entfernt Theresienstadt ~~liegt~~ ist von den jetzigen militaerischen Operationen. Ich weiss auch nicht, ob das ~~der~~ Frau Kollontay klargeworden. Aber wenn auch in dieser Form der ganze Plan ein bischen phantastisch aussieht, waere es ein Fehler, ~~nicht~~ das Interesse nicht auszunuetzen, das Frau Kollontay fuer die Sache gezeigt hat.

2. Es stimmt, dass in Theresienstadt vielleicht die wertvollsten Elemente des tschechoslovakischen Judentums sich befinden. Wir wissen jedoch, dass zumindest 7,000 - aber offenbar viel mehr - von ihnen nach Birkenau ueberfuehrt wurden. Es ist zwar bekannt, dass von diesen Opfern 4,000 ermordet wurden; doch das Schicksal der anderen,ist glaube ich, nicht bekannt. Mit Ruecksicht darauf, dass Auschwitz und Birkenau sicherlich viel frueher im Bereiche der Roten Armee sich befinden werden, waere es vielleicht zweckmaessiger fuer diese Lager das zu verlangen, was Adler-Rudel fuer Theresienstadt verlangt hat.

3. ~~Sollte~~ Wenn dieser Standpunkt akzeptiert werden sollte, sollte vielleicht an Kucera telegraphiert werden, dass er selbst oder durch Rudel bei Frau Kollontay in diesem Sinne interveniere.

4. Vielleicht ~~sollte~~ koennte auch der Gesandte Kraus ueber die Sache mit dem Botschafter Lebedev sprechen.

5. Schliesslich schlage ich vor, dass ueber den Bericht von Kucera Ing. Fischer informiert werde. (Aus weiter angefuehrten Gruenden nicht notwendig).
Dr. ~~Fischer~~ Fischl

1. Die Russen aendern nicht und werden nicht aendern ihre Kriegsplaene ausser aus rein militaerischen Gruenden.

2. Theresienstadt wird ueberhaupt noch lange ausser halb des Rahmens der Operationen sich befinden.

3. In der Sache Auschwitz und Birkenau wird er die Russen sowie die anderen Verbuendeten informieren. U.S.D. U.S.Flugwaffe hat sich uebrigens bereit erklaert, die Krematorien zu bombardieren.

(6.D.7)

1 v Fuchl

Dr.V.

14 NOV 1944 26945 [redacted]

13119/44x

Dokument k čís. V/1013 ze dne 20. října 1944.

Pan Adler Bubil, který se obrátil s návrhem do Londýna, se dozvěděl, zdržuje-li se Bubny nějaký odpověď na jeho intervenci a vyšetřování se děl. Dozvěděl jsem se, že také žádnou odpověď nedostal. Proto se na mne obrátil s tím, že vojenské situace dovolí, pokusí se on sám přijít znovu s tím, aby se již konečně vyšetřování ukončilo.

Prosí se o laskavou odpověď, kterou mu pošleme.

Na vědomí

p. Dr. Fuchs.

15/11 44.

Lil.

Vidal. fin. 20/11.

Na vědomí Dr. Ornaníčkovi - vrátí / Podpis

Židovská otázka. Dr. V.

pomoc pro Terezín

Dr.Fischl

Nr.: 115/vertr./44
Sache: Adler-Rudel SSSR Hilfe
fuer Theresienstadt
Dr.V.K./EE.

Stockholm, den 24.Oktober 1944
V e r t r a u l i c h

Eingangsstempel:
14.NOV.1944 - 26945.

An das Ministerium des Aeussern der CSR

in L o n d o n

In Ergaenzung der Nr.73/vertr./44 vom 20.September 44.

Herr Adler-Rudel, der sich zur Rueckkehr nach London vorbereitet, hat angefragt, ob aus Moskau irgend eine Antwort auf seine Intervention beim Botschafter Frau Kollontay, eingelangt ist. Der Legationsrat Semenov hat mich informiert, dass aus Moskau nichts gekommen ist und sie erwarten auch keine Antwort. Es versteht sich, dass sie alles unternehmen werden, was die militaerische Situation erlaubt. Es waere auch nicht gut zu viel darueber zu sprechen, damit das die Deutschen nicht erfahren und keine ihrer bewaehrten "Gegenmassnahmen" unternehmen.

Trotzdem wird er in Moskau anfragen, ob sie fuer ihn irgend eine Antwort haben. Sollte sie vor der Abfahrt Adler-Rudels einlangen, wird er mir das sagen, um Adler-Rudel noch informieren zu koennen.

Dr. K.

Zur Kenntnisnahme
Dr.Fischl

15.XI.44
vidi Fischl 20.XI.

Zur Kenntnisnahme Dr.Ondracek - vidi

Juedische Frage - Hilfe fuer Theresienstadt

16.Januar 1967

Herrn
Erich Kulka,
U Smaltovny 20 - G
P r a h a 7.

Sehr geehrter Herr Kulka,

haben Sie herzlichen Dank fuer Ihr Schreiben vom 4.ds. nebst den beigefuegten drei Photokopien. Ich habe auch bereits von Dr.Weltsch die Bestaetigung des Empfanges Ihres Briefes erhalten und hoffe, dass es ihm noch moeglich war, einen entsprechenden Absatz in dem Artikel einzufuegen. Sobald das Jahrbuch mit dem Artikel, sowie das naechste Bulletin erscheinen, werde ich Ihnen sofort beide Publikationen zugehen lassen.

Ob und wie weit ich Ihnen bei Ihrer Arbeit mit Material helfen kann, vermag ich nicht zu uebersehen. Ich bin gern bereit es zu tun, wuerde Sie aber bitten, mir konkreter zu schreiben, woran Sie besonders interessiert sind.

Mit nochmaligem Dank fuer Ihre Freundlichkeit und mit besten Gruessen

Ihr
ergebener

H. Adler - Rudel

AR/Z

ERICH KULKA
U SMALTOVNY 20 - G
PRAHA 7

Praha, 23. Januar 1967.

Herrn
S. Adler - Rudel,
Leo Baeck Institut,
33, Bustanai Street,
Jerusalem.

Sehr geehrter Herr Adler Rudel,

Ihren lieben Brief vom 16.d.M. habe ich erhalten und besten Dank für das avisierte Jahrbuch und Bulletin. Inzwischen habe ich im Archiv noch ein Ihre Arbeit betreffendes Schriftstück gefunden und ich lege die Abschrift dieses Dokumentes bei.

Das, wass ich für meine Arbeit wissen möchte sind diese fünf Fragen:

1./ Ist Ihnen etwas bekannt über die Verhandlungen der jüdischen Organisationen mit den Allierten über das Bombardieren der Zufahrtstrassen nach Auschwitz und der dortigen Vernichtungsanlagen? Gibt es darüben entweder veröffentlichte, oder Archivdokumente?

2./ Woran sind diese Verhandlungen gescheitert?

3./ Existierte eine ilegale Verbindung der Theresienstädter Häftlinge mit ausländischen jüdischen Oragnisationen? Gibt es in diesem Zusammenhang illegale Nachrichten vom Edelstein und dr. Epstain aus Theresienstadt?

4./ Wusste man, dass nach Liquidierung der Ungarische Juden im Juli 1944, Vorbereitungen in Auschwitz getroffen waren für die Liquidatin cca 20.ooo Theresienstädter, die auch in September und Oktober tatsächlich erfolgt ist?

5/ Die Zeitschrift Free Europe brachte im Juni 1943 einen Artikel vom Joachim Fischer über Briefe, welche aus Terezín nach Bratislava geschickt wurden. Wäre es möglich diesen Artikel aufzufiden?

Sobald ich noch irgendwelches, Ihre Arbeit und Tätigkeit betreffendes Material auffinden sollte, werde ich Sie informieren.

Mit vielen Dank für Ihre Bereitwilligkeit begrüsse ich Sie freundlichst

Ihr

E. Kulka

1 Beilage.

Telegram, který na návrh ing. A Frischera poslal ministr Jan Masaryk čsl. vyslanci ve Štokholmu dr. Kučerovi, dne 31. 8. 1944 - č.j. 19725:

ADLER RUDEL REPRESENTATIVE OF JEWISH AGENCY WILL SHORTLY ARRIVE IN STOCKHOLM IN ORDER TO INVESTIGATE POSSIBILITIES OF AID AND RELIEF FROM SWEDEN FOR JEWS IN EUROPE STOP RENDER HIM ASSISTANCE! FURTHER ASCERTAIN AND TELEGRAPH IF SWEDEN WOULD BE WILLING TO ACCEPT JEWISH CHILDREN OF CZECHOSLOVAK NATIONALITY FROM TEREZIN OR ELSWHERE AND FROM SLOVAK TERITO/ RY OCCUPIED BY HUNGARY. STOP.

Archiv!
AMZV.

5.Februar 1967

Herrn
Erich Kulka,
P r a h a 7
U Smaltovny 20 - G

Sehr geehrter Herr Kulka,

vielen Dank fuer Ihre freundlichen Zeilen vom 23.Januar und fuer die Zusendung der Abschrift des Telegramms nach Stockholm an Dr.Kucera.

Was nun das Material zu Ihrer Arbeit betrifft, sende ich Ihnen anbei Abschrift eines Nachrufes auf Alexandra Kollontaia, der im Jahre 1952 in einer juedischen Zeitschrift erschienen ist. Die beiliegende nicht sehr gelungene englische Uebersetzung erschien in der Zeitschrift "Jewish Frontier", New York, September 1952. Vielleicht kann Ihnen dieser Nachruf nuetzen. Eine viel kuerzere Darstellung des Sachverhalts wird in meinem demnaechst im Year Book des Leo Baeck Instituts erscheinenden Artikel enthalten sein.

Im uebrigen habe ich mit gleicher Post laut Anlage an Herrn C.C. Aronsfeld beim World Jewish Congress in London geschrieben. Er war frueher bei der Wiener Library und duerfte einer der ganz wenigen Menschen sein, die Ihre Fragen beantworten koennen. Mein Material aus dieser Zeit ist bei meiner Uebersiedlung von London nach Israel leider verloren gegangen und es faellt mir schwer, heute ohne Material, eine zuverlaessige Antwort zu geben.

Ich bin mit freundlichen Gruessen

Ihr
sehr ergebener

S. Adler-Rudel

AR/Z

26.Maerz 1967

Lieber Weltsch,

vielen Dank fuer die Zusendung des Year Book XI, das ich am Freitag erhalten habe. Ich habe den gestrigen Tag dazu benutzt, darin zu blaettern und manches zu lesen und es ist wieder eine gediegene, eindrucksvolle Veroeffentlichung, fuer die wir alle Ihnen dankbar sind.

Was nun meinen Artikel betrifft, glaube ich, dass er sich gut liest, allerdings macht es mir Sorge, dass auf Seite 240 der Name Eric Kulka erwaehnt wird, obwohl ich in meinem Schreiben vom 13.Januar ausdruecklich darum gebeten habe, dies nicht zu tun. Nun weiss ich nicht, ob Kulka evtl.Ihnen seine Zustimmung, genannt zu werden, gegeben hat. Ich waere Ihnen dankbar, wenn Sie mir umgehend ein Wort hierueber schreiben wuerden. Sollte eine Zustimmung von Kulka nicht vorliegen, ergibt sich die Frage, ob es moeglich ist, den Namen in den noch nicht ausgedruckten Exemplaren in irgendeiner Form zu entfernen.

Ich hoffe, bald von Ihnen zu hoeren.

Mit herzlichem Gruss

Ihr

AR/Z

S. Adler-Rudel

Aus einem Brief von A-R an Dr.Weltsch vom 7.April 1967

PS. 1: Betr.Kulka hoffe ich mit Ihnen, dass er keine Unannehmlichkeiten haben wird. In meinem Brief vom 13.Januar heisst es ausdruecklich: "Namen, wie der von Kulka, sollen nicht erwaehnt werden."

PS. 2: Der Mann von der jiddischen Wiener Morgenzeitung heisst Racker. Josef Fraenkel vom Welt-Kongress kann Ihnen wahrscheinlich sowohl den Vornamen als auch andere Daten geben.

Jerusalem, den 18.April 1967

An LBI, London
Von LBI, Jerusalem.

Lieber Herr Paucker,

ich erhalte soeben 25 Sonderdrucke meines Artikels im letzten Jahrbuch. Die Zahl der Menschen, die mir mit Material geholfen haben oder in dem Artikel genannt werden, ist aber so gross, dass ich mit 25 Exemplaren leider nicht auskommen kann. Ich bitte Sie daher, weitere 35 Sonderdrucke fuer mich herstellen zu lassen und, falls es nicht anders geht, das LBI Jerusalem mit den Kosten zu belasten.

Besten Dank und Gruss
Ihr

S. Adler-Rudel

AR/Z

World Jewish Congress
Information Department

55, New Cavendish Street, London, W.1
Telephone : Welbeck 0335-9
Telegrams : Worldgress, London

Friday, 7th April, 1967.

PRESS SURVEY NO. 2,898

WORLD JEWISH CONGRESS

A CHRONICLE OF RESCUE EFFORTS. By S. Adler-Rudel. (Published in the Leo Baeck Institute Year Book, 1966. 408 pages, East and West Library. The Year Book XI publishes 15 various contributions.) Adler Rudel, representative of the Jewish Agency in London, describes his efforts to rescue Jews and in this connection he often quotes the W.J.C. or personalities of the W.J.C.

Even before the Second World War, in their offices in Geneva, the Jewish Agency for Palestine and the W.J.C. independently of each other collected every piece of evidence on the persecution of the Jews in Europe and passed it on to London and New York. It was proved later that the news which originated there was reliable and that their material, at first labelled as "horror stories," was borne out by the facts. With the beginning of the war new waves of refugees reached the British Isles and from their reports as well as from other sources of information it became apparent that the Nazis had embarked systematically on their plan for the liquidation of the Jews.

The question how to help those who were still in the hands of the Germans had been foremost in the minds and hearts of the men and women then active in Jewish life in London, and had never left the thoughts since 1939. Among them were personalities connected either with the Jewish Agency for Palestine or the Children and Youth Aliyah, such as Professor Selig Brodetzky, Berl Locker, Joseph Linton, Professor (later Sir) Louis B. Namier, Eva Michaelis and Wilfrid Israel. Within the framework of the W.J.C., too, there were people searching for ways and means to help - Noah Barou, Alex Easterman, Sidney Silverman, M.P., Mrs. Israel Sieff, Dr. S. Levenberg. Dr. I. Schwarzbard, Jewish representative on the Polish National Council, as well as Ernest Frischer who in a similar capacity served the Czech government in exile. (Page 213 - 214).

Page 236 - 238. Mr. Adler-Rudel also describes the rescue efforts and relief activities of Hillel Storch of the W.J.C. which also initiated a delegate, Raoul Wallenberg of the Swedish Embassy in Budapest, to help the Jews

PUBLISHED FOR THE LEO BAECK INSTITUTE, East & West Library, London.

The official Algerian News Agency said the visit of Dr. Goldmann aims to spoil the good relationships between the Arab and Socialist world. "The journey of Dr. Goldmann was arranged to weaken the Arab anti-imperialist forces and to strengthen Zionism in those countries which oppose Zionism. Therefore the visit of Dr. Goldmann was a surprise for the Arab countries."
The Tunisian Ambassador did not participate in the approach of the Arab diplomats to the Algerian Foreign Minister.

UNSER WORT, Paris, 4th April, 1967.

DR. GOLDMANN SETS OUT. (From an editorial). Dr. Nahum Goldmann's tour of East European capitals is both a personal triumph and a break-through for world Jewry. Throughout his long years of campaigning to bring world opinion to bear on the Jewish question inside the Soviet block, Dr. Goldmann has not allowed short-term tactical considerations to overshadow his realisation that the eventual aim must be to achieve a meeting of minds and mutual understanding with those who hold power in those countries. While not minimising the disabilities suffered by Jews, he has scrupulously sought to avoid bringing the Jewish question into the cold war and to pose the problem within the political structure and interests of the States concerned.
Symbol of improvements. Dr. Goldmann's visit is both a symbol of improvements inside the Communist block and a means by which further advance can be made. One need not be a mind-reader to know that Dr. Goldmann hopes, above all, that his talks will lead beyond these Communist capitals to the Soviet Union, with the world's second largest Jewish community. His present tour should imspire him to persevere in trying and hoping to reach the beginnings of understanding with the Soviet authorities, too.

JEWISH CHRONICLE, London, 7th April, 1967.

Dr. Goldmann will be in Belgrade from 8 - 10th April. The Federation of Jewish Communities in Yugoslavia has prepared a comprehensive programme (a banquet, a reception, the laying of a wreath on the memorial for Jewish Resistance Fighters and Victims of Fascism at the Jewish cemetery in Belgrade, and a public meeting.) It is expected that Dr. Goldmann will see representatives of the Yugoslav Government.

ALLGEMEINE, Dusseldorf, 7th April, 1967.

Mr. A.L. Easterman, the head of the international affairs department of the W.J.C., and Mr. Anselm Reiss, a member of the W.J.C.'s Israel executive, have been invited by the International Auschwitz Committee to attend the inauguration of a monument to the victims of Nazism at Auschwitz on April 16.
On April 19, there will be ceremonies commemorating the Warsaw Ghetto Uprising, and Mr. Easterman will represent the W.J.C. at these also.

JEWISH CHRONICLE, London, 7th

LEO BAECK INSTITUTE

Founded by the Council of Jews from Germany
JERUSALEM · LONDON · NEW YORK

LONDON
4, DEVONSHIRE STREET, W.1
LANGHAM 3493

28. April 1967

An: LBI Jerusalem
Von: LBI London

Lieber Herr Adler-Rudel,

Auf Ihre Zeilen vom 18. April hin möchte ich nur mitteilen, daß an Sie nicht 25, sondern 50 Sonderdrucke Ihres Artikels abgegangen sein müssen. Ich hatte extra mehr für Sie bestellt. Ich kann also nur hoffen, daß Sie inzwischen auch ein zweites Päckchen mit 25 weiteren Sonderdrucken erhalten haben.

Nach Ihrer Notiz wollen Sie noch weitere 35 haben, also insgesamt 60. Das ist nun allerdings nicht mehr zu machen, denn der Satz steht nicht mehr, und die Herstellung weiterer Sonderdrucke würde kostspieliger sein als eine Jahrbuch. Ich hoffe also sehr, daß der Rest inzwischen eingetroffen ist.

Herzliche Grüsse
Ihr

Arnold Paucker
Arnold Paucker

entsprechende Zahl von

←To open cut here

Sender's name and address: LEO BAECK INSTITUTE,
LONDON OFFICE,
4, DEVONSHIRE STREET,
LONDON, W.1.

AN AIR LETTER SHOULD NOT CONTAIN ANY ENCLOSURE; IF IT DOES IT WILL BE SURCHARGED OR SENT BY ORDINARY MAIL.

The 'APSLEY' Air Letter

A John Dickinson Product

Form approved by Postmaster General No.—71995/IZ

←Second fold here→

First fold here

BY AIR MAIL
PAR AVION
AIR LETTER
AEROGRAMME
GOLDERS GREEN
5PM
APR
1967
N.W.11

Leo Baeck Institute

Bustanai Street 33

Jerusalem - Katamon

ISRAEL

3.Mai 1967

An LBI, London
Von LBI, Jerusalem.

Lieber Herr Paucker,

vielen Dank fuer Ihre freundlichen Zeilen vom 28.April. Das zweite Paket mit den Sonderdrucken ist inzwischen eingelangt, weitere Sonderdrucke sind daher nicht erforderlich.

Besten Dank und Gruss
Ihr

S. Adler-Rudel

AR/Z

4.Mai 1967

Herrn
Norbert Masur,
Tel - Aviv
POB 1013

Lieber Norbert Masur,

mit gleicher Post lasse ich Ihnen zwei Sonderdrucke meines Artikels "A Chronicle of Rescue Efforts" zugehen, der eben in Year Book XI des Leo Baeck Institutes erschienen ist und ueber meine Bemuehungen in Schweden berichtet - einen fuer Sie und einen fuer die Schwedische Gesandtschaft.

Ich waere Ihnen dankbar, wenn Sie mir die Adressen von Gustav Moeller, Fritz Hollaender, Emil Glick und Herrn Engzell besorgen koennten.

Ich hoffe, dass es Ihnen beiden gut geht und bin mit besten Gruessen wie immer

Ihr

S. Adler-Rudel

AR/Z

NORBERT MASUR
CONSUL GENERAL OF SWEDEN

96, Haeshel Street,
Herzlia-Pituach.

11. Mai, 1967.

Herrn S. Adler-Rudel,
Leo Baeck Institute,
33, Bustanai Street,
Jerusalem.

Lieber Adler-Rudel,

Ich erhielt Ihr Schreiben vom 4. Mai und die Sonderdruecke Ihres Artikels, der sehr interessant und klar Ihre wichtigen Verhandlungen waehrend des Krieges wiedergibt. Wenn auch die Verhandlungen mit der Regierung im Endeffekt nicht zu einem positiven Resultat gefuehrt haben, so war doch einer der wichtigen Erfolge Ihrer Reise die Gruendung der Schwedischen Sektion des World Jewish Congress und der Einkauf der M/S Julius. Ich vermute, dass es Ihnen bekannt ist welche Rolle dieses Boot in dem Fluechtlingsdienst zwischen Dänemark und Schweden gespielt hat.

Ich moechte mir erlauben Sie auf einen Fehler in der Darstellung aufmerksam zu machen, u.zw. im ersten Paragraph auf Seite 236. Die Aktion fuer die Absendung von Packeten in den Lagern hatte nichts zu tun mit den Verfolgungen in Ungarn. Auch zeitlich began die Packetverhandlung spaeter als die Organisierung der Hilfe, Eingreifen des Kongresses, Wallenberg etc..
Die Packetaktion wurde erst Ende Juli/Anfang August eingeleitet, u.zw. nicht von Hillel Storch allein, wie Sie schreiben, und auch nicht auf seine Initiative hin. Man kann auch kaum sagen, dass Hillel Storch "the representative of the World Jewish Congress" war, nachdem es eine Swedish Section of the World Jewish Congress gab, in der er sicherlich der meist aktive Mann gewesen ist. Aus dem danach folgenden Satz auf Seite 236, kann man auch annehmen, obwohl es nicht klar gesagt ist, dass er auch fuer die Wallenberg Aktion die Initiative ergriffen hat, was absolut nicht stimmt. Mit dieser Aktion hat er garnichts zu tun gehabt. Storch ist an vielen Stellen von Ihnen genannt worden, und mit Recht, und ich bitte Sie nicht zu glauben, dass ich diese Bemerkung mache aus meiner Einstellung zu Storch. Ich habe nie versucht ihm abzustreiten all das Gute das er wirklich getan hat, finde es nur unnoetig, dass man ihm zuschiebt was er nicht getan hat.

Von den gewuenschten Adressen gebe ich Ihnen untenstehend drei auf. Die Adresse von Gustav Moeller weiss ich nicht, aber Sie koennen doch einfach einen von den drei anderen Herren bitten, die Broschuere an Gustav Moeller weiterzuleiten.

Ambassador Gösta Engzell,
Karlavägen 56,
Stockholm.

Fritz Hollander,
P.O.B. 7063,
Stockholm 7.

Emil Glueck,
Faltveterinär Artill.g. 23,
Stockholm.

Wir wohnen jetzt in Herzlia Pituach und wuerden uns freuen Sie einmal bei uns zu sehen. Mit besten Gruessen,

Ihr,

Norbert Masur

NM/JM

NORBERT MASUR
CONSUL GENERAL OF SWEDEN

P.O.B. 1013,
Tel-Aviv.

Tel-Aviv, 16. Mai, 1967.

Herrn L. Adler-Rudel,
33, Bustenai Street,
Jerusalem.

Lieber Adler-Rudel,

In Zusammenhang mit Ihrem Bericht und der Erwaehnung des Namens von Prof. Brodetsky in diesem Bericht, wollte ich Sie noch folgendes fragen:

Im Winter 1942 sandte Hugo Valentin einen Brief an Prof. Brodetsky der damals Vorsitzender des Board of Deputies war. Dieser Brief wurde durch das Aussenministerium befoerdert, d.h. auch gelesen. In dem Brief wurde dargelegt, dass wir von Stockholm aus, nicht organisiert, sondern viele Privatpersonen separat, Paesse eines Suedamerikanischen Staates bei dem betreffenden Konsul in Stockholm gekauft haben und nach Holland an die betreffenden Personen gesandt haben. Zu unserer Ueberraschung sind die Paesse wirklich bei den Beguenstigten angekommen, und wir nahmen an, dass sie den Betreffenden waehrend der ganzen Zeit des Krieges Schutz gewaehrten, sei es dadurch, dass man sie in Ruhe liessoder spaeter ihre Auswanderung zuliess Natuerlich konnte der Konsul nur eine sehr begrenzte Anzahl solcher falschen echten Paesse ausstellen. Wir glaubten daher es muss der Versuch gemacht werden direkt mit einer Regierung zu verhandeln, und wir schlugen Prof. Brodetsky vor direkt oder durch Amerikanische Juden Kontakt zu nehmen mit einer Suedamerikanischen Regierung, vorzugsweise Brazilien, und von ihnen die Ausgabe von 10.000 Paessen zu verlangen, mit der Garantie, dass die Betreffenden nie nach Suedamerika kommen werden und dass die Buergerschaft Ende des Krieges wieder annulliert wird. Ein solcher Vorschlag, vorgelegt von bedeutenden Persoenlichkeiten und begleitet von Versprechungen fuer offizielle oder inoffizielle finanzielle Hilfe, glaubten wir koennte Erfolg haben.- Auf diesen Brief hat Valentin von Brodetsky erst nach laengerer Zeit eine sehr kurze Antwort bekommen, mit dem Bescheid, dass der Plan undurchfuehrbar ist.

Es waere interessant zu wissen welche Schritte Brodetsky resp. der Board of Deputies mit dieser Idee unternommen hat, und meine Frage ist ob Sie etwas hierueber wissen.

Beim Lesen Ihrer Broschuere ist man wieder beeindrukt von der Tieftragik die darin lag, dass auch die uns wohlgewogenen Staaten sich nicht entschliessen konntenschnelle entscheidende Schritte, die sie kaum etwas gekostet haetten, zu unternehmen. Sogar ein solcher Plan wie der Ihrige, Kinder zu retten, durch den doch auch jeder hartherzige Mann geruehrt wird, blieb in der Muehle der Bürokratie stecken.

Mit besten Gruessen, bin ich

Ihr,
Norbert Masur

Thema Russlands –
Hochschulen

Thema Rettungsbemühungen
im 2. Weltkrieg und in der
ersten Nachkriegszeit

MICHIGAN QUARTERLY REVIEW (Ann Arbor, Mich.)
v.3,no.1, Winter 1964 (Jan.25,1964) pp.25-34

A Little Known Story of World War II Heroism

RAOUL WALLENBERG: SWEDISH DIPLOMAT IN HUNGARY

By Marion C. Siney

For most Americans the mention of Hungary at any time since October 1956 has evoked pictures of revolution, Russian intervention and escaping refugees. But it would be a pity to forget that Communist horrors were preceded towards the end of World War II by German Nazi intervention and Hungarian Arrow Cross repression against many Hungarians, both Gentiles and Jews. The plight of the latter was recently called to public attention by evidence presented at the Eichmann trial in 1961. Graduates of The University of Michigan should be particularly interested in the heroic role one of their number played in an attempt to save the Jewish residents of Budapest from deportation and extermination in such Nazi camps as Auschwitz and Birkenau. This man, Raoul Gustav Wallenberg, a Swede and a graduate of the College of Architecture in 1935, became another example of a fine tradition among his countrymen for humanitarian work. Since his disappearance into Russian hands in January 1945 his case has become the *cause célèbre* of postwar Sweden.

I feel a slight personal interest in the story because when I held the Alfred Lloyd Fellowship in 1938-1939, I met Wallenberg in Stockholm, and in the summer of 1963 when I was in Budapest I visited the scene where some of his work was carried on. In July 1939 he took me to a most impressive lunch at the Grand Hotel, a place where even a Lloyd Fellow would scarcely have ventured on her own. Neither of us could have suspected then that six years later he would have espionage charges, whose precise nature was never revealed, brought against him by the Soviet authorities, that he would be taken from Hungary to prisons in Moscow, held incommunicado, and finally be reported in 1957 to have died there in July 1947, a victim of the convolutions and convulsions of Russian policy during Beria's regime as head of the secret police. Not everyone, even now, accepts this Russian explanation, and there may still be some hope that Wallenberg is still alive.

When I was in Stockholm in 1957 I tracked down some of the literature on the case—reports in the Swedish and foreign press, reports on interpellations in the Riksdag, and the White Book published by the Swedish Foreign Ministry earlier that year. I also saw several of the men in the Foreign Ministry who had dealt with the problem. I soon found that here was a subject worthy of major research, and although I made only a beginning, there is much now to be said both about Wallenberg's work in Hungary and "the case" following his disappearance. This article will be confined to the former.

Why was a rescue operation for Jews necessary?

From November 1940 when the Hungarian government under the Regency of Admiral Nicholas Horthy adhered to the Tripartite Pact which originally tied together Nazi Germany, Fascist Italy, and Japan, the Hungarian state could scarcely be said to have been the master of its own fate. For

---

As Quarterly readers know, Marion C. Siney has been a frequent contributor, writing on a wide range of topics. Dr. Siney has three degrees from Michigan, A.B. '33, A.M. '34, Ph.D. '38, and while here was awarded the Lloyd Fellowship during 1938-39. She is now on the staff at Western Reserve University in Cleveland, where she is Associate Professor of History.

some years the Hungarian government had been moving with and around the Axis, partly in the hope of securing restitution of territory lost in 1919-1920 to the Western-oriented Czech, Rumanian, and Yugoslav states, and partly as a continuation of their ultra-conservatism which had often in the past taken anti-Semitic forms. In May 1938 anti-Jewish laws were passed which among other things were designed to reduce the number of Jews in the public service and learned professions, an aim which was whole-heartedly approved by the native Hungarian Fascists in the Arrow Cross Movement, led by Major Ferencz Szalasi.

On the eve of the war Jews made up about 6% of the population, but when Poland was overrun by the Nazis and Russians, thousands of Jews fled to the comparative safety of Hungary. Other Jews were added when Rumania was forced by the Axis to cede part of Transylvania to Hungary in August 1940, and another group was acquired in April 1941 when, again with German aid, Yugoslavia was made to give up former Hungarian territories. The number of Jews thus increased from about 500,000 to 800,000. At once many of these Jews were sent to forced labor camps, but soon the Germans were demanding more repressive measures. In June 1941 after Germany invaded Russia, Hungary was almost forced to follow, with the result that Hungary was eventually at war with both Great Britain and the United States. The first deportations of Jews from Hungary to Galicia, according to evidence presented at the Eichmann trial, took place in July 1941. On the other hand, perhaps as many as 25,000 Jews were still being smuggled into Hungary with the aid of a Rescue Committee sponsored by the Zionist organization in Budapest.

In all fairness to the Hungarians it must be pointed out that the government managed for a time to stave off the more extreme and primitive of the German demands. The Horthy regime, contrary to the German practice, had generally recognized the validity of the baptism of Jews into the Christian faith, basing its tests of Jewishness on religion rather than on blood or "race." It has been estimated that there were about 70,000 such baptized Jews in Hungary.

The difficult time for the Jews came with the German seizure of control in Hungary on Sunday, March 19, 1944. As the military situation had grown progressively worse, the Nazis became more fearful of Fifth Column activity within their own camp, and the Gestapo redoubled its efforts everywhere in occupied and satellite territory. As a preliminary to the German military move into Yugoslavia and Greece, and in keeping with Hitler's pre-war practice which had been used so successfully in the case of Schuschnigg of Austria and Hacha of Czechoslovakia, Horthy and his advisors were summoned to Hitler's headquarters at Obersalzburg on March 18. Here Horthy was ordered to facilitate German occupation of his country, and to oust the cabinet which was accused of being hostile to Germany. While Horthy was thus safely away, the German army—100,000 strong—and the Gestapo moved in. They seized railway centers, the under-manned government office buildings, and the postal, telegraph and broadcasting centers in Budapest. Thanks to the friendly help given by General Doeme Sztojay, the Hungarian Ambassador in Berlin, there was no resistance from the Hungarian Army, a large part of which was deployed along the frontier of Rumania, a country which Russian troops were expected to invade at any moment. Sztojay's reward was quick in coming: he became the new Prime Minister.

Within a few days of the *coup* liberal political leaders were arrested; all Jews lost their jobs in the government, theater and press; Jews over six years of age were ordered to wear the Star of David; all Jewish property was made subject to confiscation; and as a preliminary to their "removal" all Jews were ordered to live in a ghetto. Since the Germans had told the Hungarian Foreign Office that it could not "tolerate the safety of German troops being risked by the presence in Hungary of 1,000,000 Jews, 15,000 Poles, and numbers of anti-German Hungarians behind the Western Front," these measures are not surprising. But their execution was possible only with the full co-operation be-

tween the new puppet government and the Nazis. News from Hungary in the next few weeks was grim. Thousands of Jews were being shipped out of the country. It was reported, for instance, in the British House of Commons that between May 15 and 27 sixty-two railway cars were sent filled with children between two and eight years of age, and that daily six cars filled with adults passed through a railway station near Cracow. According to evidence presented at the fifty-second session of the Eichmann trial, some 600,000 Jews were deported from Hungary between May 15 and July 7, 1944; at one period four trains containing 12,000 people went daily to Auschwitz. Perhaps the reader should be cautioned that it is virtually impossible to check these statistics, and any attempt to "tote up" the numbers of those Jews usually in residence, and those who came *into* Hungary, against those deported leads to arithmetical confusion.

Horthy insisted these were not deportations but that these Jews, like many other Hungarians, were merely going to work abroad. There could be no doubt, however, that the property confiscation order was being executed. Soon trucks of clothing thus acquired were being sent off with signs attached: "Donations from the Hungarian Nation to the Bombed-out Germans." Although the Jews in the capital were dealt with more gently, probably for fear of making too bad an impression on neutral diplomats, the Nazis and their friends by the early summer thought that the Hungarian Jewish question was all but solved.

What possibilities were there for saving any of the Jews that remained from almost certain death?

Many Jews had already turned to the neutral legations in Budapest for help. Those few who could prove descent from Spanish and Portuguese Jewish families were issued protective documents by these governments, and the Papal Nuncio could offer aid to those who had been baptized. Both the Swiss and the Swedes also tried to help, although it was necessary to prove family ties, by blood or marriage, with Swedish subjects, or business or cultural relations with Sweden to secure Swedish aid. Obviously only a small number could qualify under any of these categories.

The Allied governments also hoped to bring pressure to secure a moderation of Hungarian policy. On March 24, 1944 President Roosevelt in a radio speech issued an appeal to all Christian families to aid the Jews. His message stated that the warning made by the United Nations against acts of savagery "applies not only to the leaders but also to their functionaries or subordinates in Germany and in the satellite countries. All who knowingly take part in the deportation of Jews to their death in Poland or Norwegians and French to their death in Germany are equally guilty with the executive. All who share the guilt shall share the punishment."

Similar appeals were sent by the Archbishop of Canterbury, by Cardinal Spellman, and by Cordell Hull. Hull urged the people of Hungary to rise against the Nazis. His statement contained an implicit promise that this would earn the respect and friendship of the United Nations which thus in victory would look more favorably on the status of Hungary despite its voluntary alliance with Hitler up to the moment of occupation.

In addition the B.B.C. broadcast a threat to bomb Budapest, a threat which was carried out by American planes from Italian bases on April 3, and by British planes on April 4. But the only immediate effects of these raids were for more Jews to be dispossessed of their homes, in order to accommodate bombed-out Christians, and for more to be deported.

The Swedish Red Cross now became very active in Budapest. It was Count Folke Bernadotte, its vice-president, who persuaded Dr. Valdemar Langlet, for long the Lecturer in Swedish at the University of Budapest, to take over direction of this work. It proved difficult, for the Hungarian Red Cross, very much at the mercy of its own government, tried to control the Swedish activity. Moreover, the money at the disposal of the Swedish Red Cross was limited.

The proposal that the Swedish government should undertake a special intervention seems to have come from two sources.

One was through the World Jewish Congress which in March sent an appeal to the Swedes, offering to provide money from American Jewry to finance rescue programs in both Hungary and Rumania. The other, which more directly brought about the Wallenberg Mission, came through Ivar Olsen, the representative of the American War Refugee Board in Stockholm, and the American Minister, Herschel Johnson.

Why should Raoul Wallenberg have been chosen for such a venture?

Anyone who has studied Swedish history during the two World Wars finds the members of this family at every turn. Although one of the first Wallenbergs to be mentioned in the Swedish biographical dictionary, *Svenska Män och Kvinnor,* was an early 19th century bishop of the Lutheran Church at Linköping, the name is usually associated with banking, shipping, and industry. It was André Oscar, son of the Bishop, who founded the Stockholm Enskilda Bank, still one of the largest in Sweden, in 1856; his interest in banking had been aroused during a visit in America where he had observed the banking crisis of 1837. The now-familiar interest of the family in politics showed up in André, for he was a member of the upper house of the Riksdag for the last twenty-one years of his life. One of his sons by his first marriage, Knut, was the Foreign Minister, 1914-1917. Another son, Gustav Oscar, who served in the bank and in shipping companies, was Sweden's first envoy to Tokyo and later was Ambassador in Peking and Constantinople; and still another, Marcus, carried on special economic negotiations with the Allies in the First World War. This was to be the role followed by *his* sons, Jacob and Marcus, Jr., in 1939 to 1945, when Jacob specialized in dealings with the Germans and Marcus with the Allies.

Raoul was the grandson of Gustav Oscar. Just a few months before Raoul's birth on August 5, 1912, his father died, and he was brought up at first by his mother in her father's home. Later, after her re-marriage, she had the help of her second husband, Fredrik von Dardel who became the Director of one of the largest hospitals in Stockholm. From the beginning, naturally enough, Grandfather Wallenberg took a deep interest in Raoul's education. There was no doubt that he hoped for great things from Raoul, and he wished to make sure that he received a broad education. As a boy Raoul was sent during the summers to Germany, England, and France. At the age of fourteen he went by himself via the Orient Express to visit his grandfather in Istanbul, and in 1929 he went to South Africa.

Grandfather Wallenberg had a great part in the decision that Raoul should be educated at an American university. He regarded the British upper classes and, by association, Oxford and Cambridge, as too snobbish, and the universities in the eastern part of the United States he believed to be little better in that respect. It was thought desirable that Raoul should go to a mid-western university where he could "imbibe the spirit of the pioneers." (Most people who were students at Ann Arbor in the early 1930's will be surprised to know that they were looked upon by *anyone* as "pioneers!") There was also some idea that Raoul would later join the staff of a new Swedish-American bank which his grandfather was hoping to establish.

During his student days at The University of Michigan, 1931-1935, Raoul travelled widely, going to the Chicago World's Fair, to California and Mexico. After completing his work in architecture in 1935, he returned to Europe and the next year went to work as a business man in South Africa. Later he moved to Haifa where he became acutely conscious of the plight of the German Jews. Back in Sweden early in the war he became associated with a Hungarian Jewish businessman, Dr. Kálmán Lauer, in the Mellaneuropeiska Handels AB. (Central European Trading Company), which was financed mainly by Sven Selén, a well-known Swedish shipowner. From 1941 onward Wallenberg travelled on business in Germany, Switzerland, France, and Rumania, as well as in Hungary which he visited twice, in 1942 and 1943.

It was probably because of his known humanitarian sympathies, his experiences in Central Europe, and the fact that he was a bachelor without family responsibilities that

Wallenberg was regarded as a likely prospect for the job in Budapest. His company dealt in foodstuffs and he had already been active in securing supplies for the Red Cross in several Central European countries.

By mid-June both Johnson and Olsen were casting about in Stockholm for someone to send. Olsen knew Salén and it was by this route that Wallenberg was introduced to Johnson at a lunch at one of the nicest restaurants in Stockholm—the Bellmansro—now, alas, burned down. Matters moved quickly, and the Swedish government, already worried about the plight of Jews in occupied Denmark, agreed to name Wallenberg as Legation Secretary in Budapest to deal with humanitarian affairs. There was no question that this was an extraordinary appointment. Wallenberg had never been in the foreign service, but once appointed he was entitled under international law to all of the rights and privileges accorded within the phrase "diplomatic immunity." It was thought that he would be gone from two to three months. When Johnson sent a report to the State Department on June 21, 1944 concerning Wallenberg's appointment, he added that Olsen and he were of the opinion that the War Refugee Board "should be considering ways and means of implementing this action . . . particularly with respect to financial support. . . ."

In the meantime the Jewish Agency Relief Committee had sent an appeal to Professor Marcus Ehrenpreis, Chief Rabbi in Stockholm, asking him to find a means whereby King Gustav V might intervene on behalf of the Hungarian Jews. As a result of this and of American inquiries to the Foreign Ministry, Gustav sent a telegram to Horthy on June 30. The text had been agreed upon in a Cabinet meeting two days before, even though there was some risk that the Germans would regard the move as an unfriendly act. Perhaps the fact that it was a personal message from the King rather than a *démarche* from the Swedish government would make it seem less "political." The note was presented to Horthy on July 1 by the Swedish Minister, Carl Ivan Danielsson, who was accompanied by Per Anger, one of the members of his staff. In it Gustav asked "in the name of humanity" that Horthy use his influence to save from further persecution those Hungarian Jews who remained.

By early July almost all of the Jews left in Hungary were concentrated in Budapest —probably a total of between 150,000 and 200,000. Because of renewed warnings from President Roosevelt and new air raids, Horthy, after a "duel" with Eichmann who had come to Budapest in April to supervise the execution of anti-Jewish legislation, ordered on July 3 that deportations were to stop on July 9. It has been suggested that this was done in the expectation that by then that operation would have been completed.

On July 6 Wallenberg left on his mission, going by way of Berlin, and carrying only a minimum of luggage. In his knapsack he had a list of anti-Nazis in Hungary, partly prepared by the former Hungarian Minister in Stockholm, Vilmos Bohn, and partly by a Hungarian journalist. Another list contained the names of relatives and friends of Swedes about whom information was being sought. Wallenberg also went with the comforting knowledge that a special account of 110,000 kroner had been opened by Olsen at the Stockholm Enskilda Bank to cover the expenses of his special work. This amount soon proved to be inadequate and was supplemented from time to time, for instance by 200,000 kroner on September 26.

Once arrived in Budapest Wallenberg was quickly put *au courant* of what his colleagues had been doing. He now headed a special section of the Swedish Legation (Avdelning C), and since he was the only neutral diplomat assigned to this rescue work on a full-time basis, it is no wonder that he soon caught the popular imagination. The Swedish Legation had already handed out some six hundred provisional documents attesting that the holder had either family or business ties with Sweden and was, presumably, awaiting the opportunity to travel to Sweden. Wallenberg at once saw the possibility of extending the scheme. He drew up a much more formal document—complete with a number, a picture of the holder, the Three Crowns of Sweden, and the Minister's signature, all of which made it *look* more

like a passport. For
were no exact prece
law or practice. The N
by the League of Nati
less persons who we
place of birth. Most
by the Swedish prot
citizens of the countr
residence, a fact whicl
in effect, being asked t

Needless to say th
swamped with applic
that there was no hop
tation for these peop
since it was likely tha
his charges ever we
they would be divert
concentration camps,
aims was to keep his
safety of Budapest.

Even before Walle
pest there was an in
mans might be willing
cording to the eviden
acted on behalf of va
tions in Budapest,
as early as April 24
to the Allies one mill
10,000 trucks and sor
fee, soap, and per
was prepared to give
none of these materi
the Western or Sout
would be used only
Brand went to Turke
he could make the n
with British diplomat
intended to go to Pa
ish-Syrian frontier he
though he conferred
Aleppo, he was not
the negotiations. The
ter, on July 20, reve
German proposals. B
had consulted with b
and Soviet governme
plain that in spite of t
and Americans to sav
the proposal would n
ground that it was me
incite the Allies agains
speculate, however, as

like a passport. For this document there were no exact precedents in international law or practice. The Nansen passports issued by the League of Nations had been for stateless persons who were refugees from their place of birth. Most of the people covered by the Swedish protective passports were citizens of the country where they were in residence, a fact which the Hungarians were, in effect, being asked to ignore.

Needless to say the Legation was soon swamped with applicants. It became clear that there was no hope of securing transportation for these people to Sweden. Indeed, since it was likely that if the trains carrying his charges ever went through Germany they would be diverted to forced labor or concentration camps, one of Wallenberg's aims was to keep his people in the relative safety of Budapest.

Even before Wallenberg came to Budapest there was an indication that the Germans might be willing to make a "deal." According to the evidence of Joel Brand, who acted on behalf of various Jewish organizations in Budapest, Eichmann proposed as early as April 24 that he would "sell" to the Allies one million Jews in return for 10,000 trucks and some supplies of tea, coffee, soap, and perhaps, medicines. He was prepared to give an undertaking that none of these materials would be used on the Western or Southern fronts, i.e., they would be used only against the Russians. Brand went to Turkey with the hope that he could make the necessary arrangements with British diplomats, and from there he intended to go to Palestine. On the Turkish-Syrian frontier he was arrested and although he conferred with Moshe Sharett at Aleppo, he was not permitted to complete the negotiations. The British press weeks later, on July 20, revealed something of the German proposals. By that time the British had consulted with both the United States and Soviet governments and it was soon plain that in spite of the desire of the British and Americans to save the Hungarian Jews, the proposal would not be accepted on the ground that it was merely a crude attempt to incite the Allies against each other. One may speculate, however, as to the effect this incident had in building up Russian suspicions of *any* attempt to rescue Jews, and hence its importance in determining their later attitude toward Wallenberg.

For a time in the summer of 1944 it seemed that the appeals to Horthy were effective. In his reply to King Gustav, which was made public on August 10, Horthy said that he would do everything "which in the present circumstances is in my power to make humanitarian and legal principles respected." He did agree to the emigration of Hungarian Jews to Palestine, Switzerland, Sweden, and other countries; the anti-Semitic laws were suspended in the case of Jews married to Christians and of those Jews who had received certain war decorations. He also promised that the transportation of Jews to work outside the country would be carried out under "humanitarian laws," and subject to control by the Hungarian Red Cross, and that Jews baptized before August 1, 1941 would not be sent.

More important for this story was Horthy's agreement to recognize the Swedish protective passports, the number 5,000 being set at one time as the limit. Why should the Hungarian government, and, by implication, the Germans, have done so? The Germans had doubtless concluded that the task of completely eliminating the Jews was beyond their immediate capacities, and they could, therefore, afford to wait a bit. There is a suspicion that the co-operation of the Hungarian government with the Wallenberg scheme was out of self-interest. Might they not thereby save their own necks and/or their property, if the war was completely lost by the Axis? In any case if they permitted this relatively minor rescue operation (minor in terms of the total number of Jews still in Hungary), perhaps the large-scale deportations could continue without too much outcry from neutral and Allied circles or from the Christians of Budapest.

It was always possible that this recognition of the protective passports might be retracted at any time, particularly since their falsification was almost inevitable. The wonder is that forgery was not on a larger scale. One of the stumbling blocks was the necessity of having Danielsson's signature (or a reason-

able facsimile) on the document. In some cases Danielsson was not above accepting a forgery as valid since he knew what the fate of the holder would otherwise be. Certainly the passports worked wonders.

But just as things seemed to be going along smoothly, events began to conspire against the Hungarians. The attempt on Hitler's life on July 20, 1944, made by dissident officers and civilians, had an unsettling effect everywhere in the Axis camp. Then on August 25 the Rumanians signed a separate Armistice with Russia. Surely Hungary would be one of the areas to come next under strong Russian pressure. Again the Germans began to see only danger from the Jews. Veesenmayer, the Gestapo chief in Budapest, made new demands for action on the Hungarian government, and as a result the Budapest Police Chief, Ferencz, issued an order that all Jews were to be deported from the capital between August 27 and September 18. To get this order executed the Germans forced the resignation of Premier Sztojay on August 29, the day the Russians occupied Bucharest. Two days later Szotjay's death was reported.

Wallenberg's most hectic and heroic period now began. When the Red Army first crossed the Hungarian frontier along a fifty-mile front under the direction of General Rodion Malinovsky on October 6, the Hungarian government showed visible signs of wavering. On October 15 Hungary issued an appeal for an armistice, and that proved to be Horthy's undoing. Once more, in the middle of the night, a new *coup d'état* took place. Szalasi, the head of the Arrow Cross, was made the Prime Minister, and his first official announcement was: "This is a war of independence against Jewry. Whoever impedes the nation's war effort and disrupts its unity is a traitor." The Nazis and the Arrow Cross let loose a storm. For ten days the streets of Budapest were places of terror; corpses were everywhere. No one was really safe, least of all the Jews. At first a five-day curfew had been imposed on Jews, but the sixth day they were permitted a two-hour daily respite for shopping, late in the afternoon when, according to Mrs. Hansi Brand's testimony at the Eichmann trial, most food shops were already closed or sold out. All through these days Jews were forced out of their apartments and driven into the rainy streets so that, as Mrs. Brand said, there were long columns marching, and "the major streets of Budapest looked as though they were full of ants." Many were taken to a brick factory in Buda which was used as an assembly point for deportees.

It was then that as some measure of protection an international Ghetto was set up by the joint efforts of the neutral legations. Plans for such an area had been discussed in August, but it became a reality only in late October. Original plans called for accommodations for 15,598 persons, of whom about one-third were to be under Swedish protection. Eventually the Swedes took over thirty-two houses or apartment buildings, many of them in Phoenix Street, which was later renamed for Wallenberg. Some of the houses were given to the Swedes by their owners to protect them from destruction. Wallenberg's job now was not only to issue passports and provide shelter, but also to secure food, medical supplies, and clothing for those who lost their possessions by confiscation or from the now-constant Russian air raids. Offers of automobiles, trucks, and money from Hungarians were gratefully accepted by the Swedes to help the rescue operation.

Wallenberg seemed to be everywhere—directing a staff of volunteers, both Gentile and Jewish, who by November numbered 600; organizing commando raids to rescue Jews from prison; going to St. Stephen's Square, (not far from the International Ghetto), another of the chief points where Jews were assembled for deportation, to take back those with the Swedish protective passports; arriving frequently at railway stations to find trains already loaded and then insisting on the release of those with his documents, or sometimes with *any* document which he could convince the German S.S. guards, who did not usually know Magyar, *were* his. When word reached the Swedish Legation that a train of Jews was about to be sent, anyone not otherwise engaged went to the rescue. Most often it was Wallenberg, but sometimes it was Lars Berg, one

of the attachés, or
cued 150 of whom
Swedish protective

In this period,
Swedes and the Sw
Hungarian employe
operation, as shown
dence given at the
Arié Breslauer, a la
hospital in the Jew
visited by someon
group, and althoug
with Lutz, the Swis
the Swedish protect

Worst of all for
marches. By early
sian drive from the
and from the Sout
closed in on three
in November it
Jews out to Polan
mained as a possib
were overtaxed wi
the only alternative
garians had, if depo
was to send the po
the 220-kilometer
the thousands, poo
snow, with no shel
lenberg mobilized h
workers went alon
snatch back those w
tective passports,
clothes to those he
lauer reported (in
1961) that on Nov
conference with W
Hegyeshalom, a p
frontier. There in
barn and tobacco c
thousands of Jews.
these wooden sheds
these people—pec
marched for 220
death was on their
shouts, 'Help, help!
one was coming
the people thought
They began scream
gry. They were th
this condition as I
He was there four

of the attachés, or Per Anger, who once rescued 150 of whom only two actually held Swedish protective passports.

In this period, after November 23, the Swedes and the Swiss, and their respective Hungarian employees, worked in close cooperation, as shown, for instance, in the evidence given at the Eichmann trial by Dr. Arié Breslauer, a lawyer. While he was in a hospital in the Jewish community, he was visited by someone from the Wallenberg group, and although he eventually worked with Lutz, the Swiss Consul, he held one of the Swedish protective passports.

Worst of all for the Jews were the death marches. By early December the big Russian drive from the East under Malinovsky, and from the South under Tolbuchin, had closed in on three sides of Budapest. Even in November it was impossible to send Jews out to Poland, and only Austria remained as a possible destination. Railways were overtaxed with military burdens, so the only alternative the Germans and Hungarians had, if deportations were to continue, was to send the poor wretches on foot for the 220-kilometer journey. They went by the thousands, poorly clothed, in rain and snow, with no shelter at night. Again Wallenberg mobilized his forces. He and his coworkers went along the line of march to snatch back those who had the precious protective passports, and to give food and clothes to those he could not claim. Breslauer reported (in his evidence on June 1, 1961) that on November 23, 1944, after a conference with Wallenberg, he went to Hegyeshalom, a place near the Austrian frontier. There in a big courtyard were a barn and tobacco drying-sheds packed with thousands of Jews. "Between the cracks in these wooden sheds, I could see the faces of these people—people who had . . . marched for 220 kilometers. The fear of death was on their faces. . . . I only heard shouts, 'Help, help!' They heard that someone was coming from the Embassy, and the people thought I could save all of them. They began screaming . . . they were hungry. They were thirsty. I cannot describe this condition as I saw these people then." He was there four days, issuing protective passports. He went on to a hunting lodge where other Jews were held, but here he was fired on by Hungarian guards and so he left. As he returned to Budapest he met another group of several hundred who, he later learned, were taken to the Danube, shot, and then thrown into the river. Others were shot by their Hungarian escorts. Thousands thus perished or were handed over to the Germans, but sometimes Wallenberg brought back ten, sometimes a hundred. Other diplomats soon joined him, as well as Catholic nuns. His last official report sent on December 1 described one such march vividly. The gathering places for these marches were places of horror, with disease at epidemic proportions. Wallenberg said that his ambulances had brought about two hundred sick persons from such camps to the International Ghetto.

Wallenberg was not exactly *persona grata* to the Szalasi regime. Indeed he was informed on a number of occasions that he was marked for assassination by the Arrow Cross. At the Eichmann trial evidence was presented that the Swedish Minister in Berlin had complained to the German government that a man named Eichmann had threatened, in a conversation with a Swedish Red Cross employee in Budapest, to execute by shooting the so-called "Jewish dog Wallenberg." Veesenmayer's reply to an inquiry from Berlin was that Eichmann had reason enough to criticize the way the Swedish Legation treated Jews and especially Wallenberg "who acted in a very uncustomary and unacceptable way." Veesenmayer went on to say that it was possible this expression was actually used, but "not as a serious threat, only as a warning for the future." About the only precaution Wallenberg seems to have taken was to sleep in a different place each night. On the other hand, by a curious quirk, at one time one of his most effective collaborators was the Jewish wife of the new Foreign Minister, Baron Gabor Kemeny. She was able to persuade Szalasi not to carry out the threat to cancel all protective passports. But on November 29 Mme. Kemeny was sent out of the city and Wallenberg had thus lost his "friend at court."

By early December Wallenberg had moved to Pest, the part of the city on the eastern side of the Danube, in order to be near his people who now numbered about 13,000. He was the only neutral diplomat there, since all neutral legations were located in Buda. Szalasi's government, alarmed at the nearness of the Russians, fled to Sopron on December 9, and thereafter the unruly fascist elements in the capital became much bolder. They staged raids against the International Ghetto, and many Jews were removed from the Swiss houses there. In these frantic days every agency tried its best to protect the Jews; co-operative Catholic priests baptized Jews after very short periods of instruction and antedated the certificates; convents took in countless children. For these Wallenberg sought food supplies, too.

The Russian war communiqués can be used to plot the course of the fall of Budapest. Daily more "localities" fell into Russian hands, and by December 25 battles raged in the suburbs, right around the whole city, with the Germans transforming every house-block into a minor fortress. On December 24 twenty salvoes from 224 guns were fired in Moscow to honor Marshall Tolbukhin's advance from the southwest. One communiqué spoke of "a bitter, unending struggle through houses and gardens and across roofs only comparable with the fight for Stalingrad."

It was on the day before Christmas that the Arrow Cross commander tried to "persuade" the Swedish Minister to evacuate his whole staff from the city, by occupying the Legation building in Buda by force. It was later reported that Danielsson escaped the fury of the marauders only by climbing out a window. It was certainly not a peaceful time for diplomats!

The Russians moved on. At the end of the year Tolbukhin's forces had two-thirds of Buda, and a large part of Pest was in the hands of Malinovsky's army. There was no electricity or running water; the food supply was low; great fires burned everywhere, partly the work of the famous mine-throwing Katushas—mounted on railway cars. On January 15 four-fifths of the city was in Russian possession.

Wallenberg had decided on January 9, when the Russian lines were very near his office, that he should act on the general instructions given by Danielsson that whoever among the Swedish Legation staff was in the part of the city which fell into Russian hands first should undertake negotiations with the Russian commander to secure a continuation of the Swedish activities. This now meant that Wallenberg should get in touch with General Malinovsky's headquarters at Debrecen where Voroshilov was High Commissioner. Before any definite contact was made, however, a Russian sergeant appeared at Wallenberg's office on January 13, and it was he who took Wallenberg to an officer connected with General Tschernikov, the Russian commander in Budapest. Wallenberg here showed his credentials and asked to be put in touch with Russian headquarters. Since the Swedes had been the protector of Russian interests in Hungary since June 1941, one would assume that any Russian commander would have had instructions to cover such a case, or at least be instructed to deal with Swedish diplomats in a friendly manner. Certainly the Swedish Minister in Moscow had provided the Russian government with a complete list of the staff at the Legation in Budapest.

The next day, January 14, Wallenberg and his Hungarian chauffeur Vilmos Langfelder, were taken to Malinovsky's headquarters. Just what happened there no one knows. But on January 17 Wallenberg and Langfelder came back to the office in Pest, in a Russian car, accompanied by a Russian officer. Wallenberg's baggage was in the car. He was not permitted to go inside the building, and as he stood at the door giving instructions to some of his staff, he said that he was going away again, whether as a guest or a prisoner he did not know. This whole conversation took at most ten minutes.

Later that day the car in which Wallenberg and Langfelder were riding was in a collision with a truck of Russian soldiers, and they, therefore, had to transfer to another car. That was the last direct report of Raoul Wallenberg from any reliable Western source until ex-prisoners began to trickle back from Russia after the war.

Yet the day before, on January 16, 1945,

. Dekanosov, the Ru
Foreign Affairs, infc
ister in Moscow, S
Wallenberg and his
under Russian prote
that the "case" beg
mystery, contradicto
edy—whatever the
be.

In August 1963 I
places in Budapest
volved in this story.
area that had been
the large synagogu
of the Chief Rabbi
There are some rer
gedies of 1944-194
building at the corn
selenyi streets is a
victims of Fascism
hung round with s
wreaths. There was
of war damage here
lied bombers tried
tion.

In the courtyarc
many graves of t
ghetto during the s
sible to take corpse
teries. I was taken
is connected with th
a special section de
There were photos
Semitic laws; the o
David and a sample
with "Jude" stencil
tion cards—Jews g
citizens. There were
en working as street
in freight cars, of
death marches to th
the ghetto after th
sians ("the only on
liberated"), showi
corpses. Perhaps o
without protest the
of Szalasi and of E
sociated with Eich
hall-tree hung a sar
striped suit worn
camps, with a pai
beneath. I was sh

Dekanosov, the Russian Vice-Minister for Foreign Affairs, informed the Swedish Minister in Moscow, Staffan Soderblom, that Wallenberg and his property had been put under Russian protection. It is at this point that the "case" begins, and with it much mystery, contradictory evidence, and tragedy—whatever the ultimate result may still be.

In August 1963 I went to see some of the places in Budapest that were so closely involved in this story. I wandered through the area that had been the official ghetto, where the large synagogue and the headquarters of the Chief Rabbi of Hungary are located. There are some reminders here of the tragedies of 1944-1945. High on the wall of a building at the corner of Kertesz and Wesselenyi streets is a memorial plaque to "the victims of Fascism in the Ghetto," now hung round with some very weatherbeaten wreaths. There was relatively little evidence of war damage here, partly because the Allied bombers tried to avoid hitting this section.

In the courtyard of the synagogue are many graves of those who died in the ghetto during the siege when it was impossible to take corpses out to the usual cemeteries. I was taken through the museum that is connected with the synagogue, and in it is a special section devoted to the war period. There were photostatic copies of the anti-Semitic laws; the orders to wear the Star of David and a sample of the yellow arm-band with "Jude" stencilled on it; the special ration cards—Jews got less food than other citizens. There were pictures of Jewish women working as street-cleaners, of deportations in freight cars, of the death camps, of the death marches to the Austrian border, and of the ghetto after the liberation by the Russians ("the only one in all Europe that was liberated"), showing the streets full of corpses. Perhaps one can, therefore, accept without protest the pictures of the execution of Szalasi and of Endre "who was closely associated with Eichmann." Here, too, on a hall-tree hung a sample of the grey and white striped suit worn by those in the death camps, with a pair of very battered shoes beneath. I was shown a copy of a special book produced in July 1945 by the Hungarian Jewish community as a token of appreciation for Wallenberg's work. At the time it was intended that part of a new Jewish hospital was to be named for him.

Although this plan was never carried out, there is still a public reminder of Wallenberg's activities. Rather to my astonishment the street named for him at the end of the war still bears his name. It is only four blocks long, just north of Szent Istvan Korut (St. Stephen's Boulevard) in the midst of what was the International Ghetto. At one corner is a plaque which reads: "Raoul Wallenberg, Secretary of the Swedish Legation, with courage and determination helped the escape of thousands during the reign of the Arrow Cross. He disappeared during the siege of Budapest." Today these apartment buildings look the same as most in the central part of the city. At the ground level I noticed in the area a grocery, a dry cleaner's, a pharmacy, and small metal-working shops. There was for a time a statue erected to Wallenberg but it has been taken away. For a time it was later placed in the courtyard of a building, but, according to one informant, it has since been destroyed. Perhaps it is too much to expect it to have survived the cold war atmosphere, when so much anti-Russian sentiment was aroused in Western countries over Wallenberg's treatment.

Quite aside from his disappearance, Raoul Wallenberg would be deserving of a place among the great benefactors of the distressed. Some measure of this was his nomination for the Nobel Prize by Dr. Albert Einstein, and the award, on the occasion of Gustav VI's seventieth birthday in November 1952, of the Swedish decoration Illis Quorum (Illis Quorum Meruere Labores), which can not be conferred posthumously. Perhaps the best recognition came from those he rescued; they numbered near the ten thousand mark. To many of them he was known as the Rescuing Angel; others have called him the Swedish Pimpernel.

I think one of the most moving reports I have read came from one of the Hungarian Jews he saved, a report which appeared in the Copenhagen newspaper *Information* on February 16, 1957, after Wallenberg's al-

leged death was announced by the Russians. This man told how he and a large number of Jews were taken to a railway station in Budapest on November 29, 1944, where they were informed they would be sent to a "better place." This they discovered was one of the most notorious of the Nazi concentration camps—Mauthausen. "We were all clear," he said, "as to what lay before us. But even so we all had a little hope and belief in a miracle. We all tried by all conceivable means to make the time pass . . . and a miracle happened. Shortly before seven o'clock a car drove in the station yard, and out sprang Raoul Wallenberg. We had all heard of him before—he was the man who everyone said had the power of life or death for a Jew. . . . Wallenberg at once got into conversation with the German S.S. officer. . . . We could not understand what Wallenberg said to the German but we could understand that he was not handling him with gloves. It was at first a friendly, smiling discussion, but later his tone became hard and menacing. The German would not give way. He insisted that the people who were already in the train must remain, but those on the platform who had protective passports could go to the Swedish building." Wallenberg then offered to secure a full list of all those who had received protective passports, thereby hoping to gain time. In the end on this mission he freed some three hundred, but was unable to do anything for those already on the train. The German gave a promise that any deportees who were proved to have protective passports would be returned. As this Hungarian said, "They never came back."

The man went on to describe how on January 10 Wallenberg again appeared in his life, this time with a truck of food for the residents of the Swedish houses. "Even though the situation was more chaotic than ever, Wallenberg had not forgotten the people he had risked his own life to free." He ended his interview with these words: "Wallenberg will never be forgotten by the Jews. How can one forget a man who by his conduct was more good than mankind?"

AUGUST NIGHT

Mist slants across the darkened river while
my songs hover still on the summer night;
displayed against a mandragora sky
a flight of herons dips in fading light.
Heat-lightning flickers and dark sighing wind
invades the mist, assaults the breathing hush—
an army of fantastic shadow-spears
prods the river and makes a silver rush,
a feint of rain . . .
The matter of my songs
is challenged by a singing in the blood
which answers to the thunder's counter-bass
and water falling in a liquid wood.
The mute address of eyes too wet for tears
moves more for all of this than for my words
and rain makes my night songs that hover still
less than the dipping flight of gentle birds.

J. G. ROBERTS

ROYAL
SWEDISH EMBASSY

Tel Aviv, May 16, 1967

Mr. S. Adler-Rudel
c/o Leo Baeck Institute
33, Bustanay Street
J e r u s a l e m.

Dear Sir,

Through Mr. Norbert Masur, Consul General of Sweden, I have received your "Chronicle of Rescue Efforts" of Jews to Sweden during the second world war, for which I want to express the Embassy's gratitude.

Yours faithfully,

Carl-Erhard Lindahl

Carl-Erhard Lindahl
Chargé d'Affaires a.i.

John Henry Richter
1436 East Park Place
Ann Arbor, Michigan
48104, U.S.A.

May 17, 1967

Mr. S. Adler-Rudel
President,
Leo-Baeck Institute
33 Bustanai Street
Jerusalem, Israel

Dear Mr. Adler-Rudel:

I have just received the 11th LBI Yearbook and read, with great interest, your fine contribution about your rescue efforts in Sweden, and the references therein to Raoul Wallenberg.

The wonderful efforts and the tragic fate of this alumnus of the University of Michigan was described in very great detail by Professor Marion C. Siney in 1964, as the enclosed copy will show. I happen to come upon the article by the merest of chance, as it is nowhere indexed and really a shame to think that it was rather well buried, and for good. After I found the story, I wrote to Prof. Siney and suggested that she contact LBI in New York. At the same time, I sent a copy of the article to the Institute.

I should think that it will be of interest to you, too, and since you made no reference to the article (and probably would not have in any case) it is very likely unknown to you. Please accept it as a very small contribution to the Jerusalem collection of the Institute, where those familiar with the tragedy of Wallenberg will have a chance to see it. Frankly, the Michigan Quarterly Review, a quality periodical open primarily to faculty members for their short papers, would have been about the last place I would have looked for an article of this kind, which I think can only be added to by a forthright statement (from sources inaccessible to us) concerning the death of this wonderful man.

Remaining,

Most sincerely yours,

John Henry Richter

John Henry Richter

SOKOLOW HOUSE, 26, BEN-MAIMON AVE., JERUSALEM
סוקולוב בית, 26 בן-מימון שד', ירושלים

ד"ר נחום סוקולוב
ז"ל

ירושלים, ט"ו באייר תרצ"ח
15 במאי 1938

גברתי היקרה,

בשובי מלונדון לארץ מצאתי את מכתבך מיום 2 במאי, ואני ממהר להודיעך כי אני מוכן לקבל את הנשיאות של ועד הכבוד של "אגודת הסופרים העברים בארץ ישראל", אשר הקמתה הוחלטה בישיבת הועד הפועל של הסתדרות העתונאים העברים בארץ ישראל, שנתקיימה ביום ד' האחרון.

בכבוד רב,

נחום סוקולוב

F 125

London

1. Juni 1967

Herrn Emil Glück
Faltveterinär Artill.g. 23
Stockholm

Lieber Emil Glueck,

ich hoffe, daß Du den Sonderdruck meines Artikels betreffs meiner Verhandlungen in Schweden erhalten hast. Ich sende Dir anbei ein weiteres Exemplar mit der Bitte, diesen zusammen mit dem Begleitbrief an den früheren Minister für soziale Angelegenheiten, Gustav Moeller, dessen Adresse ich hier nicht ermitteln konnte, weiterzuleiten. Ich wäre Dir sehr dankbar, wenn Du dieses tun könntest.

Ich hoffe, daß Du und die Deinen sich guter Gesundheit erfreuen und bin

Mit besten Grüßen, wie immer

Euer

S. Adler-Rudel

129

F

London 1. Juni 1967

Herrn Gustav Moeller
Stockholm

Sehr verehrter Genosse Moeller,

Ich hoffe, daß Sie sich noch an unsere Besprechungen, die in Stockholm in den Jahren 1943 und 1944 stattfanden, erinnern. Das Ergebnis dieser Besprechungen war leider negativ, aber die Tatsache der menschlichen Bereitschaft, die in der Haltung der schwedischen Regierung und insbesondere in Ihrer persönlichen Bereitschaft zum Ausdruck kam, darf in der tragischen Geschichte der Vernichtung von Millionen jüdischer Menschen nicht fehlen. Ich habe versucht, den Verlauf unserer Verhandlungen festzuhalten und sende Ihnen mit gleicher Post einen Sonderdruck meines, in Band XI des Year Book of the Leo Baeck Institute erschienenen Aufsatzes zur freundlichen Kenntnisnahme.

Ich hoffe, daß es Ihnen gesundheit gut geht und begrüße Sie auf das herzlichste.

Mit besten Wünschen
Ihr sehr ergebener

S. Adler-Rudel

F
124

London 1. Juni 1967

Herrn Gustav Moeller
Stockholm

Sehr verehrter Genosse Moeller,

ich hoffe, daß Sie sich noch an unsere Besprechungen, die in Stockholm in den Jahren 1943 und 1944 stattfanden, erinnern. Das Ergebnis dieser Besprechungen war leider negativ, aber die Tatsache der menschlichen Bereitschaft, die in der Haltung der schwedischen Regierung und insbesondere in Ihrer persönlichen Bereitschaft zum Ausdruck kam, darf in der tragischen Geschichte der Vernichtung von Millionen jüdischer Menschen nicht fehlen. Ich habe versucht, den Verlauf unserer Verhandlungen festzuhalten und sende Ihnen mit gleicher Post einen Sonderdruck meines, in Band XI des Year Book of the Leo Baeck Institute erschienenen Aufsatzes zur freundlichen Kenntnisnahme.

Ich hoffe, daß es Ihnen gesundheit gut geht und begrüße Sie auf das herzlichste.

Mit besten Wünschen
Ihr sehr ergebener

S. Adler-Rudel

London 23. Juni 1967

Herrn Norbert Masur
96 Haeshel Street
Herzlia-Pituach

Lieber Norbert Masur,

infolge meiner Abwesenheit von Israel komme ich erst heute dazu, Ihnen den Empfang Ihrer Briefe vom 11. und 16. Mai zu bestätigen und Ihnen für Ihre freundlichen Worte zu danken. Die Beanstandungen, die ich hier in London nicht genau prüfen kann, berühren schließlich nur wenige und nicht sehr wesentliche Punkte. Worauf es mir beim Schreiben dieser Arbeit ankam, war der Eindruck, den ein Leser wie Sie empfand. Hinzu kam noch, daß ich es nach dem Erscheinen der diplomatischen Korrespondenz des State Departments für notwendig hielt, die Haltung der schwedischen Regierung in dieser Angelegenheit festzustellen.

Ich hoffe, Mitte Juli wieder in Jerusalem zu sein. Vielleicht unterhalten wir uns dann über die Angelegenheit.

Mit besten Grüßen
Ihr

S. Adler-Rudel

23. Juni 1967

Herrn Norbert Masur
96 Haoshel Street
Herzlia-Pituach

Lieber Norbert Masur,

infolge meiner Abwesenheit von Israel komme ich erst heute dazu, Ihnen den Empfang Ihrer Briefe vom 11. und 16. Mai zu bestätigen und Ihnen für Ihre freundlichen Worte zu danken. Die Beanstandungen, die ich hier in London nicht genau prüfen kann, berühren schließlich nur wenige und nicht sehr wesentliche Punkte. Worauf es mir beim Schreiben dieser Arbeit ankam, war der Eindruck, den ein Leser wie Sie empfand. Hinzu kam noch, daß ich es nach dem Erscheinen der diplomatischen Korrespondenz des State Departments für notwendig hielt, die Haltung der schwedischen Regierung in dieser Angelegenheit festzustellen.

Ich hoffe, Mitte Juli wieder in Jerusalem zu sein. Vielleicht unterhalten wir uns dann über die Angelegenheit.

Mit besten Grüßen
Ihr

S. Adler-Rudel

31. Juli 1967

Herrn Norbert Masur,
Consul General of Sweden ,
P.O.B. 1013 ,
Tel Aviv .

Lieber Norbert Masur ,

Ich bin seit einigen Tagen wieder in Jerusalem und benutzte die erste Gelegenheit, um nach dem von Ihnen erwaehnten Material betreffs der sued - amerikanischen Paesse zu suchen. Leider habe ich hierueber nichts gefunden. Auch erinnere ich mich nicht, von Professor Brodetsky irgendetwas hierueber gehoert zu haben. Hingegen ist mir bekannt, dass der in Genf verstorbene Mitarbeiter des World Jewish Congress, Dr. Abraham Silberschein, sich verschiedentlich mit Erfolg darum bemuehte, suedamerikanische Paesse fuer Lagerinsassen zu beschaffen. Ob diese Paesse zur Rettung der Empfaenger beigetragen haben, ist mir leider nicht bekannt.

Sobald ich etwas Zeit habe und nach Tel Aviv kommen kann, melde ich mich bei Ihnen.

Mit besten Gruessen fuer Ihre Frau und Sie

Ihr

S.Adler-Rudel

AR/G

August 7, 1967 .

Mr. John Henry Richter
1436 East Park Place
Ann Arbor, Michigan
48104.

Dear Mr. Richter ,

Due to my prolonged absence from Israel, it is only today possible for me to thank you for your very kind letter of May 17 and to confirm the receipt of Professor Siney's article about Raoul Wallenberg. I appreciated that you took the trouble to draw my attention to this excellent essay which without your help I would never have seen. I am only sorry that I didn't mention it in my article but I will try to register it in one of the next issues of the Leo Baeck Bulletins.

Thank you again for your kindness,

I am truly
yours

S.Adler-Rudel

AR/G

17. September 1967

Herrn Dr. Robert Weltsch ,
London .

Lieber Weltsch ,

Zu Ihrem Brief vom 11. September* waere ich Ihnen dankbar, wenn Sie mich wissen liessen, ob Sie meiner Bitte entsprechend, an Burg und Unna direkt ge - schrieben haben, denn ich moechte bei den Herren den Eindruck vermeiden, ihre Anregungen nicht beachtet zu haben.

Betreffs Evian bin ich noch immer mit der Materialsammlung und Sichtung von Dokumenten beschaeftigt. Ich hoffe Ihnen bis gegen Mitte Oktober eine unge- faehre Synopsis des Artikels geben zu koennen.

In Sachen Neuendorf hatte ich Ihnen seinerzeit nicht geschrieben. Nun da Sie in New York sein werden, ist dies vielleicht eine gute Gelegenheit Kreutzberger zu fragen, was in der Sache geschehen soll. Mit anderen Aufträgen moechte ich Sie nicht belasten, da ich annehme, dass Kreutzberger mit seiner Uebersiedlung so sehr beschaeftigt ist, dass er kaum zu erreichen sein wird.

Meine Veraergerung ueber die Bezeichnung "Millionaers-Konferenz" richtet sich nicht gegen die Millionaere, die an dieser teilnahmen, sondern vielmehr gegen die geschmacklose Protzerei der juedischen Presse mit den Millionaeren.

Zu unserer Korrespondenz in Sachen Historiker-Konferenz (Schoeps !) sende ich Ihnan anbei Abschrift einer Notiz aus der "Times" vom 20.4., die auch allgemein wissenschaftlich keine Empfehlung fuer Herrn Prof. Schoeps ist.

Irene und Ihnen jetzt schon alles Gute zum Neuen Jahr wuenschend, bin ich

wie immer Ihr

S.Adler-Rudel

AR/G

* siehe File 123

17.November 1967

Frau
Miriam Kubovi,
26, Maimon Ave.,
Jerusalem.

Liebe Frau Kubovi,

bezugnehmend auf Ihre freundlichen Zeilen vom 5.ds. und auf unser Telefongespraech von heute sende ich Ihnen anbei:

I. Abschrift eines cable vom 30.3.1943, gezeichnet Kubowitzki Tartakower, betr. der Benutzung schwedischer Schiffe fuer Refugees. Die Verhandlungen, die ich darueber fuehrte, hatten kein Ergebnis gebracht,

II. Abschrift meines cable vom 3.12.1944 an Kubowitzki. Ich besitze den Brief vom 17.Oktober nicht und weiss nichts ueber die Details, um die es sich dort handelt. Zur Frage der Paketsendung und ihrer Finanzierung duerfte in den Berichten von Storch wichtiges Material enthalten sein,

III. Abschrift meiner Notiz vom 22.1.1945 an Kubowitzki, die im wesentlichen Grundlage und Ergaenzung fuer meinen Artikel (A Chronicle of Rescue Efforts) bildet.

So viel fuer heute. Sollte ich weiteres Material finden, werde ich es Sie wissen lassen.

Mit freundlichen Gruessen
Ihr

S. Adler-Rudel

AR/Z
F.124

Volume XXII No. 9 September, 1967

AJR INFORMATION

ISSUED BY THE

ASSOCIATION OF JEWISH REFUGEES IN GREAT BRITAIN

Werner Rosenstock

TOPICAL HISTORY

New Year Book of Leo Baeck Institute

In these days, when Jews all over the world are anxiously following up the aftermath of the military victory in Israel it may, at first sight, seem inappropriate to dedicate the front page of this journal to the appraisal of a book, the contents of which appear to relate mainly to events of the past. Yet, under a wider aspect, the questions dealt with in the recently published Year Book XI of the Leo Baeck Institute* are of utmost topicality.

The centre piece of the work consists of four articles which, based on a wealth of so far unknown material, assess the position of the Jews in Germany during the first seven decades after their formal emancipation. Jacob Toury defines the origin and use of the term "Jewish Question" ("Judenfrage"), Herbert Strauss deals with Prussian Policies towards the Jews between 1815 and 1847, Michael Meyer gives a thorough report about the Debate on Antisemitism, initiated by Treitschke's famous article, and Jacob Katz singles out a minor, but none the less typical issue, namely the fight of a group of German Jews for their admission to Masonic Lodges.

What have all these questions of the past century to do with current problems, especially as the Jewish community to which they refer no longer exists? Definitely much more than one would assume. *Mutatis mutandis*, the relationship between Jews and their environment entails the same kind of problems in the Jewish diaspora of today as it did in Germany up to 1933, even if we allow for the fact that in Germany the position was aggravated by strong antisemitic and nationalistic trends. It is only now that Jews in the United States and Britain have reached the same degree of integration which Jews in Germany had achieved in the middle of the nineteenth century, when the second generation of emancipated Jews came to the fore. As long as most Jews in the Anglo-Saxon countries were immigrants or children of immigrants, they were identifiable as Jews, and their contacts with the non-Jewish environment were limited. But now they have divested themselves of their "foreign" characteristics and take a full share in the political and cultural life of their countries of birth and residence.

We are reminded of these changes when we read in the Year Book that in 1842 roughly 15 per cent of all the physicians in Prussia were Jews, whereas only 1.3 per cent of the population were Jewish (Toury, page 94). Similarly, according to Meyer (page 138), Jewish parents provided their children with the best possible education, sending a highly disproportionate number to the gymnasia and universities. The tension engendered by this upgrade movement creates what we may call the "Jewish Question" of the post-emancipation period. If it has not resulted in the same antagonism which we had to experience in Germany it is partly due to the fact that the conception of the state is less exclusive in the open society of the West. "As long a the Jews persist in maintaining a separate identity from the German one, their mounting influence must endanger cultural unity", Treitschke argued (Meyer, page 145). It was against this "monistic" approach that Moritz Lazarus, in his reply, set the idea of a religious and cultural pluralism (page 147). Jews in the diaspora, who for whatever reasons want to retain their identity as Jews, stand and fal by the acceptance of this conception.

It would, therefore, be a paradox if Jews in Israel reverted to the narrow state conception which shaped the history of Germany in the past centuries—to the detriment of her Jewish minority. And yet, there is hardly any modern state, in which religious and secular legislation are as closely interwoven as in Israel and in which the old dictum of *cuius regio eius religio* plays such a great part in daily life. As the community for which *AJR Information* has been established includes people of all shades of religious opinion, it would be inappropriate to take sides in the controversy on this problem. The matter is anyhow more complicated in Israel than it has been in Christian Europe since the Reformation, because Judaism has always been considered as an integral part, or even as the actual *raison d'être* of the Jewish people as an ethnic entity. Furthermore, non-observant Jews and many agnostics who stayed within the fold also identify themselves with the ethical postulates handed down to them through the generations as their heritage from Mount Sinai. They too would not like to see Israel developing into a nation like any other nation.

The acceptance of a pluralistic society in Israel would have its bearing not only on the position of the non-observant Jews, but also on that of her Arab citizens. In assessing the numerical size of this problem, we have to take into account that the Arabs not only represent 11 per cent of Israel's present population, but that they have a share of 25 per cent in the total birth-rate of the country. The idea of an exclusively Jewish State would, therefore, not only run against the modern conception from which Jews benefit in the diaspora but, in view of the steady proportional increase of the Arab section, would ultimately also become unrealistic.

There is another topical aspect of which we are made aware when studying the stimulating articles of the Year Book. The reluctance of the German majority population to grant full legal emancipation to the Jews and to extend this legal emancipation to the social sphere was also due to the different background of the German majority and the Jewish minority. The fact that the "emancipated" Jews of the first and second generation were children and grandchildren of Yiddish-speaking Ghetto Jews may have had little bearing on their own feelings, but the subtleties of their "alien" origin were still very well realised by their Gentile counterparts. This may explain the reluctance to admit them to voluntary societies such as the Freemasons, a situation which, as Robert Weltsch reminds us in his Introduction to the Year Book, resembles that of the current struggle for admission to golf clubs.

Perhaps we understand these emotional subtleties better if, from the other side of the fence, we test our attitude to the "coloured" minorities. Fortunately, only few Jews have been led to believe that the emergence of a much more easily detectable "underdog" has relieved them of their own precarious situation as a minority. In fact, our own antecedents make it easier for us to understand the hopes and claims of the coloured people. Yet if we are honest with ourselves, most of us must admit that in our approach to them we, like the rest of the "white" majority, are also conditioned by emotional undertones. It is of no importance whether this results in a certain critical distance or whether, similar to well-meaning "philosemites", we overlook their individual shortcomings. It will be a long time before our attitude to them is free of self-consciousness.

All these questions come to mind when we read about the group tensions between Jews and non-Jews in last century's Germany. Dealing with the anti-Jewish version of the "Judenfrage" in Germany, Toury states that many Jews were loath to accept the validity of any group-characteristics, and he contrasts this position with that in Anglo-Saxon countries, "where the existence of a Jewish group-character was neither vigorously denied by the Jews, nor viciously attacked by significant parts of the non-Jewish citizens" (page 105). The term "Judenfrage", Toury writes, appeared in German literature for the first time in 1842, when at least five essays and pamphlets against Jewish equality carried this catchword in their titles. These publications were followed by further anti-Jewish and apologetic Jewish works on the subject, including Socialist evaluations such as Karl Marx's essay "Zur Judenfrage".

In his article on Prussian policy towards the Jews, Herbert Strauss conveys a tremendous amount of source material, especially on the lower administrative level. There were investigations on Jewish criminality, and there were ordinances concerning such problems as how to address a naturalised Jew in official documents, which names were to be considered

Continued on page 2, column 1

* Year Book of the Leo Baeck Institute. Edited by Robert Weltsch. East and West Library, London, 1966. 407 pp., 21 illustrations. £2 7s. 6d. For members of the Society of Friends of the Leo Baeck Institute free of charge.

TOPICAL HISTORY

Continued from page 1

as Christian first names and therefore forbidden to Jews, and whether the rabbis' garb resembled too closely the vestment of a Protestant pastor. All this, let it be said, was several decades after the formal Emancipation Edict of 1812. We also learn that at least up to the end of the nineteenth century the Prussian Ministry of Justice kept records of Jewish lawyers, Referendare, etc., in order to ensure that their number should not increase unduly. In his concluding remarks Strauss stresses that emancipation was bound to be linked with the relinquishment of the Ghetto way of life and the adaptation to the life of the environment.

The third of the three "political" assessments of the Jewish position in last century's Germany, Michael Meyer's essay about the Great Debate on Antisemitism, *inter alia* deals with the paradox that liberal papers, like the *Berliner Tageblatt*, were branded as "Jewish" papers because many of their editors were Jews, but that these editors advisedly refrained from raising any Jewish issues in their columns. Some antagonists of the Jews approached the problem from the racial angle as early as 1879 (e.g., Wilhelm Marr), whereas others (e.g., Stoecker) regarded it as a religious issue and aimed at the conversion of the Jews to Christianity. The anti-Jewish campaign initiated by Stoecker and Marr was put on a higher level by Treitschke's analysis of the situation and the response it evoked among liberal and Jewish personalities of academic standing. On the Jewish side, the problem was not only dealt with in publications by Professors Moritz Lazarus, Harry Bresslau, Hermann Cohen and Heinrich Graetz, but also taken up on a broader platform. In December 1880, an assembly of 600 prominent Jews was held at the initiative of Moritz Lazarus, which condemned both the attempt to make the Jewish community as a whole responsible for the misdeeds of single individuals and to regard the Jews as a separate national entity.

The Year Book also carries two profiles of Moritz Guedemann (born Hildesheim 1835), who was Rabbi (and later Chief Rabbi) of Vienna from 1866 until his death in 1918. The first of the two articles, by Ismar Schorsch, assesses Guedemann's achievements as an historian and apologist, the other, by Josef Fraenkel, deals with his relationship to Theodor Herzl and his opposition to Zionism. German Jews of earlier generations are brought to life by Nathan Rotenstreich's essay on Mendelssohn's political philosophy; by the correspondence (edited by Albert Friedlander) between Immanuel Wolf-Wohlwill (later Director of the Jacobson-Schule in Seesen) and Moses Moser, two leading members of the short lived "Verein fuer Cultur und Wissenschaft der Juden" which also included Heine among its members; and by the correspondence between the bibliographer, Moritz Steinschneider, and the Chief Librarian of the Bodleian Library in Oxford, the Reverend Dr. B. Bandinel, edited and introduced by Arnold Paucker. As the result of family research, Walter Schwarz deals with the Jewish *privilegium odiosum* of the compulsory purchase of porcelain ("Judenporzellan") under Frederick the Great.

For a variety of reasons, the interest in the history of the Jews in Germany is also widespread in post-war Germany. This becomes evident in the great number of contemporary German publications, dedicated to the history of the Jews in various cities and regions, as surveyed by E. G. Lowenthal.

The tenth anniversary of the death of Leo Baeck, whose name is linked with that of the Institute, is commemorated by Hans Liebeschuetz in an essay about Leo Baeck's Historical Position. "The image of German Jewry in its final phase since 1900 would not be the same without him", Liebeschuetz writes, and he assesses Baeck's theological conception and its appliance both to the relationship between Judaism and the various denominations of Christianity and to the political position of Jewry in a non-Jewish environment.

Fortunately, the Leo Baeck Institute has extended the subject of its research beyond the year 1933, because otherwise events to which we ourselves were witnesses might fall into oblivion or become subjected to distortion. Under this aspect, the recollections by S. Adler-Rudel (now Director of the Jerusalem Branch of the L.B.I. and prior to his aliya Executive Member of the AJR) are of greatest documentary importance. They deal with his missions to neutral Sweden, undertaken in the middle of the war. The object of the first mission in 1943 was to explore ways for the rescue of Jews in Germany and the occupied countries. He succeeded in obtaining the consent of the Swedish Government to admit 20,000 children, subject to certain undertakings by the U.S.A. and British Governments. Yet ultimately the scheme did not materialise due to "an inert and indifferent bureaucracy". On his second mission (September 1944), Adler-Rudel drew the attention of the quarters concerned to the danger that the prisoners of the Theresienstadt camp might be exterminated unless the advancing Russian forces liberated the camp in a surprise action. Later witnesses confirm that there had been plans to kill the inmates and that, had the Russians arrived later, the 13,000 Jewish camp prisoners of Czech, Austrian, German and Dutch nationality would have perished in the same manner as their fellow Jews.

In his Introduction, Robert Weltsch, to whose editorship we owe the organic design and high level of the Year Books, writes that "German-speaking Jewry has fulfilled an historical role on the way to what is called—in an affirmative sense—Jewish modernity". In the light of the opening remarks of this review we may add that the history of the Jews in Germany also has some bearing on the general minority problems of our times as well as on the shape of the State of Israel, where, for the first time in 1,900 years, Jews have attained the status of a majority population. Under these aspects, the study of the latest Year Book or, for that purpose, of the entire production of the Leo Baeck Institute, is particularly rewarding. At the same time, it makes us aware of the roots from which we have grown.

A review of a symposium like the Year Book of the L.B.I. can never do justice to the wealth of thought and material which each of its essays presents. Yet if it induces readers to see for themselves, it has served its purpose.

BECHSTEIN STEINWAY BLUTHNER
Finest selection reconditioned PIANOS.
Part exchange. Deferred terms.
JAQUES SAMUEL PIANOS LTD.
2 Park West Place, Marble Arch, W.2
Tel.: PAD. 8818/9
AUTHORISED BECHSTEIN DEALERS

THERESIENSTADT

A document found by the Theresienstadt National Memorial Organisation, a Czechoslovak State scientific institution established by law, proves that there was a resistance movement of Jewish prisoners called "Maffia" at Theresienstadt concentration camp. It was founded in 1942 to disrupt the production of war materials made in the camp and delay their delivery.

The "Maffia" also made plans to attack the concentration camp headquarters in an emergency, and it established communications with people outside the camp. Most of its members were former officers and men of the Czechoslovak Army, and all its leaders were later executed at Auschwitz.

A meeting in memory of the Theresienstadt victims, among whom were 35,400 Jews, was organised by the National Memorial Organisation, county and town committees and other organisations. Rabbi Dr. Richard Feder, Chief Rabbi of Czechoslovakia and the chairman of the Anti-Fascist Union, officiated at a ceremony on the banks of the River Eger, where the Nazis had scattered on the water the ashes of about 22,000 prisoners.

In the Theresienstadt town hall the Town Council and cultural organisations opened an exhibition of books and compositions dealing with the concentration camp. German schoolchildren from the town of Bischofswerda, which has a friendship pact with Theresienstadt, recited a poem, "Children Paint in the Ghetto".

FRANZ STANGL

Franz Stangl is in Germany awaiting trial later this year, after his extradition from Brazil in June. The Polish Government is pressing to be allowed to try Stangl, but their attempts will be unsuccessful since it was a Brazilian condition of returning Stangl to Germany that, after a prison sentence, he should be sent to his country of origin, Austria.

The Poles had been seeking Stangl since 1945 and blame him for the deaths of 1,500,000 Jews, Poles, Belgians, Austrians, Yugoslavs and Russians. Janus Korczak, the Polish-Jewish writer, doctor and educationalist, perished in Treblinka, commanded by S.S. Hauptsturmfuehrer Franz Paul Stangl, when he refused to let 200 Jewish orphans die without him. Korczak wrote more than 20 books for adults and children, described in Poland today as "a valuable and completely new page in Polish literature".

Stangl has, during his interrogations, admitted that Martin Bormann, Hitler's deputy, is still alive. As a result of Stangl's statements the West German Government has officially asked the Brazilian authorities to arrest and extradite Bormann, officially declared dead in 1954.

Awaiting trial and still being interrogated, there are indications that Stangl is talking about prominent Nazis other than Bormann. It is known that Richard Glücks, responsible for all concentration camp conditions and previously believed to have committed suicide in 1945, is still alive. Like Josef Mengele, the "doctor of Auschwitz", he is in South America, where groups of Nazis, including many prominent ones, have settled.

NEO-NAZI PAPER

A Munich court has ruled that an issue of the extreme Right-wing weekly *Deutsche National Zeitung*, published minus a front-page picture of Adolf Hitler, cannot be banned.

Police seized 100,000 copies of an issue with Hitler's photograph illustrating an anti-Israel story. A new issue without the photo was immediately published. The paper's business manager said that the dropping of the picture was the only difference between the two issues.

124

אלכסנדרה קולונטאי

פשר למצוא דמיון בין טבעו של משטר לבין טבעו של יחיד. כך רואים אנו, כי משהגיע המשטר הסובייטי לגיל החמישים — הוא לא רק חגג את יובלו ברוב פאר וגאווה אלא גם עודד את העיסוק בזכרונות ילדות ונעורים. החברה הסובייטית המאורגנת מגלה עתה תופעה מוכרה מחייו של אדם כאשר שערותיו מכסיפות: יותר מקודם היא מעלעלת באלבומים ישנים.

רבים ה„אלבומים" האלה, ספוגי רומאנטיקה ומעוררי נוסטאלגיה. בין היתר הופנו זרקורים אל שחר־ימיה של הדיפלומאטיה הסובייטית. אין ספק, קטע־זכרונות זה נועד להרוות נחת־של־הווה את הקוראים או הצופים בתיאטרון ובקולנוע, אשר ימחישו לעצמם את הקפיצה של מדינתם מבידוד בזירה הבינלאומית למעמד של מעצמת־על: כאשר ההשפעה, הנוכחות או השליטה הסובייטית חובקות מלוא כדור־הארץ — די נעים להיזכר בזמנים שראשוני־הדיפלומאטים הסובייטים לחמו על עצם ההכרה בברית־המועצות ועל מקומה ב„קונצרט־האומות".

חולצה - ופראק

אחד התסריטים המוקדש לנושא זה נושא רומאנטי אופייני: „גימנאסטיורקה (בלצת־גימנזיסטים) — ופראק". בראש הראשונה מסופר בו על קומיסאר־החוץ הראשון גיאורגי צ'יצ'רין. אופייניות לימים הנוכחיים היא אולי גם העובדה שבצד השבחים לכשרונותיו ופעולותיו הדיפלומאטיים של צ'יצ'רין, ניתן בתסריט מקום נרחב לצדדים לא־פוליטיים של אישיותו — ובמיוחד לאהבתו ולעיסוקיו המוסיקליים: בגימנאסטיורקה או בפראק — ממוצארט לא נפרד עד סוף ימיו...

יהיה זה, כנראה, סרט באורך מלא, שילווה בצלילי מוצארט. ובעוד ממתינים להפקתו יכולים האורחים הסובייטיים לצפות בסרטים דוקומנטאריים אחרים הנוגעים לדיפלומאטיה הסובייטית. אחד מהם — „הזמן תמיד לצידנו" — עוסק בתולדות־חייה של „האשה־הדיפלומאט הראשונה בעולם": **אלכסנדרה קולונטאי**. הוא הופק בלנינגראד, על־פי תסריט של בוריס דוברודייב, ע"י מנהל אולפנים לסרטים תיעודיים וחינוכיים — סמיון ארנוביץ, אחד מן היהודים המרובים־יחסית בייצור הקולנועי הסובייטי.

אלכסנדרה קולונטאי היא אשה בעלת ביוגראפיה ססגונית ומרתקת. בת של גנראל צארי, דומנטוביץ, אשר מהסאלונים של החברה הגבוהה והחוגים השליטים ברוסיה הישנה מצאה דרכה לתנועה המהפכנית. קולונטאי היה שם־המשפחה של בעלה־לשעבר. משנפרדו דרכיהן הפוליטיות יהחברתיות — נפרדו גם דרכיהן הפרטיות.

בת הגנרל והמלח

הסיפורים עליה בברית־המועצות מתארים את חייה בראשית המאה. ידועה היתה בליטוש חיצוני, במיטעני־תרבות, באלגאנציה בגינונים מהוקצעים. צעירים מבני־האצולה ביקשו קירבתה. אך בעוד נשקו ידה, כמנהג אריסטוקראטים, לא ידעו שהיא כבר היתה חברה של לנין ו„לחמה למען מפלגתו".

היה לה חלק במהפכת 1905. בשנת 1908 הוכרחה לעזוב את רוסיה. שנים עשתה בשווייץ, גרמניה ואנגליה. באמיגראציה כתבה חיבורה „חברה ואימהות", בהסתייעה בחומר שאספה בעיקר במוזיאון הבריטי. באנגליה פעלה בחוג המהגרים הרוסיים המהפכניים, שבו נתבלט מאקסים ליטבינוב. באירופה הכירה אישית את פלכאנוב, באבל, ליבקנכט ומנהיגים אחרים. עולמה הרוחני נתעשר ולהטה המהפכני עלה.

ב־1917, שנת המהפכה, נישאה אלכסנדרה קולונטאי למלח של הצי האדום פאבל דיבנקו. צעד הפגנתי של בת־הטובים, או — מי ידע נפש אשה? פאבל שלה היה בחור פשוט, אך בעל פיקחות וכשרונות עממיים — והעיקר: מסיר למהפכה מפקד נאמן של אחד „המשמרות האדומים". היא ביקרה את בית־הוריו — משפחת איכרים עניים — ובת־הגנראל (כך מסופר) חשה עצמה כמושרשת מטבעה בסביבה הזאת.

שחקנית א. סטפנובה, המגלמת במחזה „שגריר מיוחד" את קולונטאי

אלכסנדרה קולונטאי
„הנסיבות קטלו את האהבה"

כל הזכויות הללו מוטעמות היטב בסיפורי־הזכרונות וביצירות־לבמה על אלכסנדרה קולונטאי. עם זאת יש בהם לא מעט מה„קוסמטיקה", המבליטה פרטים מסויימים בעוד היא מטשטשת פרטים אחרים. דרך משל, כמעט לא ייזכר כי כאשר החלה מלחמת־העולם הראשונה עוד נמנתה עם המנשביקים. אמת, במהרה נעשתה לתומך נלהב של לנין והקוו שלו, אולם אחרי המהפכה שוב נתגלעו חילוקי־דעות בינה לבין המנהיג הנערץ.

שמאלה מלנין

מיד אחרי מהפכת־פברואר 1917 נמנתה קולונטאי עם „קבוצה שמאלנית" בקרב הבולשביקים. בניגוד לסטאלין וקאמינייב, שהטיפו לעמדה מרוככת כלפי השלטון הדמוקראטי החדש תוך „פיקוח דרוך" עליו (כיוון שכינון הדיקטאטורה הפרולטארית עדיין לא נראה להם כאפשרות לעתיד הקרוב) — היתה קולונטאי בין „דוחקי־הקץ". אופייני הדבר, שאל קולונטאי — והקבוצה השותפת־לדעותיה — שיגר לנין מברק משוויץ בסוף מארס 1917 ובו קבע את התכסיסים שצריכים לחייב את הבולשביקים: אי־אמון גמור בממשלה החדשה ושום תמיכה בה; שום התקרבות למפלגות אחרות. לנין טען, כי הערובה היחידה לתפיסת השלטון היא חימוש הפרולטאריון.

אולם אותה „שמאלנות", שקירבה את לנין וקולונטאי ערב המהפכה ועם לידתו של המשטר הסובייטי, גרמה במהרה גם קרע ביניהם. כאשר לנין חזר באפריל 1917 — דרך גרמניה — לפטריגראד, הלכה קולונטאי בהתלהבות אחריו ותמכה באיסורו על תמיכה כלשהי בממשלה הזמנית. דברי לנין קלעו ללהטה המהפכני: על הבולשביקים לא לפעול למען רפובליקה פארלמנטארית, כי־אם למען „רפובליקת־סובייטים של צירי פועלים, חיילים ואיכרים בכל הארץ", שתפקיע כל נכסי בעלי־האחוזות, תלאים כל הקרקעות, תחסל הצבא והמשטרה. אולם בעוד לנין

היה ראציונאליסטן מפוכח, הוסיפה קולונטאי „לחטוא" בנשה אמוציונאלית. שום אנו מוצאים אותה בקבוצה „שמאלנית" שכללה בולשביקים־מהפכנים ותיקים ותקפה את רעיון השלום (שאחר־כך נחתם בברסט־ליטובסק) כבגידה באידיאה הבינלאומית של הסוציאליזם. את חוזה־השלום המוצע, פרי שיקולים פראקטיים של לנין, ראתה קולונטאי כהקרבת הטוהר של הבולשביזם על מזבח של כדאיות.

הפעם, כאמור, היתה „שמאלנות" זאת פסולה בעיני לנין. אך מעניין הדבר, שאת הקטע הזה מתולדות־חייה של קולונטאי עוקפים כיום מצייריי־הדיוקן שלה ומחברי הזכרונות עליה. הביוגראפיה של ה„לייידי" הבולשביקית יוצאת „חלקה" מתחת ידיהם.

נביאת האהבה החפשית

מהפורטרטים השונים של קולונטאי המחה גם קוו אחר — והיעדרו ודאי מעיד על הלכי־הרוח הנוכחיים בצמרת השלטון הסובייטי. היא היתה מהראשונים אשר תבעו עלבונה של החירות במפלגה והתריעו על הגבלת הופש־הוויכוח. עוד בראשית שנות העשרים נמנתה עם אלה („האופוזיציה הפועלית") שטענו, כי הפרקטיקה של סתימת־הפה גורמת הידרדרותה של המפלגה ממפלגת־פרולטאריון לכת ביורוקראטית אנוכית. כדאי להזכיר, כי ב־1922 אף הועלתה הצעה להרחיק את קולונטאי מהמפלגה.

יצויין, כי בת הגנראל הצארי תרמה מהשראתה ולהטה ה„שמאלני" לעיצוב גישתו וחוקיו של המשטר הסובייטי הצעיר בעניני משפחה. יש שהעריכו את קולונטאי כ„נביאה" של „אהבה חפשית". היא ביטלה את ערך המשפחה כיחידה חברתית. הריאנטיזם שלה קסם, כנראה, לרבים וטובים בזמן שהבולשביקים נכונים היו להתיצר על כל סדרי־עולם ועד יסודות־חברה.

אמנם, לנין עצמו רחוק היה מאכסטראוואגאנציה בעניני נישואין והחיים המשפחתיים שלו יכלו לשמש דוגמה לשיגרה „זעיר־בורגנית", אך בחוקות־המשפחה הסובייטית של 1918 ו־1926 ניכרו השפעות של „קולונטאיזם": נישואין וגירושין על־פי רישום פשוט, ביטול הבדלים ביולדים הוקיים לבלתי־חוקיים, ואף (לפי חוק 1926) ביטול הבדלים בין נישואים רשומים לבין נישואים־למעשה. ידוע, כי כעשור שנים מיעטות נעשתה המהפכה מיושבת בדעתה והחלה לקדש דפוסי־משפחה שמרניים. המשטר הסובייטי אף החמיר בהם. אולם אלה כבר לא היו זמנים שבהם יכלה נביאת־האהבה־החפשית להתיר לעצמה מלחמה למען דעותיה הרדיקאליות.

פעלתנות ובדידות

אמרנו, כי הביוגראפיה של אלכסנדרת קולונטאי יוצאת „חלקה" מתחת ידי הכותבים עליה. אך בכל־זאת ניכרים ברשימות עליה ובנסיונות האמנותיים לעצב דמותה גם סימנים של „המהלך החדש". שוב אין היא מצטיירת תמיד רק כאשת־פעלים מוצקת, רק כסמל של שירות מופתי לעם ולמפלגה. פה ושם מיטיבת תשומת־הלב גם לאשה — פשוטה רמש־מעה — שמאחורי העסקנית. אמנם, חוזרים ומשננים באזני הקוראים יהצופים כי המפלגה והמדינה מילאו את כל חייה. אך שוב אין האפלה מוחלטת על אי־אלו פינות פרטיות־אינטימיות מישותה.

כך מסופר על הפונקציונארית בת־העוצמה, כי היא סבלה ושמרה בתוכה איזה סוד. נאמר, כי הגורל זימן לה „חיים גדולים", אך ככל אשה השתוקקה לבית משלה, למשפחה — ואלה לא הועניקו לה. עוד נאמר, כי הדיפלומאט־האשה הראשונה נתונה היתה כל שנותיה בפעלתנות, בחיי־חברה דינאמיים — ואף־על־פי־כן, מנת־חלקה היתה בדידות.

כאשר הקאריירה הדיפלומאטית של קולונטאי הגיעה לשיאה, בזמן מלחמת־העולם השניה, היתה כבר בת שבעים. אך מרצה וכושר־עבודתה שימשו יסוד לקנאתם של רבים. אולי השתיקה „סודה" במהומת העשייה? אולי דווקא במיניעים אינטנסיביים ובמסיבות דיפלומאטיות רעשניות טיבעה את בדידותה?

לאחר שובה ב־1945 משיריתה בשטוקהולם, חיתה אלכסנדרה קולונטאי במוסקבה שבע שנים. היא עסקה בכתיבה, שימשה יועצת למשרד־החוץ — וגם בשנים אלו נעשה ביתה מקום־ייעוד לסופרים, אמנים ועסקנים קומוניסטיים. שנמשכו לחן הליכותיה ושיחתה. אולם היו אלו גם שנים של חולשה וחולי. ראחד הימים — זמן לא רב לפני מותה במארס 1952 — כתבה לידידה איוואי מאיסקי (בזמנו סגן שר־החוץ הסובייטי): „לבי נעשה כשעון ישן הנע יותר מדי מהר או יותר־מדי לאט". אילי גילתה עוד משהו על לבה, בנוסף למיצוי הפיזי — ואפשר שאת „סודה" נטלה עמה לקבר...

חזרה אל הטרקלין

היתה אהבה הדדית ביניהם. אך נסיבות חייה ופעילותה של קולונטאי אחרי המהפכה גרמו לכך שהם היו בנפרד ואך לעתים רחוקות נפגשו. איך נאמר בעתון סובייטי על פרשה משפחתית זאת? — „הנסיבות קטלו את האהבה". אין אנו יודעים איך ערצבו חייו של בן־האיכרים פאבל. אך בת־הגנראל, שנטשה „סאלונים" ועשתה ימים ולילות בוועדי־מפלגה — חזרה במרוצת הימים ל„סאלונים", כאשר בתפקיד שגריר ייצגה את מדינת־המהפכה שלה במשך 22 שנה בנורבגיה, מכסיקו ושבדיה. את שירותיה בנורבגיה החלה בשעה

AR 7185 9/3

RW. ADD: ADLER-RUDEL; ECONOMIC + EMPLOYMENT STATUS GERMAN JEWS; ALSO re KINDER TRANSPORT c1920's – 1944

Robert W

B~~8~~/
12

B8f3

Material regarding the economic and employment status of German Jews, and measures to enhance their employability in the period of the 1920's & early 1930's (post WWI), incl. a pamphlet memorializing Eugene Caspary, a social worker, and reports by Adler-Rudel

~~Chalutzim~~

~~A~~ Confidential statistical analyses (May and July 1939) for the "Movement for the care of children from Germany, Ltd." in London.

Additional publications by, and concerning the Movement.

I n h a l t .

1). Berufsumschichtung und Kurzlehre.
(Jüd.Rundschau Nr.96,v.1.12.33.)

2). Berufsumschichtung als Ausweg?
(Jüd.Wohlfahrtspflege u.Sozialpolitik
Sept.-Okt.1933, Jahrg.4, Heft 3/4.)

3). 10 Jahre jüdische Berufsberatung.
(Jüd.Wohlfahrtspflege u.Sozialpolitik
Februar-März 1932, Jahrg.3,Heft 2-3.)

4). Wirtschaftssituation der deutschen Juden und Berufsprobleme der Jugend.
(Jüd.Wohlfahrtspflege u.Sozialpolitik)
Mai 1930,Jahrg.I,Heft 5.)

5). Aus der Praxis der Berufsumstellung.
(Gemeindeblatt,Oktober 1933,23.Jahrg.,Nr.10.)

6). Berufsumschichtung - Das Gebot der Stunde.
(Gemeindeblatt, Mai 1933, 23.Jahrg.,Nr.5.)

7). Schulentlassung und Berufswahl.
(Gemeindeblatt,Februar 1932, 22.Jahrg.,Nr.2.)

8.) Was werden unsere Kinder?
(Gemeindeblatt, 7. April 1934, 24. Jahrg., Nr. 14.)

9.) Zur Hechalütz - Tagung
(Gemeindeblatt, 17. Nov. 1934 / Nr. 42

10.) Fortsetzung über die jüdische Berufsumschichtung
(Der Orden Bne Brith, Großloge f. Deutschland)
Nr. 1/2, Jan./Febr. 35.

15 Jahre jüdischer Sozialpolitik.

Die Ereignisse der letzten 15 Jahre haben die jüdische Sozialarbeit in den Mittelpunkt unseres Lebens gestellt. Unübersehbar gross und kompliziert sind die Aufgaben, die ihr bei der Neugestaltung des jüdischen Lebens in Deutschland zugewiesen worden sind. Den Menschen, die heute Träger dieser Arbeit sind, fehlt es an Zeit und Besinnung, um das Werden dieser Arbeit in den letzten 15 Jahren in Ruhe überschauen zu können; vielleicht auch sind jene, die diese Entwicklung miterlebt haben, zu sehr befangen, um heute schon einen geschichtlichen Abriss dieser Zeit geben zu können.

Wenn das Jubiläum der Jüdischen Rundschau, die ihren Anteil an der Wandlung des Begriffes der jüdischen Sozialarbeit hat, dazu benutzt wird, um aufzuzeigen, wie das Wollen einer zionistischen Generation in soziale Tat umgesetzt worden ist, so kann dies nur eine ganz persönliche Darstellung der Entwicklung der Menschen sein, die hier mitgekämpft und mitgearbeitet haben an der Neugestaltung jüdisch-gesellschaftlicher Arbeit.

Die ersten Versuche einer jüdischen Sozialpolitik fallen mit dem Ende des Krieges oder vielmehr mit den letzten Kriegsjahren zusammen. Die Not der Kriegszeit erzwang soziale Massnahmen im Norden Berlins, die von keiner öffentlichen jüdischen Stelle getragen wurden, sondern dem Wollen eines Teiles der jüdischen Jugend entsprang. So entstand in Berlin, Dragonerstrasse 22 das J ü d i s c h e V o l k s h e i m , das der Versuch

einer

einer neuen Form jüdisch-sozialer Jugendarbeit als die praktische soziale Tat eines Teiles der nationaljüdischen Jugendbewegung war. Den armen ostjüdischen Kindern des Berliner Nordens sollte etwas Freude und Licht in die Trostlosigkeit ihres Daseins gebracht werden. Noch mehr als das: Kinder des jüdischen Bürgertums sollten aus ihrer Begegnung mit der jüdischen Armut einenneuen Antrieb für ihr Leben erhalten. So wurde das Volksheim zum Ausgangspunkt einer neuen jüdischen Generation.

Dies in Berlin. In Warschau, wohin während des Krieges jüdische Menschen, Zionisten aus Deutschland als Soldaten gekommen waren, wurde frühzeitig das Problem der Fürsorge für jene ostjüdischen Arbeiter erkannt, die im Auftrage der Obersten deutschen Heeresleitung nach Deutschland gebracht worden waren, um hier die Lücken, die den städtischen und den Heeresbetrieben durch die Anforderungen des Krieges in den Arbeiterbestand gerissen worden waren, auszufüllen.

Julius und Alfred Berger wurden die Initiatoren des Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands, jener ersten Zelle jüdischer Sozialpolitik in Deutschland, zunächst beschränkt auf die Fürsorge für die ostjüdischen Arbeiter, die während des Krieges hierher kamen,bald auch für die ostjüdischen Flüchtlinge, die vor den Schrecken des Bürgerkrieges, der Revolution und der Pogrome ihre Heimat zeitweilig verlassen mussten.

Aus den Reihen des Volksheimes kam ein Teil jener Menschen, die führend für das Arbeiterfürsorgeamt wurden. Die fruchtbaren Auseinandersetzungen im Volksheim wirkten sich hier im Rahmen einer grösseren Arbeit erst recht aus.

Fritz

Fritz Mordechai Kaufmann, aus einem anderen Bezirk des jüdischen Lebens kommend, den Kreisen des Volksheims nahestehend, übernahm die Leitung des Arbeiterfürsorgeamtes, wählte aus der jungen Generation seine Mitarbeiter. Es spricht viel für den guten Instinkt, den Kaufmann für Menschen hatte, dass fast alle, die er zur Mitarbeit heranzog, in der jüdisch-sozialen Arbeit den Beruf ihres Lebens fanden. Das Arbeiterfürsorgeamt, das geschaffen wurden, um den akuten Notständen d der Nachkriegszeit entgegen zu treten, hat im Laufe der Jahre manche Wandlung erfahren.

Protokoll

der Aussprache über Massnahmen zur Bekämpfung der

Erwerbslosigkeit jüdischer Arbeitnehmer

am 24. Februar 1930.

\- - -

Vorsitzender Herr Direktor Kareski:

Ich habe die Ehre, im Namen der Jüdischen Gemeinde unsere heutige Besprechung zu eröffnen und Ihnen vielmals zu danken, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind. Leider ist die Versammlung nicht ganz so zahlreich, wie erwartet worden ist, namentlich haben einige Herren in letzter Minute wegen dringender Geschäftsreisen absagen müssen. Aber trotz alledem sind wir noch in stattlicher Zahl hier zusammengekommen. Das zeigt uns, dass Sie die Bedeutung des Problems, das hier heute abend behandelt werden soll, doch wohl genügend gewürdigt haben. Es handelt sich in der Tat um eine Frage, die seit Monaten in immer steigendem Masse unsere Besorgnis wachgerufen hat. Wir haben es deshalb für notwendig gehalten, den heutigen Abend zu veranstalten, um Ihnen, die Sie wahrscheinlich ja auch schon, wenn auch in geringerem Masse als wir, diesen Dingen nahegetreten sind, die ganze Situation einmal vor Augen zu führen und Sie um Ihr Interesse und, soweit dies möglich ist, um Ihre Mitarbeit zu bitten, um den Gefahren unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation entgegentreten zu können. Ich darf insbesondere Herrn Professor Bernhard unseren ganz besonders herzlichen Dank dafür aussprechen, dass er sich mit der Hingabe an alle wichtigen Dinge, die wir ja an ihm kennen, in den Dienst unserer heutigen

Zusammenkunft gestellt hat. Wir wissen, welches Opfer er uns bei seiner starken Inanspruchnahme damit gebracht hat, und ich bin sicher, dass Sie alle dieses Opfer zu würdigen wissen. Unser herzlicher Dank ist ihm sicher. Ich hoffe, dass vor allen Dingen Ihr Dank durch eine möglichst wirkungsvolle Aktion in dem Sinne, wie wir sie uns vorstellen, gebracht wird.

Professor Dr. Georg Bernhard: So gern ich mich dazu bereit erklärt habe, Ihre Diskussion und Ihren Erfahrungsaustausch über diese Frage zu eröffnen, so sehr ich anerkenne, dass diese Frage von wirklich brennender Wichtigkeit ist, so bin ich mir doch auch darüber klar, dass es sich hier um eine Frage von ausserordentlicher Schwierigkeit sowohl hinsichtlich ihrer Würdigung als auch hinsichtlich der möglichen Abwehrmassnahmen handelt. Wir stehen vor der sehr eigentümlichen Tatsache, dass seit einer Reihe von Jahren das Judentum bedrängt wird in derjenigen Sphäre, die man ihm lange Zeit überhaupt als einzige Wirkungssphäre angewiesen hatte und von der ja die ganze deutsche Gegnerschaft behauptet, dass sie zum Wesenselement des Judentums und der Juden stets gehört hätte. Der Jude hat viele Jahrzehnte in Deutschland wirtschaftlich eigentlich nur unter den gleichen Schwierigkeiten gelebt wie seine deutschen Mitbürger. Er war selbstverständlich den Schwankungen der Wirtschaftskrisen unterworfen, es ging ihm gut bei guter Konjunktur und schlecht bei schlechter Konjunktur. Anders ist es tatsächlich seit den Zuspitzungen, die besondere Dinge im neuen Deutschland erfahren haben. Wir stehen vor der Tatsache, dass eine wirtschaftliche Boykottbewegung gegen die jüdischen Geschäftsinhaber auf dem Lande und in den Städten eingesetzt

hat seit dem Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung. Schon die völkische Bewegung als Vorläufer der nationalsozialistischen Bewegung hat ja insbesondere in Inflationszeiten, in den schwierigen wirtschaftlichen Monaten vor dem Ende der Inflationsperiode Sturm gelaufen gegen die jüdischen Geschäftsinhaber sowohl auf dem Lande wie in den Kleinstädten. Man hat dort versucht, wie der Jude es ja seit Jahrhunderten gewöhnt ist, die Schuld am wirtschaftlichen Ungemach der Zeit auf den Juden zu schieben, der Jude sei am Kriege schuld, er sei an der Inflation schuld. Immer sei der Jude in schwierigen Verhältnissen der Nutzniesser, das beweise ja das Anwachsen der jüdischen Geschäfte, deren Inhaber doch teilweise nur durch ihre Intelligenz in den besonderen Schwierigkeiten durchgehalten haben, wie wir wissen. Aber die antisemitische Bewegung setzte gegen die jüdischen Geschäftsinhaber ein, man hat sie aller möglichen Massnahmen beschuldigt und ihnen die Schwierigkeiten, die irgendwie im Wirtschaftsleben entstanden sind, wie immer in die Schuhe geschoben mit dem bestimmten, bequemen Klischee: der Jude ist an allem schuld. Wenn einmal in Frankreich nach der Beendigung des Krieges das Wort geprägt worden ist: Les boches payent tous, so kann man sagen, dass dieses Wort mit einer gewissen Umwandlung leider seit vielen Jahrhunderten für das Judentum tatsächlich so angewendet wird, dass der Jude an allem Ungemach schuld sei. Nun hat diese Bewegung, die ursprünglich aus einzelnen Flecken und Landstädten bekannt geworden ist, scharfe agressive Formen angenommen, sie hat übergegriffen auf die Städte. Dort hat sie eine etwas ande-

re Bedeutung. Sie hat etwas andere Ursachen oder, wenigstens äusserlich, etwas andere Ursachen als in kleinen Städten und Landflecken. Es kommt die Entwicklung der Warenhäuser, der Grosskaufhäuser hinzu, die vielfach den kleinen Mittelstand bedrohen. Aber es ist ganz gleich, ob von vornherein politische Verhetzung oder im Anschluss an bestimmte Wirtschaftskrisen Verärgerungen sich geltend machen, es läuft sogar auf dasselbe hinaus. Es geht um die Bedrohung des noch selbständig gebliebenen Geschäftsmannes. Dieser Benachteiligung des noch selbständigen Geschäftsmannes durch den Krisen- und Proletarisierungsprozess der Wirtschaftsnot der letzten Jahre ist das Judentum in einer etwas stärkeren Weise ausgesetzt als die übrigen Gesellschaftsklassen. Die Not der Rentner, die Enteignung des Rentnerstandes durch die Inflation und durch die ja nicht minder scharf sich geltend machenden Folgen der ersten Deflationsperiode hat die jüdischen Rentner zweifellos nicht stärker getroffen, als die gesamte übrige Bevölkerung. Denn ich glaube nicht - wir haben uns meines Erachtens mit Recht gegen gefälschte Statistiken gewehrt - dass die wirtschaftliche Not, insbesondere des Rentnertums, andere Bevölkerungskreise stärker getroffen habe als die Juden. Das Judentum leidet unter den gleichen Folgen, die Zuschussrenten der Juden sind ebenso verloren gegangen wie die der christlichen Mitbürger. Eine grosse Kulturschicht, die aus jüdischen Elementen besteht - und diese Kulturschicht hat für das deutsche Kulturleben ausserordentliches geleistet - ist genau so proletarisiert worden wie die entsprechenden christlichen Gelehrten, die christlichen Akademiker,

die gewohnt waren, wenn auch nicht ihr Leben, so doch den Komfort ihres Daseins aus den Zuschüssen zu ziehen. Aber etwas anderes macht sich im Judentum stärker geltend als bei unseren christlichen Mitbürgern. Der Auflösungsprozess, der durch den selbständigen Mittelstand geht, hat in der Tat die Juden begreiflicherweise viel stärker getroffen, weil prozentual das Judentum den stärkeren Mittelstand als die andere Bevölkerungsschicht stellt. So hat diese Auflösung der selbständigen Wirtschaftsexistenzen tatsächlich eine grössere Bresche unter den Juden geschlagen. Hier ergeben sich nun Folgen, die für uns besonders schwer sind. Denn es ist ja eine unverhältnismässig grosse Zahl von Menschen unverhältnismässig plötzlich aus der selbständigen Existenz herausgerissen und vor die Notwendigkeit gestellt worden, als Angestellte ihr Brot zu verdienen. Und so gross auch die Not ist, vor die unter Umständen der selbständige jüdische Geschäftsmann gestellt ist, viel schlimmer ist die Not und die Zwangslage, in die diejenigen geraten sind, die aus ihrer Selbständigkeit heraus sind und nun als Angestellte tätig sein müssen, nicht etwa, weil sie als Angestellte tätig sein müssen, denn bei der Arbeitsamkeit des Juden, bei dem Interesse für seine Familie, bei seinem Fleiss und bei seiner Intelligenz ist es gerade dem Juden ganz gleich, an welcher Stelle er steht, wenn er nur sieht, dass er vorwärts kommt. Erkennt er, dass das als selbständiger Geschäftsmann nicht möglich ist, so sagt ihm seine Intelligenz von selbst, dass er sich als Angestellter verbessern kann. Aber nun beginnt die Schwierigkeit. Denn hier hat zweifellos der

jüdische Angestellte grössere Schwierigkeiten zu überwinden als der christliche Angestellte. Auch hier ist ein Teil der Not durchaus gleichbedeutend mit der Not der christlichen Arbeitsuchenden, denn wir wissen ja, dass unter den Tausenden von Arbeitslosen, die wir haben, unendlich viele Angestellte sind. Besonders schlecht geht es den älteren Angestellten, die sehr schwer eine Stellung finden können, und hier leiden die jüdischen Angestellten normalerweise nicht mehr als die christlichen. Aber wir wissen ja nun, dass den jüdischen Angestellten das Erlangen einer Stellung besonders erschwert ist. Denn selbst da, wo Plätze frei sind, selbst da, wo man den Juden wegen seiner Intelligenz bevorzugen würde, tut man es nicht, traut man es sich nicht zu tun, einfach deshalb, weil die herrschende antisemitische Bewegung auch denjenigen, die nicht ausgesprochene Antisemiten sind, besondere Schwierigkeiten macht. Zunächst der Antisemitismus. Aus der antisemitischen Grundeinstellung vieler Menschen, die über die Einstellung von Angestellten zu verfügen haben, wird es dem jüdischen Stellungsuchenden schwerer gemacht, eine Stelle zu erhalten, als dem christlichen. Wir wollen garnicht verkennen, dass im Gefolge dieser antisemitischen Bewegung es dem jüdischen Angestellten auch vielfach sehr erschwert ist, bei jüdischen Arbeitgebern Stellung zu bekommen. Es liegt sehr nahe, darüber besonders harte Worte zu sagen. Wenn ich es nicht tue, so tue ich es nicht etwa aus einer übertriebenen Objektivität. Ich bin mir sehr klar darüber, dass bei jüdischen Arbeitgebern vielfach das Motiv für die

Nichteinstellung von Juden zu vergleichen ist mit dem bekannten Worte, nach dem für manchen Juden der andere Jude Antisemitismus macht. Es ist für mich ganz zweifellos eine vielfach ganz unberechtigte Furcht vor dem Juden, der noch hinzukommt und Antisemitismus machen könnte. Wir erleben es z.B. vielfach, dass aus diesen Gründen solche Persönlichkeiten vom Engagement jüdischer Angestellten, Ingenieure, Chemiker absehen, die in grossen Betrieben über die Einstellung von Angestellten zu verfügen haben. Ich bin mir aber sehr klar darüber, dass es sich nicht bloss um solche zu verurteilenden Stimmen allein handelt. Man darf nicht verkennen, dass man vom Geschäftsmann im Privatleben und vielleicht auch in besonderen Fällen im Geschäftsleben nicht mehr Grösse und Charakter verlangen kann als er aufzubringen hat. Ein geschäftliches Unternehmen ist keine Wohltätigkeitsanstalt und der Geschäftsmann muss wohl in seiner Geschäftspraxis so weit wie möglich dem folgen, was seine Interessen gebieten. Wir haben ja unter den jüdischen Warenhausbesitzern, die in Erkenntnis der Schwierigkeiten, die die jüdischen Angestellten im allgemeinen haben, einige, die durchaus nicht kalt sind in der Einstellung von jüdischen Angestellten. Aber es ist sehr leicht, als Besitzer eines grossen Kaufhauses, das in sich eine gewisse Schwerkraft hat, jüdische Angestellte auch dorthin zu stellen, wo sie mit dem grossen Publikum, das seine Einkäufe in den Warenhäusern macht, in Berührung kommen. Aber in einer kleinen Stadt, auf dem Lande, wo jeder Käufer individuell behandelt sein will, ein Sprüchchen oder mehr mit den Verkäufern oder Verkäuferinnen zu machen gewohnt ist, ist es schon schwieriger, dem Publikum

ausgesprochen jüdische Angestellte gegenüberzustellen. Darin liegt die grosse Gefahr der antisemitischen Welle, dass sie vielfach jüdische Geschäftsinhaber geradezu zwingt, von dem Engagement für bestimmte Posten abzusehen. Traurig ist das und ausserordentlich bedauerlich, und wir werden uns darüber unterhalten müssen, was dagegen zu tun ist. Aber nur in einer Aufklärung der Massen und im politischen Kampf im allgemeinen wird man etwas erreichen. Ich glaube nicht, dass man hier den jüdischen Geschäftsinhaber unter Zwang setzen sollte, wenn es seinen eigenen Interessen zuwiderläuft, Juden zu engagieren. Nun dürfen wir nicht vergessen, dass die nationalsozialistische Bewegung durchaus keine rein antisemitische Bewegung ist. Sie ist weder rein antisemitisch, noch verfolgt die wirtschaftlich Propaganda rein antisemitsche Zwecke mit der Unterstützung dieser Bewegung. Es handelt sich hier um etwas viel tieferes. Wir wissen genau, dass von einem Teil der Schwerindustrie die nationalsozialistische Bewegung nur finanziell unterstützt wird als Handhabe gegen die wirtschaftliche Macht der Arbeiter, zur Sprengung der Einigkeit der Gewerkschaften. Diese Kreise unterstützen die nationalsozialistische Bewegung, weil sie von deren antimarxistischer Einstellung erwarten, dass sie den Keim der Zersetzung in die Gewerkschaften tragen werden, und dass auf diese Weise der Kampf gegen di Forderungen der Arbeiterschaft doch leichter wird. Sie versuchen, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Ob der Beelzebub nachher ihnen nicht schlimmer erscheinen wird als der Teufel, bleibe dahingestellt. Wir müssen also mit diesen Tatsachen rechnen. Alle die-

jenigen, die eine synthetische Wirtschaftsauffassung haben und die der Meinung sind, dass in dieser synthetischen Wirtschaftsauffassung und durch diese der Kapitalismus allein Lebensdauer haben kann, wissen, dass der Arbeitnehmer nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch der wertvollste Konsument ist, dass aus ihm die durchschnittliche Kaufkraft im weitesten Sinne resultiert und dass sie für die Möglichkeit der Produktion und der Rationalisierung der Produktion ausserordentlich wichtig ist. Hier ist der billige Lohn das wesentliche. Und damit ist von selbst gesagt, dass der billige Arbeiter, d.h. der Arbeiter, der möglichst wenig aus der Masse herausragt, mit seinen Forderungen, mit seiner Intelligenz in der Wirtschaft der beste Arbeitnehmer ist. Hier liegt nun auch eine der Ursachen, weshalb in diesen Kreisen, selbst wo sie aus Juden bestehen oder mit Juden durchsetzt sind, der jüdische Arbeitnehmer wenn möglich ausgeschlossen oder gegenüber dem christlichen zurückgesetzt wird. Man sieht in jedem Juden ein unruhiges Element, nicht in dem Sinne, dass er ein Aufrührer ist, sondern einer, der vorwärts will, der nie zufrieden ist, der den Wunsch hat, sein Gehalt zu steigern. Ich möchte hier ein Witzwort anführen. Man sagt von dem Juden, dass er im ersten Jahre Lehrling, im zweiten Angestellter, im dritten Prokurist und im vierten Chef sein möchte. Darin liegt, wenn auch in überspitzter und etwas verzerrter Form ein Teil dessen, was ja aber auch gerade wieder den Vorzug des jüdischen Angestellten bedeutet, dass er vorwärts will, dass er strebsam ist, dass er den Wunsch hat, seine Lage zu verbessern. Besonders merkwürdig klingt ja - und das kommt sehr

oft vor - eine solche Kritik aus dem Munde jüdischer Direktoren, die ja nur, weil sie selbst so geartet waren, Direktoren geworden sind. Alle von uns, die sich von unten heraufgearbeitet haben, wissen, dass diese Strebsamkeit uns allen eine Menge Mühe, eine Menge Arbeit, aber auch eine Menge Verzicht gekostet hat. Der Jude will nicht bloss Vorwärts, sondern er besitzt die synthetische Erkenntnis, dass er nur vorwärts kommt, wenn auch das Unternehmen, in dem er tätig ist, vorwärts kommt. Er will sich ja nicht ausserhalb des Unternehmens setzen, gerade in der Sorge um das Unternehmen; denn diese Sorge um das Unternehmen bedeutet für ihn ja auch das eigene Wohl. Leider - und darin sehe ich das grösste Uebel dieser Zeit - man redet wirklich sehr oberflächlich, wenn man dem jüdischen Angestellten die Strebsamkeit, das Vorwärtskommen als unangenehm anrechnen will, gerade in unserer heutigen Zeit, in der die Devise herrscht dem Tüchtigen freie Bahn. Ich möchte Sie nun, meine verehrten Herren, soweit Sie aus Angehörigen der Unternehmerklassen bestehen, bitten, es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich sage, dass ich darin ein sehr grosses Uebel dieser Zeit erblicke, dass nicht erkannt wird, dass ein Unternehmen ohne strebsame Angestellte ebensowenig bestehen kann wie strebsame Angestellte ohne einen tüchtigen Unternehmer leben können. Die Verbundenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer kann garnicht stark genug unterstrichen werden. Ich bin der Meinung, dass wir etwas sehr wesentliches leisten würden, auch im Sinne der jüdischen Angestellten, die wir vorwärtsbringen wollen, wenn in der Presse und in der Lehre diese Verbundenheit in stärkerem

Masse als es bisher geschehen ist, betont würde. - Es kommt nun folgendes hinzu. Es sind nicht immer bloss die leitenden Persönlichkeiten, die die jüdischen Angestellten nicht in die Betriebe hineinlassen, sondern wir stehen auch hier einer stummen, nach aussen nicht in die Erscheinung tretenden Boykottbewegung der Mitarbeiter gegenüber. Ich kann mir nicht denken, dass z.B. unsere Bankdirektoren aus sich heraus - zum Teil sind es selbst Juden, zum Teil sind es ja leider auch gewesene Juden, die sich gern einen nichtjüdischen Anstrich geben - es sind ja doch in der grossen Zahl Menschen, die wahrscheinlich viel mehr auf Tüchtigkeit als auf die Konfession sehen - dies nicht merken. Wenn wir trotzdem im Durchschnitt der Bankbeamten der letzten Zeit viel weniger Juden als früher sehen, so ist das auf den beharrlichen Widerstand der Bankbeamtenschaft zurückzuführen. Hier haben wir einen Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung, hier handelt es sich um die nationalsozialistischen Zellen in den grossen Betrieben. Hier liegt meiner Meinung nach der Grund, warum selbst in Unternehmungen, deren Eigenart das Engagement von jüdischen Angestellten nicht ausschliesst, die Leiter doch von Einstellungen jüdischer Arbeitnehmer absehen. Hier wird durch die Unterstützten der nationalsozialistischen Bewegung jene Tätigkeit ausgeübt, die aus den Betrieb die jüdischen Leute verdrängt. Wenn wir die jüdische Einkommensstatistik ansehen,so merken wir, dass in den Einkommensgruppen von 400 bis 600 Mark die Juden ausserordentlich stark zurückgegangen sind und erst wieder in den höheren Gehaltsklassen auftauchen, einfach deswegen, weil sie dann an Stellen sind, wo man Juden nicht

entbehren kann. Nun liegt das nicht lediglich daran, dass diese schlechter bezahlten Stellen von Juden nicht angenommen werden, sondern vielmehr daran, dass man den kleinen jüdischen Mittelstand nicht hereinlässt. Diesen Tatbestand haben wir in Betracht zu ziehe wenn wir uns über die Dinge aussprechen. Die Frage ist - was kann man dagegen machen? Mir ist ein Fall bekannt, wo die Berliner jüdische Gemeinde bestimmte Aufträge zu vergeben hatte und sie einer Firma nicht gegeben hat, die im Geruch steht, jüdische Angestellte nicht zu beschäftigen. Das mag in dem einzelnen Fall ganz wohltätig wirken, es mag vielleicht auch zu einer gewissen Vorsicht an solcher Stellen führen. Aber einen sehr grossen allgemeinen Erfolg werden wi in diesen schwierigen Aufgaben nicht erzielen. Ich verspreche mir auch von einer allgemeinen Boykottbewegung garnichts, weil nach meiner Meinung jede öffentlich hervortretende Bewegung die grosse Gefahr in sich birgt, dass nun der Gegendruck von der anderen Seite verstärkt wird. Mein Leben ist Ihnen wohl Beweis dafür, dass ich vor Kampf und vor Erzeugung von Gegendruck nicht zurückschrecke. Wenn man aber der Anwalt anderer ist - und wir sind hier Sachwalter der jüdischen Angestellten - muss man vorsichtig sein. Es ist sehr schön, eine Boxkottbewegung zu verkünden, aber zu prüfen ist, ob sie nicht mehr schadet als nützt. Deswegen sehe ich ein, dass auf der anderen Seite der Kampf zu führen ist gegen die Verkennung des jüdischen Wesens und gegen die antisemitische Verhetzung im allgemeinen. Aber schon hier möchte ich sagen, das kann nicht Aufgabe der Jüdischen Gemeinde sein. Die jüdische Gemeinde kann keine Kampforganisation

sein. Die Jüdische Gemeinde ist eine Wohlfahrtsorganisation. Sie mag eine Kampforganisation sein für den jüdischen Glauben, aber sonst muss sie eine Wohlfahrtsorganisation bleiben und kann niemals eine Kampforganisation werden gegen die antisemitischen Strömungen nach aussen hin. Sie kann sie unterstützen, aber wir müssen uns sorgfältig überlegen, ob nicht eine Arbeitsteilung zwischen der Gemeinde und anderen bestehenden Organisationen getroffen werden muss. Dagegen wird es meines Erachtens notwendig sein - und das kann die Jüdische Gemeinde tun - den jüdischen Arbeitgeber und die jüdischen Gemeindemitglieder, die über die Vergebung von Arbeitsplätzen zu verfügen haben, aufzuklären über die Notlage, in der sich die jüdischen Angestellten weit über das Mass der Angestellten in der heutigen Zeit überhaupt hinaus befinden, die Arbeitgeber aufzufordern, jüdische Angestellte einzustellen, wo es den Geschäftsinteressen nicht widerspricht und wo gleiche Intelligenz, gleiche Eignung wie bei dem christlichen Bewerber vorliegt, den jüdischen Arbeitsuchenden zu bevorzugen, da er an anderen Stellen stark benachteiligt ist. Wir werden die Aufklärung auch weiter dahin zu leiten haben, dass der jüdische Arbeitnehmer sich seinen Interessen nicht selbst entgegenstellt durch die den jüdischen Charakter oft kennzeichnende Art des Sichvordrängens und Aufdrängens und Sucht des Hervortretens. Diese Aufklärungsarbeit erscheint mir auch als eine Aufgabe der Jüdischen Gemeinde, nach meiner Auffassung sogar eine Aufgabe der Rabbiner, von der Kanzel diese sozialen Dinge in anderem Masse zu behandeln als das bisher geschehen ist. Ich bin der Meinung, dass keine

Religion mehr als die jüdische zur Erwähnung dieser sozialen Dinge Gelegenheit gibt. Gerad hier ist Gelegenheit, ein zeitgemässes Thema zu behandeln. Ich halte es für viel weniger wichtig, gegen den Antisemitismus zu wettern als etwas liebevoll die eigenen Glaubensgenossen zu streicheln und aufzurichten. - Sehr viel mehr kann ich Ihnen nun als Einleitung zu der Diskussion nicht sagen. Ich verfüge nicht über die Erfahrung, die viele von Ihnen aus dem praktischen Leben heraus haben und was man praktisch in dieser Frage zu leisten hat und leisten kann. Meine Aufgabe war es lediglich, diese Aussprache einzuleiten, ein paar der bestehenden Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen. Ich habe als Theoretiker das meinige getan, tun Sie als Praktiker das Ihrige.

Vorsitzender Direktor Karoski: Wir haben Herrn Prfessor Bernhard herzlich zu danken. Neben seiner grossen theoretischen Darlegungsfähigkeit hat er uns auch die Verhältnisse unseres praktischen Lebens so übersichtlich genug gegeben, um daraus die Synthese zu schaffen, die er ja von uns gefordert hat. Nochmals meinen herzlichsten Dank. Wir hatten nun die Absicht, da wir ja ungefähr auf diesen Schluss von Herrn Professor Bernhard gefasst waren - wir sind nun einmal das von den Propheten abstammende Volk - Herrn Kommerzienrat Simon zu bitten, ein paar Worte zu sprechen. Leider ist aber Herr Kommerzienrat Simon durch eine Unpässlichkeit am Erscheinen verhindert gewesen. Herr Direktor Kleemann hatte die Liebenswürdigkeit, für ihn in die Bresche zu springen.

Direktor Dr. Klesmann (Dresdner Bank): Es ist auch sonst schon eine ausserordentlich schwierige Aufgabe, nach Herrn Professor Bernhard zu sprechen. Es ist heute doppelt schwer, denn er hat in der Tat, trotzdem er, wie er meinte, nur knapp seine Theorien erörterte, alle Gesichtspunkte berührt, die für die Behandlung dieser Frage von Bedeutung sein können. Wenn ich es nun wage, nach diesen Ausführungen noch zu sprechen, so kann es sich nur darum handeln, dass ich versuchen will, Ihnen einmal vom Standpunkt der Jüdischen Gemeinde aus die Frage vorzulegen, was in dieser Angelegenheit seitens der Jüdischen Gemeinde erwogen worden ist und was man vielleicht noch tun kann. Die Schwierigkeiten, die bei der Durchführung dieser Frage bestehen, sind Ihnen durch Herrn Bernhard genügend illustriert worden. Die Jüdische Gemeinde empfindet es natürlich die zunehmende Arbeitslosigkeit zunächst einmal an ihrem Geldbeutel. Mit der Zunahme der Erwerbslosigkeit sinken natürlich die Steuereingänge und auf der anderen Seite werden um so grössere Ansprüche an die Wohlfahrtsanstalten gestellt. Die Gemeinde kann grundsätzlich ihre Wohlfahrtseinrichtungen nur als zusätzliche Institution betrachten, Nachdem aber die jüdische Bevölkerung so stark von der Erwerbslosigkeit betroffen worden ist, war man sich bewusst, dass man über die Grenzen dieser Zuschüsse hinaus Leistungen gewähren muss. Dass sich das zahlenmässig natürlich stark auswirken muss, ist selbstverständlich. Es ist kein Geheimnis, wenn ich hier erkläre, dass die Wohlfahrtspflege den Gesamtetat mit über 30 % belastet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zunächst einmal die Wohlfahrtspflege nach den

Methoden sozialpolitischer Gesichtspunkte ausgeübt wird. Es wurde in erster Linie versucht, den in Schwierigkeiten geratenen selbständigen Kaufleuten - in der Regel handelt es sich hier um Leute in vorgerückteren Jahren, bei denen eine Anstellung schon schwieriger wäre, selbst wenn es genügend Stellungen gäbe - durch die von der Jüdischen Gemeinde eingerichteten Darlehnskasse Darlehen gewähren zu lassen, die vielleicht zum grossen Teil auf einer charitativen Grundlage beruhen, die aber doch, was ich zu meiner besonderen Freude feststellen möchte, letztenendes nach kaufmännischen und geschäftlichen Gesichtspunkten gegeben werden,und mit denen dievDarlehnskasse trotz aller Schwierigkeiten nur günstige Erfahrungen gemacht hat. Es ist festgestellt worden, dass etwa 90% der entliehenen Beträge zurückerstattet worden sind. Wesentliche Verluste sind nicht entstanden, selbst als wir uns allmählich entschliessen mussten, die Stellung von Sicherheiten zu lockern. Aber damit allein lösen wir das Problem der Erwerbslosigkeit natürlich nicht, wenn es auch gelungen ist, immerhin einigen hunderter von Familien zu helfen und ihre Not zu lindern. Herr Professor Bernhard hat bereits angedeutet, dass die Jüdische Gemeinde bei der Vergebung von Bauten die Bedingung gestellt hat, dass jüdischer Arbeiter und Angestellte eingestellt werden müssen. Soweit es in unserer Macht liegt, sorgen wir dafür, dass jüdisches Personal beschäftigt wird. So tragen wir gerade in unserer Friedhofsgärtnerei dem weitgehendst Rechnung. Wir haben fast ausschliesslich jüdische Gärtner beschäftigt. Wenn ich auch weiss, dass auch damit das Problem nicht gelöst ist, möchte ich doch bemerken, dass während der Sommermonate etwa 200 Menschen dort beschäftigt werden. Wir haben schliesslich den von den Berliner Logen begründeten Arbeitsnachweis übernommen und

ausgebaut. Es wird Sie interessieren, dass dieser Arbeitsnachweis sehr wertvolle Dienste leistet. Die Zahl der erfolgreichen Stellenvermittlung betrug im Jahre

1926	4 300
1927	5 800
1928	5 500
1929	5 900

Dieser von der Gemeinde unterhaltene Arbeitsnachweis ist der grösste charitative Arbeitsnachweis in Berlin. Angesichts der Notlage der jüdischen Arbeitnehmer bedeuten aber die genannten Zahlen der Vermittlungen nur einen Bruchteil. Wir sind bemüht, den Arbeitsnachweis ganz nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen zu leiten, indem wir nur geeignete Arbeitskräfte vorschlagen und dafür sorgen, dass für jede Arbeitsstelle geeignete Bewerber nachgewiesen werden. Die erste Bitte, die von dieser Stelle aus an Sie gerichtet wird, besteht darin, dass Sie sich in Ihren Kreisen bemühen, die Aufmerksamkeit auf diesen Arbeitsnachweis zu lenken und zu bitten, dass die freien Stellen diesem jüdischen Arbeitsnachweis gemeldet werden. Wir glauben, dass, wenn wir auch damit nicht sofort praktische Erfolge erzielen, doch eine starke moralische Stütze denjenigen gewähren, zu denen wir sagen können: bewerbt Euch dort und dort. Schon der Gedanke, vielleicht wieder eine Stellung zu bekommen, übt günstige Wirkung aus. Darum müssen wir immer wieder die Aufmerksamkeit auf unseren Arbeitsnachweis richten und jedem jüdischen Arbeitgeber die Adresse sagen. Wir können Ihnen die Versicherung geben, dass der Arbeitsnachweis Instruktionen hat, wirklich nur solche Arbeitslose in Vorschlag zu bringen, die für die Vakanzen in Frage kommen und es sind jederzeit genügend Qualitätskräfte vorhanden, die zur Verfügung stehen. Die Erfahrungen der letzten Zeit haben gezeigt, dass

die Ergebnisse in der Unterbringung der jüdischen Facharbeiter bei weitem günstiger geworden sind, wenn auch sie natürlich nicht auf Rosen gebettet sind. Das hängt natürlich mit der allgemein gesteigerten Erwerbslosigkeit zusammen. Aber diese allgemein grosse Erwerbslosigkeit wirkt sich natürlich auf die kaufmännischen jüdischen Angestellten besonders gross aus. Unsere Aufmerksamkeit gilt besonders der heranwachsenden Generation durch den Ausbau der jüdischen Berufsberatung. Mit der Lehrstellenvermittlung glauben wir in einem erheblichen Umfang zu einer beruflichen Umschichtung beitragen zu können. Wir wollen versuchen, die so stark begehrten kaufmännischen Berufe durch Aufklärung in andere Kanäle zu leiten, die Jugend zu Handwerkern zu erziehen. Wir erbitten hierbei die besondere Unterstützung der Kreise, deren Betriebe zur Erlernung eines Handwerks geeignet sind. Wir glauben, die wirtschaftliche Zukunft unserer jungen jüdischen Generation in Berlin wird sich besser gestalten und deshalb sind wir weiter der Meinung, dass die geldlichen Aufwendungen der Jüdischen Gemeinde allein nicht helfen. Der Kampf gegen die jüdische Erwerbslosigkeit muss von allen Juden, die in leitenden Stellungen ihren Einfluss ausüben können, dahin geführt werden, dass jüdische Arbeiter und jüdische Angestellte gleichberechtigt behandelt werden, insbesondere dort, wo die Betriebe in jüdischen Händen liegen. Dies ist der Standpunkt, den die Jüdische Gemeinde einnimmt.

Vorsitzender Direktor Kareski: Wir danken Herrn Direktor Kleemann für die gemachten Ergänzungen zum dem Hauptreferat und wünschen uns eine möglichst kurze, an Anregungen reiche Aussprache.Juden Vpr -

schlag werden wir dankbar begrüssen. Ich bitte um Wortmeldungen.

Redakteur Schwarinor (C.-V-Zeitung). Lassen Sie mich bitte die Ausführungen, die Prof. Bernhard gemacht hat, kräftig unterstreichen und erlauben Sie mir, dass ich dem theoretischen Teil einen praktischen Teil folgen lasse. Wenn wir das Problem betrachten, müssen wir es, wie es auch Herr Prof. Bernhard getan hat, in das politische und in das gemeinnützige teilen. Wenn heute in allen nationalsozialistischen Zeitungen steht: kauft nicht bei Juden, so ist es Pflicht des Centralvereins, Gerichtsurteile zu erwirken, dahingehend, dass diese Aufforderungen zum Boykott jüdischer Geschäfte in den Zeitungen unterbunden werden. Wir haben eine Reihe derartiger Gerichtsurteile erreicht. Wenn wir uns mit der Lage der jüdischen Angestellten beschäftigen, so müssen wir feststellen, dass die antisemitische Zellenbildung nicht einmal vor den Türen unserer Banken, die in jüdischen Händen sind, halt macht. Vor einigen Tagen war im Hackeschen Hof eine Veranstaltung der Zellenbildner nationalsozialistischer Observanz in den Banken Berlins. Die Veranstaltung war übervoll, stürmischen Beifall fanden die Redner, die besonders die jüdischen Banken bekämpften. Hier muss man in radikalster Weise vorgehen. Tüchtige Spezialarbeiter und Arbeiterinnen werden nur durch ihre Tüchtigkeit Stellung bekommen sowohl bei den Juden wie bei den Christen. Nach meinen Erfahrungen kann ich aber sagen, dass es sehr oft leichter ist, bei Christen als bei Juden engagiert zu werden. Es ist weiter folgendes: Wenn Sie heute sehen, dass wir in den Grossbetrieben wie Schuckert, auch schon in der AEG kaum noch Juden unterbekommen, dass sie meist schon durchgefallen sind, wenn der Bürochef die Abweichung der Hypothenuse des Nasendreiecks dieser Leute gesehen hat,

werden Sie erkennen, dass hier wirklich keine Konkurrenz, keine freie Bahn dem Tüchtigen, sondern dass hier einfach der Jude erledigt ist, in allen Fällen, wo er sich als Jude zu erkennen gibt. Ein Generaldirektor dieser Werke sagte mir, dass sich ein Mann, der Lewin hiess, einen christlichen Namen gegeben hat, um überhaupt in dem Betriebe angenommen zu werden. So ist es also möglich, dass strafbare Handlungen die Folge sind. Wir fragen: wie ist es möglich, dass in einer Abteilung von 5 - 600 Stenotypistinnen, die etwa 100 bis 150 Mark verdienen, keine Jüdin ist. Das ist ein Symptom. Man sieht in dem Angestellten mittlerer Positionen einen Menschen, der Unruhe in den Betrieb hineinbringt. Die jungen Leute, die wenig verdienen, machen mir den Betrieb unruhig, wird geantwortet. Heraus mit den Beweisen. Die betreffenden Herren haben noch nie Beweise erbringen können. Die Personalchefs in den grossen Betrieben sind häufig ehemalige Offiziers, die geneigt sind, den jüdischen Angestellten nur dann zu nehmen, wenn er in seiner Tüchtigkeit überragend ist, wenn er unbedingt gebraucht wird. Der gute Wille jüdischer Arbeitgeber wird gebrochen im Zimmer der Personalchefs. Er kommt an die Spitzen garnicht heran. Dadurch wird unermesslicher Schaden angerichtet. Es wird notwendig sein, wenn man in dieser Frage ernstlich etwas tun will, zunächst einmal über diese Personalchefs hinweg ~~mit~~ zu dem jüdischen Arbeitgeber selbst zu gelangen. Was haben wir nun zu tun? Wir haben schon im Zentralverein Arbeitgeber und Arbeitnehmer sprechen lassen und durch eine öffentliche Kundgebung zu erreichen versucht. Die Gefahr besteht wenn wir diese Dinge öffentlich behandeln, dass sie als ein Aufruf zu einem Boykott aufgefasst werden. Dieser Auffuf wird das Gegenteil

von dem erreichen, was wir wollen. Dann wird die Reaktion kommen: in einem christlichen Betriebe nur christliche Angestellte. Es ist hier also nichts weiter zu tun als eine Unsumme von Kleinarbeit, durch persönliche Besuche die Chefs aufmerksam machen, ihnen klar machen, welche Notlage für die jüdischen Angestellten herrscht; einem Rechtsanwalt sagen, dass er nicht nur christliches Personal einstellt, dass er seine zwei Stenotypistinnen zwar behalten könne, dass er aber bei der Einstellung einer dritten ein jüdisches Mädchen nehmen soll oder, wenner Ersatz braucht, auch die jüdische Angestellte bevorzugt. In gleicher Weise ist an die Besitzer von Unternehmungen, über den Kopf des Personalchefs hinweg, heranzutreten, ihn aufmerksam zu machen, ohne dass daraufhin grosse Aktennotizen erscheinen, ihn zu fragen, in welchem Ausmasse hast du im letzten Vierteljahr jüdisches und christliches Personal engagiert. Wenn wir hier an dieser Aktion, die von der Jüdischen Gemeinde eingeleitet ist, teilnehmen und zum guten Ende führen wollen, dann wird es weniger darauf ankommen, dass viel gesprochen wird, als dass stille, ruhige, unsichtbare Arbeit geleistet wird, denn all das, was zu laut besprochen wird, kann mehr Schaden anrichten als nutzen. Ich möchte auch bezweifeln, ob es gut sein wird, dass ein ausführlicher Bericht in die Presse kommt. Es können durch diese Berichte Missverständnisse eintreten, weil die Leute ja nur missverstehen wollen. Darum empfehle ich unbedingt eine gewisse Vertraulichkeit der heutigen Verständigung.

Herr Moritz Rosenthal i. Fa. M. Rosenthal: Auch ich bin der Ansicht dass möglichst wenig über die heutige Veranstaltung in die Presse kommen soll. Eine Boxkottbewegung ist nicht in meinem Sinn. Aber jüdische Direktoren grosser Firmen müssen soviel Einfluss auf ihre Personalchefs ausüben, dass nach ihrem Wunsche auch kleine Posten mit Juden besetzt werden. Wenn das der Wille der ersten Direktoren ist, können die Personalchefs nicht dagegen handeln. Es wurde hier schon von der Berufsumschichtung gesprochen. Mit diesem Wort wird viel zu viel herumgeworfen. Wir haben vor dem Kriege die Jungen in die Landwirtschaft und in die Gärtnereien gesteckt, heute wissen wir nicht, wohin mit den jüdischen Gärtnern und landwirtschaftlichen Kräften. Schwer ist es, einen jüdischen Buchdruckerlehrling unterzubringen. Ich stelle jetzt einen jüdischen Jungen ein, der seit einem Jahr keine Stelle fand, nur weil er Jude ist. Handwerker will man aus ihnen machen, Metallarbeiter. Und dabei ist es doch nicht möglich, bei Siemens einen jüdischen Monteur unterzubringen,und bei der AEG auch nicht. Wenn ich umschichten will, muss ich mir überlegen, wie die Menschen in ihren Berufen weiterkommen können. Ich übernehme eine Verantwortung. Praktisch komme ich nur weiter, wenn ich an die wenigen jüdischen Direktoren herantrete, sie dazu bringe, ihr gutes jüdisches Herz zu öffnen und mit aller Gewalt darauf hinwirke, dass die Leute ihre Arbeiter und Beamte einstellen, ohne an jüdischen Namen oder Nasen Anstoss zu nehmen. Es wurde gesagt, dass tüchtige Angestellte immer unterkommen, auch bei christlichen Arbeitgebern. Das ist auch eine sehr zweifelhafte Frage. Bevor jemand in dem Betrieb ist, kann er sich nicht beweisen. Die Sanatogenwerke Bauer & Co. haben vor

einigen Monaten eine sehr tüchtige Stenotypistin eingestellt. Als man erfuhr, dass sie jüdisch ist, hat man ihr gekündigt, weil angeblich der Herr, für den sie arbeiten musste, nicht mit ihr auskommen konnte. Natürlich werden alle diese Betriebe nicht offen sagen, dass sie die Juden nicht haben wollen, sondern werden andere Gründe finden. - Der jüdische Arbeitsnachweis kommt vermutlich nur für jüdische Firmen in Frage, christliche werden sich an ihn wohl nur ganz selten wenden. Er ist aber die beste Waffe im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit. Darum müssen die jüdischen Firmen, auch kleine und mittlere, den Arbeitsnachweis benutzen und weiter empfehlen. Und hat einmal jemand mit einem jüdischen Angestellten eine schlechte Erfahrung gemacht, so darf er dies nicht verallgemeinern.

Redakteur Waldmann (Jüdische Rundschau): Wir vertreten hier bei der heutigen Veranstaltung eine gute Sache, wenn wir von dem Juden verlangen, dass er jüdische Angestellte einstellt. Gerade vom Judentum wird der grösste Teil des Mittelstandes gestellt, dem es heute besonders schlecht geht. Dauernd muss in jüdischen Kreisen auf die Notlage der jüdischen Erwerbslosen hingewiesen und in allen Organisationen dafür eingetreten werden, dass die Lage gebessert wird. Wir müssen auch danach trachten, die Leute durch vernünftige Berufsumschichtung exportfähig zu machen, selbst unter Aufwendung von Notopfern. Wir zahlen in Berlin viel weniger Gemeindesteuern als irgendwo anders. Sollte es aber notwendig sein, unsere Arbeit auf sozialem Gebiete zu vergrössern, so muss auch zur Erfüllung dieses Aufgabenkreises die Erhebung höherer jüdischer Gemeindegebühren gefordert werden.

Direktor G. Bach, Syndikus d.Verbandes deutscher Waren-u.Kaufhäuser:

Wir wollen die Diskussion doch wieder auf den praktischen Boden zurückführen. Wir sollen der Gemeinde dafür dankbar sein, dass diese Aussprache hier veranlasst wurde, und wir sollen vor allen Dingen auch Wege suchen, diesem Notstand ein Ende zu machen. Ich möchte meinen Standpunkt dahin präzisieren, dass wir in einer wirtschaftlichen Depressionslage sind und dass dieser Notstand ein ganz allgemeiner ist und nicht nur unsere Glaubensgenossen allein belastet. Wir werden vielleicht in verstärktem Masse betroffen, wenn man auch von 2½ Mill. Arbeitsloser in Deutschland sprechen kann. Herr Professor Bernhard hat in der ihm eigenen vollkommenen Weise das Teilproblem aus dem ganzen Problem schon herausgehoben. Er hätte auch noch darauf hinweisen können, dass kaum ein Weg vorhanden ist, der zur Besserung geeignet erscheint. Mit der Umschichtung ist nichts geschehen. So lange ich im öffentlichen Leben stehe, das sind mehr als 40 Jahre. Immer und immer wieder die gleichen Probleme. Erreicht haben wir nichts und werden, fürchte ich, auch für die Folge nichts erreichen. Die Sorgen, die man sich um die Unterbringung der jüdischen Lehrlinge macht, brauchen nicht allzu gross zu sein. Man wird sich auch in diesem Jahre schon nach jüdischen Lehrlingen umsehen, denn die Verhältnisse liegen so, dass im vorigen Jahre 60 000 Kinder in den Beruf übergingen, in diesem Jahre aber nur 30 000, im nächsten Jahr werden es nur 20 000 sein. Da wird man auch jüdische Lehrlinge aufnehmen. Unsere erste Aufgabe muss sein, der jüdischen Arbeitgeberschaft ihre Pflicht ins Bewusstsein zu bringen. Und wie kommen wir an diese heran? In dem Berufe, den ich auszuüben habe,

weiss ich, dass Angestellte oder Bewerber niemals nach der Konfession gefragt werden dürfen auf Grund der mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarife. Auf Grund dieser Tarife dürfen die Bewerber weder nach Religion noch nach Politik gefragt werden. Und wenn man den Rat gibt, es soll in den einzelnen Betrieben versucht werden, dass eine bestimmte Anzahl jüdischer Angestellter eingestellt werde, so stossen wir hier schon auf ein Hindernis. Der gute Wille des einzelnen Arbeitgebers kann erreichen, was auf diese Weise nicht zu schaffen ist. Ich bedauere es immer, wenn Namen genannt werden. Ich halte mich davon fern. Ich kenne Betriebe, in denen jüdische Bewerber bevorzugt werden. Auch ich bin der Ansicht wie einige Vorredner, dass, wenn in der Presse etwas von unseren Unternehmungen zum Ausdruck kommt, die Reaktion viel schlimmeren Schaden zufügen kann als der Nutzen, der dadurch entstehen kann, dass der Einzelne tatsächlich so oder so handelt. Es ist gesagt worden, Kleinarbeit ist zu leisten. Dafür ist aber nicht jeder geschaffen und hat nicht jeder Zeit. Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde hat nun heute in dieser Weise gewisse jüdische Arbeitgeber aufgerüttelt, auf diesem Wege ist auch weiterzugehen. Wie wäre es, wenn in vorsichtiger und vornehmer Weise alle jüdischen Arbeitgeber in Berlin auf diese Misere, auf dieses Problem hingewiesen würden? Man muss ihnen nicht sagen, bevorzugt jüdische Angestellte und stellt jüdische Angestellte ein; aber man muss sie auf das Problem aufmerksam machen, so dass jeder Einzelne genau weiss, was er zu tun hat. Ich vertrete hier auch die Grosslogen Deutschlands. Das Problem ist bereits in sämtlichen deutschen Logen

angeschnitten und erörtert worden und es ist auch den Mitgliedern dieser Logen das Gewissen geschärft worden, nach dieser Richtung hin auf die Beseitigung hinzuarbeiten. Nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland

Direktor Beermann i.Fa. Hess & Rom: Zunächst sei gesagt, dass uns vom Jüdischen Arbeitsnachweis überhaupt nichts bekannt gewesen ist. Ich würde empfehlen, dem Gemeindeblatt Zettel anzuheften und zeitweise bei den Firmen anzufragen, wieviel kaufmännische Lehrlinge, wieviel Schreibmaschinistinnen etc. beschäftigt werden. Die jüdischen Sportverbände haben ein grosses Interesse daran, Stellungen zu beschaffen. Die Gemeinde sollte sich mit den Spitzen der jüdischen Sportverbände in Verbindung setzen. Auch von dieser Seite kann Hilfe geschaffen werden.

Herr Georg Tietz i. Fa. Hermann Tietz: In den Anregungen, die Herr Professor Bernhard gegeben hat, fand ich so unendlich vieles, was mit der katholischen Aktion sich vergleichen lässt, wie ich sie in den Bewegungen Dessauer, Wuppermann kennen gelernt habe, dass wir unserer Gemeinde anraten sollen, in Gemeinschaft mit der katholischen Aktion den Kampf zu führen. Diese Zusammenarbeit kann uns nicht schaden, sie kann uns nur nutzen, und es ist auch garnicht ausgeschlossen, dass sich die dritte Konfession hier ebenfalls anschliesst. Durch eine derartige gemeinsame Aktion kann etwas erreicht werden, und es wird ihr der Sondercharakter genommen. - Herr Schweriner sprach vorhin immer von Stenotypistinnen, wir haben ein Angebot an Bürokräften, das nicht unterzubringen ist. Sagt man zu

diesen jungen Leuten: bitte, gehen Sie in den Verkauf, wir wollen Sie anlernen, so erleben Sie folgendes: Die Tochter aus den allerersten Kreisen sagt ja und kommtm vorwärts. Der Mittelstand dagegen hat unzählige Einwände. Da ist ein Onkel, der ist Universitätsprofessor. In den Verkauf kann ich nicht gehen. Ich habe einen christlichen Personalchef, der sehr jüdisch eingestellt ist. Er hat mich schon oft gefragt, woher kommt es nur, dass wir keine jüdischen Lehrmädchen aus den kleinen Kreisen bekommen. Sie müssen alle die Handelsschule besuchen, Stenotypistin werden und ins Büro gehen. Dabei würden sie im Verkauf weiterkommen. Sie wissen alle, dass ich mich absolut nicht scheue, jüdisches Verkaufspersonal zu engagieren. Sogar in Weimar habe ich in meinem Hause jüdisches Personal undes gibt keine Klagen. Werden aber Berliner junge Leute aufgefordert, beispielsweise nach Weimar zu gehen, bekommt man zur Antwort:ach nein, das kann ich nicht. Meine Familie will nicht aus Berlin heraus. Wir dürfen nicht nur sagen: draussen ist die Schuld; wir haben sie auch bei unseren Leuten selbst zu suchen, Wir müssen uns auch anpassen und unsere eigenen Kreise dahin bringen. Arbeit ist keine Schande, an welcher Stelle sie auch verrichtet wird. Von Wichtigkeit ist auch die Stellung, die die Leute sich selbst im Betrieb machen. Es gibt da z.B. Sportvereine; aber wo werden denn die Juden in diese Sportvereine gehen, sie müssen den eigenen jüdischen Sportverein haben. Warum sondern sie sich nur ab? Mit Mühe und Not bekommt man die Leute dazu, andere jüdische Kollegen aufzunehmen, aber sie machen nicht mit. Auch die Arbeitnehmerkreise müssen lernen sich

zu benehmen. Ich will garnichts gegen das Streben, das Mehrverdienen sagen, aber in der Form und der sonstigen Arbeitswilligkeit soll sich der jüdische Arbeitnehmer nichts herausnehmen wollen. Ich habe keine Schwierigkeiten mit meinen jüdischen Arbeitnehmern und Angestellten, und ich beschäftige wohl mit am meisten Juden, ohne dass ich je nach der Konfession frage. Ich werde mich hüten, solche Listen aufzustellen, von denen hier gesprochen wurde. Einzuwirken ist also nicht nur auf die Arbeitgeberm sondern auch auf die Arbeitnehmer.

Vorsitzender Herr Direktor Kareski: Es ist mir eine besondere Freude, dass Hier Herr Tietz das Wort ergriffen hat, weil er berufen ist, in diesem Kreise, der mit der praktischen Bekämpfung des Problems sich befasst, zu sprechen, denn er hat praktisch am meisten Ernst mit der Einstellung jüdischer Leute gemacht. Zweifellos beschäftigt er den grössten Teil. Und es ist mir eine besondere Freude, ihm das bei dieser Gelegenheit sagen zu können.

Direktor Manes i. Fa. Gebr. Manes: Ich selbst habe 15 Betriebe in Deutschland und spreche demnach aus der Praxis. Ich habe sehr gute Erfahrungen mit jüdischen Angestellten gemacht. Ich kann sogar erzählen, dass ich jüdische Hausdiener habe, die seit vielen Jahren bei mir sind. Sie ordnen sich durchaus dem Geschäfte unter und leisten gutes. Ich habe verschiedene Geschäfte, in der Provinz, zum Teil in Berlin, und dort Juden angestellt, zum Teil in ganz hervorragender Position. Es kommt vor, dass Geschäftsführer natürlich den christlichen Angestellten vorziehen. Ich habe aber bisher immer sehr scharf darauf geachtet, dass gerade bei meinen höheren Ange-

stellten eine sogenannte Parität herrscht. Sie wissen genau, ich mache keine Unterschiede, sie wissen aber auch, dass ich keinen Boykott dulde. Praktisch können wir nur in der Weise etwas Gutes erzielen, dass wir an die einzelnen jüdischen Chefs im mündlichen Verfahren herantreten, die Herren aufrütteln, den Herren das Gewissen schärfen. Wir erleben bei uns häufiger Antisemitismus, weil die Leute nicht immer so arisch aussehen. Das Wort Erziehung ist hier auch gefallen, ein Problem, das mir schon seit Jahren am Herzen liegt. Ich habe schon 33 Jahre in meinen Geschäften jüdische Angestellte, es kommt wohl vor, dass ich mir mal ruhig jemanden ins Kontor nehme und ihm sage, Sie wissen genau, dass das Geschäft auf die christliche Kundschaft Rücksicht zu nehmen hat. Gestikulieren Sie nicht so viel, sprechen Sie nicht so viel mit den Händen. Es ist also, wie auch Herr Tietz schon sagte, nötig, ebenfalls auf die Arbeitnehmer erzieherisch einzuwirken.

Herr Dr. Caspary: Es scheint mir wichtig zu sein, weniger in jüdischen Blättern als in antijüdischen,antisemitischen Propaganda zu machen. In einem Punkte scheint mir Herr Professor Bernhard zu pessimistisch gewesen zu sein. Man darf die Bedeutung der nationalsozialistischen Bewegung nicht überschätzen. Die Rechte befindet sich in einem Zersetzungsprozess. Ich glaube, dass man sich diese zunutze machen kann, die Propaganda muss in stärkerem Umfange in christliche Zeitungen getragen werden. Ich glaube auch, dass der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband nicht antisemitisch ist. Eine wohlüberlegte Aktion in rechtsgerichteten Kreisen kann manches zur Besserung beitragen.

Herr Adolf Neuberger, i. Fa. Benda & Gattmann:

Herr Adolf Neuberger, i. Fa. Benda & Gattmann: Wie nutzen wir dem Jüdischen Arbeitsnachweis? Er muss propagiert werden in einer ganz feinen und nicht sehr öffentlichen Form. Kleben Sie rote, gut sicht bare Zettel an die Gemeindeblätter mit Adresse und Telefon des Arbeitsnachweises mit dem Hinweis: Benutzen Sie bei Vakanzen stets den jüdischen Arbeitsnachweis. Warum machen die jüdischen Gemeinden nicht dieselbe Propaganda wie das Arbeitsamt. Nicht zu vergessen ist bei unserem Problem auch, dass Berlin mit 80 000 arbeitsuchenden Fremden heimgesucht worden ist. Ich habe die grosse Ehre, im Landesarbeitsamt tätig zu sein. Auch dort macht die Unterbringung von ausländischen Arbeitskräften die grössten Schwierigkeiten. Sehen Sie nur einmal in die Bekleidungsindustrie, wieviel Schneider aus dem Osten hier einwandern und wie jeder fremde Arbeitsuchende die Not der heimischen Erwerbslosen noch vergrössert. Dass hier etwas getan werden muss, ist klar. Man hat davon gesprochen, die Grenzen zu schliessen und versucht, Propaganda gegen die Einwanderung jenseits der Grenzen zu machen.-Noch ein Wort zur Umschulung kaufmännischer Erwerbsloser und Handwerker. Es kann sich ja immer nur darum handeln, Leute umzuschulen, die für einen anderen Beruf ganz besondere Eignung zeigen. Wir haben gehört, dass Bedarf an Verkaufskräften ist, wenn also Eignung da ist, können Buchhalterinnen und Stenotypistinnen für den Verkauf umgeschult werden. Aber nur keine Umschulung ohne besondere Eignung. Auch das Arbeitsamt beschäftigt sich mit der Frage der Umschulung lebhaft.

Georg Jacobowitz, i. Fa. Georg Jacobowitz: befürwortet mit ein paar Worten die Kanzel zur Propaganda zu benutzen. Er gibt zu, dass teilweise grosse Angst vor jüdischen Arbeitnehmern besteht. „Nehmen Sie die jüdischen Arbeitnehmer scharf in die Hand, lassen Sie die Zügel nicht los".

Alfred Berger: Ungeheuer gefreut hat es mich, dass Herr Tietz hier aufgetreten ist. Wir wissen, dass er seit Jahren Juden anstellt und gut mit ihnen auskommt. Er würde sie bestimmt nicht beschäftigen, wenn sie seinem Geschäft nicht denselben Nutzen brächten wie andere christliche Arbeiter. Die Möglichkeit der Einstellung besteht immer, wenn man will; wo der Personalchef nicht will, häufen sich die Schwierigkeiten. Ich glaube wirklich, dass die jetzige Lage im deutschen Judentum wesentlich gefährlicher ist, als sie es je war. Wir erleben die Erscheinung, dass der typische Mittelstand besonders hart getroffen ist. Und da viele Juden typische Mittelständler sind, ist die Not bei uns besonders gross. Ich weiss wirklich nicht, ob wir auch alle tatsächlich wissen, wie ausserordentlich gross die Not des jüdischen Mittelstandes ist. Das Ideal des Juden der 70 er Jahre war die Selbständigkeit. Der jüdische junge Mensch wird in Zukunft Angestellter sein. Das Beamtentum nimmt den ungeheuren Platz ein anstelle der ehemaligen selbständigen Existenzen. Eine Umstellung wird notwendig. Die Erziehung hat dahingehend einzusetzen. dass der jüdische Mensch sich klar wird, dass in den allerseltensten Fällen die Selbständigkeit möglich ist, dass er sich vielmehr entschliessen muss, Angestellter zu werden. - Ich möchte wünschen, dass der heuti-

ge Abend dazu führen wird, dass dem Jüdischen Arbeitsnachweis ein Beirat von Arbeitgebern aus verschiedenen führenden Persönlichkeiten verschiedener Berufe zugeteilt wird und dass wir uns mit den Herren darüber unterhalten können, in welcher Richtung wir vorankommen.

Gewiss wird die Mxt Zahl der Erwerbslosen durch die einwandernden Fremden aus dem Osten vermehrt; es wird auch jenseits der Grenze aufklärend gewirkt. Es ist aber so, dass die Not der Juden im Osten eine derartig unfassbare ist, dass die besten Erklärungen und Warnungen nichts nutzen. Wenn Sie diese Not der Juden im Osten kennen würden, würden Sie verstehen, dass diese neue Welle immer vor der Türe steht, wenn es nicht gelingt, jenseits der Grenzen Hilfe zu schaffen.

Wir glauben, dass der Arbeitsnachweis, den sich die Jüdische Gemeinde angegliedert hat, ein wichtiges Instrument der Gemeinde ist, ein wahrhaft soziales. Der in Not Geratene soll nicht warten müssen, bis die Wohlfahrtskommission kommt, sondern der Arbeitsnachweis soll ihm vorher die Arbeit zu geben in der Lage sein. Wirklich wichtig ist, dass jeder von uns in seinem Bekanntenkreise Propaganda macht, auf den Arbeitsnachweis hinweist, der wirklich sorgfältige Auswahl bei den zu besetzenden Stellen trifft. Der Arbeitsnachweis ist das einzig wirksame Mittel, obgleich ich genau weiss, dass auch er die Frage nicht lösen wird, genau so wenig wie die heutige Versammlung. Sinn und Zweck ist, dass sich immer mehr Menschen zur Verfügung stellen, die Kleinarbeit leisten. Die Entwicklung geht dahin, dass der Grosskonsum an die Stelle des selbständig arbeitenden Maschen tritt. Es ist daher notwendig, das deutsche Judentum

dahin zu erziehen. dass nicht mit der Selbständigkeit sondern mit dem Angestelltenverhältnis zu rechnen ist. Und einem jüdischen Menschen Stellung zu besorgen, sei eine Arbeit für uns.

Vorsitzender Direktor Kareski: Wir können mit der Veranstaltung insofern zufrieden sein, als ja wohl allen die Schwere der Situation, soweit sie es nicht schon vorher empfunden haben, bewusst geworden ist. Herr Professor Bernhard hat mir einen Satz aus der Seele gesprochen: Wir kommen mit allen Ermahnungen und Aufklärungen nicht so weit wie mit der praktischen Aufgabe, unseren Arbeitsnachweis auszubauen. Deshalb hatte ich vor, um heute noch zu einem praktischen Ergebnis zu kommen, vorzuschlagen, noch heute abend einen Beirat für unseren Nachweis zusammenzusetzen. Ich möchte diesen Vorschlag aber nicht aufrechthalten. Es sind doch schon eine Reihe von Herren aus dem Saale gegangen. Wir werden uns an alle Teilnehmer der heutigen Versammlung wenden mit der Bitte um ihre Mitarbeit für die Gründung eines solchen Ausschusses,der den Ausbau unseres Arbeitsnachweises mit uns gemeinsam formen will. Ich darf feststellen, dass schon einige Anerbieten zur Mitarbeit da sind und ich hoffe, dass der Appell, den wir an Sie richten wollen, auf fruchtbaren Boden fallen wird. Wir können den Kreis garnicht weit genug ziehen. - Vielleicht darf ich noch ein Wort zu der Frage der Berufsumschichtung sagen, damit keine Missverständnisse aufkommen. Die Jüdische Gemeinde denkt nicht daran, die Berufsumschichtung durchaus vorzunehmen, wie es vor einigen Jahren der Mode

letzter Schrei gewesen ist. Es war ein grosser Fehlschlag, die Juden zur Ausbildung in der Landwirtschaft heranzuziehen, da wirtschaftliche Problem der Juden ist dadurch nicht gelöst worden. Wir freuen uns über jeden Juden, der Landwirtschaft treiben will,aber wir empfinden es durchaus als unfruchtbare Utopie, irgendwelche wesentlichen Verbesserungen der Lage der Juden daraus ziehen zu wollen. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Not bahnt sich ganz von selbst eine vernünftige Entwicklung an. Aufgabe der dazu vorhandenen Instanzen muss es sein, diese Entwicklung zu fördern und sie immer mehr in geordnete Bahnen zu lenken und die Juden für diejenigen Berufe heranzuziehen, für die sie am geeignetsten sind.
Es steht fest, dass wir in der heutigen Zeit schwer zu ringen haben werden, und es hat niemand das Recht, seine Mitarbeit zu versagen. Wir werden Sie bitten, uns Ihre Mitarbeit zur Verfügung zu stellen, und ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, dass sich recht viele arbeitsbereite Herzen finden.

- - - -

26.6.34

Arbeitnehmerschaft und Erwachsenenbildung

von S.Adler-Rudel

(Notizen zur Rede in Herrlingen)

I.

Die heutige Zusammenkunft ist den Fragen der Erwachsenenbildung gewidmet. Wenn ich den Kreis der Teilnehmer ansehe, so glaube ich, dass mindestens 60% der hier Versammelten auch bei jeder anderen Tagung, die sich mit jüdischen Fragen -sei es wirtschaftlicher, wohlfahrtspflegerischer oder kultureller Natur beschäftigt- anwesend wären. D.h. Thema und Inhalt der Tagung würden sich wohl ändern, die Menschen jedoch bleiben dieselben. Diese Feststellung erscheint mir deshalb notwendig, weil sie ein Beweis dafür ist, wie arm das jüdische Leben an Menschen geworden ist, wie sehr die Verbeamtung der gesellschaftlichen Tätigkeit um sich gegriffen hat, und wie schwach jene frei und nichtbeamteten Kräfte in der jüdischen gesellschaftlichen Tätigkeit zur Geltung kommen. Daraus folgt, dass wir bei all unseren Unterhaltungen den Boden der Realität nicht verlassen dürfen und nicht Beschlüsse fassen, zu deren Ausführung es uns nicht nur an materiellen Mitteln, sondern auch an Menschen fehlt.

II.

Es ist hier von der Krise, die wir erleben, gesprochen worden und wie sehr das Jahr 1933 das deutsche Judentum erschüttert hat. Das Gefühl der Sicherheit, das das deutsche Judentum in den letzten 50 Jahren hatte, diese Sicherheit als Folge freier

wirtschaftlicher Betätigung und ausserordentlich günstiger wirtschaftlicher Lage, ist endgültig verschwunden. Es wäre aber falsch zu glauben, dass dies nur eine Folge der Ereignisse des Jahres 1933 war. Die Krise des deutschen Judentums -namentlich ihre wirtschaftliche Krise- sie war schon früher da. Das Jahr 1933 hat lediglich einen bereits bestehenden Zustand legalisiert, von dessen Vorhandensein das offizielle Judentum nur keine Notiz nehmen wollte. Lebte das deutsche Judentum nicht Jahrzehntelang isoliert vom jüdischen Volkskörper, wären wir eingeschaltet in die grosse Gesamtheit dessen, was man jüdisches Volk nennt, so wäre die Erschütterung nicht so arg, wären wir von den Ereignissen nicht so niederschmetternd getroffen und nicht so verzweifelt, wie es heute zu sein scheint.

III.

Das geistige Gesicht des deutschen Judentums bis zum Kriege war im wesentlichen bestimmt von seiner Sozialgliederung. Es war bürgerlich im guten Sinne des Wortes. Der Akademiker und der wohlhabende Kaufmann drückten dem gesamten jüdischen Leben den Stempel ihrer sozialen Stellung auf. Der Akademiker führte und lehrte, der Bürger finanzierte in reichem Maasse alle die gesellschaftlichen Erfordernisse der Juden; der Kleinbürger, der mittlere und kleine Kaufmann, sie waren Zuhörer bei Veranstaltungen und Objekte gesellschaftlicher Massnahmen, ohne selbst allzu sehr in Erscheinung zu treten.

Neben dem Akademiker und dem besitzenden Bürger, neben dem auch noch in wirtschaftlicher Sicherheit lebenden Kleinbürger

gab es schon vor dem Jahre 1914 im deutschen Judentum eine breite proletarische Schicht: die Gruppe der kleinen Angestellten und der Arbeiter. Eine Schicht, die vom offiziellen Judentum und seinen bürgerlichen Wortführern so gut wie nicht beachtet wurde, es sei denn, dass sie als Objekte für die Philanthropie des jd. Bürgertums in Frage käme, wobei es hier gleichbleiben mag, ob es sich um materielle oder geistige Philanthropie handelt.

Für die jüdische Gesellschaft existierte diese proletarische Schicht überhaupt nicht. In den Gemeinden war sie nicht zu sehen, selbst das allgemeine Wahlrecht, das nach dem Kriege bei den Gemeinden eingeführt wurde, hat daran nichts geändert. Hier hat das deutsche Judentum, das sich sonst so gern an die nichtjüdische Umwelt assimilierte, sich nicht assimiliert, d.h. während nach dem Kriege die proletarische Schicht im öffentlichen Leben Deutschlands in der Wirtschaft und in der Politik in einem ungeheuren Ausmasse zur Geltung kamen, ist diese Schicht im jüdischen Leben -mit Ausnahme weniger Intellektueller, die den Versuch einer jüdischen Betätigung machten- genau so stumm und unbekannt geblieben, wie vor dem Kriege. Ja, Männer, die im öffentlichen Leben Wortführer fortschrittlicher und neuer Ideen waren, vertraten, sobald sie im Kreise der jüdischen Gemeinden zu Worte kamen, meist rein konservative und reaktionäre Politik, wobei sich hier eine seltene Uebereinstimmung zwischen den Wortführern der feindlichen Lager -liberalen und zionistischen Repräsentanten- ergab.

IV.

Die proletarische Schicht existierte zwar, doch jüdisch war sie verloren. Sie war am stärksten von der Assimilation ergriffen. Hereingestellt in die moderne Arbeiterbewegung, gewerkschaftlich und politisch Partei der Arbeiterschaft, verlor sie jeden Zusammenhang mit der jüdischen Gemeinschaft, musste ihn verlieren, weil diese Gewerkschaften sich ausschliesslich religiös bekannte, während vor und nach dem Kriege die jüdischen Arbeitnehmer, die sich der allgemeinen Arbeiterbewegung angeschlossen hatten, freigeistigen Ideen anhingen und jede religiöse Bindung ablehnten. Der so stark unterstrichene religiöse Inhalt des liberalen Judentums musste daher die proletarische Schicht der jüdischen Gemeinschaft ganz entfremden. Fand diese Schicht nicht nur ihre wirtschaftlichen Interessen bei den allgemeinen Vereinigungen der Arbeiterschaft gewahrt, sondern auch ihr geistiges und ~~gewerk~~ gesellschaftliches Leben führte sie viel enger und viel mehr mit dem nichtjüdischen Arbeitskollegen als mit dem jüdischen Bürger zusammen. Der gesellschaftliche Gegensatz zwischen Bürger und Arbeiter kam bei den Juden besonders stark zum Ausdruck, weil der Bürger auch von sich aus von der Existenz des jüdischen Arbeiters keine Notiz nehmen wollte und ihn als gesellschaftlichen Faktor ablehnte. Je mehr die jüdischen Arbeitnehmer innerhalb der allgemeinen Arbeiterbewegung Fuss fassten, je mehr sie wirtschaftlich und gesellschaftlich sich dort verankerten, umso mehr lösten sie die Bindungen zur jüdischen Gemeinschaft. So kam es, dass gerade in Kreisen der Arbeitnehmerschaft die Mischehen besonders stark vertreten waren, dass Austritte aus der jüdischen

Gemeinde und Lösung der letzten Beziehung zu ihr, namentlich von der zu einer gewissen Führung gelangten Schicht der Juden innerhalb der Arbeiterbewegung, immer stärker wurden.

V.

Die Krise, die nach dem Kriege einsetzte und im Jahre 1933 zur endgültigen Erschütterung der Position des deutschen Judentums führte, hat nicht nur das jüdische Bürgertum erschüttert, auch die proletarischen Kreise -namentlich jene, die sich fest verankert glaubten in der nichtjüdischen Arbeiterbewegung- sind von dieser Erschütterung mitbetroffen worden. Der Boykott der jüdischen Arbeitnehmer hatte lange vor dem Jahre 1933 eingesetzt. Die Verdrängung der jüdischen Angestellten und Arbeiter aus der Wirtschaft war ein seit Jahren schleichender Prozess. Zu dieser wirtschaftlichen Verdrängung gesellte sich nun der Verlust jeder Möglichkeit der Betätigung in der Arbeiterbewegung, die Ausschaltung aus dem kulturellen Leben und, was wohl das schlimmste war, die Zerstörung all' der Ideale, die Jahrzehntelang für die proletarische Schicht zum Lebensinhalt geworden waren. Die Folge war, nicht nur schwere materielle Not, sondern geistige Heimatlosigkeit und seelische Gebrochenheit von einem geradezu ungeheuerlichen Ausmaass. Vom Judentum längst losgelöst, von der nichtjüdischen Umwelt ausgestossen, fanden sich plötzlich zehntausende wertvoller Menschen ohne jeden inneren Halt, ohne jeden Zusammenhang und ohne jede Möglichkeit nicht nur ihre Interessen wahrzunehmen, sondern auch jeder primitivsten Form geistigen Eigenlebens benommen.

Die Geschehnisse hatten bei zahlreichen losen jüdischen Arbeitnehmern, namentlich aber bei jenen, die eine gewisse führende Stelle innerhalb der allgemeinen Arbeiterbewegung inne hatten, eine wirklich ehrliche Erschütterunghervorgerufem. Aus innerer Not und innerem Bedürfnis heraus besannen sie sich auf den Ursprung ihrer Herkunft; ehrlich, suchten sie nach einer Beziehung zum Judentum, nach der Möglichkeit einer Rückkehr ins Judentum und zur jüdischen Gemeinde; wieder nicht nur aus materieller Berechnung, sondern aus dem ehrlichen Bedürfnis heraus nach Gemeinschaft mit all' denen, die gleich ihnen aus allen Lebenserscheinungen des deutschen Volkes ausgeschaltet wurden.

VI.

Innerhalb der jüdischen Gesellschaft nahm die jüdische Jugendbewegung eine besondere Stellung ein. Auch sie war im wesentlichen eine Vereinigung bürgerlicher Menschen. Die Tatsache, dass dem neutralen jüdischen Jugendverband vor dem Kriege in den kleineren Städten auch jüdische Angestellte angehörten, ändert nichts an der allgemeinen Charakterisierung der Stellung der jüdischen Arbeitnehmerschaft, die wir früher gegeben haben. Nach dem Kriege veränderte sich auch die jüdische Jugendbewegung in mancher Hinsicht. Noch immer waren ihre Führer und ihre Mitglieder der Kinder des bürgerlichen Judentums. Ergriffen jedoch von den Zeitströmungen der Nachkriegsjahre versuchten die verschiedensten Kreise der jüdischen Jugendbewegung in immer stärkerem Maasse einen Ausgleich zwischen ihrer Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinschaft

und den umwälzenden Erscheinungen, die das Leben der Allgemeinheit beherrschten. Wenn sie auch in immer stärkerem Umfange den sozialen Tendenzen der Zeit anhingen, so wurde ihre Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinschaft für sie bestimmend und immer wieder war es die Jugendbewegung aller Richtungen, die darum kämpfte, in der jüdischen Gemeinschaft gehört zu werden und den sozialen Veränderungen auch in den jüdischen Gemeinden zum Durchbruch zu verhelfen. Diese jungen Menschen, die zum Teil sehr unter dem Einfluss der palästinensischen Wirklichkeit früher als ihre Väter die Brüchigkeit der Existenzschaftsposition der Juden erkannten und für ihre berufliche Zukunft Entscheidungen trafen, die den bisherigen Gepflogenheiten des jüdischen Bürgertums diametral entgegengesetzt waren, erfuhren nun auch am eigenen Leibe die Verdrängung aus der Wirtschaft; sie erkannten mit den Jahren immer stärker die Eigenartigkeit der Galuz-Situation der Juden.

VII.

Die berufliche Umschichtungsbewegung, von der heute das gesamte deutsche Judentum ergriffen ist, istnicht nur eine Folge der veränderten Verhältnisse des Jahres 1933. Bereits nach dem Kriege begann in der jüdischen Jugend, stark beeinflusst durch die Möglichkeit einer Einwanderung nach Palästina, ein tiefgreifender Umschichtungsprozess, in dessen Verlauf tausende junger Menschen, meist gegen den Willen ihrer Väter, sich landwirtschaftlichen und handwerklichen Berufen zuwandten.

Die Umschichtungsbewegung der Gegenwart jedoch stellt uns insofern vor ganz andere Aufgaben, als es sich nicht mehr darum handelt, in einem allmählichen Prozess, der bei der Jugend einsetzt, jüdische Menschen anderen bisher von ihnen nicht ausgeübten Berufen zuzuführen, sondern dass gleichzeitig erwachsene Menschen, die bisher in einem ganz anderen Lebensraum tätig waren, sich nun in einer verhältnismässig kurzen Zeit auf eine ihnen ganz fremde berufliche Tätigkeit umstellen mussten. Dies hat zur Folge, dass im jüdischen Leben Deutschlands ein ganz neuer und bisher fremder Typus heranwächst, der seine eigene Problematik und seine eigenen Schwierigkeiten hat, denn es handelt sich hier nicht nur darum, dass tausende Menschen in der kurzen Zeit eines Jahres eine Anzahl technischer Handgriffe lernen, sondern vielmehr um die Erkenntnis der Veränderung ihres gesamten Lebensstandards und des Inhalts ihres Lebens. Dies wird für sie erschwert dadurch, dass ihnen jegliche Arbeitstradition fehlt, dass sie kein Verständnis für Material und Werkzeug haben, dass sie noch kein Gefühl dafür haben, dass Holz und Eisen nicht tote Stoffe sind, die durch Fertigkeit des Menschen belebt werden können. Ihnen fehlt das Verständnis dafür, welchen Weg der Baumstamm durchmacht, bis er als vollendetes Möbelstück in unserem Zimmer landet. Ihnen geht noch jenes befreiende Gefühl ab, das den Arbeiter durchströmt, wenn er sich des schöpferischen Wertes seiner Arbeit bewusst ist.

VIII.

Hier geht es nun darum, diesen Menschen auf dem Wege der Bildung das zu geben, was ihnen an Tradition und Erfahrung fehlt und was in der kurzen Zeit innerhalb ihres Ausbildungsbetriebes

von ihnen nicht erworben werden kann. Diesen ungeschulten Menschen die Erkenntnis ihrer Situation, das Neue ihres Lebens darzustellen, ihnen das Wissen von den Dingen, an denen sie arbeiten zu vermitteln, scheint mir in dieser Zeit eine der wichtigsten Aufgaben der Erwachsenenbildung, wobei nicht übersehen werden darf, dass es sich mehr als um die Vermittlung schulmässigen Wissens handelt, dass es sich um die Neuformung von Menschen handelt die reif gemacht werden müssen, um in einem anderen Lebensraume als dem bisher gewohnten bestehen zu können. Als Beispiel dafür, wie diese Arbeit geleistet werden muss, kann jener zweite Teil der Umschichtler herangezogen werden, die sich aus ihrer jüdischen Einstellung heraus beruflich für Palästina vorbereiten. Hier, unter dem Einfluss der Idee der Chaluzijud entwickelt sich in der Tat ein ganz neuer jüdischer Typus. Menschen, die wissen, dass ihre berufliche Umstellung nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt, sondern dass am Ende ihrer Ausbildung auf sie ein Ziel wartet; Menschen, die wissen, dass das Leben, das ihrer harrt, schwer sein wird, die jedoch ganz erfüllt sind von jener Leidenschaft, an der Neugestaltung jüdischen Lebens in Palästina mitzuarbeiten, die so viel Schwierigkeiten des Lebens leichtüberwinden lässt. Genau so wie innerhalb der Chaluz-Bewegung immer wieder versucht wird, den Menschen ganz zu erfassen, und ihn ganz auf das ihm gesteckte Ziel umzustellen, genau so müsste auch jener Mensch erfasst werden, der nicht die Absicht hat, nach Palästina zu gehen, sondern glaubt, in Deutschland bleiben zu können oder bleiben zu müssen.

IX.

Wie sind nun diese Menschen, die in Deutschland bleiben wollen, zu erfassen? Nach dem, was ich hier im Laufe der zwei Tage gehört habe, scheint es mir wichtig zu sein, zunächst festzustellen, wie diese Menschen im Rahmen der Erwachsenenbildung nicht zu erfassen sind. Sie sind nicht zu erfassen durch Barmherzigkeit, wie sie hier manchen vorschwebt. Sie sind nicht zu erfassen durch religiöse Erbauung und sie sind nicht zu erfassen durch Wohltätigkeit. Die letzten, die als Träger der Bildungsarbeit in Frage kommen, sind, um es ganz deutlich zu sagen, die Herren Rabbiner, denn die Menschen, um die es sich handelt, -sowohl jene, von denen ich früher sprach, als auch jene, die sich in der Umschichtung befinden- das sind Menschen unserer Zeit, Menschen, die in ihrer persönlichen Einstellung fern von Gott sind und einen Gott, wie er ihnen durch ~~persönliche~~ religiöse Predigt und durch Rabbiner vermittelt wird, werden sie immer ablehnen. Menschen unserer Zeit können nur aus dem Erlebnis der Zeit und aus dem, was in ihnen aus dem letzten Jahrzehnt vorhanden ist, erfasst werden. Sie können nur dann erfasst werden, wenn ihre Initiative geweckt wird, Versuche der Selbsthilfe gefördert werden und ihnen der Weg zum jüdischen Volk geebnet und erleichtert wird.

X.

Die Aufgabe, die der Erwachsenenbildung hier gestellt wird, ist ausserordentlich, aber zu leisten heute eher als zu irgend-

einem Zeitpunkte vor dem 1.April 1933. Aber nur dann, wenn man diese arbeitenden Menschen von dem Gefühl der Vereinsamung und Isolierung, in dem sie sich als deutsche Juden befinden, befreit und ihnen zeigt, dass sie nur ein Teil sind jenes grossen jüdischen Volkes, zu dem 16 Millionen Menschen gehören. Wenn man sie hineinstellt in den Kreis der jüdischen Arbeiterbewegung der Welt, wenn sie zu einem Teil werden jener jüdischen Arbeiterschaft, die sich aus Millionen Menschen zusammensetzt -über den europäischen Osten nach Amerika und Palästina. Um dies zu können, muss man verstehen, dass man brechen muss mit jener Erkenntnis, die im Judentum nur eine religiöse Gemeinschaft sieht und dass man selbst davon überzeugt sein muss, um wieviel mehr Judentum als nur religiöse Gemeinschaft wichtig ist. Dann wird man auch verstehen, dass, wenn man z.B. von der Notwendigkeit der Kenntnis jüdischer Geschichte spricht, es sich nicht so abspielen darf, wie hier, dass man am liebsten 2000 Jahre zurückgeht und wenn man schwer fortschrifttlich ist, glaubt, nur 1000 Jahre zurückgehen zu dürfen. Jüdische Geschichte diesem Kreis beizubringen kann man nur dann, wenn man von dem historischen Ablauf der Gegenwart ausgeht und jenen Teil jüdischer Geschichte zunächst behandelt, der den Menschen unserer Zeit verständlicher und begreiflicher ist. Nicht vergessen werden darf dabei die grosse Bedeutung der jüdischen Arbeiterliteratur in hebräischer und jiddischer Sprache. Diese Literatur muss auch dem deutsch-jüdischen Menschen zugänglich gemacht werden, denn aus ihr wird man ja am besten erfahren, dass er als jüdischer

Arbeiter in Deutschland keine isolierte Erscheinung ist, sondern Teil einer grossen jüdischen Arbeiterschaft, die überall in der Welt vorhanden ist.

XI.

Wenn die jüdische Gesellschaft auf den Wege der Erwachsenenbildung die ihr gestellte Aufgabe erfüllen soll, so nur dann, wenn sie Verständnis aufbringt, für die Umschichtung, die sich innerhalb des deutschen Judentums vollzieht. Verständnis dafür, dass der arbeitende Mensch, dass der Arbeiter gesellschaftlich gleichbewertet werden muss, dass er in Gesellschaft und Leben als ein gleichberechtigter Faktor zu gelten hat. Dass er nicht mehr nur Objekt für andere ist, sondern Subjekt, das selbst an der Wahrnehmung seiner Interessen handelt und sich als gleichberechtigt mit allen anderen Kreisen der jüdischen Gemeinschaft empfindet. Nur wenn dem Arbeiter im jüdischen Leben jene Anerkennung zuteil wird, die die Arbeiterschaft heute überall findet, nur dann können die Spannungsmomente innerhalb der jüdischen Gemellschaft erleichtert und dem jüdischen Menschen der Weg zur Arbeit und zu einer eigenen jüdischen Arbeiterschaft ermöglicht werden.

- -- - - - -

26.6.34

Schlusswort zur Herrlinger Rede.

I.

Es ist hier die Frage nach den Trägern der Bildungsarbeit gestellt worden. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten für eine Bildungsarbeit, wie sie mir vorschwebt. Ich glaube jedoch, dass wir gerade heute eine Gelegenheit haben, wie sie für Erwachsenenbildung kaum jemals besser vorhanden sein könnte. Es gibt heute unter jenen, die sich beruflich umstellen, eine ausserordentlich grosse Zahl von Akademikern, die für eine derartige Arbeit gewonnen werden können, vielleicht am besten für sie geeignet sind, weil sie an sich selbst diesen Prozess der Umstellung erfahren.

Auch die jüdischen Kulturbünde, die wir heute allenthalben haben, könnten in den Dienst einer solchen Bildungsarbeit gestellt werden, wenn es gelingt, ihre Programmgestaltung so zu beeinflusen, dass sie den besonderen Kulturbedürfnissen einer proletarischen Schicht entsprechen.

II.

Zur Frage der organisatorischen Zusammenfassung der jüdischen Arbeitnehmerschaft will mir scheinen, als ob wir hier noch nie ernsthaft an die Frage herangegangen sind, ja, dass wir in dieser Frage sogar eine ziemlich unglückliche Hand hatten. Die Vorschläge zur organisatorischen Erfassung, die an uns herangetragen wurden, kamen von ehemaligen jüdischen Gewerkschaftlern, die,

nachdem sie ihre alte Position verloren hatten, nach neuen Mög-
lichkeiten suchten. Es war richtig, dass wir diesenVorschlägen
sehr kritisch gegenüberstanden. Ebenso richtig war es, dass
wir die wilden Versuche zur Organisation abgelehnt haben. Damit
qllein aber kann man der Frage nach der Organisation nicht gerecht
werden. Eine Organisation von jüdischen Arbeitnehmern kann nicht
von oben gemacht werden, sondern nur der Erfolg einer Initiative
sein,die von unten aus den Schichten der Arbeitnehmerschaft
kommt. Es liegt an uns, diese Initiative zu wecken, die Bestre-
bungen zu fördern, ohne dass wir die Selbstständigkeit einer sol-
chen jüdischen Arbeitnehmervereinigung allzusehr beschränken.

III.

Es ist hier viel von der Ideologie in der Umschichtung ge-
sprochen worden und von der Antwort, die jenen Menschen zu geben
ist, die zwar zur Umschichtung bereit sind, aber in Deutschland
bleiben wollen. Wenn ich vom deutsch-jüdischen Kreis verlangt ha-
be, dass er diese Antwort gebe, so soll das nicht heissen, dass
ich die Verantwortung für diese Arbeit ablehne. Ich glaube, auch
wir, die wir zionistisch gebunden sind, sind verpflichtet, die
Antwort für jene zu geben, die hier bleiben, doch können wir sie
nur so geben, wie wir auf Grund unserer Gesamtjüdischeneinstellung
es empfinden. Diese Antwort kann nur getragen sein von der Ueber-
zeugung, dass die Juden in Deutschland nicht isoliert sind. Dass
die in einem viel stärkeren Maasse als es ihre Wortführer zugeben

wollen, Teile des jüdischen Volkes sind. Wenn das deutsche Judentum heute Hilfe von Juden aus dem Auslande erhält, so liegt darin nichts Beschämendes, denn Jahrzehntelang haben deutsche Juden den Juden im Auslande ihre Hilfe dargebracht. Nur wenn wir die Isolationsschicht, mit der man das deutsche Judentum umkleidet hat, durchbrechen, ergibt sich die Möglichkeit einer Verständigung, finden wir den Weg zueinander. Erkennt man das Judentum als eine Einheit, dann versteht man auch das Palästina vom Judentum ausserhalb Palästina's in seinem Sein und in seiner Entwicklung abhängig ist, dann weiss man auch, dass es zionistische Arbeit sein kann, in Deutschland zu bleiben und hier für eine Erhaltung und Erstärkung der jüdischen Gemeinschaft zu wirken. Dann weiss man aber auch, dass man als jüdischer Mensch in Deutschland bleiben kann, um mitzuarbeiten an der Gestaltung dessen, was in Palästina wird. Es besteht ein untrennbarer Zusammenhang zwischen Juden in Deutschland und Palästina. Nur aus der gemeinsamen Arbeit für eine Gesundung der jüdischen Gemeinschaft in Palästina und in Deutschland ergibt sich die Möglichkeit einer Antwort auf alle die Fragen, die hier gestellt wurden, eine Antwort, wie sie aber nur von einem seiner Selbst bewussten Judentum gegeben werden kann.

. - - - - - - .

12/II 35
Loxenbl.
Berlin

B e r u f s u m s c h i c h t u n g !

von
S.Adler-Rudel

I.

Die schicksalsschweren Ereignisse der letzten Jahre haben das deutsche Judentum gezwungen, den Fragen der Berufsschichtung- und umschichtung erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die früher von einem kleinen Kreis getragene Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Aenderung und Normalisierung der beruflichen Struktur der in Deutschland lebenden Juden schien zum Gemeingut des gesamten Judentums geworden zu sein. Anstelle der jahrelangen theoretischen Auseinandersetzungen über die Möglichkeiten einer beruflichen Umschichtung trat die drängende Notwendigkeit praktischer Massnahmen. Tausende Menschen aller Altersstufen und der verschiedensten Berufe, die durch die Ereignisse aus ihrer bisherigen Tätigkeit eliminiert wurden, bedrängten die jüdischen Gemeinden und zentralen Organisationen, forderten Rat und Hilfe bei der Umstellung auf eine andere berufliche Tätigkeit. Unter dem Druck dieses Massenandranges wurden mit grösster Beschleunigung Beratungsstellen und Ausbildungsstätten geschaffen, um wenigstens einem Teil der zur Umschichtung drängenden Menschen eine Möglichkeit hierzu zu geben. Den verantwortlichen Stellen des deutschen Judentums war es aber schon bei Beginn dieser Arbeit klar, und dies ist wiederholt ausgesprochen worden, dass diese aus der Zeit geborenen Notmassnahmen nur ein Teilgebiet der grossen Aufgabe einer wirklichen Berufsumschichtung sein können. Denn sinnvolle Berufsumschichtung mit dem

Ziel einer Aenderung der gesamten Berufsstruktur des deutschen Judentums kann nicht durch Notstandsmassnahmen erreicht werden, sondern nur einen Jahrzehnte währenden Prozess, der von der Umgestaltung der jüdischen Schule von der Lernschule zur Arbeitsschule, zur Erfassung und Beratung der schulentlassenen Kinder und der Verteilung und Einordnung auf die von Juden bisher nicht besetzten Berufe -soweit der Zugang zu diesen durch gesetzliche Massnahmen nicht gesperrt ist- verläuft.

Ein derartiger erfolgversprechender Versuch einer tiefgreifenden Berufsumschichtung ist seit Beendigung des Krieges -wenn auch von der jüdischen Oeffentlichkeit wenig beachtet- unausgesetzt bis zu den Ereignissen des Jahres 1933 durchgeführt worden. Mit zäher Energie sind die Gemeinden zur Errichtung und Ausbau von Berufsberatungsstellen gedrängt worden, sind namentlich in Berlin tausende Kinder handwerklichen und landwirtschaftlichen Berufen zugeführt worden. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Kinder, die sich manuellen Berufen zuwandten, gestiegen und die Zahl Derer, die sich für kaufmännische oder freie Berufe entschieden, zurückgegangen. Die jüdische Jugend hat hier viel eher die Zeichen der Zeit erkannt und eine Entscheidung für ihre wirtschaftliche Zukunft im Sinne praktischer Arbeit bereits zu einer Zeit getroffen, als für viele führende Menschen des deutschen Judentums die Frage einer beruflichen Umstellung noch nicht aus dem Stadium theoretischer Erwägungen hinausgekommen war.

Diese für die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Judentums so bedeutungsvolle Arbeit hat nach den Ereignissen des Jahres 1933 einen starken Antrieb erhalten; sie wird jedoch von den Schwierigkeiten, die sich bei der Umschichtung erwachsener Personen ergeben, zu sehr überschattet. Das Interesse und die Kritik, die die Umschichtungsmassnahmen für Erwachsene in der jüdischen Oeffentlichkeit erfahren, scheinen fast zu einer Gefahr für die kontinuierliche Entwicklung der Berufsumschichtung zu werden.

II.

Der Versuch, erwachsene Menschen, die bisher kaufmännische oder geistige Berufe ausübten, und deren Leben sich zumeist in ganz anderen Bezirken abspielte, zu Handwerk und Landwirtschaft überzuführen, stellte die jüdischen Gemeinden und Organisationen vor eine ausserordentlich schwierige Aufgabe. Vor eine Aufgabe, für die es kein Vorbild gab, für deren Erfüllung erst die geeigneten Wege und Methoden gesucht werden mussten, für deren praktische Durchführung es an vorgebildeten Menschen fehlte. Ungeachtet aller dieser Schwierigkeiten sowie des notwendigen Aufwandes enormer Geldmittel, die nicht ohne weiteres zur Verfügung standen, kann heute trotz aller Kritik, die oft sehr leichtherzig an den Umschichtungsmassnahmen geübt wird, doch festgestellt werden, dass, gemessen an den Möglichkeiten in der kurzen Zeit von 1½ bis 2 Jahren Ausserordentliches geleistet wurde. Rund 8 000 Menschen dürften seit dem Frühjahr 1933 einer beruflichen Umstel-

lung zugeführt worden sein. Von diesen sind ungefähr 3 500 als Arbeiter nach Palästina ausgewandert. Die Berichte, die bisher über ihre Einordnung im Lande vorliegen, sind alle positiv, d.h. die Menschen, haben sich dort bewährt und in den von ihnen gewählten Berufen Lebensmöglichkeiten gefunden. Ungefähr 1 000 weitere Umschichtler dürften in Deutschland und im europäischen Auslande die neuerlernten Berufe ausüben, die restlichen 3 500 befinden sich noch in der Ausbildung.

Diese zweifellos günstigen Ergebnisse konnten nur erzielt werden dank der unerhörten Anstrengungen aller Stellen, die an der Durchführung der Umschichtungsmassnahmen beteiligt waren. Denn nur wer den Verlauf dieser Arbeit in ihren Details kennt, kann ermessen, wieviel Mühe und Hingabe erforderlich waren, um die immer grösser werdenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und den Menschen, die unter ausserordentlichen Opfern sich der Berufsumschichtung unterzogen, die Erreichung ihres Zieles zu ermöglichen.

III.

Der Kritiker des Umschichtungswerkes, die zuweilen in einem Teil der jüdischen Presse ihre Stimme erheben, ist von diesen Schwierigkeiten wenig oder nichts bekannt; sie wissen nicht, welche Anforderungen in jedem Einzelfall an die Organisationen und den Menschen gestellt werden und dass der Möglichkeit einer beruflichen Umstellung enge Grenzen gezogen sind. Sie übersehen

auch, dass die Zahl der umstellungsfähigen Menschen nicht unbegrenzt ist. Je grösser die Zahl der Menschen wurde, die zur Umschichtung bereit waren, desto mehr zeigte es sich, dass Alter und körperliche Konstitution dies ausserordentlich erschweren. Die Altersgrenze der zur Umschichtung Fähigen scheint mit dem 30igsten Lebensjahre erreicht zu sein.

Zu diesen im Wesen der Umschichtung liegenden Schwierigkeiten kommen Erschwernisse der Gesetzgebung und Verwaltung, denn auch für die nichtjüdische Oeffentlichkeit ist der von den Juden unternommehe Versuch der Berufsumschichtung neu und ohne Vorläufer. Die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür sind nicht ohne weiteres klar, jede neue Ausbildungsstätte erfordert besondere und langwierige Verhandlungen. So sind in Berlin zahlreiche in der Umschichtung befindlichen Menschen durch die vor Monaten erfolgte Schliessung der Ausbildungsstätten besonders hart betroffen. Trotz aller Bemühungen, bei den zuständigen Stellen, ist es bis heute noch nicht gelungen, die Aufhebung der Schliessung zu erreichen und die Arbeit fortzusetzen.

IV.

Schlimmer als die Kritik, die nicht immer auf genügender Vertrautheit mit der Sache beruht, ist der Umstand, dass manche Kreise des deutschen Judentums von einer gewissen konjunkturell-bedingten Konsolidierung beruhigt, nun glauben, dass es an der Zeit wäre, die gesamte Frage der Berufsumschich-

tung einer Revision zu unterziehen. Die leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt für kaufmännische Angestellte, der seit langem anhaltende Mangel an kaufmännischen Lehrlingen, der keineswegs jüdisch bedingt und ganz allgemein bemerkbar ist, scheinen willkommenen Anlass zu bieten, um die weitere Durchführung der Berufsumschichtung anzuzweifeln. Das Problem der Berufswahl der schulentlassenen Jugend wird zu einer Gegenüberstellung Derer, die in Deutschland bleiben und Derer, die auswandern wollen. Nachdem man jahrelang sich davon überzeugen konnte, dass die Juden in den kaufmännischen Berufen zu stark vertreten sind, scheint die plötzliche Sorge um geeigneten Nachwuchs für die von Juden in Deutschland noch besetzten Wirtschaftspositionen doch ein wenig übereilt. Diese einseitige Betrachtungsweise ist geeignet, die inneren Schwierigkeiten der Berufsumschichtung zu vergrössern. Nicht nur, dass bei vielen jungen Menschen Hoffnungen auf gut bezahlte kaufmännische Stellungen geweckt werden, deren Erfüllung voraussichtlich ausbleiben wird, sondern man übersieht auch den Lauf der Entwicklung und vergisst allzu rasch die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre.

V.

Die Frage der Berufswahl der Schulentlassenen darf nicht vom jüdisch-politischen Standpunkt aus allein betrachtet werden. Es muss jedem Verantwortlichen klar sein, dass das deutsche Judentum vor der Notwendigkeit steht, seinen Kindern eine berufliche Ausbildung zu geben, die es ihnen ermöglichen soll,

ihren Lebensunterhalt überall in der Welt zu finden.

Der weitblickendste Vorkämpfer für die Berufsumschichtung der Juden in Deutschland, Konsul A.M. S i m o n, dessen 30igster Todestag in diesen Tagen von der jüdischen Oeffentlichkeit kaum beachtet wurde, schreibt in einer seiner Broschüren im Dezember 1904 den Satz:

> "Wo ökonomische und politische Umstände die Auswanderung der Juden erfordern, muss durch Erziehung zu körperlicher Arbeit, namentlich Bodenkultur, die heranwachsende Generation von Jugend auf "exportfähig" gemacht werden."

Konsul Simon dachte bei der Formulierung dieses Satzes sicher nicht daran, dass auch die Kinder des jüdischen Bürgertums in Deutschland eines Tages gezwungen sein könnten, "exportfähig" zu werden. Aber dieser vor 30 Jahren niedergeschriebene Satz trifft auch die Situation des deutschen Judentums in der Gegenwart. Jugend beruflich "exportfähig" zu machen heisst nicht, sie zur Auswanderung zwingen, sondern heisst, sie in Berufen ausbilden, die, soweit es sich überhaupt übersehen lässt, in der ganzen Welt "marktgängig" sind.

Es besteht wohl kein Zweifel darüber, dass der eingeengte Lebensraum einen Teil des deutschen Judentums zur Auswanderung zwingen wird. Unter den Ländern, die für eine Einwanderung in Frage kommen, steht Palästina heute an erster Stelle

Palästina hat Bedarf an landwirtschaftlichen und handwerklichen Arbeitskräften. Es gibt kein Argument, das man unter diesen Umständen ernsthaft gegen die Zuführung der jüdischen Jugend zu diesen Berufen anführen könnte. Die Sorge um den kaufmännischen Nachwuchs, die manjetzt so oft anführt, kann an diesen Feststellungen nichts ändern, weil jene, die von dieser Sorge erfüllt sind, übersehen, dass nicht alle jüdischen Kinder, die heute die Schule verlassen, die Hilfe der jüdischen Oeffentlichkeit bei der Entscheidung über ihre Berufswahl in Anspruch nehmen. Auch heute noch vollzieht sich in sehr vielen Fällen die Berufswahl der schulentlassenen Kinder, bestimmt von der Entscheidung der Eltern, namentlich jener Eltern, die in der Lage sind, ihren Kindern eine entsprechende Ausbildung in den eigenen Geschäften oder bei befreundeten Kaufleuten zu geben. Hier ergibt sich also auf natürliche Weise bereits eine Befriedigung des Bedürfnisses nach Nachwuchs in den kaufmännischen Berufen, überdies sind auch bei den Berufsberatungsstellen der jüdischen Gemeinden die Anwärter auf kaufmännische Berufe mit 20-25% vertreten, wodurch sicherlich der Bedarf an Nachwuchs reichlich gedeckt ist.

Es darf dabei nicht übersehen werden, dass die Berufswahl der Jugend nur bis zu einem gewissen Grade beeinflusst werden kann. In den Vorstellungen und Tendenzen, mit denen jede Generation neu ins Leben tritt, findet die Beeinflussung ihre natürlichen Grenzen. Die Ereignisse der hinter uns liegenden

Jahre sind nicht ohne Einfluss auf die Entwicklung und Entscheidung unserer Kinder geblieben. In der Jugend ist ein entschiedener Wille, mit dem bisherigen Berufstradition des deutschen Judentums zu brechen und Berufe zu ergreifen, die zwar von der bisherigen bürgerlichen Lebenshaltung wegführen, dafür aber Erschütterungen, wie wir sie erlebt haben, in einem gewissen Maasse ausschalten.

So berechtigt mancher Einwand gegen die Methoden und Massnahmen der Berufsumschichtung sein mag, man dient dem deutschen Judentum schlecht, wenn man durch allzuweit gehende Revisionsabsichten und Auseinandersetzungen das Werk der Berufsumschichtung gefährdet,

.-.-.-.-.-.-

Berufsumschichtung - Das Gebot der Stunde.

I

Die politische Entwicklung der letzten Monate wirkt sich für das deutsche Judentum besonders verhängnisvoll aus. Gesellschaftlich und politisch aus seinen bisherigen Stellungen ausgeschaltet, ist es auch in seiner wirtschaftlichen Existenz auf das schwerste getroffen. Neben den Anwälten, die nicht mehr zur Ausübung ihrer Praxis zugelassen werden, neben den Ärzten, die durch Ausschaltung aus den Krankenkassen und Entlassungen aus den Krankenhäusern existenzlos geworden sind, neben den stsaatlichen und kommunalen Beamten und Angestellten, die ihre Stellen von heute auf morgen verloren haben, steht das grosse Heer des jüdischen Mittelstandes: Kaufleute, kaufmännische Angestellte, Bankbeamte, Lehrer, Jungakademiker. Sie alle sind fast ohne Subsistenzmittel und stehen vor der Frage, wie sie von nun ab ihr Leben gestalten, den Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen bestreiten sollen. Dabei ist die Entwicklung auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Gleichschaltung und damit der Eliminierung der Juden aus der Wirtschaft offenbar noch nicht beendet. Weite Kreise des deutschen Judentums sind heute noch in zahlreichen Positionen und Berufen vorhanden, von denen man nicht sagen kann, wie weit sie noch von dem Verdrängungsprozess erfasst werden.

Die wirtschaftliche Ver ichtung, der wir uns in diesen Tagen gegenübersehen, ist durch die Plötzlichkeit,

mit der sie über uns hereingebrochen ist, besonders tragisch. Wir können jedoch nicht sagen, dass wir von ihr ganz unvorbereitet getroffen worden sind. Sicherlich hat niemand von uns daran gedacht, dass wir in so weitgehendem Masse politisch und gesellschaft diffamiert und wirtschaftlich vernichtet werden können; aber in allen verantwortungsbewussten Kreisen des deutschen Judentums ist die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung seit Jahren mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt worden. Es genügt in diesem Zusammenhang, auf die zahlreichen Publikationen der wirtschaftlichen Situation der deutschen Juden, die in den letzten Jahren erschienen sind, hinzuweisen, insbesondere aber auch auf die Tätigkeit des Wirtschafts-Ausschusses des Preussischen Landesverbandes, indem zum ersten Mal ernsthafte Versuche unternommen wurden, die wirtschaftliche Situation zu klären und alle die Probleme, die sich aus der eigenartigen Berufsschichtung der deutschen Juden gerade in der Zeit der Wirtschaftskrise ergeben haben,einer Lösung zuzuführen. Es ist ein tragisches Verhängnis, dass diese für lange Zeit hinaus geplanten Arbeiten, Untersuchungen und Massnahmen zur Änderung der beruflichen Struktur des deutschen Judentums schon in ihren Anfängen durch den katastrophalen Zusammenbruch, den wir in diesen Tagen erleben,überholt wurden. Die Arbeiten des Wirtschaftsausschusses des Preussischen Landesverbandes hatten das Ziel, einen grossen einheitlichen Plan einer beruflichen Umgestaltung des deutschen Judentums aufzustellen.

Unabhängig von diesen zunächst theoretischen Erörterungen lief seit Jahr und Tag die praktische Tätig-

keit auf dem Gebiete der beruflichen Beratung und Umschichtung der jüdischen Jugend, von der immerhin in Berlin allein durch die Berufsberatung der Jüdischen Gemeinde vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1932 13500 junge Menschen erfasst wurden, von denen fast 8000 einer beruflichen Ausbildung zugeführt werden konnten. Schon eine flüchtige Betrachtung der Berufswahl dieser 8000 zeigt ein gänzlich anderes Bild als das, das wir sonst bei der Berufsverteilung der Juden zu sehen gewohnt waren. Hier herrschen nicht mehr die akademischen, kaufmännischen und Vermittelerberufe vor, sondern mehr als 2/3 der hier erwähnten Jugendlichen haben sich handwerklichen, technischen und landwirtschaftlichen Berufen zugewandt. Dies zeigt uns deutlich, wie sehr bereits früher die Tendenz einer beruflichen Umschichtung des deutschen Judentums, insbesondere bei der Jugend, zur Geltung kam, und dass wir selbst auf dem besten Wege waren, dem auch von uns erkannten Übelstand der Konzentrierung der Juden auf wenige Berufe durch Verteilung auf bisher von Juden nicht ergriffene Berufe abzuhelfen. Diese Arbeit hätte bei etwas ruhigerer Entwicklung sicherlich zu einer völligen Umgestaltung der Berufsstruktur des gesamten deutschen Judentums allmählich geführt.

II.

Die Plötzlichkeit des Geschehens stellt uns nun vor Aufgaben von einer derartigen Schwere, dass man vielleicht an der Möglichkeit ihrer Ausführung verzweifeln könnte. Und dennoch

spricht es für den gesunden Sinn und den Selbsterhaltungstrieb des deutschen Judentums, wenn heute schon, wenige Wochen, nachdem die Katastrophe über uns hereingebrochen ist, versucht wird, die Möglichkeit einer Rettung intensivst und tätig anzustreben.

Noch sind die Dinge zu sehr im Fluss, noch stehen wir zu sehr unter dem Eindruck der Ereignisse; dennoch aber müssen wir jetzt schon zum mindesten die Konturen eines Planes nachzeichnen, in dessen Rahmen wir sofort die notwendigen Arbeiten auf dem Gebiete der Berufsumschichtung in Angriff nehmen müssen. Denn darüber besteht im gesamten deutschen Judentum nur eine Meinung, dass, wenn überhaupt eine Rettung aus dieser Not möglich ist, sie nur auf dem Wege einer tiefgreifenden und sich sehr rasch vollziehenden Berufsumschichtung jener Menschen erfolgen kann, die durch diese Schicksalsschläge am schwersten getroffen und aus der bisherigen Bahn ihrer wirtschaftlichen Position geschleudert wurden.

Die berufliche Umschichtung kann, wenn sie sinnvoll sein soll, nur nach der Richtung der landwirtschaftlichen und handwerklichen Berufe hin entschieden werden, in beiden Fällen, sowohl nach dem Gesichtspunkte eines Verbleibens in Deutschland als auch einer Auswanderung nach anderen LändernIn Zeiten einer normalen Weltwirtschaft wäre diese Aufgabe zwar auch noch sehr schwierig aber immerhin leichter zu erfüllen gewesen als in einer Zeit, in der nicht nur die deutsche sondern die Weltwirtschaft sich in einer ausserordentlich schweren Krise befindet, in der alle Länder unter dem Überfluss an Arbeits-

kräften zu leiden haben und sich deshalb unter dem Druck der eigenen Arbeitslosigkeit gegen ein Zuströmen von neuen Arbeitskräften wehren. Unter diesem Gesichtspunkt müssen wir nun feststellen, welche Kreise überhaupt für eine derartige Berufsumschichtung in Frage kommen. Zunächst die gesamte schulentlassene Jugend und jendr Teil der Jugend, der im Begriff war, sich akademischenBerufen zuzuwenden und nun nicht mehr in der Lage ist, seine Studien fortzusetzen bezw. zu beenden. Hier liegt der wichtigste Teil der in die Wege zu leitenden Berufsumschichtung; denn, nur von der Jugend ausgehend, können wir den Versuch machen, unsere wirtschaftliche Position neu aufzubauen. Für die Beratung und Ausbildung der Jugendlichen, und zwar sowohl der eben schulentlassenen als auch derjenigen, die ihre schulische Ausbildung plötzlich abbrechen musste, müssen die bisherigen Grundsätze unserer Berufsberatung bestehen bleiben, d.h. hier, wo es sich um junge Menschen handelt, müssen wir besonders darauf achten, dass die Wahl der Berufe unter dem Gesichtspunkt der persönlichen Eignung getroffen wird und dass die Ausbildung möglichst vielseitig und gründlich erfolgen soll.Nach wie vor müssen wir hiervon der persönlichen Situation des Jugendlichen ausgehen und Berufswahl und Berufsausbildung so gestalten, dass sie der Persönlichkeit des jungen Menschen, seinen Wünschen und Hoffnungen gerecht werden.Die Einhaltung dieser Grundsätze wird sicherlich schwerer fallen als es bisher der Fall war, denn die Zahl der zur Verfügung stehenden Lehrstellen wird durch die Ablehnung nicht-jüdischer Arbeitgeber oder durch die Einstellung

der Versuch gemacht werden, von der persönlichen Situation des Einzelnen, seinen Fähigkeiten und seinen bisherigen Kenntnissen ausgehend, auf dem Wege kurzfristiger Kurse Berufe zu finden, die auch heute noch eine gewisse Sicherheit vor dauernder Arbeitslosigkeit bieten. Konkret gesprochen heisst dies z.B.: Verkäufer aus der Konfektion zu Schneidern umzuschulen, geeignete Verkäufer aus Spezialgeschäften zu Dekorateuren auszubilden oder Berufe zu finden, für die ein erwachsener 20jähriger Mensch weniger Zeit zur Ausbildung benötigt als ein in seiner Entwicklung begriffener 15 oder 16jähriger Jugendlicher. In dem Falle, wo eine systematische Berufsausbildung sich nicht mehr ermöglichen lässt, wird es notwendig sein, die in Frage stehenden Menschen zum mindesten so weit nachzuschulen, dass sie schwerer körperlicher Arbeit gewachsen sind, was am besten in landwirtschaftlichen Betrieben durchzuführen ist, wobei auch hier die Aussicht besteht, dass ein Teil dieser Menschen sich dem landwirtschaftlichen Berufe mit der Absicht späterer Siedlung zuwenden wird.

Am schwierigsten wird das Problem dort, wo es sich um Menschen handelt, die bereits seit Jahren in einem Berufe tätig waren (Angestellte, Jungakademiker,wissenschaftliche Hilfsberufe) und nun nicht mehr in diesem Verbleiben können. Auch hier muss der Versuch einer Umstellung nach der landwirtschaftlichen und handwerklichen Seite hin erfolgen, jedoch weniger mit der Tendenz einer späteren

Arbeit im Betriebe, sondern mehr unter dem Gesichtspunkt der Möglichkeit einer gewissen Selbständigkeit, wobei Verbindungen zwischen Landwirtschaft und Handwerk besonders gefördert werden müssen. Dies gilt in allen Fällen, sowohl für Männer als auch für Frauen, wobei gerade auch auf die Heranziehung der Frauen zur beruflichen Tätigkeit besonderer Wert und besondere Aufmerksamkeit gelegt werden muss; denn bei der zukünftigen Gestaltung unseres Lebens wird es nicht zu vermeiden sein, dass die jüdischen Frauen viel stärker als bisher mitarbeiten und mitverdienen müssen.

Auch sind die Möglichkeiten einer beruflichen Nachschulung und Umstellung der Frauen in sehr vielen Fällen wesentlich günstiger und leichter durchzuführen als bei Männern.

III.

Voraussetzung für dieses nur skizzierte Programm einer beruflichen Umschichtung ist, dass es 1. nicht auf Berlin beschränkt bleibt sondern die Mitglieder aller Gemeinden umfasst, und dass es von einer Zentralstelle durchgeführt wird. Nichts ist verhängnisvoller, als jetzt noch durch Zersplitterung der Kräfte, durch Neben-und Gegeneinanderarbeiten die wenigen Möglichkeiten, die gegeben sind, zu gefährden.

Die Zentralstelle der jüdischen Wirtschaftshilfe, die im Auftrages des Zentralausschusses für Aufbau und Hilfe die Wirtschaftsfragen bearbeitet, hat auch die Frage der

Berufsumschichtung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben in Angriff genommen. So sind bereits Kurse, in denen

Näherinnen als Zuschneiderinnen ausgebildet werden sollen, eingerichtet. Für die Ausbildung in der Landwirtschaft sind bis jetzt die 3 jüdischen Grossbetriebe:Weissensee, Neuendorf, Ahlem soweit ~~soweit~~ umgestellt, dass in den nächsten Tagen 200 junge Menschen dort ihre Ausbildung beginnen werden. Für Angehörige der Metallverarbeitenden Berufe werden in den nächsten Tagen Kurse eingerichtet, die ihnen eine zusätzliche Ausbildung in ihren Berufen ermöglichen sollen. Ebenso ist an die Einrichtung von Kursen anderer Handwerkszweige, wie: Möbelbeizen-und polieren, Metall-und Lederfärben, chemisch Lackieren gedacht. Für Frauen sind Kurse für Fotografie, Putzmacherei, Näherei, Frisieren und Schönheitspflege in nächster Zeit vorgesehen. Für alle Menschen, die von den Einrichtungen der Berufsumschichtung erfasst werden sollen, werden Sprachkurse eingerichtet, um ihnen eine spätere Auswanderung nach anderen Ländern zu erleichtern.

Diese Einrichtungen, die in den nächsten Tagen ihre praktische Tätigkeit beginnen, werden zwar zunächst nur einen geringen Teil der in Frage kommenden Menschen erfassen. Es ist aber von unseren finanziellen Möglichkeiten und unseren Bemühungen abhängig, die Schulen zu fördern und ein Netz derartiger Anstalten über ganz Deutschland auszuspannen, um einen möglichst grossen Teil jüdischer Menschen auf diesem Wege einer beruflichen Umschichtung zuzuführen.

- IV-

Alle diese Massnahmen werden nicht das Problem der wirtschaftlichen Umschichtung und Umstellung, vor dem das deutsche Judentum heute steht, restlos lösen. Sie können, vom Einzelnen ausgehend und für den Einzelnen, wenn auch in möglichst weitem Umfange einer grösseren Zahl von Menschen neue Möglichkeiten und neue Wege für ihre wirtschaftlichen Bemühungen eröffnen. Auch dies nur unter der Voraussetzung, dass wir von weiteren gesetzgeberischen Massnahmen verschont bleiben. Aber selbst, wenn es uns gelingt, die notwendigen Einrichtungen zu schaffen und zu erhalten, und wenn unsere Bemühungen erfolgreich sind und es uns gelingt, einen erheblichen Teil unserer jungen Menschen für die Auswanderung reif zu machen und sie im Auslande günstig zu plazieren, müssen wir immer davon ausgehen, dass es in absehbarer Zeit unmöglich sein wird, jenen sozialen Stand wieder zu erreichen, aus dem das deutsche Judentum jetzt herausgeschleudert wurde.

Es muss uns allen klar sein, dass parallel mit der beruflichen Umschichtung auch eine Umgestaltung unserer gesamten Lebenshaltung gehen muss, dass wir uns für viele, viele Jahre auf ein schweres Leben in Armut und Einfachheit einrichten müssen. Auch werden die Kosten der beruflichen Umschichtung nicht nur von der Allgemeinheit getragen werden können. Jede Familie und jeder Familienvater wird bestrebt

sein müssen, einen Teil der Kosten für die Umschichtung seiner Familienangehörigen aufzubringen, was sicherlich nur mit schweren Opfern und bei grösster Einschränkung der äussersten Lebenshaltung möglich sein wird. Dort, wo der Wille und die innere Entschlossenheit zu einer Umstellung, wie sie uns die Verhältnisse aufzwingen, vorhanden sind, werden sicherlich auch Erfolge für einen grossen Teil jener Menschen vorhanden sein, die heute lust-und hoffenungslos in die Zukunft blicken.

Massnahmen für die erwerbslose Jugend in Berlin

- -

von S.Adler-Rudel

Wir stehen am Beginn eines schweren Winters. Die Erwerbslosigkeit wird wieder steigen und neue Millionen arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen den Arbeitsämtern und der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege zuführen. Die einzige Beschäftigung des Millionenköpfigen Heeres der Arbeitslosen wird allmählich der Weg zur Stempelstelle und zu den Wohlfahrtsämtern, jener zermürbende und entwürdigende Weg, den auch die Stärksten für die Dauer nicht gehen können, ohne ernstesten Schaden an Körper und Seele zu nehmen.

Bedeutet die Erwerbslosigkeit schon eine ausserordentliche Gefahr für erwachsene und reife Menschen, um wieviel grösser sind die Gefahren einer langandauernden Beschäftigungslosigkeit für junge, in ihrer Entwicklung begriffene Menschen, die entweder vor der Berufswahl stehen oder bereits wenige Jahre einer Beschäftigung nachgegangen sind. Die Notlage der erwerbslosen Jugendlichen wird in diesem Winter über die allgemeine Erwerbslosigkeit hinaus noch dadurch verstärkt, dass auf Grund der Notverordnung geänderten Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung die Jugendlichen zum grossen Teil aus dem Genuss der Erwerbslosenunterstützung ausschalten sowie dadurch, dass durch die Verminderung der Freiplätze an den höheren Schulen eine grosse Anzahl Jugendlicher, die bei der Aussichtslosigkeit der Wirtschaftslage zunächst noch nicht die Absicht hatten, eine Lehr- oder Arbeitsstelle zu suchen, jetzt gezwungen werden, die Schule vorzei-

tig zu verlassen und die Zahl derer, die um einen freien Arbeitsplatz konkurrieren, zu vergrössern. Es ist daher zu begrüssen, wenn aus dem Kreise des Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände Deutschlands der Ruf nach Massnahmen für die erwerbslose Jugend Berlins erhoben wird,[1] insbesondre deshalb, weil die organisierte Jugend von sich aus die Notwendigkeit ihrer Mitarbeit für die erwerbslosen Jugendlichen anerkennt und bereit ist, alle Kräfte in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen.

So wichtig und dringend auch die Notwendigkeit besonderer jugendpflegerischer Massnahmen, die geeignet sind, der erwerbslosen Jugend über eine schwere Zeit hinwegzuhelfen, sein mag, so muss im Interesse einer wirklichen Durchführung dieser Massnahmen davor gewarnt werden, allzugrosse Programme aufzustellen und Hoffnungen zu wecken, die nicht erfüllt werden können; denn die bisherigen Erfahrungen auf diesem besonders komplizierten Gebiet der Jugendpflege haben gezeigt, dass selbst bei Aufwendung grosser Geldmittel nur ein Bruchteil der Jugendlichen erfasst werden kann. - Stadtoberinspektor Ernst W a u e r schätzt in einem Aufsatz im "Berliner Wohlfahrtsblatt"[2] die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen in Berlin im Alter zwischen 14 und 21 Jahren auf ungefähr 30.000.

---

1) Dr.Georg Lubinski:"Erwerbslose Jugendliche" im "Gemeindeblatt der Jüd.Gemeinde Berlin," Sept. 1931

2) Stadtoberinsp.E.W a u e r: "Maßnahmen der Stadt Berlin für die erwerbslose Jugend" ("Berliner Wohlfahrtsblatt",1.3.1931)

Für diese erwerbslosen Jugendlichen gab es folgende Einrichtungen:

24	öffentliche	Einrichtungen	für Knaben	mit 1304	Plätzen,
12	"	"	" Mädchen	" 495	"
3	evangelische	"	" Knaben	" 135	"
5	"	"	" Mädchen	" 131	"
3	katholische	"	" Mädchen	" 109	"
7	sonstige Einrichtungen (Zugscharen, Rot.Kreuz, Vaterl.Frauenverein)		" Knaben	" 373	"
5	"	"	" Mädchen	" 320	"
59	Einrichtungen insgesamt			mit 2 867	Plätzen ,

das heisst, dass alle diese Einrichtungen zusammen nicht einmal 10% der erwerbslosen Jugendlichen erfassen konnten.

Seither ist die Zahl der erwerblosen Jugendlichen wesentlich gestiegen. Wir dürften nicht fehlgreifen, wenn wir sie am 15. September 1931 mit etwa 45.-50.000 beziffern. Die Einrichtungen aber sind nicht nur nicht ausgebaut worden, sondern es besteht die dringende Gefahr, dass sie den Sparmassnahmen der Stadt zum Opfer fallen werden.

Für die Anzahl der in Frage kommenden erwerbslosen Jugendlichen stehen uns nur die Angaben des Berliner Jüdischen Arbeitsnachweises zur Verfügung. Wenn hier auch nicht alle erwerbslosen jüdischen Jugendlichen erfasst werden, so ist doch anzunehmen, dass gerade jene Kreise, für die besondere jugendfürsorgerische Massnahmen notwendig sind, in diesen Angaben enthalten sind.

Am 15. September 1931 waren als erwerbslos gemeldet:

a) in der Berufsberatung

119 männliche Jugendliche
122 weibliche "

b) im Arbeitsnachweis:

409 männliche "
431 weibliche "

insgesamt: 1081 Jugendliche

Dem Alter nach gliederten sich diese wie folgt:

a) Berufsberatung

Männlich:	Alter:	Weiblich:
46	17 Jahre	36
39	16 "	40
25	15 "	26
9	14 "	20
119		122

b)Arbeitsnachweis

47	21 Jahre	29
152	20 "	117
131	19 "	113
56	18 "	99
23	17 "	73
409		431

Demnach sind die 19- und 20jährigen stärker als die anderen Altersgruppen von der Erwerbslosigkeit betroffen, also gerade jene Jugendlichen, die nach absolvierter Lehre schon einige Zeit in Arbeit gestanden haben.

Über die berufliche Gliederung der beim Arbeitsnachweis gemeldeten Jugendlichen gibt die nachfolgende Tabelle Aufschluss; - wobei zu beachten ist, dass die bei der Berufsberatung vorgemerkten Jugendlichen gesondert behandelt werden müssen, da sie ja nicht als "Erwerbslose" schlechthin anzusehen sind.

Berufsgliederung der gemeldeten erwerbslosen Jugendlichen

Berufsgruppe		Männlich Anzahl:	Zusamm.	Weiblich Anzahl:	Zusamm.
a) Kaufmännisch	Kontor	21		21	
	Lager,Exped.	40		18	
	Verkauf	125	186	55	
	Einrichtung	-		7	
	Stenotypist.	-		224	
	Buchhalterin.	-		5	330
b) Freie Berufe		2	2	23	23
c) Gewerbliche	Bekleid.Gew.	63		26	
	Metallgew.	39		-	
	Holzgewerbe	4		-	
	Nahr.Mitt.Gew.	28		-	
	Sonstige	21		-	
	Ungel.Arbeit.	74	221	20	
d)Hauswirtsch.		-		32	78
e)Berufsberatung			119		122
		417	528	431	553

Diese Zusammenstellung zeigt, dass die gewerblichen Arbeiter weit stärker von der Erwerbslosigkeit betroffen wurden als die kaufmännischen Angestellten, hingegen ist die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit kürzer.

Für unsere weitere Betrachtung ist es besonders wichtig, zu wissen, wie lange die Erwerbslosigkeit bei den einzelnen Berufen und Jahrgängen bereits währt. Hier zeigt uns die nachstehende Tabelle, dass zwar der grösste Teil der Erwerbslosen seit dem Jahre 1931 gemeldet, dass aber immerhin auch die Zahl der bereits seit dem Jahre 1930 Gemeldeten ziemlich gross ist.

Männliche Abteilung									Weibliche Abteilung							
Gemeldet seit:									Gemeldet seit:							
1929		1930		1931, I.H.		1931, II.H.		Alter	1929		1930		1931, I.		II. 1931,	
K.	G.	K.	G.	K.	Gew.	Kfm.	Gew.		K.	G.	K.	G.	K.	G.	K.	G.
2	-	10	6	17	6	2	4	21 J.	-	-	5	-	9	-	13	-
6	2	25	17	26	46	8	22	20 "	1	2	22	7	36	9	36	4
2	-	21	17	16	43	19	13	19 "	-	-	18	8	39	9	36	3
-	-	4	5	18	16	7	6	18 "	-	1	14	2	35	3	32	12
-	-	-	5	3	8	2	5	17 "	-	-	7	3	29	5	19	10
10	2	60	50	80	119	38	50		1	3	66	20	148	26	136	29

Kaufmännische: 188
Gewerbliche: 221
Zus. 409

Kaufmännische: 351
Gewerbliche: 78
Zus. 429

Wenn wir uns nun nach der Art der zu treffenden Massnahmen fragen, so müssen wir uns darüber klar sein, dass als die vernünftigsten und zweckmässigsten jene anzusehen sind, die geeignet sind, den erwerbslosen Jugendlichen in seinem Berufe zu vervollkommnen und seine Arbeitsfreude zu erhalten. Es wird daher notwendig sein, vielleicht noch stärker als bisher von den öffentlichen Einrichtungen Gebrauch zu machen und den Jugendlichen an die verschiedenen Werkstätten und Werkkurse der Stadt zu verweisen; denn eigene Werkstätten kommen wohl aus Mangel an Geldmitteln nicht in Frage, da ihre Einrichtung grosse Summen erfordert.

Was verlangst du Francis

~~Oktober~~,

Kampfmonat

Lauf

Bewerber

Männl. Abtlg.

Kaufm.		
Freie Berufe	5589	seit 1928
Gelernt	2764	seit 1926
Ungelernt	1930	
	10283	

Weibl. Abtlg.

Kaufm.	6761	seit 1927
freie Berufe	1328	" "
Gewerbl.	1477	seit 1926
Hauspers.	3548	
	13114	

Insgesamt 23397

Arbeitgeber

	23397	
	9354	
	32751	

Männl. Abtlg. 6548 seit 1925

Weibl. Abtlg.

Kaufm.	4295	seit 1927
Freie Berufe		
Häusl.	5790	seit 1925
Gewerbl.	1516	
	11601	

Insgesamt 18149

JÜDISCHE WOHLFAHRTSPFLEGE UND SOZIALPOLITIK

ZEITSCHRIFT
DER ZENTRALWOHLFAHRTSSTELLE
DER DEUTSCHEN JUDEN UND DER
HAUPTSTELLE FÜR JÜDISCHE
WANDERFÜRSORGE UND ARBEITSNACHWEISE

Eugen Caspary zum Gedächtnis

BERLIN MÄRZ-APRIL 1931
JAHRGANG 2 NEUE FOLGE HEFT 3-4

Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik

vereinigt mit „Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge“

Zeitschrift der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise

Schriftleitung: Allgemeine Wohlfahrtspflege (einschließlich Jugendwohlfahrt und Gesundheitsfürsorge): Dr. Friedrich Ollendorff, Sozialpolitik (und deren Grenzgebiete): Dr. Max Kreutzberger

Inhaltsverzeichnis

Seite

Eugen Caspary zum Gedächtnis 105

Aus Aufsätzen von Eugen Caspary 109

Eugen Caspary in seinem Wirken 112

Fünf Jahre Wohlfahrts- und Jugendfürsorgeamt der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Dr. Fritz Lamm / S. Adler-Rudel 115

Ueber die Notwendigkeit einer jüdischen Sozialpolitik, Dr. Max Kreutzberger, Berlin 131

Jüdische Darlehnskassen 139

Umschau

Aufruf der deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege . 151

100. Geburtstag von Pastor D. Friedrich von Bodelschwingh . . . 152

Organisation 152

Jüdische Wohlfahrtsarbeit in Schleswig-Holstein

Jugendwohlfahrt 153

Religiöse Erziehung von Fürsorgezöglingen — Maßnahmen für jugendliche Arbeitslose — Neue Bestimmungen über Kindergärten — Vernehmung der Kindesmutter über Mehrverkehr

Gesundheits- und Erholungsfürsorge 155

Arbeitsgemeinschaft Jüdische Tuberkulosefürsorge, Tätigkeitsbericht für das Jahr 1930 — Rituelle Verpflegung jüdischer Erholungsheiminsassen — Erholungskuren für Logenangehörige — Tätigkeitsbericht der jüdischen Heilstätte „Etania“ in Davos — Arbeiterkrankenkasse in Palästina — Reichsarbeitsgemeinschaft für Jugenderholungs- und Heilfürsorge

Wirtschaftsfürsorge 158

Erteilung von Armutszeugnissen — Beschäftigung Schwerbeschädigter — Produktivierung russischer Juden — Jüdische Wirtschaftskatastrophe in Litauen — Oeffentliche Fürsorge für Ausländer in Frankreich

(Fortsetzung auf der dritten Umschlagseite)

Eugen Caspary zum Gedächtnis

Am 7. Februar 1931 ist Eugen Caspary, Begründer und erster Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise, gestorben. Beide Organisationen haben ihrer Trauer in einer Trauerfeier Ausdruck gegeben, die am 26. Februar 1931 im Berliner Logenhaus die Familie des Verstorbenen, die Mitarbeiter und Freunde aus jüdischen und interkonfessionellen Organisationen vereinigte. Im Mittelpunkt der Feier stand eine Rede des gegenwärtigen Vorsitzenden der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, Dr. Leo Baeck, die wir nachstehend zum Abdruck bringen.

Auch in dieser Stunde des Gedenkens, das einem Menschen sich zuwendet, feiern wir nicht den Menschen. Wir feiern das Gute nur, das vom Ewigen kommt und in diesem Menschen und durch ihn erfüllt worden ist. Alles Gute hat seine Tage, in denen es lebt, und der Mensch, der ihm ein Denken und Arbeiten weiht, steht in ihnen; er hat in ihnen den Raum seines Wirkens, die Möglichkeit seines Vollbringens.

Die Zeit, in der Eugen Caspary so seine Zeit gefunden hat, war eine Krise des deutschen Judentums. Es waren die Jahre nach dem Kriege, nach dem weltgeschichtlichen Geschehen; durch sie sind in Deutschland Schichten der jüdischen Gesamtheit unter die Linie des Bürgertums herabgesunken. Bis dahin hatte der deutsche Jude dem Bürgerstande zugehört. Es hatte einige gegeben, die darüber sich emporhoben, und manche, die darunter geblieben waren; aber auf das Ganze gesehen, war der deutsche Jude im bürgerlichen Bezirk. Er war Bürger durch den Platz seines Daseins und ebenso in der Art seines Denkens und Empfindens. Als er zu Beginn des 19. Jahrhunderts aus seinem Mittelalter, aus dem Bereich der jüdischen Gasse, in die deutsche Kultur- und Bildungsgemeinschaft eintrat, bedeutete dies zugleich den Eintritt in das deutsche Bürgertum.

Wohl war der Jude auch im Ghetto im allgemeinen im Kreise eines bürgerlichen Lebens gewesen. Aber ihm fehlte, was den Bürger im eigentlichen Sinne des Wortes ausmacht; denn das Wesentliche des Bürgers ist, daß er durch einen Besitz eine Lebenssicherheit gewonnen hat. Lebenssicherheit, das ist das Bestimmende, das ganz Eigentümliche des Bürgers. Was er vom Leben verlangt, ist nicht

zuerst eine Erfüllung des Glücks, nicht ein Reichtum an Freude, nicht eine Höhe des Erlebnisses. Was er erhofft, und was in seinen und seiner Kinder Tagen gegeben sein soll, ist vielmehr und vor allem diese Sicherheit, wie sie ein Besitz verbürgt. Darin erst findet er auch den Gehalt eines Namens. Besitz und Namen bilden für ihn eine Einheit, sie haben, zusammen, fast kann man sagen, den Charakter einer Firma. Wer den Besitz hat, dem kommt auch ein Name zu, und wenn einer den Besitz verliert, dann ist auch sein Name gewissermaßen gelöscht. Ist der Adlige ohne Habe, so behält er doch eine Gewißheit der Benennung und des Anspruchs von den Ahnen her; er hat, zumindest in seinem Bewußtsein, den alten Namen auch ohne das Geld und ohne das Gut. Wenn der Bürger seinen Besitz einbüßt, dann ist er namenlos geworden. Und nicht nur das, auch sein Platz im Lande des Denkens ist ihm genommen; das Leben gibt ihm nun keine Antwort mehr. Auch seine Weltanschauung war ihm durch die Sicherheit gewährt, die sein Besitz ihm schenkte.

Darum war der Jude, der in der alten jüdischen Gasse lebte, so sehr sie auch einen bürgerlichen Bezirk bedeutete, doch nicht der Bürger. Denn er hatte nicht die Sicherheit des Daseins. In den steten Verfolgungen, in den Vertreibungen, in dem Zwange der Wanderungen hatte diese als Tatsache wie als Gedanke nie aufwachsen können. Erst das 19. Jahrhundert hatte sie nun dem Juden Europas, wenigstens Mittel- und Westeuropas, gegeben; damit begann er, auch in dem wirtschaftlich psychologischen Sinne des Wortes, ein Bürger zu werden.

Eines schon war allerdings auch jetzt dem entgegen, daß er ganz ein solcher Bürger wurde: Jeder Jude hat den zwiefachen Ahnherrn, den Kaufmann, der der Vorfahr die Jahrhunderte hindurch hatte sein müssen, und den Gelehrten, der er immer hatte sein dürfen. Oft waren sie in einer Person vereint: der gelehrte Kaufmann oder der dem Handel verpflichtete Gelehrte, wie ihn die jüdische Gemeinde gekannt hat. Aber wenn auch in der Person getrennt, auch dann standen sie immer beide in der Ahnenreihe. In jedem Juden, auch in dem Kaufmann ist daher immer mehr oder weniger etwas vom Gelehrten, von dessen Art und dessen Sehnsucht, von dessen im Grunde unbürgerlicher Natur. Und ein anderes wirkte vor allem dahin, daß der Jude in seinem Denken und Sinnen nicht ganz dieser Bürger war. Er besaß seine Religion, und in ihr, in seinem Judentum, war viel des Unbürgerlichen. In jeder wahren Religion ist es so, denn sie kennt und verkündet den Wert, welcher jenseits allen Preises ist, den ewigen Wert, den, der allein vor Gott besteht. Im Judentum lebt es so noch ganz besonders. Denn bei all seiner Diesseitigkeit, bei seinem Realismus, mit dem es die Stunde des Jetzt und den Bezirk des Hier fordert, in denen das Gebot erfüllt werden soll, ist es doch seit je eine Religion des Jenseitigen, der Aufopferung für das, was über allem Irdischen ist. Es hat von jedem, der zu seiner Gemeinde gehören wollte, mehr Hingebung und Verzicht auch verlangt, als gemeinhin

beansprucht wird. Das Ertragen und Entsagen sprach hier nur zu oft sein Wort. Etwas Heroisches kam damit, wofern er in seiner Religion lebte, in das Dasein des Juden, das bürgerlich Heroische zum mindesten, daß er von manchem bürgerlichen Vorteil und mancher bürgerlichen Geltung abzustehen vermochte um seiner Religion, um Gottes willen.

Dann freilich, wenn die Religion ihm schwand, dann wurde aus dem Bürger der Bourgeois in dem abfälligen Charakter des Wortes. Der Bourgeois, das ist der Bürger ohne Religion. Und da im Leben des Juden die Religion, weil sie mehr forderte, auch mehr noch bedeutete als im Leben vieler anderer, so ist der jüdische Bürger, wenn er seiner Religion sich enthob, noch mehr als andere, und in Gewöhnlicherem noch, dieser Bourgeois geworden, ein Bourgeois, dem das Gelingen in allem recht geben sollte, der, weil er den Erfolg hatte, über alles ein Urteil zu haben glaubte, der darum für alles die fertige Meinung bereit hatte, und dem als sein Letztes der Witz, auch der niedrigste, jedes Heilige zu erledigen schien.

Als nun die Jahre kamen, in denen diesem Bourgeois die Habe entsank, und mit ihr die Sicherheit, mit ihr das Denken auch, was blieb ihm übrig? Er stand nackt und frierend in der Welt. Darum ist diese Zeit, in der so vielen das Besitztum genommen wurde, für die deutschen Juden eine Zeit der Krise geworden, für sie als die Bürger und ganz und vor allem für den Religionslosen, für den Bourgeois unter ihnen.

Vieler sollte sich nun die Hilfe annehmen, aber kein alter Weg war dafür da. In der jüdischen Gemeinde des 19. Jahrhunderts hatten sich eigentliche Wohlfahrtsaufgaben nicht beweisen können. In ihr waren einzelne Arme, einzelne Leidende, einzelne Bedürftige. Und wo es nur Einzelne sind, denen sich das Wohltun zuzuwenden hat, dort tritt wohl vor viele eine Pflicht des Wohltuns hin, die auszuüben ist, aber es eröffnet sich dort noch nicht eine Sozialpolitik. Wer sie innerhalb der jüdischen Gemeinde des Deutschlands vor dem Kriege vermissen wollte, der vermißte das, was seinen Platz noch nicht haben konnte. Sozialpolitik ist möglich und notwendig dort erst, wo es nicht einzelne Arme, sondern eine Schicht von Armen gibt, wo nicht nur einige hier und da nach Hilfe verlangen, sondern eine ganze Gruppe, eine Gesamtheit in der großen Gesamtheit, des Beistandes bedarf. Erst jetzt, als sich nach dem Ausgange des Weltkrieges mehr und mehr eine Schicht von Besitzlosen in der deutschen Judenheit bildete, konnte und mußte die Aufgabe der Sozialpolitik anheben.

Es ist das Verdienst Eugen Casparys, daß er als einer der Ersten und vielleicht am lebendigsten dieses Andere und Neue erkannt hat, daß er jetzt die Forderung einer Sozialpolitik stellte. Wir danken ihm, daß er sich dem erschloß, und daß er das, was notwendig wurde, durchzuführen begonnen hat. Er hat auch begriffen, daß alle Sozialpolitik eine Sozialwissenschaft voraussetzt und eine Sozialtechnik in sich schließt. Wissenschaft kann nicht immer nur im Ehrenamte ge-

staltet sein und Technik nicht im Ehrenamte verwaltet werden. Wissenschaft und Technik fordern die Menschen, welche ihr Lernen und ihr Können ganz einer Aufgabe widmen. Wir sind Eugen Caspary dafür dankbar, daß er sich dafür eingesetzt hat, in jüdischen Gemeinden Menschen heranzubilden und heranzuziehen, die sich die Wissenschaft und die Technik der Wohlfahrtspolitik zu eigen machten.

Wenn wir heute zurückblicken, so erkennen wir allerdings auch gewisse Gefahren, welche hier nahetreten konnten. Sozialpolitik verlangt eine gewisse Weite der Erstreckung, und die deutsche jüdische Gemeinde lebt in einer gewissen Enge des Menschenraums; wenig mehr als eine halbe Million Juden sind in Deutschland. Wie soll hier Sozialpolitik den Platz haben in derselben Weise und in demselben Bereich wie unter den vielen Millionen evangelischer und katholischer Menschen in Deutschland? Wohl ist in der deutschen Judenheit eine sehr große Gemeinde, hier in Berlin, aber Sozialpolitik kann nie bloße Gemeindepolitik sein. Sie erfordert die Reichweite über das ganze Land und auch über die Grenzen des Landes hinaus. Jüdische Sozialpolitik, wenn sie nicht ihres Maßes bewußt ist, gerät leicht in eine vielgeschäftige Ueberschätzung hinein, in das Gehabe des Kleinen, der die Gewandung des Großen anlegt. Und ferner: Sozialpolitik, wie alle Politik, hat mit politischen und wirtschaftlichen Ursachen und Wirkungen zu tun, Wohlfahrtsarbeit aber, die von einer Religion ihre Kraft herholt, ein Gebot der Religion erfüllen will, sieht vorerst nicht ein Politisches und ein Wirtschaftliches und kennt kein Abstraktes, sondern weiß um das Persönliche, um den Menschen, um sein Begehren und seine Not. Das ist die Gefahr der Sozialpolitik, daß die Wohlfahrt aufhören kann, etwas zu sein, was vom Menschen am Menschen zu erfüllen ist. Wir zollen Eugen Caspary Dank, daß er diesen Zwiespalt empfunden hat, daß er immer die Grenzen ins Auge faßte, in denen allein für uns Sozialpolitik möglich ist, und daß er auch immer die Menschen aufrief und an die Menschen gemahnte, an denen das Gute geübt werden soll.

Er hat dieses Gegensätzliche erkannt und als Widerspruch auch in sich getragen. Er hat ihn in sich empfunden, und das macht nicht zum geringsten seine Bedeutung aus. Nur der gedankenlose Mensch ist ohne inneren Zwiespalt, ist geradlinig in allem. Denken bewirkt auch den Widerspruch im Menschen. „Wer das Denken mehrt" — das hat schon der Ecclesiastes ausgesprochen — „der mehrt das Leid", mehrt den seelischen Widerspruch. Ihn hat Eugen Caspary in sich geborgen in dem, was in ihm stark war, und ebenso in seinen Schwächen. Und er hat auch das Geschick der Menschen, welche Menschen von eigener Art sind, erfahren, daß sie in ihren Schwächen oft mehr bewundert werden als in dem, was wertvoll und groß in ihnen ist. Eugen Caspary hatte unzweifelhaft etwas vom Künstler in sich; schon der Weg seines Berufes weist darauf hin. Jeder Künstler, wenn nicht das Genie in ihm lebt, wenn er nicht der bewegende Meister ist, steht in der Gefahr, ein Schausteller oder vielleicht ein Schauspieler zu werden, Schausteller oder Schauspieler mit den Ränken und den Intriguen, die diesen so oft kennzeichnen. Vielleicht ist Eugen Caspary in schwachen Stunden im Bereich dieser Gefahr gewesen. Aber wer ihn näher kannte, weiß es, wie bald er dieser Gefahr doch immer wieder entgangen, daß er zuletzt doch immer er selbst in seinem Besten geblieben ist.

Er ist es geblieben, vornehmlich auch, weil er eines besaß, den Respekt vor dem Geiste, die Achtung vor der geistigen Bedeutung, diesen Respekt, ohne den zumal der Bürger so leicht ein Plebejer wird. Wenn bisweilen vielleicht in ihm der Bourgeois mit dem echten Menschen kämpfte, dieser Bourgeois, der so leicht zum Zynismus hinkommt, er hat ihn immer überwunden. Er ist der Mensch der Idee des Guten, der Mensch des Geistes geblieben, weil er den Respekt vor dem Geist hatte. Und vor allem: Er trug seine Religion in sich. Ein Mensch der Religion kann nie ein kleinlicher Mensch sein. Ein Mensch der Religion kann nie der bloße Bourgeois werden. Der Mensch der Religion hat immer den großen Zug, der große Zug siegt in ihm immer. Nicht die große Konzeption macht die Größe aus. Große Konzeption ist oft nur das Feuilleton, das zweimal des Tages die Wahrheit künden will, und wenn sie dann auf dem Felde der Arbeit sich darzutun sucht, erweist sie sich nur zu bald als der Geist, der über einem Trümmerfelde schwebt, das er bereitet hat. Größe des Zuges, Größe des Stils liegt allein in der Größe der Gesinnung, die um Gottes willen das Gute erfüllt, die sich an das hingibt, geduldig und demütig, was die Zeit und was der Tag um des Guten willen, damit es lebe, fordern. Diese Opferfähigkeit, diese Kraft unserer Religion hat Eugen Caspary in seinen besten Stunden bewährt.

Wir feiern keinen Menschen. Aber wir sehen den Menschen vor uns. Und das ist der beste Dank, den wir einem Menschen zollen können: ihn zu sehen mit dem Blicke der Liebe, welcher das Beste erkennt, ihn zu begreifen in dem, was gut und dadurch groß in ihm war. So begehen wir diese Feierstunde, um Eugen Caspary zu sehen und dadurch ihm dankbar zu sein.

Aus Aufsätzen von Eugen Caspary

Zedakah und Wohlfahrtspflege

„Trotz des kurzen zur Verfügung stehenden Raumes muß ich mit dem ältesten Witz anfangen: einem Bettler, der von Rothschild (andere sagen vom Kaiser Maximilian) unter Berufung auf seine Verwandtschaft von Adam her eine Gabe verlangte, wurden ein paar Pfennige gegeben — den Rest sollte er sich von seinen übrigen Verwandten geben lassen. Zu derselben Konsequenz wie der reiche Geber ist jeder genötigt, der, wo immer einer an sein Mitleid zu appellieren

versteht, gibt, ohne hinzusehen; denn er hat zu viele arme Verwandte. Wer ist reich genug, für die Armen Groß-Berlins offenes Haus zu halten? Die Bevölkerungszahl ist nicht mehr so klein, daß einfach und in automatischer Regelung jeder Wohlhabende ein paar Arme übernehmen kann. Die Zahl der Bedürftigen ist so groß und im Verhältnis dazu die Summe, die der produktiven Wirtschaft für Wohlfahrtszwecke entzogen werden kann, so klein, daß planmäßig gewirtschaftet werden muß. Gewiß ist es vom Standpunkt des Gebers aus kein Unglück, wenn einer doppelt unterstützt wird; denn dann hat der Empfänger immer noch nicht zu viel. Aber es ist vom Standpunkt desjenigen Bedürftigen aus ein Unglück, dem damit etwas entzogen wird. Wo Ueberfluß herrscht, braucht man keine Planwirtschaft. Aber man muß denen, die Hilfseinrichtungen verlangen, wo nicht erst große Formulare auszufüllen sind, in denen man Familienverhältnisse und Dinge persönlichster Art zu enthüllen hat, Hilfseinrichtungen, die besinnungs- und rückhaltlos geben, in Erinnerung bringen, daß vorläufig immer noch mehr Bittende als Gebende auf den Wohlfahrtsstellen erscheinen! Sollen wir — was wir leicht könnten — an einem Tage unsere ganzen Mittel verausgaben, und wer sich vordrängt, hat den Vorteil, wer zurückbleibt, das Nachsehen? Wäre das „Zedakah"? Solange man nicht unbegrenzte Geldmittel nachweist, kann man nicht unbegrenztes Geben verlangen. Im Interesse der wahrhaft Hilfsbedürftigen — und das sind zumeist nicht die, die am lautesten jammern — müssen die Mittel rationalisiert werden, muß die Bedürftigkeit geprüft werden.

Man wird sagen: Groß-Berlin ist nicht die Welt. Es gibt noch genug kleine Gemeinden, in denen jeder Wohlhabende „seine" Armen kennt. Warum soll man sie in die große Organisation einbeziehen? Wir antworten: weil der Bedürftige der kleinen Stadt vor dem der großen keinen Vorzug verdient. Jeder Arme hat das gleiche Recht — wo und an wen er sich wendet. Alle müssen in gleicher Weise behandelt werden — das ist das Recht der Armen.

Die Pietät? Die Zedakah? Die Mizwah?

Man wird nicht ernstlich behaupten wollen, daß die Zedakah dazu da ist, dem Wohlhabenden ein gutes Gewissen, das befriedigende Gefühl einer erfüllten Pflicht zu verschaffen. Auf die Person des Gebers kommt es gar nicht an, nur darauf, daß dem Armen geholfen wird.

Und zwar rationell „produktiv" geholfen wird — nicht mit dem Almosen von ein paar Groschen. „Es gibt acht Stufen von Almosengeben, eine höher als die andere; die höchste Stufe ist, wenn man einem Armen aus Israel, der herunterzukommen beginnt, einen Betrag schenkt oder leiht oder ihn an einem Geschäft beteiligt oder ihm eine Arbeit nachweist, damit er wirtschaftlich gestärkt werde und keiner fremden Hilfe mehr bedürfe."

(Aus „Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge", März 1928)

Aus einem Brief aus Konstanz an seine Mitarbeiter und die Freunde jüdischer Wohlfahrtspflege, Februar 1930

„Daß die ganze Grundlage unserer Wohlfahrtspflege eine sittlich-religiöse ist, ist selbstverständlich. Die Versittlichung des Verfahrens in unserer organisierten Wohlfahrtspflege ist vielleicht das schwierigste Problem und die höchste Aufgabe der sozialen Fürsorge überhaupt. Es ist alter talmudischer Grundsatz, den Armen nicht zu beschämen. Ja, einer unserer Weisen ging soweit, das Nichtgeben von Almosen für besser zu erklären als ein Wohltun, das den Armen beschämen könnte. Wie ist diese sittliche Verpflichtung, die sich auf die Art des Gebens bezieht, mit den modernen Methoden zu vereinigen? Soll, wie der Talmud es verlangt, öffentliche Wohltätigkeit ganz ausgeschlossen sein? Niemand wird bestreiten, daß ein solcher Radikalismus den Zweck der Zedakah heutzutage gänzlich vernichten würde. Die öffentliche, d. h. die organisierte Wohlfahrtspflege heute abschaffen, hieße Hunderttausende der ärgsten Not verfallen lassen! Die Organisation muß eine öffentliche sein, ihre Hilfe, ihr Eingriff muß in einer Weise erfolgen, die den Bedürftigen in keiner Weise bloßstellt, sie muß unöffentlich und diskret sein. Es kommt hier alles auf die Praxis des Helfers an. Er muß taktvoll genug sein, die Organisation in den Hintergrund treten, sie den Bedürftigen nicht spüren zu lassen. Wenn Herr Dr. Baeck die Frage aufwirft, ob sich nicht zuweilen die Organisation „allzu bemerklich" zwischen Helfer und Arme einschiebe, so müssen wir gestehen, daß wir alle nur Menschen sind und unsere Fehler haben. Unser Streben aber und unser ernsthaftes Nachdenken ist dem Plane gewidmet, die Organisation möglichst zu mildern und in der praktischen Hilfsarbeit zu verdecken.

Radikaler jedoch als diese Methode, die eine Erziehung der Helfer im sozialen und Menschheitsgeiste erfordert, scheint uns eine andere Idee zu sein, die in jüngster Zeit herangereift ist. Ist doch der alte Zedakahgedanke der, daß der Arme einen Anspruch auf Unterstützung hat, ein Recht also. Wer aber ein Recht für sich in Anspruch nimmt, hat keinen Grund zur Scham! Wie nun, wenn man die Hilfsbedürftigen selbst zur Mitarbeit heranzieht? Wenn man den beschämenden Unterschied zwischen Armen und Wohltätern dadurch verwischt, daß die Verwaltung der Organisation aus beiden Schichten sich zusammensetzt? Dieser sozialistische Gedanke ist in der Praxis einiger Kommunalverwaltungen vor kurzem eingeführt worden. Er scheint uns dem alten Zedakahgedanken unserer Religion nahe verwandt, und es besteht die ernsthafte Absicht, ihn auch in unsere Wohlfahrtspflege, wenn man erst einige Erfahrungen damit gemacht hat, einzuführen. Zweifellos ist der Gedanke äußerst fruchtbar für die Erwerbslosenfürsorge, die ja bei dem gegenwärtig grassierenden wirtschaftlichen Antisemitismus von größter Wichtigkeit ist. Unsere Abteilung „Arbeits- und Berufsfürsorge" soll Sorge tragen,

neben einer Schicht von Arbeitgebern eine beträchtliche Zahl von Stellungslosen zu gewinnen, die raten und helfen.

Der Anfang eines Zusammenschlusses ist bereits gemacht. Auf Anregung des städtischen Jugendamtes ist eine Art Gemeinsamkeit der Vereine erfolgt, die Kinderfürsorge treiben. Alle sind freilich nicht beigetreten, einige, weil sie befürchten, daß ein Zusammenschluß ihre Sonderinteressen gefährdet, andere, weil sie kein gutes Gewissen haben und sich bewußt sind, daß ihre Tätigkeit überflüssig ist. Aber immerhin, ein Anfang ist gemacht. Hier hat die städtische Behörde die Anregung gegeben, sollte nicht unser jüdisches Gewissen und unsere eigene Erkenntnis ausreichen, den begonnenen Weg fortzusetzen?"

Eugen Caspary in seinem Wirken

Es ist schwer, einen Menschen zu würdigen, seiner Arbeit, seinem Werke gerecht zu werden, wenn er eben erst davongegangen. Um wieviel mehr, wenn man jahrelang seinem Wirken verbunden, in den großen und — wichtiger noch — den kleinen Dingen des Tages ihm nahe war. Und dreifach schwer, wenn es sich um einen Menschen handelt, auf den die sonst üblichen Formeln nicht passen, die sonst gebräuchlichen Charakteristiken und Kennzeichnungen nicht anwendbar sind. So wird erst eine spätere Zeit, wie ständig im historischen Geschehen, die richtigen Maßstäbe finden, ihn einordnen in ein Gesamtbild deutsch-jüdischen Lebens unserer Tage und damit sozialen Wirkens und Gestaltens.

In Eugen Caspary verkörpert sich der Gestaltwandel der jüdischen Wohlfahrtspflege der letzten Jahrzehnte. In dem Anbeginn seines Wirkens wandelt er in den Spuren der traditionellen alten jüdischen Armenpflege, die gekennzeichnet wird durch den Reichtum an Mitteln und Möglichkeiten und das spärliche Vorhandensein von Elend und Wirtschaftsnot, durch ehrenamtliche Arbeit, durch keinen jähen Wechsel von Gebenden und Nehmenden und durch die hieraus entspringende besondere Meinung über Art und Gestaltung jüdisch-sozialen Wirkens. Am Ende seines Weges steht die organisierte, planmäßige, vielfach beamtete jüdische Sozialarbeit, steht die über alles Maß gewachsene jüdische Not unserer Tage, steht der Wandel der Begriffe und Methoden, die Vordringlichkeit der Wirtschaftsumwälzung und der Wirtschaftsfragen, steht die Forderung und der Anfang jüdisch-sozialpolitischer Arbeit. Es war ihm vergönnt, diese Phasen nicht nur zu erleben — das wäre wenig, —, er war berufen und wie kein anderer dazu ausersehen, diese Strukturänderung zu fördern und sie in weitschauender Weise gegen alle Widerstände und gestrigen Mächte zu erkämpfen. Nicht an beliebiger, unbedeutender Stelle, sondern als Initiator und Führer der gesamten zentralen

jüdischen Wohlfahrtsarbeit Deutschlands, und in täglicher Kleinarbeit und aufreibendem Organisationswerk im Wohlfahrtsamt der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Als er begann: unbedeutende, ja unzulängliche, richtungslose Armenpflege, und als er endete: da war der Grund gelegt zu organisierter, planmäßiger sozialer und sozialpolitischer Arbeit.

Keinem Menschen ist es gegeben, im Verlauf eines kurzen, im Vergleich zur gestellten Aufgabe allzu kurzen Lebens das Ziel, das er sich gesetzt, die Aufgabe, die er gesehen, das Werk, das er gewollt, im vollen Umfange und in seinem ganzen Ausmaße gültig für viele oder gar für alle Zeiten zu errichten. Gewiß, vieles, was Caspary angeregt, in die Wege geleitet oder geschaffen hat, ist unvollkommen, unzulänglich geblieben, trug den Keim des Endes von Beginn an. Der Wandel der Formen war ein zu schneller, die Not und die Forderungen des Tages unberechenbar wachsende, die Kraft eines Mannes eben nur die Kraft e i n e s Mannes. Aber niemand wird ihm absprechen können, daß er nicht im Großen und Gewichtigen das richtige Ziel gesehen und gewollt hat, daß er nicht immer wieder bereit war, umzulernen und hinzuzulernen.

Eugen Caspary war ein Künstler, seiner Herkunft, seiner Arbeitsweise, seinem Wirken nach. Er war ein von der Idee des Werkes, s e i n e s Werkes Besessener. Es gab für seine Arbeit keine zeitliche Grenze, keinen Ruhepunkt, keinen Urlaub vom Schaffen. Innerlich war er immer dabei, gefangen genommen, wo er sich auch örtlich befand, er war stets in seinem Arbeitszimmer in der Rosenstraße. Davon zeugen die Karten und Briefe aus früheren Jahren, wenn er von Berlin fern war — und wie konnte er schreiben —, davon zeugen die dauernden Versuche, die Arbeit zu beeinflussen, als ihn die Krankheit schon unrettbar gezeichnet, davon zeugen seine tragischen Anstrengungen der letzten Monate, in die Rosenstraße zurückzukehren — behindert, gehemmt, dem Tode geweiht — doch immer wieder erneut unternommen. Noch in den letzten Wochen, aller Verständigungsmöglichkeit beraubt, wollte er unterrichtet sein, interessierte ihn alles, das Große und das Kleine, wenn es nur mit seiner Arbeit in Zusammenhang stand. Viele wissen, daß der Gedanke, die Hoffnung, noch einmal zurückzukehren, wieder beginnen zu können, ihn gehalten, sein Ringen um das Leben so schwer, so tragisch gestaltet hat.

Eugen Caspary war ein Künstler, das will heißen, er hatte eine Gesamtkonzeption seines Wirkens, ein Gesamtbild und eine Gesamtschau v o r dem Einzelnen und dem Besonderen. Er sah das große Ziel jüdisch-sozialer Arbeit mit ihren entscheidenden gegenwärtigen Erfordernissen, mit ihrem starken Einschlag sozialpolitischer und produktiver Notwendigkeit, mit dem eigentümlichen jüdischen Gehalt hergeleitet aus dem eigentümlichen Sosein der Stunde, in ihrer Verknüpftheit und Verbundenheit mit der sozialen Lage der Juden in

aller Welt. Für dieses Ziel kämpfte er gegen viel Unverständnis, oft gegen Mauern. Und er kämpfte dafür nimmermüde. Jeden Morgen kam er an mit seinem Arbeitszettel, der mehr enthielt, als ein einzelner zu leisten imstande war. Tausend Kleinigkeiten nahm er in Angriff, aber er kehrte immer wieder zurück zu den entscheidenden Motiven. Hier war er beharrlich gegen alle Widerstände, wenn auch in den letzten Jahren seine Kraft oft versagte, er dem Zuviel an gegenwärtiger Forderung nicht mehr gewachsen war.

Eugen Caspary war ein Künstler, das will heißen ein Mensch mit seinem Widerspruch. Wenn es sich um seine Arbeit, um sein Ziel handelte, kannte er, duldete er keine Widerstände, keine Gegensätzlichkeit, war er oft ungerecht und rücksichtslos, rücksichtslos gegen andere wie gegen sich selbst. Da konnte er jäh aufbrausen, gute von minder guten Mitteln nicht unterscheiden. Da nahm er den Kampf auf gegen den Gemeindevorstand, der ihm nie genug Mittel zur Verfügung stellte, nicht schnell genug seinen Anregungen Folge leistete, da ließ er alle Register spielen gegen die führenden Mitarbeiter seiner eigenen oder fremder Organisationen, die nach seinen — des viel Aelteren — Worten vergangenen Generationen angehörten, da konnte er seine Beamtenschaft abkanzeln, daß kein gutes Haar an ihr zurückblieb. Niemand konnte seinen Ansprüchen voll gerecht werden, am liebsten hätte er alles allein getan. Angefangen von der Bewilligung einer kleinsten Summe bis zum Ankauf eines großen Objekts, der Neuorganisation und der Reform eines ganzen Wohlfahrtszweiges. Jeder Brief ging durch seine Hand, zumeist mit eigener Hand entworfen, jede Bewilligung war von ihm abhängig. So hatte e i n e r die Kenntnis des Ganzen, mit allen Vorteilen, aber auch mit allen Nachteilen. Nur von wenigen in der Arbeit neben ihm Stehenden hat er Kritik vertragen, auch nur dann, wenn er Kenntnis, Leistung spürte. Da gab er sich offen, da breitete er seine Pläne aus, da verlangte er rücksichtsloses ihm Zurseitestehen — da vertrug er Widerspruch, Ratschlag, da konnte er scherzen und lachen, daß ihm die Tränen kamen. Er war auch bis in seine letzten Jahre hinein im Grunde immer ein jugendlicher Mensch, immer bereit zu revolutionieren, neue Wege zu gehen, neue Versuche zu machen. Caspary war nicht kleinlich: wenn ihn eine Idee, ein Schicksal, ein Mensch gepackt hatte, da standen alle Mittel zur Verfügung, da kannte er keine Bürokratie, keinen Einwand seines Finanzkontrolleurs.

Eugen Caspary war eine einmalige Erscheinung. Er hat ein reiches Werk hinterlassen, das es zu bewahren, auszubauen und immer erneut zu errichten gilt. Vielen war er ein Vorbild jüdisch-sozialen Wirkens in einem Wendepunkt der Zeit, der Arbeit, und wird es bleiben — manch einem aber war er mehr.

M. K.

Fünf Jahre Wohlfahrts- und Jugendfürsorgeamt der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Dr. F r i t z L a m m / S. A d l e r - R u d e l

Die Entwicklung und der Ausbau des Wohlfahrts- und Jugendfürsorgeamtes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin sind unlöslich verbunden mit dem Namen E u g e n C a s p a r y, der als ein Wegbereiter neuer Formen jüdischer Wohlfahrtspflege sich dieser Aufgabe mit all seinen Kräften und all seinem Können hingegeben hat.

In den Tagen unserer Trauer um ihn soll hier versucht werden, über die letzten fünf Jahre eines Teiles seiner Lebensarbeit zu berichten. Ein Bericht, den er nicht mehr erstatten konnte, der aber Zeugnis ablegt von dem Aufschwung und dem Umfang der Wohlfahrtsarbeit unserer Gemeinde, die dank der aufopfernden und weitblickenden Arbeit Eugen Casparys wohl zu der größten örtlichen Wohlfahrtseinrichtung des europäischen Judentums geworden ist.

I. Organisation des Wohlfahrts- und Jugendfürsorgeamtes

Die Wohlfahrtspflege in der jüdischen Gemeinde zu Berlin, so alt wie diese, hat im Laufe der Jahrzehnte sich wiederholt gewandelt. Von der von wenigen Notablen verwalteten Armenkommission längst vergangener Zeiten bis zu dem Wohlfahrts- und Jugendfürsorgeamt der Gegenwart mit seinen zahlreichen ehrenamtlichen und beamteten Kräften bedurfte es mühseliger Arbeit und leidenschaftlicher Kämpfe, in denen um die Um- und Ausgestaltung des Wohlfahrtswesens gerungen wurde. Versuchte doch im Laufe eines Jahrhunderts jede Generation den Anforderungen der Hilfsbedürftigen im Geiste ihrer Zeit gerecht zu werden. Die Etappen dieses Weges sind Kennzeichen der Entwicklung des Berliner Judentums, seines wirtschaftlichen Aufstiegs, seines Niederganges und der Verarmung weiter Kreise, wie wir sie jetzt erleben.

Die Wohlfahrtspflege der Gemeinde trägt ergänzenden Charakter, d. h. sie ist zunächst bestrebt, dafür zu sorgen, daß die hilfsbedürftigen Gemeindemitglieder ihren Rechtsanspruch auf Hilfeleistung bei Staat und Kommune geltend machen, und tritt erst dann selbst in Wirksamkeit, wenn alle Möglichkeiten der staatlichen und kommunalen Wohlfahrtspflege erschöpft sind oder aus dringenden Gründen einer Ergänzung bedürfen. Trotz dieser Beschränkung, die die Gemeinde sich bei Ausübung ihrer Wohlfahrtspflege auferlegen muß,

zwingt die immer größer werdende soziale Not und die wachsende Verarmung weiter Kreise der Gemeindemitglieder zur Aufwendung außerordentlich hoher Geldmittel und zu unablässigem Ausbau der Einrichtungen des Wohlfahrtsamtes, wobei zu beachten ist, daß das Wohlfahrts- und Jugendfürsorgeamt nur einen Teil der Wohlfahrtsaufgaben der Gemeinde umfaßt: die sogenannte offene und halboffene Fürsorge. Die anderen Zweige der gemeindlichen Wohlfahrtspflege, wie Krankenhaus, Waisenhäuser, Altersheime, Hospital, werden außerhalb des Wohlfahrtsamtes verwaltet.

Auf Grund der Ende 1928 von den Gemeindebehörden durchgeführten Neuordnung der Wohlfahrtspflege ist diese in drei Fachdezernate gegliedert:

1. Allgemeine Wohlfahrt,
2. Jugendwohlfahrt,
3. Arbeits- und Berufsfürsorge.

Die kollegiale Leitung des Wohlfahrtsamtes ist einem Verwaltungsausschuß übertragen, dem außer dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter, sowie dem Dezernenten für Arbeits- und Berufsfürsorge ein Mitglied des Gemeindevorstandes, vier Mitglieder der Repräsentantenversammlung, zwei Vorsitzende der Bezirke, sowie einige Sachverständige für besondere Fragen angehören. Diesem Ausschuß obliegt es, die im Wohlfahrtsamt zusammengefaßte offene Fürsorge grundsätzlich zu beeinflussen, und zwar durch Aufstellung von Richtlinien für die gesamte Tätigkeit, Beratung des Haushaltsplanes, Entgegennahme der Jahresabrechnung und Jahresberichte, Entscheidung von grundsätzlichen Fragen und Beschwerden, Bildung von Fach- und Unterausschüssen, Bestätigung der gewählten ehrenamtlichen Pfleger.

Die verwaltungsmäßige Spitze des Amtes ist der Vorsitzende, dem die allgemeine Leitung der Geschäfte und die Vertretung gegenüber den Gemeindebehörden obliegt. Der stellvertretende Vorsitzende ist sein ständiger Vertreter und Generaldezernent für eine Anzahl von Gebieten besonderer Bedeutung. Dritter Dezernent ist der Leiter der Abteilung Arbeits- und Berufsfürsorge, die aus der Angliederung der Einrichtungen des Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands, der Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Arbeitsnachweise, sowie der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung hervorgegangen ist.

Um eine rationelle und rasch einsetzende Arbeit leisten zu können, ist das Gebiet der jüdischen Gemeinde in 25 Wohlfahrtsbezirke eingeteilt, teils unter Berücksichtigung der vorhandenen Synagogen, teils im Anschluß an die städtischen Verwaltungsbezirke. In den 25 Bezirkskommissionen wirken fast 900 Gemeindemitglieder ehrenamtlich als Pfleger und Pflegerinnen mit, sie sind die eigentlichen Träger der praktischen Arbeit des Wohlfahrts- und Jugendfürsorgeamtes, in der Form der Familienfürsorge.

II. Allgemeine Wohlfahrt

A. Zusammenarbeit mit der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege

Bei dem ergänzenden Charakter der Gemeindewohlfahrtspflege im Verhältnis zur öffentlichen Fürsorge ist eine verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen beiden im Sinne der Fürsorgepflichtverordnung und des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes von Bedeutung, gerade in einer Zeit, in der die Stadt Berlin infolge ihrer Finanzlage gezwungen ist, Einschränkungen in ihren Bewilligungen eintreten zu lassen. Der städtischen Wohlfahrtsdeputation und dem Verwaltungsausschuß des Landesjugendamtes gehört der stellvertretende Vorsitzende des Wohlfahrtsamtes als Mitglied an, dem Landesjugendamt und den Bezirksjugendämtern je ein Rabbiner, soweit ein solcher im Bezirk ansässig ist, ferner einzelnen Bezirksämtern und Bezirkskommissionen einzelne Pflegerinnen und Pfleger.

Des weiteren ist das Wohlfahrtsamt Mitglied der Berliner Wohlfahrtsvereinigung, d. h. der Vereinigung der freien Wohlfahrtspflege, der außerdem Innere Mission, Caritasverband, Rotes Kreuz, sowie der Fünfte Wohlfahrtsverband angeschlossen sind. Aus der gemeinsamen Arbeit ist ein neues wichtiges Arbeitsgebiet entstanden, das der Sozialen Gerichtshilfe (für Erwachsene). Hatte bisher schon die Jugendgerichtshilfe, die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge Gelegenheit gegeben, sich der Straffälligen anzunehmen, um ihnen einigermaßen die Rückkehr in geordnete Verhältnisse zu erleichtern und ihnen zu helfen, die großen Schwierigkeiten, die sich diesem Bestreben allenthalben entgegenstellen, zu überwinden, so geht die Aufgabe der S. G. H. (für Erwachsene) dahin, dem Gericht für die Hauptverhandlung ein Bild der Persönlichkeit des Angeklagten (nicht eine Ermittlung über die Tat) zu geben und dadurch eine gerechte Beurteilung zu ermöglichen, wie sie durch polizeiliche Feststellungen nicht zu erreichen ist. Des weiteren werden der S. G. H., deren Träger in Berlin das Landeswohlfahrtsamt ist, gegen Ablauf der Bewährungsfrist Erkundigungen über die Führung des Verurteilten und bei der Entscheidung von Gnadengesuchen über wirtschaftliche und persönliche Verhältnisse des Bestraften zugewiesen.

Die Zusammenarbeit mit den jüdischen Wohlfahrtsvereinen, die in der Vorkriegszeit im engen Anschluß an die Zentralauskunftsstelle vor sich ging, hat nach teilweiser Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten der Nachkriegsjahre wieder eingesetzt. Sie umfaßt die meisten größeren freiwilligen Vereinigungen, die sich mit Wohlfahrtspflege für Erwachsene und Jugendliche beschäftigen.

Für die Weiterentwicklung wird man sich immer an ein vor hundert Jahren (1829) abgegebenes Urteil erinnern müssen: „Die vielen in der Gemeinde bestehenden Wohltätigkeitsvereine, die zum Teil ganz zwecklos geworden, zum Teil in ihren Einrichtungen und Formen veraltet und hinter der Zeit zurückgeblieben sind, schaden mehr als sie nützen, weil sie vereinzelt wirken und sich von den

erfolgten Unterstützungen keine Mitteilungen machen." Das Auftreten nach außen und Versuche, Mittel für einzelne Vereine durch Festlichkeiten in auffallender Form zu gewinnen, hat zu berechtigten Klagen Anlaß gegeben. Der Gedanke einer von gleichem Geist und vom Ernst ihrer Aufgabe erfüllten jüdischen Fürsorge hat zunächst zwei Vereine veranlaßt, neuzeitlichen Forderungen nachzukommen: die 1720 gegründete Gesellschaft Hachnassath Kallah, die mit dem Wohlfahrtsamt zusammengeschlossen ist, und den Verein von 1845 zur Unterstützung von Handwerkern und Künstlern, der im Anschluß an die Gründung des Jüdischen Museumsvereins eine Revision seiner Satzung begonnen hat.

Darüber hinaus nimmt das Wohlfahrtsamt an den Arbeiten der bei der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden gebildeten Arbeitsgemeinschaften für Gefährdetenfürsorge, Tuberkulose- und Erholungsfürsorge starken Anteil. Hieraus ergab sich die Beteiligung an der 1926 in Düsseldorf veranstalteten Ausstellung Gesolei. Ihr schlossen sich die Große Polizeiausstellung Berlin und eine Ausstellung im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (1930) an. Bei allen diesen Veranstaltungen hat das Wohlfahrtsamt die gebührende Anerkennung gefunden, nicht zuletzt auch durch den auf der Gesolei erstmalig in der Oeffentlichkeit vorgeführten Film „Ein Freitag-Abend", der die Vorzüge der offenen Fürsorge zur Darstellung brachte.

Der Bekanntgabe der Tätigkeit in einem weiteren Kreise dient das Mitteilungsblatt des Wohlfahrtsamtes, das seit 1929 allmonatlich erscheint. Es bildet eine wesentliche Ergänzung des in seinem verfügbaren Raum allzu beschränkten Gemeindeblattes.

Der Vertiefung der Arbeit dienten neben Vorträgen in den einzelnen Bezirken eine Anzahl zusammenhängender Kurse und Vortragsreihen, die zum Teil in Verbindung mit der Zentralwohlfahrtsstelle, dem Frauenbund, der Altershilfe und der Jüdischen Kinderhilfe veranstaltet wurden, u. a. auch versuchsweise ein Mütterkursus, der sich regen Zuspruchs erfreute.

In der Ausbildung zur Wohlfahrtspflegerin befindlichen Schülern und Schülerinnen der sozialen Berufsschulen wird Gelegenheit geboten, als Praktikanten sämtliche Gebiete der Tätigkeit des Wohlfahrtsamtes kennenzulernen.

B. Bezirke und Zentrale des Wohlfahrtsamtes

Die eigentliche praktische Arbeit des Wohlfahrtsamtes wird durch die 25 Wohlfahrtsbezirke geleistet. Hier werden alle Fälle, die an das Wohlfahrtsamt herankommen, durch ehrenamtliche Helfer geprüft und die Art und Höhe der jeweiligen Unterstützung festgesetzt. Im allgemeinen verfügen die Bezirke selbständig in Einzelfällen bis zum Betrage von 50 RM. Dort, wo höhere Beträge notwendig sind, werden sie nach nochmaliger Prüfung von der Zentrale

des Wohlfahrtsamtes bewilligt. Die Zuwendungen an die Bezirke beliefen sich im Jahre

1926 auf RM. 300 000.—,
1927 auf RM. 285 000.—,
1928 auf RM. 300 000.—,
1929 auf RM. 375 000.—,
1930 auf RM. 345 000.—.

Darüber hinaus sammeln die Bezirke selbständig für ihre Hilfsbedürftigen, und zwar sowohl Geldmittel als auch Sachspenden, namentlich zu den Feiertagen, insbesondere aber zu Chanukah, wo fast jeder Bezirk den Versuch macht, aus seinen Sammlungen Kinder und Erwachsene für den Winter einzukleiden. Die Verteilung der Zuwendungen an die Bezirke schwankt zwischen 500.— bis 2300.— RM. monatlich. Sie richtet sich nach Umfang und Lage des Bezirkes. Die Zahl der von den Bezirken zu Unterstützenden ist in ständiger Steigerung begriffen. Im Jahresdurchschnitt sind 4000 Familien mit 20 000 Köpfen und 4500 Einzelpersonen unterstützt worden. In diesen Zahlen sind die von der Fürsorgestelle für Obdachlose und Durchwanderer Unterstützten nicht inbegriffen. Neben den Einzelunterstützungen wurden von verschiedenen Bezirken noch Sondereinrichtungen wie Küchen, Kinderhorte, Kindergärten, Jugendgruppen und Abendheime geschaffen. Diese Einrichtungen sind untergebracht in:
Neue Königstr. 5/6: Büro, Sitzungsraum, Kinderhort, Jugendgruppen,
Blankenfelder Str. 10: Büro, Abendheim,
Ackerstr. 14/15: Büro, Abendheim, Kindergarten,
Metzer Str. 1: Büro, Sitzungsraum, Abendheim, Jugendheim,
Finowstr. 30 (Lichtbg.): Büro, Sitzungsraum, Jugendgruppen, Küche,
W, Pfalzburger Str. 62: Küche, Abendheim,
NW, Claudiusstr. 7: Küche,
W, Münchener Str. 37: Küche, Warme Stube,
W, Schmargendorfer Str.: Küche, Sitzungsraum, Büro, Kindergarten,
N, Gropiusstr.: Büro, Abendheim,
N, Rosenthaler Str. 40/41: Bezirk, Jugendheim.

Die Zentrale des Wohlfahrtsamtes ist, wie oben bereits erwähnt, zuständig für Bewilligungen über 50.— RM., ferner für alle Darlehnssachen, Stipendien, Brautausstattungen (Hachnassath Kallah) und für Sonderzuwendungen, wie z. B. Speisung (Pessach), Feuerung.

Im einzelnen gestalteten sich die Zuwendungen der Zentrale in ihren einzelnen Abteilungen wie folgt:

		1926	1927	1928	1929	1930
Allgem. Unterstützungen . .	RM	84 000	96 000	100 000	118 000	142 000
Ernährung	RM	115 000	42 500	40 000	41 000	41 000
Feuerung	RM	—	25 000	25 000	18 000	22 000

C. Etat des Wohlfahrtsamtes

Die Gesamtausgaben des Wohlfahrts- und Jugendfürsorgeamtes beliefen sich 1926 auf RM. 1 297 500.—,
1927 auf RM. 1 304 700.—,

1928 auf RM. 1 344 135.—,
1929 auf RM. 1 438 000.—,
1930 auf RM. 1 594 000.—.

Aus ihnen wurden die im folgenden aufgeführten Einzelzweige bestritten. Dabei ist zu bemerken, daß die Einnahmen aus Stiftungsmitteln nach den Verlusten der Inflationsjahre eine starke Steigerung erfahren haben, weil einmal die Wohlfahrtsrente des Reiches in Kraft getreten ist, sodann aber vor allem deshalb, weil die Gemeinde selbst einen Aufwertungsfonds geschaffen hat, der jährlich ein erhöhtes Einkommen zu verzeichnen hat.

D. Stiftungen

Die Erträgnisse der 15 vom Wohlfahrtsamt verwalteten Stiftungen, die zumeist satzungsgemäß für Familienangehörige bestimmt sind, sind trotz der vom Reiche gewährten Wohlfahrtszuschüsse und des Aufwertungsfonds der Gemeinde verhältnismäßig gering. Im Laufe der letzten fünf Jahre sind der Gemeinde zahlreiche Stiftungen für verschiedene Wohlfahrtszwecke zugeflossen, wie die Stiftung des verstorbenen Justizrats Max Salinger, welcher der Gemeinde eine große Erbschaft hinterlassen hat, deren Zinsen zum Teil für deutsche Gelehrte, Künstler, Schriftsteller, Techniker und Studierende jüdischen Glaubens, im übrigen nach Verfügung des Gemeindevorstandes zu verwenden sind; sodann die Stiftung von Dr. Viktor Mannheimer für jüdische Studierende, ferner die Zuwendung des verstorbenen Rentiers Josef Horwitz, aus der zur Unterstützung bedürftiger Mitglieder der Gemeinde eine Gebrüder Horwitz-Stiftung errichtet werden soll; die Schenkung von Viktor Emanuel, bestehend aus drei Grundstücken in der Greifswalder Straße, und schließlich aus der Erbschaft von Alex Heimann und dessen verstorbener Ehefrau ein Grundstück in der Solmsstraße. Ueber den Verwendungszweck des Zinserträgnisses der beiden letztgenannten Zuwendungen ist eine Bestimmung noch nicht getroffen. Die Gemeinde selbst hat anläßlich des 70. Geburtstages von Leopold Badt (14. April 1928) eine „Leopold-Badt-Stiftung“ zugunsten des neuen Altersheims der Gemeinde errichtet, zu welcher die Gemeinde als Grundstock einen Betrag von 30 000 RM. bewilligte, ferner aus Anlaß des 70. Geburtstages von Rabbiner Dr. Weiße eine „Samson-Weiße-Stiftung“ mit einem Grundkapital von 10 000 RM. für Studierende der jüdischen Theologie und Gelehrte, zu deren Kurator auf Lebenszeit Herr Rabbiner Dr. Weiße bestellt wurde.

E. Arten der Unterstützungen

Zu den allgemeinen Unterstützungen gehören u. a. die Bewilligung von Stipendien an Studierende, die in Zusammenarbeit mit dem „Hilfsverein für jüdische Studierende“, dem „Hilfsverein der deutschen Juden“ und den studentischen Verbindungen erfolgt, die Zuwendungen an die „Mensa academica judaica“, die nunmehr, abgesehen von einem Zuschuß aus allgemeinen Gemeindemitteln, in der Lage ist, die Speisung selbst durchzuführen, ferner, in Verbindung mit der Gesellschaft „Hachnassath Kallah“, Beihilfen zur Eheschließung.

Die Unterstützungen auf dem Gebiete des Ernährungswesens bestehen im wesentlichen in der Pessachversorgung, die im Jahre 1926 etwa 35 000 RM. beanspruchte, im Jahre 1929 33 500 RM. für 3400 Familien mit 9500 Köpfen und 1750 Einzelpersonen, im Jahre 1930 32 000 RM. Für Belieferung mit Lebensmitteln konnte wiederum mit Hilfe der Bezirke in großem Umfange gesorgt werden. Die Bezirke bemühten sich ferner um die Veranstaltung von Seder-Abenden, die an elf verschiedenen Stellen innerhalb Berlins stattfanden und sich eines regen Besuches erfreuten. Eine starke Inanspruchnahme des Wohlfahrtsetats bedeutet ferner die Gefangenenspeisung zu Pessach, zu der für das Untersuchungsgefängnis Moabit die Küche des „Heimathauses“, Gormannstraße, benutzt wird, während das Gefängnis in Plötzensee eine eigene Pessachküche, für die die Gemeinde die Lebensmittel liefert, besitzt. Die Insassen der städtischen und sonstigen nichtjüdischen Kranken- und Pflegeanstalten werden ebenfalls mit Mazzoth und ritueller Speisung bedacht.

Die sechs Kücheneinrichtungen in den Bezirken bieten den in der Umgebung wohnenden Bedürftigen die Möglichkeit, eine kräftige Mahlzeit zu einem geringen Preise, unter Umständen unentgeltlich, einzunehmen. Einzelne Verwaltungsbezirke der Stadt Berlin haben die Notwendigkeit dieser Küchen anerkannt und gewähren Zuschüsse. Es werden jährlich etwa 265 000 Portionen verabreicht.

Für Feuerung werden jährlich durchschnittlich 9000 Zentner Kohlen im Betrage von 20 000 RM. angeschafft. Davon werden 8500 Zentner an Bedürftige verteilt, während der Rest für Kinderheime und Kindergärten verbraucht wird.

Warme Stuben wurden in verschiedenen Gegenden eingerichtet. Den Besuchern, in der Hauptsache alleinstehenden Bedürftigen, wurde durch Zeitungslektüre und Abgabe von warmen Getränken der Aufenthalt angenehm gestaltet. In den Wintermonaten 1928/29 ist infolge des starken Frostes eine Sonderabgabe von Kohlen verabreicht worden. In allen für die Wohlfahrtspflege zur Verfügung stehenden Räumen wurde der Aufenthalt zur Erwärmung gestattet.

Auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge war die Tätigkeit des Wohlfahrtsamtes durch die Zwangswirtschaft naturgemäß gehemmt. Nur in vereinzelten Fällen war es möglich, mit Hilfe des Wohnungsamtes eine gesunde Unterkunft zu beschaffen. Im allgemeinen mußte man sich, besonders in kinderreichen Familien, auf die Beaufsichtigung der Kinder in bezug auf die Schlafgelegenheiten, sowie auf die möglichst gesunde Unterbringung am Tage beschränken. Bettstellen, Betten und Bettwäsche wurden im Bedarfsfall beschafft; für die Unterbringung in die Tagesstätten der Gemeinde, sowie die der privaten Organisationen ist Sorge getragen worden.

III. Jugendwohlfahrt

Die Jugendwohlfahrt, die vom Wohlfahrtsamt als Jugendfürsorgeamt ausgeübt wird, erstreckt sich auf Beschaffung von Pflegestellen und deren Beaufsichtigung, Anstaltsfürsorge für Kinder, Schaffung von Tageseinrichtungen, auf die Führung der Sammelvormundschaft, Adoptionen, Gefährdetenfürsorge, Fürsorgeerziehung und Schutzaufsicht.

A. Pflegestellen und Anstaltsunterbringung

Dort, wo die Unterbringung in eine Tagespflegestelle oder die Unterbringung in Kindergärten oder Horten aus erzieherischen oder hygienischen Momenten nicht ausreicht, setzt die Dauerunterbringung, und zwar in einer Familie oder in einer Anstalt ein. Im Jahre 1926 wurden durchschnittlich im Monat 380 Kinder verteilt auf 27 Anstalten, und 120 Kinder in 80 Pflegestellen, 1929 in 23 Heimen 300 Kinder, in 108 Familien 150 Kinder versorgt. Von diesen 300 Heimkindern mußten infolge geistiger Schwäche 25 in das Heim für zurückgebliebene Kinder, infolge Gefährdung, z. T. auch wegen geistiger Minderwertigkeit 19 Zöglinge Spezialheimen überwiesen werden. 46 Zöglinge wurden entsprechend ihren Fähigkeiten für ihren späteren Beruf vorbereitet.

Die Ausgaben hierfür betragen monatlich etwa 24 000 RM. Um möglichst jedes jüdische Kind, das einer besonderen Versorgung bedarf, auch rechtzeitig zu erfassen, sind die Gemeindeschwestern beauftragt, regelmäßige Besuche in Entbindungs- und Wöchnerinnenheimen vorzunehmen und die Geburt jüdischer Kinder zu ermitteln.

Hierdurch kommt die Gemeinde in die Lage, schon im allerfrühesten Kindesalter darauf zu achten, daß nicht eine andere, d. h. nichtjüdische Unterbringung erfolgt. Des weiteren werden die städtischen Waisenhäuser ständig zum Zwecke der Feststellung der Belegungsziffer der jüdischen Kinder besucht, die anderweitige jüdische Unterbringung nach Möglichkeit durchgeführt. In Ergänzung der Zuschüsse der Stadt und anderer verpflichteter Stellen werden in vielen Fällen Beihilfen bis nach vollendeter Ausbildung der Kinder zur Verfügung gestellt.

B. Tageseinrichtungen

Die Gemeinde kann zehn dieser Einrichtungen (Kindergärten und -horte) aufweisen, die privaten Organisationen fünf. Insgesamt werden hierdurch täglich etwa 700 Kinder erfaßt, für die die Gemeinde zum Teil ganz, zum Teil durch geldliche Zuschüsse sorgt. Der Gemeindezuschuß belief sich während der Geschäftsjahre 1926—29 auf etwa 75 000 RM. jährlich, für das Jahr 1930 auf 86 000 RM.

C. Sammelvormundschaft

Seit dem Gründungstage der Sammelvormundschaft (1. Oktober 1913) sind von ihr die Angelegenheiten von 2581 Mündeln behandelt worden.

Nach dem Stande vom 1. Juni 1930 wurde ausgeübt:

a) Vormundschaft, d. h. die volle gesetzliche Vertretung, bei unehelichen Kindern eingeschränkt durch das Personensorgerecht der Mutter, für 277 uneheliche deutsche, 96 uneheliche ausländische Kinder, ferner bei 62 ehelichen deutschen, 36 ehelichen ausländischen Waisenkindern;

b) Pflegschaft, d. h. die Vertretung der Mündel in einzelnen Angelegenheiten, in der Mehrzahl zur Wahrnehmung der Unterhaltsansprüche gegen den ehelichen Vater oder des Personensorgerechts, das den Eltern durch Gerichtsbeschluß entzogen ist, für 1 uneheliches deutsches Kind, 16 uneheliche ausländische, 169 eheliche deutsche, 49 eheliche ausländische Kinder;

c) Beistandschaft, d. h. die Unterstützung der verwitweten Mutter bei der Erziehung der Kinder, für 66 eheliche deutsche, 4 eheliche ausländische Kinder;

d) die persönliche Sorge, d. h. die Sorge für die Kinder aus rituellen Ehen, die mangels erfüllter gesetzlicher Eheschließungsformen als unehelich gelten, für 373 uneheliche ausländische Kinder.

Die Zahl der zu betreuenden unehelichen Mündel ist nicht gestiegen, zumal bei unehelichen Neugeborenen deutscher Staatsangehörigkeit zunächst auf Grund des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes die städtische Amtsvormundschaft Vormund wird, und es erst der Verhandlung im Einzelfall bedarf, damit die Stadt die Vormundschaft abgibt. Sie tut es in der Regel, wenn die Unterhaltsfrage erledigt ist. Sodann hat erfahrungsgemäß die Zahl der unehelichen Kinder überhaupt abgenommen.

Im Verhältnis hierzu sind die ehelichen Vormundschaften und Pflegschaften gestiegen. Der Lage der Kinder aus geschiedenen Ehen und derjenigen, deren Eltern sich im Scheidungsprozeß befinden, wird jetzt auf Grund einer Verfügung des Justizministers erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Stark ist die Zahl der Pflegschaften zur Wahrnehmung der Unterhaltsansprüche gegen eheliche Väter.

Die persönliche Sorge (ohne gerichtlichen Beschluß) umfaßt die Kinder von Eltern ausländischer Staatsangehörigkeit, die eine staatsgesetzlich gültige Ehe nicht eingegangen sind, daher als unehelich gelten, für die aber — da sie sich meist auf Grund ritueller Eheschließung als Eheleute betrachten und ehelich zusammenleben — die Einleitung gesetzlicher Maßnahmen nicht erforderlich erscheint. Die Zahl von 47 Legitimationen unehelicher ausländischer Kinder durch nachfolgende Ehen von Eltern zeigt, daß die Bestrebungen, eine gesetzlich gültige Ehe herbeizuführen, besonderer Förderung verdienen.

Die Zahl der Erwachsenen (volljährige Mündel), die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt und daher unter Vormundschaft oder Pflegschaft gestellt wurden, betrug 8 bzw. 11.

Die persönliche Fürsorge für alle Mündel erfolgt durch die Bezirke im Wege der Familienfürsorge.

D. Adoptionen

Im Jahre 1929 sind sechs Adoptionen zustandegekommen. Die Zahl der Elternmeldungen überstieg zwar die Zahl der Kindermeldungen, aber die Arbeit muß nach wie vor mit größter Vorsicht und Zurückhaltung ausgeführt werden, um die Zukunft der zu adoptierenden Kinder so weit als möglich sicherzustellen.

E. Gefährdetenfürsorge

In der offenen Fürsorge wurde die Zusammenarbeit mit dem städtischen Pflegeamt intensiviert. Es wurde der Gemeinde insbesondere die Schutzaufsicht über diejenigen Frauen übertragen, die in ihre Berliner Wohnungen entlassen wurden. Es handelte sich 1929 um etwa 10 Neuangemeldete; in einem Falle wurde eine Verschickung durchgeführt, in mehreren Fällen wurden Ausbildungszuschüsse bewilligt. Bei jüngeren Mädchen scheint diese Art der Hilfe am ehesten Aussicht auf Erfolg zu bieten.

Das Zufluchtsheim für Frauen und Mädchen, Elsasser Str. 11, wurde im Jahre 1929 von 176 (1928: 117) Hilfsbedürftigen in Anspruch genommen. Durch die andauernde Verschlechterung der Wirtschaftslage war es immer schwieriger, schnell Arbeit zu vermitteln, der Aufenthalt ist daher immer noch länger als erwünscht. In unverändert starker Weise mußte das Heim aus dem Krankenhaus Entlassene aufnehmen und ihnen für die Zeit der völligen Ausheilung zur Verfügung stehen. Dagegen ist nur eine zur Entlassung gekommene Strafgefangene im Jahre 1929 zur Aufnahme gekommen. Von den aufgenommenen 176 Mädchen und Frauen waren: Lehrerinnen 2, Klavierlehrerin 1, Schneiderinnen 3, Kinderfräulein 15, Schriftstellerin 1, Malerin 1, Buchhalterinnen 2, Verkäuferinnen 6, Maniküre 1, Bardame 1, Lehrlinge 6, Durchreisende 35, Hausangestellte 77, Berufsunfähige 20.

F. Fürsorgeerziehung und Schutzaufsicht

Auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung und Schutzaufsicht erfolgt engste Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt und den Bezirksjugendämtern. Die Bezirksjugendämter nehmen nicht in allen jüdischen Fällen die Mitarbeit der Gemeinde in Anspruch, hingegen ist die Zusammenarbeit mit den Fürsorgeerziehungsbehörden derart geregelt, daß alle aus Fürsorgeheimen zur Entlassung kommenden jüdischen Jugendlichen in die Schutzaufsicht der Gemeinde kommen. Erwähnung verdient die Beziehung zum Jüdischen Jugend- und Lehrheim in Wolzig, das Gewähr dafür bietet, daß die Fürsorgeerziehung für männliche Jugendliche nach modernen Grundsätzen durchgeführt wird, und um dessen Einrichtung und Ausgestaltung Eugen Caspary sich besonders verdient gemacht hat.

IV. Gesundheitsfürsorge

Die Gesundheitsfürsorge erstreckt sich auf Kinder, Jugendliche und auch auf Erwachsene.

A. Gesundheitsfürsorge für Kinder

In mehreren Wohlfahrtsbezirken finden in regelmäßigen Abständen ärztliche Sprechstunden, in denen die Kinder beobachtet werden, statt. Erweist sich eine ärztliche Behandlung als notwendig, so wird für die Ueberweisung an die zuständigen Kassenärzte oder an die eigens hierfür eingerichteten Institute (Jüdische Kinderhilfe, Charité) Sorge getragen.

Die Auswahl der in die Kur- und in die Erholungsheime zu entsendenden Kinder erfolgt auf Grund der in den Sprechstunden gemachten Beobachtungen. Nach dem Etat standen 600 000 RM. (1926 bis 1929) für diese Zwecke zur Verfügung. Zuschüsse wurden ferner bereitgestellt für die geschlossene Entsendung von Heimkindern.

Die Gemeinde besitzt in Pacht das Heim in Miersdorf (mit 30 Plätzen), in eigener Verwaltung das Erholungsheim in Elmen (mit 40 Betten), das von dem „Verein Jüdisches Kindergenesungsheim, Berlin E. V.-Solbad Elmen“ in dankenswerter Weise der Gemeinde übereignet worden ist.

Neu ist für die letzten Jahre die Idee der Durchführung der örtlichen Erholungsfürsorge. Auf dem Grundstück des Jüdischen Krankenhauses wird unter fachmännischer Leitung seit zwei Jahren eine Luftkur durchgeführt. Die Kinder finden sich in den Morgenstunden ein und verbleiben bis zum Abend. Sie erhalten drei Mahlzeiten, müssen je nach ärztlicher Vorschrift Liegekuren durchführen und sich in der übrigen Zeit durch Spiel Bewegung verschaffen. Die hierdurch erzielten körperlichen Fortschritte sind recht günstig.

Für die großen Ferien werden in den Außenbezirken Groß-Berlins Tagesstätten im Freien gepachtet, die auch aus pädagogischen Gesichtspunkten von besonderer Bedeutung sind. Nicht allein das erholungsbedürftige Kind kommt für diese Tagesstätten in Betracht, sondern auch das für die Ferien völlig unbeaufsichtigte Kind.

Verschickt wurden:

a) in Kurheime im Jahre durchschnittlich etwa 830 Kinder mit 36 657 Verpflegungstagen;
b) in Erholungsheime etwa 100 Kinder mit 8400 Verpflegungstagen;
c) in die Luftkurhalle im Jahre etwa 155 Kinder;
d) in die Tageskolonien etwa 800 Kinder.

B. Gesundheitsfürsorge für Erwachsene

Für Gesundheitsfürsorge für Erwachsene standen 175 000 RM. in den Etatsjahren 1926 bis 1929 zur Verfügung. Mit Hilfe der „Neuen Poliklinik“ der Jüdischen Gemeinde, die als vertrauensärztliche Stelle fungierte, erfolgte die Auswahl der Patienten in die Kur- und Erholungsheime. Für erholungsbedürftige Frauen und Mädchen wurde das „Jüdische Genesungsheim“ in Lehnitz, eine Stiftung von Louis und Rosa Sachs, das der Gemeinde von dem „Verein Jüdisches Genesungsheim, Berlin E. V.“ übereignet worden ist, in Anspruch ge-

nommen. Als Tagessatz wird 3.— RM. gefordert. Je nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgt die Aufnahme zu ermäßigtem Preise oder auch unentgeltlich.

Verpflegt wurden 1926 287 Patienten,
1927 275 Patienten,
1928 287 Patienten,
1929 349 Patienten.

Die Kurverschickungen erfolgen in vielen Fällen gemeinsam mit den städtischen Gesundheitsämtern. Schwierigkeiten ergaben sich nur bei ausländischen Antragstellern, für die das Wohlfahrtsamt der Gemeinde zum Teil sämtliche Kosten selbst tragen mußte. Ein Teil der Gesuche wurde mit Erfolg an die Reichsversicherung für Angestellte, die Landesversicherungsanstalt und die Krankenkassen weitergeleitet. Die Anträge zur Verschickung von Tuberkulösen sind zumeist mit Unterstützung der „Arbeitsgemeinschaft für jüdische Tuberkulosefürsorge" durchgeführt worden.

Da bei den außerordentlich hohen Anforderungen planmäßig vorgegangen werden muß, so sind bei der Berücksichtigung folgende Gesichtspunkte maßgebend:

a) vorbeugende Maßnahmen bei in Aussicht stehenden Leiden,
b) Berufsfähigkeit,
c) Heilungsmöglichkeit.

In Anspruch genommen wurden die Kurheime: Warmbrunn, Nauheim, Karlsbad, Kissingen, Kolberg, Soden, Nordrach.

C. Aufgaben der Gemeindeschwestern

Besuche von Kranken im eigenen Hause, sowie in den Krankenhäusern, Besuche von Mündeln, Wahrnehmung der ärztlichen Kindersprechstunden, Besuche von Anstalten (Entbindungs- und Wöchnerinnenheime) bilden die Aufgaben der Gemeindeschwestern. Ihnen liegt ferner die Prüfung von Adoptions- und Pflegestellen vor der Belegung, sowie die Ueberwachung während der Dauer der Inanspruchnahme ob.

Die nachstehende Statistik gibt einen Ausschnitt über die in einem Jahre 1929/30 getätigten Besuche:

Hausbesuche 2740,
Mündel 900,
Ambulanzen 940,
Krankenhaus 580,
Aerztl. Kindersprechstunden 100.

D. Seelsorge — Soziale Krankenhausfürsorge

Die seelsorgerische Tätigkeit wird sowohl in den jüdischen, als auch in den interkonfessionellen Einrichtungen (Krankenhäuser, Siechen- und Heilanstalten) von den Rabbinern der Gemeinde, wie auch von denen der privaten Synagogen-Vereine ausgeführt. Die allgemeine fürsorgerische Behandlung liegt in den Händen der Bezirke, die aus ihrem Kreise Kommissionen hierfür eingesetzt haben. Die jüdischen

Insassen der Heilanstalten und der Hospitäler werden durch eine Fürsorgerin noch besonders betreut.

Im Hufeland-Hospitel befinden sich etwa 30 jüd. Insassen,
in dem Hospital Palisadenstraße 5 jüd. Insassen,
in den Heilanstalten 40 jüd. Insassen.

In welcher Form erfolgt die Betreuung? Zunächst durch Rücksprache mit den leitenden Stellen und den Patienten selber. Ueber das Ergehen wird hierdurch näheres erfahren, die Verbindung mit den Angehörigen aufgenommen, eine erforderliche günstige Verlegung evtl. vorgenommen. Zur Erfrischung werden Lebensmittel verteilt. Die Patienten empfinden dankbar die Verbindung mit der jüdischen Gemeinschaft, von der sie durch ihr Schicksal so abgeschlossen leben müssen. 15 000 RM. wurden in den abgelaufenen Etatsjahren 1926/29 hierfür ausgeworfen und für das Krankenhaus der Jüdischen Gemeinde eine besondere Fürsorgerin eingestellt.

V. Arbeits– und Berufsfürsorge

Die Frage der produktiven Gestaltung der Wohlfahrtspflege für jene Hilfsbedürftigen, die noch arbeitsfähig und arbeitswillig sind, stellt auch das Wohlfahrtsamt der Jüdischen Gemeinde vor außerordentliche Schwierigkeiten. Dies gilt namentlich im Hinblick darauf, daß die Erwerbslosigkeit unter den jüdischen Arbeitnehmern infolge der eigenartigen Stellung der Juden in der Wirtschaft, sowie infolge der Tatsache, daß sie als Arbeitnehmer immer mehr von ihren Arbeitsplätzen verdrängt werden, katastrophale Formen annimmt. Aus diesen Gegebenheiten heraus erwuchs die Notwendigkeit, alle jene Einrichtungen, die sich vornehmlich mit den Fragen der produktiven Fürsorge beschäftigen, in den Rahmen des Wohlfahrtsamtes einzuordnen.

A. Arbeitsnachweis

Die Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Arbeitsnachweise, die heute im Rahmen des Wohlfahrtsamtes die wichtige Aufgabe der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung erfüllt, ist aus dem Zusammenschluß des von den Berliner Logen begründeten Vereins für Arbeitsnachweis mit dem Jüdischen Arbeitsamt hervorgegangen. Diese ursprünglich aus privater Initiative entstandenen Einrichtungen erlangten mit der zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage immer größere Bedeutung, waren jedoch in ihrer Existenz bedroht, da die aus Vereinsbeiträgen und Spenden eingehenden Mittel nicht zur Deckung der Unkosten ausreichten. Durch Bestellung des Vorsitzenden des Wohlfahrtsamtes der Gemeinde zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Arbeitsnachweise erfolgte eine enge Anlehnung des Arbeitsnachweises an das Wohlfahrtsamt. Die bereits im Jahre 1925 begonnene Subventionierung des Arbeitsnachweises wurde im Jahre 1926 entsprechend den gesteigerten Bedürfnissen verstärkt und in den Jahren 1927 und 1928 fortgesetzt.

Die immer größer werdende Erwerbslosigkeit der jüdischen Arbeitnehmer erzwang eine völlige Um- und Ausgestaltung des Arbeitsnachweiswesens. Diese Entwicklung fand ihren Abschluß darin, daß zum 1. Januar 1929 die Arbeitsgemeinschaft als Gemeindeeinrichtung im Rahmen des Wohlfahrtsamtes übernommen wurde. Durch die Uebernahme als Gemeindeeinrichtung wurde die finanzielle Sicherheit des Arbeitsnachweises gewährleistet und der bestimmende Einfluß der Gemeinde auf die Gesamtführung des Arbeitsnachweises endgültig gesichert.

Im Jahre 1929 setzte nunmehr die verstärkte Werbetätigkeit des Arbeitsnachweises ein: Vorarbeiten zur Heranziehung jüdischer Persönlichkeiten aus der Wirtschaft zur Mitarbeit beim Arbeitsnachweis, Durchführung des Prinzips, sämtliche Stellen im Rahmen der Gemeindeverwaltung durch den Arbeitsnachweis zu besetzen, sowie den Arbeitsnachweis zum Träger der gesamten produktiven Wohlfahrtspflege der Gemeinde zu machen.

Trotz der wirtschaftlichen Depression des Jahres 1929 und der hieraus resultierenden verstärkten allgemeinen Erwerbslosigkeit konnten infolge der intensiven Werbetätigkeit die Vermittlungsergebnisse des Jahres 1928 überschritten werden.

Der Arbeitsnachweis gliedert sich in folgende Abteilungen:

kaufmännisch	männlich und weiblich,
freie Berufe	männlich und weiblich,
gewerbliches Personal	männlich und weiblich,
ungelernte Arbeit	männlich und weiblich,
Berufsberatung	männlich und weiblich.

In Zahlen wirkt sich die Tätigkeit des Arbeitsnachweises wie folgt aus:

im Jahre	Arbeitsuchende	Arbeitsvermittlung
1926	9 138	4 334
1927	9 409	5 865
1928	10 151	5 560
1929	11 513	5 896
1930	12 473	4 056

B. Berufsberatung

Die Berufsberatung als selbständige Abteilung innerhalb des Arbeitsnachweises hat die Aufgabe, der heranwachsenden jüdischen Jugend den Weg ins Berufsleben zu ebnen.

Von den allgemeinen Grundsätzen der Berufsberatung ausgehend, daß bei jedem Berufsanwärter Eignung und Neigung für den von ihm erstrebten Beruf Voraussetzung sind, hat die Berufsberatung darüber hinaus darauf zu achten, daß in dem gewählten Berufe für die Zukunft auch eine gewisse wirtschaftliche Sicherheit gewährleistet wird.

Diese Beachtung der Wirtschaftslage der einzelnen Berufe ist für die jüdische Jugend von besonderer Bedeutung; denn nur im Rahmen einer systematisch durchgeführten Berufsberatung kann der Versuch einer beruflichen Umschichtung, d. h. eine Ablenkung aus den von

Juden stark frequentierten kaufmännischen Berufen in die mit Juden weniger besetzten gewerblichen Berufe durchgeführt werden. Die Berufsberatung hat der Frage der beruflichen Umschichtung besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Erst auf Grund der in den letzten Jahren hier gesammelten Erfahrungen wird es möglich, die Grundsätze einer den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Berufspolitik durchzuführen.

Mit der Uebernahme der Berufsberatung als Gemeindeeinrichtung erhält auch das Schulwesen der Gemeinde einen gewissen Abschluß; denn dadurch, daß beide Aufgaben: Schule und Berufsberatung, nunmehr von der Gemeinde erfüllt werden, ist es möglich, schon in der Schule die berufliche Zukunft unserer Jugend zu beeinflussen.

Die Berufsberatung hat

im Jahre 1926	603
„ „ 1927	919
„ „ 1928	951
„ „ 1929	968
„ „ 1930	1143
insges.	4584

Jugendliche in Lehrstellen untergebracht und ihre Ausbildung überwacht. Die finanziellen Aufwendungen der Gemeinde für Arbeitsnachweis und Berufsberatung betrugen in den Jahren

1926	RM 43 750,—
1927	RM 36 900,—
1928	RM 36 000,—
1929	RM 51 000,—
1930	RM 60 000 —
insges.	RM 227 650,—

C. Kleiderkammer

Der Kleiderkammer fallen im Rahmen der Wohlfahrtsarbeit zwei besondere Aufgaben zu:

Einmal ist sie diejenige Stelle, die für den Bedarf an Kleidungs- und Möbelstücken der vom Wohlfahrtsamt betreuten Personen zu sorgen hat; darüber hinaus aber ist die Kleiderkammer auch als Beschäftigungsstätte für Arbeitskräfte gedacht, die auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr voll vermittlungsfähig sind oder aus anderen Gründen für einige Zeit in Arbeit gebracht werden müssen.

Die Kleiderkammer ist im Jahre 1926 von Grund auf reorganisiert worden. Da die Bedürfnisse immer größer wurden und die vorhandenen Räumlichkeiten nicht mehr ausreichten, ist sie seit dem Jahre 1928 in einem eigenen Gebäude in der Choriner Straße untergebracht. Dort sind neben den umfangreichen Lagerräumen für Möbel und Kleider Werkstätten für Schneiderei, Schuhmacherei, Tischlerei, Polsterei und die Nähstube für Frauen untergebracht. In den Werkstätten werden die der Kleiderkammer gespendeten Kleider und Möbel repariert, da nur vollständig gebrauchsfähige Gegenstände ausgegeben werden.

Umfang und Leistungen der Kleiderkammer sind aus nachfolgender Tabelle ersichtlich:

Jahr	Anzahl der abgeholten Spenden	Anzahl der mit Kleidern od Möbeln bedachten Personen	Wert der ausgegebenen Sachen
1926 (Sept.-Dez.)	1479	3 8-8	RM 21 460,—
1927	5738	10 871	RM 91 384,—
1928	5174	8 511	RM 69 211,—
1929	4465	7 812	RM 68 682,—
1930	5331	9 271	RM 80 073,—

An Kosten verursachte die Kleiderkammer:

im Jahre 1926 (April — Dezember) . . .	RM	37 063,—
„ „ 1927	RM	86 904,—
„ „ 1928	RM	68 801,—
„ „ 1929	RM	53 261,—
„ „ 1930	RM	57 035,—
insges.	RM	303 064,—

In den fünf Jahren 1926 bis 1930 sind
450 Arbeiter
in der Kleiderkammer beschäftigt worden.

D. Fürsorgestelle für Obdachlose und Durchwanderer

Die Fürsorgestelle sorgt für mittellose Durchwanderer, Obdachlose und Strafentlassene. Hier wird Verpflegung und Obdach gewährt, hier werden Fahrkarten ausgegeben, sowie sonstige Fürsorgemaßnahmen getroffen, die durch die Notlage des einzelnen Durchwanderers oder Obdachlosen erforderlich sind.

Die Fürsorgestelle hatte an Vorsprachen zu verzeichnen:

	Durchwanderer und Obdachlose	Paß- und Rechtsschutzfragen
im Jahre 1926	19 359	7170
„ „ 1927	16 354	5546
„ „ 1928	13 484	4991
„ „ 1929	16 208	3185
„ „ 1930	17 197	6079

An Fahrkarten gab die Fürsorgestelle aus:

im Jahre 1926	1831
„ „ 1927	1443
„ „ 1928	1244
„ „ 1929	1422
„ „ 1930	2598

Einen ungefähren Ueberblick über die Leistungen der Fürsorgestelle ergeben noch die folgenden Zahlen nur für das Jahr 1929. Es wurden ausgegeben:

40 810 Speiseportionen,
5 000 Schlafkarten und
an 712 Personen Kleidungsstücke.

An Kosten verursachte die Fürsorgestelle:

im Jahre 1926	RM	89 635
„ „ 1927	„	71 771
„ „ 1928	„	70 375
„ „ 1929	„	67 400
„ „ 1930	„	88 245
insges.	RM	387 426

E. Strafentlassenenfürsorge

Eine besonders schwierige Aufgabe im Rahmen der Wohlfahrtspflege ist die Fürsorge für entlassene Strafgefangene. Bei dem gesellschaftlichen Vorurteil, auf das der entlassene Strafgefangene nach Wiederkehr in die Gesellschaft stößt, ist es für ihn sehr schwierig, in seinem Beruf unterzukommen. Seine Erwerbsmöglichkeiten sind erschwert, oft ist es ihm ganz unmöglich, wieder ins geordnete Leben zurückzukehren.

Die Strafentlassenenfürsorge ist bestrebt, dem entlassenen Strafgefangenen den Uebergang ins Leben zu erleichtern. Sie verschafft ihm Wohnung, macht ihn also seßhaft und verhilft ihm wieder zu einem Erwerb, sei es zu einer Arbeitsstelle oder zu selbständiger Tätigkeit.

Es sind von der Strafgefangenenfürsorge im Jahre 1928 243, im Jahre 1929 184, im Jahre 1930 236 Personen betreut worden. Trotz aller Schwierigkeiten, die hier zu überwinden waren, ist es doch gelungen, einen erheblichen Teil Strafentlassener in geordnete Verhältnisse zu bringen.

* * *

So umfangreich und verzweigt auch die Tätigkeit des Wohlfahrtsamtes geworden ist, sie reicht doch nicht aus, um der immer größer werdenden Not eines erheblichen Teiles der Gemeindemitglieder wirksam begegnen zu können. Die Not unserer Zeit erfordert Maßnahmen und Mittel, die weit über die Möglichkeiten des Gemeindeetats hinausgehen. Die Hilfe und Mitarbeit der Gemeindemitglieder, die heute noch in der Lage sind, helfend zu wirken, ist in dieser Zeit dringender als je. Das Wohlfahrtsamt braucht Freunde und Helfer, Menschen, die Geld- und Sachspenden geben können, noch mehr aber solche, die bereit sind, sich persönlich in seinen Dienst zu stellen. Jeder, der mithelfen will, ist willkommen; im großen Rahmen der Wohlfahrtsarbeit der Jüdischen Gemeinde gibt es für jeden genügend Möglichkeiten, um seine Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber zu erfüllen.

Ueber die Notwendigkeit einer jüdischen Sozialpolitik

Zum Begriff einer jüdischen Sozialpolitik II

Dr. Max Kreutzberger, Berlin

Nachdem wir uns über den Begriff einer jüdischen Sozialpolitik verständigt*), ihre Trägerschaft und ihren Sinn erörtert und damit ihre Möglichkeit dargetan haben, ist es nunmehr erforderlich, einiges in grundsätzlicher Hinsicht über ihre Notwendigkeit zu sagen. Dazu aber ist es unumgänglich, sich einen Ueber-

*) Vgl. „Zum Begriff einer jüdischen Sozialpolitik. Ein Versuch", Heft 1, 2. Jg. ds. Zeitschr.

blick zu verschaffen über die gegenwärtige wirtschaftliche Situation des deutschen Judentums, denn sozialpolitisches Handeln kann nicht allein erwachsen aus theoretischem Erkennen, sondern zum mindesten in gleichem Maße aus der Analyse und der Einsicht in die faktische Situation und den sich hieraus ergebenden Erfordernissen.

Das deutsche Judentum hat in dem Nachkriegsjahrzehnt eine Erschütterung seiner wirtschaftlichen Basis erlebt, die bestimmt war durch die eigenartigen Schicksale der deutschen Wirtschaft einerseits, und durch die strukturellen Veränderungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise andererseits. Schlagwortartig ausgedrückt, würde das im wesentlichen heißen: Kriegswirtschaft, Geburtenausfall, Inflation und damit Vernichtung des Rentnertums, Erschütterung des alten Mittelstandes und Entstehen eines neuen Mittelstandes[11]), Zunahme der arbeitenden Kräfte (Frauenarbeit, Rentnerarbeit), Kriegsschäden und -lasten — Rationalisierung der Produktion, Ueberkapazität der Industrien bei verringertem nationalen und internationalen Wirtschaftsraum, Ausschaltung der Konkurrenz und damit der regulierenden Faktoren durch nationale und internationale Kartelle und Monopole, steigende Konzentration und Anonymität des Kapitals (Aktiengesellschaften, Großbanken), Vernichtung des Großhandels durch industrielle Absatzorganisationen, Ein- und Verkaufsorganisationen, Genossenschaften, Konzentration des Kleinhandels (Warenhaus), erheblicher Kapitalaufwand bei Neugründung (erschwerte Selbständigkeit, größeres Risiko), erstarkende Gewerkschaften (Tarif- und Schlichtungspolitik), Probleme der älteren Angestellten und Vordringen des Angestelltentums überhaupt.

[11]) Vgl. zu diesem interessanten und wichtigen Problem des Mittelstandes (besser „Mittelstände") u. a. Das soziale System des Kapitalismus 1. Teil: Die gesellschaftliche Schichtung im Kapitalismus. 1926 (Grundriß der Sozialökonomik, Abteilung IX) und Prof. Dr. Theodor Geiger, Panik im Mittelstand (Die Arbeit, VII. Jahrg. 1930, Heft 10). Geiger rechnet zum Alten Mittelstand Bauern, Handwerk, Kleinhandel, zum Neuen Mittelstand hingegen im wesentlichen die Angestellten (auch Beamte, freie Berufe und gehobene Arbeiter). Diese Scheidung drängt sich auch auf aus den Motiven des Widerstands gegen die Einordnung in die Klassenschichtung von Kapital und Arbeit: beim Alten Mittelstand sind es objektiv in der Klassenlage beruhende Motive, beim Neuen Mittelstand hingegen zumeist ideologische. Der Alte Mittelstand ist nach objektiver Klassenlage kleinkapitalistisch, der Neue Mittelstand durchaus proletarisch.

„Alter Mittelstand"	Erwerbstätige	Berufszugehörige
	in Tausenden	
Beamtentum	2 090	4 900
Handwerk (bis 10 Gesellen) . .	1 227	3 070
Handel	1 000	2 300
Rentner	2 200	3 300
Summe	6 517	13 570
„Neuer Mittelstand"		
Angestellte	3 500	7 000
Beamte	1 200	2 400
Freie Berufe	242	532
Summe	4 942	9 932
„Alter Mittelstand"	6 517	13 570
„Neuer Mittelstand"	4 942	9 932
Summe	11 459	23 502

= 36% der Erwerbstätigen und Berufszugehörigen, über ein Drittel der Gesamtbevölkerung (Geiger, S. 639ff.).

Man kommt nun oft zu dem Ergebnis, daß alle diese Tatsachen zusammengenommen im einzelnen vielleicht bedauerlich, im ganzen aber unaufhaltsam das deutsche Judentum getroffen haben, genau wie das ganze deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft insgesamt, und daß damit jegliche Diskussion über eine jüdisch-wirtschaftliche Frage und Sondersituation hinfällig wird. Eine Meinung, die nicht selten verfochten, ihren Ausdruck etwa in dem Gedankengang findet, daß die deutschen Juden in ihrem wirtschaftlichen Sein und ihrer wirtschaftlichen Struktur so untrennbar mit der Gestaltung der deutschen Wirtschaft verflochten sind, daß sie nur den Schwankungen dieses allgemeinen Wirtschaftsverlaufes unterliegen und ihre wirtschaftliche Gesundung und Stabilisierung allein abhängig ist von der allgemeinen wirtschaftlichen Gesundung und Stabilisierung überhaupt[12]).

Man könnte vielleicht nach aufmerksamer Prüfung und vorurteilsfreier Sichtung zu diesem glücklichen und tröstlichen Ergebnis kommen, wenn zwei Voraussetzungen sich als existent erweisen sollten. Einmal, wenn es sich aufzeigen ließe, daß die gegenwärtige Erschütterung der deutschen Wirtschaft sich im wesentlichen als eine Wirtschaftskrisis erweist, wie sie die nationalökonomische Forschung seit Jahrzehnten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung als „normal" (beinahe als Gesundungsprozeß) zuordnet. Selbst die Wirtschaftsforschung, die grundsätzlich der kapitalistischen Wirtschaftsweise optimistisch gegenübersteht und sie für die bestmögliche hält, kommt in den letzten Jahren immer stärker zu dem Ergebnis[13]), daß Vorgänge und Tatsachenreihen zu beobachten sind, die zu dem Urteil berechtigen, daß es sich nicht mehr um eine der üblichen, bald nicht mehr besonders beachteten Krisenerscheinungen eines sonst gesunden Wirtschaftskörpers handelt, sondern daß sich strukturelle Veränderungen von schwerwiegendsten Konsequenzen für die gesamte Gestaltung und Fortentwicklung anbahnen oder bereits angebahnt haben. Wie immer man aber auch zu dieser schicksalsschweren Problematik stehen mag, eines kann gewiß nicht geleugnet werden: das letzte Jahrzehnt hat die kapitalistische Wirtschaftsweise in sich so stark verändert und grundlegend gestaltet, daß eine „neue" Form oder vielleicht konzentriertester Ausdruck kapitalistischen Wirtschaftens unschwer festzustellen ist. Das bedeutet aber eine neue, andersgestaltige Ein- und Zuordnung des

[12]) Vgl. hierzu Kurt Zielenziger, Juden in der deutschen Wirtschaft (insbesondere Vorwort und Ausblick), Berlin 1930, und Besprechung in Heft 2, 2. Jg. ds. Zeitschr.

[13]) Vgl. z. B. die „Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik" in Zürich 1928. Wandlungen des Kapitalismus, München und Leipzig 1929, und M. J. Bonn, Das Schicksal des deutschen Kapitalismus, Berlin 1930

wirtschaftenden Menschen, des wirtschaftlichen Verhaltens, der Wirtschaftsgruppen und Berufe. Vieles, was für die bisherige Entwicklung wichtig, wertvoll und richtunggebend war, erweist sich nun als überflüssig und wertlos, als hemmend und untergangsreif. Die kapitalistische Wirtschaft befindet sich in einem Prozeß durchgreifender (für Teile sich katastrophal auswirkender) Umwertung und Neuwertung.

Würde nun — und das ist das weiterhin Entscheidende — eine Untersuchung des wirtschaftlichen und berufsstrukturellen Aufbaus des deutschen Judentums ergeben, daß eine Diskrepanz mit der allgemeinen Gliederung des deutschen Volkes in wirtschaftlicher und berufsstruktureller Hinsicht nicht oder nur in geringfügigem, unwesentlichem Umfange sich aufweisen ließe, so würden zwar die oben skizzierten, unaufhaltsamen, wirtschaftlichen Bewegungsmomente sich noch schwer genug auswirken, kaum aber zu dem Urteil berechtigen, daß das deutsche Judentum einer wirtschaftlichen Sondersituation gegenübersteht. Nun muß aber schon eine allgemeine und recht oberflächliche Betrachtung der Ergebnisse der letzten wie der früheren Volkszählungen zu der Feststellung führen, daß dem keineswegs so ist. Wir finden vielmehr, wenn man es so ausdrücken darf, eine beinahe „umgekehrte" Berufspyramide[14]) vor. Die Basis der

[14]) Vgl. Heinrich Silbergleit, Die Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse der Juden im Deutschen Reich, Berlin 1930, Bd. I. Die Erwerbstätigen und die berufslosen Selbständigen der Gesamtbevölkerung sowie aller Juden Preußens nach Wirtschaftsabteilungen am 16. Juni 1925 (vereinfachte Tabelle 32, S. 90).

Wirtschaftsabteilungen		Grundzahlen männlich	Grundzahlen weiblich	Ueberhaupt	In Hundertteilen überhaupt
A. Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft usw.	Gb	2 787 195	2 805 949	5 593 144	26,3
	J	1 608	1 716	3 324	1,5
B. Industrie und Handwerk, Bergbau, Baugewerbe . .	Gb	6 280 562	1 491 237	7 771 799	36,6
	J	37 518	11 800	49 318	21,9
C. Handel und Verkehr, Gast- und Schankwirtschaft . .	Gb	2 311 391	936 754	3 248 145	15,3
	J	85 903	26 285	112 188	49,7
D. 1. Oeffentliche Verwaltung, Justiz und Militär	Gb	449 891	38 824	488 715	2,3
	J	1 318	245	1 563	0,7
D. 2. Kirche, Rechtsberatung, freier Beruf . . .	Gb	291 401	140 932	432 333	2,0
	J	6 894	2 867	9 761	4,3
E. Gesundheitswesen und hygienisches Gewerbe einschl. Wohlfahrtspflege	Gb	178 737	177 679	356 416	1,7
	J	6 283	2 014	8 297	3,7
F. Häusliche Dienste und Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung	Gb	163 865	927 570	1 091 435	5,1
	J	1 705	4 633	6 338	2,8
G. Ohne Beruf und Berufsangabe.	Gb	1 044 282	1 240 764	2 285 046	10,7
	J	12 654	22 080	34 734	15,4
A bis G, Zusammenfassung	Gb	13 507 324	7 759 709	21 267 033	100,0
	J	153 883	71 640	225 523	100,0

Gb = Gesamtbevölkerung, J = Juden.

jüdisch erwerbstätigen Bevölkerung bildet der Handel mit fünfzig Prozent, wozu noch Industrie und Verkehr mit beinahe 22 Prozent hinzukommen, woran sich die berufslosen Selbständigen mit 15,4 Prozent und die freien Berufe (einschließlich Gesundheitswesen und Wohlfahrtspflege) mit 8 Prozent anschließen. Für die Landwirtschaft bleiben nur 1,5 Prozent (im Gegensatz von 26,3 Prozent der Gesamtbevölkerung).

Diese so geartete Berufsstruktur der jüdischen Bevölkerung Deutschlands ist aber für die Betrachtung unseres Problems von grundsätzlicher und weittragender Bedeutung. Sie bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die oben umschriebenen wirtschaftlichen Tatsachen für den Bestand und die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung einen anderen entscheidenden Sinn haben. Während jede in beruflicher und damit wirtschaftlicher Hinsicht normal gegliederte Bevölkerung für jede wirtschaftliche Strukturveränderung in sich einen funktionellen Kräfteausgleich besitzt, zwar geschwächt, gestört, verletzt, aber nicht in ihrem Gesamtbestand gefährdet werden kann, hat die jüdische Bevölkerung diesen Kräfteausgleich nicht aufzuweisen, da ihre Berufsstruktur von entscheidend einseitigem Charakter ist. Sollte es sich nun herausstellen, daß die wirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahrzehnts gerade diese Einseitigkeit (für den jüdischen Wirtschaftsaufbau das Fundament seines Bestandes) am allerstärksten getroffen hat, so würde damit aufgezeigt sein, daß wir berechtigt sind, von einer wirtschaftlichen Sondersituation der Juden Deutschlands zu sprechen, gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit einer jüdischen Sozialpolitik im oben näher umschriebenen Sinne aufgewiesen sein.

Es kann nun gar keinem Zweifel unterliegen, daß die in ihrem Ausmaß und ihrem Ziel noch nicht völlig abzuschätzende Wirtschaftsentwicklung des Nachkriegsjahrzehnts sich insbesondere gerichtet hat gegen die vermittelnden Berufe. Es lag im Zuge der zumeist über alles Maß hinausgehenden Rationalisierung und damit im Zusammenhang einer ungeahnten Konzentration der Wirtschaft, die Produktionskosten so stark wie irgendmöglich herabzumindern bzw. die Monopolgewinne so stark wie irgend angängig zu steigern. Das aber bedeutete eine möglichste Ausschaltung der Zwischengewinne sowohl am Waren-, als auch am Kapitalmarkt. Und so beobachten wir eine fast durchgängige Erschütterung, ja Vernichtung des Großhandels (der auch seine Funktion als Kreditgeber verliert), und eine nicht minder schwere Erschütterung des Kleinhandels (Vertriebsorganisationen der Industrie, Einkaufsgenossenschaften des starken Detailhandels, Ein- und Verkaufsgenossenschaften der Landwirtschaft, Konsumgenossenschaft, Warenhaus, Einheitspreisgeschäfte, Kettenläden usw.). In gleicher Richtung weist auf seiten des Kapitalmarktes der folgenschwere Rückgang der Privatbanken und das Entstehen immer größerer Bankenkolosse. Das aber heißt nichts anderes, als daß das

Massiv des jüdischen Wirtschaftens in Deutschland, nämlich die Handelsposition mit 50 Prozent aller Wirtschaftenden, zum Teil bereits vernichtet ist, zum anderen Teil sich in einer folgenschweren Krise befindet. Zieht man weiterhin in Betracht, daß auch in der Gruppe „Industrie und Handwerk" mit fast 22 Prozent sich nicht nur im Produktionsprozeß unmittelbar handarbeitende Elemente deklarieren, sondern daß auch hier ein nicht zu unterschätzender Anteil Vermittelnder unschwer zu ermitteln ist, so darf man ohne Uebertreibung feststellen, daß 60 Prozent des jüdischen Wirtschaftsmassivs in seinem Fundament erschüttert ist. Und hier darf man wohl aussprechen, ohne über den Charakter der Entwicklung des Gesamtwirtschaftsprozesses ein Urteil von absoluter Geltung zu fällen, daß es sich nicht mehr um eine Krise von konjunktureller, also vorübergehender Bedeutung handelt, sondern daß bei den vermittelnden Berufen zum mindesten eine Krise struktureller, also die Grundlagen verwandelnder und vernichtender Art unschwer festgestellt werden kann.

Hinzukommt, daß das Handwerk als die zweitstärkste jüdische Wirtschaftsposition seine frühere Stellung der industriellen Produktion gegenüber eingebüßt hat. Wenn man früher das Handwerk im Gegensatz zur Industrie (durchschnittliche Massenproduktion) als Qualitätsarbeit definierte, so darf heute die industrielle Produktion für sich in Anspruch nehmen, daß sie in bezug auf Qualität durchaus mit dem Handwerk konkurrieren kann, ja daß sie darüber hinaus die Qualität durch Massenherstellung ungeahnt verbilligt und damit den weitesten Kreisen zugänglich gemacht hat. Das Handwerk ist zumeist auf Ausbesserungs- und Ergänzungsarbeit abgedrängt worden, und selbst diese Position ist durch industrielle Reparaturwerkstätten (normalisierte Einzelteile) nicht unbestritten. So darf man auch hier feststellen, daß der zweite Träger der jüdischen Wirtschaft, der allerdings an Umfang an den ersten nicht heranreicht, aufs folgenschwerste erschüttert ist, und zwar hier wie dort nicht durch eine vorübergehende Krisenerscheinung, sondern weil er seine Funktion im Wirtschaftsprozeß immer mehr verliert.

Ein weiterer Faktor von Wichtigkeit, ja für die jüdische Betrachtung der gegenwärtigen Wirtschaftssituation vielleicht der entscheidendste Faktor, ist in der Tatsache zu erblicken, daß die Zusammenballung und rationalisierte Konzentration der Wirtschaft es nicht mehr oder nur noch im seltenen Ausnahmefall gestattet, daß das einzelne wirtschaftende Individuum zur wirtschaftlichen Bedeutung als Individuum gelangt und sich durchsetzt, eine selbständige, in sich „unabhängige" Position im Wirtschaftsprozeß einnimmt. Der Produktionskonzentration entspricht eine Kapitalkonzentration, die der Kartell- und Monopolbildung, aber nicht mehr dem Aufbau und der Erhaltung kleinerer und mittlerer wirtschaftlicher Existenzen dient, entspricht die Anonymität des Kapitals und der Wirtschaftsmächte.

Die Verwaltung ist an die Stelle des verantwortlichen und dirigierenden Eigentümers getreten, die Wirtschaft wird verbeamtet. Für den nach Selbständigkeit drängenden, auf sich selbst gestellt, sich wirtschaftlich am tatkräftigsten entfaltenden Juden bietet die gegenwärtige Wirtschaftsform immer weniger Raum. Der Jude ist wirtschaftlich gesprochen der individuell Handelnde und nicht der kollektiv am besten Reagierende, er versagt zumeist, wenn er im Konzert eine untergeordnete, eingeordnete, nebengeordnete Rolle zu spielen hat. Deshalb war die vergangene Epoche des wirtschaftlichen Liberalismus, der ungehemmten, auf den Einzelnen gestellten Wirtschaftsentwicklung für den jüdischen wirtschaftenden Menschen die günstigste und erfolgreichste. Der Wirtschaftsprozeß von heute ist eine Maschinerie geworden, die nur weniger Dirigenten bedarf. Initiative, Selbständigkeit, Höherstreben, über den eng gesetzten Wirkungskreis hinausdrängende Kenntnis und Beherrschung stehen tief im Kurse. Der „Angestellte" gibt der Wirtschaft, dem Produktions- und Verteilungsprozeß das Gesicht. Deshalb trifft die gegenwärtige Strukturentwicklung der Wirtschaft das jüdische Wirtschaftsmassiv so unendlich schwer, weil der Jude erst lernen muß, sich ein- und unterzuordnen, weil die Eigenschaften, die ihn auszeichneten und für eine untergehende Epoche besonders qualifizierten, nicht mehr im Kurse stehen, kurz, weil er sich erst erziehen muß, „Angestellter" zu sein[15]).

---

[15]) Der Frage des Vordrängens des Angestelltentums kann nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt werden. Vgl. hierzu die sehr instruktiven Studien von Kracauer, Die Angestellten, Frankfurt a. M. 1930, und Max Rössiger, Der Angestellte von 1930, Sieben-Stäbe-Verlag Berlin 1930, ferner das ausgezeichnete Referat von Otto Suhr, Die Angestellten in der deutschen Wirtschaft, auf dem dritten Afa-Gewerkschaftskongreß in Hamburg 1928, Freier Volksverlag, Berlin 1928. „Seit 1882 hat sich die erwerbstätige Bevölkerung in Deutschland nahezu verdoppelt, die Arbeiterschaft im gleichen Zeitraum ebenfalls. Das bedeutet, daß in den letzten 50 Jahren die Arbeiterschaft im Rahmen der erwerbstätigen Bevölkerung nicht mehr an Gewicht gewonnen hat, sondern im Gegenteil, wir glauben sogar aus der Entwicklung der letzten Jahre feststellen zu können, daß das Gesicht der Arbeiterschaft im Rahmen der erwerbstätigen Bevölkerung zurückgeht. Das Heer der Angestellten hat sich hingegen im Laufe der letzten rund 50 Jahre mehr als verzehnfacht ... Es ergibt sich, daß heute fünf Arbeiter immer einen Angestellten zum Nachbar haben." (S. 20.)

Auf der gleichen Tagung hat dann Emil Lederer in seinem fundamentalen Referat „Die Umschichtung des Proletariats" auf den entscheidenden Prozeß hingewiesen, der gleichzeitig mit dem Anwachsen der Angestelltenschaft vor sich geht: die Proletarisierung. „Es ist vielleicht zu viel gesagt, wenn man heute behauptet, die Angestellten sind schon ein Teil des Proletariats, ich glaube aber, es ist eine objektive Tatsache, daß die Angestellten das Schicksal des Proletariats teilen. Sie haben sich das noch nicht ins Bewußtsein gerufen, sie erkennen diese Tatsache noch nicht an, sie kämpfen gegen sie in großen Massen ... Es ist eben in der ganzen Struktur der kapitalistischen Unternehmungen begründet, daß die Angestellten in ihrer ganz überwiegenden Masse das Schicksal des Proletariats teilen" (S. 53).

All diese Tatsachen zusammen lassen sich auf einen einheitlichen Nenner bringen: Der jüdische Mittelstand in der Krise und der Auflösung. Zwischen Kapital und Arbeit, den beiden um die weitere Gestaltung und Entscheidung ringenden Faktoren, befindet sich die große Schicht nicht eindeutig zurechenbarer Berufe und Wirtschaftsgruppen in schwerster Erschütterung[16]). Immer mehr und ständig stärker zwingt ein unaufhaltsamer Prozeß zur Scheidung und Entscheidung. Das Geschlecht des Uebergangs, dem eine neue Zu- und Einordnung nicht mehr möglich ist, wird aufgerieben. Während aber jeder normale Bevölkerungs- und Berufsaufbau in sich einen funktionellen Ausgleich für die Wandlung der Wirtschaftsstruktur besitzt, nicht immer und zur selben Zeit alle Schichten in gleicher Weise berührt und betroffen werden, besitzt das deutsche Judentum, wie oben bereits aufgezeigt, diesen organischen Funktionsausgleich nicht. Es ist im wesentlichen Mittelstand, eine geringe Spitze, die darüber hinausragt, und ein geringer Ausläufer, der hinuntergeht. Deshalb ist und muß die Krise des Mittelstandes für das deutsche Judentum von anderer weittragender Bedeutung sein. Krisis des Mittelstandes heißt hier nicht Krisis eines Teils, sondern Krisis des Ganzen, heißt Zerbrechen des Rückgrates des gesamten Wirtschaftsmassivs, heißt Zusammenbruch und Ende der gegenwärtigen Form. Das Judentum durchlebt deshalb, wirtschaftlich gesprochen, die allgemeine Wirtschaftskrise und Wirtschaftsnot, und es durchlebt seine eigene, durch seine eigentümliche Wirtschaftsstruktur hervorgerufen und bestimmt.

Es wäre grundsätzlich verfehlt und die Selbsterkenntnis im höchsten verwirrend und in falsche Bahnen leitend, statt eines Strukturwandels der Wirtschaft, statt einer Aenderung der Wirtschaftsfunktionen nun etwa Formeln antisemitischen Charakters zur Klärung und Deutung der gegenwärtigen Wirtschaftssituation des deutschen Judentums heranziehen zu wollen. Dies festgestellt, darf allerdings auf Tatsachen hingewiesen werden, die, obwohl wirtschaftlich bestimmt und sich wirtschaftlich auswirkend, ursächlich nicht mehr wirtschaftlicher Natur sind, und die in der Lage sind, die Wirtschaftslage der deutschen Juden weiterhin unheilvoll zu verschärfen. Neben dem rein wirtschaftlichen Prozeß, der eine wirtschaftliche Judenfrage in Deutschland schafft, weil Juden in der Hauptsache in dem von dem Strukturwandel der Wirtschaft am stärksten betroffenen Wirtschaftszweigen und Berufen sich befinden, und weil die wirtschaftlichen Eigenschaften und Fähigkeiten des jüdischen wirtschaftenden Menschen einen ständig sich mindernden Tätigkeitsbereich finden, können wir einen Prozeß konstatieren, der die Juden als Juden trifft.

Zu der objektiven tritt die subjektive Judennot: seit Jahren ständig sich verstärkend wird beobachtet (zahlenmäßig allerdings schwer faßbar), daß der den Juden trotz aller Wirtschaftskrisen noch offen-

[16]) Vgl. Anmerkung 11.

stehende Wirtschaftsraum sich verengte, weil Juden als selbständige Unternehmer, aber auch als um den Arbeitsplatz ringende Arbeitnehmer wegen ihres Judeseins boykottiert werden. In der Landstadt und in der kleineren Stadt offen, in der größeren unterirdisch bemerkbar. Man duldet ihn dort, wo er über alles Mittelmaß weit hinausragt, vielleicht auch noch dort, wo es zu offenbar einem öffentlichen Skandal gleichkäme. Selbst Unternehmungen, die völlig in jüdischen Händen oder die unbestreitbar von jüdischem Kapital abhängig sind, können oder wollen sich diesen Tendenzen nicht entziehen. Große jüdische Unternehmer — und das ist das traurigste an dieser Erscheinung — machen sich selbst Prozentnormen und erschweren den Juden den Kampf um den Arbeitsplatz, selbst dann, wenn er mit gleicher oder besserer Qualifikation auftritt. An diesem stillen oder lauten Boykott ist nicht etwa nur die Kapitalseite beteiligt, sondern auch die Arbeitnehmerschaft selbst vergißt ihr sonst gern betontes Solidaritätsgefühl, wenn es sich um Juden handelt.

So ist, in kurzen Umrissen gezeichnet, die objektive und subjektive Situation des jüdischen wirtschaftenden und arbeitenden Menschen in Deutschland. Sie macht deutlich, daß die jüdische Gemeinschaft, um ihres Seins, ihrer Erhaltung und ihrer Dauer willen, verpflichtet ist, alle Maßnahmen zu ergreifen, soweit Macht und Kräfte reichen, um sich ihre Fortexistenz zu sichern. Damit aber ist die Notwendigkeit einer jüdischen Sozialpolitik in Deutschland dargetan.

Jüdische Darlehnskassen

Jüdische Darlehnskassen gibt es in Deutschland seit vielen Jahrzehnten. Einzelne Gemeinden und auch freie Organisationen haben es sich auch schon in der Vorkriegszeit zur Aufgabe gemacht, geschwächten, wirtschaftlichen Existenzen zu helfen und wirtschaftliches Selbständigwerden zu ermöglichen. Daß es diese Institutionen nur sehr vereinzelt gab, und daß auch ihre Kapitalkraft keine sehr bedeutende zu sein brauchte, zeugt dafür, daß es dem deutschen Judentum in wirtschaftlicher Beziehung durchaus gut ging. Das Nachkriegsjahrzehnt hat hierin einen völligen Wandel geschaffen. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und Krisenerscheinungen haben den jüdischen Mittelstand, das Massiv des jüdischen Wirtschaftens, aufs schwerste erschüttert. Konzentration der Wirtschaft und des Kapitals haben die Entwicklung des selbständigen Handels geschädigt und unterbunden und seine weitere Entwicklung in Frage gestellt. Der jüdische Mittelstand, ein anderer als vor dem Kriege, kapitalarm, existenzbedroht, konkurrenzumgeben, sucht nach Hilfsmöglichkeiten, die ihm die Fortführung seiner wirtschaftlichen Position, wenn auch in weit engerem Bezirk als früher, gestatten. In solcher Situation

gewinnen nicht nur alle Kreditmöglichkeiten, die vorhanden sind, an Bedeutung, sondern sie werden vielfach zur Lebens- und Existenzfrage einzelner wirtschaftlicher Berufe und Gruppen überhaupt. Die Zusammenballung des Kapitals in riesenhaften Bankinstitutionen macht es dem um seine Existenz ringenden kleinen Kaufmann und Händler unmöglich, Kredite zur Fortführung seines Geschäftes zu erhalten. Deshalb kann in den letzten Jahren ständig steigernd festgestellt werden, daß die Notwendigkeit einer wirksamen jüdischen Wirtschafts- und Darlehnshilfe zu beobachten ist. Und zwar nicht nur für einzelne größere Gemeinden, sondern insbesondere für die mittleren und ganz besonders für die verstreuten kleinen Gemeinden, die aus wirtschaftspolitischen und sonstigen Gründen nicht in der Lage sind, sich selbständig Kreditmöglichkeiten zu eröffnen.

Es gibt heute in den Gemeinden die verschiedensten Formen und Möglichkeiten, die darauf abzielen, dem schwer bedrängten Mittelstand wirtschaftliche Hilfe zu bringen. Viele jüdische Gemeinden geben unmittelbar durch ihre Wohlfahrtsämter, wo solche existieren, Darlehen an wirtschaftlich schwache Personen. Diese Darlehen werden aber zumeist gegeben, um eine unmittelbare Wohlfahrtsunterstützung zu vermeiden, nicht aber deshalb, um eine dauernde und produktive Wirtschaftshilfe zu bringen. Die Höhe der Darlehen ist in den allermeisten Fällen viel zu gering, um durchgreifend wirken zu können. Der unmittelbare Zusammenhang mit der Wohlfahrtspflege ist auch diesen Darlehnsnehmern zumeist nicht besonders gut bekommen, wird auch von Menschen, die auf die selbständige Fortführung ihrer wirtschaftlichen Existenz Wert legen, abgelehnt. Deshalb sind in den letzten Jahren eine ganze Anzahl neuer jüdischer Darlehnskassen entstanden, die, wenn sie sich auch von wohlfahrtspflegerischen Aspekten nicht immer ganz frei machen können, dennoch Wert darauf legen, selbständig zu wirken und, in der Tendenz jedenfalls, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ihre Arbeit zu führen. Das Kapital dieser Darlehnskassen ist allerdings zumeist kein genügend ausreichendes, und auch die Bedingungen, unter denen Kapital gegeben wird, sind nicht in allen Fällen für die Darlehnsnehmer tragbar. Die erforderlichen Bürgschaften werden zwar aufgebracht, doch verengt sich der Kreis der Bürgschaft Leistenden immer mehr, da die Personen, die hierfür in Frage kommen, insbesondere in Kleingemeinden, nicht sehr zahlreich sind. Das schwierigste Problem aber, die Versorgung der kleinsten Gemeinden mit produktiven wirtschaftlichen Darlehen, kann durch die vorhandenen Darlehnskassen nicht erfüllt werden, da ihr Aktionsradius kaum in einem einzigen Falle über den Kreis der Mitglieder ihrer Gemeinde hinausgeht.

In letzter Zeit ist die Entwicklung jüdischer Genossenschaftsbanken zu beobachten, vorerst in einigen jüdischen Großgemeinden. Sie basieren auf dem auf lange Sicht allein tragbaren

Prinzip der Selbsthilfe der einzelnen Genossen durch Zusammenfassung ihrer Kapitalkraft. Sie erfassen den einzelnen Genossen nicht nur im Augenblick, wenn er darlehnsbedürftig geworden ist, sondern in seiner ganzen wirtschaftlichen Existenz, so daß sich die Mittel dieser Genossenschaften vervielfachen. Die bisherigen Genossenschaften leiden darunter, daß die Idee einer jüdischen genossenschaftlichen Selbsthilfe in weiten jüdischen Kreisen bisher jedenfalls allzu wenig Anklang gefunden hat. Deshalb sind auch die Bedingungen, unter denen eine Wirtschaftshilfe im Augenblick von den Genossenschaftsbanken geleistet wird, nicht in allen Fällen wirtschaftlich und produktiv tragbar.

Die Organisationsform der jüdischen Darlehnskassen ist eine recht verschiedene. Manche sind reine Gemeindeinstitutionen (z. B. Leipzig), manche sind völlig freie Vereinigungen, die ihr Kapital aus Vereinsbeiträgen aufbringen (z. B. Bocholt), manche sind Darlehnskassen auf genossenschaftlicher Grundlage mit kleinen Genossenschaftsanteilen (z. B. Königsberg), andere wiederum haben eine gemischte Organisationsform, freier Verein unter starker gemeindlicher Beteiligung mit Vereinsbeiträgen (z. B. Breslau).

Auch die Tätigkeit der Darlehnskassen ist in den einzelnen Gemeinden verschiedenartig. Während einige Darlehnskassen Darlehen nur zu produktiven Zwecken geben, das heißt zum Aufbau oder zur Förderung einer wirtschaftlichen Unternehmung, geben andere Darlehnskassen wiederum auch Mittel her für solche Zwecke, die an und für sich nicht in den Aufgabenkreis einer Darlehnskasse fallen dürften. Die Bezahlung von Mietsschulden, die Deckung des unmittelbaren Lebensbedarfs u. a. m. dürfen unter keinen Umständen in den Aufgabenkreis einer Darlehnskasse gehören, wenn diese Darlehnskasse ihren Bestand nicht selbst gefährden will. Daß viele Darlehnskassen gescheitert sind und scheitern mußten, rührt zumeist daher, daß der wirtschaftlich produktive Darlehnszweck nicht erkannt wurde; auch zu hohe Zinsforderungen, die in sich das Darlehen unproduktiv machen müssen, wie auch die oft zu rigorose, in anderen Fällen zu leichtfertige Forderung und Hinnahme von Bürgschaften trugen zum Scheitern bei. Die Darlehnskasse darf sich deshalb nicht nur rein darauf beschränken, Darlehen zu geben, sondern sie muß auch wirtschaftsberatend und leitend sein. Es gehört deshalb auch in diesen Zusammenhang, daß sehr oft auch Darlehnsmittel staatlicher und gemeindlicher Institutionen als Zusatzdarlehnsmittel heranzuziehen sein werden[1]).

---

[1]) Es sei hier nur auf die Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen Deutschlands, Berlin, Monbijouplatz 3, hingewiesen, die über sehr große Reichskreditmittel verfügt, und die ohne Schwierigkeiten für alle jene Personen nutzbar gemacht werden kann, die wirtschaftlich unter dem Krieg und seinen Folgeerscheinungen gelitten haben. Die Bedingungen sind durchaus günstig, ebenso die Rückzahlungsfristen.

Um von der Wirksamkeit jüdischer Darlehnskassen ein Bild zu bekommen, ist es vielleicht wichtig, einige solcher Kassen in ihrer Arbeitsweise genauer zu untersuchen[2]).

I. Die jüdische Darlehnskasse Breslau ist gegründet als eingetragener Verein unter dem Namen „Jüdische Mittelstandshilfe". Sie arbeitet gemeinsam mit dem Darlehnsinstitut der Fraenkelschen Stiftung zu Breslau. Ihre Entwicklung ist eine ungewöhnlich günstige. Während der Verein bei seiner Gründung nur etwa 50 Mitglieder umfaßte, zählt er heute nahezu 200. Während ihm bei der Gründung kaum 2000 RM. eigenes und 10 000 RM. fremdes Kapital zur Verfügung standen, verfügt er heute über 9000 RM. eigenes und 100 000 RM. fremdes Kapital. In den sieben Jahren des Bestehens hat die „Jüdische Mittelstandshilfe" beinahe eine Million an Darlehen ausgegeben, so im Jahre 1929 215 000 RM. und im Jahre 1930 über 250 000 RM. Im Jahre 1929 sind sämtliche Darlehen an den Verein ohne Verlust zurückgeflossen. Es wird ein Verwaltungsbeitrag von den ausgegebenen Kapitalien in Höhe von 3,6% pro anno erhoben, nur in etwa 2% aller Fälle mußten die Bürgen in Anspruch genommen werden. Das Kapital ist beschafft worden zu einem geringen Teil durch Vereinsbeiträge, der Rest durch ein zinsfreies Darlehen der Gemeinde von 45 000 RM. und die weitere Summe durch Bankdarlehen. Der Kreis der Darlehnsnehmer umfaßt sowohl Kaufleute, als auch Handwerker und Kleingewerbetreibende und Freie Berufe. Es wurden im Jahre 1929 Darlehen gegeben an:

1. Kaufleute:

a) Textil-, Manufaktur-, Tuch- und Wollwaren	67	Darlehen
b) Wäsche und Konfektion	34	„
c) Schuh- und Lederwaren	10	„
d) Nahrungsmittel	32	„
e) Diverse Branchen	75	„

2. Handwerker und Kleingewerbetreibende:

a) Handwerker	34	„
b) Kleingewerbetreibende	8	„

3. Freie Berufe:

a) Haus-, Hotel- und Pensionsbesitzer	9	„
b) Reisende	19	„
c) Diverse freie Berufe	12	„
	300	Darlehen

[2]) Ueber die **Berliner jüdische Darlehnskasse**, die wohl die größte jüdische Darlehnskasse Deutschlands ist, vgl. den ausführlichen Bericht in „Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge", Jahrg. I Heft 7, ferner die in Anlage II abgedruckten Darlehns- und Geschäftsbedingungen. Wir werden noch Gelegenheit nehmen, auf den Arbeitsumfang und auf die Arbeitsweise dieser Darlehnskasse in einem der kommenden Hefte näher einzugehen.

und zwar:

1 à RM	40,—	= RM	40,—
2 à RM	50,—	= RM	100,—
8 à RM	75,—	= RM	600,—
1 à RM	90,—	= RM	90,—
13 à RM	100,—	= RM	1 300,—
2 à RM	120,—	= RM	240,—
1 à RM	130,—	= RM	130,—
7 à RM	150,—	= RM	1 050,—
17 à RM	200,—	= RM	3 400,—
1 à RM	225,—	= RM	225,—
5 à RM	250,—	= RM	1 250,—
24 à RM	300,—	= RM	7 200,—
2 à RM	350,—	= RM	700,—
17 à RM	400,—	= RM	6 800,—
2 à RM	450,—	= RM	900,—
30 à RM	500,—	= RM	15 000,—
28 à RM	600,—	= RM	16 800,—
2 à RM	700,—	= RM	1 400,—
2 à RM	750,—	= RM	1 500,—
14 à RM	800,—	= RM	11 200,—
73 à RM	1000,—	= RM	73 000,—
14 à RM	1200,—	= RM	16 800,—
2 à RM	1300,—	= RM	2 600,—
1 à RM	1375,—	= RM	1 375,—
30 à RM	1500,—	= RM	45 000,—

1 vorübergehende Beleihung einer Reichsschuldbuchforderung in Höhe von RM. 6100.—.

Insgesamt 300 Darlehen mit zusammen RM. 214 800.—.

II. Die jüdische Darlehnskasse zu Leipzig ist eine rein gemeindliche Institution. Ihr Stammkapital ist 65 000 RM. Sie wurde im Jahre 1930 von etwa 140 Darlehnsnehmern beansprucht. An Darlehen wurden insgesamt im Jahre 1930 etwa 72 000 RM. ausgegeben. Zinsen werden erhoben in Form eines anteiligen Verwaltungsbeitrages von 4% bei Ausgabe des Darlehens. Seit der Gründung der Darlehnskasse 1924 bis Ende 1930 sind insgesamt nur 450 RM. uneintreibbare Verluste entstanden. In 24 Fällen mußten im Jahre 1930 die Bürgen in Anspruch genommen werden, in 16 Fällen waren Zwangsmaßnahmen erforderlich. Im allgemeinen konnten vertrauenswürdige Darlehnsnehmer ständig zwei erforderliche Bürgen finden.

III. Hilfsverein Esrass Kfufim zu Bocholt. Die Wirksamkeit dieses Vereins, der 40 Jahre besteht, ist deshalb von besonderem Interesse, weil er seine (zwar nicht allzu umfangreiche) Tätigkeit nicht nur innerhalb der Gemeinde Bocholt ausübt, sondern die im Umkreis liegenden Kleingemeinden erfaßt. Die Nachprüfung der Kreditwürdigkeit geschieht durch Ortsausschüsse, deren Vorsitzender dem Vorstand des Kreditvereins selber angehört. Einem Bericht vom Jahre 1927 ist zu entnehmen, daß der Kreditverein an Darlehnsnehmer im gesamten Umkreis etwa 13 000 RM. verausgabt hat. Der Verein bringt das hierzu notwendige Kapital durch Schen-

kungen und Mitgliedsbeiträge auf. So verfügte er im Rechnungsjahr 1927/28 über 5000 RM. In 17 Fällen konnten Darlehen ausgegeben werden in Höhe von 150 bis 1500 RM. —

Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden hat vor einigen Monaten eine Umfrage bei sämtlichen bestehenden jüdischen Darlehnskassen gemacht und hat aus den Berichten aller Darlehnskassen entnehmen können, daß der Kreis der Darlehnsnehmer ständig wächst, und daß das den Darlehnskassen zur Verfügung stehende Kapital zumeist nicht ausreicht. Weiterhin mußte aus dieser Umfrage festgestellt werden, daß der Arbeitsbereich der Darlehnskassen über die Grenze der Gemeinde nicht hinausgeht, und daß das Kreditbedürfnis der sich in besonders schwieriger Lage befindlichen Kleingemeinden durch diese Stellen nicht befriedigt wird. Es besteht somit die dringende Aufgabe, an den Ausbau eines wirksamen, das ganze Reich umfassenden jüdischen Darlehnskassenwesens heranzugehen. Die Zentralwohlfahrtsstelle ist in gemeinsamer Beratung mit dem Preußischen Landesverband Jüdischer Gemeinden zu dem Ergebnis gekommen, daß die Förderung der jüdischen Darlehnskassenbewegung eine der entscheidendsten jüdisch-sozialen Aufgaben der nächsten Zeit darstellt. Da vielfach die Ausdehnung des Arbeitsbereiches der Darlehnskassen daran scheitert, daß sie nicht in der Lage sind, neues Kapital zu hohen Zinsen aufzunehmen, haben sich beide Stellen entschlossen, einen Zinsverbilligungsfonds zu schaffen, der imstande ist, das durch die Kassen neu aufgenommene und selbst beschaffte Kapital um 3% zu verbilligen. Sollte darüber hinaus die einzelne Kasse nicht in der Lage sein, das Kapital sich selbst zu beschaffen, so ist die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden in der Lage, das Kapital in angemessener Höhe zu einem Zinsfuß von etwa 5½% zu vermitteln. Es darf der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß diese Maßnahmen geeignet sein werden, der jüdischen Darlehnskassenbewegung im ganzen Reich einen neuen Antrieb zu geben. Eine produktive Mittelstandsfürsorge in Form einer wirksamen Kredithilfe ist, so wird wenigstens aus allen zugänglichen Berichten ersichtlich, eine dringende Notwendigkeit. Deshalb ist es Aufgabe aller in Frage kommenden jüdischen Körperschaften, dafür zu sorgen, daß überall Darlehnskassen entstehen, und daß die größeren Gemeinden der Bezirke sich verantwortlich fühlen für die im Umkreis liegenden Klein- und Kleinstgemeinden und die Initiative ergreifen, um durch Bezirksdarlehnskassen diese Gemeinden mit Krediten zu versorgen.

Anlage I

Jüdische Darlehnskassen in Deutschland

Die folgende Uebersicht ist ein Ergebnis einer von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden veranstalteten Umfrage. Sie ist unvollständig, da einige Stellen die Umfrage gar nicht oder nur ungenügend beantwortet haben.

	Kapital RM	Kreditnehmer	Höhe der Darlehen RM	Ausgeliehene Beträge RM	Zinsfuß	Bemerkungen
Berlin						
Jüdische Darlehnskasse G. m. b. H.	1924 5 000 1927 180 000	1926/27 396 1929 410 1930 472 (10 Mon.)	Bis 1000	1926/27 157 885 1929 186 100 1930 182 500 (10 Mon.)	1% über Reichsbankdiskont	2 Bürgschaften verlangt
Jüdischer Kreditverein für Handel u. Gewerbe E.G.m. b.H.	119 750		1000—3000	Gesamtumsatz 1928 4 361 946 1929 10 077 287		Wechseldiskont 1929: 2732 Stck. RM 876 171 Genossen 1929 327 Arbeitete 1929 mit Verlust, da nicht genügend Eigenkapital
Volksbank Iwria E. G. m. b. H.	1929 171 513 Haftsumme 349 763	1928 175	Ab 200			Starkes Wechselgeschäft mit kleinen Kunden 1929: Gewinn RM 10 800
Bocholt						
Hilfsverein Esrass Kfufim E. V., 280 Mitglieder	1926 8 395	1926 5	Bis 1500	1926 4 550	Zinslos	Bürgschaft des Vereins. Produktive Darlehnsgewährung
Bochum						
Rabbiner Dr. David-Gründung, Verein, 100 Mitglieder	2 000	1926 1	Keine Vorschrift	1926 600	Zinslos	Keine Sicherheiten erforderlich
Breslau						
Jüdische Mittelstandshilfe E. V.		1925 110 1929 300 1930 320	Bis 1500	1925 38 358 1929 214 800 1930 235 000	3,6%	Darlehen für werbende Zwecke. Sicherheit durch 2 Bürgen oder Wertpapiere
Chemnitz						
Isr. Hilfsverein, Verein, 1927: 152 Mitglieder	—	1927 12	100—2500	5 100	Zinslos	2 Bürgschaften verlangt
Danzig						
Jüdische Leihkasse E. G. m. b. H.	15 000	1928 484		59 791	9%	Bürgschaft oder Wertpapiere

	Kapital RM	Kreditnehmer	Höhe der Darlehen RM	Ausgeliehene Beträge RM	Zinsfuß	Bemerkungen
Dortmund						
Jüdische Darlehnskasse E. G. m. b. H.						Darlehen für werbende Zwecke
Duisburg						
Jüdische Darlehnskasse E. G. m. b. H.						
Essen						
Jüdische Genossenschaftsbank E. G. m. b. H.						Neugründung 1931
Frankfurt a. M.						
Jüdische Leihkasse E. V.	etwa 40 000	1929 158 1930 174	Bis 1500	1929 59 635 1930 50 600	Kostenbeitrag etwa 3%	Bürgschaft verlangt
Fürth						
Darlehnskasse der Isr. Kultusgemeinde						
Friedberg i. H.						
Hilfsverein, Verein	1927 1 200	1927 4	Bis 200	1927 400	Zinslos	Ohne Bürgschaft
Glogau						
Jüdische Darlehnskasse	1930 1 000	1930 7		1930 2 500	Zinslos	
Göppingen						
Isr. Unterstützungsverein, Verein, ca. 70 Mitglieder	In der Inflationszeit verloren	1926 1	75		Zinslos	
Hamburg						
Isr. Vorschuß-Institut, Rechtsfähige Stiftung unter Aufsicht der Gemeinde	1927 37 210		Bis 300	1927 44 105	2—3%	
Hannover						
Jüdische Darlehnskasse E. V.	Stammkapital: 2 000 Darlehen 5 000 jährl. Zuschuß der Gemeinde 300	1926/27 18 1930 26	100—500	1926/27 4 205 1930 5 990	1% über Reichsbankdiskont oder zinslos	Bürgschaft verlangt

	Kapital RM	Kreditnehmer	Höhe der Darlehen RM	Ausgeliehene Beträge RM	Zinsfuß	Bemerkungen
Insterburg						
Darlehnskasse der Chewra Sklower Holzstiftung, Verein			Bis 500		Zinslos	
Köln						
Jüdische Darlehnskasse, Träger Wohlfahrtsamt der Synagogengemeinde	Stammkapital: 5 000 dazu Zuschuß der Gemeinde 1927 10 000	1925/26 46 1927 34 1929 38	Bis 500	1925/26 9 780 1927 9 350 1929 15 719	Zinslos	Gewährung von Darlehen für produktive Zwecke. Bürgschaft verlangt
Königsberg						
Jüdische Darlehnskasse E. G. m b. H., 209 Genossen mit 779 Anteilen à 25	1925 19 000 1927 19 475 1930 21 425	1925 58 1926 47 1927 37 1929 17 1930 22	400—1400	1925 25 892 1926 15 518 1927 15 488 1929 8 050 1930 9 925	6% und 1% Spesen 8%	
Landsberg a. W.						
Bürgerrettungs-Institut, Träger Synagogengemeinde	Durch Inflation verloren	1925 4 1926 3 1927 1	Bis etwa 1500	1925 489 1926 1 720 1927 100	Zinslos	Darlehnskapital wird durch Beiträge und Spenden aufgebracht
Leipzig						
Hilfsverein isr. Gewerbetreibender zu Leipzig E. V. ca. 1800 Mitglieder	20 000	1929 47	Bis 500	1929 40 530	Zinslos	
Darlehnskasse der Israel. Religionsgemeinde	1927 44 110 1929 66 110 (davon 60 000 Gemeinde) 1930 65 000	1924/25 25 1925/26 80 1926/27 99 1927/28 115 1928/29 113 1930 137	Bis 1000	1924/25 11 995 1925/26 29 960 1926/27 38 993 1927/28 57 608 1928/29 65 851 1930 71 600	4%	1929: 60 416 zurück! 1930: 76 870 zurück!
Nürnberg						
Darlehnskasse der Isr. Kultusgemeinde						

	Kapital RM	Kreditnehmer	Höhe der Darlehen RM	Ausgeliehene Beträge RM	Zinsfuß	Bemerkungen
Tilsit						
Gemiluth Chassidim (Rabb. Dr. Ehrlich Gedächtnisstiftung), Verein ca. 80 Mitglieder	8 000	1924 4 1925 10 1926 5 1927 6 1929 9 1930 7	Bis 300	1924 670 1925 1 260 1926 900 1927 1 025 1929 2 300 1930 1 950	Zinslos	Das Kapital stammt aus Jahrzeitsstiftungen und Spenden. Bürgschaft oder Hinterlegung von Wertpapieren
Wandsbeck						
Unterstützungs- und Wanderverein, Verein ca. 15 Mitglieder	Durch Inflation verloren	1926 1		1926 50	Zinslos	Bürgschaft wird nur bei Nichtmitgliedern verlangt. Das Darlehnskapital wird durch jährliche Mitgliedsbeiträge (RM 8,—) aufgebracht
Zwickau						
Esrath Achim, Allg. Jüd. Hilfsverein E. V. 60 Mitglieder	Darlehen der Firma Schokken, Kredite bei der Zwikkauer Stadtbank	1924 33 1925 29 1926 35 1927 16	Bis 1000 und mehr	1924 21 992 1925 45 163 1926 76 441 1927 17 885		

Anlage II

Jüdische Darlehnskasse G. m. b. H., Berlin

I. Bedingungen

(Auszug aus den Richtlinien des Geschäftsausschusses)

1. Die Jüdische Darlehnskasse G. m. b. H. gewährt Darlehn regelmäßig nur bis 1000 Mark. Die Stempelgebühren für Schuld- und Bürgschein hat der Darlehnsnehmer zu tragen.

Darlehn werden nur für produktive Zwecke gewährt; daher muß der Schuldner eidesstattlich versichern, wieviel Steuerschulden, Mietsschulden, Arztschulden, Wechselschulden und Warenschulden er hat. Der Ehegatte des Schuldners muß stets den Schuldschein mitunterschreiben.

2. Darlehn werden nur gegen die selbstschuldnerische Bürgschaft von Personen, die selbständig sind, gewährt. Die Darlehnsgewährung gegen

Bestellung eines Pfandrechts ist nicht zulässig, Der Bürge muß selbständig, für den 4fachen Darlehnsbetrag unbedingt gut und in Groß-Berlin ansässig sein. Der Ehegatte des Bürgen hat den Bürgschein mitzuunterzeichnen. Die Bürgschaft erstreckt sich auch auf die Verwaltungskosten.

3. Das Darlehn soll in mindestens 30 gleichen, wöchentlichen Teilzahlungen zurückgezahlt werden. Mit der Rückzahlung ist spätestens 6 Wochen nach Empfang des Darlehns zu beginnen. Bleibt der Schuldner auch nur mit einer Teilzahlung im Rückstande, so ist auf Verlangen des Geschäftsführers der Jüdischen Darlehnskasse G. m. b. H. der ganze jedesmal noch verbleibende Rest des Darlehns sofort zur Rückzahlung fällig und zahlbar. Es ist im Interesse des Bürgen, sich von den pünktlichen Rückzahlungen zu überzeugen.

Gerät der Schuldner oder der Bürge unter Geschäftsaufsicht oder Konkurs, oder stellt er seine Zahlungen ein, so wird die gesamte Darlehns- bzw. Bürgschaftsforderung sofort fällig.

Nach vollständiger Rückzahlung des Darlehns werden der Schuldschein und der Bürgschein wieder ausgeliefert. Wird das Darlehn ganz oder teilweise durch den Bürgen zurückgezahlt, so erhält dieser beide Urkunden.

Bei jedem erneuten Darlehnsgesuch ist der Nachweis für die gänzliche Rückzahlung des bisherigen Darlehns zu führen.

4. Wer eine Woche mit seinen Abzahlungen im Rückstande geblieben ist, soll, falls nicht die sofortige Rückzahlung des Restdarlehns vom Geschäftsführer verlangt wird, in der nächstfolgenden Woche doppelte Zahlung leisten. Bleibt ein Schuldner 4 Wochen mit seinen Rückzahlungen aus, so soll der Bürge seiner im Bürgschein übernommenen Verpflichtung gemäß zur Bezahlung des ganzen Restdarlehns angehalten werden.

5. Wer seinen Bürgen in Verlust gebracht hat, soll ein neues Darlehn nicht eher erhalten, als bis er eine schriftliche Bescheinigung des Bürgen beibringt, daß er ihm den Verlust wieder ersetzt hat.

II. Richtlinien für die Prüfung der Darlehnsgesuche

1. Bei der Prüfung von Gesuchen für die Darlehnskasse dürfen nicht wohlfahrtspflegerische, sondern lediglich kaufmännische Erwägungen maßgebend sein.

Darlehn können nur für produktive Zwecke gegeben werden. — Liegen Miets-, Steuer- und Arztschulden in erheblichem Maße vor und ist der Geschäftsbetrieb klein, so ist die Wahrscheinlichkeit, daß der Petent selbst zurückzahlen kann, außerordentlich gering. In solchen Fällen muß das städtische Bezirksamt für die Miete eintreten. Badekuren und Erholungsaufenthalte gehören nicht zum Geschäftsbereich der Darlehnskasse.

Die Bezirke wollen unbedingt darauf achten, daß, falls nicht schon eine eidesstattliche Versicherung über die Zusammensetzung der Schulden in den Akten sich befindet, die Darlehnssucher solche abgeben. Bei Unterlassung dieser Maßnahme entstehen unnötige Verzögerungen, da nach Eingang des Berichts die Abgabe der Erklärung nachgefordert werden muß.

2. Darlehen gegen Pfänder (z. B. Wohnungseinrichtungen, Silber, Schmucksachen, Waren) werden nicht mehr gegeben, weil die Pfandstücke bei der öffentlichen Versteigerung nur einen geringen Bruchteil des Taxwertes bringen, der seinerzeit bei der Vergebung des Darlehns zugrunde gelegen hat. Es kommt weiter hinzu, daß die Darlehnskasse als soziales Institut nur schwer die Wohnungseinrichtungen — das Letzte, was der Schuldner

besitzt — wegnehmen kann. Außerdem kommen in solchen Fällen regelmäßig Interventionsklagen von Verwandten oder Freunden, mit denen „Sicherungsübereignungsverträge“ geschlossen worden sind. Ob ein Anfechtungsprozeß zum Erfolg führt, ist meist höchst fraglich.

3. Als sehr praktisch hat sich die Einrichtung einer Darlehnskommission erwiesen, wie sie z. B. der Bezirk Prenzlauer Berg gebildet hat. Da die Mitglieder der Kommission die Verhältnisse der Gesuchsteller durch eigene Anschauung kennenlernen, gewinnen sie allmählich ein vollständiges Bild der geschäftlichen Lage im Bezirk. Auf Grund ihrer Erfahrungen ist die Kommission in der Lage, aussichtslose Gesuche gleich von vornherein als solche zu kennzeichnen. Durch gründliche und schnelle Arbeit des Bezirks, die von kaufmännischen Grundsätzen aus an die Beurteilung der Verhältnisse des Darlehnsnehmers wie des Bürgen herangeht, wird eine gute und sichere Berichterstattung gewährleistet, aus der die Gründe für oder gegen die Bewilligung hinreichend ersichtlich sind.

4. Den Darlehnssuchern darf von den Prüfern die Gewährung eines Darlehns niemals zugesagt werden. Die Entscheidung des Darlehns liegt ausschließlich dem Geschäftsausschuß (nicht dem Geschäftsführer und nicht dem Büro) ob.

5. Der Prüfer darf sich nicht bloß von dem Bürgen seine Verhältnisse schildern lassen, er muß sich durch Erkundigungen in Branchenkreisen und auf andere Weise selbst ein Urteil darüber bilden, ob den Angaben des Bürgen Glauben zu schenken ist.

6. ....

7. Da die Ehefrauen bei der Pfändung sehr oft interveniert haben, müssen jetzt immer die Ehefrauen der Schuldner den Schuldschein mitunterschreiben, ebenso die des Bürgen, falls der Bürge nicht zweifellos einwandfrei ist.

8. Ist ein Darlehnsschuldner notleidend geworden, so ist intensive Mitarbeit des Bezirks dringend erforderlich. Die der Darlehnskasse zur Verfügung stehenden Mittel sind ihr selbst leihweise überlassen. Wenn ein Bezirk bei der Eintreibung versagt, bleibt nur der heute sehr mühselige Weg der Prozeßführung, der bei der starken Ueberlastung der Gerichte nach vielen Monaten doch nicht zu einer Befriedigung führt. Es muß versucht werden, die Darlehnsschuldner zu Ratenzahlungen zu bewegen, die sie pünktlich innehalten, ohne daß Prozeßkosten aufgewendet werden müssen. Der Pfleger, der das Darlehn zur Befürwortung empfohlen hat, hat auch die moralische Pflicht, sich für die Rückzahlung des Darlehns einzusetzen.

9. Darlehnsgesuche von Bürgen, die ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, müssen unbedingt abgelehnt werden. Es kann nicht Aufgabe der Darlehnskasse sein, dem Bürgen ein Darlehen zu geben, damit er einen Teil davon zur Tilgung seiner Bürgschaftsschuld verwenden kann.

10. Dem Versuch von Ringbildungen zwischen Gesuchstellern und Bürgen, die mit der Uebernahme der Bürgschaft Geschäfte unter sich machen und eine Person für alle möglichen Personen Bürgschaften übernehmen lassen wollen, ist besonders gründlich nachzugehen, damit die Darlehnskasse durch solche Machenschaften nicht Schaden erleidet.

11. Die Mitglieder des Geschäftsausschusses, die Bezirksvorsitzenden, Beamte und Angestellte (einschließlich derjenigen der Jüd. Gemeinde) erscheinen als Bürgen nicht geeignet, — ebenso sollen Rabbiner nicht zur Bürgschaft herangezogen werden.

12. Uebernehmen Mitglieder der Wohlfahrtsbezirke Bürgschaften, so müssen sie sich von vornherein darüber klar sein, daß ihnen gegenüber Ausnahmen nicht gemacht werden können, d. h. sie müssen, wenn die Schuldner nicht zahlen, unter Beachtung der Geschäftsbedingungen die übernommenen Verpflichtungen einlösen. Es darf hier keineswegs etwa der Standpunkt eingenommen werden, daß die Mitglieder der Wohlfahrtsbezirke die Bürgschaft nur aus dem Grunde übernommen haben, weil der Petent keinen anderen Bürgen fand. Diese Gutmütigkeit darf nicht zu einer Schädigung der Darlehnskasse führen.

UMSCHAU

Not, bittere Not liegt über dem deutschen Volk!

Millionen Erwerbsloser müssen feiern. Alte und Junge leiden schwer. Hunger und Entbehrung gefährden wieder wie in den Schreckensjahren der Inflation die Gesundheit von Erwachsenen und besonders von Kindern.

Ueberall in Deutschland regt sich der Helferwille.

Im kleinen und im großen wird vieles geleistet, um der bittersten Not zu begegnen. Mit dankbarer Freude stellen die unterzeichneten Verbände der freien Wohlfahrtspflege die Fülle dieser Hilfsbereitschaft fest, die meist ganz im stillen wirkt. Gegen das Riesenmaß der millionenfachen Not reichen nicht die bis an die letzten Grenzen der Leistungsfähigkeit gespannten Hilfsmaßnahmen von Reich, Ländern und Gemeinden; reichen auch nicht die Ströme freiwilliger Hilfsbereitschaft, die durch die Hände der freien Wohlfahrtspflege, wie auch nachbarlich vom Helfer zum Hilfsbedürftigen fließen.

Es muß noch mehr geschehen!

Wir wissen, daß es heute kaum einen Menschen in Deutschland gibt, der nicht von der allgemeinen Wirtschaftsnot mehr oder weniger hart getroffen ist. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Beamte und Angestellte und freie Berufe — alle sind von den Folgen der wirtschaftlichen Krise erfaßt.

Trotzdem richten wir unseren Ruf an alle. Nicht nur an die, die vielleicht noch etwas übrig haben, vielmehr auch an die, denen es ein wirkliches Opfer bedeutet:

Helft mit aller eurer Kraft, die Not zu überwinden!

Helft der offenen und der verborgenen Not, die ihr in eurem Umkreis spürt!

Gebt für die örtlichen Sammlungen, die fast überall zur Bekämpfung der Not eingerichtet sind!

Helft solche Einrichtungen schaffen, wo sie noch nicht bestehen; besonders für die Speisung, Erwärmung, Bekleidung der Notleidenden!

Gebt, was ihr an Kleidern, Wäsche, Schuhzeug irgend entbehren könnt, an geeignete Sammelstellen!

Gebt Nahrungsmittel — gebt Kohlen!

Denkt an die besondere Not der Kinder und Jugendlichen — der Kinder, die zum erstenmal seit den Zeiten der Inflation wieder Merkmale schwerer Unterernährung und Rachitis zeigen. Denkt an die Jungen und Mädchen, die trotz guten Willens keine Arbeit, keine Lehrstelle finden können und von der Gefahr der Verwahrlosung und Arbeitsscheu bedroht sind, wenn sie jahrelang ohne Beschäftigung bleiben.

Sorgt für Arbeit und Beschäftigung auch im kleinen!

Helft mit, eine mächtige Welle der Hilfsbereitschaft, der Selbsthilfe durch das ganze deutsche Volk zu wecken!

Keiner darf sich ausschließen!

DEUTSCHE LIGA DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE:
Central-Ausschuß
für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche
Deutscher Caritasverband
Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden
Deutsches Rotes Kreuz
Fünfter Wohlfahrtsverband
Christliche Arbeiterhilfe

Aus der Not der Zeit durch helfende Liebe zu neuem Aufstiege! Hilfsbereitschaft ist vaterländische Pflicht und Dienst am Volkstum. Wer helfen kann, muß helfen.

FÜR DIE REICHSREGIERUNG: Dr. Brüning, Reichskanzler

Aus Anlaß des **100. Geburtstages von Pastor D. Friedrich von Bodelschwingh** hat die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden an den Central-Ausschuß für die Innere Mission und an den Arbeitsausschuß für die Bodelschwingh-Gedächtnisfeier ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Es ist uns ein Bedürfnis, zum Ausdruck zu bringen, daß die Persönlichkeit von Pastor D. Friedrich von Bodelschwingh — dessen Denken und Wirken weit über alle Grenzen von Konfessionen, Organisationen und Zeiten hinausreicht — auch in dem gesamten Kreise der jüdischen Wohlfahrtsarbeit bewundert und verehrt wird. Sein vor den Toren Berlins errichtetes, weitschauendes Werk produktiver Wanderer- und Arbeitsfürsorge ist uns gerade gegenwärtig ein großes Vorbild für eigene Pläne und Arbeiten."

Organisation

Jüdische Wohlfahrtsarbeit in Schleswig-Holstein. Wir entnehmen einem Bericht der Geschäftsführerin der Wohlfahrtskommission des Verbandes der Jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte, Fräulein Recha Ellern, Altona, folgende Ausführungen:

Als wir im Jahre 1929 unsere Arbeit begannen, konnten wir weder an die Ausarbeitung von Richtlinien, noch an eine Zielsetzung denken, da wir die Provinzgemeinden nicht kannten und auch nicht wußten, welche Forderungen man an uns stellen würde. Im Laufe des Jahres zeigte sich, daß wir unsere Bemühungen besonders auf die Fürsorge für Gefangene und entlassene Strafgefangene konzentrieren müßten. In unserem Bezirk liegen die Gefängnisse Altona, Rendburg und Neumünster. Gemeinsam mit dem Geistlichen wurde die Fürsorge ausgeführt. Wir haben während der Haft außer den Besuchen und der persönlichen Fürsorge uns bemüht, alle Wünsche der Gefangenen, die sich auf Erhaltung von Wohnung, Arbeitsgelegenheit, Versicherungs- und Rentenansprüchen richteten, durchzuführen. Wir haben die Fürsorge für die Familie ausgeübt und während der Strafzeit die Verbindung mit auswärtigen Verwandten aufrechterhalten, damit der Gefangene freundliche Aufnahme bei seiner Rückkehr findet. Wir haben mit allen öffentlichen und privaten Wohlfahrtsstellen zusammengearbeitet. Unsere Arbeit wurde von den Direktoren und Beamten gern gesehen und stets unterstützt. Wir haben die notwendigen Unterlagen für Gnadengesuche usw. besorgt, und unsere Berichte sind stets weitgehendst gewürdigt worden. Der schwerste Teil der Arbeit beginnt kurz vor und nach der Entlassung. Wir übernehmen Schutzaufsichten für mit Bewährungsfrist Entlassene. Arbeit zu finden ist uns fast nie möglich, doch gelang es uns, durch Ermöglichung der Rückkehr in den Herkunftsort, Beschaffung von Gewerbescheinen, Warenkredit, Mieterzuweisung usw. dafür zu sorgen, daß die 44 Gefangenen, die im Laufe dieses Jahres durch unsere Hände gingen, selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können, nur in einem Fall mußte die Wohlfahrtspflege noch in Anspruch genommen werden.

Außer diesem großen Arbeitsgebiet bemühen wir uns, allen Ansprüchen, die von den kleinen Orten an uns gestellt werden, zu entsprechen. So haben wir in acht Fällen Familien über Notzeiten hinweggeholfen, in zwei Fällen Kinder verschickt, in drei Fällen für Unterbringung in Krankenhäusern und Anstalten gesorgt, in zwei Fällen gelang es uns, Erholungskuren bei schwer Tuberkulose-Gefährdeten durchzuführen. Wir befürsorgen außerdem vier Patienten, die in den Heilanstalten der Provinz lebenslänglich untergebracht sind. Das Problem der Wanderfürsorge ist eine starke Belastung. Es gelang uns nur in drei Fällen, wirkliche Hilfe zu bringen. Wir sind im Jahre 1930 in Anspruch genommen worden: Gefangenenfürsorge 44, Hyg. Fürsorge 7, Familienhilfe 8, Wanderfürsorge 3, Anstaltsfürsorge 4. In diesen 66 Fällen sind dem Provinzialverband nur in 15 Fällen Kosten erwachsen. Die Wohlfahrtsstelle ist sich bewußt, in vielen Fällen nur ergänzende, nicht produktive Hilfe geleistet zu haben. Es liegt dies an der gesamten wirtschaftlichen Situation, und wir sind der Meinung, daß über den Rahmen der Wohlfahrtsstelle hinaus es Pflicht des Provinzialverbandes ist, sich ernsthaft mit der Situation der Juden in Deutschland, der Stellung der Juden im deutschen Fürsorgestaat, dem wirtschaftlichen Boykott, den Forderungen der Berufsberatung und des Arbeitsnachweises zu befassen.

Jugendwohlfahrt

Religiöse Erziehung von Fürsorgezöglingen. Aus der Praxis einiger Fürsorgeerziehungsbehörden hat sich ergeben, daß die zur Fürsorgeerziehung überwiesenen Minderjährigen allgemein darüber befragt wurden, ob sie in einer Anstalt ihres Bekenntnisses oder in einer anderen Anstalt untergebracht zu werden wünschen. Der Preuß. Minister für Volkswohlfahrt stellt in einem besonderen Erlaß fest, daß dieses Verfahren mit dem Gesetz unvereinbar ist (Volkswohlfahrt, 15. Jan. 30).

Es wird zum Ausdruck gebracht, daß es ein „erzieherischer Mißgriff sei, den religionsmündig gewordenen, aber noch in der Pubertätsentwicklung stehenden, also in seelischer Unausgeglichenheit und Problematik befangenen Jugendlichen ohne zwingende Notwendigkeit von Amts wegen vor die folgenschwere Entscheidung über seine künftige religiöse Haltung zu stellen, und daß dieses Bedenken doppelt schwer ins Gewicht falle, wenn es sich um verwahrloste Minderjährige handelt, deren seelischer Zustand noch um vieles labiler, haltloser und zerrissener sei als beim normalen Jugend-

lichen. Einem solchen Minderjährigen erscheine die bekenntnismäßige Erziehung oft als die Widersacherin dessen, was ihm infolge der Verwahrlosung als zweite Natur nur allzu lieb geworden sei, und er werde, von der Behörde zur Entscheidung aufgerufen, diese aus dem Bestreben heraus treffen, sich einer lästigen Mahnerin auf bequeme Weise zu entledigen.

Wenn die Preuß. Ausführungsanweisung den Fürsorgeerziehungsbehörden bei Zweifel hinsichtlich des Bekenntnisses besondere Ermittlungen zur Pflicht macht, so ist hierbei an Zweifel nicht über die innere religiöse Ueberzeugung des Zöglings, sondern über seine äußere Zugehörigkeit zu einem bestimmten Bekenntnis gedacht." Ein aus freiem Entschluß und nach reiflicher Ueberlegung geäußerter Wunsch religionsmündiger Zöglinge, in einer bekenntnislosen Anstalt untergebracht zu werden, sei auch dann zu berücksichtigen, wenn der Zögling einem bestimmten Bekenntnis äußerlich angehört und angehörig bleiben will. Es könne aber nicht für zulässig erachtet werden, den Zöglingen allgemein eine dahingehende Frage vorlegen zu lassen.

Maßnahmen für jugendliche Arbeitslose. Besondere Hilfsmaßnahmen für jugendliche Arbeitslose sind von dem Reichsarbeitsminister (Erlaß vom 13. Jan. 31, Reichsarbeitsblatt I S. 26) gemeinsam mit dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Erlaß vom 20. Dez. 30, Reichsarbeitsblatt I S. 27) ins Leben gerufen worden. Um die Förderung beruflicher Bildungsmaßnahmen in stärkerem Umfang zu ermöglichen, hat der Präsident der Reichsanstalt die bisher für diese Zwecke bewilligten Mittel um 50 bis 100% erhöht, und der Reichsarbeitsminister hat einen Betrag von 150 000 RM. zur Verfügung gestellt. Die Mittel sind beschränkt auf solche Veranstaltungen, die den Charakter einer beruflichen Fortbildung und Umschulung haben und die die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeitslosen heben oder vor dem Absinken bewahren. Insbesondere ist gedacht an einen zusätzlichen Berufsschulunterricht. Auch mit den Einrichtungen jugendpflegerischen Charakters soll soweit wie möglich zusammengearbeitet werden.

Neue Bestimmungen über Kindergärten. Ein neuer Runderlaß des Ministers für Volkswohlfahrt vom 9. Dez. 30 (Volkswohlfahrt, 15. Dez. 30) bestimmt den Begriff des Kindergartens. Unter Kindergarten sind danach zu verstehen Einrichtungen der halboffenen Kinderfürsorge, in denen mindestens 10 Kinder vom 2. bis 6. Lebensjahr für den ganzen Tag oder einen Teil des Tages zum Zwecke der Erziehungsfürsorge aufgenommen werden. Alle Einrichtungen dieser Art, die bisher die Bezeichnung Kleinkinderschule bzw. Bewahranstalt, Warteschule u. dgl. hatten, bekommen künftig im amtlichen Verkehr eine einheitliche Bezeichnung „Kindergarten". Vorbedingungen für die Anerkennung als Kindergarten sind: geeignete Räume und Einrichtungen für den Aufenthalt und die gesundheitliche und erzieherische Versorgung der Kinder, sowie geeignetes fachlich geschultes Personal. Einrichtungen der halboffenen Kinderfürsorge für dieselben Altersgruppen, die die genannten Voraussetzungen nicht, oder nur teilweise erfüllen, sind keine Kindergärten und unterliegen den Bestimmungen des RJWG. über Familienpflege. Jeder Kindergarten soll wenigstens alle drei Jahre einmal — bei Bedarf jedoch häufiger — durch eine mit der Ausübung der staatlichen Aufsicht betraute Stelle besichtigt werden. Die Uebertragung der laufenden Aufsicht auf die örtlichen Jugendämter ist in der Regel nicht zulässig. Die tägliche Dauer der Offenhaltung der Kindergärten soll sich an die übliche Arbeitszeit der Mütter anpassen. Die Kindergärten sollen versuchen, die Einrichtungen der Erholungsfürsorge für ihre Kinder nutzbar zu machen.

Vernehmung der Kindesmutter über Mehrverkehr. Nach wiederholten Urteilen des Kammergerichts ist eine Vernehmung der unehelichen Mutter über Mehrverkehr unzulässig, wenn der Beklagte keine bestimmten Tatsachen über anderweitigen Geschlechtsverkehr in der Empfängniszeit vorbringen kann. Wichtig in diesem Zusammenhang ist folgendes Urteil des Kammergerichts vom 25. Februar 1930 — 8 W 1981/30 —:

„Infolge des von ihm zugegebenen, in die gesetzliche Empfängniszeit fallenden Geschlechtsverkehrs mit der Mutter des Klägers gilt der Beklagte als der Vater des Klägers, wenn er nicht beweist, daß innerhalb der Empfängniszeit der Mutter des Klägers noch andere beigewohnt haben. Dieser Beweis ist nicht erbracht. Denn die von dem Beklagten benannten Zeugen S., Sch. und St. haben sämtlich unter ihrem Eide ausgesagt, daß sie selbst keinen Geschlechtsverkehr mit der Mutter des Klägers unterhalten hätten und daß sie auch nichts davon wüßten, daß die anderen Zeugen mit ihr geschlechtlich verkehrt hätten. Andere Männer, die der Mutter in der Empfängniszeit beigewohnt haben sollen, hat der Beklagte nicht genannt oder wenigstens näher bezeichnet; er hat sich nur auf das Zeugnis der Mutter dafür berufen, daß sie in dieser Zeit auch mit anderen Männern Geschlechtsverkehr gehabt habe. Diese Behauptung ist aber unbestimmt; allein um die Mutter darüber auszuforschen, wer dies gewesen sein könnte, ist ihre Vernehmung nicht zulässig. Hiernach ist der Beklagte mit Recht zur Zahlung der Unterhaltsrente an den Kläger verurteilt worden."

Gesundheits- und Erholungsfürsorge

Arbeitsgemeinschaft Jüdische Tuberkulosefürsorge, Tätigkeitsbericht für das Jahr 1930. Im Jahre 1930 wurden insgesamt 283 Fälle (gegen 238 im Jahre 1929) gemeldet, von denen in 165 Fällen (gegen 142 im Jahre 1929) Zuschüsse zu Heilstättenkuren gewährt wurden. In den übrigen 120 Fällen handelte es sich teils um Beratungen, teils mußte aber auch aus medizinischen Gründen auf Grund unserer Richtlinien Ablehnung der Kurbeihilfe erfolgen.

Von den 165 Unterstützten waren: Männer 43, Frauen 53, Kinder bis 16 J. 69, Inländer 64, Ausländer 101.

Durchschnittsalter der Patienten:

	Männer	Frauen
17—20 Jahre	3	5
21—30 Jahre	16	22
31—40 Jahre	10	17
41—50 Jahre	8	5
über 50 Jahre . . .	6	4

Berufsgliederung der Verschickten: Kaufm. Berufe 28, Gewerbl. Berufe 13, Hausangestellte 3, Freie Berufe, Beamte, Lehrer 7, Hausfrauen 15, ohne Beruf, ohne Angabe 20, Studenten, Lehrlinge 10, Kinder bis 16 J. 69. Die überwiegende Mehrzahl der Patienten wurde in jüdische Heilstätten verschickt. Es wurden verschickt:

113 in jüdische Heilstätten
40 in nichtjüdische Heilstätten
5 in Krankenhäuser
158,

davon 19 in ausländ. Heilstätten.

Die durchschnittliche Kurdauer betrug: bis 2 Monate: 64, 3 Monate: 56, 4—6 Monate: 35, über 6 Monate: 3, Beihilfen für Röntgenaufnahmen, Rückreisekosten, Atteste 7.

Die durchschnittliche Kurbeihilfe betrug im Einzelfall ca. 160,— RM.

Wohnsitz der verschickten Patienten: Preußen 121, davon aus Berlin 75, Baden 13, Bayern 2, Sachsen 15, Württemberg 2, Hessen 1, Mecklenburg 1, Hamburg 5, Bremen 1, Ausland 4.

Rituelle Verpflegung jüdischer Erholungsheiminsassen. Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt hat am 2. Dezember 1930 folgenden Runderlaß an die Regierungspräsidenten betreffend rituelle Verpflegung von jüdischen Krankenkassenmitgliedern in Erholungsheimen gerichtet: „Der Preußische Landesverband gesetzestreuer Synagogengemeinden (Sitz Halberstadt) hat mir berichtet, es sei vorgekommen,

daß jüdische Arbeitnehmer, die von ihren Krankenkassen in ein Erholungsheim entsandt werden sollten, auf diese Wohltat aus religiösen Gründen hätten verzichten müssen, weil sie auf rituelle Verpflegung Wert legten, eine solche aber in dem betreffenden Heim nicht möglich war. Der Verband hat daher den Wunsch geäußert, es möchte den Krankenkassen empfohlen werden, bei solchen jüdischen Kassenmitgliedern, die auf rituelle Verpflegung besonderen Wert legen, im Falle der Gewährung eines Erholungsaufenthaltes die Möglichkeit ritueller Verpflegung zu berücksichtigen, unter Umständen durch Uebernahme der bei der Kasse üblichen Verpflegungssätze für ein mit Zustimmung der Kasse von den Versicherten selbstgewähltes Erholungsheim. — Ich ersuche, den Krankenkassen durch die Versicherungsämter zu empfehlen, diesen Wunsch auf Antrag nach Möglichkeit zu berücksichtigen."

Erholungskuren für Logenangehörige. Durch Vermittlung der Logen können die Logenangehörigen in folgenden Orten zu ermäßigten Preisen aufgenommen werden: Friedrichsroda, volle Pension 6 RM. und 10% pro Tag, Harzburg, volle Pension 6 RM. und 10% pro Tag, Krummhübel, volle Pension 7,50 RM. und 10% pro Tag, Partenkirchen, volle Pension 6,50 RM. und 10% pro Tag. In Wiesbaden, Altheide und Homburg können auch Kuren vermittelt werden. Anfragen und Anmeldungen: Erholungsfürsorge des Schwesternverbandes der U. O. B. B. Logen, Magdeburg, Breiter Weg 139/140.

Tätigkeitsbericht der jüdischen Heilstätte „Etania" in Davos. Der Hilfsverein für jüdische Lungenkranke in der Schweiz, der die jüdische Lungenheilstätte „Etania" unterhält, gibt einen Geschäftsbericht für das Jahr 1929/30 heraus.

Nur ein Teil der Aufnahmegesuche konnte in der Berichtszeit berücksichtigt werden. Neben den aus ärztlichen Gründen gebotenen Ablehnungen mußte eine beträchtliche Anzahl von Gesuchstellern aus dem Auslande aus finanziellen Ursachen zurückgewiesen werden. In der Berichtszeit wird ein Rückgang der Patienten in Etania gegenüber dem Vorjahr vermerkt. Viele Kranke wohnten aus Ersparnisgründen auswärts und wurden in der Etania nur verpflegt. Insgesamt wurden in der Berichtszeit 162 Patienten verpflegt und behandelt (21 781 Verpflegungstage), davon stammte der größte Teil aus der Schweiz (26) und Deutschland (43); aus Osteuropa (Litauen, Polen, Rumänien, Lettland) waren insgesamt 24 Patienten. Die Einnahmen des Hilfsvereins betrugen 1929/30 344 980 Frcs. Das Geld wurde in der Hauptsache in der Schweiz aufgebracht, etwa 10% der Jahresbeiträge und 9% der Spenden kamen aus dem Auslande.

Der ärztliche Jahresbericht, der von Chefarzt Dr. Oeri erstattet worden ist, bezieht sich auf 87 Patienten, die im Berichtsjahr aus der Etania ausgetreten sind.

Im Vergleich mit früheren Jahrgängen verteilten sich die Patienten nach Stadien folgendermaßen (in Prozentzahlen):

	1920	1922	1924	1926	1928/29	1929/30
I. Stadium	47	30	25	25	15	19
II. „	22	30	15	20	19	16
III. „	31	40	60	55	66	65

Das Mißverhältnis zwischen leichten und ausgedehnten Erkrankungen hat sich also auch in diesem Jahr nicht verändert.

Die Kurdauer betrug 1929/30: bis 3 Monate bei 24 Kranken, 4—6 Monate bei 36 Kranken, 7—9 Monate bei 12 Kranken, 10—12 Monate bei 4 Kranken, 1—2 Jahre bei 10 Kranken, über zwei Jahre bei einem Kranken.

Wesentlich unter 3 Monaten blieb die Kur bei 8 Kranken (6 Nachkuren, 2 Schwerkranke). Die durchschnittliche Kurdauer betrug bei den Männern 182, bei den Frauen 226 Tage. Die Allgemeinbehandlung ist die in den Sanatorien des Hochgebirges übliche. Die Resultate sind in den folgenden Tabellen zusammengestellt, soweit sie sich zahlenmäßig erfassen lassen. Die Tabellen geben die Schätzung des Arztes beim Austritt wieder, die natürlich in der Folge noch allerhand Korrekturen nach beiden Seiten erfährt.

Stadien	wesentl. gebessert	Besserung: etwas gebessert	Besserung: unverändert	verschlimmert	Arbeitsfähigkeit: voll	Arbeitsfähigkeit: etwas reduz.	Arbeitsfähigkeit: stark reduz.	gest.
I.	16	—	—	—	16	—	—	—
II.	9	4	—	—	8	4	1	—
III.	29	15	4	4	10	24	18	2
and. Tbc.	3	1	—	—	3	—	1	—
total	57	20	4	4	37	28	20	2
in %	67	23	4	4	42	33	23	2

Von den Kranken des I. Stadiums wurden 100% voll arbeitsfähig, von denen des II. Stadiums 62%, von denen des III. Stadiums 18%.

Bei sämtlichen 21 Patienten, bei denen der Pneumothorax während der diesjährigen Kur oder früher in der Etania angelegt worden war, konnte die Entlassung mit ganz geringer Beschränkung der Arbeitsfähigkeit (Notwendigkeit der Nachfüllungen) erfolgen. Wesentlich weniger gut waren im Durchschnitt die Erfolge bei den von anderwärts zugewiesenen Pneumothoraxpatienten. Es ist dies nicht weiter verwunderlich, da von auswärts eben nur solche Pneumothoraxpatienten zugewiesen werden, bei denen die Behandlung aus irgendeinem Grunde nicht zum Ziele führte. Schl.

Arbeiterkrankenkasse in Palästina. Dem Geschäftsbericht der Arbeiterkrankenkasse in Palästina für das Jahr 1929/30 entnehmen wir folgendes:

Die Zahl der Mitglieder der Krankenkasse ist dank der Einwanderung aus Europa von 15 332 auf ca. 18 000 gestiegen. Zusammen mit den Familienangehörigen unterstehen der Kasse ca. 35 000 Personen. 52% der Mitglieder befinden sich in den Städten und 48% in den Dörfern.

Die Krankenkasse beschäftigt zurzeit 70 Aerzte, 6 Zahnärzte, 55 Krankenschwestern und Pflegerinnen und 9 Apotheker und Apothekergehilfen. Das gesamte medizinische Hilfspersonal, sowie ein großer Teil der Aerzte sind fest angestellt und beamtet und haben kein Recht, Privatpraxis auszuüben. Im letzten Jahr wurden mehrere medizinische Kräfte aus dem In- und Ausland neu engagiert.

Die Arbeiterkrankenkasse unterhält:

a) Das Krankenhaus im Isreeltale. Es wurde in diesem Jahre ein mustergültiges Gebäude errichtet, das den Anforderungen der Hygiene in den Subtropen entspricht. Außerdem wurde ein modernes Wirtschaftsgebäude erstellt. Im Krankenhaus sind drei Abteilungen untergebracht, eine medizinische, eine Kinderabteilung und eine Gebärklinik, mit insgesamt 64 Betten. Die jährlichen Ausgaben für das Spital betragen £ 6230.

b) Das Erholungsheim im „Arso" in Motza. Am bestehenden Gebäude des Erholungsheimes in Motza wurde im abgelaufenen Jahre ein zweites Stockwerk errichtet, so daß das Heim 60 Rekonvaleszenten beherbergen kann. In diesem Heim, sowie im Erholungsheime am Karmelberge haben im vergangenen Sommer mehr als 100 Rekonvaleszenten Unterkunft finden können.

c) Das Zentralmagazin. Für das Zentralmagazin, das alle Ambulatorien und Apotheken mit Medikamenten und Instrumenten versorgt, wurde ein eigenes, besonderes Gebäude errichtet.

d) Institute für physikalische Therapie. Nach Eröffnung des Instituts für physikalische Therapie in Tel-Aviv wurden weitere ähnliche Institute in den Städten Haifa und Jerusalem errichtet. Auch viele Ambulatorien in den Dörfern wurden mit Apparaten für physikalische Therapie versehen.

e) Zahnambulatorien. Das Zahnambulatorium in Tel-Aviv wurde weiter ausgebaut und mit der Errichtung eines ähnlichen Ambulatoriums in Haifa begonnen. Außerdem hat man die Einrichtung der wandernden Zahnambulatorien in den Dörfern, die sich als segensreich erwiesen haben, weiter beibehalten.

f) Die Zentralambulatorien in den Städten wurden weiter ausgebaut.

Außer der gemeinsamen Arbeit mit anderen Institutionen in der Säuglingsfürsorge, Schwangerenfürsorge, ärztlicher Aufsicht der Kindergärten und Schulen, Tuberkulosefürsorge, sowie im Kampfe gegen die Malaria und andere tropischen Krankheiten, wurde der erste Versuch einer ärztlichen Aufsicht in den Fabriken gemacht; die Errichtung von Jugendberatungsstellen wird angestrebt.

Reichsarbeitsgemeinschaft für Jugenderholungs- und Heilfürsorge. Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Jugenderholungs- und Heilfürsorge (Jehrag) hat einen Aufruf erlassen: „Sparen am falschen Platz"; sie wendet sich darin gegen die von Stadt und Ländern geplanten Sparmaßnahmen in der Jugenderholungsfürsorge. In dem Aufruf wird betont, daß eine schematische Herabminderung von Ausgaben für das Etatsjahr 1931/32 nicht nur erhebliche Mehraufwendungen in den nächsten Jahren nach sich ziehen, sondern auch unabsehbaren Schaden an der Volksgesundheit verursachen werden.

Die Zahl der Eltern, die aus eigenen Mitteln die notwendigen gesundheitlichen Maßnahmen für ihre Kinder treffen können, ist durch die Wirtschaftskrise stark gesunken. Die wirtschaftliche Not ist aber wiederum eine Quelle der Krankheitsgefährdung, von der die Kinder besonders betroffen werden.

Die Volkskraft ist unter den heutigen Umständen einer der wichtigsten Aktivposten für unsere Zukunft. Es muß daher im Rahmen des Möglichen alles geschehen, um Gesundheit und Kräfte der heranwachsenden Generation zu erhalten und zu steigern.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Jugenderholungs- und Heilfürsorge bittet darum alle, denen die Gesundheit der deutschen Jugend am Herzen liegt und die deren Bedeutung für unsere Zukunft erkennen, dafür einzutreten, daß hier nicht am falschen Platz gespart wird.

Wirtschaftsfürsorge

Erteilung von Armutszeugnissen. Nach einem Runderlaß des Ministers für Volkswohlfahrt vom 31. Dezember 1930 soll in Zukunft zur Erlangung des Armutszeugnisses für Antragsteller, welche Krisenunterstützung beziehen, die Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitsamtes über die Höhe und die Dauer der Krisenunterstützung genügen (Volkswohlfahrt, 15. Jan. 31).

Beschäftigung Schwerbeschädigter. Im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich Jg. 1930 sind Zahlen über die am 31. März 1930 unter dem Schutz des Schwerbeschädigtengesetzes stehenden Personen veröffentlicht. Vergleicht man damit die entsprechenden Zahlen für den 31. Dezember 1928, so ergibt sich eine erhebliche Zunahme der Zahl der Schwerbeschädigten, die hauptsächlich auf die Zunahme der Zahl der Schwerkriegsbeschädigten zurückzuführen ist. Die Zahlen für die beiden genannten Stichtage sind folgende:

	31. 3. 30	31. 12. 28
Schwerbeschädigte überhaupt . . .	403 670	384 858
darunter:		
Schwerkriegsbeschädigte	337 947	327 262
Schwerunfallbeschädigte	35 251	28 713
Friedensblinde . .	3 541	3 334
Gleichgestellte:		
Schwererwerbsbeschränkte . . .	9 429	8 584
Minderbeschädigte und zwar Kriegsbeschädigte . . .	15 608	15 504
Unfallbeschädigte .	1 838	1 382
Völlig arbeitsunfähig waren am 31. 3 30 40489 Schwerbeschädigte.		
An arbeitslosen Schwerbeschädigten wurden im Jahre 1930 24299 gezählt (im Jahre 1928 20 940).		
Darunter waren:		
arbeitsfähige Blinde	709	805
arbeitsfähige Beschädigte, die wegen der Art ihrer Beschädigung nicht oder nur sehr schwer unterzubringen sind . .	5 697	5 149
davon Tuberkulöse .	3 673	3 470

Von der Gesamtzahl der unter dem Schutz des Gesetzes stehenden Schwerbeschädigten abzüglich der Arbeitsunfähigen waren demnach nur etwa 6% arbeitslos, ein Zeichen für die günstige Auswirkung des Gesetzes.

Produktivierung russischer Juden. Wichtige Beschlüsse wurden bei der letzten, in Moskau stattgefundenen OZET-Konferenz gefaßt. Demnach sollen alle Kräfte von OZET auf die Kolonisation in Biro-Bidschan und in der Krim konzentriert werden. Nicht nur die Ansiedlung von Juden auf dem flachen Lande, sondern auch die Industrialisierung der jüdischen Siedlungsgebiete wird zum künftigen Arbeitsprogramm von OZET gehören. Wie auf der Konferenz festgestellt wurde, sind in den von der Sowjetregierung für jüdische Kolonisation reservierten Rayons die Grundlagen für die Entwicklung einer chemischen, metallurgischen und Bergbauindustrie vorhanden; im Interesse der wirtschaftlichen Wohlfahrt der Siedler in diesen Gebieten wird OZET dem Ausbau dieser Industrien erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden und für die Entsendung von industriellen und landwirtschaftlichen Fachleuten Sorge tragen.

Aus den Darlegungen der Delegierten aus Gebieten mit starker jüdischer Bevölkerung geht hervor, daß die Maßnahmen zur Durchführung des Fünfjahresplans zwar in hohem Maße zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den jüdischen Kleinstädten geführt haben, daß aber im Hinblick darauf, daß nur Söhne von Handwerkern und Arbeitern zur Arbeit in den Fabriken zugelassen werden, die Zukunft der deklassierten Juden und ihrer Kinder nach wie vor ungewiß bleibt. Ohne auswärtige Hilfe dürfte der wirtschaftliche Existenzaufbau dieser Elemente kaum durchgeführt werden können.

Jüdische Wirtschaftskatastrophe in Litauen. Das litauische Innenministerium hat an alle jüdischen öffentlichen Institutionen und Privatunternehmungen die Aufforderung gerichtet, die bei ihnen beschäftigten Personen, die nicht litauische Staatsbürger sind, zu entlassen. Nichtjüdische Institutionen und Unternehmer, die Juden nicht beschäftigen, haben eine solche Aufforderung nicht erhalten. In Litauen leben gegenwärtig über 9000 jüdische Ausländer und Staatenlose, die meist aus Rußland oder aus dem von Polen besetzten litauischen Gebiet stammen. Allen diesen hat nun die Regierung das Recht auf Arbeit und Erwerb entzogen, so daß ihnen der Hungertod droht. Zu protestieren ist ihnen verboten, die Militärzensur hat der Presse untersagt, ein Wort über diese Verordnung zu bringen.

Oeffentliche Fürsorge für Ausländer in Frankreich. Die öffentliche Unterstützung von Ausländern ist in Frankreich durch verschiedene Wohlfahrtsgesetze und durch verschiedene gegenseitige Uebereinkommen mit anderen Nationen geregelt. Es bestehen gegenseitige Verträge mit folgenden Staaten: Italien, Arbeitsvertrag vom 30. September

1919, vervollständigt durch Verträge vom 4. und 30. Juni 1924, Polen, Uebereinkommen vom 14. Oktober 1920 mit Vertrag vom 3. November 1926, Belgien, Uebereinkommen vom 30. November 1921 mit Ausführungsvertrag vom 13. Mai 1924, Luxemburg, Uebereinkommen vom 4. Januar 1923, dazu Notenwechsel vom 20. Mai bis 30. November 1925, Saargebiet, Uebereinkommen vom 20. Januar 1928, dazu Vertrag vom gleichen Tage, Rumänien, Arbeitsvertrag vom 28. Januar 1930, Oesterreich, Vertrag vom 27. Mai 1930.

Alle diese Verträge beruhen auf dem Grundsatz der gegenseitigen Angleichung von Einheimischen und Fremden in bezug auf die öffentliche Hilfe. Sie regeln insbesondere die Art der Verteilung der Unterstützungslasten zwischen den beteiligten Ländern, da das Aufenthaltsland in der Regel nur die Kosten für vorübergehende Unterstützungen trägt.

Wanderung

Polnische Auswanderung nach Belgien. Die Zahl der nach Belgien ausgewanderten Polen dürfte sich auf 100 000 Personen belaufen, von denen 95% in den Bergwerken beschäftigt sind. Die Juden, die im Laufe der letzten 40 Jahre nach Belgien ausgewandert sind, sind meistens in der Diamantenschleiferei beschäftigt. Sie leben zum größten Teil in Antwerpen. Die polnischen Arbeiter werden in Gruppen von 400 bis 600 durch das Auswanderungsbüro in Warschau zusammengefaßt. Ihre Ankunft in Belgien wird durch ein Einwanderungsbüro geregelt, das jüngst auf Veranlassung des polnischen Konsulats errichtet wurde. Dieses Büro setzt in jedem einzelnen Falle die Arbeitsbedingungen wie Lohn, Wohnung, Reisekostenvergütung, ärztliche Behandlung usw. fest.

Die polnischen Zeitungen glauben, daß die Einwanderungsbewegung von Polen nach Belgien, die infolge der wirtschaftlichen Depression unterbrochen ist, in kurzem wieder lebhafter werden wird.

Erschwerung der Einreise nach Argentinien. Die Argentinische Regierung hat aus Anlaß der Arbeitslosigkeit infolge der wirtschaftlichen Krise in Argentinien die Gebühren für die Visierung der Einreisepapiere von 3 Goldpesos auf 33 Goldpesos erhöht und die Vorlage eines Gesundheitszeugnisses und einer Bescheinigung über nicht ausgeübte Bettelei (außer dem bereits verlangten Führungszeugnis) vorgeschrieben.

Warnung an Emigranten vor Auswanderung nach Argentinien über Uruguay. Die Hias-Ica-Emigdirect warnt die Emigranten vor Auswanderung nach Argentinien über Uruguay. Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Gebühren für das Einreisevisum nach Argentinien ist eine Neigung unter den Emigranten bemerkbar, nach Argentinien via Uruguay zu reisen; sogar Emigranten, die in Argentinien Verwandte haben, glauben, die Einreiseerlaubnis von Uruguay aus schneller bekommen zu können.

Wie das Komitee der „Hicem" in Montevideo mitteilt, ist die Erhöhung der Gebühren für das argentinische Visum von 3 Goldpesos auf 33 Goldpesos auch für Emigranten aus Uruguay gültig. Das argentinische Konsulat in Uruguay, ebenso wie die Konsulate in Europa, erteilen das Visum ausschließlich an Emigranten, die eine Einreiseerlaubnis vorlegen können.

Einwanderungsbeschränkungen in Brasilien. Ein brasilianischer Erlaß vom 14. Dezember 30, dessen Bestimmungen im Laufe des Jahres in Kraft treten werden, läßt nur noch bestimmte Gruppen von Personen zur Einwanderung zu. Zu diesen Gruppen gehören Personen, die ihren Wohnsitz in Brasilien haben, ferner Personen, die von den zuständigen Beamten als erforderlich für landwirtschaftliche Arbeit bezeichnet werden oder die eine von diesen Beamten geeignete Aufforderung besitzen, die ihnen eine Bestimmung in der Landwirtschaft zusichert, schließlich Personen, die von privaten Unternehmen unter den Bestimmungen der Erlasse von 1924 und 1925 engagiert worden sind. Personen, die diese Bestimmungen nicht erfüllen, dürfen nicht länger als 30 Tage in Brasilien bleiben, es sei denn, daß sie über eine genügende Summe Geldes verfügen. Der Erlaß ist eine Folge der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit in Brasilien.

Gewisse Formen der Hilfe, die bisher einzelnen Arbeitern gewährt wurden, die landwirtschaftliche Siedlungen begründen wollen, werden in Zukunft nur Arbeitern, die von ihren Familien begleitet werden, gewährt werden. Diese Vergünstigungen schließen Unterhalt für drei Tage nach der Ankunft in der Niederlassung, bezahlte Beschäftigung für 15 Tage im Monat, freie ärztliche Hilfe während drei Jahren, freien Transport zur Niederlassung ein. Auch können Saatgut, Einrichtungsgegenstände und Werkzeuge gestellt werden.

Einschränkung der Einwanderung nach Australien. Die Regierung von Australien hat kürzlich beschlossen, fremde Einwanderung nach Australien völlig zu untersagen, bis die wirtschaftliche Lage sich gebessert hat. Einwanderer, die nicht die britische Nationalität besitzen, können nur noch mit besonderer Erlaubnis des Ministers des Innern ins Land. Touristen und Geschäftsleute werden indessen hiervon nicht betroffen, auch gilt die Einschränkung nicht für Frauen und Kinder von im Lande lebenden Einwanderern.

Arbeitsmarkt

Winterhilfe für Arbeitslose. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat mit Erlaß vom 20. Dez. 30 (Reichsarbeitsblatt I S. 27) die Arbeitsämter in den Dienst der Winterhilfe für Arbeitslose gestellt und gleichzeitig auf die Mitarbeit der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege entscheidenden Wert gelegt. Es besteht nicht nur die Möglichkeit, in den Räumen der Arbeitsämter Hinweise auf Einrichtungen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege anzubringen, sondern es kann in den Räumen des Arbeitsamtes durch die Wohlfahrtspflege, womit sowohl die öffentliche wie die freie Wohlfahrtspflege (Arbeitsgemeinschaften!) gemeint sein dürften, ein einheitlicher eigener Dienst eingerichtet werden, der die Aushändigung oder den Verkauf von Gutscheinen oder die Auszahlung von Beihilfen für Speisung, Feuerung und dergleichen betreibt. Voraussetzung ist, daß diese Hilfeleistungen allen Arbeitslosen oder bestimmten geschlossenen Sondergruppen (z. B. alleinstehenden Jugendlichen, kinderreichen Familien usw.) zugute kommen. Für Wohlfahrtserwerbslose werden die Hilfsmaßnahmen denjenigen Stellen überlassen, die die Unterstützung auszahlen.

Arbeitslosenunterstützung für Ausländer. Bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an Ausländer ist es wiederholt zu Schwierigkeiten gekommen, wenn es sich um Ausländer handelte, bei denen die Genehmigung zur Beschäftigung an einer bestimmten Arbeitsstelle untersagt worden war. Der Spruchsenat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hatte mit einer Entscheidung vom 28. März 30 (s. a. Jahrg. I, S. 434 ds. Ztschr.) diese Frage offen gelassen. Er hat sie nunmehr mit Entscheidung vom 12. Dezember 30 (III a Ar 298/30, Reichsarbeitsblatt IV, S. 45) zugunsten der Ausländer entschieden. „Wenn ein ausländischer Arbeiter mit Legitimationskarte aus seiner inländischen Arbeitsstelle entlassen wird, weil das Landesarbeitsamt die Genehmigung zur Weiterbeschäftigung untersagt, so steht dies der Annahme von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit nicht entgegen." Die Begründung hierzu sagt folgendes: Nach § 93 Abs. 1 AVAVG. erhält keine Unterstützung, wer seine Arbeitsstelle ohne wichtigen oder ohne berechtigten Grund aufgegeben oder durch ein Verhalten verloren hat, das zur fristlosen Entlassung berechtigt. Diese Gründe sind erschöpfend. Sie liegen sämt-

lich in der Person des Arbeitslosen. Der Umstand, daß ein ausländischer Arbeiter infolge der Versagung der Genehmigung seiner Weiterbeschäftigung in seiner bisherigen inländischen Arbeitsstelle entlassen worden ist, ist weder als besonderer Grund für die Versagung der Unterstützung in § 93 Abs. 1 AVAVG. aufgeführt, noch kann darin insbesondere ein den Arbeitgeber zur fristlosen Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigendes Verhalten des Arbeitnehmers erblickt werden. Es liegt vielmehr eine durch das Verhalten des Versicherten nicht veranlaßte, aus Gründen des innerdeutschen Arbeitsmarktes getroffene, von außen in das Arbeitsverhältnis eingreifende behördliche Maßnahme vor, die den Arbeitgeber zur Lösung des Arbeitsverhältnisses, das ohne diesen Zwang fortdauern würde, nötigt. In einem solchen Falle liegt also im Sinne des Gesetzes unfreiwillige Arbeitslosigkeit des entlassenen Arbeitnehmers vor.

Probleme des sozialen Aufstiegs. Vor einiger Zeit gingen durch die Presse Berichte über das Kapitel: Väter und Söhne, Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs. Die bestehenden Schwierigkeiten, dem Tüchtigen „freie Bahn" zu schaffen, machen es notwendig, auch an dieser Stelle auf die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs und auf den Umfang des sozialen Abstiegs einzugehen. Ein reichhaltiges Material zu diesen Fragen ist enthalten in einer vom Bayerischen Statistischen Amt herausgegebenen Schrift: Sozialer Auf- und Abstieg im deutschen Volk, Statistische Methoden und Ergebnisse (München 1930). Die Schrift enthält die Auswertung einer Reihe früherer und neuer statistischer Erhebungen und ist um so beachtenswerter deshalb, weil umfassende Untersuchungen über den sozialen Auf- und Abstieg fast völlig fehlen.

Zwei wichtige Ergebnisse gehen aus der Gesamtzahl der Untersuchungen hervor: Verschwindend gering ist die Tatsache des sozialen Aufstiegs, der soziale Abstieg aber erfolgt aus allen Schichten des Volkes. Aus einer Statistik „Unsere Zeitgenossen" (Auswertung eines großen bibliographischen Werkes), aus Hochschulstatistiken, aus Statistiken über Ratsuchende der Berufsberatungsstellen des Arbeitsamtes München, über den Nachwuchs der Arbeiterschaft (Auswertung der Volks- und Berufszählung von 1925 für Fürth i. B.), über Berufe der ehemaligen aktiven Offiziere, über die berufliche Gliederung der Kleinrentner und Armen in München, über Eheschließende in Bayern nach den Berufen u. a. m. erwähnen wir folgende bemerkenswerte Einzelheiten: Aus der Untersuchung über 11 000 berühmte Zeitgenossen ergibt sich, daß sich sowohl die geistige, wie auch die wirtschaftliche Oberschicht zu mehr als der Hälfte aus den eigenen Reihen rekrutiert. Bei der Gruppe der Intellektuellen und Beamten entstammen 78,9%, bei den künstlerischen Berufen 71,9%, bei den Wirtschaftlern 80,3% aus der geistigen und wirtschaftlichen Oberschicht. Die Arbeiterschaft stellt zu den gleichen Gruppen nur 1,9%, 2,1% und 1,4%.

Eingehende Untersuchungen über den Besuch der deutschen Hochschulen kommen zu dem Resultat, daß sich zwar die Studenten heute aus allen Schichten des Volkes rekrutieren, daß jedoch die einzelnen Gruppen und Schichten in sehr verschieden hohem Grad und keineswegs entsprechend ihrem Anteil am sozialen Aufbau beteiligt sind. Besonders stark vertreten sind, wie bekannt, die akademischen Kreise und die wirtschaftlich kräftigen Gruppen von Handel, Industrie und Gewerbe, relativ stark auch die mittlere und untere Beamtenschaft. Der Anteil der Arbeiter (1—2%) ist jedoch ganz gering.

Es entspricht diesen Erscheinungen, daß die männlichen Ratsuchenden bei der Berufsberatungsstelle München zu rund $^9/_{10}$ gelernte Arbeiterberufe, nur $^1/_{10}$ und weniger Angestellten- und freie Berufe erstrebten. Nur die Hälfte der weiblichen Ratsuchenden wollte dagegen gelernte Arbeiterberufe ergreifen und

strebte im übrigen Angestellten- und freie Berufe an. Wenn ein Aufstieg stattfindet, so erfolgt er, wie aus der Auswertung der Volks- und Berufszählung für Fürth hervorgeht, nicht unmittelbar in die Oberschicht, vielmehr zunächst in die der Arbeiterschaft benachbarten Schichten der Angestellten und der unteren und mittleren Beamten, der kleinen Geschäftsleute usw. Etwa $^1/_{10}$ aller Jugendlichen unter 18 Jahren, $^1/_6$ der Jugendlichen über 18 Jahren strebten aus der Arbeiterschaft heraus.

Im Gegensatz zu den geringen Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs steht die durch alle Berufsschichten gehende Deklassierung. Nach einer Stichprobenerhebung des Reichs 1926 waren von 11 555 Kleinrentnern (davon 2881 männlich, 8674 weiblich) von den männlichen Kleinrentnern mehr als $^2/_3$ früher selbständig in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, $^1/_7$ waren Arbeiter; die freien Berufe und die Angestellten machten zusammen $^1/_8$ aus. Die Frauen waren zur Hälfte ohne Beruf, kamen im übrigen in großem Umfang aus abhängigen Berufen. Auch bei den „Armen" waren 34,8% früher selbständig, 12,5% geistig oder künstlerisch tätig, Angestellte 4,8%, Arbeiter einschließlich Hauspersonal 42,7%. Damit wird deutlich, einen wie hohen Prozentsatz ehemalige wohlhabende Schichten zur Schicht der Armen stellen, einen Satz, der weit über dem der Vorkriegszeit liegt.

Zum Schluß sei eine Aufstiegsmöglichkeit erwähnt, die nach der Statistik sich insbesondere den Frauen eröffnet. Nach der bayerischen Eheschließungsstatistik von 1925 stammen die Frauen der Mitglieder der geistigen Oberschicht zu einem relativ hohen Prozentsatz aus mittleren und unteren Schichten. Von den Frauen, die Männer der geistigen Oberschicht heirateten, waren 24,4% aus der Schicht der Angestellten und mittleren Beamten und 16,9% aus der Schicht der Arbeiter. Andererseits heirateten auch zahlreiche weibliche Angehörige der geistigen Oberschicht Männer mittlerer und unterer Schichten, der Abstieg beträgt aber hier nur 15,1 bzw. 10,8% in die Schicht der Angestellten und mittleren Beamten und in die Schicht der Arbeiter. -dt.

Ausbildung

Soziale Ausbildung der Rabbiner. Am 5. Januar tagte in Leipzig der Zentralausschuß des „Allgemeinen Rabbinerverbandes in Deutschland". Goldmann, Leipzig, hielt ein Referat über die Spezialaufgaben des Rabbiners und seine Ausbildung. Die Konferenz hat folgenden Beschluß gefaßt:

„In der Ausbildung des rabbinischen Nachwuchses sind neben den Hauptgegenständen der Ausbildung als Spezialgebiete Pädagogik, Apologetik und soziale Tätigkeit zu betonen. Dies soll dadurch geschehen, daß an den theologischen Lehranstalten Lehrstühle für diese praktischen Aufgaben errichtet werden, deren Inhaber aus der rabbinischen Praxis hervorgehen sollten. Zur Erlangung der Anstellungsfähigkeit ist es wünschenswert, daß jeder Kandidat ein Jahr lang als Hilfsrabbiner in einer großen oder mittleren Gemeinde arbeitet."

An die Landesverbände soll das Ersuchen gerichtet werden, Rabbiner in Städten mit Universitäten und anderen Hochschulen mit den Pflichten eines Studentenrabbiners zu betrauen.

Beschränkung der Schülerinnenzahl bei den Wohlfahrtsschulen. Da erfahrungsgemäß durch die Ueberfüllung von Klassen in Wohlfahrtsschulen der Erfolg des Unterrichts beeinträchtigt wird, hat der Preuß. Minister für Volkswohlfahrt bestimmt, daß von Beginn des neuen Schuljahrs an nicht mehr als 30 bis 35 Schülerinnen zum Unterricht in einer Klasse zugelassen werden dürfen. In der Begründung wird auf die dauernde Verschlechterung der Arbeitsmarktlage für Wohlfahrtspflegerinnen hingewiesen. Die Zahl der arbeitsuchenden Wohlfahrtspflegerinnen im Reich ist um das Achtfache, die der Gesundheitsfürsorgerinnen sogar um das Drei-

zehnfache gestiegen, während die Zahl der offenen Stellenanmeldungen auf ein Viertel zurückgegangen ist. Innerhalb Berlins hat sich von 1927 bis 1929 die Zahl der arbeitslosen Wohlfahrtspflegerinnen verdoppelt, während die Zahl der Stellenanmeldungen auf ein Fünftel zurückgegangen ist. Zur Vermeidung einer Berufskrise sei es notwendig, die Zahl der jährlich zur Entlassung kommenden Berufsanwärterinnen, insbesondere durch Abbau der Parallelklassen zu beschränken.

Lehrgänge

Lehrgang über Jugendfürsorge in Frankfurt a. M. Das Seminar für Fürsorgewesen und Sozialpädagogik an der Universität Frankfurt a. M. veranstaltet wie alljährlich auch 1931 unter der Leitung von Professor Klumker und Dr. jur. Reiß einen Lehrgang über Jugendfürsorge von einjähriger Dauer.

Nähere Auskunft erteilt das Seminar für Fürsorgewesen und Sozialpädagogik an der Universität Frankfurt a. M., Kettenhofweg 130.

Kursus für Psychologie, Jugendkunde und Heilpädagogik. Das Mainzer Institut für Psychologie, Jugendkunde und Heilpädagogik hält einen zweisemestrigen heilpädagogischen Studiengang ab. Mit Beginn des Sommersemesters 1931 können neue Teilnehmer aufgenommen werden. Wegen des Vorlesungsplanes, der Aufnahmebedingungen usw. erteilt das Mainzer Institut für Psychologie, Jugendkunde und Heilpädagogik, Mainz, Greiffenklaustr. 2, Auskunft.

Lehrgänge über soziale Fürsorgearbeit an der Universität Münster. Das Seminar für Fürsorgewesen beim Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Münster hält im Sommersemester 1931 seinen XII. „Lehrgang über soziale Fürsorgearbeit" ab, in dem neben theoretischer Ausbildung eine Einführung in die praktische Arbeit erstrebt wird.

Gesuche um Zulassung sowie alle Anfragen sind unter Beifügung des Rückportos zu richten an das Seminar für Fürsorgewesen beim Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Münster i. W., Johannisstr. 9.

Bücherschau

Heinrich Silbergleit, Die Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse der Juden im Deutschen Reich. I. Band. Akademie-Verlag, Berlin 1930. 348 S. 30,— RM.

Meine Beurteilung erstreckt sich lediglich auf den wirtschaftlichen Teil des Silbergleit'schen Werkes, auf das Material also, welches S. im 1. Bande seiner großartigen Arbeit für die Berufsstatistik der Juden in Preußen beibringt. Dieses Material ist so immens, daß wahrscheinlich Jahre vergehen werden, ehe auch eine aktivere Analyse der ökonomischen Haltung des deutschen Judentums, als wir sie bisher hatten, es in allen Teilen verarbeitet haben wird. Dann aber wird es Historie geworden sein. Das ist natürlich kein Vorwurf gegen einen Mann, der mit so durchdringender Exaktheit ein Quellenwerk geschaffen hat, dem die jüdische Wirtschaftsforschung in Deutschland nichts an die Seite zu stellen hat. Es liegt eben leider in der Natur der Dinge, daß so umfassende Arbeiten von dem rapiden Tempo der modernen wirtschaftlichen Entwicklung überholt werden, ehe sie erschienen, geschweige denn, ehe sie nach allen Seiten ausgewertet worden sind. Das gilt für das „Statistische Jahrbuch des deutschen Reiches" in seinen wirtschaftlichen Teilen genau so, wie für die speziellen Veröffentlichungen über Rohstoffproduktionen usw., die auch erst zu erscheinen pflegen, wenn die betreffenden Märkte längst „davongelaufen" sind.

Die Silbergleit'sche Arbeit — eine Arbeit, von deren Größe sich nur der einen Begriff zu machen vermag, der selbst einmal statistisch gearbeitet hat —, verliert hierdurch nichts von ihrem wissenschaftlichen Wert. Dieser wird auch in keiner Weise dadurch geschmälert, daß S. sich in der Gruppierung seiner Errechnungen genau an das Schema des „Statistischen Reichsamtes" gehalten hat. Gegenüber diesem Schema — welches in seiner Gliederung nicht unbestritten ist —, ist freilich geltend zu machen, daß es der modernen, „berufsdynamischen" Entwicklung nicht Rechnung zu tragen vermag. Silbergleit selbst hat das sehr richtig empfunden, indem er im Begleittext zu seiner Bearbeitung der Berufsstatistik von 1925 die Ausführungen wiedergibt, die das Statistische Reichsamt der Berufszählung vom genannten Jahre voranschickt, und hinzufügt, daß „in den Ergebnissen der letzten Berufszählung außer den Faktoren systematischer, auch solche äußerer Art in nicht angebbarem Umfange mitwirken, die mit der Entwicklung, der beruflichen Evolution, nichts zu tun haben. Auf diese aber kommt es allein an...." Dem wird man nur zustimmen können. Und wenn Silbergleit gerade deshalb, weil das Statistische Reichsamt die Gliederung seines berufsstatistischen Schemas geändert und dadurch einen Vergleich mit den Ergebnissen früherer Berufszählungen sehr erschwert hat, von einem solchen auch für die deutschen Juden absieht, so ist das zwar zu bedauern, aber man wird es aus der Gebundenheit Silbergleits an das amtliche Material und seine Gliederung durchaus verstehen können.

In der Hauptsache hat S. unbedingt Recht. Es kommt für uns deutsche Juden heute wirklich auf die „berufliche Evolution" an. Auf deren Feststellung hat S. aus den angedeuteten Gründen leider verzichten müssen. Es sei aber gestattet, auf einige Verhältniszahlen hinzuweisen, deren Ermittlung Silbergleits Arbeit möglich macht. In der Abteilung C (Statistik der Wirtschaftsabteilungen) auf Seite 129 des Tabellenwerks ermittelt S. für die jüdischen Beteiligten an Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaft eine Gesamtzahl der Berufsangehörigen in Preußen in Höhe von 216 615. Das sind 60,8% der überhaupt berufstätigen Juden (und Jüdinnen) in Preußen (gegen einen Anteil von 17,9% der in dieser Wirtschaftsabteilung Tätigen, der sich für die Gesamtheit der preußischen Staatsangehörigen ergibt!). Es ist nun sehr bedauerlich, daß die Unterteilung dieses „beruflichen Massivs" der preußischen Juden nach der Gliederung des amtlichen Schemas nicht sehr weit geht. Wohl wird in der Abteilung „Wirtschaftsgruppen" ein anderer Schnitt durch dieses Massiv gelegt und ein dritter erfolgt in der besonders eingehenden Abteilung „Wirtschaftszweige" (S. 130 f. W 114), aber man kann bei größter Achtung vor der hier geleisteten Arbeit nicht darüber hinwegkommen: Diesen Konstatierungen des amtlichen Schemas fehlt das Leben. Was heißt (in Zweig W 114 auf S. 152 des Tabellenwerkes) „Waren- und Produktenhandel"? Welche verschiedenen Wirtschaftszweige sind in diesen Oberbegriff der amtlichen Statistik hineingepreßt? Wo bleiben hier die wirtschaftsdynamisch so unendlich wichtigen Unterscheidungen zwischen Großhandel und Einzelhandel? Warum sind in Position W 113 die „Fernheizwerke" und in W 110 die „Wassergewinnung und Wasserversorgung" angeführt, und es fehlt auf der anderen Seite jede Angabe über Getreidehandel, Metallhandel, Textilwarenhandel — Positionen, die uns Juden am meisten angehen?

Ich weiß, diese Fragen sind nicht an Silbergleit zu richten, sondern an die amtliche deutsche Statistik, deren Gliederung er gefolgt ist. Aber wir müssen sie vor allem an uns Juden selbst richten und uns darüber klar werden: Es ist ein grundlegender Unterschied, ob ein Bevölkerungsteil zu 60% im Handel sitzt oder nur zu 17,9%. Zwei so unterschiedene Schichtungen bedürfen zu ihrer Erfassung in lebendiger Sta-

tistik völlig verschiedener statistischer Methoden. Von der amtlichen deutschen Statistik kann man nicht verlangen, daß sie spezielle jüdische Bedürfnisse berücksichtigt. Das müssen wir selbst tun und uns eine Statistik schaffen, welche die Berufsgliederung der deutschen Juden nach den Gesichtspunkten erkennen läßt, die für unsere Berufspolitik von Bedeutung sind.

Neben dem großen wissenschaftlichen und somit positiven Wert des Silbergleit'schen Werkes liegt sein sozusagen negativer darin, daß es die Notwendigkeit dieser Forderung noch deutlicher als bisher erkennen läßt. Vielleicht wird man diese Notwendigkeit bestreiten. Dann muß man aber konsequenterweise auch die einer jüdischen sozialen und sozialökonomischen Arbeit bestreiten.

Dr. Alfred Marcus

Hirtsiefer, Die Wohnungswirtschaft in Preußen. Verlagsgesellschaft R. Müller G. m. b. H., Eberswalde 1929. 562 S.

Die Wohnverhältnisse im Deutschen Reich nach der Reichswohnungszählung von 1927. Teil I Text, Teil II Tabellenwerk. Statistik des Deutschen Reiches Band 362 I und II. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1930. 142 S. 8,— RM. und 391 S. 18,— RM.

Tagesfragen des Wohnungswesens. Die Wohnungsfrage der kinderreichen Familie. Herausgegeben von der kommunalen Vereinigung für Wohnungswesen. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1929. 149 S.

Drei ausgezeichnete, von hervorragenden Stellen der deutschen Wohnungswirtschaft, dem preußischen Minister für Volkswohlfahrt, der Kommunalen Vereinigung für Wohnungswesen und in Ergänzung dazu dem Statistischen Reichsamt herausgegebene Veröffentlichungen bilden zusammen ein nahezu erschöpfendes Material über die bisherige Entwicklung des Wohnungswesens, die heutige Lage des Wohnungsmarktes und damit die Aufgaben einer künftigen Wohnungspolitik.

Das Buch des preuß. Ministers für Volkswohlfahrt ist ein Werk von außergewöhnlichem Format sowohl in seinen theoretischen, wie in seinen praktischen Ausführungen. Entwicklungsgeschichtlich und staatspolitisch fundiert, bietet es mit den Abschnitten: Bekämpfung der Wohnungsnot als Staatsaufgabe, Praxis und Technik des Wohnungsbaus, Träger des Wohnungsbaus usw. zugleich ein praktisches Handbuch für alle Fragen der Wohnungswirtschaft (insbesondere der gesamten Wohnungszwangswirtschaft). Als das Ziel der Gegenwart wird bezeichnet: ein aus sich heraus rentierlicher Wohnungsbau, der auch breiten Schichten einwandfreie Unterkunft zu erträglichen Mieten schafft. Daß die Durchführung dieser Forderung in erster Linie ein finanzielles Problem und daß einstweilen staatliche Wohnungsbauförderung noch notwendig ist, wird nicht verkannt, mit Recht auch wird hingewiesen auf die notwendige Herabsetzung der Baukosten als Voraussetzung einer verbilligten Wohnungswirtschaft.

Einen umfassenden statistischen Kommentar zu dem Hirtsieferschen Werk bildet die Reichswohnungszählung vom 16. 5. 27, deren detaillierte Statistiken immer wieder die grundlegenden Ergebnisse der Zählung herausstellen: Belegung von 36,5% der Wohnungen mit 1 bis 2 Personen je Wohnraum, Ueberfüllung (2 Personen und mehr pro Wohnraum) von rd. 490 000 Wohnungen mit 3,2 Mill. Bewohnern, Belegung jeder 6. Stadtwohnung mit Untermietern, insbesondere überfüllte Wohnungen bei jeder 4. kinderreichen Familie. Im Vergleich zur Entwicklung der Haushaltungen muß ein erhebliches Zurückbleiben der Bautätigkeit festgestellt werden. Von Anfang 1914 bis Anfang 1927 ist die Zahl der Haushaltungen um 16,4%, die Zahl der Wohnungen um 9,3%, die Einwohnerzahl um 5,1% gestiegen. Zur Zeit der Zählung (1927) waren erst 8,6% der Wohnungen Neubauwohnungen. Der Wohnungsbedarf war auf mindestens 560 000 Wohnungen anzusetzen.

Welche Wohnungsnot und welches Wohnungselend sich hinter

diesen Zahlen verbergen, lehren die Untersuchungen der Kommunalen Vereinigung für Wohnungswesen. Von den zahlreichen ungelösten fürsorgerischen Problemen seien hier nur Obdachlosigkeit und Verwahrlosung der Wohnung genannt, denen gegenüber die Wohnungspflege der Wohnungs- und Wohlfahrtsämter nur ein geringes Hilfsmittel bieten kann. Besonderes Interesse verdient ein Kapitel über Bausparkassen. Bei der in Aussicht genommenen Beendigung der öffentlichen Wohnungswirtschaft — die drei großen deutschen Wohnungsschutzgesetze sollen den Notverordnungen zufolge bis 1934 bzw. 1936 verschwinden — wäre genossenschaftliche Selbsthilfe, die sich in großen, teils paritätischen, teils konfessionellen Einrichtungen bereits bewährt hat, überaus wünschenswert. —dt.

Dr. S. Ejges, Das Geld im Talmud. Versuch einer systematischen Darstellung der wirtschaftlichen Geldtheorie und -praxis nach talmudischen Quellen. Wilna 1930. 96 S.

Der verbreitete Handelsverkehr Babylonies und Palästinas, insbesondere aber Babyloniens, hat „die Institutionen geschaffen, die den Verkehr erleichterten, somit das Geld in den Tauschverkehr einschalteten und den Kredit- und Leihverkehr ordneten, der infolge des biblischen Zinsverbotes ein eigentümliches Gepräge erhielt. Andererseits hat er im Talmud seinen gehörigen Ausdruck und seine entsprechende Abspiegelung gefunden." Die eingehende Darstellung umfaßt neben den Untersuchungen über die Wertverhältnisse der einzelnen Metalle, die Kurrantfähigkeit des Geldes und dessen Funktionen eine Betrachtung fast sämtlicher im Talmud erwähnten Münzarten, sowie eine Schilderung der Praxis des talmudischen Geldwechslers, die aus Sortengeschäft, Geldapprobation, Depositengeschäft, Auszahlung von Anweisungen, Kreditgeschäft und den mit der Tempelwirtschaft zusammenhängenden Transaktionen besteht. A-n

Dr. Esriel Erich Hildesheimer, Das jüdische Gesellschaftsrecht. Verlag Otto Harrassowitz, Leipzig 1930. 172 S. 6,— RM.

Der Verfasser stellt das jüdische Gesellschaftsrecht, das sich in das Recht der schutafut (societas, Gesellschaft, Miteigentum) und in das Recht der iska (nur kapitalistische Beteiligung an einem Geschäft) gliedert, auf Grund der älteren Quellen dar. Eine gedrängte Schilderung der Entwicklung des jüdischen Rechts im allgemeinen geht der Arbeit voraus; eine Auswahl der in jenen Rechtsgebieten zur Anwendung gelangenden Formulare, sowie eingehende Quellenangaben zu dem gesamten umfangreichen Zweige jüdischen Rechtslebens, der hier behandelt wird, folgen. A-n

Lic. Dr. Kurt Galling, Die israelitische Staatsverfassung in ihrer vorderorientalischen Umwelt. J. C. Hinrichs'sche Buchhandlung, Leipzig 1929. 64 S. 2,60 RM.

Der Verfasser bezeichnet seine Studie als einen Anfang vergleichender Kulturgeschichtsarbeit. Sie berichtet über die Voraussetzungen des Staates: Territorium, Siedlung, Verbände und differenzierte Klassen; über seine Kräfte: Königtum, Heer und Stände; über seine Verwaltung: Bodenbesitzverhältnisse, Steuern und Beamtentum; über die Staatsverfassung, wie sie sich in Dichtung, Sprichwort, Fabel und Prophetenwort spiegelt; schließlich über das, was der Bibel an tatsächlichem verfassungsgeschichtlichen Material zu entnehmen ist. Diesen Angaben gehen die Schilderungen der entsprechenden außerhalb Kanaans geltenden Verhältnisse jeweils parallel, wodurch ein Einblick in die innerpolitischen Verhältnisse jenes Gebietes und jener Zeit geboten wird. A-n.

M. E. Ravage, Glanz und Niedergang des Hauses Rothschild. Avalun-Verlag, Hellerau 1930

Der Verfasser erzählt außerordentlich lebendig die Geschichte der Rothschildschen Hausmacht, ohne im wesentlichen neue, über Cortis Werk (Insel-Verlag) hinausgehende Forschungsergebnisse fruchtbar zu machen. M. K.

Otto Roeld, Malenski auf der Tour. Erich Reiss-Verlag, Berlin 1930

Der Roman des Reisenden, mit Geschick und Können geschrieben. Darüber hinaus Dokument eines Standes, der mit seiner Stärke, seinen Schwächen und seiner Romantik seine Blüteperiode bereits hinter sich hat. M. K.

Dr. Erna Corte, Die Familienverhältnisse von Kindern in Krippen, Kindergärten, Horten und Tagesheimen. F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung, Berlin 1930, 72 S. 2,85 RM.

Die Deutsche Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit veröffentlicht im Rahmen ihrer Forschungen über Bestand und Erschütterung der Familie in der Gegenwart eine Untersuchung von Erna Corte über die sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Familienverhältnisse von Kindern in Krippen, Kindergärten, Horten und Tagesheimen. Sie gelangt zu dem Schluß, daß Arbeitslosigkeit, Wohnungselend, Krankheit, Trunksucht usw. in vielen Fällen das Familienleben zerrütten, so daß die Notwendigkeit der Errichtung von Tagesheimen für Kinder aus solchen gelockerten Gemeinschaften klar hervorgeht, da in ihnen der fehlende Einfluß des Elternhauses durch die pädagogische Atmosphäre der Kinderheime ersetzt wird. L. St.

Carl Mennicke, Erfahrungen der Jungen. Alfred Protte Verlag, Potsdam 1930. 160 S.

Carl Mennicke, der Direktor des Sozialpolitischen Seminars der deutschen Hochschule für Politik, gibt im 1. Band der Sozialpädagogischen Schriftenreihe einige Aufsätze seiner Schüler heraus, in denen **sie** über die Erfahrungen, die sie während ihrer praktischen sozialen Tätigkeit gesammelt haben, berichten. Besonders erwähnenswert sind die Arbeiten über Fürsorge für erwerbslose Jugendliche von W. Gleitze und F. Gräsing. Eine Auseinandersetzung von H. Küppers mit dem Problem des heutigen Anteils der Pädagogik an der Gestaltung der Geschlechterbeziehungen zeigt, wie notwendig es ist, daß jeder Fürsorger zu einer freien, offenen, wirklichkeitsnahen Stellungnahme zu dieser Frage gelangt, und wie viel in dieser Beziehung versäumt worden ist.

Man darf auf die weiteren Veröffentlichungen der Sozialpädagogischen Schriftenreihe gespannt sein. Sie weisen neue Wege der sozialen Ausbildung und geben einen wertvollen Beitrag zur Lösung der Aufgaben, die die Jugend in der sozialen Berufsarbeit zu erfüllen hat. L. St.

Dr. Otto Wehn, Die Straffälligkeit Minderjähriger nach Beurlaubung oder Entlassung aus der Fürsorgeerziehung. 3. Preisaufgabe der Sächsischen Landeswohlfahrtstiftung. Kommissionsverlag bei G. B. Teubner, Leipzig und Berlin 1930. 123 S. 4,25 RM.

Aus dem Problem der Fürsorgeerziehung greift der Verfasser die Sonderfrage der Kriminalität der in die eigene Familie beurlaubten oder entlassenen Fürsorgezöglinge heraus. Die Voraussetzung für den Erfolg jeder Fürsorgeerziehung sei die genaue Kenntnis der Wesensart des Jugendlichen und eine seiner Eigenart entsprechende Erziehung. Ob diese in der eigenen oder einer fremden Familie oder in einer Anstalt zu erfolgen hat, müsse individuell entschieden werden, auf keinen Fall solle man jedoch den Erziehungsplan auf Jahre hinaus festlegen. Ein schwieriges Problem bleibe auch der Uebergang eines Jugendlichen aus der Anstalt in die Freiheit. Ein „Progressivsystem der Lockerung der Anstaltserziehung" werde diesen Uebergang wesentlich erleichtern. Die Hauptsache sei die immer stärkere Ausgestaltung und Vertiefung der offenen Jugendfürsorge im Dienste der Fürsorgeerziehung. L. St.

Der Schutz der arbeitenden Jugend. Heft 1/2 der Internationalen Gewerkschaftsbibliothek. Verlag Internationaler Gewerkschaftsbund, Amsterdam 1930. 122 S. 1,50 RM.

Dieses Heft enthält eine Reihe sehr interessanter Aufschlüsse über die Maßnahmen zum Schutze der arbeitenden Jugend in europäischen und außereuropäischen Ländern. Die Schrift ist gewissermaßen als Neuauflage der bereits im Jahre 1922 veröffentlichten Broschüre „Der Jugendschutz in der Welt" erschienen. Während es sich dort jedoch vorwiegend um eine Schilderung der Zustände der Vorkriegszeit handelt, sind hier die neuesten Maßnahmen geschildert. Deutlich wird die Entwicklung des Schutzes der jugendlichen Arbeitnehmer in allen Ländern. Man sieht erneut, wie Fortbildungsschulpflicht, Berufsberatung und Lehrlingsfürsorge nicht nur bei uns, sondern auch in allen anderen Staaten noch problematisch und im Werden begriffen sind.

Wie im Vorwort selbst angegeben ist, ist das Büchlein als Handbuch nicht zu verwenden, weil die Angaben dazu zu stichwortähnlich und nicht umfassend genug sind; wohl aber bildet es ein rasch zu lesendes, sehr geschickt zusammengestelltes Vergleichsmaterial für den praktisch arbeitenden Berufsarbeiter in der Jugend- und Berufsfürsorge. Ihm vor allem sei die Schrift wärmstens empfohlen. Lucie Zobel

Dr. Hermann Heindl und Dr. Karl Fries, Grundriß des Fürsorgerechts unter besonderer Berücksichtigung des bayerischen Landesfürsorgerechts. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1930. 52 S. 2,— RM.

Der Grundriß des Fürsorgerechts gibt eine systematische und gemeinverständliche Uebersicht über die heute geltenden Fürsorgegesetze und wird Behörden, Sozialbeamten und -schülern die besten Dienste leisten. Besonders eingehend sind die bayerischen Ausführungsbestimmungen behandelt; auch sie gewähren einen schnellen, sicheren Ueberblick über die Grundsätze des Fürsorgerechts und der einschlägigen Rechtsprechung. L. St.

Dr. H. Soergel in Verbindung mit Dr. Behrend, Dr. Mentzel und Dr. Moll, Jahrbuch des Reichsversicherungs-, Reichsversorgungs- und Fürsorgerechts. 17. Jg. Verlag v. W. Kohlhammer, Stuttgart 1929. 364 S. 12,— RM.

Das Jahrbuch des Reichsversicherungs-, Reichsversorgungs- und Fürsorgerechts enthält systematisch geordnet Auszüge aus den im Jahre 1928 veröffentlichten Rechtsprechungen und der im Laufe des Jahres erschienenen Zeitschriftenaufsätze. Das Buch ist ein gutes Hilfsmittel für jeden Praktiker und Wissenschaftler, der auf diesem Gebiet arbeitet, da es ihn der Schwierigkeit des Zusammentragens des in zahllosen Gesetzen, Verordnungen, Entscheidungen, Aufsätzen usw. zerstreuten Materials enthebt. L. St.

Gustav Götz, Die Deutsche Sozialversicherung. Verlag von F. E. Wachsmuth, Leipzig 1930. 84 S.

In der vorliegenden Bearbeitung will der Verfasser das Wesentliche aller Versicherungszweige zu Unterrichtszwecken darstellen. Zahlreiche Tabellen, Berechnungsbeispiele und Statistiken erleichtern das Verständnis. Trotzdem manches durch die neuesten Verordnungen überholt ist, kann das Werk für Schulen und zum Selbstunterricht empfohlen werden. L. St.

Dr. jur. Heinz Jaeger, Die Aenderungen der Krankenversicherung durch die Reichsnotverordnung vom 26. Juli 1930. Verlag von J. Heß, Stuttgart 1930. 48 S. 1,60 RM.

Ein Nachschlagewerk für alle am Vollzug der Krankenversicherung beteiligten Organe. Dr. Jaeger stellt die alten, durch die Notverordnung aufgehobenen Bestimmungen den neuen Vorschriften gegenüber und gibt dazu eine kurze, kritische Darstellung ihrer Bedeutung und Anwendung. Diese Schrift, aus der Praxis für die Praxis geschrieben, ist geeignet, den Behörden und Versicherungsträgern die Durchführung der Verordnung wesentlich zu erleichtern. L. St.

Dr. Bruno Brauer, Die Stellung der freien Berufe im Wirtschaftsleben. Amalthea-Verlag, Zürich, Leipzig, Wien 1930. 135 S.

Der Verfasser nimmt die „freien Berufe" heraus aus dem Prozeß der Gütererzeugung und Güterverteilung und stellt sie in Gegensatz zu den Erwerbsinteressen der Arbeitgeber

und Arbeitnehmer. Die Bedeutung der freien Berufe sei heute noch nicht genügend gewürdigt, sie müßten sich durch einen organisatorischen Zusammenschluß die ihnen zukommende Rechte und Positionen sichern. Im sachlichen Teil ist das Buch im wesentlichen auf österreichische Verhältnisse zugeschnitten. Es ist weder erschöpfend in der Systematik, noch überzeugend in seinen Forderungen. —dt.

Dr. Hans Bernhard, Landbauzonen, ländliche Entvölkerung und landwirtschaftliche Einwanderung in Frankreich, mit besonderer Berücksichtigung der schweizerischen Ansiedlung in Süd-West-Frankreich. Geographischer Kartenverlag Kümmerly und Frey, Bern 1927.

Die schon einige Jahre zurückliegende Veröffentlichung verdient auch heute noch Beachtung wegen ihrer gründlichen Untersuchung über die geographischen Grundlagen der französischen Landwirtschaft und wegen des beigegebenen, reichhaltigen Kartenmaterials.

Adam—Hastler—Volmer, Das Krisenfürsorgerecht auf der Grundlage der Verordnung und des Erlasses vom 11. 10. 30. Schriftenreihe der öffentlichen Arbeitslosenhilfe. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1930. 64 S.

Ein von Praktikern verfaßter, für den Arbeitsamtpraktiker bestimmter, übersichtlicher Kommentar zu den geltenden Bestimmungen zur Krisenunterstützung. Beispiele und Tabellen können auch für den Fürsorger zur Nachprüfung ausgezahlter Unterstützungen nützlich sein. —dt.

Zeitschriftenschau

Bei der Strafrechtsreform wird auch eine Neugestaltung des Jugendstrafrechts vorgenommen. Dr. Schroeder stellt in seinem Aufsatz über das Jugendstrafrecht nach dem Entwurf des Einführungsgesetzes zum allgemeinen deutschen Strafgesetzbuch (Blätter für Wohlfahrtspflege, Okt. 30) die wichtigsten Abänderungen und Ergänzungen zum Jugendgerichtsgesetz vom 16. Febr. 23 zusammen.

Auf der Oktober-Tagung des AFET in Weimar wurde die Frage des Arbeitsverhältnisses der in der Fürsorgeerziehung befindlichen schulentlassenen Minderjährigen behandelt (Blätter der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg, Dez. 30). Es wurde hervorgehoben, daß grundsätzlich keine Arbeitsverträge, sondern Erziehungsverträge abgeschlossen werden sollten.

Mit dem Problem der Zusammenarbeit von Jugendamt und freien Verbänden der Jugendwohlfahrtspflege auf dem Gebiete der Jugendgerichtshilfe und der Schutzaufsicht befaßte sich eine Umfrage der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege (Blätter des Deutschen Roten Kreuzes, Jan. 31). Die Arbeit der freien Wohlfahrtspflege erschöpft sich danach durchaus nicht mit der Bearbeitung der durch behördliche Stellen überwiesenen Fälle. Vielfach haben freie Vereinigungen die freiwillige Gerichtshilfe und Schutzaufsichten übernommen.

Dr. Erich Schroeder fordert die Aerzte auf, der Ernährung des deutschen Schulkindes besondere Aufmerksamkeit zu schenken, um die knappen, aber immerhin ausreichenden Möglichkeiten für die Ernährung des deutschen Volkes richtig auszunutzen (Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und Sozialhygiene, Dez. 30).

Ueber die richtige Ernährung im Kinderheim schreibt Dr. Karl Behm (Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene, Dez. 30) und behandelt insbesondere die Probleme der Anstaltsküche und Massenkinderernährung.

Eine Untersuchung über Sparmaßnahmen und Gemeindekrankenpflege führt Dr. Hildegard Boehme (Nachrichtenblatt des Deutschen Roten Kreuzes, 15. Dez. 30) zu dem Ergebnis, daß die Unterstützung und der Ausbau der Gemeindekrankenpflege durchaus im Interesse der öffentlichen Sparpolitik liegt.

Um die Ursachen der Frühsterblichkeit klarzulegen, wurde 1927 im rheinisch-westfälischen Industriegebiet eine umfangreiche Enquete durchgeführt (30 Gemeinden, etwa 1676 Fragebogen). Es wurde festgestellt, daß die Säuglingssterblichkeit in den ersten 10 Lebenstagen in den letzten Jahren nicht zurückgegangen ist. Die Todesursache war hauptsächlich Lebensschwäche, Gehirnblutungen, erhöhte Zahl der Erstgeburten, erhöhtes Alter der Erstgebärenden, vielleicht auch Konstitutionsverschlechterung der Frauen. (Gesundheitsfürsorge für das Kindesalter, Okt. 30.)

In Frankreich, Ungarn und Italien wird eine beträchtliche Zunahme der Geburten verzeichnet, die Zahl der Sterbefälle ist bedeutend niedriger geworden (Wirtschaft und Statistik, 1 Dez. 30).

Ein Aufsatz über „Deutschlands zukünftige Bevölkerungsentwicklung und die Wirtschaft“ (Prof. Dr. v. Tyszka im Deutschen Volkswirt, 15, Dez. 30) beschäftigt sich insbesondere mit den Auswirkungen der Ueberalterung der deutschen Bevölkerung auf die Sozialversicherung. Er warnt insbesondere vor jedem weiteren Ausbau der Alters- und Invalidenversicherung, da in den nächsten 15 Jahren bereits mit einem jährlichen Zuwachs von 100 000 Renten zu rechnen sei.

Der bekannte Gießener Jurist Wolfgang Mittelmeyer kommt in einem Aufsatz über Grundgedanken der Gerichtshilfe (Justiz, Okt. 30) zu dem Ergebnis, daß die Gerichtshilfearbeit Sachverständigenarbeit ist. Es sei daher dringend notwendig, die Schaffung ausgebildeter Sozialpädagogen anzustreben.

Der Württembergische Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene hat anläßlich seiner Hundertjahrfeier im Juli 1930 eine Sondernummer der Blätter der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg als Festschrift herausgegeben. Die Blätter enthalten u. a. einen ausführlichen Beitrag über die Geschichte des genannten Vereins, zwei Beiträge über den heutigen Stand des Strafvollzuges und der Fürsorge für entlassene Strafgefangene in Württemberg.

Anläßlich der Ostreise des Reichskanzlers Dr. Brüning schreibt der Gemeinderabbiner Königsbergs, Dr. Lewin, über die ostpreußische Judennot (C-V-Zeitung 16. Jan. 31). Er weist erneut darauf hin, daß die jüdische Bevölkerung Ostpreußens im Abnehmen begriffen ist. Infolge des vollkommenen Niederganges des Holz-, Getreide- und Viehhandels sind die Juden Ostpreußens von der Wirtschaftskrise besonders schwer betroffen worden.

Dr. Sikorski stellt einen großen Zudrang zum Hochschulstudium fest. Dieser könne nur durch eine Senkung der Abiturientenzahl gehemmt werden. Die Hauptforderung sei jedoch, daß es ermöglicht wird, möglichst viele Abiturienten in praktische Berufe aufzunehmen (Studentenwerk, Dez. 30).

Einen Ueberblick über die „ausländische Arbeit in Frankreich“ gibt ein Artikel von Dr. A. Kaskeline im deutschen Volkswirt (17. Okt. 30). Ein Arbeitstransfer zwischen Deutschland und Frankreich sei deshalb erschwert, weil das Lohnniveau in Frankreich niedriger sei, auch die Stellung des Arbeiters sei schlechter.

Die Zahl der in den württembergischen Wanderarbeitsstätten verpflegten Wanderer war im Rechnungsjahr 1929/30 gegenüber dem Vorjahre von 160 179 auf 192 626, also um 20% erhöht. Von diesen waren 1438 Auswanderer und Staatenlose. (Gewerkschaftszeitung, 13. Dez. 30.)

Von sozialdemokratischer Seite wurde ein Gesetzentwurf einge-

bracht, der eine Neuregelung der Arbeitslosenfürsorge vorschlägt in der Art, daß die Unterstützung und die sonstige Betreuung der Arbeitslosen in einer Hand, nämlich der des Arbeitsamtes liegen sollen, daß also auch die Arbeitslosen ohne Anspruch an die Versicherung von den Arbeitsämtern unterstützt und vermittelt werden, wobei jedoch die Bezirksfürsorgeverbände die Hilfsbedürftigkeit prüfen und Reich, Länder und Gemeinden für diese Personenkreise die zur Unterstützung notwendigen Mittel aufbringen sollen (Gewerkschaftszeitung, 3. Jan. 31).

Versicherungspflicht für Provisionsreisende ist, einem Artikel von Dr. O. Neuburger folgend (Der öffentliche Arbeitsnachweis, Abt. Arbeitslosenversicherung, Dez. 30), nur gegeben bei wirtschaftlicher und persönlicher Abhängigkeit von der auftraggebenden Firma, bei Arbeit für nur eine Firma, der gegenüber Abrechnung und Berichterstattung Pflicht ist.

Das Reichsarbeitsblatt vom 25. Jan. 31 enthält den Entwurf eines Gesetzes über die Entschädigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittler, sowie einen erläuternden Artikel hierzu von Regierungsrat Behmke. Eine Entschädigung der nach dem 2. 6. 1910 eröffneten Betriebe ist nicht vorgesehen.

Büchereingang vom 20. Dezember 1930 bis 10. Februar 1931

(Besprechungen vorbehalten)

Alkoholismus — Gesundheitspolitik — Gesundheitswirtschaft. Verlag „Auf der Wacht", Dahlem 1930

Arbeiterwohlfahrt, Das kleine Lehrbuch. Band 5—8. Selbstverlag, 1930

Aus Geschichte und Leben der Juden in Leipzig. Leipzig 1930

Bamberger, Dr. Fritz, Die Lehren des Judentums. 3 Bände. Gustav Engel, Leipzig

Bärwald, Fritz, Mein Aufstieg. Kurzschriftverlag H. Düwel, Braunschweig 1930

Bäumer, Dr. Gertrud, Schulaufbau, Berufsauslese, Berechtigungswesen. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1930

Bernhardt, Dr. Rudolf, Erbliche Belastung bei Vermögensverbrechern. Ernst Wiegandt, Leipzig 1930

Bretschneider, Richard, Die Bekämpfung des Alkoholismus im Freistaat Sachsen. Sächsische Landeshauptstelle gegen den Alkoholismus

Bumke, O., Kolb, G., Roemer, H., Handwörterbuch der psych. Hygiene. Walter de Gruyter, Berlin, Leipzig 1931

Bücherei der öffentlichen Arbeitsfürsorge. Kohlhammer, Stuttgart 1931

Bühler, Charlotte, Kindheit und Jugend. S. Hirzel, Leipzig 1930

Danziger, Dr. L., Hetzer, Dr. H., Löw-Beer, H., Pflegemutter und Pflegekind. S. Hirzel, Leipzig 1930

Deutsches Rotes Kreuz, Die Anstalten und Einrichtungen des Deutschen Roten Kreuzes. Selbstverlag, Berlin 1930

Die deutsche Berufsschule. Julius Beltz, Langensalza

Die Jugendherberge. Reichsverband für deutsche Jugendherbergen, 1930

Documents and Essays on Jewish Labour Policy in Palestine. The Executive Committee of The General Federation of Jewish Labour in Palestine, 1930

Ehrenthal, Günter, Die deutschen Jugendbünde. Zentralverlag, Berlin 1929

Feller, Antisemitismus. Verlag des Archivs für angewandte Psychologie, Berlin 1931

Freud, Anna, Einführung in die Psychoanalyse für Pädagogen. Hippokrates-Verlag, Stuttgart und Leipzig 1930

Gast, Dr. Peter, Die Mörder. Ernst Wiegandt, Leipzig 1930

Gebhardt — Martineck — Gottstein, Handbücherei für Staatsmedizin. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1928

Gesundheitsfürsorge in der Invalidenversicherung 1929. Reichsversicherungsamt, 1930

Goldmann, Felix, Der Jude im deutschen Kulturkreise. Philo-Verlag, Berlin 1930

Gräff, Werner, Zweckmäßiges Wohnen für jedes Einkommen. Müller & Kiepenheuer, Potsdam 1931

Halle, Prof. Felix, Paragraph 218. Abtreibung und Geburtenregelung. Mopr-Verlag, Berlin 1930

Hauptverband deutscher Krankenkassen, Bericht über den 34. deutschen Krankenkassentag. Selbstverlag

Heimann, Ed., Kapitalismus und Sozialismus. Alfred Protte, Potsdam 1931

Hias-Jca-Emigdirect, 3 Jahre jüdische Emigration. Paris 1930

Hirschfeld, Magnus, und Bohm, Ewald, Sexualerziehung. Universitas, Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft, 1930

Hodann, Max, Sowjet Union, gestern — heute — morgen. Universitas, Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft, 1931

Höllein, E., Gebärzwang und kein Ende. Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1930

Höxter, Quellenbuch zur jüd. Geschichte und Literatur. I. Teil, Altertum und frühes Mittelalter. Kauffmann, Frankfurt a. M. 1930

Jewish Jear Book 1931. Office of the „Jewish Chroniele", London 1931

Koeppel, Robert, Palästina. I. C. B. Mohr, Tübingen 1930

Kühne-Rawicz, Die Krisenfürsorge des Reichs und der Gemeinden. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1931

Lamm, Hermann, Auswanderungsmöglichkeiten in Argentinien. E. Piersons Verlag, Dresden 1930

Landesjugendamt Berlin, 5 Jahre Landesjugendamt Berlin. Albert Callam Druck- u. Verlagsanstalt, Berlin

Lestschinsky, Jakob, Die Anfänge der Emigration und Kolonisation bei den Juden im 19. Jahrhundert. Emigdirect, Berlin 1929

Lestschinsky, Jakob, Zwischen Leben und Tod. Klezkin, Wilna 1930

Literatur-Nachweis für die Reichs- und Preuß. Gesetzgebung. Berlin 1930

Marcks, Dr. Georg, Die Beschulung blinder, taubstummer und schwachsinniger Kinder. Weidmannsche Buchhandlung, 1930

Mein Arbeitstag, mein Wochenende! Textil-Praxis, Verlagsgesellschaft, Berlin 1930

Meister, M., 50 Jahre Gewerkschaften

Metzdorf, Dr. jur. Theodor, Der gemeingefährliche Geisteskranke. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1930

Münz, J., Jüdisches Leben im Mittelalter. M. W. Kaufmann, Leipzig 1930

Nathansen, Henri, Jude oder Europäer. Rütten & Loening, Frankfurt a. M. 1931

Ohland, Dr. A., Verzeichnis der deutschen Heime für Fürsorgezöglinge. Afet, 1930

Oppenheimer, Franz, Rassenprobleme. Philo-Verlag, Berlin 1930

Ottlick, Georges, Annuaire de la Société des Nations. Selbstverlag, 1930

Popp, Adelheid, Der Weg zur Höhe. SPD. Oesterreichs, Wien 1930

Prinz, Dr. Joachim, Jüdische Geschichte. Verlag für Kulturpolitik, 1930

Rosenheim, Jacob, Aufsätze und Ansprachen. J. Kauffmann, Frankfurt a. M. 1930

Ruggiero, Geschichte des Liberalismus in Europa. Drei Masken-Verlag, München 1930

Russel, Bertrand, Ehe und Moral. Drei Masken-Verlag, München 1930

Sabatzky, Kurt, Der Jude in der dramatischen Gestaltung. Königsberger Hartungsche Zeitung und Verlagsdruckerei, 1930

Société des Nations, Annuaire 1930. Selbstverlag, Genf

Spohr, Karl, Der Auswanderer in Amerika. Bonifacius-Druckerei, Paderborn 1930

Sudau, Arthur, Gesetzgebungsarchiv, 7. erweiterte Ausgabe, 1. und 2. Teil. Selbstverlag, 1930

Schneider, J., Kirchliches Jahrbuch 1930. L. Bertelsmann, Gütersloh 1931

Schneider, Dr. Kurt, Studien über Persönlichkeit und Schicksal eingeschriebener Prostituierter. Julius Springer, Berlin 1926

Schoppen, H., Die Beschäftigung Schwerbeschädigter. Gesetz und Kommentar. Otto Elsner, Berlin 1930

Städtisches Wohlfahrtsamt Nürnberg, Handbuch des Bezirksfürsorgeverbandes. Selbstverlag, Nürnberg 1930

Statistisches Amt der Stadt Berlin, Verwaltungsbericht der Stadt Berlin 1924—1927. Berlin 1929

Stern, Prof. Dr. E., Jahrbuch der Erziehungswissenschaft und Jugendkunde, IV. Band. Union Deutsche Verlagsgesellschaft, 1928

Strohmayer, Dr. Wilhelm, Die Psychopathologie des Kindesalters. J. F. Bergmann, 1923

Teleky, Agnes, Einkommen und Miete. Hermann Beyer u. Söhne, Langensalza 1930

The Jewish Association for the Protection of Girls and Women, Report f. the Jear 1929. Selbstverlag, 1931

Tönnies, Ferdinand, Uneheliche und verwaiste Verbrecher. Ernst Wiegandt, Leipzig 1930

Umhauer, Dr. Erwin, Die Fürsorgeerziehung in der badischen Praxis. Badenia Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe 1930

Vorstand des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Handbuch der öffentlichen Wirtschaft. Verlagsanstalt „Courier", Berlin 1930

Warum werden so wenige Sträflinge im Zuchthause gebessert? Carl Heymanns Verlag, Berlin 1925

Weber-Heimann, Grundlagen und Grenzen der Sozialpolitik. Duncker & Humblot, München 1930

Webler, Dr. Heinrich, Jahrbuch des Jugendrechts für die Jahre 1928 und 1929. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1930

Weiß, Dr. Herbert, Die Hehler. Ernst Wiegandt, Leipzig 1930

Wisnewski, Franz, Das Arbeitsrecht in der Praxis. Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin 1930

Wolffheim, Nelly, Kinderspiel und Kinderarbeit. K. Thienemanns Verlag, Stuttgart

Nachtrag

Einrichtungen der jüdischen Heil- und Erholungsfürsorge

Infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage und der Verschärfung der Sparmaßnahmen auf verschiedenen Gebieten der Wohlfahrtspflege leiden in fühlbarer Weise unsere Anstalten und unter diesen besonders die Einrichtungen der Erholungsfürsorge. Durch Neueinrichtungen ist bis vor wenigen Jahren die Zahl der Plätze in unseren Erholungsheimen wesentlich verstärkt worden und übersteigt jetzt, da die Verschickungen eingeschränkt werden, weitaus die Nachfrage. Die unablässigen Bemühungen gehen daher dahin, durch wohlüberlegte planwirtschaftliche Maßnahmen — zu denen in erster Reihe eine rationelle Belegungs- und Pflegegeld-Politik gehört —, die Existenz der Heime zu sichern.

Um eine weitere Oeffentlichkeit immer wieder auf die bestehenden jüdischen Erholungsheime hinzuweisen, haben wir beschlossen, während der nächsten Sommermonate regelmäßig in jeder Nummer unserer Zeitschrift die offenen Plätze in den Heimen und das hauptsächlich Wissenswerte über die Aufnahmebedingungen zu veröffentlichen. Nachstehend bringen wir eine Gesamtaufstellung aller jüdischen Einrichtungen der Erholungsfürsorge mit näheren Angaben über besondere Heilfaktoren, Kreis der Pfleglinge, Kurperioden und Pflegesätze. F.W.

Baden-Baden (Schwarzwald), Werder Straße 24. Isr. Erholungsheim für Frauen und Mädchen, Thermalbäder, 29 Pl., 15. April bis 15. September geöffnet, Verpfl.-Satz für 4 Wochen 105—120 RM.

*Blankenese b. Hamburg, G.-St.: Hamburg, Parkallee 5, Philipp, Ferienheim Wilhelminenhöhe, Erholungs- und Landjugendheim, ca. 100 Pl., ganzjährig, 3,50 RM. täglich

*Bug b. Eschenau, G.-St.: Nürnberg, Sulzbacher Str. 23. Isr. Erholungsheim „Nürnberg", 40 Pl. für Schulkinder, geöffnet Mai bis September, 2—3 RM. täglich

Cranz (Ostseebad), G.-St.: Königsberg i. P., Frau Ginsburg, Gluckstr. 4. Erholungsheim für berufstätige Frauen und Mädchen, 10 Pl., Juni bis September geöffnet, Verpfl.-Satz 4 RM. täglich

*Dölau, Saale, G.-St.: Halle, Forsterstr. 13, H. Löwendahl, Ferienheim der Germanialoge, Solbäder, 40 Pl., für Knaben und Mädchen, 5—14 Jahre, geöffnet große Ferien

*Dresden-Oberrochwitz, G.-St.: Dresden, Fraternitasloge, Moritzstr. 1 b. Ferienheim der Fraternitasloge, 75 Pl., für Knaben und Mädchen. Geöffnet große Ferien, in den übrigen Sommermonaten für erwachsene Logenangehörige

*Dürrenberg/Keuschberg, G.-St.: Leipzig, Nordstr. 15. Isr. Solbadkolonie, 33 Pl., für Knaben und Mädchen von 7—14 Jahren, Juni bis September, 2,50 RM. täglich

*Dürrheim (Schwarzwald), Friedrich Luisenhospiz. Heilstätte, Solbäder, 90 Pl., Knaben 2½—14 Jahre, Mädchen 2½—16 Jahre, geöffnet ganzjährig, 4—4.50 RM. täglich f. Wohlfahrts-Kinder, 6.50 RM. täglich f. Selbstzahler

Elmen (Prov. Sachsen), G.-St.: Berlin C, Rosenstr. 2—4, Erholungszentrale. Jüd. Kindergenesungsheim. Solbäder, ganzjährig, für Knaben und Mädchen, 6-Wochen-Kuren, 3 RM. täglich

Elmen (Prov. Sachsen), G.-St.: Berlin N, Monbijouplatz 10, Verein für Ferienkol. jüd. Kinder. Kindererholungsheim. Solbäder, 30 Pl. für Knaben und Mädchen. Geöffnet April—September, 2,75 RM. täglich

Ems, G.-St.: Frankfurt a. M., Ravensteinstr. 5, J. B. Levy. Erholungs- und Altersheim für jüd. Lehrer und Kantoren, Für Leiden d. Luftwege, Solbäder, Trinkkuren, ganzjährig geöffnet, für Lehrer, Kantoren und deren Frauen, 5 RM. täglich

*Ems, Braubacher Str. 17. Sanatorium, Emser Heilquelle. 12 Pl. für Erwachsene. Mai—September geöffnet, 5 RM. täglich

Flinsberg (Schles.), G.-St.: Breslau, Wallstr. 9. Kinderlandheim der Breslauer Ortsgruppe des J. F. B. Kohlens.- und Fichtennadelbd., 40 Pl. Geöffnet 15. April bis 15. August für Kinder, 15. August bis 15. September für Frauen und Mädchen. Für Kinder bis 16 Jahre 3,50 RM., Erwachsene 4 RM. täglich

Hirschberg i. Riesengeb., G.-St.: Berlin N, Monbijouplatz 10, Verein für Ferienkol. jüd. Kinder. Jüd. Kindererholungsheim. 30 Pl. für Knaben und Mädchen von 7 bis 15 Jahren. Geöffnet Mai—September. 5- bis 6-Wochen-Kuren, 2.75 RM. täglich, Juli—August 3.50 RM. täglich

*Hofheim i. Taunus, Kapellenstr. 12. Raphael und Jeanette Ettlingerheim. Für erholungsbed. Kinder, zeitweise für Erwachsene, Salzbd., 45 Pl. für Knaben und Mädchen von 6—16 J., ganzjährig geöffnet, 3.50 bis 4.25 RM. täglich, für Erwachsene 4.50 RM. täglich

*Kissingen (Bayern), Isr. Kinderheilstätte, Solbad. 82 Pl. für Knaben bis 13 Jahren und Mädchen bis 16 Jahren, geöffnet Mai—September. 4-Wochen-Kuren, für Selbstzahler 150 RM., für Wohlf.-Kinder 75 bis 100 RM.

Kissingen (Bayern), G.-St.: Rabbiner Dr. Bamberger, Kissingen. Isr. Kurhospiz. Sol- und Moorbad, Rakoczy-Kur, 39 Pl. für Männer und Frauen von 18 Jahren an. Für 4 Wochen 145 RM., außerdem für ermäßigte Kurtaxe und Bäder ca. 45—50 RM.

*Kolberg (Ostseebad), Jüd. Kurhospital, See- und Solbad. 150 Pl. für Kinder und Erwachsene, je 4-Wochen-Kur, für Kinder (3—13 J.), Mai und September 85 RM., Juni—August 100 RM., für Erwachsene, Mai und September 100 RM., Juni—August 125 RM. (1931 6-Wochen-Kuren)

*Kreuznach, G.-St.: Köln, Roonstr. 50, II. Jüd. Kinderheilstätte. Solbad, 104 Pl. für Kinder, 14 für Frauen, geöffnet ganzjährig, 4-Wochen-Kuren. Für Kinder 3.50—4.50 RM. täglich, für Erwachsene 5.50 RM. Nebenkosten gesondert

*Krumbach (Schwarzwald), G.-St.: München, Herzog-Max-Str. 5. Isr. Verein für Ferienkolonien. 50 Pl. für Kinder, Juli und August

Lehnitz bei Oranienburg, G.-St.: Berlin C, Rosenstr. 2—4, Wohlfahrts- und Jugendfürsorgeamt der jüd. Gemeinde, Jüd. Genesungsheim. 60 Pl. für Frauen und Mädchen, geöffnet ab Anfang Mai, 3 RM. täglich

Miersdorf bei Zeuthen, G.-St.: Berlin C 2, Rosenstr. 2—4, Wohlfahrts- und Jugendfürsorgeamt der jüd. Gemeinde. Jüd. Kindererholungsheim. 25 bis 30 Pl. für Knaben und Mädchen von 4 bis 18 Jahren, mind. 6-Wochen-Kuren, 3 RM. täglich, wird im Einzelfall gestaffelt

Misdroy (Ostseebad), G.-St.: Berlin N, Monbijouplatz 10, Verein für Ferienkolonien jüd. Kinder, Jüd. Kindererholungsheim. 40 Pl. für Knaben und Mädchen, geöffnet Mitte Mai bis Mitte September, 2.75 RM. täglich, gr. Ferien 3.50 RM.

Mühringen (Württ.), G.-St.: Stuttgart, Hospitalstr. 36, Adelsheimer Schwarzwaldheim der Stuttgart-Loge U. O. B. B. Sol- und Stahlbad, 45 Pl. für Kinder, geöffnet Juni—September, 4—5 RM. täglich

*Nauheim, G.-St.: Frankfurt a. M., Theobaldstr. 5. Isr. Kinderheilstätte. Kuren für Herzkranke, 80 Pl., geöffnet Mai—Okt. 95 RM. für 4 Wochen

Nauheim, G.-St.: Frankfurt a. M., Bockenheimer Landstr. 25, Herr Ettlinger, Isr. Frauenheim. Kuren für Herzkranke, 50 Pl., geöffnet 27. April bis 28. September, 4-Wochen-Kur 200 bis 230 RM., inkl. Kurmittel

*Nauheim, G.-Gt.: Frankfurt a. M., Eschersheimer Landstr. 107, Liebmann Bär, Isr. Männerheim. Kuren für Herzkranke, 26 Pl., geöffnet Mai—Okt. 210 RM. für 4 Wochen

*Neuhäuser, Ostseebad, G.-St.: Königsberg i. Pr., Holsteiner Damm 1—7. Jüd. Ferienheim. 93 Pl., geöffnet Juni—August, 4 RM. täglich

Norderney, Nordseebad, G.-St.: Hannover, Körnerstr. 5. Kindererholungsheim der Zionloge U. O. B. B. Warme und kalte Nordseebäder. 100 Pl. für

Knaben und Mädchen, 4—14 Jahre, geöffnet Mai—September, Juli bis August 6,50 RM. täglich, Mai, Juni, September für Entsendestellen 3,50 RM. täglich

Oberstedten (Taunus), G.-St.: Frankfurt a. M., Kaiserstr. 55. Eduard und Adelheid Kann-Stiftung, 34 Pl. für Frauen, Männer und Jugendliche, geöffnet 4. Mai bis Mitte September, 4,50—4,80 RM. täglich

Saarow (Kr. Storkow), Bismarckallee 11. Grunewald-Kinderheim, 13 Pl. für Kinder 5—12 Jahre, geöffnet Juli—August, 3 RM. täglich

Sassendorf, G.-St.: Hamm i. Westf., R.-A. Michaelis. Jüd. Kinderheim, Solbad, 90 Pl. für Kinder 4—14 Jahre, geöffnet Mai bis Oktober, 120 bis 150 RM. für 4-Wochen-Kur

***Schönenberg (Bröltal/Rhld.),** Bröltalhaus. Erholungsheim des Schwesternbundes der Rheinland- und Moriahloge, 20 Pl. für Frauen und Mädchen, zeitweilig schulentlassene Knaben, 3,50—4 RM.

Seesen a. Harz, G.-St.: Reichsausschuß der jüd. Jugendverbände, Charlottenburg 2, Kantstr. 158. Jacobsonheim, 50 Pl. für Jugendliche männl. und weibl., 15—25 Jahre, vorw. aus der Jugendbewegung, geöffnet Mai bis September, 2,75 RM. täglich.

Segeberg i. Holst., G.-St.: Hamburg, Innocentiastr. 21, Isr. hum. Frauenverein. Erholungsheim des Isr. hum. Frauenvereins Hamburg. Solbad, 100 Pl., Mitte Mai bis Mitte Juni, Frauen und Kleinkinder, Juni, Juli, August Schulkinder, September Frauen und Kleinkinder, Erwachsene 4 RM., Jugendliche 3 RM., Kinder 2,50 RM. täglich

Sulzbürg, G.-St.: Nürnberg, Bauerngasse 36. Landheim der Esra-Gruppe Nürnberg, 30 Pl. für Esra-Gruppe Pfingsten und Weihnachtsferien, für nichtbundesangeh. Jugendliche 10—18 Jahre, 15. Juli bis 30. August, 3 RM. täglich

Warmbrunn (Schles.). Jüd. Kurhospital für Rheumatiker, 19 Pl., Männer und Frauen, geöffnet Mai bis September, 4,50 RM. täglich

Werden a. Ruhr, G.-St.: Düsseldorf, Goethestr. 12, Frau Fleck. „Rosenau", Daniel Fleck-Stiftung, 35 Pl. für Mütter mit Kindern, geöffnet 15. Mai bis 15. Oktober, für Frauen 4,50—5 RM., für Jugendliche 3—4 RM., für Kinder 3 RM.

Wyk a. F., G.-St.: Berlin N, Monbijouplatz 10. Heim des Jüd. Frauenbundes, Heilstätte, Nordseebäder, 60 Pl., Knaben 3—14 Jahre, Mädchen 3—18 Jahre, geöffnet ganzjährig, für Wohlfahrtskinder 4 RM., für Selbstzahler 4,50 RM. täglich, 8 Wochen-Kuren

Ziegenhals (Schles.), G.-St.: Beuthen O./S., Ring 14, Herrn Philipp Kopfstein-Erholungsheim, 20 Pl. für Erwachsene und Kinder, 8—14 Jahre, geöffnet ganzjährig, Mai bis August nur Kinder, Schulkinder 4 RM., Jugendliche 5 RM., Erwachsene 6 RM.

Von den mit * versehenen Heimen sind die neuesten Angaben bis Redaktionsschluß nicht eingegangen. Infolgedessen werden die Angaben des vorigen Jahres zum Abdruck gebracht.

Verantwortlich: Dr. Ilse Goldschmidt, Berlin. — Verlag: Zentralwohlfahrtsstelle d. deutschen Juden, Berlin-Charlottenburg 2, Kantstr. 158. — Manuskripte, Zuschriften: „Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik", Berlin-Charlottenburg 2, Kantstr. 158. — Abonnementsbestellungen: „Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik", Berlin-Charlottenburg 2, Kantstr. 158. Fernsprecher: Bismarck 1064—65. Postscheckkonto: Berlin 140617, Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. — Der Bezugspreis für die monatlich erscheinende Zeitschrift beträgt RM 12,— jährlich, für die der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise angeschlossenen Gemeinden, Organisationen, Vereine, Anstalten usw. und persönlichen Mitarbeiter RM 8,— jährlich. Der Preis des Einzelheftes beträgt RM 1,—. — Druck: Aldus Druck G. m. b. H., Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 134. — Für namentlich gezeichnete Artikel trägt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung. — Nachdruck aus dem zweispaltigen Teil ist mit Quellenangabe gestattet und erwünscht.

Wanderung 160
Polnische Auswanderung nach Belgien — Erschwerung der Einreise nach Argentinien — Warnung an Emigranten vor Auswanderung nach Argentinien über Uruguay — Einwanderungsbeschränkungen in Brasilien — Einschränkung der Einwanderung nach Australien

Arbeitsmarkt 161
Winterhilfe für Arbeitslose — Arbeitslosenunterstützung für Ausländer — Probleme des sozialen Aufstiegs

Ausbildung 163
Soziale Ausbildung der Rabbiner — Beschränkung der Schülerinnenzahl bei den Wohlfahrtsschulen

Lehrgänge 164
Lehrgang über Jugendfürsorge in Frankfurt a. M. — Kursus für Psychologie, Jugendkunde und Heilpädagogik — Lehrgänge über soziale Fürsorgearbeit an der Universität Münster

Bücherschau 164

Zeitschriftenschau 170

Büchereingang 172

Nachtrag: 173
Einrichtungen der jüdischen Heil- und Erholungsfürsorge

INTENTIONAL SECOND EXPOSURE DUE TO MULTI-SHADED ORIGINAL

Knaben und Mädchen, 4—14 Jahre, geöffnet Mai—September, Juli bis August 6,50 RM. täglich, Mai, Juni, September für Entsendestellen 3,50 RM. täglich

Oberstedten (Taunus), G.-St.: Frankfurt a. M., Kaiserstr. 55. Eduard und Adelheid Kann-Stiftung, 34 Pl. für Frauen, Männer und Jugendliche, geöffnet 4. Mai bis Mitte September, 4,50—4,80 RM. täglich

Saarow (Kr. Storkow), Bismarckallee 11. Grunewald-Kinderheim, 13 Pl. für Kinder 5—12 Jahre, geöffnet Juli—August, 3 RM. täglich

Sassendorf, G.-St.: Hamm i. Westf., R.-A. Michaelis. Jüd. Kinderheim, Solbad, 90 Pl. für Kinder 4—14 Jahre, geöffnet Mai bis Oktober, 120 bis 150 RM. für 4-Wochen-Kur

***Schönenberg (Bröltal/Rhld.),** Bröltalhaus. Erholungsheim des Schwesternbundes der Rheinland- und Moriahloge, 20 Pl. für Frauen und Mädchen, zeitweilig schulentlassene Knaben, 3,50—4 RM.

Seesen a. Harz, G.-St.: Reichsausschuß der jüd. Jugendverbände, Charlottenburg 2, Kantstr. 158. Jacobsonheim, 50 Pl. für Jugendliche männl. und weibl., 15—25 Jahre, vorw. aus der Jugendbewegung, geöffnet Mai bis September, 2,75 RM. täglich.

Segeberg i. Holst., G.-St.: Hamburg, Innocentiastr. 21, Isr. hum. Frauenverein. Erholungsheim des Isr. hum. Frauenvereins Hamburg. Solbad, 100 Pl., Mitte Mai bis Mitte Juni, Frauen und Kleinkinder, Juni, Juli, August Schulkinder, September Frauen und Kleinkinder, Erwachsene 4 RM., Jugendliche 3 RM., Kinder 2,50 RM. täglich

Sulzbürg, G.-St.: Nürnberg, Bauerngasse 36. Landheim der Esra-Gruppe Nürnberg, 30 Pl. für Esra-Gruppe Pfingsten und Weihnachtsferien, für nichtbundesangeh. Jugendliche 10—18 Jahre, 15. Juli bis 30. August, 3 RM. täglich

Warmbrunn (Schles.). Jüd. Kurhospital für Rheumatiker, 19 Pl., Männer und Frauen, geöffnet Mai bis September, 4,50 RM. täglich

Werden a. Ruhr, G.-St.: Düsseldorf, Goethestr. 12, Frau Fleck. „Rosenau", Daniel Fleck-Stiftung, 35 Pl. für Mütter mit Kindern, geöffnet 15. Mai bis 15. Oktober, für Frauen 4,50—5 RM., für Jugendliche 3—4 RM., für Kinder 3 RM.

Wyk a. F., G.-St.: Berlin N, Monbijouplatz 10. Heim des Jüd. Frauenbundes, Heilstätte, Nordseebäder, 60 Pl., Knaben 3—14 Jahre, Mädchen 3—18 Jahre, geöffnet ganzjährig, für Wohlfahrtskinder 4 RM., für Selbstzahler 4,50 RM. täglich, 3 Wochen-Kuren

Ziegenhals (Schles.), G.-St.: Beuthen O./S., Ring 14, Herrn Philipp Kopfstein-Erholungsheim, 20 Pl. für Erwachsene und Kinder, 3—14 Jahre, geöffnet ganzjährig, Mai bis August nur Kinder, Schulkinder 4 RM., Jugendliche 5 RM., Erwachsene 6 RM.

Von den mit * versehenen Heimen sind die neuesten Angaben bis Redaktionsschluß nicht eingegangen. Infolgedessen werden die Angaben des vorigen Jahres zum Abdruck gebracht.

Verantwortlich: Dr. Ilse Goldschmidt, Berlin. — Verlag: Zentralwohlfahrtsstelle d. deutschen Juden, Berlin-Charlottenburg 2, Kantstr. 158. — Manuskripte, Zuschriften: „Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik", Berlin-Charlottenburg 2, Kantstr. 158. — Abonnementsbestellungen: „Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik", Berlin-Charlottenburg 2, Kantstr. 158. Fernsprecher: Bismarck 1064—65. Postscheckkonto: Berlin 140617, Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. — Der Bezugspreis für die monatlich erscheinende Zeitschrift beträgt RM 12,— jährlich, für die der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise angeschlossenen Gemeinden, Organisationen, Vereine, Anstalten usw. und persönlichen Mitarbeiter RM 8,— jährlich. Der Preis des Einzelheftes beträgt RM 1,—. — Druck: Aldus Druck G. m. b. H., Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 134. — Für namentlich gezeichnete Artikel trägt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung. — Nachdruck aus dem zweispaltigen Teil ist mit Quellenangabe gestattet und erwünscht.

Wanderung 160
Polnische Auswanderung nach Belgien — Erschwerung der Einreise nach Argentinien — Warnung an Emigranten vor Auswanderung nach Argentinien über Uruguay — Einwanderungsbeschränkungen in Brasilien — Einschränkung der Einwanderung nach Australien

Arbeitsmarkt 161
Winterhilfe für Arbeitslose — Arbeitslosenunterstützung für Ausländer — Probleme des sozialen Aufstiegs

Ausbildung 163
Soziale Ausbildung der Rabbiner — Beschränkung der Schülerinnenzahl bei den Wohlfahrtsschulen

Lehrgänge 164
Lehrgang über Jugendfürsorge in Frankfurt a. M. — Kursus für Psychologie, Jugendkunde und Heilpädagogik — Lehrgänge über soziale Fürsorgearbeit an der Universität Münster

Bücherschau 164

Zeitschriftenschau 170

Büchereingang 172

Nachtrag: 173
Einrichtungen der jüdischen Heil- und Erholungsfürsorge

Vortrag im Schulungskursus für Wohlfahrtspflege
am Montag, den 22.Oktober 1934
von
S.Adler-Rudel

++

. . . . . .

Es gehörte zu den Selbstverständlichkeiten des Lebens, dass der fremde Wanderarme, der mittellos war, seinen ersten Besuch in einer Stadt

der Synagoge abstattete. Dort wartete er, bis einer der jüdischen Bürger ihn einladen würde, bei ihm zu essen; er nächtigte jedoch immer in der Synagoge. Somit wurde er ein Bestandteil des religiösen Lebens der kleinen Stadt. Da es ein besonders wohlgefälliges Werk war, einen solchen fremden armen Mann bei sich aufzunehmen und ihn zu betreuen, so kam es vor, dass die wohlhabenden jüdischen Bürger sich geradezu darum rissen, einen solchen Mann aufzunehmen. Wenn es einer oder gar 2 waren, die besonders gut aussahen und man vermuten konnte, dass sie nicht nur eine Mahlzeit einnehmen werden, sondern auch in der Lage seien, gut zu erzählen und Weisheit von sich zu geben, so war es eine besonders gern getane Art, dass der jüdischer Bürger bemüht war, solchen Mann zu sich zu nehmen. Auch in Deutschland haben solche Wanderarmen eine besondere Rolle gespielt und wer von Ihnen aus einer kleinen Gemeinde kommt, der wird wissen, wie oft der Vater solch einen Gast mit nach Hause brachte. Ich glaube, wenn man nicht allzu weit zurückgeht, kann man zu der Feststellung kommen, dass der Wanderarme eine Ausgabe des "fahrenden Gesellen" war. Er kam ins Haus und brachte vom Reiz der Ferne und der Schönheit der Welt ein Zipfelchen mit. Er war auch Verbindungsmann zwischen den einzelnen Gemeinden und wenn er wiederkehrte, so tauschte man Erinnerungen aus und hörte, was sich in den anderen Gemeinden zutrug. Es gab viele fröhliche und heitere Menschen unter den Wandernden, sie brachten immerhin etwas Neues in die Eintönigkeit des Lebens der Kleinstadt. Sie waren eine Sensation, die sich immer wieder erneuerte;

irgendwie waren sie zum Teil des Lebens geworden, aber man war auch froh, wenn sie nicht allzu lange blieben. Besonders im O s t e n ist die Zahl der Fremden eine ausserordentlich grosse gewesen und man versuchte nicht einmal, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. In Deutschland jedoch ergab sich die merkwürdige Situation, dass der Hausbettler zu den Erscheinungen jüdischer Fürsorge überhaupt wurde. Der grösste Teil der deutschen Juden lebte in gesicherten Verhältnissen, sodass die Notwendigkeit besonderer fürsorgerischer Massnahmen nicht in dem Umfange gegeben war, wie man sie im Osten notwenmfig hatte Aber so gern auch der im Gegensatz zu dem Fremden lebende jüdische deutsche Bürger bereit war, einen solchen Gast bei sich aufzunehmen und ihm Nahrung und Unterkunft zu geben, so sehr empfand aber das immer reicher werdende Bürgertum diese fremdartig anmutende Erscheinung als eine Belästigung. Es passte z.B. nicht recht, dass ein solcher Mann in ein Kleidergeschäft kam und in einer besonderen Art von Demut und Vertraulichkeit seine Gabe verlangte, das störte das Geschäft, noch dazu, wenn gerade Kunden da waren oder gegenüber den Angestellten etc. Ja, je wohlhabender und besser situiert der Bürger in der kleinen Gemeinde wurde, d sto schlimmer empfand er diese Last als Behelligung und wollte diese Erscheinung ganz los werden. In gewissen kleinen Gemeinden kam es vor, dass diese Bettler zu einer wahren Landplage wurden und es mag sein, dass manche kleinen Gemeinde darunter litten, denn man war nie sicher, wann er erschien, wann er ging usw. und so wurde plötzlich aus dem Komplex einer wohlgefälligen Aufnahme des Fremden das Problem der Bekämpfung der Hausbettelei und des Wanderbettelns, ein Problem, das schon vor 70 Jahren und länger seine Bedeutung hatte. So kam es, dass diese Betreuung zu einem Problem jüdischer Wohltätigkeitspflege in Deutschland xxx überhaupt wurde.

Man muss sagen, dass es den Vätern und Grossvätern unserer Generation sehr gut gegangen sein muss, denn man hatte keine anderen Sorgen als die, wie wird man mit solchen Leuten fertig, die als Bettler ins Haus kamen; für sie bestand einzig und allein die Frage, und war die Frage ihres Lebens, wie wird man mit diesem Problem fertig. Es kam sozusagen aus der Luft. Was konnte man nun dazu tun, um aus diesen Wandernden einen A r b e i t e r zu machen, der von seiner Hände Arbeit lebt, um seinen Erwerb und Lebensunterhalt daraus zu haben.
In diesem Zusammenhang ist es doch wichtig zu fragen, wer war das nun eigentlich? Was waren das für Menschen, die diese Gastfreundschaft der bürgerlichen Juden in den Gemeinden in Anspruch nahmen und wie kommt es, dass gerade in Deutschland dieses Problem eine so ungeheure Bedeutung erlangte? Man darf nicht vergessen, dass es wahrscheinlich keine jüdische Siedlung in der Welt gibt, die ein so ausgeklügeltes/ausgeprobtes Wohlfahrtswesen hat wie die jüdischen Gemeinden in Deutschland. Nicht nur in seiner heutigen Form, auch früher und wie kommt es, dass gerade die deutschen Juden einen so ausgeprägten Sinn für die Wohlfahrtspflege haben? Es ist nicht schwer, hierauf eine Antwort zu finden. Heute ist es leichter darüber zu sprechen. Der Drang des Judentums zur Assimilation war besonders stark. In dem jüdischen Leben war vieles nicht gut und schön. Aus der zufälligen Situation heraus, dass die Dinge der sozialen Arbeit in Deutschland besonders guten Klang hatten und man bemüht war, nicht nur in primitiver Form zu helfen, sondern für systematischen Aufbau jeder sozialen Arbeit tätig zu sein, erwartete man auch vom deutschen Juden, dass er es genau so machen würde. Es mag sein, dass man aus einer sehr gut bürgerlichen Wohlhabenheit heraus, alles das, was man nicht sah, verbesserte, jüdisch gestaltete und formte; (scheint Quatsch zu sein, Anm.Dallm.) aus dieser engen Berührung zwischen Juden und Nichtjuden erwuchs ein viel stärkeres Interesse für jüdische

Wohlfahrtspflege.

Deutschland spielte eine besondere Rolle in der Geschichte der Juden, namentlich aber in der Geschichte ihrer Wanderung und ein gut Teil jüdischer Geschichte ist die von Wanderungen. Es grenzte ja an die Länder, die die stärkste Wanderung hatten, nämlich an den Osten. Dort lebten zusammen 6 Millionen Menschen in Enge und Armut, zusammengepfercht eingeklemmt unter ausserordentlich schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen, in Galizien, ohne Raum, ohne Lebensmöglichkeit, bedrückt von bolschewistischer Ausnahmegesetzgebung, schikaniert von böswilliger Verwaltungsmaschinerie, arm, und doch mit der Sehnsucht aus der Enge herauszukommen, auch mit der Sehnsucht nach Geist und Kultur. Anderer Geist als jener, den man als jüdisch pflegte, aber mit dem Bedürfnis, Anschluss zu finden,/ in der Zivilisation und mit dem Bedürfnis, aus der Bodenlosigkeit herauszukommen, arbeiten zu dürfen, reich zu werden, sich emporzuarbeiten und bei jeder Erschütterung, die die Juden erleiden mussten, drängte es sie, herauszukommen, über die Grenze; so verliessen sie ihre Heimat und es ist natürlich, dass sie zuerst nach Deutschland kamen, denn Deutschland ist seiner ganzen Lage nach die Brücke zwischen Ost und West. Jede Erschütterung im europäischen Osten, jede Ausnahmebestimmung brachte zahlose Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Sie wollten vielleicht garnicht nach Deutschland, die wollten sicherlich nach Amerika. Man hörte von Freiheit und man musste aus der Enge des kleinen jüdischen Städtchens fortkommen, um in die Freiheit, nach Amerika, zu gehen und man musste dazu Hilfe haben von reichen Juden, um weiterkommen zu können. Diese Aussicht auf Freiheit, nach einem neuen und besseren Leben, wie es die Enge war, veranlasste ein Teil von ihnen zum Wandern und zwangen sie, ihre Heimat zu verlassen. In den letzten

50 Jahren sind aus Europa nach Uebersee 4½ Millionen Juden ausgewandert. Wie viel Zeit rein technisch eine solche ungeheure Masse von Menschen bedarf, um transportiert zu werden, kann man sich kaum vorstellen. Es war ein Flüchten und Davonlaufen und kein geregeltes Auswandern. Deutschland war also zunächst verpflichtet, diesen Strom der Auswanderer aufzunehmen. Denn Deutschland war ja die Brücke zwischen der Bedrängnis und der Freiheit und die erste und stärkste Sehnsucht musste es sein, die Grenze nach Deutschland zu überschreiten.

Nun, wer wanderte damals aus bei den Juden? Nicht die Schwachen und Kranken. Die ersten, die zur Wanderung drängten, die herauswollten, die den Weg ins Freie suchten, waren junge und aktive Menschen, denen es nicht darauf ankam, die grössten Schwierigkeiten zu erdulden. Es waren Menschen die arbeiten wollten und junge und energische Menschen. Denn die Kranken und Schwachen bringen nicht die Energie zur Wanderung auf. Aber überall bei diesen Auswanderern gibt es solche, die nicht mitkommen und jeder Wanderungsstrom führt einen Teil von Menschen mit, die für die Wanderung nicht geeignet sind. Es sind jene/,die am Wege liegen bleiben, gescheiterte Existenzen, gebrochene Menschen, die ihr Ziel nicht erreichen, aber auch nicht zurück können und wollen, weil es dort noch schlechter war und diese wurden zu jenen Wanderbettlern, die von Gemeind-e zu Gemeinde gingen und von denen ich vorhin sprach. Sie machten aus der Armut einen Beruf. Sie lebten davon, dass sie Arme waren und Wanderarme wurde zum Beruf einer Zahl von Menschen, die sonst nicht leben konnten. Sie waren die Ausgestossenen aus dem Kreis der Starken und Gesunden, die ihr Ziel erreichen konnten und sie konnten nur leben, indem sie die Hilfstätigkeit ihrer jüdischen Mitbürger in Anspruch nahmen.

Man war immer der Meinung, wenn man von diesen Wanderarmen sprach, dass es nur Ausländer waren. Es gab viele reiche Juden in Deutschland, aber

neben diesem guten jd. Mittelstand gab es zu allen Zeiten jüdisches Proletariat und Armut, die nur von der ~~xxixxxxx~~ Schicht der reichen jüdischen Bürgerschaft verdeckt war. Denn auch Deutschland hatte Provinzen, die oft an ostjüdische Verhältnisse erinnerten, ich nenne z.B. Posen. Und ~~xxx~~ von dort her kamen viele Arme nach Deutschland, die hier mit der Zeit sich einen grossen Namen gemacht haben und teilhabe an dem Wirtschaftsleben in Deutschland. Man soll sich nicht einbilde dass Leute wie Tietz, Schocken etc. etc. als reiche Leute hierher kamen, nein, die Grossväter all dieser heute reichen Handelsherren zoge von Gemeinde zu Gemeinde, um zu betteln und sie waren ein Teil der jüdischen Wanderbettler. Man konnte immerhin feststellen, dass zwar 70% der Bettler Ausländer waren, aber trotzdem waren immer noch 30% dieser Wanderer deutsche Juden und ich glaube, wenn man heute den Versuch machen würde, bei den Gemeinden in alten Büchern nachzuschlagen, so würde man sehr bekannte Namen aus der Konfektion, dem Wirtschaftsleben etc. entdecken, in dem die damaligen Wanderarmen eine sehr erhebliche Rolle spielen. Also es waren nicht nur Ausländer und Fremde, sondern das deutsch-jüdische Element war hier immerhin in ein grossen Umfange vertreten.

Dies alles spielte ja noch in einer Zeit, wo öffentliche und jüdische Fürsorge in den Anfängen steckten, z.B. 1860 und 70; für die öffentliche Fürsorge könnte man sagen, dass es die Zeit war, als Pfarrer Bodelschwing die Gründung von Arbeiterkolonienetc. vornahm, denn das Problem des wandernden Armen war auch in der nichtjüdischen Welt genau so aktuell und dringend, und genau so wie andere damit fertig werden konnten, sind auch wir damit fertig geworden. Für das deutsche Judentum ist die Geschichte der Versuche einer organisierten Wanderfürsorg

identisch mit der Geschichte der seinerzeit grössten jüdischen Organisation der Reichsvertretung, nämlich d s deutsch-israelitischen Reichsbundes. Als der Bund 1872 gegründet wurde, stand als eine der ersten Fragen die Regelung des Wanderbettelns und der Wanderfürsorge auf der Tagesordnung und 1873 war es die erste Arbeit dieser grössten jüdischen Organisation jener Zeit, dass ein Zirkular erschien, in dem ersucht wurde, Armenkassen zu gründen, wo alle Mitglieder Beiträge zu zahlen hatten und alle Mitglieder mussten sich verpflichten, an die Hausbettler direkt dann nichts mehr zu geben. Aber gibt der Privatmann nichts mehr, so lohnt es auch dem Bettler nicht mehr, zu kommen. Man ging sogar weiter und sagte, die Gemeinden wären zu schwach und sollten zu Provinzialverbänden zusammengeschlossen werden. Arbeitsfähige Arme sollten zunächst Arbeit erhalten. Das sind zum Teil vernünftige Grundsätze. Aber diese Vorschläge konnten sich damals nicht durchsetzen, da die Gemeinden zu schwach waren, um solche Organisation auszubauen. Schliesslich erfolgte im Jahre 1975 in einem Landesteil, der besonders heimgesucht war, nämlich in Bayern, die Gründung eines solchen Armenverbandes, und die Schaffung einer Kasse in Fürth i/B., die 14 000 Gulden dafür verausgabte. Mit so einem Zirkular des ersten deutsch-israelitischen Bundes versuchte man es im Jahre 1876 wieder. Hier forderte man die einzelnen Länder auf, unabhängig voneinander ähnliche Kassen und Verbände zu gründen, wie in Bayern und hier stellte man zunächst die Richtlinien fest für jene, die nicht unterstützt werden sollten und ausgeschlossen werden sollten, nämlich die Arbeitsscheuen und Personen, die des Hausbettelns überführt wurden etc. Unterstützt werden sollten nur Personen, die ein festes Gewerbe nachweisen konnten und Leute, die sich auf der Suche, nach Arbeit befanden und bei denen man annehmen konnte, dass sie die Arbeit auch finden werden. Wenn man

dann die Geschichte des Bundes verfolgt, stellt man fest, dass in den Jahren 1884, 1886, 1890 und 1892 dieses Problem immer wieder auf der Tagesordnung erschien. Im Jahre 1896 wurde schliesslich besprochen, eine spezielle Tagung einzuberufen, die sich n u r mit dieser Frage beschäftigen sollte. Mit diesem absolut negativen Be.-schluss konnten die Juden erst r cht nichts anfangen und es fand eine neue Tagung statt, bei der eine neue Figur in Erscheinung trat, nämlich der Leiter des Berliner Jüdischen Arbeitsnachweises, der die sehr vernünftige Idee hatte, dass ein Zusammenhang zwischen den wandernden Armen und dem Arbeitsnachweis hergestellt werden müsse, denn der Arbeitsnachweis ist dazu da, Arbeit zu beschaffen und solan-ge diese Wanderarmen arbeitswillig und arbeitsfähig sind, müssen sie dem Nachweis zugeführt werden, damit sie den Gemeinden nicht allzu sehr zur Last fallen.

Bei dieser Tagung wurde noch eine sehr wichtige Sache zur Sprache ge-bracht, die meiner Meinung nach nicht zu den Schönheiten in der Ge-schichte der jüdischen Wohlfahrtspflege gehört. Es wurde der Vor-schlag gemacht, eine "schwarze Liste" einzuführen, d.h. die Gemeinden sollten unter sich besprechen, feststellen und in Listen eintragen jene Personen, die ihrer Meinung nach nicht unterstützungsbedürftig sind. Es gibt sicher eine Unmenge von Personen, die mit Recht aus der Unterstützung auszuschalten sind, aber wer konnte sich anmassen festzustellen, welche Personen wirklich unterstützungsbedürftig sind und welche nicht, da doch die Wanderfürsorge damals eine Tätigkeit war, die vom Vater auf den Sohn vererbt wurde, also als reine Wohl-tätigkeit betrachtet wurde und man sicher nicht die Zeit und Lust hatte, sich so ausführlich mit der Sache zu befassen, wie es notwen-dig gewesen wäre, um die wirklich Hilfsbedürftigen herauszufinden.

Wie willkürlich und aus rein persönlichen Ursachen hier manches Mal gehandelt wurde, geht vielleicht daraus hervor,, dass, wenn ein Wandernder einmal frech wurde, Herr YXZ die nächste Gemeinde signalisierte, und um Ausschaltung dieses Mannes ersuchte; so wurde der Arme aus der Wanderkasse ausgeschlossen und musste nun notgedrungen von Familie zu Familie gehen und betteln. Diese schwarze Liste hatte sich aber durchgesetzt und sie existierte vom Jahre 1896 bis 1925, nur hatte sie im Jahre 1925 einen anderen Namen bekommen. Aber Ende 1896 sind noch wichtige Dinge beschlossen worden, nämlich Bezirksverbände für diese Einrichtung zu schaffen und als Zentrale den deutsch-israelitischen Bund aufzustellen. Noch etwas wurde beschlossen, und zwar die Gründung einer jüdischen Arbeiterkolonie in Berlin mit Hilfe einer ausländischen Organisation, die hierfür RM 150 000.- in Aussicht stellte und in Weissensee begründet wurde. Hier entstand ein Heim, in dem man übernachten konnte, in dem Korbflechterei und ähnliche Dinge betrieben wurden und das bis zum Jahre 1920 bestand. Damals kam auch schon die Idee auf, dass man klassifizieren muss zwischen inländischen und ausländischen Wanderern; es wurde auch ferner beschlossen, ein Netz von Arbeitsnachweisen auszubauen. Aber weiter kam man auch damals nicht. Bis im Jahre 1902 ein Ereignis eintrat, nämlich der Hilfsverein der deutschen Juden gegründet wurde. Dieser Verein hat in der Geschichte der ganzen jüdischen Wanderung eine ausserordentlich grosse und wichtige Rolle gespielt, auch sogar eine erhebliche Rolle in der Geschichte der deutschen Passagen-Schiffahrt. Ballin's Werk wäre wohl ohne die Auswanderer aus Russland, die über Deutschland gingen und die Schiffe der Hamburg Amerika-Linie benutzen mussten, kaum möglich gewesen und aus diesem Grunde hat

der Hilfsverein der deutschen Juden eine sehr wichtige volkswirtschaftliche Rolle im Rahmen der ganzen deutschen Wirtschaft gespielt. Der Hilfsverein übernahm das weitaus kostspieligere Geschäft im Rahmen der Wanderfürsorge, nämlich die Fürsorge für überseeische Auswanderer.

Wiederum fanden in den Jahren 1905, 1909 Beratungen über dieses Problem statt, bis man im Jahre 1910 die Zentrale für deutsche Wanderarmenfürsorge beim deutsch-israelitischen Bund gründete, nämlich 21 Kassen wurden in ganz Deutschland errichtet; es wurden Richtlinien aufgestellt, nach denen die Wandernden zu betreuen sind Richtlinien über Reiserouten etc. etc. und so kam allmählich Ordnung in diese etwas schwierige Geschichte. Die deutsche Zentrale konnte aber nicht allzu lange arbeiten, denn 1914 kam der Krieg und damit hörte Wanderung und diese Art der Fürsorge selbstverständlich auf.

Wie gross war nun die Zahl der Menschen, um die es sich hier handelte? Alle vorhandenen Statistiken bieten jedoch keine Uebersicht weil man nicht feststellen konnte, wie oft die Menschen gezählt worden sind. Im Jahre 1928 machten wirkliche Fachleute Angaben, dass die Zahl der Wandernden mit 80 000 zu beziffern sei, während ein anderer sie mit 300 000 bezeichnete. Wir sind aber in den letzten Jahren doch noch dazu gekommen, von jedem Mann, der irgendwo bei einer Gemeinde gesichtet wurde, eine Karte anzulegen, aber wenn man die mehrmaligen Vorsprachen und Besuche zusammenrechnet, so kommt man wiederum zu einem ganz anderen Ergebnis. Bei einem Versuch, den man 1912 angestellt hat, konnte jedoch festgestellt werden, dass vom 1.1.1911 bis zum 1.4.1912 20 000 Menschen von der deutschen

Zentrale erfasst wurden, vom 1.4.1912 bis zum 1.4.1913 waren es schon 44 000, die als Einzelwanderer von der deutschen Zentrale erfasst werden konnten.

Zu den K o s t e n. Gemessen an der Zahl der Wanderer erscheinen mir die Kosten, die ich ermittelt habe, und die für das Jahr 1913, wo dieser Versuch gemacht wurde, aufgestellt wurden, -es waren rund RM 200 000.— reichlich hoch. Davon gehen allerdings RM 25 000.- für Verwaltungskosten ab. Nimmt man diese Zahl und vergleicht man damit die Möglichkeiten und Leistungen wohlfahrtspflegerischer Art, so ist das ein so kleiner Bruchteil, dass man nicht verstehen kann, wie es möglich war, dass diese Dinge eine so ungeheure Rolle spielen konnten. Als nun die Gemeinden ihr System ausgeklügelt und Kartotheken hergerichtet hatten für jeden Wanderarmen, der durch ihre Stadt zog, so wurde der wandernde Mensch gezwungen, sich diesem System anzupassen und hat ihn einmal das System erfasst, so war er für sein Leben verloren, denn er musste eine Karteikarte haben, ohne diese konnte er keine Unterstützung bekommen. Aber aus dieser nur das Beste wollenden Form fürsorgerischer Arbeit wurden jene, die davon erfasst wurden, zum Wohlfahrtsempfänger gestempelt. Trotz besten Willens der jüdischen Gemeinden hier zu helfen und trotz grösster Bereitwilligkeit einzelner Gemeindemitglieder, diese Armen aufzurichten, wurden diese mit den Jahren nur zu dem "Objekt" der Angestellten des Geschäftshauses, in das der Arme einkehrte und er wurde zur lächerlichen Figur, anstatt dass ihm dazu verholfen wurde, ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu werden.

Man soll über Tote nichts reden, aber ich habe immerhin noch in den Jahren 1920 und 21 in einzelnen jüdischen Gemeinden die letzten Zeichen dieser Art der Betreuung gefunden und hier liegt vielleicht das

Letzte und Wichtigste, was ich heute dazu noch sagen will. Hier liegt ein Problem vor, dem man nicht mit Organisation, Richtlinien etc. gewachsen ist. Hier muss mit Liebe und Verständnis gearbeitet werden. Wer einen Wohlfahrtsempfänger zu betreuen hat, weiss, wie schwer es für diesen ist, wenn er hier einmal auftritt, in diesem einen Augenblick die ganze Ge chichte seines Lebens zu erzählen. Hier musste diese Form der Organisation versagen und aus diesem Versagen heraus behalf man sich mit einer büromässigen und mechanischen Organisation, die einen Menschen vielmehr degradieren musste und absinken liess, als wenn man ihm vernünftig geholfen hätte. Es war ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Es entstand ein Aufstand der Armen, der sich in einer Revolution äusserte und in kleiner Nadelstichpolitik. Es wurde gelogen, dass sich die Balken bogen, nur um zu überzeugen, dass man diese oder jene Fahrkarte haben müsse, um da und dort hinzufahren, weil dort gerade ein grosses Glück zu erhaschen sei etc. etc. und das ging so bis zum Jahre 1914.

Warum erzähle ich Ihnen das? Nicht nur, weil es notwendig ist, dies zu wissen, sondern weil ich es in einer Zeit erzähle, wo die Enkel und Urenkel dieser Wanderjuden ebenfalls zu Wanderjuden wurden. Es wiederholt sich hier etwas, woran das deutsche Judentum damals nie gedacht hätte und was es niemals für möglich gehalten hätte. Dieses Schicksal, Objekt einer solchen Fürsorge zu werden, kann jedem Juden irgendwo auf der Welt auch einmal passieren und das sollte jeder bedenken, der mit solchen armen Wandernden zu tun hat.

•-•-•--•-•-

F o r t s e t z u n g

des Vortrags im Schulungskursus für Wohlfahrtspflege
am Dienstag, den 23.Oktober 1934
von
S. Adler-Rudel

++

Wir haben gestern gesehen, dass der Versuch einer Organisierung der Wanderfürsorge so weit gelungen war, dass in der Tat bei Kriegsausbruch dieses System der Betreuung der durchwandernden Armen immerhin irgendwie in Ordnung war.

Bei Beginn des Krieges stand die Wanderfürsorge zum letzten Mal in dem historischen Ablauf, den ich Ihnen gezeigt habe, vor einer grossen Aufgabe. Es galt, einer grossen Zahl von ausländischen Staatsangehörigen, die vom Kriege überrascht wurden, irgendwie auf Umwegen wieder in ihre Heimat zurückzuverhelfen. Diese wirklich grosse und schwierige Aufgabe ist in einer verhältnismässig kurzen Zeit gelöst worden. Dann aber hörte jede Tätigkeit auf, weil der Typus, für den diese Form der Fürsorge bestimmt war, im Kriege nicht mehr vorhanden war. Es war ja nicht mehr so einfach, von Stadt zu Stadt zu ziehen, der Zuzug war ausserordentlich erschwert und im Inlande gab es für Männer, die nicht kriegsdienstfähig waren, genügende Beschäftigung, sodass keinerlei Bedarf und keine Notwendigkeit, in dieser Form fürsorgerische Arbeit zu leisten, bestand.

Es liegt einmal im Wesen eines jeden bürokratischen Apparates und jeder büromässigen Einrichtung, dass sie nicht gern sterben will und sich selbst aufgibt und dort, wo es noch eine Schreibmaschine, einen Schreibtisch oder sonstige Büromaterialien gibt, ist ein Büro nicht gestorben. Es gibt zahllose Büros und Vereine, die nur durch die innere Kraft der Notwendigkeit der Menschen, die sie im Betrieb halten, ihr Dasein frist

So ähnlich war es wohl auch mit dem Apparat der Wanderfürsorge in den ersten Kriegsjahren, und in den Jahren 1916 und 17 versuchte dieser Apparat 2mal irgendwie wieder in Funktion zu treten; eine Nachfrage in Berlin ergab die Antwort: es besteht kein Bedarf mehr. Wir haben keine Wanderer und keine Fremden, folglich besteht auch kein Bedarf für ein Büro für Wanderfürsorge. Auch nach dem Kriege versuchte die Wanderfürsorge ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, auch diesmal ohne Erfolg, aber aus anderen Gründen. Im Kriege war so manches zusammengebrochen, und es hatte sich manches geändert; so hatten sich auch die Menschen, die Objekte dieser Fürsorge waren, geändert, sodass die Form, in der die Fürsorge bisher aufgetreten war, nicht mehr lebendig gemacht werden konnte. Objekte gab es genug, denn teils freiwillig, teils deportiert kamen 60 000 Arbeiter aus Polen und Litauen, die jene Lücke in der Wirtschaft und Munitionsindustrie ausfüllen sollten, die durch den Weggang der Arbeiterschaft in Deutschland zum Heeresdienst entstanden war. Aber diese neue Gruppe -aus dem Ausland nach Deutschland eingewandert- war ihrer ganzen Art nach so wesentlich anders, dass man ihr nicht mehr mit den Methoden und Formen des Jahres 1914 begegnen konnte. Sie war für die überwiegende Mehrheit der Juden in Deutschland eine ausserordentliche Ueberraschung. Ein damals junger und heute noch sehr temperamentvoller und lebendiger Rabbiner, der Sohn eines Rabbiners, in Berlin geboren, schrieb um jene Zeit einen Aufsatz, in dem dieser Typus folgendermassen klassifiziert wurde: "Es waren nicht mehr die Typen, mit denen unsere Fantasie die Vertreter des russischen Judentums sieht, es war eine uns noch unbekannte Schicht, unbekannt und neu insofern, als das Judentum hier zum ersten Mal mit der Loyalität des jüdischen Arbeiters im Osten zusammenstiess. Es waren klassebewusste Proletarier"

und selbst dieser in jüdischen Dingen durchaus beschlagene Mann war erstaunt über diese ihm neue Erscheinung. Die deutschen Arbeiter hegten dieser Lebenstüchtigkeit gegenüber grosse Bewunderung und staunten über die Energie dieser Zugewanderten, die sich auch in der Anhänglichkeit für ihre Eltern und Geschwister äusserte. Es waren neue Menschen mit neuer eigener Lebensform, die, selbst wenn sie in einer Form hilfsbedürftig wurden, nicht in der üblichen Fürsorgeart nicht mehr betreut werden konnten. Dies erforderte eine n e u e Form der Fürsorge-Organisation. Die Organisation war damals bereits vorhanden und hatte jenen Platz eingenommen, den vielleicht bei richtiger Erkenntnis der Verhältnisse die Wanderfürsorge schon früher hätte einnehmen können.

Zu Beginn des Jahres 1918, als Schwierigkeiten verschiedenster Art mit diesen ausländischen Arbeitern entstanden, wurde das Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschland's gegründet. Wenn ich früher sagte, dass die Geschichte der jüdischen Wanderung bis zum Jahre 1914 identisch war mit der Geschichte des deutsch-israelitischen Reichsbundes, so kann man sagen, dass von 1918 ab die Geschichte der jüdischen Wanderung identisch war mit der diesesneugeschaffenen Arbeiterfürsorgeamtes. Hier entstand eine neue Form wohlfahrtspflegerischer Organisation. Das Arbeiterfürsorgeamt war zusammengesetzt aus Vertretern sämtlicher jüdischer Organisationen Deutschlands, d.h. diejenigen Vertreter der jüdischen Organisationen, die sich immer befehdeten und nie daran gedacht hätten, sich einmal an e i n en Tisch zusammenzusetzen, waren bereit, alle zusammen für einen Zweck zu arbeiten. Zu ihnen kam der Hilfsverein der deutschen Juden, die jüdischen Grosslogen etc. etc. und alles, was es an Organisationen gab,

hatte sich darin zusammengeschlossen. Noch ein~~e~~/~~Xigur~~ Faktor kam hinzu. Die damals noch bestehende Generalorganisation der deutschen Gewerkschaften. Auch diese hatte Interesse daran, auch die ausländischen Arbeiter daran zu verhindern, dass sie irgendwie zu einer Schwierigkeit für ihre Arbeitskollegen werden und sie hatte daher Interesse an der Erfassung auch dieser neuen Arbeiterschicht. Sie gab ihre Zustimmung dazu, mit der neugegründeten Organisation des deutschen Judentums, dem Arbeiterfürsorgeamt zusammen zu arbeiten.
Und noch ein Faktor. Die Preussische Regierung. Denn in Preussen befand sich die Mehrzahl dieser ausländischen Arbeiter. Es ergaben sich Schwierigkeiten für Polizei und Verwaltungsbehörden, denn es gab niemanden, der sich mit diesen Leuten verständigen konnte, da sie alle jiddisch sprachen und die Preuss. Regierung begrüsste daher die neue Erfindung (Arbeiterfürsorgeamt) und gab dieser besondere Privilegien und Rechte, die man sonst solchen Organisationen niemals gegeben hat. Diese Rechte wurden schon vor der Republik gegeben, denn kurz vor Kriegsende wurden diese Rechte durch Erlass des Preuss. Ministers des Innern vom November 1918 festgelegt. Hier wurde zum ersten Male der Versuch gemacht, nicht durch Inanspruchnahme des einen oder andern einflussreichen Bürgers irgendetwas für die armen Wanderjuden zu erreichen, sondern es wurde ganz bewusst versucht, notleidende Menschen zu betreuen und dieser Versuch hat sich ausserordentlich bewährt. Wenn dem deutschen Judentum manche Schwierigkeit in dieser Zeit erspart wurde und wenn arme Menschen wirklich fürsorgerisch erfasst wurden, so ist es dieser neuen Form fürsorgerischer Arbeit zuzuschreiben, indem nicht nur ein wohlwollender Mann die Bedürftigen in sein Büro bestellte und sie nach dieser oder jener

Richtung hin betreute, sondern dass durch beamtete Personen diesem Komplex entgegengetreten wurde und man diese Auswanderer mit Menschen reden liess, die aus eben diesem Kreis kamen, um alle Massnehmen durchzuführen, die notwendig waren, denn ausserordentlich schwierige Massnahmen waren durchzuführen. Es entstand eine Fülle von Problemen, die nur durch Zusammenarbeit mit den Opfern dieser Massnahmen selbst irgendwie gelöst werden konnten. Und kaum war ein Teil dieser Arbeit beendet, d.h. ein Teil dieser nach Deutschland gekommenen Arbeiter wieder in ihre Heimat zurückbefördert, als durch Progrom und Unruhen in Polen und Litauen eine neue Massenflucht jüdischer Menschen nach Deutschland einsetzte. Auch dieser neue Wanderungsstrom wurde vom Arbeiterfürsorgeamt aufgenommen, allerdings in einer wesentlich anderen Form, als es die Fürsorgeeinrichtungen vorher taten. Die Veränderung der Organisationen bedeutete auch eine Veränderung der Methoden, die getroffen werden mussten. In dieser Veränderung des Namens lag nämlich auch ein starker innerer Sinn; hier wurden Form und Massnahmen geändert, weil sich ja auch die Objekte geändert hatten. Es war ein neuer Typus der Wanderer, auch derjenigen, die nach 1914 nach Deutschland kamen, dies umso mehr, als sich ja alles nicht in den ruhigen Zeiten, wie vor 1914 abwickelte, sondern im Jahre 1920, in einer Zeit, sozialer Umwälzung und Neuformung aller sozialen Einrichtungen, in der der Mensch eine andere Bedeutung erlangte, als in den Jahren vor 1914. Aus den Notständen, die sich in jener Zeit zeigten, und aus dem ausserordentlichen Umfange der Not ergab sich eine Erscheinung, die man immer bei grossen Notständen feststellen kann, nämlich dass sie den Weg zu einer breiten und weiterschauenden Fürsorgetätigkeit wiesen und

wenn Sie sich die Entwicklung der öffentlichen Fürsorge in Deutschland in Erinnerung rufen, werden Sie sehen, dass ~~xixch~~ in Zeiten ruhiger und friedlicher Entwicklung ohne Krisenerscheinungen kein Mensch auf die Idee gekommen wäre, solche Massnahmen weitblickender Art zu erfinden, wie sie aus der Not der Arbeitslosigkeit im besonderen sich ergeben haben. Diese Massnahmen mussten anders durchdacht werden, als in früheren ruhigen Zeiten und so wurden die Notstände der Jahre 1920 bis 23 zu einem Weg breiter, neuer Entwicklung fürsorgerischer Arbeit im deutschen Judentum überhaupt.

Der ehrenamtliche wohlwollende reiche Bürger, der bisher Träger der Fürsorge war, wurde abgelöst von dem neuen Fürsorgebeamten. Sie wurden Fürsorger nicht deshalb, weil sie aus der Ueberfülle ihrer Saturiertheit menschliches Leid mitansehen konnten, sondern weil sie für diese Probleme tieferes Verständnis entgegenbrachten und diese neue Typus in der jüdisch-sozialen Arbeit, der beamtete Sozialarbeiter, bestimmte von da ab das Gesicht der jüdischen Fürsorgetätigkeit und mit gewissen Schwankungen kann man sagen, dass der bestimmende Faktor der sozialen Arbeit in Deutschland von da ab nicht mehr der Gemeindegewaltige bürgerlicher Herkunft war, sondern der in der sozialen Arbeit stehende junge Mensch, denn diese jungen Menschen gingen doch ganz anders und mit ganz anderen Vorstellungen an die Problematik, die vor ihnen stand, heran.

Um dies auf unser Gebiet zu übertragen: Die Wanderarmenkassen, die erst im Kriege als Zentrale für Wanderarmenfürsorge auf die Idee kamen, ihren Namen zu ändern, nannten sich jetzt .....?, denn der Ausdruck "Wanderarme" war eine Verunglimpfung jener Leute, die gezwungen waren, aus tausend Zufällen die Hilfe der Gemeinden in

Anspruch zu nehmen; sie konnte man nicht als "Wanderarme" bezeichnen und in dieser belanglosen ~~xxxxxxxxxxx~~ Umänderung von Wanderarmenfürsorge in Wanderfürsorge lag die Auffassung der Aufgabe.

(Hier ist sicher von mir viel Sinnentstellendes geschrieben, weil ich diejenigen Stellen ausgelassen habe, bei denen ich durch Ihr schnelles Sprechen nicht mitkam. Dallm.)

Der Arme von 1913, der die Kassen aufsuchte und nicht fähig war, sich eine Tätigkeit zu beschaffen, lebte davon, dass er arm war und infolge dieser Armut zur Wanderung gezwungen wurde. Hatte er sich einmal em Apparat eingeordnet, so konnte er zwar schlecht, aber immerhin doch davon leben. Das Motiv zur Bekämpfung dieser Wanderarmenfürsorge war neben aller menschlichen Güte doch die Bekanntschaft der Lästigkeit dieser Bettelei. Die Träger dieser Idee ware nur wirklich Vereinzelte, die einen verzweifelten Kampf gegen die Unvernunft ihrer Umwelt führten und der Charakter der Wanderfürsorge ist durch diesen guten Willen Einzelner wenig beeinflusst worden.

Der Wanderer von 1920 war eine wesentlich andere Erscheinung. Es war nicht die Wanderung eines Einzelnen, sondern die Massenwanderung arbeitender Menschen, die nicht mehr Almosen erbaten, sondern A r b e i t forderten, forderten aus dem Rechtsanspruch des armen und hilfsbedürftigen Menschen, den er glaubt, an die Menschheit zu haben. Die Wanderfürsorge war hier nicht mehr ~~xxxx~~ dazu da, den vorsprechenden Wanderer in dieser Wanderung zu halten, d.h. ihn weiterzuschicken, sondern sie stellte sich die Aufgabe, die Wanderfürsorge überflüssig zu machen, indem man versuchte, den Wanderer ansässig zu machen und darüber hinaus, nicht mehr Angst vor der Lästigkeit des Bettelns zu haben, sondern man erkannte einen sozialen Notstand an und damit die Bedürfnisse der

der Wandernden und nicht die Bedürfnisse der sie betreuenden Gesell
schaften. Diese Ostjudenwanderung sprengte die alte Form der Wanderfür-
sorge und zwang sie, sich dem Menschen anzupassen.
Es war da noch einiges geschehen, was man früher nicht kannte und
womit man sich jetzt auseinandersetzte. Neue Staaten waren entstan-
den und manche waren zusammengebrochen und aus dem Wirbel, der sich
im Osten entwickelte, entstanden Probleme für jene Menschen, die von
diesem Wirbel erfasst wurden. Es entstand das Problem der Staaten-
losigkeit und dadurch die Notwendigkeit, diesen neuen Fragen, die
sich urplötzlich ergaben, gewappnet gegenüberzutreten.und sich mit
ihnen auseinanderzusetzen. Es entstand die Frage, wie wird das
Aufenthaltsrecht dieser staatenlosen Menschen geregelt werden können
wie bekommen sie einen Pass, wie kann man ihnen das Recht auf einen
Arbeitsplatz sichern. All' dieses sind Fragen, die vom Arbeiter-
Fürsorgeamt beantwortet werden mussten und ein gut Teil der vernünf-
tigen Gestaltung des preussischen Fremdenrechts ist auf die Arbeit
dieses Amtes zurückzuführen. Und aus diesem Zusammenwirken zwischen
freier jüdischer Organisation und preussischer Verwaltungsbehörde
entstanden für die Gestaltung des Fremdenrechts in Deutschland An-
regungen, wie wir sie sonst kein zweites Mal wieder finden. Bei alle
Härte bedeuten die Massnahmen, die hier zutage traten, gemessen an dem,
was in Frankreich oder Belgien Fremdenrecht ist, eine geradezu vorbil
liche Ordnung. Man hatte wieder eine neue Aufgabe zu übernehmen, man
musste u.a. versuchen, um den Ausgewanderten die Weiterreise nach
Uebersee z.B. zu ermöglichen und ihnen dort einen Arbeitsplatz oder
Unterkunftsmöglichkeit zu sichern, Verbindung zwischen diesen in
Deutschland eingewanderten ostjüdischen Menschen mit ihren Verwandten

in überseeischen Ländern herzustellen. Es musste immer wieder der Versuch gemacht werden, diese ausserordentlich grosse Zahl der Verwandten in aller Welt zu ermitteln und die Wandermöglichkeit zu vermitteln. Das Wichtigste aber, es musste Hilfe auf dem Wege der Arbeitsbeschaffung herbeigeschafft werden. So wurde allmählich aus der bis dahin in Deutschland üblichen Form der Armenwanderfürsorge eine sozial-politische Aufgabe. Es handelte sich nicht so sehr darum den Notstand des Einzelnen zu lindern, sondern dem Problem entgegenzutreten, weil es ja nicht gleichgültig sein konnte, was aus de n tausenden von Menschen, die nun einmal hier waren, was aus dieser grossen Menge von Menschen werden konnte, wie sie verteilt, geordnet, betreut, wie sie so eingeordnet werden konnten, dass sie nicht allzusehr zu einer Störung des Gleichgewichts in Deutschland werden konnten.

Diese neue Form der Fürsorge verlangte aber auch neue finanzielle Mittel in einem ganz anderen Umfange, als es früher der Fall war und als das deutsche Judentum bereit war, sie bereitzustellen. Hier kam nun auch damals das amerikanische Judentum zu Hilfe und erklärte sich bereit, durch den Joint die Kosten der Fürsorgemassnahmen zu tragen und es kam ein Abkommen zustande, das so aussah: die wirklichen Fürsorgekosten wurden von den Amerikanern getragen, die Verwaltungskosten von den deutschen Organisationen. Aber ih den späteren Jahren der Inflation verschobes sich so sehr, dass alle Kosten n u r von den Amerikanern getragen werden mussten. Diese Kosten betrugen 2 Millionen Mark. Mit diesen Mitteln sollte versucht werden, den neuen Aufgaben gerecht zu werden. Es handelte sich nicht so sehr darum, darauf zu achten, dass der Einzelne nicht ziellos herumreist, sondern sie aufzufangen, damit sie sich nicht allzusehr ansammeln in einem Ort und in jener Zeit ist auch d i e s e

Aufgabe gelungen. Wir trafen diese ostjüdischen Arbeiter überall in Deutschland an: in der Uckermark, ih Westfalen, am Rhein etc. un viele tausende jüdischer Arbeiter haben damals selbst zum ersten Mal mit wirklichen Schwerarbeitern der Grossindustrie in Deutschland zus mengearbeitet. Sehr viele deutsche Arbeiter trafen damals auch zum ersten Male mit jüdischen Arbeitern zusammen und die deutsche Arbeit schaft setzte sich mit ungeheurer Wärme bei den zuständigen Regierungsstellen ein, um etwas für ihre ausländischen Genossen zu erlange Man kann sagen, dass die Erscheinung eines jüdischen Schwerarbeiters für die ganze Welt und das deutsche Judentum insbesondere eine ausse ordentliche war. Es mussten ja nun auch die Bedürfnisse dieser plötz lich tausendköpfigen Arbeiterschaft befriedigt werden. Sie konnten nicht mit Almosen abgeschoben werden, sie mussten sich selbst die eigene Form ihrer Lebenshaltung schaffen und so entstanden Arbeiterheime etc. etc. und zahllose jüdische Menschen in Deutschland brachten diesem/Typus neuen jüdischen Interesse entgegen und stellten Beziehungen zu ihne her, die viele viele Jahre andauerten.

Nun ist es klar, dass diese Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes, das ungefähr 20 Zweigstellen im Reich hatte, sich nicht nur auf den ostjüdischen Arbeiter beschränken konnte. Es hatte sich auch auf den Arbeitsnachweis ausgedehnt, denn jede fortschrittliche Massnahme konn te man nur dadurch erreichen, dass man verkündete: entweder ihr stel euch um, oder ihr werdet zugrunde gehen. So wurde die Vereinigung der jüdischen Arbeitsnachweise in Berlin erzwungen und eine ganze Men ge von Massnahmen durchgeführt, die/~~in~~ für jene/ Zeit unglaublich erschie nen.

Einsetzung neuer Menschen für die fürsorgerische Tätigkeit.

Bei der überragenden Bedeutung des jüdischen Bürgertums überhaupt war dieseMassnahme notwendig, um ohne allzu grosses Geschrei alles das durchzuführen, was einer neuen Gruppe junger Menschen notwendig erschien und jene Zeit war für die ganze Gestaltung sozialer Arbeit notwendig. Diese Arbeit wurde unte brochen, als sich infolge des Ruhrkampfes keine Beschäftigung mehr vorfand. Es musste auch verhindert werden, dass die Arbeiter Streikbrecher im Abwehrkampfe wurden. Es gab keinen einzigen Fall, wo diese in ihrer Mehrheit polnischen Staatsangehörigen trotz aller Versprechen und Vergünstigungen sich bereit erklärt hätten, in irgendeiner Form die Abwehrfront zu brechen. Für uns bestand nun wieder die Aufgabe, diese Menschen aus Deutschland wegzubringen und zwar sowohl aus wirtschaftlichen wie auch politischen Gründen und es vollzog sich damals die erste grosse Einwanderung ost.-jüdischer Menschen nach Frankreich und Belgien. Alle diese Massnahmen z.B. Durchführung der Abwanderung jüdischer Arbeiter nach Belgien und Frankreich etc. war viel weniger organisatorische Arbeit, als die Selbsthilfe, die aus der Masse selbst kam. Es ist sicher, dass der beamtete Mensch an Hand der Auskünfte und Informationen, die er erhielt, eine gewisse Uebersicht über die Verhältnisse in anderen Ländern hatte, aber in sehr vielen Fällen neige ich dazu zu glauben, dass der Instinkt eines hungernden Menschen viel sicherer ist, als das Urteil ausgezeichneter Fachleute und als wir uns im Jahre 1923 entschlossen, die Auswanderung nach Frankreich und Belgien in die Wege zu leiten, trafen wir dort schon viele tausende von Menschen an, die vorher im Ruhrgebiet waren und sie bewährten sich auch in diesem ihnen abermals fremden Lande ausgezeichnet, denn sie hatte viel gelernt und Vereine geschaffen und eine den Deutschen ähnliche Form der Fürsorge

aufgezogen und waren die Pioniere der Wanderung weiter nach dem Westen geworden.

Während sich hier bei uns nun das ostjüdische Proletariertum verminderte, nahm die Not des deutsch-jüdischen Menschen zu. Plötzlich befand sich auch hier ein immer grösser werdender Teil jüdischer Staatsangehöriger gegenüber dem Nichts, denn es zeigten sich uns Zahlen von jüdischen Erwerbslosen, wie man sie vorher nicht gekannt hat. Der Prozentsatz der jüdischen Arbeitsuchenden gegenüber der übrigen Bevölkerung war bedeutend grösser, trotzdem sie ihrer Zahl nach innerhalb des Judentums kleiner sind als die Zahl der Arbeitslosen in der Bevölkerung. Aus dieser Not der Arbeitslosigkeit heraus begann wieder das Problem der Wanderung. Die Zahl der Arbeitslosen deutsch-jüdischen Menschen wuchs von Monat zu Monat und die Arbeit der Wanderfürsorge bekam plötzlich eine eindeutige und andere Bedeutung. Da sie auf ostjüdische Menschen zugeschnitten war, galt es (zumal die Zuwendungen aus Amerika aufhörten und nach einem anderen Träger der Kosten gesucht werden musste) sich im Jahre 1925 vor die Notwendigkeit einer neuen organisatorischen Veränderung zu stellen. Der Apparat des Arbeiterfürsorgeamtes musste abgebaut werden, weil der Umfang an Ostjuden immer kleiner wurde und es ergab sich die Notwendigkeit, die geschaffenen Einrichtungen wieder auf ihren ursächlichen Träger zurückzuführen, nämlich auf die Jüdischen Gemeinden. Nach schwierigen Verhandlungen wurde dann im März 1925 die Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge gegründet und die Hauptstelle wurde jene Stelle, diedie Wanderfürsorge in Deutschland neu organisieren sollte.

. . . . . .

Es ergab immerhin einen sehr intensiven Kampf zwischen dem eigentlichen Kreis jüdischer Sozialarbeiter und den Gemeindegewaltigen in ganz

Deutschland. Jahrelang -bestimmt in den 1925-27- gab es keinen Sonntag, an dem nicht in irgendeiner Gemeinde eine Tagung xxxxn oder Besprechung über die Fragen der Wanderfürsorge stattfand. Denn diese Arbeit konnte nur dann durchgeführt werden, wenn man sich mit ungeheurer Intensität dafür einsetzte.und nicht duldete, dass das Alte, was zusammengebrochen war, wieder neu auflebte. Zum letzten Male hatte Amerika eine bestimmte Summe zur Verfügung gestellt und diese Summe galt es nun, auf die Gemeinden zu überführen. Aber eine Ueberführung in der Form der Fürsorge, wie sie früher möglich war, war heute nicht mehr möglich. So aber standen wir auf der einen Seite voll mit sehr grosszügigen und sehr modernen Auffassungen der Gestaltung einer Wanderfürsorge gegenüber, uf der anderen Seite aber der Periode der Wirtschaftskrise und damit der Unmöglichkeit, die Dinge so zu gestalten, wie man sie in normalen Zeiten gestaltet hätte. Schon damals versuchten wir, der Fürsorge einen ausgesprochen produktiven Charakter zu geben und so weit es geht, Menschen der Wanderung fernzuhalten und ihnen einen Arbeitsplatz zu verschaffen, Arbeit wenn nicht wo anders, so doch in der Gemeinde.

Man muss sagen, dass Berlin besonderes Glück hatte, indem an der Spitze des Wohlfahrtsamtes ein Mann stand, der zwar nicht der Generation der neuen Gruppe angehörte, sich aber mit grossem Eifer und grosser Liebe der Dinge anpasste; es war Eugen Caspary. Er war es, der ca. 70-80 Menschen Brot gab, indem er sie der Gemeinde einverleibte, die Kleiderkammer gründete und sie dort arbeiten liess, etc. etc. Man versuchte auch den Strafgefangenen möglichst einen Arbeitsplatz zu beschaffen und sie zu betreuen, was umso schwieriger war, als diese auch in normalen Zeiten kaum die Möglichkeit hatten, wieder in den Arbeitsprozess eingeordnet zu werden.

Das Schlagwort der Produktivierung der Wander Fürsorge und Fürsorge überhaupt wurde zu einem Schlachtruf, allerdings getragen von einer sehr kleinen Zahl von Menschen. Die erste Tagung dieser neugeschaffenen Stelle,die im Mai 1927 stattfand, trat unter dem Schlagwort auf, wie kann man es gestalten, dass die Menschen in den Arbeitsprozess wieder produktiv eingeschaltet werden.

Produktivierung der Wandernden.

Hier wurde die Parole der Umgestaltung des Arbeitsnachweiswesens geprägt und hier wurde zum ersten Male vor der Oeffentlichkeit die Frage einer jüdischen Arbeiterkolonie in grossem Massstabe aufgestellt. Man hatte geglaubt, dass diese Forderung trotz aller Schwierigkeiten begeisterte Aufnahme finden wird. Die Aufnahme war aber nur eine gedämpfte und das einzige, was erreicht werden konnte, war, dass der neugewählte Vorstand der Stelle beantragte, die Schaffung zu prüfen und zu späterer Zeit Bericht darüber zu erstatten. Mehr war im Jahre 1927 nicht zu erreichen, obwohl damals schon von der Notwendigkeit der Berufsumschichtung, Berufsberatung etc. gesprochen wurde. Es begann damit, die Arbeiter für dieIdee der Arbeiterkolonie zu gewinnen, was auch nicht besonders schwer war; schwerer schon war es, die Mittel für die Erfüllung dieser Idee zu erlangen. Im Anschluss an die Tagung wurde auch der Versuch gemacht, eine eigene Zeitschrift zu gründen. Die Zeitschrift war gut und lebendig und hier wurde zum ersten Male der Versuch gemacht, die Probleme der Wanderung, des Rechtsschutzes der Ausländer etc. einer grösseren Oeffentlichkeit vorzutragen, und nicht ohne Erfolg. Wenn es später gelungen war, vom preussischen Staat eine erhebliche Beihilfe von ca. RM 40 000.- für diese Kolonie zu erlangen, so war das wohl nicht zuletzt dieser immer wieder bohrenden Propaganda der Zeitschrift zuzuführen.

Als die Arbeiterkolonie und zwar Landwerk Neuendorf erworben wurde, gab es zwar noch immer die Wanderarmenfrage zu besprechen, aber daneben tauchten neue Fragen auf, nämlich die des Arbeitsdienstes etc. und so wurde Neuendorf zunächst einmal zum eigentlichen Träger des jüdischen Arbeitsdienstes und übernahm die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes. Aus der Arbeiterkolonie wurde plötzlich eine Kolonie des freiwilligen Arbeitsdienstes und als dieser aufhörte, ergab sich die Notwendigkeit, Berufsumschichtung zu treiben und so wurde schliesslich aus Neuendorf die Stätte der landwirtschaftlichen Berufsumschichtung für diejenigen jungen Menschen, die durch die Ereignisse des Jahres 1933 aus ihren Berufen gedrängt wurden.

Die Hauptstelle für Wanderfürsorge hat ganz bewusst den Rahmen der eigentlichen Wanderfürsorge gesprengt und einen grossen Kreis sozialpolitisch-öffentlicher Probleme dem jüdischen Kreis aufgedrungen. Es war klar, dass das jüdische Arbeitswesen zu produktiver Arbeit geführt werden muss. Hatte man das Arbeiterfürsorgeamt und die Hauptstelle für für Wanderfürsorge gebildet,so wurden jetzt von denselben Menschen die vereinigten Arbeitsnachweise für Deutschland geschaffen. Es konnten immerhin noch 2-3 Arbeitsnachweise geschaffen werden, denn später ergab sich schon wieder ein neues Problem, nämlich das des jüdischen Kreditwesens, des jüdischen Existenzwesens ect. Also wurde die Zentrale für Darlehnskassen geschaffen, immer wieder vom selben Kreis; es wurde eine Form sozialpolitischer Arbeit herbeigeführt, anstelle der früheren und jetzt unmodern gewordenen Armenfürsorge.

Jetzt kann man fragen, wie sieht die Wanderfürsorge aus? Man kann sagen, sie sieht trotz allem ganz gut aus. Sie ist nicht mehr das, was sie bis 1914 war, sie ist ein Teilgebiet der jüdischen Fürsorge, ohne

besondere Aufgaben, aber eingespannt in den Komplex sozialpolitischer Arbeit für Juden überhaupt und als im Jahre 1933 die Aus- und Rück=wanderung tausender von Menschen in ihre Heimat zu bewältigen war, ha sie ausgezeichnet funktioniert. Die Zahlen von 1924-1934 sind folgen. d-:

1926. . . . . .18 000
1927. . . . . .17 000
1929. . . . . .16 000
1930. . . . . .21 000
1931. . . . . .22 000.

Die Kosten der reinen Beförderung betrugen RM 1 150 000.-.

Zur praktischen Gestaltung.

Auch jetzt und heute versucht man, die Wanderfürsorge produktiv zu gestalten. So gross der Unterschied zwischen Ideal und Wirklichkeit in der Regel ist, so gross ist auch der Unterschied zwischen der Vorstellung der Form der Wanderfürsorge und ihrer wirklich realen Gestaltung. Dies liegt aber nicht am Unvermögen der Menschen, die Probleme zu meistern, sondern in der ungeheuren Zerrüttung und Vernichtung, in der sich die Juden in der Wirtschaft befinden und in der Hoffnungslosigkeit, in der das deutsche Judentum zur Zeit lebt. All' das was heute da und dort festgestellt und als Trost empfunden wird, darf den Blick nicht dafür verschleiern, dass das deutsche Judentum sich auf dem Wege des Absturzes befindet und dass aus dem Zustand der Proletarisierung heraus vorausschauend neue Methoden und Mittel gefunden werden müssen, die einen wirklichen und völligen Zusammenbruch verhindern sollen .

Nachwort. . . . . .

.-.-.-.-.-.-

Zur Hechaluz-Tagung.

Palästina ist zu einem unsagbar realen Faktor im Leben der Juden geworden. Es steht als Einwanderungsland an erster Stelle und hat in den letzten Jahren mehr Einwanderer aufgenommen als alle anderen Einwanderungsländer zusammen. Die drückende Verengung des Lebensraumes in ihren Wohnländern lässt die Zahl derer, die sich mit der Absicht tragen nach Palästina auszuwandern, von Tag zu Tag grösser werden. Trotz der überaus günstigen Wirtschaftskonjunktur und der überaus gesteigerten Aufnahmefähigkeit ist Palästina auch heute noch kein Einwanderungsland im üblichen Sinne, sondern ein Kolonisationsland ganz besonderer Art, d.h. auch heute noch stellt Palästina an jeden Einwanderer, namentlich an den unbemittelten Arbeiter-Einwanderer ganz besondere Anforderungen, denen man nur dann gewachsen sein kann, wenn man sich rechtzeitig auf sie vorbereitet. Hachscharah - Vorbereitung und Erziehung der Arbeiter-Einwanderer sind die wesentlichen Aufgaben der Organisation "Hechaluz" an deren Reihen der grösste Teil der Arbeiter-Einwanderer der letzten fünfzehn Jahre hervorgegangen ist. Die von jedem unbefangenen Beobachter Palästinas anerkannten Leistungen der jüdischen Arbeiterschaft für den nationalen Aufbau, ihre glänzende Organisation, das von ihr geschaffene und getragene genossenschaftliche Siedlungswerk, ihre Schul- und Kultureinrichtungen, das Krankenkassen- und Arbeitsvermittlungswesen sind nicht zuletzt auf die Vorbereitungs- und Erziehungsarbeiten des Hechaluz zurückzuführen.

Der Hechaluz ist mehr als eine Organisation schlechthin. Er ist eine Bewegung von so eigenartiger Prägung, dass er in der Geschichte der modernen Wanderung kaum eine Parallele hat. Während es im Wesen jeder Wanderungsbewegung liegt, dass ihren Anhängern Sicherheit und Wohlstand im neuen Lande verheissen werden, trat der Hechaluz der jüdischen Jugend mit der den bürgerlichen jüdischen Menschen neuen Parole der Chaluziuth entgegen.

Chaluziuth - Pioniertum hat ein wüstes und ödes Land wie Palästina es vor zwanzig Jahrzehnten war, kultiviert und [illegible]

~~gemacht~~ gemacht für Hunderttausende von Einwanderern. Chaluzim - Pioniere waren jene jungen Menschen, die durchdrungen von dem Willen die gesamte Struktur des jüdischen Volkes zu verändern, unter unsäglichen Opfern die Grundsteine ~~gelegt haben~~ gelegt haben für eine neue jüdische Gemeinschaftarbeitender Menschen in Erez Israel. Chaluziuth ist auch heute erforderlich die nationale Kolonisation und den Übergang der Juden zur Landwirtschaft xxxxxxxxxxx weiter zu treiben, um zu verhindern, dass es in Palästina unter dem Druck einer Masseneinwanderung zu einer Wiederholung der unproduktiven Berufe und der Lebensform der Juden in den Ländern der Diaspora kommt.

Der Hechaluz als Nachwuchsbewegung des arbeitenden Palästina zählt heute 50 000 Mitglieder in der ganzen Welt, hinter denen weitere 100 000 Angehörige der Jugendbewegung stehen, die dazu erzogen werden, in die Reihen der Chaluzim zu treten. Auch in Deutschland hat der Hechaluz lange vor der Veränderung der politischen Verhältnisse einen Teil der jüdischen Jugend in seinen Bann gezogen. Bereits im Jahre 1922 ist von Angehörigen der Jugendbünde und Mitgliedern der zionistischen Arbeiterbewegung der deutsche Hechaluzu gegründet worden. Ungeachtet aller Schwierigkeiten, die sich aus der besonderen sozialen Schichtung des deutschen Judentums ergaben, hat der Hechaluz seine Pionierarbeit auf dem Gebiet der Berufsumschichtung der jüdischen Jugend und ihrer Erziehung zum ~~Arbeiter~~arbeitenden in Palästina geleistet. Hunderte seiner Mitglieder sind in den Jahren vorher menschlich und beruflich vorbereitet nach Palästina gegangen und haben sich dort der Werk des nationalen Aufbaus und der Arbeiterschaft eingeordnet. An den Opfern, die die Erschliessung des Landes von den Chaluzim forderte, hat auch der deutsche Hechaluz seinen Anteil. Eine Bewegung, ~~d~~ wie die des Hechaluz kann nicht nach der Zahl ihrer Mitglieder gewertet werden, denn sie ist dazu bestimmt möglichst viele ihrer Menschen nach Palästina zu überführen. Sie muss daher immer wieder ihre Führer abgeben und eine neue Generation zur Führung heranziehen. Sie muss, wenn sie ihrem Wesen gerecht werden will, sich immer wieder erneuern und aus sich heraus ihre Führung schaffen

Ungeachtet seiner zahlenmäßigen Begrenzung hat der deutsche Hechaluz die Kontinuität in seiner Entwicklung gewahrt. Selbst dann, als in den Krisenjahren Palästinas 1925/26 auch im deutschen Zionismus Zweifel über die Möglichkeit und Notwendigkeit des Hechaluz in Deutschland laut wurden, hat er seine Vorbereitungs- und Erziehungsarbeit fortgesetzt.

Die Tagung des deutschen Hechaluz, die in Berlin vom 28.9. bis 1.10.34 stattfand war selbst für die Kenner der Bewegung eine außerordentliche Überraschung. Aus der kleinen Sekte von kaum 500 Menschen zu Beginn des Jahres 1933 ist eine Bewegung geworden, die heute 14 000 Mitglieder in ganz Deutschland zählt. Die in Berlin versammelten 200 Abgeordneten der 140 Ortsgruppen boten schon rein äußerlich ein aus jüdischen Landen selten gesehenes Bild. Die berufliche Umschichtung und die strenge Erziehungsarbeit hat hier einen neuen jüdischen Typus erstehen lassen, den Typus des jüdischen Arbeiters, den wir in Deutschland vorher nie gesehen haben. Aufrechte junge Menschen, erfüllt von einem tiefen Glauben an die Idee, der sie sich verschrieben haben, berieten über ~~sie~~ ihre Probleme und Nöte – bei allem Temperament und Begeisterung die dieser Bewegung eigen ist, mit einer Reife und Selbstbeherrschung, wie wir sie jeder jüdischen Gremium wünschen würden. ~~Hier~~ Hier spürt man erst, wie tiefgehend die Wandlung ist, die die Menschen durchgemacht haben und mit wieviel Ernst und Verantwortung sie sich auf die schwere Aufgabe vorbereiten, die ihrer in Palästina, dem Ende ihrer Hoffnung und ihrer ~~Sehnsucht~~ Zukunft harrt.

Mittelpunkt der Tagung stand eine Kundgebung am Abend des 29. September. Im überfüllten großen Saale des Logenhauses eröffnete Dr. Enzo Sereni die Kundgebung und begrüßte die Vertreter der Reichsvertretung der deutschen Juden, des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau, der Jüdischen Gemeinde Berlin, ~~und~~ der Zionistischen Vereinigung für Deutschland und anderer Organisationen. Als erster Redner überbrachte der Präsident der Reichsvertretung der deutschen Juden Rabbiner Dr. Leo Baeck die Grüße der Reichsvertretung. Mit herzlicher

Jugend zur Mitarbeit an dem ~~jüdischen~~ jungen Werk des Aufbaus Palästinas führt, wünschte er der Tagung besten Erfolg. Für den Vorstand der Jüdischen Gemeinde Berlin sprach Dipl.-Ing. Bruno Woyde Worte der Begrüssung. Er führte aus, dass er ungeachtet seiner ablehnenden Stellung zum Zionismus das Bedürfnis habe, den Idealismus und die Opferbereitschaft der Chaluz-Bewegung anzuerkennen, und dass gerade in der heutigen Zeit jedes ehrliche Bekenntnis zu einer Weltanschauung aufrichtige Achtung verdient. Herr Adler-Rudel sprach von der besonderen Bedeutung des Hechaluz im Rahmen der Berufsumschichtung. Dr. Franz Meyer, der die Grüsse der Zionistischen Vereinigung für Deutschland überbrachte, wies auf die Bedeutung des Hechaluz als Bestandteil der zionistischen Bewegung hin, sowie auf die Pionierarbeit, die vom deutschen Zionismus auch auf allen anderen Gebieten des ~~den~~ jüdischen Lebens, namentlich bei der Um- und Neugestaltung in Deutschland, geleistet worden ist. Er betonte, dass der Hechaluz der wichtigste Teil der zionistischen Arbeit in Deutschland sei, dass man sich den Zionismus ohne die Idee der Chaluziuth heute nicht denken kann. Den Schluss der Tagung bildete die grosse Rede Martin Bubers über die Welt des Chaluz, Volk, Land, Arbeit. Nach einer tiefgreifenden Deutung des Wesens des Chaluz, in dem Buber den Typus des neuen jüdischen Menschen sieht, der aus seiner Verbundenheit mit dem Werk der Erneuerung und seiner Hingabe an die Verwirklichung mehr erarbeitet als er muss, der Ursprung dieses Typus ~~ist~~ sei, nicht im Gegenwärtigen zu suchen, sondern in den urjüdischen Kräften und Tendenzen, die hier menschenbildend mitgewirkt hätten. Er bekannte sich erneut zum Chaluz, von dem er glaubt, dass ihm auch eine grosse Mitwirkung bei der religiösen Erneuerung des jüdischen Lebens bestimmt sei.

Der erste Tag der Arbeitstagung war den Problemen der Kulturarbeit des Hechaluz gewidmet, über die Leew Orbach in einem ausführlichen Referat sprach. Für den Hechaluz sei Kulturarbeit nicht nur Bildungsarbeit, sondern ein in allen Lebensbeziehungen verankerter kultureller Wille. Auf die Beziehung des Chaluz zur jüdischen Geschichte eingehend wandte er sich gegen die falsche

Aktualisierung der Vergangenheit. Für das kulturelle Wollen des Hechaluz sei sein Streben zur Gemeinschaft und der Übergang zur landwirtschaftlichen Arbeit bestimmend. An das Referat schloss sich eine sehr lebhafte Aussprache an, in der u.a. Dr. Ernst Simon und Martin Buber das Wort nahmen. Bei aller Anerkennung des Niveaus, dass gerade diese Kulturdebatte auszeichnete, hatte man doch die Empfundung, als ob die hier erfolgte Auseinandersetzung doch sehr weit über den Rahmen der Chaluz-Bewegung hinausginge und Probleme anschnitte, die eher zu einer Belastung als einer Klärung des kulturellen Wirkens des Hechaluz werden können.

Enzo Sereni, der den Rechenschaftsbericht für die letzten 1½ Jahre der Stigkeit des Hechaluz erstattete, ging ausführlich auf die besondere Situation des Hechaluz und seiner Stellung im Zionismus ein. Der Hechaluz musste der Träger der gesamten zionistischen Aktivität werden, ~~dem~~ wenn gegenüber dem grossen Wachstum des Hechaluz Befürchtungen laut werden o

betont Sereni, dass der Hechaluz auf die Erfassung der jüdischen Massen nicht verzichten kann. Palästina sei für alle Juden und es dürf daher keine Teilung zwischen zionistischer Arbeit hier und der Arbeit in Palästina geben. Besonders scharf wandte sich der Redner gegen die Romantisierung der Arbeit, der man immer wieder gerade in den Kreisen des Hechaluz begegnet. Die Erziehungsaufgabe des Hecahluz liege in der gemeinsamen Verantwortung aller Chawerim für die Arbeit in jeder einzelnen Position. Der Hechaluz ~~hat~~ sei auch im deutschen Judentum die Hoffnung der Jugend, die ihm in grossen Scharen zustrebte. Eine wirkliche Erfassung dieser Jugend wäre mit eine Aufgabe der jüdischen Schule, zu deren Ausgestaltung der Hechaluz auch sein Teil beitragen möchte.

Über den Stand des Hachscharah-Werkes referiert Merduk Schattner. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, dass sich z. Zt. über 3 500 Mitglieder des Hechahluz in Deutschland und anderen europäischen Ländern in der Berufsvorbereitung für Palästina befinden. Es war ausserordentlich schwer nach den Umwälzungen des Jahres 1933 in einer verhältnismässig

verhältnismässig kurzen Zeit dieses grosse Werk der Hachscharah auszugestalten, dies um so mehr, als das zahlenmässige Anwachsen des Hechaluz auch eine ausserordentliche Verschiedenartigkeit seiner Mitglieder, sowohl ihrem Alter als ihrer Herkunft nach, aufwies. Die erheblichen finanziellen Anforderungen der Hachscharah stellen den Hechaluz schon heute vor die dringende Notwendigkeit darauf zu achten, dass grössere Sparsamkeit und stärkere Verantwortung bei der Bewirtschaftung der verschiedenen Ausbildungsvorhaben beachtet werden. In der Tat von Schattner kam ein erfreuliches Mass von Selbstkritik und eine freimütige Anerkennung der Mängel und Fehler der bisherigen Arbeit zum Ausdruck.

Über die Gestaltung der Hachscharah sprach Gustav Horn, der sehr ausführlich auf die Unsicherheit einging, von der ein grosser Teil des Hachscharah-Werkes bedroht sei. Stärker als bisher muss darauf geachtet werden, dass der Hechaluz seine Mitglieder nicht nur an körperliche Arbeit zu gewöhnen hat, sondern auch sie innerlich zu neuen Menschen und bewussten Trägern des Werkes der palästinensischen Arbeiterschaft erziehen muss. Für die Ausbildung der Mädchen wurde für die Zukunft stärkere Betonung der hauswirtschaftlichen Berufe und praktischen Tätigkeit in Privathaushalten gefordert. In der Aussprache zu beiden Hachscharah-Referaten kamen gesunde Selbstkritik und Gefühl der Verantwortung für jeden Teil der Arbeit zum Ausdruck. Besondere Bedeutung hatte in der Aussprache die Frage der finanziellen Unsicherheit des Hachscharah-Werkes, für dessen Sicherung die Mitwirkung der gesamten jüdischen Öffentlichkeit aufgerufen wurde.

Über die Lage im Yishuv sprach in einem ungemein interessanten Referat Eliezer Liebenstein. Nach einer Analyse der sozialen Lage des Judentums, behandelte er sehr eingehend die Schwierigkeiten in Palästina. Die Gefahren für die jüdische Arbeit, die sich daraus ergebenxx, dass der Übergang von der Landwirtschaft zur städtischen Arbeit immer stärker wird, während wichtige Positionen in den jüdischen Kolonien verloren gehen. Hier sei die Voraussetzung der kommen

kommenden Krise Palästinas bereits gegeben. Auch die sozialen Gegensätze im Jischuw spitzen sich immer mehr zu. Der Kampf um die jüdische Arbeit sei das entscheidende Problem der Gegenwart. Leider fehle es hier an der notwendigen einheitlichen nationalen Front. Der Revisionismus, der mit allen Mitteln um die Verwirklichung seiner machtpolitischen Ziele kämpfe, werde zu einer ungeheuren Gefahr für die Entwicklung des Landes. Es wird von entscheidender Bedeutung für die gesamte zionistische Bewegung sein, wenn sie den Mut habe, sich vom Revisionismus völlig loszulösen. Hier sei die wichtigste Voraussetzung zur Rettung des Herzlscher Zionismus. Auch in diesem Referat, sowie in der Aussprache in der sich Martin Buber mit einer grossen Rede beteiligte, kam der Gegensatz zwischen der Chaluz-Bewegung und der Realität zum Ausdruck.

Den Abschluss der Tagung bildeten Abschiedworte für Enzo Sereni, der in den letzten 14 Jahren die bewegende Kraft der Hechaluz war, und in diesen Tagen wieder an seine Arbeitsstätte in nach Erez Israel zurückkehrt.

Der Verlauf der Tagung war ein erfreuliches Zeugnis für den Lebenswillen und die Kraft der jüdischen Jugend Deutschlands. Der Hechaluz ist zu einer Massenbewegung geworden. Es ist nicht anzunehmen, dass alle seine Mitglieder den Weg nach Palästina finden werden. Aber auch dann, wenn viele von ihnen in Deutschland bleiben, wird die im Hechaluz genossene Erziehung ihnen nicht nur den Weg zur beruflichen Umschichtung erleichtern, sondern mit zur Neugestaltung einer jüdischen Arbeiterschaft in Deutschland beitragen.

. /.-".

Familienblatt F. 1935

Die sozialpolitischen Einrichtungen der Jüdischen Gemeinde Berlin.

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit sozialpolitischer Massnahmen zur Beeinflussung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des deutschen Judentums ist nicht -wie zuweilen angenommen wird- nur eine Folgeerscheinung der politischen Veränderungen des Jahres 1933. Die wirtschaftliche Krise des deutschen Judentums, namentlich aber die Folgen der anormalen Berufsschichtung, die mehr als die Hälfte der berufstätigen Juden in den kaufmännischen und freien Berufen zusammendrängt, waren bereits seit Beendigung des Krieges mit der allgemeinen Veränderung und Neugestaltung der deutschen Wirtschaft jedem aufmerksameren Beobachter sichtbar. Der wirtschaftliche Druck, dem das jüdische Bürgertum, insbesondere aber die jüdische Arbeitnehmerschaft -als die am wenigsten widerstandsfähige Gruppe- ausgesetzt war, wurde von Jahr zu Jahr grösser. Der Boykott jüdischer Arbeitnehmer hatte bereits einen derartigen Umfang angenommen, dass die Führer aller jüdischen Organisationen Deutschlands im Jahre 1932 eine Aktion der jüdischen Arbeitsnachweise, die unter dem Motto "Unser Recht auf Arbeit" durchgeführt wurde, mit ihrem Namen deckten. Einer der seltenen Fälle im jüdischen Leben, indem die Not sich stärker erwies, als alle politischen und weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten. Die wichtigsten Einrichtungen im Kampfe gegen die zunehmende Verelendung der jüdischen Arbeitnehmerschaft, wie Arbeitsnachweis/n und Berufsberatung, wirkten bereits seit

Jahren und ~~sind seit~~ dem Jahre 1929 als Gemeindeeinrichtungen dem Wohlfahrtsamt der Jüdischen Gemeinde ~~zu Berlin~~ eingegliedert.

Das Geschehen des Jahres 1933 liess den Ausbau der Wirtschaftshilfsmassnahmen zu einer dringenden Notwendigkeit werden; es erfolgte daher die Loslösung der bisher dem Wohlfahrtsamt eingegliederten Abteilung für "Arbeits- und Berufsfürsorge" und die Schaffung eines selbstständigen Dezernats für"Wirtschaftshilfe der Jüdischen Gemeinde".

Die Gliederung des Dezernats für Wirtschaftshilfe, die aus dem Folgenden zu ersehen ist, ist eine derart umfassende, dass hier zum mindesten die Bereitschaft deutlich wird, ~~wie sehr~~ die Gemeinde ~~bestrebt ist~~, allen wirtschaftlichen Notständen ihrer Mitglieder nach einheitlichen und planmässigen Gesichtspunkten gerecht zu werden.

I. Die Abteilung für Berufsberatung

hat die Aufgabe, der schulentlassenen Jugend den Weg ins Leben zu erleichtern sowie jenen jungen Menschen, die das 20.Lebensjahr noch nicht überschritten haben und bisher keinen Beruf ausgeübt hatten, bei ~~zur~~ Ergreifung eines Berufes behilflich zu sein. Lange vor der Schulentlassung werden die Kinder des letzten Schuljahres zur Meldung bei der Berufsberatung aufgefordert. Durch intensive ~~xxxxx~~ Zusammenarbeit mit den jüdischen Schulen sowie der Lehrerschaft, durch Schulvorträge, Elternabende und Teilnahme an den Lehrerkonferenzen konnte erreicht werden, dass die überwiegende Mehrzahl aller Kinder ~~bei~~ von der Berufsberatung rechtzeitig erfasst wird. Die Beratung erfolgt zunächst auf

Grund der allgemeinen für die gesamte Berufsberatung vorliegenden Richtlinien, indem auf die berufliche Eignung und Neigung der Kinder und die Lage der Arbeitsmarktes besonders geachtet wird. Darüber hinaus werden naturgemäss die spezifisch jüdischen Gesichtspunkte gewahrt, wobei darauf geachtet wird, dass die Kinder sich nicht mehr Berufen zuwenden, für die es bei den gegebenen Verhältnissen keine Aussichten gibt, aber auch darauf, dass die Berufswahl der künftigen Generation die bisher einseitige Berufsschichtung der Juden korrigiert und eine Normalisierung der Berufsstruktur angebahnt wird.

Die Berufsberatung ist jedoch nicht nur Beratungsstelle sondern gleichzeitig auch Lehrstellenvermittlung, d.h. es wird in jedem Falle versucht, die auf Grund der Beratung erforderliche Lehrstelle zu beschaffen oder dort, wo für eine schulische Ausbildung entschieden wird, diese ermöglicht. Trotz der Erschwernisse, die sich aus der gegenwärtigen Lage ergeben, kann doch gesagt werden, dass es auch in diesem Jahre gelungen ist, den grössten Teil der von der Schule abgehenden Kinder in Lehrstellen unterzubringen, die sowohl ihren Wünschen als auch den Notwendigkeiten der Gesamtheit entsprechen.

II. Während von der Berufsberatung nur jene Jugendlichen betreut werden, die bisher keinen Beruf hatten, werden bei der Abteilung für Berufsumschichtung jene Personen beraten, die das 20.Lebensjahr bereits überschritten und früher schon einen Beruf ausgeübt haben. Hierher

kommen also vornehmlich jene, die infolge der veränderten Zeitverhältnisse ihre Stellungen verloren haben oder jene, ~~nament=lich~~ kaufmännische Angestellte, die langfristig arbeitslos und in ihrem bisherigen Berufe nicht mehr vermittlungsfähig sind.

Im Gegensatz zur Berufsberatung, die bereits seit mehr als einem Jahrzehnt tätig ist, ist die Abteilung für Berufsumschichtung erst im Jahre 1933 eingerichtet worden. Neben den zahlreichen Männern und Frauen, die sich beruflich für eine Tätigkeit in Deutschland umzustellen beabsichtigen, werden hier ~~vornehmlich~~ in der Hauptsache jene Personen beraten, die die Absicht haben, auszuwandern. Auch hier wird in jedem einzelnen Falle darauf Wert gelegt, dass nicht nur die Beratung zum Beruf erfolgt, sondern auch die Ausbildung ermöglicht wird.

III. Arbeitsnachweis.

Die Abteilung Arbeitsnachweis ist die älteste jüdische sozialpolitische Einrichtung Berlins. Hervorgegangen aus der Vereinigung des vor 40 Jahren begründeten „Arbeitsnachweises der Logen" Berlins mit dem im Jahre 1918 von Zionisten gegründeten „jüdischen Arbeitsamt" ist die „Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Arbeitsnachweise" ~~Berlins~~ seit 1929 Gemeindeeinrichtung. Der Arbeitsnachweis gliedert sich in Spezialabteilungen für kaufmännische ~~Berufe~~ Angestellte, Freie Berufe, Künstlerische Berufe, Gewerbliche ~~Berufe~~ Facharbeiter, ungelernte Arbeiter und Hauspersonal. ~~Der Arbeitsnachweis ist eine der wichtigsten Massnahmen im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit.~~ Durch intensive Einzelbearbeitung und Werbung ist

es gelungen, die Zahl der ~~Stellen~~ Vermittlungen erheblich zu steigern. Erwerbslose, die nicht mehr voll vermittlungsfähig sind, erhalten, soweit sie hierfür geeignet sind, in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Berufsumschichtung zusätzliche Berufsschulung, wodurch die Vermittlungsfähigkeit gehoben wird. Durch die Einrichtung ständiger Kurse für Fremdsprachen sowie für Stenografie und Maschineschreiben wird versucht, die Leistungsfähigkeit der beim Arbeitsnachweis gemeldeten Arbeitsuchenden zu ~~steigern~~ fördern. Der Arbeitsnachweis übt seine Tätigkeit ausschliesslich nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus, d.h. er geht immer von dem Bestreben aus, den Wünschen der Arbeitgeber zu entsprechen und nur vollwertig geeignetes, branchenkundiges Personal für die bei ihm gemeldetem freien Stellen zu beschaffen.

IV. Abteilung Künstlerhilfe.

Die Schaffung dieser Abteilung ergab sich als Folge der Notstände, von denen darstellende und bildende Künstler ~~und~~ sowie Schriftsteller im Jahre 1933 betroffen wurden. Wie alle Einrichtungen der Wirtschaftshilfe geht auch diese Abteilung von dem Grundsatz ~~Erkenntnis~~ aus, dass den von ihr betreuten Menschen nur durch die Ermöglichung einer Betätigung und nicht durch Wohlfahrtszuwendungen geholfen werden kann. Es liegt im Wesen der Tätigkeit dieser Abteilung, dass sie viel stärker als alle anderen Abteilungen in der Oeffentlichkeit bekannt ist, was wiederholt ~~sowohl~~ zu Beanstandung ~~als auch~~ und Lob in der Presse An-

lass gab. Es wurde jedoch fast immer übersehen, dass die Künstlerhilfe keine künstlerischen Absichten hat, d.h. dass ihre Tätigkeit vornehmlich darauf gerichtet ist, den beschäftigungslosen Künstlern zu einem Erwerb zu verhelfen, wobei naturgemäss schon im Interesse eines Erfolges der verschiedenen Veranstaltungen ein gewisses künstlerisches Niveau beachtet werden muss. Im Laufe der Zeit hat sich jedoch eine Form herausgebildet, von der man sagen kann, dass sie den Ansprüchen, die an künstlerische Veranstaltungen gestellt werden, entspricht. Die Künstlerhilfe ist in zahlreichen Fällen Veranstalter von Konzerten, Kabarettabenden, Theatervorstellungen, sehr häufig Förderer der freien Initiative der Künstlerschaft, indem sie die Durchführung von Veranstaltungen berät und bevorschusst, Tournéen veranstaltet und die Leistungsfähigkeit der Künstler durch Schulung und ergänzende Ausbildung hebt. Die erfreuliche Entwicklung des jüdischen Musiklebens in Berlin, namentlich die Veranstaltung von Hauskonzerten ist nur auf die Initiative der Künstlerhilfe zurückzuführen. Es kommt jedoch nicht nur darauf an, dass die Künstler Gelegenheit zum Erwerb finden, sondern gerade hier ist die psychologische Wirkung der von der Künstlerhilfe durchgeführten Veranstaltungen besonders wichtig. Der darstellende Künstler -der Schauspieler und Musiker- müssen immer wieder Gelegenheit haben, vor ihr Publikum zu treten. Zahlreiche Engagements von Künstlern nach anderen Städten Deutschlands sowie nach dem Auslande erfolgten nur dadurch, dass sie Gelegenheit hatten, in den Veranstaltungen der Künstlerhilfe aufzutreten.

Für bildende Künstler -für Maler und Bildhauer- sind die Möglichkeiten einer Hilfeleistung begreiflicherweise viel geringer, aber auch hier versucht die Künstlerhilfe helfend einzugreifen: durch Preisausschreiben, Herausgabe von Künstlerkalendern, Veranstaltungen von Ausstellungen wird auch dem bildenden Künstler Gelegenheit gegeben, seine Arbeiten dem Publikum zu zeigen.

Journalisten und Schriftsteller erhalten oft Hilfe durch Bevorschussung von Arbeiten, die Aussicht haben, bei Zeitungen oder Verlegern Annahme zu finden.

V, Wirtschaftshilfe für Selbstständige.

a). Kaufleute und Handwerker.

Diese Abteilung dient vornehmlich dem Interesse der selbstständigen Gewerbetreibenden, soweit sie in geschäftliche oder sonstige Schwierigkeiten geraten sind oder soweit Ratsuchende die Absicht haben, sich kaufmännisch oder gewerblich selbständig zu betätigen. Dort, wo Geschäfte oder Betriebe in Schwierigkeiten geraten sind, versucht die Wirtschafthilfe diese -wenn sie im Kern gesund sind- zu stützen ~~oder~~ unol zu erhalten. Durch Verhandlungen mit Lieferanten oder Zurverfügungstellung von Krediten erhalten Betriebe die Möglichkeit, den Saisonansprüchen zu genügen. Ungemein vielfältig sind die ~~Berufe~~ Berufe, die hier Rat und Hilfe finden. Kleine Kaufleute und kleine Handwerker, die bei den gegebenen Verhältnissen nicht mehr in der Lage waren, ihr Geschäft oder ihre Werkstätte weiter zu betreiben, konnten nur dank der Wirtschaftshilfe ihre Existenz aufrecht erhalten und vor Inanspruchnahme öffentlicher oder jüdischer Wohlfahrtspflege bewahrt werden.

b). Agenten und Händler.

Agenten und Händler als die wirtschaftlich schwächsten Gruppen der Selbstständigen sind besonders häufig auf die Hilfe der Gemeinde angewiesen. Der Händler, dessen Warenvorrat infolge schlechten Geschäftsganges eingeschrumpft ist, erhält hier neuen Warenkredit. Der Agent, der endlich eine lohnende Vertretung gefunden hat, aber nicht in der Lage ist, die Reisespesen zunächst zu bestreiten, findet hier die Mögdichkeit eines Ueberbrückungskredites für die ersten Monate seiner Tätigkeit. Differenzen zwischen Agenten und Fabrikanten werden hier geordnet, dem Händler der Uebergang von einer Branche zur anderen geraten und erleichtert und die Konkurrenz der Händler auf denselben Märkten untereinander nach Möglichkeit ausgeschaltet.

VI. Rechtsschutz.

Das Problem des Rechtsschutzes ist bei der Fülle neuer Gesetze und der Bestimmungen, die sich aus der neuen Organisation der ständischen Wirtschaft ergeben, ausserordentlich kompliziert. Die Abteilung Rechtsschutz bei der Wirtschaftshilfe ist in all' den Fällen zuständig, in denen es sich um Fragen des Arbeits=, Wirtschafts= oder Sozialrechts handelt. In allen anderen Fragen sind die Rechtsschutzstellen der Bezirksämter des Wohlfahrtsamts der Jüdischen Gemeinde in Anspruch zu nehmen. Gerade auf dem Gebiete des Rechtsschutzes konnte die Wirtschaftshilfe besonders segensreich wirken, sowohl durch Aufklärung und

Information über die neuen gesetzlichen Bestimmungen als auch durch Intervention bei den verschiedenen behördlichen Stellen.

VII. Sonderabteilung für Anwälte, Aerzte und Apotheker.

Bei diesen Abteilungen handelt es sich um Massnahmen, die sich aus der Ausschaltung der jüdischen Anwälte und Aerzte aus ihrem Beruf bezw. aus einem Teil der Praxis ergeben hat. Es sind jedoch im wesentlichen Einrichtungen, die von der Opferwilligkeit der noch in den Berufen tätigen Anwälte und Aerzte getragen werden. Die Wirtschaftshilfe der Jüdischen Gemeinde hat lediglich die Verwaltung und Betreuung dieser Selbsthilfeeinrichtungen, die sich namentlich bei den Aerzten besonders bewährt, übernommen. Die Tätigkeit dieser Abteilungen erfolgt im engsten Einvernehmen mit den gewählten Komitées der Angehörigen dieser Berufe.

\+ + +

Die Tätigkeit sämtlicher Abteilungen der Wirtschaftshilfe erfolgt, soweit dies irgendwie möglich ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, d.h., dass jeder Antrag zunächst nach der wirtschaftlichen Seite hin geprüft, jedes Projekt auf seine Realisierbarkeit von Fachleuten -die sich ehrenamtlich zur Verfügung stellen- begutachtet wird. Dort, wo Gelder erforderlich sind, werden grundsätzlich Bürgen verlangt und nur in besonderen Fällen, die wirtschaftlich

absolut sicher erscheinen und der Antragsteller selbst einen Teil des Risikos trägt, werden auch Darlehen ohne Sicherheiten gegeben. Grundsätzlich erfolgt jede Geldhilfe, die erforderlich ist, als Darlehn mit genau fixierten Darlehnsverträgen und festgesetzten Rückzahlungsterminen.

Die für sämtliche Abteilungen eingerichtete Einziehungsstelle hat sich ausgezeichnet bewährt. Allmonatlich fliesst ein erheblicher Teil der verausgabten Beträge als Rückzahlung wieder zurück. Aus der Tatsache, dass die ~~Höhe~~ Summe der Rückzahlungsbeträge ~~sich~~ immer ~~steigert~~ grösser wird, kann man mit Recht den Schluss ziehen, dass es der Tätigkeit der Wirtschaftshilfe in zahlreichen Fällen gelungen ist, schwankende Existenzen zu stützen und Neugründungen zu ermöglichen.

So sehr die Wirtschaftshilfe auch bereit ist, in jedem einzelnen Falle helfend einzugreifen und so sehr sie jeden Antrag auf das Genaueste prüft, darf nicht übersehen werden, dass sie nur dort wirklich helfen kann, wo es sich um Notstände handelt, für die eine wirtschaftliche Hilfe noch in Frage kommt. Dort, wo derartige Möglichkeiten nicht bestehen, setzt die Tätigkeit des Wohlfahrtsamtes der Gemeinde ein.

S.Adler-Rudel

.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Festschrift für D. Cohn
F. 33.

Über den jüdischen Sozialarbeiter.

Seit langem machen sich in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur des deutschen Judentums tiefgreifende Veränderungen bemerkbar, deren Entwicklung durch die plötzlich hereingebrochene Katastrophe zu einem vorläufigen Abschluss gekommen zu sein scheint. Seit mehr als einem Jahrhundert kämpften die deutschen Juden um die Gleichberechtigung, die ihnen gesetzlich zugesichert war, und, während sie auf vielen Gebieten sich nicht nur Gleichberechtigung, sondern häufig führende Stellung erarbeitet hatten, sind sie heute nachezu wieder in der Situation, in der sie vor der Emazipation waren, wobei noch zu betonen ist, dass der Kampf sie zermürbt und entkräftet hat.

Zur Zeit des beginnenden Wohlstandes und der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erhebung hat die jüdische Gemeinschaft sich stets mit Wohlfahrt - noch im Sinne alter jüdischer Wohltätigkeit - beschäftigt. Vereine, zumeist Frauenvereine, pflegten die Nachbarhilfe und übernahmen viele Aufgaben jüdischer Zedakah, die später, nachdem insbesondere Heime und Anstalten durch Hilfsbereitschaft und grosse finanzielle Stiftungen begüterter Familien entstanden waren, Ansätze zur heutigen Wohlfahrtspflege der jüdischen Gemeinden bildeten.

Im Laufe der letzten 15 Jahre haben sich mit der fortschreitenden Verarmung der deutschen Juden Aufgaben und Art der Wohlfahrtspflege der Gemeinden wesentlich verändert. Heute steht das Wohlfahrtsamt der Berliner jüdischen Gemeinde an erster Stelle aller jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen der Welt, vielleicht sogar aller privaten Wohlfahrtseinrichtungen überhaupt. Die gerade in diesen Tagen erfolgende Neuformung dieser Institution ist nicht nur für den Lebenswillen des deutschen Judentums symptomatisch, sondern drückt gleichzeitig den Wunsch

der Gemeinde aus, der Zeit entsprechend ihren Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Mit der Wandlung der Aufgaben jüdischer Wohlfahrtsarbeit wurden auch an die Menschen, die diese Arbeit zu leisten haben, wesentlich andere Anforderungen gestellt. Gerade diejenigen, die beruflich im Dienste der gemeindlichen Wohlfahrtarbeit xtaxxax stehen, haben wohl immer stark die Unzulänglichkeit dieser Arbeit erkannt. Die Veränderungen, die Form und Inhalt der Wohlfahrtspflege immer wieder erfahren sind ja nicht nur Folge des äusseren Geschehens, sondern gerade die Sozialarbeiter,die häufig durch Anregungen und Kritik die Veränderung schaffen helfen, drücken hier zutiefst den Wunsch aus, diese Arbeit immer wieder zu erneuern und den Erfordernissen der Stunde anzupassen.

Die Stellung des jüdischen Sozialarbeiters wird in der Öffentlichkeit kaum beachtet, sondern nur dann betont, wenn es sich um - zumeist höchst subjektive - Anerkennung oder Tadel handelt. In diesen Blättern jedoch, die nur für einen engen Kreis der Mitarbeiter des Wohlfahrtsamtes bestimmt sind,darf gerade heute einiges zu diesem Thema gesagt werden.

Der jüdische Sozialbeamte ist der Mittler zwischen der Gemeinde und ihren in Not befindlichen Mitgliedern. Das bedeutet, dass er in gleichem Masse der Gemeinde wie den jüdischen Menschen verbunden sein muss. Je schwieriger die Zeiten, umso schwerer und bedeutsamer ist seine Aufgabe. Nach beiden Seiten hat er vermittelnd,fordernd und aufklärend zu wirken. Er weiss, dass die Geldmittel der Gemeinde begrenzt sind, er xxx weiss auch, dass die Not täglich wächst, und Tag für Tag muss er erleben, dass er als Exponent der versagenden Gesellschaft von Hilfsbedürftigen angegriffen wird. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass die kargen Mittel der Gemeinde nur dort angegriffen werden

wo alle sonstigen Hilfsmittel versiegt sind, und er hat gleichzeitig die Pflicht, die Not, soweit es irgend in seinen Kräften steht, zu lindern. Ohne Abweisen und ohne Versagen kann das nicht erfolgen , und gerade hier wird sich die Kraft des Sozialarbeiters erweisen. Er muss versuchen, dem Hilfsbedürftigen den Verzicht erträglich zu machen, indem er durch seine ganze Haltung das Vertrauen des Einzelnen zur Gemeinde und ihren Einrichtungen nicht erschüttert.

Der Not der jüdischen Massen gegenüber nicht abgestumpft zu we werden, sondern vielmehr immer wieder Anteil zu nehmen am Leben aller jener, die Rat und Hilfe suchend zu ihm kommen, ist die Aufgabe des jüdischen Sozialarbeiters in dieser Zeit. Wenn er sich ihnen allen schicksalsmässig wirklich verbunden fühlt, dann findet er auch die Kraft, ihnen zugleich und der Gemeinde zu dienen. Und überall dort, wo er diese Kraft findet, reiht er sich ein in das allgemeine jüdische Schicksal, das mitzuformen er als Arbeiter in einer jüdisch-gesellschaft ichen Institution durch die tägliche Berührung mit jüdischen Menschen er berufen ist.-

Zur dritten Konferenz:

In diesen Tagen treten die deutschen Chaluzim zum dritten Mal zusammen, um über die Probleme und Aufgaben ihrer Organisation zu beraten. Es erscheint uns deshalb notwendig, die bisherige Entwicklung des Hechaluz kurz zu skizzieren und sein weiteres Arbeitsbereich für die Zukunft festzustellen.

Die Idee der Chaluziuth, d. h. die Idee der Vorbereitung für Palästina bestand in Deutschland bereits vor der eigentlichen Gründung der Chaluzorganisation. Die ersten Versuche, sie in die Wirklichkeit umzusetzen, finden wir bereits im Praktikantenbund, der wesentliche Erfolge nicht haben konnte, da er sowohl in seiner Zusammensetzung als auch in der von ihm betriebenen beruflichen Vorbereitung einseitig und auf einen bestimmten engen Kreis von Menschen begrenzt war. Seine Begrenztheit war im wesentlichen dadurch bedingt, dass er fast nur mit den Menschen der Jugendbewegung rechnete, und dass er bei der praktischen Vorbereitung sein ganzes Interesse der landwirtschaftlichen Berufsausbildung zuwandte. Er machte nie den Versuch, über den Rahmen der Jugendbewegung hinaus neue Menschen für die Idee zu gewinnen und standoch allen wesentlichen Fragen der palästinensischen Arbeiterschaft fremd gegenüber.

Der zweite Versuch einer praktischen Organisierung des Chaluz war das Chaluzsekretariat der Z.V.f.P., dessen Misserfolge noch grösser und offenkundiger sind als die des Praktikantenbundes. Das Chaluzsekretariat der Z.V.f.P., das als bürokratische Einrichtung dafür sorgen sollte, dass die Chaluzim, die sich für Palästina vorbereiteten, be-

raten werden und Stellen erhielten, konnte keinen Erfolg haben, weil rein bürokratische Einrichtungen einer solchen Arbeit überhaupt nicht gewachsen sind. Es fehlte ihm nicht nur die Beziehung zur palästinensischen Wirklichkeit, sondern auch tieferes Verständnis und innere Beziehung zu den Menschen, die sich an das Sekretariat um Rat wandten. Dieser Mangel ist nicht in der Besetzung des Sekretariats zu suchen, sondern in der Tatsache, dass eine so komplizierte und problematische Arbeit, wie es die Chaluzarbeit ist, in der Luft der Schreibstube überhaupt nicht gedeihen kann. Es muss ihr an jener unmittelbaren Lebendigkeit und Intensität fehlen, die einer Bewegung, welche ihre Aufgaben allein aus sich heraus erledigt, inne wohnt.

Aus diesem Grunde kam die Chaluzarbeit aus dem Experimentieren nicht heraus, ohne auf grössere Erfolge hinzuweisen oder auf eine grössere Zahl Menschen hinweisen zu können, die durch ihre Tätigkeit zu wirklich produktiven Elementen wurden und als solche nach Palästina gehen konnten.

Der Initative der palästinensischen Arbeiterschaft und der Tatsache, dass sie Menschen nach Deutschland schickte, die die schwierige Arbeit der Organisierung der Chaluzim in die Wege leiteten, ist es zuzuschreiben, dass aus den Experimenten und bestehenden Anfängen, die vorher skizziert wurden, die Organisation der deutschen Chaluzim entstand. Erst die Menschen, die aus Palästina und von der Arbeiterschaft kamen, waren in der Lage, der jüdischen Jugend in Deutschland den Weg zu zeigen, den sie gehen muss, wenn sie sich wirklich produktiv und wirklich schöpferisch an dem Aufbauprozess des arbeitenden Palästinas beteiligen will.

Der Kreis dieser Menschen musste möglichst weit gezogen werden. Es durfte sich nicht mehr um die Elemente der Jugendbewegung allein handeln, sondern um alle Menschen, die in irgend einer Beziehung zum arbeiten-

den Palästina standen, also sowohl um jene, die aus der Jugendbewegung kamen, als auch um die, die den sozialistisch-zionistischen Parteien angehörten.

Es war die grosse Tat der 1. Chaluzkonferenz, dass sie es allen diesen Elementen, die früher in keiner Beziehung zu einander standen, ermöglichte, zusammenzukommen und ein Programm für eine gemeinsame Arbeit zu finden. Voraussetzung einer gemeinsamen Arbeit musste in erster Reihe das Bekenntnis zur palästinensischen Arbeiterschaft sein, die bis dahin vielen Menschen aus der Jugendbewegung unbekannt war. Die meisten von ihnen hörten wohl bei dieser Konferenz zum ersten Mal eine sachliche und ernsthafte Auseinandersetzung über die Probleme der Arbeiterschaft und über ihre Rolle beim Aufbau.

Das erste Arbeitsjahr der neu gegründeten Organisation galt im wesentlichen ihrem organisatorischen Ausbau. Die Grundlage der Organisation wurde geschaffen, die einzelnen Tätigkeitsgebiete abgegrenzt und erst allmählich konnte die praktische Arbeit anfangen. Die Beschäftigung mit dem praktischen Aufbau und die Erfordernisse der täglichen Arbeit verhinderten es, dass schon im ersten Jahr jene Ideologie und jener innere Zusammenhang geschaffen werden konnte, der gerade die Chaluzbewegung im Osten so ausserordentlich stark macht. Der Einfluss der deutschen Umwelt und die überwiegende Beschäftigung mit rein organisatorischen Fragen machten eben den inneren geistigen Aufbau der Bewegung unmöglich.

Die zweite Konferenz, die Anfang 1924 stattfand, bedeutete zweifellos einen Schritt vorwärts, denn sie versuchte bereits, den Resolutionen und Beschlüssen den papiernen Grundsätzen der 1. Konferenz Leben und Inhalt zu geben. Noch aber war die Chaluzbewegung für eine derartige Belebung ihrer eigenen Arbeit nicht reif, noch waren die Meinungen

nicht geklärt, noch bestanden Misstrauen und Fremdheit zwischen den einzelnen Gruppen, ob sich hier zu einer gemeinsamen Arbeit zusammenfanden. Die zweite Konferenz konnte in einem gewissen Sinne den Abschluss der organisatorischen Arbeit bedeuten. Die Organisation steht nunmehr fest; jetzt erst wird es möglich, der Chaluzbewegung jenen Inhalt und jene Idee zu geben, die sie haben muss, wenn sie nicht zu einer leeren Organisation fur Berufsvorbereitung werden soll. Um dies zu verhindern, ist es notwendig, dass die diesjährige Konferenz zu drei wichtigen Fragen eindeutig und klar Stellung nimmt.

Wir haben in der Einleitung auf die Misserfolge des Chaluzsekretariats hingewiesen. Trotz dieser offenkundigen Misserfolge besteht das Chaluzsekretariat weiter, zwar nicht als selbstandige Einrichtung, sondern in intimsten Zusammenarbeit mitder Chaluzorganisation. Die Tatsache der Zusammenarbeit, die an sich zu begrüssen ist, schafft aber den Eindruck, als ob die ganze Chaluzorganisation eine Institution der Z.V.f.P. wäre. Dem ist aber nicht so. Der Chaluz ist eine selbstandige und nach jeder Richtung hin unabhängige Organisation, in der sich die verschiedensten Kreise der judischen Jugend Deutschlands zu einer gemeinsamen Arbeit zusammengefunden haben, zum Teil auch solche Menschen, die in keinem organisatorischen Verhältnis zur Z.V.f.P. stehen. Die wichtige undschwere Arbeit der beruflichen und erzieherischen Vorbereitung für Palästina kann nur im Rahmen einer solchen, nach jeder Richtung hin selbstandigen Organisation geleistet werden. Jede Beschränkung und jede Rücksicht auf andere Organisationen müssen diese Arbeit erschweren, ja sogar ihre Erfolge in Frage stellen. Die Tendenz des Chaluz muss dahin gehen, zur alleinigen Organisation aller nach Palästina tendierenden, arbeitenden Menschen zu werden, sie muss in der Lage sein, den Anforderungen der verschiedensten

Kreises entsprechen zu können. Dies ist nur dann möglich, wenn die Organisation sorgfältigst darauf bedacht ist, ihre Autonomie und ihre Selbständigkeit zu wahren.

Die Situation des Zionismus in Deutschland lässt eine einheitliche Geldaufbringung und Finanzierung der verschiedenen Arbeiten notwendig und möglich erscheinen. Der Chaluz, dessen Budget aus dieser einheitlichen Finanzierungsstelle, in diesem Falle der Keren hajessod, gedeckt wird, darf den geldgebenden Institutionen keinen Einfluss ausser der Kontrolle der Geldausgaben, die selbstverständlich und notwendig ist, einräumen. Darüber hinaus aber muss er in all seinen Entschlüssen vollständig frei und unabhängig bleiben. Es wird deshalb notwendig sein, festzustellen, wie weit ein Bedarf an der Existenz eines selbständigen Chaluzsekretariats der Z.V.f.D. gegeben ist. Für jeden Kenner der Verhältnisse ist es klar, dass es sich hier nur um einen fiktiven Begriff handelt, denn dieses Chaluzsekretariat ist nicht in der Lage, ohne die Chaluzorganisation auch nur die geringste Arbeit zu leisten. Es wird deshalb notwendig sein, die Aufforderung nach Auflösung dieser fiktiven Einrichtung zu stellen und gleichzeitig zu fordern, dass alle mit der Hachscharah und allijah arbeitender Menschen im Zusammenhang stehende Fragen und Aufgaben der Chaluzorganisation zur Lösung zugewiesen werden. Die Frage der Kontrollmöglichkeit der Finanzgebarung wird dadurch nicht berührt, sie ist im wesentlichen eine technische, für die zweifellos eine alle befriedigende Lösung zu finden sein wird.

Schwieriger und komplizierter ist die Frage der Stellung des Chaluz zu den zionistischen Jugendbünden bezw. zu den Menschen, die aus der Arbeiterbewegung kommen. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die Jugendbünde einen intrigierenden und wichtigen Bestandteil der Chaluz-

organisation bilden. Trotz aller Bemühungen ist es aber zu einer wirklich gedeihlichen Zusammenarbeit nicht gekommen, da die einzelnen Bünde noch immer Sonderaufgaben zu erfüllen müssen glauben, die in das Gebiet der Chaluzarbeit hineingehören. Genau wie die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Chaluzorganisation in ihrem Verhältnis zur Z.V.f.D. gefordert wird, muss auch eine Unabhängigkeit in dem Verhältnis zu den Jugendbünden gesichert werden. Die Jugendbünde sind das Menschenreservoir der Chaluzorganisation, es ist Aufgabe und Pflicht des Chaluz, jene Menschen, die aus der Jugendbewegung kommen, voll und ganz in die Chaluzarbeit einzubeziehen. Die Jugendbünde ihrerseits müssen darauf verzichten, ausser ihrer Beteiligung im Chaluz noch selbständig praktische Hachschareh-Aufgaben zu erledigen. Die Existenz von Praktikantenämtern und Stellenvermittlungen bei den Jugendbünden ist überflüssig und nutzlos, zum Teil in einem ähnlichen Sinne fiktiv, wie das Chaluzsekretariat der Z.V.f.D.. Wenn die Jugendbünde sich eindeutig zum Chaluz bekennen, dann müssen sie auch diese fiktiven Institutionenauflösen und alle mit ihnen zusammenhängenden Aufgaben der Arbeit des Hechaluz einverleiben. Während in den letzten zwei Jahren die Jugendbewegung oft den Vorrang vor dem Chaluz hatte, muss jetzt mit dieser Situation eindeutig Schluss gemacht werden. Der Chaluz ist kein Instrument der Jugendbwegung, sondern eine höhere Stufe ihrer Entwicklung, ein Schritt vorwärts zu dem Ziele, das jene Menschen aus der Jugendbewegung sich gesteckt haben, die zum Chaluz kommen. Es ist deshalb die Pflicht des Chaluz dafür zu sorgen, dass die Menschen sich voll und ganz auf seine Arbeit einstellen. Von den Jugendbünden muss gefordert werden, dass sie dieser Tatsache Rechnung tragen und anerkennen, dass der Chaluz einen Schritt weiter bedeutet und dass sie all ihre Interessen denen des Chaluz unterordnen müssen.

Es handelt sich hier nicht um irgend welche organisatorischen Dinge, sondern um die innere Einstellung der Jugendbewegung zum Chalus, die noch immer eine mehr dekorative ist. Dieser Zustand ist eine Folge der eigenartigen Struktur der jüdischen Jugendbewegung in Deutschland und der ihr inne wohnenden Idee. Von entscheidender Bedeutung in dieser Frage ist die Stellung zur Idee der bündischen und landsmannschaftlichen Siedlung. Dieses Problem hat in den Kreisen der jüdischen Jugendbewegung Deutschlands und des Chaluz eine weit grössere und lebhaftere Diskussion hervorgerufen als in allen anderen Ländern. Wenn auch zugegeben werden muss, dass die Frage der landsmannschaftlichen oder bündischen Siedlung gerade für den deutschen Chaluz ausserordentlich wichtig und kompliziert ist, so muss doch vor einem Fehler gewarnt werden, der den Diskussionen über dieses Problem zu Grunde liegt. Der Fehler besteht darin, dass die deutschen Chaluzim, diesich für die bündischen und landsmannschaftlichen Siedlungen einsetzen, die Dinge in Palästina ausschliesslich vom Standpunkte der in Deutschland lebenden Chaluzim betrachten; sie übersehen dabei, dass im Verhältnis zur starken Alijahund im Verhältnis zum Aufbau Palästinas die deutschen Chaluzim nur einen sehr kleinen Teil bedeuten und dass es deshalb nicht angeht, die Probleme des Aufbaus und die Frage des Zusammenlebens und Sicheinlebens in Palästina nur von diesem deutschen Gesichtspunkt aus zu betrachten. Es soll anerkannt werden, dass den deutschen Chaluzim viel grössere Schwierigkeiten in Palästina entgegenstehen als jenen, die aus dem Osten kommen. Es fragt sich nun, ob die Bedeutung der deutschen Chaluzim eine sow grosse ist, dass man daraus ein Problem für Palästina konstruieren darf, dass man daraus die

ohnehin schwierige Aufgabe des Aufbaus noch mehr komplizieren soll. Es erscheint notwendig, in diesen Dingen etwas mehr Bescheidenheit verlangen, von den deutschen Chaluzim zu fordern, dass sie der Tatsache Rechnung tragen, dass sie sich den Verhältnissen Palästinas anpassen müssen und nicht dass Palästinasihren Wünschen in einem so weiten Masse Rechnung trägt, dass ihretwegen bestimmte Kolonisationsformen gemacht werden. Denn dies bedeutet eine Verschwendung von Kräften und Geldmitteln, die in keinem Verhältnis zu einem evtl. Erfolg stehen, schon abgesehen von all den anderen Gefahren, die die landsmannschaftlichen oder bündischen Siedlungen in sich tragen.

Die Stellungnahme zur landsmannschaftlichen Siedlung darf zwar kein Kriterium für die Zugehörigkeit zur Chaluzorganisation sein aber es ist Pflicht und Aufgabe des Chaluz, diese Dinge zu klären und eine Entscheidung herbeizuführen.

Im Zusammenhang mit dieser Frage steht auch die Frage des Verhältnisses undeder Beziehung zur palästinensischen Arbeiterschaft und zur Histadruth haklalith. Sowohlwie erste als auch die zweite Konferenz des Chaluz haben in mehr oder weniger gut gefassten Resolutionen ihr Bekenntnis zur Arbeiterschaft abgelegt und erklärt, dass der deutsche Hechaluz sich als organisatorisches Glied der allgemeinen Arbeiterorganisation betrachtet. Diese Erklärungen,so gut sie auch gemeint waren, haben gerade in den Kreisen der Jugendbewegung nicht jene Konsequenzen zur Folge gehabt, die unbedingt gefordert werden müssen. Wenn wir früher verlegt haben, dass der Chaluzorganisation das Primat über die Jugendbünde gegeben wird, so ist diese Forderung hier noch entschiedener zu stellen. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, die jedes Mitglied der Chaluzorganisation sofort nach seiner Ueber-

fahrt nach Palästina in die Reihen der Arbeiterschaft führen. Auch hier geht es nicht um Resolutionen oder Beschlüsse, sondern um das Problem einer Erziehung der Chaluzim, die in ihrer Consequenz die sofortige Einreihung in die Histædruth haben muss. Aufgabe der Konferenz muss es also sein, Wege zu suchen, durch die die diesjährigen Deklarationen verwertet werden können. Hier muss eindeutig und klar festgestellt werden, dass die Histædruth haklalit in Palästina ein Ziel ist, zu dem alle Chaluzim streben müssen, dass sie nach ihrer Uebersiedlung frei von allen Bindungen sich ausschliesslich der grossen Arbeiterorganisation zuwenden müssen. Eine zweite Frage ist es, wie weit es möglich sein wird, im Rahmen der Arbeiterorganisation noch Beziehungen und Bindungen mit der Jugendbewegung aufrecht zu erhalten. Denn der Chaluz von sich aus stellt keinerlei weitere Forderungen an seine Chawerim, die nach Palästina gehen und sich der Arbeiterorganisation angeschlossen haben. Hier hören seine Aufgaben auf. Auch die Jugendbewegung wird anerkennen müssen, dass mit der Ueberfahrt nach Palästina ein grosser Teil ihrer Erziehungsaufgaben erledigt ist und dass sie ihren Menschen eine möglichst weitgehende Freiheit geben undes ihnen überlassen muss, in welcher Weise sie Beziehungen zu ihrer Vergangenheit aufrechterhalten wollen.

Es darf nicht mehr vorkommen, dass einzelne Chaluzim oder ganze Gruppen aus irgend welchen Gründen, mögen sie noch so berechtigt erscheinen, für dauernd oder vorübergehend aus dem Kreis der Arbeiterorganisation ausscheiden. Dass solche Dinge möglich waren, ist ein Beweis, dass Fehler in der Erziehung, sei es in der Jugendbewegung, sei es im Chaluz vorhanden sind, Fehler, die im Interesse desAufbaus, im Interesse der Arbeiterschaft beseitigt werden müssen.

Die Arbeiterschaft und ihre Organisationen sind sozialistisch.

Daraus folgt, dass der Chaluz, wenn er sich als ein Teil der Arbeiterschaft bekennt, in politischen Dingen nicht wie bisher neutral bleiben darf, sondern dass er in der Erziehung seiner Chawerim mit dieser Tatsache rechnet, sie der sozialistischen Idee näher bringt, sie mit den Fragen der internationalen Arbeiterbewegung bekannt macht, damit sie nach ihrer Ueberfahrt in die Lage versetzt werden, selbständig zu entscheiden, für welche sozialistische Partei oder Gruppe sie sich erklären. Neben den Fragen der allgemeinen Erziehung, der Tarbutarbeit muss das Problem einer sozialistischen Erziehung der Chaluzim ernsthaft erörtert und einer praktischen Lösung zugeführt werden.

Wie wir also gesehen haben, handelt es sich darum, Fragen, die im Laufe der zwei Jahre gereift sind, einer endgültigen Lösung zuzuführen. Daneben müssen aber auch die organisatorischen Grundlagen der Chaluzorganisation revidiert und festgelegt werden bezw. es müssen aus dem oben gesagten die organisatorischen Konsequenzen für die Chaluzorganisation gezogen werden. Das gilt insbesonderefür die Zusammensetzung der Ortsgruppen und ihr Verhaltnis zum Merkas. Auch diese Dinge bedürfen einer Klärung und zwar erstens über die Zusammenarbeit der Chaluzim der Bünde mit denen der Ortsgruppen. Hier muss ein für alle Mal klar festgestellt werden, dass es in jeder Stadt nur eine Ortsgruppe geben darf, und dass alle Chaluzim verpflichtet sind, in dieser Ortsgruppe aktiv mitzuarbeiten. Von den Bünden und Parteien muss verlengt werden, dass sie ihren Mitgliedern, die dem Chaluz angehören, die Möglichkeit gibt, dies zu tun, dass sie sie nach Möglichkeit von anderen Arbeiten entlasten, damit sie ihre Kräfte voll undganz der Arbeit in den Chaluzortsgruppen zur Verfügung stellen können. Darüber hinaus muss

die Arbeit in den Ortsgruppen selbst organisatorisch geregelt werden, die Frage der Mitgliedschaft, der Wahl des Waad und das Verhältnis der Ortsgruppen zum Merkas müssen geklärt undin einem organisatorischen Statut festgelegt werden.

Die Konferenz steht vor einer Fülle schwerer und wichtiger Aufgaben, die gelöst werden müssen, wenn der Chaluz die Möglichkeit haben soll, sich auszudehnen, neue Menschen zu gewinnen und seine Arbeit zu vergrössern. Zu wünschen ist, dass die Delegierten, die zur Konferenz kommen werden, sich der Verantwortung, die sie übernehmen, bewusst sind und dass nach Möglichkeit versucht wird, bei den Debatten zu all diesen Fragen nicht das fremde, sondern das einigende hervorzuheben. Wenn dies gelingt, dann zweifeln wir nicht daran, dass auch die diesjährige Konferenz den deutschen Chaluz einen Schritt näher seinem Ziele bringen wird.

26.6.34

Arbeitnehmerschaft und Erwachsenenbildung

von S.Adler-Rudel

(Notizen zur Rede in Herrlingen)

I.

Die heutige Zusammenkunft ist den Fragen der Erwachsenenbildung gewidmet. Wenn ich den Kreis der Teilnehmer ansehe, so glaube ich, dass mindestens 60% der hier Versammelten auch bei jeder anderen Tagung, die sich mit jüdischen Fragen -sei es wirtschaftlicher, wohlfahrtspflegerischer oder kultureller Natur beschäftigt- anwesend wären. D.h. Thema und Inhalt der Tagung würden sich wohl ändern, die Menschen jedoch bleiben dieselben. Diese Feststellung erscheint mir deshalb notwendig, weil sie ein Beweis dafür ist, wie arm das jüdische Leben an Menschen geworden ist, wie sehr die Verbeamtung der gesellschaftlichen Tätigkeit um sich gegriffen hat, und wie schwach jene frei und nichtbeamteten Kräfte in der jüdischen gesellschaftlichen Tätigkeit zur Geltung kommen. Daraus folgt, dass wir bei all unseren Unterhaltungen den Boden der Realität nicht verlassen dürfen und nicht Beschlüsse fassen, zu deren Ausführung es uns nicht nur an materiellen Mitteln, sondern auch an Menschen fehlt.

II.

Es ist hier von der Krise, die wir erleben, gesprochen worden und wie sehr das Jahr 1933 das deutsche Judentum erschüttert hat. Das Gefühl der Sicherheit, das das deutsche Judentum in den letzten 50 Jahren hatte, diese Sicherheit als Folge freier

wirtschaftlicher Betätigung und ausserordentlich günstiger wirtschaftlicher Lage, ist endgültig verschwunden. Es wäre aber falsch zu glauben, dass dies nur eine Folge der Ereignisse des Jahres 1933 war. Die Krise des deutschen Judentums -namentlich ihre wirtschaftliche Krise- sie war schon früher da. Das Jahr 1933 hat lediglich einen bereits bestehenden Zustand legalisiert, von dessen Vorhandensein das offizielle Judentum nur keine Notiz nehmen wollte. Lebte das deutsche Judentum nicht Jahrzehntelang isoliert vom jüdischen Volkskörper, wären wir eingeschaltet in die grosse Gesamtheit dessen, was man jüdisches Volk nennt, so wäre die Erschütterung nicht so arg, wären wir von den Ereignissen nicht so niederschmetternd getroffen und nicht so verzweifelt, wie es heute zu sein scheint.

III.

Das geistige Gesicht des deutschen Judentums bis zum Kriege war im wesentlichen bestimmt von seiner Sozialgliederung. Es war bürgerlich im guten Sinne des Wortes. Der Akademiker und der wohlhabende Kaufmann drückten dem gesamten jüdischen Leben den Stempel ihrer sozialen Stellung auf. Der Akademiker führte und lehrte, der Bürger finanzierte in reichem Maasse alle die gesellschaftlichen Erfordernisse der Juden; der Kleinbürger, der mittlere und kleine Kaufmann, sie waren Zuhörer bei Veranstaltungen und Objekte gesellschaftlicher Massnahmen, ohne selbst allzu sehr in Erscheinung zu treten.

Neben dem Akademiker und dem besitzenden Bürger, neben dem auch noch in wirtschaftlicher Sicherheit lebenden Kleinbürger

gab es schon vor dem Jahre 1914 im deutschen Judentum eine breite proletarische Schicht: die Gruppe der kleinen Angestellten und der Arbeiter. Eine Schicht, die vom offiziellen Judentum und seinen bürgerlichen Wortführern so gut wie nicht beachtet wurde, es sei denn, dass sie als Objekte für die Philanthropie des jd. Bürgertums in Frage käme, wobei es hier gleichbleiben mag, ob es sich um materielle oder geistige Philanthropie handelt.

Für die jüdische Gesellschaft existierte diese proletarische Schicht überhaupt nicht. In den Gemeinden war sie nicht zu sehen, selbst das allgemeine Wahlrecht, das nach dem Kriege bei den Gemeinden eingeführt wurde, hat daran nichts geändert. Hier hat das deutsche Judentum, das sich sonst so gern an die nichtjüdische Umwelt assimilierte, sich nicht assimiliert, d.h. während nach dem Kriege die proletarische Schicht im öffentlichen Leben Deutschlands in der Wirtschaft und in der Politik in einem ungeheuren Ausmasse zur Geltung kamen, ist diese Schicht im jüdischen Leben -mit Ausnahme weniger Intellektueller, die den Versuch einer jüdischen Betätigung machten- genau so stumm und unbekannt geblieben, wie vor dem Kriege. Ja, Männer, die im öffentlichen Leben Wortführer fortschrittlicher und neuer Ideen waren, vertraten, sobald sie im Kreise der jüdischen Gemeinden zu Worte kamen, meist rein konservative und reaktionäre Politik, wobei sich hier eine seltene Uebereinstimmung zwischen den Wortführern der feindlichen Lager -liberalen und zionistischen Repräsentanten- ergab.

IV.

Die proletarische Schicht existierte zwar, doch jüdisch war sie verloren. Sie war am stärksten von der Assimilation ergriffen. Hereingestellt in die moderne Arbeiterbewegung, gewerkschaftlich und politisch Partei der Arbeiterschaft, verlor sie jeden Zusammenhang mit der jüdischen Gemeinschaft, musste ihn verlieren, weil diese ~~Gewerkschaften~~ Gemeinschaft sich ausschliesslich religiös bekannte, während vor und nach dem Kriege die jüdischen Arbeitnehmer, die sich der allgemeinen Arbeiterbewegung angeschlossen hatten, freigeistigen Ideen anhingen und jede religiöse Bindung ablehnten. Der so stark unterstrichene religiöse Inhalt des liberalen Judentums musste daher die proletarische Schicht der jüdischen Gemeinschaft ganz entfremden. Fand diese Schicht nicht nur ihre wirtschaftlichen Interessen bei den allgemeinen Vereinigungen der Arbeiterschaft gewahrt, sondern auch ihr geistiges und gesellschaftliches Leben führte sie viel enger und viel mehr mit dem nichtjüdischen Arbeitskollegen als mit dem jüdischen Bürger zusammen. Der gesellschaftliche Gegensatz zwischen Bürger und Arbeiter kam bei den Juden besonders stark zum Ausdruck, weil der Bürger auch von sich aus von der Existenz des jüdischen Arbeiters keine Notiz nehmen wollte und ihn als gesellschaftlichen Faktor ablehnte. Je mehr die jüdischen Arbeitnehmer innerhalb der allgemeinen Arbeiterbewegung Fuss fassten, je mehr sie wirtschaftlich und gesellschaftlich sich dort verankerten, umso mehr lösten sie die Bindungen zur jüdischen Gemeinschaft. So kam es, dass gerade in Kreisen der Arbeitnehmerschaft die Mischehen besonders stark vertreten waren, dass Austritte aus der jüdischen

Die Geschehnisse hatten bei zahlreichen losen jüdischen Arbeitnehmern, namentlich aber bei jenen, die eine gewisse führende Stelle innerhalb der allgemeinen Arbeiterbewegung inne hatten, eine wirklich ehrliche Erschütterunghervorgerufem. Aus innerer Not und innerem Bedürfnis heraus besannen sie sich auf den Ursprung ihrer Herkunft; ehrlich, suchten sie nach einer Beziehung zum Judentum, nach der Möglichkeit einer Rückkehr ins Judentum und zur jüdischen Gemeinde; wieder nicht nur aus materieller Berechnung, sondern aus dem ehrlichen Bedürfnis heraus nach Gemeinschaft mit all' denen, die gleich ihnen aus allen Lebenserscheinungen des deutschen Volkes ausgeschaltet wurden.

VI.

Innerhalb der jüdischen Gesellschaft nahm die jüdische Jugendbewegung eine besondere Stellung ein. Auch sie war im wesentlichen eine Vereinigung bürgerlicher Menschen. Die Tatsache, dass dem neutralen jüdischen Jugendverband vor dem Kriege in den kleineren Städten auch jüdische Angestellte angehörten, ändert nichts an der allgemeinen Charakterisierung der Stellung der jüdischen Arbeitnehmerschaft, die wir früher gegeben haben. Nach dem Kriege veränderte sich auch die jüdische Jugendbewegung in mancher Hinsicht. Noch immer waren ihre Führer und ihre Mitglieder Kinder des bürgerlichen Judentums. Ergriffen jedoch von den Zeitströmungen der Nachkriegsjahre versuchten die verschiedensten Kreise der jüdischen Jugendbewegung in immer stärkerem Maasse einen Ausgleich zwischen ihrer Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinschaft

und den umwälzenden Erscheinungen, die das Leben der Allgemeinheit beherrschten. Wenn sie auch in immer stärkerem Umfange den sozialen Tendenzen der Zeit anhingen, so wurde ihre Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinschaft für sie bestimmend und immer wieder war es die Jugendbewegung aller Richtungen, die darum kämpfte, in der jüdischen Gemeinschaft gehört zu werden und den sozialen Veränderungen auch in den jüdischen Gemeinden zum Durchbruch zu verhelfen. Diese jungen Menschen, die zum Teil sehr unter dem Einfluss der palästinensischen Wirklichkeit früher als ihre Väter die Brüchigkeit der Wirtschaftsposition der Juden erkannten und für ihre berufliche Zukunft Entscheidungen trafen, die den bisherigen Gepflogenheiten des jüdischen Bürgertums diametral entgegengesetzt waren, erfuhren nun auch am eigenen Leibe die Verdrängung aus der Wirtschaft; sie erkannten mit den Jahren immer stärker die Eigenartigkeit der Galuth-Situation der Juden.

VII.

Die berufliche Umschichtungsbewegung, von der heute das gesamte deutsche Judentum ergriffen ist, ist nicht nur eine Folge der veränderten Verhältnisse des Jahres 1933. Bereits nach dem Kriege begann in der jüdischen Jugend, stark beeinflusst durch die Möglichkeit einer Einwanderung nach Palästina, ein tiefgreifender Umschichtungsprozess, in dessen Verlauf tausende junger Menschen, meist gegen den Willen ihrer Väter, sich landwirtschaftlichen und handwerklichen Berufen zuwandten.

Die Umschichtungsbewegung der Gegenwart jedoch stellt uns insofern vor ganz andere Aufgaben, als es sich nicht mehr darum handelt, in einem allmählichen Prozess, der bei der Jugend einsetzt, jüdische Menschen anderen bisher von ihnen nicht ausgeübten Berufen zuzuführen, sondern dass gleichzeitig erwachsene Menschen, die bisher in einem ganz anderen Lebensraum tätig waren, sich nun in einer verhältnismässig kurzen Zeit auf eine ganz fremde berufliche Tätigkeit umstellen mussten. Dies hat zur Folge, dass im jüdischen Leben Deutschlands ein ganz neuer und bisher fremder Typus heranwächst, der seine eigene Problematik und seine eigenen Schwierigkeiten hat, denn es handelt sich hier nicht nur darum, dass tausende Menschen in der kurzen Zeit eines Jahres eine Anzahl technischer Handgriffe lernen, sondern vielmehr um die Erkenntnis der Veränderung ihres gesamten Lebensstandards und des Inhalts ihres Lebens. Dies wird für sie erschwert dadurch, dass ihnen jegliche Arbeitstradition fehlt, dass sie kein Verständnis für Material und Werkzeug haben, dass sie noch kein Gefühl dafür haben, dass Holz und Eisen nicht tote Stoffe sind, die durch Fertigkeit des Menschen belebt werden können. Ihnen fehlt das Verständnis dafür, welchen Weg der Baumstamm durchmacht, bis er als vollendetes Möbelstück in unserem Zimmer landet. Ihnen geht noch jenes befreiende Gefühl ab, das den Arbeiter durchströmt, wenn er sich des schöpferischen Wertes seiner Arbeit bewusst ist.

VIII.

Hier geht es nun darum, diesen Menschen auf dem Wege der Bildung das zu geben, was ihnen an Tradition und Erfahrung fehlt und was in der kurzen Zeit innerhalb ihres Ausbildungsbetriebes

von ihnen nicht erworben werden kann. Diesen ungeschulten Menschen die Erkenntnis ihrer Situation, das Neue ihres Lebens darzustellen, ihnen das Wissen von den Dingen, an denen sie arbeiten zu vermitteln, scheint mir in dieser Zeit eine der wichtigsten Aufgaben der Erwachsenenbildung, wobei nicht übersehen werden darf, dass es sich mehr als um die Vermittlung schulmässigen Wissens handelt, dass es sich um die Neuformung von Menschen handelt, die reif gemacht werden müssen, um in einem anderen Lebensraume als dem bisher gewohnten bestehen zu können. Als Beispiel dafür, wie diese Arbeit geleistet werden muss, kann jener zweite Teil der Umschichtler herangezogen werden, die sich aus ihrer jüdischen Einstellung heraus beruflich für Palästina vorbereiten. Hier, unter dem Einfluss der Idee der Chaluzjud, entwickelt sich in der Tat ein ganz neuer jüdischer Typus. Menschen, die wissen, dass ihre berufliche Umstellung nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt, sondern dass am Ende ihrer Ausbildung auf sie ein Ziel wartet; Menschen, die wissen, dass das Leben, das ihrer harrt, schwer sein wird, die jedoch ganz erfüllt sind von jener Leidenschaft, an der Neugestaltung jüdischen Lebens in Palästina mitzuarbeiten, die so viel Schwierigkeiten des Lebens leichtüberwinden lässt. Genau so wie innerhalb der Chaluz-Bewegung immer wieder versucht wird, den Menschen ganz zu erfassen, und ihn ganz auf das ihm gesteckte Ziel umzustellen, genau so müsste auch jener Mensch erfasst werden, der nicht die Absicht hat, nach Palästina zu gehen, sondern glaubt, in Deutschland bleiben zu können oder bleiben zu müssen.

IX.

Wie sind nun diese Menschen, die in Deutschland bleiben wollen, zu erfassen? Nach dem, was ich hier im Laufe der zwei Tage gehört habe, scheint es mir wichtig zu sein, zunächst festzustellen, wie diese Menschen im Rahmen der Erwachsenenbildung nicht zu erfassen sind. Sie sind nicht zu erfassen durch Barmherzigkeit, wie sie hier manchen vorschwebt. Sie sind nicht zu erfassen durch religiöse Erbauung und sie sind nicht zu erfassen durch Wohltätigkeit. Die letzten, die als Träger der Bildungsarbeit in Frage kommen, sind, um es ganz deutlich zu sagen, die Herren Rabbiner, denn die Menschen, um die es sich handelt, -sowohl jene, von denen ich früher sprach, als auch jene, die sich in der Umschichtung befinden- das sind Menschen unserer Zeit, Menschen, die in ihrer persönlichen Einstellung fern von Gott sind und einen Gott, wie er ihnen durch ~~persönliche~~ religiöse Predigt und durch Rabbiner vermittelt wird, werden sie immer ablehnen. Menschen unserer Zeit können nur aus dem Erlebnis der Zeit und aus dem, was in ihnen aus dem letzten Jahrzehnt vorhanden ist, erfasst werden. Sie können nur dann erfasst werden, wenn ihre Initiative geweckt wird, Versuche der Selbsthilfe gefördert werden und ihnen der Weg zum jüdischen Volk geebnet und erleichtert wird.

X.

Die Aufgabe, die der Erwachsenenbildung hier gestellt wird, ist ausserordentlich, aber zu leisten heute eher als zu irgend-

einem Zeitpunkte vor dem 1.April 1933. Aber nur dann, wenn man diese arbeitenden Menschen von dem Gefühl der Vereinsamung und Isolierung, in dem sie sich als deutsche Juden befinden, befreit und ihnen zeigt, dass sie nur ein Teil sind jenes grossen jüdischen Volkes, zu dem 16 Millionen Menschen gehören. Wenn man sie hineinstellt in den Kreis der jüdischen Arbeiterbewegung der Welt, wenn sie zu einem Teil werden jener jüdischen Arbeiterschaft, die sich aus Millionen Menschen zusammensetzt -über den europäischen Osten nach Amerika und Palästina. Um dies zu können, muss man verstehen, dass man brechen muss mit jener Erkenntnis, die im Judentum nur eine religiöse Gemeinschaft sieht und dass man selbst davon überzeugt sein muss, um wieviel mehr Judentum als nur religiöse Gemeinschaft wichtig ist. Dann wird man auch verstehen, dass, wenn man z.B. von der Notwendigkeit der Kenntnis jüdischer Geschichte spricht, es sich nicht so abspielen darf, wie hier, dass man am liebsten 2000 Jahre zurückgeht und wenn man schon fortschrittlich ist, glaubt, nur 1000 Jahre zurückgehen zu dürfen. Jüdische Geschichte diesem Kreis beizubringen kann man nur dann, wenn man von dem historischen Ablauf der Gegenwart ausgeht und jenen Teil jüdischer Geschichte zunächst behandelt, der den Menschen unserer Zeit verständlicher und begreiflicher ist. Nicht vergessen werden darf dabei die grosse Bedeutung der jüdischen Arbeiterliteratur in hebräischer und jiddischer Sprache. Diese Literatur muss auch dem deutsch-jüdischen Menschen zugänglich gemacht werden, denn aus ihr wird man ja am besten erfahren, dass er als jüdischer

Arbeiter in Deutschland keine isolierte Erscheinung ist, sondern Teil einer grossen jüdischen Arbeiterschaft, die überall in der Welt vorhanden ist.

XI.

Wenn die jüdische Gesellschaft auf den Wege der Erwachsenenbildung die ihr gestellte Aufgabe erfüllen soll, so nur dann, wenn sie Verständnis aufbringt, für die Umschichtung, die sich innerhalb des deutschen Judentums vollzieht. Verständnis dafür, dass der arbeitende Mensch, dass der Arbeiter gesellschaftlich gleichbewertet werden muss, dass er in Gesellschaft und Leben als ein gleichberechtigter Faktor zu gelten hat. Dass er nicht mehr nur Objekt für andere ist, sondern Subjekt, das selbst an der Wahrnehmung seiner Interessen handelt und sich als gleichberechtigt mit allen anderen Kreisen der jüdischen Gemeinschaft empfindet. Nur wenn dem Arbeiter im jüdischen Leben jene Anerkennung zuteil wird, die die Arbeiterschaft heute überall findet, nur dann können die Spannungsmomente innerhalb der jüdischen Gemellschaft erleichtert und dem jüdischen Menschen der Weg zur Arbeit und zu einer eigenen jüdischen Arbeiterschaft ermöglicht werden.

- -- - - - -

26.6.34

Schlusswort zur Herrlinger Rede.

I.

Es ist hier die Frage nach den Trägern der Bildungsarbeit gestellt worden. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten für eine Bildungsarbeit, wie sie mir vorschwebt. Ich glaube jedoch, dass wir gerade heute eine Gelegenheit haben, wie sie für Erwachsenenbildung kaum jemals besser vorhanden sein könnte. Es gibt heute unter jenen, die sich beruflich umstellen, eine ausserordentlich grosse Zahl von Akademikern, die für eine derartige Arbeit gewonnen werden können, vielleicht am besten für sie geeignet sind, weil sie an sich selbst diesen Prozess der Umstellung erfahren.

Auch die jüdischen Kulturbünde, die wir heute allenthalben haben, könnten in den Dienst einer solchen Bildungsarbeit gestellt werden, wenn es gelingt, ihre Programmgestaltung so zu beeinflussen, dass sie den besonderen Kulturbefürfnissen einer proletarischen Schicht entsprechen.

II.

Zur Frage der organisatorischen Zusammenfassung der jüdischen Arbeitnehmerschaft will mir scheinen, als ob wir hier noch nie ernsthaft an die Frage herangegangen sind, ja, dass wir in dieser Frage sogar eine ziemlich unglückliche Hand hatten. Die Vorschläge zur organisatorischen Erfassung, die an uns herangetragen wurden, kamen von ehemaligen jüdischen Gewerkschaftlern, die,

nachdem sie ihre alte Position verloren hatten, nach neuen Möglichkeiten suchten. Es war richtig, dass wir diesenVorschlägen sehr kritisch gegenüberstanden. Ebenso richtig war es, dass wir die wilden Versuche zur Organisation abgelehnt haben. Damit qllein aber kann man der Frage nach der Organisation nicht gerecht werden. Eine Organisation von jüdischen Arbeitnehmern kann nicht von oben gemacht werden, sondern nur der Erfolg einer Initiative sein,die von unten aus den Schichten der Arbeitnehmerschaft kommt. Es liegt an uns, diese Initiative zu wecken, die Bestrebungen zu fördern, ohne dass wir die Selbstständigkeit einer solchen jüdischen Arbeitnehmervereinigung allzusehr beschränken.

III.

Es ist hier viel von der Ideologie in der Umschichtung gesprochen worden und von der Antwort, die jenen Menschen zu geben ist, die zwar zur Umschichtung bereit sind, aber in Deutschland bleiben wollen. Wenn ich vom deutsch-jüdischen Kreis verlangt habe, dass er diese Antwort gebe, so soll das nicht heissen, dass ich die Verantwortung für diese Arbeit ablehne. Ich glaube, auch wir, die wir zionistisch gebunden sind, sind verpflichtet, die Antwort für jene zu geben, die hier bleiben, doch können wir sie nur so geben, wie wir auf Grund unserer Gesamtjüdischeneinstellung es empfinden. Diese Antwort kann nur getragen sein von der Ueberzeugung, dass die Juden in Deutschland nicht isoliert sind. Dass die in einem viel stärkeren Maasse als es ihre Wortführer zugeben

wollen, Teile des jüdischen Volkes sind. Wenn das deutsche Judentum heute Hilfe von Juden aus dem Auslande erhält, so liegt darin nichts Beschämendes, denn Jahrzehntelang haben deutsche Juden den Juden im Auslande ihre Hilfe dargebracht. Nur wenn wir die Isolationsschicht, mit der man das deutsche Judentum umkleidet hat, durchbrechen, ergibt sich die Möglichkeit einer Verständigung, finden wir den Weg zueinander. Erkennt man das Judentum als eine Einheit, dann versteht man auch das Palästina vom Judentum ausserhalb Palästina's in seinem Sein und in seiner Entwicklung abhängig ist, dann weiss man auch, dass es zionistische Arbeit sein kann, in Deutschland zu bleiben und hier für eine Erhaltung und Erstärkung der jüdischen Gemeinschaft zu wirken. Dann weiss man aber auch, dass man als jüdischer Mensch in Deutschland bleiben kann, um mitzuarbeiten an der Gestaltung dessen, was in Palästina wird. Es besteht ein untrennbarer Zusammenhang zwischen Juden in Deutschland und Palästina.
Nur aus der gemeinsamen Arbeit für eine Gesundung der jüdischen Gemeinschaft in Palästina und in Deutschland ergibt sich die Möglichkeit einer Antwort auf alle die Fragen, die hier gestellt wurden, eine Antwort, wie sie aber nur von einem seiner Selbst bewussten Judentum gegeben werden kann.

. - - - - - .

Charlottenburg, 29. Dezember 1931
Kantstr. 158

Lieber Rudel,

die Anlage soll das Protokoll Ihres Referates darstellen, der weisse Fleck auf Seite 9 umfasst das Stenogramm Ihrer Frau, hoffentlich können Sie ihn aus dem Gedächtnis ausfüllen.

Herzlichen Gruss

Ihre Hilde Wolfenstein

Die Intensivierung des Arbeitsnachweiswesens

Das Thema meines Referates könnte vielleicht insofern zu Missverständnissen führen, als es den Schluss zulässt, dass wir ein gut ausgebautes jüdisches Arbeitsnachweiswesen besitzen, das nur ausgebaut und intensiviert werden müsste, kurz, dass es sich um ein Arbeitsgebiet handelt, in dem nur noch die Intensivierung notwendig ist. Leider sind wir aber nicht so weit, es fehlt uns wesentlich mehr als die Intensivierung; und es wird notwendig sein zu überlegen, wo wir heute eigentlich auf diesem Gebiet der jüdischen Wohlfahrtspflege stehen. Wir haben auf diesem Gebiet seit vielen Jahren einen Kampf geführt und glaubten, endlich so weit zu sein, dass wir das jüdische Bürgertum dazu gebracht hätten, seine ursprünglichen Begriffe von Philanthropie zugunsten neuerer Formen der Wohlfahrtspflege geändert zu haben. Dies ist, wie wir heute erkennen müssen, leider nicht der Fall, und noch bedauerlicher ist es, dass wir diese Tatsache eigentlich immer in einem Kreis von Menschen erörtern müssen, die zu unserer Arbeit positiv stehen. Denn die anderen, die sie negativ betrachten, kommen nicht zu unseren Tagungen, hören unsere Vorträge nicht und lesen unsere Artikel nicht. Wir erzählen uns gegenseitig immer wieder, wie wenig weit wir gekommen sind, ohne dass diejenigen, an die die Kritik unserer Arbeit gerichtet ist, dies hören. Bestimmte Dinge wie die Idee der Berufsberatung, des Arbeitsnachweises, der Arbeiterkolonie, sind, wenn auch nur der leiseste Gegenwind weht, sofort die ersten Opfer der heutigen Etat-Kürzungen. Die Einschränkungen, die heute überall notwendig werden, treffen in der Regel die Arbeiten, die für uns das Kernstück der Wohlfahrtspflege überhaupt sind. Man hat noch nicht gehört, dass beispielsweise ein jüdisches Krankenhaus oder die Hälfte der leerstehenden Synagogen geschlossen worden ist, sondern überall werden die Dinge als Luxus betrachtet, an denen wir so stark interessiert sind. Hier ist in der Regel der erste Angriff festzustellen, weil er hier auf

die Linie des leichtesten Widerstandes stösst, denn hinter diesen Dingen steht niemand. Manchmal benutzt sie die eine oder andere politische Partei, soweit sie in Opposition zur Gemeindeverwaltung steht, und lässt sie wieder fallen, wenn sie ihr nichts mehr bedeuten. Es kommt jedenfalls sehr selten vor, dass diese Dinge wirklich sachlich geprüft werden, denn wenn über Wohlfahrtspflege gesprochen wird, hat der Bürger die Auffassung, dass man einfach dem Hungernden sein Brot brechen muss und damit schon alles getan ist. Mit diesem Gedanken, der durch zahlreiche Bibelzitate belegt wird, ist in der Regel der Gesichtskreis erschöpft. Hat man zufällig das Glück, dass irgendein jungerer Mensch in einer Kommision zur Prüfung dieser Dinge sitzt, dann geht es noch an. Hat man aber nur mit älteren zu tun, dann hört man sofort das Argument, dass Dinge wie Arbeitsnachweis und Berufsberatung doch früher auch nicht gemacht worden sind, und dass es also auch heute ohne sie gehen müsste. Es stimmt aber nicht, dass die Arbeitsnachweisbewegung eine neue Einrichtung ist, weder in der allgemeinen noch in der jüdischen Wohlfahrtspflege. Wer Zeit und Gelegenheit hat, die einschlägige Literatur zu lesen, wird sehen, dass sich an diesen Sachen nicht viel geändert hat. Zwar hat sich seither die Wirtschaft an sich wesentlich geändert, aber man wird erstaunt sein zu sehen, dass beispielsweise vor dem Kriege der Arbeitsnachweis der Berliner Logen bereits 26 000 RM gekostet hat, die von privater Seite aufgebracht wurden, und dass heute Arbeitsnachweis und Berufsberatung zusammen in Berlin 45 000 RM kosten. Diese Differenz von 20 000 RM steht in keinem Verhältnis zu der Notwendigkeit der Arbeit und ihrem Umfang. Im Jahre 1912/13, als der Logenarbeitsnachweis 26 000 RM kostete, hatte er 2500 Arbeitslose zu versorgen; für jeden dieser Arbeislosen hatte man damals aber 2 - 3 Stellen. Wenn wir heute feststellen, dass im Jahre 1931 bis zum 1.November 14 000 Einzelmeldungen bei uns vorlagen, ist es klar, um wieviel grösser die zu bewältigende Arbeit geworden ist.

Wenn wir hier in unserem Kreis diese Dinge besprechen, dann müssen wir versuchen, uns Rechenschaft abzulegen und uns zu fragen: Wer steht hinter diesen Dingen, wie sie sind geworden ? Der Sinn der

Aussprache soll ja der sein, dienberuflich oder durch die Jugendorganisationen mit diesen Problemen Beschäftigten wieder einen Anlass zu geben, über diese Dinge in Ihrer Heimatgemeinde zu sprechen, Interesse zu wecken bei denjenigen, die bestimmend für diese Dinge sind. In der Arbeit sind w i r die Herren der Situation, aber in den Gemeinden müssen wir Menschen gewinnen, die Einfluss haben, die dann für uns eintreten können. Wir wollen versuchen, Klarheit über den Stand der Dinge zu gewinnen und darüber hinaus trachten, immer wieder Freunde für unsere Arbeit zu gewinnen. Denn es wird ja noch lange dauern, bis der heutige Kreis von organisierten Jugendlichen und Sozialarbeitern bestimmend in den Gemeinden ist.

In der Frage des Arbeitsnachweises muss man wimmer wieder eines sagen: nämlich, wir müssen vermeiden, die Arbeit, die wir leisten müssen, nur unter unserem Gesichtswinkel zu sehen. Gerade bei dieser Frage ist es notwendig zu verhindern, dass öffentliche Institutionen nicht gebraucht werden. Ich würde unbedingt dafür eintreten, dass dort, wo öffentliche Einrichtungen berufsfortbildnerischer Art existieren, unsere Menschen mitarbeiten. Auch der beste Arbeitsnachweis muss sehr eng mit den Stellen des öffentlichen Arbeitsnachweiswesens zusammenarbeiten. Dies hat sachliche und andere nicht zu unterschätzende Vorzüge. Man kann als Beamter der jüdischen Wohlfahrtspflege z.B. bei den öffentlichen Arbeitsämtern immer mehr erreichen für einen Erwerbslosen als dieser selbst. Dank der besseren Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen ist der jüdische Beamte stets in der Lage, den Beamten auf bestimmte Möglichkeiten aufmerksam zu machen, die der Erwerbslose selbst nicht kennt. Wir müssen uns darüber klar sein, dass unbedingt auf das Zusammenarbeiten mit öffentlichen Stellen der grösste Wert gelegt werden muss.

Die formale Lage für den jüdischen Arbeitsnachweis ist heute die, dass der nicht vor dem 1.Januar 1922 genehmigte Arbeitsnachweis keine Existenzberechtigung hat. Wir haben zwar noch zwei oder drei Arbeitsnachweise genehmigt bekommen, aber mehr werden es wohl nicht werden. Nun ist es zwar angenehmer, im Rahmen eines genehmigten

Nachweises zu arbeiten, aber auch ohne einen genehmigten Arbeitsnachweis ist die Arbeit in kleineren Gemeinden möglich. Die Vereinigte Zentrale für jüdische Arbeitsnachweise hat ~~xin~~ vor kurzem ein Rundschreiben herausgehen lassen, in dem sie auffordert, Vertrauensleute in kleineren Städten zu gewinnen. Das ist ein guter Anfang, und dieser Versuch muss unbedingt intensiviert werden. Dass es möglich ist, auf diese Weise zu arbeiten, dafür habe ich selbst Beispiele. Der Rabbiner Dr. Eschelbacher in Düsseldorf hatte vor einiger Zeit ein Gespräch mit einem rheinischen Grossindustriellen, in dem dieser ihm im Scherz sagte, er möge ihm doch mal jüdische Metallarbeiter verschiedener Kategorien besorgen. Dr. Eschelbacher machte mir von diesem scherzhaft gemeinten Angebot Mitteilung, und ich habe tatsächlich die verlangten Leute besorgen und hinschicken können. Jetzt habe ich erfahren, dass die Leute sich gut eingearbeitet haben. In Steinheim z.B. ist der Sitz der Möbelindustrie, und ich hörte von dem dortigen Lehrer, dass, wenn wir ihm gute Tischler anbieten könnten, der dortige Gemeindevorstand Leute unterbringen würde, weil er eine Vergrösserung der Gemeinde erstrebt. Selbstverständlich muss man vorsichtig vorgehen, aber bei guter Ausbildung der Vertrauensmänner lässt sich doch einiges schaffen. Es ist zwar schwierig, das Problem der Dezentralisation und der Abwanderung von der Grosstadt in die kleinen Städte zu lösen, aber es gibt doch Möglichkeiten dafür. Für diese Art der Arbeit sind die Rabbiner weniger, die Lehrer mehr geeignet. Wichtig wird es auch sein, dass wir in unserer ganzen Arbeit bei der Unterbringung von Erwerbslosen in Arbeitsstellen möglichst versuchen, Warenhäuser und Grossbetriebe als Arbeitsplätze zu bekommen. In kleineren Arbeitsstellen geschieht es oft, dass der Arbeitgeber vom jüdischen Arbeitnehmer immer mehr verlangt als von seinen anderen Arbeitnehmern. Bei Grossbetrieben hingegen kann das tarifgebundene Verhältniss nicht zu solchen Misshelligkeiten führen. Vor allen Dingen darf man hier nie von dem Gesichtspunkt ausgehen, dass es sich hier um eine Wohltätigkeitsaktion des Arbeitgebers handelt, sonst schädigt man den Arbeitnehmer von vornherein, denn er muss gleichwertig mit seinen Kollegen behandelt werden.

Eine Sonderbehandlung und besonderes Entgegenkommen dürfen wir nicht verlangen. Darum sollen auch die Wohlfahrtsämter sich möglichst wenig mit der Stellenvermittlung befassen, wie überhaupt stets eine scharfe Trennung zwischen Wohlfahrtsamt und Arbeitsnachweis zu machen ist. Diese Notwendigkeit ergibt sich besonders für kleinere Arbeitgeber, die oft in Differenzen mit ihren jüdischen Arbeitnehmern kommen, dann beschwert sich oft der Arbeitnehmer beim Arbeitsnachweis, und wir dürfen dann nicht Partei für den einen oder anderen nehmen. Ist der Arbeitnehmer gezwungen, zum Arbeitsgericht zu gehen, sind wir nicht dazu da, ihm zu helfen, noch auch ihn an dem Streit zu verhindern. Er soll nicht auf sein Recht verzichten, weil er durch uns vermittelt wurde. Diese Dinge müssen wir im Rahmen unserer Arbeit unbedingt berücksichtigen.

Ich sagte schon, dass wir nur sehr wenige Arbeitsnachweise besitzen, und diese Tatsache wird erschwert durch die, dass die Menschen, die in dieser Arbeit stehen, oft nicht nur sie, sondern noch andere Dinge zu erledigen haben. Die Menschen müssen aber unbedingt etwas von den Dingen der Arbeit verstehen; früher gab es gar keine Ausbildung für sie, man musste sich allein Kenntnisse und die notwendige Routine aneignen. Der Beamte muss aber mehr von der Arbeit verstehen, als das Lesen eines Zeitungsartikels vermittelt. Die Tätigkeit des Arbeitsvermitters ist eine der schwierigisten in der ganzen Wohlfahrtspflege überhaupt. Sie setzt ein ausserordentliches Mass von Menschenkenntnis voraus und verlangt mehr als die Tätigkeit des städtischen Vermittlers, der in einer ganz bestimmten Branche arbeitet und mit den Menschen dieser Branche zu tun hat, denen ihr Beruf doch bereits einen gewissen Stempel aufgedrückt hat. Er hat viel mehr mit gleichgearteten Menschen zu tun als der Beamte des jüdischen Nachweises. Die Trennung zwischen kaufmännischen und gewerblichen Arbeitnehmern ist wohl nur in Berlin durchgeführt.

Eine zweite Schwierigkeit ist, die, dass wir Menschen, die 45 oder 50 Jahre alt geworden sind, nicht einfach als nicht

vermittlungsfähig ansehen können, wie das im städtischen Arbeitsamt geschieht. Auf diesen Standpunkt des städtischen Vermittlers können wir uns nicht stellen. Man kann im grossen ganzen sagen, dass das Berufsbild des Arbeitsvermittlers weder bei uns noch im öffentlichen Arbeitsnachweiswesen feststeht. Wie kann man nun die Voraussetzungen schaffen, um einen Menschen zu einem guten Arbeitsvermittler zu erziehen? Diese Voraussetzungen können nicht ohne weiteres verwirklicht werden. Wir sind oft auf ehrenamtliche Kräfte angewiesen, die die Arbeit sehr gut, aber auch sehr schlecht leisten können. Wir haben jedenfalls gegenüber dem städtischen Vermittler den Vorzug, dass wir uns mehr auf den Petenten einstellen können, während der städtische Beamte zudem noch mit der Arbeitslosenversicherung belastet ist. Für ihn bleibt der Arbeitsuchende meist nur eine Nummer, es wird ihm schwer, seine persönliche Qualifikation zu entdecken. Bei uns, wo die Zahlen der Arbeitsuchenden nicht so gross sind, ist es sehr wichtig, das Gefühl in dem Arbeitslosen zu wecken, dass hier wirklich die Tendenz herrscht, ihm zu helfen. Hat sich ein Arbeitsvermittler erst einmal eine Blösse gegeben, dann ist er oft für den Arbeitsuchenden erledigt, und darum ist es besser, eine Entscheidung lieber auf den nächsten Tag zu vertagen als eine falsche zu treffen. Der Arbeitslose muss sicher sein, dass jede Auskunft, die ihm gegeben wird, richtig und einwandfrei ist.

In diesem Zusammenhang muss ich noch einmal auf die Wichtigkeit des Zusammenarbeitens zwischen dem jüdischen und dem öffentlichen Arbeitsnachweis hinweisen. Immer wieder muss versucht werden, mit den Menschen des öffentlichen Nachweises Verbindung zu bekommen, z.B. wird diese Beziehung in der Frage der Erwerbslosensiedlung sehr wichtig sein. Bei den öffentlichen Arbeitsämtern herrscht die Vorstellung vor, dass Juden keine Landwirte und Landarbeiter sein können, und hier ist es die Aufgabe des jüdischen Vermittlers einzugreifen. Die Aufsichtsführung des Öffentlichen Arbeitsamtes soll nicht als Last empfunden werden, sondern als wichtig für unsere Arbeit.

Dr.Kreutzberger sprach heute davon, dass sowohl Caritas als auch Innere Mission vom öffentlichen Arbeitsdienst Gebrauch machen und wir nicht. Das wird klar, wenn man sich überlegt, dass Caritas und Innere Mission ihre Leute in den Ministerien und Ämtern haben, die ihnen sofort von jeder neuen Verfügung Kenntnis geben, damit sie sie benutzen können. Das fehlt uns leider.

Es kommt noch etwas sehr schwieriges hinzu. Der Mann, dem wir in Berlin für unsere Arbeit viel zu verdanken haben, Eugen Caspary, der doch auch ein Bürger war, hat das Schlagwort geprägt von der Notwendigkeit, den Hilfsbedürftigen selbst zur Mitarbeit im Wohlfahrtsamt heranzuziehen. Dieser Versuch müsste immer wieder gemacht werden. Es hat sich oft erwiesen, dass Leute, die gut von uns betreut würden, ihre Dankbarkeit dadurch erwiesen haben, dass wir durch sie neue Stellen erhalten können. Gerade in kleineren Arbeitsnachweisen müssten wir diese Möglichkeiten ausnutzen, die Vermittelten für die weitere Stellenwerbung zu interessieren. Meines Wissens haben sämtliche Arbeitsnachweise keine eigentliche Verwaltung, es ist meistens nur ein Ausschuss für den Arbeitsnachweis vorhanden, der eine mehr oder minder dekorative Bedeutung hat und keinen allzu grossen Einfluss besitzt.Immer wieder muss der Versuch gemacht werden, aus den Kreisen der Erwerbstätigen Menschen in die Verwaltung des Nachweises zu bekommen. Z.B. hat in Berlin ein kleiner Verein, der der jüdischen Ingenieure und Techniker, bei der Stellenbeschaffung tätige Hilfe geleistet. Dies war natürlich nur möglich, weil es sich um einen kleinren Kreis von Menschen handelt, aber es müsste auch in kleineren Nachweisen möglich sein, Menschen zu dieser Art von Mitarbeit zu gewinnen.

Das ist auch noch aus anderen Gründen notwendig. Wenn heute in einer kleinren Gemeinde beschlossen wird, kein Geld mehr für den Arbeitsnachweis auszugeben, so interessiert sich meistens kein Mensch dafür. Wenn aber die Masse dagegen protestiert, liegen die Dinge ganz anders. Protestversammlungen hat man nicht gern, man hat auch zu grosse Angst vor den Erwerbslosen, und sie können dadurch oft zur besten Stütze des Arbeitsnachweises werden. Sie beteiligen sich

nicht an dem innerjüdischen politischen Streit, sondern sind nur sehr interessiert, dass die Stelle, die ihnen Arbeit vermitteln kann, bestehen bleibt.

Es scheint mir notwendig, auch einiges über das vorher behandelte Thema der Hilfe für die erwerbslosen Jugendlichen zu sagen. Wir betrachten bei dem Problem der Erwerbslosen in zu starken Masse die Jugendlichen, indem wir eine Grenze bei 21 oder 25 Jahren ziehen. Und darum geschieht es häufig, dass man zwar versucht, für den Jugendlichen etwas zu tun, darüber aber den Älteren ganz aus dem Kreis der Massnahmen herausfallen lässt. Das Problem der zusätzlichen Arbeitsleistung ist genau so wichtig für die älteren Erwerbslosen wie für die jugendlichen. Es ist selbstverständlich weder für uns noch für den öffentlichen Arbeitsnachweis eine tiefgehende Lösung möglich, denn es gibt - das muss man heute erkennen - eben eine ganze Klasse von Erwerbslosen, von denen ein grosser Teil vielleicht nie mehr in die Produktion wird hineinkommen können. Bei 6 Millionen Erwerbslosen wird es - selbst bei optimistischer Betrachtung der Situation - kaum der Hälfte gelingen, sich wieder in die Wirtschaft einzugliedern. Die anderen sind eben das Opfer der Rationalisierung geworden, Opfer von Geschmacksrichtungen, Opfer z.B. auch der Tatsache, dass die Heeresindustrie stark zurückgegangen ist etc. Wir müssen uns klar darüber sein, dass wir heute Arbeiter, Angestellte und Erwerbslose haben, und wir müssen versuchen, zusätzliche Arbeit zu schaffen. Wir hatten in Berlin, als wir mit dieser Arbeit begannen, eine kleine Kleiderkammer mit 3 - 4 Menschen, dann, als wir die Kleiderkammer als Notstandsarbeit aufzogen, beschäftigten wir bis zu 85. Jetzt mussten wir auf 60 Personen heruntergehen. Alle arbeiten nur etwa 2 - 3 Monate. Die Kleiderkammer erfüllt zwei Funktionen, einmal besorgt sie Kleidung und Möbel, die man sonst kaufen müsste, dann beschäftigt sie eine ganze Anzahl von Menschen, denen sie das Gefühl einer bestimmten Arbeitsleistung gibt. Als die finanzielle Situation in der Gemeinde unangenehm wurde, beschäftigte die Kleiderkammer nur noch 30 Menschen, mit denen sie nur noch den Betrieb aufrecht erhalten konnte. Man erklärte nun, die Klei-

derkammer müsse nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden. Man müsste statt einiger erwerbsbehinderter Menschen jetzt wenige vollwertige Arbeitskräfte nehmen, um die Kleiderkammer rentabler zu gestalten. Dann aber geht ihr sozialpolitischer Sinn verloren. Früher haben wir sie gerade dazu benutzt, um auch Vorbestrafte und schwierige Elemente zu beschäftigen. Das hört auf, wenn man die Einrichtung nicht mehr als Notstandsmassnahme betrachtet. Alle diese Dinge sind ja nicht neu, das gab es alles auch schon vor dem Krieg, nur waren diese Einrichtungen damals vielleicht schlechter geführt. Das neue ist nur, dass sie heute eine Forderung der Zwanzigjährigen sind und früher das Privileg der Siebzigjährigen waren.

....Das vierte ist die Frage der schriftlichen Werbung. Man muss noch immer für einen Petenten an 10 - 20 Firmen schreiben, denn es gibt noch Firmen, die antworten. Man kann auch durch Annoncen werben, und vor allem kann man es durch persönliche Besuche. Der Besucher darf aber nicht so aussehen, dass ihm von vornherein der Zutritt verwehrt ist, und er darf sich nicht benehmen wie ein schlechter Agent, sondern muss wie ein guter Verkäufer auftreten. Denn schliesslich sind wir doch ein kaufmännisches Unternehmen, nur dass wir statt Ware Menschen haben. Wir müssen dieselben Methoden benutzen, die durch geschickte Werbung gegeben sind.

Ich möchte zum Schluss auch noch auf die Frage der Einheitlichkeit des jüdischen Arbeitsnachweiswesens eingehen. Es besteht eine Trennung zwischen den allgemeinen jüdischen Arbeitsnachweisen und denen der Schomre Schabbos-Organisation. Dies bedeutet einen ausserordentlichen Schaden. Es ist selbstverständlich die wichtigste Aufgabe des allgemeinen jüdischen Arbeitsnachweises, für die sabbathhaltenden Menschen zu sorgen. Ich glaube auch, dass seine Leistungsfähigkeit grösser ist als die des Schomre Schabbos, der sich auf einen kleinen Kreis beschränken muss. Die Schlagkraft des Arbeitsnachweises ist grösser, wenn keine Zersplitterung besteht. Die Möglichkeiten für die sabbathtreuen Arbeiter und Angestellten sind heute natürlich schlechter als je, weil die Betriebe, die bisher für diese Menschen die gegebenen waren, ausserordentlich klein sind und grosse Betriebe zusammengebrochen sind. Man muss sich überlegen, ob man es sich leisten kann, die Arbeit von zwei verschiedenen Stellen machen zu lassen. Ich bin überzeugt, dass wir früher oder später dazu kommen werden, dass wir eine Stelle haben, die die ganze Arbeit macht.

Die Periode des Aufbaus und des Ausbaus des jüdischen Arbeitsnachweises ist vorbei, es handelt sich nicht mehr um eine Frage sozialpolitischer Natur, und wir befinden uns nicht mehr in der Offensive, sondern in der Defensive, aber wir müssen immer wieder versuchen, der jüdischen Öffentlichkeit zu beweisen, dass diese Dinge heute wichtiger sind als je.

Die Arbeitsnot und ihre Bekämpfung

Die Jugendlichen

(Vortrag, gehalten von Herrn S. Adler-Rudel am 20. Juni 1932)

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise haben einen derartigen Umfang angenommen, dass es schwer halten wird festzustellen, welche der verschiedenen Bevölkerungsgruppen von der Krise am stärksten betroffen wird. In den früheren Vorträgen ist über den Mittelstand, die wirtschaftlich Selbständigen, die Arbeitnehmer gesprochen worden, und immer schien es, als ob jede Gruppe am stärksten durch die Krise gelitten hat.

Bei der Frage der Jugendlichen liegen die Dinge etwas anders. Nicht dass man sagen könnte, sie sind besonders schwer betroffen, sondern die Tatsache, dass von der Lage und dem gegenwärtigen Zustand, in dem die Jugend in der Krise sich befindet, die zukünftige Entwicklung stark beeinflusst wird, ist von entscheidender Bedeutung. Wenn wir uns die Altersgliederung bei den Erwerbslosen ansehen und feststellen, dass ~~von~~ 3 Millionen Erwerbslose unter 25 Jahre alt sind,bedeutet das in der Tat, dass die Jugend an der ausserordentlich grossen Erwerbslosigkeit einen grossen Anteil hat. Und dass hier tiefere Gründe liegen müssen, dass die Jugend von diesem Prozess besonders stark erfasst ist, scheint klar zu sein. Die zweite Folge ist, dass für die zukünftige Entwicklung gerade dieser hohe Anteil der Jugendlichen an der Erwerbslosigkeit sich besonders und wahrscheinlich sehr tragisch auswirken muss. Wenn wir uns in diesem Zusammenhang noch überlegen, dass in den nächsten Jahren die Entlassungen aus den Schulen in grossem Umfang erfolgen werden, so bedeutet das, dass die Zahl der Jugendlichen als Arbeitnehmer die Zahl der Arbeitslosen noch vermehren wird.

Wenn wir die Gesamtzahl der erwerbslosen Jugendlichen nach der

amtlichen Schätzung mit 3 Millionen beziffern, fallen uns drei Gruppen ins Auge: Zunächst und als die wichtigste Gruppe jene, die als Erwerbslose im eigentlichen Sinn nicht anzusprechen sind, die eben die Schule verlassen haben, ohne in irgendeinem Beruf eingegliedert zu sein, also zwischen Schule und Beruf stehen - und so eine der wichtigsten in diesem Zusammenhang darstellen.

Die zweite Gruppe sind jene Jugendliche, die bereits eine gewisse Zeit in der Lehre standen - und hier kommen wir zu einem besonders schwierigen Problem - und die während ihrer Lehrzeit bereits ihre Stelle verloren haben dadurch, weil der Arbeitgeber im Lauf der Zeit sein Geschäft aufgeben musste, sodass der junge Mensch seine Arbeitsstelle verlor und nun ebenfalls auf dem Arbeitsmarkt liegt.

Die dritte Gruppe sind diejenigen, die ihren Beruf bereits erlernt haben, aus der Lehre kommen und als gelernte Arbeiter vor der Tatsache stehen, dass die Zeit, die sie als Lehrlinge verbracht haben, nutzlos vertan ist, weil sie nicht mehr in Arbeitsstellen unterkommen können. Diese Gruppe enthält Menschen von 18 - 25 Jahren, die bei der merkwürdigen heutigen Situation schon als ältere Menschen angesehen werden.

Eine weitere Gruppe sind die Akademiker. Im Verhältnis zu 1913 haben wir doppelt so viel Studenten an den Hochschulen. Und wenn man sich mit ihnen unterhält, kann man sehr oft feststellen, dass die Wahl des Faches eine ganz zufällige ist und dass eine ausserordentlich grosse Zahl dieser jungen Menschen eigentlich nur als Verlegenheitsstudenten zu bezeichnen ist. Das hat auch zur Folge, dass die Durcharbeitung dieses Akademikertums nicht sehr gut wird, denn bei einer derartigen Überfüllung ist es unmöglich, eine wirklich gute und gründliche studienmässige Ausbildung ihnen zuteil werden zu lassen. Gerade für die Akademiker wäre eine rechtzeitige Überlegung dessen, was mit

ihnen werden soll, ausserordentlich wichtig. Nun liegt hier die ganze Frage komplizierter, weil man sich im öffentlichen Leben noch nicht darüber klar ist, wer für die Beratung der Akademiker zuständig ist. Sind es die Wirtschaftsstellen oder sind es die akademischen Auskunftsstellen. Ich glaube, dass eine grosse Zahl dieser jungen Akademiker, wenn sie sich rechtzeitig nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten hätten beraten lassen, nicht den langwierigen Weg des Studiums eingeschlagen hätten.

Wenn wir uns nun den einzelnen Gruppen zuwenden, können wir sagen, dass die Gruppe der Schulentlassenen, der Lehrlinge, eigentlich heute noch am besten dran ist; und wenn wir heute feststellen können, dass bei allen Berufen die Angst vor neuem Zuzug und Anwärtern gross ist, und wenn wir dazu jene merkwürdige Erscheinung in Deutschland konstatieren, dass jeder Beruf bestrebt ist, das Bildungsniveau möglichst hoch zu schrauben, so sind auch diese bildungsmässigen Ansprüche mehr auf die Angst zurückzuführen, dass eine Belastung des Berufs erfolgen wird. Aber ganz allgemein betrachtet, ist die Situation so, dass es bei den jungen schulentlassenen Menschen noch immer gewisse Möglichkeiten gibt. Der Arbeitsmarkt liegt hier am günstigsten und die Erfahrung zeigt uns, dass wir wenigstens zwei Drittel der stellungsuchenden Personen in Berlin unterbringen können. Es ergeben sich zwar auch bei den Lehrlingen eine ganze Anzahl von Fragen, die wir später im anderen Zusammenhang behandeln müssen.

Bei allen drei Gruppen ergibt sich eine Feststellung, die für die ganze Situation sehr charakteristisch ist. Wir finden neben einer starken Verminderung der Arbeitslust auch eine sehr starke Verminderung der Arbeitsfähigkeit; je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto mehr gerät der Arbeitslose in Abhängigkeit von öffentlichen Stellen, wird zur

Last für seine Familie; und alle diese Momente rufen Erscheinungen hervor, die für die weitere Zukunft ausserordentlich verhängnisvoll sind: Abgleiten in das Milieu des Asozialen, gesteigerte Kriminalität etc. Wenn wir uns nun überlegen, welche Bedeutung die Tatsache hat, dasse eine so grosse Zahl junger Menschen aus dem Arbeitsprozess entfernt sind, entweder von der Öffentlichkeit oder von der Familie abhängig sind, müssen wir feststellen, dass hier eine ganze Kette von Dingen sich vorbereitet, die erst später sich auswirken werden. Nach dem Kriege war ein grosser Bedarf an qualifizierten Arbeitern in der deutschen Industrie. Die wesentliche Bedeutung der deutschen Industrie bestand darin, dass sie besonders auf Qualitätsprodukte eingerichtet war und ihr eine hochwertige und leistungsfähige deutsche Arbeiterschaft zur Verfügung stand. Wenn ~~es~~ nun jetzt nach den grössten Anstrengungen ~~gelungen war~~, den durch den Krieg erfolgten Ausfall von Arbeitskräften wettzumachen, ein Zustand eingetreten ist, in dem es dem qualifizierten Nachwuchs nicht mehr ermöglicht werden kann, auf seiner Lehrstelle die drei Jahre Ausbildungszeit zu bleiben und schon nach 1-2 Jahren ein Wechsel der Lehrstelle eintreten muss, wo weiterhin in einer ganzen Anzahl von Betrieben z. B. sehr ~~viel~~ verkürzt gearbeitet wird, bedeutet das, dass die Zeit, die dem Jugendlichen zur Verfügung steht, sehr zusammenschrumpft. Es ist klar, dass die Qualität der Ausbildung unter der ungeregelten Arbeitsweise sehr leiden muss. Dazu kommt, dass man sofort nach der Ausbildung entlassen wird und keine Möglichkeit hat, praktisch sich zu betätigen. Das bedeutet auch einen grossen Verlust für die Volkswirtschaft, denn eine Fülle von jungen Menschen, die in der Zukunft vollwertige Arbeit leisten sollen, werden daran verhindert sein. Es kommt noch ein weiteres Moment hinzu, dass ebenfalls sehr erschwerend ist und meiner Meinung nach von grosser Bedeutung ist, dass wir es hier mit jungen Menschen zu tun haben, die

entweder weil sie von der Öffentlichkeit erhalten werden oder ihren Eltern zur Last fallen, damit die Fähigkeit verlieren, selbständig für sich zu sorgen, zu heiraten, eine Familie zu gründen, alles Tatsachen, die zu einer so grossen Zerrüttung der Verhältnisse führen, dass man sich kaum vorstellen kann, wie bei einer Fortdauer dieser Krisis die Entwicklung dieser Schicht von Menschen sich gestalten soll.

Ein weiteres Moment, das für diese Situation kennzeichnend ist, ist das Abgleiten in politische Radikalisierung. Die diesen Weg einschlagen, sind zwar noch nicht die Schlechtesten; sie sind noch besser als die, die auf Bettelcour gehen, Zuhälter sind, oder kriminell belastete Elemente, die für die Gesellschaft völlig verloren gehen. Es ist sehr interessant, dass die Altersschicht zwischen 17 und 21 z. B. in der kommunistischen Partei überhaupt nicht vertreten ist. Wenn das zutrifft, woran ich nicht zweifle, würde das bedeuten, dass der grössere Teil dieser Jugendlichen zu den Rechtsparteien hinströmt. Welche Folge das hat, haben wir in den letzten Jahren ja gesehen. Gerade bei den Totschlagprozessen ist die Gruppe der Jugendlichen am stärksten vertreten. Sie sind zu haltlose Menschen und daher ein günstiges Objekt für politische Verhetzung. Ferner sind das Uniformtragen, Verpflegung, zusätzliche Unterstützungen Momente, die diese Jugendlichen den Nationalsozialisten in die Arme treiben.

An sich ist das, was man Not der Jugend nennt, keine neue Erscheinung. Zu allen Zeiten befinden sich Jugendliche in einer bestimmten Periode ihrer Entwicklung aus biologischen Gründen in einer schweren inneren Verfassung, wo der junge Mensch mit sich und der Welt nicht zufrieden ist, wo er auf der Suche nach Inhalten ist. Das ist biologisch bedingt und wird in normalen Zeiten durch die Arbeit für den Beruf, durch Sport, durch alle möglichen Ablenkungen überwunden. Treten aber in diesem Zustand, wo die Entwicklung am stärksten drängt, Erschei-

nungen hinzu, wie wir sie als Folge der Wirtschaftskrise bezeichnen, so ergibt sich aus diesen beiden Notständen eine solche Fülle von Unausgeglichenheit, von innerer Zerrüttung, dass man sehr stark sein muss, um irgendwelchen Versuchen widerstehen zu können.

Es genügt in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die Kriminalität der Jugendlichen ausserordentlich gestiegen ist. Sie ist heute genau so stark wie kurz nach dem Krieg. Die Jugend hat keine richtige Erziehung genossen, wir haben einen ähnlichen Zustand heute wie damals mit umgekehrten Vorzeichen. Die Eltern der Jugendlichen sind vielleicht da, aber sie sind in ihrer wirtschaftlichen Sorge nicht mehr so erziehungsfähig wie in normalen Zeiten . Es ist also kein Zufall, dass gerade der Kreis der erwerbslosen Jugendlichen das besondere Interesse der Öffentlichkeit erweckt und wenn man überhaupt von Massnahmen zur Hilfe spricht, man nur noch von Massnahmen für erwerbslose Jugendliche redet. Den anderen Erwerbslosen ist vielleicht überhaupt nicht zu helfen.

Man muss allerdings hierzu sagen, dass es eine wirklich planmässige Bearbeitung dieses ganzen Fragenkomplexes sowie geeignete Einrichtungen, die den jungen Menschen den Eintritt in die Wirtschaft ermöglichen sollen, eigentlich nicht vorhanden sind. Es wird noch ziemlich planlos gearbeitet und diese Planlosigkeit beschwört Gefahren herauf, die nicht geringer zu bewerten sind als das, was wir jetzt erleben. Wir leben in einer Zeit, wo das Schlagwort der Siedlung die Öffentlichkeit beherrscht. Man glaubt damit das Arbeitslosenproblem wenn auch nicht lösen so doch lindern zu können. Ich denke in diesem Zusammenhang vor allem an die Jugendlichen, die die Träger des Siedlungsgedankens sind und Pioniere der Landwirtschaft werden, eine Art Chaluz ins Deutsche übersetzt. Diese Dinge nehmen immer greifbarere Gestalt an. Wenn aber in einer Aussprache, in einem Kreise, der sich mit

sozialen Fragen beschäftigt, über den Lebensraum der deutschen Jugend gesprochen und erklärt wird, wo sich die Jugendlichen nicht freiwillig zur Verfügung stellen werden, wird nichts anderes übrig bleiben als sie zu zwingen, so lässt das schon ahnen, wie die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes in die Frage des Arbeitszwangs ausarten wird. Gerade die Kreise, die sich um die Rechtsradikalen Jugendkreise gruppieren, sind die des kommenden Arbeitsdienstes. Man darf sich keiner Illusion hingeben; neue Arbeitsmöglichkeiten sind damit nicht geschaffen worden. Vomjüdischen Standpunkt aus haben wir keinerlei Erleichterung davon zu erwarten.

Wenn wir uns nun überlegen, was auf diesem Gebiet alles geschieht und geschehen kann, so ist zunächst zu sagen, dass wir die Möglichkeit haben, ~~für~~ Jugendliche unter 18 Jahre~~n~~ die Fortbildungsschule besuchen zu lassen und das bedeutet eine gewisse Fortsetzung der beruflichen Ausbildung. Dazu kommen zusätzliche Massnahmen, die von dem Staat gestellt werden, wie Werkheime, Ausbildungskurse für junge Kaufleute, Schlosserwerkstätten, Werkstätten für Holzarbeiten und ähnliche Einrichtungen. Man kann nicht sagen, dass hier allzu viel geschieht. Nach einer Schätzung hatten wir angeblich 30 000 erwerbslose Jugendliche bis 18 Jahre in Berlin. Für sie standen sowohl von der Stadt wie von den konfessionell geleiteten Einrichtungen insgesamt 2800 Plätze zur Verfügung. Man stelle sich vor, was das bedeutet, wenn nur für ein Zehntel gesorgt wird. Etwas planvoller und besser ist die Arbeit, die auf diesem Gebiet von den Gewerkschaften geleistet wird. Und hier komme ich zu einer Frage, die mit unseren eigenen Fragen zusammenhängen. Die Gewerkschaften haben im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit Fortbildungskurse für die erwerbslose Jugend. Fachleute beaufsichtigen den Gang der Arbeit und durch die gewerkschaftliche Bindung wird den Jugendlichen ein starkes Gefühl der Sicherheit gegeben. ~~Er hat nicht nur~~

Ihm wird nicht nur eine menschliche sondern auch eine berufliche Förderung zuteil. Die Erfahrungen hier sind wesentlich günstiger. Da wir im Zusammenhang mit unserer Arbeit auch die Tendenz haben, öffentliche Einrichtungen mitheranzuziehen, ist es vielleicht nur eine Frage der Zukunft, ob man nicht besondere Anstrengungen für die Zuführung unserer jungen Menschen zu den Gewerkschaften machen soll. Wir haben in der organisierten jüdischen Jugend eine ganze Anzahl von Bünden, die nach weltanschaulichen Grundsätzen aufgebaut sind, nach gewissen Formen des Zusammenlebens. Die Frage der Berufsfortbildung und Organisierung ist bisher von der gesamten jüdischen Jugendbewegung vernachlässigt worden. Und es ist eine Aufgabe sich zu überlegen, ob man nicht gerade im Hinblick auf die Bedeutung, die die Gewerkschaft im Wirtschaftsleben hat, darauf zu achten hätte, dass der jüngere Kreis unserer Menschen in einem grösseren Umfang als bisher der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung zugeführt werden soll. Neben den zusätzlichen Leistungen der öffentlichen Fürsorge und der Gewerkschaft haben wir auch eine ganze Anzahl von Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege in Berlin, Union, Rote Kreuz etc. Diese unterhalten Kurse und bieten gewisse Beschäftigungsmöglichkeiten. Aber alle zusammen haben sie in Berlin nicht mehr als 3000 Plätze zur Verfügung.

Wir haben mit dem freiwilligen Arbeitsdienst gute Erfahrungen gemacht. Wir konnten feststellen, dass er eine nachhaltige Wirkung ausgeübt hat, obwohl es sich um schwieriges Material, darunter psychopathische, politisch verhetzte Menschen gehandelt hat. Das gleiche konnten wir bei einer anderen Gruppe, die jetzt tätig ist, feststellen; die ganze Einstellung zur Arbeit selbst hat sich wesentlich verändert. Auf Grund der Erfahrungen kann man sagen, dass sich gewisse Erfolge auf diesem Gebiet der Arbeitsbeschaffung erreichen lassen. Wir haben jetzt ein grösseres Projekt in einer landwirtschaftlichen Gruppe, vor, von der wir

uns viel versprechen. Aber das gehört schon zu einem anderen Vortrag.

Von jüdischer Seite ist gerade in den letzten Jahren in Berlin eine ganze Menge geschehen, um Jugendlichen beizustehen. Aber auch hier genügt es nicht im Verhältnis zu der Zahl der Bedürftigen. Wir haben schätzungsweise 1800-2000 jugendliche Menschen, die ohne Arbeit sind. In allen Einrichtungen für erwerbslose Jugendliche können 350 Jugendliche erfasst werden, gemessen an den öffentlichen Einrichtungen eine erheblich grosse Zahl, obwohl auch hier der Anteil der von uns erfassten Jugendlichen wirklich nicht sehr gross ist. Wir können auch hier sagen, dass jene Gruppe der Jugendlichen, die in der allgemeinen Fürsorge am wenigsten Schwierigkeiten macht, auch uns wenig Sorge macht, nämlich die Schulentlassenen. Ich glaube, man kann sagen, dass der Arbeitsmarkt für jüdische Menschen viel enger ist als für andere. Auf der anderen Seite aber sind die Bemühungen für den jüdischen Arbeitssuchenden umso viel intensiver als für den nichtjüdischen. Es geschieht viel mehr für ihn, die Zahl der Lehrstellenbeschaffung ist relativ und absolut grösser als bei der öffentlichen Berufsberatung. Es wird aber doch notwendig sein, wenn die Krise noch schärfer werden wird, sich grundsätzlich über die Frage zu unterhalten, was auf diesem Gebiet überhaupt geschehen kann. So wichtig es sein mag, dass ein Kreis wie dieser sich über die Fragen unterhält, entscheidend ist aber, dass diejenigen, die darüber zu bestimmen haben, mit den hier angestellten Erwägungen nicht immer sehr einverstanden sind. Wir haben in Berlin den Versuch gemacht, die Massnahmen für erwerbslose Jugendliche in dem Jugendpflege-Ausschuss der Gemeinde zu treffen. Die Mittel sind sehr gering. Trotzdem hat man bei uns oft das Gefühl, dass wir die Frage der Massnahmen viel eher einer Lösung zuführen können als andere. Wenn wir ungefähr damit rechnen, dass in diesem Jahr 1500 jüdische junge Menschen die Schule verlassen und auf der Suche nach einem Beruf sind, dass ungefähr die Hälfte von diesen auch

heute noch in der Lage sind, in ihrer Berufswahl frei zu sein und bis zur Erwerb zu kommen, so sind 1200 junge Menschen regelmässig vom Jüdischen Arbeitsnachweis zu versorgen, wenn ferner von diesen mindestens 2/3 ohne besondere Schwierigkeit versorgt werden, ergibt sich, dass wir, wenn wir in der Lage sind, in jedem Jahr für 2-300 junge Menschen gewisse Mittel aufzubringen, wir hier viel eher als auf anderen Gebieten der Wohlfahrtspflege produktive Leistungen erzielen können. Für alle diese Gruppen könnte teils durch geldliche Zuschüsse, teils durch geeignete Einrichtungen eine wesentliche Linderung ihrer Notlage herbeigeführt werden. Aber um dies zu tun, ist notwendig, dass man sich im Rahmen unserer Fürsorge darüber klar wird, welche Bedeutung diese Frage hat, dass sie nicht allein von dem Gesichtspunkt angesehen werden kann, wieweit wir in der Lage sind, diesen Menschen zu essen und zu trinken zu geben. Die Meinung ist nicht richtig, dass wir das Wesentlichste getan haben, indem wir deiesen Notstand beseitigen. Im Zusammenhang mit der Frage der erwerbslosen Jugend ist diese Meinung sehr kurzsichtig. Alles, was wir für die Erhaltung der Jugendlichen ausgeben, erspart uns in der Zukunft andere Ausgaben, wie wir sie für verwahrloste und gefährdete Jugendliche ausgeben müssen. Aber auch das ist nicht alles. Unsere Sorge für den Jugendlichen muss in einem viel früheren Stadium beginnen, noch lange bevor die Frage der Eingliederung in die Wirtschaft akut wird.

Gerade in einer Zeit, wo die Wirtschaft so ausserordentlich erschüttert ist, wo das Kommende noch so unübersichtlich ist, müsste man sich überlegen, wie durch eine Umgestaltung der Schule, durch eine lebensnähere Form der Schule die Jugendlichen viel stärker als bisher für den Weg in die Wirtschaft vorbereitet werden. Soweit das die allgemeinen Schulen betrifft, können wir natürlich wenig hierzu tun., und müssen uns mit Deklarationen begnügen. Da wir aber selbst eine Anzahl

von Schulen besitzen, sollten wir die Frage ihrer Umgestaltung nach dieser Richtung prüfen. Sie ist wahrscheinlich hier viel leichter lösbar als dort, wo wir nur Forderungen an die Allgemeinheit stellen und keinen Einfluss haben. Im Rahmen jüdischer Arbeit müsste es möglich sein, die jüdische Schule so auszugestalten, dass sie eine gute Vorbereitung für die kommende berufliche und wirtschaftliche Entwicklung des jüdischen Menschen darstellt. Wenn man aus dem Rahmen der praktischen Arbeit heraus die Dinge betrachtet, kommt man zu der Überzeugung, dass nicht einmal viel Geldmittel im Rahmen der Stadt Berlin notwendig sind. Der Etat unseres Wohlfahrtsamtes bei der Jüdischen Gemeinde beträgt 300 000 Mark. Mit 100-150 000 Mark jährlich könnte man die Not eines erheblichen Teils der erwerbslosen jüdischen Jugend in Berlin lindern. Wenn man einen solchen Betrag zur Verfügung stellt und ein Arbeitsprogramm aufstellen würde, läsat sich für unsere Jugendlichen eine Fülle von Möglichkeiten schaffen, wie sie im allgemeinen Rahmen nicht möglich sind. Was man tun kann ist, die Not eines grossen Teiles dieser Menschen so weit zu lindern, dass sie nicht mit völligem Gleichmut dem Leben gegenüberstehen. Wenn es uns gelingen könnte, durch die vernünftige Arbeit einer jüdischen Jugendpflege Einrichtungen zu schaffen, die ~~bei~~ dem Jugendlichen das Gefühl der Tatenlosigkeit nehmen, so könnte man die Verhältnisse etwas besser gestalten. Wesentlicher helfen kann man im Rahmen der gegenwärtigen Situation überhaupt nicht.

Ich weiss nicht, ob ich all diese Fragen so behandelt habe, wie sie notwendig hätten behandelt werden müssen. Ich habe den Versuch gemacht, die im Mittelpunkt der letzten Vorträge stehende Frage auszuschalten, weil sie meiner Meinung nach zu weit wegführen würde.

Schlusswort Rudel:

Ich war der Auffassung, dass ich über die Dinge, die den Kern der Aussprache bilden, in diesem Zusammenhang nicht sprechen sollte. Wir haben sie sehr weitläufig in den letzten Vorträgen behandelt. Ich glaube aber, dass es doch irgendwie einen tieferenGrund haben muss, wenn wir immer wieder auf die Grundfragen zürückkommen: was soll werden, wie wird es überhaupt. Wir neigen dazu, der Vergangenheit eine allzu grosse Bedeutung zu geben und gleichzeitig kommen einige von uns in die peinliche Lage, Prophet zu sein. Beides ist unrichtig. Dass die Diskussion immer wieder darauf zurückkommt, beweist, dass sie uns so stark im Innern bewegt.

Es war meine Absicht, die Dinge einmal klar in den allgemeinen Rahmen zu stellen, wie sie sich den Menschen in der praktischen Arbeit zeigen. Die Tatsache, dass die Grundfrage die Gemüter so intensiv beschäftigt, lässt schliessen, dass sie offenbar weit wichtiger als jene Details der praktischen Arbeit ist. Für uns bedeutet die praktische Arbeit, jeden Tag auf Fragen eine Antwort geben zu müssen. Man muss jeden Tag darauf antworten, was wird aus diesen jungen Menschen. Nun ist diese Frage ein Gebiet für sich und die zukünftige Berufsgliederung der Juden in Deutschland auch ein Gebiet für sich. Da ich bewusst auf das letztere Problem nicht eingegangen bin, möchte ich das noch nachholen.

Zunächst eine Antwort auf einzelne Fragen in der Diskussion: Lehrlingsschachertum hat es immer gegeben. Ich bin mit Kreutzberger der Meinung, dass wir uns in einer Zeit befinden, wo es einen grossen Aufschwung nehmen wird. Aus der Tendenz heraus, möglichst vielen Menschen Arbeit zu geben, wird es kommen, dass man sehr viele junge Menschen in die Betriebe bringen wird auf Kosten der Qualität, der Arbeit, der Lebenshaltung, der Arbeitnehmer überhaupt. Denn wir haben einen starken Nachwuchs. Wir können dagegen nichts unternehmen, können nur in unserer

eigenen Arbeit die Betriebe und Firmen unberücksichtigt lassen, wo wir den Eindruck haben, dass der junge Mensch nichts anderes ist als Ausbeutungsobjekt. Selbstverständlich ist kein Betrieb ganz altruistisch und stellt sich nur auf die Lehrlinge ein.

Zur Frage der Scheinfirmen: Daran dachte ich auch. Es gibt hier sehr gute Lernmöglichkeiten für den jungen Menschen, fü vor allem für den, der nicht mehr in einem Betrieb ist.

Ich muss noch einmal den Satz sagen, mit dem ich geschlossen habe, dass wir sicherlich nicht eines der Probleme wirklich lösen können. Wir befinden uns in einer sehr stürmischen Zeit, die ganze Wirtschaft droht, vernichtet zu werden, alles, was wir tun, sind kleine Mittelchen für einen sehr beschränkten Kreis von Menschen, um sie davor zu bewahren, rettlos zugrunde zu gehen. Man könnte sich daher auch auf den radikaleren Standpunkt stellen, der leicht verständlich ist: diese ganze Wirtschaft, die einen solchen Zustand zulässt, dass Millionen von Menschen nicht arbeiten dürfen, dass Millionen junger Menschen nicht mehr in die Lage kommen können, einen Beruf zu haben, muss zum Teufel gehen und man hat keine andere Aufgabe, als diese Gesellschaft zu vernichten. Das heisst also, man kann nur politisch tätig sein. Für den Menschen aber, der, auch wenn er dieses erkannt hat, in der praktischen sozialen Arbeit steht, ist das keine Lösung. Er muss den Menschen jeden Tag eine Antwort geben und wir können im Rahmen der sozialen Arbeit, die bestimmt nicht dazu da ist, die Form der Gesellschaft zu verändern, nichts anderes tun, als Stückwerk zu leisten, müssen versuchen, mit den schwachen Kräften und Mitteln dem Kreis der Menschen, der uns am meisten interessiert, über diese Zeit hinwegzuhelfen, ihm die Möglichkeit zu geben, Rüstzeug für eine spätere Zeit einzusammeln.

In diesem Zusammenhang ist die Frage von Kreutzberger wichtig, ob es möglich ist, ein Programm aufzustellen, dass diesen Forderungen

entspricht. Ich bin mir über die Schwierigkeiten eines solchen Programms sehr klar, weil ich die sachliche Durchführung noch für viel schwieriger halte als Berger, weil ich in einer Doppelstellung bin. Berger hat es leichter. Er ist gleichzeitig politisch tätig und kann seine Forderungen als politische Forderungen vertreten. Ich muss mir bewusst sein, es gibt so und so viel Geld für soziale Arbeit und muss wissen, wie verteile ich das Geld, um den Menschen zu helfen. Ich bin dadurch mehr gehemmt, weil ich wissen muss, auf welche Kosten die Aufstellung eines Arbeitszweiges gehen soll. Aber aus dem Zusammenwirken zwischen politischer Arbeit und sachlicher Arbeitsleistung kann sich eine Ausgestaltung der Form der Wohlfahrtspflege ergeben und ich muss sagen, so pesimistisch darf man nicht sein.

Wie hat jüdische Wohlfahrtspflege bis zum Jahre 1914 und 1920 ausgesehen und wie sieht sie heute aus? Meiner Überzeugung nach hat sich Wesentliches geändert. Die Erkenntnis von dem besonderen Notstand jüdischer Menschen ist viel stärker als früher; der Kreis der bedürftigen Menschen ist viel grösser; die Anerkennung von der Verpflichtung der Menschen, zu helfen, ist in hohem Grade vorhanden. Soziale Arbeit ~~bedeutet~~ entspringt nicht mehr dem Überfluss der einzelnen jüdischen Gemeinden, sondern es ist so, dass auch im Rahmen der jüdischen Arbeit ertstens das Anrecht des Bedürftigen auf die Hilfe der Gesellschaft, zweitens die Verpflichtung der Gemeinschaft, ihm zu helfen, sich so stark durchsetzt, dass man zwar mit der erreichten Entwicklung nicht zufrieden sein kann, dass man aber doch sagen muss, dass ein erheblicher Schritt vorwärts getan ist. Die jüdische Fürsorgeerziehung hat eine wesentliche Umgestaltung erfahren. Vor 20 Jahren wäre es ganz unmöglich gewesen, junge Menschen in einer Form, wie es heute geschieht, als Fürsorgezöglinge zu unterrichten. Dies zeigt, dass man bei intensiver Arbeit die jüdische Gesellschaft dazu bringen kann, mit der Zeit Schritt zu halten.

Wenn man nach der Möglichkeit der Aufstellung eines Programms fragt, muss ich sagen, ein umfassendes Programm ist natürlich nicht möglich. Es kann sich um 300 junge Menschen handeln - wir können nur auf Berliner Erfahrunge uns stützen, ausserhalb Berlins ist die Beurteilung viel schwieriger. Eine ganze Anzahl dieser jungen Menschen können deshalb nicht einen Beruf ergreifen, weil die Eltern nicht in der Lage sind, sie während ihrer Ausbildungszeit zu erhalten. Ich glaube, da es sich nur um kleine Beträge handelt, dass man durch Subventionierungen helfen kann, diese Menschen einem Beruf zuzuführen. Was man bisher in einem grossen Umfang für studentische Stipendien und Ausbildung gemacht hat, muss man in einem gleichen Umfang für diese Gruppe von Menschen aufbringen, die nicht in der Lage sind, sich in irgendeiner Form die Möglichkeit einer Ausbildung zu sichern. Aus der Arbeit des Preussischen Landesverbandes wissen wir, dass es in einigen Fällen möglich ist, einen jungen Menschen wirklich in die Lage zu versetzen, den Beruf, für den er geeignet ist, zu erlernen. Und wenn ich von 100 000 Mark ausgegangen bin, hatte ich folgende Vorstellung: mit 50 000 Mark kann man in Form von Ausbildungszuschüssen sehr vielen jungen Menschen den Übergang zum Beruf erleichtern. Mit den anderen 50 000 Mark kann man eigene Einrichtungen schaffen, die die Möglichkeit geben, die Berufsfähigkeit zu erhalten. Durch eigene Lehrkurse und Einrichtungen lässt es sich ermöglichen, dass das Kapital, das in die Ausbildung der jungen Menschen investiert ist, nicht verloren geht. Diese Kapitalien sind nutzlos verpulvert, wenn der Mensch, für den sie ausgegeben wurden, sie nicht praktisch verwerten kann.

Bei intensiver Arbeit müsste man im Lauf der Zeit dazu kommen, dass die jüdische Gemeinde diesen wichtigen Fragen grössere Aufmerksamkeit zuwendet. In der jüdischen Gesellschaft müsste sich aber dann auch die Erkenntnis von der Notwendigkeit derartiger Massnahmen durchgesetzt haben. Im Augenblick scheint mir das nicht der Fall zu sein. Dieser Haltung ist

keine Frage der politischen Verschiedenheit in den Gemeindegremien. Es ist noch nicht eine einheitliches ~~jüdisches~~ Ganzes, was wir jüdische Gesellschaft nennen. Ihre Einstellung zur Wohlfahrtspflege ist eine absolut bürgerlich-philantropische. Wohltätigkeit ist etwas anderes als ein konstruktiv durchdachter Plan, einen bestimmten Notstand zu lindern.

Ich gehe sehr weit mit den Ausführungen von Lesczynsky konform. Auch ich bin davon überzeugt, dass man gegen eine bestimmte Entwicklung nicht ankämpfen kann. Es hat keinen Sinn, sich immer wieder zu sagen, es war doch einmal anders, und wir möchten es so weiter haben. Es kommt für uns entscheidend darauf an, festzustellen, wohin geht die Entwicklung in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, welche Formen der Gesellschaft werden sich in Zukunft durchsetzen, welche Formen werden in ihr dominierend sein.

Ob es überhaupt möglich ist, die vielen jungen Menschen, die ins Berufsleben übergehen, in bestimmte Berufe zu leiten, scheint mir äusserst zweifelhaft. Ich würde es für verfehlt halten, in diesem Zusammenhang von guten und schlechten Berufen zu sprechen. Ich bin der Meinung, dass wir gerade heute die Möglichkeit haben, die Berufe zu wählen, die uns passen. In einer Zeit, wo die Wirtschaft restlos zerstört ist, wo alle Berufe mehr oder weniger schlecht sind, gibt es die Möglichkeit, jeden Beruf zu wählen. Wir haben nämlich die Überzeugung, dass es entscheidend nicht darauf ankommt, welcher Beruf es ist, sondern wie gut man ausgebildet ist. Und wenn wir überhaupt Berufspolitik treiben wollen, muss sie dahingehen, nicht eine Verteilung in verschiedene Berufe vorzunehmen, sondern sie muss dazu beitragen, eine möglichst hochwertige Ausbildung durchzuführen. In der Frage des akademischen Nachwuchses bin ich auch der Ansicht, dass man zum Studium zuraten soll. Trotzdem sind wir zu nachsichtig; die Auswahl ist nicht streng genug.

In Fällen, wo wir öffentliche jüdische Mittel für Berufsausbildung in Anspruch nehmen, dürfen sie nur dann verwandt werden, wo es sich um begabte und für das Studium geeignete Menschen handelt.

Wie kommen diese jungen Menschen zu uns? Kommen sie mit bestimmten Meinungen? Sie kommen zumeist mit einer vorgefassten Meinung. Sie wollen das und das werden. Die Gründe lassen sich manchmal auch erkennen. Der wirkliche Berufswunsch ist sehr selten. Die Kunst der Berufsberatung ist, nicht nur Berufswünsche, sondern auch die Eignung zu dem Beruf zu berücksichtigen. Ob wir diese Forderung restlos erfüllen, will ich hier nicht erörtern. Die Verzweiflung bei den Vätern in der Frage der Berufswahl ist ausserordentlich gross. Sie haben keine Vorstellung mehr, was aus ihren Kindern werden soll. Es ist charakteristisch für das ganze jüdische Bürgertum, dass sie von sich aus keinen Funken von Initiative und wirtschaftlicher Selbsthilfe erkennen lassen. Nehmen wir diesen Notstand zur Kenntnis, so müssen wir wissen, dass unsere Arbeit besonders schwierig ist. Wir müssen den Vater mitberaten. Leider haben wir die Erfahrung gemacht, dass der wirtschaftliche Horizont beim jüdischen Bürger ausserordentlich eng ist. Er sieht selten weiter als über den Rahmen seines Berufes und seiner nächsten Umgebung. Von anderen Berufen hat er selten eine Vorstellung. Es ist ausserordentlich schwer, ihn aus seiner Enge herauszuführen. Er ist nicht imstande zu erkennen, dass seine Existenz nicht mehr viel Wert ist. Er denkt noch immer, dass sein Kind etwas werden kann. Wollen wir also wirkliche Berufspolitik treiben, müsste man nicht nur bei den Kindern anfangen, sondern vielmehr bei der jüdischen Gesellschaft und ihr die Erkenntnis beibringen, dass ihre Situation einer Umstellung bedarf.

Ob wir die Kinder in den allgemeinen Schulen erfassen, ist fraglos. Ich habe mir einen wirklichen Umbau der Schule, der sich richtet nach den Realitäten des Lebens, vorgestellt, eine Schule, die

eine starke Erziehung zu Berufsbewusstsein leistet, zu jener Gesellschaftsform, die sich allgemein durchsetzt, in der die Arbeit mehr ein Prozess der Vergesellschaftung ist. Wir sind zu sehr verfangen in das Ideal einer verflossenen Periode. Zur Aufstellung der Forderung, die Schule zu einer Lern- und Lebensschule umzugestalten, braucht man meiner Meinung gar nicht kommunistisch eingestellt zu sein.

Ich glaube, dass es für die Erhaltung jüdischer Substanz und jüdischen Wesens wichtig ist, wenn es uns gelingen würde, Juden in grösseren Gruppen zusammenzuhalten. Und man müsste alles dazu tun, um einen solchen Zustand herbeizuführen. Aber man kann sich nicht nur deshalb auf bestimmte Berufe einstellen.....Für Warschau ist es ganz gleichgültig, welche Berufe jüdische Menschen ausüben. Die Tatsache, dass sie in grossen Massen zusammenleben, lässt sie jüdisch bleiben. Wir in Deutschland sind nur eine kleine Gruppe. Aber neben der Aufteilung in verschiedene Berufe wird sich bei uns etwas anderes vollziehen, was den Prozess der Erhaltung des Jüdischen unterstützen wird. Die kleinen jüdischen Gemeinden werden in Deutschland immer mehr aufhören. Die Juden in Deutschland werden sich in wenigen Grosstädten konzentrieren. Vielleicht ist in jeder neuen Konzentration jüdischer Menschen ein gewisser Ausgleich für den Verlust jüdischer Möglichkeiten durch eine veränderte Berufsstruktur zu erblicken. Aber beide Dinge lassen sich durch eine vernünftige jüdische Beeinflussung irgendwie ermöglichen. Man kann den Prozess des Jude-Bleibens erhalten,aber nichts gegen die Entwicklungstendenzen der Wirtschaft ausrichten. Wir müssen den Versuch machen, die Entwicklung mit unserem jüdischen Wollen in Einklang zu bringen.

(Holdheim)

Vortrag des Herrn Adler-Rudel
bei der Pressekonferenz
am 23.April 1934 abends 8 Uhr.

Meine Damen und Herren,

es ist etwas schwer, über ein Arbeitsgebiet zu sprechen, das so umfangreich ist, wie das der Wirtschaftshilfe. Besonders schwer dann, wenn es darauf ankommt, dass wirklich Wesentliche der Leistungen darzustellen und jene Dinge zurückzustellen, die arbeitsmässig zwar eine ausserordentliche Belastung darstellen, für die Oeffentlichkeit aber weniger Interesse haben. Es erscheint mir zunächst notwendig, mehr als bisher bekannt zu machen, dass alle die Vorstellungen unzutreffend sind, wonach alles das, was heute auf wirtschaftlichem Gebiete seitens der Gemeinde geschieht, neu ist. Neu ist nur ihre Vereinheitlichung, ihre Zusammenfassung und ihre Durchführung. Aber die Notwendigkeit, wirtschaftliche Massnahmen innerhalb der Gemeindepolitik zu treffen, ist nicht allein eine Folge der nationalen Erhebung. Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft, die Verdrängung jüdischer Arbeitnehmer aus den Betrieben haben wir lange Jahre vorher schon verfolgen können. Die Tendenz dazu war schon früher vorhanden und das ging soweit, dass man von den verantwortlichen jüdischen Stellen schon lange ganz bewusst den Versuch gemacht hat, in produktiver Form Fürsorge zu treiben. Die Schaffung der Abteilung für Arbeits- und Berufsfürsorge, die Schaffung des Wirtschaftsausschusses beim Preuss.Landesverband lange bevor wir an eine derartige ungeheure Umwälzung dachten, zeigt, dass die Massnahmen schon früher notwendig waren. Bereits im Jahre 1932 hatten wir eine ganze Reihe von Sitzungen und Besprechungen, die sich mit den Problemen einer Berufs nquète beschäftigten und es wären eine ganze Reihe von Massnahmen zur Ausführung ge-

langt ~~xxxxx~~ selbst wenn wir nicht infolge des Druckesvon aussen dazu gezwungen worden wären. Neu war nur die katastrophale Heftigkeit und die ausserordentliche Schnelligkeit, mit der dann die Vorgänge einsetzten. Vielleicht haben wir noch nicht genügend Distanz, um die Dinge so zu sehen, wie sie bei ruhiger und sachlicher Betrachtung gesehen werden müssten. Aber all das, was geschehen ist, der Zusammenbruch des jüdischen Mittelstandes, die Ausschaltung der Aerzte, Anwälte und Beamten aus ihren Berufen, die Entlassung von jüdischem Personal usw. hat einen solchen Massencharakter angenommen, dass es erforderlich war, ohne lange Vorbereitungen und ohne lange Ueberlegung besondere Einrichtungen zu schaffen. Jener Ansturm, den wir in den ersten Tagen der Wirtschaftshilfe erlebten, hat ja nur allzusehr die Notwendigkeit unserer Massnahmen gezeigt. Ich glaube, dass wir damals in den Monaten März bis Juni 1933 wesentlich mehr dadurch geleistet haben,, dass wir beruhigend gewirkt haben und dass wir Menschen, die verzweifelt, rat- und hilflos waren, durch unseren Rat einen gewissen Halt gaben. Ich glaube, dass in dieser ersten Zeit unserer Tätigkeit viele jüdische Vermögen vor dem Verschleudern gerettet wurden, dass viele Menschen vor überhasteter Auswanderung bewahrt wurden - und das ist so ausserordentlich viel, dass man es heute kaum ermessen kann. Wer hin und wieder Gelegenheit hat, das Schicksal derjenigen zu sehen, die übereilt damals Deutschland verlassen haben, und nun das schwere Los der Emigration zu erleben haben, der weiss, wieviel Verdienstvolles dadurch geleistet wurde, dass man Menschen davor bewahrt hat, Verzweiflungsschritte zu ergreifen.

Organisatorisch war es in der ersten Zeit recht schwerK, festzustellen, wo die Grenzen der Wirtschaftshilfe für Berlin aufhören und wo die Massnahmen für das Reich beginnen. Aber es zeugt doch immerhin für die organisatorische Klarheit im deutschen Judentum, dass in verhältnismässig kurzer Zeit die Möglichkeiten einer Abgrenzung der Arbeiten gegeben wurde, dass die Zentralstelle für jüd. Wirtschaftshilfe die organisatorischen Massnahmen für das Reich übernahm und dass die jüdische Gemeinde als selbstständige Abteilung die Wirtschaftshilfe für Berlin geschaffen hat. Wir sind auch bei Schaffung der neuen Stelle im wesentlichen von jenem organisatorischen Rahmen ausgegangen, der sich bei Beginn der Tätigkeit als notwendig erwies und es zeigte sich, dass bei der grossen Anzahl der verschiedenartigsten wirtschaftlichen Notstände für jede einzelne Gruppe Sondermassnahmen erforderlich wurden. Die Aufteilung der verschiedenen Arbeiten in besondere Abteilungen für Kaufleute, für Rechtsberatung, für Händler, für Aerzte, für Rechtsanwälte usw. ist auch später geblieben- Hinzu kam später der Arbeitsnachweis und die Berufsberatung, sodass heute die Wirtschaftshilfe ein einheitliches und geschlossenes Ganzesdarstellt, mit dem Versuch, allen Kreisen der Gemeindemitglieder wirtschaftlich beizustehen.

Als wichtigste Aufgabe stand uns vor Augen die Erhaltung und Stärkung der jüdischen Wirtschaftsposition. Sie kann nur erhalten und gestärkt werden durch eine vernünftige Berufspolitik, beginnend mit den Kindern (Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung), während für die älteren Personen auf dem Wege der Berufsumschichtung, durch Einordnung mit Hilfe des Arbeitsnachweises, durch Stärkung des selbstständigen jüdischen Mittelstandes

durch Schaffung von Möglichkeiten für Umsatzsteigerung, Bearbeitung der geschäftlichen Schwierigkeiten, Schaffung von Kreditmöglichkeiten usw, Sorge getragen wird. Die Erhaltung von bestehenden Betrieben und ihre Stärkung erscheint als eine der wichtigsten Aufgaben, nicht nur um die Betriebsinhaber zu schützen, sondern weil jeder Betrieb, der heute in jüdischen Händen ist, gleichzeitig Arbeitsmöglichkeiten für jüdische Arbeitnehmer bietet.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend, will ich versuchen, die Tätigkeit der einzelnen Abteilungen sowohl in ihren Leistungen wie in ihrem Umfange darzustellen. Die von mir angegebenen Zahlen dürfen dabei allerdings nicht einfach addiert werden, da zahlreiche Antragsteller verschiedener Abteilungen in Anspruch genommen haben.. Ich will mit Bedacht mit jener Abteilung beginnen, die uns als eine der wichtigsten erscheint. Sicher ist es ungeheuer schwierig, zu bewerten, was mehr oder weniger wichtig ist. Aber wenn wir von der allgemeinen Lage der jüdischen Oeffentlichkeit ausgehen, so ist es sicherlich nicht die Frage des Mittelstandes, der Altersversorgung, sondern ganz primär steht überall die Frage der zukünftigen wirtschaftlichen Einordnung unserer Jugend im Vordergrund. Hier befinden wir uns nun in der glücklichen Lage, nicht erst jetzt angefangen zu haben. Wir haben schon vor 10 oder 12 Jahren auf dem Gebiete der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung begonnen und eine erhebliche Erfahrung gesammelt. Und wir können uns jetzt davon überzeugen, dass die alten Erfahrungsgrundsätze auch in dieser Zeit ihre Geltung haben. Das Jahr 1934 wird in der allgemeinen Oeffentlichkeit als eines der schwierigsten Jahre für die Berufseingliederung angesehen, weil in diesem Jahre zum ersten Male ein vollbesetzter

Jahrgang die Schule verlässt. Von 650 000 steigt die Zahl der Schulentlassenen auf 1 250 000 und in der Oeffentlichkeit besteht grosse Sorge, wie diese Jugendlichen in die Wirtschaft eingegliedert werden sollen. Alles das, was vom Staate aus geschieht, die Schaffung des Landjahres und sonstige Uebergangsmassnahmen sollen einen allzu grossen Zudrang der Jugendlichen zu den Lehrstellen verhindern. Wir waren schon im Jahre 1933 in der gleichen Lage. Wir hatten damals schon einen so ausserordentlich grossen Abgang jüdischer Kinder von den Schulen, dass die Zahlen des jetzigen Jahres keine wesentliche Ueberraschung und keine Steigerung mehr gebracht haben. Im Jahre 1933 haben ausserord ntlich viele jüdische Schüler mit ihrer Schulbildung abgeschlossen und haben versucht, in irgendeinem Berufe unterzukommen. Während wir im Jahre 1932 insgesamt 1930 Kinder zu beraten hatten, waren es im Jahre 1933 3 9 0Q. Es war zu befürchten, dass wir diesem Ansturm nicht gewachsen sein werden. Es hat sich gezeigt, dasswir dennoch mit diesem Ansturm fertig geworden sind. Wir haben immerhin eine so erhebliche Zahl von Lehrstellen vermitteln, und können, dass wir heute ziemlich zuversichtlich dem Ansturm des Jahres 1934 entgegensehen. Wenn wir feststellen, dass nicht nur die Zahlen der Anmeldungen bei der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung sich verdoppelt hat, sondern auch die Zahlen der Vermittlungen verdoppelt wurde, nämlich von 1174 auf 2052, so zeigt sich, dass bei allem Pessimismus doch noch Möglichkeiten vorhanden sind.

Wir haben den technischen Apparat ausbauen und vermehren müssen, wir mussten neues Personal einstellen, darunter Stellenwerber, die von Haus zu Haus und von Betrieb zu Betrieb gehen, aber die Tatsache, dass wir dieser neuen Sachlage gewachsen sind, gibt uns das Recht, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken.

Die Vermittlungen im Januar, Februar und März sind wesentlich höher als die Vermittlungen im November und Dezember vorigen Jahres. Während wir im November 211 und im Dezember 164 Lehrstellen vermitteln konnten, waren es im Januar 261, im Februar 247 und im März 283. Allerdings ist der Jahrgang, der eben von der Schule abgegangen ist, psychisch und körperlich nicht so gut wie früher. Die Aufgaben, die hier liegen, berühren aber nicht mehr die Wirtschaftshilfe, sondern fallen in das Gebiet des Jugendpflegedezernates.

Auch sonst kann man sagen, dass nach den ersten Schwierigkeiten wir immerhin jetzt mit einer gewissen Anzahl von öffentlichen Stellen wieder zusammenarbeiten. Wir arbeiten mit dem Landesarbeitsamt zusammen, wir haben mit zahlreichen Innungen Verhandlungen geführt und es ist festzustellen, dass sich eine gewisse Beruhigung bemerkbar macht und zwar besonders bei denjenigen Beamten, die schon früher vor der nationalen Erhebung an ihren Stellen waren.

Hatten wir bei der Arbeit in der Berufsberatung immerhin eine gewisse mehrjährige Erfahrung, so war die Aufgabe, der wir bei Beginn der Berufsumschichtung gegenüberstanden, wesentlich schwieriger. Es mag sein, dass wir hier in den ersten Monaten etwas experimentiert haben und ich will auch nicht sagen, dass wir ø jetzt schon mit allen Experimenten fertig sind, aber immerhin hat sich eine Praxis herausgestellt, von der man sagen kann, dass sie die Richtlinien für die zukünftige Arbeit festlegt. Wir sind heute so weit, sagen zu können, dass wir mit dem Problem der Berufsumschichtung in erheblichem Umfange weitergekommen sind. In den ersten Monaten hatte der Begriff Berufsumschichtung eine gewisse Verheerung in der Oeffentlichkeit angerichtet. Es bürgerte sich der Glaube ein, dass für alle

Missstände, für alle Notleidenden, für jeden Menschen, mit dem man nichts anzufangen wusste, die Berufsumschichtung das Allheilmittel sei. Dazu ist zu sagen, dass auch die Berufsumschichtung keine Patentlösung ist, dass sie ihre Schwierigkeiten und ihre Grenzen hat. Die Grenzen sind schon in dem Menschen selbst vorhanden, der sich umschichten will. Nur bis zu einem bestimmten Alter hat der Mensch die Fähigkeit, sich neue Fertigkeiten anzueignen. Es bedarf ferner nicht nur der Bereitschaft, sich technisch für einen Beruf vorzubereiten -vielleicht noch notwendiger ist die innere Umstellung auf einen neuen Lebenszuschnitt, auf eine neue Lebensform, die absolute Ueberzeugung, dass xxxxix man in der Weise wie bisher sein Leben nicht wird fortsetzen können, dass der Arbeiter wesentlich anders lebt, als der Sohn aus bürgerlichem Hause. Hier ist einesehr tiefgreifende Erziehungsarbeit notwendig. Hier liegt eine wichtige Aufgabe der jüdischen Jugendbewegung, der jüdischen Organisationen, der jd. Oeffentlichkeit vor. Eine zweite Schwierigkeit liegt darin; was soll ein Mensch in einem Augenblick beginnen, wo die Arbeitslosigkeit einen so grossen Umfang hat. Hier kommt es darauf an, die Menschen vor Illusionen zu bewahren. Umschichtung ist keine Garantie gegen Arbeitslosigkeit. Wenn es uns aber immerhin gelungen ist, im ersten Jahre unserer Tätigkeit 2158 Menschen beruflich umzustellen und zwar 987 Männer und 1171 Frauen, so zeigt das doch, dass gewisse Möglichkeiten vorhanden sind. Allerdings muss dazu gesagt werden, dass diese Auswahl von 2000 Menschen aus einer Gesamtzahl von fast 9 000 erfolgt ist. 8946 Menschen sind von uns beraten worden und nur 2158 Fälle konnten positiv erledigt werden. Das zeigt auch, wie eng die Grenzen und Möglichkeiten sind. Aus der grossen Zahl konnte man nur jene

auswählen, die bestimmte Eignungen und Fähigkeiten für den neuen Beruf mitbringen. Als man nach vers-chiedenen Ueberlegungen dazu kam, festzustellen, dass die Absicht der Auswanderung kein Kriterium für die Berufsumschichtung darstellte, war es klar, dass wir von den Gegebenheiten des Arbeitsmarktes in Deutschland ausgehen mussten. Wir mussten also feststellen: wo ist der Arbeitsmarkt aufnahmefähig, wo gibt es zu wenig Arbeitskräfte, wo sind jüdische Arbeitgeber bereit, Juden aufzunehmen. Bei alledem mussten wir auch noch darauf Bedacht nehmen, dass es sich ja schliesslich nur um angelernte Arbeiterhandeln würde. Hinzu kam die Frage der rechtlichen Stellung. Wir mussten uns fragen, ob die Sache überhaupt rechtlich zulässig war. und in welchem Rahmen sie gemacht werden konnte. Heute ist zu sagen, dass wir die Berufsumschichtung angefangen haben, ohne zu wissen, wie lange wir dieses Werk würden durchführen können. Wir können sagen, dass dieses Vorgehen richtig war, denn erst jetzt ist es uns gelungen, eine Grundlage bei dem Landesarbeitsamt zu finden, nachdem wir vollendete Tatsachen geschaffen haben. Aber auch heute muss man sagen: sehr sicher sind diese Dinge nicht. Sie sind immerhin sicherer, als sie vor 8Monaten oder vor einem Jahre waren. Und wenn wir heute in der Lage sind, die Berufsumschichtung in 60 verschiedenen Betrieben durchzuführen, in eigenen Kursen, in unterstützten Betrieben sowie in fremden Lehrstellen, so ist das doch ein Erfolg, Manchmal glauben wir allerdings, dass wir noch lange nicht so weit sind, wie wir sein müssten. Wir arbeiten ja immer noch in den Berufen, die Marktgängig sind, während unsere Aufgabe doch darin liegen sollte, Berufe zu finden, die neu sind.

Wir haben für Männer eine Middestausbildung von einem Jahr festgesetzt und werden diese in vielen Fällen wahrscheinlich um 3 Monate verlängern müssen. Bei den Frauen konnten wir bereits feststellen, dass die Frauen, die aus unseren Kursen entlassen wurden, vielfach Beschäftigung fanden und zwar sowohl im Inland wie im Ausland. Es ist mir eine wirkliche Freude gewesen, vor wenigen Tagen 2 Frauen in Paris zu finden, die mir sagten, dass es ihnen dank der Ausbildung bei uns gelungen ist, sich eine Existenz zu verschaffen und in einer Unterredung mit dem Leiter des Emigrantenhilfswerkes konnte auch er mir bestimmt erklären, dass die Menschen die wirklich umgelernt haben, sich leichter einordnen, als die anderen.

Ein besonderes Problem ist natürlich die Frage der landwirtschaftlichen Umschichtung. Auch hier haben wir mehrere Monate mit uns selber gerungen, um einen Ausweg zu finden. Und haben uns gefragt: sind für eine landwirtschaftliche Umschichtung nur jene Menschen geeignet, die nach Palästina wollen oder kommen auch die in Frage, die in Deutschland bleiben. Schliesslich hat sich das Ergebnis durchgesetzt, dass eine landwirtschaftliche Umschichtung für Menschen, die in Deutschland bleiben wollen, nur in ganz vereinzelten Fällen in Frage kommen kann. Alle diese Probleme sind ausserordentlich schwierig und bei etwaigen Beschwerden müssen sie immer überlegen, dass die Anforderungen, die die Umschichtung an den einzelnen stellt, ausserordentlich gross sind. Sicherlich sind auch Fehlentscheidungen vorgekommen, aber ich glaube doch, dass wir im grossen und ganzen den Kreis jener Menschen umfasst haben, auf die es eben ankam.

Wir haben für Männer eine Middestausbildung von einem Jahr festgesetzt und werden diese in vielen Fällen wahrscheinlich um 3 Monate verlängern müssen. Bei den Frauen konnten wir bereits feststellen, dass die Frauen, die aus unseren Kursen entlassen wurden, vielfach Beschäftigung fanden und zwar sowohl im Inland wie im Ausland. Es ist mir eine wirkliche Freude gewesen, vor wenigen Tagen 2 Frauen in Paris zu finden, die mir sagten, dass es ihnen dank der Ausbildung bei uns gelungen ist, sich eine Existenz zu verschaffen und in einer Unterredung mit dem Leiter des Emigrantenhilfswerkes konnte auch er mir bestimmt erklären, dass die Menschen die wirklich umgelernt haben, sich leichter einordnen, als die anderen.

Ein besonderes Problem ist natürlich die Frage der landwirtschaftlichen Umschichtung. Auch hier haben wir mehrere Monate mit uns selber gerungen, um einen Ausweg zu finden. Und haben uns gefragt: sind für eine landwirtschaftliche Umschichtung nur jene Menschen geeignet, die nach Palästina wollen oder kommen auch die in Frage, die in Deutschland bleiben. Schliesslich hat sich das Ergebnis durchgesetzt, dass eine landwirtschaftliche Umschichtung für Menschen, die in Deutschland bleiben wollen, nur in ganz vereinzelten Fällen in Frage kommen kann. Alle diese Probleme sind ausserordentlich schwierig und bei etwaigen Beschwerden müssen sie immer überlegen, dass die Anforderungen, die die Umschichtung an den einzelnen stellt, ausserordentlich gross sind. Sicherlich sind auch Fehlentscheidungen vorgekommen, aber ich glaube doch, dass wir im grossen und ganzen den Kreis jener Menschen umfasst haben, auf die es eben ankam.

Wir kommen nun zur Abteilung Arbeitsnachweis. Auch auf diesem Gebiet hatten wir umfassende Erfahrungen und einen eingespielten Apparat. Es ist immerhin interessant festzustellen, dass sehr viele Befürchtungen, die wir zuerst gerade beim Arbeitsnachweis hegten, sich nicht in diesem Umfange erfüllt haben. Wenn wir die Zahlen der Jahre 1932 und 33 gegenüberstellen, so erkennen wir, dass bei unserem Arbeitsnachweis im Jahre 1932 rund 14 000 Arbeitslose gemeldet waren, während diese Zahl im Jahre 1933 auf 19 500 gestiegen ist. Bei aller Würdigung des grossen Masses von Elend und Jammer, den eine solche Steigerung in sich birgt, müssen wir doch feststellen, dass die Steigerung hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Das ist aus einem ganz bestimmten Grunde der Fall gewesen. Wir hatten nämlich die Möglichkeit, der Arbeitslosigkeit in grösserem Umfange entgegenzutreten, als vorher. Wir haben nicht nur eine Steigerung der Zahl der Arbeitslosen, sondern auch eine solche der Vermittlungen zu verzeichnen. Im Jahre 1932 hatten wir rund 4400 Vermittlungen, im Jahre 1933 dagegen ~~etwa~~ über 7 000, also fast die doppelte Anzahl. Und zwar sind diese gesteigerten Vermittlungen erzielt worden in einer Zeit verstärkten wirtschaftlichen Druckes auf die Juden. Früher konnten wir im wesentlichen einen grossen Teil unserer Arbeitslosen in grösseren Betrieben, wie Warenhäusern usw. unterbringen, was jetzt nicht mehr in Frage kommt. Es ist heute im wesentlichen der kleinere und mittlere Arbeitgeber, der jüdisches Personal in erfreulichem Umfange einstellt. Das zeigt uns, dass das Solidaritätsgefühl doch stärker ist, als man ursprünglich angenommen hat. Im Monat März 1934 haben wir mit 1100 Vermittlungen die höchste Zahl erreicht, die wir überhaupt jemals aufzuweisen hatten.

Ich komme nun zueinem der schwierigsten und wichtigsten Gebiete unserer Arbeit, zur Frage der kaufmännischen Abteilung. Hier sind die Schwierigkeiten besonders gross und das Aufgabengebiet besonders kompliziert. Juden sind so ziemlich in allen Handelszweigen, die es überhaupt gibt, vertreten. Durch die gesetzlichen Massnahmen sind für sehr viele Betriebe Schwierigkeiten entstanden. Es kam also darauf an, zunächst dafür zu sorgen, dass diese Betriebe gestützt werden, dass sie Kredit erhalten, dass sie eine Anlauffrist für die Einführung neuer Artikel bekommen und so fort. Die Aufgaben die der Berater hier zu erfüllen hat, sind vielleicht noch schwieriger, als die des Berufsberaters.. Die Schaffung einer Einrichtung, wie sie die kaufmännische Abteilung darstellt, entspringt nicht nur einem bestimmten Bedürfnis, sondern sie zieht auch eine ganze Menge von Leuten heran, die von vornherein vielleicht garnicht die Absicht gehabt haben, sich helfen zu lassen. Wirtschaftshilfe ist ein Begriff, mit dem man ebenso wie mit dem Wort Berufsumschichtung alle möglichen Vorstellungen verknüpft. Die Erwartungen, mit denen man an diese Abteilung herantritt, bewegen sich in Summen zwischen RM 20 und RM 20 000.-. Es ist klar, dass wir Beträge von RM 20 000.- nicht geben können und auch Bewilligungen von RM 2 000.- gehören zu den Seltenheiten. Aber es ist immerhin interessant, mit welch' geringen Beträgen man in vielen Fällen Betriebe erhalten und stützen kann. Es hat sich gezeigt, dass die jüdische Kaufmannschaft vielfach garnicht so tüchtig ist, wie man es gedacht hat. Ein wesentlicher Teil der Arbeit der kaufmännischen Abteilung besteht darin, garnicht Geld zu geben, sondern vielmehr den einzelnen Kaufmann zu beraten, wie er mit seinen Schwierigkeiten fertig werden kann, wie er mit seinem Wirt die Mietsstreitigkeiten bereinigt, wie er mit seinen Lieferanten auseinanderkommt -kurz alle die Aufgaben zu

erfüllen, die ein selbstständiger Kaufmann eigentlich allein machen müsste. Es zeigt sich, dass ein grosser Teil der jüdischen Kaufmannschaft den Aufgaben der Zeit in keiner Weise gewachsen ist. Andererseits zeigt sich aber auch, bei vielen Leuten, eine ausserordentlich grosse Initiative auf den verschiedensten Gebieten. Die ausgefallensten Ideen werden von Leuten aufgegriffen, die in Schwierigkeiten geraten sind. Hier ist eine der schwierigsten Aufgaben des Beraters, immer wieder festzustellen, ob es sich um wirklich brauchbare Sachen handelt und ob Erwerbsmöglichkeiten für die Dauer bestehen. Es gibt zahlreiche Betriebe, die sich in den letzten Monaten nur dadurch halten konnten, dass wir sie stützten oder dass wir ihnen gewisse Schwierigkeiten abnahmen. An dieser Aufgabe sind wir eigentlich ohne Erfahrungen herangegangen und können doch Erfolge aufweisen. Gewiss ist unsere Arbeit hier nur Stückwerk. Aber im Rahmen dieses Stückwerkes ist es immerhin gelungen, zahlreiche Existenzen zu erhalten. Wenn Sie bedenken, dass im Laufe dieses Jahres 760 Darlehen für rein kaufmännische Zwecke gegeben wurden, wobei diese Darlehen ja nicht Einzelpersonen sondern ganzen Familien zugute kamen, wenn Sie dazu die Zahl der Beihilfen rechnen, die 1000 überschreitet, so werden wir zu dem Ergebnis kommen, dass hier wohl an 6-7 000 Menschen in ihrer Existenz gestärkt wurden - eine Leistung, die sicherlich ausserordentlich hoch zu werten ist. Man kann heute feststellen, dass in den Fällen, wo die Anträge wirklich gut durchgearbeitet waren, doch zahlreiche Existenzen, die ohne unsere Hilfe zusammengebrochen wären, tatsächlich erhalten geblieben sind. In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Sache hinweisen, die teils von der Wirtschaftshilfe, teils von

unserer Künstlerhilfe bearbeitet wurde und die sehr viel Kritik in der Oeffentlichkeit erfahren hat. Wir standen eines Tages vor der Tatsache, dass zahlreiche jüdische Künstler, Artisten und Musiker nicht mehr die Möglichkeit hatten, öffentlich aufzutreten. Vpn dem Gedanken ausgehend, dass auch dieser Kreis von Menschen ein Anrecht darauf hat, dass ihm geholfen wird, kamen wir zu dem Ergebnis, dass ihm nicht anders geholfen werden konnte, als indem wir ein eigenes Kabarett aufzogen. Bei aller Kritik ist immerhin festzustellen, dass durch diese Gründung rund RM 10 000.- in Form von Löhnen und Gehältern an jüdische Künstler/ geflossen sind, ganz abgesehen von den vielen jüdischen Lieferanten, die auf diese Weise Aufträge erhielten. Man kann gewiss über den Geschmack streiten, man kann aber nicht über die Notwendigkeit streiten, der genannten Gruppe von Menschen auf diese einzig mögliche Weise zu helfen. Dadurch, dass der Betrieb 6 Monate gelaufen ist, haben wir ausserdem auch die private Initiative geweckt und auf diese Weise auch indirekt Segen gestiftet Als wir das B. und B. eröffneten, gab es kein anderes jüdisches Kabarett in Berlin. Wenn Sie heute eine grössere Anzahl von jüd. Unternehmungen dieser Art in den Zeitungen inseriert sehen, so ist das auf unser Beispiel zurückzuführen.

Neben den Kaufleuten hatten wir für die Händer und Vertreter zu sorgen, einem besonders schwierigen Menschenschlag, weil es sich hier im wesentlichen um arme Leutehandelt, die durc die Zeitereignisse besonders hart betroffen wurden. Die Verdrär gung jüdischer Händler von den öffentlichen Märkten äusserte si

so ausserordentlich stark, dass wir für diesen Kreis von Menschen eine besondere Stelle schaffen mussten. Wer sich an die Verzweiflung all dieser armen Menschen erinnert, die von den Märkten verjagt wurden, und die keinen anderen Beruf ergreifen konnten -denn wer 20 Jahre lang auf dem Markt gestanden hat, kann sich nicht umschichten,-der wird zugeben müssen, dass wir auch hier erfolgreich gearbeitet haben. Wir haben in Berlin durch unsere Intervention beim Polizeipräsidenten erreicht, dass die Verdrängung von den Märkten zurückgezogen wurde. Nun entstand die Schwierigkeit, dass die Menschen inzwischen ihr Betriebskapital aufgezehrt hatten. Darum mussten wir also auch wieder Geld für neue Warenanschaffung besorgen. Bei unserer Abteilung für Händler haben allein über 1600 Personen vorgesprochen. Ihnen konnte erfreulicherweise auch mit Summen geholfen werden, die nicht sehr erheb.-lich waren.

Grosse Schwierigkeiten hatte auch unsere Rechtsberatung, da der Kreis der Menschen, diedurch die neuen gesetzlichen Bestimmungen geschädigt wurden, ein überaus grosser war. Der starke Zuspruch bei der Rechtsberatungsstelle zeigt, wie dringend notwendig diese Einrichtung war. 3300 Besucher haben hier vorgesprochen. Neben der direkten Auskunftserteilung kam eine grosse Anzahl von Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht, von Auseinandersetzungen mit Gläubigern, Arbeitgebern usw. Auch hier konnten wir in vielen Fällen mit Erfolg arbeiten.

Neben der eigentlichen Wirtschaftshilfe lief die grosse Aufgabe der Betreuung derjenigen Elemente, die in normalen Zeiten einer Unterstützung innerhalb der jüdischen Gemeinde nicht

bedurft hätten, so der Aerzte, der Rechtsanwälte usw. Die Zahl der Aerzte, die unsere Stelle in Anspruch genommen haben, beträgt insgesamt 4400, wobei allerdings zu bedenken ist, dass auch sehr viele Aerzte aus der Provinz vorgesprochen haben. Die Aerzte haben einen so grosses Maass von Solidarität und Hilfsbereitschaft bewiesen, wie kaum eine andere Berufsgruppe. Sie haben aus eigenen Kräften einen sehr erheblichen Betrag für die Hilfeleistung aufgebracht. Das Zusammenarbeiten der ausgeschiedenen Aerzte mit den noch zugelassenen war besonders vorbildlich. Eine wirklich segensreiche Tätigkeit wurdedurch die Sammlung und Versendung von Lebensmitteln entfaltet. Es wäre sehr gut, wenn wir in vielen anderen Berufsgruppen ein solches Mass von Solidarität feststellen könnten. Im Rahmen unserer eigenen Mittel ist versucht worden, namentlich jüngeren Aerzten, zu helfen. So sind 10 junge Aerzte im Rahmen unserer Berufsumschichtung eingestellt worden gegen ein allerdings geringes Honorar, das aber immerhin so bemessen ist, dass es ihnen möglich sein wird, eine neue Praxis aufzubauen. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsnachweis ist es uns gelungen, eine grössere Anzahl von Aerzten als Zahntechniker umzustellen und auch die Zahnärzte und Apotheker zu betreuen.

Schwieriger als bei den Aerzten liegt das Problem bei den Anwä-lten und bei den Beamten. Wir haben sehr lange versucht, auch im Rahmen der Anwaltschaft gewisse Hilfaktionen durzuführen durch Vermittlung von Anwälten für Bürogemeinschaften, durch Vertrieb von Haushaltswaren in den einzelnen Familien usw Diese Massnahmen haben sich nicht bewährt, weil besondere Schwrigkeiten zu überwinden waren. Auch die Solidarität ist bei

den Anwälten nicht in dem Maasse zutage getreten wie bei den Aerzten. Es gibt für die schwere Notlage der Anwaltschaft keinen traurigeren Beweis als 2 nackte Zahlen, die ich Ihnen vortragen will. In Berlin sind insgesamt 720 jüdische Anwälte ausgeschieden. Von diesen in diesem Jahre sind 52 verstorben. Wenn Sie bedenken, dass ausgeschieden wurden im wesentlichen diejenigen, die sich nach dem Kriege niedergelassen haben, also Menschen zwischen 40 und 45 Jahren, so sagt diese Zahl mehr über die Not der Menschen, als alle Berichte und alle Formulierungen enthalten können. Im Moment ist die Anwaltschaft dabei, eine Hilfsstelle selbst zu organisieren und mit Hilfe und Förderung der Gemeinde den Versuch zu machen, doch in gewissem Umfange eine Hilfsaktion durchzuführen.

Für die Beamten war das Problem verhältnismässig einfach. Hier mussten für etwa 550 Menschen alle Möglichkeiten, die das Recht vorsah, erschöpft werden, leider müssen wir damit rechnen, dass ein erheblicher Teil dieser Personen zu Objekten der Wohlfahrtspflege werden.

Zuletzt möchte ich die Abteilung Künstlerhilfe besprechen. Hier entstand zunächst die Frage: wer ist überhaupt Künstler. Innerhalb der einzelnen Sparten herrschten hierüber weitgehende Differenzen. Es war zunächst notwendig, aus der Zahl von etwa 2 000 diejenigen auszusondern, die wirklich künstlerische Begabungen und künstlerische Leistungen aufzuweisen hatten. Für jüdische Musiker konnten noch Möglichkeiten geschaffen werden. Wenn das jüdische Musikleben in Berlin in letzter Zeit so ausserordentlich rege ist, wenn Hauskonzerte und Veranstaltungen aller Art stattfinden, so ist

das zum grossen Teil auf die Initiative der Künstlerhilfe zurückzuführen. Man kann also sehen, dass man mit einiger Initiative doch etwas erreicht. Ich erinnere Sie auch an die beiden Chöre, die mit unserer Unterstützung ins Ausland gingen. Mit dem einen haben wir keine grossen Erfolge gehabt, er ist bald zurückgekommen; der andere aber arbeitet erfolgreich. Er ist so weit, dass er uns finanziell nicht mehr zur Last fällt. 35 Menschen erhalten sich in ihm aus eigener Kraft. Auch eine ganze Reihe von kleineren Künstlergruppen, Kapellen, Schauspielertrupps haben sich bewährt und Erfolg gehabt.

Wenn Sie nach alledem berechnen wollen, wieviel Menschen im Rahmen unserer Tätigkeit geholfen wurde, so können Sie ungefähr schätzen, dass etwa 3 0 0 0 Familien materielle Unterstützung zuteil wurde. Es ist zu beachten, dass diese materielle Leistung auch eine gewisse Entlastung des Wohlfahrtsamtes in sich birgt. Alles in allem; glauben wir sagen zu können, dass der Versuch, in produktiver Weise jüdischen Menschen zu helfen, soweit es aus den Erfahrungen dieses Jahreszu beurteilen ist, im grossen und ganzen gelungen ist.

(Beifall).

Ende.

Denkschrift an den Z. d. V. IX 33.

Ausländische Juden und jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland.

I.

Im Zusammenhang mit den Aktionen, die zur Zeit im Auslande für die Juden in Deutschland eingeleitet werden, hört man sehr oft die Meinung vertreten, dass die deutschen Juden sich den Ostjuden gegenüber, die während und nach dem Kriege nach Deutschland geflüchtet sind, nicht so benommen haben, wie sie heute, da sie selbst in schwerer Bedrängnis sind, es erwarten, dass die ausländischen Juden sich ihnen gegenüber benehmen. Dieser Auffassung muss auf das Entschiedenste entgegengetreten werden, wozu ich mich umso mehr verpflichtet halte, als ich seit dem Jahre 1920 ununterbrochen an den verschiedenen Massnahmen, die von den deutschen Juden für ausländische Juden in Deutschland durchgeführt wurden, an leitender Stelle beteiligt war. Im Rahmen dieser Tätigkeit habe ich im Laufe der Jahre so ziemlich mit allen Grossgemeinden Deutschlands zu tun gehabt. Ich übersehe daher, wie hoch ungefähr der Anteil der ausländischen Juden an der Inanspruchnahme der Wohlfahrtspflege der jüdischen Gemeinden in Deutschland ist.

Neben den Beträgen, die für die Wohlfahrt ausländischer Juden in Deutschland ausgegeben wurden, gehören in diese Betrachtung auch jene Beträge, die das deutsche Judentum in den letzten 10 Jahren für allgemeine jüdische Zwecke im Auslande aufgebracht hat und zwar handelt es sich hier um Beträge, die für zionistische Zwecke also Keren Hajessod, Jüdischer Nationalfonds, Palästina-Arbeiterfonds, für Tätigkeit der Gesellschaft „Ort" , der Gesellschaft „Ose", des Jüdisch-wissenschaftlichen Instituttes in Warschau, der Zentralen jüdischen Schulorganisationen in Polen aufgebracht wurden.

Nicht berücksichtigt wurde die Tätigkeit des Hilfsvereins der deutschen Juden, obwohl diese sowohl für die Vorkriegszeit als auch fürmdie Nachkriegsjahre für die Frage der Leistungen des deutschen Judentums für die ausländischen Juden von Bedeutung ist. Da ich kein Material hierüber habe, dürfte es wohl am Zweckmässigsten sein, die Leitung des Hilfsvereins zu veranlassen, sich zu dieser Frage zu äussern.

Wenn im folgenden versucht wird die Tätigkeit der Organisationen kurz klarzustellen und den Anteil der ausländischenJuden an den einzelnen Fürsorgearten zu errechnen, so ergeben diese Zahlen keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit, denn die jüdi-

sche Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik der Jahre nach dem Kriege war von der Tendenz getragen, jeden Unterschied zwischen ausländischen Juden bei der Inanspruchnahme der Wohlfahrtspflege auszuschalten. Es ist daher bei kaum einer Gemeinde eine Statistik über die Zusammensetzung der Wohlfahrtsempfänger nach ihren Herkunftsländern geführt worden. Für einzelne Sparten der Wohlfahrtspflege, wie z.B. Durch- und Rückwanderung ist eine derartige Statistik vorhanden.

Wenn von den vorhandenen Missständen abgesehen wird, so kann doch gesagt werden, dass der Grundsatz der Gleichheit ausländischer und inländischer Juden beim der Linderung ihrer Notstände gewahrt wurde.

Im Nachfolgenden soll nun versucht werden, die einzelnen Organisationen kurz darzustellen, um ihre Bedeutung für die in Deutschland lebenden Juden zu ersehen. Es handelt sich hier im wesentlichen um

1. Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands.
2. Hauptstelle für Jüdische Wanderfürsorge
3. Studentenhilfe
4. Wohlfahrtsämter der jüdischen Gemeinden

II.

1. <u>Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands.</u>

Das Arbeiterfürsorgeamt ist im Jahre 1919 mit der speziellen Aufgabe der Fürsorge für die während und nach dem Kriege nach Deutschland gekommenen ausländischen Juden gegründet worden. Es stellt sowohl in der Art seiner Gründung als auch der Bedeutung, die es den deutschen behördlichen Stellen gegenüber erlangt hat, eine einmalige Erscheinung in der Geschichte der Jüdischen Wohlfahrtspflege dar. Gegründet wurde es von folgenden Organisationen:

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.
Grossloge für Deutschland U.O.B.B.
Hilfsverein der deutschen Juden
Jüdische Gemeinde Berlin
Verband russischer Juden
Zionistische Vereinigung für Deutschland

Es handelt sich also hier um eine Kooperation verschiedener Organisationen für eine bestimmte Aufgabe. In seiner Eigenschaft als vom deutschen Judentum beauftragt, wurde das Arbeiterfür-

sorgeamt auch von der preussischen Regierung anerkannt. Die Leitung lag in Händen eines Präsidiums, das sich aus je einem Vertreter der oben angeführten Organisationen zusammensetzte. In seiner mehr als zehnjährigen Tätigkeit sind innerhalb dieses Präsidiums keine Mehrheitsbeschlüsse gefasst worden, weil alle Beteiligten, so verschieden sie in ihren allgemeinen und jüdischen Anschauungen waren, die Tendenz einer absolut gleichen und solidarischen Zusammenarbeit hatten. Das Arbeiterfürsorgeamt hatte eine zwiefache Aufgabe:

1. Wahrnehmung eines rechtlichen und politischen Schutzes der nach Deutschland geflüchteten Juden
2. Hilfeleistung und Ermöglichung der Einordnung bezw. Weiterwanderung.

Da das deutsche Judentum nicht in der Lage war, von sich aus die Kosten, die die fast 100 000 Menschen umfassende ostjüdische Einwanderung verursachte zu tragen, ist das Arbeiterfürsorgeamt gleichzeitig als Stelle des American Joint Distribution Committee vereinbart worden und zwar sind den Vereinbarungen gemäss die gesamten Kosten der Fürsorge vom Joint, hingegen die Kosten der Verwaltung von den deutschen Organisationen aufgebracht worden. Dieses Abkommen wurde bis zum Jahre 1925 gehalten. Im Jahre 1926 hat der Joint seine Tätigkeit auf diesem Gebiet in Deutschland eingestellt. Die Fürsorgeleistungen für ausländische Juden wurden auf die jüdischen Gemeinden überführt, die Verwaltung des Arbeiterfürsorgeamtes verblieb weiter zu Lasten der anderen Organisationen. Das Arbeiterfürsorgeamt hatte zeitweise einen ausserordentlich grossen Verwaltungsapparat, der sehr erhebliche Mittel erforderte. Ausser der zentralen Verwaltung in Berlin wurden Zweigbüros in 16 grösseren Städten Deutschlands errichtet, deren gesamte Tätigkeit und Verwaltung von der Zentrale finanziert wurde.

In den 10 Jahren 1920-1930 dürfte der Betrag der vom deutschen Judentum für die Verwaltung des Arbeiterfürsorgeamtes und seiner Zweigstellen aufgebracht wurde, ungefähr Mk.300 000.- betragen.

<u>2.Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge</u>.

Die Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge ist im Jahre 1924 als Zentralstelle sämtlicher jüdischer Gemeinden mit dem Zweck gegründet worden, um die deutsche Binnenwanderung, also Einwanderung, Rückwanderung und Durchwanderung soweit sie sich

innerhalb der Grenzen des deutschen Reiches bewegt, zu regulieren und nach einheitlichen Gesichtspunkten zu leiten. In den Jahren 1925-32 sind von den Zweigstellen der Hauptstelle mindestens Mk.787.000.- an Fahrgeldern allein verausgabt worden. Wenn mann hinzu die anderen Unterstützungen wie Beherbergung und Beköstigung der Durchwanderer in Anrechnung setzt, ergibt sich eine Ausgabe von mindestens Mk.1 000 000.-. Der Anteil der deutschen Juden an der Binnenwanderung in Deutschland bewegt sich zwischen 20 und 40%. Wenn man den Anteil der deutschen Staatsangehörigen mit durchschnittlich 30% ansetzt, ergibt sich an Ausgaben der Hauptstelle für ausländische Juden ein Betrag in Höhe von Mk. 700 000.-

3. Studentenhilfe.

In den Jahren 1920-32 sind jährlich Hunderte ausländischer jüdischer Studenten nach Deutschland gekommen, um an den deutschen Universitäten zu studieren, ohne im Besitz der geringsten Subsistenzmittel zu sein. Eine Zusammenstellung der Ausgaben, die die Studentenhilfe erfordert hat, ist nicht vorhanden. Man geht aber nicht fehl, wenn man allein für die letzten 10 Jahre einen Betrag von mindestens Mk. 600 000.-einsetzt. Der Anteil der ausländischen Studenten dürfte mindestens 60% betragen haben. Es sind demnach für ausländische jüdische Studenten in Deutschland Mk.400 000.- aufgebracht worden.

4. Wohlfahrtsämter der jüdischen Gemeinden.

Eine genaue Übersicht der gesamten Wohlfahrtsausgaben der jüdischen Gemeinden in Deutschland ist nicht vorhanden, man kann jedoch auf Grund ziemlich zuverlässiger Schätzungen annehmen, dass die gesamten Ausgaben in den Jahren

1924-27	incl.	Mk. 5 000 000.-	jährlich
1928-29	"	" 7 000 000.-	"
1930-32	"	" 9 000 000.-	"

betragen haben.

Aus den oben dargelegten Gründen ist eine Errechnung des Anteils der ausländischen Juden an diesen Beträgen ausserordentlich schwer. Man muss hierzu zunächst beachten, dass eine Trennung der Ausgaben zwischen offener und geschlossener Fürsorge erfolgen muss, d.h. zwischen den Ausgaben der Wohlfahrtsämter, die für die Hilfsbedürftigen direkt gemacht wurden und für die Ausgaben der verschiedenen Anstalten geschlossener Fürsorge, wie Waisenhäuser, Altersheime, Siechenhäuser, Krankenhäuser gemacht wurden. schätzungsweise dürfte der Anteil der geschlossenen Anstalten

ungefähr 50% der vorstehend angegebenen Beträge ausmachen.

Diese Teilung ist deshalb wichtig, weil der Anteil der ausländischen Juden an der offenen Fürsorge wesentlich anders ist, als an den geschlossenen Anstalten. Der Bevölkerungsanteil der ausländischen Juden kann für den Reichsdurchschnitt mit 20% angesetzt werden. Ihre materielle Lage jedoch ist im Verhältnis zu den inländischen Juden wesentlich schlechter. Es ist daher anzunehmen, dass ihre Anspruchnahme der Wohlfahrtseinrichtungen der jüdischen Gemeinde mit 30-35% der für die offene Fürsorge verausgabten Beträge anzusetzen ist. Hingegen dürfte ihr Anteil bei den Ausgaben für die geschlossene Fürsorge also für Unterbringung in Anstalten mit höchstens 15-20% angesetzt werden. Dies ist im wesentlichen auf die sehr veralteten Satzungen der verschiedenen Heime und geschlossenen Anstalten zurückzuführen.

III

Sammlungen in Deutschland für jüdische Zwecke im Ausland.

Genaue Zahlen über die Sammlungseingänge für die verschiedenen jüdischen Zwecke im Ausland sind nicht vorhanden. Auf Grund verschiedener Veröffentlichungen und Berichte der für die Sammlungen in Frage kommenden Organisationen lässt sich für die Jahre 1923 bis 1933 errechnen, dass für den

Keren Hajessod	ca. Mk.	7 200.000.-
Nationalfonds	" "	2 600 000.-
Gesellschaft „Ort"	" "	550 000.-
Gesellschaft "Ose"		
Palästina-Arbeiterfonds		
Keren Hatorah		
Jüdisch-Wissenschaftl. Institut		
Zentrale f. jüd. Schulorganisation in Polen	" "	250 000.-
insgesamt	Mk	10 600 000.-

Demnach sind in vorher erwähntem Zeitraum mindestens Mk. 10 600 000.- für jüdische Zwecke im Ausland aufgebracht worden.

IV.

Diese Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll auch keine Grundlage für irgendwelche innerjüdischen Auseinandersetzung in Deutschland sein. Sie ist lediglich ein

Versuch die Leistungen des deutschen Judentums innerhalb eines bestimmten Zeitraumes für allgemeine jüdischen Interessen aufzuzeigen, was mir im Interesse einer gerechten Behandlung, die das deutsche Judentum von Seiten der ausländischen Juden verdient, notwendig schien.

gez. S.Adler-Rudel

Ausländische Juden und jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland.

I.

Im Zusammenhang mit den Aktionen, die z.Zt. im Auslande für die Juden in Deutschland eingeleitet werden, hört man sehr oft die Meinung vertreten, dass das deutsche Judentum sich den Ostjuden gegenüber, die während und nach dem Kriege nach Deutschland geflüchtet sind, nicht so benommen haben, wie sie heute, da sie selbst in schwerer Bedrängnis sind, es erwarten, dass die ausländischen Juden sich ihnen gegenüber benehmen. Dieser Auffassung muss auf das Entschiedenste entgegengetreten werden, wozu ich mich umso mehr verpflichtet halte, als ich seit dem Jahre 1920 ununterbrochen an den verschiedenen Massnahmen, die von den deutschen Juden für auslandische Juden in Deutschland durchgeführt wurden, an leitender Stelle beteiligt war. Im Rahmen dieser Tätigkeit habe ich im Laufe der Jahre so ziemlich mit allen Grossgemeinden Deutschlands zu tun gehabt. Ich übersehe daher, wie hoch ungefähr der Anteil der auslandischen Juden an der Inanspruchnahme der Wohlfahrtspflege der jüdischen Gemeinden in Deutschland ist.

Neben den Betragen, die für die Wohlfahrt ausländischer Juden in Deutschland ausgegeben wurden, gehören in diese Betrachtung auch jene Betrage, die das deutsche Judentum in den letzten 10 Jahren für allgemeine jüdische Zwecke im Auslande aufgebracht hat und zwar handelt es sich hier um Betrage, die für zionistische Zwecke, also Keren Hajessod, Jüdischer Nationalfond, Palästina Arbeiterfond

für Tatigkeit der Gesellschaft Ort, der Gesellschaft Ose, des Jüdisch-Wissenschaftlichen Instituts in Warschau, der Zentralen jüdischen Schulorganisationen in Polen aufgebracht wurden.

Nicht berücksichtigt wurde die Tatigkeit des Hilfsvereins der deutschen Juden, obwohl diese sowohl für die Vorkriegszeit als auch für die Nachkriegsjahre für die Frage der Leistungen des deutschen Judentums für die ausländischen Juden von Bedeutung ist. Da ich kein Material hierüber habe, dürfte es wohl am zweckmässigsten sein, die Leitung des Hilfsvereins zu veranlassen, sich zu dieser Frage zu äussern.

Wenn im folgenden versucht wird, die Tätigkeit der Organisationen kurz darzustellen und den Anteil der ausländischen Juden an den einzelnen Fürsorgearten zu errechnen, so ergeben diese Zahlen keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit, denn die jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik der Jahre nach dem Kriege war von der Tendenz getragen,jeden Unterschied zwischen ausländischen und inländischen Juden bei der Inanspruchnahme der Wohlfahrtspflege auszuschalten. Es ist daher bei kaum einer Gemeinde eine Statistik über die Zusammensetzung der Wohlfahrtsempfänger nach ihren Herkunftsländern geführt worden. Für einzelne Sparten der Wohlfahrtspflege, wie z.B. Durch- und Rückwanderung ist eine derartige Statistik vorhanden.

Wenn von vorhandenen Misstanden abgesehen wird, so kann doch gesagt werden, dass der Grundsatz der Gleichheit ausländischer und inländischer Juden bei der Linderung ihrer Notstände grwahrt wurde.

Im Nachfolgenden soll nun versucht werden, die einzelnen Organisationen kurz darzustellen, um ihre Bedeutung für die in Deutschland lebenden Juden zu ersehen. Es handelt sich hier im wesentlichen um

1. Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands
2. Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge
3. Studentenhilfe
4. Wohlfahrtsämter der jüdischen Gemeinden.

II.

1. Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands.

Das Arbeiterfürsorgeamt ist im Jahre 1919 mit der speziellen Aufgabe der Fürsorge für die während und nach dem Kriege nach Deutschland gekommenen ausländischen Juden gegründet worden. Es stellt sowohl in der Art seiner Gründung als auch der Bedeutung, die es den deutschen behördlichen Stellen gegenüber erlangt hat, eine einmalige Erscheinung in der Geschichte der jüdischen Wohlfahrtspflege dar. Gegründet wurde es von folgenden Organisationen:

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens,
Grossloge für Deutschland U.O.B.B.,
Hilfsverein der deutschen Juden,
Jüdische Gemeinde Berlin,
Verband russischer Juden,
Zionistische Vereinigung für Deutschland.

Es handelt sich also hier um eine Kooperation verschiedener Organi-

Organisationen für eine bestimmte Aufgabe. In seiner Eigenschaft als vom deutschen Judentum beauftragt, wurde das Arbeiterfürsorgeamt auch von der preussischen Regierung anerkannt. Die Leitung lag in Handen eines Präsidiums, das sich aus je einem Vertreter der oben angeführten Organisationen zusammensetzte. In seiner mehr als zehnjährigen Tätigkeit sind innerhalb dieses Präsidiums keine Mehrheitsbeschlüsse gefasst worden, weil alle Beteiligten, so verschieden sie in ihren allgemeinen und jüdischen Anschauungen waren, die Tendenz einer absolut gleichen und solidarischen Zusammenarbeit hatten. Das Arbeiterfürsorgeamt hatte eine zwiefache Aufgabe

1. Wahrnehmung eines rechtlichen und politischen Schutzes der nach Deutschland geflüchteten Juden,

2. Hilfeleistung und Ermöglichung der Einordnung bezw. Weiterwanderung.

Da das deutsche Judentum nicht in der Lage war, von sich aus die Kosten, die die fast 100 000 Menschen umfassende ostjüdische Einwanderung verursachte, zu tragen, ist das Arbeiterfürsorgeamt gleichzeitig als Stelle des American Joint Distribution Committee vereinbart worden und zwar sind den Vereinberungen gemäss die gesamten Kosten der Fürsorge vom Joint, hingegen die Kosten der Verwaltung von den deutschen Organisationen aufgebracht worden. Dieses Abkommen wurde bis zum Jahre 1925 gehalten. Im Jahre 26 hat der Joint seine Tatigkeit auf diesem Gebiet in Deutschland eingestellt. Die Fürsorgeleistungen für auslandische Juden wurden auf die jüdischen Gemeinden überführt, die Verwaltung des Arbeiterfürsorgeamts verblieb weiter zu Lasten der anderen Organisationen. Das Arbeiterfürsorgeamt hatte zeitweise einen ausserordentlich grossen Verwal-

Verwaltungsapparat, der sehr erhebliche Mittel erforderte. Ausser der zentralen Verwaltung in Berlin wurden Zweigbüros in 16 grösseren Städten Deutschlands errichtet, deren gesamte Tätigkeit und Verwaltung von der Zentrale finanziert wurde.

In den 10 Jahren 1920 - 1930 dürfte der Betrag der vom deutschen Judentum für die Verwaltung des Arbeiterfürsorgeamtes und seiner Zweigstellen ungefähr RM. 300 000.-- betragen.

2. Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge.

Die Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge ist im Jahre 1924 als Zentralstelle sämtlicher jüdischer Gemeinden mit dem Zweck gegründet worden, um die deutsche Binnenwanderung, also Einwanderung, Rückwanderung und Durchwanderung, soweit sie sich innerhalb der Grenzen des deutschen Reiches bewegt, zu regulieren und nach einheitlichen Gesichtspunkten zu leiten. In den Jahren 1925 - 32 sind von den Zweigstellen der Hauptstelle mindestens RM. 787.000.-- an Fahrgeldern allein verausgabt worden. Wenn man hinzu die anderen Unterstützungen, wie Beherbergung und Beköstigung der Durchwanderer in Anrechnung setzt, ergibt sich eine Ausgabe von mindestens RM. 1.000.000.--. Der Anteil der deutschen Juden an der Binnenwanderung in Deutschland bewegt sich zwischen 20 und 40%. Wenn man den Anteil der deutschen Staatsangehörigen mit durchschnittlich 30% ansetzt, ergibt sich an Ausgaben der Hauptstelle für ausländische Juden ein Betrag in Höhe von RM. 700.000.--.

3. Studentenhilfe.

In den Jahren 1920 - 32 sind jährlich hunderte ausländischer jüdischer Studenten nach Deutschland gekommen, um an den deutschen Universitäten zu studieren, ohne im Besitz der geringsten Subsistensmittel zu sein. Eine Zusammenstellung der Ausgaben, die die Studentenhilfe erfordert hat, ist nicht vorhanden. Man geht aber nicht fehl, wenn man allein für die letzten 10 Jahre einen Betrag von mindestens RM. 600.000.-- einsetzt. Der Anteil der ausländischen Studenten dürfte mindestens 60% betragen haben. Es sind demnach für ausländische jüdische Studenten in Deutschland RM. 400.000.-- ca aufgebracht worden.

4. Wohlfahrtsämter der jüdischen Gemeinden.

Eine genaue Uebersicht der gesamten Wohlfahrtsausgaben der jüdischen Gemeinden in Deutschland ist nicht vorhanden, man kann jedoch auf Grund ziemlich zuverlässiger Schätzungen annehmen, dass die gesamten Ausgaben in den Jahren

1924 - 1927	incl.	RM. 5 000 000.--	jährlich
1928 - 1929	"	" 7 000 000.--	" "
1930 - 1932	"	" 9 000 000.--	" "

betragen haben.

Aus den oben dargelegten Gründen ist eine Errechnung des Anteils der ausländischen Juden an diesen Beträgen ausserordentlich schwer. Man muss hierzu zunächst beachten, dass eine Trennung der Ausgaben zwischen offener und geschlossener Fürsorge erfolgen muss, d.h. zwischen den Ausgaben der Wohlfahrtsämter, die für die Hilfsbedürftigen direkt gemacht wurden und für die Ausgaben der verschiedenen Anstalten geschlossener Fürsorge, wie Waisenhäuser, Altersshei-

Altersheime, Siechenhäuser, Krankenhäuser gemacht wurden. Schatzungsweise dürfte der Anteil der geschlossenen Anstalten ungefähr 50% der vorstehend angegebenen Betrage ausmachen.

Diese Teilung ist deshalb wichtig, weil der Anteil der ausländischen Juden an der offenen Fürsorge wesentlich anders ist, als an den geschlossenen Anstalten. Der Bevölkerungsanteil der ausländischen Juden kann für den Reichsdurchschnitt mit 20% angesetzt werden. Ihre materielle Lage jedoch ist im Verhältnis zu den inländischen Juden wesentlich schlechter. Es ist daher anzunehmen,dass ihre Anspruchnahme der Wohlfahrtseinrichtungen der jüdischen Gemeinden mit 30 - 35% der für die offene Fürsorge verausgabten Betrage anzusetzen ist. Hingegen dürfte ihr Anteil bei den Ausgaben für die geschlossene Fürsorge, also für die Unterbringung in Anstalten mit höchstens 15 - 20 % angesetzt werden. Dies ist im wesentlichen auf die sehr veralteten Satzungen der verschiedenen Heime und geschlossenen Anstalten zurückzuführen.

III.

Sammlungen in Deutschland für jüdische Zwecke im Ausland.

Genaue Zahlen uber die Sammlungseingange für die verschiedenen jüdischen Zwecke im Ausland sind nicht vorhanden. Auf Grund verschiedener Veröffentlichungen und Berichte der für die Sammlungen in Frage kommenden Organisationen lässt sich für die Jahre 1923 bis 1933 errechnen, dass für den

dass für den

Keren Hajessod	ca RM.	7 200 000.—
Nationalfond	"	2 600 000.—
Gesellschaft Ort Gesellschaft Ose Palästina Arbeiterfond Keren Hatorah Jüdisch-Wissenschaftl. Institut Zentrale jüdische Schulorganisation in Polen	"	550 000.—
	ca "	250 000.—
insgesamt	RM.	10 600 000.—

Demnach sind in vorher erwähnten Zeitraume mindestens RM.10.000.000.- für jüdische Zwecke im Ausland aufgebracht worden.

IV.

Diese Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll auch keine Grundlage für irgendwelche innerjüdischen Auseinandersetzung in Deutschland sein. Sie ist lediglich ein Versuch, die Leistungen des deutschen Judentums innerhalb eines bestimmten Zeitraumes für allgemeine jüdische Interessen aufzuzeigen, was mir im Interesse einer gerechten Behandlung, die das deutsche Judentum von Seiten der ausländischen Juden verdient, notwendig schien.

gez. S. Adler - Rudel.

Ausländische Juden und jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland.

I.

Im Zusammenhang mit den Aktionen, die z.Zt. im Auslande für die Juden in Deutschland eingeleitet werden, hört man sehr oft die Meinung vertreten, dass das deutsche Judentum sich den Ostjuden gegenüber, die während und nach dem Kriege nach Deutschland geflüchtet sind, nicht so benommen haben, wie sie heute, da sie selbst in schwerer Bedrängnis sind, es erwarten, dass die ausländischen Juden sich ihnen gegenüber benehmen. Dieser Auffassung muss auf das Entschiedenste entgegengetreten werden, wozu ich mich umso mehr verpflichtet halte, als ich seit dem Jahre 1920 ununterbrochen an den verschiedenen Massnahmen, die von den deutschen Juden für ausländische Juden in Deutschland durchgeführt wurden, an leitender Stelle beteiligt war.Im Rahmen dieser Tätigkeit habe ich im Laufe der Jahre so ziemlich mit allen Grossgemeinden Deutschlands zu tun gehabt. Ich übersehe daher, wie hoch ungefähr der Anteil der ausländischen Juden an der Inanspruchnahme der Wohlfahrtspflege der jüdischen Gemeinden in Deutschland ist.

Neben den Beträgen,die für die Wohlfahrt ausländischer Juden in Deutschland ausgegeben wurden, gehören in diese Betrachtung auch jene Beträge, die das deutsche Judentum in den letzten 10 Jahren für allgemeine jüdische Zwecke im Auslande aufgebracht hat und zwar handelt es sich hier um Beträge, die für zionistische Zwecke, also Keren Hajessod, Jüdischer Nationalfond,Palästina Arbeiterfond

für Tatigkeit der Gesellschaft Ort, der Gesellschaft Ose, des Jüdisch-Wissenschaftlichen Instituts in Warschau, der Zentralen jüdischen Schulorganisationen in Polen aufgebracht wurden.

Nicht berücksichtigt wurde die Tatigkeit des Hilfsvereins der deutschen Juden, obwohl diese sowohl für die Vorkriegszeit als auch für die Nachkriegsjahre für die Frage der Leistungen des deutschen Judentums für die ausländischen Juden von Bedeutung ist. Da ich kein Material hierüber habe, dürfte es wohl am zweckmässigsten sein, die Leitung des Hilfsvereins zu veranlassen, sich zu dieser Frage zu äussern.

Wenn im folgenden versucht wird, die Tätigkeit der Organisationen kurz darzustellen und den Anteil der ausländischen Juden an den einzelnen Fürsorgearten zu errechnen, so ergeben diese Zahlen keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit, denn die jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik der Jahre nach dem Kriege war von der Tendenz getragen,jeden Unterschied zwischen ausländischen und inländischen Juden bei der Inanspruchnahme der Wohlfahrtspflege auszuschalten. Es ist daher bei kaum einer Gemeinde eine Statistik über die Zusammensetzung der Wohlfahrtsempfänger nach ihren Herkunftsländern geführt worden. Für einzelne Sparten der Wohlfahrtspflege, wie z.B. Durch- und Rückwanderung ist eine derartige Statistik vorhanden.

Wenn von vorhandenen Misständen abgesehen wird, so kann doch gesagt werden, dass der Grundsatz der Gleichheit ausländischer und inländischer Juden bei der Linderung ihrer Notstände gewahrt wurde.

Im Nachfolgenden soll nun versucht werden, die einzelnen Organisationen kurz darzustellen, um ihre Bedeutung für die in Deutschland lebenden Juden zu ersehen. Es handelt sich hier im wesentlichen um

1. Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands
2. Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge
3. Studentenhilfe
4. Wohlfahrtsämter der jüdischen Gemeinden.

II.

1. Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands.

Das Arbeiterfürsorgeamt ist im Jahre 1919 mit der speziellen Aufgabe der Fürsorge für die während und nach dem Kriege nach Deutschland gekommenen ausländischen Juden gegründet worden. Es stellt sowohl in der Art seiner Gründung als auch der Bedeutung, die es den deutschen behördlichen Stellen gegenüber erlangt hat, eine einmalige Erscheinung in der Geschichte der jüdischen Wohlfahrtspflege dar. Gegründet wurde es von folgenden Organisationen:

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens,
Grossloge für Deutschland U.O.B.B.,
Hilfsverein der deutschen Juden,
Jüdische Gemeinde Berlin,
Verband russischer Juden,
Zionistische Vereinigung für Deutschland.

Es handelt sich also hier um eine Kooperation verschiedener Organi-

Organisationen für eine bestimmte Aufgabe. In seiner Eigenschaft als vom deutschen Judentum beauftragt, wurde das Arbeiterfürsorgeamt auch von der preussischen Regierung anerkannt. Die Leitung lag in Händen eines Präsidiums, das sich aus je einem Vertreter der oben angeführten Organisationen zusammensetzte. In seiner mehr als zehnjährigen Tätigkeit sind innerhalb dieses Präsidiums keine Mehrheitsbeschlüsse gefasst worden, weil alle Beteiligten, so verschieden sie in ihren allgemeinen und jüdischen Anschauungen waren, die Tendenz einer absolut gleichen und solidarischen Zusammenarbeit hatten. Das Arbeiterfürsorgeamt hatte eine zwiefache Aufgabe

1. Wahrnehmung eines rechtlichen und politischen Schutzes der nach Deutschland geflüchteten Juden,

2. Hilfeleistung und Ermöglichung der Einordnung bezw. Weiterwanderung.

Da das deutsche Judentum nicht in der Lage war, von sich aus die Kosten, die die fast 100 000 Menschen umfassende ostjüdische Einwanderung verursachte, zu tragen, ist das Arbeiterfürsorgeamt gleichzeitig als Stelle des American Joint Distribution Committee vereinbart worden und zwar sind den Vereinbarungen gemäss die gesamten Kosten der Fürsorge vom Joint, hingegen die Kosten der Verwaltung von den deutschen Organisationen aufgebracht worden. Dieses Abkommen wurde bis zum Jahre 1925 gehalten. Im Jahre 26 hat der Joint seine Tatigkeit auf diesem Gebiet in Deutschland eingestellt. Die Fürsorgeleistungen für ausländische Juden wurden auf die jüdischen Gemeinden überführt, die Verwaltung des Arbeiterfürsogeamts verblieb weiter zu Lasten der anderen Organisationen. Das Arbeiterfürsorgeamt hatte zeitweise einen ausserordentlich grossen Verwal-

Verwaltungsapparat, der sehr erhebliche Mittel erforderte. Ausser der zentralen Verwaltung in Berlin wurden Zweigbüros in 16 grösseren Städten Deutschlands errichtet, deren gesamte Tätigkeit und Verwaltung von der Zentrale finanziert wurde.

In den 10 Jahren 1920 - 1930 dürfte der Betrag-der vom deutschen Judentum für die Verwaltung des Arbeiterfürsorgeamtes und seiner Zweigstellen-ungefahr RM. 300 000.-- betragen.

2. <u>Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge.</u>

Die Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge ist im Jahre 1924 als Zentralstelle sämtlicher jüdischer Gemeinden mit dem Zweck gegrün--det worden, um die deutsche Binnenwanderung, also Einwanderung, Rückwanderung und Durchwanderung, soweit sie sich innerhalb der Grenzen des deutschen Reiches bewegt, zu regulieren und nach einheitlichen Gesichtspunkten zu leiten. In den Jahren 1925 - 32 sind von den Zweigstellen der Hauptstelle mindestens RM. 787.000.-- an Fahrgeldern allein verausgabt worden. Wenn man hinzu die anderen Unterstützungen, wie Beherbergung und Beköstigung der Durchwanderer in Anrechnung setzt, ergibt sich eine Ausgabe von mindestens RM. 1.000.000.--. Der Anteil der deutschen Juden an der Binnenwanderung in Deutschland bewegt sich zwischen 20 und 40%. Wenn man den Anteil der deutschen Staatsangehörigen mit durchschnittlich 30% ansetzt, ergibt sich an Ausgaben der Hauptstelle für ausländische Juden ein Betrag in Höhe von RM. 700.000.--.

3. Studentenhilfe.

In den Jahren 1920 - 32 sind jährlich hunderte ausländischer jüdischer Studenten nach Deutschland gekommen, um an den deutschen Universitäten zu studieren, ohne im Besitz der geringsten Subsistenzmittel zu sein. Eine Zusammenstellung der Ausgaben, die die Studentenhilfe erfordert hat, ist nicht vorhanden. Man geht aber nicht fehl, wenn man allein für die letzten 10 Jahre einen Betrag von mindestens RM. 600.000.-- einsetzt. Der Anteil der ausländischen Studenten dürfte mindestens 60% betragen haben. Es sind demnach für ausländische jüdische Studenten in Deutschland RM. 400.000.-- ca aufgebracht worden.

4. Wohlfahrtsämter der jüdischen Gemeinden.

Eine genaue Uebersicht der gesamten Wohlfahrtsausgaben der jüdischen Gemeinden in Deutschland ist nicht vorhanden, man kann jedoch auf Grund zimelich zuverlässiger Schätzungen annehmen, dass die gesamten Ausgaben inden Jahren

1924 - 1927	incl.	RM. 5 000 000.--	jährlich
1928 - 1929	"	" 7 000 000.--	" "
1930 - 1932	"	" 9 000 000.--	" "

betragen haben.

Aus den oben dargelegten Gründen ist eine Errechnung des Anteils der ausländischen Juden an diesen Beträgen ausserordentlich schwer. Man muss hierzu zunächst beachten, dass eine Trennung der Ausgaben zwischen offener und geschlossener Fürsorge erfolgen muss, d.h. zwischen den Ausgaben der Wohlfahrtsämter, die für die Hilfsbedürftigen direkt gemacht wurden und für die Ausgaben der verschiedenen Anstalten geschlossener Fürsorge, wie Waisenhäuser, Altersshei-

Altersheime, Siechenhäuser, Krankenhäuser gemacht wurden. Schätzungsweise dürfte der Anteil der geschlossenen Anstalten ungefähr 50% der vorstehend angegebenen Beträge ausmachen.

Diese Teilung ist deshalb wichtig, weil der Anteil der ausländischen Juden an der offenen Fürsorge wesentlich anders ist, als an den geschlossenen Anstalten. Der Bevölkerungsanteil der ausländischen Juden kann für den Reichsdurchschnitt mit 20% angesetzt werden. Ihre materielle Lage jedoch ist im Verhältnis zu den inländischen Juden wesentlich schlechter. Es ist daher anzunehmen, dass ihre Anspruchnahme der Wohlfahrtseinrichtungen der jüdischen Gemeinden mit 30 - 35% der für die offene Fürsorge verausgabten Betrage anzusetzen ist. Hingegen dürfte ihr Anteil bei den Ausgaben für die geschlossene Fürsorge, also für die Unterbringung in Anstalten mit höchstens 15 - 20 % angesetzt werden. Dies ist im wesentlichen auf die sehr veralteten Satzungen der verschiedenen Heime und geschlossenen Anstalten zurückzuführen.

III.

Sammlungen in Deutschland für jüdische Zwecke im Ausland.

Genaue Zahlen über die Sammlungseingänge für die verschiedenen jüdischen Zwecke im Ausland sind nicht vorhanden. Auf Grund verschiedener Veröffentlichungen und Berichte der für die Sammlungen in Frage kommenden Organisationen lässt sich für die Jahre 1923 bis 1933 errechnen, dass für den

dass für den

Keren Hajessod	ca RM.	7 200 000.--
Nationalfond	"	2 600 000.--
Gesellschaft Ort Gesellschaft Ose Palästina Arbeiterfond Keren Hatorah Jüdisch-Wissenschaftl. Institut Zentrale jüdische Schulorganisation in Polen	"	550 000.--
	ca "	250 000.--
insgesamt	RM.	10 600 000.--

Demnach sind in vorher erwähntem Zeitraume mindestens RM.10.000.000.- für jüdische Zwecke im Ausland aufgebracht worden.

IV.

Diese Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll auch keine Grundlage für irgendwelche innerjüdischen Auseinandersetzung in Deutschland sein. Sie ist lediglich ein Versuch, die Leistungen der deutschen Judentums innerhalb eines bestimmten Zeitraumes für allgemeine jüdische Interessen aufzuzeigen, was mir im Interesse einer gerechten Behandlung, die das deutsche Judentum von Seiten der ausländischen Juden verdient, notwendig schien.

gez. S. Adler - Rudel.

MOVEMENT FOR THE CARE
OF CHILDREN FROM
GERMANY Ltd.

STATISTICAL ANALYSIS .

2nd. Issue.

Completely revised and
brought up to date.

. . . . . .

MOVEMENT FOR THE CARE OF CHILDREN FROM GERMANY, LTD.

Telephone: MUSeum 2900
Telegrams: ELPIS CHILDREN,
WESTCENT, LONDON.

Bloomsbury House,
Bloomsbury Street,
W.C.1.

STATISTICAL ANALYSIS.

Second issue July 1939.

. . . . . .

. . . . . .

Introduction.

SECTION I Arrivals in England.
II Religion.
III Distribution
IV Camps
V Hostels
VI Training
VII Results of Questionnaire
VIII Finance
IX Re-emigration
X The Child Refugee problem.

Appendices.

. . . . . .

This report is confidential and persons to whom it is given are requested not divulge any of the figures to the public. The Statistics and Research Dept. keep all the sections bound separately, and these are obtainable should any person wish to interest any member of the public in any particular phase of the Movement's work. Any further information may be obtained from this Department which will be only too glad to be of assistance to enquirers.

Statisical Anyalysis.

During the first three months after the establishment of the Movement for the Care of Children from Germany, so much effort was expended on the initial arrangements for bringing children to this country as quickly as possible, that little attention was paid to statistics. For this reason this statistical analysis makes no attempt to give accurate figures for the months December to February and in many cases does not risk giving statistics before the middle of March. The present statistics and Research Dept. was formed at Easter and since then has kept record of the changing figures or children entering, leaving England or moving from one district to another. Any special information required can be given at any time by the department, who are pleased to receive fresh information from anyone at all times.

I. Arrivals in England.

During December a large number of unguaranteed children were brought into England. The first transport arrived on the 2nd. December and the children were placed at Dovercourt Bay Holiday Camp a mile or two away from Harwich. A transport of 522 the largest ever, arrived on the 12th. and these children, mostly boys, went to Pakefield Camp, Lowestoft. A few guaranteed children were attached to these transports in December and the beginning of March but it was not until the 12th. January that the first guaranteed transport arrived. This was followed by further transports of guaranteed children arriving in increased rapidity, with a short break over Easter, until 450 children in the second week in May.

Arrivals.

December 2nd. 1938.	201	from Berlin & Hamburg
December 12th. 1938.	522	Vienna
December 15th. 1938.	349	Berlin & Hamburg
December 20th. 1938.	211	Vienna
	73	(guaranteed) Vienna
December 22nd. 1938.	247	Vienna
December 28th. 1938.	32	Vienna
December 29th. 1938.	287	Old Germany
January 5th. 1939.	250	Old Germany
January 12th. 1939.	80	Vienna
January 13th. 1939.	95	Vienna
January 14th. 1939.	30	Vienna
January 16th. 1939.	25	(unguaranteed) Czecho-Slovakia.
January 16th. 1939.	39	Klibansky School, Cologne
January 18th. 1939.	95	Old Germany
January 19th. 1939.	77	Old Germany
January 26th. 1939.	165	Old Germany
February 2nd. 1939.	62	Old Germany
February 6th. 1939.	152	Old Germany

February 10th. 1939.	40	From Vienna
February 14th. 1939.	50	" No Mans' Land

On February 17th. 1939, there were

	Boys	Girls	Total
	1540	1101	2641
February 20th. 1939.	43	49	2723
February 23rd. 1939.	41	55	2819
March 3rd. 1939.	87	110	3016

To this must be added the cases of the Inter-Aid Committee brought over since 1936 and now amalgamated with the Movement.

	249	214	3479.	
March 8th. 1939.	9	11	3499.	
March 10th. 1939.	1	0	3500	
	14	10	3524	
March 11th. 1939.	0	1	3525	
March 15th. 1939.	4	16	3545	
March 16th. 1939.	57	83	3685	
March 17th. 1939.	96	63	3844	
March 23rd. 1939.	3	8	3855	
March 24th. 1939.		2	3857	
March 27th. 1939.	69	17	3942	
March 31st. 1939.	50	56	4049	
April 1st. 1939.	53	61	4163	
April 18th. 1939.	40	0	4203	Holland
April 19th. 1939.	18	16	4237	Prague
April 20th. 1939.	39	95	4371	Old Germany
April 21st. 1939.	39	48	4458	Vienna
April 25th. 1939.	0	2	4460	
April 27th. 1939.	42	81	4583	Vienna
April 28th. 1939.	14	25	4622	Vienna
April 29th. 1939.	9	20	4651	Prague
May 4th. 1939.	53	105	4809	Old Germany
May 5th. 1939.	1	1	4811	
May 5th. 1939.	36	40	4887	Danzig
May 8th. 1939.	1	2	4890	
May 10th. 1939.	27	0	4917	Klibansky School Cologne
May 11th. 1939.	56	65	5038	
May 13th. 1939.	22	37	5097	Prague
May 15th. 1939.	55	78	5230	Vienna
May 15th. 1939. V.	55	65	4986	
May 15th. 1929. ad.	2	78	5107	
May 19th. 1939.al.	34	40	5246	
May 18th. 1939.G.	44	93	5457	
May 22nd. 1939.G.	54	48	5559	
May 24th. 1939.S.	2	2	5563	
May 29th 1939.al.	63	9	5635	
May 29th 1939.al.	2	3	5640	
May 22nd 1939.S.	2	2	5644	
May 26th 1939.B.	7	7	5658	
April 27th 1939.al.	8	-	5666	
May 29th 1939.I.	1	-	5667	
May 22nd 1939.B.	-	1	5668	
June 2nd 1939.P.	88	49	5805	
June 4th. 1939.od.	-	3	5808	
June 6th. 1939.B.	34	61	5903	
June 7th. 1939.B.	34	44	5981	
June 9th. 1939.A.	3	1	5985	

	Boys	Girls	Total.
June 2nd. 1939.S.	2	3	5990
June 8th. 1939.V.	32	56	6078
June 14th. 1939.al.	81	73	6232
June 14th. 1939.G.	72	94	6388
June 14th. 1939.al.	30	75	6493
June 15th. 1939.V.	75	47	6615
June 9th. 1939.al.	1	-	6616
June 20th. 1939.al.	1	-	6617
June 21st. 1939.G.	50	55	6722
June 21st.1939.G.	14	11	6747
June 22nd. 1939.V.	40	62	6849
June 21st. 1939.S.	3	4	6856
June 28th. 1939.al.	-	20	6876
June 28th. 1939.G.	48	67	6991
June 30th. 1939.G.	63	86	7140
July 1st. 1939.P.	105	116	7361
July 5th. 1939.G.	56	84	7501
July 6th. 1939. .	62	68	7631
July 7th. 1939.G.	49	72	7752

G - Germany P - Prague al - alone I - Italy
V - Vienna S - Switzerland ad - additional B - Brussels.

Thus there are at the moment of going to press 7752 children in this country of which 3930 are boys and 3822 are girls.

The Movement has imposed upon itself a ceiling figure of 10,000. It is regarded that such a figure is the largest contribution that can be expected to be made in Great Britain, and as finances stand at the moment the largest number to be supported by voluntary effort. It is expected that over 9000 will have entered this country by the end of August, at which time it is probable that there will be no further large transports. It is intended to preserve if possible, the remaining 1000 vacancies for any contingency that may occur in the future. It should be remembered that the Movement at the moment is only entitled to deal with children born in Greater Germany. The present foreboding conditions in Hungary and Central Europe cannot warrant any increase in the ceiling figure of 10,000.

The areas from which the children come can be divided up roughly into two groups.

1. Various regions of Greater Germany.
2. Those placed under the influence of Nazi racial ideology, and places where children have either voluntarily or involuntarily taken refuge.

No children who are not German by residence have been accepted into this country, and where children have arrived from Hungary or Italy, those children have been refugees who have fled into these countries. Children who possess Polish passports have been admitted because they have been born in Greater Germany. Children are also admitted who have been deprived of their nationality by the German Government.

Group 1.	Boys	Girls	Total.
Old Germany	1806	1047	2853
Berlin	529	369	898
Total. Altreich	2335	1416	3751
Ostmark	1292	1017	2309
Czechoslovakia	174	131	305
Total.	3801	2564	6365

Group 2.	
Danzig	76
Polish No-man's-land	52
France	16
Belgium	8
Italy	18
Holland	110
	280
Elsewhere	59
	339

Basis 6,704 Children.

11. RELIGION.

It is extremely difficult to obtain exact figures for the different religions of children already in England. The reasons for this were given in the last issue of the Statistical Analysis. Since the date of that publication, serious efforts have been made to ascertain the correct religion of children. We have had to continue to show that all choldren who are not stated to be Christians or Agnostics are Jews. This of course is incorrect and misled, since these figures are meant to show the religion and not the races. It cannot be said that all Christian children who have been brought over to this country are of Aryan or half-aryan blood. Some of them have adopted some form of Christian religion during the last years of persecution, from genuine motives in view of the apparent hopelessness of the situation, but to other it has happened that whole families have adopted the Christian religion in order to obtain the help of the non-Aryan Christian Organisations operating in England. We do not think the number of the latter class can be great, but it cannot be discounted.

Basis		
6,704 Children.	Protestants, Lutherans, Evangelicals Hussites, etc.	367
	Roman Catholics,	234
	Quakers,	3
	Greek Orthodox	2
	Total number of Christians	843 (definite figure)
	Freethinkers,	5
	Konfessionslos. (without religion)	188 (definite figure)
	Total.	193.

, (owing to the fact that during the first months of the existence of the Movement all Catholics, whether Old or Roman, were placed in the same group, it is impossible to give separate figures for the Old Catholics. It should be remembered this sect is, in its Doctrine and Dogma, more similar to the Protestant belief than the Roman Catholic). (All these figures include the children brought over by the Inter-Aid Committee.)

Jews. 5,673 (accurate figure).

These will eventually be divided into the following 3 groups :-

Orthodox.
Liberal.
Non-practising.

In order to obtain a rough idea of the proportion of Orthodox and Liberals we present the following percentages, which we have obtained from a representative 136 questionnaires which Jewish children returned.

24.7% Orthodox
61.0% Liberal

The remaining 14.3% are non-practising. It is however,

believed that many children put down Liberal Jewish faith, who are really non-practising, but write down Liberal in order not to appear so. The proportion of Christians to Jews is, 843 to 5,673 which is 14.8%. While the proportions of those who confess no religion to those who do is 2.1%. At the end of May the percentage of Christians was 11.1%, thus during the last two months there has been a rise of 3.7%.

5673

III. Distribution of Children.

There must be two views concerning how the refugee children brought to this country should be housed and distributed The first, in so much as there is any precedent, advocates the traditional method - that the children should be segregated and kept in large, and consequently economical, units where they would be taught schooling and given training. The second, which was adopted by the Movement, is more novel in the dealing with refugees but more in accordance with English ideas. This was to place the children in private houses or small hostels, where they could have as much of home life as it was possible to create for them in a 'foreign' country.

With this idea in mind the Movement appealed to the public for hospitality. The response was excellent - the homes offered came from every social class, every creed, every political party. But though the homes were so different in character, the type of children wanted showed a great unanimity. Nearly everybody wanted a small child - a blue-eyed, fair-haired boy or girl. The camps were full of older boys and girls brought from Germany to save them from concentration camps and immediate danger. Few of them were good looking, many had cropped hair, having just been released from a camp, all were bent and broken spiritually. Again the public responded magnificently. They offered to take any child.

In this way the camps were emptied. But they became slave-markets where people with the best intentions in the world went to help one child, yet unconsciously did harm to many by looking them over and rejecting them. Fortunately the demand was so brisk that the rejected children did not have to wait long, and the harm was in this way minimised. But some of those boys who were brought over in December, who were inspected and rejected so many times, are still at Barham House waiting.

Thus it came about that the children from Germany were spread over the length and breadth of England, while in Holland and France they were segregated in camps and schools. Yet there was good reason for the Movement not to follow the example of the Continent, for France and Holland are definitely clearing stations. It would not profit the children there greatly to learn the culture of those countries when in a few months they would have to go overseas. Yet the case is different with the children in England for when they emigrate, the vast majority will go to English speaking countries, and they will have profited from the intimate contact they have had with the English life and language. The policy of the Movement in distributing these children all over the country, and in bringing them up in English surroundings during the impressionable years of their life, can therefore be justified.

Below is published a list of the 175 local guardian committees amongst whom every child in the British Isles is divided. Some of these committees cover an area of hundreds of square miles others only one or two. We are not publishing the various committees in London and the number of children under their care since the committees overlap to such an extent that it would be of no value. However, as is probably known 40% are in the N.West postal district and about 35% in the North district. Though this proportion is overwhelming on paper, it must be remembered that the Jewish population in these districts is in the same proportion as the children.

Correct until the end of May.

Committees	Number of children	Jewish population	% of children to Jewish population.
St Albans.	13		
Barham House	179		
Bradford.	30	490	6.1%
Broxborne	2		
Beckenham	12		
Birmingham	68	6000	8.8%
Bristol Council for Refugees	18	500	3.6%
Bath Refugees Children Fund	26		
Brighton & Hove	28	2500	1.1%
Burwash Weald	4		
Barnes	23		
Bury St. Edmunds	3		
Burton-on-Trent	2		
Belfast	78		
Belfast Jewish	15		
Blackpool	8	273	2.9%
Bromley	16		
Bournemouth	9	700	
Becontree	11		
Bodmin	1		
Beaconsfield	22		
Con-Joint Ctee			
Westgate	22		
Crowbro'	2		
Cardiff	25		
Coventry	35	150	23.3%
Crawley Downs	23		
Chailey	18		
Croydon	16		
Chalbury	7		
Casselfox Hostel	23		
Chislehurst Catholic Ctee	59		
Chelmsford	29		
Cambray Congreation	3		
Cambourne and Redruth	2		
Cambridge Ref. Ctee	23		
Dudley	5		
Dorking	31		
Dorset Rotary	18		
Dorset Sub-Ctee	22		
Derby Hebrew	9		
Darlington Mayor Appeal Ctee	7		
Dublin	1		
Edinburgh	156	1500	10.4%
East Grinstead	2		
Eastbourne	15		
Edgware	3		
Easingwold	5		
Felixtowe	10		
Fairwarp	1		
Faversham	41		
Falmouth	4		
Faringdon	1		
Total carried forward	1176.		

Committees	Number of children	Jewish population	%of children to Jewish population.
Carried forward	1176		
Guildford	31		
Gillingham	16		
Gainsborough	3		
Grimsby	3		
Grinston	7		
Glasgow	199		
Gerrards Cross	18		
Hull	29	2000	1.4%
Harrow	73		
Huntingdon	1		
Hitchin	11		
Ilkley	5		
Ireland	8	4245	.2%
Ipswich	7	2000	.3%
Kingston	16		
Leeds Jewish Ctee	76	3000	2.5%
Leeds Friends	19		
Leeds	27		
Loughton	2		
Limpsfield	15		
Lexham Gardens	13		
Leicester	2	330	.6%
Liverpool	81		
Middlesborough	27		
Monmouthshire	--		
Merionethshire	12		
Methyn	3		
Methyn Hebrew Ctee. Glam	3		
Melksham	3		
Malvern	4		
Mayfield	9		
Manchester Guardian Ctee.	164	37500	.4%
Maidstone	29		
Margate	45		
Much Hadam	2		
Maryport Ref. Ctee.	1		
Newport	10		
Newcastle	35	2500	1.4%
Northwood	4	550	.8%
Nottingham	14		
Norwich	46		
Northampton Hebrew	14		
National Council of Women			
Oxford	45		
Peaslake	1		
Petersfield	8		
Peterborough	6		
Purley	2		
Plymouth	12		
Total carried forward	2513		

Committees	Number of children	Jewish population	% of children to Jewish population
Carried forward	2513		
Richborough	31		
Rotheham	7		
Rotherfield Guardian Ctee.	18		
Ribblesdale	50		
Ruislip	10		
Rock House Ed.Ctee.	4		
Rugby	9		
San Remo Westgate	40		
Swansea	24		
Sheffield	3		
Sons of Jacob Hostel (Leicester)	10		
Sheffield JewishqAid	10		
Stoke on Trent	8		
Stafford	2		
Sundeland & South Shields Hstl	22		
Stonehouse Ctee.	4		
Southport	14		
Shrewsbury	6		
Sevenoaks	12		
St.anstead	11		
South Shields Hebrew Ctee.	5		
Southampton	6		
Southsea	10		
Stroud & District Ref.Ctee	10		
Stockport	6		
Tunbridge Wells	32		
Trowbridge	2		
Tunbridge Ref.Ctee.	13		
Truro	1		
Whittingham	160		
Wallingford	41		
Wrexham	1		
Wigan	8		
Worcester	14	40	17.5%
Weston saper Mare	7		
Worthin Welfare sub Ctee.	13		
Wyberby Sons of Jacob	23		
Wembley District Sinagogue	20		
Welwyn	28		
Welwin Garden City Ctee	14		
Winchester	8		
Wirral Ctee	15		
Wallasey	7		
Withyam	8		
Waddeson	24		
York Ctee	36		
PROVINCES (Total)	3150	186,000	1.7%
LONDON (Administrative County	2405	184,063	1.3%
Emigrated	113		
Total	5665		

The percentages given above may seem unfair seeing that many of the children may have gone to non-Jewish homes, but it should be remembered that the unfairness is nearly the same to every local committee. Thus the proportion will remain almost uniform throughout and from these figures it is possible to see which town has done its fair share and which town could well take some more children.

The majority of the children have gone to upper middle and middle class homes. Many working class homes have offered homes but it has usually been found impracticable to place children there owing to the danger that, if the wage-earner loses his job, the family will be unable to support the child. The orthodox Jewish communities have as a whole responded better to the appeal for hospitality, and throughout the country it has been proved that the goodwill is uniformly great but that it only has effect where there is an energetic local committee.

CAMPS.

In December 1938 the Movement for the Care of Children from Germany brought into this country 1560 children for whom they had guaranteed to the Home Office complete maintenance. These children were placed in camps at Lowestoft and Dovercourt while the Movement found people who were willing to take children from the camps into their homes and guarantee their maintenance to the Movement.

It was found that Lowestoft was too cold for the children in the winter and the boys from this camp were split up among smaller hostels in various parts of the country, while a hostel for girls was started at Tunbridge Wells, which is now the only hostel for girls maintained by the Movement. The numbers in the camps decreased rapidly as the children went to private homes, to hostels supported by the Committees, and to such training camps as Richborough and Whittinghame.

It was decided to keep a "pool" of 200 children without guarantors. As these left the camps others were brought into this country in their place.

At the end of March the camp at Dovercourt was closed, as were the small hostels which had taken the boys from Lowestoft. A hostel at Westgate was opened for Orthodox Jewish boys and one at Barham House, near Ipswich, for non-Orthodox Jewish, and Christian boys. The small hostels for girls have also been closed so that the refugee children of the "pool" are now either at Westgate, Barham House or Tunbridge Wells. The capacity of these camps are, respectively, 40, 200, 50. There is also a boarding house in London with accommodation for about 15 children, at which children from the camps may stay a short time, if it is necessary for them to come to London for an interview.

From a random sample of 168 boys it was found that :

58% did not go to camp
29% went to one camp only.) Before being found a
13% went to two camps.) home.
- (one boy went to three camps).

From a random sample of 155 girls it was found that:-

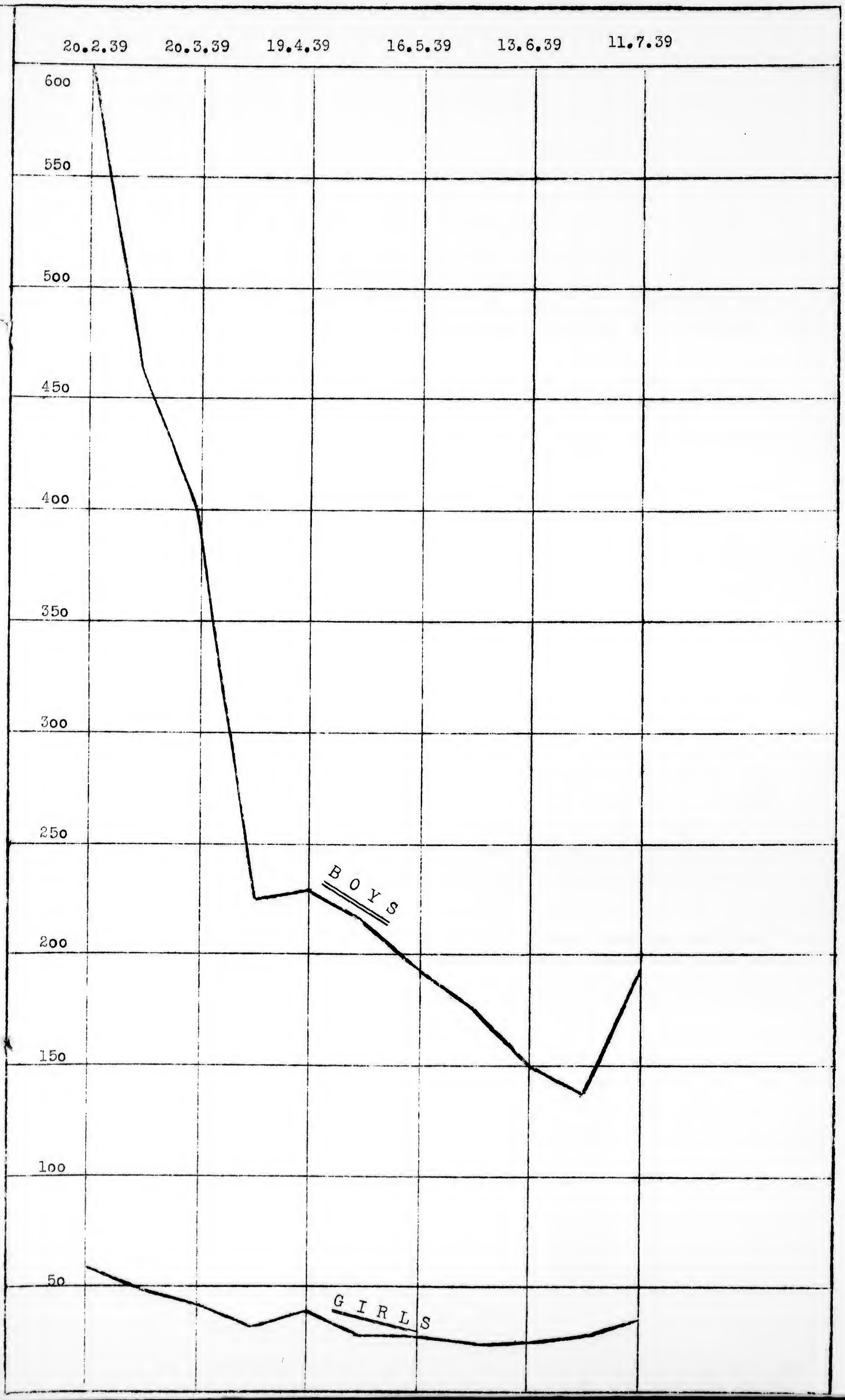
129 - 83.1% did not go to any camp
22 - 14.1% went to 1 camp only
5 - 2.9%- went to more than 1 camp) before being found a home.

(2 girls went to 3 camps)

These figures show that more girls than boys have a home to which they can go immediately on entering the country. This is in accordance with the current policy of maintaining a pool of 150 boys and 50 girls.

Overleaf is a graph which shows the variations in the numbers of boys and girls in the camps of the Movement since February, when the figures were first noted. It will be noticed that the numbers decrease continually as homes were found for the children, until the end of June, when more unguaranteed children were brought into the country.

An accurate survey of the cost of the various camps over the whole period of the Movement's existence will be published next week.


20.2.39
20.3.39
19.4.39
16.5.39
13.6.39
11.7.39
600
550
500
450
400
350
300
250
200
150
100
50
BOYS
GIRLS

V. HOSTELS.

There are 176 provincial Guardian Committees in every part of the British Isles. 52 have established hostels in their districts. These hostels vary considerably in size and also in kind. Some are only for boys, others only for girls, while others are exclusively for Jewish Orthodox or Roman Catholic children, others make no distinction. In addition to these there are in London, 31 hostels conducted either by local district committees in London, or by private Committees or families. In this connection we must mention the hostels established by Salmon, Gluckstein, Stone and Sainsbury families for younger children.

The Chief Rabbi's Emergency Committee have three hostels in North London for Orthodox children, in addition to these there are several more in N.E. and E. London, which are reserved for Orthodox children. Most of these are under the control of the Chief Rabbi's Emergency Committee.

Furthermore there are several schools throughout the country which have taken a large number of refugee children, which in some cases established special houses for them. Among these should be mentioned Perse School, Cambridge, Badminton School, Westbury on Trym, and New Herrlingen School which was formerly in Germany and was transferred to England in 1933. The last mentioned has taken 95 children brought over to England by the Movement. The majority of these are supported at the school by specified covenants.

Many of the hostels in the provinces are in the form of specially established schools for refugees. The children who are younger are being given a complete education in the hostel. In cases where the hostels are smaller, the children are usually taken out every day to the local council schools, but have special lessons in English at the hostel in the evening. Some of the hostels are reserved for older boys and girls who receive training either in the hostel for girls, or training positions in the neighbourhood for the boys. As well as these there are several agricultural technical training hostels, either established especially for refugees or else who have taken a number of boys. These will be dealt with in section VI.

The figures for hostels published below, are as accurate as possible, but they vary from day to day. In addition to this, the department in charge is investigating the position of these hostels and verifying their numbers and establishment. Thus these figures continue to be provisional.

Aylesbury	boys	26	girls	0
Bristol	boys	6	girls	0
Belfast	boys	8	girls	44
Bradford	boys	18	girls	0
Birmingham	boys	5	girls	2
Brighton	boys	13	girls	0
Burgess Hill	boys	0	girls	26
Blackpool	boys	0	girls	6
Bournemouth	boys	0	girls	18
"	boys	18	girls	0
Barkingside	boys	0	girls	6
Brauton	boys	6	girls	0
Beacontree	boys	4	girls	0

Cardiff	boys	0	Girls	0
Chislehurst	boys	52	Girls	0
Cliftonville	boys	40	Girls	0
Croydon	boys	11	Girls	0
Cuckfield	boys	14	Girls	0
Crawley Down	boys	12	Girls	9
Deal (R.C. Convent)	boys	3	Girls	0
"	boys	5	Girls	0
Gloucester	boys	10	Girls	0
Glasgow	boys		Girls	
Hambledon	boys	7	Girls	0
High Wycombe	boys	13	Girls	0
Hitchin	boys	10	Girls	0
Harrogate	boys	25	Girls	0
Ilkley	boys		Girls	
Liverpool	boys		Girls	
x Leeds	boys	55	Girls	0
Manchester	boys	36	Girls	0
Malvern x	boys		Girls	
Newport	boys	0	Girls	4
Norfolk	boys	0	Girls	5
Norwich	boys	2	Girls	6
Nottingham	boys	0	Girls	11
Oxford	boys	21	Girls	0
Oxted	boys	6	Girls	5
Ramsgate	boys	6	Girls	0
Ribblesdale	boys	47	Girls	0
Stockport	boys	7	Girls	0
Sunderland x	boys	0	Girls	2
Southsea	boys	3	Girls	0
Sunderland x	boys	0	Girls	3
Selkirk	boys	22	Girls	0
Suttern Hostel	boys	12	Girls	0
Tynemouth	boys	0	Girls	5
Woodford Bridge	boys	7	Girls	0
Welwyn	boys	27	Girls	0
Westgate (conjoint)	boys	25	Girls	0
Westgate-on-Sea	boys	8	Girls	0
Wigan	boys	8	Girls	0
x Kingstone	boys	5	Girls	0
x Middlesborough	boys	0	Girls	19
<u>T o t a l</u>	boys	565	Girls	162

VI. Training.

The Training Department was formed at the beginning of January to deal with the problem of the older boys in the camps. For it was realised that these youths were too old to be adopted into private homes and were unsuitable for further schooling, since they had already completed their education in Germany. Thus the department started with the object of clearing the camps.

But it was soon recognised that on reaching the age of 16 it was impracticable to continue the education of both boys and girls, and that it was necessary to train them in a trade and to make them useful members of the community. The result was to enlarge the scope of the Training Department. Yet little was done to ensure that the Department received a supply of training offers. Practically all the offers that have been received have been spontaneous, while the Training Department has not been given the facilities to seek training positions themselves.

Up to date 266 boys and 120 girls have been found training positions. This is an increase of 100 boys and 74 girls. Since the last issue of this report, the lists given below show the increases in the training figures for each of the trades and crafts. The 29 boys who are now training in Agriculture are all apprenticed on private farms.

In addition to these figures, it must be remembered there are a large number of boys training in centres and institutes throughout the country, who are not to be found in the list. The figures given below are only for those children for whom a training form has been completed and who are registered at the local labour exchange. The majority of the children training in Agriculture are doing so in Agricultural Centres. These cases are usually directed to some such purpose such as eventual re-emigration to Palestine. However, the centre at Westgate and those conducted by the Y.M.C.A. have no special purpose, other than a sound fundamental training in Agriculture and allied subjects. There are 41 boys at Wallingford which will eventually hold 100 when accomadation is completed. The Y.M.C.A. has now placed out a large number of boys which they had taken to their centres, on private farms. Thus 16 boys are now working as trainees on farms in the vicinity of the two training settlements at Hambledon and Ham Green. Whittinghame have now 160 boys and girls, training in Agriculture, a two years course before they are taken by the Youth Alyiah for settlement in Palestine. Great Engham is a smaller centre in Kent which has a number of children brought over by the Movement. The Catholic Committee has a training farm in Lancashire, near Wigan, which has 11 children. The Society of Friends have placed several trainees in training farms throughout the country, while there are eight boys receiving a general training at Richborough, a large centre of 2000 male refugees, sponsered by the Council for German Jewry.

The boys at Barham House are at the moment receiving some training in Agriculture during the time they remain there. At the moment some 35 are working for local farmers, helping them pick red currants.

BOYS.

25th May.	19th July.	
1	1	Artificial flower maker.
1	1	Architecture.
30	29	Agriculture.
2	5	Bakery.
-	1	Bedding Manufacturer.
-	1	Boot repairer.
1	4	Builder.
2	6	Cabinet Maker.
1	1	Chemist.
1	1	Chocolate manufacturer.
4	1	Clerk.
9	8	Clothing manufacturer.
2	3	Confectioner.
1	2	Cooks.
1	1	Cycle Manufacturer.
-	6	Decorators.
1	1	Dental Mechanic.
-	1	Dog Breeding.
-	2	Draughtsman.
-	1	Eiderdown Manufactuer.
9	11	Electrical Engineers.
-	1	Embroiderer.
10	10	Engineering.
-	7	Furniture Manufacturer.
2	4	Gardeners.
5	16	Furriers.
-	1	Gas assemblers.
1	2	Glove Maker.
-	4	Hairdressers.
1	1	Hatmaker.
-	1	Horticulture.
3	6	Hotelier.
1	1	Improver Mechanics.
-	2	Instrument Makers.
-	1	Iron Founder.
2	1	Joiner.
-	1	Knitwear.
-	2	Laboratory Workers.
1	6	Leatherworkers.
-	2	Machinery Manufacturers.
3	1	Mechanics.
4	3	Metal Workers.
-	2	Metal Part Manufacturers.
-	3	Metal Work.
10	13	Motor Mechanics.
-	2	Office Work.
2	4	Opticians.
4	1	Painters.
1	1	Parlourman.
1	1	Polisher.
3	2	Poster Writer.
1	1	Poultry Husbandry.
2	2	Printers.
1	1	Sausage Manufacturers.
1	2	Shoemakers.
1	6	Silversmiths.
-	1	Soap manufacturer.
-	1	Spectacle Frame Manufacturers.
11	31	Tailors.
-	1	Textile Manufacturer.
1	3	Textile Salesman.
3	6	Tinsmiths.
-	2	Toolmakers.
5	5	Upholsterers.

25th May.	19th July.	
2	2	Woodwork.
136	237	
30	29	Trainees on Private Farms.
166	266	Total.

GIRLS.

25th May.	19th July.	
-	1	Chemists.
-	16	Clothing Manufacturers.
-	10	Convalescent Homes.
24	51	Dressmaking.
-	1	Embroidery.
-	1	Florists.
-	1	Artificial Flower Makers
-	2	Furriers.
-	1	Gown Shop.
6	8	Hairdressing.
8	13	Millinery.
5	13	Nursery Nurse.
-	1	Pearl Stringer.
-	1	Toymaker.
1	-	Corsetiere.
1	-	Upholsterer.
1	-	Tailoress.
46	120	

VII. Results of questionnaire form issued by the Statistics and Research Department.

It is now just over a month since the Statistics and Research Department issued its questionnaire form to most of the children in England. It was not eventually sent to every child as it was discovered more satisfactory to acquire the information by means of the visitors sent round by local committees. However, a large number of replies have been received and they are still coming at the rate of about 30 a day.

We are not publishing figures for every form received, as it would be of no value, since the only interest of these statistics is the different proportions of the various types of children. We are therefore presenting the statistics below on the basis of 715 replies, or 5 complete statistical series.

These 715 forms cover 375 boys and 337 girls and are arranged in statistical series to give a representative survey of children of every class, in every district, and in hostels, camps, and training settlements.

	Number	Percentage of total.
Children in London (Administrative County)	226	31.5%
Children in Provinces (Including Greater London)	460	64 %
Children in Scotland	22	3 %
Childrein in N.Ireland & Eire	4	0.5%

Years of birth of children

1920	6	1930	17
1921	49	1931	18
1922	78	1932	15
1932	130	1933	7
1924	121	1934	2
1925	81	1935	1
1926	50	1936	1
1927	43	1937	1
1928	37	1938	1
1929	35	1938	1

Unknown or questioned by Statistics & Research Dept. 19.

Nationality of parents.

German Altreich	448	62%
Austrian	176	25%
Statenlos	63	9%
No reply	25	4%

Situation of parents

Both parents alive	597	84.5%
Father dead	85	12 %
Mother dead	25	3 %
Illegimate (all from Vienna).	5	0.5%
Parents in Germany	404	57.5%
Parents in England	112	16 %
Parents elsewhere	111	16 %
No answer or unknown or accommodation addresses only	85	10.5%

Parents with money outside Germany.	34	5 %

Parents with no means of support in Greater Germany.	335	48 %
Parents still earning money, living on savings, or with small state or private pensions.	176	24 %
Parents outside Germany or no answer given	201	28 %

Situation of immediate family.

10% 74 children still have 89 brothers in Germany
10% 71 " " " 88 sister in Germany.

20% 144 children have 151 brothers in England.
23% 161 " " 190 sisters in England.

Members of the immediate family of 138 or 18.8% of the children have settled overseas.

Palestine	41	5.6%
U.S.A.	57	8.0%
S.America	30	4. %
Australia	9	1.1%
New Zealand	1	0.1%

349 children have relations in England 48%

Religion of children.

Jewish Orthodox	144	20%
Jewish Liberal	319	45%
Jewish, but not-practising	103	14%
Protestant, Lutheran, etc.	108	14.2%
Old and Roman Catholic	22	3%
Quaker	4	0.7%
Freethinker	7	1%
Greek Orthodox	1	0.1%
Konfessionslos	14	2%

(Please note that the figure 5 for Freethinkers in Part II is obviously discordant with the figure 7 here. Many of 253 Konfessionslos children would probably admit to being Freethinkers).

---

20 children have had illnesses while in England.

2.7%

Foreign languages spoken by children.

French	207	29%
Spanish	19	2.5%
Italian	14	2%
Czech	15	2%
Hebrew	26	3.5%
Yiddish	41	5.5:

---

60 children wish to go to Palestine in preference to other countries. 8.1%

---

25 boys are prepared to undergo a course in agriculture. 3.4%

29 girls are prepared to undergo a course in agriculture. 4.0%

Every child was asked about his or her plans about emigration. The questions were put in such a way as to divide the answers up into four.

(a) Those emigrating to a definite country on a definite date.

(b) Those emigrating to a definite country in the near future.

(c) Those who are prepared to go to a definite country, if it is necessary for them to emigrate at the age of 16.

(d) Those with no plans or dependent on parents.

(a)	U.S.A.	20		
	Australia	3		
	Chile	2		
	New Zealand	2		
	Cuba	1		
	Uraguay	1		
	Total	29	or	4.0%
(b)	U.S.A.	104		
	Australia	7		
	Chile	1		
	Shanghai	3		
	Palestine	7		
	S. Africa	3		
	New Zealand	4		
	S. Rhodesia	3		
	Colombia	2		
	Brazil	2		
	Bolivia	2		
	Guatemala	1		
	Dominican Republic	1		
	Venezuela	1		
	Total	141	or	20%
(c)	U.S.A.	105		
	Australia	34		
	Chile	1		
	Shanghai	4		
	Palestine	33		
	Canada	8		
	Argentine	4		
	New Zealand	6		
	British Empire	9		
	Brazil	4		
	India	2		
	Bolivia	4		
	Greece	1		
	Dominican Republic	1		
	Uraguay	1		
	Total	217	or	30%

(d) With no plans or dependent on parents

		325 or	46%
Children going to U.S.A.		229	32%
" " " Australia		44	6%
" " " Palestine		41	6%
" " " elsewhere		73	10%
		387 or	54%

In order to gain an idea of how the above figures work out for the total number of children in this country, each number should be multiplied by 7.

Parents intending to emigrate	544	78%
Parents not intending to emigrate	128	17%
No answer	40	5%

VIII. FINANCE.

At the end of June 1939, 7,141 children had been brought into England.

At the same time The Movement for the Care of Children from Germany had spent since its establishment at the end of November, £38,407. Thus in the last current 2 months of Movement's existence of 7 months the expenditure was 26% of the total. This rate was about 1% higher than over the previous 5 months, but it should be remembered that during the first 4 months the cost of camps was twice as high as it was during the last 2. The saving in the cost of the camps has been counteracted by the large increase in the pay roll, the expenditure on furniture and office equipment, and the grants-in-aid for training.

The expenditure of £38,407 was divided up in the following way :-

Upkeep of camps
Salaries
Fares and Luggage
Insurance
Equipment and printing
Furniture (Office)
Postage
Telephones
Rent, rates, etc.
Education, training
Re-emigration

(A table on the following page illustrates the expenditure on the above items during the last 2 months).

Attention is drawn to the heavy increase in furniture for the central office during the period since the last issue. Up to date £1,217 have been spent on furnishing the 28 rooms occupied by the Movement in Bloomsbury House. This figure works out at over £43. per room and over 2/-9 per child brought into this country (This includes the cost of filing cabinets used in rooms but not of indexes or filing equipment).

The increase in the expenditure on office printing, stationery and equipment is accounted for to some extent by the cost and the installation of the Roneodex system. There has however been a marked increase in the ordering of specially printed stationery during the period.

Up to date £37,600 has been received in grants from the Council for German Jewry. This leaves the Movement with a temporary deficit of £807.7.4d.

December	1938.	£3,000
January	1939.	6,000
February	1939.	3,000
March	1939.	10,000
April	1939.	
May	1939.	8,000
June	1939.	7,600
	Total.	£ 37,600

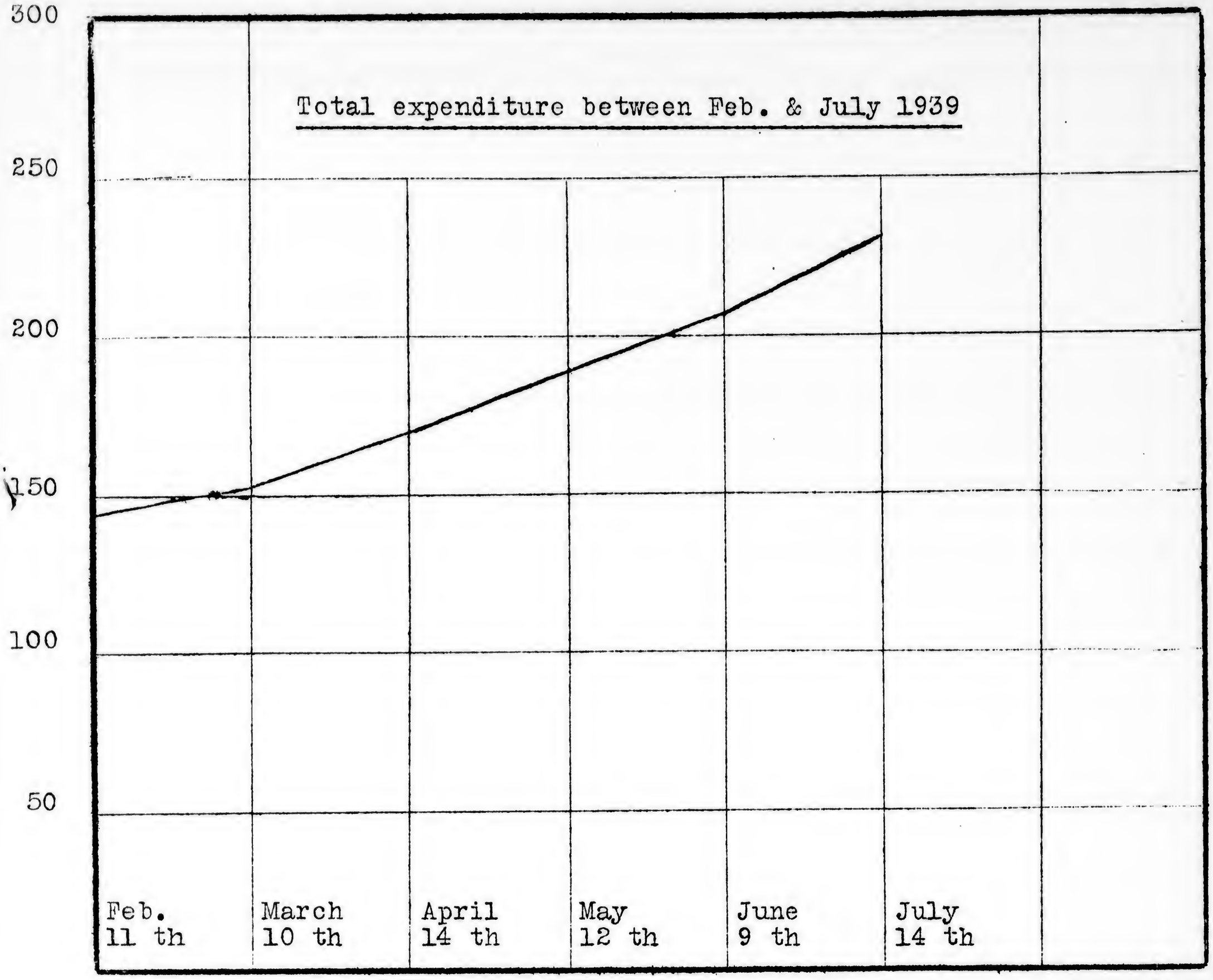
	April 30th.	May	June	Total.
Upkeep of camps	£17,290	£1,704	£3,108	£22,102.
Salaries	3,643	965	1,304	5,922.
Fares and Luggage	3,060	65	822	3,946.
Insurance of Children	512	17	17	546.
Equipment and Printing	823	106	314	1,242.
Office Furniture	933	48	231	1,217.
Postage	445	56	104	605.
Telephones	230	100	(no account to date)	330.
Rent, rates, etc.	120	20	152	292.
Education and training	266	192	922	1,269.
Re-emigration	434	294	202	930.

Since the last publication of this report on the 25th. May the cost of the various departments has varied as follows :-

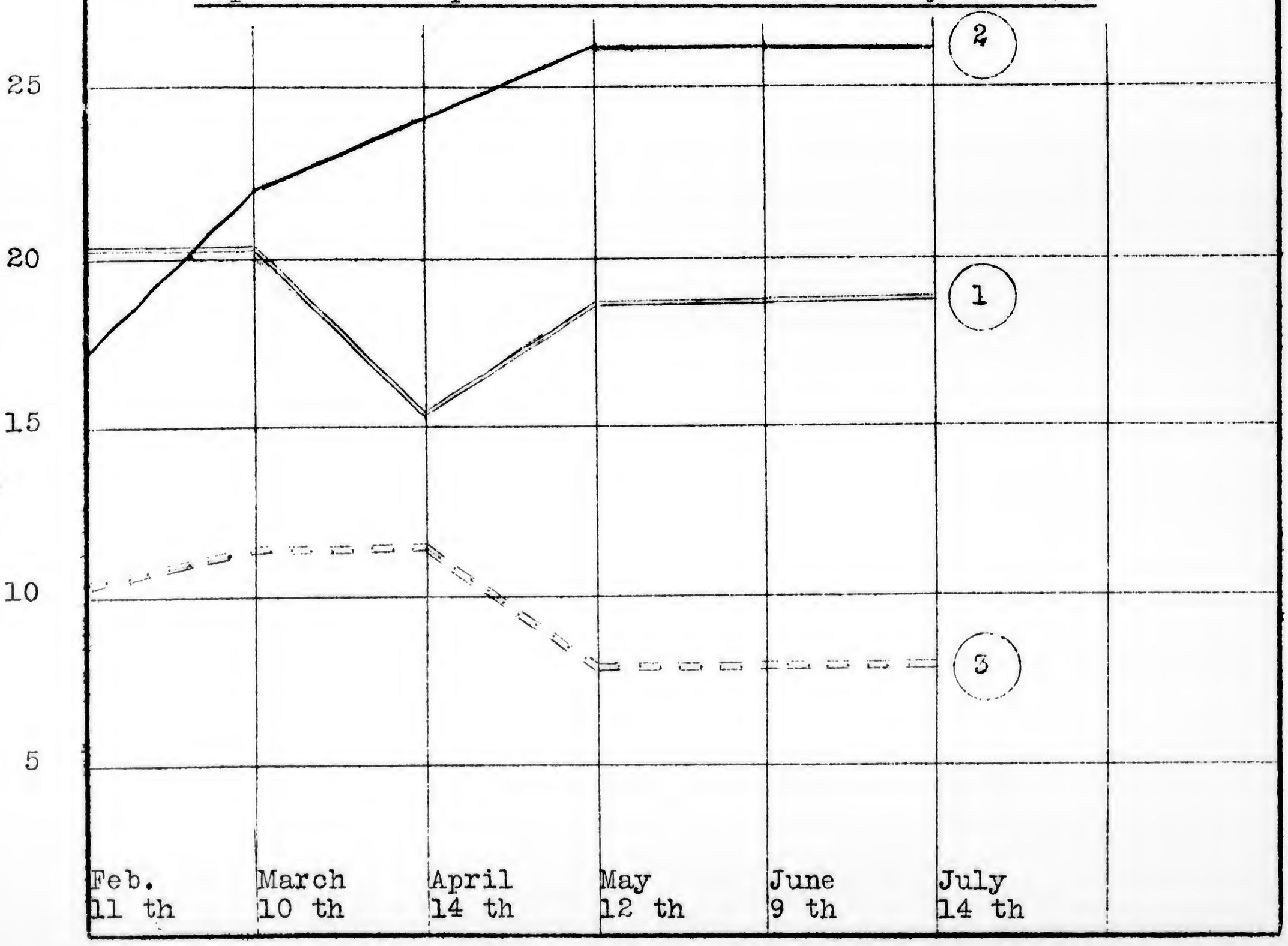
	May 20th,	Juky 20th.
Guarantee Dept.	£39.15. 0.	£32. 8. 4.
German and Transport	32.10. 0.	35.15. 6.
Hospitality	29.15. 0.	26. 5. 0.
After Care	54. 0. 0.	61.10. 0.

Overleaf are shown graphs of the change of expenditure every month since February for 7 of the departments.

Total expenditure between Feb. & July 1939

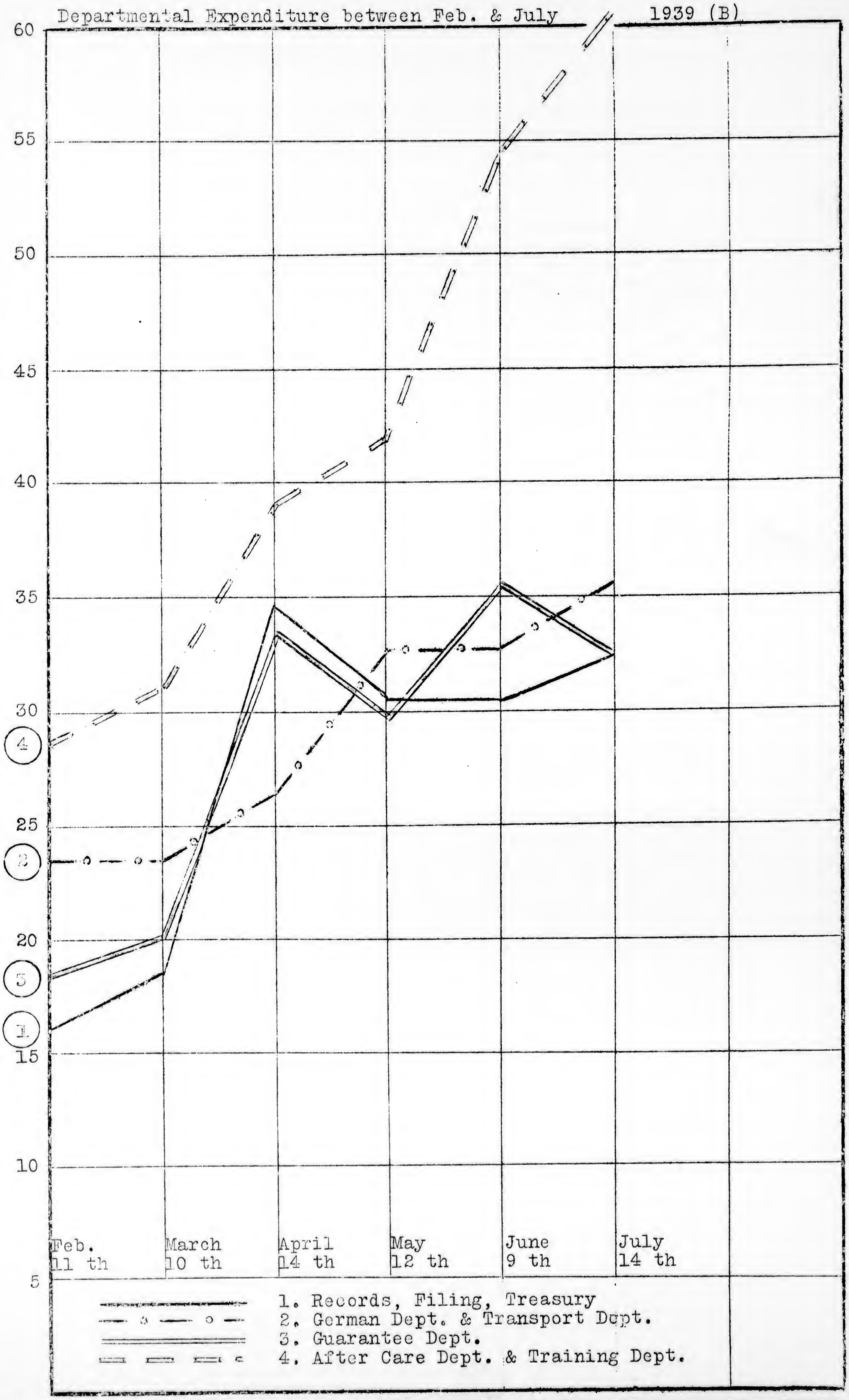


Departmental expenditure between Feb. & July 1939 (A)



1. Secretariat, Executive, Interviewers, Head Typist
2. Hospitality Dept.
3. Camps

Departmental Expenditure between Feb. & July 1939 (B)



IX. RE-EMIGRATION.

Considerable attention has been called during the period reviewed by this report to the question of eventual re-emigration of children brought by this Movement from Germany to the United Kingdom. Letters have been written to the press on the subject, and in addition to this, there has been an interesting and important debate on the subject in the House of Lords. The Government has now modified it's former demand from the Movement that every child must re-emigrate before reaching the age of 18. It has stated that it is prepared to consider the case of young children in a different light, and has agreed to a scheme of temporary legal adoption of the children. Under these circumstances the necessity for the speed of the re-emigration of children would appear to some to have decreased, and to have become merely a matter of subsidiary importance. It should be remembered, however, that already 8000 children have been immigrated to this country, and that the ceiling figure of 10,000 has been nearly reached. This ceiling figure has been laid down as the highest figure of children which can be absorbed and supported by voluntary effort. In view of the present economic situation which is governed to a large extent by the international situation, it would seem more than unlikely than any larger number could be supported by the present voluntary system. Even if the Government were willing to finance further immigration, it would be difficult to prove to the public (as it still can be in the case of adult refugees) that Great Britain has not yet performed her share in rescuing child refugees from Germany. Great Britain has performed the major part of the work of refugee children. Of 5281 children who left the Altreich during the first 6 months of 1939, 3600 went to England. Of the 2025 children who left Ostmark during the first 4 months of 1939, 1581 came to England. This goes to show the tremendous role that this country has played in rescuing the non-Aryan youth of Germany.

The only method of rescuing more children above the ceiling figure of 10,000 is by the re-emigration of those who have already entered the country, as will be seen from section X. There remain in Greater Germany thousands more children for whom there is no hope of safety unless those who have already been brought to England as transmigrants really do emigrate. England is not a country which can absorb into it's economic system aliens at short notice. It is essentially, by it's geographical position, a shelter for transmigrants, and it is important that it should remain as such. For this reason we should like to stress the importance of expanding and financing the re-emigration of children.

Up to date 113 children have re-emigrated since the establishment of the Re-emigration Department. A table is published below showing to which country the children have gone, and figures giving the number of children who have plans to which country they will eventually re-emigrate. The total cost of re-emigration of these children up to date is £930. This figure may seem extremely small, but it must be remembered that owing to the exertion of the re-emigration department, many children's fares have been paid by relatives, guarantors, or the people to whom thay were going. The total cost of this re-emigration works out to an average of £8.4.7. per head. This work compares very favourably with the average cost per child at the end of May, which was £16.1.6. which goes

to prove that in the majority of cases either the whole or a portion of the re-emigration expenses can and will be paid by the party interested in the child, instead of by the Movement.

During the month of May the German Jewish Aid Committee re-emigrated 342 persons at a total cost of £5,996. This works out at £14.6s. per person.

RE-EMIGRATION. July 20th 1939.

COUNTRY.	GONE.	HAVING DEFINITE PLANS.	TOTAL.
U.S.A.	21.	487.	508.
Australia.	44.	66.	110.
N.Zealand.	4.		4.
Argentine.	3.	11.	14.
Bolivia.	4.	22.	26.
Brazil.	3.	8.	11.
Chile.	9.	13.	22.
Columbia.	0.	2.	2.
Cuba	2.	5.	7.
Equador.	1.	8.	9.
Panama.	1.	-.	1.
Paraguay.	0.	2.	2.
Uraguay.	3.	1.	4.
Palestine.	13.	109.	122.
Canada.	2.	8.	10.
Africa.	1.	7.	8.
Germany.	2.	-.	2.
	113.	749. Total.	862.
		Australian permits applied for	27.
			889.

We publish below statistics showing the ages at which the children emigrate. This has been worked out when the total was 65, but the percentages remain constant. It will be seen that the majority are 16, 17 and 18 years of age, but that quite a few at the ages of 10, 11 and 12 leave this country, usually in the company of their elder brothers or sisters. Below also is the percentage of the countries of origin from which the children come. It will be seen that the extraordinarily low proportion of Viennese who have emigrated becomes apparent at once. There seems to be no practical reason for this, and one is led to believe that the cause is psychological.

Year of Birth.	Number of children re-emigrated.	Percentage of Total.
1921	12	18%
1922	12	18%
1923	11	17%
1924	8	12%
1925	4	6%
1926	1	1.5%
1927	4	6%
1928	2	3%
1929	5	7.5%
1930	1	1.5%
1931	1	1.5%
1932	2	3%
1933	2	3%
	65	98%

Country of Origin.	Percentage Re-emigrated.
Austria.	21%
Berlin.	10.5%
Altreich.	65.5%
Elswhere.	3.5%

Above it is shown that 487 children have the intention of emigrating to U.S.A. in the future. We have investigated 427 of these cases in order to find out the period which will elapse before they re-emigrate. It of course depends on the quota number, and this can only be reckoned with difficulty. However the figures below should give an impression of the position of these 487 children.

300 children are registered with the U.S.A. Consulate but have no affidavit.

66 have affidavits from American citizens.

61 are obtaining affidavits from German immigrants, who can only give an affidavit when they are firmly established.

X. The child refugee problem.

During the period covered by this report, we have seen the establishment by decree of the German Government of the Reichsvereiningung. This is one more attempt to speed up the re-emigration of the Jews from the Reich. Whether this means that the administration has decided that any further cruelty is unproductive from the point of view of emigration, just as a time comes in England, when if the income tax becomes too high it is unproductive and uneconomic, we do not know. One thing that we are sure of is that the conditions have not altered, the Nuremberg laws and the anti-Jewish code are as much in force as ever, and added to it is the exhaustion of funds and the increasing degradation of idleness. But we can be sure that this new decree will have effects which will not be wholly desirable. For a long time emigration has been retarded by the impossibility of co-ordination between the various communities. It seems that the Reichsvereiningung will be able to overcome this. From our point of view it will certainly help us in giving us a more accurate impression and exacter figures of those still remaining.

The figures which we present are necessarily approximate. Not only do they change from day to day through emigration from Germany, but from migration within the borders. Since 1933 the general tendency has been for the outlying Jewish population to move to the larger towns where they could gain the small protection that numbers could give them. This still continues.

We present certain figures below to illustrate this. Naturally the number of parents emigrated is necessarily small and is not illustrative of the whole of the Jewish population since they have only had the time since their children came to England, (at the maximum 7 months)in which to re-emigrate.

Parents emigrated.	Parents migrated from small town to large.	Parents remaining in same town.
4%	16%	80%

The number of Jewish and non-Aryan children is often quoted in the press, yet the figures very to such an extent that they must often be taken with a grain of salt. Though the figures given below are open to question, they have been compiled with attention to the facts rather than to theories.

Old Germany and Ostmark.

Under 14.	23,000
14 - 17.	17,000

Thus there are about 36,000 children within the scope of the Movement and within its age limit (16) still to be rescued from Germany.

The latest figures for the children in the Ostmark can be accepted without question.

.
.
.

Up to 2 years.	700
Up to 6 years.	1,600
Up to 10 Years.	2,300
Up to 14 years.	3,350.
Up to 16 years.	2,600.
	10,550.

Therefore the number of children up to 16 years in the Altreich must be nearly 28,000.

The figures for Jewish children in the former Czecho-Slovakia are even harder to calculate and we are not presenting any statistics for children under 14.

The ceded Sudeten Areas.	3,000
Bohemia & Moravia.	11,800
Slovakia.	17,000
	31,800

As for the non-Aryan Christian children there is no possible way of finding out their total. Even if it was compiled it would be as good as useless, as a large number of non-Aryan Christians are unwilling to leave, since there may be little discrimination against them. Again with the present labour shortage the German Government are unwilling to let any non-Aryan children go, unless their parents are known to be hostile to the regime. In Slovakia, where there is a Christian Front, the non-Aryan problem does not arise since all Christians are excluded from the racial laws.

It would be safe to reckon that the number of non-Aryan Christians to be rescued from Greater Germany, excluding Slovakia is about one-quarter of the number of Jewish children.

Jewish Children.	Altreich	28,000
	Ostmark	10,000
	Sudeten	3,000
	Bohemia, Moravia	11,800
	Slovakia	17,000
		69,800
Non-Aryan Christians.	¼ of	53,250
	is	13,310
Total of Jewish and non-Aryan Christian children.		83,110.

How many children have left Germany since the enforcement of the Nuremburg laws, it is almost impossible to state. It is commonly stated that about 350,000 Jews and non-Aryan Christians have left Germany since 1933, but this figure is somewhat invalidated by the fact that many of the refugees went to Austria and Czechoslovakia - territories which are now part of the greater Reich. Figures state that there are 150,000 souls to be rescued from Greater Germany. The fact that the juveniles under 16 only number some 10% of the total means a considerably larger number of children have emigrated than adult. The juvenile population of England works out at about 24% of the total population of England, thus going to show that at least half of the children in Greater Germany have managed to escape during the last six years.

Already 7,700 children have come to England, by the time this is in print the figure will have increased to 8,000. The other countries in Western Europe have also contributed to the solution of this gigantic problem. 1850 children have gone to Holland. While both Belgium and France have also taken a good share.

Children who have left Greater Germany without parents since November 1938

Great Britain.	7,700
Holland.	1,850.
Belgium.	800.
France.	700.
Sweden.	250.
Total.	11,300.

In addition to this must be counted the number of children who have gone alone to Palestine and U.S.A. and Australia.

Palestine.	5,000
U.S.A.	240.
Australia.	21.
Total.	5,261.

To illustrate the speed at which the emigration has been carried out since November 1938, we present the monthly totals of child emigrants from the Altreich.

December 1938	996	Ages	
January 1939	1006		
February	676	0 - 6	5. 1
March	932	6 - 8	6.03%
April	284	8 - 10	14.12%
May	533	10- 12	18.53%
June	854	12 -14	22.54%
		14- 16	21.60%
		16- 18	12.17%
Total	5281.		

It is impossible for us to give any idea of how long it will take until all the remaining children are rescued. We fear that unless the U.S.A takes decisive action in the near future a large proportion of the children will be unabsorbable by the democracies of Western Europe. In England, France, and Holland alone there are already 215,000 refugees, and in view of these figures and the ones we publish below we find it difficult to end up on a note of optimism.

	Refugees		Total population	Percentage.
Great Britain.	40,000 8,000	(under 16)	47,000,000 11,800,000	0.08% 0.068%
France	150,000		42,000,000	0.28%
Holland	25,000		8,000,000	0.31%

I M M I G R A T I O N .

MONTHLY TOTALS.

	BOYS	GIRLS	TOTAL
Inter-Aid Committee 1936-1938	249	214	463
December	-	-	1562
January	-	-	851
February	408	104	512
March	390	267	657
April	201	348	549
May	544	676	1220
June	671	811	1482
Total (30th June, 1939)			7296

Appendix 1.

CHILDREN REMAINING IN OLD GERMANY.

30th. June, 1939.

	Under 6		6 - 12		12 - 15		0 - 15		
	Boys	Girls	Boys	Girls	Boys	Girls	Boys	Girls	Total
BADEN	84	84	333	333	223	223	640	640	1280
BAVARIA	152	152	370	370	294	295	816	817	1633
BERLIN	804	805	1939	1939	1255	1255	3998	3999	7997
BRANDENBURG	37	38	70	70	48	48	155	156	311
HAUSA TOWNS & SCHLESWIG-HOLSTEIN	148	149	320	320	140	141	608	610	1218
HANOVER & BRAUNSCHWEIG	49	50	126	127	86	87	261	284	525
HESSE	28	29	156	157	111	111	295	297	592
HESSE-NASSAU	221	221	535	535	355	355	1111	1111	2222
HESSE-KASSEL	25	25	93	93	55	55	173	173	346
NIEDERSCHLESIEN	160	160	306	306	220	220	686	686	1372
OBERSCHLESIEN	90	91	144	144	96	96	330	331	661
EAST PRUSSIA	56	56	93	93	60	60	209	209	418
PFALZ & SAAR	29	30	43	43	34	34	106	107	213
POMMERANIA & MECKLENBERG	25	26	64	64	42	43	131	133	264
RHINELAND	335	336	706	707	541	541	1582	1584	3166
SAXONY-ANHALT	15	16	35	36	23	24	73	76	149
SAXONY	113	113	249	250	138	139	500	502	1002
SOUTH SAXONY & THURINGIA	13	13	65	66	19	20	97	99	196
WESTPHALIA	69	70	226	227	181	181	476	478	954
WURTEMBURG	41	42	123	124	75	76	239	242	481
TOTAL FOR OLD GERMANY	2494	2506	5996	6004	3996	4004	12486	15514	25000

APPENDIX II

Comparison of numbers of children from districts of Germany with those of the children still there.

	Children in England Basis 300	Children remaining under 15	Percentage	Percentage
Baden	18	1280	6%	7.5%
Bavaria	43	1633	14%	9.6%
Brandenburg	6	311	2%	1.8%
Hansa Towns & Schleswig-Holstein	45	1218	15%	7.1%
Hanover	8	525	3%	3.0%
Hesse	39	592	13%	3.4%
Hesse-Nassau	11	2222	4%	13.0%
Hesse-Kassel	2	346	75%	2.0%
Niederschlesien	21	1372	9%	8.0%
Oberschlesien	4	661	1%	3.8%
East Prussia	3	418	1%	2.5%
Pfatz-Saar	5	213	2%	1.3%
Pommerania &Mecklenburg	4	264	1%	1.7%
Rhineland	32	3166	11%	18.7%
Saxon-Anhalt	6	149	2%	0.8%
Saxony	28	1002	9%	6.0%
S.Saxony-Thuringia	1	196	3%	1.2%
Westphalia	12	954	4%	5.8%
Wurtemberg	8	481	3%	2.8%
	296	17,000		

	Basis 6704			Percentage of children in altreigh
Berlin	898	7,997	14.8%	24.3%
Altreich (provincial)	2853	17,000	47.5%	51%
Ostmark	2309	7,950	38.5%	%age of children in Germeny & Ostmark 25%

End of June 1939

AppendixIII

DISTRIBUTION OF CHILDREN BY COUNTIES

COUNTY	No. of Children	No. of Committees & Hostels.
Berkshire	49	2
Buckinghamshire	64	4
Cambridgeshire	23	3
Cheshire	28	6
Cornwall	8	5
Cumberland	1	1
Denbighshire	1	1
Derbyshire	9	2
Devon	12	2
Dorest	40	2
Durham	38	7
Essex	68	4
Glamorgan	55	3
Gloucestershire	32	4
Hampshire	32	8
Hertfordshire	70	6
Huntingdonshire	10	2
Kent	403	15
Lancashire	302	9
Leicester	19	3
Lincolnshire	70	3
Middlesex	129	6
Monmouthshire	12	1
Norfolk	46	2
Northampton	6	4
Northumberland	35	2
Nottingham	14	1
Oxfordshire	45	3
Shropshire	36	1
Somerset	33	4
Staffordshire	12	4
Surrey	113	10
Suffolk	188	3
Sussex	159	14
Warwick	112	7
Wiltshire	5	3
Worcestershire	23	4
Yorkshire	242	13
Scotland	515	4
Ireland	101	2
Eire	1	1

H O S P I T A L I T Y

Offers received and children placed -

May 8th. - June 15th.

1939

	May 8	15	22	29	June 5	12	19	26	July 3	10	Total
Guarantees for children in Germany	19	10	16	10	23	15	18	12	10	4	137
Domestic's children placed	3	5	7	-	3	2	4	1	6	4	35
Number of homes for visiting	69	65	36	22	257	239	181	179	180	170	1398
Reports accepted	21	20	37	37	31	24	48	7	8	6	239
Reports refused	3	6	11	13	3	-	-	3	2	-	41
New offers received	15	11	79	18	6	3	15	6	11	7	171
Committee offers	-	-	-	-	3	1	-	1	1	-	6
Offers withdrawn	-	-	-	-	-	2	11	4	14	7	38
Children placed from camps	-	12	5	11	11	6	9	12	36	15	117

Age groups
of children in England.

Age						
19	.1%	13	10.5%	7	2 .0%	
18	6.0%	12	7.3%	6	1. 4%	
17	11.5%	11	6.9%	5	0. 8%	
16	12.7%	10	6.3%	4	0.7%	
15	12.2%	9	4.5%	Under 4	1.2%	
14	13.7%	8	2.5%			

Appendix V.

Comparison of
office expenditure with the
German Jewish
Aid Committee.

Salaried persons employed by G.J.A.	118
Salaried persons employed by Movement	69
Percentage of refugees on G.J.A. payroll	43%
Percentage of refugees on Movement pay roll	16%
Cost of organisation & administration of the G.J.A. for May	£8,080.
Cost of organisation & administration of the Movement for May	£2,108.

The staff of the Movement is 16% of that of the German Jewish Aid Committee, yet the expenditrue on office organisation and administration is 28.3% of the G.J.A., over 12% higher than is warranted by the proportion of the staff. Yet it should be remembered that whereas the weekly outgoing mail of the G.J.A. is in the neighbourhood of 12,000 letters per week, that of the Movement is nearly 5,000 or over 41%. The proportion of incoming mail, however, is only 21%

Appendix VI.

CHILDREN
BROUGHT OVER
BY THE DOMESTIC BUREAU.

. . . .

It is hoped that it will be possible to publish a considerably more detailed study of this extra side of the work of rescuing children from Germany in the next issue.

We acknowledge for their kind assistance and co-operation in preparing the figures published below Miss Tomlinson (Organising Secretary) and Mr Herman (Permits Dept) of the Domestic Bureau.

Children brought over on the normal geen permit card system in company with their parent or parents.

Altreich	261.
Ostmark	182.
Bohemia, Moravia	66
Elsewhere.	37.
Total	546.

Children brought over as the result of a special application to the Home Office in company with their parent or parents.

Altreich	27.
Ostmark	44.
Bohemia, Moravia	12
Elsewhere	34.
Total	117.

In addition to this there is a futher class. These are children, whom their parents hoped or expected would be rescued from Germany by some other organisation than the Domestic Bureau - probably the Movement for the Care of Children from Germany. It is estimated that these come to a further 200 approximately.

Thus the total number of children who have accompanied their parents through the Domestic Bureau comes to -:

Green permits	546
Special application.	117
Children claimed at a later date.	200
Total	863.

It is reckoned that about 10% of this number are Non-aryan Christians.

Appendix VII.

Appendix VIII.

CHILDREN
BROUGHT OVER BY THE
GERMAN JEWISH AID COMMITTEE.

. . .

For these figurese we acknowledge the excellent reports of the Statistics Dept. of the German Jewish Aid Committee.

Children brought over by The German Jewish Aid Committee in April and May 1939.

	Male	Female	Total.
Under 15	6	7	13
15 - 20	555	470	1,025
Totals	561	477	1,038

Of these the following arrived on pink (Trainee) cards.

		Male	Female	Total
April	Under 16	3	1	4
	16 - 20	206	69	275
May	Under 16	1	-	1
	16 - 20	132	87	219
	Totals	342	157	499

Children re-emigrated by the German Jewish Aid Committee.

January to April	Under 15	3
	15 - 20	78
May	Under 15	-
	15 - 20	16
	Total	97.

During this year the following numbers of children unregistered with the G.J.A. emigrated in company with adults registered with that committee.

January 1939	43
February	53
March	68
April	61
May	61
Total	286.

Appendix VIII.

ENVOI.

Statistics have been called the borderline bet ween infinity and insanity. If you have not reached the former stage as a result of reading through this work, we hope that you will have gained some idea of the infinite. For what could give a more concrete impression of infinity than the refugee problem ? Now for the first time since November last year can we turn round and ask ourselves the question ' is it the beginning of the end or the end of the beginning ?'. Is the refugee problem political only,or is it racial ? That is not for us to answer - we must await the indication that the future will surely give us. If it is only political then it appears that this example of the infinite is governed by some principles, if it is racial then we can see no end except that suggested by Einstein - that the end is at the beginning again.

We have in this short study of the contribution that Great Britain has made to the solution of the child refugee problem attempted to deal with all phases of the work. Walls, we are told, have mouths. Would that some of these figures had ! If they could talk and tell you their story, then indeed would the task we set out to complete be accomplished.

We have throughout made a real effort to be as accurate as possible in the figures we present. But we have been continually hampered by conflicting reports and have had to rely on the noble art of compromise. If any reader has any complaint or suggestion, we shall only be too pleased to hear it. But let him remember what Mr Lloyd George once said : " There are three kinds of lies - small lies, big lies, and statistics ".

- - - - - -

PROGRESS REPORT BY THE STATISTICS AND RESEARCH DEPT.

Statistical analysis 1st issue. May 25th 1939	26 pages
Statistical analysis 2nd issue. July 25th 1939.	41 pages.

et cetera.....

Movement for the Care of Children

from Germany.

Statisical Analysis

May 25th. 1939.

Statistics & Research Dept.

Room 81.

Statisical Anyalysis.

During the first three months after the establishment of the Movement for the Care of Children from Germany, so much effort was expended on the initial arrangements for bringing children to this country as quickly as possible, that little attention was paid to statistics. For this reason this statistical analysis makes no attempt to give accurate figures for the months December to February and in many cases does not risk giving statistics before the middle of March. The present statistics and Research Dept. was formed at Easter and since then has kept record of the changing figures or children entering, leaving England or moving from one district to another. Any special information required can be given at any time by the department, who are pleased to receive fresh information from anyone at all times.

I. Arrivals in England.

During December a large number of unguaranteed children were brought into England. The first transport arrived on the 2nd. December and the children were placed at Dovercourt Bay Holiday Camp a mile or two away from Harwich. A transport of 522 the largest ever, arrived on the 12th. and these children, mostly boys, went to Pakefield Camp, Lowestoft. A few guaranteed children were attached to these transports in December and the beginning of March but it was not until the 12th. January that the first guaranteed transport arrived. This was followed by further transports of guaranteed children arriving in increased rapidity, with a short break over Easter, until 450 children in the second week in May.

Arrivals.

December 2nd. 1938.	201	from Berlin & Hamburg	
December 12th. 1938.	522	Vienna	
December 15th. 1938.	349	Berlin & Hamburg	
December 20th. 1938.	211	Vienna	
	73	(guaranteed) Vienna	
December 22nd. 1938.	247	Vienna	
December 28th. 1938.	32	Vienna	
December 29th. 1938.	287	Old Germany	
January 5th. 1939.	250	Old Germany	
January 12th. 1939.	80	Vienna	
January 13th. 1939.	95	Vienna	
January 14th. 1939.	30	Vienna	
January 16th. 1939.	25	(unguaranteed) Czecho-Slovakia.	
January 16th. 1939.	39	Klibansky School, Cologne	
January 18th. 1939.	95	Old Germany	
January 19th. 1939.	77	Old Germany	
January 26th. 1939.	165	Old Germany	
February 2nd. 1939.	62	Old Germany	
February 6th. 1939.	152	Old Germany	

February 10th. 1939.	40	From Vienna
February 14th. 1939.	50	No Mans' Land.

On February 17th. 1939. there were

	Boys	Girls	Total
	1540	1101	2641
February 20th. 1939.	43	49	2723
February 23rd. 1931.	41	55	2819
March 3rd. 1939.	87	110	3016

To this must be added the cases of the Inter-Aid Committee brought over since 1936 and now amalgamated with the Movement.

	249	214	3479.
March 8th. 1939.	9	11	3499
March 10th. 1939.	1	0	3500
	14	10	3524
March 11th. 1939.	0	1	3525
March 15th. 1939.	4	16	3545
March 16th. 1939.	57	83	3685
March 17th. 1939.	96	63	3844
March 23rd. 1939.	3	8	3855
March 24th. 1939.		2	3857
March 27th. 1939.	69	17	3942
March 31st. 1939.	50	56	4049
April 1st. 1939.	53	61	4163
April 18th. 1939.	40	0	4203 Holland
April 19th. 1939.	18	16	4237 Prague
April 20th. 1939.	39	95	4371 Old Germny
April 21st. 1939.	39	48	4458 Vienna
April 25th. 1939.	0	2	4460
April 27th. 1939.	42	81	4583 Vienna
April 28th. 1939.	14	25	4622 Vienna
April 29th. 1939.	9	20	4651 Prague
May 4th. 1939.	53	105	4809 Old Germany
May 6th. 1939.	1	1	4811
May 5th. 1939.	36	40	4887 Danzig
May 8th. 1939.	1	2	4890
May 10th. 1939.	27	0	4917 Klibansky School Cologne.
May 11th. 1939.	56	65	5038 Old Germany
May 13th. 1939.	22	37	5097 Prague
May 15th. 1939.	55	78	5230 Vienna

Thus there are at the time of going to press 5230 children in this country, of whom 2759 are boys and 2471 are girls.

The areas which they come from can be divided up into two groups. First the various portions of Greater Germany and second places under the influence of Nazi racial idealogy or places where children of German nationality are voluntarily or involuntarily taking exile.

Group 1.

Old Germany	3220	appr:
Austria	1581	(518 since March 1st.)
Bohemia & Moravia	205	appr:
Total	5006	

Group 2.

Danzig	76
Polish No Man's Land	52
France	16
Holland	40
Italy	18
Slovakia	11
Hungary	8
Total	221

II. Religion.

It is extremely difficult to obtain any exact figures for the different religions of the children already in England for several reasons -

(1) The religion is not stated on the particulars sent from Vienna.

(2) Many of the children are too young to know to what religion they belong.

(3) Children of mixed marriages in many cases were ostensibly brought up in Christianity, yet on being placed in a Jewish home in England, have adopted Judaism, or children nominally Jewish have attended Christian services in England without actually changing their religion.

(4) Older children have often stated that they have no religion in the hope that in this way they will be adopted by either a Jewish or a Christian family.

The figures for the Christians are probably more correct than those for the Jews, as the Jewish religion should only include those children who professed this faith in Germany, while in these figures it includes all children who do not claim to belong to any other denomination, but state that they accept Judaism.

Protestants, Evangelicals, Lutherans, etc.	268
Roman and Old Catholics	165
Christians (with no sect)	60
Freethinkers	5
Quakers	3
Greek Orthodox	2
Total number of Christians	503
Konfessionslos (without religion)	253

(All these figures include the children brought over by the Inter-Aid Committee).

Jews	4480

Of the Jews it is impossible as yet to divide them up into three divisions.

(1) Orthodox
(2) Liberal
(3) Non-practising.

but it is hoped that it will be possible to effect this at a later date. However, to give a rough idea of the proportions, we present the following figures obtained from the first series of completed questionnaires.

Out of a total of 236 Jews there were

58 Orthodox
141 Liberal
37 Non-practising

Thus the proportions are

24.7 % Orthodox
61.0 % Liberal
14.3 % Non-practising.

The proportion of Christians to Jews is that of 503 to 4,480 which is 11.1 recurring %. Including the 253 Konfessionslos the proportion rises to 16.7%. While the proportion of those who confess no religion to those who do is 5.1%.

III. Distribution of Children.

There must be two views concerning how the refugee children brought to this country should be housed and distributed. The first, in so much as there is any precedent, advocates the traditional method - that the children should be segregated and kept in large, and consequently economical, units where they would be taught schooling and given training. The second, which was adopted by the Movement, is more novel in the dealing with refugees but more in accordance with English ideas. This was to place the children in private houses or small hostels, where they could have as much of home life as it was possible to create for them in a 'foreign' country.

With this idea in mind the Movement appealed to the public for hospitality. The response was excellent - the homes offered came from every social class, every creed, every political party. But though the homes were so different in character, the type of children wanted showed a great unanimity. Nearly everybody wanted a small child - a blue-eyed, fair-haired boy or girl. The camps were full of older boys and girls brought from Germany to save them from concentration camps and immediate danger. Few of them were good looking, many had cropped hair, having just been released from a camp, all were bent and broken spiritually. Again the public responded magnificently. They offered to take any child.

In this way the camps were emptied. But they became slave-markets where people with the best intentions in the world went to help one child, yet unconsciously did harm to many by looking them over and rejecting them. Fortunately the demand was so brisk that the rejected children did not have to wait long, and the harm was in this way minimised. But some of those boys who were brought over in December, who were inspected and rejected so many times, are still at Barham House waiting.

Thus it came about that the children from Germany were spread over the length and breadth of England, while in Holland and France they were segregated in camps and schools. Yet there was good reason for the Movement not to follow the example of the Continent, for France and Holland are definitely clearing stations. It would not profit the children there greatly to learn the culture of those countries when in a few months they would have to go overseas. Yet the case is different with the children in England for when they emigrate, the vast majority will go to English speaking countries, and they will have profited from the intimate contact they have had with the English life and language. The policy of the Movement in distributing these children all over the country, and in bringing them up in English surroundings during the impressionable years of their life, can therefore be justified.

Below is published a list of the 175 local guardian committees amongst whom every child in the British Isles is divided. Some of these committees cover an area of hundreds of square miles others only one or two. We are not publishing the various committees in London and the number of children under their care since the committees overlap to such an extent that it would be of no value. However, as is probably known 40% are in the N.West postal district and about 35% in the North district. Though this proportion is overwhelming on paper, it must be remembered that the Jewish population in these districts is in the same proportion as the children.

Committees	No: of Children.	Jewish population.	Percentage of Children to Jewish population.
Gainsborough	6	-	9 %
Middlesborough	50	486	2.3%
Hull	46	2000	7 %
Newport	11	180	-
Whittinghame	180	-	-
Felixstowe	33	-	-
San Remo Westgate	41	-	-
Glamorganshire	3	-	-
Monmouthshire	1	-	-
Swansea	23	-	-
Glasgow	180	15000	1.3%
Edinburgh	146	1500	10 %
Sheffield	2	-	10.5%
Bradford	52	490	-
Ilkley	12	-	-
York Committee	64	-	-
Leeds Jewish Committee.	121	30000	0.3 %
St. Anthony's Hotel, Felixstowe.	10	-	
Richborough	33	-	
Barham House	156	-	
Ireland	73	4245	1.7%
Merionethshire	12	-	
Merthyn Hebrew Committee Glam.	3	-	
Cardiff	59	-	
Tunbridge Wells	38	-	
Wybury Ref. Ctee.			
Sons of Jacob Hostel.	45	-	
Leeds Friends.	38	-	
Sheffield Jewish Aid.	30	2175	1.5%
Rotherham	10	-	
Trowbridge	5	-	
Melksham	3	-	
Rugby	9	-	
Birmingham	63	6000	1.0%
Coventry	30	150	
Malvern	5	-	
Dudley	4	-	
Worcester	13	-	
Weston-Super-Mare Ref.Ctee.	4	40	10 %
Bristol Council for Ref.	24	500	4.5%
Bath Ref. Childrens Fund.	29	-	
East Grinstead	1	-	
Rotherfield Guardian Ctee.	5	-	
Withyam	9	-	
Brighton & Hove.	35	2500	1.5%
Fairwarp	1	-	
Eastbourne	9	86	
Crawley Downs	19	-	
Chailey	21	-	
Burwash Weald	4	-	
Mayfield	11	-	
Worthing Welfare Sub-Ctee.	14	-	
Wybury ref.Ctee.	22	-	
Kingston	12	-	
Barnes	7	-	
Peaslake	1		
Reigate	3	-	
Croydon	34	-	

1	Artificial flower maker.
1	Parlourman
1	Shoemaker
1	Windowdresser
2	Chocolate Manfr.
1	Gardeners
1	Carpenter
1	Pearl Stringer
1	Hatmaker
1	Poultry husbandry
1	Builder
1	Polisher
1	Silversmith
1	Radio Technician
1	Sausage Manfr.
1	Textile Salesman
1	Pattern Making
1	Shoe clicker
136	
30	Agriculturists
166.	

GIRLS.

24	Dressmaking
1	Corsetiere
8	Milliner
6	Hairdressers
5	Probationers Nurses
1	Upholsterer
1	Tailoress.
46	

V. Training.

The Training Department was formed at the beginning of January to deal with the problem of the older boys in the camps. For it was realised that these youths were too old to be adopted into private homes and were unsuitable for further schooling, since they had already completed their education in Germany. Thus the department started with the object of clearing the camps.

But it was soon recognised that on reaching the age of 16 it was impracticable to continue the education of both boys and girls and that it was necessary to train them in a trade and to make them useful members of the community. The result was to enlarge the scope of the Training Department. Yet little was done to ensure that the department received an adequate supply of training offers. Practically all the offers that have been received have been spontaneous, while the department have not been given the facilities to seek training positions themselves.

Up to date 166 boys and 46 girls have been found trainee positions, but in addition to this it must be remembered that there are 85 boys and girls at Whittingehame, learning agriculture, 35 boys are at Richborough, while nearly 100 are in Y.M.C.A. training settlements throughtout the country. Apart from this the Catholic Committee have a training scheme near Wigan and the Youth Aliyah have several training farms.

The 30 boys who are marked as training in agriculture are all apprentices on private farms.

BOYS.

3	Tinsmiths
4	Painters
1	Handling of domestic wood.
10	Engineering
4	General business training.
2	Opticians
1	Furniture Mnfr.
2	Baker
1	Chemist
1	Clerk
1	Cycle Industry
10	Motor Mechanics
1	Dental "
9	Textile Operators
11	Tailors
5	Furrier
6	Upholsterers
1	Chef
1	Improver Mechanic
1	Glove Maker
3	Poster Writers
2	Mechanics
1	Leather Finishing
2	Printers
3	Hoteliers
4	Cutters
5	Bagmakers
9	Electrical Engineers
2	Joiners
2	Confectioners
1	Toymaker
1	Florist
1	Trimmer
4	Metal Assemblers
2	Watchmakers

Committees	Numbers	
Southport	16	(boys)
Newport	12	(girls)
Newcastle upon Tyne (2 hostels)	20	(girls)
	-	
Nottingham	11	(mixed)
Oxford	36	(boys)
Oxted	16	(mixed)
Wyberley	26	(girls)
Coventry	6	(boys)
Malvern	6	(boys)
Bradford	34	(boys)
Ilkley	5	(boys)
Leeds	53	(boys)
	10	(girls)
Middlesbrough	27	(girls)
York	10	(boys)
Glasgow	20	
Belfast	13	(boys)
Total (as far as known)	590	

In addition to this the Movement has its own hostels for "pool" children. These are selected from Greater Germany owing to the urgency of their position and housed in these hostels, until homes or training positions can be found for them. The hostel at Barham House, near Ipswich, has 148 boys, but has a capacity of 300. There is a smaller hostel at Westgate-on-Sea, which is reserved for Orthodox children, of which there are now 41. The girls are housed at Rusthall Beacon, Tunbridge Wells, a house which could hold 45 but has now 27 girls.

IV. Hostels

Of the 176 Guardian Committees in every part of the United Kingdom 34 have established hostels. These hostels vary in size and kind. Some are only for boys, others only for girls, while certain are exclusively for orthodox and others prefer not to have orthodox children.

In addition to this there are several hostels run by private committees or by families. In this connection we must mention the 3 hostels established in London by the Salmon and Gluckstein, Stone, and Sainsbury families for younger children.

Furthermore the Chief Rabbi's Emergency Committee have several hostels in the North and East of London for orthodox children.

Badminton School, Westbury-on-Trym has started a separate house for refugee girls.

New Harrlingen School, which was formerly in Germany and was transferred to England in 1933 has taken about 85 children since November. The majority of these are supported at the school by specified covenants.

The Jewish house at Perse School, Cambridge, has also received a number of refugee children both boys and girls.

There are nearly 100 boys and girls over 14 training at Whittinghame Farm School in agriculture. These children will emigrate to Palestine at the end of the two years training course.

Wallingford Agricultural School has undertaken to receive 100 boys in accommodation that has especially been built. The first party of 50 will go on June 3rd.

The figures for hostels published below are as accurate as possible, since they very from day to day. A questionnaire is in the process of being sent out to all hostels to ascertain how many children there are there at the moment and how many they could contain.

Committees	Numbers	
Gerrards Cross	21	(boys)
Stockport	9	(boys)
Derby	-	
Sunderland (B'nai B'rith)	16	(girls)
Beacontree	-	
Hockley	5	(mixed)
Cardiff	20	(boys)
Gloucester	-	
Bournemouth (2 hostels)	18	(girls)
	26	(boys)
Broxbourne	-	
Hitchin	10	(boys)
Welwyn Garden City	31	(boys)
Chiselhurst	-	
" Barbican Mission to the Jews.	50	
Withyam	27	(girls)
Blackpool	10	(girls)
Liverpool	27	(boys)

The percentages given above may seem unfair seeing that many of the children may have gone to non-Jewish homes, but it should be remembered that the unfairness is nearly the same to every local committee. Thus the proportion will remain almost uniform throughout and from these figures it is possible to see which town has done its fair share and which town could well take some more children.

The majority of the children have gone to upper middle and middle class homes. Many working class homes have offered homes but it has usually been found impracticable to place children there owing to the danger that, if the wage-earner loses his job, the family will be unable to support the child. The orthodox Jewish communities have as a whole responded better to the appeal for hospitality, and throughout the country it has been proved that the goodwill is uniformly great but that it only has effect where there is an energetic local committee.

Committees	No: of Children.	Jewish Population.	Percentage of Children to Jewish Population.
Stanstead	3	-	-
Chelmsford	19	-	-
Ilford	13	-	-
Liberal Jewish Synagogue	13	-	-
Becontree	3	-	-
Jewish Sec. Schls. & Sunderland Ref. Committee	23	-	-
South Shields Hebrew Committee	8	152	5.5%
Rock House Ed. Ctee.	3	-	-
Winchester	5	-	-
Hambledon Guad. Ctee.	3	-	-
Southampton	23	2,175	1.0%
Bournemouth	36	700	5.0%
Southsea	4	-	-
Strood & District Refugee Committee	13	-	-
Canbray	3	-	-
Nat. Cns.Wmn. Gloucester	7	-	-
Becontree	8	-	-
Dorset Rotary Camp	18	-	-
Doset sub Committee of Ref. Blandfd.	19	-	-
Exmouth	5	-	-
Plymouth	3	-	-
Braunton	9	-	-
Derby Hebrew Congregation	8	-	-
Maryport Refugee Committee	2	-	-
Cambourne & Redruth	2	-	-
Bodmin	1	-	-
Truro	1	-	-
Falmouth	2	-	-
Wirral Refugee Committee	11	-	-
Stockport Refugee Committee	2	-	-
Northwich	5	-	-
Wallasey	4	-	-
Stockport	11	-	-
Disley	1	-	-
Parkgate	5	-	-
Cambridge	11	-	-
Cambridge Refugee Committee	8	-	-
Long Grendon	1	-	-
Waddesdon Manor	27	-	-
Beaconsfield Refugee Aid	20	-	-
Gerrards Cross	18	-	-
Reading Committee	9	-	-
Faringdon	14	-	-
Hitchin Committee Herts.	3	-	-
Provinces	3287	186,000	1.8%
London (Administrative County)	2060	(Total excluding Greater London) 184,063	1.1%

Committees	No: of Children.	Jewish population.	Percentage of Children to Jewish population
Sutton	42		
Purley	2	-	
Guildford	33		
Dorking	44	-	
Ipswich	7	2000	0.3%
Bury St. Edmunds	2		
Burton on Trent	2	-	
Stoke on Trent	10	190	5.0%
Stafford	2	-	
Shrewsbury	8	-	
Watlington	1	-	
Charlbury	7	-	
Oxford	45	-	
Dr. Barnados	16	-	
Felixstowe	15	-	
Jewish Sec.Schools.	3	-	1.5%
Newcastle	36	2500	3.7%
Nottingham	20	550	
Northampton	9	-	
Northampton Hebrew.	2	74	2.8%
Norwich	46	-	
Newport	11	-	
Ruislip	23	-	
Harrow	52	-	
Wembley Dist.Synagogue	15	-	
Edgware	5		
Loughborough	1	-	
Leicester	9	330	
Southport	8	-	
Merseyside	1	-	
Manchester	201	37500	0.6%
Casselfox Hstl			
Preston	8	-	
Blackpool	14	273	5.8%
Liverpool	68	-	
Bromley	26	-	
Chislehurst	53		
Gillingham	31	-	
Tonbridge Ref.Ctee.	7	-	
Sevenoaks	21	-	
Dr. Barnados, Crowbro.	5	-	
Maidstone	32	-	
Broadstairs	14	-	
Margate	43		
Faversham	36	-	
Huntingdon	1		
Watford	7	-	
St. Albans	4	-	
Hitchin	15	-	
Welwyn	40	-	
Catholic Ctee.	3		
Watford	4	-	
Much Hadham	1	-	
Welwyn Garden City Ref.Ctee.	1	-	
St. Albans Nat.Council Wmn.	1	-	

VI. Re-Emigration.

At the time of the establishment of the Movement for the Care of Children from Germany, an arrangement was made with the Home Office to re-emigrate all the children before they reached the age of 18.

> 'H.M. Government has authorised the Movement for the care of children from Germany to bring in to the United Kingdom by means of the special document, children and young persons up to the age of 18. The Movement in its turn has undertaken to emigrate these young people before they reach the age of 18 unless special permission is granted for individuals to remain longer. (It is, however, understood that a young person who has entered on a course of training will generally be allowed to remain beyond the age of 18 until the training comes to an end)'

The Organising Secretary requested the Statistics and Research Department to investigate the position of the Movement in view of this agreement at the end of April. A report on this will be issued shortly. It may, however, be of interest to know that there are already 40 children over 18, while Class B (those born between May and August 1921) is expected to contain about 60 young persons.

The Statistics and Research Department is investigating the possibilities of overseas re-emigration and all information acquired will be published in the Re-emigration report. The possibilities of settlement as well as those of infiltration are being considered, while the department is showing interest in the British Guiana scheme, as well as the smaller schemes of the Hicem Contact has been established with the representatives of the British Dominions, while several private societies for promoting settlement in the Empire have been consulted.

Up to date 52 children have been re-emigrated. All these have gone with their parents or to join their parents with the exception of 15 boys who went to Australia under the Big Brother Scheme.

Country	No: Gone	No: Going soon	No: on Books having definite plans	Total
ARGENTINE	2	2	5	9
AUSTRALIA	18	13	13	44
BRAZIL	1	4	6	11
BOLIVIA	1	5	7	13
CANADIAN W.Indies			6	6
CHILE	3	3	6	12
COLUMBIA		1		1
CUBA	2	4	2	8
ECUADOR		2	6	8
NEW ZEALAND		4	5	9
PALESTINE	9	6	47	62
PANAMA	1			1
PARAQUAY			1	1
S.AFRICA	1			1
UNITED STATES	13	73	229	315
URAQUAY	1	1		2
Total	52	118	333	503

Thus it will be seen that within the next 18 months a further 451 children will leave the country. This figure is bound to be supplemented by children who will have made definite plans by the end of 1940, which will bring the figure up to a high total of 1000 (according to present rate of receipt) over a period of 2 years.

Reckoning on the present number of refugee children in this country (5200), this means that there will be an annual turnover of 9.5% working on the basis of the average age, which is now 13.1 years, if the present turnover is maintained for the next 5 years 47.5% of the children will be re-emigrated without recourse to any mass settlement schemes.

VII. COST.

At the end of April 1939, 4,651 children had been brought into England.

At the same time the Movement for the Care of Children from Germany had spent, since its establishment in the end of November 1938, the sum of £27,860.

This was divided up in the following way :-

Upkeep of Camps	£17,290
Salaries	3,643
Fares and luggage	3,060
Insurance of Children	512
Office equipment	933
Furniture	923
Postage	445
Telephones	230
Rent, rates, etc.	120
Grants for education and training	266
Re-emigration costs	434

The average cost of each child brought to England so far is therefore approximately £6. 1. 0.

It should not, however, be thought that every child brought to England in the future will cost such an amount.

The average cost of bringing over each guaranteed child is a comparatively small sum, and there is no doubt that this could be reduced still more.

Average cost of each guaranteed child.

3,849 children were brought in within 26 weeks.

£0. 5.7. per child.	Cost of Guarantee Dept per week.	£ 39.15. 0.
2.11. per child.	Cost of German Dept. per week.	26. 0. 0.
9. per child.	Cost of Transport Dept. per week.	6.10. 0.
13.5. per child.	Cost of fares & luggage to date.	3,060. 0. 0.
11.7. per child.	Cost of Office expenditure to date. (Equipment,postage,telephones etc)	2,651. 0. 0.
£1.14.3.	Average cost of each guaranteed child.	

Average cost of each unguaranteed child

1,802 children were brought in within 26 weeks.

Cost of German Dept.

£0. 2.11. per child.	per week.	£ 26. 0. 0.
	Cost of Transport Dept.	
9. per child.	per week.	6.10. 0.
	Cost of Fares including luggage.	
13. 5. per child.		3060. 0. 0.
	Cost of Office expenditure to date. (Equipment, postages, telephones etc.).	
11. 7. per child.		2651. 0. 0.
	Cost of Camp upkeep.	17290. 0. 0.
£9. 2. 0. per child.		
£5.13. 10. per child.	Cost of Hospitality Dept. per week. (136 children placed in 26 weeks) (132 children found guarantors before arrival in England).	29.15. 0.

£16. 4. 6. Average cost of each unguaranteed child.

The cost of keeping 1 child in camp for 1 week is 14 shillings. Thus the capital cost of placing a child in a home is equivalent to the cost of its stay for 2 months in the camp.

The average cost of placing a child in a training position.

The Department has worked for 18 weeks and has placed 212 children in training.

	Cost of Training Dept per week.	£ 3. 10. 0.
£0. 5.10. per child.		
	Grants for technical training.	266. 0. 0.
£1. 5. 0. per child.		

£1.10.10. average cost of placing one child in training.

Records

	Cost of Records Dept per week.	£8.17. 6.
£0. 0.11. per child.		

After Care.

	Cost of After Care Dept. per week.	£46. 0. 0.
£0. 9. 7. per child per year.		
	This works out at a yearly cost of about	£2250.0. 0.

£0. 9. 7. Thus the after-care work, exclusive of the visiting and guardianship of the 300 local guardian committees costs 9/7d. per child per year.

Average cost of re-emigration per child.

The Re-emigration dept has worked for 10 weeks and had, at the end of April, emigrated 40 children.

Cost of re-emigration dept per week. £ 4.10. 0.

x £1. 2. 6. per child.

Re-emigration expenses. 434. 0. 0.

£10.17. 0. per child. (13 re-emigrated at parents expense)
2 only went short distances)

x . . . £16.1.6. per child emigrated by Movement.

£11.19. 6 average cost of re-emigrating 1 child.

x £17. 4. 0. average cost of re-emigration of 1 child by the Movement.

General administration

Cost per week of Secretariat,	£17. 0. 0.
Post,	
Post Despatch,	3. 0. 0.
Supplies,	
Central Filing	16. 0. 0.
Pool typists	8. 0. 0.
Interviewers	3. 0. 0.
Statistics and Research Dept.	2. 2. 0.
Miscellaneous	6. 0. 0.
Total	£55. 2. 0. per week.

This amounts approximately to the sum of £2,800 per year.

Comparison between pay rolls.

Pay roll at Barham House Camp	£ 14. 0. 0.
Pay roll at Head Office	207.10. 0.

69 fully paid and 18 part-paid workers.

At Barham there are 126 boys under the direct care of the staff; at head office there are 4,435 children under the indirect control of the staff.

Thus the cost for direct administration at the camp is £0. 2.2. per week per child,

while in Bloomsbury House the cost for indirect administration is 11d. per week per child

or 42.3% of the weekly cost per child at the camp.

VII. Results of questionnaire form issued by the Statistics and Research Department.

It is now just over a month since the Statistics and Research Department issued its questionnaire form to most of the children in England. It was not eventually sent to every child as it was discovered more satisfactory to acquire the information by means of the visitors sent round by local committees. However, a large number of replies have been received and they are still coming at the rate of about 30 a day.

We are not publishing figures for every form received, as it would be of no value, since the only interest of these statistics is the different proportions of the various types of children. We are therefore presenting the statistics below on the basis of 715 replies, or 5 complete statistical series.

These 715 forms cover 375 boys and 337 girls and are arranged in statistical series to give a representative survey of children of every class, in every district, and in hostels, camps, and training settlements.

	Number	Percentage of total.
Children in London (Administrative County)	226	31.5%
Children in Provinces (Including Greater London)	460	64 %
Children in Scotland	22	3 %
Childrein in N.Ireland & Eire	4	0.5%

Years of birth of children

1920	6	1930	17
1921	49	1931	18
1922	78	1932	15
1932	130	1933	7
1924	121	1934	2
1925	81	1935	1
1926	50	1936	1
1927	43	1937	1
1928	37	1938	1
1929	35	1938	1

Unknown or questioned by Statistics & Research Dept. 19.

Nationality of parents.

German Altreich	448	62%
Austrian	176	25%
Statenlos	63	9%
No reply	25	4%

Situation of parents

Both parents alive	597	84.5%
Father dead	85	12 %
Mother dead	25	3 %
Illegimate (all from Vienna).	5	0.5%
Parents in Germany	404	57.5%
Parents in England	112	16 %
Parents elsewhere	111	16 %
No answer or unknown or accommodation addresses only	85	10.5%
Parents with money outside Germany.	34	5 %
Parents with no means of support in Greater Germany.	335	48 %
Parents still earning money, living on savings, or with small state or private pensions.	176	24 %
Parents outside Germany or no answer given	201	28 %

Situation of immediate family.

10% 74 children still have 89 brothers in Germany
10% 71 " " " 88 sister in Germany.

20% 144 children have 151 brothers in England.
23% 161 " " 190 sisters in England.

Members of the immediate family of 138 or 18.8% of the children have settled overseas.

Palestine	41	5.6%
U.S.A.	57	8.0%
S.America	30	4. %
Australia	9	1.1%
New Zealand	1	0.1%

349 children have relations in England 48%

Religion of children.

Jewish Orthodox	144	20%
Jewish Liberal	319	45%
Jewish, but not-practising	103	14%
Protestant, Lutheran, etc.	108	14.2%
Old and Roman Catholic	22	3%
Quaker	4	0.7%
Freethinker	7	1%
Greek Orthodox	1	0.1%
Konfessionslos	14	2%

(Please note that the figure 5 for Freethinkers in Part II is obviously discordant with the figure 7 here. Many of 253 Konfessionslos children would probably admit to being Freethinkers).

---

20 children have had illnesses while in England.

2.7%

Foreign languages spoken by children.

French	207	29%
Spanish	19	2.5%
Italian	14	2%
Czech	15	2%
Hebrew	26	3.5%
Yiddish	41	5.5:

---

60 children wish to go to Palestine in preference to other countries. 8.1%

---

25 boys are prepared to undergo a course in agriculture. 3.4%

29 girls are prepared to undergo a course in agriculture. 4.0%

Every child was asked about his or her plans about emigration. The questions were put in such a way as to divide the answers up into four.

(a) Those emigrating to a definite country on a definite date.

(b) Those emigrating to a definite country in the near future.

(c) Those who are prepared to go to a definite country, if it is necessary for them to emigrate at the age of 16.

(d) Those with no plans or dependent on parents.

(a)	U.S.A.	20		
	Australia	3		
	Chile	2		
	New Zealand	2		
	Cuba	1		
	Uraguay	1		
	Total	29	or	4.0%
(b)	U.S.A.	104		
	Australia	7		
	Chile	1		
	Shanghai	3		
	Palestine	7		
	S. Africa	3		
	New Zealand	4		
	S. Rhodesia	3		
	Colombia	2		
	Brazil	2		
	Bolivia	2		
	Guatemala	1		
	Dominican Republic	1		
	Venezuela	1		
	Total	141	or	20%
(c)	U.S.A.	105		
	Australia	34		
	Chile	1		
	Shanghai	4		
	Palestine	33		
	Canada	8		
	Argentine	4		
	New Zealand	6		
	British Empire	9		
	Brazil	4		
	India	2		
	Bolivia	4		
	Greece	1		
	Dominican Republic	1		
	Uraguay	1		
	Total	217	or	30%

(d) With no plans or dependent on parents

		325 or	46%
Children going to U.S.A.		229	32%
" " "	Australia	44	6%
" " "	Palestine	41	6%
" " "	elsewhere	73	10%
		387 or	54%

In order to gain an idea of how the above figures work out for the total number of children in this country, each number should be multiplied by 7.

Parents intending to emigrate	544	78%
Parents not intending to emigrate	128	17%
No answer	40	5%

IX. The Child Refugee Problem.

The number of Jewish and non-Aryan children is often quoted in the press, yet the figures vary to such an extent that they must often be taken with a grain of salt. Though the figures given below are open to question, they have been compiled with attention to the facts rather than to theories.

	. Old Germany and Ostmark
Under 14.	26,000
14 - 17.	20,000.

Thus there are about 40,000 children within the scope of the Movement and within its age limit (16) still to be rescued from Germany.

The latest figures for the children in the Ostmark can be accepted without question.

Up to 2 years	700
Up to 6 years	1,600
Up to 10 years	2,300
Up to 14 years	3,350
Up to 16 years	2,600
	10,550

Therefore the number of children up to 16 years in the Altreich must be nearly 30,000.

The figures for Jewish children in the former Czecho-Slovakia are even harder to calculate and we are not presenting any statistics for children under 14.

The ceded Sudeten areas	3,000
Bohemia & Moravia	11,800
Slovakia	17,000
	31,800

As for the non-aryan Christian children there is no possible way of finding out their total. Even if it was compiled it would be as good as useless, as a large number of non-aryan Christians are unwilling to leave, since there may be little discrimination against them. Again with the present labour shortage the German Government are unwilling to let any non-aryan children go, unless their parents are known to be hostile to the regime. In Slovakia, where there is a Christian Front, the non-aryan problem does not arise since all Christians are excluded from the racial laws.

It would be safe to reckon that the number of non-aryan Christians to be rescued from Greater Germany, excluding

Slovakia is about one-quarter of the number of Jewish children.

Jewish Children		
	Altreich	29,500
	Ostmark	10,550
	Sudeten	3,000
	Bohemia, Moravia	11,800
	Slovakia	17,000
	Total	71,850
Non-aryan Christians	¼ of	55,300
		13,825
Total of Jewish and non-aryan Christian children		85,675

But again it should not be considered that child refugee problem will not be solved until the whole 85,675 are removed. This is a fallacy. Many of the children, do not wish to leave. Their parents can still make money through their firms are forced to employ Nazi Commissioners. Many, of course, being physically unfit may never be able to leave Germany.

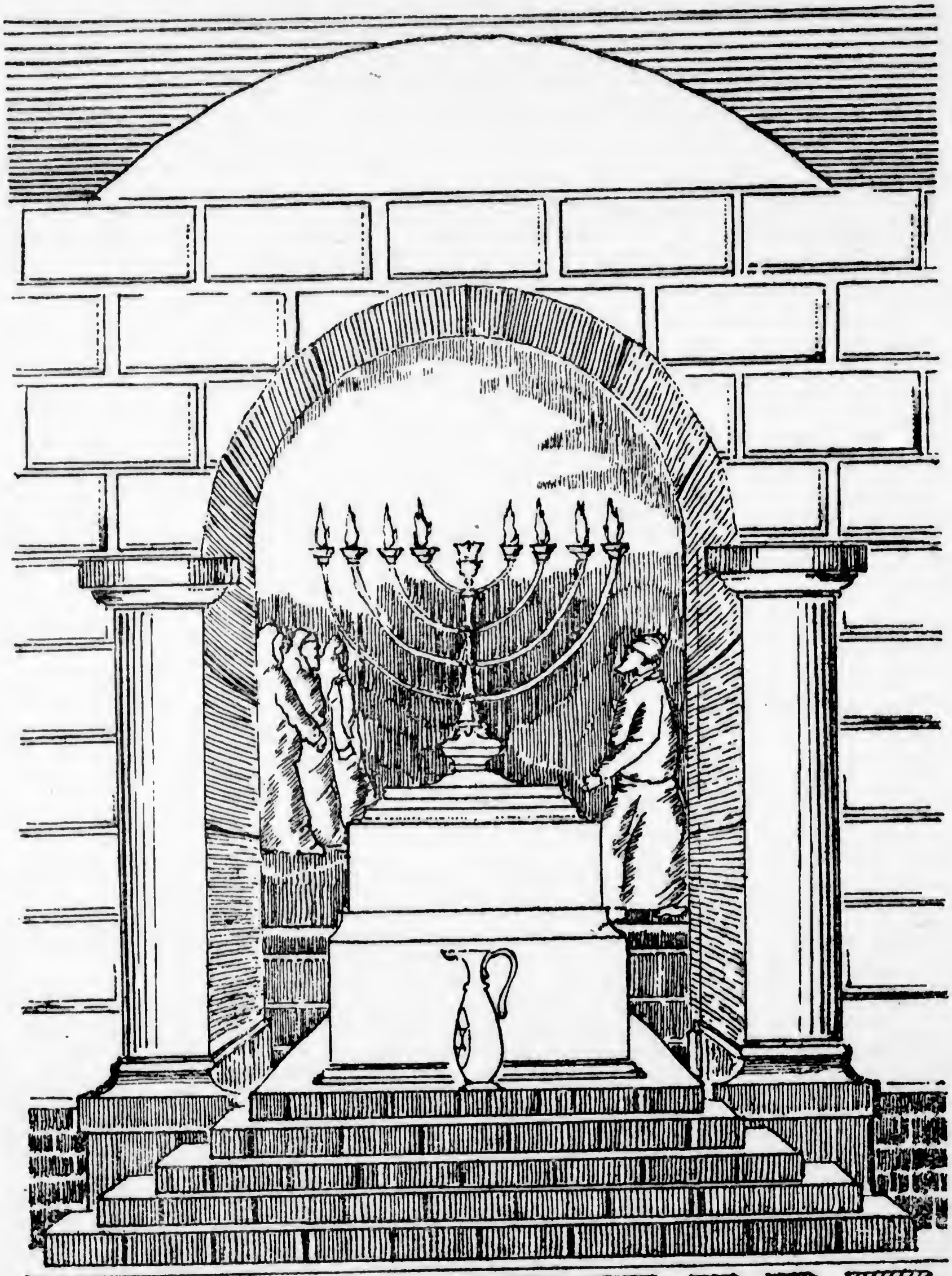
Already 4,800 children have come to England since November and several other countries have made a contribution.

Holland	1500
Belgium	600
France	600
Sweden	250
U.S.A.	240
	7990

Of course a large number of children will leave with their families during the next year. Within the next two years at the present rate of emigration of families, the number of children remaining will probably be reduced to near 50,000.

REFUGEE

CHILDREN'S MOVEMENT LTD.



חנוכה תשל"ב

CHANUCAH 5702

J.S.41

It is the purpose of our Chanucah Booklet to remind you of our Jewish tradition, to strengthen your responsibility towards your faith and community. We know that there are many difficult problems. We will have another Jewish Booklet which we should like to name "Call to Judaism," and we would like your help in producing this so that it may help others in leading a true Jewish life.

Perhaps you could tell us why you think it worth while to be a Jew or Jewess and help others, too, to become proud of being Jewish. We think, to begin with, the best way is not to condemn or to criticise but to be constructive and show a way.

If you have any questions or opinions in connection with these articles, the Editor will be pleased to forward any letters to the Authors concerned.

Send your contributions to the Editor,

DR. W. VAN DER ZYL,

Bloomsbury House, Bloomsbury Street, London, W.C.1.

A 1941 CHANUCAH MESSAGE

By

REV. I. L. SWIFT.

Whenever we celebrate a Jewish Festival, I ask myself whether any useful purpose is served in this generation by maintaining, and by encouraging others to maintain, the traditions associated with it. We have inherited those traditions from a distant past in which they certainly had a place, but in which circumstances were so very different from those that surround us to-day, that one often wonders whether the same customs really fit into our present-day mode of living and thinking.

When Chanucah comes round this year to a Jewish people that is scattered and afflicted as never before in its troubled history, that question must present itself even more prominently than usual to the minds of those who do not care to do things out of sheer force of habit, but prefer first to see a valid reason for doing them. After all, why should we go through the process of lighting candles during Chanucah week because of something which happened nearly two thousand years ago? Indeed, why should we now celebrate the re-dedication of a Temple which has since been totally destroyed? In a word, what useful purpose are we serving by persisting in practices which superficially seem to have lost all their practical value and all their practical significance?

Those who look upon the Maccabean epic which Chanucah commemorates as a purely military victory may well seek the answer to these questions in vain. But those who look upon the Maccabean story as did the Rabbis of old, and see in it not a mere military or political victory, but something infinitely greater—a victory of the spirit—have their answer clear and unmistakable, and will light their candles, and will sing their Chanucah songs, and will recite their Chanucah prayers, with greater fervour and enthusiasm than ever, particularly in these days of stress and trial through which we are passing.

The victory of the Maccabees was certainly not just a military one; if it were just that, we should pay very little heed to it. For that matter, we do not have annual festivals to celebrate some of the stirring military triumphs of David or of the other heroes of our history. No, the Maccabean victory was a spiritual one which ensured the continued worship of God and the continued practice of Divine Law. It was for these ideals that the Maccabees fought; it was for these that they were ready for the final sacrifice; and it was these that triumphed in the end. That is why we make an annual festival of the miraculous victory of a handful of men over a multitude of oppressors, and that is why we allocate eight days of our calendar to the celebration of their heroism.

I scarcely think that any of the readers of this little magazine, whatever their age may be, will need to have the moral of this emphasised in days like these. We are to-day in very truth the direct descendants of Judas Maccabeus, fighting against a destructive horde, who seek not merely the conquest of lands and of peoples, but who aim at the destruction of ideals and beliefs and principles that are dearer to us than life itself. Those who are fighting against the forces of evil to-day—and we bear the proud responsibility of being numbered among them—are the Maccabeans of this age. So, you see, we have abundant reason for lighting our Chanucah candles this year, because in so doing we are at once giving thanks for the preservation of our ideals, and renewing our faith in their perpetuation—we are, so to speak, re-dedicating the Temple of our lives to the service of God and to the practice of His Law.

There is a rather beautiful Chanucah custom which always comes to my mind when I light my candles at home, and which, I think, has a direct bearing on what I have just written. The Rabbis prescribe that the Chanucah candles should be placed near the door, so that all who pass by may see them—there were no black-out restrictions then!—and moreover the candles should be put on the side of the door opposite the Mezzuzah so that on entering or leaving the room, we have the Mezzuzah on one side of us and the Chanucah candles on the other. By so doing, we surround ourselves, in a very literal sense, with Mitzvoth, and outwardly demonstrate our re-dedication to the sublime teachings of our faith. We may profitably reflect on that delightful piece of Rabbinic instruction this year; it will help us to keep Mitzvoth—that is right conduct and a godly bearing—as the influences that surround us, and will preserve the ideals that we cherish in the face of all the difficulties through which we must pass until the happy days of peace that lie ahead.

DEDICATION

By

RABBI HAROLD F. REINHART.

And so the eight lights flickered, until one of them sputtered a bit and suddenly went out. The next one followed, and the one at the other end of the *menorah* seemed just to fold up in a black cover. Quickly then one after another of the remaining lights died away, the last one of all keeping a tiny lingering spark alight for a long moment. Then it was dark. I realized that the family had all left the library—and it was very dark. The black-out hadn't yet been made in the room, and that should be done. I suppose it should have been done some time ago—but I had been fascinated by the candle lights. And now for some reason I don't know, I didn't want to make the black-out and switch on the electricity. I lay back in the big chair watching the dark corner where the *Chanucah* lights had been.

In the gloom I saw, or thought I saw, the *menorah* with its branches curving upwards on either side. But its arms stretched out like the limbs of a great black tree; and then they moved upwards until they were all far out of my reach, and they drew together like the ribs of a gigantic umbrella closing with the handle uppermost. Only the ribs were of very unequal length, so the places for the candles were one above the other, so that their flames would be shining in a vertical row like the red, yellow and green traffic lights, or like the lamps on a railway signal; and it was clear that they had to be big lights and had to be of different colours. There were huge round shadows darker than the darkness round about them, where the eight lights should be; and I knew that *I* must light those great lights.

They were so high, one above the other in the blackness, that I couldn't possibly reach them; but I knew that somehow or other I had to do it. I thought: "It all depends on me . . ." I felt very small, very small indeed, about as big as Tom Thumb, in the presence of that shadowy tower where the lights must be kindled. But I felt very fit and very strong, and I would climb and climb for ever, if needs be, to reach those candles of my dream.

Where the first light should be there were some sharp, deep shadows that looked like Hebrew letters; but I couldn't make them out. I climbed. Then it seemed that I wasn't climbing with my hands and feet, but with my mind. I was studying, and each time I reached out, I learned a letter, a phrase, an idea. On and on I went, climbing and climbing, pulling and straining, learning and learning, weeks and years; and it got easier and more exciting as I stepped higher and higher, until I came to *the place*. I reached out my hand and the huge circle burst into light—a mighty golden shining. And the Hebrew letters were clear to me; *mem, caph, bet, yod*. I could read them easily; they spelt the name of the Maccabee, the hero of *Chanucah*—and they were the initials of *"Mi chamocha baelim Adonai"*—"Who is like Thee among the mighty, O Lord?" —the slogan of the Maccabees, and the cry of faith of many Jewish generations.

I could not stop. I was reaching out my arms and straining upwards. It seemed that I was moving through books, and turning pages and pages. I seemed to move faster, and the time was but an instant, yet I covered hundreds and hundreds of years. I learned. I knew a bit more, and yet another bit more, about life and history. On and on, until I reached the second space and made it light. It, too, was golden like the first, and shone as though a lens with countless little facets, each one a hero, a teaching, an event of wisdom in the long history of human thought and effort.

Higher yet I climbed. The two lights that had been kindled showed the way, and only now it could be seen that the distance covered by knowledge was but little in comparison with the wide, limitless spaces stretching far above it. And as I strove upwards,

I seemed to be reaching out to find the little cruse of oil, which was the miracle of *Chanucah*, and to find along with that, the wonder of all things that happen every day in the world, things that make men enjoy and admire and marvel. So I lit the lamp, the glowing red lamp, of surprise. It burned, as I saw, from the oil of that same little cruse that had lasted eight days, two thousand years ago. It was the light of all that we cannot understand, but all that claims our emotions, study, admiration and love.

I was not tired. The more I claimbed, the more energy I seemed to have. Ages passed within the fleeting moment, as I raised myself to the fourth, fifth and sixth lights. They were the lights of Maccabean virtues in our history. First of them was the lamp of loyalty. It shone forth like a spot-light in a theatre and illuminated a picture of the dedication of the Temple of old, when the Maccabean priests celebrated the loyalty of a people brave and true. Then, flashing with such speed that at any other time I could not have followed it, the piercing ray rested on scene after scene of constancy, devotion, sacrifice and prayer—in Canaan, in Babylon, in Persia, in Spain, and in a hundred other lands, through countless trials and temptations. In all the thousands of faces included in these scenes was reflected the light of true and steadfast hearts.

Before I realized it, the next, the fifth great light shone out; and it travelled back across the same scenes—the same yet different, for the characters were in a different mood, this time each showing his resolve, his mighty will to defy tyranny, to protest the truth, to uphold liberty at all cost. There arose a sound of distant music and from across a hundred generations came the voice of Mattathias: "Though all the nations that are under the king's dominion obey him, and fall away from the religion of their fathers, yet will I and my sons and my brethren walk in the covenant of our fathers."

Immediately the next light above grew bright, and for a third time the historic panorama glowed in a thousand swiftly passing scenes—this time in persecution and pain, in battle and death, but always with daring and courage that made each eye flash and each face shine with majesty. Thus the three great lamps of loyalty, liberty and courage had cast their light of heavenly bluish white upon the glory of heroic history.

I could not stop. My breath was coming fast; and inspired by the wonders I had seen, I moved at lightning speed. In my swift passage, the seventh light seemed to have grown to a brilliant flame. Unlike the others it was not fixed, but seemed to rush ahead of me and it shone with every bright and flashing hue. It was the light of challenge of to-day, when all the knowledge and all the wonder and all the virtues of mankind are summoned for the service of truth.

It was more than I could bear, and for an instant I thought that I should drop or fall to pieces; but I lifted up my eyes and saw shining in the distance the eighth and final light—pure white, the light of faith that good and right and truth are safe, the light of faith in God. The vision of that light seemed to lift me as with wings. I cried out in joy and . . . I awoke. And I remembered some words that had been spoken before the candles had been kindled that afternoon: it is *Chanucah*, the season of dedication.

FOUR JEWISH LEADERS

By

PROFESSOR NORMAN BENTWICH.

The book of the Apocrypha, which is known as the wisdom of Ben Sira, or Ecclesiasticus, includes a famous chapter beginning with the words: "Let us now praise famous men." It is read in the Churches on the days of memorial, like Armistice Day, and is appropriate to our Chanucah feast. It speaks of "such as did bear rule in the kingdom, were renowned for their power, giving counsel by their understanding and declaring prophesies. They were merciful men whose righteousness has not been forgotten."

The words are recalled by the death, during the last months, of four outstanding Jews who were leaders, each in their own country, and have left a permanent impress on Jewish life. They were Menahem Ussishkin, of Palestine; Louis Brandeis, of the United States; Nathan Laski, of England; and Otto Hirsch, of Germany. All but the last had reached a good old age, yet they were all vigorous in mind and in spirit, and it was hoped that they would be spared to take part in the settlement of the big problems which face the Jews of the world. Each represented a distinctive outlook. But they were alike in devotion to their people. A few words about them may be appropriate for the festival of Chanucah, when we are stirred by the memories of those who fought more than 2,000 years ago to save Judaism.

Ussishkin was the strong man of Russian Jewry, in an age when Russian Jewry gave the Jewish people its intellectual and spiritual leaders. For two generations he was the leader, first of the Lovers of Zion, then of the Zionists; and he lived for the two purposes of restoring the people of Israel to the Land of Israel and reviving the language of Israel. It has been told that in his native Russian city he lived at the corner of two streets called Iron and Stubborn, and that was symbolical of the man. But in Jerusalem he lived in a house, strong like himself, at the corner of two streets named Rambam and Ussishkin. That, too, was symbolical; for he became in Palestine a part himself of the living Jewish tradition. He had the intensity of the Hebrew prophet. He was an idea embodied in a man; and he achieved his life's aim because he knew what he wanted and never swerved. The Soviet emblems of the

hammer and sickle fit him. He had that hammer-like quality which is said to be the origin of the name Maccabee; and his ideal was to enable the Jew to redeem the soil of Palestine in his day. Through his work nearly 100,000 Jews were settled in villages on the land.

Louis Brandeis was a prophet of a different type, the product of free institutions, but with an inherited passion from his Jewish ancestors for social justice. An outstanding advocate and a great jurist, he strove for years for the rights of the American workers in the factories. He was known throughout the United States as the People's Lawyer, and his briefs in the Courts were famous. In 1916 he was appointed by President Wilson a Justice of the Supreme Court of the United States, the most authoritative Court in the world, being the first Jew to hold that office. And for nearly 20 years he was one of the bright lights of the Court, interpreting the American Constitution liberally and humanely with reference to President Roosevelt's New Deal.

Before he became a Judge he had been won to the cause of Zionism. A national home and justice for the Jew were for him a part of social justice, and it was not enough to give opportunity to the individual Jew. There must be a home for the Jewish group or nationality. Without freedom to develop his national culture, man has no true freedom. He came to that understanding through his legal activity for the humble Jewish workers in the garment trade. During the last war, and at the peace settlement, he was one of the spokesmen of Jewry and had a big part in the formulation of the Balfour Declaration. As a member of the Supreme Court of the United States he could not hold Zionist office, but he remained till the end concerned with every detail of the practical life in Palestine, particularly the well-being of the workers. He would insist that the prosperity of any country depended on using the capacities and fostering the responsibilities of ordinary men and women. He was a great Jew because he was a great humanist.

Nathan Laski was no world figure, but he was a strong man in the life of the Jewish community in England. He made his way from humble beginnings to be first the leader of the Jewish community in Manchester, and then one of the acknowledged heads of English Jewry and also a leading citizen of his city. Forthright in speech and action, he was never afraid of asking for equal justice for the Jew from his fellow-citizens. And in later years he was a sturdy and fearless spokesman for the refugees from Germany and Central Europe. He was proud of his two sons, Neville and Harold, one a past-President of the Board of Deputies of British Jews, the other a professor of social science at London University and eminent as thinker, writer and speaker in all progressive movements. The sons have carried the principles of the father into a larger sphere.

Otto Hirsch differed from the other three in that he played no part in the world outside Jewry and achieved no public fame

outside Jewry. But for eight tragic years he presided over and directed the Jewish central organisation in Germany, and to him more than to any other single man we owe the saving of the German Jewish youth. He was a hero in the simplest sense of the word, a man of supreme moral and physical courage, of devotion to his people, of utter disregard of self. He and his wife refused to leave Germany before the war, though he foresaw the end that awaited him in Germany. He died in a concentration camp. His life and that of a few of his comrades, notably Rabbi Baeck, have given nobility to the last struggle of the Jews of Germany. He was well beloved by all who knew him; his memory will be precious for all time in the annals of the Jewish people.

JEWISH YOUTH IN THE CRISIS.

By

WALTER ZANDER.

Of all Youth Groups to-day none seems to be less significant than the Jewish refugees. Youth without a country, without arms and flags, scattered all over the world, at the mercy of other nations. But these seemingly miserable people can make a great contribution to the world, and their very suffering gives them a unique chance, provided that they face their lot, and react in the right way.

It needs, indeed, much courage to see our situation without illusions. The attempts of assimilation have broken down nearly all over the Continent; Palestine is under a dark cloud; the Jews in Europe are threatened with extermination; the Jewish position is getting more uncertain everywhere and, worst of all, the very ideals upon which Jewish life has been built since the French Revolution, are undergoing a grave crisis.

However black the future may appear, Youth, fortunately, will never give in. But beyond maintaining ourselves we must build up again the foundations of our life. This will only be possible if we mobilise our innermost forces and go back to the roots of our existence.

Whoever looks at our history will agree that our greatest achievement, revealed again and again, has been the conception of the all-embracing unity of the world, not only in a material, but in a spiritual sense. This vision which has given infinite value to the human soul, and which is the basis of our moral order, has been our contribution to civilisation, and Mr. Winston Churchill touched the centre of the problem when, in his recent message to the Jews, he said: "Once again, at the appointed time, the Jew will see vindicated those principles of righteousness which it was the Glory of his Fathers to proclaim to the world." Here, indeed, is our root and from here we can derive unlimited strength. The best Forces to-day are longing to restore a spiritual unity, and if

we, according to our tradition, devote ourselves to this aim, we shall help to meet a fundamental requirement of our time.

The Nazis have undertaken to heal the world, which had been split into innumerable groups, by the establishment of totalitarianism. They have proclaimed the National State, based on "blood and soil," as the ultimate value, and try to make this the basis of a New Order. It is no accident that this attempt has resulted in war and devastation. For, as long as the National State is the supreme principal, it is impossible to create any satisfactory relationships to other peoples; and the best which can be achieved is a sham unity.

We Jews had once the vision of another Totality, based on a conception much more profound than the ideas of flesh and blood, nation and state, and we called it the Kingdom of God.

Its realization was not sought in war and force but in the human heart. Human relationship was expressed by Shalom, the wish of Peace, which still is our salutation. This conception made Justice the basis of international relationship. The subjection of every action to this one ultimate value aimed at the sanctification of the whole life, and this is our Jewish vision of Totality.

We are, of course, far away from the realization of this aim. But this ideal can achieve far more than the desperate attempts of Totalitarianism. Our task as Jews can only be to serve the true Totality.

Hitler's hatred against the Jews is not accidental. It springs, perhaps, out of the unconscious feeling that the Jew, even in decay, is still a personification of the immortal longing for true unity which the haunted heart of the unfortunate man is seeking in vain on the battlefields.

Therefore we should see in the persecutions which have fallen upon us not only distress but a warning to remember again our true nature. In such a sense one could even say that we should show ourselves worthy of our persecutions. There should be no depression nor, on the other hand, pride and self-conceit. Humbly and cheerfully we must go to work, each of us doing our duty wherever we are, offering service, love, and, if need be, sacrifice. Nobody need wait. Everybody can begin immediately everywhere.

Nazism requires always an opponent as an object of hate and defamation, and nearly all neighbours of Germany, one after the other, have had to serve this purpose. Devotion to true Totality, however, is free from hate and bitterness. As long as we hate a person we are still dependent on him. It must, therefore, be our task to free ourselves entirely from any bitter feeling even against those who have caused our suffering. If we can attain this state of mind, our inner strength will increase much, and we will attract powerful creative forces.

It will, perhaps, be said that our number is small and that only few among us would achieve this aim—that such action cannot, therefore, make any difference to the world. But such an outlook would be wrong. For, every moral action can exert an infinite influence, and thus everyone of us has his chance.

It is worth mentioning that Ghandi also, when some years ago he made his suggestions as to how the Jews could resist the Nazi terror, referred us to the fundamental principles of our religious vision and proclaimed: "Given the will, the Jew can refuse to be treated as the outcast of the West . . . he can command the attention and the respect of the world . . . and can turn the winter of despair into the summer of hope."

Everywhere forces are springing up seeking the Good. It is in our hands whether we Jews will be a living force in the reshaping of the World. This will not be decided by discussions but by the strength of real life in face of deadly perils. Youth has to play a fundamental part in this. What has been done by them up till now is encouraging. Let us continue our task with all the strength of our hearts.

THE STORY OF CHANUCAH

By

RABBI DR. ARTHUR KATZ.

The story of Chanucah is a very wonderful story of faith, heroism and the martyrdom of our people for their religion. It happened more than two thousand years ago at the time when the Temple was still standing in all its glory and the people worshipped there the true God, the God of their ancestors. At that time Antiochous, king of Syria, made war against Egypt, but without success. Thus he was forced to leave Egypt and, furious at this defeat, he decided to avenge himself upon the Jews. On his return from Egypt he fell upon Jerusalem and ordered a massacre of its inhabitants. Thousands were thus slaughtered and as many as could fled to the mountains. Antiochus entered the sanctuary of the Temple and robbed it of all precious vessels and carried away all gold and silver.

ANTIOCHUS'S REIGN OF TERROR.

After his return to Syria Antiochus began a systematic attempt to abolish the Jewish religion by a proclamation that all the inhabitants of his Empire should accept the Greek heathen rites. Altars and temples should be erected for idols all over the country and swine's flesh should be sacrificed which the worshippers were compelled to eat. The observance of the Sabbath and the festivals was forbidden upon pain of death and the sacred scrolls were destroyed or defiled wherever they were found. But the Jews refused to obey Antiochus's orders, they chose to die rather than to foresake the faith of their fathers. Soldiers of the king hunted pious Jews all over the country and put to death those who were found observing

any of the Jewish commandments, and Israel bowed her head in anguish for her martyred dead.

Rebellion and Victory.

While companies of Syrian soldiers proceeded from village to village, setting up altars and idols, one of these parties came into the city of Modin to sacrifice. There lived Mattathias, an old priest of the house of Hasmon. All the inhabitants of Modin were assembled in the market place when an officer ordered them to bring sacrifices to the idol. "Thou art a ruler and an honoured man in this city," he said to Mattathias. "Come thou first and do the commandment of the king and thou shall be honoured with gold and silver." But Mattathias answered: "The village of Modin will remain faithful to the God of Israel, regardless of what others might do." While the aged priest was speaking, a Jew went up to the altar and was preparing to sacrifice. Mattathias rushed up against the offender and slew him upon the altar. Then with a loud voice he cried out: "Who is zealous for the law, let him come forth after me," and with his five sons he turned against the officers and pulled down the altar. Followed by a large number of loyal Judeans, Mattathias escaped into the hills and raised there the standard of revolt. His old age however could no longer bear the strain of war, and on his death-bed he advised his followers to choose as their military leader his son Judah, known as the Maccabee (the Hammerer).

Hundreds of bold men were joining his camp and recruits were pouring into Judah's camp from every corner of the country. Antiochus sent new forces against Judah and at Emmaus the decisive battle was fought. The Syrian army was smashed and Israel had a great deliverance that day.

The Purification of the Temple.

Nothing now prevented Judah from marching against Jerusalem. Entering the capital amidst great rejoicing, Judah said to his companions: "Let us go up and cleanse the Sanctuary." And the soldiers set to work at once to purify the Temple. The old altar was removed and a new one erected; new vessels of gold were replaced and the priests offered up the sacrifices. Then they were ready to light the sacred lamp upon the shrine. But no oil could be found which was unstained by heathen hands. They searched everywhere and finally discovered a flask of oil with the unbroken seal of the High Priest and the priests relit the sacred flame. But there was oil just for one day. And it is said, the sacred oil which would last only for one day, burnt on for eight long, happy days until fresh oil was brought in. The Temple was dedicated anew with songs and illumination and the celebration continued for eight days. And so we celebrate Chanucah, the Feast of Dedication, for eight days, and kindle the lights of the Menorah as a symbol of spiritual light and freedom. And every Jew should look upon these

lights with joy and pride remembering the glorious battle of our ancestors for their faith.

As Chanucah commemorates the deliverance of our people it is therefore a happy occasion. We usually celebrate it with games and entertainments. Children play with a revolving top or die called Trendle. This die has on its four sides Hebrew letters which have a two-fold meaning, the one in Hebrew, *nes gadol hajah sham* (a great miracle happened there). and the other indicating the gains and losses in the day.

COPY OF A LETTER FROM A YOUNG JEWISH GIRL.

September 28*th*, 1941.

Dear ——,

Perhaps you don't remember me. I am a friend of Lotte's, and you and I used to sit in the Gallery and knit during your first term. So in view of the hours we spent together and in view of the experiences and the religion which we share, I hope you will forgive my writing to you.

I, as a Jewess, am glad to know that you, too, are determined to find the tremendous truths that lie at the roots of Judaism—for him who troubles to seek. But I think you will agree with me that both you and I are too young to get at these fundamentals entirely unaided, and that we must try to reach them either through actual teaching (from the right teacher) or through reading.

While at our Boarding School—and for that matter still now—I have mainly favoured the latter course, partly because it provides more scope for personal interpretation. Becoming a member of the —— Synagogue, I was able to join Rabbi ——'s correspondence course, who also provided me with the necessary text books. Then, through reading and writing essays in my spare time (usually part of Saturday afternoon and choir-practice in the morning), I prepared for my confirmation at the —— Synagogue—and I found it well worth my while to be confirmed. You may be orthodox and not believe in the confirmation of girls. Yet even in this case, I think you will find the course of value.

Perhaps it is rather misleading to call it a "course," for in actual fact, it is rather an elastic sort of teaching which can extend over any period you choose.

Should you feel at all attracted by my manner of study, perhaps you would like to talk it over with someone like your mother, and should you then wish to take advantage of it, I would be only too glad to get in touch with Rabbi —— and ask him to write to you.

I do hope you will understand why I wrote this letter—I do think that in times like these, we must all try and help each other as much as we can, and that we have both learned at the Boarding School, haven't we?

Yours very sincerely, ———.

CHANUCAH PRAYER.

By H. F. Reinhart.

As now, on this fair feast, I come with pride,
The lights which shine each year, to bring to life,
To bless them, and to gaze at them, and sing
The old, old song, of strength and faith and zeal,
Of days of old, when brave men fought and cried:
Oh, who is like to thee, in peace or strife,
Oh Lord, who, from on high, art sure to bring
The help we need, to save, to guard, to heal!—

As now, to light the lights, I lift my hand,
I wait, and then, quite still, quite still I stand,
And pray: Oh Lord, I would not be too bold,
But, in these times, so like the days of old,
So grave, and full of threats and griefs and frights,
Oh make me worth, dear Lord, to light these lights!

BLESSINGS FOR THE CHANUCAH LIGHTS.

בָּרוּךְ אַתָּה יְיָ אֱלֹהֵינוּ מֶלֶךְ הָעוֹלָם · אֲשֶׁר קִדְּשָׁנוּ בְּמִצְוֹתָיו
וְצִוָּנוּ לְהַדְלִיק נֵר שֶׁל חֲנֻכָּה:

Blessed art thou, O Lord our God, King of the universe, who hast sanctified us by thy commandments, and commanded us to kindle the lights of Chanucah.

בָּרוּךְ אַתָּה יְיָ אֱלֹהֵינוּ מֶלֶךְ הָעוֹלָם · שֶׁעָשָׂה נִסִּים לַאֲבוֹתֵינוּ
בַּיָּמִים הָהֵם בַּזְּמַן הַזֶּה:

Blessed art thou, O Lord our God, King of the universe, who wroughtest miracles for our fathers in those days at this season.

(On the first night, add)

בָּרוּךְ אַתָּה יְיָ אֱלֹהֵינוּ מֶלֶךְ הָעוֹלָם · שֶׁהֶחֱיָנוּ וְקִיְּמָנוּ וְהִגִּיעָנוּ
לַזְּמַן הַזֶּה:

Blessed art thou, O Lord our God, King of the universe, who has kept us alive, sustained us, and brought us to this season.

CHANUCAH HYMN.

מָעוֹז צוּר יְשׁוּעָתִי · לְךָ נָאֶה לְשַׁבֵּחַ · תִּכּוֹן בֵּית תְּפִלָּתִי · וְשָׁם
תּוֹדָה נְזַבֵּחַ · לְעֵת תָּכִין מַטְבֵּחַ · מִצָּר הַמְנַבֵּחַ · אָז אֶגְמוֹר ·
בְּשִׁיר מִזְמוֹר · חֲנֻכַּת הַמִּזְבֵּחַ:

רָעוֹת שָׂבְעָה נַפְשִׁי · בְּיָגוֹן כֹּחִי כָלָה · חַיַּי מֵרוּ בְקוֹשִׁי ·
בְּשִׁעְבּוּד מַלְכוּת עֶגְלָה · וּבָיְדוֹ הַגְּדוֹלָה · הוֹצִיא אֶת־הַפְּגֻלָה · חֵיל
פַּרְעֹה · וְכָל־זַרְעוֹ · יָרְדוּ כְּאֶבֶן מְצוּלָה:

דְּבִירְךָ קִדְּשׁוּ הֵבִיאַנִי · וְגַם שָׁם לֹא שָׁקַטְתִּי · וּבָא נוֹגֵשׂ וְהִגְלַנִי ·
כִּי זָרִים עָבַדְתִּי · וְיֵין רַעַל מָסַכְתִּי · כְּמַעַט שָׁעָבַרְתִּי · קֵץ בָּבֶל ·
זְרֻבָּבֶל · לְקֵץ שִׁבְעִים נוֹשָׁעְתִּי:

כְּרֹת קוֹמַת בְּרוֹשׁ בְּקֹשׁ · אֲגָגִי בֶּן־הַמְּדָתָא · וְנִהְיָתָה לוֹ לְמוֹקֵשׁ ·
וְגַאֲוָתוֹ נִשְׁבָּתָה · רֹאשׁ יְמִינִי נִשֵּׂאתָ · וְאוֹיֵב שְׁמוֹ מָחִיתָ · רוֹב בָּנָיו ·
וְקִנְיָנָיו · עַל הָעֵץ תָּלִיתָ:

יְוָנִים נִקְבְּצוּ עָלַי · אֲזַי בִּימֵי חַשְׁמַנִּים · וּפָרְצוּ חוֹמוֹת מִגְדָּלַי ·
וְטִמְּאוּ כָּל הַשְּׁמָנִים · וּמִנּוֹתַר קַנְקַנִּים · נַעֲשָׂה נֵס לְשׁוֹשַׁנִּים · בְּנֵי
בִינָה · יְמֵי שְׁמֹנָה · קָבְעוּ שִׁיר וּרְנָנִים:

Rock of ages, let our song
Praise thy wondrous saving power,
Thou, amidst the raging foes,
Wast our safe and shelt'ring tower.
Furious, they assailed us,
But thine arm availed us,
And thy word broke their sword
When our own strength failed us.

Kindling new the holy lamps,
Priests approved in suffering,
Purified the nation's shrine,
Brought to God their offering.
And His courts surrounding,
Here in joy abounding,
Happy throngs, singing songs
With a mighty sounding.

Children of the martyr-race,
Whether free or fettered,
Wake the echoes of the songs,
Where ye may be scattered.
Yours the message cheering,
That the time is nearing,
Which will see all men free,
Tyrants disappearing.

CHANUCAH PRAYER.

By H. F. Reinhart.

As now, on this fair feast, I come with pride,
The lights which shine each year, to bring to life,
To bless them, and to gaze at them, and sing
The old, old song, of strength and faith and zeal,
Of days of old, when brave men fought and cried:
Oh, who is like to thee, in peace or strife,
Oh Lord, who, from on high, art sure to bring
The help we need, to save, to guard, to heal!—

As now, to light the lights, I lift my hand,
I wait, and then, quite still, quite still I stand,
And pray: Oh Lord, I would not be too bold,
But, in these times, so like the days of old,
So grave, and full of threats and griefs and frights,
Oh make me worth, dear Lord, to light these lights!

BLESSINGS FOR THE CHANUCAH LIGHTS.

בָּרוּךְ אַתָּה יְיָ אֱלֹהֵינוּ מֶלֶךְ הָעוֹלָם · אֲשֶׁר קִדְּשָׁנוּ בְּמִצְוֹתָיו
וְצִוָּנוּ לְהַדְלִיק נֵר שֶׁל חֲנֻכָּה:

Blessed art thou, O Lord our God, King of the universe, who hast sanctified us by thy commandments, and commanded us to kindle the lights of Chanucah.

בָּרוּךְ אַתָּה יְיָ אֱלֹהֵינוּ מֶלֶךְ הָעוֹלָם · שֶׁעָשָׂה נִסִּים לַאֲבוֹתֵינוּ
בַּיָּמִים הָהֵם בַּזְּמַן הַזֶּה:

Blessed art thou, O Lord our God, King of the universe, who wroughtest miracles for our fathers in those days at this season.

(On the first night, add)

בָּרוּךְ אַתָּה יְיָ אֱלֹהֵינוּ מֶלֶךְ הָעוֹלָם · שֶׁהֶחֱיָנוּ וְקִיְּמָנוּ וְהִגִּיעָנוּ
לַזְּמַן הַזֶּה:

Blessed art thou, O Lord our God, King of the universe, who has kept us alive, sustained us, and brought us to this season.

CHANUCAH HYMN.

מָעוֹז צוּר יְשׁוּעָתִי · לְךָ נָאֶה לְשַׁבֵּחַ · תִּכּוֹן בֵּית תְּפִלָּתִי · וְשָׁם
תּוֹדָה נְזַבֵּחַ · לְעֵת תָּכִין מַטְבֵּחַ. מִצָּר הַמְנַבֵּחַ · אָז אֶגְמוֹר ·
בְּשִׁיר מִזְמוֹר · חֲנֻכַּת הַמִּזְבֵּחַ:

רָעוֹת שָׂבְעָה נַפְשִׁי · בְּיָגוֹן כֹּחִי כָלָה · חַיַּי מֵרוּ בְקוֹשִׁי ·
בְּשִׁעְבּוּד מַלְכוּת עֶגְלָה · וּבָיְדוֹ הַגְּדוֹלָה · הוֹצִיא אֶת־הַמְּגֻלָּה · חֵיל
פַּרְעֹה · וְכָל־זַרְעוֹ · יָרְדוּ כְּאֶבֶן מְצוּלָה:

דְּבִירָךְ קָדְשׁוּ הֵבִיאַנִי · וְגַם שָׁם לֹא שָׁקַטְתִּי · וּבָא נוֹגֵשׂ וְהִגְלַנִי ·
כִּי זָרִים עָבְדְתִּי · וְיֵין רַעַל מָסַכְתִּי · כִּמְעַט שֶׁעָבַרְתִּי · קֵץ בָּבֶל ·
זְרֻבָּבֶל · לְקֵץ שִׁבְעִים נוֹשָׁעְתִּי:

כְּרֹת קוֹמַת־בְּרוֹשׁ בְּקֵשׁ · אֲגָגִי בֶּן־הַמְּדָתָא · וְנִהְיָתָה לּוֹ לְמוֹקֵשׁ ·
וְגַאֲוָתוֹ נִשְׁבָּתָה · רֹאשׁ יְמִינִי נִשֵּׂאתָ · וְאוֹיֵב שְׁמוֹ מָחִיתָ · רוֹב בָּנָיו ·
וְקִנְיָנָיו · עַל הָעֵץ תָּלִיתָ:

יְוָנִים נִקְבְּצוּ עָלַי · אֲזַי בִּימֵי חַשְׁמַנִּים · וּפָרְצוּ חוֹמוֹת מִגְדָּלַי ·
וְטִמְּאוּ כָּל הַשְּׁמָנִים · וּמִנּוֹתַר קַנְקַנִּים · נַעֲשָׂה נֵס לְשׁוֹשַׁנִּים · בְּנֵי
בִינָה · יְמֵי שְׁמֹנָה · קָבְעוּ שִׁיר וּרְנָנִים:

Rock of ages, let our song
Praise thy wondrous saving power,
Thou, amidst the raging foes,
Wast our safe and shelt'ring tower.
Furious, they assailed us,
But thine arm availed us,
And thy word broke their sword
When our own strength failed us.

Kindling new the holy lamps,
Priests approved in suffering,
Purified the nation's shrine,
Brought to God their offering.
And His courts surrounding,
Here in joy abounding,
Happy throngs, singing songs
With a mighty sounding.

Children of the martyr-race,
Whether free or fettered,
Wake the echoes of the songs,
Where ye may be scattered.
Yours the message cheering,
That the time is nearing,
Which will see all men free,
Tyrants disappearing.

Refugee Children's Movement, Ltd.

SECOND
ANNUAL REPORT
1939—1940.

Refugee Children's Movement, Ltd.

(In which is incorporated the Inter-Aid Committee for Children)

BLOOMSBURY HOUSE, BLOOMSBURY STREET, LONDON, W.C.1.

Telegrams:
Elpis Children
Westcent London

Telephone:
MUSeum 2900
(Private Exchange)

Branch Office:
THE GRANGE, HINDHEAD, SURREY.
Tele: Hindhead 669.

SECOND ANNUAL REPORT 1940.

(*Note.* The financial statement is for the year ended 31st March, 1941)

Executive Committee:

Chairman: The Rt. Hon. LORD GORELL, C.B.E., M.C.
Deputy Chairman: THE MARCHIONESS OF READING
Hon. Treasurer: MRS. NORMAN LASKI.
The Very Rev. Canon G. L. CRAVEN
SIGMUND GESTETNER, Esq.
F. W. LINDGREN, Esq.
The Rev. W. W. SIMPSON.
Mrs. L. HAHN-WARBURG.
General Secretary: Mrs. DOROTHY H. HARDISTY.

Since the issue of the Report of 1939 the "Movement for the Care of Children from Germany" has abbreviated its title and at the same time enlarged its possible scope and it is now known as the "Refugee Children's Movement, Ltd." There have also been changes in personnel which are shown on the title page.

The Executive Committee regrets the loss of Rev. R. A. Lewis from the position of Hon. Treasurer and they desire to record their deep sense of gratitude for all his help in the past.

Sir Charles Stead's help has also been lost to the Movement owing to his having been recalled to Government Service. The thanks of the Committee are due to Sir Charles for his services.

The Committee wishes to thank all those people who have so generously given their time and especially Mrs. Norman Laski for having consented to take up the onerous position as Hon. Treasurer, and Messrs. Bartlett & Gluckstein our Hon. Solicitors. A warm welcome is extended to the new members of the Executive Committee.

The year under review has differed greatly from the first year of the work of the Movement when the greatest expenditure of energy was directed to bringing the Children to this country. During 1940 the Movement has known that 9,354 children were in this country and its work was to care for their every need—maintenance, education, religious teaching, health, training, employment, re-emigration and all the subsidiary cares which each of these entails.

During the year the Regional Organisation has developed rapidly. At the end of 1939 two Regional Committees only had actually been born and they were but a few days old. During the early months of 1940 the others came into being one after another, and for the last nine months of the year the organisation has been complete except as regards Northern Ireland where it has not been possible to work out the scheme. Regions have worked out their own plans within the limits of the Blue Book which was issued in May, 1940. The Central Organisation has offered general counsel and has attempted to deal with the manifold definite requests for advice and to frame policy.

Early in the year the Movement was anxious to put into force a financial arrangement which would obviate the possibility of any Region being without means of maintaining children under their care should a crisis make it temporarily impossible for the individual payments to be made from Bloomsbury House. A scheme has been worked out by the Hon. Treasurer whereby Regional Committees have been provided with a reserve amount of cash in their Banks sufficient to cover the general maintenance costs for one month. At the beginning of each month they are furnished with a list of the children being maintained together with the amounts they receive. Thus, if and when an emergency should arise provision for a month is complete.

The activities of the Regions have been varied. In all cases there has been a gradual development of the work of linking up local Guardian Committees with the Regions.

WELFARE AND AFTER-CARE:

After-Care work has been rendered very difficult owing to the increasing number of calls on the services of members

of committees and visitors. Especially difficult has been the visiting of children in rural areas and the work of obtaining Welfare Reports has been hampered. A great deal of help has been given in this work by the Standing Committee of the National Council for Social Service, W.V.S., and Citizen's Advice Bureaux.

EMPLOYMENT AND TRAINING:

During the first 6-8 months of the year under review, it was not easy to place either boys or girls in employment. Employment Exchanges were bound to seek British labour before granting refugees permits to work. With the best will in the world this could not but delay the entry of refugees into employment. The position did improve after the Movement had discussed the difficulties with the officers of the Ministry of Labour who were always sympathetic. It was not, however, until the demand for youthful labour grew greater and greater that children were placed with ease.

Actual training in employment has, from force of circumstances deteriorated but, while the National effort must take precedence of other considerations, every effort is made to obtain the maximum amount of training available, and it is the general policy to try and use the years between 14½ and 15½ to 16 for training.

Wages rose considerably during the latter part of 1940 but the work was frequently of a routine and 'non-training' character. The Movement has placed a number of boys in the Ort-Ose Training School to learn engineering. This School offers a very good practical training, boys are housed in special hostels provided by the Ort-Ose and attend daily at the School. The organisation charges the Movement only for maintenance.

The Government Training Scheme was opened to refugees in December 1940. Several boys have already been accepted but very few have actually started in Training Centres.

PROHIBITED AND PROTECTED AREAS:

When the Government Instructions came out banning certain areas to aliens, the Movement was faced with a very big problem, but, with the help of various Committees who were not in 'protected' areas, the boys and girls were quickly rehoused. The most grateful thanks of the Movement are due to the authorities for their great generosity in lending Newnham College and some staff for the purpose of a Hostel for a number of girls.

EVACUATION OF SCHOOL CHILDREN:

The Movement has co-operated with local education authorities in urging the evacuation of school children from big cities. The biggest problem has been in London where there are few children under 14 years of age left.

Following extensive raids on the East End and other parts of London, a large number of children have had to be re-housed and re-clothed. The routine work of tracing addresses and arranging evacuation leads to a great deal of auxiliary after-care.

SCHOOL CHILDREN IN RECEPTION AREAS:

At the outbreak of War there was a large influx of children into the reception areas. After the heavy air-raids in September the influx was renewed. Committees in the Reception Areas were faced with a difficult task in tracing and helping new arrivals. The upheaval was sometimes a setback to the children's settling down but on the whole they reacted well and it was an advantage to them that their rehousing and their new schooling was all part of the same scheme as that for the British children. In this connection it is interesting to note the exceptional progress made by refugee children and the excellent way in which they have adapted themselves to English life and education. Their knowledge of the English language has improved very rapidly. Some children have taken School Certificate and Matriculation with great credit.

Attendance at Evening Classes is encouraged by Committees but the facilities have perforce been limited.

A special case of 'evacuation' occurred in Lancashire where a group of German Jewish refugee children landed in England in May 1940 after the invasion of Holland. There were over 60 children in the party who had escaped from Amsterdam where they had been living in a Jewish orphanage under the protection of the Dutch authorities.

The Ministry of Health appealed to the N.W. Regional Committee to help them in finding accommodation and placed the children in Wigan until permanent arrangements could be made. When the Jewish Community in Manchester heard of the plight of these children they formed the Jewish War Refugees Committee. Two hostels were opened in Manchester and within a short time the 'Amsterdam children' as they came to be known, were happily settled.

GOVERNMENT COMMANDEERING OF PREMISES:

A very great and sudden strain was put on the resources

of the Movement when the Military Authorities commandeered Barham House. The boys had to be moved very quickly and, for a short period, they were all sent to Wallingford. This was not at all suitable for younger children and we quickly scattered these in Hostels up and down the country. A section of the older boys went to the Linton Road Hostel in Oxford with Mr. Haybrook. This was made possible by the fact that most of the Linton Road boys were interned. A smaller group remained at Wallingford for farm training. One may say that in a matter of a few weeks, the whole of Barham House had been rehoused in one direction and another.

Wallingford premises have since been commandeered. It has been possible to place all the boys in various occupations in different Regions.

Two Hostels which were run by local Committees have also been commandeered. In one case the whole of the children were rehoused within a week and in the second case, arrangements are being made to disperse the children.

RE-EMIGRATION:

896 children left the country during the year 1940. 761 went to the U.S.A., 51 to British Colonies and Dominions, 14 to other countries, 70 to South America.

Work proceeded smoothly until the Summer when, owing to air-raids on London, the American Consulate decided to open a branch office in Epsom where they would grant visa interviews for aliens. This necessitated sending all our children down to Epsom and it was arranged that they went in parties twice a week and were escorted by a member of the Re-Emigration Dept.

The issue of visas continued until the middle of December when it became obvious that owing to the shortage of shipping available for immigrants, many of those who had already obtained their visas would not be able to sail before the visas expired. The Consul thereupon ceased granting visa interviews unless the applicant could produce proof in writing that he or she could sail within four months of the visa's validity. Since October, very few children indeed have been able to leave the country and shipping to the U.S.A. is virtually at a standstill.

GUARANTEES DURING 1940:

The Movement has been obliged to take over from guarantors the complete responsibility for 109 children and partial responsibility for 168 more. Enquiries have been carried out into the circumstances which have led to the

inability of guarantors to continue to implement their bond, and only after most stringent investigation has the Movement 'broken' a guarantee: the Movement would not be able to carry on for any length of time, had it been otherwise, as its active work is based on an understanding that guarantees shall endure. Mention must be made of the kindness and generosity of Guarantors and of the fact that even after the financial help has broken down the kindness often continues.

INTERNMENT AND RELEASES:

During the course of the year approximately 1,000 of our children were interned. Out of this number 201 were deported to Australia and 220 to Canada. 390 boys have since been released. Out of this number 61 of our boys have joined the Pioneer Corp. 78 girls have been released up to date. The total number of children still interned in this country is 115. Out of this, 55 boys are over the age of 18. Letters have been written to these boys advising them to join the Pioneer Corps. For the 35 under 18, applications have been made in each case. The same applies to the 25 girls.

All children who were interned in this country received 1/- per week pocket money and we have been in constant correspondence with all our children interned on the Isle of Man and given them advice to the best of our ability.

RELIGIOUS INSTRUCTION:

Towards the end of 1940 the Movement began an enquiry into this important matter. It is hoped that during 1941 great progress may be made. The co-operation of the Jewish religious organisations has been obtained and will be of the greatest service.

Of the 9,534 children under the care of the Movement nearly 90% were registered as Jewish, the remainder being Christian. The basic principle of the Movement with regard to the religious welfare of these children is that each child should receive instruction in the faith in which it was brought up, and that no child should be allowed to change its religion without every possible effort being made to ascertain the views of the parents or some near relative. The Movement works in close co-operation with the Jewish religious authorities and with the Christian Council for Refugees in providing for the religious oversight of the children.

FINANCIAL REPORT.

RECEIPTS AND EXPENDITURE ACCOUNT FOR THE YEAR ENDED 31ST MARCH, 1941.

EXPENDITURE

	£	s.	d.
To Maintenance, Training and Education of Children	35,823	9	7
,, Reception and Transport Expenses ...	1,077	5	4
,, Hospital and Medical Charges ...	1,170	12	10
,, Emigration Expenses	3,976	5	6
,, Internees' Pocket Money and Expenses	641	1	9
,, Camp and Hostel Expenses	6,839	18	4
,, Establishment Charges	18,990	2	0
,, Establishment Charges—The Grange, Hindhead	1,080	11	8
,, Depreciation and Amortisation ...	152	8	4
	£69,751	15	4

RECEIPTS

	£	s.	d.
By Grants—			
Baldwin Fund ex Central Council for Jewish Refugees	60,000	0	0
,, Donations	2,183	3	4
,, Administration Charges—			
Christian Council	2,131	3	10
,, Sale of Equipment at Barham House	366	11	8
,, Interest on Deposits	3	8	1
,, Excess of Expenditure over Receipts transferred to Balance Sheet ...	5,067	8	5
	£69,751	15	4

The ' Movement ' hopes to be able to continue on existing lines at any rate well into 1942. In order to attain this object the present basis of economic expenditure will be required throughout the country.

The Movement desires to place on record its deep indebtedness to the work of Regional and local Guardian Committees and of many other voluntary helpers. Much personal sacrifice of time and energy has been willingly borne and for this wholehearted gratitude is offered.

A GREAT ADVENTURE

THE STORY OF THE REFUGEE CHILDREN'S MOVEMENT

BY

JOHN PRESLAND
(Gladys Bendit)

JULY 1944

REFUGEE CHILDREN'S MOVEMENT

OFFICERS AND MEMBERS OF THE EXECUTIVE :

Chairman :

THE RT. HON. LORD GORELL, C.B.E., M.C.

Hon. Treasurer :

MRS. NORMAN LASKI

THE RT. REV. MONSIGNOR CANON GEORGE L. CRAVEN
SIGMUND GESTETNER, ESQ
MRS. LOLA HAHN-WARBURG
F. W. LINDGREN, ESQ.
THE REV. W. W. SIMPSON, M.A.
RABBI MAURICE SWIFT

Hon. Adviser :

THE MARCHIONESS OF READING

General Secretary :

MRS. DOROTHY H. HARDISTY, B.A.

BLOOMSBURY HOUSE,
BLOOMSBURY STREET, LONDON, W.C.1
Tel. : MUSeum 6811

A GREAT ADVENTURE

THE STORY OF THE REFUGEE CHILDREN'S MOVEMENT

THE Refugee Children's Movement (or, as it was first called, the Movement for the Care of Children from Germany) was founded in November 1938, in order to rescue children of Jewish or partly Jewish origin, or of parents who were politically opposed to the Nazis, from the terrible conditions from which they were suffering in Germany and Austria.

Origin of the Movement

There had already existed, since March 1936, an organisation called the Inter-Aid Committee for Children from Germany (affiliated to the Save the Children Fund) which, under the Chairmanship of Sir Wyndham Deedes, comprised representatives of both Jewish and Christian bodies devoted to the care of refugees from Germany, and subsequently from Austria also. This Committee had brought to England 471 children, both Jewish and " non-Aryan " Christian, up to November, 1938. Each of these children had been selected individually on account of special circumstances of hardship, and placed in an English school or home.

Valuable as this work had proved, the events of 1938, culminating in the general pogrom of November 9th, made it imperative to move children from the Greater Reich in the largest possible numbers and with the greatest haste. The Refugee Children's Movement was therefore formed on the initiative of Mrs. Norman Bentwich, under the Chairmanship of Viscount Samuel, and on November 21st the founders were received in deputation by the Home Secretary, together with representatives of the Inter-Aid Committee, the Society of Friends and the Jewish Refugees Committee. The Home Secretary, Sir Samuel Hoare, recognising the claims of these children on the humanity of all decent people, agreed to admit children (up to the age of 17 plus) in much greater numbers than formerly.

That afternoon, in the course of a speech on the refugee question, the Home Secretary informed the House of Commons of the meeting, and stated that facilities would be provided for the entry of all children whose maintenance could be guaranteed either by the funds of the voluntary organisations themselves or

by the generosity of individuals. Referring to the proposals made by Lord Samuel's deputation, he said :

> " I venture to-night to take the opportunity of commending this effort to my fellow-countrymen in general. Here is a chance of taking the young generation of a great people, here is a chance of mitigating to some extent the terrible sufferings of their parents and friends. . . ."

Method of Admittance

Prior to these events children, like adults, were obliged to obtain a special visa in order to enter this country and each application was forwarded by a British Passport Control Officer in Germany or Austria and individually considered by the Home Office. The method was inevitably slow, and a few days before Lord Samuel's deputation the Home Office had decided to relax the regulations for children, substituting for passports and visas a " travel document," the issue of which was entrusted to the Inter-Aid Committee.

This arrangement was announced to the House of Commons on November 23rd, and was again referred to on November 24th, when, in reply to a question by Mr. T. Edmund Harvey, the Under-Secretary of State for the Home Department (Mr. Geoffrey Lloyd) said :

> " It has been decided to waive the requirement of a visa for refugee children brought to this country for education purposes under the care of the Inter-Aid Committee for Children. . . ."

Amalgamation

After the deputation it was abundantly clear that the existence of two bodies dealing with the rescue of children from the Reich was most undesirable and the two Committees agreed to amalgamate as quickly as possible, under the Joint Chairmanship of Lord Samuel and Sir Wyndham Deedes. For a short time the combined organisation was known as the World Movement for the Rescue of Children from Germany : British Inter-Aid Committee, but this unwieldy designation was soon abandoned and there was further simplification in March, 1939, when the Movement was reconstituted with its present title, under the Chairmanship of Lord Gorell, who accepted the onerous duty at the request of the Archbishop of Canterbury.

Background of the Movement

In order to appreciate the difficulties with which the Movement had to contend in the early months of its existence, it is necessary

to recall the conditions under which Jews were obliged to live in the German Reich.

It is common knowledge that, with the advent of Hitler, Jews were deprived of their political and civil rights and that repressive measures of increasing severity were aimed at the destruction of their economic life. By 1936, when the Inter-Aid Committee began its work, direct persecution had extended even to children. Jewish children were not allowed higher education, their secondary education was strictly limited, and in non-Jewish schools (the number of Jewish schools was not great) they were subjected to cruel and humiliating restrictions. They were set apart from other children in the class rooms, they were forbidden to join in sports or games and the pupils were encouraged, sometimes even instructed by the teachers, to torment them in a hundred ways. Reliable witnesses stated that the number of child-suicides greatly increased in these years and was a sad indication of the measure of their suffering.

It was not alone the children of Jewish faith who suffered. The so-called " non-Aryan " Christians, children with one Jewish parent, or even grand-parent, found themselves also the victims of racial persecution. The malice and ingenuity shown by the Nazi authorities in assessing the degree of " non-Aryanism " and in varying the repressive measures meted out were, indeed, a pathological symptom. Suffice it to say that, for the non-Aryan child, a conflict of loyalties between its Christian and its Jewish parentage, often exacerbated by divorce, voluntary or enforced, was added to the tale of its miseries.

Brutal Nazi Persecution

From 1933 to 1938 the shadows deepened on the lives of these children, and the world at large, it seemed, was indifferent to their fate. True, the Jewish organisations expended their labour and their money without stint to help their persecuted brethren, and a few Christian leaders of the Churches began a valiant campaign among their members to assist the victims of Nazi persecution, whether Jewish or Christian, particularly the children. But it needed the pogrom of November, 1938, to open the eyes of the generality of men to what was happening in Germany and Austria. In spite of stringent Nazi attempts at censorship, accounts began to reach the outside world : of Jew-hunts from street to street and house to house ; of concentration camps for every male Jew captured, even boys of fifteen ; of the burning of orphanages, and of bands of homeless children, some no more than infants, roaming the countryside. Even the

woods round Berlin, meant as a pleasure-resort for the citizens, were filled with these pitiful vagrants, cold and often starving.

It was in these circumstances that the Movement began its work. From the moment of its inception the offices of the Movement, and of the Inter-Aid Committee also (since the two bodies were still unavoidably working in separate buildings), were beseiged by scores, indeed by hundreds of people who had a friend or relative in Germany or Austria, with heart-rending appeals to save one child more. This stream of unhappy and sometimes frantic callers immensely increased the difficulties of organisation, an experience which was shared by the British and American Consulates in the Greater Reich, where the overburdened staffs were compelled at times to bar their doors to all callers, in order to deal with the accumulating mass of documents.

But the Consulates already possessed the machinery for emigration ; the Movement had to create its machinery in this atmosphere of panic and misery. It had to keep in close touch with the two Jewish organisations—the *Reichsvertretung für Juden in Deutschland* in Berlin and the *Kultusgemeinde* in Vienna—who prepared the lists of children to be sent over, and this necessitated constant long-distance telephone calls, since the particulars of each child were checked for its travel-document and the British and German lists had to correspond exactly. As the children were moved in batches of several hundreds, and as the applications, here and in the Reich, ran into thousands, the difficulty of this one aspect of the work alone can well be realized.

Generous British hospitality

In the meanwhile, offers of hospitality poured in from people all over this country, at last aware of what Nazi persecution really meant and anxious to help the most helpless and innocent of its victims. These offers came from all sections of the community, Jewish and Christian, rich and poor, from schools, training-centres and many institutions. The first work was to sort and codify them, later to investigate them carefully. From its very inception the Movement was anxious that each child should be placed in a religious and scholastic environment which accorded with the wishes of its parents. To ensure this a questionnaire was drawn up for the use of the organisations in Germany and the parent or other relative was required to state the religion of the child—if Jewish whether it required Orthodox Jewish food and environment—and its educational status.

The task of classifying and investigating these offers and of fitting the right child to each was a formidable one ; it was rendered more difficult by the fact that there were insufficient offers of Orthodox Jewish homes for the number of Orthodox parents applying in Germany, and it was with heaviness of heart that the Movement had to notify the Reichsvertretung that a certain number of Orthodox children had to be held back from a specified " transport."

Over 9,000 saved

But in spite of all obstacles the work went forward, the first transport, numbering 320 children, reached this country in December, 1938, and by August, 1939, when the war stopped all immigration, 9,354 children had been rescued.

The children who came over were classified as " guaranteed " and " non-guaranteed "—misleading designations, which arose out of the circumstances of the time.

Before granting permission for a refugee to enter this country the Home Office required assurance that he or she would not seek employment, would not become a burden on public funds, and that provision would be made for his or her emigration to some other country, if and when required by the Home Office. Prior to November 1938, as stated earlier, a separate application had to be made for each refugee, but the concession granted for children at that date was that this provision would be waived to enable them to enter more quickly, though the Home Office still required the assurance that the children would be maintained, educated, given some vocational training and, if so required, re-emigrated. The Home Office was willing to accept the guarantee of individual relations or friends to discharge these obligations, provided it was underwritten by the Movement, and it was the children in this category who were known as " guaranteed."

The children who were not so fortunate as to have relatives or friends in this country were known as " unguaranteed," though it should be clearly understood that nevertheless some organisation had to be responsible for carrying out the provisions of the Home Office. This organisation was the Movement, though early in 1939 local Committees, known as Guardian Committees, formed themselves to take over from the Movement the care and maintenance of groups of children. In the event of either the Guardian Committee or the individual guarantor being unable to discharge the financial obligation, the Movement became

responsible. It should be noted in passing that the Home Office regulations, stringent as they appear, were not designed for the protection of the British public only, to avoid the importation of cheap labour to a country with a high rate of unemployment, but in the interests of the refugees themselves, and particularly of the children, who were guaranteed proper care, education and preparation for earning a livelihood.

How the Children were Rescued

It has already been said that the Jewish children who had no friend or relative in this country were selected in the Reich by two Jewish organisations ; the *Reichsvertretung für Juden in Deutschland* in Berlin and the *Kultusgemeinde* in Vienna. It may cause surprise that the Nazi Government still permitted Jewish organisations to exist and to work, but it was almost compelled to do so since Jews were debarred from all German social services and the Jewish community itself had to provide against sickness, unemployment and destitution, as well as to make the necessary arrangements for emigration. The courage and devotion of these Jewish workers, particularly those of the Reichsvertretung, who laboured without respite for six long years, are beyond all praise. Many who had the opportunity to escape to this country voluntarily remained in order to help their own people. Some of the noblest among them became martyrs to German ferocity. The Christian " non-Aryan " children were selected by the " Paulusbund " in Berlin, which counted among its helpers some of the finest of the German Pastors, and by the Society of Friends in Vienna.

The children travelled in parties of several hundred, under the care of specially appointed workers who had to return to Germany, and the German Government gave special railway facilities to these " children's transports."

Temporary Camps

On arrival the children were placed in temporary camps until the friends or relatives of the guaranteed children could be notified, and until suitable homes could be found for the others. The first camp was the Dovercourt Bay Holiday Camp, near Harwich, and the second was at Pakefield, near Lowestoft. The organisation of these camps for the reception of several hundred bewildered and frightened children who had passed through the terrible days of November, many of whom had seen their fathers taken to concentration camps, who had left their mothers with no knowledge whether they would ever see them again, was an arduous task. But in a short time the camps were working

smoothly, thanks to the untiring devotion of the camp workers. The children were divided into Orthodox Jewish children, who needed special food and arrangements, and non-Orthodox and Christian ; arrangements were made for Ministers of all religious denominations to visit the camps and make contact with the children of their faith. Later, as offers of hospitality were classified, particulars of individual children were sent to intending hosts, and when these hosts intimated their willingness to receive a given child, interviews were arranged at the camps between host and guest, so that a personal relation could be established and any individual difficulties or antipathies noted.

One of the problems of hospitality which manifested itself early was that of the older boys and youths. A large number of these had been included in the earlier transports because of the danger they ran of being sent to concentration camps, but it is clearly more difficult to find hospitality for an adolescent, with all the problems arising from his age, than for a young child who can be fitted into the life of a family. These young people, therefore, were still at the camps when much later arrivals of young children had already been received in homes, and two hostels were opened for them, pending their final settlement. One for Orthodox Jewish boys was at Westgate, and one for other boys at Barham House, Claydon, near Ipswich. By the end of 1939, Barham House had become a permanent training-centre for two hundred boys, since it was no longer needed as a clearing-house, and the hostel at Westgate was closed, as all the Orthodox Jewish boys had been found training positions or homes.

Welfare

Once arrangements for the rescue of the children had been made, the work of the Movement developed naturally in the direction of welfare, using that term in its broadest sense to include moral and physical health, spiritual guidance, education and training to fit the children for a useful part in the practical life of the community, opportunity for the development of their natural gifts (wherever possible) and, not least, a care for their individual happiness.

The Movement has tried to give to these boys and girls what Germany denied, a free and normal development in an atmosphere of affection, such as wise and loving parents would give to children in their own homes. In the best circumstances it is not easy for an organisation to be an adequate substitute for the profoundly significant life of a family ; in the circumstances of the war the difficulties have been increased manifold.

Religious Instruction

The Movement regards the spiritual life of the child as the foundation of its well-being and, since it has been subjected to criticism from some quarters on the question of religious instruction, it is proper to give a short account of the steps taken to ensure that all children are brought up in the faith of their fathers or in accordance with the known wishes of their parents.

Attention has already been drawn to the questionnaire which was filled up by relatives in Germany, to the free access given in the camps to all Ministers and to the care that was taken to place Orthodox Jewish children in Orthodox homes wherever possible, Catholic children in Catholic homes and institutions, and so forth. But in the urgency of the need for rescuing children from intolerable conditions this was not always possible ; there were insufficient Orthodox homes offering hospitality for the numbers of Orthodox children. Even for the non-Orthodox Jewish children, there was a larger number of offers from non-Jewish homes than from Jewish, and to have refused all these would have resulted in affronting the humanity and chilling the benevolence of those Christians who had at last recognised the ineluctable claims on them of all childhood, no matter what its creed.

Moreover, these offers came from all over the country, often from districts where there were no Jewish residents, and in dispersing the children widely the Movement was obeying the behest of the Home Office which, in granting admission to such large numbers, urged that in their own interest they should not all be placed in cities like London or Leeds where they would form a conspicuous Jewish enclave.

No Proselytisation

The matter was further complicated by the fact that some of the children came from families which, though not baptised, were " assimilated " for social or other reasons to the non-Jewish community, and certain of these children, when questioned at the camps, did not know what religion they professed. There were even instances of Jewish children who had been passed off as Christian, in the pathetic hope that they might stand a better chance of rescue.

Whenever a Jewish child was placed in a Christian home, however, it was laid down as a principle of the Movement, and clearly understood by the host, that there was to be no proselytisation. Further, the child was put in touch with the nearest resident Rabbi or, if there were none with whom direct

contact could be made, religious instruction was arranged by correspondence.

Evacuation

The last transport of children from Germany reached this country at the end of August, 1939 : almost at once evacuation from all the big cities of England began. The many problems arising from this great movement of the child population is well known to the general public ; in the case of the refugee children there was the additional factor of a second upheaval within a very short time and an increase in the sense of instability which it had been a primary aim of the Movement to remove. Moreover, it was impossible to select the right home as heretofore ; British and refugee children were evacuated together and there was neither time nor machinery to ensure that each child was placed in the right religious environment.

Wherever possible, arrangements were made for Jewish teachers to accompany Jewish children (British and refugee) to reception areas and for Kosher canteens to be opened. The Movement wrote to all children individually, as soon as their whereabouts could be established, reminding them of their Jewish faith and upbringing. Some Jewish communities were able to arrange religious instruction by correspondence.

Regional Committees set up

But this dispersal of the children made it abundantly clear to the Movement that their work must be decentralised as much and as soon as possible. There was the danger that communication between London and the Provinces would be cut and this would have rendered impossible the visits to every child of a welfare worker from London, and the administration of all details of the child's life from the Central Office. Twelve Regional Committees were, therefore, set up, corresponding to the twelve Regional Defence Areas into which the country was divided, and all existing local Committees were grouped under their appropriate Regional Committee. Instructions to the Regional Committees were clear and comprehensive. They act as liaison between the Local Committees and the Civil Defence Commissioners and between the Local Committees and the Head Office of the Movement. It is their duty to encourage the formation of suitable Local Committees, to ensure that offers of hospitality are thoroughly investigated and to receive and pass to other districts offers which cannot be filled locally. Local Committees are required to refer to them all cases of serious illness, physical or mental (and these are reported to the Welfare

Department of Head Office) ; to notify the transfer of a child or young person from one home to another and from one job to another ; to keep in close personal touch with the children by frequent visits and to send a report on their health, welfare and progress to the Regional Committee twice yearly.

In the instructions to Regional and Local Committees the principle of the Movement that the children should be brought up in the religion of their parents was once more enunciated, but in the confusion and upheaval caused by the many months of bombing it was not always possible to ensure that an Orthodox Jewish child was in a Jewish home, a Catholic child in a Catholic home and so forth. This applied, of course, to British children equally with refugee children.

Religious Arrangements

Every effort, however, was made by the Movement to provide religious instruction and, with regard to Jewish teaching, the Movement co-operated with the Joint Emergency Committee for the Religious Education of Jewish Evacuated Children, as well as with the Liberal Jewish and Reform organisations. These two latter bodies have provided Correspondence Courses and, in some cases, have also been able to arrange for classes to be held. Teachers and visitors of the Joint Emergency Committee, after consultation with the Regional Committee for their area, have visited Jewish children in order to ascertain the need for religious teaching. The classes that were set up by the Joint Emergency Committee soon proved inadequate to deal with the problem as they were not distributed widely enough throughout the country. Moreover, there were a number of Jewish refugee children, not registered with the Movement, who also required instruction. Finally, a Joint Committee for the Religious Education and Welfare of Jewish Children was set up, under the Chairmanship of the Chief Rabbi, comprising representatives of all shades of Jewish religious opinion. On this the Movement is represented, the Joint Committee not being itself a case-working body.

Christian Sub-Committee

The Executive of the Movement has also set up a Christian Religious Sub-Committee to deal with the religious welfare of their Christian children of all denominations. The Christian Council for Refugees from Germany and Central Europe has nominated representatives to this Sub-Committee and follows its activities with deep interest.

In spite of this formidable list of Committees, the work is still highly individual. In the case of Jewish children, for instance, officers of the Movement approach all those who are not living in Jewish surroundings and offer to find them hospitality in Jewish households during the period of a Jewish Festival or Fast ; a record is kept of the boys who are at an age when they should be prepared for Barmitzvah and a special letter is sent to them on the subject, with a religious book ; the young people are put in touch with Jewish clubs and other Jewish Youth organisations. Everything possible, therefore, is done to implement the avowed policy of the Movement in respect of religious up-bringing.

Care for Health

The physical and mental well-being of the young people is regarded by the Movement as of the utmost importance. The mental aspect looms large, for it is impossible to subject children to the terrible strain which these young refugees experienced in Germany without leaving psychic scars of greater or less seriousness. Welfare workers both in London and the Provinces make themselves accessible to all the young people, try to win their affection and encourage their confidence, and, as soon as signs of psychological maladjustment are manifest, the case is reported to Head Office, so that appropriate treatment can be arranged.

Similarly, all cases of physical illness (save those of a trivial nature) have to be reported to Head Office, and hospital and convalescent treatment is arranged. The Movement wishes to place on record its gratitude to the hospitals and to the doctors who have shown so great a generosity and humanity to these young victims of Nazi oppression. Without their help the care of the children's health and their succour in sickness would have been both difficult and costly.

When the young people are ill the Movement makes a special effort to fill the gap left by the absence of their parents ; visits are arranged when they are in hospital and they receive periodic letters and parcels so that they shall not experience that sense of solitariness that afflicts a patient who, alone of a ward, never has a visitor or a letter.

Education, Training and Employment

The problem of educating and training ten thousand young people speaking a foreign language was no light one, as may be readily understood by those who know something of the difficulties which confronted the educational authorities after the evacuation of children from Gibraltar and Malta.

The general principle laid down by the authorities was that all refugee children were entitled to the free elementary education

provided for British children up to the age of 14. After that age they are entitled to enter secondary schools if they qualify educationally and if there is a vacancy. As they became adapted to English life and conversant with the language, the Movement's children were in a position to take advantage of the facilities in increasing numbers and are now able, and permitted, to compete for places in the secondary schools. Where a child is certified by the headmaster or headmistress to be of outstanding ability and specially deserving of increased facilities, it may be permitted to continue secondary education right up the scale to a University.

A few children have been placed in fee-paying schools because of generous offers of free places or much reduced fees, but the general rule of the Movement is that at about sixteen the young people shall enter some vocational training to fit them for a future which must, in the best circumstances, be arduous. It is recognized that few of them will have the opportunity, either in this country or elsewhere, to enter the liberal professions (which, before the war, were jealously guarded by most nations for their own nationals) and though this bears hardly on some, especially in view of the aptitude of Jewish children for intellectual pursuits, it is wise to take a realist attitude as to their future careers.

The Movement makes every effort to avoid blind-alley jobs for their young people and arranges for them to enter technical schools or trainee employment, the excellent Government Training Schemes being now open to them. It also lays great stress on their continued education by means of evening classes and encourages and promotes their cultural life by all the means in its power. A number of the young people are of such notable ability that they have achieved brilliant successes in the scholastic realm. Under the new regulations refugees on attaining the age of 18, like British nationals, come under the direction of the Ministry of Labour and Movement adolescents are, therefore, chiefly employed on work of national importance.

Registration and Tribunals

At the outbreak of war every alien of German or Austrian nationality over the age of sixteen was required to attend at a police station, where he was classed as an " enemy alien." Subsequently he had to appear before a Tribunal. These Tribunals classified the refugees in three categories, " A," " B," and " C." " A " Category was given to those who were considered dubiously loyal to this country and carried with it internment. " B " Category imposed certain special restrictions on the refugee, though not internment, while " C " Category

imposed only such restrictions as applied to aliens of all other nationalities and marked the holder as a genuine " refugee from Nazi oppression." When boys and girls reach the age of 16, they are required to register and were automatically marked " B " until they had appeared before a Tribunal and been classified " C." This was felt by the Movement to constitute a real hardship, since many of the young people who reached the age of 16 during the war had been in this country since early childhood, had no conscious links with Germany and had, in most instances, become assimilated to the British atmosphere very thoroughly.

It is satisfactory to report that the Home Office has now removed this slur from the young people and that, on registering with the Police at the age of sixteen, they are placed in Category " C."

When the general internment order of 1940 took effect, about a thousand of the young people registered with the Movement were interned. A number of these were boys between 16 and 17 who were resident in those parts of the country first declared as Prohibited Areas. About 400 of the youths were deported to Australia and Canada and the work of the Movement in trying to keep contact with and watch over the interests of the internees became very arduous. Fortunately, the adolescents were among the first to be released in this country, but unhappy problems still remain with respect to some of those deported.

A number of the Movement's boys, on reaching the age of eighteen, joined the Pioneer Corps and at a later stage nearly all branches of the Army were opened to them. There are now approximately 800 Movement adolescents in H.M. Forces.

Finance

It has already been stated that, in the years from 1933 to the outbreak of war, the Refugee Organisations were required to make themselves responsible for the maintenance and re-emigration of all refugees for whom they sought permission to enter this country. Even in the case of individual guarantors, if the Refugee Organisation made the application to the Home Office it was responsible for the refugee in the event of the guarantor being unable to fulfil his obligations. This was a heavy financial burden and when emigration was virtually stopped by the war it became even more onerous, especially as a number of guarantors, owing to taxation and the dislocation of war, were unable to carry out their respective undertakings.

These conditions applied also to the Movement. Early in 1939 it was estimated that, in order to maintain, educate, train

and re-emigrate the 9,342 children under its care, the Movement would require about £250,000. It may be remembered that in the winter of 1938, Lord Baldwin appealed to the public to show sympathy for the plight of the victims of Nazi oppression and detestation for the barbarous methods of the German Government, by subscribing for the support of refugees. Hitherto, Jewish refugees had been supported by funds raised solely among the members of the Jewish community (they had subscribed more than £1,500,000 in the years 1933—1938) and though the Society of Friends, the Church of England Committee for "Non-Aryan" Christians, the Inter-Aid Committee and the Trade Union Congress (International Solidarity Fund) had raised money from the non-Jewish members of the community, the sums raised were not large and the numbers helped correspondingly smaller.

The Lord Baldwin Fund

The public responded to Lord Baldwin's appeal by subscribing upwards of £500,000. In the spring of 1939 it was decided by the Chairman, Lord Baldwin, and the Appointments Committee, to set aside £220,000 of this amount for the children under the care of the Movement, which, under normal conditions, would have enabled the Movement to fulfil its undertaking.

By October, 1941, however, the situation had changed; 1,500 young people had been able to emigrate between 1939 and 1941, but in 1942, only 26 left the country and in 1943, 138. Since the estimates had been based on the presumption that most of the young people were transmigrants only, it became clear that the Movement would not be able to discharge its obligations with the funds still at its disposal. The Executive Committee of the Movement, therefore, applied to the Home Office to be included in the scheme for Government assistance which had been granted earlier to the other refugee organisations. After a close examination into the work of the Movement, this assistance was granted. Under this scheme, the Home Office pays through the intermediary of the Central Committee for Refugees the maintenance expenses of children living with foster parents, up to a maximum of 19s. a week, with special arrangements for those living in hostels, while maintenance subsidies, based on assessments of need made by the Assistance Board, are paid to young working people whose wages do not yet make them self-supporting. The Movement receives from the Government 75 per cent. of its administration costs and of approved welfare payments, but is required to find the remaining 25 per cent. from its own resources.

Emigration

The comparatively small number of children who have been re-emigrated does not give an adequate picture of the care, forethought and labour that is expended on this part of the Movement's work. The greater number of the children had affidavits of support for the U.S.A., where they had some relative, or to which their parents had preceded them, but even when they hold a visa entitling them to enter a country they have also to obtain an exit permit, allowing them to leave this country. Permission has been refused in the case of girls who are hospital nurses (this regulation applies also to English girls) and to at least one boy who holds a key position in industry.

But even when permits—to leave and to enter—are obtained, the shipping position makes the sailing of the boy or girl very uncertain, since passages which have been booked may be cancelled or the ship diverted to some other voyage. In these circumstances, it is a matter for satisfaction that this Department of the Movement has been able so far to carry into effect its primary object, of reuniting families disrupted by Nazi persecution, in the case of some 1,600 or 1,700 children.

Legal Guardianship

The wide and varied experience of the Movement in its welfare work for nearly ten thousand young people brought to light the fact that many serious problems could arise with which an organisation not possessing the status of a legal guardian was not competent to deal. To take one instance: if the Movement wished to move an Orthodox Jewish child from a Christian billet to which it had been assigned on evacuation, the billeting authority might (and sometimes did) refuse on the grounds that the Movement were not the legal guardians of the child. Another anomaly arising from the lack of status was that they were not able legally to give authority to a hospital, as is necessary for a major operation on a patient who is a minor.

The British Government had already recognised the necessity of legal guardianship in not dissimilar circumstances by appointing Lord Halifax Guardian of all British children evacuated to the U.S.A., but in the case of the Movement, though the Home Office gave it recognition as being *in loco parentis*, actual guardianship could only be established by application (in each individual instance) to the High Court.

At the beginning of this year, therefore, the Home Office, after long consultation with the Movement (which was earnestly supported by the Regional Committees) prepared for presentation to Parliament a Bill which makes provision for the appoint-

ment of a legal guardian for groups of refugee children resident in this country without their parents. This Bill became law on March 1st, 1944, and Lord Gorell, Chairman of the Movement, has accepted the invitation of the Home Secretary to become Guardian of Movement children in this country. He will act as " tutor " for similar children in Scotland. This appointment will not disturb existing arrangements with guarantors and foster-parents, but where questions arise on which a decision is required by someone having the legal status of guardian or tutor, it will enable any necessary steps to be taken in the interest of the child.

" Their Rightful Heritage "

This is necessarily a brief and incomplete account of the work of the Movement. Nothing has been said of the personal histories of all these children, of the miseries from which they escaped ; of the fear and bewilderment with which they found themselves refugees in a strange land, having different habits, ways of thought and speech ; of the many problems of psychological maladjustment with which the workers in the Movement were faced. The year 1940 and the internment of their friends and relatives, if not of themselves, left a mark on these young people which it will need much patient understanding to efface. Once again they found themselves marked out as different from their environment, they who had been so unhappily " different " in Germany. But the untiring efforts of the Movement's workers, the natural kindliness of the public and the humanity and patience of the authorities has restored to a large number a sense of security in this society of ours. Their zest and pride in the contribution they are now able to make to this country, whether in the Forces or in war industries, is a proof that many of them have found, not only an abiding place among us, but a spiritual home.

In the appalling total of refugees with which post-war Europe will be faced, the figure of ten thousand is a small one, but each one of these ten thousand is a sentient human being and but for the work of the Movement—imperfect in many aspects, like all human endeavour—these children must have suffered death, or a fate far more horrible than death, if they had been left within the frontiers of the Greater Reich. It is not a small thing, in these years of suffering without parallel, to have given to ten thousand children the opportunity to grow up in an atmosphere of decency and normality, to work, to play, to laugh and be happy and to assume their rightful heritage as free men and women.

HENDERSON & SPALDING, Printers, 32, Shaftesbury Avenue, W.1

Instructions for the Guidance of REGIONAL AND LOCAL COMMITTEES

Issued under the authority of

THE EXECUTIVE COMMITTEE OF THE MOVEMENT FOR THE CARE OF CHILDREN FROM GERMANY, LIMITED

May, 1940

MOVEMENT FOR THE CARE OF CHILDREN FROM GERMANY LIMITED

BRITISH INTER-AID COMMITTEE

BLOOMSBURY HOUSE, BLOOMSBURY STREET,

LONDON, W.C.1.

Telegrams :
Elpis Children
Westcent London.

Telephone:
Museum 2900
(Private Exchange)

BRANCH OFFICE :

THE GRANGE, HINDHEAD, SURREY

Telephone: Hindhead 669

INSTRUCTIONS FOR THE GUIDANCE OF REGIONAL AND LOCAL COMMITTEES

EXECUTIVE COMMITTEE :

Chairman: The Rt. Hon. Lord Gorell, C.B.E., M.C.

Deputy Chairman: The Marchioness of Reading.

Hon. Treasurer: The Rev. R. A. Lewis, D.S.O., O.B.E.

Mrs. Norman Laski.

The Very Rev. Canon G. L. Craven.

The Rev. W. W. Simpson.

Sigmund Gestetner, Esq.

General Secretary : Sir Charles Stead, C.B.E., M.V.O.

REGIONAL COMMITTEES

Civil Defence Region No.	Counties Covered	Regional Committee Secretary
1	Northumberland, Durham, North Riding of Yorkshire.	
2	West and East Ridings of Yorkshire.	Miss J. E. Rimmer, Friends' Meeting House, Woodhouse Lane, Leeds, 2.
3	Derby, Nottingham, Three Divisions of Lincolnshire, Leicester, Northampton, Rutland, Soke of Peterborough.	Miss Irene Burnett, 24, Park Row, Nottingham.
4	Cambridge, Isle of Ely, Huntingdon, Bedford, Hertford, Norfolk, East and West Suffolk, Essex.	Miss Ellison, 55, Hills Road, Cambridge.
5	London and Middlesex.	Mrs. Jon Brust, 41, Gower Street, London, W.C.1.
6	Oxfordshire, Buckinghamshire, Berkshire, Surrey, Hampshire, Isle of Wight.	Miss Tilling, 27, New-Inn-Hall Street, Oxford.
7	Gloucestershire, Somersetshire, Wiltshire, Dorsetshire, Devonshire, Cornwall.	W. Bryce Gibson, Esq., Community House, Gloucester.
8	Wales	Lyn Howell, Esq., A.C.I.S., 118, Cathedral Road, Cardiff.
9	Shropshire, Staffordshire, Herefordshire, Worcestershire, Warwickshire.	Mrs. J. Howkins, 17, Highfield Road, Birmingham, 15.
10	Lancashire, Cheshire, Westmorland, Cumberland.	Miss Jean Armitt, 16, Queen Street, Manchester, 2.
11	Scotland	Henry Ellis, Esq., 56, Castle Street, Edinburgh.
12	Kent and Sussex.	Mrs. K. Malabre, 10, Lonsdale Gardens, Tunbridge Wells.

FOREWORD

This Guide to the functions and work of Regional and Local Committees has been prepared by the Movement for the assistance of these Committees. It indicates the scope of their activities, and it is hoped that the information contained therein will be of value to them in dealing with the multifarious day-to-day problems with which they are faced.

Additions and amendments will be made to this handbook whenever necessary.

May, 1940.

CONTENTS

SECTION I	Functions of Regional Committees	Page 5
II	Functions of Local Committees	„ 7
III	Finance	„ 7
IV	Guarantees	„ 8
V	Hospitality	„ 10
VI	Hostels	„ 11
VII	Education and Training	„ 12
VIII	Employment	„ 13
IX	Welfare and General	„ 15
X	Re-emigration	„ 19
XI	Miscellaneous Information	„ 21
	Appendix	„ 23

SECTION I

FUNCTIONS OF REGIONAL COMMITTEES

As it is no longer possible to bring to England children suffering under German racial oppression, the Movement must now concentrate all its efforts on the vital work of looking after those it has been able to save. It must supervise their proper maintenance and must see that they are receiving adequate education and religious instruction, and that, when the time comes, they are trained for useful work which will fit them to become self-supporting and responsible citizens, whether in this country or abroad.

Under war conditions it has been considered desirable to decentralise the work of the Movement, and for this purpose it was decided to follow the Government's plan of dividing the country into twelve regions, and to appoint a Regional Committee with administrative powers in each of these areas. Wherever possible a Regional Committee has been formed in the town in which the Civil Defence Commissioner for that region has his headquarters. In these towns there is also a representative of the National Council of Social Service, whose purpose it is to maintain contact with voluntary organisations in the area and to give them all the information they require regarding social services.

The Movement will circularise to Committees a list of its Regional Committees and the Committees and Hostels within their Region. This list will be revised from time to time.

The functions of the Regional Committees are as follows :—

1. To be responsible for all matters of welfare for Movement children in their region, consulting when necessary the Regional Representative of the National Council of Social Service. Local Committees will continue the general after-care work, but cases which they cannot handle themselves should be referred to the Regional Committee.

2. To supervise after-care visiting and the necessary follow-up work connected with employment, and give advice on education and religious instruction.

3. To deal with psychological and medical cases referred to them by Local Committees, consulting, if necessary, local representatives of the N.C.S.S.

4. To act as a liaison between the Local Committees and the Civil Defence Commissioner for the Region.

5. To act in an advisory capacity to Local Committees and as a liaison between them and the Headquarters Office. When necessary, arrange visits to hostels in the Region.

6. To form new Local Committees where necessary.

7. To appoint Active Workers where no Local Committees exist.

8. To allocate to nearest Local Committee responsibility for the supervision of children in their area. The area to be covered by each Local Committee is to be defined by the Regional Committee, who will be in a position to allocate new children coming into their area.

9. To keep a record of every child in the Region.

10. To arrange with Local Committees for each child to be visited regularly. Regional Committees should note that all matters relating to B'nai B'rith children are dealt with by that Organisation and should therefore be referred direct to their Headquarters at 175, Willesden Lane, London, N.W.6. Similarly, all matters relating to Catholic children should be referred to the Catholic Committee at 177, Brompton Road, London, S.W.7.

11. To send to Branch Office (Hindhead) a six-monthly report of each child in the Region, giving :—

    (*a*) Present address.

    (*b*) Occupation.

    (*c*) Report in general terms on physical and mental welfare.

    These reports will be returned to the Regional Committees after having been noted and checked by Branch Office.

12. To notify Branch Office (Hindhead) immediately of :—

    (*a*) Changes of address of children in their Region.

    (*b*) Children moving out of their Region. Dossiers of these children must be sent to Hindhead so that they may be forwarded to new Regional Committee.

    (*c*) All emigration plans for children in the Region.

13. To notify Branch Office (Hindhead) immediately of all changes of address of local Committees and hostels within their Region.

14. To deal as far as possible with " broken-down " guarantees, placing such children in new homes. To refer cases in which legal action appears necessary to the Headquarters Office (Bloomsbury House).

15. To distribute to their Local Committees information regarding policy, training, re-emigration, etc., received from Headquarters. When necessary, sufficient spare copies of circulars will be sent for distribution.

16. To keep an index of hospitality offers received from Local Committees in the Region, which can be used for placing children from unsuitable homes, or trainees moving into the area. Offers of hospitality that Regional Committees cannot use should be sent to the Headquarters Office (Bloomsbury House) for distribution to necessitous regions or for the relief of Barham House or Rusthall Beacon.

17. To advise the Movement's Training and Employment Department (Bloomsbury House) of areas where there is a dearth of juvenile labour. This Department will act as a clearing house for such information and will thus be able to assist Regional Committees in placing trainees in areas where their labour is required.

18. To submit budget for annual expenditure to the General Secretary. Care must be taken not to incur expenditure in excess of the budget grants.

19. To submit to the Headquarters Office (Bloomsbury House) subventions for trainees and hospitality in the Region and other expenditure outside the scope of the annual grant for Regional administration.

SECTION II

FUNCTIONS OF LOCAL COMMITTEES

The functions of Local Committees are as follows :—

(1) To find, investigate and approve offers of hospitality in their district and to send to the Regional Committee all offers they cannot use locally.

(2) To arrange for every child in their area to be visited regularly. (Lists of children in the district will be given them by the Regional Committee.) To give advice and help to foster-parents and children. Every six months to send to the Regional Committee a report on each child in their area.

(3) To assist children in finding employment, in consultation with the local Employment Exchange, and to see that they are not exploited.

(4) To do follow-up work connected with employment, such as watching progress of trainees as regards promotion, wage increases, Unemployment and Health Insurance, short time, illness, change of job, etc.

(5) To report to the Regional Committee all arrangements made for children under their care, especially re-emigration plans.

(6) To ensure that existing financial obligations to the Movement are duly met as far as possible and to make efforts to obtain new benefactions in cash or in kind, especially as regards the provision of clothing and hospitality.

SECTION III

FINANCE

The Executive Committee gives a yearly grant to each Regional Committee for office salaries and other administrative expenses. Unless expenditure can be supplemented locally it should be scrupulously restricted to the amount allotted. This entails foresight, careful budgeting, and a policy of cutting the coat according to the cloth. If expenditure beyond the allotment should become necessary through exceptional circumstances a supplementary estimate can be submitted to the Headquarters Office (Bloomsbury House) for consideration by the Executive Committee. No expenditure in this connection should, however, be incurred in anticipation of sanction which might conceivably have to be withheld.

EMERGENT AND CONTINGENT EXPENDITURE

Apart from the grant for regional administration, Regional Committees are furnished with imprests for emergency expenditure on individual *unguaranteed* children, for maintenance, employment subventions and travelling. The purpose of this is to enable Regional Committees to meet the needs of absolutely urgent cases on the spot, without the delay that would be occasioned by reference to the Headquarters Office (Bloomsbury House). Such expenditure is to be regarded as in anticipation of sanction and should be reported promptly to the Headquarters Office, which will repay the amounts monthly, or immediately, if necessary, and, if approved, will continue the periodical payments direct to the children concerned.

Normally, when there is no urgency, applications for maintenance and subventions should not be sanctioned by the Regional Committee but should be referred, on prescribed forms, to the Headquarters Office for sanction and payment direct. The Regional Office will maintain a list showing particulars of all maintenance and subventions sanctioned, and this list should be periodically reviewed.

It must be understood that all payments, emergency or otherwise, must conform to the standards prescribed by the Headquarters Office (Bloomsbury House), which are based mainly on Government billeting and L.C.C. rates.

(*a*) *Educational Fees:* The Movement caters for elementary education only, which is free. If it is thought desirable to give higher education to a promising child this must not be at the expense of Movement funds, but should be furnished by local efforts, or through the generosity of a private benefactor or group of benefactors.

(*b*) *Employment Subvention:* The total emoluments of an unguaranteed child in employment or in a trainee situation can be subvented up to 24s. per week only. Thus, if a child receives 15s. per week from his employers, a sum of not more than 9s. per week can be subvented by the Movement. Clothing, when necessary, is not included in this calculation.

(*c*) *Maintenance Allowance:* The maintenance allowance for an unguaranteed child in a private family should ordinarily not exceed the billeting rates prescribed by the Government in the case of evacuees. This applies to every case in which the Movement is looked to for financial assistance.

(*d*) *Medical Attendance:* Local Committees are expected to arrange medical attendance for minor ailments of *unguaranteed* children. If the doctor recommends hospital treatment financial arrangements can be made at the local hospital, through the Lady Almoner, for in-patient and out-patient treatment. Patients are assessed according to their means, bearing in mind all possible financial sources, such as hospital contributory schemes, the patient's own earnings, hospital benefit under the National Health Insurance and the Movement's own insurance scheme. The Movement has undertaken, for all its children, a comprehensive scheme of insurance against accidents, operation fees up to £10, and children's diseases (mumps, measles, etc.). This scheme is operated by the Hon. Treasurer, to whom cases should be reported. (It is hoped later to widen the scope of the scheme to include indoor hospital treatment.)

(*e*) *Evacuation Charges:* The following are the Government's standard rates for elementary and secondary school children :—

Where there is only one child billeted in the house the charge is 10s. 6d. ; where two or more children are billeted, 8s. 6d. per week is allowed for each child. For each child over 14, however, the full rate of 10s. 6d. per child is allowed, irrespective of the total number billeted.

Medical Attendance: The Government, through the Ministry of Health, pays capitation fees to the local doctors. However, no charge for medical attendance is made on the parents or guardians of the child billeted or on the householder.

SECTION IV

GUARANTEES

(1) BROKEN GUARANTEES

If a guarantor asserts that he is unable to fulfil his obligations under the terms of the guarantee he signed, the following procedure should be adopted :—

(*a*) If the guarantor writes direct to Headquarters Office the letter will be forwarded to the appropriate Regional Committee.

(*b*) The Regional Committee asks the Local Committee responsible for the child to investigate the case and to report whether relief to the guarantor is justified and to what extent.

(*c*) If the Local Committee reports that the guarantor is not in a position to maintain the child, either they or the Regional Committee should endeavour to find fresh hospitality.

(*d*) A full report of the case must then be sent by the Regional Committee to the Headquarters Office, Bloomsbury House.

(*e*) Headquarters will communicate its decision direct to the guarantor and will send a copy of the letter to the Regional Committee, to be filed in the child's dossier. *N.B.*—Only the Headquarters Office is empowered to suspend a guarantee.

(*f*) If, after investigation, of a case by the Local Committee the Regional Committee considers that the guarantor is unjustifiably repudiating his responsibilities, they should do all in their power to compel him to fulfil his obligations. If they are unsuccessful, a complete history of the case, together with the child's dossier, should be sent to the Headquarters Office. From then on the Guarantee Department will deal with the matter, taking legal action if necessary. The Regional Committee will learn of the result of the case when the dossier is ultimately returned to them.

(2) TEMPORARY MAINTENANCE ALLOWANCES

When, on the recommendation of the Regional Committee, the Movement is satisfied that the situation of the guarantor justifies his receiving temporary financial assistance, a specified subvention will be made according to his needs. It will be made clear to him that this allowance is subject to revision and that his circumstances will be periodically investigated by the Local Committee.

To enable the Movement to decide when full responsibility should be resumed by the Guarantor, Regional Committees should keep careful records of their investigations into the Guarantor's financial position and from the records send reports to the Headquarters Office (Bloomsbury House).

(3) GUARANTORS' DEPOSITS

When a guarantor who has deposited £50 for re-emigration professes to be unable to maintain his charge, this deposit may be utilised, with the guarantor's consent, for maintenance—re-emigration being problematical and maintenance imperative.

(4) GUARANTEE FORMS

All guarantee forms are being retained at the Branch Office, Hindhead. Any questions Regional Committees have to make regarding guarantees should, however, be addressed to the Headquarters Office, Bloomsbury House.

(5) PARENTS' RESPONSIBILITY

Even though a child is guaranteed, if a parent or both parents are in this country and financially able to contribute towards its maintenance, they must be asked to do so if necessary.

(6) INCOME-TAX.

The following is an extract of a letter sent from H.M. Inspector of Taxes to the Movement on May 11th, 1939 :—

> " The legal provision governing the grant of ' child allowance ' in respect of a child who is not the claimant's own is contained under Section 21 (2) of the Finance Act, 1920. Briefly, the requirements are that the claimant has the custody of and maintains a child at his own expense, that the child is either under the age of 16 at the commencement of assessment or is receiving full-time instruction at an educational establishment, and that the child's income in his own right does not exceed £50 a year, and that no other person is entitled to relief from United Kingdom income tax in respect of the child (or, if any other person is so entitled, that the claim has been waived)."

If any difficulty arises at any time Local Committees should communicate with the Regional Committee.

SECTION V

HOSPITALITY

(1) ENTRY INTO ENGLAND

No more children can be brought over from enemy territory. Government regulations regarding the granting of visas to refugees coming to this country are as follows :—

(1) No visa whatever for the United Kingdom to be granted to persons still resident in enemy territory.

(2) No visas for the United Kingdom granted before the outbreak of war can be renewed for persons still resident in enemy territory.

(3) No visas for the United Kingdom can be granted to refugees in Allied or neutral countries unless they held visas prior to the outbreak of war.

(4) Applications from persons in possession of visas for the United Kingdom before the outbreak of war who were resident in Allied or neutral countries prior to September 3rd, 1939, will be considered.

(5) Where applications were originally made by any refugee organisation, and where cases for renewal of visas exist, applications can be made by the organisations concerned, and these organisations must undertake full financial liability for all such cases.

(2) PLACING CHILDREN

(*a*) *Unguaranteed Children:* There are still a number of boys and girls in Movement hostels for whom hospitality would be welcomed. For these children a guarantee, though preferable, is not essential.
Hospitality is also required for unguaranteed children whose hosts can no longer keep them, and for older children who obtain employment and must move nearer their work.

(*b*) *Guaranteed Children :* When guarantees break down new hospitality must be found, preferably in the same district to ensure continuity of the children's education or training.

(*c*) *Offers of Hospitality:* Any offers of hospitality that cannot be utilised within the region should be sent to the Headquarters Office (Bloomsbury House). (*Vide* Section I ; Page 6, Paragraph 16).

(*d*) *Travelling Arrangements:* Regional Committees are asked to make their own travelling arrangements for children they move either from one district to another, or from one Region to another.

(3) INSPECTION OF HOMES

The following questions should help interviewers to determine the suitability of homes that have been offered for refugee children :—

(1) Age, sex, religion and social position of child required.

(2) Religion of befriender ; if Jewish, whether orthodox.

(3) Married, widow, single ? Other children in the house ?

(4) Can child be maintained until it is 18 ? If not, approximate period of hospitality.

(5) Does befriender realise there is no financial assistance ?

(6) Does befriender realise that parents or guardians may claim the child at any time ?

(7) What is the husband's or breadwinner's work ?

(8) Is he or she in regular employment ?

(9) Is a maid kept ?
(10) What would be the sleeping arrangements for the child ?
(11) Religious training available for the child.
(12) General views on up-bringing of children.
(13) What plans for education and/or training can be made ?
(14) When can the child be taken ?
(15) Has the befriender been told that the home will be visited from time to time while the child is in his/her charge (by a member of the Committee) ?
(16) Has the befriender been in contact with any other refugee organisation ?
(17) Interviewer should observe :—

(*a*) Character, temperament, education and social position of the person interviewed.
(*b*) Type and size of house, its cleanliness and comfort.
(*c*) Whether the environment is likely to be suitable for the proposed child.

N.B.—Only in exceptional circumstances should children be placed in the home of a bachelor.
Where possible orthodox Jewish children should be placed in orthodox homes.

(4) HOLIDAYS

Local Committees are asked to undertake the responsibility of arranging holidays for all children in their area, and appeals could be made for holiday hospitality. Offers should be used first for children in boarding schools with no homes to go to ; and secondly, for children whose foster-parents require assistance to enable them to take holidays on their own.

(5) PAID HOSPITALITY—*Children Under Nine.*

According to the Public Health Acts, 1936—" Child Life Protection "—any person who undertakes for reward the care of a child under the age of nine is required by this Act to be registered with the local authority. The term " reward " is defined in the Acts as " any payment or gift of money or money's worth, or any promise to pay or give money or money's worth irrespective of whether there is any intention of making profit." Furthermore, under Part 7 of the same Act it is necessary for foster parents who receive a child under the age of nine apart from their parents for " reward " to give the local authorities at least seven days' notice of their intention to receive such children, and it is the duty of the local authority to approve the homes of the foster parents before the children are received. Local Committees are requested to conform to this Act and to keep in close contact with such homes.

SECTION VI

HOSTELS

It is essential that all hostels for refugees be inspected periodically by the Medical Officers of Health. Committees should therefore inform the Medical Officers of Health of the existence of all hostels in their district. A copy of the M.O.H.'s report on the hostels should be sent to the Regional Committee, who will forward a summary of it to the Branch Office (Hindhead).

Individual Welfare Reports for all children in hostels must be sent regularly to Regional Committees.

Regional Committees are asked to see that proper sanitary and medical conditions are maintained in hostels in their areas. They should satisfy themselves also as to the suitability of the discipline, education and training given to the children, and that the diet they receive is adequate for their growing needs. Regional Committees are authorised to send representatives of the Movement to inspect hostels. When the inspections cannot be made by a representative of the Regional Committee, the local Council of Social Service should be asked to have the hostel inspected on the Movement's behalf and to send to the Regional Committee a report of their findings.

SECTION VII

EDUCATION AND TRAINING

(1) EDUCATION

In this country education is compulsory for all children up to the age of fourteen. Elementary schools are open to refugees but it is advisable to consult the local educational authorities before placing them, in order to avoid too many foreign children entering one school. If a refugee has been placed in an elementary school before 11 years of age, the child may, on the recommendation of the head teacher, sit for examinations for a Higher Grade School and if successful will, in most cases, be allowed to proceed to a selective school or Central School without charge.

No free places will be given to foreign children in State or municipal secondary or technical schools. Refugees are allowed to enter other types of schools where the guarantor, group of friends or other charitable persons pay the necessary school fees and incidental expenses.

(2) TECHNICAL EDUCATION

(*a*) *LONDON:* The elementary school leaving age is 14, and unless a child continues its education or is placed in employment, it is advisable that he or she should proceed to a technical or evening school, to specialise in some trade. The usual age of entry into the Junior Technical School is between 13½ and 14½ years, but in some parts of Greater London children enter earlier—about 11 years plus. In some cases it will be found more advantageous to attend Day Continuation School part-time and evening classes, as Continuation Schools offer facilities for specialised subjects.

Appended hereto are the fees for technical training, etc., current in the County of London and these give some indication of the very moderate charges. Fees are to be paid by guarantor or befrienders :—

Junior Technical: Boys—usually £4 10s. 0d. p.a. In a few subjects £7 10s. 0d. to £12 12s. 0d., plus, in the latter case, £2 for use of books and material.

Junior Technical: Girls—usually £3 15s. 0d. p.a. In a few subjects £4 10s. 0d. to £6 0s. 0d. or £7 10s. 0d. p.a.

Senior Technical: Boys—£12 12s. 0d. to £25 0s. 0d. p.a. In a few subjects up to £80 0s. 0d. p.a.

Girls—£12 0s. 0d. to £50 0s. 0d. p.a.

Day Continuation: £1 10s. 0d. p.a.

Evening Classes: For three evenings' instruction a week, 3s. per session (September to June).

For one evening's instruction a week, 2s. per session.

Advice may be obtained as to the best classes to attend, on application to the nearest Institute, or by letter to The Education Officer (T6), the County Hall, London, S.E.1.

For children living just outside the Administrative County of London local Committees may make application to their local educational authority and arrangements can often be made for them to attend L.C.C. classes.

(*b*) *PROVINCES:* It is impossible to give a complete list of the evening classes and technical training institutes in the Provinces, but application should be made to the Director of Education of the local educational authorities for information.

Where the number of children justifies it, many authorities have established day classes in selected subjects at a small fee. Application by Committees for a group of children to study a particular subject should be made to the local educational authorities. Specialised training has, in these cases, been carried out at evening classes where it has been found impossible for children to attend technical institutes.

In view of the shortage of vacancies in technical and trade schools in the Provinces, it is often advisable for children to be placed in employment when they leave school, supplementing their education at evening classes.

SECTION VIII

EMPLOYMENT

(1) AGE LIMIT

As soon as refugees leave school they should seek employment. It is detrimental for any child to be without definite work and this is especially true of refugee children, who must fit themselves for a future life of independence and self-reliance. The school leaving age is now the end of the term in which the child reaches 14, and they may commence work from that age ; though it must be borne in mind that certain trades, indicated below, will not take in any trainees or employees (English or otherwise) so young. It may be necessary for a child to take other work temporarily. Children should be encouraged to continue their studies at Evening Classes whilst in employment—if possible.

(2) TRADES

All restrictions regarding the trades and professions which may be followed have now been removed with the exception of those under Auxiliary War Services (given below). Committees are advised to encourage children to enter trades and industries that are likely to provide a living overseas. The following suggestions may be helpful :—

(*a*) *Agriculture :* This is probably the best opening for a future life overseas, and the easiest upon which to re-emigrate. There are various Training Centres which can be consulted for this purpose :

Whittingehame Farm Colony, Scotland. (London Office : 31a, St. James's Square, S.W.1) prepares boys and girls—ages 14 to 16—for agricultural life in Palestine. Applications should be made direct to this organisation.

The British Council of the Youth Pioneer Movement for Palestine (Children and Youth Aliyah) (London Address : 20, Southampton Place, W.C.1) prepares boys and girls at its various camps in England for agricultural life in Palestine. Applications should be made direct.

Y.M.C.A. (London Office : Bernard Brown, Esq., 4, Great Russell Street, W.C.1) provide boys 14 to 18 with an excellent farm training at their various centres throughout England. The cost is £25 all-in (this includes training, placing in jobs, after-care supervision and often assistance in re-emigrating). Application should be made to Headquarters Office (Bloomsbury House).

(*b*) *Engineering, woodwork, leather-work, boots and shoes, building :* These trades are recommended, but it must be borne in mind that there will be considerable unemployment in engineering trades after the war.

(*c*) *Hospital Nursing :* This is normally an excellent profession for girls. At the present moment, however, there are not likely to be many openings for refugees owing to considerable unemployment among British nurses. The minimum age for hospital training is 18 years. Pre-nursing training at 16 is possible in children's orthopaedic hospitals and convalescent homes and as nursery nurses in nursery-nursing colleges, day nurseries, kindergartens, etc.

(*d*) *Domestic work :* There are many openings for refugee girls as domestics, who are employed under exactly the same conditions and at the same wages as British girls.

(*e*) *Factory work :* If care is taken to see that conditions are good and that skilled work can ultimately be obtained, there are a number of quite suitable openings in factories of all kinds, for both boys and girls.

(*f*) *Dressmaking and Millinery :* These trades are rather overcrowded and there are at present very few openings.

(*g*) *Hairdressing :* This trade is very overcrowded and involves a long and expensive training. It is not generally recommended.

(*h*) *Auxiliary War Services :* Refugees must have special permission from the Home Office to work in what are known as Auxiliary War Services. Auxiliary War Services consist of employment in—

(i) Prohibited or protected places.
(ii) The manufacture, construction, supply or maintenance of munitions, ships, vehicles or aircraft for the use of His Majesty's Forces.
(iii) Radio, telegraph or telephone companies engaged in the transmission of service messages.
(iv) Any company engaged in the transport of His Majesty's Forces.
(v) Any hospital providing treatment for His Majesty's Forces.
(vi) Any canteen, institute, etc., which may involve contact or correspondence with members of His Majesty's Forces.

In addition to these, aliens are prohibited by Act of Parliament from taking employment in Government Departments or Government-controlled establishments : *e.g.*, Dock Yards.

(3) TRAINING ADVISORY FACILITIES

Committees are invited to consult the Movement's Training and Employment Department at Bloomsbury House if they require any advice with regard to training possibilities or if they have any difficulties regarding the choice of employment for children, regulations regarding alien employment or problems regarding local Employment Exchanges.

In most areas, advice on employment can either be obtained from a Choice of Employment Committee, under the local educational authority, or from the Juvenile Advisory Committee attached to the local Employment Exchange. These Committees assist juveniles under the age of eighteen on employment questions and are responsible also for the administration of unemployment insurance for juveniles.

(4) CONDITIONS OF EMPLOYMENT

The issue of trainee forms has been discontinued since November 27th, 1939, when the new regulations governing the issue of work permits came into force.

Children under sixteen and those over sixteen who have been awarded a " C " certificate by the Tribunal (including Czechs and other aliens not required to appear before a Tribunal) *must register at the nearest Employment Exchange*. The Employment Exchange is empowered to grant a permit provided that there is no suitable British labour in the district. Each time a job is obtained the refugee's Police Registration Book must be endorsed by the Employment Exchange and shown to the local Police. For children under sixteen no written permission is at present required.

For those over sixteen placed in Category " B " an application must be made to the Home Office for special permission to work in each job obtained. This may be done either by the employer, the Committee, or by the Training and Employment Department, Bloomsbury House.

Detailed statements of the regulations have been issued and copies can be obtained upon application to the Movement's Training and Employment Department, Bloomsbury House.

(5) INSURANCE

Refugees in employment must obtain an Unemployment Insurance Card from the Employment Exchange and a Health Insurance Card from the Post Office. These must be kept fully paid up whilst in employment. Refugees must register also with a panel doctor and an Approved Society (the local Post Office or Employment Exchange or Trade Union organisation will give the names of these) in order that they may avail themselves of free medical treatment. The children should be advised which are the best societies for them to join to get the maximum benefits.

All accidents should be reported immediately to the Regional Committee, who will in turn inform the Headquarters Office, Bloomsbury House. Local Committees should take up the question of Workmen's Compensation in consultation with the Regional Committee, and, if necessary, with the local representative of the National Council of Social Service. Where legal action is necessary the Regional Committee should refer the matter to the Headquarters Office, Bloomsbury House. Local Committees should also take up the question of health benefit under the National Health Insurance scheme in cases where the employer does not continue to pay full or part wages.

(6) TRADE UNIONS

In order to avoid any possibility that the employment of refugees may have a detrimental effect upon wages and conditions for British workers (thereby opening up a new field for anti-semitic and anti-refugee feeling) it is highly desirable that local Committees keep in touch with Trade Union organisations. This will ensure that the terms of refugee employment conform strictly to Trades Union rates and regulations. It is also strongly urged that refugees be encouraged to join the appropriate Trade Union for their trade.

SECTION IX

WELFARE AND GENERAL

(1) COMMITTEES' RESPONSIBILITY

When children have been placed in private homes or hostels they must be visited periodically by Local Committees to ensure that they are happy and are receiving adequate medical attention, education or technical training. For older children it would be necessary to ascertain that they are in suitable employment, are being paid an adequate wage and are not in any way exploited.

(2) VISITORS' DUTIES

Visits are essential but should be undertaken very tactfully. Some foster-parents may resent these visits and regard them as an "intrusion." They should be assured that the visits cast no reflection upon their custody of the child but are made in their own interests and in those of the child, thus affording an opportunity for giving help or advice to both. Foster-parents should be given reasonable notice of the date and time when the visit will be made. Visitors should be supplied with visiting cards bearing the name of the Movement.

One of the problems these visitors have to face is that of dealing with children who, as a result of their harrowing experiences, have lost confidence in themselves and others. Bewildered and fearful of what new hardships life may hold for them, many fail to respond to the kindness bestowed on them by their foster-parents. This sometimes causes friction and difficulties. It is natural that the foster-parents, not understanding the cause, resent this apparent "ingratitude."

Visitors must try to remove the misunderstanding, possibly even hostility, that exists between foster-parents and child. Tactfully, the foster-parents should be helped to realise that what they have mistaken for "ungratefulness" on the part of the child is actually a temporary attitude towards life and people in general, engendered by past hardships.

At the same time, the child itself must be helped to overcome its fear and mistrust, and sympathetically made to realise that its future happiness and security depends largely upon its regaining confidence in itself and others. For very difficult children treatment may be necessary and the foster-parents will probably be willing to co-operate in making arrangements for this.

It will be conducive to the maintenance of friendly relationship between child, foster-parent and Local Committee if, whenever possible, inspections are undertaken by the person who originally visited and approved the home.

If Committees have any difficulty in finding suitable visitors they will be able to obtain assistance from the local Council of Social Service, Charity Organisation Society or Citizens' Advice Bureau. Local Committees should approach their Regional Committee, who will put them in touch with the nearest and most suitable organisation.

(3) WELFARE REPORTS

Local Committees will best know how frequently children should be visited, but an official report of each child must be sent at least every six months (January and July are recommended) to the Regional Committee, on the form shown on Page 28 (Appendix). These forms should not be produced by the visitor when actually interviewing foster-parents, but should be filled in after the visit. It is the responsibility of the Regional Committee to ensure that a report is received for every child in the region. The reports must be sent to Branch Office (Hindhead) for abstraction of important information and they will eventually be returned to the Regional Committee for filing in the children's dossiers.

(4) CHILDREN'S MOVEMENTS

Committees must notify Regional Committee immediately of any change of address of children. In no circumstances must a child be removed from one home to another without the written authority of the Local Committee, Regional Committee or Headquarters, as the case may be.

(5) LEGAL RESPONSIBILITY FOR REMOVING CHILDREN

If a child is in surroundings detrimental to its general welfare it must be removed in consultation with the Regional Committee. If difficulties arise in removing the child the Regional Committee will assist the Local Committee and will approach the local police or N.C.S.S. representative, if required. If the child is guaranteed a full report must be sent to the Regional Committee, who will pass it on to the Headquarters Office (Bloomsbury House) for legal action if necessary.

(6) RELIGION

All children must be able to receive the religious instruction of their own denomination, and this can be done in consultation with the nearest rabbi or clergyman. If there is any difficulty in giving religious instruction application should be made to :—

Orthodox Jews: Rabbi Berkovits, 47, Leeside Crescent, London, N.W.1.

Liberal Jews: The Secretary, Liberal Jewish Synagogue, 28, St. John's Wood Road, London, N.W.8.

Roman Catholics: Captain Reid, The Roman Catholic Committee for Refugees, 177, Brompton Road, London, S.W.3.

Protestants: The Christian Council for Refugees, Bloomsbury House, Bloomsbury Street, London, W.C.1.

Children must not be asked to attend the religious services of any denomination other than their own, nor should the religious status of a child be changed while it is under the guardianship of the Movement.

(7) MEDICAL AND PSYCHOLOGICAL FACILITIES

(*a*) *General Treatment:* Guarantors are responsible for providing and paying for the medical treatment of children they have guaranteed.

Refugee children at elementary schools are inspected at intervals by the Schools Medical Service, and any needing special treatment (dental, surgical, ophthalmic, etc.) will be referred by the School Medical Officer to clinics run by the local Education Authority for school children. In London these are often in the Voluntary Hospitals but arrangements vary between different Educational Authorities.

(The cost of treatment is recovered by the local Educational Authority from parents or guardians.—1921 Education Act, Section 81 (1).)

All refugee children in insurable occupations are registered with panel doctors and from the age of fourteen can get free medical attention and medicine. Any needing specialist treatment will be referred to hospitals by the panel doctor.

Children of fourteen years and over needing treatment outside N.H.I. scope (dental, etc.) should be referred to a local hospital through the Almoner.

(*b*) *Convalescent Homes:* Lady Almoners will recommend suitable Convalescent Homes for in-patients at their hospitals. Trainees can sometimes obtain such help and advice from any Approved Society they may join under the National Health Insurance Scheme.

(*c*) *Problem Children:* It cannot be too strongly emphasised that bed-wetting, petty pilfering, lying and similar signs of instability of character are sometimes symptoms of deep-seated nervous disturbance and should not be lightly dismissed or treated by penal methods. Most refugee children have undergone such physical and mental strain that it is scarcely surprising that they should feel bewildered and insecure in their changed environment and that they should find it difficult to settle down. Often their emotional disturbance is due to anxiety for the fate of their parents in Nazi Germany. These children become problem children who need and deserve kindness and patience to help them overcome their difficulties.

In spite of the war there are still many organisations which will help and advise on treatment and/or recommend suitable homes for such children. Some Voluntary Hospitals have Child Guidance Clinics.

Useful guides to all social services are the " Charity Digest," price 8s. 6d. (published by the Charity Organisation Society), and the " Jewish Year Book," price 5s. (obtainable from any good bookseller).

Regional Committees should normally deal with all cases of difficult or problem children, using, wherever possible, Health Officers and local organisations, such as the National Council of Social Service, the Charity Organisation Society, Citizens'

Advice Bureaux and Child Guidance Clinics, but all problem cases that cannot be dealt with locally by the Regional Committee should be referred to the Headquarters Office (Bloomsbury House).

(*d*) *Insurance:* See Finance Section—Page 8, Para. (d).

(8) SOCIAL ACTIVITIES

One of the most vital tasks of the Movement is to enable its children to be assimilated into the life of the country and to take their place as normal and useful citizens. Many of these children have unfortunately developed a kind of " refugee mentality " which causes them to regard themselves as objects of curiosity and pity and as a race apart. In the children's own interests this defeatist attitude must be overcome ; and this can most easily be done by means of the companionship of English boys and girls. It is true that trainees get a certain amount of this companionship in the course of their day-to-day work, but too often they spend their evenings with elderly foster-parents or with other refugees.

In order that these young refugees can have the opportunity of meeting English boys and girls of their own age, and of working and playing with them on an equal basis in a friendly atmosphere, several Youth Organisations have been approached, and have expressed their willingness to co-operate with the Movement to achieve this object.

It will be of inestimable value to refugee children over the age of fourteen if they can join Boys' and Girls' Clubs, where they will benefit not only from the comradeship with their English contemporaries but also from the example and influence of experienced club leaders.

For these reasons it is hoped that Committees will do their utmost to encourage the older children in their care—and particularly those over eighteen—to join suitable clubs.

The following organisations have expressed their willingness to help :—

National Council of Girls' Clubs (Hon. Public Relations Officer : Miss E. L. Younghusband, Hamilton House, Bidborough Street, London, W.C.1). Practically every girls' club throughout the country is affiliated to this organisation. These clubs are anxious to receive refugee girls over fourteen as members. Girls can be invited to the clubs as guests, without necessarily being full members, but membership is considered advisable whenever possible. Club activities may include music, singing, dramatics, cookery, physical training, handicrafts, rambling, camping and games of all kinds. The clubs, controlled by Union Secretaries, are placed in practically every district in the British Isles and are grouped into regions—coinciding with those of the Movement—which are administered by Regional Liaison Officers appointed by the Girls' Group of the Standing Conference of Juvenile Organisations.

Regional Committees are asked to communicate with these Liaison Officers, who will give them the names and addresses of the Union Secretaries in the Region. They can then put their Local Committees in touch with the nearest Union Secretary, who will recommend suitable clubs for individual girls.

National Association of Boys' Clubs (General Sec. : Mr. E. F. Piercey, 17, Bedford Square, London, W.C.1). This Association welcomes refugee boys over fourteen years of age as members of its affiliated clubs. Regional Committees are asked to avail themselves of this offer by contacting the Association's Liaison Officers, whose addresses are given in the Appendix. These officers have been requested by the N.A.B.C. Head Office to co-operate with the Movement in every possible way.

League of Nations Union: The Education Committee of the League of Nations Union has formed study circles, discussion groups and junior branches in more than 500 schools throughout the country. The boys and girls in these groups consider that in wartime they can best give practical expression to their desire for international friendship by helping refugee children from other countries.

For this purpose the following procedure has been worked out by the Movement in consultation with the Education Office of the L.N.U. :—

Each junior branch of the L.N.U. has been given the address of and has been asked to communicate with the appropriate Regional Committee of the Movement. The Regional Committee will put the Branch into touch with the nearest local Committee, who, in turn, will supply names and addresses of children in their district who can benefit from the assistance offered.

It has been suggested that L.N.U. branches could offer assistance to Movement children in the following ways—

(*a*) by arranging for older members of the Branch to give English lessons or to exchange conversation in English and German with refugee boys and girls ;
(*b*) by giving private tea-parties at home or at school and by organising school entertainments ;
(*c*) by inviting refugee boys and girls to debates and discussions ;
(*d*) by extending to them invitations for the holidays ;
(*e*) in the case of girls' schools, by making clothes, etc.

Committee will realise the immense value to the Movement of this generous offer of co-operation from English boys and girls, and they will, without doubt, make the best possible use of this excellent opportunity for enabling the refugee children to make English friends.

Y.M.C.A. and Y.W.C.A. (Y.M.C.A. Headquarters : 4, Great Russell Street, London, W.C.1 ; Y.W.C.A. Headquarters : Central Building, Great Russell Street, London, W.C.1). Both these organisations have branches in most districts in England and they will be very pleased to receive Movement children as members.

Boy Scouts and Girl Guides: These organisations invite Movement children to join local troops of Brownies, Wolf Cubs, Boy Scouts, Girl Guides, Rovers and Rangers and to take part in their activities and join their holiday camps.

Refugee Youth Players: The British Youth Peace Assembly forms groups of young men and women from Austria, Czechoslovakia, Germany and Spain, who have come to Britain as refugees. The purpose of these groups is to perform their national songs and dances before the young people of this country, in order to keep alive their own national culture. They hope, also, that in doing this they will be able to meet, entertain and get to know the young people of England.

Regional and Local Committees might like to invite these Players to entertain refugee children in their areas. Those interested may obtain particulars from the Secretary, Mr. Oscar Lewington, Refugee Youth Players, 15, Great James Street, London, W.C.1.

Jewish Youth Organisations : These are not included in this list because it is realised that children and committees are already in close contact with such organisations.

SECTION X

RE-EMIGRATION

The purposes of the Movement's Re-emigration Department are :—

(1) To arrange for children to be reunited with their families who have either already found refuge in another country or have planned to go there later.
(2) To send other children to countries where conditions afford them better opportunities for making a fresh start in life.

All re-emigration plans for children must be reported to the Movement's Re-emigration Department (Bloomsbury House) through the Regional Committee. It is essential that Regional Committees should be informed of the possibility of particular children re-emigrating, as this will influence arrangements for education, training and placing in hospitality.

The Movement holds the documents of all children it has brought to England and is in constant touch with the Home Office and the Consulates regarding formalities attendant on their re-emigration. It is often necessary for the Re-emigration Department to write to children direct on routine matters, but copies of important letters will be sent both to Branch Office (Hindhead) and to the Regional Committees for information and filing.

The Movement undertakes the actual work of re-emigrating its children, but the following information regarding re-emigration should help Committees :—

U.S.A.

(*a*) Before anyone can go to America as an immigrant, he must have registered as a prospective immigrant at some American Consulate. The Americans set a definite limit to the numbers allowed to enter their country in any one year. This total number is divided in certain proportions amongst the various European nationalities from which their immigrants are mainly drawn. This number is referred to as " The Quota."
Thus, there is a German, Polish, Czech, Hungarian, etc., quota. Each immigrant on registration is allotted a waiting number on the quota list, and provided that he has sufficient evidence to show that he will not become a charge upon public funds in the U.S.A. he can obtain his visa as soon as his waiting number on the list is reached.

(*b*) *Children with quota numbers :* When it is known that a Movement child is registered for the U.S.A., immediate steps must be taken to see that he applies to the Consulate in London to have the fact of his registration verified at the Consulate in Germany in order that he may take advantage of his place on the waiting list as soon as that place is reached.
The Movement's Re-emigration Department has an arrangement with the Consulate by which it is allowed to make application for the verification of registration on behalf of the children and where possible for the transfer to the London Consulate of papers, such as affidavits (which correspond in some degree to an English guarantee), together with such supplementary evidence as banker's reference or income tax receipts which may have been lodged at a Consulate in Germany on behalf of the applicant by a sponsor in the United States.
Before this application can be made it is necessary to ascertain at what Consulate and on what date the child was registered and what is his waiting number. Furthermore, since the registration is usually made in the name of the parents, it is necessary to know the parents' names, and the address at which they lived at the time of registration. This is especially necessary when the name and forename are both common ones, since confusion is only too easy.
Before the outbreak of the war it was possible to correspond directly with parents in Germany in order to ascertain these facts, but now it is much more difficult, inasmuch as the children themselves are often ignorant of the details of their registration.
From this information it will be observed that it is essential to begin working on a case for American emigration at as early a date as possible, especially as in these days mass emigration from Germany has ceased, and a very much larger proportion of quota numbers is being allotted to the Consulate in London for the refugees who had already registered in Germany. In some cases it may be possible to re-emigrate children at a quite early date, even those who, when they registered, believed that it was impossible for them to go in less than five years. Often because parents and children were convinced that it would be many years before they re-emigrated they have not informed the Movement of their cases. The Movement would be most grateful if Committees would inform them not only of all children already registered for America but of all those who have relatives there, so that these may be registered and will have the opportunity of

going there at a later date. Steps can then be taken to discover from relatives in neutral countries what exactly is the state of the parents' plans and their wishes for the children's future.

The American Consulate prefers that all correspondence and enquiries regarding Movement children be made through the Movement's Re-emigration Department. This Department is often in a position to answer enquiries without reference to the American Consulate. Furthermore, it has a constant and ready access to the Consulates and can often obtain information and action much more quickly than other agencies.

OTHER COUNTRIES

To obtain entry into any other country it is necessary first to procure a permit to land. In the case of Palestine this permit is known as a " Certificate," but in all cases it has to be procured from the Government of the country concerned. Until this document is in hand, it is impossible to obtain a visa to travel. Application for the permit can only be made by :—

(*a*) A close relative resident in the country.

(*b*) A recognised social organisation such as a Refugee Committee or an organisation for agricultural enterprise recognised by the Government.

It is necessary to ascertain from any child wishing to re-emigrate to any country other than the U.S.A. whether he has a close relative in the country, or is willing to undertake agricultural training in order to obtain entry on an agricultural permit. The Movement will assist in obtaining such agricultural permits through its contacts abroad.

ENQUIRIES

All enquiries and information regarding re-emigration should be sent to : Re-emigration Department, Movement for the Care of Children from Germany, Ltd., Bloomsbury House, Bloomsbury Street, London, W.C.1.

SECTION XI

MISCELLANEOUS

(1) CORRESPONDENCE WITH GERMANY

It is illegal for anyone in this country to correspond either direct or through a neutral country with people living in enemy territory, except through the approved Government channels, *i.e.*, the International Red Cross and Citizens' Advice Bureaux. Series of these Bureaux have been set up throughout the country. The following procedure should be adhered to :—

(i) Messages are to be written in block capitals and to consist of not more than 20 words excluding name and address of sender and addressee.

(ii) The relationship of the sender to the addressee must be clearly stated.

(iii) The full name and address of the sender and that of the addressee are to be stated.

(iv) Messages are only to be sent when the sender is certain of the destination address.

(v) All messages are to be taken or sent to the nearest Citizens' Advice Bureau (the Town Hall will always give the address) together with 7d. They are then forwarded by the Bureau via the International Red Cross and a reply will be received in due course.

(vi) Where Movement children are unable to get in touch with a Citizens' Advice Bureau these messages may be sent to the Head Office at Hindhead for forwarding. The Movement will undertake to pay the 7d. for unguaranteed children, not employed, to send a letter every three months.

Committees should ensure that children under their care correspond with their parents at regular intervals.

(2) CORRESPONDENCE WITH CHILDREN IN THIS COUNTRY

Regional Committees are furnished with the dossiers of each child, containing all the relevant case-papers.

Correspondence which has been sent to Movement Headquarters, regarding a particular child, will be forwarded to the appropriate Regional Committee for necessary action and filing.

(3) EVACUATION

Guaranteed children evacuated either privately or by the Government remain the financial responsibility of the guarantor, who will be required to pay all billeting charges, including incidental expenses for medical treatment, clothes, etc. Evacuation expenses incurred on behalf of unguaranteed children will be met by the Movement.

(For Evacuation Charges, see Finance Section, Page 7).

Local Committees in the Receiving Areas should regard the children evacuated to these districts as being under their care and supervision. The Committees who originally guaranteed these children will, however, retain full financial responsibility and their help will be sought in any difficulty that may arise.

(4) TRIBUNALS

The decisions of Tribunal Courts in the case of German and Austrian aliens over sixteen fall within the following categories :—

" A." Internment.
" B." Free from internment but restrictions not removed.
" C." All restrictions removed and the alien allowed to obtain employment under the new Home Office regulations.

Appeals Against Tribunal Decision

An alien given either " A " or " B " endorsement may appeal against the decision of the Court. He or she should write an appeal to the Under Secretary of State, Home Office, Cleland House, Page Street, S.W.1. This appeal should be sent via the Regional Committee to the Headquarters Office (Bloomsbury House), which will forward it to the Home Office, together with their comments.

Visits to Internees

All requests for an internee to be visited should be addressed to the Headquarters Office (Bloomsbury House), which will pass it on to the agency concerned.

(5) POLICE REGISTRATION ON ATTAINING THE AGE OF SIXTEEN

All refugee children must register at their local Police Station on the attainment of their sixteenth birthday. German and Austrian children will receive from the police a " B " endorsement, subjecting them to the special enemy alien restrictions, and also a questionnaire which they must fill in.

The procedure to be adopted is as follows :—

(1) Branch Office (Hindhead) will inform the Regional Committee a month beforehand of the approach of the sixteenth birthday of each child in the area.

(2) The Regional Committee will then send to each child his Home Office Permit Card, which he must take to the local Police Station, together with two passport photographs, on his sixteenth birthday.

(3) The Regional Committee will fill in a special Tribunal case sheet, which will include comments on the applicant's character and conduct. This case sheet must be placed before the Regional Advisory Tribunal Court before which the child is sommoned to appear.

If a child's case does not come up soon after the attainment of his sixteenth birthday, the Regional Committee should make an application to the Chief Constable of the area.

APPENDIX

REGIONAL LIAISON OFFICERS

Region	National Council of Social Service	Girls' Clubs	Boys' Clubs
1	J. L. Longland, Esq., Hallgarth House, Hallgarth Street, Durham City.	Miss Coales, Y.W.C.A., 22, Bewick Road, Gateshead.	C. F. O'Brien Donaghey, Esq., Durham Assen. of Boys' Clubs, 59, John Street, Sunderland.
2	L. J. King, Esq., General Secretary, Yorkshire Unemployment Advisory Council, 9, Mount Preston, Leeds, 2.	Miss Adeney, National Council of Social Service, 9, Mount Preston, Leeds, 2.	E. Rickerby, Esq., National Council of Social Service, 9, Mount Preston, Leeds, 2.
3	Major E. Sandford Carter, Princes House, 32, Park Row, Nottingham.	Miss Hatton, Princes House, 32, Park Row, Nottingham.	H. R. Lindley, Esq., Princes House, 32, Park Row, Nottingham.
4	L. Ramsbottom, Esq., Cambridge Rural Community Council, 7, Hills Road, Cambridge.	Miss H. Ross, Cambridge Rural Community Council, 7, Hills Road, Cambridge.	Capt. S. H. Starey, Milton Ernest Hall, Bedford.
5	W. D. Hogarth, Esq., London Council of Social Service, 7, Bayley Street, London, W.C.1.	Mrs. Hardy, London Council of Social Service, 7, Bayley Street, London, W.C.1.	Major N. A. Lewis, D.S.O., M.C., London Council of Social Service, 7, Bayley Street, London, W.C.1.
6	Miles Davies, Esq., Reading Council of Social Service, Watlington House, Watlington Street, Reading.	Mrs. Purver, Reading Council of Social Service, Watlington House, Watlington Street, Reading.	N. S. Goodridge, Esq., Reading Council of Social Service, Watlington House, Watlington Street, Reading.

APPENDIX—*continued.*

Region	National Council of Social Service	Girls' Clubs	Boys' Clubs
7	W. E. Williams, Esq., Bristol Community Council, 12, St. James' Square, Bristol.	Miss Clark, Bristol Community Council, 12, St. James' Square, Bristol.	J. F. Banister, Esq., Bristol Federation of Boys' Clubs, Albion Chambers, N., Small Street, Bristol.
8	*South Wales*, Elfan Rees, Esq., S. Wales and Mon. Council of Social Service, 118, Cathedral Road, Cardiff	Mrs. Hopkin Morris, S. Wales and Mon. Council of Social Service, 118, Cathedral Road, Cardiff.	G. B. Bradney, Esq., S. Wales and Mon. Council of Social Service, 118, Cathedral Road, Cardiff.
8	*North Wales* Owen Parry, Esq., Henlre, Towyn, Mon.		G. Powell, Esq., N. Wales Assen. of Boys' Clubs, 33, Hillside Road, Colwyn Bay.
9	Richard Clements, Esq., N.C.S.S. Midland Advisory Office, 19, Calthorpe Road, Birmingham.	Miss Worsfold, 25, Cecil Road, Erdington, Birmingham.	C. Soutter Smith, M.A., LL.B., 23, Calthorpe Road, Edgbaston, Birmingham.
10	A. M. Watson, Esq., Lancs. and Cheshire Community Council, Selnec House, Wynnstay Grove, Fallowfield, Manchester.	Miss McCarthy Jones, Lancs. and Cheshire Community Council, Selnec House, Wynnstay Grove, Fallowfield, Manchester.	Major B. H. Withers, O.B.E., Lune Mills, Lancaster.
11	A. M. Struthers, Esq., 93, West George Street, Glasgow.	Miss Paterson, c/o Mr. Troup, Scottish Juvenile Welfare and After Care Committee, 11, Manor Place, Edinburgh,	
12	Major G. H. Powell-Edwards, M.C., General Secretary, Sussex Rural Community Council, Old Bank House, Lewes, Sussex.	Miss Marindin, 2, Rusthall Park, Tunbridge Wells, Kent.	Capt. R. T. Thornton, M.C., Lime Tree Farm, Stone Street, Petham, Nr. Canterbury.

APPENDIX

RELIGION (See Page 17).

Protestants : The Christian Council for Refugees from Germany and Central Europe
(Mr. G. W. Lee),
Room 138, Bloomsbury House,
Bloomsbury Street, W.C.1.

Roman Catholics : Catholic Community for Refugees from Germany,
Sub-Committee for Children,
177, Brompton Road,
London, S.W.3.

Jews : *Orthodox—*
Joint Committee for Religious Education of Jewish Refugee Children,
Woburn House, Upper Woburn Place,
London, W.C.1.

Rabbi Berkowitz,
47, Leeside Crescent,
London, N.W.11.

Liberal—
Liberal Jewish Synagogue,
28, St. John's Wood Road,
London, N.W.3.

EDUCATION AND TRAINING (See Page 12).

L.C.C. Education Officer (T.6),
The County Hall,
London, S.E.1.

AGRICULTURAL TRAINING CENTRES (See Page 13).

Whittinghame Farm School, Ltd.,
Haddington,
Midlothian,
Scotland.
(London Address : 31a, St. James Square, S.W.1.)

British Council of the Youth Pioneer Movement for Palestine,
(Children and Youth Aliyah),
20, Southampton Place,
London, W.C.1.

AGRICULTURAL TRAINING CENTRES (*Continued*).

Wallingford Farm Training Colony,
Benson,
Nr. Oxford.

Young Men's Christian Association
(Bernard Brown, Esq.),
4, Great Russell Street,
London, W.C.1.

SOCIAL ACTIVITIES (See Page 18).

Boy Scouts Association,
25, Buckingham Palace Road,
London, S.W.1.

Girl Guides Association,
17, Buckingham Palace Road,
London, S.W.1.

Habonim,
c/o Mr. G. S. Gilbert,
54, Finsbury Pavement,
London, E.C.3.

National Council of Girls' Clubs,
Hon. Public Relations Officer,
Miss E. L. Younghusband,
Hamilton House,
Bidborough Street,
London, W.C.1.

National Association of Boys' Clubs,
General Secretary,
Mr. E. F. Piercey,
17, Bedford Square,
London, W.C.1.

League of Nations Union Education Committee,
40, Museum Street,
London, W.C.1.

Y.M.C.A. Headquarters,
4, Great Russell Street,
London, W.C.1.

Y.W.C.A. Headquarters,
Central Building,
Great Russell Street,
London, W.C.1.

Refugee Youth Players,
Mr. Lewington,
15, Great James Street,
London, W.C.1.

GENERAL

Movement for the Care of Children from Germany, Ltd.,
Headquarters Office,
Bloomsbury House,
Bloomsbury Street,
London, W.C.1.

Branch Office,
The Grange,
Hindhead,
Surrey.

Polish Refugee Committee,
33, Soho Square,
London, W.1.

B'nai B'rith Care Committee for Refugee Children,
175, Willesden Lane,
London, N.W.6.

National Council of Social Service,
26, Bedford Square,
London, W.C.1.

Charity Organisation Society,
Dennison House,
Victoria Street,
London, S.W.1.

MOVEMENT FOR THE CARE OF CHILDREN FROM GERMANY

WELFARE REPORT

REGIONAL COMMITTEE ..... LOCAL COMMITTEE .....

....

CHILD'S NAME ..... NO. .....

ADDRESS ..... DATE OF BIRTH .....

..... RELIGION .....

GUARANTEED BY.....

GENERAL HEALTH .....

.....

EDUCATION and/or
TECHNICAL TRAINING .....

TRAINING

(*a*) Type of training.....

(*b*) Wage .....

(*c*) Name and Address of Employer.....

.....

RE-EMIGRATION PLANS (if any).....

....

OTHER REMARKS.....

.....

.....

.....

Signature of Visitor .....

Date of Visit .....

SIGNATURE REGIONAL SECRETARY.....

A n l a g e n

betr.: Gespraech zwischen Dov Lewin und S.Adler-Rudel -
" Rettungsversuche waehrend des Zweiten Weltkrieges
von London aus".

1.) Brief des Foreign Office vom 29.April 1943
an die Jewish Agency, London.

2.) Brief der Jewish Agency London vom 31.3.1943
an das Foreign Office.

3.) Auszug aus dem Bericht der Jewish Agency an den
22. Zionisten-Kongress in Basel, Dezember 1946

4.) Offprint: H.G.Reissner: The Histories of "Kaufhaus
N.Israel" and of Wilfrid Israel.

5.) Privater Bericht ueber Wilfrid Israels Taetigkeit
in Portugal und Spanien.

6.) Resume Wilfrid Israels vom 22.5.1943 an den
Englischen Botschafter in Madrid.

7.) Norman Bentwich: in "The New Judaea", London VI,1943

8.) S.Adler-Rudel: Address at the Memorial Service,
West London Synagogue, June 30th,1943.